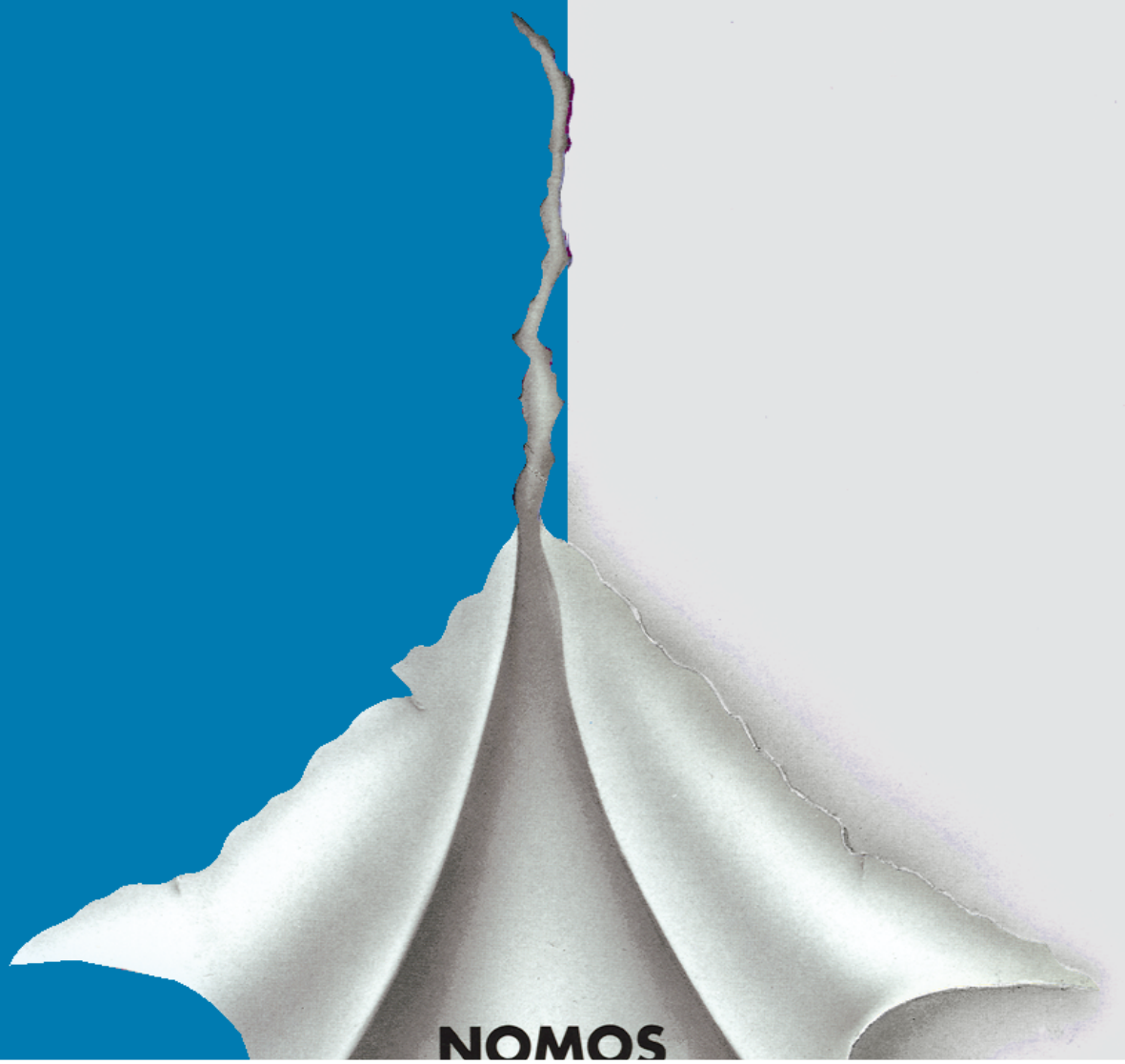
Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

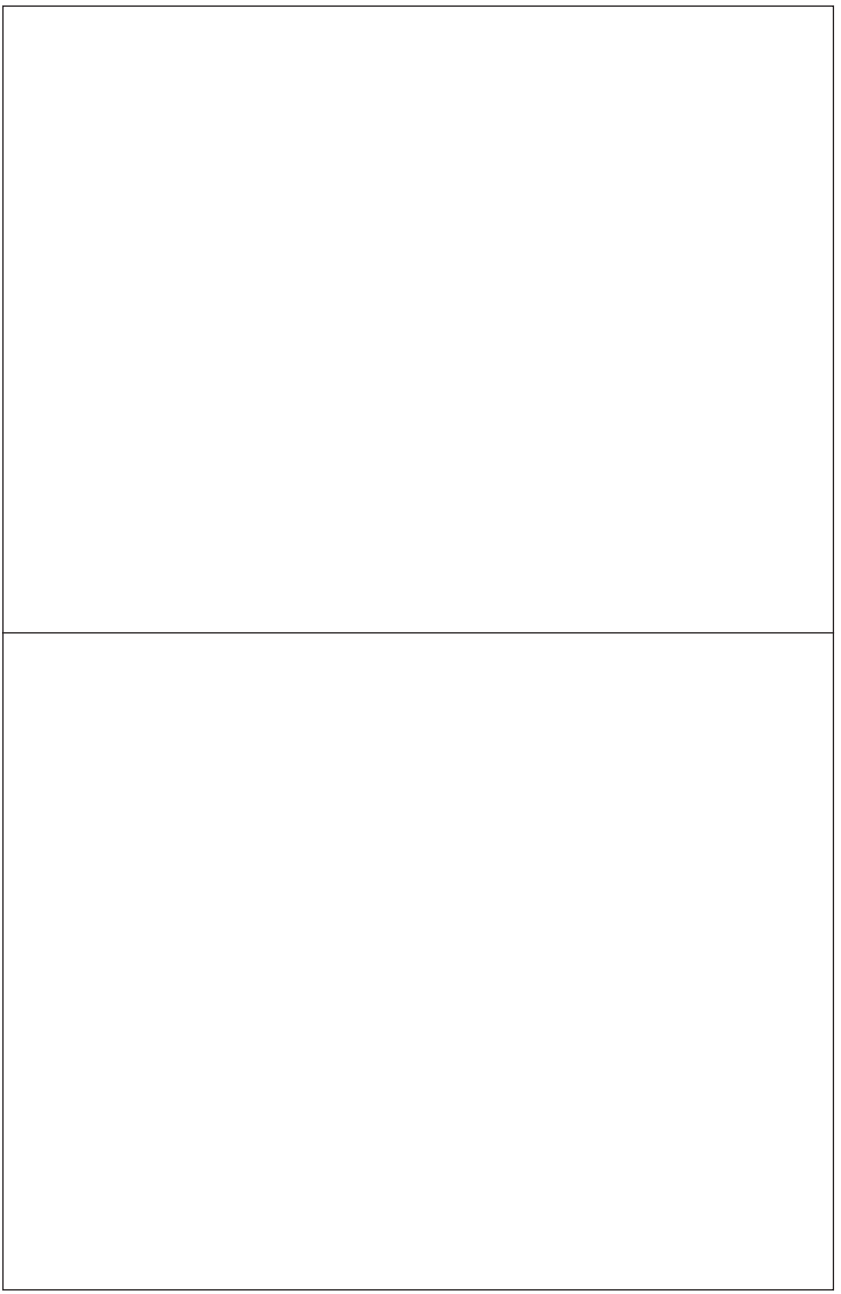
Extremismus & Demokratie



NOMOS

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.



https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

24. Jahrgang 2012

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46 33 28 02; Prof. Dr. Alexander Gallus, Universität Rostock, Historisches Institut, August-Bebel-Str. 28, 18051 Ros-tock, Tel. (0381) 4982732; Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (03 71) 53 127720.

Redaktionsassistenz: Madeleine Petschke, M. A., Dajana Richter.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet:
http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pspi/jahrbuch

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7999-7

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jahrbuch
EXTREMISMUS & DEMOKRATIE (E&D)

Inhalt Band 24 (2012)

Editorial 7

Analysen
Alexander Gallus, Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin und Vesper 13
Manfred G. Schmidt, Über die Zukunft der Demokratie. 30
Lazaros Miliopoulos, Geschichte des Extremismus in Deutschland 1949-1990. . . . 42
Herbert Elzer, Otto Straßers umstrittene Rückkehr nach Deutschland 72

Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2011 105
Uwe Backes, Organisationen 2011 127
Alexander Gallus, Dokumentation 2011 151
Martin Pfafferott, Profil ausgewählter Gruppierungen in der Linken 157
Armin Pfahl-Traughber, Der NSU und der deutsche Rechtsterrorismus. 180
Katharina Senge, Zur Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ 197
Robert Philippsberg, Biographisches Porträt: Jürgen Rieger. 211
Jan Freitag/Tom Thieme, Länderporträt: Schweden 228
Christian Nestler, Zeitschriftenporträt: RotFuchs 248

Literatur
Literaturbericht:
Eckhard Jesse, Der Bau der Mauer vor 50 Jahren 265
Sammelrezension:
Kai Hirschmann, Islamistischer Extremismus, Dschihad und arabische Umbrüche. 285
»*Kontrovers besprochen*«:
Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? (Hans Fenske, Jens Reich, Samuel Salzborn, Thilo Sarrazin, Brigitte Seebacher) 299
Rezensionsessay:
Pippa Norris, Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited (Sebastian Liebold) . 315
»*Wieder gelesen*«:
Carl J. Friedrich/Zbignew Brzezinski, Totalitäre Diktatur (Hans J. Lietzmann). . . . 320
Literatur aus der „Szene“:
Karl Heinz Hoffmann, Die Oktoberfestlegende (Ulrich Chaussy) 325

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen:
Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? (Tom Mannewitz) . . . 331
Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland (Bettina Blank) . . . 334
Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Ordnung. Macht. Extremismus (Thomas Grumke) . . . 338
Jens-Uwe Heuer, Glanz, Elend und Wiederkehr des Staatsdenkers Carl Schmitt (Wolfgang Schuller) . . . 343
Tobias Hof, Staat und Terrorismus in Italien 1969-1982 (Roland Höhne) . . . 346
Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“ (Lars Normann) . . . 350
Diarmuid Jeffreys, Weltkonzern und Kriegskartell (Bernd Jürgen Wendt) . . . 354
Ralph Jessen/Hedwig Richter, Voting for Hitler and Stalin (Max Kaase) . . . 358
Henry Kissinger, China (Sebastian Bersick) . . . 361
Claus Leggewie, Der Kampf um die europäische Erinnerung (Wilfried von Bredow) . . . 364
Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ (Lothar Probst) . . . 368
Manus I. Midlarsky, Origins of Political Extremism (Rudolf van Hüllen) . . . 371
Manfred Nebelin, Ludendorff (Peter März) . . . 374
Timothy Snyder, Bloodlands (Ernst Nolte) . . . 378
Michael Stoiber, Die Qualität der Demokratien im Vergleich (Manfred G. Schmidt) . . . 381
Verfassungsschutzbericht 2010 (Jürgen P. Lang) . . . 385
Franz Walter, Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus (Klaus Schönhoven) . . . 388
Karlheinz Weißmann, Armin Mohler (Michael Ploenus) . . . 391
Karsten Wilke, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (Hajo Funke) . . . 395
Stefan Wolle, Aufbruch in die Utopie (Marc-Dietrich Ohse) . . . 398

Kurzbesprechungen . . . 402
Kommentierte Bibliographie . . . 474
Zeitschriftenauslese . . . 493
Verzeichnis der besprochenen Bücher . . . 495
Mitteilungen und Hinweise . . . 504
Personenverzeichnis . . . 508
Autorenverzeichnis . . . 529

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Editorial

Zehn Jahre nach dem 11. September 2001 war auch das Jahr 2011 von terroristischen Anschlägen geprägt, wenngleich in unterschiedlicher Weise. In Norwegen und weltweit sorgte ein Einzeltäter für Entsetzen: Anders Behring Breivik ermordete – nicht zuletzt angetrieben von Hass gegen „den" Islam, einen von ihm als virulent wahrgenommenen „Multikulturalismus" und „Kulturmarxismus" – im Juli 2011 77 Menschen, überwiegend Teilnehmer am alljährlichen Zeltlager der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Arbeidernes Ungdomsfylking" auf der Insel Utøya. Breivik feuerte eigenhändig auf die Jugendlichen und tötete 69 von ihnen. Zuvor hatte er im Osloer Regierungsviertel eine Autobombe deponiert, durch deren Detonation weitere acht Menschen das Leben ließen. Kurz vor den Taten versandte Breivik ein „Manifest" an Medien und zahlreiche Mailadressen. In dem mehr als 1.500 Seiten umfassenden Pamphlet geriert er sich als Retter christlich-abendländischer Kultur und bietet ein krudes Potpourri aus antiislamischen und rechtsgerichteten Ideen-Ingredienzen an. Er beruft sich u.a. auf die Tradition der „Konservativen Revolution". Im Gerichtsverfahren gegen ihn bezeichnete er darüber hinaus im April 2012 das Terrornetzwerk Al Qaida und sogar den „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) als seine Vorbilder. Damit rekurrierte er auf die Taten einer rechtsextremistischen Terrororganisation, die in Deutschland zwischen 2000 und 2007 eine Mordserie verübte, ohne dass die dahinter stehende politische Motivation von den Sicherheitsbehörden erkannt worden wäre. Das änderte sich im November 2011 schlagartig, als sich der gezielt fremdenfeindliche Antrieb der NSU-Taten offenbarte.

Wie im Falle des norwegischen Attentäters liegt in jenem des NSU noch vieles im Halbschatten und hat zunächst eine sorgfältige juristische Klärung zu erfolgen. Gleichwohl können die Politikwissenschaft und zumal die Extremismusforschung die Vorgänge nicht ausblenden, bis die Verfahren abgeschlossen sind. Armin Pfahl-Traughber nimmt in seinem *Dossier* eine erste Bestandsaufnahme vor, trägt die bekannten Fakten zu den Taten und Tätern des NSU zusammen, um sie früheren rechtsterroristischen Karrieren und Aktionen in Deutschland gegenüberzustellen: der Hepp-Kexel-Gruppe und dem Freikorps Havelland ebenso wie der sogenannten Schutztruppe. Der Brühler Politikwissenschaftler erkennt u.a. im Fehlen einer politischen Botschaft an die Öffentlichkeit (Bekennerschreiben) wie in den gezielten Morden von Angesicht zu Angesicht Besonderheiten dieses „neuen Rechtsterrorismus". Die lange Konzentration auf den Linksterrorismus in der Bundesrepublik stellte eine unangemessene Engführung dar. Darauf weist Lazaros Miliopoulos im Ausblick seiner *Analyse* zur Geschichte des Extremismus der alten Bundesrepublik bis 1990 hin. In seiner breit angelegten zeithistorischen Bilanz, die eine Periodisierung ebenso wie eine vergleichende Betrachtung präsentiert, berücksichtigt der Bonner Politikwissenschaftler neben den Ausprägungen einer *lunatic fringe* auch die sie stärkenden oder schwächenden Rahmenbedingungen. Unter dem Strich sieht er für den Bestand der Demokratie keinen Grund zu tiefgreifenden Pessimismus.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Von den künftigen Perspektiven der Demokratie handelt die weit ausholende *Analyse* Manfred G. Schmidts, die eine theoretische mit einer empirischen Betrachtungsweise verbindet. Ungeachtet einer demokratiefreundlichen „Großwetterlage" erinnert der Heidelberger Politikwissenschaftler nicht nur an die Tatsache, dass Demokratien keineswegs feindlos geworden seien (Stichwort: Terrorismus), sondern auch an die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Staatsform – gerade in der Realverfassung. Außerdem setzt er sich mit vier zentralen Strukturproblemen auseinander, die Demokratien gegenwärtig und zukünftig herausfordern dürften: dem Denationalisierungs-Demokratie-Dilemma angesichts der Globalisierung und dem „zweiten Souverän" der internationalen Finanzmärkte neben politisch legitimierten Instanzen ebenso wie der Pfadabhängigkeit demokratischer Entscheidungen oder dem „Loser's Consent"-Problem. Unter dem Strich sei für das angebrochene 21. Jahrhundert „ein gedämpfter, durch realistische Demokratietheorie gezügelter Optimismus" angebracht.

Dass sich die Bundesrepublik Deutschland zu einer gefestigten Demokratie entwickeln sollte, war zu Zeiten ihrer Gründung keineswegs ausgemacht. Diese Unsicherheit zeigt sich auch an Otto Straßers Bemühungen um eine Rückkehr nach Deutschland und den Reaktionen der Bundesregierung und des SPD-Parteivorstandes darauf. Der Andernacher Historiker Herbert Elzer rekonstruiert auf der Grundlage eines minutiösen Quellenstudiums die Abläufe und Querelen rund um Straßer für die Jahre 1948 bis 1952 bis ins Detail. Wenngleich der ehemals „linke" Nationalsozialist und spätere Nationalneutralist im Rückblick ins Abseits der Geschichte geriet, so galt er in den Anfängen der Bonner Republik doch als eine ernstzunehmende Bedrohung für die junge Demokratie. Wie groß diese Sorge war, kann der Autor in seiner *Analyse* nicht zuletzt durch die Auswertung lange gesperrter Akten aus Bundeskanzleramt, Bundesinnenministerium und Auswärtigem Amt belegen.

Bislang unter Verschluss hielt die Studienstiftung des deutschen Volkes Akten einiger ihrer später besonders prominenten Stipendiaten: Ulrike Meinhof, Horst Mahler und Gudrun Ensslin. Nun hat das größte und renommierteste Begabtenförderungswerk deren Unterlagen – wie auch jene von Ensslins zeitweiligem Lebensgefährten Bernward Vesper – für eine wissenschaftliche Edition freigegeben, die 2013 unter der Herausgeberschaft von Alexander Gallus erscheinen soll. Gallus konzentriert sich in seiner *Analyse* vor allem auf den Aufnahmeprozess der vier Protagonisten in die Studienstiftung: ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ. Für den Autor liefern die Dokumente eher Anhaltspunkte für alternative Lebenswege, keine Indizien für den Gang in den terroristischen Untergrund.

Es stellt immer wieder eine Herausforderung dar, Urgründe oder – mit Gerd Koenen – „Urszenen" des Terrorismus freizulegen; dies gilt nicht nur für deutsche Fälle, sondern auch für transnationale Ausprägungen wie die in der Chiffre 9/11 verdichteten Ereignisse. Mit neuer Literatur zum Thema setzt sich Kai Hirschmann in einer *Sammelrezension* auseinander. Der stellvertretende Direktor des Essener Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik trennt die Spreu vom Weizen, geht insbesondere mit Darstellungen hart ins Gericht, die auf Verschwörungstheorien beruhen. Wie sehr es solche

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Pauschalzuweisungen zu vermeiden gilt, das zeigt die Berliner Politikwissenschaftlerin Katharina Senge in ihrer Würdigung der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland", die nicht zuletzt aufgrund einer zu Alarmismus neigenden Berichterstattung eines Boulevardmediums einige öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte. Herrscht schon in der so genannten „Integrationsdebatte" nicht immer Sachlichkeit vor, so gilt dies umso mehr für die Aktionen der „Pro-Bewegungen" in Deutschland. Die rechtspopulistische Partei „pro NRW" rief 2011 zu einem „Marsch für die Freiheit" auf, mit dem Ängste gegenüber „dem Islam" ausgenutzt und weiter geschürt werden sollten. Der von Alexander Gallus interpretierte Text des Aufrufs „Auf nach Köln!", der wenigstens den tatkräftigen Versuch einer internationalen Vernetzung extrem rechter Vereinigungen im Zeichen der Islamfeindlichkeit zeigt, findet sich als „Dokumentation 2011" in den *Dossiers*. Dort hält Eckhard Jesse die wichtigsten Entwicklungen zu „Wahlen 2011" und Uwe Backes zu „Organisationen 2011" fest. Während der Münchner Politologe Robert Philippsberg mit Jürgen Rieger eine ebenso schillernde wie führende Figur des deutschen Rechtsextremismus in einem „Biographischen Porträt" behandelt, nimmt der Bonner Politikwissenschaftler Martin Pfafferott eine extremismustheoretisch ausgerichtete Einschätzung zweier innerparteilicher Gruppierungen innerhalb der Partei Die Linke vor. Beurteilt er die Kommunistische Plattform als extremistisch, so trifft diese Kategorie seines Erachtens nicht auf die Sozialistische Linke zu. Eindeutig in kommunistischer Tradition steht der „RotFuchs", dem der Rostocker Politikwissenschaftler Christian Nestler ein „Zeitschriftenporträt" widmet. Das monatliche Periodikum siedelt links außen – ungeachtet mancher Überschneidungen links von der Partei Die Linke und sogar der DKP, aus deren Gruppe Berlin Nord-Ost sie ursprünglich hervorgegangen ist. Die Zeitschrift rund um den früheren Redakteur des „Neuen Deutschland" Klaus Steiniger verherrlicht die DDR im Allgemeinen und die Errichtung der Berliner Mauer im Besonderen.

Die Fülle von Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Mauerbaus hat Eckhard Jesse in seinem *Literaturbericht* gesichtet. Die Mauer war Symbol der Unfreiheit und Ausdruck einer Diktatur, über deren autoritären oder totalitären Charakter sich trefflich streiten lässt. Wer will, mag sich dazu auf den „Klassiker" „Totalitäre Diktatur" von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski berufen, den der Wuppertaler Politikwissenschaftler Hans J. Lietzmann in der Kategorie *Wieder gelesen* nochmals eingehend würdigt. Eine sinnvolle Handreichung zur Interpretation der schwedischen Politik dürfte das Buch allerdings kaum liefern. Denn wie die Chemnitzer Politikwissenschaftler Jan Freitag und Tom Thieme in ihrem „Länderporträt" keineswegs überraschend zeigen, ist ein politischer Systemwechsel dort in weiter Ferne und spielt der politische Extremismus eine vergleichweise marginale Rolle. Das gilt vor allem, wenn man sich das Abschneiden extremistischer Parteien bei Wahlen anschaut. Anders gestaltet sich das Bild indes, sobald das Spektrum militant-gewaltbereiter Gruppierungen in den Blick gerät. Dann erreicht Schweden im europäischen Vergleichsmaßstab hohe Werte; und seit Breiviks Anschlägen ist ganz Skandinavien besonders sensibilisiert.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Literaturteil blickt in den verschiedenen Rubriken wie *Hauptbesprechungen, Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* wieder auf zahlreiche deutsche und internationale Neuerscheinungen. Eine *Zeitschriftenauslese* weist auf einige Aufsätze zur Leitthematik des Jahrbuchs hin. In der Kategorie *Mitteilungen und Hinweise* finden sich diesmal Selbstdarstellungen des „Jahrbuchs für Politik und Geschichte", der „Stiftung Topographie des Terrors" sowie des „Thüringer Archivs für Zeitgeschichte ‚Matthias Domaschk'". Schließlich freuen wir uns über die Erweiterung des wissenschaftlichen Beirats ab dieser Jahrbuch-Ausgabe um die Professoren Frank Decker (Universität Bonn), Herfried Münkler (Humboldt-Universität zu Berlin), Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg) und Roland Sturm (Universität Erlangen-Nürnberg).
U.B./A.G./E.J.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Analysen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ

Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin, Vesper und die Elitеförderung der frühen Bundesrepublik – eine Aktenlektüre

Von Alexander Gallus

1. Einleitung

Die Förderung der späteren RAF-Terroristen Ulrike Meinhof, Horst Mahler und Gudrun Ensslin ist allgemein bekannt und gehört zu den meist kolportierten Geschichten über die Studienstiftung des deutschen Volkes.[1] Damit unterstützte die renommierteste deutsche Begabtenförderung drei Studenten, die später zu den Protagonisten der Ersten Generation der Roten Armee Fraktion zählen sollten. Aus naheliegenden Gründen konnte deren vierte Leitfigur, der Schulabbrecher Andreas Baader, nicht in den Genuss eines Stipendiums gelangen. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur (Vor-)Geschichte der RAF wurde wiederholt der fehlende Zugriff auf die entsprechenden Studienstiftungsakten betont.[2] Im vergangenen Jahr hat die Stiftung nun beschlossen, die Akten durch eine wissenschaftliche Edition einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.[3] Darin zu berücksichtigen sind auch die Unterlagen zu Ensslins zeitweiligem Verlobten, dem Germanistikstudenten, Verleger und Schriftsteller Bernward Vesper, den sie während ihrer Tübinger Studienjahre kennengelernt hatte und der ebenfalls in die Studienstiftung aufgenommen worden war.[4]

---

1 Vgl. etwa deren Erwähnung in der Kategorie „Bekannte ehemalige Stipendiaten der Studienstiftung (Auswahl)“, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Studienstiftung_des_deutschen_Volkes (3. August 2012).

2 Vgl. als Beispiele Susanne Bressan/Martin Jander, Gudrun Ensslin, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 400; Michael Kapellen, Doppelt leben. Bernward Vesper und Gudrun Ensslin. Die Tübinger Jahre, Tübingen 2005, S. 15, schreibt: „Leider standen mir auch die Materialien der Studienstiftung des Deutschen Volkes nicht zur Verfügung, die wahrscheinlich noch viele wichtige Informationen über Details zum Studium Vespers und Ensslins enthalten, die aber vermutlich schon allein von ihrem zu erwartenden Umfang her ohnehin eine eigenständige Publikation wert sein dürften.“

3 Ich danke dem Generalsekretär Dr. Gerhard Teufel und dem Vorstand der Studienstiftung, die mir erstmals die Einsicht in die bislang unter Verschluss gehaltenen Unterlagen dieser vier Stipendiaten gewährten. Die kommentierte Edition der Akten wird 2013 erscheinen. Dem Aufsatztext liegt ein Vortrag zugrunde, gehalten am 30. September 2011 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften anlässlich des Symposiums „Demokratie und Begabung“ zur Verabschiedung des Präsidenten der Studienstiftung des deutschen Volkes Prof. Dr. Dr. Gerhard Roth.

4 Vgl. zu diesem Beziehungsgeflecht grundlegend Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2009; Kapellen (FN 2); als Zeitzeugnis auch Henner

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zur Befriedigung von Sensationsbedürfnissen, das sei gleich vorweggenommen, taugen diese Studienstiftungsakten nicht. Aus ihnen lassen sich keineswegs bereits die späteren Terroristen herausfiltern. Gleichwohl ist der Wert der Quellen schon insofern beachtlich, als wir insbesondere zu den frühen Biografien ansonsten vergleichsweise wenige (Ego-)Dokumente besitzen, vieles auf Erfahrungsberichten (gerade Stefan Austs[5]) und der Bezugnahme der verschiedenen Studien auf die jeweils anderen beruht, ohne dass immer Originalquellen zum Zuge kämen. Zwar mag der erst jüngst formulierte Vorwurf gegenüber einer deutschen Linksterrorismus-Forschung, die sich lange Zeit an den Täter-Biografien orientiert hat, manche Berechtigung haben.[6] Bislang nicht oder nur bruchstückhaft bekanntes Quellenmaterial[7] ist aber Grund genug, sich doch nochmals den Lebenswegen Meinhofs, Ensslins und Mahlers zuzuwenden, selbst wenn sich daraus keine grundsätzlich neuen Interpretationen ergeben.

Auch mögen die Akten Informationen über Wahrnehmungsweisen und Diskussionen im studentischen Milieu liefern. Es sind solche Mosaiksteine, die helfen, das Meinungsklima und den „Zeitgeist" einer Periode zu rekonstruieren. Der Zeitraum, über den sich die Akten erstrecken, umfasst gleichsam die gesamte Inkubationszeit des dann einsetzenden „roten Jahrzehnts" von Mitte der fünfziger bis ins letzte Drittel der sechziger Jahre.[8] Auch werfen die Akten ein wenig Licht auf die Eliteförderung der frühen Bundesrepublik: Was lässt sich aus ihnen über Arbeitsweise der Hochbegabtenförderung herauslesen? Wie vollzogen sich damals die Auswahlprozesse? Welche Persönlichkeitsprofile wurden bevorzugt? Wie ging die Stiftung mit „Querköpfen" um? Als solche nämlich entpuppten sich Meinhof und Ensslin während ihrer Förderzeit.

Das Thema ist ebenso voraussetzungsreich, wie es ertragreich zu werden verspricht. Dieser Aufsatz indes beschränkt sich zunächst auf eine Präsentation vom Anfang und

---

Voss, Vor der Reise. Erinnerungen an Bernward Vesper, Hamburg 2005. Siehe zu den Biografien zudem als Auswahl: Kristin Wesemann, Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie, Baden-Baden 2007; Jürgen Seifert, Ulrike Meinhof, in: Kraushaar (FN 2), S. 350-351; Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Ulrike Marie Meinhof, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 198-213; ders., Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Ebd., Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-199; Martin Jander, Horst Mahler, in: Kraushaar (FN 2), S. 372-397; Bressan/Jander (FN 2), S. 398-429.

5 Vgl. den Bestseller von Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, 9. Aufl., München 2008.

6 Die Kritik bei Klaus Weinhauer, Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 221; vgl. ders./Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a.M./New York 2006.

7 Einzelne Zitate und Versatzstücke aus den Studienstiftungsakten sind bis in die Medien gelangt. Koenen (FN 4), etwa S. 75, S. 114 oder S. 133 f., konnte der Doppelüberlieferung im Nachlass Bernward Vespers (im Deutschen Literaturarchiv Marbach) Material entnehmen, das sich als Original oder Abschrift in den Studienstiftungsakten befindet. Analoges gilt für den Fall Ulrike Meinhofs in der Studie ihrer Tochter Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte KONKRET, Hamburg 2006, insbesondere S. 184-188.

8 Siehe Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ende der Akten. Er zielt insbesondere auf eine Vergegenwärtigung des Auswahlprozesses, gleichsam durch das Nachspielen der Vorgänge, ohne späteres Wissen über den weiteren Gang der Dinge einzubeziehen. Der Text blendet somit nicht nur eine Reihe von Dokumenten aus, sondern auch die Frage danach, warum Meinhof et al. so wurden, wie sie geworden sind. Im Fokus stehen vier junge Menschen, die einer breiten Öffentlichkeit damals unbekannt waren und deren Leistungen, Begabungen wie Persönlichkeiten die Studienstiftung des deutschen Volkes für förderungswürdig hielt.[9] Das ist der Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ.

2. Anfang

Ulrike Meinhof ist gerade 20 Jahre alt geworden. Es ist ein Schulvorschlag. Auf dem Foto des Personalbogens schaut sie nachdenklich nach unten, wirkt reif, ernsthaft, ein wenig melancholisch gestimmt. Die Schule fügt zwei unterstützende Gutachten bei, die den Vorschlag begründen. Denn die Schulnoten lassen in ihr keine Kandidatin für die Studienstiftung vermuten: Sehr gute Leistungen kann sie in Deutsch, Englisch und Geschichte vorweisen, in Chemie und Latein steht ein „ausreichend", in den anderen Gebieten liegt sie im guten und befriedigenden Mittelfeld.[10] Ihr Klassenleiter weist sogleich darauf hin, dass Meinhof Flüchtlingskind und Vollwaise sei, zahlreiche Schulwechsel hinter sich habe und stärker zuhause gefordert werde als andere Mädchen in ihrem Alter. Er lobt ihr „zuverlässiges Gedächtnis", ihre „gute Konzentrationsfähigkeit" und ihren „Blick für das Wesentliche". Sie sei ein „sehr klarer und sachlicher Mensch": „jedes Gespräch lenkt sie ins Ernsthafte und fühlt eine tiefe Verantwortung für die geistige und moralische Ausrichtung ihrer Mitschüler". Bei all dem sei sie „körperlich sehr widerstandsfähig". Darüber hinaus betont Meinhofs Lehrer ihre aktive Mitwirkung an

9 In der Begabung, der Leistung und der Persönlichkeit erkannte die Studienstiftung die entscheidenden Auswahlkriterien. Soziale Bedürftigkeit sollte dagegen nicht berücksichtigt werden. Ein Merkblatt der Studienstiftung von 1954 hielt fest, es gelte „die wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung derjenigen Studenten und Studentinnen" zu fördern, „deren Gesamtpersönlichkeit hervorragende Leistungen im Dienste des Volksganzen erwarten lässt". Zitiert nach: Rolf-Ulrich Kunze, Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland, Berlin 2001, S. 289. Eine Selbstbewerbung für die Studienstiftung war damals nicht möglich, vielmehr ein Schul- oder Hochschulvorschlag nötig, um das Verfahren zu eröffnen. Die Kandidaten/Kandidatinnen reichten daraufhin einen ausgefüllten Bewerberbogen, Zeugnisse und einen ausführlichen Lebenslauf ein. Zwei persönliche Gespräche mit einem sog. Vorprüfer und einem Auswahlausschussmitglied – beide ehrenamtlich für die Stiftung tätig – endeten mit je einer gutachtlichen Empfehlung. Auf dieser Grundlage und nach der Gegenlektüre der Akte gab zudem ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Geschäftsstelle eine Empfehlung ab. Im Streitfall entschied der Auswahlausschuss per Mehrheitsbeschluss.

10 Zeugnis der Reife Ulrike Marie Meinhofs, Gymnasium Philippinum Weilburg vom 1. März 1955 (beglaubigte Abschrift), vorhanden in: Archiv der Studienstiftung des deutschen Volkes, Bonn-Bad Godesberg (dieser Hinweis gilt auch für die weiteren zitierten Quellen).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schulzeitung und Schulorchester wie auch ihr regelmäßiges Geigenspiel. „Ihre geistigen Fähigkeiten berechtigen zu großen Hoffnungen“ – so schließt das Gutachten.[11]

Die zweite Referenz stammt aus der Feder des Leiters des in Frankfurt ansässigen „Staatlichen Pädagogischen Bezirkseminars“, der Ulrike Meinhof zwei Jahre lang in Deutsch und Französisch unterrichtet hatte. In seiner langen pädagogischen Karriere gebe es kaum eine weitere Person, für die er sich so sehr einsetzen wolle wie für dieses Mädchen. Ulrike Meinhof sei „wohl ein eigenartiger, aber ein besonders wertvoller Mensch“, heißt es da. Tief bewegt zeige sie sich insbesondere von literaturwissenschaftlichen und historischen Problemen, was sich auch in reger Beteiligung am Klassengespräch ausdrückte. Fast ein wenig mystisch-bewegt kommentiert Meinhofs Lehrer dies mit den Worten: „ursprüngliche Kräfte waren in ihr wach“. Und weiter: „Wenn ich mir junge Menschen in einem literarhistorischen oder pädagogischen oder psychologischen Seminar wünschen könnte, ich möchte, dass sie etwas von der Art Frl. Meinhofs hätten: die Sachverpflichtung, den Drang zu klarer Erkenntnis, die Lauterkeit des Sichäußerns und die Aufgeschlossenheit für alle, die mitsuchen.“ Aufgrund ihrer „wissenschaftliche[n] Qualifikation“ und des „menschlichen Rang[s] dieser Vollwaisen“ hält er sie für „hervorragend begabt“ und in besonderer Weise für ein Stipendium der Studienstiftung berechtigt. Sollte ihr dadurch ein Studium überhaupt ermöglicht werden, würde sie „fraglos wissenschaftlich Vorzügliches leisten“.[12] Im Lebenslauf äußert Ulrike Meinhof ihren Wunsch, mit Hilfe des Studiums den „Fragen der Erziehung und Menschenbildung“ auf den Grund zu gehen und auch deren „geistesgeschichtlichen Herkünften und Zusammenhängen“ nachzuspüren.[13]

Das mehrstufige Verfahren führt sodann zunächst zum Gespräch mit einem Vorprüfer, der zu dem Schluss gelangt, dass Ulrike Meinhof „offenbar unbedingt“ für eine Aufnahme zu empfehlen sei. Zur Begründung heißt es: „Der persönliche Eindruck und das Ergebnis der Unterhaltung stehen im Niveau weit über dem, was das Abiturzeugnis erwarten lässt. Klar im Denken, schnelle logische Ordnung komplizierter Gedankengänge, gute Disposition an sich ungeordneter Komplexe des Unterhaltungsthemas. In sich geschlossene, harmonisch gewachsene, kluge und offenbar menschlich sehr schätzenswerte Persönlichkeit. Kluge, ruhig bescheidene, aber feste Entschiedenheit in ihrem Urteil. Vertritt eigene Meinung taktvoll und bestimmt.“[14]

Schließlich folgt das Gespräch mit dem Auswahlausschussmitglied, einer ehemaligen Oberstudiendirektorin, die als Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium zu dem Zeitpunkt, als sie mit Ulrike Meinhof spricht, für die CDU im Parlament dieses Landes sitzt. Ihr Gutachten ist kurz und bündig und endet mit einem

11 Gutachten des Klassenleiters vom 30. November 1954.
12 Gutachten des Leiters des Staatlichen Pädagogischen Bezirksseminars II, Frankfurt a.M., vom 25. November 1954.
13 Handschriftlicher Lebenslauf Ulrike Marie Meinhofs, o.Datum [1954/55].
14 Gutachten des Vorprüfers, Februar 1955.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

klaren Votum: „Ich habe bei dieser Unterhaltung fast vergessen“, heißt es da, „dass ich eine Abiturientin vor mir hatte, so reif und bedacht war das Urteil, so besonnen das Abwägen der verschiedenen Gesichtspunkte. Dabei ist sie in keiner Weise altklug, aber *klug*, sicher weit über dem Durchschnitt begabt, selbständig und klar. Ich empfehle Fräulein Meinhof *vorbehaltlos* für die Studienstiftung.“[15] In der Summe passt alles zusammen, so dass Dr. Dieter Sauberzweig von der Geschäftsstelle der Studienstiftung ebenfalls mit „Ja“ votiert[16] und Ulrike Meinhof sicher bis zur Prüfung der „endgültigen Aufnahme“ in den Kreis der Studienstiftler eintreten darf.[17]

Der zweite Bewerber, Horst Mahler, steht kurz vor seinem 19. Geburtstag, als der Schulvorschlag in Bonn-Bad Godesberg eintrifft. Das Foto auf dem Personalbogen zeigt einen entschlossen dreinschauenden, adretten jungen Mann mit Brille, korrekt gebundener Krawatte und sorgfältig pomadisierter Peter-Kraus-Frisur. Das Abitur hat er an der Wilmersdorfer „Wissenschaftlichen Oberschule in Aufbauform“ (bald: Friedrich-Ebert-Schule) als Jahrgangsbester „mit Auszeichnung“ bestanden.[18] Dem unterstützenden Schulgutachten zufolge ist er ein „vielseitig begabter, besonders interessierter, fleißiger, zielstrebiger junger Mann“, der sich „lange an führender Stelle im Schülerparlament betätigt“ und die Klassengemeinschaft gefördert habe. Außerdem besitze er ein gutes Gespür für das Wesentliche. Dies sei vor dem Hintergrund einer schwierigen Wirtschaftslage seiner Familie besonders positiv zu bewerten.[19]

In seinem ausführlichen Lebenslauf berichtet Horst Mahler von seinen ersten Jahren im schlesischen Haynau, auf das sich bald „die ersten Schatten der Kriegsereignisse“ legten. Durch die Flucht lernte er erstmals „Angst, Not und Armut“ kennen. Die Familie landete schließlich im dessauischen Roßlau, wo der Vater als freier Zahnarzt wieder praktizieren durfte. Horst fand rasch Anschluss an Gleichaltrige. Er schreibt: „Ich gewann einige Freunde, mit denen ich die dollsten Streiche verübte, und dabei waren uns nur die dollsten gut genug. Unsere Ausgelassenheit war kaum zu übertreffen. Ich glaube, ich habe damals meinen Eltern viel Kopfzerbrechen bereitet.“ Das fröhliche Stimmungsbild wird sogleich durch den nächsten Satz massiv getrübt: „Doch all das“, lesen wir dort, „fand mit dem Tod meines Vaters ein jähes Ende.“ Dieser hatte Selbstmord begangen, aufgrund „entsetzliche[r] Depressionen“, wie der Sohn festhält. Der gerade 13-Jährige war verzweifelt: „Über Nacht rückte alles, was ich einst für selbstverständ-

15 Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, o. Datum [Frühjahr 1955] (Hervorhebungen im Original).

16 Votum Dieter Sauberzweigs für die Geschäftsführung auf der ersten Seite des Bewerberbogens Ulrike Meinhofs. Das SPD-Mitglied Sauberzweig wurde viele Jahre später zwischen 1977 und 1981 im Übrigen Senator für Kultur im Berliner Kabinett Dietrich Stobbes.

17 In der Regel prüfte die Stiftung nach zwei Studienjahren anhand der Studienleistungen, der Semesterberichte und Stellungnahmen durch Fachgutachter sowie den Vertrauensdozenten, ob eine endgültige Aufnahme berechtigt sei.

18 Zeugnis der Reife Horst Werner Dieter Mahlers, Wissenschaftliche Oberschule in Aufbauform Berlin-Wilmersdorf vom 4. März 1955 (beglaubigte Abschrift).

19 Gutachten des Schulleiters, o. Datum [1954/55].

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lich hielt, in unerreichbare Ferne.“ Er war kraft- und mutlos, glaubte nicht mehr an einen erfolgreichen Lebens- und Karriereweg, zumal der Familie nun, wie er sich erinnerte, die Mittel fehlten, ihn eine Oberschule besuchen zu lassen. Schließlich ermöglichte ihm die aktive Mitwirkung in der FDJ aber doch diesen Weg. Er stieg zum Vorsitzenden der Schulgruppe und in den Ortsvorstand auf, durfte sogar eine Rede auf der Kreisdelegiertenversammlung halten. Im Rückblick nennt er dies einen „unnatürlich rasche[n] ‚Aufstieg‘, der wohl besser als Abstieg zu bezeichnen“ sei. Schließlich habe ihn seine Mutter nach „ernsten Auseinandersetzungen“ aus diesem „Strudel“ gerissen. Er dankte ihr nun dafür, hätte er sich doch ansonsten „unwiderruflich mit Haut und Haaren dem System verschrieben“. So setzte damals eine weiter anhaltende „gedankliche Auseinandersetzung mit dem totalitären Staate“ und speziell dem Kommunismus ein. Aufgrund wirtschaftlicher Not und politischer Repression zog die Familie bald nach West-Berlin um. In dieser Zeit habe seine Neigung, sich mit Fragen der Politik und des Staates zu befassen, stetig zugenommen. Als „vorläufiges Berufsziel“ gibt er im Lebenslauf „Rechtsanwalt“ an – ergänzt um den Satz: „Doch möchte ich nicht verschweigen, dass diese Wahl nicht endgültig ist, denn mein eigentlicher Wunsch ist, im politischen Leben tätig zu werden.“[20]

Die Unterlagen und der junge Mahler wandern weiter zur Vorprüferin, die ihn aufgrund seiner „sehr selbständigen ernsten Zielstrebigkeit“ für eine Förderung empfiehlt. Sie bemerkt, dass der Kandidat „gar nichts Jungenhaftes“ an sich habe und „dass in ungewohntem Masse Ernst und Gesammeltheit über seinem Wesen liegen“. Anders als in persönlichen Fragen gebe Horst Mahler, hält die Gutachterin fest, „in der sachlichen Diskussion […] überraschend stark alle kühle Zurückhaltung“ auf.[21]

Auch das Mitglied des Auswahlausschusses bestätigt, wie Horst Mahler regelrecht aufblüht, sobald politische und ideologische Fragen zur Debatte stehen. Zu Beginn des Gesprächs nämlich fühlt sich die Gutachterin fast unbehaglich. Sie schreibt: „M ist zunächst von fast finsterer Reserve und mustert den Partner und die Umgebung unverhohlen kritisch.“ Zwischen dem Berufsziel „Rechtsanwalt“ und dem, „was M Lebensinhalt ist“ – nämlich ein politisch aktives Wirken – stellt die Prüferin eine gewisse Spannung fest. „Ich selbst“, formuliert sie ihre Einschätzung, „kann mir M vorläufig noch schwer als etwas anderes denn als Berufspolitiker vorstellen, wenn auch immerhin als guten Juristen, wobei er *möglicherweise* in Gefahr geraten kann, der Intensität des *einen* Interesses eine gewisse Ausweitung des Blickpunktes zu opfern.“ Insoweit sei er ein „Risikofall“, dessen sich die Studienstiftung aber annehmen sollte.[22] Aufgrund der geschilderten Gefährdung – der Sorge, dass er einen „Hang zur Eingleisigkeit“ habe und ihm eventuell die „Voraussetzungen für ein intensives Jurastudium“ fehlten – plädiert

20 Handschriftlicher Lebenslauf Horst Mahlers vom 25. November 1954.
21 Gutachten der Vorprüferin vom 19. Januar 1955.
22 Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, Berlin, vom 10. Februar 1955 (Hervorhebungen im Original).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ein Mitglied der Stiftungsgeschäftsführung für die Besprechung des Falls.[23] Der Auswahlausschuss stimmt Mahlers Aufnahme schließlich zu.[24]

Während ihm und Ulrike Meinhof also der Eintritt in die Studienstiftung im ersten Anlauf gelingt, benötigt Gudrun Ensslin drei Versuche. Sie ist 23 Jahre alt, als die Unterlagen für den schließlich erfolgreichen dritten Bewerbungsvorgang eintreffen. Auf dem Foto ist eine junge, aber erwachsene Frau zu sehen, burschikos, androgyn, mit zeittypischer Kurzhaarfrisur. Sie schaut entschlossen in die Kamera, sieht selbstbewusst aus. Das auf den ersten Bewerbungsbogen aufgeklebte Bild der gerade 20-jährigen Gudrun hingegen zeigt eine brave Pfarrerstochter aus der schwäbischen Provinz, ganz so wie man sich eine solche dem Klischee nach vorstellt. Mädchenhaft, verträumt, ja schüchtern schaut sie nach rechts unten blickend an der Linse des Fotografen vorbei. Die Unterlagen sind mittlerweile unübersichtlich geworden. Zuerst hatte sie ihre Schule für eine Förderung vorgeschlagen, obgleich sie das Reifezeugnis lediglich als durchschnittliche Schülerin ausweist. Das Notenspektrum reicht von einem „sehr gut" in Musik bis „ausreichend" in Physik, ansonsten siebenmal „gut" und fünfmal „befriedigend".[25] Das Stuttgarter Mädchengymnasium „Königin-Katharina-Stift" fügt neben dem Vorschlagsgutachten des Schulleiters noch vier ergänzende Stellungnahmen von Lehrern bei, die Ensslin unterrichtet hatten. Sie loben ihre intellektuellen Fähigkeiten ebenso wie ihr Einfühlungsvermögen, ihre Selbständigkeit und Bescheidenheit. Ihre Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrerin ist davon überzeugt, so heißt es abschließend in ihrem Gutachten, dass wir von dieser Abiturientin „Verantwortungsbewusstsein und wenn nötig Mut im Urteilen und Handeln erwarten dürfen".[26] Vorprüfer und Auswahlausschussmitglied äußern nach dem persönlichen Gespräch mit der Kandidatin Zweifel: Im künstlerisch-musischen, gefühlsmäßigen Bereich sind sie voll des Lobes, ein unklares Bild ergebe sich jedoch mit Blick auf ihr logisches Denkvermögen und die Fähigkeit, philosophisch-systematische Fragen in den Griff zu bekommen. Das Auswahlausschussmitglied sieht im übrigen die in den Schulgutachten betonte Bescheidenheit Ensslins nicht bestätigt. Er schreibt: „[…] ihre Urteile über Schule und Unterricht, auch über Universität und Vorlesungen, waren […] von einer rücksichtslosen Offenheit und Unerbittlichkeit in der Sache, dass mögliche Konflikte mit Autoritäten recht wahrscheinlich sind".[27] Der Auswahlausschuss stimmt am Ende für Zurückstellung, weil das Bild der Kandidatin zwar voller „positive[r] Ansätze", insgesamt aber unklar sei.[28]

Nach einem Jahr gelangt Gudrun Ensslin so gleichsam automatisch wieder in das Aus-

23 Bemerkung samt Votum Gerhard Fels' für die Geschäftsführung auf der ersten Seite des Bewerberbogens Horst Mahlers.

24 Einzelprotokoll des Auswahlausschusses der Studienstiftung des deutschen Volkes mit der Entscheidung „Aufnahme", o. Datum [März 1955].

25 Reifezeugnis Gudrun Ensslins, Königin-Katharina-Stift Stuttgart, Gymnasium für Mädchen vom 3. März 1960 (beglaubigte Abschrift).

26 Gutachten vom 28. Juni 1960.

27 Gutachten des Direktors des Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums, vom 7. Januar 1961.

28 Vermerkt auf dem ersten von Gudrun Ensslin ausgefüllten Personalbogen vom 4. September 1960.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wahlverfahren. Der Vorprüfer erkennt erneut eine Neigung zu intuitiven, emotionalen Urteilen, weniger zu logischem und rational-kritischem Denken. „Ich glaube daher", heißt es da, „dass die Begabung von Frl. E. mehr in der Lebendigkeit ihrer Interessen, dem Einfallsreichtum ihres Geistes, dem lebendigen Gefühl für das Schöne und Wertvolle als einem eigentlichen wissenschaftlichen Denkvermögen liegt." Der Vorprüfer, Psychiater und Chefarzt eines Stuttgarter Krankenhauses, äußert sich auch aufgrund eventueller familiärer Vorbelastungen (so Gudruns depressiv erkrankter Bruder) gleichsam fachlich über Ensslin: Er habe „nicht den Eindruck einer schizoiden Persönlichkeit" gewonnen. Sie erscheine ihm „in ihrer Gemütslage ausreichend ausgeglichen, vielleicht ein wenig manisch in ihrem Temperament".[29] Die Studienstiftung wertet dieses Gutachten unter dem Strich als eines mit Bedenken. Das Auswahlausschussmitglied stimmt aber für die Aufnahme, sei Ensslin doch „ein froher, lebhafter junger Mensch mit schnellen, zutreffenden Assoziationen".[30] Obgleich der zuständige Referent der Stiftung ebenfalls ein „Ja" im Personalbogen ankreuzt, votiert der Auswahlausschuss mit zwölf Stimmen und einer Enthaltung für die Ablehnung, ohne dass nähere Gründe dokumentiert worden wären.[31]

Gudrun Ensslin hat mittlerweile nach einigen Semestern des Germanistik- und Anglistik-Studiums in Tübingen an die Pädagogische Hochschule Schwäbisch-Gmünd gewechselt und steht dort vor der Ersten Dienstprüfung für das Lehramt. Wie aus ihrem Lebenslauf und den Semesterberichten, die sie als Zurückgestellte für die Studienstiftung verfasste, zu erfahren ist, strebt sie zurück an die Universität, weil ihr bei der absolvierten Ausbildung zur Volksschullehrerin die „Wissenschaftlichkeit" fehlte. „Dieses eine Jahr fern der Universität bewirkte", schreibt sie in ihrem Lebenslauf, „dass ich das Universitätsstudium, seine Möglichkeiten für den einzelnen, deutlicher sehe; und dass ich mehr denn je den Wunsch habe, weiterzustudieren." Mittlerweile gründete sie auch gemeinsam mit Kommilitonen – nicht zuletzt mit Bernward Vesper – einen von Studenten geführten Verlag namens „studio neue literatur", um Bücher – politische wie belletristische – zu veröffentlichen, die durch die etablierten Verlage nicht herausgebracht würden. Besonders stolz verweist sie auf einen demnächst in der „studio bibliothek" erscheinenden Band unter dem Titel „Gegen den Tod – Stimmen gegen die Atombombe". Im Lebenslauf führt sie dazu näher aus: „Fünfunddreißig deutsche Autoren unterschiedlichster Provenienz, ohne Unterschied der Partei- oder Religionszugehörigkeit aus Ost und West beweisen, dass in dieser Frage alles sonst Trennende hintan gestellt wird und dokumentieren das deutliche: Nein." Und weiter ist zu lesen: „Ich halte diesen Band zu einem Zeitpunkt, in dem die Bundesregierung seine Bürger an den Gedanken zu gewöhnen versucht, dass die Atombombe nicht so schlimm sei, für notwendig."[32]

29 Gutachten des Vorprüfers, Robert-Bosch-Krankenhaus, Stuttgart vom 29. Januar 1962.
30 Gutachten, Stuttgart, 20. Februar 1962.
31 Einzelprotokoll des Auswahlausschusses der Studienstiftung des deutschen Volkes mit der Entscheidung „Ablehnung", o. Datum [März 1962].
32 Handschriftlicher Lebenslauf Gudrun Ensslins vom 15. Dezember 1963; siehe auch: Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe, Stuttgart-Cannstadt 1964.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ihren ursprünglichen Wunsch, Lehrerin zu werden, habe sie verworfen. Sie möchte promovieren und danach im Verlagsgeschäft arbeiten und vor allem nach den tieferen Zusammenhängen in den Bereichen der Politik, Literatur und Kunst fragen. Beeindruckt von Schopenhauer gehe es ihr um „Erkenntnis durch das immerwährende Fragen nach Ursache und Grund und Folge". Sie sei davon überzeugt, beschließt sie ihren 9-seitigen handschriftlichen Lebenslauf, „dass vernünftiges Denken auch verantwortliches Denken ist. Dahin zu wirken, bei mir selbst und dadurch bei anderen, ist mein Wunsch; deshalb auch der Wunsch, weiterzustudieren."[33]

Ein Theaterwissenschaftler und Professor am Deutschen Seminar der Universität Tübingen, der mit dem Fall Ensslin bei der Studienstiftung schon vertraut ist, bringt sie wieder ins Rennen. Er zeigt sich davon überzeugt, „dass ihre Begabung und Leistung in fachlicher Hinsicht, aber auch die allgemeine Vielseitigkeit, Lebendigkeit und Echtheit ihrer Interessen über den reinen Fachbereich hinaus den studentischen Durchschnitt ganz entschieden und erheblich überragt". In wissenschaftlicher wie menschlicher Hinsicht habe sie an „Klarheit und Festigkeit" gewonnen. Die Bedenken gegenüber einer zu sehr an das „subjektiv Gefühlsmäßige" gekoppelten Haltung seien hinfällig. Ihn beeindrucken die „phrasenlose Echtheit" und das „echte Verantwortungsgefühl" Ensslins.[34]

Die Vorprüferin, eine Diplompsychologin, hält Gudrun Ensslin für ein „außergewöhnliches Mädchen mit guter Substanz, Originalität und Schwung". Sie spricht sich für eine Förderung aus – allerdings mit Vorbehalt. Denn, es sei „ein gewisses Risiko nicht [zu] übersehen, das in den extravaganten Vorstellungen und Plänen Fräulein Ensslins liegt, die auch finanzielle Wagnisse einschließen".[35] Konkret sind damit die Vorhaben des zeitkritischen Literaturverlags gemeint. Das zweite Gespräch in dieser Runde führt ein Vertrauensdozent, ein klassischer Philologe der Universität Tübingen mit Ensslin. Wie schon die Vorprüferin hält er mit einigem Befremden die Wandlung des äußeren Erscheinungsbildes der Kandidatin fest, die sich zu einer „überschlanken, aparten, fast hypermodernen Erscheinung" stilisiere. In der Diskussion wirke sie allerdings „recht natürlich" und „keineswegs unsympathisch". In seinen Augen handelt es sich in ihrem Fall um einen „eigenwilligen, ja kapriziösen Menschen", der intelligent, kritisch und begeisterungsfähig sei. Das Gutachten fällt eindeutig positiv aus.[36] Gleichwohl empfiehlt es die Besprechung des Falls, der ein Risiko beinhalte, das sein Autor der Studienstiftung aber diesmal einzugehen rät. Der Aufnahmeausschuss stimmt bald darauf der Förderung mit 9 Stimmen bei einer Enthaltung zu.[37] Nach drei Anläufen in drei Jahren gelangt Gudrun Ensslin in den Zirkel der Studienstiftler.

33 Lebenslauf Ensslins (FN 32).

34 Brief an den Referenten der Studienstiftung Hillgruber vom 31.Januar 1964 mit angehängter Abschrift seines Gutachtens über Ensslin vom 17. April 1962.

35 Gutachten der Vorprüferin, Tübingen, vom 27. Februar 1964..

36 Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, Tübingen, vom 29. Februar 1964.

37 Einzelprotokoll des Auswahlausschusses der Studienstiftung des deutschen Volkes mit der Entscheidung „Aufnahme", o. Datum [März 1964].

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Als Korrespondenzadresse während des letzten Auswahlverfahrens gibt Ensslin für eine gewisse Zeit das Gut Triangel in der Lüneburger Heide an. Das ist zugleich die Heimatanschrift von Bernward Vesper, ihrem Lebensgefährten, den sie in Tübingen kennengelernt hatte. Vesper ist zwei Jahre älter als seine Freundin, also 23 Jahre, als er selbst für die Förderung durch die Studienstiftung vorgeschlagen wird. Das Foto zeigt einen selbstbewussten, wenigstens Haltung ausstrahlen wollenden, jedoch ein wenig grimmigen jungen Mann. Seine Schulnoten sind durchwachsen, in Mathematik hat er sogar eine fünf.[38] Er ist aber auch kein Schul-, sondern ein Hochschulvorschlag. Der Tübinger Literaturprofessor Walter Jens empfiehlt ihn der Stiftung. Für ihn ist Vesper „ein geradezu idealer Studienstiftler", ohne dass er entsprechende Eigenschaften näher erläuterte. Auch weist Jens darauf hin, dass der Student und junge Publizist Vesper über ihn selbst einen Aufsatz in der Wochenzeitung *Die Zeit* verfasst habe. Deshalb rät er der Studienstiftung noch Auskunft bei zwei Kollegen vom Tübinger Seminar über Vesper einzuholen. Abschließend bemerkt Jens, der „Fall [sei] nicht ganz undelikat", denn, so heißt es da: „Herr Vesper ist der Sohn von Will Vesper, ein Junge, der in einer bewunderswürdigen [sic] Weise seinen eigenen Weg gegangen ist, ohne deshalb den Takt gegenüber dem Vater vermissen zu lassen."[39] Bernward ist Sohn des einst einflussreichen NS-Dichters Will Vesper.[40]

Wie von Jens angeregt, holt die Studienstiftung zwei weitere Fachgutachten durch wissenschaftliche Mitarbeiter des Deutschen Seminars der Universität Tübingen ein, bevor sich Vorprüfer und Auswahlausschussmitglied mit Vespers Fall befassen. Jens' Kollegen loben die Intelligenz des Kandidaten. In dem einen Gutachten heißt es allerdings, es fehle Vesper ein „Maßstab" dafür, „was er geistig wirklich bewältigen kann".[41] In der zweiten Stellungnahme wird die unklare Positionierung Vespers zwischen Wissenschaft und Journalismus, ja sein „Hang zum Feuilletonisieren" moniert. Gleichwohl seien Vesper schon hervorragende Seminarleistungen gelungen, weshalb wenig von Belang gegen eine Förderung spreche. Und doch sichert sich der Gutachter am Ende nochmals ab: „Es ist keinesfalls auszuschließen, dass sich Herr Vesper eines Tages als Wirrkopf entpuppt, aber nicht unwahrscheinlich ist die gegenteilige Entwicklung, die ich ihm wünsche und die gefördert zu haben sich dann auch gelohnt hätte. Ich bin kein Prophet, aber um dieser Möglichkeit willen möchte ich Herrn Vesper der Studienstiftung entschieden empfehlen."[42]

Die Vorprüferin, die Direktorin eines Ulmer Mädchengymnasiums, ist von Vesper angetan, von seinen feinsinnigen literarischen Urteilen, seinen künstlerischen Fähigkei-

38 Zeugnis der Reife Bernward Vespers, Gymnasium Gifhorn vom 2. März 1959 (beglaubigte Abschrift).
39 An Dieter Sauberzweig gerichteter Vorschlag Walter Jens' vom 4. Dezember 1961. Siehe auch Bernward Vesper, Walter Jens als Hochschullehrer. Das Tübinger Colloquium und einige Hintergründe aus der Sicht eines Studenten, in: Die Zeit vom 14. Juli 1961.
40 Zu Will Vesper siehe v.a. das Kapitel „Mein Vater, mein Vater" bei Koenen (FN 4), S. 39-55.
41 Gutachten vom 4. Januar 1962.
42 Gutachten vom 26. Januar 1962.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten, aber auch von seinem „ausgezeichneten Blick für menschliche und soziologische Probleme“. Sympathisch findet sie auch, wie er sich über Persönliches und insbesondere zum Vater äußere, der, wie sie – Bernward zitierend – im Gutachten festhält, „seinen Kindern schon von frühester Zeit an völlige Selbständigkeit gelassen“ habe. Bernward Vesper eigne sich zwar nicht zum „systematischen Wissenschaftler“, aber sie könne sich ihn als „verständnisvollen Interpreten von Dichtung und Literatur“ gut vorstellen. „Er hat vielleicht“, schließt die Vorprüferin fast ein wenig euphorisiert, „etwas vom romantischen Erbe im guten Sinn in sich aufgenommen: das Streben nach geistiger Synthese auf dem Grund der Liebe.“[43] Auswahlausschussmitglied Theodor Pfizer bündelt nochmals die Argumente aus den verschiedenen Gutachten und aus den eigenen Gesprächsbeobachtungen und urteilt schließlich: „Risiken birgt dieser Fall in sich, Risiken, die aber die Studienstiftung übernehmen sollte, weil auf der anderen Seite nicht weniger Chancen vorliegen.“[44] Ungeachtet zweier Ja-Voten plädiert die zuständige Referentin in Bad Godesberg aufgrund der geäußerten Einschränkungen und Bedenken für eine Besprechung im Auswahlausschuss. Diese findet auch statt und endet mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung zugunsten Vespers, der nun ebenfalls in den Kreis der Stipendiaten eintritt.[45]

3. Ende

In Bernward Vespers Fall ist am Ende der Akte ein Schreiben des zuständigen Vertrauensdozenten an den stellvertretenden Generalsekretär der Studienstiftung eingeheftet. Dieser hatte sich die Förderakte von der Studienstiftung zuschicken lassen und sandte sie kurz vor Jahresende 1973 in die Geschäftsstelle mit den Worten zurück: „Ich habe die Akte sorgfältig gelesen, der Inhalt hat mich erschüttert. Obwohl sie vom Ausgang der Tragödie noch nicht einmal etwas ahnen lässt, verfolgt man doch schon den Weg bis 1969 mit Kummer. Ich bewahre dem armen Menschen das Andenken an jene Jahre, wo man mit so viel Freude und Hoffnung seine Entfaltung miterlebte.“[46]

Was war geschehen, was lässt sich aus der Akte entnehmen? In ihr finden sich meist verspätet eingereichte, aber intensive, authentisch wirkende Semesterberichte, auch zahlreiche Briefe, vor allem an die zwei für Vesper am längsten zuständigen Referenten der Studienstiftung. Es lässt sich der Eindruck nicht ganz verhehlen, dass er in ihnen fast väterliche Ratgeber gesucht hat, nachdem sein Vater Will Vesper 1962 verstorben war.

43 Gutachten der Vorprüferin, Mädchen-Gymnasium Ulm, o. Datum [Februar 1962].

44 Gutachten des Auswahlausschussmitglieds, des Ulmer Oberbürgermeisters Dr. h.c. Theodor Pfizer, vom 22. Februar 1962.

45 Als Besprechungsfall von Referentin Uta Zuppke auf dem Bewerberbogen vermerkt. Einzelprotokoll des Auswahlausschusses der Studienstiftung des deutschen Volkes mit der Entscheidung „Aufnahme“, o. Datum [März 1962].

46 Brief an Hans Kessler (stellv. Generalsekretär der Studienstiftung) vom 7. Dezember 1973.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ende 1967 stellte die Studienstiftung nach 14 Semestern Vespers Förderung ein. Einen Abschluss hatte er bis dahin nicht erreicht, wollte er doch – wie damals nicht unüblich – direkt promovieren. Hätte er den Verlängerungsantrag samt aussagekräftigem Exposé zu seinem Dissertationsvorhaben rechtzeitig eingereicht, wäre er weiter gefördert worden. In einem Schreiben an die Stiftung äußerte er dagegen Kritik an eigenen Defiziten wie auch an der allgemeinen Lage im Land und speziell den deutschen Hochschulen. Er könne vor diesem Hintergrund, schrieb er am Ende des turbulenten Jahres 1967, „keine anachronistischen Arbeiten mit vollem intellektuellem und zeitmäßigem Einsatz verfolgen, während es wichtigere und sowohl für uns als auch […] für die Gesellschaft dringendere Aufgaben zu erfüllen gibt." Diese objektiven Gründe, wie er meinte, traten neben sein „individuelles Unvermögen" und führten zusammengenommen dazu, dass er sich „den Anforderungen einer Dissertation im Augenblick nicht gewachsen" fühlte. Er bat daher darum, seinen „Austritt zu gestatten".[47]

In einer sehr verständnisvollen Antwort stellte ihm die Studienstiftung in Aussicht, ihn im Falle eines Sinneswandels „kurzfristig und ohne besondere Formalitäten wieder annehmen" zu können.[48] Und tatsächlich suchte Vesper – rund anderthalb Jahre später – auf dieses Angebot zurückzukommen.[49] Als ihm die Studienstiftung aufgrund der doch einigermaßen langen Pause und vor allem fiskalischer Engpässe absagte,[50] war Vesper regelrecht verzweifelt, weil er als alleinerziehender Vater keine andere Möglichkeit sah, Kind und Studium miteinander zu vereinbaren.[51] Danach brach der Kontakt ab. Vesper arbeitete in den Folgejahren an dem autobiographischen Roman *Die Reise*, der 1977 posthum als Fragment veröffentlicht werden und – in den Worten der *Weltwoche* – zum „Nachlass einer ganzen Generation" avancieren sollte.[52] Bernward Vesper beging nach längerer psychiatrischer Behandlung am 15. Mai 1971 Selbstmord.[53]

Sein Sohn Felix wuchs mittlerweile bei Pflegeeltern auf. Seine Mutter Gudrun Ensslin war, wie in dem einen Gutachten prognostiziert, in der Tat mit Autoritäten – in diesem Fall der Frankfurter Staatsanwaltschaft – in Konflikt geraten. Ganz unmittelbare Spuren davon finden sich auch in ihrer Studienstiftungsakte. Das letzte dort eingeheftete Schreiben stammt vom Jahresbeginn 1969. Darin bat Professor Ernst Heinitz, Senatspräsident a.D. am Berliner Kammergericht und – neben Otto Schily – Verteidiger

47 Brief Bernward Vespers an Uta Zuppke (Referentin der Studienstiftung) vom 18. Dezember 1967.
48 Brief Uta Zuppkes an Bernward Vesper vom 22. Dezember 1967.
49 Brief Bernward Vespers an Uta Zuppke vom 22. Juni 1969.
50 Brief Beatrice Müller-Hansens (Referentin der Studienstiftung) an Bernward Vesper vom 15. August 1969.
51 Vgl. den Brief Bernward Vespers an Beatrice Müller-Hansen vom 3. September 1969.
52 Bernward Vesper, Die Reise. Romanessay. Ausgabe letzter Hand, 7. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2009 (zuerst 1977). Auf dem Klappentext wird die „Weltwoche" zitiert. In dem Romanfragment, S. 569, erwähnt er, „dass ich als Stipendiat in die Studienstiftung aufgenommen wurde und für einige Jahre wenigstens die dringendsten Geldsorgen loswurde".
53 Vgl. Koenen (FN 4), der Zitate aus dem autobiografischen Romanfragment „Die Reise" immer wieder als authentisches Stimmungsbild in seine Darstellung einflicht. Siehe insbesondere ebd., S. 310-312.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ensslins, die Stiftung noch um Geduld, bis die Förderakte nach Bad Godesberg zurückkomme.[54] Sie war nämlich vom Gericht angefordert worden, und Heinitz hoffte, dass es so ein „besseres Persönlichkeitsbild" Ensslins erhalten werde.[55] Ensslin war gleichsam aus der Förderung heraus verhaftet und wegen der Frankfurter Kaufhaus-Brandanschläge vom April 1968 verurteilt worden.[56] Wie Vesper hatte sie, die ebenfalls eine Direktpromotion anstrebte, keinen Universitätsabschluss erlangen können. Anders als ihr Lebensgefährte bat sie Ende 1967 nochmals um eine Stipendienverlängerung, die ihr auch gewährt wurde.[57] Als Gründe für Verzögerungen im Studienverlauf nannte sie in ihrem letzten Semesterbericht die „politischen Ereignisse an der Universität" nach der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 und die Geburt ihres Sohnes am 13. Mai.[58] Man spürt ein wenig Mutterglück, wenn sie im Dezember 1967 über den zu früh Geborenen schreibt: „Jetzt, nach sieben Monaten, ist er ein Riese, dick und stark, größer als Gleichaltrige und schwerer."[59]

Erneut fand Ensslin Verständnis für ihre Lage in der Studienstiftung. Dass sie bis dahin überhaupt kontinuierlich gefördert worden war, hatte sie auch ihrem späteren Anwalt und damaligen Vertrauensdozenten Heinitz zu verdanken. Wiederholt hob er in seinen Stellungnahmen Ensslins Persönlichkeit und menschlichen Charakter lobend hervor, beispielsweise als ein Fachdozent im Verfahren zur endgültigen Aufnahme unzweideutig schrieb, dass Ensslin im Vergleich mit seinen anderen Studenten „keine hervorragende Befähigung" besitze.[60] Heinitz hielt dagegen im August 1966 nochmals an seiner schon früher geäußerten Grundauffassung fest: „Die Gespräche mit ihr über allgemeine Dinge, auch über politische, soziale, soziologische Probleme, bei denen sie einen völlig anderen Standpunkt einnimmt als ich, sind immer fesselnd. Hier handelt es sich wirklich um eine m.E. wirklich begabte Persönlichkeit, die nach mancherlei Irrwegen angestrengt arbeitet, um etwas zu erreichen."[61]

Als Ulrike Meinhof Ende März 1960 aus der Studienstiftung ausschied, war sie ebenfalls ohne Studienabschluss. Wie die zwei bisher geschilderten Fälle hatte sie die Promotion direkt angesteuert. Als letztes Stück in ihrer Akte findet sich daher auch kein Examenszeugnis; stattdessen ein Artikel aus der Illustrierten *Jasmin* vom 9. August 1970, der mit einem Abdruck des berühmten Fahnungsplakats „Mordversuch in Berlin"

54 Brief Ernst Heinitz' an Uta Zuppke vom 9. Januar 1969.
55 Ebd.
56 Vgl. das Urteil des Landgerichtes Frankfurt („Brandstifterurteil") vom 31. Oktober 1968, in: Die Baader-Meinhof-Gruppe, zusammengestellt von Reinhard Rauball, Berlin/New York 1972, S. 167-210. Darin (ebd., S. 169) wird auch auf die Studienstiftungsakten, etwa auf das Gutachten des Vorprüfers (FN 29), Bezug genommen.
57 Brief Gudrun Ensslins an Uta Zuppke vom 15. Dezember 1967.
58 Semesterbericht zum WS 1966/67 und SS 1967 Gudrun Ensslins vom Dezember 1967.
59 Ebd.
60 Stellungnahme des Fachdozenten, Professor für amerikanische Literatur und Direktor der Abteilung für Literatur am John-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin, vom 10. August 1965.
61 Stellungnahme des Vertrauensdozenten Ernst Heinitz vom 22. August 1966.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einsetzt und sich im Untertitel „Ein Bericht über die Wandlung der Ulrike Meinhof von einer liebevollen Mutter zur hasserfüllten Anarchistin“ nennt. Zwei Jahre zuvor schickte Meinhof – das ist der letzte direkte Kontakt zur Studienstiftung – einen aktualisierten Fragebogen für die Ehemaligen-Kartei nach Bad Godesberg. Darin stellte sie, wenn auch nur stichpunktartig, ihre Tätigkeit als freie Journalistin und politische Kolumnistin für die linke, ursprünglich studentische Zeitschrift *konkret* in den Mittelpunkt.[62]

Zum letzten Mal einigermaßen ausführlich war sie nach dem Ende ihrer Förderung im Frühjahr 1966 mit der Stiftung in Verbindung getreten. Damals beantwortete sie einen Fragebogen zur Situation berufstätiger Frauen. Im Anschreiben an die zuständige Referentin vermutete sie, sie werde wohl als „schwarzes Schaf“ in der Kartei der Studienstiftung geführt. Sie wollte dieses Bild ein wenig aufhellen und begründete dies folgendermaßen: „Bin ich doch – ganz gewiss im Gegensatz zu Ihnen – der Ansicht, dass die Förderung, die mir durch die Studienstiftung zuteil wurde, keine Fehlinvestition war, keine Fehleinschätzung meiner Person, will sagen, dass – obwohl ich keinen Studienabschluss ordentlicher Art gemacht habe – meine heutige Tätigkeit die damalige Förderung meines Studiums rechtfertigt, ich dafür nach wie vor – trotz jahrelangen Schweigens – sehr sehr dankbar bin.“[63]

Sie meinte damit im Wesentlichen ihre Arbeit für *konkret*.[64] Diese journalistische Tätigkeit hatte Jahre zuvor ihre Weiterförderung durch die Studienstiftung gefährdet. Der damals für Hamburg zuständige Referent und spätere Generalsekretär Dr. Hartmut Rahn äußerte am Jahresbeginn 1960 starke Zweifel an Meinhofs Studienfortschritten und hielt die Mitarbeit an der „studentischen Zeitschrift“ für wenig förderlich. Er betonte fast im selben Atemzug, dass Art und Ausrichtung von *konkret* keine Rolle für die Haltung der Begabtenförderung spielten, sondern allein die Beeinträchtigung der Doktorandin durch diese Arbeit.[65] Wie stets fasste die Stiftung – vertreten durch ihre Referenten – keine einsamen Entschlüsse, sondern schickte Ulrike Meinhof vor einer Entscheidung zu einem eingehenden Gespräch mit dem damals federführenden Vertrauensdozenten, gleichzeitig Rektor der Hamburger Universität und Strafrechtsprofessor.

In seinem Gutachten äußerte sich dieser grundsätzlich positiv zur Zeitung *konkret* und ihren Machern, auch wenn diese Publikation ihm „keineswegs in allen Teilen ihres Inhalts“ genehm sei. „Immerhin ist sie“, fuhr er fort, „eine geistig rege Angelegenheit

62 Von Ulrike Meinhof ausgefüllte „Angaben für die Ehemaligen-Kartei 1967“, Eingangsstempel vom 1. Juli 1968.

63 Brief Ulrike Marie Röhls, geb. Meinhof, an Marianne v. Lieres (Referentin der Studienstiftung) vom 2. April 1966.

64 Vgl. zur Geschichte der Zeitschrift, die bis 1964 von der DDR finanziert worden war: Röhl (FN 7); Detlef Siegfried, Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, insbesondere S. 294-310; Alexander Gallus, Zeitschriftenporträt: „konkret“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 227-249.

65 Brief Hartmut Rahns (Referent der Studienstiftung) an Ulrike Meinhof vom 9. Januar 1960.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und ich habe Sinn für ihre oft provozierende Art, die der konformistischen Haltung eines großen Teils unserer Studentenschaft nur gut tut.“ Im Gespräch habe er den Eindruck gewonnen, dass Ulrike Meinhof den „Ernst der Lage durchaus erfasst“ habe und ihr journalistisches Engagement zurückfahren wolle. Eine „radikale Trennung“ von der Zeitschrift zu verlangen, hielt er für nicht zumutbar. Abschließend hieß es: „Zur Bedingung zu machen, mit der Redaktion ‚Konkret’ völlig zu brechen, scheint mir deshalb gefährlich, weil Fräulein Meinhoff [!] offenbar von einer politisch-sittlichen Verpflichtung zu dieser Mitarbeit getrieben wird.“[66]

Werfen wir abschließend noch einen Blick in die Förderakte Horst Mahlers. Es ist mit Abstand die dünnste von den vieren und in gewisser Hinsicht die normalste, findet sich darin doch der erfolgreiche Studienabschluss des erst 24-Jährigen – die Erste juristische Staatsprüfung mit „vollbefriedigendem“ Ergebnis im Juni 1959 – dokumentiert.[67] Mit Eintritt in den Referendardienst schied er Ende September 1959 aus der Studienstiftung aus. Nur einmal noch trat er mit ihr in Kontakt, als er für eine Ehemaligen-Broschüre im November 1967 um einen knappen Rückblick auf seine Studienzeit gebeten wurde.[68] Einigermaßen schroff antwortete er im Januar 1968, sich an Examensergebnisse nicht mehr erinnern zu können. Wörtlich: „Ich halte diese Frage auch für nebensächlich, da im Leben nichts unwichtiger ist als die Noten in akademischen oder anderen Examen, die meistens doch nicht aussagen, ob sich ein Kandidat in seiner beruflichen oder sozialen Position bewährt.“[69] In gewisser Weise entsprach das der Sicht der Studienstiftung selbst, die den frisch Aufgenommenen damals – so auch Horst Mahler im April 1955 – in einem Formschreiben mitteilte, sie freue sich über gute oder sehr gute Examina, wisse aber, „dass die spätere Berufs- und Lebensleistung eines Menschen nur bedingt aus den Prüfungsnoten abgelesen werden kann“.[70]

4. Fazit und Ausblick

So verlockend es sein mag, eine Geschichte „Von der Studienstiftung nach Stammheim“ zu schreiben, gilt es gerade dies zu vermeiden. Weder der Terminus „Terrorismus“ noch das Kürzel „RAF“ kam in diesem Essay – abgesehen von der Einleitung – vor, weil deren unzeitgemäße Präsenz zu einer teleologischen Geschichtsbetrachtung oder Biografik verleitet. „Alle Reminiszenzen an diese [frühen] Jahre sind […] überformt oder

66 Brief/Gesprächsgutachten, gerichtet an Hartmut Rahn vom 18. Januar 1960.
67 So in einem Antrag auf Verlängerung der Förderung bis zum 30. September 1959 durch Horst Mahler vom 7. Juli 1959 und in einem Übersichtsbogen zur Verlängerung der Förderung, undatiert. Eine entsprechende Urkunde findet sich indes nicht in der Akte.
68 (Rund-)Brief Ingrid Czolbes (Referentin der Studienstiftung) an Horst Mahler vom 9. November 1967.
69 Brief Horst Mahlers an Ingrid Czolbe vom 18. Januar 1968.
70 (Form-)Brief des Generalsekretärs der Studienstiftung Heinz Haerten an Horst Mahler vom 25. April 1955.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deformiert durch das Bleigewicht des Wissens über alles, was später geschah.“ Dies formulierte zu Recht und kritisch Gerd Koenen in seiner Studie *Vesper, Ensslin, Baader*.[71]

Seiner Mahnung gerecht zu werden, dem diente diese Aktenlektüre, die den Auswahlprozess nüchtern nachzuvollziehen beabsichtigte. Dieser Aufsatz kann und will nur eine Stichprobe vom Anfang und Ende der Studienstiftungsgeschichte der vier „hochbegabten“ Protagonisten geben. Das Material bietet den Stoff für weitere Analysen. Darin finden sich neben ausführlichen Lebensläufen, aus denen ich sporadisch zitiert habe, Semester- und Reiseberichte, Briefwechsel, Gutachten und Stellungnahmen. Das sind bislang für die Forschung weitgehend unbekannte Selbstzeugnisse und Dokumente, die uns helfen können, die Biografien von drei der vier Protagonisten der Ersten RAF-Generation besser zu erschließen. Wenn auch nur ausschnitthaft und keineswegs repräsentativ,[72] vermitteln sie zudem Eindrücke vom Lebens- und Zeitgefühl der jungen Generation in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren. Schließlich lassen sich aus den Akten – wie hier ansatzweise geschehen – Aussagen über die Arbeitsweise der Studienstiftung treffen, über Auswahlprozesse und bevorzugte Persönlichkeitsprofile. Abgesehen von Mahler waren das hier nicht die so genannten „1,0er“, sondern eher eigenwillige, wie es schien, leistungsbereite Nonkonformisten, die allesamt der finanziellen Unterstützung durch die Stiftung bedurften, um sich über Wasser zu halten.

Wer will, wird den elitären Charakter der Studienstiftung in den Avantgarde-Anspruch der RAF transformieren oder Zitate aus den Akten als Versatzstücke nutzen können, um aus ihnen dann doch schon die späteren Terroristen herauszudestillieren. Das ist eine große Versuchung. Hier sollte hingegen eine Geschichte – vielleicht auch: eine Vorgeschichte – erzählt werden, die keine Vorbestimmung war. Verzichten wir auf nachträgliche Projektionen, dann finden wir darin wenig von der Sphinx Ensslin oder der Medea Meinhof. Wohl lassen sich Prozesse der Politisierung, auch einer linken Radikalisierung, anhand der Studienstiftungsakten ablesen. Sie liefern indes keine Hinweise auf die spätere kompromisslose soziale Entfremdung und Entbindung. Eher ließe sich

71 Koenen (FN 4), S. 120. Sein Buch lieferte im Übrigen die Grundlage für Andres Veiels Film „Wer wenn nicht wir“ (2011), der u.a. mit dem Deutschen Filmpreis in Bronze und dem Alfred-Bauer-Preis der Berlinale 2011 ausgezeichnet wurde.

72 Zur Einordnung und Kontextualisierung dürfte ein Abgleich mit entsprechenden Kollektivbiografien und Lebensverlaufsanalysen sinnvoll sein. Vgl. Gerhard Schmidtchen, Terroristische Karrieren. Soziologische Analysen anhand von Fahndungsunterlagen und Prozeßakten, in: Herbert Jäger/ders./Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen, Opladen 1981, S. 13-77; Uwe Backes, Bundesrepublik Deutschland: „Wir wollten alles und gleichzeitig nichts“, in: Peter Waldmann (Hrsg.), Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund, München 1993, S. 143-179; ders., Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991, S. 117-169; Johannes Hürter, Rekruten für die „Stadtguerilla“. Die Suche der RAF nach einer personellen Basis, in: Rüdiger Bergien/Ralf Pröve (Hrsg.), Spießer, Patrioten, Revolutionäre. Militärische Mobilisierung und gesellschaftliche Ordnung in der Neuzeit, Göttingen 2010, S. 305-322; zu Studienstiftungsbiografien siehe die zufälligen „Stichproben“ bei Klaus Heinrich Kohrs, Überstehen, Sinnsuche, Kritik. Stipendiaten-Lebensläufe 1952, 1960 und 1968, in: Studienstiftung des deutschen Volkes (Hrsg.), Jahresbericht 2003. Fakten und Analysen, Bonn 2004, S. 21-67.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mit Blick auf die geförderten Studienkarrieren der vier mit Koenen ein wenig ratlos und vorwurfsvoll fragen: „Was fehlte ihnen, was nagte an ihnen?“[73] Aus der Aktenlektüre jedenfalls bieten sich handfeste Hinweise auf Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Lebenswege dar – darauf, wie es letztlich nicht gekommen ist. Man könnte dies auch in einem Stoßseufzer verdichten: Hätten sie doch bloß früher und zu Ende promoviert! Das akademische Scheitern dürfte insbesondere im Falle von Studenten, die hohe Erwartungen an sich selbst richteten ebenso wie solche durch die Studienstiftung an sie gestellt wurden, zu einer „Misserfolgsbelastung“ geführt haben. Erneut ist aber vor deterministischen Interpretationen zu warnen. Denn ein erfolgreicher Studienabschluss garantiert mitnichten eine gleich bürgerliche wie demokratische Karriere. Der Fall Mahlers zeigt: Examen schützt vor Extremismus nicht.

Gegen die Zwangsläufigkeit ex post konstruierter Biografien zu argumentieren, das war auch Felix Ensslin wichtig, als er den 2009 veröffentlichten Briefwechsel seiner Eltern aus den Jahren 1968/69 mit einem Nachwort versah.[74] Noch kürzlich formulierte er in einem Gespräch mit dem *Spiegel* dazu: „Ich wollte die unglaubliche Wucht der Unausweichlichkeit aufbrechen, die im Nachhinein in ihr [Gudrun Ensslins und Bernward Vespers] Leben eingeschrieben worden ist.“[75] Durch diese Perspektive wird auch die Studienstiftung entlastet. Wer sich einer gegenchronologischen Betrachtung verweigert, kann zwar – insbesondere in den Fällen Meinhofs und Ensslins – bereits während der Förderzeit schwer einzuhegende Querköpfe erkennen, nicht aber die späteren politisch motivierten Gewalttäter, die die einst in sie gesetzten Hoffnungen mit Blick auf Leistungsbereitschaft und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein schwer enttäuschten.

73 Koenen (FN 4), S. 105.

74 Vgl. Gudrun Ensslin/Bernward Vesper, „Notstandsgesetze von Deiner Hand“. Briefe 1968/1969, hrsg. von Caroline Harmsen, Ulrike Seyer und Johannes Ullmaier. Mit einer Nachbemerkung von Felix Ensslin, Frankfurt a.M. 2009.

75 „Ihr spinnt, Mutter ist in der Küche“. Spiegel-Gespräch mit Felix Ensslin, in: Der Spiegel vom 28. März 2011, S. 140.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Über die Zukunft der Demokratie

Von Manfred G. Schmidt

1. Drei verschiedene Sichtweisen

Die Zukunft der Demokratie ist Gegenstand einer intensiven Debatte, in der unterschiedlichste Diagnosen aufeinanderprallen.[1] Diese lassen sich zu drei Hauptpositionen bündeln: „keine Zukunft", „fragliche Entwicklung" und „rosige Zukunftsaussichten".

Der ersten Position zufolge hat die Demokratie keine Zukunft. Diese Diagnose ist ein Bestandteil aller radikalen Kritik an volksherrschaftlichen Ordnungen, beispielsweise der Marx'schen Staatstheorie und Demokratiekritik.[2] Die Wurzeln der „No future"-Diagnose reichen aber viel weiter zurück. Ihre Urform ist die kulturrevolutionäre Kritik der Demokratie in Platons *Der Staat*.[3] Platon zufolge laboriert die Demokratie an letalen Krankheiten: Verantwortungslose Niemandsherrschaft, rein quantitative Gleichheit ohne Rücksicht auf Befähigung und maßloses Freiheitsstreben machen aus ihr eine für den Verfall bestimmte Staatsverfassung. Der Pathologie der demokratischen Staatsverfassung entspricht der Seelenzerfall des „demokratischen Menschen": Er ist ein halt- und ordnungsloses Mängelwesen.

1 Vgl. André Brodocz/Marcus Llanque/Gary S. Schaal (Hrsg.), Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden 2008; Hubertus Buchstein, Demokratietheorie in der Kontroverse, Baden-Baden 2009; Larry Diamond, democracy, future of, in: Paul Barry Clarke/Joe Foweraker (Hrsg.), Encyclopedia of Democratic Thought, London/New York 2001, S. 154-161; Markus Jachtenfuchs, Die Zukunft der Demokratie im Rahmen der Europäischen Union, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 263-281; Peter Graf Kielmansegg, Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln?, in: Merkur 57 (2003), S. 583-594; Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Gloablisierung, Berlin 2000; Arend Lijphart, The Future of Democracy: Reasons for Pessimism, but also some Optimism, in: Scandinavian Political Studies 23 (2000), S. 265-273; Niklas Luhmann, Die Zukunft der Demokratie, in: Der Traum der Vernunft. Vom Elend der Aufklärung. Eine Veranstaltung der Akademie der Künste, Berlin (2. Folge), Darmstadt-Neuwied 1986, S. 207-217; Pippa Norris, Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge 2011; Claus Offe/Philippe C. Schmitter, The Future of Democracy, in: Seymour Martin Lipset (Hrsg.), The Encyclopedia of Democracy, 4 Bde., London 1995, Bd. 1, S. 511-517; Richard Saage (Hrsg.), Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Festschrift für Walter Euchner, Berlin 1995; Manfred G. Schmidt, Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie – Befunde des internationalen Vergleichs, in: André Kaiser/Wolfgang Leidhold (Hrsg.), Demokratie – Chancen und Herausforderungen im 21. Jahrhundert, Münster u.a. 2005, S. 70-91; ders., Die Zukunft der Demokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 812-822; ders., Demokratietheorien. Eine Einführung, 5. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 494-506.

2 Ein Beispiel ist die Marx'sche Staatstheorie und Demokratiekritik, vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, hrsg. u. eingeleitet von Eike Hennig u.a., Frankfurt a.M. u.a. 1974.

3 Platon, Der Staat. Über das Gerechte, Hamburg 1989.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine zweite Diagnose setzt die Akzente anders. Ihr zufolge ist die Zukunft der Demokratie grundsätzlich offen, aber letztlich fraglich. Fraglich, wenn sie weiterhin zu wenig Demokratie biete, so argumentieren die Fürsprecher der partizipatorischen und der deliberativen Demokratietheorie[4]; oder fraglich, weil die Komplexität der Demokratie im Zeitalter von Globalisierung und Mehrebenensystemen die meisten Bürger überfordere[5]; oder fraglich, weil die real existierende Demokratie schon zu einer bloßen Fassade degeneriert sei, so die Lehre von der „Postdemokratie".[6]

Einer dritten Sichtweise zufolge wird die Zukunft der Demokratie optimistisch bewertet. Fürsprecher dieser Sichtweise sehen die Demokratie auf einem schier unaufhaltsamen Siegeszug. Drei Hauptgründe werden dafür genannt: erstens die „Demokratisierungswellen"[7] insbesondere im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, zweitens der „Demokratievorteil"[8], d.h. die vermutete größere Leistungskraft der Demokratien gegenüber allen anderen Staatsformen, und drittens die durch längere Ausbildungsdauer und zunehmende Information gestärkte Kompetenz eines beträchtlichen Teils der Bürger.[9]

Der vorliegende Essay kommt zu einem anderen Befund.[10] Die Demokratie hat Zukunft – allerdings ist ein schillerndes Leistungsprofil zu erwarten. Licht, Schatten und viele Grautöne sowie große Leistungsunterschiede je nach Demokratietyp gehören zu ihm. Dieser Befund basiert auf dem Abwägen der Stärken und Schwächen der Demokratie[11] und neuen Beiträgen zum Demokratie-Autokratie-Vergleich.[12] Bei dieser Ab-

4 Vgl. Jürgen Habermas, Über den Begriff der politischen Beteiligung, in: Ders./Ludwig von Friedeburg/Christoph Oehler/Friedrich Weltz, Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, 3. Aufl., Neuwied 1969, S. 11-55; ders., Drei normative Modelle der Demokratie, in: Ders., Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur Politischen Theorie, Frankfurt a.M. 1999, S. 277-292; Carole Pateman, Participation and Democratic Theory, London 1970.

5 Michael Th. Greven, Zukunft oder Erosion der Demokratie?, in: Hannah Caspar/Harald Schoen/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2009, S. 411-428.

6 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008.

7 Der Schlüsseltext ist Samuel P. Huntington, The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century, Norman/London 1991.

8 Morton Halperin/Joe Siegele/Michael Weinstein, The Democracy Advantage. How Democracy promotes Prosperity and Peace, 2. Aufl., London 2010.

9 Vgl. Russell J. Dalton, Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 4. Aufl., Washington D.C. 2005.

10 Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines am 21. November 2011 an der TU Chemnitz gehaltenen Vortrags zum Thema „Zukunft der Demokratie".

11 Vgl. hierzu ausführlicher Pippa Norris, Democratic Deficit. Die Position des Verfassers ist dokumentiert in Schmidt, Demokratietheorien (FN 1), Kapitel 26-29.

12 Vgl. Manfred G. Schmidt, Legitimation durch Performanz? Zur Output-Legitimität in Autokratien, in: Totalitarismus und Demokratie 9 (2012), H. 1, S. 83-100; ders., Staatstätigkeit in Autokratien und Demokratien, in: Patrick Köllner/Steffen Kailitz (Hrsg.), Autokratien im Vergleich, Baden-Baden (PVS Sonderheft) 2012 (i.E.); Stefan Wurster, Sustainability and Regime Type: Do Democracies Perform Better in Promoting Sustainable Development than Autocracies?, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 9 (2011), S. 538-559.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wägung ist, so lehren Stärken und Schwächen der bislang geführten Debatte, viererlei zu bedenken: demokratiefreundliche Großwetterlagen, strukturelle Vorzüge der Demokratie gegenüber nichtdemokratischen Regimen, aber auch demokratieunfreundliche Gegentendenzen und strukturelle Funktionsprobleme der Demokratie.

Zuvor ist eine begriffliche Klärung erforderlich. Demokratie wird im Folgenden in Anlehnung insbesondere an Joseph Schumpeter und Robert Dahl[13] minimalistisch als eine Staatsverfassung verstanden, die sich durch Partizipation, freie Willensbildung und Spielregeleinhaltung auszeichnet. Der erste Pfeiler – bei Robert Dahl die „participation", bei Schumpeter der Kampf um Wählerstimmen – ist die politische Beteiligung aller erwachsenen Staatsbürger, insbesondere ihre Mitwirkung bei der Wahl bzw. Abwahl der politischen Führung in der Legislative und der Exekutive in regelmäßig stattfindenden, allgemeinen, freien, gleichen und fairen Wahlen. Der zweite Pfeiler – bei Dahl die „contestation" – besteht aus dem offenen politischen Wettbewerb und der Chance freier Interessenäußerung und Interessenbündelung in Arenen, in denen mindestens zwei politische Parteien sowie gegnerfreie Interessenverbände um Machterwerb, Machterhalt oder Beeinflussung der Machtverteilung ringen. Der dritte Pfeiler schließlich ist die Einhaltung der Spielregeln für Partizipation und Wettbewerb seitens der um die Stimmen der Bürger konkurrierenden Gruppen.

2. Demokratiefreundliche Großwetterlagen

Auf den ersten Blick scheint die Großwetterlage noch nie so demokratiefreundlich wie im frühen 21. Jahrhundert zu sein. Noch nie zuvor waren die Zahl der Demokratien und ihr Anteil an der Gesamtzahl aller souveränen Staaten so groß wie nach der Jahrtausendwende. Wenn man als intakte Demokratien jene Staaten zählt, die auf den Political-Rights-Skalen von Freedom House strenge Kriterien erfüllen – einen Wert von 1 oder 2 auf der von 1 bis 7 reichenden Skala[14] –, zeigt die Erstmessung im Jahre 1972 die Existenz von 50 Demokratien an. Heutzutage ist die Zahl der selbstständigen Demokratien nach dieser Messlatte mit 84 erheblich größer. Gemessen an dem Anteil der Demokratien an allen Staaten bedeutet dies eine Zunahme von 32 Prozent im Jahre 1972 auf 43 Prozent im Jahre 2009.[15] Auch nach dem durchschnittlichen Alter der Demokratien zu urteilen, ist der Anteil der Staaten mit einem berichtenswerten Lebensalter größer als je zuvor.

13 Joseph A. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy, London/New York 1996; Robert A. Dahl, Polyarchy, New Haven/London 1971.

14 „1" ist das Maximum, „ 7" das Minimum. Die Political Rights-Skala wird oft – so auch in diesem Beitrag – als Näherungsindikator der Demokratie bzw. der Autokratie gewertet.

15 Vgl. Freedom House, Freedom in the World 2012. The Arab Uprisings and Their Global Repercussions. Selected data from Freedom House's annual survey of political rights and civil liberties, New York 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Noch deutlichere Konturen gewinnt die gegenwärtige demokratiefreundliche Großwetterlage im Lichte eines historisch weiter ausholenden Vergleichs. Als Joseph Schumpeter sein Buch *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* schrieb – im Jahre 1941 – qualifizierte sich nur eine Handvoll Staaten als Demokratie. Und im Lichte der Polity-IV-Indikatoren der Demokratie und Autokratie[16] ist die Zahl der Demokratien beispielsweise im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts selbst bei großzügiger Messung sehr bescheiden. 1875 warteten nur sieben Staaten mit einem höheren Wert auf der Demokratie-Autokratie-Skala auf (Maximum 10, Minimum: -10): Belgien (Skalenwert 6), Costa Rica (6), Griechenland (9), Kolumbien (8), Neuseeland (10), die Schweiz und die USA (jeweils 10). Großbritannien lag mit einem Skalenwert von 3 weit zurück – ganz zu schweigen von Ländern wie Schweden und Deutschland, die auf dieser Skala 1875 mit einem Wert von -4 mehr zur Autokratie als zur Demokratie neigten.

Mittlerweile ist das anders. Vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die Demokratien unter den Staatsverfassungen auf dem Vormarsch.[17] Mehr noch: Demokratiefreundliche Großwetterlagen sehen etliche Beobachter auch darin, dass viele Demokratien mittlerweile eine kritische Stelle der sozioökonomischen Entwicklung überschritten haben, ab der ihre Überlebenswahrscheinlichkeit sehr hoch ist. Das Argument ist seit Seymour Martin Lipsets Studien über die sozioökonomischen Funktionsvoraussetzungen der Demokratie aus dem Jahre 1959 und 1960 wohlbekannt: Je höher der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit, dass eine dort existierende Demokratie aufrechterhalten würde, so lehrte Lipset.[18] Überprüfungen der Lipset-These haben dieses Ergebnis für viele Länder im Grundsatz bestätigt. Den Auswertungen von Przeworski u.a. zufolge liegt die entscheidende Schwelle in der Größenordnung bei rund 4000 US-Dollar pro Kopf in Preisen von 1995. Wenn ein demokratischer Staat mit seinem Pro-Kopf-Sozialprodukt über dieser Schwelle liegt, ist die Überlebenswahrscheinlichkeit der Demokratie außerordentlich hoch. Zudem werden die Überlebensaussichten einer Demokratie umso günstiger, je weiter ihre wirtschaftliche Entwicklung voranschreitet. Beides ist mittlerweile bei vielen Demokratien der Fall.[19] Auch das stützt die These von den demokratiefreundlichen Großwetterlagen.

16 Monty G. Marshall/Ted Robert Gurr/Keith Jaggers, Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions 1800-2009, 2010, unter: http://www.systemicpeace.org/inscr/inscr.htm (15. März 2011).

17 Vgl. Christian W. Haerpfer/Patrick Bernhagen/Ronald Inglehart/Christian Welzel (Hrsg.), Democratization, Oxford 2009; Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010.

18 Vgl. Seymour Martin Lipset, Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review 53 (1959), S. 69-105; ders., Political Man. The Social Bases of Politics, Baltimore 1981.

19 Vgl. Adam Przeworski/Michael E. Alvarez/José Antonio Cheibub/Fernando Limongi, Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge 2000.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hinzu kamen die Auflösung der Sowjetunion und der Regimewandel in den von ihr kontrollierten sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa. Vor allem diesen Wandel hatte Ulrich Beck im Blick, als er die These von der „feindlosen Demokratie" entwarf.[20] Spezialisten der Internationalen Beziehungen konnten hierin eine weitere demokratiefreundliche Wetterlage sehen: Wenn einer der Hauptgegner der Demokratie wegbricht, wie im Fall der staatssozialistischen Regime in Europa, nimmt die außenpolitische Störanfälligkeit und Erpressbarkeit der Demokratien ab. Zugleich schrumpft das internationale Sicherheitsdilemma, weil mit der zunehmenden Zahl der Demokratien die Gruppe jener Staaten wächst, die, laut Theorie des demokratischen Friedens, untereinander keine Kriege führen, sondern ihre Konflikte friedlich regeln.[21] Außerdem ist ein internationales System mit einem höheren Anteil an Demokratien demokratisierungsfreundlicher. Die Erfolgsaussichten zukünftiger Demokratisierungsvorgänge müssten – bei Hochrechnungen der Erfahrungen mit den bisherigen Demokratisierungswellen –, umso größer sein, je mehr das internationale Umfeld von Demokratien geprägt ist.[22]

Demokratiefreundliche Großwetterlagen kennzeichnen nicht nur die Makroebene, sondern auch die Mikroebene. Infolge eines höheren formalen Ausbildungsstandes und eines größeren Informationsangebotes ist die Kompetenz vieler Bürger zur geschulten Beobachtung der Politik und zur politischen Beteiligung erheblich größer als in früheren Stadien der politischen Entwicklung. Insoweit müsste auch die politisch-kulturelle Grundlage für die Demokratie belastbarer als je zuvor sein. Das alles lässt die Zukunftsaussichten der Demokratie als vergleichsweise rosig einstufen.

In die gleiche Richtung weisen die Vorteile, die der Demokratie im Staatsformenvergleich zugeschrieben werden. Sie profitiere insbesondere vom „Democracy Advantage",[23] also vom strukturellen Demokratievorteil gegenüber anderen Regimen, so heißt es. Die Demokratie sorge, so Halperin et al. für viele andere, wie keine weitere Staatsform für wirtschaftlichen Wohlstand sowie für Frieden im Innern und in den internationalen Beziehungen. Die Demokratien profitieren überdies von systematischen Vorteilen bei der Bereitstellung und Verteilung von Zukunftsgütern, so lehrt Otfried Höffes Politische Philosophie der Zukunftsgüter: „‚Ein zufriedenstellendes Existenzminimum' und ‚zahlreiche Bildungsangebote' gehören zu den Vorteilen der Demokratien, ferner eine weithin zuverlässige materielle Infrastruktur […] und eine ziemlich gute

20 Vgl. Ulrich Beck, Die feindlose Demokratie, Stuttgart 1995.

21 Vgl. Anna Geis/Harald Müller/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt a.M./New York 2007; Anna Geis/Jonas Wolff, Demokratie, Frieden und Krieg: Der „Demokratische Frieden" in der deutschsprachigen Friedensforschung, in: Peter Schlotter/Simone Wisotzki (Hrsg.), Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 2011, S. 112-138; David A. Lake, Powerful Pacifists. Democratic States and War, in: American Political Science Review 86 (1992), S. 24-37; Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.), Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004.

22 Vgl. Barbara Wejnert, Diffusion, Development, and Democracy, 1800-1999, in: American Sociological Review 70 (2005) 1, S. 53-81.

23 Halperin/Siegele/Weinstein (FN 8).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

medizinische Versorgung“.[24] Überlegen sind die Demokratien sodann den Nichtdemokratien beim „Rechtskapital“, beim „Sozialkapital“, beim „Humanvermögen“ und beim „Kulturkapital“. Auch haben sie einen „Legitimitäts“-, einen „Wissens“- und einen „Wirtschaftsvorsprung“. Obendrein können sich die Demokratien eines „Lernvorsprungs“ rühmen, nämlich der Befähigung zur Selbstkritik.[25]

Allerdings bedarf die Lobrede auf die Demokratie der Eingrenzung. Sie passt nicht für alle Demokratien, schon gar nicht für die zahlreichen „defekten Demokratien“,[26] sondern nur für den überschaubaren Kreis der leidlich intakten, auch rechtsstaatlich gefestigten Demokratien.

3. Gegenwind, Demokratisierungsgrenzen und Strukturprobleme der Demokratie

Die Demokratie hat nicht nur freundliche Großwetterlagen auf ihrer Seite. Sie hat auch Gegenwind. Besonders schwer macht er es für die These von der feindlos gewordenen Demokratie. Diese These war 1995 publiziert worden. Spätestens sechs Jahre später – genauer: am 11. September 2001 – war sie so nicht länger haltbar. Die Demokratie hat, so lehren nicht nur die Terroranschläge auf Amerika von diesem Tag, auf Seiten fundamentalistischer islamistischer Strömungen vehemente Gegner. Viele andere Machthaber autokratischer Regime sind ebenfalls nicht Freunde der Demokratie, sondern Widersacher. Zudem wurde die Demokratiefreundlichkeit der internationalen Großwetterlage von etlichen Beobachtern überschätzt. Legt man die oben erwähnten strengen Messlatten beim Staatsformenvergleich an, zählt auch heutzutage nur eine Minderheit der Staaten zu den leidlich intakten Demokratien. Selbst nach dem eindrücklichen Siegeszug der Demokratien in den verschiedenen Demokratisierungswellen liegt ihr Anteil an allen selbstständigen Staaten mit 43 Prozent nach wie vor unter der 50 Prozent-Marke. Und selbst wenn man laxere Messlatten anlegt und auch Political-Rights-Skalenwerte von 3 als Demokratieanzeiger wertete, läge die Zahl der Demokratien mit 112 und der Anteil der Demokratien an allen selbstständigen Staaten heutzutage mit 57 Prozent nur knapp über der Hälfte aller Staaten.[27]

Wie auch immer gemessen wird: Der Anteil derjenigen Staaten, die sich nicht als Demokratie qualifizieren, ist nach wie vor groß. Zu ihnen gehören die intakten Autokratien, aber auch etliche Autokratien mit demokratischen Einsprengseln, unter ihnen die sogenannten elektoralen Autokratien[28] oder die kompetitiven Autoritaris-

24 Otfried Höffe, Ist die Demokratie zukunftsfähig?, München 2009, S. 311.
25 Alle Zitate ebd., S. 312.
26 Aurel Croissant, Analyse defekter Demokratien, in: Klemens H. Schrenk/Markus Soldner (Hrsg.), Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden 2010, S. 93-114.
27 Berechnet auf der Basis von Freedom House 2012 (29. März 2012).
28 Andreas Schedler, The Logic of Electoral Authoritarianism, in: Ders. (Hrsg.), Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition, Boulder/London 2006, S. 1-26.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

men.[29] Außerdem ist eine größere Zahl von zwischen Demokratie und Nichtdemokratie lavierenden defekten Demokratien zu berücksichtigen.[30]

Gemessen an den Bevölkerungsanteilen sieht der Sachverhalt nicht viel demokratiefreundlicher aus. Mittlerweile lebt zwar ein beachtlicher Teil der Weltbevölkerung in einer Demokratie, die diesen Namen einigermaßen verdient. Doch auch dieser Teil der Weltbevölkerung ist eine Minderheit. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt in autokratischen Regimen oder in einer mehr oder minder hochgradig mängelbehafteten Demokratie.

Wasser in den Wein der Demokratieoptimisten gießt eine weitere Beobachtergruppe. Es sind diejenigen, die darauf aufmerksam machen, dass die Demokratisierungswellen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weniger erreichten als erwartet wurde. Nicht einmal die Hälfte der Transformationsprozesse in der vierten Demokratisierungswelle, die mit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Mitteleuropa begann, hat letztlich zu einer Demokratie geführt, die ihren Namen verdient.[31] Die übrigen Transformationen blieben auf halbem Wege stecken oder schwankten zwischen Demokratie und Autokratie hin und her.[32] Zudem existiert ein recht großer harter Kern an Autokratien, der voraussichtlich auch in absehbarer Zukunft relativ immun gegenüber Demokratisierungsvorgängen bleiben wird. Dafür spricht etwa die Beobachtung, dass in etlichen der Autokratien des harten Kerns – wie Nordkorea oder auch China – die Funktionsvoraussetzungen für eine Demokratie, so wie sie aus der westlichen Hemisphäre bekannt sind[33], kaum oder gar nicht erfüllt sind.

Dass die Zukunft der Demokratie fraglich ist, ist eine der drei Hauptpositionen in der Debatte über die weitere Entwicklung der Volksherrschaft. Hinter dieser Diagnose steckt das Unbehagen, das etliche Beobachter angesichts einer großen Lücke zwischen der Beteiligungskompetenz vieler Staatsbürger und den überschaubaren Chancen konventioneller politischer Beteiligung in jenen Demokratien verspüren, in denen landesweite direktdemokratische Arrangements keine nennenswerte Rolle spielen. Allerdings ist die Hoffnung, man könne durch mehr politische Beteiligung eine signifikant leistungsstärkere Demokratie schaffen, überoptimistisch. Gewiss würden hierdurch die Beteiligungschancen für beteiligungskompetente Bürger wachsen – und die für wenig oder nicht kompetente Bürger abnehmen –, doch mehr politische Beteiligung würde nichts an den weiter unten erörterten Strukturproblemen ändern, die sich für alle Demokratien ergeben.

Dass die Zukunft der Demokratie fraglich sei, meint eine zweite Beobachtergruppe, wenngleich aus anderen Gründen als die Fürsprecher von mehr Demokratie. Fraglich

29 Steven Levitsky/Lucan A. Way (Hrsg.), Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War, Cambridge 2010.
30 Vgl. Croissant (FN 26).
31 Schmidt, Demokratietheorien (FN 1), S. 431-452.
32 Vgl. Merkel (FN 17).
33 Vgl. Schmidt, Demokratietheorien (FN 1), S. 412-430.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sei die Zukunft der Demokratie, so hieß es vor einigen Jahrzehnten, weil sie sich in eine „Krise" verstrickt habe und mit „Unregierbarkeit" konfrontiert sei.[34] Allzu lange hielten diese Diagnosen allerdings nicht: Schon vor, während und kurz nach der Publikation dieser Diagnosen waren Demokratisierungswellen in Gang gekommen. Außerdem waren die damals schon existierenden Demokratien nicht schwächer und instabiler geworden, sondern mindestens gleich stark und stabil geblieben.[35] Zudem konnte von genereller Unregierbarkeit angesichts beachtlicher politischer Steuerungserfolge in etlichen Demokratien keine Rede sein. Es wäre nicht allzu verwunderlich, wenn die derzeit populäre Diagnose der „Postdemokratie"[36] nicht allzu lange hielte. Auch sie unterschätzt die Stabilität der Demokratien, die Bedeutung politischer Beteiligung und die Gestaltungskraft von demokratisch gewählten Regierungen und verklärt auf der anderen Seite die angeblich bessere Vergangenheit der Demokratie.

Allerdings machen die Theoretiker der Postdemokratie und Beobachter aus ihrem Umfeld mit Recht auf gewichtige Probleme der etablierten Demokratien aufmerksam. Zwei Diagnosen verdienen besondere Beachtung: Die erste ist die der tendenziell abnehmenden Bedeutung von originär demokratischen Quellen politischer Legitimation, die zweite ist die eines hohen, womöglich weiter wachsenden Anteils der „unzufriedenen Demokraten".

Die erste Diagnose stammt aus Michael Zürns Analyse der Perspektiven des demokratischen Regierens im 21. Jahrhundert. Zürns Kernthese ist, „dass die originär demokratischen Legitimationsquellen an Bedeutung zu verlieren scheinen".[37] Originär demokratische Quellen politischer Herrschaft, wie politische Beteiligung und öffentliche Deliberation, „geraten im Zuge der gegenwärtigen Veränderungen der politischen Institutionenlandschaft gegenüber solchen Legitimationsquellen wie Recht, Expertise, Rechenschaftspflichtigkeit und der Steigerung des kollektiven Selbstwertgefühls ins Hintertreffen".[38] Besonders auffällig ist dabei eine gehörige Distanzierung eines Großteils der Bürger von Zentralinstitutionen der Demokratie, insbesondere der Mehrheitsdemokratie. Relativ geringes Vertrauen in Haupteinrichtungen der Demokratie wie Parlamente und Parteien, dafür aber Wertschätzung von expertokratischen Institutionen wie Verfassungsgerichtsbarkeit sind Beispiele. Zu ihnen gehört auch die tendenziell sinkende Wahlbeteiligung. Von ihr befürchten manche die Beschädigung der Demokratie: Weil

34 Michael J. Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975; Armin Schäfer, Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: der moderne staat 2 (2009), S. 159-183.

35 Vgl. Arend Lijphart, Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven/London 1999; Edeltraud Roller, The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policies, Oxford 2005.

36 Crouch (FN 6).

37 Michael Zürn, Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert, in: Politische Vierteljahresschrift 50 (2011), S. 603-635, hier: S. 604.

38 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

viele Wahlberechtigte aus den unteren Sozialschichten nicht zur Wahlurne gehen, stelle die niedrige Wahlbeteiligung die Repräsentativität der Wahl und die Legitimität des Wahlergebnisses in Frage.[39]

Eine zweite Diagnose lautet: „unzufriedene Demokraten". Das sind diejenigen Bürger, die mit der konkreten Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden sind. Ihr Anteil an der gesamten Wählerschaft ist mittlerweile beachtlich hoch – und der Anteil der mit der Demokratie zufriedenen Bürger mitunter vergleichsweise niedrig. Laut Daten des Eurobarometers lag der Anteil der Personen, die sich mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Lande zufrieden zeigten, im Durchschnitt der westeuropäischen Länder im Jahre 2006 nicht höher als 66 Prozent und im Durchschnitt der osteuropäischen Länder bei nur 36 Prozent.[40] Entsprechend groß ist der Anteil der unzufriedenen Demokraten. Gewiss: Die Unterschiede zwischen den Ländern sind beachtlich. In einer Ländergruppe gibt es besonders viele zufriedene und wenig unzufriedene Demokraten: allen voran in Dänemark, wo 94 Prozent zufrieden waren. Auch in Schweden, Finnland, Österreich und den Niederlanden ist der Anteil der zufriedenen Bürger mit rund drei Viertel überdurchschnittlich hoch. Aber schon Westdeutschland mit einem Anteil der Zufriedenen von 61 Prozent und mehr noch Ostdeutschland mit 33 Prozent weisen auf erhebliche Akzeptanzprobleme der gegenwärtigen Demokratien hin.[41]

Der Vollständigkeit halber ist allerdings dies hervorzuheben: Unzufriedene Demokraten sind Personen, die mit der konkreten Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden sind. Die meisten von ihnen sind aber im Prinzip für die Demokratie als Norm und als Staatsverfassung,[42] nicht Anhänger von Antisystemparteien, die eine Demokratie in ihrer Existenz bedrohen. Unzufriedene Demokraten sind insoweit Bürger, von denen man vermuten kann, dass sie bei geänderter, in ihrem Blickwinkel ver-

39 Armin Schäfer, Republican Liberty and Compulsory Voting, Köln 2011.

40 Berechnet auf der Basis von Statistisches Bundesamt u.a. (Hrsg.), Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2008, S. 401, auf der Grundlage des Eurobarometers.

41 Allerdings zeigen andere Datenquellen, insbesondere die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus), für Deutschland deutlich höhere Werte für die mit der Demokratie zufriedenen Befragten an. So bekundeten im Jahr 2008 in Ostdeutschland 56 Prozent der Befragten Zufriedenheit mit der Demokratie und in den westlichen Bundesländern 79 Prozent (Edeltraud Roller, Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. Gibt es Anzeichen für eine abnehmende Differenz?, in: Peter Krause/Ilona Ostner (Hrsg.), Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, Frankfurt a.M./New York, S. 597-614, hier: S. 604).

42 Vgl. aber für den Vergleich von West- und Ostdeutschland ebd. Im Ostteil des Landes ist die Zustimmung zur Demokratie seit 1991 deutlich geringer als im Westteil. Die Demokratie sei die beste Staatsform meinen im Osten 2008 68 Prozent der Befragten, im Westen 86 Prozent (ebd., S. 599); liberale Grundrechte gehören zu den normativen Prinzipien der Demokratie, sagen im Osten 2009 61, im Westen 75 Prozent (ebd., S. 600); die Demokratie in Deutschland sei die beste Staatsform meinen im Ostteil 2009 36 Prozent, im Westteil 76 (ebd., S. 603) und dass es eine andere, bessere Staatsform gibt, glauben im Ostteil 2009 24 Prozent, im Westteil 9 Prozent (ebd., S. 603).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

besserter Funktionsweise von demokratischen Systemen wieder zufriedene Bürger werden.

Doch auch in diesem Fall bleiben den Demokratien, auch den besten unter ihnen, große Strukturprobleme. Diese sind bei der Spekulation über die Zukunft der Demokratie ebenfalls zu berücksichtigen. Vier Strukturprobleme sind besonders wichtig: das Denationalisierungs-Demokratie-Dilemma, der „zweite Souverän", die Pfadabhängigkeit demokratischer Entscheidungen und das „Loser's Consent"-Problem.

Vorgänge der Denationalisierung[43] sind von epochaler Bedeutung. Sie verengen den politisch entscheidbaren Spielraum auf nationalstaatlicher Ebene und reduzieren insoweit auch die Reichweite der nationalstaatlich verankerten Demokratie. Wenn dieser Demokratieverlust auf transnationaler Ebene nicht kompensiert wird, bedeutet Denationalisierung (und ihre weitere Zunahme) nicht mehr Demokratie, sondern weniger Demokratie. Genau diese Lage kennzeichnet derzeit die Verfassungswirklichkeit.[44]

Mit diesem Problem hängt ein zweites eng zusammen: das des „zweiten Souveräns".[45] Ihm liegt die Beobachtung zugrunde, dass im Falle der krisenhaften Zuspitzung von Globalisierungs- und Europäisierungsvorgängen, wie seit der 2007 bestehenden Finanzmarktkrise, ein „zweiter Souverän" in Gestalt der internationalen Finanzmärkte „zu den Staatsvölkern und mit diesen konkurrierend hinzugetreten ist".[46] Die gewählten Regierungen müssen nunmehr nicht mehr nur einem Herren dienen, dem Demos, sondern zwei Herren mit gegensätzlichen Ansprüchen. Der „zweite Souverän" drängt als Kreditgeber auf „eine glaubwürdige und dauerhafte Absicherung" seiner Forderungen „als Bedingung für eine weitere Finanzierung der überschuldeten Nationalstaaten". Die Bürger aber pochen „auf die Einlösung des impliziten Gesellschaftsvertrages der Vergangenheit über soziale Sicherheit und eine in ihren Augen gerechte Verteilung".[47] Daraus entwickelt sich ein Wechselspiel zwischen Regierungen, Finanzmärkten und Bürgern, in denen die gewählten Regierungen Gefahr laufen, zum Vollzugsmechanismus von finanzmarktpolitisch erforderlichen Prozessen zu werden, die mit den Erwartungen und Ansprüchen der Bürger kollidieren.

43 Denationalisierung ist der Oberbegriff für Globalisierung einerseits und Europäisierung (im Sinne des Aufbaus, des Ausbaus und der Vertiefung der europäischen Staatengemeinschaft) andererseits, vgl. Michael Zürn, Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2005.

44 In dieser Verfassungswirklichkeit ist eine der kulturellen Grundvoraussetzungen einer intakten Demokratie – eine funktionierende „Erinnerungs-", „Erfahrungs- und „Kommunikationsgemeinschaft" im Sinne von Kielmansegg – nicht erfüllt, vgl. Peter Graf Kielmansegg, Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2003, S. 49-76; ders., Fünf Jahre später – ein Nachwort zur zweiten Auflage, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2003, S. 77-83.

45 Jens Beckert/Wolfgang Streeck, Die Fiskalkrise und die Einheit Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4/2012, S. 7-17.

46 Alle Zitate ebd., S. 10.

47 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Demokratie hat zudem mit einem dritten Strukturproblem zu tun. Es wurzelt in der Unbeständigkeit der Zahl, die seit Thomas Hobbes' Demokratie-Autokratie-Vergleich zu den Strukturproblemen der Demokratien zählt, weil sie zur ohnehin schon problematischen Unbeständigkeit der Natur des Herrschers bzw. der Herrschenden eine neue Unwägbarkeit systemischer Art hinzufügt.[48] Die Unbeständigkeit der Zahl äußert sich beispielsweise in wandernden, instabilen Mehrheiten und in der Pfadabhängigkeit demokratischer Entscheidungen: Abstimmungsergebnisse hängen in großem Maße von der Art der Verfahren der Abstimmung und der Verrechnung der Stimmen in Mandate zusammen. Über Sieg oder Niederlage kann demnach schon eine geringfügige Variation der Abstimmungsverfahren und der Verrechnungsmethoden entscheiden.

Damit wächst zugleich die Wahrscheinlichkeit eines vierten Strukturproblems jeder Demokratie: das „Loser's Consent"-Problem[49] oder: Wie gewinnt man die Akzeptanz der Wahlniederlage beim Unterlegenen, und wie verhindert man, dass der Wahlverlierer auf die Wahl nicht mit Abwanderung, innerer Emigration, Investitionsstreik oder Arbeitsniederlegung oder Waffengewalt reagiert?

Die Demokratie wäre akut bedroht, wenn die Bürgerschaft nicht länger die zuvor erwähnte Unbeständigkeit der Zahl tolerierte. Und akut gefährdet wäre die Demokratie zudem, wenn die Verlierer einer Wahl regelmäßig das Wahlergebnis nicht anerkennen.

4. Über die wahrscheinliche Entwicklung der Demokratie im 21. Jahrhundert

Alle sozialwissenschaftlichen Prognosen sind mit großen Irrtumswahrscheinlichkeiten behaftet. Das gilt selbstverständlich auch für Prognosen der wahrscheinlichen Entwicklung der Demokratie. Verlängert man die bisher vorliegenden Befunde zu den Großwetterlagen, den Stärken, dem Gegenwind und den Schwächen der Demokratie und berücksichtigt man auch ihre wichtigsten Funktionsprobleme, spricht am Ende viel für die folgende Vorhersage.

Die intakten Demokratien werden am ehesten die Funktionserfordernisse von volksherrschaftlichen Systemen weiterhin erfüllen und mit den zuvor beschriebenen Herausforderungen leidlich umgehen können. Vorausgesetzt ist allerdings, dass der Demos mehrheitlich Funktionsprobleme der Demokratie wie die Unbeständigkeit der Zahl und die Pfadabhängigkeit der demokratischen Ergebnisse akzeptiert. Das aber bedingt, dass der Demos Vertrauen in die politischen Institutionen der Demokratie hat. Es setzt überdies einen Demos voraus, der hinreichend tolerant oder hinreichend ignorant ist – hinreichend tolerant, um die demokratische Pfadabhängigkeit zu akzeptieren, oder

48 Vgl. Thomas Hobbes, Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt a.M. 1984, S. 147.

49 Christopher J. Anderson/André Blais/Shaun Bowler/Todd Donovan/Ola List, Losers' Consent: Elections and Democratic Legitimacy, Oxford 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hinreichend ignorant, um von ihr und von Problemen wie der Unbeständigkeit der Zahl nichts zu wissen.

Bei der Prognose der Zukunft der Demokratie sind größere Abstriche bei jenen Staaten zu machen, die zwischen einer intakten und einer defekten Demokratie hin und her pendeln. Und je näher sie zum Pol der defekten Demokratie neigen, desto fraglicher wird ihre Zukunft sein. Hinsichtlich des harten Kerns der autokratisch verfassten Regime schließlich ist es nach dem derzeitigen Stand der Dinge unwahrscheinlich, dass sie sich demokratisieren werden.

Auch aus diesem Grund besteht kein Anlass zu besonderem Optimismus hinsichtlich der Zukunft der Demokratie. Gleichwohl sind in vielerlei Hinsicht die äußeren, insbesondere die außenpolitischen, aber auch einige der inneren Rahmenbedingungen günstiger für die Demokratie als je zuvor. Insoweit ist ein gedämpfter, durch realistische Demokratietheorie gezügelter Optimismus durchaus angebracht. Unter diesem Vorbehalt könnte das 21. Jahrhundert mehr noch als das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Demokratie werden. Allerdings ist damit ein Jahrhundert gemeint, dass sich durch eine recht heterogene Schar von Demokratien auszeichnet. Zu ihnen gehören teils gut, teils mäßig, teils schlecht funktionierende Demokratien – und sie alle koexistieren mit einer stattlichen Schar von Autokratien, die zur Demokratie in teils passiver, teils aktiver Gegnerschaft stehen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Geschichte des Extremismus in Deutschland 1949-1990

Von Lazaros Miliopoulos

1. Einleitung

Historische Studien zum Extremismus beziehen sich häufig auf nur *eine* Spielart des Phänomens. Eine Darstellung, welche die Entwicklung nach 1945 in den Wechselbeziehungen untersuchte, müsste noch geschrieben werden. Mehr als zwanzig Jahre nach der Vereinigung könnte es zudem sinnvoll sein, die Infiltrationsbemühungen der DDR und ihre Auswirkungen auf das Kräftegefüge des deutschen Extremismus stärker in den Blick zu nehmen.

Im folgenden Aufsatz soll im Sinne eines ersten Ansatzes die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990 anhand der Annahme zweier größerer Wellenbewegungen (Kapitel 2: 1949-1952; Kapitel 3: 1964-1969) und zwei kleinerer Zwischenwellen (Kapitel 4: links 1979-1983, rechts 1987-1990) nachgezeichnet werden. Die Einteilung orientiert sich dabei an zwei Kriterien: dem Erfolg des Extremismus auf dem Wählermarkt und der Breitenwirksamkeit im gesellschaftlichen ‚Vorfeld'. Indes werden die Ausbrüche resp. Anfänge gewalttätiger und terroristischer Aktivitäten stets als Zerfallserscheinungen gedeutet und somit als Abschwünge oder gar Tiefpunkte interpretiert: Dies betrifft die Anfänge des RAF-Terrorismus um 1970 wie auch die des Rechtsterrorismus um 1980. In einem zweiten Schritt kann dann gefragt werden, ob und inwieweit Trends, Wechselbeziehungen und Kräfteverhältnisse nach 1990 auf Verlaufsmuster und Kontinuitäten vor 1990 zurückzuführen sind und welche Parallelen oder Vergleiche sinnvoll zu ziehen wären, um gegenwärtige extremistische Erscheinungsformen adäquat einzuordnen (Kapitel 5).

Am Ende sollen die Ergebnisse zusammengefasst werden im Hinblick auf folgende Fragen (Kapitel 6): Welche Phaseneinteilung bietet sich für eine Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte an, die das gesamte Spektrum des Extremismus in den Blick nehmen möchte? Welche Thesen lassen sich hinsichtlich der Rahmenbedingungen von Erfolg oder Misserfolg, der Wechselbeziehungen und der Wirkungen des Extremismus aus der Geschichte ableiten? Ganz konkret: Welche spezifische Auswirkung der operativen Bemühungen der DDR in Westdeutschland lassen sich auf das Gefüge der Extremismen ausmachen bzw. welcher Forschungsbedarf besteht in dem Zusammenhang? Und schließlich: Was sagt uns die Geschichte über die „wahre" Physiognomie des Terrorismus in Deutschland, die in der allgemeinen Wahrnehmung häufig einseitig mit dem Linksextremismus verbunden wird?

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Erste Welle

2.1. Aufschwung 1949-1952

Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands beginnt mit der Gefahr des Kommunismus: Am 11. Juni 1945 rief die KPD[1] nach dem Vorbild des sowjetkommunistischen Volksfrontprinzips zur „Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien“ und zur „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen“ auf.[2] In der sowjetischen Besatzungszone wurde 1946 die Vereinigung von KPD und SPD zur SED vollzogen. Nur in den Westzonen konnte die SPD den Vereinnahmungsversuchen der KPD erfolgreich widerstehen, nachdem Kurt Schumacher bereits anlässlich der Gründungsversammlung des Hannoverschen Verbandes im Mai 1945 klare Zeichen gesetzt hatte. Die Kommunisten im Westen indes blieben auch nach der Anfang 1949 vollzogenen Trennung der von Max Reimann geführten West-KPD von der SED unter der Kontrolle Ulbrichts und der Sowjetunion, was sich nicht zuletzt anhand ihrer Rolle in den sowjetisch gesteuerten Säuberungswellen 1949-1952 im Umfeld der berüchtigten Noel Field- und Slánský-Prozesse zeigen lässt, dem unter anderem der Bundestagsabgeordnete Kurt Müller zum Opfer fiel, der 1950 nach Ostberlin entführt und zu 25 Jahren Haft verurteilt worden war.[3] Bei den ersten freien Wahlen auf Landesebene in den westlichen Besatzungszonen 1946/47 hatte die KPD zuvor Werte zwischen rund 6 und 14 Prozent erreicht und bei den Bundestagswahlen 1949 beachtliche 5,7 Prozent. Sie war bis 1948 in mehreren Landeskabinetten als Regierungspartei vertreten und wurde erst allmählich – im Zuge des sich anbahnenden Kalten Krieges – als zunehmend ernsthafte Gefahr angesehen[4], zumal sich die Partei noch weiter radikalisierte und immer stärker von der SED gesteuert wurde – nicht nur vom Generalsekretariat, sondern auch vom 1947 geschaffenen Abwehrapparat der Partei. Dabei handelt es sich um einen Apparat, der bald „auch im Westen zu aktiven Maßnahmen und zur systematischen Informationsbeschaffung in der Lage war“.[5] Auf programmatischer Ebene radikalisierte sich die KPD ebenfalls: 1951/52 untersagte sie ihren Mitgliedern die Unterschrift unter ein Verpflichtungsrevers des neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), das jegliche par-

1 Vgl. Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005.

2 Vgl. „Aufruf der Kommunistischen Partei (Berlin, 11. Juni 1945)“, in: Wolfgang Treue (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme seit 1861, 4. Aufl., Göttingen u.a. 1968, S. 168-174.

3 Vgl. Georg Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 176-198; Herbert Mayer, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995.

4 Vgl. Hubert Kleinert, Geschichte des linken Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1990, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 49-94, hier: S. 51 f.

5 Hubertus Knabe, West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 2. Aufl., Berlin 1999, S. 63.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

teipolitische Einflussnahme untersagte.[6] Die im Zuge dieses „Revers-Eklats“ erfolgten KPD-Aufrufe zum Generalstreik waren jedoch erfolglos. Spätestens damit war der jähe Niedergang auf dem Wählermarkt besiegelt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlergebnisse der KPD 1949-56 (in Klammern die Mandate)

Wahlen	46/47	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Bundestagswahlen		5,7 (5)				2,2 (-)			
Nordrhein-Westfalen	14,0 (28)		5,5 (12)				3,8 (-)		
Hessen	10,7 (10)		4,7 (-)				3,4 (-)		
Hamburg	10,4 (4)	7,4 (5)				3,2 (-)			
Baden-Württemberg (W: Württemberg-Baden; B: Baden; H: Württemberg-Hohenzollern)	10,4 (W:10) 7,4 (B:4) 7,3 (H:5)		4,9 (-)		4,4 (4)				3,2 (-)
Bremen	8,8 (10)			6,4 (6)				5,0 (4)	
Rheinland-Pfalz	8,7 (8)			4,3 (-)				3,2 (-)	
Saarland (KP Saar)	8,4 (2)				9,5 (4)			6,6 (2)	
Bayern	6,1 (-)		1,9 (-)				2,1 (-)		
Niedersachsen	5,6 (8)			1,8 (2)				1,3 (2)	
Schleswig-Holstein	4,7 (-)		2,2 (-)				2,1 (-)		

Das Politbüro der SED fasste unterdessen den Beschluss zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das im Januar 1950 u.a. dazu geschaffen wurde, gezielt gegen Antikommunisten im Westen Deutschlands vorzugehen. Dieses Ministerium griff dabei im besonderen Maße auf frühere Funktionsträger des NS-Regimes zurück. Zwischen 1952 und 1955 war es für Entführungen in mehreren hundert Fällen verantwortlich, die für die Betroffenen in DDR-Zuchthausstrafen zwischen fünf und 15 Jahren mündeten.[7] Diese Phase gehört zu den dunkelsten der Geschichte des deutschen Linksextremismus. Zu den bekanntesten Entführungsopfern gehörte der Journalist Karl Wilhelm Fricke. Im Falle des 1952 entführten Walter Linse, einem Mitarbeiter des „West-Berliner Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ (UFJ), der Menschenrechtsverletzungen in der DDR dokumentierte, gipfelte das Vorgehen in dessen Hinrichtung: Obwohl die Berliner Bevölkerung unter energischer Führung Ernst Reuters (SPD), des Oberbürgermeisters der Westsektoren, mit massenhaften Protestkundgebungen gegen die Entführung Linses reagierte, wurde dieser 1953 in die Sowjetunion deportiert und umgebracht.[8] Hingerichtet wurde 1955 auch der entführte „Renegat“ Karl-Albrecht Tie-

6 Vgl. Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956, Köln/Opladen 1959, S. 112; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei. Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990, S. 68.

7 Vgl. Knabe (FN 5), S. 73.

8 Vgl. ebd., S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mann, der – nach seiner Übersiedlung nach Westberlin wohlgemerkt – Verbindungen zu westlichen Nachrichtendiensten unterhielt.[9] Erst nach 1955, also nach der endgültigen Blockbildung qua Unterzeichnung der Pariser Verträge einerseits und des Warschauer Vertrages andererseits, verlagerte sich die West-Arbeit der SED zunehmend darauf, die Bundesrepublik stärker „strukturell" zu destabilisieren, zunächst dadurch, dass der Weststaat als „nazistisch" diskreditiert werden sollte (wie im Falle der DDR-gesteuerten Kampagnen gegen den Bundespräsidenten Heinrich Lübke oder später gegen den ehemaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier).[10]

In einer viel schwierigeren Lage als die deutschen Kommunisten befanden sich 1945 die Kräfte des hitlertreuen Nationalsozialismus, hatte sich doch die NS-Ideologie nach Art und Verlauf des Zweiten Weltkrieges vollkommen diskreditiert. Zudem waren die rechtsextremen Kräfte kurz nach Kriegsende in viel stärkerem Maße mit existentiellen Gefährdungen („wilde Säuberungen" und diverse Todesurteile) sowie mit institutionellen Hindernissen (Entnazifizierungsprozesse) konfrontiert. Die wenigen Versuche nationalsozialistischer „Werwolf"-Verbände gegen und nach Kriegsende, Besatzungsstrukturen zu sabotieren, fanden keineswegs – wie von den Alliierten befürchtet – nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung. Zudem wurden die „Entnazifizierungen" im Zuge des sich anbahnenden Kalten Krieges im Westen rasch wieder eingestellt, während sie in der sowjetischen Besatzungszone und späterhin auch in der DDR mit Vehemenz fortgeführt und – unter direkter Aufsicht des NKWD und der Lager-Hauptverwaltung GULag des Moskauer Innenministeriums – pervertiert wurden (mit über 100.000 Internierungen in SBZ-Straflagern, die bis 1950 als „Speziallager" betrieben wurden, darunter die ehemaligen NS-Konzentrationslager in Buchenwald und Sachsenhausen[11]). Angesichts der Vorgehensweise gegen Regimegegner jeder Couleur in der DDR erscheint der westliche Großversuch einer kollektiv-bürokratischen Kategorisierung von Millionen Menschen mittels Entnazifizierungsfragebögen und Spruchkammern[12] relativ harmlos.

Unter den Bedingungen der Entnazifizierung waren gesinnungstreue Nationalsozialisten auf größere Sammelbecken deutschnationaler Provenienz angewiesen. In Hessen formierten sich rechtsextreme Kräfte im nationalrevolutionären Flügel der 1945 gegründeten Nationaldemokratischen Partei (NDP)[13] und im Süden in den Reihen der im Januar 1949 gegründeten, konservativ-nationalneutralistischen Deutschen Gemeinschaft (DG) unter August Haußleiter, der aus seiner anfänglichen Heimatpartei, der CSU, in Opposition zum föderalistischen Kurs des Fraktionsvorsitzenden Alois Hundhammer,

9 Vgl. ebd., S. 73.
10 Vgl. ebd., S. 83.
11 Vgl. Bodo Ritscher (Hrsg.), Die sowjetischen Speziallager in Deutschland 1945-1950. Eine Bibliographie, Göttingen 1996; Bodo Prieß (Hrsg.), Unschuldig in den Todeslagern des NKWD 1946-1954, Calw 1999.
12 Vgl. als zeitgenössisches Dokument: Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1951.
13 Vgl. Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4, Opladen 1984, S. 1892-1921.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ausgetreten war. Im Norden schließlich fanden sie in den Reihen der sich eher monarchistisch positionierenden Deutsch-Konservativen Partei Platz, die mit der völkischen Deutschen Rechtspartei und der ebenfalls monarchistischen Deutschen Aufbaupartei (DAP) eng verbunden war. Die Nordparteien fusionierten 1946 zur Deutschen Rechtspartei/Konservative Vereinigung (DKP/KV), die 1948 wiederum in Deutsch-Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DREP) umbenannt wurde.[14]

Die Formationen schnitten sehr unterschiedlich ab: So erreichte die NDP trotz hoher Lizenzauflagen bei den hessischen Kommunalwahlen 1948 landesweit 3,4 Prozent und in Wiesbaden gar 24,4 Prozent der Stimmen. Nachdem jedoch die britische Militärregierung zu den ersten Bundestagswahlen 1949 einem Bündnis aus DKP-DREP, NDP und *Deutsche Partei* (DP, Nachfolgepartei der Deutsch-Hannoverschen Partei) die Lizenz verweigerte, schloss die NDP ein Wahlabkommen mit der damals nationalliberal ausgerichteten FDP. Der gemäßigt-monarchistisch orientierte Parteivorsitzende Heinrich Leuchtgens nutzte seinen Einzug in den Bundestag dazu, zur DP überzuwechseln, was zugleich das rasche Ende der NDP einläutete.

Auch die DG im Süden erzielte – kurz nach der Konstituierung des Ersten Bundestages – achtbare Ergebnisse (12,6 Prozent in Württemberg-Baden und, im Verbund mit der neugegründeten Interessenpartei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten [BHE], 12,3 Prozent in Bayern), die aber ebenfalls von nur sehr kurzer Dauer waren: Während der BHE im neu gegründeten Baden-Württemberg 1952 6,3 Prozent der Stimmen errang, fiel die DG auf klägliche 0,2 Prozent zurück, nachdem sie sich vom Bündnis mit dem BHE losgesagt hatte. Sie teilte somit das Schicksal der mittelständisch-konservativen Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung (WAV) in Bayern, die unter Alfred Loritz 1949 dort ihre Bastion hatte (14,4 Prozent der bayerischen Stimmen bei den Bundestagswahlen), dann aber ebenso vom BHE verdrängt wurde.

Erfolgversprechende Strukturen des parteipolitischen Rechtsextremismus bildeten sich indes im Norden Deutschlands aus: DKP/KV und DREP erreichten in den ersten Landtagswahlen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein 1947 landesweit zwar nur Stimmenanteile bis 3,1 Prozent, in mehreren Städten Niedersachsens jedoch zweistellige Werte (z.B. in Göttingen und Gifhorn). In Wolfsburg passierten die „Deutschkonservativen“ bei den Kommunalwahlen 1948 sogar die Marke von 60 Prozent, was besonderen Umständen geschuldet war (tausende Flüchtlinge, mangelnder Wohnraum), woraufhin die britischen Besatzungsbehörden die dortigen Wahlen annullierten, den Kreisverband auflösten und der DKP-KV die Zulassung zur Landespartei verwehrten.[15]

Wichtiger als die regionalen Ergebnisse war jedoch das erfolgreiche Abschneiden der DKP-DREP bei den ersten Bundestagswahlen 1949. Mit einem Ergebnis von

14 Vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984, S. 181-279.

15 Vgl. ebd., S. 192 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

8,1 Prozent in Niedersachsen übersprang die Partei die 1949 noch auf Landesebene geltende Fünfprozenthürde und gewann sechs Bundestagsmandate – bei einem bundesweiten Ergebnis von nur 1,8 Prozent. Aufgrund eines Wahlbündnisses mit der im Frühjahr 1949 gegründeten, ziemlich offen nationalsozialistischen Vereinigung Gemeinschaft Unabhängiger Deutscher (GuD) um Otto Ernst Remer, der als hitlertreuer Offizier führend an der Niederschlagung der Widerstandsaktion vom 20. Juli 1944 beteiligt war, teilten sich die DKP-DREP-Mitglieder Adolf von Thadden, Herwart Miessner und Heinz Frommhold nunmehr die Sitze mit den radikalen GuD-Aktivisten Gerhard Krüger, Fritz Dorls und dem ehemaligen Gauhauptstellenleiter der NSDAP in Sachsen Fritz Rößler, der sich das Pseudonym „Franz Richter" zugelegt hatte.

Dies bot jedoch zugleich den Anlass für heftige innerparteiliche Richtungskämpfe, die nunmehr zwischen „Westlern" und „Antiwestlern" sowie zwischen konservativen Monarchisten und Nationalrevolutionären ausbrachen. Im Gefolge der unübersichtlichen Lage trat schließlich der gemäßigte Leonhard Schlüter vom Vorsitz in Niedersachsen zurück, während Dorls wegen seiner Radikalität aus der Partei ausgeschlossen wurde. Zusammen mit Krüger und Remer gründete Dorls daraufhin im Oktober 1949 die Sozialistische Reichspartei (SRP)[16], während sich die DKP-DREP noch weiter zerlegte: Die Bundestagsgruppe um Frommhold, Messner und Rößler schloss sich unter Führung von Thaddens mit der NDP zur Deutschen Reichspartei (DRP) zusammen, als zur gleichen Zeit große Teile der gemäßigteren, eher honoratiorenartigen Landesverbände in Schleswig-Holstein und Hamburg in die DP flüchteten und der Rest um Hermann Klingspor (ehemals DVP) zusammen mit Schlüter versuchte zu retten, was von der DKP-DREP übrig geblieben war. Während letzterer Versuch vollends misslang und in einen Übertritt aller maßgeblichen Teile der „Rest-DKP-DREP" in die FDP 1954 mündete, geriet auch die DRP rasch in schweres Fahrwasser: Als Bundestagsabgeordnete blieben nur noch Thadden und Frommhold übrig, nachdem Miessner 1950 zur FDP gewechselt war und Rößler (alias Richter), zugleich Herausgeber der einschlägigen Blätter *Reichsruf* und *Deutsche Wochenzeitung*, seiner engen Kontakte zur SRP überführt und auf Betreiben von Thaddens im Herbst 1950 aus der Partei ausgeschlossen wurde. Rößler lief konsequenterweise zur SRP über, und von Thadden wurde DRP-Parteivorsitzender.

Neben den fünf KPD-Abgeordneten auf der Linken kristallisierten sich somit 1951/52 drei SRP-Mitglieder als das rechtsextreme Pendant im Deutschen Bundestag heraus. Zur Partei gesellte sich inzwischen auch eine Reihe von Publikationen und Vereinigungen, z.B. die 1951 ins Leben gerufene Monatszeitschrift *Nation Europa*[17] oder die 1952

16 Vgl. Horst W. Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss (FN 13), Bd. 4, S. 2274-2336; Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei. Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007.

17 Vgl. zum Vorfeld insgesamt: Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, Middletown 1967; Hans-Helmuth Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Bonn 1961.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gegründete Wiking-Jugend.[18] Zum Teil eng mit diesem Umfeld verbunden, gewann die SRP rasch an Zulauf: Den Führern gelang es mit einer populistischen Rhetorik gegen die angebliche „Kriminalisierung" des deutschen Volkes, eine Grundsympathie in Teilen der deutschen Bevölkerung für einen „reformierten Nationalsozialismus" umzumünzen.[19] Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai 1951 erreichte die Partei aufsehenerregende 11 Prozent der Stimmen.

Die daran anschließenden Sondierungsgespräche der niedersächsischen CDU und DP mit der SRP endeten rasch ergebnislos, hatte sich doch bereits zuvor die Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer auf einen klaren Abgrenzungsbeschluss und die Entlassung sämtlicher SRP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst geeinigt.[20] Kurz vor den Landtagswahlen in Bremen im September 1951, bei denen die SRP ihre Wahlerfolge mit 7,7 Prozent der Stimmen fortsetzte, stellte die Bundesregierung einen Antrag auf Verbot der Partei, worauf die SRP im Mai 1952 wegen ihres positiven Verhältnisses zur NSDAP verboten wurde.[21] Zudem konnte zwischenzeitlich die wahre Identität Fritz Rößlers enttarnt werden, was dessen sofortigen Mandatsverlust und eine 18-monatige Haftstrafe wegen Urkundenfälschung nach sich zog.

2.2. Abschwung 1953-1963

Derweil schaffte es keine andere Organisation, in die Fußstapfen der verbotenen SRP zu treten: Die DG wurde immer mehr zum Auffangbecken für ehemalige SRP-Mitglieder, was zu Verboten in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz führte, die entscheidend zur andauernden Erfolglosigkeit der Partei beitrugen (siehe Tabelle 2).[22] Die alte DRP konnte allein bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 1959 mit 5,1 Prozent der Stimmen einen Erfolg für sich verbuchen. Aufgrund einer Hakenkreuz-Schmierwelle und diverser antisemitischer Hetzaktionen – wie sich später herausstellte, waren diese zumindest teilweise vom MfS der DDR gelenkt[23] – wurde die Partei im Bundesland jedoch zeitweise verboten, was mit zu ihrem erneuten Abschwung beitrug. Auch die in Deutsche Aufbauvereinigung (DAV) umgewidmete, radikalisierte WAV war erfolglos, da ihr aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Unterschriftensammlung die geplante Teilnahme an den Bremer Bürgerschaftswahlen 1955, auf die sie alle ihre Hoffnungen

18 Vgl. Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 38.

19 Vgl. Erwin K. Scheuch, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1971, S. 433-469, hier: S. 441 f.

20 Vgl. Tauber (FN 17), S. 1280.

21 BVerfGE 2, 1.

22 Vgl. Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 114; Hansen (FN 16), S. 264.

23 Vgl. Michael Wolfssohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West, München 1995, S. 19; Knabe (FN 5), S. 85.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

setzte, verwehrt blieb und Loritz wegen Anstiftung zum Meineid und zur Falschbeurkundung zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt wurde (er floh kurz vor Haftantritt nach Österreich).[24] Genauso wenig fruchteten die Versuche des konspirativen „Naumann-Kreises" ehemaliger NSDAP-Funktionäre in der FDP, nachdem der Kreis 1953 vom britischen Geheimdienst zerschlagen wurde. Schließlich scheiterte auch die Deutsch-Soziale Union (DSU), die von Otto Straßer, Symbolfigur des linken, hitleropositionellen Flügels der NDSAP, 1956 gegründet wurde, nachdem Straßer ein Jahr zuvor aus den USA zurückgekehrt war. Nach niederschmetternden Wahlergebnissen löste sich die Partei 1962 rasch wieder auf.[25]

Tabelle 2: Wahlergebnisse der SRP, DRP, DKP-DREP und DG seit 1949 über 1,5 Prozent

Wahlen	Partei	Ergebnis in Prozent	Vergleichswerte, Mandate, Folgewahlen
Schleswig-Holstein 1947	KV	3,1	
Bundestagswahl 1949 (zum Vergleich: DP 4,0)	DKP-DREP	1,8	Länder: NS 8,1; SH 1,9; NRW 1,8; HH 1,2
	Notgemeinschaft	0,2	
Nordrhein-Westfalen 1950	DRP	1,7[26]	
Schleswig-Holstein 1950	DRP	2,8	
	SRP	1,6	
Württemberg-Baden 1950	BHE/DG	14,7	
Bayern 1950	BHE/DG	12,3	[„Deutscher Block" (inkl. DRP) 0,1]
Niedersachsen 1951	SRP	11,0	
	DRP	2,2	
	BHE (+DG)	14,9	
Bremen 1951	SRP	7,7	[GB/BHE 5,6; DP 14,7]
Bundestagswahl 1953 (GB/BHE 5,9; DP 3,3)	DRP	1,1	Länder über 2 Prozent: NS 3,5; Bremen 3,0; RLP 2,5
	DNS (inkl. DG)	0,3	
Schleswig-Holstein 1954	DRP	2,8	[DP 5,1[27]; DRP 1958: 1,1]
Niedersachsen 1955	DRP	3,8	[DP 12,4]
Rheinland-Pfalz 1955	DRP	2,9	
Bremen 1955	DRP	2,9	[DP 14,5]

24 Vgl. Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung (WAV) 1945-1955, Stuttgart 1982, S. 141-148.

25 Vgl. Richard Stöss, Die Deutsch-Soziale Union, in: Ders. (FN 13), Bd. 2, S. 1243-1278.

26 Die SRP trat nur in drei Wahlkreisen an. Dort erreichte sie zwischen 8,6 und 15,1 Prozent.

27 Unter dem Namen „Schleswig-Holstein-Bund".

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bundestagswahl 1957 (BHE 4,6; DP 3,4)	DRP	1,0	[Länder > 2 Prozent: Rhein.-Pfalz 2,7; Niedersachsen 2,3]
	DG	0,1	
Niedersachsen 1959	DRP	3,6	[DP 12,4]
Rheinland-Pfalz 1959	DRP	5,1	[DP 2,7]
Bremen 1959	DRP	3,8	[DP 14,5]
Bundestagswahlen 1961 (GDP 2,8)	DRP	0,8	Länder >1,5 Prozent: Rhein.-Pfalz 2,7; Niedersachsen 2,3
	DG	0,1	
Rheinland-Pfalz 1963	DRP	3,2	
Bremen 1963	DP+DRP („DP“)	5,2	
Niedersachsen 1963	DRP	1,5	[DP 2,7]

Die Konflikte zwischen Neutralisten und orthodoxen Antikommunisten[28] führten zudem zu ernsten Zerwürfnissen innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Auf der einen Seite standen die „Westler“ und „Rechtsgaullisten“ um von Thadden, der *Deutschen Wochenzeitung* und des *Reichsrufs* der ehemaligen NSDAP-Funktionäre Wilhelm Meinberg, Otto Hess und Waldemar Schütz, auf der anderen die Nationalbolschewisten und -neutralisten um August Haußleiter (DG), Herbert Freiberger (DRP) und Heinrich Kunstmann (DRP). Nachdem Kunstmann in einer Kampfabstimmung um den DRP-Bundesvorsitz von Thadden 1961 unterlag, sammelten sich die Nationalneutralisten um DRP, DG und eine weitere Kleingruppierung, die 1965 wiederum in der neugegründeten Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) aufging, aber ebenfalls ohne jeden Erfolg bleiben sollte.[29]

Zum Niedergang des Rechtsextremismus trug nicht zuletzt die Tatsache bei, dass CDU und SPD zunehmend eine durch staatliche Parteifinanzierung, die Einführung der bundesweiten Fünfprozentklausel 1953 und einen fulminanten Wirtschaftsaufschwung verstärkte „politische Zentralität“ entwickelten. Es kam zu einer in der deutschen Geschichte einmalig stabilen und gemäßigten Parteienlandschaft, der Bürgerblock (BHE und DP) wurde von der CDU/CSU komplett aufgesogen. Nicht zuletzt die politischen und wirtschaftlichen Grundentscheidungen, gegen die sich gerade die Extremisten wandten (außenpolitische Westbindung, soziale Marktwirtschaft und äquidistanter Antiextremismus), trugen zur Stärkung der politischen Mitte bei, zumal das Besatzungsverhalten der Sowjetunion in Mitteldeutschland – spätestens mit der Zerschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR – abschreckend wirkte. Die Bundesregierung brauchte deshalb auch keinen ernstzunehmenden Protest zu fürchten, als sie gegen die „fünfte Kolonne Moskaus“ vorging – etwa von den Gewerkschaften oder der Presse.

28 Vgl. Stöss (FN 22), S. 116 f.

29 Vgl. ders., Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Ders. (FN 13), Bd. 1, S. 310-335, hier: S. 313.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Antrag auf Verbot der KPD erfolgte drei Tage nach dem SRP-Antrag im November 1951, und im Juni 1951 wurde die FDJ Westdeutschland verboten.

Mit dem KPD-Verbotsverfahren ließ sich das Bundesverfassungsgericht aus Gründen der politischen Opportunität viel mehr Zeit als im Falle des SRP-Verfahrens, gelangte aber aufgrund der klaren Revolutions- und Diktaturbejahung der KPD 1956 zu einer Verbotsentscheidung.[30] Mit diesem Urteil war der nach allen Seiten wirkende Antiextremismus als Grundsatz einer „wehrhaften Demokratie" geboren, der einseitige Antifaschismus auch der westalliierten Lizenzierungsbestimmungen gehörte nunmehr der Vergangenheit an. Die Aktivisten der verbotenen KPD, solange sie nicht direkt in die DDR ausgewandert waren, organisierten sich derweil im 1953 gegründeten Bund der Deutschen (BdD), einem Zusammenschluss linker Zentrumspolitiker mit Pazifisten, Sozialisten und Kommunisten.[31] 1960 ging der BdD schließlich in der Deutschen Friedens-Union (DFU) auf, welche stark von der DDR beeinflusst wurde. Doch weder der BdD noch die DFU konnten Wahlerfolge oder gesellschaftliche Breitenwirkung erzielen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Wahlergebnisse der linksextremen Parteien über zwei Prozent

Wahlen	Partei	Ergebnis in Prozent
Bundestagswahlen 1957	BdD	0,2
Saarland 1960	DDU (BdD und DFU)	5,0
Hamburg 1961	DFU	2,9
Nordrhein-Westfalen 1961	DFU	2,0
Bundestagswahlen 1961	DFU	1,9
Bremen 1963	DFU	2,7
Saarland 1965	DDU	3,1
Bundestagswahlen 1965	DFU	1,3
Bremen 1967	DFU	4,2

3. Zweite Welle 1964-1969

3.1. Aufschwung 1964-1969

Nachdem auf der Rechten die Restverwertung der BHE und DP in Form der Gesamtdeutschen Partei (GDP) 1961 gescheitert war (sie erreichte bei den Bundestagswahlen

30 Vgl. BVerfGE 5, 85.

31 Vgl. Rolf Schönfeldt, Die Deutsche Friedens-Union, in: Stöss (FN 13), Bd. 2, S. 848-876, hier: S. 856-859.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nur 2,8 Prozent), schien das Projekt einer schlagkräftigen Partei rechts von der CDU/CSU gestorben. Nicht damit abfinden wollte sich der Bremer Ziegelfabrikant Friedrich Thielen, der die DP 1962 in der Hansestadt wiedergründete. Das gelungene Experiment bei den darauf folgenden Bremer Bürgerschaftswahlen 1963, als DP und DRP in einem Bündnis 5,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigten und vier Bürgerschaftsmandate gewannen, gab den Startschuss für einen neuen Anlauf der westdeutschen Rechten: auf Initiative von Thaddens, Thielens und einer ebenfalls neu aus der Taufe gehobenen Kleinpartei, der reanimierten DNVP, gründete sich die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als breite Sammelbewegung rechts von der CDU/CSU.[32] Erster Vorsitzender wurde Thielen, einer seiner Stellvertreter von Thadden. Zu den wichtigsten Presseorganen der Partei entwickelten sich relativ rasch die DRP-nahen Medien *Deutsche Nachrichten* und *Deutsche Wochenzeitung* (Vorgängerin des NPD-Erzeugnisses *Deutsche Stimme*).

Etwa zur gleichen Zeit entwickelte sich im studentischen Milieu der Sozialistische Studentenbund (SDS)[33], „bis 1958 ein überwiegend parteiloyaler Hochschulverband der SPD“[34], zu einer Plattform linksradikaler Zirkel mit engen Verbindungen zur „konkret-Gruppe“ rund um die „massiv von der DDR unterstützte“[35] Zeitschrift *konkret*, ein 1957 gegründetes Nachfolgeerzeugnis des 1955 von Klaus Rainer Röhl verantworteten *Studentenkuriers*. Es folgten ein Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD 1961 und die Abspaltung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes. Die Jungsozialisten rückten dennoch deutlich nach links. Unter den linksrevolutionären Kräften, die wiederum in den SDS eintraten, gehörten unter anderem Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann, Anführer der 1963 gegründeten Subversiven Aktion. Von Anbeginn organisierten sich im SDS neben anarchistischen und DDR-kritischen Kreisen auch orthodoxe Gegenkräfte, z.B. die November-Gesellschaft oder der Republikanische Club um Horst Mahler.

Zu den vielen kleinen Dammbrüchen in der Frage des Verhältnisses zum staatlichen Gewaltmonopol zählen dabei die „Schwabinger Krawalle“ 1962, die Sitzblockade vor dem Amerika-Haus wegen des Vietnamkrieges 1966 oder der mehr süffisant als ironisch formulierte Aufruf zu Nachahmungstaten durch Fritz Teufel und Rainer Langhans nach einem verheerenden Kaufhausbrand in Brüssel (mit 253 Toten).[36] Schlagartige Zuspit-

32 Vgl. insbesondere Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999.

33 Vgl. Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. Aufl., Essen 2007.

34 Kleinert (FN 5), S. 59.

35 Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, 2. Aufl., Berlin 1999, S. 183.

36 Vgl. Gerd Langguth, Mythos 68: Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001; Stefan Eisel, Gewaltverharmlosung als 68er-Erbe, in: Bernhard Vogel/Matthias Kutsch (Hrsg.), 40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen – Eine Streitschrift, Freiburg i. Br. 2008, S. 65-85, hier: S. 74 f.; Sven Felix Kellerhoff, 1968 und die Medien, in: Ebd., S. 86-110, hier: S. 96 f.; Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zungen der Lage ereigneten sich am 2. Juni 1967 während der Anti-Schah-Demonstrationen in Westberlin, als der Student Benno Ohnesorg vom Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen wurde, und am 11. April 1968, als Josef Bachmann, ein aufgestachelter, gewaltaffiner und sozial deklassierter junger Mann mit antikommunistischen Überzeugungen und Kontakten zur NPD-Szene im niedersächsischen Peine, ein Attentat auf Dutschke verübte. Bachmann wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt und brachte sich 1970 um. Dutschke hatte brieflichen Kontakt zu Bachmann aufgenommen, um ihn auf seinen politischen Weg zu führen.

Wie sich wiederum im Falle „Kurras" jüngst herausstellte, wurde der Polizeibeamte als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS der DDR geführt und war SED-Mitglied.[37] Allerdings gibt es trotz einer Vielzahl offener Fragen und Merkwürdigkeiten[38] keinerlei Beweise dafür, dass Kurras im Auftrag der Staatssicherheit geschossen hat; alle vorliegenden, allerdings stark ausgedünnten Dokumente sprechen eindeutig dagegen[39], zumal Kurras wohl als relativ wichtiger Informant aus der Westberliner Kriminalpolizei gegolten hat.[40] Sogar für den Fall, dass von einem gezielten Schuss auf Ohnesorg ausgegangen wird, was – trotz mehrerer Indizien, die deutlich dafür sprechen – nicht die gerichtsverwertete „offizielle Version" ist (Kurras wurde nur der fahrlässigen Tötung schuldig gesprochen), wäre wohl eine vorsätzliche Affekttat immer noch plausibler als eine fingierte Aktion des MfS. Letztere gänzlich auszuschließen, ist jedoch nach heutigem Erkenntnisstand ebenfalls nicht möglich, zumal fingierte Aktionen (wenn auch nicht Mordaufträge) zum Handwerk des MfS in den sechziger Jahren gehörten (siehe Antisemitismuswelle und „Operation Lübke").

Ob gezielt oder nicht: Die Erschießung Ohnesorgs hat jedenfalls tatsächlich zu einer Destabilisierung der Lage im Westen geführt. Dem gewaltsamen Tod Ohnesorgs folgten die gewalttätigen Osterunruhen 1968. Der Linksextremismus war nun noch stärker geprägt von Gewalt, angelehnt an das Konzept „Stadtguerilla"[41] und gekennzeichnet von „Arroganz, Intoleranz und aggressiver Feindlichkeit"[42] gegen Andersdenkende. Zwar isolierte sich der Linksextremismus rasch wieder (der SDS z.B. ging bereits 1971 im stärker gewerkschaftlich und reformistisch orientierten Marxistischen Studentenbund

1950-1994. Ereignisse, Themen, Akteure, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 129-164, hier: S. 153.

37 Vgl. Armin Fuhrer, Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi, Berlin/Brandenburg 2009.

38 Vgl. ebd., S. 133-136.

39 Vgl. ebd., S. 129-132; u.a. den Auskunftsbericht des Führungsoffiziers Werner Eiserbeck vom 9. Juni 1967, abgedruckt ebd., S. 131.

40 Vgl. ebd., S. 133.

41 Vgl. Gerd Langguth, Rudi Dutschke und das Konzept der Stadtguerilla, in: Vogel/Kutsch (FN 36), S. 48-64, hier: S. 57 f.

42 Wulf Schönbohm, Die 68er: Politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen, in: Vogel/Kutsch (FN 36), S. 16-30, hier: S. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Spartakus auf[43]), doch war langfristig der Boden für eine neue Stufe der Gewalt bereitet, die in den Terrorismus mündete. Wenn auch die Erschießung Ohnesorgs diese Entwicklung nicht selbst verursacht hat, so erfüllte sie doch eine wichtige Katalysatorfunktion, indem sie die Propaganda der Selbstrechtfertigung terroristischer Straftäter und die ideologische Verbrämung terroristischer Straftaten deutlich erleichterte und womöglich unbewusste emotionale Hemmschwellen seitens der Akteure überwinden half. Insgesamt kann wohl auch kurzfristig von einer signifikant destabilisierenden Auswirkung der Erschießung Ohnesorgs auf die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gesprochen werden: Das Klima der Gewalt begünstigte die vom MfS entscheidend mitgesteuerten Proteste gegen die Bundesversammlung in West-Berlin 1969. Die Proteste wiederum nutzte die Staatssicherheit, um ihren Einfluss auf die Studentenbewegung deutlich auszuweiten.[44]

Anhand des Briefwechsels zwischen Dutschke und Bachmann lässt sich indes sehr gut zeigen, dass sich das linksradikale Weltbild Dutschkes nicht am DDR-Sozialismus, sondern am Linksanarchismus orientierte, und dass ihm die Abgrenzung zur DDR bemerkenswerterweise gerade im Dialog mit Bachmann wichtig zu sein schien, wenn er z.B. in seinem zweiten Brief an diesen (am 31. Dezember 1968) schrieb: „Ich war damals zu Hause schon gegen die bestehende Ordnung der Stalinisten in der DDR. Weil ich in der Oberschule rebellierte, durfte ich nicht studieren."[45]

Unabhängig davon macht das Beispiel Bachmanns deutlich, wie sehr die bewusst „informalen" und provokanten Aktionen der jungen Linksradikalen das allgemeine Unbehagen der rechten Kräfte im Land befeuerten und besonders der neu gegründeten NPD Auftrieb gaben, zumal sich weitere begünstigende Faktoren für die Nationaldemokraten darboten: die erste Nachkriegsrezession, die Bildung einer Großen Koalition, die sich anbahnende Entspannungspolitik und der ungebremste Gastarbeiterzuzug. Bereits im November 1966 begann eine Serie von Einzügen der NPD in insgesamt sieben Landesparlamente, und dies, obwohl zwischenzeitlich innerparteiliche Auseinandersetzungen ausgebrochen waren: Von Thadden, der die Strömungen des Alt- und Neonationalsozialismus aktiv in die Partei integrieren wollte, löste 1967 den sich dagegen sträubenden Thielen als Bundesvorsitzenden ab.

Während des Bundestagswahlkampfes 1969, als die NPD unter der unbestrittenen Führung von Thaddens ihre große Chance kommen sah, versuchte die politische Linke den Bundestagseinzug mit aller Macht zu verhindern. Erstmals nach 1945 trat in ganz Deutschland eine flächendeckende Kollision zwischen linken Gruppen und der extremen Rechten ein. Gegen die NPD setzte sich ein „generationenübergreifendes Bündnis zusammen, das zivile Menschenrechtsgruppen, den DGB, die Einzelgewerkschaften,

43 Vgl. Kleinert (FN 4), S. 69.
44 Knabe (FN 35), S. 225 f.
45 Zitiert nach: http://www.bild.de/politik/2010/politik/an-attentaeter-josef-bachmann-12348078.bild.html (28. Mai 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Jusos […] und die Kräfte der APO und neuen Linken vereinte."[46] Der NPD-Wahlkampf war am Ende durch ein von innen wie außen geschürtes Klima der Gewalt gekennzeichnet, was insbesondere die potentiellen Wähler aus dem „bürgerlichen Lager" verschreckte, nachdem von Thadden den Fehler begangen hatte, seine „konfrontative Wahlkampfstrategie" fortzusetzen, eine „minutiös geplante" Wahlkampftour, „die ihn an 33 verschiedene Orte bringen und erst am Freitag vor der Wahl enden sollte" („Deutschlandfahrt").[47] Die Lage spitzte sich zu, als ein NPD-Ordner während einer Wahlkampfveranstaltung im September 1969 in stark aufgeheizter Stimmung zwei Gegendemonstranten angeschossen hatte. Am Ende erreichte die NPD „nur" 4,3 Prozent der Stimmen.

Das knappe Scheitern der NPD 1969, die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Regierung mit ermöglichend, markiert eine erste wichtige Zäsur, die Bildung der Baader-Meinhof-Gruppe und damit einhergehend die zunehmende Isolation des studentischen Linksextremismus eine weitere.

3.2. Abschwung, Agonie und Terror 1969-1981

Indem sich CDU und CSU in der Opposition von 1969 an verstärkt nach rechts orientierten (Gegenposition zur Neuen Ostpolitik und zur Bildungspolitik der Brandt-Regierung), gelang es ihnen, das neue rechtsextreme Wählerpotenzial der sechziger Jahre rasch wieder auszutrocknen. Die NPD hatte dem wenig entgegenzusetzen. Nachdem sie reihenweise in allen auf 1969 folgenden Landtagswahlen abstürzte (siehe Tabelle 4), machte eine neue, junge Generation nationalrevolutionärer und neonationalsozialistischer Kräfte ihrem Unmut über das „brave" bürgerliche Erscheinungsbild der NPD-Altvorderen unter der Führung von Thaddens Luft und löste harte innerparteiliche Macht- und Flügelkämpfe aus. Zwar konnte sich Martin Mußgnug, der die legalistische Linie vertrat, 1971 durchsetzen und den Vorsitz übernehmen, doch nur unter Inkaufnahme zahlreicher Abspaltungen radikaler Wortführer im Verlaufe der siebziger Jahre. Einen weiteren Schlag versetzte der Partei das damalige NPD-Mitglied Gerhard Frey, von 1958 an Verleger der *Deutschen Nationalzeitung* und der *Deutschen Wochen-Zeitung* (ehemals *Deutsche Soldatenzeitung*), indem er 1971 die überparteiliche Vereinigung Deutsche Volksunion (DVU) gründete und 1976 aus der NPD austrat, nachdem er erfolglos für den stellvertretenden NPD-Parteivorsitz kandidierte, was auch von Thadden, der Frey unterstützt hatte, zum Austritt veranlasste.

Infolge dieser Entwicklungen zersplitterte das gesamte Spektrum. Strategisch spaltete sich die Szene in drei Gruppen auf: in eine radikale und vorfeldorientierte Gruppe jüngerer Aktivisten um den bayerischen NPD-Vorsitzenden Siegfried Pöhlmann (Aktion Neue Rechte), in eine ebenso junge „Denkgemeinschaft" intellektuell orientierter Anhänger eines völkisch-nationalrevolutionären Konzepts einer „Neuen Rechten" aus dem

46 Botsch (FN 18), S. 58.
47 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

akademischen Milieu (Günter Bartsch, Henning Eichberg) und in die „alte“ parteipolitisch festgelegte Anhängerschaft des streng legalistischen Sammlungskonzepts der NPD, in dem auch das konservative und deutschnationale Spektrum seinen Platz zugewiesen bekommen sollte. Ideologisch fächerte sich das Feld in autoritär-deutschnationale, völkisch-nationalrevolutionäre und nunmehr offen SA-orientiert neonationalsozialistische Gruppen auf. Eine alt-neue Erfahrung bot die letztgenannte Gruppe, die von Personen der „Erlebnisgeneration“ (Friedhelm Busse, Thies Christophersen, Manfred Roeder) geführt wurde und in deren Umfeld sich eine Reihe sogenannter „Wehrsportgruppen“ bewegte, die sich wiederum aus der Wiking-Jugend rekrutierten. Diese neue Formation agitierte nun geschichtspolitisch, indem sie eine aggressive Rhetorik von der „Auschwitz-Lüge“ bemühte. Ihre SA-Orientierung und „negationistische Präferenz“ wurden Ende der siebziger Jahre von der nachfolgenden „Bekennergeneration“, zu deren führenden Köpfen Michael Kühnen und dessen Adlatus Christian Worch gehörten („Hansa-Bande“), voll und ganz übernommen. Die 1977 von Kühnen gegründete Aktionsfront Nationaler Sozialisten mutierte zur wichtigsten Organisation der neonationalsozialistischen Szene.[48]

Tabelle 4: Wahlergebnisse der NPD und der AUD 1965-70, Landtagswahlen über 1,0 Prozent

Wahlen	Partei	Ergebnis in Prozent	Folgewahlen über 1 Prozent
Bundestagswahl 1965	NPD	2,0	
	AUD	0,2	
Hamburg 1966	NPD	3,9	1970: 2,7
Saarland und NRW 1966	NPD	nicht angetreten	1970: 2,9; 1974: 1,1
Hessen 1966	NPD	7,9	1970: 3,0; 1974: 1,0
Bayern 1966	NPD	7,4	1970: 2,9; 1974: 1,1
Rheinland-Pfalz 1967	NPD	6,9	1971: 2,1; 1975: 1,1
Schleswig-Holstein 1967	NPD	5,8	1971: 1,3; 1988: 1,2
Berlin 1967	AUD	1,1	
Niedersachsen 1967	NPD	7,0	1971: 3,2
Bremen 1967	NPD	8,8	1971: 2,8; 1975: 1,1
Baden-Württemberg 1968	NPD	9,8	1972: nicht angetreten
Bundestagswahl 1969	NPD	4,3	
	AUD	nicht angetreten	
Saarland 1970	NPD	3,4	
Nordrhein-Westfalen 1970	NPD	1,1	

48 Vgl. ebd., S. 70-75.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parallel zur Herausbildung eines militanten Aktivistenmilieus im Rechtsextremismus entstanden im ebenfalls mehr und mehr isolierten linksextremen Spektrum terroristische Organisationen, beginnend mit den so genannten „Tupamaros“ um Kunzelmann 1967-1970, die mit diversen Anschlägen auf Polizei- und Gerichtsgebäude auf sich aufmerksam machten. Schließlich traten die Baader-Meinhof-Gruppe bzw. Rote Armee Fraktion (RAF), die Revolutionären Zellen (u.a. Johannes Weinrich, Magdalena Kopp) und die Bewegung 2. Juni (u.a. Till Meyer, Inge Viett) in Erscheinung. Insbesondere die RAF entwickelte sich zu einer der größten extremistischen Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik[49]: Nach seiner zwischenzeitlichen Inhaftierung 1970 gelang Andreas Baader mit Hilfe der Journalistin Ulrike Meinhof und der untergetauchten Gudrun Ensslin die Flucht. Auf Vermittlung des RAF-Anwaltes Horst Mahler und unter stillschweigender Duldung des MfS der DDR gelangte die Gruppe zwischenzeitlich, zusammen mit rund zwanzig weiteren RAF-Mitgliedern, über den Ostberliner Flughafen Schönefeld nach Jordanien, um sich in einem Lager der palästinensischen Guerilla-Organisation Al-Fatah zum bewaffneten Kampf ausbilden zu lassen.[50] In „zweiter Generation“ (Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar) war der Weg der RAF gepflastert mit diversen Raubüberfällen und tödlichen Anschlägen, die ihre Höhepunkte im tödlichen Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm 1975, im so genannten „Deutschen Herbst“ 1977 und der „Todesnacht von Stammheim“ (dem kollektiven Selbstmord Baaders, Ensslins, Jan-Carl Raspes und Ingrid Schuberts) fanden (Meinhof tötete sich bereits 1976 selbst). Zu den Opfern des Linksterrorismus der „zweiten Generation“ und der Bewegung 2. Juni zählten u.a. der Arbeitgeberfunktionär Hanns Martin Schleyer, der Bankier Jürgen Ponto, der Bundesanwalt Siegfried Buback, der Politiker Peter Lorenz, der Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann, die Ölminister in Wien 1975, Polizisten, Leibwächter, eine Vielzahl „einfacher Leute“ (etwa bei den Entführungen von Passagierflugzeugen 1976 und 1977) und noch in den späteren achtziger Jahren der Diplomat Gerold von Braunmühl und mutmaßlich auch das Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts.

Die Aktionen der RAF erfolgten zwar nicht mit aktiver Unterstützung des MfS der DDR, das aus diplomatischen und sicherheitspolitischen Gründen die Linksterroristen immer wieder auch zu bremsen versuchte. Aber das Regime vermittelte und akzeptierte Durchreisen zu Kampfausbildungslagern im Nahen und Mittleren Osten, bot RAF-Angehörigen, die dem „bewaffneten Kampf“ abschwören wollten, Unterschlupf an, wehrte geheimdienstliche Aktionen bundesdeutscher Behörden zur Terrorismusbekämpfung ab und unterließ konsequent Hilfeleistungen gegenüber deutschen Strafverfolgungsbehörden auch im Falle schwerster Straftaten.[51] Ähnlich verhielt sich die DDR gegenüber

49 Vgl. Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, 9. Aufl., Hamburg 2008; Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2007.

50 Vgl. Knabe (FN 5), S. 267.

51 Vgl. ebd., S. 270-273.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den anderen linksextremen Terrororganisationen.[52] Es lag in der Logik dieser Entwicklung, dass erst nach 1990 die RAF als wichtigste Organisation des westdeutschen Linksterrorismus in „dritter Generation“ (Wolfgang Grams, Birgit Hogefeld), namentlich nach Hinweisen von Mitarbeitern des MfS und dem gezielten Einsatz der so genannten Kronzeugenregelung, zerschlagen werden konnte. Die „dritte Generation“ zeichnete u.a. für die Anschläge auf Manager Detlev-Karsten Rohwedder, den Bankier Alfred Herrhausen, Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer und NATO-Oberbefehlshaber wie Alexander Haig und Frederick Kroesen verantwortlich.

Parallel zur terroristischen Paranoia vergrub sich der Rest des 1968 entstandenen studentischen Linksextremismus in den diversen K-Gruppen, die z.T. sektenhafte Züge annahmen.[53] Die Kader des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) mutierten zeitweise zu Anhängern der „blockfreien“ Potentaten Idi Amin und Robert Mugabe, seit Mitte der siebziger Jahre bekannten sie sich immer stärker zu Pol Pot. Auch die alten Kader der KPD konnten sich 1968, im Zuge der sich anbahnenden Entspannungspolitik, unter dem Namen der beiden eng untereinander verflochtenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) reorganisieren.[54] Aus den Studentenunruhen allerdings schlugen die orthodoxen Kommunisten unter der Führung Kurt Bachmanns (1968-1973) und Herbert Mies (seit 1973) keinerlei Kapital – trotz einer im Vergleich zu ihrer Mitglieder- und Sympathisantenstärke eindeutig überproportionalen Kampagnenfähigkeit, die sie der aktiven Unterstützung der SED verdankten.[55]

Der Einfluss der weiteren K-Gruppen war – quantitativ betrachtet – noch unbedeutender (siehe Tabelle 5). Die Gruppierungen sind aber dennoch erwähnenswert, da viele der Aktivisten die Gesellschaft zu unterwandern suchten. Die Bundes- und Landesregierungen reagierten 1972 mit dem gemeinsamen „Extremisten-Beschluss“, einer Initiative zur Einholung gerichtsverwertbarer Erkenntnisse im Rahmen einer „Regelanfrage“. Die CDU/CSU-regierten Bundesländer traten zudem für die Überprüfung der Parteimitgliedschaft von Beamtenanwärtern ein, ohne dass die jeweilige Partei verboten war. Nach dem allmählichen Niedergang des Linksterrorismus und der K-Gruppen nach 1979 – als letzte lösten sich die KPD/ML und die Marxistische Gruppe (MG) 1986 und 1991 auf – wurde die Regelanfrage allmählich wieder abgeschafft (zuletzt in Bayern 1991).

52 Vgl. ebd., S. 267 f.

53 Vgl. Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland der 70er Jahre, Frankfurt a.M. 2005; Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

54 Vgl. Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1994, Paderborn u.a. 2006; Rudolf van Hüllen, Was war die DKP? Eine analytische Skizze, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 9-47.

55 Vgl. Kleinert (FN 4), S. 80.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 5: Wahlergebnisse links- und rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen 1969-1987

Jahr der Bundestagswahl	Partei(en)	Ergebnis in Prozent
1972	DKP	0,3
	NPD	0,6
1976	DKP 0,3; KPD-AO 0,1; KBW 0,1; GIM 0,0	0,5
	NPD 0,3; AUD 0,1	0,4
1980	DKP 0,2; KPD/ML 0,1; KBW 0,1	0,4
	NPD	0,2
1983	DKP	0,2
	NPD	0,2
1987	MLPD[3]	0,0
	NPD	0,6

KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland (maoistisch, später „undogmatisch")
KPD-AO = Kommunistische Partei Deutschlands - Aufbauorganisation
GIM = Gruppe Internationaler Marxisten (trotzkistisch)
KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (zeitweise proalbanisch)
MLPD = Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (Nachfolgeorganisation des Kommunistischen Arbeiterbunds Deutschland KABD)

Während im Falle des Linksextremismus eine Phase der allgemeinen Isolation *parallel* zur Ausbildung des Terrorismus eintrat, folgte der Dammbruch im Rechtsextremismus mit einer gewissen Verzögerung, und zwar als Folge einer langjährig währenden Isolation, die sich mehr schleichend in einen Zustand der Agonie verwandelte. Aus den Reihen der von Karl-Heinz Hoffmann 1973 erstmals gegründeten „Wehrsportgruppe" traten in den achtziger Jahren Terroristen in Erscheinung: Mutmaßlich in vernetzter Form 1980 bei der Ermordung eines jüdischen Verlegers und seiner Lebensgefährtin in Nürnberg, erwiesenermaßen in isolierter Form 1981, als Gundolf Köhler den verheerenden Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest verübte (219 Schwerverletzte und 14 Tote, darunter der Attentäter selbst). Stärker durchorganisiert war die von Roeder geführte Deutsche Aktionsgruppe, die etwa zum gleichen Zeitraum für sieben Brand- und Sprengstoffanschläge (mit zwei Todesopfern) verantwortlich zeichnete.[57] Zudem erschoss im Dezember 1980 Frank Schubert, ein Mitglied der von Friedhelm Busse 1971 gegründeten Vereinigung Partei der Arbeit/Deutsche Sozialisten (PdA/DS), die 1975 in Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD/PdA) umbenannt worden war, zwei Schweizer Grenzpolizisten beim mutmaßlichen Versuch, Waffen nach Deutschland

56 Die DKP ist nur im Rahmen von Friedenslisten angetreten: Sie erreichte 0,5 Prozent der Erststimmen.
57 Hoffmann war von 1986 bis 1989 in Haft. Roeder wurde 1982 festgenommen und zu 13 Jahren verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung 1990 trat er 1996 mit einem Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung erneut in Aktion.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einzuschmuggeln. Nach einem weiteren tödlichen Zwischenfall während eines Banküberfalls von Angehörigen der Jugendorganisation der VBSD/PdA (mit zwei toten Rechtsextremisten und einem toten Polizisten) ließ der Bundesinnenminister die Vereinigung Busses 1982 verbieten. Auf der anderen Seite entstanden in den achtziger Jahren weitere zahlreiche Wehrsportgruppen, stets im Umfeld der (erst 1994 verbotenen) Wiking-Jugend, u.a. die Gruppe Werwolf (gegründet 1979), an der Michael Kühnen führend beteiligt war. 1982 schließlich ereigneten sich zwei (missglückte) Mordanschläge auf amerikanische Soldaten durch die Hepp-Kexel-Gruppe. Odfried Hepp, der 1987 verhaftet wurde, hat sich mittlerweile als Kontaktmann des MfS entpuppt.[58] Walther Kexel beging 1985 Selbstmord, genauso wie der Wehrsportgruppenführer Heinz Lembke kurz nach seiner Verhaftung 1981, nachdem zahlreiche und umfangreiche Erddepots mit z.T. schweren Waffen enttarnt worden waren, die unter Lembckes Obhut standen, wobei bis heute ungeklärt ist, wie er an die Waffen kam.[59]

4. Kleine Zwischenwellen mit dauerhaften Folgen: links 1979-1983, rechts 1987-1990

4.1. Zwischenwelle links

Während der Rechtsextremismus in eine Art terroristische Agonie und die NPD in das politische Niemandsland abglitt, entwickelten sich am entgegengesetzten Pol des politischen Spektrums allmählich neue Milieus im Zuge der „neuen sozialen Bewegungen“: das radikalökologisch-basisdemokratische, das linksautonome und das pazifistische Umfeld. Auch in diesem Umfeld bestanden, wie sich nach 1990 herausstellte, aufschlussreiche Verflechtungen mit dem MfS der DDR.[60] In Frankfurt entstand die „Spontiszene“ (u. a. Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer), die bewusst an die Tradition der APO anknüpfte und mittels des Propagandaorgans „Pflasterstrand“ spontane Militanz, anarchistisches Gedankengut und antikapitalistische Propaganda verbreitete. Im Frankfurter Westend und in Berlin-Kreuzberg machte sich eine betont „undogmatisch“ auftretende Linke bemerkbar, deren erste Zusammenkunft, der so genannte TUNIX-Kongress in Berlin 1978, über 5000 Teilnehmer zusammenführte.[61] Die „undogmatischen“ Protestformen nahmen im linksautonomen Bereich rasch militante Züge an, wie sich an den Auseinandersetzungen in der Hamburger Hafenstraße und den Aktionen gegen die „Startbahn West“ in Frankfurt 1987 zeigen lässt, bei der zwei Polizisten durch vermummte Demonstranten erschossen wurden.

58 Vgl. Yury Winterberg, Der Rebell. Odfried Hepp – Neonazi, Terrorist, Aussteiger, Bergisch Gladbach 2004.

59 Vgl. insgesamt Botsch (FN 18), S. 82-84.

60 Vgl. z.B. Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster u.a. 2003, S. 208 f.

61 Vgl. Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 236 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Grünen schließlich schafften es, sich im Zuge einer gesinnungsethisch-pazifistisch aufgeladenen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss dauerhaft im deutschen Parteiensystem festzusetzen. Vorübergehend konnte auch die DKP das neue Milieu im gesellschaftlichen Vorfeld für sich ausnutzen, etwa als die Jungsozialisten mit dem parteinahen Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) zu kooperieren anfingen. Dass die DKP am breitenwirksamen „Krefelder Appell" gegen den NATO-Doppelbeschluss 1980-1983, für den sich die führenden Aktivisten der 1980 gegründeten Grünen Petra Kelly und Gert Bastian einsetzten, an führender Stelle mitwirken durfte, „war mithin die wichtigste Voraussetzung für das Eindringen der DKP-Bündnispolitik in die Friedensbewegung".[62] Dabei kam den Kommunisten ein von der DDR alimentiertes Verlagswesen (mit dem Kölner Verlag Pahl-Rugenstein an der Spitze) und Unterstützersystem zu Hilfe[63], sowie eine große Anzahl von studentischen Hochschulgruppen, DKP-nahen Hochschullehrern, Gewerkschaftsfunktionären (insb. in der GEW) und Vereinigungen. Eine geistig-kulturell traditionellerweise deutlich formulierte Abgrenzung zum Linksextremismus begann in Deutschland langsam zu erodieren.

Allerdings fiel mit der Stationierungsentscheidung 1983 relativ plötzlich das wichtige Mobilisierungsthema für die DKP weg, was zu einer erneuten Isolierung der Partei beitrug, zumal sich die Parteispitzen von DKP und SEW seit 1985 zusehends von Gorbatschows „Politik der Öffnung", die in der gesamtdeutschen Bevölkerung sehr positiv angenommen wurde, wegbewegten und stur auf DDR-Kurs blieben.[64] Bei den Grünen verloren die linksextremen Kräfte allmählich an Einfluss: 1985 ging der KBW in der GAL-Bewegung auf; parallel dazu scheiterte der Versuch verbliebener K-Gruppen (GIM, ehemalige KPD/ML, KB), sich als Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) oder „Radikale Linke" zu sammeln.[65]

4.2. Zwischenwelle rechts, Wellenbrecher Deutsche Einheit

Im Falle der NPD indes, die seit 1982 von ihrer Pro-NATO-Linie abgerückt war[66], kam es nach einer zwanzigjährigen Durststrecke vereinzelt zu einem leichten Aufschwung in der Wählergunst, befördert durch die 1987 zur Partei umfunktionierte DVU Gerhard Freys. In einer gemeinsamen Liste in Bremen (DVU-Liste D) erreichte man 3,4 Prozent der Stimmen, und mit finanzieller Unterstützung der DVU konnten die Nationaldemokraten 1988 Zugewinne bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (2,1 Prozent)

62 Vgl. Udo Baron, Das KOFAZ, die „Grünen" und die DKP in der Friedenskampagne, in: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002, S. 67-96; Roik (FN 54), S. 357.

63 Vgl. Knabe (FN 35), S. 243-260.

64 Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei. Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990, S. 195-246.

65 Vgl. Uwe Backes, Organisationen 1989, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2, Bonn 1990, S. 143-157, hier: S. 148 f.

66 Vgl. Stöss (FN 22), S. 145.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Schleswig-Holstein (1,2 Prozent) sowie ein beachtliches Resultat bei der Kommunalwahl in Frankfurt 1989 (6,6 Prozent) erzielen.

Doch sollte am Ende den Republikanern (REP) der neue Zulauf für Rechtsaußenparteien auf dem Wählermarkt zugutekommen. Die REP verkörperten in der Anfangsphase weniger eine extremistische denn eine rechtskonservative Partei.[67] Sie wurden 1983 wegen des von Franz Josef Strauß vorgenommenen Kurswechsels in der Ost- und Deutschlandpolitik durch die Initiative der CSU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt und Franz Handlos gegründet. Nachdem sich ein weiterer CSU-Renegat, der Fernsehjournalist Franz Schönhuber – er war wegen der Veröffentlichung eines apologetischen Buches über seine Waffen SS-Vergangenheit vom Bayerischen Rundfunk entlassen worden –, im REP-internen Machtkampf gegen Handlos durchgesetzt hatte, öffnete sich die Partei gegenüber NPD-Aktivisten, etwa im Falle der Besetzung des Generalsekretariats mit Harald Neubauer. Infolgedessen radikalisierte sie sich zusehends und fiel durch einen aggressiven Wahlkampfspot im Westberliner Wahlkampf 1989 auf, in dem Bilder von türkischen Kindern mit Morricones Musik aus „Spiel mir das Lied vom Tod" unterlegt waren. Die Partei erreichte an der Spree aus dem Stand 7,5 Prozent, und auf Bundesebene konnte sie bei den Europawahlen einige Wochen später 7,1 Prozent der Stimmen erreichen.

Als der Ostblock 1990 wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach und Deutschland wiedervereinigt wurde, hofften die REP als „Partei der Wiedervereinigung" zu reüssieren. Doch ganz im Gegenteil kam das Attribut voll und ganz Helmut Kohls CDU zugute, und im Osten wurden die REP sogar als typische Westpartei wahrgenommen, was sich dann konsequentermaßen auch in einem Ost-West-Split bei den Wahlergebnissen niederschlug: Erreichten die REP bei den Landtagswahlen in Bayern 1990 4,9 Prozent, so entfiel bei den ersten Bundestagswahlen im vereinigten Deutschland einige Wochen später nur noch ein Stimmenanteil von 2,1 Prozent, bei den ersten Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1,0 Prozent auf sie. Die NPD konnte bei den Bundestagswahlen gar nur 0,3 Prozent der Stimmen erlangen, und Mußgnug musste nach fast zwanzig Jahren den Vorsitz abgeben.

5. Folgen und Reaktionen nach 1990

5.1. Rechtsextremismus

Marginalisierung: Während die REP den 1990er-Ruf der „Westpartei" nicht wegbekamen und im Parteiensystem – trotz zwischenzeitlicher landespolitischer Erfolge in Baden-Württemberg – isoliert und langfristig erfolglos blieben[68], versuchte die darnieder-

67 Vgl. Ralf Grünke, Die Partei der Republikaner im Wandel der Zeit. Eine extremistische Partei?, in: Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 89-106.

68 Sowohl in Berlin 1990 (kurz nach der Einheit) als auch bei den Europawahlen 1994 (nach der Begrenzung des Ausländerzuzugs durch eine neue Asylgesetzgebung 1992) konnten die REP ihre vormaligen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

liegende NPD unter den Nachfolgern Mußgnugs (Günter Deckert bis 1996, Udo Voigt bis 2011) mit zunehmendem Erfolg, das NS-affine Milieu aus der ehemaligen DDR und die nationalrevolutionären „freien Kräfte“ zu sammeln und neue Strukturen im Osten aufzubauen, darauf spekulierend, dass die 1990 ausgebrochene Euphorie für die CDU im „nationalen Lager“ in den neuen Bundesländern nicht lange anhalten werde.

Gewaltschub: Währenddessen stieg die Zahl der Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund nach 1990 unerwartet sprunghaft an, beginnend mit Mobs gegen Asylbewerberheime in den neuen Bundesländern im Zuge einer umstrittenen Asylpolitik (Hoyerswerda, Rostock), dann übergreifend auf von türkischen Migranten bewohnte Häuser im Westen Deutschlands, als brandschatzende jugendliche Einzeltäter in Erscheinung traten (Mölln, Solingen) und schließlich diffundierend in einem vergleichsweise hohen Sockel rechtsextremer Gewalttaten gegen Fremde und Andersdenkende insbesondere im Osten der Republik. Allerdings lagen, wie sich an dem Zwischenhoch rechtsextremer Parteien 1987-1989 im Westen zeigen lässt, die Ursachen bereits in den achtziger Jahren im zunehmenden Protest gegen eine als verfehlt wahrgenommene Asyl- und Ausländerpolitik, einer z.T. diffusen „Angst vor Überfremdung“ und der Verquickung dieser Angst- und Protestgefühle mit naturgemäß latent vorhandenen Ressentiments und Vorurteilen. Die neue Qualität nach 1990 im Zuge der Verschärfung der Asylproblematik lag in der dreistufigen Eskalation der Lage (Aufheizung, gewaltsamer Ausbruch im Osten, Überspringen in den Westen). Zugleich aber zeitigte die dritte Eskalationsstufe (die Gewaltserie im Westen gegen „alteingesessene“ Migranten) abschreckende Wirkung in die Mitte der Gesellschaft hinein, wo bis dato womöglich eine gewisse Unbekümmertheit und Kurzsichtigkeit gegenüber rechtsextrem motivierten Pressionen vorherrschte. Die Schrecken der Brandanschlagsserie haben durchaus mit zur abermaligen Isolierung des parteipolitischen Rechtsextremismus insbesondere im Westen der Republik beigetragen. Befand sich letzterer damit – trotz gelegentlicher landespolitischer Erfolge im Osten (die DVU erreichte ein Landtagswahlergebnis von 12,8 Prozent 1998 in Sachsen-Anhalt) – in einer immer marginaleren Lage, häuften sich ab 1997 die Anzeichen eines neuen Rechtsterrorismus[69], der dann in Form einer im Verborgenen operierenden Terrorzelle namens Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ab

Wahlerfolge nicht mehr wiederholen. Im Gefolge der Asylproblematik 1992 erreichten die REP 10,9 Prozent; sie schafften 1996 den Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag mit 9,1 Prozent der Stimmen. Erst 2001 fiel die Partei in Baden-Württemberg wieder unter die Fünfprozenthürde (4,4 Prozent), bei den Bundestagswahlen seit 2002 sogar stets unter die Einprozentmarke.

69 Im Dezember 1998 wurden zwei Sprengstoffanschläge auf das Grab des ehemaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski verübt, im März 1999 folgte ein Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken und 2001 eine Brandanschlagsserie der Gruppe „Nationale Bewegung“ in Brandenburg. Zudem wurden größere Waffenarsenale ausgehoben (1998 in Bayern, 2000 und 2003 bei Großeinsätzen gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz“ bzw. die „Kameradschaft Süd“ in München).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2000 sieben Jahre lang unerkannt in Deutschland operierte.[70] Der NSU konnte erst 2011 enttarnt werden – vier Jahre nachdem die Organisation ihre blutige Attentatsserie beendet hatte.

Reaktion: Sammlung und Regionalisierung. Mit einer gewissen Verzögerung hatte sich in der Zwischenzeit das Sammlungskonzept und der Ansatz der Regionalisierung der NPD auf dem Wählermarkt tatsächlich ausgezahlt, wie sich dies nicht zuletzt anhand der NPD-Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern seit 2004 zeigen lässt (9,2 Prozent in Sachsen 2004; 7,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern 2006; 5,6 Prozent in Sachsen 2009; 4,3 Prozent in Thüringen 2009). Ob die Erfolge der NPD seit 2004 dazu beitrugen, dass die rechtsterroristischen Akte des NSU 2007 zu einem abrupten Ende kamen? Langfristig bleibt festzuhalten: Für den parteiförmigen Rechtsextremismus hatte der Zusammenbruch der DDR nur vorübergehend positive Folgen. Er blieb aber auch nach seinem Wiedererstarken seit 2004 – historisch wie im internationalen Vergleich – in einer relativ schwachen Position.

5.2. Linksextremismus

Diskreditierung und Zerfall: Beim Linksextremismus verhält es sich anfangs ähnlich wie beim Rechtsextremismus. Zunächst war er zweifelsohne erheblich geschwächt worden, wenn auch – wie im Jahre 1945 auf rechtsextremer Seite – unmittelbar aus Gründen der Diskreditierung einer Weltanschauungsdiktatur: Das MfS wurde einer (gemäßigten) Lustration („Gauck-Behörde") unterworfen. Führende Repräsentanten des untergegangenen Staates konnten entweder das Land verlassen (z.B. Erich und Margot Honecker) oder wurden zu relativ milden Haftstrafen verurteilt (Egon Krenz, Klaus-Dieter Baumgarten, Günter Schabowski, Markus Wolf). Die Mitgliederzahl der SED sank nach der Umbenennung in PDS von 2,3 Mio. auf 300.000.

Bei den Grünen setzte sich – bestärkt durch die Vereinigung mit dem Bürgerrechtsbündnis Bündnis 90 und dem verpassten Bundestagseinzug der Westgrünen 1990 (bei getrennter Anwendung der Fünfprozentklausel in Ost und West) – der „Realo-Flügel" endgültig durch. Führende Ökosozialisten und K-Gruppenkader wie Thomas Ebermann, Jürgen Reents, Rainer Trampert, Ulla Jelpke, Jürgen Elsässer und Jutta Ditfurth traten aus, während das „Linke Forum" um Antje Vollmer und ehemalige „Fundis" wie Jürgen Trittin und Angelika Beer sich der Position Joschka Fischers anschlossen, eine programmatische Mäßigung und Regierungsbeteiligung nicht mehr abzulehnen.

Die Reste der verbliebenen K-Gruppen spalteten sich auf in Anhänger der Nachfolgepartei der SED, der PDS, in welcher nun auch die westdeutsche VSP aufging (u.a. traten Jacob Moneta und Winfried Wolf über), und eine sich „antideutsch" gegen

70 Der im Kern dreiköpfigen Terrorzelle wird eine Mordserie an ausländischen Kleinunternehmern, ein Polizistenmord und eine Reihe weiterer Anschläge (u.a. Nagelbombenanschlag in Köln 2004) zur Last gelegt. Sie ging aus der (1996 offiziell gegründeten) Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz" hervor.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

jeglichen Vereinigungspatriotismus sträubende „Gruppe K“, in deren Umfeld die „antideutsche Ideologie“ entstand (Zeitschrift *Bahamas*) und die bis heute eng mit der linksautonomen Szene verflochten ist. Ihre „antideutsche“ Wendung zelebrierten die Linksautonomen auf spektakuläre Weise am 3. Oktober 1990, als sie gewalttätige „Deutschland-halts-Maul“-Demonstrationen anzettelten, wobei umstritten ist, ob linksautonome Gewalttaten überhaupt mehr darstellen als unpolitische „provokante Gelegenheitsmilitanz“.[71] Im Unterschied zum RAF-Terrorismus der siebziger Jahre können die Grenzen zwischen politischer und unpolitischer Aktion hier nicht so klar gezogen werden, da sie z.T. ineinanderfließen. Dies trifft im Übrigen weniger auf die gleichsam „nachahmende“ Szenerie aus dem rechtsextremen Bereich (Autonome Nationalisten) zu.[72] Indes wies die linksautonome Gewaltszene eine Gemeinsamkeit mit dem Linksterrorismus insbesondere der „dritten Generation“ auf: Beide Gruppen operierten aus einer „Position der Schwäche“ heraus, hatten also kaum mehr gesellschaftlichen Rückhalt. Diese erneute Isolierung des linksextremen Spektrums, wie sie sich 1990 offenbarte, währte jedoch nicht lange, denn linksextreme Gruppen nutzen den Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten aus, indem sie zugleich an die „Erosion der Abgrenzung“ der achtziger Jahre[73] anknüpften.

Subversion: Ausgehend von Szeneblättern wie *radikal* und dem ehemaligen FDJ-Zentralorgan *junge welt* setzte sich die extreme Linke mit einer gewissen Verbissenheit das Ziel, Fundamentalkritik am Äquidistanzgebot des deutschen Grundgesetzes zu üben und den „BRD-Antiextremismus“ durch einen „BRD-Antifaschismus“ zu ersetzen. Damit versuchte sie u.a. auch, sich ihrer prekär geratenen Identität nach dem Ende des Kommunismus neu zu vergewissern und ihre Agitation an die Zeitumstände anzupassen. Sie bediente sich diverser Publikationsorgane des Antifaschismus, wie sie bereits in den achtziger Jahren in Westdeutschland aus dem Boden geschossen waren,[74] und konnte mit ihrem einseitig auf Rechts fixierten Verständnis von Extremismus bis in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken. Mit der Durchsetzung z.B. von Schlagwörtern wie Kampf, Mut oder Aufstand „gegen rechts“ im gesellschaftspolitischen Vorfeld schaffte sie es zudem, die Frage der Militanz „antifaschistischer“ Aktionen, z.B. die Gründung der militanten Autonomen Antifa 1992 sowie diverse staatszersetzende und gewaltaffine Aktivitäten in Göttingen, im Rhein-Main-Gebiet und in Freiburg nicht nur in den

71 Kleinert (FN 4), S. 83.

72 Vgl. Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011.

73 Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

74 Zu nennen wären z.B. die „Antifaschistischen Nachrichten“ (gegründet 1981), „blick nach rechts“ (gegründet 1984), das „Antifaschistische Infoblatt“ (gegründet 1987), „Interim“ (gegründet 1988) oder „Der rechte Rand“ (gegründet 1989). Später folgten u.a. das „Netz gegen Nazis“ und das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum“ (apabiz). Vgl. z.B. Lars Normann, Rechts im Spiegel von links. Die Zeitschrift „blick nach rechts“ als Symptom politischer Kultur der Bundesrepublik Deutschland, München 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung zu drängen, sondern z.T. der militanten Antifa-Szene neuen gesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen, wie sich sehr gut anhand der gewaltsamen Verhinderung einer Demonstration der unter dem Verdacht des Extremismus stehenden rechtspopulistischen Vereinigung Pro Köln ebendort im September 2008 veranschaulichen ließe.

Im intellektuellen Bereich korrelierte die Entwicklung mit einer deutlichen Verschärfung des seit dem „Historikerstreit" 1986 zu konstatierenden Ausgreifens des vermeintlichen „Antirechtsextremismus" auf Akteure der demokratischen Rechten (z.B. Steffen Heitmann, Rainer Zitelmann, Martin Hohmann) oder einfach auf Erscheinungsformen „abweichender Meinungen", verbunden mit einer antifaschistischen Verdächtigungskultur in den Reihen der zivilen Selbstorganisation (z.B. Martin Walser, Eva Herman). Ausprägungen eines gewalttätigen Antifaschismus bildeten sich heraus, z.B. im Falle der Tötung eines DLVH-Aktivisten in Berlin 1992 oder des Brandanschlags auf die Druckerei der Zeitung *Junge Freiheit* Ende 1994.[75] Mediale Inszenierungen vermeintlich rechtsextremer Gewalttaten nahmen gelegentlich irreführende Züge an.[76]

Ressourcenökonomie, Regionalisierung, Absorption: Zudem waren auf der parteipolitischen Seite die Bataillone insbesondere der ehemaligen SED in den neuen Bundesländern unter der Führung des charismatischen Gregor Gysi (1989-1993) in der Lage, sich rasch zu regenerieren, programmatisch zu modernisieren[77] und ihre Strukturen und Ressourcen[78] in den neuen Bundesländern nach 1990 im Sinne einer neuen „Regionalpartei" zu nutzen. Die Erwartung, der Bundestagseinzug von 1990 (Ergebnis von 2,4 Prozent bei getrennt angewandter Sperrklausel) werde sich nicht wiederholen, sollte sich als falsch erweisen. Bei den Bundestagswahlen 1994 gelang es der Partei, vier Direktmandate im Osten zu gewinnen und somit über die Grundmandatsklausel 30 Sitze im Bundestag zu erringen. 1998 schließlich konnte sie direkt die Fünfprozentklausel überspringen (5,1 Prozent). Mit dem Fraktionsstatus der PDS im Rücken gründete sich 1999 die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Nur zwischen 2002 und 2003 geriet die Partei in Schwierigkeiten, als sie nach ihrer Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern bei den Landtagswahlen 2002 von 24,4 auf 16,4 Prozent der Stimmen zurückgefallen war, der Vorzeigepolitiker der Partei Gysi sich zwischenzeitlich von der Politik zurückgezogen und die PDS bei den Bundestagswahlen im gleichen Jahr nur noch 4,0 Prozent

75 Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 121-127.

76 Vgl. Siegfried Weischenberg, Vom Sommerloch nach Sebnitz. Konstruktionen der Medien zum Thema „Rechte Gewalt", in: Claudia Cippitelli/Axel Schwanebeck (Hrsg.), Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien, München 2004, S. 95-107.

77 Vgl. Uwe Backes, 60 Jahre Extremismus in Deutschland, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 13-44, hier: S. 29.

78 Dazu gehört auch, dass nach offiziellen Angaben 2008 etwa 25 Abgeordnete auf Bundes- und Länderebene in der Vergangenheit als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS Dienste geleistet hatten, zum größten Teil verbunden mit handgeschriebenen Verpflichtungserklärungen. Vgl. Manfred Wilke/Udo Baron: „Die Linke". Entstehung – Entwicklung – Geschichte, St. Augustin/Berlin 2008, S. 29 und 33.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Stimmen erreicht hatte. Ansonsten stiegen in allen neuen Bundesländern die Wahlergebnisse von 1990 an, als sie noch zwischen 9,7 Prozent bis 15,7 Prozent lagen, stetig an. In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Partei 1998 zum ersten Mal in eine Regierungskoalition mit der SPD eingebunden. Mit dem Jahr 2005 gelang den „Linken" schließlich die erfolgreiche Westausdehnung, nachdem sich unter der Führung Oskar Lafontaines große Teile der gewerkschaftsnahen SPD-Linken im Zuge der Proteste gegen die Sozialreformen der Regierung Schröder von ihrer Partei losgesagt und auf der Liste der Linkspartei kandidiert hatten.[79]

6. Bilanz und Ausblick

6.1. Phaseneinteilung und Entwicklung vor und nach 1990

Wird wie im vorliegenden Aufsatz die Entwicklung des Extremismus bis 1990 phasenweise zusammengefasst, so zeigt sich, dass die Auf- und Abschwünge, mit Ausnahme der kleineren Zwischenwellen in den achtziger Jahren, parallel abliefen: Die „erste Welle" bis 1952 war nicht nur vom Erfolg der SRP geprägt, sondern ebenso von der Wiederkehr der KPD, mit dem Unterschied allerdings, dass sich die KPD lange vor ihrem Verbot 1956 zu einem guten Teil selbst überflüssig machte, während die SRP erst durch das Verbot ausgebremst werden konnte. Die „zweite Welle" war nicht nur geprägt von den Wahlerfolgen der rechtsextremen NPD, sondern auch vom Eindringen des Linksextremismus in das gesellschaftlich-studentische Vorfeld der politischen Auseinandersetzung, insbesondere über den SDS und die APO. Neue Milieus entstanden bei der Linken (SDS, APO, K-Gruppen) und bei der Rechten (nationalrevolutionäre „Neue Rechte", „Aktion Neue Rechte", militante Neo-NS-Szene).

Für die historische Einordnung der Phase nach 1990 fällt ins Gewicht, dass die Entwicklung asymmetrischer vonstatten ging als vor 1990. Erfolge des parteiförmigen Rechtsextremismus blieben auf einzelne neue Bundesländer beschränkt, zumal im Westen neue islamistische Extremismen an Zulauf gewannen. Auf gesamtnationaler Ebene hingegen konnten unter dem Dach der Linken erstmals fundamentaloppositionelle Kräfte, und zwar allein von links (häufig ehemalige K-Gruppen-Kader, die ihrer Überzeugung treu blieben) zusammen mit der ehemaligen SED-PDS (von demokratisch gesinnten Reformern bis autoritären Orthodoxen) – zumindest für eine gewisse Zeit (2007-2011) – im ganzen Bundesgebiet Fuß fassen. Zudem wurde die politisch-kulturelle „Erosion der Abgrenzung" gegenüber dem Linksextremismus, wie sie in den achtziger Jahren eingesetzt hatte, weiter vorangetrieben und die antifaschistische Abgrenzungs-

79 Die Linkspartei bzw. die Linke zog 2005 und 2009 in den Bundestag und zwischen 2007 und 2011 mit drei Ausnahmen (Bayern 2008 und Baden-Württemberg wie Rheinland-Pfalz 2011) in alle westdeutschen Landesparlamente ein, wobei die Erfolgsserie inzwischen ihren Zenit überschritten zu haben scheint.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rhetorik um den scharfen, plakativen Wortlaut „gegen rechts“ erweitert und relativ erfolgreich in die Mitte der Gesellschaft getragen.

6.2. Rahmenbedingungen, Wechsel- und Folgewirkungen vor und nach 1990

Freilich waren jegliche (größere wie kleinere) Aufschwünge nach 1990 – zumindest im ersten Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende – nicht so stark ausgeprägt, dass daraus eine elementare Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates wie noch zu Weimarer Zeiten resultierte. Die insgesamt doch sehr stabile Entwicklung aus den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik setzte sich zunächst kontinuierlich fort. Dass indes die unreife deutsche Demokratie 1949 ihre Bewährungsprobe so rasch bestehen würde, konnte kurz nach dem Krieg keineswegs als selbstverständlich gelten. Es waren klar bestimmbare historische, weltpolitische, rechtliche und schließlich soziökonomische Rahmenbedingungen, welche die Chancen der Extremisten auf beiden Seiten erheblich einzuschränken vermochten.

So entwickelten die Großparteien CDU/CSU und SPD ein „Catch-All-Potential“, also eine durch staatliche Parteifinanzierung verstärkte „politische Zentralität“, die einem neuen Grundkonsens weiter Bevölkerungsteile zu entsprechen schien. Nicht unwesentlich trug die Fünfprozentklausel zu dieser Entwicklung bei. Es kam zu einem in der deutschen Geschichte einmalig-stabilen Parteiensystem, das erst in den achtziger Jahren zu erodieren begann. So steht eine wichtige historische Rahmenbedingung extremistischen Misserfolgs („politische Zentralität“ des Parteiensystems) heute zur Disposition, und es wird zu fragen sein, ob die jahrelange Einübung in Liberalität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Internalisierung freiheitlicher Prinzipien im Westen der Republik mögliche Verschlechterungen auch weiterer politischer, ökonomischer wie institutioneller Rahmenbedingungen im vereinigten Deutschland auf Dauer werden kompensieren können. Zum Pessimismus besteht trotz diverser Probleme kein dringender Anlass. Dennoch ist es wichtig, die Frage nach den Rahmenbedingungen historisch differenziert zu beantworten, also in der Geschichte nach den jeweils spezifischen Rahmenbedingungen – je nach Phase und Ausrichtung – zu suchen, um Vergleichsgrößen exakter bestimmen zu können.

Die vorliegende Darstellung ermöglicht eine solche Betrachtungsweise: Demnach stand im Falle der rechtsextremen Gefährdung zu Beginn der bundesrepublikanischen Geschichte die offenkundige Diskreditierung des Nationalsozialismus personellen, ideologischen und mentalitätsgeschichtlichen Kontinuitäten gegenüber (Stichworte: „Massenbasis“ des Nationalsozialismus und deutschnationaler Autoritarismus), doch schwang das Pendel rasch in Richtung Systemstabilisierung aufgrund dreier Faktoren: der Anziehungskraft der CDU/CSU im „bürgerlichen Lager“, dem Verbot der SRP qua Nutzung des neugeschaffenen, auch repressiven Instrumentariums der „streitbaren Demokratie“ sowie der fulminanten ökonomischen Performanz der Adenauer-Regierung. In der „zweiten Welle“ verhinderte dann eine stärker punktuelle Entwicklung den dauerhaften Erfolg: Im Grunde hat nämlich die konfrontative Wahlkampfstrategie des

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

NPD-Parteivorsitzenden von Thadden 1969 dazu geführt, dass die Partei nicht in den Bundestag einzog. Seitdem, so könnte man zusammenfassen, ist es dem parteiförmigen Rechtsextremismus nicht mehr gelungen, auf Bundesebene auch nur in die Nähe der Fünfprozentmarke zu gelangen. Der Grund dafür liegt wohl im Kern darin, dass die Gesellschaft des westlichen Deutschland „viele Jahrzehnte lang schwierige Lernprozesse" im Umgang mit totalitären Diktaturerfahrungen, mit Immigranten sowie mit Pluralitätsbedingungen durchlief und inzwischen eine starke Abwehrhaltung gegen jegliche Formen zumindest eines althergebrachten Rechtsextremismus kultiviert.[80]

Auch im Falle des Linksextremismus ging für das System nie eine ernsthafte Gefahr aus. In der „ersten Welle" schadeten der KPD folgende drei Faktoren: erstens die „national verdächtige" Rolle des Kommunismus im Zuge der deutschen Teilung, zumal angesichts der Unselbständigkeit der ost- wie westdeutschen Kommunisten; zweitens, damit zusammenhängend, die (zu Kriegsende leidvoll genährte) Angst vor dem „russischen" Faktor, zumal die repressive Politik der DDR unter sowjetkommunistischen Vorzeichen im Kontrast zum Verhalten der US-Amerikaner dazu beitrug, dass diese Angst perpetuiert wurde; und drittens die rasche Herausbildung einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" durch eine fulminant erfolgreiche Wirtschafts- und flankierende Sozialpolitik der Adenauer-Regierung.

Während der „zweiten Welle" schließlich (SDS, APO) hatte die extreme Linke von vornherein kaum Chancen, sich dauerhaft zu etablieren, da sie in gewisser Weise durch die Willy-Brandt-SPD absorbiert wurde. Der dogmatische Rest zerfiel oder marginalisierte sich zusehends und glitt teilweise in einen Terrorismus ab, der die Verhältnisse der Bundesrepublik völlig verkannte. Dies ließ den Linksextremismus, der für das System – zumindest von innen heraus – im Grunde genauso ungefährlich blieb wie der Rechtsextremismus, immerhin zu einer veritablen Gefahr für die öffentliche Ordnung anwachsen (und erst recht für Leib und Leben der Funktionseliten des Landes). Dies unterschied ihn wiederum fundamental vom Rechtsextremismus jener Zeit.

Zudem wirkte er sich im Verbund mit „undogmatischen" linkslibertären Kräften politisch-kulturell stärker auf die Mitte der Gesellschaft aus als der Rechtsextremismus, indem er (wie in allen westlichen Gesellschaften) zu einer Schwächung traditioneller bürgerlicher Werte und Institutionen (Ordnung, Sicherheit, Ehe, Familie usw.) beitrug.[81] Diese bekämpfte die extreme Linke nicht aus lebensweltlich-emanzipatorischen, sondern aus systemfeindlichen Gründen, was freilich wenig an der gemeinsamen Zielsetzung der radikalen „De-Institutionalisierung" änderte. In der Einhaltung von Regeln und Moral gewann das gesamtgesellschaftliche System so beträchtlich an Elastizität. Alternative Jugendszenen fügten dieser Entwicklung nun eine bewusst primitive, direkte und körperliche Oppositionshaltung hinzu, die unzivilisiertes, grobes Verhalten bewusst in-

80 Vgl. Backes (FN 77), S. 40 f.

81 Vgl. Panajotis Kondylis, Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Weinheim 1991, S. 188-226.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

szenierte. Zwar war der dahinterstehend propagierte „radikale Subjektivismus“ nicht mit dem einzig real existierenden (wie durchsetzungsfähigen) Linksextremismus marxistisch-leninistischer Provenienz in Einklang zu bringen, doch versuchte letzterer selbstverständlich, die mit dem revolutionären Subjektivismus einhergehende Enthemmung in der Gewaltfrage seinerseits zu „dogmatisieren“, mit der Folge zumindest, dass er sie stetig anfütterte. Beide Stränge zusammengenommen haben eine tatsächlich langfristige Enthemmung in der Gewaltfrage bewirkt, die sich bis tief in die linksautonome Szene hineingefressen hat, wobei all dies kein spezifisch deutsches, sondern ein allgemein-westliches Problem auf der linken Seite des politischen Spektrums darstellt.

6.3. Weiterführende Fragen: Die Rolle der DDR und die Physiognomie des Terrorismus

Für die Zeit bis 1990 stellen sich schließlich Fragen im Hinblick auf die Auswirkungen der intensiven operativen Bemühungen der DDR auf das Gefüge der Extremismen in Deutschland. Dabei geht es um Fälle, die bis heute nicht restlos aufgeklärt sind, z.B. „Kurras“ und „Hepp“. Die Frage, inwieweit die DDR die Entwicklung des Extremismus in der Bundesrepublik zu steuern in der Lage war, kann wohl folgendermaßen beantwortet werden: Im Falle des Rechtsextremismus lässt sich ein zwar vorhandener, aber – mit Ausnahme der Hepp-Kexel-Gruppe – geringer Einfluss beobachten. Im Bereich des Linksextremismus verliert das MfS spätestens mit der „undogmatischen“ Studentenbewegung in den sechziger Jahren die vorher ausgeprägte Kontrolle, doch gewinnt es damit Einwirkungsmöglichkeiten auf die gesamte politische Linke im Westen weit über das immer winzigere KPD-DKP-Milieu hinaus, was sich schließlich an den Beispielen Linksterrorismus und „Friedensbewegung“ demonstrieren lässt.

Mit Blick auf die Geschichte des Terrorismus in Deutschland sollte schließlich klargeworden sein, dass bereits lange vor den Aktionen des NSU „die Fixierung auf die linke Variante des politischen Spektrums nicht berechtigt“[82] war, wie dies die Phase nach 1980, aber auch die Häufung von kleineren Aktionen um die Jahrtausendwende herum deutlich machen. Im Falle des Abgleitens in den Terrorismus fällt im historischen Rückblick die zeitliche Verzögerung des Rechtsterrorismus gegenüber dem Linksterrorismus ins Auge. Die zentrale Frage, die sich für weitere Studien hieraus ergibt, lautet, ob und inwieweit die rechtsterroristischen Akteure der achtziger Jahre wie diejenigen der jüngsten Vergangenheit (NSU) sich an Form, Stil oder gar Inhalten des RAF-Terrorismus orientierten, welche Elemente sie vielleicht als nachahmenswert interpretier(t)en, und wenn ja, auf welche Phasen des RAF-Terrorismus man sich dabei bezog. Dabei unterscheidet sich die Hepp-Kexel-Gruppe bereits deutlich von dem NSU, und diese beiden Gruppen wiederum weichen von den restlichen rechtsextremen Terrorgruppen

82 Eckhard Jesse, Rechtterroristische Strukturen in Deutschland, in: Politische Studien 63 (2012), Heft 3, S. 24-35, hier: S. 29.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ab. Die Hepp-Kexel-Gruppe orientierte sich bewusst am Stil der ersten und zweiten RAF-Generation und verfasste 1982 ein ambitioniertes Manifest („Abschied vom Hitlerismus"), indem sie sich vom „Hitler-Kult", „bürgerlichen Nationalismus" sowie „NS- und Uniformfetischismus" distanzierte und alle aktivistisch-„antiimperialistischen" und undogmatischen Jugendlichen, „die es in linken und rechten Kreisen" gebe, dazu einlud, sich am „antiimperialistischen Befreiungskampf", insonderheit gegen die Amerikaner, zu beteiligen, sogar die „in der BRD lebenden, ausländischen Antiimperialisten".[83] Der NSU hingegen ähnelt der stärker entideologisierten, isolierten und technikaffinen, generell politisch unklaren „dritten Generation" der RAF[84], freilich mit dem Unterschied, dass er nicht einmal den Anschein erwecken wollte, eine „kommunikative" Funktion seiner Aktionen in Erwägung zu ziehen: „Erst gibt die Gruppe ihre Motivation nicht zu erkennen, so dass kein Außenstehender von der Existenz einer solchen weiß. Dann, nach dem Ende, verschickt sie ein Video, das keine Rechtfertigung bietet, sondern nur Hohn und Spott."[85]

83 Zit. nach Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, S. 397-400.

84 Vgl. Alexander Strassner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion". Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer Organisation, Wiesbaden 2003.

85 Jesse (FN 82), S. 33 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bonn oder Paradise?

Die Bundesregierung, der SPD-Parteivorstand und die umstrittene Rückkehr des NS-Dissidenten Otto Straßer aus Kanada (1948-1952)

Von Herbert Elzer

1. Einleitung

Die Gebrüder Gregor und Otto Straßer galten als die wichtigsten Rivalen Hitlers innerhalb der NSDAP. Der norddeutsche Straßer-Flügel war stärker proletarisch orientiert und aus Hass gegen die Westmächte als Garanten des „Versailler Systems" auch zum Zusammengehen mit der Sowjetunion bereit. Allein, Hitler gewann den von 1925 an tobenden parteiinternen Machtkampf.[1] Otto Straßer begriff sich als wahrer Sozialist und Nationalist und verbreitete 1930 „14 Thesen der deutschen Revolution"[2]: Die deutsche Revolution „ist sozialistisch – gegen die Tyrannei des Geldes; sie ist völkisch – gegen die Zerstörung der deutschen Seele – alles aber nur um der Nation willen."[3] Im Oktober 1931 entstand Otto Straßers Schwarze Front.[4] Gregor Straßer hatte Ottos Bruch mit

1 Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1985, Kap. I; ders., „Socialisme" national contre Hitlérisme: le cas Otto Strasser, in: Revue d'Allemagne 16 (1984), S. 485-498, hier: S. 485-491; Günter Bartsch, Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser. Eine Biografie, Koblenz 1990, Kap. 2-4; Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, Kap. 21 und 34; Wolfgang Abendroth, Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 181-187; Kurt Gossweiler, Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, S. 9-28. Memoiren: Otto Straßer, Hitler und ich, Konstanz 1948.

2 Wortlaut in: Moreau, Nationalsozialismus (FN 1), Dok. Nr. 1, S. 240-242. Zur Ideologie: Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966, sechster und siebter Teil; Louis Dupeux, „Nationalbolschewismus" 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 393-408; Peter Thoma, Der Fall Otto Strasser, Köln o.J. (1971), S. 16-40; Karl O. Paetel, Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, S. 206-224; ders., Otto Strasser und die „Schwarze Front" des „wahren Nationalsozialismus", in: Politische Studien 8 (1957), H. 92, S. 269-281.

3 Ders., Versuchung (FN 2), S. 305. Zum Europa-Verständnis Straßers: Boris Schilmar, Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933-1945, München 2004, S. 104-110.

4 Moreau, Nationalsozialismus (FN 1), Kap. III, und Dok. Nr. 5, S. 250 f. („Das Manifest der Schwarzen Front").

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hitler nicht mitvollzogen.[5] Trotzdem wurde er beim „Röhm-Putsch“ 1934 ermordet[6]; Otto Straßer floh rechtzeitig ins Ausland.

In den 1930er Jahren gab es Ableger der Schwarzen Front in Lateinamerika, bei denen Bruno Fricke eine maßgebliche Rolle spielte.[7] Von 1941 an versuchte Straßer, alle Emigrantengruppen in einer „Frei-Deutschland-Bewegung“ zu sammeln.[8] Der Zulauf beschränkte sich jedoch auf die Reste der Schwarzen Front sowie konservative und christliche Gruppen. Infolge seiner nationalsozialistischen Verwurzelung stieß Straßer bei den zahlenmäßig dominanten linken und jüdischen Emigranten auf Ablehnung. Eine Ausnahme bildeten die Volkssozialisten um Max Sievers, Wilhelm Sollmann, Hans Jaeger und Wenzel Jaksch.[9] Otto Straßer lebte nach mehrjähriger Irrfahrt quer durch Europa und die Karibik nach April 1941 in Kanada, zumeist in Bridgetown und in Paradise (Neuschottland), rund 1.000 km von der Hauptstadt Ottawa entfernt.[10] Dort gab es ab 1. April 1951 ein deutsches Generalkonsulat, das am 8. November in eine Botschaft umgewandelt wurde.[11]

2. Quellen/Literatur und Zielsetzung

Viele Episoden im schillernden Leben Straßers harren noch der Entdeckung. Er hat in seinen Memoirenwerken einiges übergangen oder vertuscht. Dazu gehören seine Geheimdienst-Aktivitäten aus den 1930er Jahren[12], aber auch seine vielfältigen Rückkehrbemühungen Anfang der 1950er Jahre. Sie schlossen weder die DDR noch die Saar[13] aus, doch seine bevorzugte Adresse war die Bundesrepublik Deutschland, wo er sich

5 Udo Kissenkötter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 41-48; Peter D. Stachura, Gregor Straßer and the Rise of Nazism, London/Boston/Sydney 1983, S. 73-81; Moreau, Nationalsozialismus (FN 1), S. 44 f.

6 Straßer (FN 1), Kap. X; Ders., Mein Kampf. Eine politische Autobiographie, Frankfurt a.M. 1969, S. 75-99. Er spricht von der „deutschen Bartholomäusnacht“.

7 Patrik von zur Mühlen, Der „Gegen-Führer“ im Exil. Die Otto-Strasser-Bewegung in Lateinamerika, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 3 (1985), S. 143-157. Zu Fricke ferner: Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, 2 Bde., Middletown 1967, S. 184, 1066 f. (Anm. 136).

8 Von zur Mühlen (FN 7), S. 148-154; Bartsch (FN 1), S. 152-159.

9 Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 63-70; Michael Schäfer, Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer (Bergbau und Bergarbeit), München 1990, S. 276-284.

10 Douglas Reed, The Prisoner of Ottawa. Otto Strasser, London 1953, S. 208-255; Otto Straßer, Exil, München 1958, S. 163-179.

11 Http://www.ottawa.diplo.de/Vertretung/ottawa/en/02/__Embassy.htm (10. Juni 2009).

12 Gossweiler (FN 1), S. 38 f.

13 Die Alternative „Saar“ bleibt hier unerörtert. Dazu ausführlich: Herbert Elzer, Die Schmeisser-Affäre. Herbert Blankenhorn, der „Spiegel“ und die Umtriebe des französischen Geheimdienstes im Nachkriegsdeutschland 1946-1958, Stuttgart 2008, S. 74-83.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

eine große politische Karriere erträumte. Zuvor hatten die britische und die amerikanische Militärregierung seinen Bestrebungen einen Riegel vorgeschoben.

Straßer baute auf sein Charisma und seinen Nimbus als Gegner Hitlers, wenn er nur wieder den Fuß auf deutschen Boden setzen durfte. Dazu musste seine 1934 vollzogene Ausbürgerung rückgängig gemacht werden. Hierfür gab es in der Bundesrepublik einen verfassungsrechtlich begründbaren Anspruch, der aber im Einzelfall genehmigt werden musste. Zu diesem Zweck unterhielt er im Verborgenen Kontakte mit dem Kanzleramt und dem SPD-Parteivorstand, über die alle Beteiligten aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrten. Ihre Rekonstruierung im Rahmen der Bemühungen Straßers um seine Wiedereinbürgerung im Zeitraum 1950 bis 1952 ist der zentrale Gegenstand dieses Aufsatzes. Dazu werden bislang unausgewertete Dossiers des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern (BMI) im Bundesarchiv Koblenz, des Auswärtigen Amtes in Berlin, des SPD-Parteivorstands und der „Sammlung Personalia" im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn sowie des Nachlasses von Otto Lenz im Archiv für christlich-demokratische Politik in St. Augustin benutzt.[14] Zeitungsmaterial findet sich im Ausschnittsarchiv des Bundespresseamtes (BPA) zum Stichwort „Straßer" sowie in der Zeitgenössischen Sammlung des Bundesarchivs. Der umfangreiche Nachlass Straßers im Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ist für unser Thema eher marginal.

Straßers Wirken in der Nachkriegszeit ist weniger gründlich erforscht worden als frühere Phasen seines Lebens, was an seiner gesunkenen Bedeutung liegen mag. Indessen hat sich das Ausbleiben jeder Resonanz in Deutschland erst nach seiner Heimkehr 1955 herauskristallisiert, während er zuvor für Behörden und Parteien in der Bundesrepublik ein Akten füllendes Thema bildete. Die einzige Biografie über Otto Straßer aus der Feder des Schriftstellers Günter Bartsch[15] bietet manche Anregungen, hält aber wissenschaftlichen Kriterien nicht stand; die vorhandenen Archivalia wurden kaum benutzt oder waren noch nicht zugänglich. Bartsch stützt sich fast ausschließlich auf die zahlreichen Schriften Straßers. Zudem hat sich der SED- bzw. PDS-nahe Politikwissenschaftler Kurt Gossweiler mit der Frühzeit Straßers befasst; er stempelt seine Schwarze Front zur „Auffangstelle für ‚hitlermüde Volksgenossen'" mit antikommunistischer Stoßrichtung.[16] Dies ist angesichts der Todfeindschaft zwischen Hitler und Straßer eine unzulässige Nivellierung. Allerdings ist die „Straßer-Legende" des heldenmütigen, unerschütterlichen Kampfes gegen Hitler in Anbetracht der organisatorischen Unfähigkeit und charakterlichen Labilität Straßers nicht zu halten.[17] An dieser Legende hat auch

14 Ich danke dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (Knud Piening) und dem Bundesarchiv Koblenz (Dr. Michael Hollmann, Lars Amelung und Dr. Claudia Zenker-Oertel) für die Freigabe bisher gesperrter Geheimakten von Auswärtigem Amt und Kanzleramt.

15 Bartsch (FN 1). – Informativer Lebensabriss in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik – Wirtschaft – öffentliches Leben, Leitung und Bearbeitung: Werner Röder und Herbert A. Strauss, München u. a. 1980, S. 740-742.

16 Gossweiler (FN 1), S. 37.

17 Dazu eindrucksvoll die von Gossweiler publizierte Denkschrift des Organisationsleiters der „Schwarzen Front", Friedrich Beer-Grunov, vom Februar 1938 (ebd., Dok. Nr. 22, S. 86-127).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Douglas Reed gestrickt, der 1953 pathetisch schilderte, wie sein Freund Straßer von den Westalliierten und der Bundesregierung drangsaliert wurde.[18]

Straßer erörtert seine Ausreisebemühungen seit 1948 in seinen Memoirenwerken eher schmallippig.[19] Im Jahre 1946 publizierte Straßer ein Buch unter dem Titel *Deutschlands Erneuerung*. Es war die „Bibel" der Straßer-Anhänger. Zwei Jahre später sammelten sich in seiner alten Heimat die Reste der früheren Schwarzen Front; sie gründeten am 18. Oktober 1948 den Bund für Deutschlands Erneuerung (BDE).[20] Sie propagierten das völkisch-christliche Weltbild Otto Straßers in einer von Berufsständen geprägten Gesellschaft. In ihr werde der „Solidarismus"[21] gepflegt, der die Unfreiheit von Kapitalismus und Kommunismus überwinde. Dies ähnelte in vielem dem Entwurf Gregor Straßers von 1925/26, der, von „kleinbürgerlichem Sozialismus" charakterisiert, auf ein „Großdeutsches Reich" fixiert und keineswegs frei von rassistischen Elementen war.[22]

Der Publizist und ehemalige Nationalbolschewist Karl O. Paetel würdigt zwar Straßers kompromisslose Gegnerschaft zu Hitler, attestiert ihm aber eine Neigung zu „monomanischer Selbstüberschätzung".[23] Wolfgang Glaesser (BPA) betonte schon 1950 die Wandlungsfähigkeit Straßers, ebenso seinen Narzissmus und sein missionarisches Denken.[24] Er wolle ein „autoritäres Regierungssystem", hasse Stalin und den Kommunismus, doch seine wirtschaftlichen Vorstellungen wichen nicht weit davon ab. Den West-

18 Reed (FN 10), S. 223-255.

19 Straßer (FN 10), S. 186-191. Dazu eher knapp: Bartsch (FN 1), S. 168-171.

20 Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 165; Richard Stöss, Die Deutsch-Soziale Union, in: Ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, 4 Bde., Opladen 1986, Bd. 2, S. 1243-1278, hier: S. 1246-1249; Der Spiegel Nr. 48 vom 27. November 1948, S. 4 f.: Im Frühjahr kommt Otto. Mit der Hand an den Revolver. – Zum Werdegang Otto Straßers und zu den Rivalitäten unter seinen Anhängern: Ebd., Nr. 36 vom 1. September 1949, S. 5-8: Zum ewigen Frieden. Vollendete Charakterbeschreibung; Straßer (FN 10), passim; Tauber (FN 7), S. 109-112, 1028-1031 (Anm. 108-126); Manfred Jenke, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 269-272. Überblick bei Alexander Gallus, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990, Düsseldorf 2001, S. 229-236; Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische „Liberation Policy" im Kalten Krieg 1947-1991, Köln u. a. 2002, S. 358 f.

21 Dazu Bartsch (FN 1), S. 160-162, 244 f. („Manifest des Solidarismus", 1945). Insgesamt zu Straßers gesellschaftspolitischen Vorstellungen: Karlheinz Ritter, Sehnsucht Deutschland. Betrachtungen zum politischen Wollen des Dr. Otto Straßer, München o.J. [1960]; Dohse (FN 20), S. 172-180; Stöss (FN 20), S. 1254-1259; Moreau, „Socialisme" national (FN 1), S. 492-498.

22 Reinhard Kühnl, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Strasser-Programm von 1925/26, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), S. 317-333.

23 Paetel, Otto Straßer (FN 2), S. 274. Zu Paetel: Clemens Vollnhals, Karl Otto Paetel. Widerstand und Exil eines Nationalrevolutionärs, in: Revue d'Allemagne 16 (1984), S. 499-509.

24 Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand BMI (B 106), Bd. 73205; BA, Bestand Bundeskanzleramt (B 136), Bd. 1746, Bl. 3-13, BPA Inland, Nr. 3/50 – 582 vom 3. Oktober 1950: Dr. Otto Straßer, Begründer und „Führer" der „Schwarzen Front", hier: Bl. 10. Im Begleitschreiben an Innenminister Lehr vom 2. Januar 1952 gab Wolfgang Glaesser (BPA) sich als Verfasser zu erkennen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mächten verüble er, ihn in Kanada festzuhalten. Als geübter Propagandist verstehe er zu verbergen, was er „politisch in Wirklichkeit will". Straßer sei „kein Demokrat", sondern wolle „der anständige Führer" sein.

Jene Monografien, die die Schwarze Front bzw. den BDE (mit-)behandeln, geben einen hilfreichen Überblick der Programmatik Straßers und der Zusammensetzung seiner Anhängerschaft. Für Nordrhein-Westfalen hat Wolfgang Buschfort dazu neue Erkenntnisse vorgelegt.[25] Die rechte Szene befand sich 1950 im Fluss und bemühte sich um eine organisatorische Erneuerung.[26] Nachdem die Deutsche Rechtspartei die Neonationalsozialisten Fritz Dorls, Gerhard Krüger und Otto-Ernst Remer ausgeschlossen hatte, konstituierte sie sich 1950 neu als Deutsche Reichspartei.[27] Der harte Kern ehemaliger Nationalsozialisten gründete am 2. Oktober 1949 die Sozialistische Reichspartei (SRP).[28] Eine nicht unbedeutende Nebenrolle spielten auch die Deutsche Soziale Partei (DSP) des ehemaligen CDU-Politikers Günther Gereke[29] und die national-neutralistische Deutsche Gemeinschaft des CSU-Renegaten August Haußleiter.[30] Die Bundesregierung und die Bonner Parteien beobachteten dies alles mit Argusaugen. Als eine der größten Bedrohungen für die junge Demokratie galt aber Otto Straßer.

25 Wolfgang Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik 1947-1961, Paderborn 2004, S. 156-167.

26 Überblick bei Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 1996, S. 60-83. Allgemein zur Denkweise der extremen Rechten in den 1950er Jahren: Hans-Helmuth Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Bonn 1961; Carl-Christoph Schweitzer (Hrsg.), Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945, Köln 1969.

27 Oliver Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a.M. 1998, Teil 1, Kap. 1.1; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, Bd. 1: Darstellung, S. 181-278; Bd. 2: Dokumente und Materialien, S. 27-92.

28 Zur SRP: Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Fall einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007; Otto Büsch/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei" (SRP), Berlin/Frankfurt a.M. 1957; Horst W. Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, in: Parteien-Handbuch (FN 20), Bd. 4, S. 2274-2336; Jenke (FN 20), S. 73-113; Manfred Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld". Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin/Frankfurt a.M. 1993, S. 235-241; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2. Aufl., München 2003, S. 326-360.

29 Zu Gereke: Friedrich Winterhager, Günther Gereke. Ein Minister im Spannungsfeld des Kalten Krieges. Biographischer Essay, Ludwigsfelde 2002; Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988, S. 289 f.; Tauber (FN 7), S. 182-185, 1065 f. und 1069 f. (Anm. 130-133, 144); Stöss (FN 20), S. 1266 f. mit Anm. 71; Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl, Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 165; Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, 2. Aufl., München 2001, S. 56; Markus Wolf, Spionagechef im Kalten Krieg. Erinnerungen, München 1998, S. 97 f.

30 Richard Stöss, Die Deutsche Gemeinschaft, in: Parteien-Handbuch (FN 20), Bd. 1, S. 877-900.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Erste Bemühungen um Straßers Rückkehr (1948-April 1951)

Straßer bemühte sich bis 1947 vergeblich, von den kanadischen Behörden ein International Identification Certificate zu erhalten, das einige Länder ausgebürgerten deutschen Emigranten erteilten.[31] Nach dem Zeugnis des Straßer-Vertrauten Otto Loerbroks aus Frankfurt a.M. soll Straßer 1948 im Besitz eines französischen Visums gewesen sein.[32] Unvorsichtigerweise hätten seine Anhänger voreilige Kundgebungen in der amerikanischen Besatzungszone durchgeführt. Im Bericht einer dänischen Zeitung wird hervorgehoben, Straßers Beziehungen zu Charles de Gaulle und zu französischen Kreisen in Kanada hätten ihm die Erlangung einer Durchreisegenehmigung für Frankreich und die französische Besatzungszone in Deutschland ermöglicht.[33] Indessen stellten die britische und die amerikanische Militärregierung im Januar 1949 klar, dass Straßer nicht in die Bizone einreisen dürfe, und General Lucius D. Clay verbot am 10. Januar den BDE.[34] Die kanadische Regierung zog auf Intervention Washingtons und Londons das Visum zurück.[35] Straßers Autobiographie *Hitler und ich* erschien in Konstanz (französische Besatzungszone), durfte aber in der Bizone nicht verbreitet werden.[36]

Ende 1948 gelangte ein Rundbrief Straßers an seine Freunde vom März 1948 mit harschen Formulierungen an die Öffentlichkeit.[37] Darin bezeichnete er den Ost-West-Konflikt als „Neidkampf zwischen unseren Gefängniswärtern". Wenn es in wenigen Jahren Krieg gäbe, käme die „gegenseitige Zerfleischung" der Alliierten Deutschland zugute, obwohl auch 5-10 Mio. Deutsche dann stürben. Eine aktive Mitwirkung sei nur

31 Reed (FN 10), S. 230.

32 Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD), SPD-Parteivorstand (PV). Sekretariat Fritz Heine, 2/PVAJ0000550, 00101, Betr.: BDE – Tagung in Hamburg am 8. September bei Werner Dietz, Vertraulich, 13. September 1950; Ebd., Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box bis 31. August 1951, Mappe bis 31. Dezember 1949, Notiz, 18. Januar 1949; Reed (FN 10), S. 232. Eindeutige Belege dafür in: IfZ, NL Otto Straßer, ED 118, Bd. 19.

33 Alfred Michaelis, Otto Straßer und der deutsche Nationalbolschewismus, in: Ny Tid (Dänemark) vom 2. August 1949. Deutsche Übersetzung in: AdsD, Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box 1956-1974, Mappe Biographie. – Auch der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen vermutete, Straßer unterhalte Beziehungen zu de Gaulle (Buschfort [FN 25], S. 158). Nachweise dafür in: IfZ, ED 118, Bd. 19.

34 Die Neue Zeitung vom 13. Januar 1949: Otto Straßer nicht erwünscht; Times vom 12. Januar 1949: A Ghost from the Past.

35 Der Sozialdemokrat vom 13. Januar 1949: General Clay warnt; Die Welt vom 13. Januar 1949: Straßer erhält keine Einreise; Otto Stolz, Warum Otto Straßer unerwünscht ist, in: Die Neue Zeitung vom 12. März 1949. Dazu auch Reed (FN 10), S. 233-235.

36 New York Herald Tribune vom 23. Januar 1949: US Zone bans Book on Hitler by Otto Straßer; Badische Neueste Nachrichten vom 17. Mai 1949: Das Buch ‚Hitler und ich'. Dazu auch Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949, München 1994, S. 287 f.

37 Abendpost (Frankfurt a.M.) vom 29. November 1948: Straßer will Deutschland ‚erneuern'; Ottmar Katz, Otto Straßer rührt die Trommel, in: Mannheimer Morgen vom 18. Dezember 1948; Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 1949: Der ‚Kampf der Gefängniswärter'.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

denkbar, wenn die betreffende Seite dem Reich alle abgetrennten Territorien wiedergeben würde. Solche Stellungnahmen waren nicht dazu angetan, ihm die Gunst der Angelsachsen zu sichern. Straßer steigerte seine Beliebtheit bei den Westmächten nicht durch die Kritik, die er im Mai 1949 an der soeben gegründeten NATO übte. Die amerikanische *Neue Zeitung* (München) warf ihm vor, mit seinem Aufruf zu einer „Nationalen Union" die gleiche Tonart wie Walter Ulbricht anzuschlagen.[38]

Straßer betrachtete die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer nicht mit Wohlwollen. Während er die DDR-Führung im Dezember 1949 als „Quisling-Regierung" bezeichnete, kam die Bonner Koalition mit dem Ausdruck „Hacha-Regierung" kaum günstiger davon.[39] Beide nähmen die deutschen Interessen nicht wahr. Die Bundesregierung füge sich Gebietsabtretungen im Westen ebenso ungerührt wie dem Ruhr- und Besatzungsstatut. „Das Ende Bonns ist eine zwangsläufig und rasch eintretende Folge seiner inneren Fäulnis, seines Gegensatzes zum deutschen Volk und der aus dem Osten heranrückenden Gefahr." Es dürfe keine Wiederbewaffnung von Deutschen gegen Deutsche geben. Straßer instruierte seine Anhänger per Rundbrief[40], im bevorstehenden 3. Weltkrieg müsse Deutschland neutral bleiben: „weder Wallstreet noch Moskau"! Die am Ende wohl stärkeren Vereinigten Staaten würden die deutschen Bedingungen – Einheit und Grenzen vom 1. Januar 1938 – erfüllen. Im Kalten Krieg laute das Motto „bedingte Neutralität" und Aufbau einer Massenorganisation.

Straßer verließ sich in Deutschland zunächst auf den Buchhändler Kurt Sprengel (Wildeshausen/Oldenburg). Anfang 1950 versuchte Sprengel, den BDE zu neuem Leben zu erwecken.[41] Straßer gewährte Sprengel Rückendeckung und forderte ihn auf, straffe Richtlinien zu erlassen. Bereits im Laufe des Jahres 1950 war die „Ära Sprengel" vorüber, da er sich wegen anhaltender Erfolglosigkeit seiner Bemühungen und negativer Auswirkungen auf seinen Buchhandel vollkommen in Schweigen hüllte.[42] Im Juli 1950 bekundete Straßer gleichwohl große Zuversicht über seine baldige Heimkehr.[43]

Bruno Fricke ging derweil eigene Wege. In einem offenen Brief an Stalin vom März 1950 – der in einer deutschsprachigen Zeitung in Chicago erschien – warb Fricke für

38 Observer, Die Troika Noack, Ulbricht und Straßer, in: Die Neue Zeitung vom 24. Mai 1949.

39 BA, B 106, Bd. 15566, Mitteilungsbrief für die Freunde Otto Straßers, Folge II/8, Dezember 1949, S. 2. – Der Norweger Vidkun Quisling gilt als Inbegriff der Kollaboration, der tschechoslowakische Staatspräsident von 1938/39, Emil Hacha, als Verkörperung eines von auswärtigen Mächten abhängigen Politikers.

40 Bundespresseamt (BPA) Berlin, Presseausschnittsarchiv Otto Straßer, ap gf 40 (inland) vom 13. Juli 1950. Dazu auch AdsD, Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box bis 31. August 1951, Mappe 1. Januar bis 31. Dezember 1950, Otto Straßer, Atlantik-Söldner oder Deutsche Armee?, in: Der Courier vom 27. Dezember 1950. In dieser Mappe finden sich weitere Artikel Straßers für Courier und Cincinnatier Freie Presse.

41 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Fritz Heine, 2/PVAJ0000550, Bericht, Betr.: Die letzte Entwicklung der Straßer-Bewegung in Deutschland, 10. Februar 1950.

42 Ebd., Aufzeichnung Freundeskreis Otto Straßer e.V., o.D.

43 Ebd., Aufzeichnung, Betr.: Otto Straßer, Geheim, 20. Juli 1950.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

eine deutsch-russische (!) Allianz im Kampf gegen den Kapitalismus.[44] Fricke reiste Ende 1950 aus Südamerika heimlich in die Bundesrepublik ein, wo er im Auftrag Straßers die Getreuen um sich scharen sollte.[45] Dabei stellte er rasch fest, wie schlecht es um den Zusammenhalt bestellt war. Folglich suchte er Anschluss bei der DSP Gerekes. Straßer verhehlte in einem Brief an einen Freund vom 29. Dezember 1950 nicht, dass er Frickes Bemühungen um Bündnispartner würdigte.[46] Gerade Fricke habe die neonationalsozialistischen Tendenzen von Remer und Wolf Graf Westarp entdeckt und ein Zusammengehen mit der SRP ausgeschlossen. Die DSP Gerekes könne hingegen nicht als totalitäre Gruppe stigmatisiert werden.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtete die Aktivitäten Frickes. Vizepräsident Albert Radke informierte Karl Sauer (BMI) und Hans Globke (Kanzleramt) am 17. Februar 1951 über Person und Tätigkeit.[47] Fricke sei etwa 50 Jahre alt und stamme aus Braunschweig. Er war in den 1920er Jahren SA-Führer in Westpreußen, überwarf sich dann mit der Parteispitze der NSDAP und wanderte nach Südamerika aus. Er leitete dort die Gruppe „Zentralamerika" der Straßer-Bewegung. Im November 1950 kehrte er über die Schweiz nach Deutschland zurück. Fricke lebe in Hannover. Radke unterrichtete dann über die Bemühungen Frickes um Gereke. Fricke glaube, die Straßer-Leute wären alleine zu schwach. Er sprach auch mit anderen Kräften wie Wolf Schenke oder der SRP (Graf Westarp und Fritz Dorls), ohne sich mit ihnen verständigen zu können.[48] Fricke sicherte Gereke zu, seine Anhänger würden der DSP beitreten, die sich gleichermaßen gegen West und Ost richte. Der Verfassungsschutz hatte als Gegner Frickes innerhalb der Straßer-Bewegung den tendenziell prowestlichen Münchner Wirtschaftsprüfer Waldemar Wadsack und Sprengel identifiziert. Gefährlich sei weniger die in sich zerstrittene Anhängerschaft Straßers als deren etwaiges Zusammengehen mit der DSP Gerekes, die vom Osten gefördert werde.

Straßer setzte sich am 21. Januar 1951 in einem Brief an Wadsack für Fricke ein.[49] Er solle Fricke über alles informieren und engste Beziehungen zu ihm pflegen. Gleichzeitig wich er insofern von Frickes neutralistischer Linie ab, als er eine Vorliebe für den Westen zu erkennen gab: Er plädiere für ein Zusammengehen mit den USA bei Rückgabe der verlorenen Ostgebiete. Wadsack erwiderte am 23. Februar 1951[50], Straßer sollte seine Ablehnung des Verhaltens von Fricke deutlicher erkennbar werden lassen.

44 Katholischer Beobachter vom 25. März 1950: Straßer bietet sich Moskau an.

45 BA, B 106, Bd. 200207, Vermerk für Otto John, Geheim, 22. April 1954. Dazu auch Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Bd. 2: Neofaschismus in der Bundesrepublik, Köln 1988, S. 31.

46 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550; BA, B 136, Bd. 50306, Bl. 8-10.

47 Ebd., Bl. 1-3.

48 Radke stützte sich dabei auf einen undatierten Bericht Frickes (ebd., Bl. 11-13). Zu Wolf Schenke (1914-1989), einem national-neutralistischen Journalisten und Verleger: Dohse (FN 20), S. 84-99; Gallus (FN 20), S. 195-203; Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 519 f.

49 BA, B 136, Bd. 50306, Bl. 14.

50 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550; BA, B 136, Bd. 50306, Bl. 31-35.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fricke trete als Geschäftsführer der DSP auf, was sich mit seiner Position als Bevollmächtigter Straßers nicht in Einklang bringen lasse. Der Neutralismus der DSP gefährde die immerhin relative Freiheit Westdeutschlands und leiste dem Bolschewismus Vorschub.

Wadsack trat bei allem Respekt durchaus couragiert gegenüber Straßer auf. Für ihn persönlich war ein Neutralismus à la Gereke oder Fricke tabu, egal wie sich der „Gefangene von Ottawa" dazu stellte. Das Bekenntnis Wadsacks zum Westen spiegelte freilich nicht unbedingt die vorherrschende Tendenz in der Straßer-Bewegung wider, die eher von Lavieren zwischen Ost und West geprägt war. Allerdings traten auch andere Führungsmitglieder für eine entschiedene Westorientierung ein, so z.B. der für den Straßer-Kreis in Nordrhein-Westfalen tonangebende Düsseldorfer Architekt Hans Giessen. Straßer selbst befürwortete eine weitgehende Unabhängigkeit Deutschlands, war aber zu taktisch bedingten Schritten in die eine oder andere Richtung bereit.

Ein für den Verfassungsschutz gemünzter Bericht vom 13. März 1951 über die ehemalige Schwarze Front zeigt deren heillose Zerstrittenheit auf.[51] Die einzelnen Gebietsleiter und ihre Präferenzen wurden behandelt. Kurt Sprengel etwa fehle jedes Fingerspitzengefühl bei seinen Aktivitäten als „Generalbevollmächtigter" Straßers für den BDE. Er habe kaum Befürworter in der Schwarzen Front. Waldemar Wadsack aus München sei überaus geltungsbedürftig, Otto Loerbroks (Frankfurt am Main) ideologisch versiert, halte sich im Hintergrund.

Straßer gelang es immer weniger, seine kratzbürstigen Helfershelfer davor zu bewahren, sich gegenseitig zu zerfleischen. Im Kanzleramt herrschte gleichwohl große Unruhe in Anbetracht des Aktivismus, der die Jünger der Schwarzen Front beseelte.

4. Wadsack, Feuchtner und die Stuttgarter Tagung des BDE (Mai – Juli 1951)

Der *Deutschland-Union-Dienst* (DUD) der CDU bezeichnete Straßer am 17. August 1950 als Nationalbolschewist und „Ich-Mensch".[52] Mit Recht fürchteten die Alliierten ein neues Terrorregiment im Falle seiner Rückkehr. Dagegen sprach der DUD am 13. März 1951 etwas vorsichtiger davon, Straßer müsse ernst genommen werden, ohne ihn zu überschätzen.[53]

Am 31. Oktober 1951 veröffentlichte die Zeitschrift *Deutsche Woche* einen inspirierten, mit Dokumenten unterfütterten Bericht über geheime Kontakte zwischen Staatssekretär Otto Lenz und dem BDE.[54] Der Münchner Journalist Theo Otto Feuchtner sei im

51 Ebd., Bl. 17-27.
52 DUD vom 17. August 1950: Die ‚Freunde Straßers'.
53 DUD vom 13. März 1951: Die ‚Freunde Straßers'.
54 Erwin K. Hornauer, Otto Straßer sollte Bonn retten. Bundeskanzleramt suchte Verbindung zur ‚Schwarzen Front', in: Deutsche Woche Nr. 21 vom 31. Oktober 1951.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mai 1951 vom Kanzleramt beauftragt worden, mit dem BDE Kontakt aufzunehmen. Dieser trat über Paul Freiherr zu Schönaich-Carolath – den Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft – an Wadsack heran. Feuchtner sagte Wadsack, er sei in geheimer Mission für das Kanzleramt unterwegs, um Informationen über Otto Straßers Intentionen einzuholen. Wadsack argwöhnte, man wolle ihm „die Würmer aus der Nase ziehen", und bat erstaunt um nähere Aufklärung. Feuchtner unterstrich die Notwendigkeit absoluter Diskretion und erläuterte, im Kanzleramt bestünden Zweifel, ob die derzeitige Koalition von Union und FDP bei der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit verteidigen könne. Dem ließe sich eventuell durch die Einbeziehung von Kräften aus dem „nationalen Lager" begegnen. Dabei sei man auf Straßers BDE verfallen. Als Wadsack fragte, wer hinter der Sondierung stecke, nannte Feuchtner die Dienststelle von Otto Lenz. Wadsack habe sich durch sein „mannhafte[s] Auftreten" gegen Bruno Fricke als Ansprechpartner empfohlen. Die Ziele Straßers seien – so Wadsack – durch dessen Schriften allgemein bekannt. Er begrüße es, Missdeutungen klarstellen zu können. Danach unterhielt man sich über Interna des BDE, wobei Feuchtner Briefe Straßers zu erhalten wünschte, die über seine Konzeption Aufschluss gäben. Zwei Tage später brachte Wadsack tatsächlich die erbetenen Dokumente mit.

Die *Deutsche Woche* gab dann ein Schreiben Feuchtners an Wadsack vom 11. Juni 1951 im Wortlaut wieder. Darin zeigte Feuchtner sich zuversichtlich, der betreffende Herr im Kanzleramt werde Wadsack empfangen. Die Übergabe der Briefe Straßers habe positiv gewirkt. Es folgte ein weiterer Meinungsaustausch. Feuchtner teilte dem allmählich ungeduldig werdenden Wadsack im Juni 1951 per Telegramm mit, er habe in Bonn Gespräche geführt, die weitgehende Klarheit gebracht hätten. Lenz sei freilich bis 15. Juli in Urlaub. Dessen Entscheidung müsse in jedem Fall abgewartet werden. Das Thema solle nicht verschleppt werden; vielmehr stünden die Chancen gut. Das Kanzleramt verlange einen Beweis dafür, dass der BDE geschlossen hinter Wadsack stehe.

Feuchtner hatte Lenz am 26. Mai 1951 über einen Besuch in München berichtet, bei dem er sich mit Wadsack getroffen und Kopien von dessen Korrespondenz mit Straßer angefertigt habe.[55] Sie sollten über einen Verbindungsmann namens Dr. Gallen an Lenz weitergeleitet werden. Feuchtner hielt zudem nach kommunistischen Tarnorganisationen Ausschau.

Straßer wünschte Wadsack am 12. Juni 1951 geradezu enthusiastisch Erfolg für seine Bestrebungen.[56] Er begrüßte auch dessen Idee, eine Gastvorlesung an einer Universität in Deutschland abzuhalten, bei der er gewissermaßen eine „Probe" abliefern könnte. Straßer lobte Wadsack am 21. Juni für sein geschicktes Auftreten. Es sei entscheidend, Vertrauen zu gewinnen. Dazu bedürfe es absoluter Offenheit auch in Dingen, bei denen es eigentlich unzweckmäßig erscheine.

55 Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin (ACDP), NL Otto Lenz, 1-172-62 K II/8.
56 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549 (auch für das Folgende).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Züricher Rechtsanwalt Alhard Gelpke vertrat Straßer bei seinen Wiedergutmachungsansprüchen gegen den Freistaat Bayern.[57] Ende Juni 1951 führte er in München Besprechungen u.a. mit Wadsack und Feuchtner, bei denen er von Verhandlungen über Straßers Rückkehr mit maßgeblichen Stellen erfuhr und dies in einem Brief nach Paradise vom 17. Juli[58] erwähnte. Man erwarte von ihm (Straßer) Kompromissbereitschaft und eine etwas pragmatischere Einstellung, was vor allem für das Thema Wiederbewaffnung gelte. Offenbar würde ein Politiker gesucht, der die weit verbreitete Abneigung des deutschen Volkes gegen jede Remilitarisierung überwinden könne. Wadsack riet, allen Utopien zu entsagen und sich auf den Boden der westlichen Demokratien zu stellen. „Solidarismus" und „Ständegesellschaft" müssten vertagt werden. Angriffe auf Innenminister Robert Lehr sollten unterbleiben. Unter diesen Umständen gäbe es auch finanziell neue Perspektiven, worauf „Staatssekretär Dr. Lang" hingewiesen habe.

Trotz der Namensverwechslung (oder -verfremdung?) Lang/Lenz berichtete Gelpke sehr anschaulich über die großen Erwartungen, die Wadsack an seine Kontakte mit Feuchtner knüpfte. Straßer wurde darauf vorbereitet, Abstriche machen zu müssen und sich zunächst mit den Bedingungen abzufinden, die das Kanzleramt stellte. Dies galt sowohl für Straßers eigenwillige gesellschaftspolitische Ideen als auch für seine neutralistischen Neigungen. Adenauer wollte Hilfe für die Durchsetzung der Wiederbewaffnung im eigenen Volk und glaubte, sie bei Straßer finden zu können. Dieses Kalkül Wadsacks erwies sich freilich bald als Wunschdenken.

Manche in der Straßer-Bewegung setzten große Hoffnungen auf die Mission Feuchtners. Eugen Grotz (Stuttgart-Bad Cannstatt) urteilte in einem Schreiben an Straßer vom 27. Juni 1951[59] sehr optimistisch. Grotz bat Straßer dringend, Fricke die Generalvollmacht zu entziehen und Wadsack als Bevollmächtigten einzusetzen, da dieser das Vertrauen der anderen Seite genieße. Dies alles sei taktisch erforderlich und keine „Hinterhältigkeit" gegen ihn, wie Grotz in Kenntnis der misstrauischen Natur Straßers ergänzte. Grotz erklärte sich bereit, die Geschäftsführung eines zentral von Stuttgart aus gesteuerten BDE zu übernehmen.

Straßer versicherte Grotz am 12. Juli 1951[60], er habe Fricke um völlige Zurückhaltung gebeten. Größere organisatorische Arbeit sollte erst erfolgen, wenn er wieder in Deutschland sei. Deshalb habe er Wadsack mitgeteilt, der BDE solle sich zunächst unter seiner Führung auf Süddeutschland beschränken, und er selbst bleibe also Vorsitzender des BDE ohne Stellvertreter, aber mit Landesleitern. Er habe Pläne ausgearbeitet und wünsche auch deshalb vorerst keine einheitliche Bundespartei. Die gleichen Informa-

57 AdsD, Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box bis 31. August 1951, Mappe 1. Januar bis 31. Dezember 1950, Gutachten Gelpkes über die „Schwarze Front" an Zentral-Spruchkammer II (Stuttgart-Reinsburg), 16. Juli 1950. Auch in: IfZ, ED 118, Bd. 29. Zur Person Gelpkes: Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth (1879-1956). Eine politische Biographie, Paderborn 1998, S. 617.

58 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549.

59 Ebd.

60 Ebd., 2/PVAJ0000550.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tionen ließ Straßer am 12. Juli Wadsack zukommen.[61] Wadsacks Optimismus wollte er nicht uneingeschränkt teilen, was er etwas kryptisch mit dem Kurs des State Department in der Deutschlandpolitik begründete, das gegenüber dem Pentagon bedauerlicherweise die Oberhand behalte. Straßer meinte wohl seine Präferenz für ein strikt militärisches Kalkül der Regierung der Vereinigten Staaten, die für Bundesgenossenschaft jeden Preis an Deutschland zahlen würde. Jedenfalls strebe der BDE „keine Posten innerhalb des Bonner Systems an [...], dessen Zusammenbruch unausweichlich ist!" Nötig sei eine „Auffang-Position", damit es kein Vakuum gebe. Es zähle „persönliche und politische Bewegungsfreiheit". Die von ihm erbetene „politische Erklärung" sei kein Problem.

Wadsack seinerseits ließ Grotz am 11. Juli 1951 seine abgrundtiefe Verachtung für Fricke spüren, einen „selbstsüchtigen Gernegroß", den ohnehin niemand ernst nehme. Sechs Jahre lang seien die Männer der Straßer-Bewegung in Westdeutschland schnöde behandelt worden. „Jetzt wird von uns gespielt ein herrliches, großes und letztentscheidendes Spiel." Wadsack machte aus seinem Herzen keine Mördergrube: Er wollte der Bundesregierung ihre „Diskriminierung" der Schwarzen Front heimzahlen. Sein Pech: Der Verfassungsschutz durchleuchtete die Korrespondenz Wadsacks und wusste nun um die Unehrlichkeit des „Partners".

Am 15. Juli 1951 tagte in einer Stuttgarter Gaststätte der Freundeskreis von Otto Straßer. Mit dabei war ein V-Mann des BfV, der einen Bericht darüber schrieb.[62] Verfasser dürfte Feuchtner gewesen sein. Der BDE wurde mit Straßer als Vorsitzendem, Wadsack als Stellvertreter und Grotz als Bundessekretär neu konstituiert. Wadsack setzte „Landesleiter" ein, u.a. sich selbst für Bayern, Grotz für Württemberg, Loerbroks für Hessen und Manfred Gutjahr (Bielefeld) für Niedersachsen/Hamburg. Wadsack sagte in der Versammlung, wegen des Verbots der Schwarzen Front müsse strengste Anonymität gewahrt werden. Er sprach über bestehende Kontakte zur Bundesregierung im Einvernehmen mit Straßer, die er „Koalitionsgespräche" taufte. Die Initiative sei von der anderen Seite ausgegangen. Nun könne mit Hilfe des BDE eine „Abwehrfront gegen den Osten" geschaffen werden. Über Fricke äußerte Wadsack sich mit aller Schärfe. Er verlangte absolute Diskretion von allen Teilnehmern.

Tatsächlich kam mittags ein Mr. X, den der „Maulwurf" und andere Anwesende als Staatssekretär Lenz identifizierten. Aloys Masloh (Saarlouis) kannte Lenz von früher. Er bemerkte, Lenz sei ursprünglich ein Gegner Adenauers gewesen und habe Josef Müller (CSU) nahe gestanden.[63] Mr. X sagte nur wenig und begnügte sich mit allgemeinen Redensarten. Eine Diskussion fand nicht statt. Feuchtner unterhielt sich mit anderen

61 BA, B 106, Bd. 200207 und B 136, Bd. 50306, Bl. 44-48 (beide Bände auch für das Folgende).

62 BA, B 106, Bd. 200207, und B 136, Bd. 50306, Bl. 39-42 [Bericht, 15. Juli 1951], Geheim. Zur Tagung auch dpa 161 vom 17. Juli 1951 (AdsD, SPD-PV. Sekretariat Fritz Heine, 2/PVAJ0000550).

63 Zu den engen Beziehungen zwischen Müller und Lenz: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989, Einleitung, S. XI f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Teilnehmern des Treffens, die allesamt glaubten, wenn auch diese Chance zur Rückkehr Straßers ungenutzt verstreiche, werde die Bewegung sich auflösen.

Der BDE wartete sehnsüchtig auf das angekündigte Wiedererscheinen seines Spiritus rector, wozu er sich in seinem einstimmig gebilligten „Politischen Aktionsprogramm" vom 15. Juli 1951[64] ausdrücklich bekannte. Es gehe dem BDE darum, „das innerpolitische Leben Deutschlands vor einem Zerfall der nationalen und vaterländischen Kräfte in Dutzende von Grüppchen zu bewahren". Diese fielen zu leicht auf extremistische Parolen herein und würden dadurch „der großen Aufgabe unserer Generation, nämlich der europäischen Einigung, entzogen". Der BDE wolle eine Sammlungsbewegung für diesen Zweck sein. Als ersten Schritt bedürfe es der Rückkehr von Hitlers Todfeind Otto Straßer.

Dieses Bekenntnis überraschte durch seine Nähe zum Kurs der Bundesregierung. Der BDE betonte zwar den nationalen Faktor, bettete ihn jedoch in den größeren Rahmen der europäischen Integration ein und gerierte sich äußerst maßvoll. Ganz offensichtlich wollte man die Erwartungen des Kanzleramtes nicht enttäuschen. Normalerweise stellte die Straßer-Bewegung Deutschland in den Mittelpunkt und schonte weder die Westmächte noch die Sowjetunion. Wadsack scheint eine Art Regierungsprogramm entwickelt zu haben. Er schickte es am 15. Juli hochgemut an Konrad Adenauer.[65]

5. Straßer zwischen Wadsack und Fricke (Sommer/Herbst 1951)

Derweil bemühte sich Straßer, die Unzufriedenheit Wadsacks über seinen nachsichtigen Umgang mit Fricke einzudämmen. Am 20. Juli 1951 erläuterte Straßer seinem Münchner Freund[66], er habe eine Kränkung Frickes sowie Schlagzeilen in der Öffentlichkeit vermeiden wollen und deshalb vom Verzicht auf eine zentrale Organisation bis zu seiner Rückkehr gesprochen. Fricke sei damit faktisch auf den Vertrieb einiger Schriften wie der *Freiheitsbriefe* beschränkt. Wadsack bemängelte in einem Brief an Grotz vom 21. Juli 1951 das halbherzige Auftreten Straßers gegen Fricke. Generell bemühte er sich um einen Schulterschluss mit Grotz und zeigte sich zuversichtlich, mit Fricke fertig zu werden. Leider könne Straßer die Lage in der Bundesrepublik nicht richtig beurteilen – und er sei stur. Deshalb müssten sie alles tun, um ihn vollständig auf ihre Seite zu ziehen. Grotz erwiderte am 30. Juli, es sei beklagenswert, welche Milde er bei Straßer gegenüber Fricke beobachte.

Das anhaltende Drängen der „Süddeutschen", Fricke zu desavouieren, bewog Straßer am 10. August dazu, etwas offener gegenüber Wadsack aufzutreten. Ob ein „Ultimatum" von Fricke oder Wadsack ausgehe – er habe eine Abneigung gegen interne Kon-

64 Wortlaut in: BA, B 136, Bd. 1746, Bl. 15, und ebd., Bd. 50306, Bl. 49.
65 Ebd., Bd. 1746, Bl. 14.
66 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550 (auch für das Folgende).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

flikte und glaube, sie regelten sich meistens im Laufe der Zeit von selbst. Er neige zu einer „weichen Zügelführung“, zumal er aus der Ferne manches schwer beurteilen könne. Im konkreten Fall sei er mit der Konstituierung des BDE in Süddeutschland einverstanden gewesen, falls sich im Wesentlichen nichts ändere. Die Wahl von Grotz als Bundessekretär sei selbst bei Begrenzung auf Süddeutschland fragwürdig. Er habe sich mit den Vorgängen des 15. Juli in Stuttgart arrangiert, die ohne sein Zutun erfolgt seien.

Straßer wurde dann noch deutlicher: Frickes Experiment mit Gereke habe er trotz großer Skepsis und mangelnder Konsultation geduldet. Er wusste nämlich, dass Fricke es im Interesse der Sache tat! Er kenne Fricke zu lange, um ihm unlautere Motive zu unterstellen. Dies betone er, obwohl dieser sich nun von ihm abwende. Bei der Aktion Wadsacks zweifle er nicht weniger am Gelingen. Dennoch lasse er ihm ebenso freie Hand wie einst Fricke. Seine grundsätzlichen Pläne blieben davon unberührt. Jetzt sei die andere Seite am Zug. Wenn es fehlschlage, dann solle er mit den organisatorischen Dingen warten, bis er komme. Er weigere sich, irgendeinen seiner Freunde auszuschließen, solange er nicht von einer solchen Notwendigkeit überzeugt sei.

Straßer hatte ersichtlich Mühe, den Schwung seiner Statthalter zu bremsen. Er stand ihnen zu misstrauisch gegenüber, um ihnen einen zentralen Parteiapparat anzuvertrauen. Indessen ignorierte Wadsack die Mahnung aus Paradise. Er nahm den Bundessekretär Grotz mit ins Boot und ließ durchblicken, die Annäherung an das Kanzleramt müsse äußerstenfalls ohne den Segen Straßers vorangetrieben werden. Das hätte in Straßers Ohren wie Meuterei geklungen.

Fricke fand sich mit seiner Entmachtung nicht ab und lud kurzerhand zu einer Bundestagung des BDE ein. Daraufhin ließen Wadsack und Grotz ihn am 23. August 1951 per Einschreiben wissen, er sei nicht berechtigt, im Namen des BDE zu sprechen.[67] Straßer habe ihm seine Vollmachten entzogen. Sprengel stärkte ihnen am 1. September per Rundschreiben den Rücken gegen Fricke, warnte aber indirekt vor Eigenmächtigkeiten der „Süddeutschen“. Auch Sprengel besaß persönlichen Ehrgeiz. Fricke kündigte Straßer in einem Rundbrief vom 15. September 1951[68] die Freundschaft, denn sein Idealismus lasse sich mit Straßers Verständnis von „Geschäftspolitik“ zum „Broterwerb“ nicht vereinbaren. Er legte am 1. Oktober nach und unterstellte Straßer Schwächen im organisatorischen Bereich.

Fricke wollte seine Wendung nach Osten verschleiern. Richtig ist: Straßer war kein fundamentaler Gegner von Kontakten mit der SED und der Sowjetunion. Einen völligen Bruch zwischen Straßer und Fricke gab es nicht. Der Dissens ging dennoch weit über Auffassungsunterschiede beim Prozedere hinaus. Fricke grollte über die Anbiederung Wadsacks an das Kanzleramt und Straßers Wankelmütigkeit. Er revanchierte sich mit dem Vorwurf finanzieller Motive, der wenig durchschlagskräftig war. Im April 1954

67 Ebd., 2/PVAJ0000549 (auch für das Folgende).

68 Ebd., 2/PVAJ0000550 (auch für das Folgende). Dazu auch Die Welt vom 17. September 1951: Hannover – Absage an Straßer.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schloss der BDE Fricke aus, weil er bei seiner Kooperation mit Gereke Ostgelder angenommen habe.[69]

Eine gewisse Ohnmacht Straßers ist im Spätsommer 1951 nicht zu übersehen: Seine Satrapen handelten nach eigenem Gutdünken, wobei ihm im fernen Kanada nichts anderes übrig blieb, als deren Alleingänge zu dulden – sofern sie einigermaßen Erfolg versprechend schienen. Einmal in der Heimat, würde er ihnen schon demonstrieren, wer die Führung des BDE innehatte!

6. Das Scheitern der Fühlungnahme zwischen Kanzleramt und BDE (Juli-Dezember 1951)

Während Wadsack den Einfluss Frickes auf Straßer bekämpfte, neigte sich in Bonn die Waagschale zu seinen Ungunsten. Am 17. Juli 1951 rief Feuchtner im Beisein Wadsacks den persönlichen Referenten von Staatssekretär Lenz Swidbert Schnippenkötter an.[70] Dieser sagte laut Bericht der *Deutschen Woche*, Lenz könne die Angelegenheit nicht allein entscheiden und wolle sie einem Gremium innerhalb des Kabinetts unterbreiten; er selbst stehe der Sache unverändert positiv gegenüber. Wadsack wurde stutzig und erinnerte sich an verfängliche Fragen Feuchtners wie derjenigen nach Bildung einer Art Saalschutz innerhalb des BDE. Wadsack habe entgegnet, man werde solche Aufgaben dem Staat überlassen. Feuchtner wollte ferner wissen, ob Straßer sich einen Eintritt in die Bundesregierung vorstellen könne. Darauf beschied ihn Wadsack, Straßer schwebe wohl eher eine „konstruktive Opposition" vor. Anscheinend habe diese Einschätzung zu einer Kehrtwende im Kanzleramt geführt. Der *Deutschen Woche* zufolge hatte Feuchtner inoffiziell noch manch anderes angeschnitten: eine etwaige Platzierung von Vertretern des BDE in Behörden oder den Geldbedarf des BDE. Wadsack kalkulierte mit einer Million DM für die Einrichtung einer Zeitung und 2-3 Mio. DM für den Aufbau der Partei, damit sie bundespolitisch wirksam sein könne.

Der Präsident des BfV, Otto John, schickte den Bericht Feuchtners über die Tagung vom 15. Juli am 1. August 1951 unter Geheimschutz an das BMI und Kanzleramt.[71] Er kommentierte: Die Straßer-Freunde meinten, Lenz sei im Auftrag Adenauers zu ihnen gekommen. Sie hätten „den Boden unter den Füßen verloren". John schilderte dann die bekannten Zerwürfnisse innerhalb der Straßer-Bewegung und die fehlende Sanktionierung der Gründung des BDE durch Straßer, über die das BfV durch abgefangene Briefe unterrichtet war. Straßer rechne auf den baldigen Zusammenbruch der jetzigen Bundesregierung. Er betrachte die Beziehungen zu ihr als ein „Spiel", mit dem seine Rückkehr ermöglicht werden solle. Die Straßer-Bewegung befinde sich in jeder Hinsicht in einer

69 BA, B 106, Bd. 200207, Schreiben Radkes (BfV) an BMI, 22. April 1954.
70 Hornauer (FN 54).
71 BA, B 106, Bd. 200207; Ebd., B 136, Bd. 50306, Bl. 36-38.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Krise, auch finanziell. Die voraussehbare Enttäuschung über den Ausgang des Kontaktes zur Bundesregierung werde die Probleme verschärfen. Der Verfassungsschutz verfüge freilich nicht über Material, das eine Verfassungsfeindlichkeit des BDE beweise. Ob das Grundgesetz untergraben werden solle, sei zu bezweifeln.

In einem der SPD vom Verfassungsschutz überlassenen „Zwischenbericht" vom 23. Juli 1951[72] schilderte Wadsack ein Gespräch mit Feuchtner vom gleichen Tag. Lenz habe den Stuttgarter Vorgang günstig aufgenommen. Adenauer sei derzeit in Urlaub, doch eine Vorsprache Wadsacks im Kanzleramt befinde sich in Reichweite. Lenz wolle die zuständigen Minister einbinden, um die nötige Unterstützung zu erhalten. Die vorgelegten Dokumente gingen daher an BMI, BfV, Auswärtiges Amt und Kanzleramt. Wadsack müsse sich einstweilen gedulden. Man rechne nicht mit einer Einmischung der Alliierten Hohen Kommission. Die Bundesregierung beabsichtige anscheinend, die Sache als humanitären Akt darzustellen, um die Opposition über das politische Kalkül zu täuschen.

Feuchtner erlebte eine unangenehme Überraschung, die er Lenz am 2. August 1951 schilderte:[73] Ein Vertreter des Verfassungsschutzes namens Dr. Hildebrandt ließ ihn am 1. August wissen, das BfV erkläre die Mitarbeit Feuchtners mit sofortiger Wirkung für beendet. Im Laufe der Unterredung mit Hildebrandt entdeckte Feuchtner die wirklichen Motive für diese zunächst fadenscheinig begründete Trennung: Erstens habe er sich zu weit vorgewagt, zweitens den Staatssekretär in kompromittierender Weise ins Spiel gebracht, drittens den Eindruck erweckt, mit Lenz in einem freundschaftlichen Verhältnis zu stehen, viertens habe sich der – im Bundeskanzleramt angesiedelte – Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst[74] eingemischt.

Feuchtner rekapitulierte nun seine Sicht: Er habe im Auftrag von Gallen Gespräche mit Wadsack eingeleitet. Gallen habe ihn als Journalisten der *Deutschen Korrespondenz* angesehen. Nach einiger Zeit gab er Gallen zu verstehen, er könne die vom Verfassungsschutz gewünschten detaillierten Angaben nicht in seiner Eigenschaft als Journalist erhalten. Er leitete ferner Wadsacks Bitte weiter, die Möglichkeit einer persönlichen Aussprache in Bonn zu sondieren. Feuchtner vereinbarte mit Gallen, von Wadsack Informationen über die Straßer-Bewegung einzuholen. Wadsack möge ihm Briefe aushändigen, die er dann in Bonn vorlegen könne. So geschah es.

72 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550.

73 ACDP, NL Lenz, 1-172-62 K II/8 (auch für das Folgende).

74 Dazu Peter F. Müller/Michael Müller mit Erich Schmidt-Eenboom, Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 166-227; Susanne Meinl, Im Mahlstrom des Kalten Krieges. Friedrich Wilhelm Heinz und die Anfänge der westdeutschen Nachrichtendienste 1945-1955, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München/Landsberg a.L. 1997, S. 247-266; dies./Dieter Krüger, Der politische Weg von Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 39-69; Dieter Krüger, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums der Verteidigung, Freiburg i.Brsg. 1993, S. 71-77.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wadsack erinnerte das BfV daraufhin an die in Aussicht gestellte Unterredung mit Lenz. Gallen wies Feuchtner an, dies für den Fall von Wadsacks Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des BDE anzukündigen. Indessen drückte sich Gallen davor, dies mit Lenz zu klären – behauptete Feuchtner, der Lenz nicht erreichen konnte, weil dieser in den Ferien weilte. Im Anschluss an die Tagung der Straßer-Bewegung in Stuttgart telefonierte Feuchtner mit Lenz und erkundigte sich, ob dieser zu einer Begegnung mit Wadsack bereit sei. Lenz weigerte sich. Nun erging auch vom Verfassungsschutz die Weisung, die Annäherung an den BDE zu beenden. Feuchtner unterstrich, nicht er habe sich zu weit vorgewagt, sondern das BfV – falls man diesen Vorwurf erheben wolle. Er sei nie als Beauftragter des Kanzleramtes aufgetreten und habe den Namen des Staatssekretärs nicht genannt.

Feuchtner tarnte sich auf Anregung Hildebrandts als Mitarbeiter der *Deutschen Korrespondenz*. Unglücklicherweise wurde ein Schreiben Wadsacks an ihn in dieser Funktion mit dem Vermerk „Hier unbekannt" zurückgeschickt. Wadsack folgerte daraus wohl, dass er für Lenz tätig sei. Wadsack beobachtete zudem in jüngster Zeit nicht mehr die nötige Diskretion. Feuchtner sprach im Bundesamt für Verfassungsschutz mit Hildebrandt über die erfolgte Einsicht in einen seiner Berichte durch Oberst Heinz. Heinz habe Prinz Schönaich in München davon Mitteilung gemacht. Dieser stehe aber im Verdacht, auch für sowjetische Stellen zu arbeiten. Feuchtner vermutete, Heinz habe sich an ihm rächen wollen, weil er einige für diesen unangenehme Dinge entdeckt habe. Er berichtete dem Verfassungsschutz nichts über die „merkwürdige Arbeitsmethode" des Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienstes, da Köln kein Interesse daran zeigte. Für all diese Umstände könne er doch nicht verantwortlich gemacht werden, klagte Feuchtner.

Feuchtner beschwerte sich abschließend bei Lenz über die brüske Art und Weise, mit der das BfV ihm den Laufpass gegeben habe. Gallen habe ihm gesagt, die Tätigkeit für Köln sei nur als Übergangslösung gedacht gewesen, um ihm finanziell behilflich zu sein, bis eine andere Verwendungsmöglichkeit bestehe. Feuchtner erinnerte Lenz daran, dass er Verfolgter des NS-Regimes sei, Widerstand gegen das Dritte Reich geleistet und in diesem Zusammenhang von 1944 an für BBC London gearbeitet habe.

Die Redseligkeit Feuchtners war nicht dazu angetan, Lenz zu besänftigen. Seine verworrene Beschreibung und ihr larmoyanter Schluss sprachen gegen die Verlässlichkeit des gescheiterten „Vermittlers". Lenz ließ Feuchtner seine Verärgerung über die mangelnde Diskretion spüren. Am 3. September 1951 antwortete Schnippenkötter auf dessen Bericht, im Ausland sei die Meldung über seine – angebliche – Teilnahme an dem Treffen der Straßer-Bewegung in Stuttgart verbreitet worden.[75] Zudem habe sich Wadsack brieflich an Staatssekretär Lenz gewandt und der Erwartung Ausdruck verliehen, dass die in den Besprechungen getroffenen Vereinbarungen eingehalten würden. Der Staatssekretär hörte von verschiedenen Seiten, eine Äußerung Feuchtners habe diese Gerüchte hervorgerufen. Deshalb sehe Lenz zu seinem Bedauern keine Möglichkeit mehr, ihm weitere Unterstützung zukommen zu lassen.

75 ACDP, NL Lenz, 1-172-62 K II/8 (auch für das Folgende).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tatsächlich waren knappe Angaben über die Stuttgarter Zusammenkunft in einer Reihe von Zeitungen erschienen.[76] Die Fühlungnahme Bonns mit dem BDE wurde durch die Indiskretion eines Teilnehmers der Stuttgarter Tagung ruchbar.[77] Der Hamburger *Exklusiv-Dienst* des ehemaligen Legationsrats Gustav Meißner berichtete besonders exakt und fügte hinzu, der BDE solle 7 Mio. DM Subventionen erhalten. Als Gegenleistung solle er Adenauers Außenpolitik tolerieren und SPD sowie SRP schwächen. In einer Zuschrift an den „Exklusiv-Dienst" vom 1. August[78] dementierte Wadsack nur die Höhe einer Zahlung (7 Mio. DM). Es stimme, dass der BDE sich beim Kanzleramt um eine Einreiseerlaubnis für Otto Straßer bemühe.

Wadsack musste im August 1951 erleben, dass er zu früh triumphiert hatte. Er wandte sich am 11. August brieflich an Lenz und zitierte Meldungen über eine ablehnende Stellungnahme des BMI zu einer Einreise Straßers.[79] Leider sei von unbekannter Seite „die Tatsache unserer Fühlungnahme" an den Hamburger *Exklusiv-Dienst* herangetragen worden. Da für ihn die Verabredungen weiter bindend seien, habe er eine Richtigstellung an den *Exklusiv-Dienst* geschickt. Trotz der unerfreulichen Äußerungen des BMI zeigte Wadsack sich zuversichtlich, dass „dies keine ernste Gefährdung unseres aufrichtigen Verhältnisses bedeutet". Er halte ein persönliches Gespräch mit ihm (Lenz) für den besten Weg, zu einer „schnellen, positiven Lösung [zu] gelangen".

Wadsack mochte hoffen, das Kanzleramt und das BMI hätten sich noch nicht hinlänglich über den Fall Straßer abgestimmt. Von dieser Illusion musste er schnell Abschied nehmen. Dies lag gewiss auch an einem weiteren „Leck", das der längst nicht mehr geheimen Operation endgültig den Garaus bereitete. Der Bonner Korrespondent der dänischen Zeitschrift *Politiken* meldete am 17. August 1951[80], Adenauer habe dafür gesorgt, die Rückkehr Straßers zu beschleunigen. Er wolle eine Opposition auf der Rechten, die die Außenpolitik der Bundesregierung aus nationalistischer Warte unterstütze. Dies solle Kurt Schumachers nationalen Parolen den Wind aus den Segeln nehmen. Schließlich wolle Adenauer auf diese Weise den wiederauflebenden Neonationalsozialismus eindämmen. Staatssekretär Lenz habe vor kurzem heimlich an einer Tagung der Schwarzen Front teilgenommen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* griff das Thema am 30. August auf und spottete über die Ansicht, die Bundesregierung wolle der SPD mit Hilfe Straßers das Wasser abgraben.[81] Das schwer Vorstellbare entsprach gleichwohl der Realität.

76 Beispiele in: BA, ZSg 120, Presseausschnitts-Sammlung: Frankfurter Presseinstitut 1950-1953, Karton 358 Nr. 13.46, Fach 2-4, hier: Fach 3, Material zu „Freunde Otto Straßers".

77 Hornauer (FN 54).

78 BA, B 136, Bd. 1746, Bl. 19 f.

79 Ebd., Bl. 18.

80 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550, Wiedergabe des Inhalts, o.D. Zum Wortlaut: Ebd., Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box bis 31. August 1951, Mappe 1. Januar bis 31. August 1951, dpa 1174 vom 17. August 1951; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PA/AA), B 130 (VS-Registratur), Bd. 5429A, BPA, Abt. Ausland, 21. August 1951. Die Meldung von Politiken wurde in die Schnell-Information des BPA Nr. 36 vom 20. August 1951 übernommen.

81 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. August 1951: Spätheimkehrer.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schnippenkötter antwortete Wadsack am 21. August[82], der Staatssekretär verstehe die Anspielungen auf Besprechungen und Fühlungnahmen nicht. Für die Einreise Otto Straßers sei das BMI zuständig. Der Streit zwischen BDE und *Exklusiv-Dienst* gehe die Bundesregierung nichts an. Lenz betrachte eine Aussprache mit Wadsack daher als entbehrlich. Wadsack bekundete am 29. August gegenüber dem BMI sein Erstaunen über dessen öffentliche Stellungnahme und bat um Aufklärung.[83]

Der Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Radke, schrieb Globke am 28. August 1951[84], laut Presse richtete Straßer ein Gesuch an das Kanzleramt, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu gestatten. Angeblich setze sich Adenauer persönlich für die Erfüllung dieses Wunsches ein. Radke bat um Erläuterung. In schriftlicher Form wurde sie jedenfalls nicht erteilt. Offensichtlich bestand selbst beim BfV ein gewisses Misstrauen gegenüber den unkonventionellen Methoden von Otto Lenz. Die Irritationen wegen Feuchtner taten ein Übriges.

Lange hatte Wadsack sich beherrscht. Als das Doppelspiel des Kanzleramtes zutage trat, feuerte er nach einer letzten Schonfrist eine journalistische Breitseite auf Lenz ab. Am 30. September 1951 schlug der BDE eine neue Tonart an, indem er vom Kanzleramt eine Genehmigung der Einreise für Otto Straßer verlangte, der deutscher Staatsbürger sei; dies zu verweigern, wäre verfassungswidrig.[85]

Am 9. Oktober 1951 trafen sich Vertreter der Straßer-Bewegung in Frankfurt am Main, darunter Loerbroks und Grotz.[86] Es herrschte „große Empörung“ über das Verhalten von Lenz. Wadsack besitze Dokumente, die belegten, dass Feuchtner im Auftrag des Kanzleramtes gehandelt habe. Falls Lenz bei seinem Dementi bleibe, wolle Wadsack den *Spiegel* einschalten. Loerbroks erzählte von seiner und Wadsacks Vorsprache im BMI bei Ministerialrat Ernst-August Kleberg am 27. September. Kleberg habe behauptet, für die Rückkehr Straßers sei die bayerische Staatsregierung zuständig. Die beiden Repräsentanten der Straßer-Bewegung gingen dann zum SPD-Parteivorstand. In Abwesenheit Schumachers unterhielten sie sich mit dessen Sekretärin Annemarie Renger. Diese empfing sie höflich und stellte ihnen den Beistand Schumachers in Aussicht. Mit dessen Hilfe könne die Streichung Straßers von den Schwarzen Listen der Alliierten erreicht werden. Straßer habe sich deswegen bereits persönlich an Kurt Schumacher und Theodor Heuss[87] gewandt. Der Chef des Bundespräsidialamtes,

82 BA, B 136, Bd. 1746, Bl. 23.
83 BA, B 106, Bd. 73207.
84 BA, B 136, Bd. 50306, Bl. 50.
85 Ebd., Bd. 1746, Bl. 17.
86 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549.
87 BPA, Schnell-Information Nr. 59 vom 15. September 1951, Meldung des dpa-Informationsdienstes vom 11. September 1951. Korrespondenz in: BA, B 106, Bd. 73207. Straßers Brief wurde in der in Edmonton (Kanada) erscheinenden deutschsprachigen Zeitung Der Courier am 19. September 1951 abgedruckt (PA/AA, B 32, Referat Nord- und Mittelamerika, Bd. 87, Bl. 13 u. 14).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Manfred Klaiber, antwortete dem BDE am 1. Oktober[88], indem er auf die Zuständigkeit des BMI bzw. der Innenministerien der Länder verwies. Der Bundespräsident dürfe laut Verfassung darauf keinen Einfluss nehmen.

Otto John fasste seinen Kenntnisstand in einem Brief an Lenz vom 29. Oktober 1951 zusammen:[89] Der BDE meine, so leicht komme das Kanzleramt nicht davon. Immerhin habe es acht Unterredungen mit Feuchtner als Sonderbeauftragtem des Kanzleramtes gegeben. Dieser machte aus seinen Hintermännern kein Hehl und unterzeichnete manchmal mit dem Zusatz „im Auftrag des Bundeskanzleramtes" oder „im Auftrag von Dr. Lenz". Bei einer Fortdauer des Leugnens solle die Sache in den *Spiegel* lanciert werden.

Wadsack selbst bat Lenz am 25. Oktober 1951 in kühlem Ton um Rücksendung der Unterlagen, die Feuchtner dem Kanzleramt zugeleitet habe.[90] Fritz Sänger, Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, übersandte Lenz am 29. Oktober eine Aktennotiz seines Frankfurter Büros über eine Vorsprache Wadsacks, die er nicht verbreiten werde.[91] Allerdings sei vorstellbar, dass Wadsack auch andernorts auftauche und Meldungen darüber verfasst würden. Deshalb wünschte Sänger eine Erklärung des Kanzleramtes, die er im Bedarfsfall bei der Hand hätte. Wadsack hatte der Aufzeichnung zufolge am 29. Oktober in Frankfurt recht detailliert von seinen Verhandlungen mit dem Kanzleramt über eine Rückkehr Otto Straßers erzählt. Nun verleugne das Kanzleramt diese Kontakte. Wadsack drohte mit der Veröffentlichung von einschlägigem Material. Lenz wies seine Mitarbeiter am 2. November an, mit Sänger zu telefonieren und John zu verständigen.

Nur zwei Tage später erschien in einem zwielichtigen Presseorgan ein Enthüllungsbericht.[92] Der Autor Hornauer ging in der *Deutschen Woche* von – angeblichen – Sorgen des Kanzleramtes im Frühjahr 1951 wegen der Erfolge Kurt Schumachers, aber auch der SRP unter Remer aus. Die Vereinigten Staaten drängten auf eine Wiederbewaffnung, doch dafür müsse man den Deutschen „eine Idee mit nationaler Verbrämung bieten". Daher sei das Kanzleramt auf die Idee verfallen, den BDE „an den Regierungswagen zu binden" und so der SPD „den national geblähten Wind aus den Segeln zu nehmen". Zudem ließe sich beim Ringen um Gleichberechtigung Druck auf die Westalliierten ausüben. Die Stagnation beim Thema Wiederbewaffnung könnte überwunden werden, und auch die Soldatenbünde würden sich unter diesen Auspizien dem Aufbau einer neuen Armee nicht verweigern. Dann wurde Hornauer konkret und dokumentierte detailliert, was sich zwischen Feuchtner und Wadsack zugetragen hatte.

88 Wortlaut in: Ebd., Bl. 41. Abdruck in: Deutsch-Amerikanische Bürgerzeitung, 1. November 1951: Heuss antwortet Straßer – und wird berichtigt (ebd., Bl. 30 f.).

89 BA, B 136, Bd. 50306, Bl. 53.

90 Ebd., Bd. 1746, Bl. 26.

91 Ebd., Bl. 27 bzw. Bl. 28; AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550, PPP-Inf. 173/51, Wadsack/Straßer contra Lenz, 22. November 1951. Auch in: BPA, Schnell-Information Nr. 112 vom 26. November 1951.

92 Vgl. Hornauer (FN 54).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hornauer zufolge hatte Feuchtner eine klare Ermächtigung des Kanzleramtes. Das Dementi von Lenz sei als „Arglist“ zu bezeichnen, selbst wenn nur der Plan bestanden haben sollte, mit Hilfe von Unterlagen Wadsacks Einblick in die Tätigkeit der Schwarzen Front zu bekommen. Jedenfalls suche die Bundesregierung händeringend nach Wegen, „um die zerbröckelnde Koalition vor dem Schlag der Linksparteien in letzter Minute zu bewahren.“ Lenz habe infolge der negativen Entwicklung Feuchtner kurzerhand hinausgeworfen und abgestritten, diesem einen Auftrag erteilt zu haben. Feuchtner habe sich zudem beim Streit zwischen Adenauer und Waldemar Pabst die Finger verbrannt.[93] Lenz teilte Wadsack schließlich brieflich mit, Feuchtner habe keinerlei Aufträge von ihm erhalten. Er sehe die Sache damit als erledigt an.

Der Beitrag in der *Deutschen Woche* gab Lenz Anlass zu einer Erkundigung beim Verfassungsschutz.[94] John erwiderte am 15. November 1951, zur Richtigstellung verweise er auf drei Aspekte: 1) Feuchtner habe Lenz im Mai 1951 angeboten, Informationen über Straßer und den BDE zu liefern; er sei dafür an das BfV verwiesen worden. 2) Daraufhin erhielt Feuchtner vom Verfassungsschutz den Auftrag, laufend über Absichten und Verbindungen des BDE zu berichten. 3) Dieser Auftrag wurde ihm entzogen, als er die ihm gegebenen Richtlinien missachtete; er missbrauchte den Namen der *Deutschen Korrespondenz* und gebärdete sich als Vertrauensmann des Kanzleramtes. Lenz stimmte dieser Schilderung Johns zu.

Schnippenkötter verwies Feuchtner am 19. November 1951 auf den Artikel in der *Deutschen Woche*, der es Lenz unmöglich mache, seinen letzten Brief zu beantworten. Feuchtner entgegnete am 28. November, er sei bei der Lektüre der ostorientierten *Deutschen Woche* geradezu perplex gewesen. Er könne eidesstattlich versichern, daran keinen Anteil gehabt zu haben. Der Verfasser Hornauer habe früher der Bayernpartei nahe gestanden. Feuchtner betonte, der Zweck dieser Sache sei gewesen, Einblick in die Straßer-Bewegung zu gewinnen. Hildebrandt habe ihn erst am 17. Juli angewiesen, sich von Wadsack abzusetzen. Er könne Wadsack nicht davon abhalten, für Wirbel zu sorgen. Natürlich habe er Wadsack nicht gesagt, er sei für das BfV tätig. Im Übrigen habe er Wadsack seit Ende Juli nicht mehr gesehen. Schnippenkötter begnügte sich am 11. Dezember damit, auf sein Schreiben vom 19. November zu verweisen.

Feuchtner unternahm am 2. Mai 1952 einen letzten Versuch. Er griff einen *Spiegel*-Artikel vom 23. April[95] auf, der die Reaktion auf seine Weigerung darstelle, irgendwelche Auskünfte zu erteilen. Daraufhin habe das Magazin ihn in schamloser Weise diffa-

93 Pabst soll im Auftrag des BMI in der Schweiz über Waffenlieferungen an die Bundesrepublik verhandelt haben (ACDP, NL Reinhold Mercker, 1-274-006/5, Schreiben Ludwig Rosenbergs an Ollenhauer, 7. Oktober 1953). Zu Waldemar Pabst, der Kommandant jener Division war, die im Januar 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht tötete: Klaus Gietinger, Der Konterrevolutionär: Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009; Horst Zimmermann, Die Schweiz und Großdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland 1933-1945, München 1980, S. 421-424; Hörster-Philipps (FN 57), S. 670-676.

94 ACDP, NL Lenz, 1-172-62 K II/8 (auch für das Folgende).

95 Der Spiegel Nr. 17 vom 23. April 1952, S. 5-8: Straßer: Innere Zwistigkeiten.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

miert – womit er Anspielungen auf seine prekäre finanzielle Situation meinte. Sein Engagement komme ihm teuer zu stehen. Er sei Ende April in Bonn gewesen, konnte Lenz aber nicht erreichen. Das lag nicht bloß am Arbeitsaufwand von Lenz, denn dieser überhörte Feuchtners abschließende Bitte um eine Nachricht. Der *Spiegel*-Beitrag enthält durchaus Informationen, die von Feuchtner selbst herrühren dürften. Die Schilderung der Kontakte zwischen Feuchtner und Wadsack im Auftrag von Lenz hatte freilich nach den Enthüllungen der *Deutschen Woche* nur noch begrenzten Neuigkeitswert.

Der Verfassungsschutz erfuhr Mitte November 1951 Weiteres über die Absichten des BDE durch Kurt Sprengel.[96] Die Rückkehr Straßers solle jetzt auf dem Rechtsweg durchgesetzt werden. Dazu habe Sprengel Gutachten eingeholt, u.a. eine wohlwollende Stellungnahme eines Mitarbeiters von Kurt Schumacher. Dafür sammle man Geld. Sprengel glaube, die Bundesregierung werde einen Prozess nicht riskieren und Straßer die Einreise gestatten. Wadsack werde getadelt, weil seine Verhandlungen mit einem Verbindungsmann des Kanzlers zu früh in die Presse gelangt und ausgerechnet in der östlich orientierten *Deutschen Woche* erschienen seien. Hornauer habe versichert, der Bericht solle im *Spiegel* publiziert werden.[97]

Lenz scheint auch in der Folgezeit an Bestrebungen beteiligt gewesen zu sein, eine gemäßigte katholische Rechtspartei zu gründen, um den Neonationalsozialisten im Umkreis der SRP den Boden zu entziehen.[98] Diese Pläne waren für die Bundesregierung nicht ungefährlich. Adenauers Trennung von Lenz nach den Wahlen vom 6. September 1953 dürfte nicht zuletzt auf die Untergrundaktivitäten seines Staatssekretärs zurückzuführen sein. Meinungsverschiedenheiten über die Errichtung eines „Informationsministeriums“ und eine Umbildung des Kabinetts[99] waren also nicht die alleinigen Gründe. – Mittlerweile gab es für Straßer einen neuen Hoffnungsträger: Kurt Schumacher.

7. Der BDE und der SPD-Parteivorstand

Die SPD verfolgte Straßers Schachzüge mit großer Aufmerksamkeit. In einer undatierten Notiz aus dem Jahre 1950[100] urteilte ein an die Straßer-Bewegung herangespielter Vertrauensmann, Straßer wolle einen erheblichen Teil der SPD-Wähler zu sich herüber-

96 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549, 2344/51, Aufzeichnung, Bremen, Geheim, 20. November 1951.

97 Der in FN 95 zitierte „Spiegel“-Artikel deutet darauf hin, dass das Magazin bereits seit längerer Zeit über den Fall Straßer recherchiert hatte.

98 AdsD, NL Waldemar von Knoeringen, Bd. 445, Aufzeichnung Otto Straßer. Hintergründe und seine nächsten Absichten, o.D. (1953).

99 Hans Edgar Jahn, Otto Lenz, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1966, S. 243-266, hier: S. 246-257; Zentrum. Tagebuch Lenz (FN 63), Einleitung, S. XVI f.; dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann (1952-1967), Stuttgart 1991, S. 25-31, 117-120.

100 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ziehen, nämlich diejenigen, denen die SPD zu bürokratisch und zu materialistisch sei. Zugleich habe er Katholiken im Visier, die die Machtansprüche Roms für übertrieben hielten.

Die SPD erfuhr aus nachrichtendienstlicher Quelle 1950/51[101], Adenauer beabsichtige, eine weitgehende Zersplitterung der rechten Gruppen zu fördern. Deshalb würde die Straßer-Bewegung infiltriert. Dabei werde suggeriert, Adenauer wünsche eine geschlossene „nationale Opposition". Das Gegenteil sei der Fall, denn ein solcher Zusammenschluss könnte der CDU/CSU gefährlich werden. Straßer habe in Kanada erklärt, schon zwei Jahre nach seiner Rückkehr nach Deutschland könne er die drittstärkste Partei in der Bundesrepublik führen. Er rechne ferner auf die weltpolitische Entwicklung, die die Westmächte veranlassen werde, die nationalen Kreise in Frankreich, Spanien und Deutschland einzubinden. In den Zirkeln ehemaliger Nationalsozialisten bezweifle man hingegen, dass er viel Gefolgschaft fände.

Im Sommer 1951 bestand für die SPD Handlungsbedarf, wollte sie nicht ins Hintertreffen geraten. Bekanntlich bemühte sich Schumacher um die gleiche Zeit darum, eine pauschale Stigmatisierung von Angehörigen der Waffen-SS zu unterbinden, wobei er auch direkte Kontakte nicht scheute. Der SPD-Vorsitzende wollte unbedingt verhindern, dass diese Männer in großer Zahl SRP und Nationalbolschewisten in die Arme getrieben würden.[102] Die Hilfsbereitschaft gegenüber Straßer diente also auch dazu, die Entstehung eines starken neonationalsozialistischen Blocks zu vereiteln.

Der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion Adolf Arndt antwortete am 4. Oktober 1951 auf Straßers Schreiben an Schumacher vom 7. September.[103] Er hielt eine Diskussion des Falles auf der politischen Ebene nicht für zweckmäßig. Arndt befasste sich stattdessen mit den juristischen Aspekten und bejahte Straßers Rechtsanspruch auf Wiedereinbürgerung ausdrücklich. Es könne kein Zweifel am politischen Charakter der Ausbürgerung bestehen. Arndt nannte Art. 16 Grundgesetz, der den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit untersage. Eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht sei daher denkbar. Arndt erklärte sich bereit, diese rechtlichen Gesichtspunkte unter Einbeziehung Fritz Heines mit Wadsack zu erörtern.

Straßer beeilte sich, auf Arndts Brief freundlich zu erwidern. Am 17. Oktober 1951 schrieb er[104], selbstverständlich teile er seine Auffassung, dass die Sache legal geregelt werden müsse. Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Willy Thieme habe sich bei einem Besuch in Kanada ihm gegenüber ähnlich geäußert und auch der bayerischen Staatsregierung vor Augen geführt, welche Rechte die bayerische Verfassung einem geborenen Bayer zugestehe. Arndts Argumentation widerlege im Übrigen die unsägliche Interpretation der Bundesregierung, der zufolge es Ausbürgerungen „wegen persön-

101 Ebd., 2/PVAJ0000549, 001480, Betr.: Nationale Opposition, o.D.

102 Dazu Peter Merseburger, Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie, 2. Aufl., Stuttgart 1995, S. 501-504.

103 BA, B 106, Bd. 73205; IfZ, ED 118, Bd. 19.

104 BA, B 136, Bd. 1746, Bl. 24-25, und Bd. 50306, Bl. 66 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

licher Abneigung“ gegeben habe. Er (Straßer) habe den – in Bonn lehrenden – Kriminologen Professor Hans von Hentig gebeten, sein Anliegen beim Bundesverfassungsgericht zu vertreten. Es wäre zu begrüßen, wenn Arndt von Hentig über die Schritte auf dem Laufenden hielte, die im Bundestag in dieser Angelegenheit ergriffen würden, deren grundsätzliche Bedeutung Arndt zu Recht betone. Die Menschenrechtserklärung der UNO vom 10. Dezember 1948 sollte vielleicht ergänzend herangezogen werden. Arndt möge freundlicherweise gemeinsam mit Heine auch weiterhin Wadsack über den Fortgang unterrichten.

Thieme berichtete Heine am 23. Januar 1952 auf dessen Bitte vertraulich über seine Begegnung mit Straßer in Montreal.[105] Als die Bundesregierung und Heuss sich ablehnend zu seiner Wiedereinbürgerung stellten, habe er Selbstmordabsichten gehegt. Die positive Resonanz bei der SPD habe ihn wieder aufgebaut. Er wolle unbedingt „das gehetzte, unsichere und wirtschaftlich so unstete Leben im Exil [...] beenden“. Er habe sich völlig verändert im Vergleich zu den 1930er Jahren und suche „Ruhe“ in seiner deutschen Heimat – natürlich nicht im spießbürgerlichen Sinne. Straßer pflege Kontakte mit den kanadischen Sozialisten und sei Gesinnungs-Sozialist. Gewiss sei in seinen gesellschaftspolitischen Entwürfen eine autoritäre Tendenz unübersehbar, doch Exilanten schätzten eben zumeist die Verhältnisse in der Bundesrepublik falsch ein. Straßers Anhänger in Deutschland empfänden Treue im kameradschaftlichen Sinne und interessierten sich vor allem für Wiedergutmachungsfragen. Dies alles habe nichts mit dem „schneidigen“ Auftreten der Rechtsgruppen gemein. Straßer könnte der richtige Mann für die von Kurt Schumacher als wünschenswert erachtete parlamentarische Rechtspartei sein. Wie kam Thieme zu Straßer? Er kannte dessen früheren Münchner Hausarzt und benutzte deswegen eine Studienreise nach Kanada zu einem Besuch in Paradise.[106]

Der *Spiegel* zitierte am 23. April 1952[107] nicht nur aus Arndts Brief an Straßer vom 4. Oktober 1951, sondern auch aus einem ergänzenden Schreiben Heines an Wadsack vom 12. Oktober, in dem das Gesprächsangebot konkretisiert wurde. Am 6. Dezember habe man sich im Bundeshaus getroffen. Laut *Spiegel* verständigten sich SPD und BDE auf eine Art „Nichtangriffspakt“. Der abgehalfterte Bruno Fricke ließ im Februar 1952 die Kontakte zwischen Straßer und dem SPD-Parteivorstand durchsickern.[108]

Fritz Heine stand in Korrespondenz mit Werner Dietz aus Hamburg-Blankenese[109], der sich für Straßer einsetzte; die Briefe Heines sind freilich kurz und inhaltlich ohne Aussa-

105 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549.
106 BA, B 106, Bd. 200207, Schreiben Radkes (BfV) an BMI, Geheim, 22. Februar 1954.
107 Vgl. FN 95.
108 BPA, Schnell-Information Nr. 42 vom 3. März 1952: Politik und Wirtschaft vom 1. März 1952; AdsD, Sammlung Personalia, o. Nr., Otto Straßer, Box 2: 1. September 1951 bis 31. Dezember 1952, Mappe 1. Januar bis 31. Dezember 1952, Nachrichten aus Politik und Wirtschaft vom 3. März 1952; BA, B 106, Bd. 202231, difo 243/2 vom 28. Januar 1953: Kommt Straßer nach Deutschland?
109 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000022. Zur Korrespondenz Strassers mit Dietz 1950: IfZ, ED 118, Bd. 29.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gekraft. Straßer trat sofort dem – nicht unbegründeten – Verdacht der SPD entgegen, er habe mit Hilfe der Bundesregierung seine Heimreise erreichen wollen. Der Hamburger SPD-Abgeordnete Westendorf wurde offenbar von Heine zu Dietz geschickt und meldete am 10. September 1951 seine Erkenntnisse.[110] Dietz erklärte, Straßer habe ihm gegenüber beteuert, Berichte über seine Verbindung zur Bundesregierung würden nur kolportiert, um ihn als „bonnhörig" hinzustellen. Dietz bemühte sich um eine Annäherung Straßers an die SPD und überschwemmte Heine in den nächsten Monaten mit Briefen.

Dietz referierte am 18. Oktober 1951 aus einem Schreiben, das Straßer am 14. Oktober an ihn gerichtet hatte.[111] Es wimmelte darin von Schmähungen Adenauers, der mit dem französischen Kollaborateur Pierre Laval verglichen und als „Stiefelputzer" der Westmächte verunglimpft wurde. Kurt Schumacher habe dagegen Rückgrat bewiesen. Dietz versicherte Heine am 24. November, wenn 1930 die anständigen Sozialisten in der NSDAP geblieben wären, hätte der Kriegskurs Hitlers unterbunden werden können. Dietz bekundete seine Zufriedenheit mit der Dialogbereitschaft Heines. Trotz mancher Unterschiede zwischen SPD und Straßer-Bewegung sollte das sozialistische Deutschland gemeinsam gegen die „verhängnisvolle Außen- und Innenpolitik" der Bundesregierung kämpfen. Straßer hatte Dietz am 15. November geschrieben, der BDE würde bei Wahlen 95 Prozent seiner Stimmen aus dem bürgerlichen Lager und von den Rechtsparteien erhalten; die SPD hätte kaum Einbußen.

Am 7. Januar 1952 bekräftigte Dietz, welch großen Nutzen er in der Zusammenarbeit mit der SPD sehe. Allerdings müsste Straßer nach Deutschland kommen dürfen, denn niemand könne so viele Anhänger im nationalen Lager sammeln wie er. Dietz erwähnte eine Besprechung, die Heine und Arndt mit Wadsack und Loerbroks gehabt hatten. Robert Normann (Bremen) gegenüber lobte Dietz am 28. Januar erneut die SPD, zu der man seit dem freundlichen Schreiben Arndts ein „sehr nette[s] Verhältnis" habe. Straßer wünsche, dass nun die Gemeinsamkeiten mit der SPD betont würden. So förderte die SPD auch die Verfassungsklage.

Der SPD-Parteivorstand musste sich nicht nur auf Werner Dietz verlassen. Heine stützte sich mit Otto Witt auf ein ehemaliges Mitglied der Schwarzen Front, das 1950/51 als V-Mann in der rechten Szene verwendet wurde.[112] Am 2. November 1951 übersandte Witt eine Ausarbeitung an Heine, in der er prüfte, ob man Otto Straßer nach Deutschland lassen solle. Witt beurteilte Straßer als hervorragenden Demagogen und gestand ihm große Überzeugungskraft zu. Er besitze nur ein Programm: „Otto Straßer an die Macht." Witt fällte ein unmissverständliches Urteil: „Ich warne sehr eindringlich, sich zwecks Schaffung eines Gegengewichts gegen die Handgranate Dorls die geballte Ladung Straßer zu verordnen." Wer die Winkelzüge Straßers verfolgt, wird diesen Befund unterstreichen können.

110 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549.
111 Ebd., 2/PVAJ0000022 (auch für das Folgende).
112 Material in: Ebd., 2/PVAJ0000653 (auch für das Folgende).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zum Jahresende 1951 griff Straßer in einem Interview mit dem *Toronto Daily Star* den Kapitalismus Adenauers offen an.[113] Er befürwortete eine starke europäische Armee mit deutschen Kontingenten, an deren Spitze de Gaulle stehen sollte; Frankreich würde dann die ihm zukommende Rolle spielen. In einem vier Wochen später in mehreren Zeitungen Kanadas und der USA erscheinenden Artikel über *Adenauer's Rheinbund-Politik*[114] nahm er die Bundestagsdebatte über den Schuman-Plan zum Anlass einer Fundamentalkritik. Wenn der Kanzler behaupte, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sei eine entscheidende Voraussetzung für die Einigung Europas, so stelle dies eine „offenkundige Unwahrheit" dar. Adenauer – der schon 1919 mit den rheinischen Separatisten sympathisiert habe – treibe „Rheinbund-Politik". Frankreich wolle die überlegene deutsche Wirtschaft für seine machtpolitischen Zwecke einspannen. Adenauer gehe mit „erschreckendem Zynismus" auf dieses Konzept ein, um die Herrschaft der Konzerne im Ruhrgebiet zu sichern.

Wie opportunistisch Straßer sein konnte, dekuvrieren seine unterschiedlichen Positionen zur französischen Deutschlandpolitik in den beiden Äußerungen: Einmal sah er die Nachfolger von Kardinal Richelieu am Werk, ein anderes Mal feierte er General de Gaulle. Ähnlich scheinheilig umschmeichelte er nun die SPD – denn das Kanzleramt hatte ihn brüskiert. Straßer verhehlte Grotz am 7. März 1952 nicht, wie „wütend" er über den jüngsten Fehlschlag war; er sei jedoch keineswegs deprimiert, behauptete er wahrheitswidrig. Ihn erfreute die „Angst der Bonner und ihrer ‚Schutzherren'" vor ihm.[115]

Die Launenhaftigkeit in Bezug auf Frankreich mochte noch einen anderen Grund haben. Am 3. November 1953 berichtete der deutsche Generalkonsul in Paris, Wilhelm Hausenstein[116], ein leitender Beamter des Quai d'Orsay habe zwar einem seiner Mitarbeiter gegenüber eine Meldung der kommunistischen *L'Humanité* dementiert, wonach die französische Regierung Straßer einen einjährigen Aufenthalt in Frankreich erlaubte. Der Diplomat räumte aber vertraulich ein, vor etwa zwei Jahren habe es im französischen Außenministerium eine heftige Auseinandersetzung über Straßer gegeben. Ein hoher Beamter ermächtigte damals ein französisches Konsulat in Kanada, Straßer ein Visum für Frankreich auszustellen. In letzter Minute konnte dies von anderen Kreisen des Ministeriums unterbunden werden. Die französische Regierung wünsche also ein Auftreten Straßers in Europa nicht.

Herbert Schaffarczyk (Auswärtiges Amt) hörte am 11. März 1953 aus alliierter Quelle von gaullistischen Bestrebungen, Straßer einen Saarpass zu verschaffen und ihn mit Hilfe des saarländischen Innenministers Edgar Hector und des Straßer-Agenten Masloh

113 BA, B 106, Bd. 15566 und Bd. 73207, J.E. Belliveau, Kurt Meyer und seine SS-Kumpane würden ganz Europa dem Reich unterwerfen, warnt der deutsche Emigrant Straßer, in: Toronto Daily Star vom 12. Dezember 1951 (deutsche Übersetzung). Dazu auch Allgemeine Kölnische Rundschau vom 22. Dezember 1949: Gerüchte um Otto Straßer.

114 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000549.

115 BA, B 136, Bd. 1746, Bl. 59.

116 PA/AA, B 32, Bd. 87, Bl. 168 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ins „autonome“ Saarland zu holen.[117] Der *Quai d'Orsay* war über den Kurs gegenüber Straßer also uneins. Die widersprüchlichen Signale aus Paris dürften Straßer schon im Herbst 1951 irritiert haben. Dietz orientierte Heine am 17. April 1952 über einen – angeblichen – Vorschlag der deutschen Botschaft in Ottawa, Otto Straßer die Einreise zu gewähren, wenn er dafür zwei Jahre lang auf jedwede politische Aktivität verzichte.[118] Überliefert sind weitere Briefe von Dietz und Straßer an Heine vom Sommer 1952, in denen Sympathie für die SPD zum Ausdruck gebracht wurde.

Das Antichambrieren von Dietz bei der SPD erhielt keinen ungeteilten Beifall vom BDE. Sprengel fand am 21. Februar 1952 Dietz' Brille „SPD-rosig angehaucht“.[119] Es gehe um ein „rein strategisches Interesse“. Die SPD sei den Straßer-Leuten „spinnefeind“ gewesen und habe auch jetzt nicht ihre Liebe zu „Otto“ entdeckt. Sie brauche einen Mehrheitsbeschaffer, um die Regierung bilden zu können. Prinzipiell sei der BDE dazu bereit, aber er werde keineswegs alles mitmachen, was die SPD tue. Ein „Burgfrieden“ mit der SPD sei nötig, alles darüber Hinausgehende müsse Dietz sich aus dem Kopf schlagen.

Sprengel dürfte Otto Straßer aus dem Herzen gesprochen haben. Dieser sah nach der Ernüchterung über die Nonchalance des Kanzleramtes in der unerwartet freundlichen Reaktion Schumachers auf seine Fühlungnahme den beinahe letzten Rettungsanker und begab sich in das Schlepptau von Werner Dietz. Dieser strebte eine enge Zusammenarbeit mit der SPD an, die vielen alten „Kämpen“ des BDE missfiel. Dennoch bestand breite Akzeptanz für diese Annäherung in der Straßer-Bewegung, weil die Verachtung für Adenauer und seine Politik ohnehin groß und nach dem jüngsten Scheinmanöver gegenüber Wadsack ins Unermessliche gestiegen war.

Sprengels Brief lag auch dem Verfassungsschutz vor.[120] Daraus ist zweierlei abzuleiten: 1) Die Bundesregierung wusste über den via Dietz laufenden „Draht“ der Straßer-Bewegung zur SPD Bescheid. 2) Der Informant des SPD-Parteivorstands bezog sein Wissen wahrscheinlich vom BfV. In Betracht kommt insbesondere Rudolf Merz, der 1950-1957 die Abt. III (Auswertung) des Verfassungsschutzes leitete und als „Vertrauensmann der SPD“ galt.[121]

Anfang Mai 1952 erzählte Wadsack in Bonn von den vermeintlichen Angeboten des Kanzleramtes an die Straßer-Bewegung. Prompt erschienen Berichte in der SPD-nahen Presse.[122] Wadsack übertrieb kräftig, denn er behauptete, die Bundesregierung habe 1,5 bis 2 Mio. DM angeboten, wenn der BDE sich zum „Sprengpulver in der Arbeiter-

117 PA/AA, B 130, Bd. 5429A. Vgl. Elzer (FN 13), S. 86.
118 AdsD, SPD-PV. Sekretariat Heine, 2/PVAJ0000550.
119 Ebd., 2/PVAJ0000549.
120 BA, B 106, Bd. 200207.
121 Zu Merz: Roewer/Schäfer/Uhl (FN 29), S. 294.
122 Westdeutsche Neue Presse (Köln) vom 6. Mai 1952: Koalition bot Straßerleuten Geld; Freie Presse (Bielefeld) vom 6. Mai 1952: Bonn bot Straßer 1,5 Mio. DM an. Neutrale Formulierung in den überparteilichen Bremer Nachrichten vom 6. Mai 1952: Gespräche über Straßer-Rückkehr.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schaft“ hergäbe. Zum Ärger der verantwortlichen Regierungskreise hätte sich die Sache zerschlagen. Nun bezichtigten sie die SPD, Verbindungen mit der Straßer-Bewegung zu unterhalten. In Wirklichkeit habe es nur ein Gespräch zwischen Wadsack und Heine sowie Arndt gegeben, weil die SPD sich über die politischen Ziele dieser Gruppierung orientieren wollte. Der von manchen Presseorganen genannte Brief Arndts habe nur die Wiedereinbürgerung Straßers behandelt. Wadsack zerschlug mit seinen Plaudereien auf allen Seiten Porzellan und steigerte damit nur die Reserviertheit der etablierten Parteien.

Der SPD-Parteivorstand buhlte 1951/52 nicht gerade um die Gunst Straßers, erwog aber ein Arrangement. Nachdem das Kanzleramt in aller Heimlichkeit den Versuch unternommen hatte, ein Stillhalteabkommen mit Straßer zu schließen, das bei der nächsten Bundestagswahl zu Lasten der SPD gehen sollte, holte Schumacher zum Gegenschlag aus. Wenn der BDE nicht seinen Neutralismus akzentuierte, sondern das national orientierte Bürgertum umwarb, entzog er der Union Wählerstimmen. Lenz hatte Schiffbruch erlitten, und so kehrte Schumacher den Spieß um. All diese Berechnungen setzten eine Heimkehr Straßers voraus, die freilich bis 1955 an juristischen Hürden scheiterte.

8. Schlussbetrachtung

„Wir sind, um in *einem* Worte das ganze Elend auszusprechen, Epigonen, und tragen an der Last, die jeder Erb- und Nachgeborenschaft anzukleben pflegt.“[123] Otto Straßer war weit entfernt von dieser ganz allgemeinen Einsicht Wilhelmis in Karl Immermanns großem Roman *Die Epigonen*. Er sah sich nicht als Gralshüter völkischen Gedankenguts, das im Feuersturm der Alliierten ausgetilgt worden war, sondern als großen Widersacher Hitlers mit der Bestimmung, die deutsche Nation in die Zukunft zu führen. Indessen hatte sein Denken im Deutschland der 1950er Jahre eben doch etwas Epigonales: Straßer blieb hinter dem Zeitgeist zurück und wurde zum einsamen Rufer in der Wüste. Was er gesellschaftspolitisch anpries, war „museales Rüstzeug“.[124] Ein weltpolitisch auftrumpfendes, unabhängig operierendes Deutsches Reich existierte von 1945 an nicht mehr – in der früheren Gestalt konnte es nicht wiedererstehen. Stattdessen lagen den Einwohnern wirtschaftliche Prosperität und eine klare Positionierung der Bundesrepublik im ideologisch aufgeheizten Ost-West-Konflikt am Herzen. Wer die Wiedervereinigung wünschte, scheute dennoch Brandreden und vertraute lieber der Verheißung Adenauers, die Integration Europas und die angestrebte NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik seien die entscheidenden Voraussetzungen. Die meisten Deutschen hatten Otto Straßer vergessen; seine Beschimpfung der potentiellen Verbündeten missfiel. Der

123 Karl Immermann, Die Epigonen. Familienmemoiren in neun Büchern 1823-1835, Neuausgabe München 1989 [Erstdruck 1836], Zweites Buch, Zehntes Kapitel, S. 118 (Hervorhebung im Original).

124 Dohse (FN 20), S. 193. Reed glaubte hingegen 1953, Straßer werde von Tausenden Anhängern sehnsüchtig zurückerwartet und sei in Deutschland unvergessen. Vgl. Reed (N 10), S. 225.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Gefangene von Ottawa“ predigte eine Variante des „nationalen Sozialismus“, von dem die Deutschen genug hatten.

Doch dies ist eine Einsicht ex post. Zeitgenössisch fürchteten sowohl Adenauer als auch Schumacher nicht ohne Indizien eine Renaissance des Nationalsozialismus. In der Perzeption einer vom Kriegserlebnis unauslöschlich geprägten Politikergeneration geriet ganz gewöhnlicher Patriotismus rasch in die Nähe neonationalsozialistischer Aufwallungen, und vereinzelte Wahlergebnisse schienen die Befürchtung zu erhärten, der braune Spuk sei aus den Köpfen noch nicht verbannt. Vermeintlich wartete das Millionenheer ehemaliger Parteigenossen sehnsüchtig auf einen neuen „Führer“. Von 1953 an wurde deutlich, dass zersplitterte Stimmanteile nur den gesellschaftlichen Umbruch einer sich formierenden (Teil-)Nation dokumentiert hatten. Die Deutschen – einschließlich der Vertriebenen – waren jeder Gewalt und jeden Abenteuers überdrüssig geworden. Adenauer und Schumacher spielten unnötigerweise in mehr oder weniger verdeckter Form auf der Klaviatur des Nationalismus, der seine Attraktivität für die Menschen verloren hatte und rasch zum Privatissime einer kleinen Clique degenerierte.

Staatssekretär Lenz versuchte 1951, Straßer zu ködern: Er schickte den Journalisten Feuchtner als Mittelsmann vor. Lenz wollte einen Zusammenschluss der gespaltenen Rechten hintertreiben, aber auch der SPD das nicht unbeträchtliche Potential national gesinnter Wähler entziehen. Als die delikate Operation mit Wadsack aufgrund von Unvorsichtigkeiten durchsickerte, wusch Lenz seine Hände in Unschuld. Es gab zudem ganz praktische Überlegungen für die Mission Feuchtners: Der Verfassungsschutz hoffte, auf diese Art Informationen über den BDE zu erhalten.

Straßer sondierte nun, wie sich die SPD zu seiner Rückkehr stellte. Aus juristischer Perspektive hielt Arndt dessen Anspruch auf Wiedereinbürgerung für begründet. Schumacher und Heine lag mehr am politischen Effekt: Nachdem der als infam bewertete Fühler von Lenz misslungen war, kam die Retourkutsche des SPD-Parteivorstands. Es wurde ein „Gentlemen’s Agreement“ zwischen SPD und BDE ausgelotet. Tatsächlich schien 1951/52 ein gezieltes Werben Straßers um bürgerliche Wähler der Union nicht aussichtslos. Mit der politischen Moral und der Wahrhaftigkeit nahmen es alle Beteiligten nicht so genau – Lenz und Heine nicht ausgenommen.

Straßer wiederum war jeder Verbündete recht, der ihm zur Heimkehr verhalf. Später sollte ohnehin jeder zeitweilige Alliierte vernichtet werden. Er wollte um keinen Preis in seinem „Paradies“ in Neuschottland bleiben, das für den umtriebigen Machtmenschen ein goldener Käfig war. Straßer ließ seinen Anhängern freie Hand, wobei er je nach aktuellen Aussichten dem zum Kanzleramt tendierenden Wadsack, dem SPD-nahen Dietz, dem nationalbolschewistischen Fricke oder dem Saar-Exponenten Masloh größeren Beifall zollte. Dabei neideten die Führungsköpfe des BDE einander jeden gelungenen Schachzug. Straßer kannte seine „Pappenheimer“ und misstraute ihnen. Doch in gewisser Hinsicht bekommt jeder „Chef“ die Untergebenen, die er verdient.

Otto Straßer gönnte keinem seiner Anhänger eine Position, die ihm persönlich hätte gefährlich werden können. Auch seine politischen Grundsätze ermangelten der nötigen Eindeutigkeit: Er trat zwar für ein starkes Gesamtdeutschland und für ein krudes Gesell-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schaftssystem auf völkisch-ständischer Basis ein, konspirierte aber mit verschiedenen Geheimdiensten und gab bei Bedarf Ziele oder Territorien preis, deren Unantastbarkeit er sonst predigte. Seine Heimkehr diente nicht in erster Linie privatem Glück. Er wollte die Macht um jeden Preis. Kurz: Straßer war als Politiker anachronistisch und als Person unglaubwürdig.

Die Bundesregierung stufte Straßer als Nationalsozialisten ein und sah in ihm trotz seiner Rivalität mit Hitler eine Gefahr für die junge demokratische Kultur in der Bundesrepublik – gerade deshalb erregte Lenz mit seiner Hintertreppenaktion Anstoß. Das BMI als zuständige Behörde setzte alle Hebel in Bewegung, um Straßers Wiedereinbürgerung zu vereiteln.[125] Straßer schlug gezwungenermaßen den zeitraubenden Rechtsweg ein. Das BMI sah Art. 116 Abs. 2 GG (Recht auf Wiedereinbürgerung) unter dem Gesichtspunkt eines Anspruchs auf Wiedergutmachung für erlittene Unbill, die auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückgehe. Für Straßer treffe dies nicht zu, denn er war „Verfechter der Ideen des Nazismus", wenngleich einer besonderen „Spielart". Straßer habe lediglich in einem Machtkampf unter Gesinnungsverwandten den Kürzeren gezogen. Gegen diese fragwürdige Interpretation legte Straßer Rechtsmittel ein. Juristisch war ihm Erfolg beschieden. Das Landesverwaltungsgericht Köln bejahte am 6. Mai 1953 einen Anspruch Straßers auf Wiedereinbürgerung gemäß Art. 116 GG. Die vom BMI eingereichte Berufung wurde am 23. Februar 1954 vom Oberverwaltungsgericht Münster und am 19. November 1954 vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen.[126] Der Weg war frei für Otto Straßer.

Straßer betrat am 16. März 1955 erstmals nach 1934 wieder deutschen Boden. Mühsam fand er sich im Kreis seiner ungebärdigen, oft egozentrischen Mannen zurecht. Nach manchen Widrigkeiten gründete Straßer im Juni 1956 in Miltenberg am Main die Deutsch-Soziale Union, die bis zu ihrer Auflösung 1962 von ständigen internen Querelen gelähmt wurde.[127] Straßers Befürwortung der bewaffneten Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands[128] fand nicht den von ihm erträumten Anklang. Sein Kurs mündete entgegen den eigenen Erwartungen in die politische Bedeutungslosigkeit.[129]

Straßer und manch andere Epigonen mochten das alte Lied anstimmen, doch nur ein jährlich schrumpfendes, versprengtes Häuflein Ewiggestriger wollte diese Melodie noch hören. Die große Mehrheit der Deutschen schaute hoffnungsvoll auf die Prinzipien der westlichen Gesellschaft – und nicht wenige mit dem schlechten Gewissen von Mittätern oder Mitläufern in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

125 Material in: BA, B 106, Bd. 73207.

126 Gerichtsurteile in: BA, B 136, Bd. 1746; BA, B 106, Bd. 15566. Abdruck des Urteils vom 19. November 1954 in: Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichts, Bd. 1 (1953-1955), Berlin 1955, Nr. 80, S. 234-239. Dazu auch Straßer (FN 10), S. 188-192.

127 Stöss (FN 20), S. 1249-1254; Mecklenburg (FN 48), S. 161-163; Jenke (FN 20), S. 272-276; Bartsch (FN 1), S. 177-190; Dohse (FN 20), S. 187-190. Material in: BA, B 106, Bd. 15567.

128 Dazu Dohse (FN 20), S. 180-194.

129 Näheres bei Bartsch (FN 1), S. 171-190.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Daten, Dokumente, Dossiers

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wahlen 2011

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

2011 war ein ausgesprochenes „Superwahljahr“[1] – wie etwa 1994 (Bundestagswahl, Europawahl, acht Landtagswahlen), 1999 (Europawahl, sieben Landtagswahlen), 2009 (Bundestagswahl, Europawahl, sechs Landtagswahlen). Immerhin sieben Wahlen zu Landesparlamenten fanden statt – viermal wurde in Flächenstaaten gewählt, in zwei West- (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) und zwei Ost-Flächenstaaten (Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern), dreimal in den Stadtstaaten (Hamburg, Bremen, Berlin).

2010 hingegen gab es nur eine Landtagswahl, allerdings eine wichtige, eine „Superwahl“: Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die erste nach der Bundestagswahl 2009, galt gemeinhin als eine Testwahl für den Bund. Deswegen übte sich die Bundesregierung lange in Attentismus, um Wähler nicht vor den Kopf zu stoßen. Gleichwohl: Die schwarz-gelbe Koalition konnte ihren Erfolg von 2005 nicht wiederholen. Damit verlor sie die Mehrheit im Bundesrat. Mehr noch: Auch für ein Zusammengehen der CDU mit den Grünen fehlte eine Mehrheit. Weder die CDU noch Bündnis 90/Die Grünen hatte schwarz-grün ausgeschlossen.[2] Die CDU lag zwar hauchdünn vor der SPD, konnte daraus aber keine Machtoption ableiten, da die SPD als Juniorpartner nicht zu einer Großen Koalition bereit war. Nach einigem Hin und Her kam eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Hannelore Kraft zustande. Die in Nordrhein-Westfalen besonders fundamentalistische Linke, mit 5,6 Prozent erstmals in das Parlament eingezogen, spielte mit und enthielt sich bei der Wahl Krafts zur Ministerpräsidentin der Stimme.[3] Im Laufe des Jahres 2010, das stark durch die Krise um den Euro bestimmt war, zeigten sich bei den Regierungs- und den Oppositionsparteien unterschiedliche und doch ähnliche Entwicklungen. Die Union konnte sich dank Angela Merkel bei den Meinungsumfragen behaupten, nicht jedoch die FDP, die, fixiert auf Steuersenkungen, erheblich an Boden verlor. Hingegen vermochte die Partei der Grünen zu reüssieren, während dies der SPD aufgrund ihres unklaren Kurses nicht sonderlich gelang.

Bei den Parteien außerhalb des Verfassungsbogens war die Lage höchst uneinheitlich. Die Linke, in 13 von 16 Landtagen vertreten und in zwei Landesregierungen (in Berlin von 2002 an, in Brandenburg von 2009 an), wähnte sich (auch ohne den Partei-

1 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden 2012.
2 Vgl. Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.
3 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2010, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden 2011, S. 129-139.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vorsitzenden Oskar Lafontaine) weiter auf Erfolgskurs, sogar im Westen, wiewohl es zuweilen knirschte – etwa zwischen den eher pragmatischen Ost- und den eher fundamentalistischen West-Landesverbänden. Das neue Führungsduo – Gesine Lötzsch von der PDS aus dem Osten und Klaus Ernst von der WASG aus dem Westen – sah sich zuweilen interner Kritik ausgesetzt. Die NPD, eine klare Antisystempartei, hatte ungeachtet mancher rechtlicher Fragen zwar Erfolge bei der Integration der allerdings ohnehin nur noch auf dem Papier stehenden DVU[4], war aber sonst ohne jede Chance, die politische Willensbildung zu beeinflussen. So hatte sie in Nordrhein-Westfalen mit 0,7 Prozent die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtige Marke von 1,0 Prozent der Wählerstimmen verfehlt.

Insofern fielen die Fragen mit Blick auf das Wahljahr 2011 für die beiden Parteien höchst unterschiedlich aus. Würde es die Linke schaffen, auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in den Landtag einzuziehen? Könnte es ihr gelingen, in Berlin weiterhin an der Regierung beteiligt zu sein? Und würde sie zum ersten Mal in einem Bundesland (Sachsen-Anhalt) gar das Amt des Ministerpräsidenten stellen? Die Hoffnungen der NPD fielen weitaus bescheidener aus: Sollte sie das zweite Mal in Mecklenburg-Vorpommern die Fünfprozenthürde überwinden und das erste Mal in Sachsen-Anhalt? Und könnte die notorisch klamme Partei bei den anderen fünf Wahlen wenigstens die 1,0-Prozent-Marke erreichen? Andere Rechts- und Linksaußenkräfte hatten keinerlei Chance auf den Einzug in ein Landesparlament.

2. Wahlen in den alten Bundesländern

Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft war nötig geworden, weil die Grünen bald nach dem Amtsantritt des CDU-Bürgermeisters Christoph Ahlhaus, der dem Koalitionspartner weniger als sein Vorgänger Ole von Beust zugetan war, das Bündnis mit der Union im November 2010 aufgekündigt hatten. Für die fällige Neuwahl am 20. Februar 2011 hatten die Grünen sich auf ein Bündnis mit der SPD festgelegt, während die CDU angesichts einer schwachen FDP ohne realistische Machtoption dastand. Die SPD optierte unter ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz für keine Koalition (sie lehnte dezidiert ein Bündnis mit der Linken ab) und strebte eine absolute Mehrheit der Mandate an. Dazu kam es auch, obwohl weitere vier Parteien in die Bürgerschaft einziehen konnten.[5]

4 Vgl. den Beitrag von Uwe Backes über „Organisationen 2011“ in diesem Band.

5 Vgl. Patrick Horst, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011: Ehemalige „Hamburger-Partei“ erobert absolute Mehrheit zurück, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 724-744.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: Wahl zur Hamburger Bürgerschaft (Stimmen in Prozent)*

CDU	21,9	(-20,7)
SPD	48,4	(+14,3)
GAL	11,2	(+1,6)
Die Linke	6,4	(0,0)
FDP	6,7	(+1,9)
PIRATEN	2,1	(-)
NPD	0,9	(-)
Die PARTEI	0,7	(+0,5)
FREIE WÄHLER	0,7	(-)
ödp	0,3	(+0,2)
RENTNER	0,5	(-)
BIG Hamburg	0,1	(-)
Bü-Mi	0,2	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl im Jahr 2008 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Die Linke attackierte im Wahlkampf alle anderen Parteien, ohne eigens eine Zusammenarbeit mit der SPD und den Grünen auszuschließen. In ihrem Wahlprogramm forderte sie einen „Politikwechsel", nicht einen „bloßen Regierungswechsel". „Die LINKE findet sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht ab, sondern will sie überwinden."[6] Ein Programmpunkt lautete „Armut bekämpfen – Arbeitsplätze schaffen", ein anderer „Hartz IV muss weg". Unter der Überschrift „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" hieß es: „Die NPD gehört verboten, nicht polizeilich geschützt. Keine Stimme den Nazis."[7] Der letzte Punkt: „Widerstand ins Rathaus – DIE LINKE wählen". Für den Fall, SPD und Grüne blieben ohne parlamentarische Mehrheit, käme eine Tolerierungspolitik nur dann in Frage, wenn diese sich „substanziell bewegen, ihre Schritte zu einem Politikwechsel [...] glaubwürdig"[8] sind.

Die Linke mit ihrer Spitzenkandidatin Dora Heyenn zog mit dem gleichen Ergebnis (6,4 Prozent) wie 2008 in die Bürgerschaft ein. Am besten schnitt die Partei bei den 18- bis 24-jährigen Frauen ab (9,9 Prozent), am schlechtesten bei den über 60-jährigen Frauen (2,8 Prozent).[9] Das war ein Erfolg, zumal die Äußerungen ihrer Vorsitzenden

6 DIE LINKE, Für ein soziales Hamburg! Wahlprogramm Bürgerschaftswahl 2011, S. 4.
7 Ebd., S. 34.
8 Ebd., S. 38.
9 Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011, Bd. 1: Analyse, Hamburg/Kiel 2011, S. 41.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gesine Lötzsch über „Wege zum Kommunismus“[10] den Wahlkampf nicht eben erleichtert hatten.[11] So sah es auch die Partei, wiewohl sie mit dem Ergebnis keine Machtoption verbinden konnte.[12] Auf ihrem Landesparteitag im April 2011 machte die Linke klar, die Regierungspraxis der SPD, die die Politik des schwarz-grünen Senats mehr oder weniger fortzusetzen gedenke, sei für sie eine große Herausforderung.[13]

Die NPD stellte ihr Bürgerschaftswahlprogramm unter das Motto „Arbeit. Familie. Hamburg“. Im Vorwort ist von den „großen Blockparteien“ (unter Einschluss der Linken) die Rede. Deren Politik „unterscheidet sich nur in Detailfragen und bietet keine Lösungen für die Nöte und Sorgen der Bürger“. Es sei offensichtlich, dass „unser Hamburg einen Politikwechsel weg von den Blockparteien der Hamburger Bürgerschaft braucht. Für diesen Wechsel steht die NPD!“[14] Der Forderungskatalog umfasste zehn Punkte aus den folgenden Bereichen: Arbeit und Soziales – Familie und Kinder – Bildung und Hochschulwesen – Inneres – Wirtschaft und Hafen – Verkehr – Haushalt und Finanzen – Umwelt und Naturschutz – Kultur – Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Was die Kultur betrifft, so ist damit u.a. gemeint: „Die über Jahrhunderte gewachsene abendländische Kultur soll schrittweise unter dem Deckmantel der Toleranz und Religionsfreiheit verdrängt werden. Man möchte uns Deutsche unsere Identiät rauben und uns zu einem willenlosen Volk machen. Eine weitere Islamisierung unserer Heimat ist mit der NPD nicht zu machen.“[15] Die Wahlkampfplakate enthielten folgende Slogans: „Unzufrieden? MUT zur Veränderung. Volkswillen durchsetzen“ – „Millionen Fremde kosten Milliarden! Spart bei denen - nicht bei uns!“ – „KITA und Bildung kostenlos. Weg mit den Gebühren!“ – „Kriminelle Ausländer raus! Recht und Ordnung durchsetzen“. Beim letzten Plakat wurde das Wörtchen „kriminelle“ deutlich kleiner gesetzt als „Ausländer raus!“ In einer Ankündigung zu einer der wenigen Veranstaltungen der Partei hieß es noch deutlicher: „Wir bieten in der Ausländerfrage politische Alternativen und stellen uns den Herausforderungen im Kampf gegen fremdländische Okkupierung unserer Heimatstadt Hamburg! Die NPD ist die Stimme der Deutschen in unserer Hansestadt Hamburg!“[16]

Die Partei, auf deren Liste ehemalige Mitglieder der SCHILL-Partei und der DVU kandidierten, wollte unter ihrem Landesvorsitzenden Torben Klebe das Wahljahr 2011 mit einem „nationalen Paukenschlag“ eröffnen, „damit das Fernziel – der Einzug der

10 Vgl. Gesine Lötzsch, Wege zum Kommunismus, in: junge Welt vom 3. Januar 2011, S. 10.
11 Vgl. etwa Barbara Möller, Gegenwind aus Berlin für Hamburgs Linke, in: Hamburger Abendblatt vom 8. Februar 2011, S. 8.
12 Vgl. u.a. den Artikel von Matthias Rebaschus, Die Linke freut sich: „Wie Opposition geht, wissen nur wir“, in: Hamburger Abendblatt vom 21. Februar 2001, S. 8.
13 Vgl. DIE LINKE, Schlussfolgerungen aus einem guten Wahlergebnis, Hamburg 2011.
14 NPD, Bürgerschaftswahlprogramm 2011, Arbeit. Familie. Hamburg, Hamburg 2011.
15 Ebd., S. 28.
16 NPD ins Hamburger Rathaus!, unter: http.//www.npd-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/npd-ins-hamburger-rathaus-13012011_1223.html (20. August 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

NPD in den Bundestag 2013 – in greifbare Nähe rückt."[17] Daraus wurde nichts. Mit 0,9 Prozent der Stimmen blieb die NPD sogar unter der für die Parteienfinanzierung wichtigen Hürde von 1,0 Prozent. Dies führte die Partei auf die „Hetzkampagne der Medien" und die „Zerstörungswut unserer Gegner" zurück. „Wenn z.B. in der Öffentlichkeit unsere Plakate nicht zu sehen waren, lag das nicht daran, dass keine gestellt wurden, sondern an der Zerstörungswut derer, die uns hassen. Die meisten der 7.000 von uns gestellten Plakate waren nach spätestens einem Tag wieder verschwunden oder vernichtet."[18]

Bei den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen am 27. März 2011 verlor die SPD zwar ihre Mandatsmehrheit, doch konnte Kurt Beck dank der Unterstützung durch die Grünen weiter regieren. Da die FDP und die Linke nicht (mehr) in den Landtag eingezogen waren, blieb es bei einem Dreifraktionenparlament. Die Grünen traten – mit der Verzögerung von einer Legislaturperiode – als Regierungspartner an die Stelle der Liberalen.[19]

Tabelle 2: Landtagswahl Rheinland-Pfalz (Stimmen in Prozent)*

SPD	35,7	(-9,9)
CDU	35,2	(+2,4)
FDP	4,2	(-3,6)
Grüne	15,4	(+10,8)
Die Linke (2006: WASG)	3,0	(+0,4)
REP	0,8	(-0,9)
NPD	1,1	(-0,1)
ödp	0,4	(+0,2)
BüSo	0,1	(+0,1)
ddp	0,1	(+0,1)
Freie Wähler	2,3	(+0,7)
Piraten	1,6	(+1,6)
Jansen	0,0	(-)
PBC	0,0	(0,0)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2006 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

17 Aufbruch Hamburg 2011!, unter: http.//www.npd-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/aufbruch-hamburg-2011-09012011_1221.html (20. August 2011).

18 Nach der Bürgerschaftswahl: Nichts ändert sich, unter: http//www.npd-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/nach-der-burgerschaftswahl-nichts andert-sich-22022011_1354.html (20. August 2011).

19 Heiko Gothe, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierter Machtwechsel in Mainz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 764-783, hier: S. 769.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Linke wollte in Rheinland-Pfalz erstmals in den Landtag gelangen, nachdem die WASG 2006 nur 2,6 Prozent der Stimmen erreicht hatte. In ihrem Landtagswahlprogramm forderte sie unter ihren weithin unbekannten Spitzenkandidaten Robert Drumm und Tanja Krauth ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 20 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre – mit Blick auf Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt. Ansonsten rückte die Partei die Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und Bürgerrechte in den Vordergrund. Der Kapitalismus gilt als der Alleinschuldige für die Unbilden, denen mit dem Parlamentarismus nicht beizukommen ist. „All unsere Forderungen sind wichtige Schritte zu einer sozialeren, gerechteren und friedlicheren Gesellschaft. Ausbeutung, Repression, Umweltzerstörung und Krieg werden aber durch Veränderungen, die in Parlamenten beschlossen werden, bestenfalls gemildert, nie aber überwunden werden. Denn die Missstände, denen unsere Gesellschaft gegenübersteht, sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem geschuldet: Alles und jeder wird zur Ware und unter dem Kriterium seiner bzw. ihrer Profitträchtigkeit bewertet und behandelt – was dazu führt, dass ein Großteil der Menschen VerliererInnen in diesem System sind.“[20] Die Partei erwies sich im Lande weithin als zerstritten, wohl mehr durch persönliche als durch politische Animositäten bedingt.[21]

Mit 3,0 Prozent der Stimmen fiel das Ergebnis ernüchternd aus. Damit lag die Partei nur knapp über dem Ergebnis der WASG von 2006. Ihre wahrgenommenen Parteikompetenzen fielen extrem niedrig aus. Selbst bei ihrem Thema Nr. 1, der sozialen Gerechtigkeit, setzten sie nur fünf Prozent der Bevölkerung an die erste Stelle, bei der Frage nach dem richtigen Umgang mit der Atomkraft erhielt die Partei keinen einzigen Prozentpunkt.[22] Das beste Resultat erzielte die Linke bei den 45- bis 59-jährigen Männern (4,4 Prozent), das schlechteste bei den über 60-jährigen Frauen (1,3 Prozent).[23]

Von einem solchem Ergebnis konnte die NPD nur träumen. Sie stellte sich mit ihrer Spitzenkandidatin Dörte Armstroff eigens in die Tradition des Hambacher Festes von 1832. Wie aus den zehn Punkten des Landtagswahlprogramms – „National aus sozialer Verantwortung – Sozial statt global – Zukunft durch Heimat – Gesundheitsversorgung – Für Völkerfreundschaft und Friedenssicherung – unsere Heimat soll deutsch bleiben – Frieden jetzt – Ami go home! – Familie ist alles – alles für die Familie – Naturschutz ist Heimatschutz – Bildung ist ein Volksrecht – Haushalt sanieren – Macht kontrollieren“ hervorgeht, fiel das Programm für die rechtsextremistische Kraft, die als „inländerfreundliche Partei“[24] auftrat, vergleichsweise moderat aus. „Fremde sind das Salz in der

20 Die LINKE, Landtagswahlprogramm Rheinland-Pfalz, Mainz 2011, S. 39.

21 Vgl. u.a.: Marc Widmann, Die Linke in Rheinland-Pfalz. Streiten bis die Polizei kommt, unter: sueddeutsche.de.politik/die-linke-in-rheinland-pfalz-streiten-bis-die-polizei-kommt-1.1067414 (20. September 2011).

22 Gothe (FN 19), S. 777.

23 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Statistische Analysen Landtagswahl 2011, Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik, Bad Ems 2011, S. 22.

24 NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, Zukunft durch Heimat, Landtagswahlprogramm, Bad Dürkheim 2011, S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Suppe, aber wer möchte schon eine versalzene Suppe haben?“[25] Die wenigen Wahlveranstaltungen der NPD wurden in der Regel gestört. Die Bürger von Rheinland-Pfalz jedenfalls wollten, wie vorhergesagt[26], die NPD „nicht haben“. Sie erreichte nur 1,1 Prozent der Stimmen. Weder kam ihr Anknüpfen an die Heimat an noch gab es eine Proteststimmung im Land.

Die Landtagswahl am selben Tag in Baden-Württemberg war „die“ Wahl des Jahres 2011. Im Stammland der CDU wurde diese (mit der FDP) abgewählt. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima löste die Kernenergieproblematik „Stuttgart 21“ als Wahlkampfthema Nr. 1 ab. Die Grünen überholten die SPD und bildeten nach der Wahl mit

Tabelle 3: Landtagswahl Baden-Württemberg (Stimmen in Prozent)*

CDU	39,0	(-5,2)
SPD	23,1	(-2,1)
Grüne	24,2	(+12,5)
FDP	5,3	(-5,4)
Volksabstimmung	0,0	(-)
AUF	0,2	(+0,2)
BIG	0,1	(+0,1)
BüSo	0,0	(-)
DKP	0,0	(-)
Die Linke (2006: WASG)	2,8	(-0,3)
REP	1,1	(-1,4)
Die Violetten	0,0	(-)
FAMILIE	0,0	(-)
NPD	1,0	(+0,3)
ödp	0,9	(+0,4)
PBC	0,1	(-0,6)
Die Partei	0,0	(-)
PIRATEN	2,1	(+2,1)
RSB	0,0	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2006 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

25 Ebd., S. 13.

26 Vgl. etwa den Artikel: Bruch: Keine Chance für Rechte bei der Wahl. Innenminister ist davon überzeugt, dass die NPD nicht mehr als 1,5 Prozent holen wird, in: Saarbrücker Zeitung vom 10. Januar 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ihr unter dem Ministerpräsidenten Wilfried Kretschmann eine Koalition.[27] Beide Parteien schlossen eine mögliche Tolerierung durch die Linke nicht generell aus.[28]

Wie in Rheinland-Pfalz hatte die WASG 2006 den Einzug in den Landtag verfehlt. Diesmal wollte es die Linke besser machen. In ihrem umfangreichen Landtagswahlprogramm – auf fast 50 engbedruckten Seiten – plädierte die Partei unter dem Motto „Original sozial – vor und nach der Wahl" – für einen Politikwechsel. Acht Themenfelder standen dabei im Vordergrund: Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik, Frauenpolitik, Gesundheitspolitik, Einwanderungspolitik, Gesellschaftspolitik, Bürgerrechtspolitik, Sozial- und Ökologiepolitik. Die Linke hatte es nicht einfach, dem Wähler plausibel zu erklären, Stimmen für sie könnten einen Regierungswechsel durch SPD und Grüne verhindern. „Nur der Einzug der LINKEN in den Landtag wird SPD und Grüne vor die Frage stellen, ob sie als unterwürfige Koalitionspartner der CDU existieren oder wirklich eine Politikwende einleiten wollten."[29] Aber war es nicht gerade umgekehrt? Vermochte nicht der Einzug der Linken in den Landtag eine „Politikwende" durch SPD und Grüne zu gefährden? Die Partei machte sich jedenfalls Hoffnungen auf den Einzug ins Landesparlament.[30]

Das enttäuschende Ergebnis für die Linke dürfte mit der Konstellation einer möglichen Machtoption für Grün-Rot zusammenhängen, ebenso mit der plötzlichen Bedeutung des Themas Atomkraft angesichts der Katastrophe von Fukushima. Die Partei kam unter ihren Spitzenkandidaten Marta Aparicio und Roland Hamm – zwei Hardlinern – sowie ihrem Landesvorsitzenden Bernd Riexinger mit 2,8 Prozent nicht einmal an das Ergebnis der WASG von 2006 heran, geschweige denn an das Resultat bei der Bundestagswahl 2009 (7,2 Prozent). Am besten fiel das Ergebnis bei den 60- bis 69-jährigen Männern aus (4,5 Prozent), am schlechtesten bei den über 70-jährigen Frauen (1,2 Prozent).[31] Die Linke räumte zwar ihre Niederlage ein, schrieb sich die Abwahl des CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus aber auch zu.[32]

Die NPD, im Wahlkampf kaum sichtbar, verstand sich laut Programm als „Stimme des Volkes". Die anderen politischen Kräfte galten als „etablierte Altparteien, als „Mul-

27 Vgl. Oscar W. Gabriel/Bernhard Kornelius, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 784-804.

28 Vgl. Matthias Meisner, Zur Not auch mit den Linken. SPD und Grüne in Baden-Württemberg schließen Rot-Rot-Grün nicht aus, in: Der Tagesspiegel vom 27. Februar 2011, S. 4.

29 DIE LINKE, Landesverband Baden-Württemberg, Landtagswahlprogramm 2011, Stuttgart 2010, S. 5.

30 Vgl. Roland Muschel, Die Linke: Die große Unbekannte der Landtagswahl, in: Badische Zeitung vom 17. Januar 2011.

31 Nicolas Schäfstoß, Wahlverhalten der Baden-Württemberger bei der Landtagswahl 2011. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 6/2011, S. 52. Zum ersten Mal wurden die Alterskategorien auf sechs erweitert: statt „über 60" nun „60-69" und „ab 70".

32 Vgl. DIE LINKE, Landesverband Baden-Württemberg, Gut: Mappus weg. Schlecht: Linke nicht im Landtag. Gewiss: Der Kampf geht weiter, unter: htttp://www.die-linke-bw.de/nc/politik/presse/detail/artikel (30. März 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ti-Kulti-Parteien“, als „herrschende Parteien“ oder als „Einheitspartei“[33]. Der Begriff „staatstragend“ für die anderen Parteien taucht nur in Anführungszeichen auf.[34] Das Programm umfasste 15 Punkte (u.a. Sozialpolitik und Tourismus). Im Punkt „Deutschland den Deutschen“ heißt eine Zwischenüberschrift „Integration ist Völkermord“.[35] Mit dem Ergebnis von 1,0 Prozent steigerte sich die Partei gegenüber der letzten Landtagswahl um 0,3 Punkte, erreicht aber mit 0,97 Prozent nicht das zur Wahlkampffinanzierung nötige Quorum. Sie legte beim Staatsgerichtshof Wahlprüfungsbeschwerde ein.

Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 22. Mai 2012 gewannen die beiden Regierungsparteien, die nunmehr über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen; die drei Oppositionsparteien hingegen verloren. Die SPD lehnte jedes Bündnis mit der Linken ab. Durch das Ergebnis, mehr der Bremer als der Berliner Situation geschuldet, konnte die rot-grüne Regierung unter Jens Böhrnsen ihre Arbeit fortsetzen. Die Grünen verdrängten die Union sogar auf den dritten Platz. Strenggenommen hat das kleine Bre-

Tabelle 4 Bürgerschaftswahl in Bremen (Stimmen in Prozent)*

SPD	38,6	(+1,9)
CDU	20,4	(-5,2)
Grüne	22,5	(+6,0)
Die Linke	5,6	(-2,8)
FDP	2,4	(-3,6)
BIW	3,7	(+2,9)
BBL	0,4	(-)
Dialog Grundeinkommen	0,4	(-)
B+B	0,9	(-)
BIP	0,3	(-)
Freie Wähler Bremen	0,2	(-)
Für Bremerhaven	0,2	(-)
NPD	1,6	(-)
PIRATEN	1,9	(-)
PdB	0,1	(-)
RRP	0,9	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl im Jahr 2007 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

33 Das Baden-Württemberg-Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Stimme des Volks, Villingen-Schwenningen 2010, S. 4-6.

34 Ebd., S. 4.

35 Ebd., S. 32.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

men nun eine Große Koalition. Die FDP scheiterte klar an der Fünfprozentklausel. Die rechte, aber nicht rechtsextreme Partei „Bürger in Wut“ kam dank der bremischen Sonderregelung mit einem Mandat in die Bürgerschaft, weil sie im Wahlbereich Bremerhaven mehr als fünf Prozent der Stimmen erzielt hatte. [36]

Bei der Linken setzten sich mit Kristian Vogt und Klaus-Rainer Rupp zwei Hardliner als Spitzenkandidaten durch.[37] Die bisherige Abgeordnete Inga Nitz vom „Forum demokratischer Sozialisten“ gelangte gar nicht mehr auf die Liste.[38] Das Wahlprogramm der Partei, mit 72 engbedruckten Seiten ausgesprochen umfassend, bestand aus 25 Punkten. Die Linke lehnte es im Vorwort ab, die Politik des rot-grünen Senats zu unterstützen. Der erste Punkt „Armut bekämpfen – Soziale Gerechtigkeit erschaffen“ fängt wie folgt an: „Armut macht krank, Armut grenzt aus, Armut macht einsam. Armut ist menschenunwürdig. Mehr als 200.000 Menschen in Bremen sind arm; jedes dritte Kind der Stadt wächst in Armutsverhältnissen auf.“[39] Damit war der Tenor vorgegeben. Im letzten Punkt „DIE LINKE wählen – Politik ist machbar!“ heißt es: „Wir werden, gemeinsam mit außerparlamentarischen Kräften, Druck von Links auf Rot-Grüne ausüben. Und wir sagen als einzige Partei, warum angeblich kein Geld da ist: Weil die etablierten Parteien sich scheuen, den Konflikt mit den Reichen und Mächtigen einzugehen, die auf diesem Geld sitzen, und deren Macht auf ihrem Vermögen beruht. DIE LINKE ist bereit, diesen Konflikt zu führen.“[40] „Gegen Hass und Gewalt – Keinen Fußbreit den Faschisten“ – so lautet Punkt 20, der sich auch gegen die „Ausfälle Thilo Sarrazins und Gunnar Heinsohns“ wendet. Eine andere Forderung: „Die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Vorbeugung des Eindringens neofaschistischer Lebenskonzepte und Gedankenstrukturen wird in Zusammenarbeit mit schulischer wie außerschulischer Bildung verstärkt.“[41]

Das von der Partei angestrebte zweistellige Ergebnis blieb aus (Bundestagswahl 2009: 14,3 Prozent). Zwar konnte sie wegen fehlender Proteststimmung nicht das Resultat der letzten Bürgerschaftswahl erreichen, doch zog sie mit 5,6 Prozent in das Landesparlament ein. Sie schnitt bei den 45- bis 59-jährigen Männern mit 10,5 Prozent am besten ab, bei den über 60-jährigen Frauen mit 2,4 Prozent am schlechtesten.[42] Die Partei zeigte sich vom Wahlausgang nicht begeistert, war unter dem Strich freilich zufrieden.[43]

36 Für Einzelheiten vgl. Lothar Probst, Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Triumph für Rot-Grün, „Abwahl“ der Opposition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 804-819.
37 Vgl. Matthias Meisner, Skandalerfahrene Linke, in: Der Tagesspiegel vom 15. Mai 2011.
38 Vgl. Jan Zier, Umsturz bei der Linken, in: die tageszeitung vom 17. Januar 2011, S. S. 24.
39 DIE LINKE, Landesverband Bremen (Hrsg.), Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011. Wieder DIE LINKE. Wen sonst?, Bremen 2011, S. 5.
40 Ebd., S. 70.
41 Ebd., S. 53.
42 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), 22. Mai. Wahlen im Land Bremen 2011. Landtagswahl, Teil 1: Analysen und Tabellen, Bremen 2011, S. 41.
43 Vgl. Jean-Philipp Baeck, Knapp wieder drin, in: die tageszeitung vom 23. Mai 2011, S. 24; Matthias Meisner, Die Linke kommt rein, verfehlt aber ihr Ziel, in: Der Tagesspiegel vom 24. Mai 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die NPD, inzwischen mit der DVU verschmolzen, hatte in Bremen auf den Gewinn eines Mandats gehofft. In der Vergangenheit war es der Frey-Partei des Öfteren gelungen, im Wahlbereich Bremerhaven über fünf Prozent der Stimmen zu erreichen und damit in die Bürgerschaft einzuziehen. Deswegen konzentrierte sich die NPD unter ihrem Spitzenkandidaten Matthias Faust und ihrem Wahlkampfleiter Jens Pühse auf Bremerhaven („NEIN zur Großmoschee"). Antifaschistische Gruppen kündigten an, (die wenigen) Wahlkampfaktivitäten der Rechtsextremisten zu stören.[44] Im Wahlprogramm rückte die Partei die Migrations- und die Sozialpolitik in den Vordergrund. Die Ausgliederung der in Deutschland lebenden Ausländer aus dem Sozialsystem sei ein Gebot der Stunde.

Das Ergebnis von 1,7 Prozent enttäuschte die Partei, zumal sie auch in Bremerhaven mit 2,3 Prozent klar an der Fünfprozenthürde gescheitert war, wohl nicht zuletzt wegen des Achtungserfolgs für die „Bürger in Wut" Jan Tipkes.[45] Matthias Faust blieb es also versagt, in die Fußstapfen von Siegfried Tittmann („Ein Mann, ein Wort, ein Tittmann") zu treten, der 1999, 2003 und 2007 dank des guten Ergebnisses in Bremerhaven in die Bürgerschaft eingezogen war.

Tabelle 5: Landtagswahl Sachsen-Anhalt (Stimmen in Prozent)*

CDU	32,5	(-3,7)
Die Linke	23,7	(-0,4)
SPD	21,5	(+0,1)
FDP	3,8	(-2,8)
Grüne	7,1	(+3,6)
Freie Wähler	2,8	(-)
KPD	0,2	(-)
MLPD	0,2	(-0,2)
NPD	4,6	(-)
ödp	0,2	(-)
Tierschutzpartei	1,6	(-)
PIRATEN	1,4	(-)
SPV	0,4	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2006 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

44 Vgl. Christian Jakob, Rechtsradikale im Wahlkampf, in: die tageszeitung vom 13. Januar 2011, S. 28.
45 Vgl. Benno Schirrmeister, Das kleinere Übel, in: die tageszeitung vom 24. Mai 2011, S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Wahlen in den neuen Bundesländern

Die Wahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 stand stark unter landespolitischen Auspizien. Die beiden Regierungsparteien CDU und SPD wollten ihr Bündnis fortsetzen. Die CDU musste auf den populären Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer verzichten, der aus Altersgründen nicht wieder angetreten war. Die SPD hatte eine Koalition als Juniorpartner mit der Linken ausgeschlossen. Damit war in gewisser Weise die Fortsetzung der Großen Koalition unter Reiner Haseloff präjudiziert. So kam es dann auch.[46]

Die Position der Linken, bei einer rot-roten Koalition als stärkere linke Kraft nicht auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten, lag in der Natur der Sache. Wulf Gallert, der Spitzenkandidat der Linken, wäre unglaubwürdig geworden.[47] Das Wahlprogramm „Ein Land für alle!“ bestand aus fünf Teilen: Bildungspolitik, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik, Bürgerrechtspolitik, Haushaltspolitik. Es war insgesamt gemäßigt abgefasst. „Liebe Bürgerinnen und Bürger, machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Mit unseren Vorschlägen und Konzepten wollen wir in den kommenden Monaten Verlässlichkeit unter Beweis stellen, neues Vertrauen in Politik aufbauen und mit glaubwürdigen Angeboten Menschen gewinnen und motivieren, sich in gesellschaftliche Entscheidungen einzubringen und sich für ihre Interessen zu engagieren. Veränderung braucht Beteiligung. Wir setzen auf Ihr Engagement.“[48] Gleichwohl sind die Maximen der Partei nicht von antiextremistischen, sondern von antifaschistischen Leitideen geprägt. „Die LINKE in Sachsen-Anhalt tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ein, wonach die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll.“[49]

Reformer aus den Reihen der Partei konzedierten, ein „Politikwechsel“ unter Einschluss der Linken selbst mit einem SPD-Ministerpräsidenten dürfte „in nicht unerheblichem Maße“[50] bei SPD-Anhängern auf Widerspruch stoßen. Daher wäre ein rot-rotes Bündnis bei einem besseren Abschneiden der SPD im Vergleich zur Linken keinesfalls sicher gewesen. Für den SPD-Politiker Heinz Grimme hätte eine Beteiligung der Linken selbst als Juniorpartner wohl eine Belastungsprobe bedeutet. „Grimme sieht die Linkspartei in Sachsen-Anhalt von zu vielen Protestwählern und Altkommunisten dominiert.“[51] Die Linke schnitt bei den über 60-jährigen Männern mit 29,9 Prozent am

46 Everhard Holtmann/Kerstin Völkl, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011: Modifiziertes „Weiter so“ statt Wechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 745-764.

47 Vgl. Christian Bangel, Der verhinderte Landesvater, in: Die Zeit vom 4. März 2011.

48 Ein Land für alle! Wahlprogramm der Partei DIE LINKE für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, Magdeburg 2011, S. 6.

49 Ebd., S. 38.

50 Zitiert nach: Matthias Meisner, Weiter so. Die SPD in Sachsen-Anhalt könnte Sondierungsgespräche auch mit der Linkspartei führen. Aber sie will gern Juniorpartner der CDU bleiben, in: Der Tagesspiegel vom 22. März 2011, S. 4.

51 Zitiert nach Tilman Steffen, Neue Umfragen verleihen dem Wahlkampf Spannung, unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/sachsen-anhalt-umfrage (10. März 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

besten ab, bei den 18- bis 24-jährigen Männern mit 14,4 Prozent am schlechtesten.[52] Die jüngste Altersgruppe wählte bei den Männern also nicht einmal halb so stark die Linke wie die älteste. Die Wählerstruktur der Partei war stark unterschichtet. So stimmten 40 Prozent der Hartz IV-Bezieher für sie.[53]

Die NPD rechnete sich in Sachsen-Anhalt, wo die DVU 1998 mit 12,9 Prozent einen als sensationell empfundenen Erfolg erzielt hatte, eine realistische Chance aus, in den Landtag einzuziehen. Immerhin hatten 14 Prozent der Wähler erklärt, sie hielten die NPD für eine demokratische Partei wie jede andere auch, und acht Prozent konnten sich vorstellen, ihr die Stimme zu geben.[54] Das Wahlprogramm „Alle Kraft für unser Land!" war volkstümlich gehalten und hob bei allen genannten Themen (Wirtschaft – Gerechtigkeit und Sicherheit – Bildung und Kultur – Kinder, Senioren und Familie – Jugend, Soziales und Gesundheit – Arbeit und Währung) stark auf Sachsen-Anhalt ab.[55] In der Endphase des Wahlkampfs kursierte das Gerücht, Matthias Heyder habe in einem geschlossenen Internetforum unter dem Namen „Junker Jörg" zur „Schändung" linker Politikerinnen aufgerufen und Anleitungen zum Bombenbau präsentiert.[56] Eine andere Personalie hatte zudem für Aufsehen gesorgt: Der langjährige SPD-Bürgermeister des Ortes Krauschwitz Hans Püschel hatte seine Partei verlassen und war zur NPD übergetreten.[57] In einer öffentlichkeitswirksamen Aktion der Spitzenkandidaten der anderen Parteien wurde zur Wahl aufgerufen, damit die rechtsextremistische Kraft nicht die Fünfprozenthürde überwinde.

Die NPD konnte sich zwar gegenüber der letzten Wahl steigern, scheiterte aber mit 4,6 Prozent an der Fünfprozenthürde (wie die FDP). Die Partei, die eine aufwendige Plakatierung betrieben und mit einem Einzug in das Parlament gerechnet hatte[58], schnitt im ländlichen Raum bedeutend besser ab als im städtischen – etwa in Halle oder in Magdeburg. Sie war bei der Arbeiterschaft mit 11 Prozent stark überpräsentiert.[59] Die NPD erzielte bei den 18- bis 24-jährigen Männern mit 13,4 Prozent das beste Ergebnis und bei den über 60-jährigen Frauen mit 1,0 Prozent ihr schlechtestes.[60] Das Wahlverhalten fiel damit im Vergleich zur Linken gegensätzlich aus. Die NPD schloss Heyder

52 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle 2011, S. 2.
53 Vgl. Holtmann/Völkl (FN 46), S. 757.
54 Vgl. ebd., S. 747.
55 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Alle Kraft für unser Land! Unser Wahlprogramm, Halberstadt 2011.
56 Vgl. Christian Bangel, Die NPD kämpft um Sachsen-Anhalts Spießbürger, unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/npd-sachsen-anhalt (20. September 2011).
57 Vgl. Christiane Kohl, Die unheimliche Anziehungskraft der NPD, unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-sachsen-anhalt-die-unheimliche-anziehungskraft-der-npd-1.1057370 (20. September 2011).
58 Vgl. Florian Gathmann/Maximilian Popp, Pleite bei der Schicksalswahl, unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland10,1518,752131,00.html (20. September 2011).
59 Vgl. Holtmann/Völkl (FN 46), S. 757.
60 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (FN 52), S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

im Oktober 2011 aus, und im Dezember desselben Jahres stellte die Staatsanwaltschaft Magdeburg das Verfahren allerdings ein.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011 waren von der Frage bestimmt: Wird die SPD die Koalition mit der CDU fortsetzen oder – wie zwischen 1998 bis 2006 – ein Bündnis mit der Linken (damals: PDS) anstreben? Sie sprach sich nach der Wahl für die erste Variante aus[61], welche die Bevölkerung bei weitem präferierte. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Erwin Sellering hatte sich in der Koalitionsfrage nicht festgelegt, jedoch durchblicken lassen, keine Probleme mit der Fortsetzung der erfolgreich arbeitenden Großen Koalition zu haben. „CDU und Die Linke steckten [...] in einem Dilemma. Beide wollten unbedingt in die Regierungsverantwortung, was aber nur jeweils als Juniorpartner der SPD möglich war. Vor diesem Hintergrund konnten beide Parteien paradoxerweise kein Interesse daran haben, stärker als die Sozialdemokratie zu werden. Die eigentliche Frontstellung im Wahlkampf verlief insofern zwischen den potentiellen Juniorpartnern."[62]

Tabelle 6: Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern (Stimmen in Prozent)*

SPD	35,6	(+5,4)
CDU	23,0	(-5,8)
Die Linke	18,4	(+1,6)
FDP	2,8	(-6,8)
NPD	6,0	(-1,3)
Grüne	8,7	(+5,3)
FAMILIE	1,5	(+0,3)
PBC	0,1	(-0,1)
AB	0,2	(+0,1)
APD	0,1	(-)
AUF	0,2	(-)
REP	0,1	(-)
Freie Wähler	1,1	(-)
ödp	0,1	(-)
Die Partei	0,2	(-)
Piraten	1,9	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2006 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

61 Vgl. Martin Koschkar/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012), S. 3-18.

62 Ebd., S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Linke hatte zwischen 1998 und 2006 als Juniorpartner der SPD in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert. Einerseits wurde die Partei dadurch aufgewertet, andererseits massiv geschwächt. Einst war Mecklenburg-Vorpommern die Hochburg der PDS (1990, 1994, 1998), seit 2002 nimmt die Partei in Mecklenburg-Vorpommern von allen ostdeutschen Ländern den letzten Platz ein. Im Wahlprogramm heißt es, das Land brauche den politischen Wechsel. Gleichwohl schlägt es selten radikale Töne an. Ein Satz wie der folgende gehört eher zu den Ausnahmen: „Wir lehnen die unsozialen, undemokratischen, antiökologischen und gewalttätigen Auswüchse der gegenwärtigen Politik ab und wollen sie korrigieren".[63] Die Überschriften, die nahezu brav ausfallen, lauten wie folgt: „Arbeit und Wirtschaft – sozial gerecht und zukunftsorientiert" – „Gute Bildung, Kultur und Sport für alle – von Anfang an" – „Ein starkes, solidarisches Mecklenburg-Vorpommern für alle" – „Frei und selbstbestimmt, sicher, weltoffen und tolerant" – „Verantwortungsvoll und vorausschauend haushalten". Allerdings nahm kurz vor der Wahl ein Teil der Mitglieder – anders als der Spitzenkandidat Helmut Holter und der Parteivorsitzende Steffen Bockhahn – auf dem Landesparteitag Positionen zum Mauerbau ein („ohne vernünftige Alternative"), die bei anderen Parteien heftige Kritik hervorriefen.[64] Die SPD ging zunehmend auf Distanz.

Die Linke steigerte sich gegenüber der letzten Landtagswahl 2006, als sie noch in der Regierung war, zwar um 1,6 Punkte, aber mit 18,4 Prozent fiel das Ergebnis für sie enttäuschend aus. Holter: „Wir haben mehr erwartet. Wir wollten richtig zulegen, das hat nicht funktioniert. Der Bundestrend war nicht auf unserer Seite."[65] Die Linke wurde überproportional von Rentnern gewählt. Sie hatte demzufolge bei den über 60-jährigen Männern ihre „Hausse" (24 Prozent), bei den 25- bis 34-jährigen Frauen ihre „Baisse" (11 Prozent).[66]

Die NPD strebte an, erneut in den Landtag einzuziehen. Der Wind blies ihr ins Gesicht, denn die beiden großen Parteien waren sich einig in der Notwendigkeit eines Verbots der Partei. Mit ihrem Hauptwahlkampfmotto „Unsere Heimat, unser Auftrag!" wollte die NPD heimattreu erscheinen. Andere Parolen lauteten: „Konsequent für deutsche Interessen" und „Gerechter Lohn für ehrliche Arbeit". Die „Kameradschaftsszene" klebte fleißig Plakate. Die Personen, die antraten – das gilt nicht nur für den Spitzenkandidaten Udo Pastörs und den Landesvorsitzenden Stefan Köster –, zeigten sich radikaler als die wenigen programmatischen Verlautbarungen. Diese stellten stark auf soziale Themen ab. Allerdings gab es auch Slogans wie „Arbeitsplätze sichern – Grenzen

63 DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern: Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2011, Schwerin 2011, S. 1.

64 Vgl. Stefan Reinecke, Linke wird die Mauer nicht los, in: die tageszeitung vom 15. August 2011, S. 6.

65 Zitiert nach Miriam Hollstein, Die Linke will sehnlichst mitregieren, in: Welt kompakt vom 5. September 2011.

66 Da Mecklenburg-Vorpommern bei den Landtagswahlen 2006 und 2011 auf die repräsentative Wahlstatistik verzichtet hat, basieren die Angaben auf Wahltagsbefragungen von Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, Berlin 2011, S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dicht“.[67] „Eine Besonderheit des NPD-Wahlkampfes war die Strategie, über provozierende Videoclips im Internet mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, so zum Beispiel mit der minutenlangen Agitation des Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs vor einer Schulklasse in dem vorpommerischen Ort Ferdinandshof.“[68] Bis zur Wahl war nicht annähernd klar – die Parallele zu Sachsen-Anhalt liegt auf der Hand –, ob die Partei die Rückkehr in das Landesparlament schaffen würde.

Dass sie unter ihrem Spitzenkandidaten Udo Pastörs trotz der Isolation im Parlament, trotz der geharnischten Kritik der öffentlichen Meinung und trotz ihrer Provokationen im Parlament[69] mit 6,0 Prozent wieder in den Landtag einzog, liegt wie 2006 nicht zuletzt an ihren Hochburgen im strukturell schwachen Vorpommern im Osten des Landes, wo sie 8,4 Prozent erreichen konnte.[70] Dieser Erfolg erwies sich vor allem auch als ein finanzieller Erfolg. Der Landesvorsitzende Stefan Köster kommentierte das Ergebnis wie folgt: „Der Wiedereinzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist von den selbsternannten Demokraten mit massiven Steuergeldern zu verhindern versucht worden. Diese feinen Damen und Herren haben mit der Demokratie (= Volksherrschaft!) genauso viel am Hut, wie skrupellose Spekulanten mit sozialer Verantwortung.“[71] Die Wählerschaft der NPD ist unterschichtet. So bekam sie bei den Arbeitslosen mit 18 Prozent[72] erstaunlich viele Stimmen. Die Partei erreichte bei den 18- bis 24-jährigen Männern immerhin 18 Prozent, bei den über 60-jährigen Frauen hingegen nur ein Prozent.[73] Die hiesige NPD verlor mit 1,3 Punkten deutlich weniger als die in Sachsen im Jahre 2009 (3,6 Punkte). Über das Ausmaß der Verankerung der NPD im nordöstlichen Bundesland gehen die Meinungen weit auseinander. Was ist purer Protest, was tiefe Überzeugung?

4. Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin

Berlin ist bekanntlich beides: Ost und West. Vor der Wahl am 18. September 2011 in Berlin deutete dort wenig auf eine Konstellation wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hin. Der Regierende Bürgermeister bekundete keine Koalitionsprä-

67 Vgl. etwa den Artikel: Aktion gegen polenfeindliche Parolen auf NPD-Wahlplakaten, in: Schweriner Zeitung vom 17. August 2011, S. 5. Sebastian Erb, Die Hoffnung ist polnisch, in: die tageszeitung vom 29. August 2011, S. 4.

68 So Koschkar/Schoon (FN 61), S. 7.

69 Vgl. Sandra Pingel-Schliemann, Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 151-166.

70 Vgl. etwa Andreas Forst, Die NPD hat sich in Vorpommern eingenistet, in: Darmstädter Echo vom 6. September 2011, S. 3.

71 Zitiert nach: http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2505&mid=8 (5. September 2011).

72 Vgl. Koschkar/Schoon (FN 61), S. 15.

73 Vgl. Infratest dimap (FN 66), S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ferenzen, hatte er doch viele Optionen. Da ein Bündnis der SPD mit der Linken arithmetisch nicht mehr möglich war, erwartete die Öffentlichkeit die Bildung einer rot-grünen Koalition. Klaus Wowereit ließ nach einem dritten Sondierungsgespräch die Kontakte zu den Grünen freilich abbrechen (wegen des Streits um den Weiterbau der Autobahn A 100), und die SPD ging mit der CDU eine Große Koalition ein.[74] Die FDP gelangte erneut nicht ins Parlament (wie bei den meisten Landtagswahlen 2011), wohl aber erstmals die Piratenpartei.

Tabelle 7: Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin (Stimmen in Prozent)*

SPD	28,3	(-2,5)
CDU	23,3	(+2,0)
Grüne	17,6	(+4,5)
Die Linke	11,7	(-1,7)
FDP	1,8	(-5,8)
NPD	2,1	(-0,5)
Tierschutzpartei	1,5	(+0,7)
APPD	0,0	(-0,3)
BüSo	0,1	(-0,1)
ödp	0,1	(+0,1)
Die Partei	0,9	(+0,9)
B	0,0	(-)
BIG	0,5	(-)
Pro Deutschland	1,2	(-)
PSG	0,1	(+0,1)
Die Freiheit	1,0	(-)
ddp	0,1	(-)
DKP	0,2	(-)
Konservative	0,2	(-)
FAMILIE	0,1	(-)
PIRATEN	8,9	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2006 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

74 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011: Grün war nur die Hoffnung, die Realität ist rot-schwarz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012), S. 22-39.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die angeschlagene Linke, weniger wegen der Politik in Berlin, sondern mehr wegen der Politik der Bundespartei, wollte die von 2002 an bestehende Koalition mit der SPD fortsetzen. Sie hatte viele Konzessionen gegenüber dem großen Koalitionspartner gemacht. In ihrem Wahlprogramm identifizierte sich die Partei geradezu mit Berlin, wo sie von 2002 an mitregiert hat. „Berlin ist weltoffen, tolerant, international, dynamisch und lebendig. Berlin ist eine Stadt, die Raum bietet für ein Leben nach jeweils eigenen Vorstellungen. Eine Stadt, in der, trotz aller Probleme, Lebensfreude dominiert. Berlin sei „in den letzten Jahren demokratischer und damit lebendiger geworden".[75] Die Partei machte für diese positive Entwicklung auch sich verantwortlich, ging auf die leidvolle Vergangenheit der Stadt freilich nicht ein. Das acht Großpunkte umfassende Programm (Beschäftigungspolitik – Stärkung öffentlicher Unternehmen – Bildung – Wohnungspolitik – Sozialpolitik – Weltoffenheit Berlins – Demokratiepolitik) zeichnete sich nicht durch scharfe Töne aus. Allerdings hieß es, „rassistische, rechtsextreme, antisemitische und zunehmend auch islamfeindliche Propaganda kommt nicht nur von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und harten Neo-Nazi-Gruppierungen. Solche Haltungen gibt es auch in der Mitte der Gesellschaft." Und weiter: „Deshalb seien Initiativen zu zivilgesellschaftlichem Widerstand zu stärken. Den verteidigen wir weiter gegen jeden Versuch von Nazis, ihn zu vereinnahmen. Deshalb lassen wir auch keine rechte Extreme und rechtspopulistische Aktion und Demonstration ohne öffentliche Gegenwehr zu."[76]

Die Linke musste als Juniorpartner Verluste hinnehmen. Sie fielen mit 1,2 Punkten freilich nicht annähernd so stark aus wie das letzte Mal. Die Partei erreichte 11,7 Prozent, im Ostteil der Stadt 22,9, im Westteil 4,3. Das beste Ergebnis erzielte sie mit 15,4 Prozent bei den über 60-jährigen Männern, das dürftigste bei den 18- bis 24-jährigen Frauen mit 7,0 Prozent.[77] Die Partei schnitt besonders gut ab bei den „Alten", den Männern und im Osten. So entfielen bei den über 60-jährigen Männern im Ostteil 34,4 Prozent auf die Linke, aber nur 2,7 Prozent bei den über 60-jährigen Frauen im Westteil. Die Linke zeigte sich über ihr Abschneiden enttäuscht und selbstkritisch. Als Ursachen galten u.a. strukturelle Schwächen in Berlin, fehlende Verankerung der Partei bei jungen Menschen, einseitige Berichterstattung der Medien, Aufstieg der Piratenpartei sowie „der nicht erkennbare politische Gesamtkurs der Bundespartei DIE LINKE vor dem Hintergrund einer schwarz-gelben Bundesregierung und konkurrierende Oppositionsparteien SPD und Grüne verbunden mit einem insgesamt zerstrittenen Gesamteindruck der Bundespartei im Wahlmarathon 2011 mit sieben Landtagswahlen".[78] Erfolge der

75 Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE, Das Soziale Berlin. Wahlprogramm zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011, Berlin 2011, S. 4, 6.

76 Ebd., S. 67, S. 68.

77 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011. Repräsentative Wahlstatistik Berlin insgesamt, Berlin 2011, S. 14-16.

78 DIE LINKE. Landesverband Berlin, Erklärung des Landesvorstandes, Beschluss vom 1. 11. 2011, unter: http://www.die-linke-berlin.de/_wkblog/?p=2740 (10. Februar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Regierungspolitik seien eher der SPD und nicht der Linken zugeschrieben worden. Unumwunden heißt es: „Wir haben als Berliner LINKE ein ‚demographisches Problem'. Die hohe Sterberate und die geringe ErstwählerInnenrate zeigt uns: unsere StammwählerInnenschaft und damit auch der Kern unserer WählerInnenschaft stirbt langsam aus, und es kommt zu wenig an Jungen nach – das gilt für die WählerInnenschaft genauso wie für die Mitgliedschaft."[79]

Der Wahlkampf der NPD war, anders als bei den meisten Landtagswahlen 2011, betont provokativ angelegt. Sie veranstaltete am 17. Juni, am 13. August und am 11. September (zum Teil gestörte) Veranstaltungen, um an diesen geschichtsträchtigen Tagen auf sich aufmerksam zu machen. Auch sonst wollte die Partei provozieren.[80] So wurde in einem Kreuzworträtsel nach einem Namen gesucht, der mittlerweile aus der Mode gekommen sei („Adolf"). Plakate warben mit dem geschmacklosen Slogan „Gas geben" oder wünschten „Guten Heimflug". Udo Voigt benötigte einen Erfolg, um sich bei der Wahl des Bundesvorsitzenden Anfang November 2011 gegen seinen Konkurrenten Holger Apfel behaupten zu können. In ihrem Wahlprogramm, das als „Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin" firmierte und in einer Reihe von Passagen dem von 2006 glich, wurde vor Überfremdung gewarnt. „Der Berliner NPD geht es um die geistige Überwindung der Grundlagen der Zerstörung des deutschen Volkes. […] Täter sind die etablierten Blockparteienpolitiker und ihr gleichgeschaltetes Medienkartell als Handlanger der Großkapitalisten und der imperialistischen überstaatlichen Organisationen. Sie verdrängen ihr maßloses Profitstreben mit pseudoideologischen Phrasen und verfolgen repressiv alle Menschen. […] Die NPD fordert den Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung der Lüge, der Selbstverleugnung und Unterwerfung."[81] „Arbeit für Deutsche" sei oberstes Gebot, eine schrittweise Rückführung von Ausländern nötig. Kurz vor den Wahlen erklärte Voigt: „Die Abgeordneten und Bezirksverordneten der NPD schauen den Etablierten genau auf die Finger. Dies ist diesen Herrschaften sehr unangenehm. Die Etablierten träumen davon, allein in den Parlamenten zu sein, ohne Kontrolle durch die NPD. Lassen Sie mit ihren Stimmzetteln die Träume der Etablierten wie Seifenblasen zerplatzen."[82]

Die NPD hatte es mit der Konkurrenz zweier Rechtsparteien zu tun, die – im Gegensatz zur NPD – betont islamkritisch, wenn nicht islamfeindlich eingestellt waren: auf der einen Seite die „Bürgerbewegung pro Deutschland" um Manfred Rouhs, auf der anderen Seite die Partei von René Stadtkewitz („Die Freiheit"). Beide Gruppierungen setzten sich von der NPD entschieden ab; außerdem distanzierte sich Stadtkewitz von der „Pro"-Bewegung. Diese versuche, mit drei Hauptparolen die Bevölkerung zu mobi-

79 Ebd.

80 Vgl. für Einzelheiten Verfassungsschutzbericht Berlin 2011, Berlin 2012, S. 58-71.

81 NPD-Landesverband Berlin, „Wir sagen, was Sie denken." Landesaktionsprogram für ein deutsches Berlin, Berlin 2011, S. 4.

82 Udo Voigt, Wahltag ist Zahltag – Rechnen Sie mit den Etablierten ab!, unter: http://www.npd-berlin.de/?p=342 (20. September 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lisieren: „Unsere Frauen bleiben frei“ (Anspielung auf vermummte Muslime) – „Hauptstadt der Angst? Nicht mit uns!“ – „Wählen gehen für Thilos Thesen“. Als Sarrazin dieses Plakat gerichtlich untersagen ließ, wurde „Thilos“ durch „zensiert“ überklebt. Das Wahlprogramm der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ erteilte zwar eine Absage an „jede Form von politischem Extremismus“[83], vermied aber keineswegs Ressentiments gegenüber dem Islam, wenn es etwa hieß: „Es ist notwendig, sich von dem vernebelnden Gerede freizumachen, es gebe nicht den Islam, man müsse zwischen Islam und Islamismus unterscheiden usw.“[84]

Die NPD, von denen einige Repräsentanten durch die autonome Szene im Laufe des Wahlkampfes angegriffen wurden, darunter der Landesvorsitzende Uwe Meenen, musste gegenüber der letzten Abgeordnetenhauswahl mit einem Ergebnis von 2,1 Prozent Verluste von 0,5 Punkten hinnehmen. Sie kam auf 2,9 Prozent im Osten der Stadt und auf 1,7 Prozent im Westen. Ihr bestes Ergebnis: 4,2 Prozent bei den 18- bis 24-jährigen Männern, ihr schwächstes: 0,7 Prozent bei den über 60-jährigen Frauen.[85] Differenziert nach Ost und West lauten die Extreme wie folgt: 5,5 Prozent (18- bis 24-jährige Männer im Osten) und 0,6 Prozent (über 60-jährige Frauen im Westen). Die NPD ist nun in keiner Bezirksverordnetenversammlung mehr in Fraktionsstärke vertreten. Die Partei sah die Ursachen für die Niederlage nicht in erster Linie bei sich, sondern vor allem beim Gegner: „Das Ergebnis kam zustande, obwohl die Wahlkampfbehinderungen Dimensionen erreichten, wie sie für die NPD bislang unbekannt waren. Mordanschläge auf drei Kandidaten, die Weigerung, den Wahlkampfwerbefilm zu senden, ein Startverbot für Werbeflüge, massenhafter Plakatdiebstahl und die Machenschaften von zwei pseudonationalen Gruppierungen mit unklaren Geldquellen, die im nationalen Wählerspektrum wilderten.“[86] Die „pseudonationale Gruppierung“ der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ erreichte 1,2 Prozent, die von René Stadtkewitz 1,0 Prozent.

5. Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse im „Superwahljahr“ 2011 zeigten die Grünen als Sieger, die Liberalen als Verlierer.[87] Die SPD konnte besser als die CDU abschneiden. Das ist wesentlich dem midterm-Effekt geschuldet, der die im Bund Regierenden bestraft, die Opponierenden hingegen begünstigt. Die „Halbzeitbilanz“ fiel damit für die Regierungsparteien eher

83 Wahlprogramm der Bürgerbewegung pro Deutschland zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen 2011, Berlin 2011, S. 2.

84 Ebd., S. 3.

85 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (FN 77), S. 14-16.

86 So der Landespressesprecher Stefan Lux, Berliner Wahlen 2011, unter: http://www.npd-berlin.de/?p=347 (20. September 2011).

87 Vgl. Eckhard Jesse, „Superwahljahr“ 2011 – ein Schlüsseljahr? Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, in: Ders./Sturm (FN 1), S. 23-44.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

negativ, für die demokratischen Oppositionsparteien eher positiv aus.[88] Für die beiden Parteien am Rande des politischen Spektrums war 2011 insgesamt kein gutes Jahr.

Die Ergebnisse für die Linke: ein zweiter, ein dritter, zwei vierte und drei fünfte Plätze. Die Resultate für die NPD: zwei fünfte Plätze (in den beiden ostdeutschen Ländern, jeweils vor der FDP), ein sechster Platz (Berlin), zwei siebte (Baden-Württemberg und Hamburg) und zwei achte Plätze (Bremen, Rheinland-Pfalz). Ihr bestes Ergebnis erreichte die Linke in Sachsen-Anhalt mit 23,7 Prozent (ihr schlechtestes in Baden-Württemberg mit 2,8 Prozent), die NPD in Mecklenburg-Vorpommern mit 6,0 Prozent (ihr schlechtestes in Hamburg mit 0,9 Prozent). Aus diesen Auflistungen geht ein deutlicher Unterschied hervor. Die Linke ist in der Wählerschaft nach wie vor deutlich besser verankert als die NPD, der weiche Linksextremismus damit klar stärker als der harte Rechtsextremismus.

Die Linke stagnierte im Osten auf hohem Niveau (kleine Verluste in Sachsen-Anhalt stehen nicht sonderlich hohe Gewinne in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber), wurde in Berlin nicht mehr Regierungspartner der SPD, kam zwar in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen ins Parlament, jedoch in den beiden westlichen Flächenstaaten erneut nicht. Sie blieb auf dem Level der WASG 2006. Damit fiel die Bilanz für die Partei 2011 allenfalls durchwachsen aus. Die NPD erreichte im Westen bis auf Hamburg knapp das für die Parteienfinanzierung wichtige Quorum von einem Prozent, in Berlin 2,1 (0,5 Punkte weniger als das letzte Mal), und in den beiden ostdeutschen Ländern kam sie das eine Mal knapp über fünf Prozent, das andere Mal blieb sie knapp unter dieser Hürde. Beide Parteien schneiden im Osten deutlich besser ab als im Westen – freilich auf unterschiedlich hohem Niveau.

Im Westen gibt es nach wie vor zwei große Volksparteien und zwei „mittlere“ (Bündnis 90/Grüne und FDP), im Osten drei große Parteien (CDU, SPD, Linke). So kommen im Westen nach Wahlen leichter „herkömmliche“ Koalitionen zustande, im Osten leichter rot-rote Bündnisse unter Führung der SPD sowie Große Koalitionen. In Westländern lehnt die SPD jegliche Koalition mit der Linken ab, in den neuen Bundesländern nur dann, wenn diese stärker als die SPD ist. Die NPD spielt im Westen wie im Osten für Koalitionsoptionen keinerlei Rolle.

Schien im Jahre 2012 nach vielen Jahrzehnten zunächst keine einzige Landtagswahl stattzufinden (zuletzt: 1977), so waren schließlich doch in drei Bundesländern aus unterschiedlichen Gründen Neuwahlen vorgesehen: im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Lafontaines Linke musste beweisen, ob sie an das sensationelle Ergebnis von 2009 herankommen würde. Und die Partei wollte in den beiden anderen westlichen Bundesländern zeigen, das Ende der Westausdehnung sei keineswegs gestoppt, ungeachtet des Desasters in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Aussichten standen dafür schlecht (auch wegen des Aufkommens der Piratenpartei)

88 Vgl. Daniela Kallinich/Frauke Schulz (Hrsg.), Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009-2011, Stuttgart 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

– freilich weitaus weniger schlecht als für die NPD. Diese Partei – nach dem Bekanntwerden der Morde einer Thüringer Terrorzelle kam erneut eine öffentliche Diskussion über den Sinn eines Verbotsantrages auf – konnte froh sein, in den drei genannten Ländern die für die Parteienfinanzierung wichtige Marke von einem Prozent zu erreichen. Es sah nicht danach aus, als würde eine andere – gemäßigtere – Rechtsaußenpartei den Platz der NPD einnehmen. Die leidvolle Vergangenheit wirkt nach.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Organisationen 2011

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Auch im Jahr 2010 schien der seit längerem zu beobachtende Repolarisierungstrend im deutschen Parteiensystem ungebrochen. Im politischen Raum jenseits von SPD und Bündnisgrünen hatte die Linke ihre im Jahr 2009 erreichte starke Stellung behauptet, sich im Westen weiter etablieren und ihre Bastionen im Osten erhalten können. Der Erfolgskurs konnte allerdings über die innere Zerrissenheit der Partei und den schwierigen Spagat zwischen Fundamentalopposition und verfassungsloyaler Bündnisfähigkeit nicht hinwegtäuschen, auch wenn dies die ungebrochene Integrationskraft linksaußen mit begründete. Am anderen politischen Flügel verteidigte die NPD ihre Stellung als aussichtsreichste Wahlformation, von regionalen Hochburgen abgesehen allerdings auf bescheidenem Niveau. Wie in den Jahren zuvor trat ihr strategisches Dilemma zutage: die ideologische NS-Affinität und ihre symbiotische Beziehung zu militanten Szenen hemmten ihr wahlpolitisches Mobilisierungspotential. Die schwierige Finanzsituation und die Enttäuschung überhöhter Erwartungen verschärften innerparteiliche Konflikte.

Mit Blick auf das Jahr 2011 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die Linke ihre Erfolgsserie im westlichen Deutschland fortsetzen und auch auf nationaler Ebene zum erklärten Bündnispartner von SPD und Bündnisgrünen avancieren? Oder war mit Rückschlägen und eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen den heterogenen innerparteilichen Strömungen zu rechnen? Würde die NPD die Fusion mit der DVU zu einem erfolgreichen Abschluss bringen und ihre Stellung als erfolgreichste wahlpolitische Formation rechtsaußen behaupten? War mit einem weiteren Anwachsen der Konfrontationsgewalt zu rechnen? Und schließlich: Könnte der internationale islamistische Terrorismus die innere Sicherheit in Deutschland schwerwiegend beeinträchtigen?

2. Linksextremismus

Die Entwicklung der Linken war 2011 wie im Vorjahr von Führungsversagen geprägt. Das auf dem Rostocker Parteitag (Mai 2010) ins Amt gekommene Spitzenduo Klaus Ernst und Gesine Lötzsch produzierte nahezu am laufenden Band Negativschlagzeilen. Die Serie von Missgriffen begann zum Jahresbeginn mit dem Beitrag der Parteivorsitzenden Lötzsch für das Linksaußenorgan „Junge Welt“, in dem sie für die Suche nach neuen „Wegen zum Kommunismus“ warb. Lötzsch berief sich auf die KPD-Gründer Karl Liebknecht/Rosa Luxemburg und deren heldenhaften Kampf gegen die „rechten

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sozialdemokratischen Führer“[1], um neue Pfade zwischen „sowjetischem Parteikommunismus“ und „bürgerlichem Liberalismus“ zu erkunden. Der Text sollte als Diskussionsgrundlage für eine Podiumsveranstaltung im Rahmen einer „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ am 8. Januar im Berliner Urania-Haus dienen, zu der u.a. die ehemalige RAF-Terroristin Inge Viett und die im Oktober 2010 neu gewählte DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen geladen waren. Als die Instinktlosigkeit in der überregionalen Presse publik wurde, zog Lötzsch ihre Podiumsteilnahme zurück, hielt dafür aber eine Rede, bei der sie von denen, „die lieber heute als morgen die Revolution ausrufen würden“, wie „eine Jeanne d’Arc“[2] gefeiert wurde. Dabei sei es ihr doch darum gegangen, als „demokratische Sozialistin“ das „Auditorium davon zu überzeugen, dass bewaffneter Kampf, Terror, Gründung von Geheimorganisationen die falschen Mittel sind, um eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen“, beteuerte sie im Interview mit der *Welt am Sonntag*.[3] Auf dem Podium, moderiert von der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, nutzte Inge Viett die Gelegenheit zum Rundumschlag. In dem an diesem Abend „wohl meist beachteten Beitrag“ lotete sie Möglichkeiten aus, um „den revolutionären Prozess wieder in Gang zu setzen“. Sie plädierte für „den Aufbau einer revolutionären Organisation, die die klassenlose Gesellschaft als Ziel hat, die die Erfahrungen der revolutionären Prozesse in ihren Aufbau einfließen lässt“. Das „kapitalistische Gewaltmonopol“ galt ihr als „temporär“: „Konkret bedeutet das, wenn Deutschland Krieg führt und dann als Antikriegsaktion Bundeswehrmaterial abgefackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion. Genauso wie Sabotage im Betrieb an Rüstungsgütern, wie wilde Streiks, militante Antifaaktionen und Gegenwehr bei Polizeiattacken.“[4]

Die Partei-Reformer gaben sich in den folgenden Wochen alle Mühe, um die Wogen wieder zu glätten, aber in den Märzwahlen waren die Auswirkungen der Auseinandersetzungen deutlich spürbar.[5] Der Staub hatte sich kaum gelegt, als eine neue Diskussion begann. Die *Frankfurter Rundschau* machte im Mai eine schriftliche Ausarbeitung publik, in der die Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn und Sebastian Voigt Mitgliedern der Linkspartei „antizionistischen Antisemitismus“ zum Vorwurf machten. Der Parteivorstand wurde gerügt, weil er zum Zusammenwirken von Israelkritikern der Partei mit HAMAS-freundlichen Islamisten schweige oder dies sogar stillschweigend dulde.[6] In einer Aktuellen Stunde warfen Redner von Union, Sozialdemokraten, Liberalen und

1 Gesine Lötzsch, Wege zum Kommunismus, in: junge Welt vom 3. Januar 2011.
2 Thorsten Denkler, Frau Lötzsch antwortet sich selbst, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar 2011. Siehe auch Björn Hengst, Applaus bei der K-Frage, in: Spiegel Online vom 8. Januar 2011.
3 Alain Posener und Joachim Fahrun im Gespräch mit Gesine Lötzsch, in: Die Welt Online vom 9. Januar 2011.
4 Josef A. Preiselbauer, Ein Bericht über die Diskussionsveranstaltung ‚Wo bitte geht’s zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus’ bei der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2011 in Berlin, unter: http://www.scharf-links.de (10. Januar 2011).
5 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2011, in diesem Band.
6 Vgl. Jan-Philipp Hein, Studie zu Antisemiten in der Linkspartei, in: Frankfurter Rundschau vom 18. Mai 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Grünen im Deutschen Bundestag der Partei Die Linke vor, antisemitische Positionen zu vertreten.[7] Vor allem Gregor Gysi mahnte innerparteilich die Beachtung von Grenzen in der Auseinandersetzung mit der Palästinenserpolitik Israels an. Dennoch ging die Diskussion weiter. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, erhob in einem *Tagesspiegel*-Interview vom 26. Juni den Vorwurf, die Partei lasse es zu, dass einzelne ihrer Mitglieder „ihren fanatischen Israel-Hass ausleben" dürften. „Bei einigen hat dabei auch die Judenfeindlichkeit schon begonnen. Nämlich dann, wenn ihre Kritik an Israel von der sachlichen Auseinandersetzung mit der israelischen Politik in böse Häme über den jüdischen Staat übergeht und er pauschal dämonisiert und delegitimiert wird." Als Beispiele führte er an: „Die Bundestagsabgeordnete Inge Höger besucht einen Hamas-nahen Kongress in Wuppertal und lässt sich dort einen Schal umlegen, auf dem der Nahe Osten ohne Israel abgebildet ist. Beim Holocaust-Gedenktag im Bundestag im letzten Jahr erscheint der 86-jährige Schimon Peres, und Abgeordnete der Linkspartei bleiben demonstrativ sitzen, um ihre kalte Verachtung zu zeigen. Politiker der Linken rufen zum Boykott israelischer Produkte auf. Andere machen sich über das bloße Existenzrecht Israels, also das Recht, leben und überleben zu dürfen, lustig und bezeichnen es als ‚läppisch' oder als ‚Hirngespinst'. In Herford beschließt das Stadtparlament, die Synagoge wieder aufzubauen, die von den Nazis niedergebrannt wurde – die Vertreterin der Linken stimmt als einzige dagegen." Selbstverständlich sei Kritik an Israel nicht gleich antisemitisch, aber „in nicht wenigen dieser genannten Fälle" habe „der Antisemitismus ganz klar schon schleichend begonnen."[8]

Aus der Parteiführung meldete sich diesmal Klaus Ernst mit der Aufforderung an Graumann zu Wort, „die Niederungen der Parteipolitik schnell wieder zu verlassen".[9] Unterdessen bemühte sich Fraktionschef Gysi um Schadensbegrenzung. Mit seinem Machtwort setzte er im Bundestag einen Beschluss durch, „der den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern eindeutige Grenzen setzt: Künftig dürfen sie Boykottaufrufe gegen israelische Produkte nicht mehr unterstützen, keine Ein-Staaten-Lösung im Nahost-Konflikt fordern und sich nicht an der diesjährigen Gaza-Flottille beteiligen." Der Beschluss fiel einstimmig, aber mehr als zehn Abgeordnete verließen vorher den Saal, unter ihnen „die Trotzkistin Christine Buchholz und der NRW-Linke Andrej Hunko." Hunko kritisierte das Abstimmungsverhalten als „Unterwerfungsgeste". Andere sprachen von einem „Maulkorberlass".[10] Dennoch fand in der Partei ein Klärungsprozess

7 „Linke soll Bekenntnis gegen Antisemitismus ablegen", unter: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011 (1. Juni 2011). Im Antisemitismusbericht der Bundesregierung vom November 2011 werden die Vorwürfe nicht aufgegriffen: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7700 vom 10. November 2011.

8 „Fanatischer Israel-Hass" bei der Linken. Cordula Eubel und Stephan Haselberger im Gespräch mit dem Zentralrats-Vorsitzenden Dieter Graumann, in: Der Tagesspiegel vom 26. Juni 2011.

9 Cordula Eubel/Stephan Haselberger, Linke und Antisemitismus. Kritik an Ernsts Angriff auf Zentralrat, in: Der Tagesspiegel vom 22. Juni 2011.

10 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

statt. Auf einer Podiumsdiskussion in der Berliner Neuen Synagoge wurden Anfang Juli die Frontlinien deutlich. Der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebig vom Reformer-Flügel schloss sich der Sichtweise des Zentralrats der Juden weitgehend an und übte offene Kritik an dem trotzkistischen Netzwerk marx21, das die Gaza-Flottille unterstütze.

Mitte Juli sorgte Oskar Lafontaine für Aufregung. Er rezensierte im Parteiorgan *Neues Deutschland* eine Edition mit Texten zur DDR-Geschichte, die als kritische Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus gedacht waren. Anstatt seinen Genossen zu empfehlen, sich intensiver mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, erteilte er ihnen den Rat, „den aufrechten Gang" nicht zu verlieren. Die Argumentation lässt sich wie folgt zusammenfassen: Vieles von dem, was in der Kritik am Stalinismus vorgebracht werde, sei in geringerer Dosierung auch im Westen vorhanden gewesen oder auch noch heute anzutreffen: Die für den Stalinismus charakteristische „Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers" finde in den „heutigen Industriestaaten" dadurch eine Entsprechung, dass „Obama, Sarkozy oder Merkel am Gängelband der Großbanken ihre Ohnmacht soeben täglich erfahren". Der „Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale" entspreche „die Finanzindustrie, die im heutigen Kapitalismus die Wirtschaft steuert". Die „Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes treibt", gebe es in dieser Form gerade in der Bundesrepublik mit ihrem Föderalismus nicht, darüber aber würden „in den westlichen Industriestaaten" Systemkritiker „systematisch von der Macht ferngehalten". In der Bundesrepublik habe es die für den Realsozialismus typische „Entmündigung der Bürger und die Kriminalisierung Andersdenkender" in Gestalt des „Radikalenerlasses" gegeben. In der Gegenwart reproduziere die Bundesrepublik die „Praxis von Polizeistaaten" in Gestalt der „Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz".[11]

Die Systemunterschiede nivellierenden Ausführungen Lafontaines stießen immerhin auf scharfe Kritik bei Partei-Pragmatikern. Für das Forum Demokratischer Sozialismus erachteten Achim Bittrich, Ralf Christoffers, Thomas Falkner, Katja Haese, Kerstin Kaiser, Angelika Klein, Lutz Kupitz, Kurt Libera, Helmuth Markov und Mathis Oberhof die Empfehlungen Lafontaines als unvereinbar „mit einer demokratischen Linken". In ihnen offenbare sich „ein rein taktischer, agitatorischer Zugang zu einem Kernproblem des 20. Jahrhundert und der Geschichte der linken Bewegung". Der Text bedeute außerdem eine Wiederaufnahme des Richtungskampfes, der im Ringen um das Parteiprogramm zum Ausdruck gekommen sei. Es handele sich um eine „harte Polemik gegen die sogenannten Reformer und vor allem gegen die Grundsubstanz dessen, was die PDS unter ihrer Führung aus der DDR und dem Scheitern des Realsozialismus gelernt hatte".[12]

11 Oskar Lafontaine, Nicht die Partei, sondern das System, in: Neues Deutschland vom 13. Juni 2011.

12 Achim Bittrich u.a., Eine notwendige Erwiderung auf Oskar Lafontaine, unter: http://www.forum-ds.de/article/2050 (20. August 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das Aufeinanderprallen zweier innerparteilicher Welten wiederholte sich wenig später anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus am 13. August. Im mecklenburg-vorpommerschen Landesverband mahnten 15 Autoren vom linken Parteiflügel eine notwendige Klärung an. „Man wolle der ‚historischen Wahrheit nahe kommen', heißt es in deren Positionspapier zum 50. Jahrestag der Berliner Mauer. Einer der Autoren, der 71-jährige Arnold Schoenenburg, verteidigt den Mauerbau als ‚zwingende Notwendigkeit'. Im Grunde habe sie einen dritten Weltkrieg verhindert, so die 15 Autoren: ‚Der Mauerbau war eine zwingende Konsequenz aus der wirtschaftlichen und politischen Krise, die die akute Gefahr eines kriegerischen Konflikts in sich barg.' Vor dem Bau seien Hunderttausende in den Westen abgewandert. Deshalb habe ein Sozialismus ohne Mauer nicht aufgebaut werden können. Auffällig an dem Papier sind Blickrichtung und Wortwahl: DDR-Bürger, die fliehen wollten, ‚verloren an der Grenze ihr Leben'. Acht DDR-Grenzsoldaten dagegen wurden von Westberliner Polizei, Fluchthelfern oder Deserteuren ‚getötet'."[13] Diesmal war es André Brie, der Einspruch erhob. Es handele sich um eine Minderheitenmeinung, die hinter bereits erreichte Positionen zurückfalle. „Er habe gehofft, dass seine Partei weiter sei und eine größere Übereinstimmung in der Frage des Mauerbaus erzielen könne."[14] Dass diese Hoffnung trog, bestätigte unermüdlich das Forum der Parteilinken, die frühere FDJ-Zeitung *junge Welt*, die am 13. August 2011 auf der Titelseite ein Foto bewaffneter Kampfgruppenangehöriger vor dem Brandenburger Tor wie folgt überschrieb: „Wir sagen an dieser Stelle einfach mal: Danke". Darunter waren 13 – angebliche – Errungenschaften der DDR aufgelistet, verbunden mit einem besonderen Dank „für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe". In einem Offenen Brief an die Parteiführung der Linken forderten daraufhin frühere Bürgerrechtler: „Keine Zusammenarbeit mit der jungen Welt!"[15] Wie nicht anders zu erwarten, blieb der Aufruf folgenlos.

Stattdessen leisteten Lötzsch und Ernst noch am gleichen Tag einen weiteren Beitrag zur Verprellung potentieller Parteisympathisanten jenseits der ideologisch gefestigten Stammwählerschaft, indem sie am Tag des Mauerbaus einen Glückwunschbrief an das Geburtstagskind Fidel Castro in Havanna adressierten, den die Kubanische Botschaft in Deutschland auf ihrer Homepage verbreitete. Wie schon in dem Glückwunsch-Schreiben des Parteivorsitzenden Lothar Bisky fünf Jahre zuvor[16] wurde darin die Lebensleistung des „Comandante de la Revolución Companero Fidel Castro Ruz" mit warmen Worten kritiklos gewürdigt und das leuchtende Beispiel Kubas für die Völker Lateinamerikas gepriesen.[17]

13 Bernhard Honnigfort, Die Linke streitet über den Mauerbau, in: Berliner Zeitung vom 30. Juli 2011.
14 „Brie kritisiert Linken-Positionspapier zum Mauerbau", in: Die Zeit Online vom 5. August 2011.
15 Vgl. Daniel Brössler, Die Junge Welt und die Linkspartei, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. August 2011.
16 Vgl. „Eloge auf Castro", in: Der Spiegel, Nr. 33/2006, S. 18.
17 Abdruck des Textes auf der Homepage der Kubanischen Botschaft in Deutschland: http://www.cubadiplomatica.cu/alemania/EN/Home/tabid/13723/ctl/Details/mid/22107/ItemID/5769/Default.aspx (10. September 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die vielen Negativschlagzeigen beeinträchtigten die Wettbewerbschancen der Linken in den Wahlkämpfen des „Superwahljahres“[18] und wirkten sich negativ auf die Schlagkraft der Parteiorganisation aus. Hatte die Linke im Zuge des Fusionsprozesses mit der WASG den langjährig-negativen Trend in der Entwicklung der Mitgliederzahlen zeitweilig umkehren können und insbesondere in den westlichen Ländern einen positiven Mitgliedersaldo erzielt, kehrte sich diese Tendenz ab 2010 erneut um. Eine vom Parteivorstand eingesetzte „Projektgruppe LINKE 2020“ gelangte in ihrem Abschlussbericht vom Oktober 2011 zu alarmierenden Befunden. Zwar sei der Mitgliederrückgang auch auf eine „aktive Beitragspolitik“[19] (also Streichungen nicht-zahlender Mitglieder) zurückzuführen. Dies betraf von den für die Monate Januar bis September 2011 registrierten 5.770 Abgängen nur etwa ein Viertel. Bei der Mehrzahl handelte es sich um Austritte. Die zweitwichtigste Ursache war die Überalterung der Mitgliedschaft im Osten: 1.632 Mitglieder verließen die Partei infolge von Tod, Krankheit oder Alter. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt werden könne, sei bis zum Jahr 2020 mit einem Verlust von weiteren rund 13.000 Mitgliedern zu rechnen. Die Kommission empfahl eine Mitglieder-Werbekampagne in allen Gruppen unterhalb des Rentenalters. Ende 2011 waren bundesweit noch rund 69.500 Mitglieder registriert.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2011

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2000	83.500
Jan. 1990	700.000	Dez. 2001	77.800
Dez. 1990	281.000	Dez. 2002	70.800
Dez. 1991	172.600	Dez. 2003	65.800
Dez. 1992	146.700	Dez. 2004	61.400
Dez. 1993	131.400	Dez. 2005	61.300
Dez. 1994	123.800	Dez. 2006	60.200
Dez. 1995	114.900	Dez. 2007	71.700
Dez. 1996	105.000	Dez. 2008	76.000
Dez. 1997	98.600	Dez. 2009	78.000
Dez. 1998	94.600	Dez. 2010	73.700
Dez. 1999	88.600	Dez. 2011	69.500

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

18 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden 2012.

19 Für eine zukunftsfähige LINKE. Abschlussbericht der Projektgruppe LINKE 2020 (Oktober 2011), unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2010/111119_beschluss_linke2020_anlage.pdf?PHPSESSID=cf4807ff88b8a7a45fc568a348f57f97 (12. Februar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vom Mitgliederrückgang waren die innerparteilichen Hardliner offenbar weniger betroffen. Jedenfalls verbuchte die KPF nach eigenen Angaben nochmals einen leichten Mitgliederzuwachs von 1.223 Mitgliedern Ende 2010[20] auf etwa 1.250 Ende 2011, und zwar Mitglieder innerhalb der Linken; hinzu komme eine ungenannte Zahl aktiver „Parteiloser".[21] Dagegen stagnierte der wichtigste Bündnispartner außerhalb der Linken, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auf dem – im Vergleich zu früheren Jahren – niedrigen Mitgliederniveau von rund 4.000 Aktiven. Sie war bemüht, sich an sozialen Protesten und Mobilisierungen in enger Tuchfühlung zu den Gewerkschaften, radikalen Globalisierungskritikern im Umfeld von attac, den Mitgliedern und Funktionären der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und vor allem der Linken zu beteiligen. Sorgen bereitete die Überalterung der Mitgliedschaft und der geringe Zustrom an jungen Aktiven. Obwohl die Partei „objektiv an der Seite der lernenden und arbeitenden Jugend", entwickele sie zu wenig Anziehungskraft, werde etwa in Wahlkämpfen nicht als „wirkliche Alternative zu den anderen Parteien"[22] wahrgenommen. Hoffnungsvoll stimmten Proteste wie die Bildungsstreiks, wo die DKP – an der Seite der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) – insbesondere durch technische und organisatorische Unterstützung (wie in Berlin, wo die DKP Teil der „Demoleitung"[23] war). Im Übrigen beklagte die Partei die „hysterische Debatte über den Kommunismus".[24] Kritisch setzten sich Parteirepräsentanten mit Lötzsch-Kritikern innerhalb der Linken auseinander. Sei etwa Gregor Gysis Ermahnung zu größerer Vorsicht so zu verstehen, dass man eine „gemeinsame Diskussion mit Vorsitzenden der DKP und anderen" hätte vermeiden sollen? Rolf Priemer erinnerte an eine Jahre zurückliegende gemeinsame Erklärung von PDS- und DKP-Vertretern zum „modernen Antikommunismus", derzufolge es unredlich sei, Kommunisten „als Stalinisten abzustempeln, nur weil sie meinen, die Menschheitsprobleme seien nicht lösbar ohne die Entscheidung der Macht- und Eigentumsfrage".[25]

20 Vgl. Ellen Brombacher, Bericht des Sprecherrates an die 2. Tagung der 15. Bundeskonferenz vom 20. November 2010, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderpartei dielinke/dokumente/berichtdessprecherratesandie2tagungder15bundeskonferenz/ (11. Dezember 2010).

21 Vgl. Jürgen Herold, Bericht des Bundessprecherrates an die 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz vom 19. November 2011, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/dokumente/denglaubwuerdigkeitsbonusdarfdieparteinichtverspielen/ (15. Dezember 2011).

22 Wera Richter, Überlegungen zur Jugendpolitik der DKP, 6. Tagung des Parteivorstandes, 26./27. November 2011, Essen, in: DKP-Information, Nr. 3-7, hier: S. 6.

23 Ebd.

24 Nina Hager, Aktuelle Entwicklungen unter Berücksichtigung der Vorbereitung der Theoretischen Konferenz, 3. Tagung des Parteivorstandes, 26./27. März 2011, Essen, in: DKP-Information, Nr. 1/2011, S. 3-14, hier: S. 3.

25 Rolf Priemer, Debatte über Alternativen nimmt zu, in: Unsere Zeit vom 21. Januar 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 2: Linksextreme Organisationen, 2009-2011

	2009		2010		2011	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Neben-organisationen	41	25.300	41	25.800	41	25.000
hiervon DKP		4.000		4.000		4.000
MLPD		2.000		2.000		2.000
RH		5.300		5.400		5.600
Beeinflusste Organisation	15		14		14	
Gewaltbereite Linksextremisten	65	6.600	60	6.800	60	7.100

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2010 und 2011.

Anders argumentierte die *Rote Fahne*, das Parteiorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD). Der Stalinismusvorwurf wurde nicht abgelehnt, weil er die Position der Kritisierten verfehle, sondern weil damit der Person Stalins (und daneben Mao Tse-tungs) „die Verantwortung für die Opfer verschiedenster Hungersnöte genauso wie für alle Toten der von den Imperialisten angezettelten Bürger- und Interventionskriege sowie des II. Weltkriegs" untergeschoben werde. Damit wolle man nur von den „wirklichen Verbrechen der Restauration des Kapitalismus" nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und dem damit verbundenen „Verrat am Sozialismus", der Etablierung der „abgrundtief massenfeindlichen Stasi-Diktatur in der DDR"[26], ablenken. Der Mitgliederstand der MLPD blieb im Berichtsjahr in etwa konstant (Ende 2011: 2.000). Die Partei konnte sich trotz ausbleibender Mittel aus staatlicher Parteienfinanzierung über eine solide Kassenlage freuen: Zwei private Gönner überwiesen mehr als 200.000 Euro, und eine Spendenkampagne, u.a. zugunsten der 2010 unter der Schirmherrschaft der Partei gegründeten Internationalen Koordination revolutionärer Parteien und Organisationen (ICOR), brachte beträchtliche Einnahmen.[27]

Die organisatorisch hochgradig zersplitterten Trotzkisten mit ihren rund 20 internationalen Dachverbänden stimmten in einem Punkt mit der Kommunismus-Analyse der MLPD überein: Die DDR galt ihnen ohne Wenn und Aber als Diktatur – allerdings als eine „stalinistische", womit eine grundlegende Differenz sichtbar wurde. Lucy Redler, für die Sozialistische Alternative (SAV) Mitglied im Berliner Landesverband der Lin-

26 „Kommunismus – das ‚verbotene Wort'??", in: Rote Fahne vom 13. Januar 2011.

27 Vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages: Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen, in: Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/8316 vom 10. Januar 2012; MLPD freut sich über zwei Großspenden und tausende kleinere Spenden, in: Rote Fahne vom 12. Januar 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ken, kritisierte denn auch an Lötzschs Äußerungen über die Wege zum Kommunismus, sie spiegelten die „nicht ganz eindeutige Haltung vieler LINKE-Funktionäre zur DDR, die sich auch im Programmentwurf der Partei widerfindet [sic], in dem einerseits ein klarer Bruch mit dem Stalinismus gefordert wird, die DDR aber gleichzeitig als ‚Sozialismusversuch' deklariert wird." Überdies seien Lötzschs Ausführungen zur notwendigen Transformation schwammig. Wer dem „alltäglichen kapitalistischen Wahnsinn" ein Ende bereiten wolle, müsse „eine umfassende Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse" einleiten, und zwar auf dem Wege der „Verstaatlichung aller Banken und der Schlüsselindustrien unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung".[28]

Die Mitgliederzahl der Roten Hilfe (RH) stieg 2011 nochmals an (Jahresende: 5.600[29]). Die Organisation bemühte sich, eine möglichst breite Klientel strafrechtlich belangter linker Aktivisten zu unterstützen. Ein typisches Beispiel: „Nach der revolutionären 1. Mai-Demo 2010 in Nürnberg (Bayern) soll ein Genosse Steine in Richtung der Polizisten geworfen und versucht haben, einen Autoanhänger in deren Richtung zu schieben. Dadurch konnte ein Polizeikessel geöffnet werden. […] Auf Anraten des Anwalts hat er dann die ihm vorgeworfenen Taten eingestanden und sich entschuldigt. […] Verurteilt wurde der Genosse wegen versuchter schwerer Körperverletzung zu zwei Wochen Dauerarrest, 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit und Schreiben eines Aufsatzes zum Thema ‚Das Demonstrationsrecht und seinen Grenzen'. Die Rote Hilfe e.V. übernimmt 30 Prozent der Anwaltskosten und überweist dem Genossen 183,10 Euro."[30]

Delikte am Rande des Demonstrationsgeschehens bildeten – wie in den Vorjahren – das Gros der im Rahmen des Erfassungssystems „Politisch Motivierte Kriminalität" registrierten Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. Die hohe Zahl der Gewaltdelikte erklärt sich im Wesentlichen aus dem Anstieg der Straßenproteste im Berichtsjahr. Typisch ist der hohe Anteil der Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte (siehe Tabelle 3). Auch Körperverletzungen wurden meist am Rande von Demonstrationen verübt – in der Regel aus der Distanz (Stein-, Flaschenwurf etc.). Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr stieg weiter an – u.a. als Folge des Wiederauflebens der Proteste gegen Transporte mit atomarem Abfall („Castor schottern"[31]). Ein erheblicher Teil der linksextremistisch motivierten Gewalttaten entfiel auf Konfrontationen mit dem politischen Gegner. Der Anteil der Gewalttaten von Linksextremisten gegen (angebliche) Rechtsextremisten blieb mit rund 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant.

28 Lucy Redler, Gesine Lötzschs Wege zum Sozialismus (7. Januar 2011), unter: http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=4046&ds=print.htm (18. Januar 2011).

29 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 167.

30 Rote Hilfe 37 (2011), H. 4, S. 7.

31 Interventionistische Linke, Kampagne Castor Schottern, unter: http://www.dazwischengehen.org/print/412 (15. Januar 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2009-2011

	2009	2010	2011
Tötungsdelikte	7	4	3
Sprengstoffanschläge	4	5	6
Brandanschläge	113	81	83
Körperverletzungen	502	541	583
Raubüberfälle	23	15	13
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	444	260	407
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	18	34	59
Freiheitsberaubung	2	0	1
Erpressung	2	4	3
Gewalttaten insgesamt	1.115	944	1.157

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2010 und 2011.

Das Demonstrationsgeschehen bildete auch 2011 einen Schwerpunkt der Szeneaktivitäten. In Berlin zogen am „revolutionären 1. Mai" unter dem Motto „Für die soziale Revolution weltweit!" an die 9.300 Personen durch die Stadtteile Kreuzberg und Neukölln. „Entlang der Aufzugsstrecke wurden mehrere Bank- und Einzelhandelsfilialen, Einsatzfahrzeuge der Polizei sowie ein Polizeigebäude mit Steinen beworfen. Der Anmelder beendete den Aufzug schließlich vorzeitig. Im weiteren Verlauf zog eine größere Ansammlung von Teilnehmern der aufgelösten Veranstaltung bis zum Hermannplatz, wo sie durch die Polizei aufgehalten wurden. Hier kam es zu massiven Stein- und Flaschenwürfen auf Einsatzkräfte sowie zum Abbrennen von Pyrotechnik."[32]

Das Entzünden von „Nobelkarossen" galt auch 2011 in einigen Großstädten als „Volxsport". Allerdings war ein beträchtlicher Teil davon nicht politisch motiviert (Vandalismus, Versicherungsbetrug etc.). Wo linksextremistische Gruppenzusammenhänge erkennbar wurden, kamen die Täter meist aus der (in sich heterogenen) Autonomen-Szene, der die Verfassungsschutzbehörden bundesweit rund 6.400 (2010: 6.200) Personen zurechneten.[33] Autonome Gruppenzusammenhänge waren in den meisten Groß- und Universitätsstädten aktiv, untereinander aufgrund vorherrschender Organisationsscheu meist nur lose verbunden. Das wichtigste Bindemittel bildeten überregional genutzte Printmedien (*Interim*, *radikal*) und Internetforen (wie „linksunten.indymedia.org"). In Berlin mit der bundesweit stärksten Szene (Ende 2011 rund 950 Aktive) fanden

32 Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 141.

33 Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 123.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nahezu monatlich Autonome Vollversammlungen (AVV) statt, deren Beispiel auf andere Länder ausstrahlte. Diese konnten jedoch die szenetypische Zersplitterung nicht eindämmen. So war die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) von Zerfallstendenzen bedroht.[34] Eine „Scharnierfunktion" zwischen Autonomen und anderen linksextremen Szenezusammenhängen erfüllten Vereinigungen wie die bundesweit vernetzte Interventionistische Linke (IL) und das in Norddeutschland verbreitete AVANTI – Projekt undogmatische Linke (AVANTI).[35]

Praktische wie theoretische Beiträge zur „Militanzdebatte" leistete die unter diesem Namen seit Dezember 2009 bekannten Revolutionären Aktionszellen (RAZ). „Staatsschutzprozesse gegen vermeintliche Angehörige klandestin militanter Gruppierungen und revolutionärer Bewegungen aus dem In- und Ausland, Razzien gegen linke Buchläden, Kriminalisierung linker Medien (radikal, interim und prisma), Spitzelwesen und Häuserräumungen sowie die Beugehaftandrohungen gegen ehemalige Mitglieder der RAF" nahm die Gruppe zum Anlass, um dem Bundesinnenminister, dem stellvertretenden Generalbundesanwalt und zwei Extremismusforschern Drohbriefe mit einer 8mm-Patrone zu übersenden.[36] Als Beiträge zur Mobilisierung am 1. Mai verstand die Gruppe zwei Brandanschläge in Berlin Ende April – auf das Zentrale Mahn-Gericht Berlin-Brandenburg und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am Köllnischen Park.[37] In einem theoretischen Beitrag zum Kölner Autonomenkongress (Mitte Juni) plädierte die Gruppe für eine „organisierte klandestine Militanz" zur Erlangung größerer „Massenakzeptanz". Dazu bedürfe es einer „Förderung des Räte-Gedankens, der Basis der Schaffung einer egalitären und libertären Gesellschaftsform." Szeneinterne Kritik am „Militarismus" militanter Praxis wies sie mit Nachdruck zurück. Dieser Vorwurf sei absurd, wenn die „Fähigkeit zum Militärischen" fehle. Das Kriterium für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges sei letztlich die soziale Resonanz, wobei die neuen Kommunikationstechnologien noch effektiver zu nutzen seien. Wie Entwicklungen in Spanien und Griechenland zeigten, sei es vom „vereinzelten Funkenschlagen bis zum aufständischen Flächenbrand" „in bestimmten Perioden nur ein kurzer Weg".[38]

In der Szene schwieriger zu vermitteln waren Brandanschläge auf Gleisanlagen der Deutschen Bahn AG in Berlin, die offenbar linksextremistische Kleingruppen unter den Namen eruptiver isländischer Vulkane („Hekla", „Eyafjallajökull") verübten.[39] Beson-

34 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Der 1. Mai 2012. Autonome am Scheideweg, Berlin 2012, S. 14.

35 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 136-141.

36 Vgl. Pressekommunique der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) vom 24. März 2011, unter: https://linksunten.indymedia.org/de/node/36197 (28. März 2011).

37 Vgl. Kommuniqué der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) vom 28. April 2011, unter: https://linksunten/indymedia.org/de/print/38351 (3. Mai 2011).

38 Depesche, Autonomenkongress: Ein Beitrag der RAZ, unter: https://linksunten.indymedia.org/de/print/41674 (12. Juli 2011).

39 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 105 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ders im Mai, Oktober und November führten die Sabotageakte zu erheblichen Beeinträchtigungen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr und zu verbreitetem Unmut bei den betroffenen Menschen, die wenig Neigung zeigten, den ideologischen Windungen der Attentäter zu folgen. Die Anschläge zielten nicht auf das Unternehmen, sondern sollten in erster Linie ein Signal setzen, im Falle der Anschläge vom 10. Oktober gegen den Krieg in Afghanistan: „Deutsche Soldaten morden weltweit. Seit 10 Jahren führt die Bundeswehr Krieg in Afghanistan – ohne Zustimmung der Bevölkerung. Anlass genug, dass heute nichts so richtig funktioniert. Wir sorgten heute Morgen für eine Entschleunigung der Hauptstadt als Global Player des Rüstungsexportes." Immerhin war die Gruppe insofern um Vermittelbarkeit bemüht, als der modus operandi die Gefährdung von Menschenleben ausschließen sollte. Daher bestehe kein Anlass, die „Terrorismuskeule" zu schwingen: „Denn terroristisch ist, wer Waffen baut, Geld daran verdient und beabsichtigt, Menschen damit umzubringen oder umbringen zu lassen."[40]

3. Rechtsextremismus

Wie in den Vorjahren behauptete die NPD 2011 ihre Position als stärkste Formation am rechten Rand des politischen Spektrums – gleichsam als „Einäugige unter Blinden", denn ihre Leistungsbilanz fiel, vom erfolgreichen Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (mit rückläufigem Stimmenanteil) abgesehen[41], auf nahezu allen Ebenen zunehmend negativ aus. Der Anfang 2012 vom Deutschen Bundestag veröffentlichte Finanzbericht für das Jahr 2010 demonstrierte en détail, in welch prekärer Situation sich die Bundespartei und viele Landesverbände befanden. Die Gesamtpartei wies ein Defizit von rund 414.000 Euro aus. Dies bedeutete zwar gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verringerung (u.a. infolge niedriger Wahlkampkosten im wahlarmen Jahr 2010); jedoch war sie nicht in der Lage, die Einnahmeverluste infolge sinkender Zuwendungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden zu kompensieren. Ohne das Gewicht einiger vergleichsweise starker Landesverbände (Bayern, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) wäre die Gesamtbilanz noch desaströser ausgefallen. In welchem Maße die NPD aus der öffentlichen Hand lebte, zeigte der Anteil staatlicher Mittel: rund 39 Prozent.[42] Wegen fehlerhafter Rechenschaftslegung schwebte über ihr das Damoklesschwert von Strafzahlungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro, derer sie sich in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht zu erwehren suchte.

40 Hekla, Presseerklärung zu den Brandanschlägen auf Bahn und Telekommunikation wegen 10 Jahre Afghanistan (10. Oktober 2011), unter: https://linksunten.indymedia.org/de/print/48377 (10. November 2011).

41 Vgl. Jesse (FN 5).

42 Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2010, 2. Teil, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/8551 vom 14. Februar 2012, S. 33.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Partei wies für das Jahr 2010 6.376 Mitglieder aus. Infolge des Zusammenschlusses mit der Deutschen Volksunion (DVU) zum 1. Januar 2011 hätte die NPD eigentlich über 9.000 Mitglieder haben müssen. Doch auf dem Neuruppiner Parteitag im November war lediglich von 6.000 (zahlenden) Mitgliedern die Rede.[43] Offenbar hatte die Fusion den Mitgliederrückgang nicht ausgeglichen. Dies lag zum einen vor allem an der abnehmenden Anziehungskraft der NPD, zum anderen an der Natur des Zusammenschlusses. Die DVU verfügte nur über wenige aktive Parteimitglieder, von denen noch dazu viele nicht bereit waren, den Weg in die NPD zu gehen. Das juristische Ringen um die Rechtsgültigkeit der Fusion war auch Ende 2011 noch nicht beendet. Der Drahtzieher des Vereinigungskurses auf Seiten der DVU, Matthias Faust, kandidierte im Mai erfolglos als NPD-Spitzenkandidat für die bremische Bürgerschaft und wurde auf dem Bundesparteitag in Neuruppin (12. November) nicht im Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden bestätigt – ein Indiz für die geringe Bedeutung der aus der DVU in die NPD gekommenen Aktiven.[44]

Wichtiger war die Neubesetzung des Bundesvorsitzes. Was dem mecklenburg-vorpommerschen NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs 2009 nicht gelungen war, glückte seinem sächsischen Kollegen und Verbündeten Holger Apfel (geb. 1970 in Hildesheim) zwei Jahre später: In einer Kampfabstimmung konnte er den amtierenden Bundesvorsitzenden Udo Voigt mit 126 gegen 85 Stimmen ablösen.[45] Der Verfechter eines „sächsischen Weges" kündigte strategische Kurskorrekturen an, keinen politischen Richtungswechsel. Die Zusammenarbeit mit kooperationsfähigen „freien Kräften" wolle er fortsetzen, sich aber von jenen deutlich abgrenzen, die auf „pubertäre Bambule mit der Antifa oder der Polizei"[46] setzten. Es gehe ihm nicht um „eine Aufweichung unserer politischen Inhalte", wie sie in Bamberg 2010 im neuen Parteiprogramm formuliert worden seien: „Wichtig ist vor allem die Außendarstellung, die Verbesserung unseres Erscheinungsbildes, mit dem Ziel, breitere Wählerschichten zu erreichen. Wir wollen in Zukunft spürbar den Medienklischees entgegenwirken und uns noch stärker als Kümmererpartei profilieren. Das gelingt uns nur, wenn wir Vertrauen schaffen, wenn wir nicht als Sektierer oder Bürgerschreck auftreten. Wir wollen interessant und unkonventionell sein. Wir wollen anecken, provozieren und herausfordern. Wir wollen aber keine Schlachten der Vergangenheit schlagen oder ständig mit Assoziationen zu vorgestern aufmerksam machen, sondern eine von frischem Wind getragene nationalistische Anti-Globalisierungspartei sein."[47] Neben dem Kernthema „Überfremdung" wolle die Partei

43 Vgl. Marc Brandstetter, Gescheitert: Die vorläufige Bilanz der Parteifusion von NPD und DVU, in: Endstation rechts vom 31. Januar 2012.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Marc Brandstetter, Die NPD unter Apfel: Neue Führung, neuer Kurs?, in: Endstation rechts vom 24. November 2011.

46 „Volksnah und zukunftsorientiert". Holger Apfel im Interview mit Karl Richter, in: Deutsche Stimme vom 22. Dezember 2011.

47 Holger Apfel, Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen (18. November 2011), unter: http://www.holger-apfel.de/index.php?s=2&aid=227 (2. Dezember 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

unter seiner Führung den Einzug in das Europaparlament im Jahr 2014 vorbereiten und anlässlich der Finanz- und Währungskrise den Austritt aus dem Euro zum zentralen Wahlkampfthema machen.

Tabelle 4: Rechtsextreme Organisationen, 2009-2011

	2009		2010		2011	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
„Subkulturelle“	1	9.000	1	8.300	2	7.600
Neonationalsozialisten	132	5.000	153	5.600	157	6.000
NPD		6.800		6.600		6.300
DVU		4.500		3.000		1.000
Sonstige	60	2.500	63	2.500	64	2.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2010 und 2011.

Auf diesem Feld sah sich die NPD der Konkurrenz der gemäßigteren Republikaner (REP) gegenüber, die gegen den „Demokratiekiller Euro“[48] zu Felde zogen. Sie setzten im Berichtsjahr ihren Kooperationskurs mit den „Bürgerbewegungen“ Pro Köln, Pro NRW, Pro Deutschland fort, was vor allem im nordrhein-westfälischen Landesverband zu Konflikten führte. Im Mai verließ die langjährige Landesvorsitzende Ursula Winkelsett die Partei. Bereits im Februar hatten die Repräsentanten von REP und Pro-Bewegung, Markus Beisicht und Rolf Schlierer, gegenseitige Wahlkampfhilfe, koordiniertes Antreten bei Wahlen auf Landesebene und die gemeinsame Organisation des europäischen Volksbegehrens gegen einen EU-Beitritt der Türkei vereinbart. Auch beim Kampf gegen die – angeblich – drohende „Islamisierung“ Deutschlands wollten beide Gruppierungen zusammenwirken – mit dem großen „Ziel am Ende des Weges“ einer gemeinsamen „Partei für alle seriösen Patrioten in Deutschland“.[49] Im Mai nahmen die REP an dem von Pro NRW organisierten „Marsch für die Freiheit“ in der Kölner Innenstadt teil. Die Vorsitzenden der deutschen Partnerorganisationen sprachen neben Vertretern anderer europäischer Rechtsaußenparteien wie Filip Dewinter vom Vlaams Belang (VB), Susanne Winter und Wolfgang Jung von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und dem Elsässer Jacques Cordonnier vom Bloc identitaire.

Die Euro- und Islamisierungskampagnen verschafften den Pro-Bewegungen einen gewissen Mitgliederzustrom. Wies Pro Deutschland zum Jahresbeginn lediglich 256 Mitglieder aus[50], waren es am Jahresende nach eigenen Angaben bereits über 1.000. In

48 „Demokratiekiller Euro“, in: Neue Republik, Nr. 5 vom Juli 2011, S. 1.

49 „Das Ziel ist eine gemeinsame Partei für alle seriösen Patrioten in Deutschland“, REP-Pressemitteilung Nr. 6 vom 7. Februar 2011.

50 Vgl. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2010 (FN 42), S. 241.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mehreren Großstädten und Bundesländern (Berlin, Chemnitz, Heilbronn, München; Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen) waren Pro-Ableger aktiv. Damit schienen sie gegenüber den REP aufzuholen, die Anfang 2011 knapp 6.000 Mitglieder hatten.[51] Einen Rückschlag bedeutete der Parteiaustritt des deutsch-schwedischen Unternehmers Patrik Brinkmann (Gründer der inzwischen aufgelösten Kontinent Europa Stiftung), der im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010 mit einer Einzelspende in Höhe von 20.000 Euro für Pro NRW firmierte.[52] Brinkmann hatte sich – nach Durchgangsstationen bei NPD und DVU[53] – 2010 der Pro-Bewegung angeschlossen, noch im Frühjahr 2011 als Kontaktmann zu anderen islamkritischen Parteien in Europa und als Spiritus rector des strategisch geschickten Schulterschlusses europäischer Islamophober mit Repräsentanten israelischer Rechtsaußenformationen fungiert.[54] Seinen Rücktritt vom Berliner Landesvorsitz von Pro Deutschland begründete er mit der Person eines neu nominierten Spitzenkandidaten für den Bezirk Berlin-Mitte: „Ich habe immer gesagt, dass es für mich wichtig ist, eine moralische Haltung in die Politik einzubringen. Dazu gehört jede Art von Dekadenz, von Unterstützung des Nationalsozialismus und Antisemitismus abzulehnen. Alexander Schlesinger verstößt gegen alle Kriterien. Ich wusste von diesen Dingen nichts. Manfred Rouhs hat mich offenbar bewusst falsch informiert. Damit ist jede Grundlage für eine Zusammenarbeit entzogen."[55] Schlesinger stellte „als bekennend homosexueller Ex-NPD-ler, der aus einer jüdischen Familie stammt, sicher eine Kombination mit Seltenheitswert"[56] dar.

Weder REP noch Pro-Bewegung mussten sich Meldungen über Verbindungen zu gewaltgeneigten Szenen erwehren. Die NPD hingegen war mit NS-affinen Gruppierungen verflochten und geriet in die Schlagzeilen, nachdem die Polizei am 4. November in einem Wohnmobil bei Eisenach zwei aus der thüringischen Neo-NS-Szene bekannte Männer, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, tot aufgefunden hatte. Im Wohnmobil wurden die Dienstwaffen zweier Heilbronner Polizisten sichergestellt, auf die im April 2007 ein tödlicher Anschlag verübt worden war. Mit einer Pistole, die Sicherheitskräfte in der Wohnung der Männer in Zwickau entdeckten, war in den Jahren 2000 bis 2006 eine Mordserie u.a. an Besitzern von Döner-Imbissbuden verübt worden.[57] Wenige Tage

51 Vgl. ebd., S. 103.
52 Vgl. ebd., S. 185.
53 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 119.
54 Vgl. Jean-Yves Camus, Contre l'islam. L'extrême droite européenne avec Israel, in: Rue89 vom 23. Dezember 2010; Heiko Klare/Bernhard Steinke/Michael Sturm, Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus"?, in: Hagalil.com vom 27. April 2011.
55 „Patrik Brinkmann tritt von Pro-Ämtern zurück", unter. http://www.pi-news.net/2011/03/patrik-brinkmann-tritt-von-pro-amtern-zuruck/ (19. April 2011).
56 „Interview mit Alexander Schlesinger", unter: http://www.pi-news.net/2011/04/interview-mit-alexander-schlesinger-pro-berlin/ (5. Mai 2011).
57 „Bundesanwaltschaft übernimmt Ermittlungen wegen des Mordanschlags auf zwei Polizisten in Heilbronn sowie der bundesweiten Mordserie zum Nachteil von acht türkischstämmigen und einem griechischen Opfer, Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 35 vom 11. November 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

später stellte sich die Gefährtin der beiden Männer, Beate Zschäpe. Gegen sie wurde Haftbefehl wegen des Verdachts der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Mord und versuchtem Mord sowie der schweren Brandstiftung“ erlassen. Sie habe „im Jahr 1998 gemeinsam mit den am 4. November 2011 verstorbenen Uwe B. und Uwe M. eine rechtsextremistische Gruppierung begründet […], die sich zuletzt als ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ bezeichnete.“ Ihr Ziel habe darin bestanden, „aus einer fremden- und staatsfeindlichen Gesinnung heraus vor allem Mitbürger ausländischer Herkunft zu töten“. Insgesamt neun Menschen, acht türkischer, einer griechischer Herkunft, seien ihr in Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund und Kassel zum Opfer gefallen. Beate Zschäpe habe nach dem Tod ihrer Gefährten die gemeinsame Wohnung in Brand gesetzt, um „Beweismittel zu vernichten“ und „ihre Beteiligung an der ‚NSU‘ und die Gewalttaten der terroristischen Vereinigung zu verdecken.“[58]

Personelle Verbindungen zur NPD gerieten rasch in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Genannt wurde u.a. Ralf Wohlleben, „der als aktives NPD-Mitglied zugleich ein Verbindungsglied zwischen Rechtsterror und rechtsextremer Partei gewesen sein könnte“. Angeblich habe er „gemeinsam mit einem anderen Rechtsextremen in Altlobeda […] ein Wirtshaus gekauft […], das als Treffpunkt der örtlichen Szene diente und den Namen ‚Braunes Haus‘ […] trägt. Der Mann wird verdächtigt, beim Untertauchen 1998 einer der ersten Helfer der Gruppe gewesen zu sein, möglicherweise auch einer derjenigen, die Geld bei sogenannten ‚Solidaritätskonzerten‘ der rechten Szene bei Böhnhardt, Mundlos und Beate Z. sammelten.“[59] Am 29. November wurde Wohlleben in Jena von Beamten des thüringischen Landeskriminalamtes verhaftet. Er sei dringend verdächtig, der Terrorgruppe NSU „2001 und 2002 eine Schusswaffe nebst Munition verschafft zu haben“.[60] Die neu gewählte NPD-Führung distanzierte sich zwar eilends von „den abstoßenden Taten des Kriminellen-Trios“ und erklärte, „dass sie Terrorismus und Gewalt jedweder politischer Richtung ablehnt und aufs Schärfste verurteilt“[61], konnte damit aber die Wiederbelebung der Diskussion um ein Verbot der Partei nicht verhindern.

58 „Haftbefehl gegen die Brandstifterin von Zwickau wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU)“, Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 37 vom 13. November 2011.

59 Peter Carstens, Mit viel Hilfe von den Kameraden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 2011, S. 4.

60 „Weitere Festnahme im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Mitglieder und Unterstützer der terroristischen Vereinigung ‚Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘“, Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 41 vom 29. November 2011.

61 NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, NPD-Fraktion verurteilt jegliche Form des Terrorismus und fordert Aufklärung über geheimdienstliche Verstrickungen in Sachen “Döner-Morde”, Meldung vom 14. November 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2009-2011

	2009	2010	2011
Tötungsdelikte	6	6	5
Sprengstoffanschläge	0	2	0
Brandanschläge	18	29	20
Körperverletzungen	738	638	640
Raubüberfälle	16	7	12
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	101	72	66
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	4	4	6
Freiheitsberaubung	3	0	2
Erpressung	5	3	4
Gewalttaten insgesamt	891	762	755

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2010 und 2011.

Im Jahr 2011 registrierte die Kriminalpolizei im Rahmen des Erfassungssystems „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) insgesamt 755 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.[62] Wie in den Vorjahren blieb der Anteil der Körperverletzungen (rund 84 Prozent) außerordentlich hoch; das Gros der Taten wurde ohne umfangreichen planerischen Vorlauf, aus der Situation heraus, oft unter Alkoholeinfluss emotionalhassgeladen verübt. Wenn überhaupt, ließen sich die Täter meist nur losen Cliquen-Strukturen zuordnen. Dem gemeinschaftlichen Musikkonsum (mit bevorzugten Stilrichtungen wie Rap, Black Metal, Hatecore) kam wie in den Vorjahren überragende Bedeutung zu. Die Zahl der von den Verfassungsschutzbehörden registrierten Konzerte mit rechtsextremistischen Bezügen (131) entsprach nahezu der des Vorjahres. Das mit rund 1.500 Besuchern größte fand im Rahmen des Pressefestes des NPD-Verlages *Deutsche Stimme* am 1. Juli 2011 in Jänkendorf (Sachsen) statt. „Dort traten Bands und Liedermacher aus Deutschland, Ungarn und Schweden auf. Ausschlaggebend für die hohe Besucherzahl dürfte vor allem der Auftritt der in der Szene populären Musikgruppe ‚Die Lunikoff Verschwörung‘ (Berlin) gewesen sein.“[63] Der 2009 und 2010 erkennbare Trend setzte sich fort: Während die Zahl der „subkulturellen Rechtsextremisten“ auf rund 7.600 zurückging (u.a. als Folge des Bedeutungsverlusts der Skinheads), stieg die der NS-affinen Gruppierungen auf rund 6.000 Personen an.

Hierzu zählten auch die Freien Kräfte Teltow-Fläming, die der brandenburgische Innenminister im April 2011 verbot. Die von 2007 an unter diesem Namen aktive, zu-

62 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 28.
63 Vgl. ebd., S. 92.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

letzt ca. 50 Personen umfassende Vereinigung verbreitete ihre rassistische und verfassungsfeindliche Ideologie überwiegend bei Heranwachsenden und Minderjährigen: „Dafür erstellten und verbreiteten sie eine Vielzahl von szeneüblichen Propagandamaterialien wie Plakate, Flugblätter oder Aufkleber und betreuten mehrere Internetseiten. Auch schreckten sie nicht vor Sachbeschädigungen zurück, um dumpfe Parolen zu hinterlassen. Sie traten besonders kompromisslos für die Verbreitung ihrer Ideologie ein und waren auf breiter Front zu einer direkten Konfrontation mit politischen Gegnern bereit."[64]

Zu den letzten, auf Bundesebene seit vielen Jahren fest organisierten Vereinigungen der NS-affinen Szene gehörte die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), die der Bundesinnenminister im September 2011 verbot. Vorausgegangen war bereits im Vorjahr eine Durchsuchungsaktion, bei der umfangreiche Beweismaterialien sichergestellt worden waren. Die Auswertung gelangte zu folgendem Ergebnis: „Unter dem Motto ‚Drinnen wie draußen eine Front' bestärkt die HNG unter dem Deckmantel einer vermeintlich karitativen Betreuung von Strafgefangenen inhaftierte Rechtsextremisten in ihrer nationalistischen Überzeugung und motiviert sie, in ihrem ‚Kampf gegen das System' fortzufahren. Demnach ist es gerade nicht ihr Ziel, straffällig gewordene Rechtsextremisten zu resozialisieren, sondern im kriminellen rechtsextremistischen Spektrum dauerhaft zu verankern."[65]

Im Mittelpunkt der Szeneaktivitäten stand auch im Jahr 2011 der Straßenprotest. Ein zentrales Ereignis bildete erneut der „Trauermarsch" anlässlich der Bombardierung Dresdens vom Februar 1945, an dem Aktive aus dem In- und Ausland teilnahmen. Jedoch wurde die Mobilisierungswirkung der Vorjahre nicht erreicht: An der Demonstration am 19. Februar 2011 nahmen rund 3.000 (2010: 6.400) Rechtsextremisten teil – „sowohl aus dem neonazistischen Spektrum, als auch aus der NPD, wie die Landesvorsitzenden von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Holger Apfel und Udo Pastörs".[66] Zu den Teilnehmern der Kundgebung zählten Autonome Nationalisten, die von ihren linksmilitanten Kontrahenten äußerlich kaum zu unterscheiden waren. Sie gewannen innerhalb der NS-affinen Szene weiter an Einfluss. In Berlin provozierten sie mit einer „Ausländer raus-Kampagne" Medien-Resonanz, strebten zudem nach Anschlussfähigkeit an populäre Protestthemen, indem sie sich etwa im Januar 2011 „unter eine zivilgesellschaftliche Demonstration gegen Gentechnik und Massentierhaltung"[67] mischten und Plakate gegen das bei Juden wie Muslimen übliche Schächten zeigten.

64 Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2011, Potsdam 2012, S. 40.

65 Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 21. September 2011.

66 Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 48.

67 Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz, „Ausländer raus-Kampagnen" der „Autonomen Nationalisten" (AN), Berlin 2011, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine neue Aktionsform der NS-affinen Szene bildeten erstmals vom Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ praktizierte unangemeldete, meist nächtliche Fackelmärsche Maskierter, deren Öffentlichkeitswirkung durch das nachträgliche Einstellen professioneller Verfilmungen ins Internet (unter dem Kampagnentitel „Die Unsterblichen“) verstärkt wurde. Ein erster Fackelmarsch fand in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 2011 in Bautzen (Sachsen) statt, an dem etwa 150 bis 200 Personen teilnahmen: „Die Teilnehmer verbargen ihre Gesichter hinter weißen Masken und Kapuzenpullovern. Regelmäßig setzen die Teilnehmer Feuerwerkskörper und Böller ein, um vor Ort Aufmerksamkeit zu erregen. Ebenso skandieren sie, oftmals unter Zuhilfenahme eines Megafons, lautstark szenetypische Parolen. Damit einher geht also eine massive Störung der nächtlichen Ruhe. Anschließend wurde ein Video des Aufmarsches ins Internet gestellt, um weitere Öffentlichkeitswirksamkeit herzustellen. Neonationalsozialisten aus mehreren Bundesländern übernahmen diese Aktionsform.“[68]

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Das Feld des politisch-religiösen Fundamentalismus wurde wie in den Jahren zuvor von den nach einem Gottesstaat strebenden Islamisten beherrscht. Islamische Extremisten stellten unter den 4 bis 4,5 Mio. in Deutschland lebenden Muslimen[69] eine kleine, wenn auch sehr aktive, Minderheit dar. Sie waren zudem untereinander vielfach heftig zerstritten und in ihrer überwältigenden Mehrheit auf die Konfliktherde ihrer Heimatländer fixiert. Obwohl es sich überwiegend um ein durch Immigration entstandenes, vom autochthonen politischen Spektrum weithin isoliertes Phänomen handelte, stieg die Bedeutung von Konvertiten in radikalisierten Gemeinschaften. Das galt besonders für den Bereich des internationalen jihadistischen Terrorismus, von dem – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan – nach Einschätzung der Behörden die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland ausging. Wie sich die Tötung des Drahtziehers der Attentate vom 11. September 2001, des Al Qaida-Gründers und -Anführers Osama Bin Laden, am 2. Mai 2011 durch eine US-Elite-Einheit in einem Anwesen nahe der pakistanischen Stadt Abbottabad[70] auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken würde, war schwer absehbar. Interpol ging von einer weltweit erhöhten Terrorgefahr aus.[71]

Dass Deutschland auch ohne diese Umstände zu den vom internationalen Jijadismus besonders gefährdeten Ländern zählte, war der Öffentlichkeit wenige Tage zuvor vor

68 Land Brandenburg/Ministerium des Innern (FN 64), S. 20.
69 Im Jahr 2009; Erhebung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Deutsche Islamkonferenz, unter: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/72321/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-muslime-in-deutschland-seit-1945/ (12. Mai 2012).
70 Vgl. Christine Fair, The bin Laden aftermath, in: Foreign Policy vom 5. April 2011.
71 Vgl. AFP-Meldung vom 2. Mai 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Augen geführt worden, als Beamte des Bundeskriminalamts und der Antiterror-Einheit GSG 9 in Düsseldorf und Bochum drei mutmaßliche Al Qaida-Mitglieder festgenommen hatten. Die Sicherheitsbehörden waren der in den Medien meist als Düsseldorfer Zelle bezeichneten Gruppe aufgrund ihres ungewöhnlichen Reiseverhaltens auf die Spur gekommen.[72] Die Bundesanwaltschaft sah das Agieren der Gruppe in engem Zusammenhang zu den Planungen der Al Qaida-Führung in Afghanistan, die seit Anfang 2010 das Ziel verfolgt habe, „in Europa Terroranschläge zu verüben. Zu diesem Zweck hat sie geeignete Personen zu Attentätern ausgebildet und damit beauftragt, Sprengstoff- und Schusswaffenanschläge in europäischen Ländern zu begehen." Einer der Beschuldigten, Abdeladim El-K., sei nach einer Ausbildung im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet nach Deutschland mit dem Auftrag zurückgekehrt, einen Sprengstoffanschlag zu verüben. Zum Zeitpunkt der Festnahme hatten El-K. und weitere Gruppenmitglieder bereits mit der Herstellung von Sprengsätzen begonnen und „sich mit den Sicherheitsvorkehrungen an öffentlichen Gebäuden, Flughäfen und Bahnhöfen"[73] befasst. Anfang Dezember gelang die Festnahme eines weiteren Verdächtigen. Der 27-jährige deutsche Staatsangehörige Halil S. sei als Mitglied der „Düsseldorfer Zelle" vor allem „für die finanzielle und logistische Absicherung des Attentats" verantwortlich gewesen und habe in diesem Zusammenhang „bis Mitte April 2011 die Namen und Kontodaten von 45 Personen für Betrugstaten zur Finanzierung der Al Qaida-Zelle besorgt".[74] Auch nach der Festnahme seiner Mitstreiter habe er die Terrorpläne der Gruppe weiterverfolgt.

Offenbar ohne jegliche organisatorische Einbindung agierte der aus dem Kosovo stammende 22-jährige Arid Uka, der am 2. März 2011 am Frankfurter Flughafen mit einer Pistole das Feuer auf US-Soldaten eröffnete, die in einem Bus auf den Weitertransport zur Luftwaffenbasis Ramstein und von dort in den Einsatz nach Afghanistan warteten. Zwei Soldaten wurden getötet und zwei weitere schwer verletzt. Uka versuchte zu flüchten, wurde jedoch von Soldaten verfolgt und konnte im Flughafengebäude festgenommen werden. Wie sich später zeigte, war Uka von jihadistischer Propaganda aus dem Internet fanatisiert: „Auf seinen Rechnern und seinem iPod fanden die Ermittler hunderte dschihadistischer Dateien, darunter Vorträge des Radikalenpredigers Anwar al-Awlaki und eine deutsche Übersetzung des Buchs ‚Die Verteidigung der muslimischen Länder' vom Bin-Laden-Mentor Abdallah Azzam."[75] Uka stand unter dem Einfluss der zunehmenden Propagandaaktivitäten einer salafistischen, vom saudi-arabischen Wahhabismus beeinflussten, radikalen Gemeinschaft, der die Verfassungsschutzbehörden Ende 2011 rund 3.800 Anhänger in Deutschland zurechneten.[76] Der von ihm

72 Vgl. „Flugdaten führten Fahnder zur ‚Düsseldorfer Zelle'", in: Spiegel Online vom 6. Mai 2011.
73 „Festnahme dreier mutmaßlicher Mitglieder der Al-Qaida", Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 18 vom 30. April 2011.
74 „Festnahme eines weiteren mutmaßlichen Mitglieds der Düsseldorfer Al Qaida-Zelle", Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 44 vom 8. Dezember 2011.
75 Wolf Schmidt, Höchststrafe für US-Soldaten-Mord, in: die tageszeitung vom 10. Februar 2012.
76 Bundesamt für Verfassungsschutz, Salafistische Bestrebungen in Deutschland, Köln 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ohne deren Mittun ausgeführte Anschlag war nach dem 11. September 2001 der erste erfolgreiche in Deutschland mit tödlichen Folgen.

Unterstützer internationaler Jihadisten und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen bildeten unter den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten islamischen Extremisten eine kleine Minderheit. Die Ende 2011 auf 38.080 (Ende 2010: 37.470) veranschlagten Mitglieder islamistischer Vereinigungen beachteten in ihrer großen Mehrheit die Grenzen der Legalität. Mit 32.270 Personen überwogen unverändert Islamisten türkischer Herkunft.[77]

Die mitgliederstärkste Organisation in diesem Segment blieb die in der Türkei verbotene, in Deutschland gewaltfrei agierende Vereinigung Millî Görüş (IGMG), der rund 31.000 Mitglieder in mehr als 320 Moschee- und Kulturvereinen zugerechnet wurden.[78] Die nach wie vor enge geistige Anbindung an die türkische Saadet Partei (SP) zeigte sich anlässlich des Todes des Millî Görüş-Gründers und langjährigen Anführers Prof. Necmettin Erbakan am 27. Februar 2011. Dessen unermüdliches Wirken für die Neue Weltordnung im Sinne eines großtürkisch-islamistischen Staates erfuhr im Vereinsorgan *Milli Gazete* und auf diversen Trauer- und Gedenkveranstaltungen eine panegyrische Würdigung. Der am 14. Mai in Duisburg neugewählte Vorstand des IGMG-Dachverbandes bürgt nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden für Kontinuität im Sinne Erbakans, so dass die in der Vereinigung aktiven Reformer im Sinne einer Hinwendung zu freiheitlich-demokratischen Prinzipien weiterhin in der Minderheit bleiben dürften.[79]

Tabelle 6: Islamistische Organisationen, 2009-2011

	2009	2010	2011
IGMG	29.000	30.000	31.000
MB	1.300	1.300	1.300
Hizb Allah	900	900	950
HAMAS	300	300	300
Tablighi Jama'at	700	700	700
Gesamtmitgliederzahl	36.270	37.470	38.080

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2010 und 2011.

Die rund 1.300 Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) in Deutschland scharten sich wie in den Vorjahren um die Vereinigungen Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) und Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD). Bei polizeilichen

77 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 191.
78 Vgl. ebd., S. 248.
79 Vgl. ebd., S. 258 f.; Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, München 2012, S. 34-36.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Durchsuchungen einer mit der IGD kooperierenden Moschee in Rosenheim (März und September 2011) wurden zahlreiche islamistische und salafistische Druckerzeugnisse sichergestellt, darunter eine von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierte Publikation[80] über *Die Stellung der Frau im Islam*, in der die wahhabitische Lesart der Rechtsstellung und Rollenverteilung der Geschlechter dargelegt und verteidigt wird. Demnach sind Männer und Frauen zwar vor Gott gleich, aber aufgrund ihrer natürlichen Anlagen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten ausgestattet. Die Frau ist die Hüterin des Heimes und der Kinder, darf Arbeit außerhalb des Hauses nur mit Einschränkungen und niemals in Gesellschaft von Männern verrichten, muss polygames Verhalten des Mannes ebenso akzeptieren wie eine strenge Behandlung durch den Mann im Falle von „Unzucht", sie darf nicht ohne männliche Begleitung verreisen, ist gegenüber ihrem „Beschützer" vermögens- und erbrechtlich benachteiligt und hat nicht einmal das Recht, die Scheidung einzureichen.[81] Diese Auffassungen dürften in der Muslimbruderschaft weithin akzeptiert sein.

Die unverändert auf ca. 300 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Widerstandsbewegung" HAMAS in Deutschland widmeten sich der Unterstützung der Organisation im Gaza-Streifen. Deren Regierungschef, Ismail Hanija, verurteilte den US-Anschlag auf den „heiligen Krieger der arabischen Welt". Trotz aller Differenzen mit dem von ihm begründeten Terrornetzwerk bete die HAMAS dafür, „dass Bin Ladens Seele in Frieden Ruhe".[82]

Die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen Hizb Allah befolgten in Deutschland die Anweisung des Generalsekretärs Hassan Nasrallah, dem Staat keine Angriffsflächen für Exekutivmaßnahmen zu bieten, und konzentrierten sich auf die Unterstützung der schiitisch-fundamentalistischen, aggressiv-antiisraelisch agierenden Mutterorganisation im Libanon, die wegen ihrer Unterstützung für das zunehmend unter Druck geratene Assad-Regime in Syrien an Popularität einbüßte.[83] Spiritueller und logistischer Mittelpunkt blieb das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das unter der Leitung von Ayatollah Dr. Reza Ramezani, des Vertreters des iranischen Revolutionsführers Khamenei in Deutschland und Europa, mit Hilfe religiöser und gesellschaftlicher Organisationen Einfluss auf eine Vielzahl schiitischer Gemeinden ausübte und sich im Unterschied zu früheren Jahren aktiv am alljährlichen „al-Quds"-Tag beteiligte[84], der alle Muslime an die Pflicht zur Befreiung Jerusalems erinnern soll.

80 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (FN 79), S. 74.
81 Vgl. Abdul Rahman Al-Sheba, Die Stellung der Frau im Islam, übersetzt von Ghembaza Moulay Mohamed (Abu Ammar), Riad, o.J., S. 33, 35 f., 38, 66, 69, 73-75, 78, 82.
82 „Hamas verurteilt US-Einsatz gegen Bin Laden", in: Spiegel Online vom 2. Mai 2011.
83 Vgl. Gabriela M. Keller, Der Aufstand in Syrien bedroht auch die libanesische Hisbollah, in: Welt am Sonntag vom 7. August 2011.
84 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Hamburg 2012, S. 52, 54 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der in Wien lebende Sprecher der in Deutschland verbotenen Vereinigung Hizb ut-Tahrir (unverändert rund 300 Anhänger Ende 2011), Shaker Assem, äußerte sich in einem Interview mit einer österreichischen Journalistin unverblümt über die politischen Ziele seiner Organisation: „Wir sagen offen, dass die westlichen Verfassungen nicht die unsrigen sind", auch wenn man Veränderungen in erster Linie in der islamischen Welt anstrebe. Das wieder zu errichtende „Kalifat" werde die islamische Welt einen, kenne keine Trennung von Staat und Kirche, sehe gemäß den biologischen Unterschieden besondere Rollen und Rechte für Männer und Frauen vor und beharre auf traditionellen Strafen wie der Steinigung bei Ehebruch.[85]

Das Wirken der rund 700 Anhänger der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung Tablighi Jama'at (TJ) war nach dem Urteil der Verfassungsschutzbehörden dazu angetan, „Radikalisierungsprozesse"[86] zu fördern. TJ-Stützpunkte existierten in Berlin, Bochum, Friedrichsdorf (Hessen), Hamburg, Hannover, Köln, München und Pappenheim (Bayern).

Die Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB) blieb in die Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI) und das Kaukasische Emirat gespalten. Die Zahl der in Deutschland gewaltfrei agierenden Unterstützer veranschlagten die Verfassungsschutzbehörden auf insgesamt rund 500.[87]

5. Vergleich und Ausblick

Trotz der Enthüllungen über das jahrelang unentdeckte Treiben einer rechtsextremistischen Terrorgruppe hielten die Sicherheitsbehörden auch für das Jahr 2011 an ihrer Einschätzung fest, dass die größte Bedrohung für die innere Sicherheit von international vernetzten jihadistischen Gewalttätern ausgehe. Diese quantitativ sehr überschaubare Gruppe hatte mit rechts- und linksmilitanten Szenen ihre marginalisierte Stellung im politischen Kräftegefüge gemeinsam. Die politischen Flügel des politischen Spektrums wurden von wahlpolitisch-legalistischen Formationen beherrscht. Das politische Gewicht der in ihrem Inneren von heftigen Auseinandersetzungen geprägten Linken nahm im Vergleich zu den Vorjahren merklich ab. Zwar konnte sie ihre Bastionen im Osten behaupten, aber im Westen wurde der Etablierungsprozess teilweise jäh unterbrochen, wobei sich (neben dem zeitweiligen Höhenflug der Grünen) die neue, nicht-extremistische Konkurrenz der Piraten-Partei beim Werben um Protestwähler bemerkbar machte. Integrationskraft an den Rändern wurde teilweise mit mangelnder Anziehungskraft in Richtung „Mitte" erkauft. In dieser Hinsicht ähnelten sich die Konstellationen am linken

85 Vgl. Shaker Assem im Interview mit Corinna Milborn: Gegen die Demokratie, für die Scharia (24. Januar 2011), http://www.news.at/articles/1103/11/287001/ (27. Februar 2011).

86 Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 29), S. 265.

87 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und rechten Ende des politischen Kontinuums: Die NPD erkaufte ihre Bindungskraft nach rechtsaußen (in diesem Fall gewaltaffinen Szenen) mit verminderter Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit. An dieser Tatsache änderte die Ehe mit der „politischen Leiche" DVU nichts.

Mit Blick auf das Jahr 2012 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde es dem neuen NPD-Vorsitzenden Apfel gelingen, seine Partei breiter aufzustellen, wahlpolitisch auf Erfolgskurs zu gehen und ein weiteres Erstarken der Pro-Bewegungen zu verhindern? Oder war eine Fortsetzung des Niedergangs der organisatorisch geschwächten und finanziell ausgebluteten Partei angesichts der Enthüllungen um den NSU, ihrer Verflochtenheit mit militanten Gruppierungen und der neu entfachten Verbotsdebatte vorgezeichnet? Würde die „politische Flaute" der Linken anhalten und das innerparteiliche Konfliktpotenzial weiter anwachsen lassen? War nach dem sich anbahnenden Misserfolg bei der „Westausdehnung" ebenso mit einer Schwächung der östlichen Hochburgen zu rechnen? Und welche Konsequenzen hätte dies für wahlpolitische Konkurrenten wie militante Ränder? Würde das Thema Konfrontationsgewalt (nicht nur rechts/links, sondern auch rechts/islamistisch) weiter an Bedeutung gewinnen? Und schließlich: Könnte sich die in Teilen abstrakte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus konkretisieren und andere Herausforderungen für die innere Sicherheit in den Hintergrund drängen?

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dokumentation 2011

Internationale der Islamgegner? pro NRW und der „Marsch für die Freiheit“

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Die 2007 gegründete „Bürgerbewegung“ pro NRW ist eine Partei, deren personelle Zusammensetzung in hohem Maße mit dem seit 1996 existierenden Verein pro Köln e.V. übereinstimmt. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes lag die Zahl der Mitglieder 2011 bei unter 1.000, darunter rund 350 Aktivisten.[1] Den Parteivorsitz führt der Rechtsanwalt Markus Beisicht, der auch den 2010 geschaffenen Dachverband „Die Pro-Bewegung (PRO) e.V.“ leitet. Dahinter liegt die Absicht, die verschiedenen regionalen Pro-Bewegungen und -Parteien zu koordinieren.[2] Beisichts Stellvertreter beim Dachverband ist Manfred Rouhs, der an der Spitze von pro Deutschland steht. Daneben geben vor allem der Generalsekretär Markus Wiener, ein Politikwissenschaftler, sowie die Schatzmeisterin Judith Wolter, eine Rechtsanwältin, pro NRW ein Gesicht. Wolter ist zugleich Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Köln, dem auch Wiener angehört, während Beisicht die Fraktion von pro NRW im Stadtrat Leverkusens leitet. Beisicht, Rouhs und Wolter engagierten sich früher in der Partei Die Republikaner. Rouhs war darüber hinaus in verschiedenen Funktionen innerhalb der NPD aktiv wie auch in der Deutschen Liga für Volk und Heimat, deren Bundesvorstand Beisicht zeitweilig angehört hatte. Diese Verbindungen ins rechtsextreme Milieu gepaart mit einem betont „bürgerlichen“ Auftreten dürften den nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit dazu bewegt haben, die Aktivisten von pro NRW als „Neonazis in Nadelstreifen“ zu bezeichnen.[3]

Ungeachtet der Tätigkeit von pro NRW (wie einer Reihe weiterer pro-Parteien[4]) in den Räten von Städten und Kommunen, gehört die parlamentarische Arbeit nicht zu den

1 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2012, S. 27.

2 Siehe dazu Uwe Backes Darstellung zu „Organisationen 2011“ in diesem Band.

3 So zitiert bei Reinhard Bingener, Zyniker in Nadelstreifen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 2012. Vgl. auch das gleichnamige Buch von Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008. Für einige Zeit fungierte der frühere führende NPD-Mann Andreas Molau als Berater und Beisitzer im Parteivorstand von pro NRW. Molau hat sich mittlerweile in das Aussteigerprogramm des niedersächsischen Verfassungsschutzes begeben. Vgl. Robert von Lucius, Früherer NPD-Stratege steigt aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 2012.

4 Siehe dazu mit Verweisen auf die einzelnen regionalen Schwerpunkte die Homepage der „Bürgerbewegung pro Deutschland“, unter: http://www.pro-deutschland-online.de/ (14. August 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptaktionsformen. Pro NRW grenzt sich in polemischer Weise von den „Altparteien“ und den darin versammelten „verantwortungslosen Politikern“ ab. Sich selbst bezeichnete pro NRW – etwa anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagstagswahlen – in ihrem Wahlprogramm als „Bürgerbewegung“ und als „Alternative zu rotem Filz und schwarzem Klüngel“.[5] Bürgerschaftliches, basisdemokratisches Engagement schreibt die Bewegung in der Eigendarstellung groß. Der Hauptprogrammpunkt der auf Populismus ausgerichteten Strategie von pro NRW liegt allerdings in Islamfeindschaft begründet. Das bekannteste Symbol der „Bewegung“ besteht – gestaltet in der Form eines Verkehrsschilds – in einer durchgestrichenen Moschee (so wie im Falle der schweizerischen SVP). Proteste gegen islamische Gotteshäuser und gegen Moscheenbauten gehören zu den wichtigsten Ausdrucksformen von pro NRW.[6] Um die Provokation gegen Muslime auf die Spitze zu treiben, nutzte die „Bürgerbewegung“ im Mai 2012 Kurt Westergaards Mohammed-Karikaturen.[7] Dies motivierte Salafisten zu Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen, die sich in letzter Konsequenz „gegen den Staat“ richteten.[8] Jasper von Altenbockum kommentierte zutreffend in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Extremisten ziehen sich an wie Magnete. So ist es auch zwischen Salafisten und Pro-NRW […].“[9]

Pro NRW sucht das Gewaltverhalten der Salafisten wie auch von „Antifa“-Gruppen für ihre Zwecke auszunutzen, indem sie es als Bestätigung für ihre Warnungen vor islamistischer und linksextremer Gewalt interpretiert. Überhaupt schwingt sich die pro-Gruppierung zum kompromisslosen Verfechter von *law and order* auf. Ein fettgedruckter Wahlspruch von 2010 lautete dementsprechend: „Recht und Ordnung statt Alt-68er-Kuschelpädagogik!“ Islamanhänger und Linksextremisten würden die innere Sicherheit gefährden, die erst herzustellen sei. Damit verbunden ist eine scharfe Kritik gegenüber dem Verfassungsschutz (bei proNRW in Anführungszeichen geschrieben), „der besonders die politische Opposition von Rechts gerne als Feind der Demokratie und des Rechtsstaates brandmarkt, ohne hierfür auch nur ansatzweise einen Beweis zu haben“.[10]

5 Wahlprogramm der Bürgerbewegung pro NRW zur Landtagswahl am 9. Mai 2010, unter: http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/programm-rgb.pdf (14. August 2012). Bei den Landtagwahlen errang pro NRW 1,4 Prozent der Stimmen.

6 Vgl. Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

7 Pro Deutschland wollte darüber hinaus vom Erfolg der Sarrazin’schen Schrift „Deutschland schafft sich ab“ profitieren, indem sie zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen Plakate mit dem Slogan „Wählen gehen – für Thilos Thesen!“, wogegen sich dieser sich erfolgreich gerichtlich zur Wehr setzte. Vgl. etwa Ralf Schönball, Sarrazin mahnt „Pro Deutschland“ ab, in: Der Tagesspiegel vom 3. August 2011; Sarrazin-Verbot für pro Deutschland, in: die tageszeitung vom 11. August 2011.

8 So Richard Wagner, Gegen den Staat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Mai 2012.

9 Jasper von Altenbockum, Warum muss erst Pro-NRW kommen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 2012.

10 Wahlprogramm (FN 5).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Pro NRW (wie pro Köln) selbst wird vom Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalens beobachtet: aufgrund verfassungsfeindlicher Bestrebungen, die über den bloßen Verdacht hinausgingen. Dazu zitiert das Landesamt aus einem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster. Dort heißt es: „Insbesondere Parteiprogramm und Öffentlichkeitsarbeit ließen erkennen, dass pro NRW Minderheiten[,] namentlich Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetze und ausgrenze, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet werde."[11] Das ostentative Bekenntnis zu Demokratie und Grundgesetz durch pro NRW würdigt der Verfassungsschutz als eindeutig „taktisch motiviert".[12]

Da es der „Bürgerbewegung" nicht gelang, verwaltungsgerichtlich mit ihrem Anliegen einer Streichung aus dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht zu reüssieren, brachte Generalsekretär Wiener zum Parteitag am 19. März 2011 einen Initiativantrag ein, in dem es hieß: „Der Parteitag möge deshalb folgende Klarstellung beschließen: Pro NRW bekennt sich noch einmal ausdrücklich zu den unveräußerlichen Menschenrechten und zur Menschenwürde, die nicht von der Herkunft, Weltanschauung oder der Religion der Personen abhängt. Pro NRW bezieht sich nicht gegen Zugewanderte an sich. Jeder Zugewanderte, der sich in Deutschland erfolgreich integriert, ist ein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. Pro NRW kritisiert den Islam als ein Wertesystem, dessen Grundlagen nach unseren Auffassungen zentralen Freiheitsrechten zuwiderlaufen. Wir behaupten aber selbstverständlich nicht, dass jede einzelne Persönlichkeit muslimischen Glaubens automatisch Repräsentant dieser Ideologie ist. Sämtliche programmatische Aussagen sowie zukünftige Werbematerialien sind so zu gestalten, dass diese Auffassungen zur Geltung kommen."[13]

Den Anschein des „rechtsdemokratischen" Charakters zu wahren, ist pro NRW ein wichtiges Anliegen. In der Zuweisung „rechtsextrem" erkennt sie ein politisch motiviertes Stigma. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die „Bürgerbewegung pro NRW" indes für das Berichtsjahr 2011 in der Kategorie des Rechtsextremismus/Islamfeindlichkeit als Verdachtsfall aufgenommen. Die Agitationen gegen den Islam erscheinen wie eine „moderne Form der Fremdenfeindlichkeit",[14] die im rechtsextremen Spektrum an Bedeutung gewinne.[15] In dem Bericht wird zudem betont, dass pro NRW internationale Verbindungen besitze und „in zahlreichen Kampagnen, durch Flugblätter, Internetver-

11 OVG Münster, Beschluss vom 9. Februar 2011 (5A 2766/09), zitiert nach: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 1), S. 28.

12 Ebd.

13 Bürgerbewegung pro NRW, Markus Wiener, Generalsekretär vom 11. März 2011 an den Parteitag der Bürgerbewegung pro NRW am 19. März 2011 in Leverkusen, unter: http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/Initiativantrag.pdf (14. August 2012).

14 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 107.

15 Vgl. Humayun Ansari/Farid Hafez (Hrsg.), From the far right to the mainstream. Islamophobia in party politics and the media, Frankfurt a.M./New York 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

öffentlichungen oder im Rahmen von Veranstaltungen – zum Teil unter Beteiligung ausländischer Rechtsextremisten – gegen eine behauptete ‚Islamisierung Europas'" kämpfe.[16] Pro NRW beteiligt sich auch an dem 2008 gegründeten Bündnis „Cities Against Islamisation", dem neben weiteren Gruppierungen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die französische Partei Mouvement National Républicain (MNR), der flämische Vlaams Belang oder die spanische Plataforma per Catalunya angehören. Nach zwei „Anti-Islamisierungskongressen" und einem „Anti-Minarettkongress" zwischen 2008 und 2010 startete pro NRW im Jahr 2011 eine Initiative zum „Marsch für die Freiheit" und lud dazu nach Köln ein.

Der u.a. über die Internetpräsenz von pro NRW verbreitete Aufruf „Auf nach Köln!" findet sich hier dokumentiert.[17] Die „Domstadt Köln" als eine „der Wiegen des christlichen Abendlandes" wurde darin zu einem besonders geeigneten Ort stilisiert, um gegen „Islamisierung, Unfreiheit und Überfremdung" zu protestieren. Nach Verfassungsschutzangaben beteiligten sich an der Veranstaltung „326 Personen des rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Spektrums".[18] Damit blieb sie – ungeachtet der Beteiligung von Leitfiguren der FPÖ oder Vlaams Belang – weit hinter den Erwartungen zurück, denn die „Bürgerbewegung" hatte 2.500 Teilnehmer angemeldet – eine Zahl, die nur die Gegendemonstration annähernd erreichen sollte.[19] Selbst bezifferte pro NRW die Zahl der tatsächlichen Teilnehmer am „Marsch für die Freiheit" auf 1.100.[20]

So sehr sich pro NRW und ihre Verbündeten als Freiheitskämpfer und Anti-Extremisten gerieren,[21] dringt doch der gegenteilige Eindruck durch. Für die *tageszeitung* las sich der „Aufruferkreis" jedenfalls wie ein „Who is who des deutschen Rechtsaußenspektrums jenseits der NPD"[22] – ergänzt um internationale Vernetzungen mit Organisationen der extremen Rechten Europas.

16 Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 14), S. 109.

17 Auf nach Köln!, 14. Januar 2011, unter: http://www.pro-nrw.net/?p=3677 (10. August 2012). In der Dokumentation wurden Auszeichnungen aus dem Original beibehalten, fettgedruckte Hervorhebungen durch Kursiva ersetzt.

18 Verfassungsschutzbericht 2011 (FN 14), S. 117.

19 Vgl. den Artikel: 2000 Bürger stellen sich 300 „Pro NRW-lern" in den Weg, in: Rheinische Post vom 8. Mai 2012.

20 Zahlen vom Marsch für die Freiheit, unter: http://www.pro-nrw.net/?p=5144 (10. August 2012).

21 So formulierte der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer anlässlich des „Marsches": „Unsere Freiheit wird von vielen Seiten bedroht: Durch islamische Extremisten und Terroristen, durch totalitäre Linksextremisten, durch kontrollwütige EU-Bürokraten und durch politisch korrekte Duckmäuser in Politik und Medien. Deswegen demonstrieren wir mit freiheitlich-konservativen Freunden aus ganz Europa für mehr Demokratie, Meinungs- und Versammlungsfreiheit." So wiedergegeben in: Republikaner rufen zum Marsch für die Freiheit auf, 4. Mai 2011, unter: http://www.pro-nrw.net/?p=5107 (10. August 2012).

22 Pascal Beucker, Kaum Bewegung für „Pro-Bewegung", in: die tageszeitung vom 8. Mai 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Dokumentation

Auf nach Köln!
14.01.2011

Die Massenmobilisierung zum Marsch für die Freiheit hat begonnen: In einem gemeinsamen Appell wenden sich 28 führende freiheitliche Politiker und Publizisten aus ganz Europa - darunter der FPÖ-Vorsitzende HC Strache und der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter – an alle patriotisch gesinnten Bürger, am 7. Mai 2011 nach Köln zu kommen. Gleichzeitig wird unter

www.marsch-der-freiheit.de

ab sofort aktuell über alle Vorbereitungen und weitere Zusagen zum freiheitlichen Großereignis des Jahres 2011 berichtet werden.

Hier nun der offizielle Aufruf samt Liste der Erstunterzeichner zum Marsch für die Freiheit, dem sich in den nächsten Wochen und Monaten weitere freiheitliche Politiker und Bürger jederzeit anschließen können:

Auf nach Köln!

Den Marsch für die Freiheit am 7. Mai 2011 unterstützen!

Freiheitliche in ganz Europa sehen mit Besorgnis auf den Zustand der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland. So wie beim Anti-Islamisierungskongress am 20. September 2008 in Köln geschehen, werden überall in Deutschland patriotische oder islamkritische Veranstaltungen von gewaltbereiten Linksextremisten bedroht, denen oftmals untätige Polizeiführungen unter dem Beifall der etablierten Politik freien Lauf lassen.
Grund dafür ist eine gefährliche Ideologie der sogenannten „Political Correctness“: Islamkritische Positionen, patriotische Politikansätze oder jedwede Kritik an der falschen Einwanderungs- und Integrationspolitik sollen in der Öffentlichkeit verteufelt oder ganz ausgeblendet werden. Doch Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind konstituierend für eine freiheitliche Demokratie und eine fortschrittliche Gesellschaft.

Ohne freie Rede keine Demokratie.
Ohne das Recht auf Kritik kein Fortschritt.
Ohne Patriotismus keine Zukunft für die Völker Europas.

Dafür lohnt es sich, auf die Straße zu gehen! Dafür lohnt es sich, zusammen mit der deutschen Pro-Bewegung und Freunden aus ganz Europa zu demonstrieren. Und kaum eine Stadt hat dafür einen höheren symbolischen Wert als die traditionsreiche Domstadt

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Köln. Eine der Wiegen des christlichen Abendlandes, die heute von Islamisierung, Unfreiheit und Überfremdung bedroht ist.
Deshalb unser Appell an alle Freiheitliche in Europa: Kommen Sie am 7. Mai 2011 nach Köln und zeigen Sie zusammen mit Tausenden Bürgern Flagge beim Marsch der Freiheit!

Erstunterzeichner:

Josep i Rius Anglada – Präsident der Plataforma per Catalunya, *Markus Beisicht* – Vorsitzender der Pro-Bewegung, *Dr. Adriana Bolchini* – italienische Islamkritikerin und Herausgeberin des Lisistrata Magazins, *Patrik Brinkmann* – Unternehmer und Deutschland-Repräsentant des Städtebündnisses gegen Islamisierung, *Senator a.D. Frank Creyelmann* – Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten im Flämischen Parlament, *Jacques Cordonnier* – Vorsitzender der französischen Regionalpartei Alsace d'Abord, *Filip Dewinter* – Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im Flämischen Parlament, *Hilde Delobel* – Präsidentin des europäischen Städtebündnisses gegen Islamisierung, *Konstantin Dobrilovic* – Theologe und Präsident der Christlich Freiheitlichen Plattform, *Hans-Jörg Jenewein* – Mitglied des Österreichischen Bundesrates, *Johann Gudenus* – FPÖ-Klubobmann im Wiener Landtag, *Johann Gärtner* – Bayerischer Landesvorsitzender der Republikaner, *Johann Herzog* – Vizepräsident des Wiener Landtages, *Brigadegeneral a.D. Wolfgang Jung,* stellvertretender FPÖ-Klubobmann im Wiener Landtag, *Torsten Lange* – ehem. Bundestagsabgeordneter der Grünen, *Andreas Mölzer* – Europaabgeordneter und Herausgeber der österreichischen Wochenzeitung „ZurZeit", *Dr. Alfred Mechtersheimer* – ehem. Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der überparteilichen Deutschlandbewegung, *Werner Neubauer* – Österreichischischer Nationalratsabgeordneter und Vorsitzender des Vereins SOS Abendland, *Henry Nitzsche* – ehem. Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der sächsischen Wählervereinigung Arbeit, Familie, Vaterland, *Manfred Rouhs* – Vorsitzender der Bürgerbewegung pro Deutschland, *Dr. Rolf Schlierer* – Bundesvorsitzender der Republikaner, *Robert Spieler* – Vorsitzender der französischen Partei Nouvelle Droite Populaire, *Heinz-Christian Strache* – Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, *Stephan Stritter* – REP-Fraktionsvorsitzender im Mainzer Stadtrat, *Jörg Uckermann* – Kölner Stadtrat und ehem. stv. Bezirksbürgermeister von Köln-Ehrenfeld, *Harald Vilimsky* – FPÖ-Generalsekretär, *Markus Wiener* – Generalsekretär der Bürgerbewegung pro NRW, *Judith Wolter* – Vorsitzende der Fraktion pro Köln.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Links in der Linken – Profil und Extremismuspotenzial ausgewählter Zusammenschlüsse innerhalb der Partei Die Linke

Von Martin Pfafferott

1. Einleitung

Durch ihre elektoralen Erfolge und die Erweiterung ihrer Anhängerschaft ist die Partei Die Linke[1] zu einem relevanten Faktor im deutschen Parteiensystem geworden, der für die Politikwissenschaft, insbesondere für die Parteien-, Wahl- und Extremismusforschung von Interesse ist.[2] Gleichzeitig wird die Linke wie kaum eine andere deutsche Partei als eine Partei der Widersprüche wahrgenommen. Die Vergangenheit als sozialistische Staatspartei und die Fusion der mehrheitlich in Ostdeutschland verankerten Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit der protest- und gewerkschaftsorientierten Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) sind bedeutende, aber nicht alleinige Ursachen hierfür. Die heterogene innerparteiliche Struktur spiegelt den Facettenreichtum linker Programmatik und Strategie insgesamt wider. Ihre institutionelle Ausprägung findet dies im Entstehen innerparteilicher Zusammenschlüsse. Ein Verständnis der Linken kann aufgrund ihrer hohen Binnendifferenzierung daher nicht losgelöst von ihren wichtigsten Zusammenschlüssen sowie deren programmatisch-inhaltlichen Zielen und ihren Konfliktlösungsstrategien entwickelt werden.[3] Die Darstellung der strategischen und ideologischen Konzepte innerparteilicher Gruppierungen[4] innerhalb der Linken ist ein Desiderat innerhalb der Politikwissenschaft.[5] Der Aufsatz versucht, Forschungslücken in diesen Bereichen zu schließen, indem er die Darstellung

1 Im Folgenden als Linke bezeichnet.

2 Vgl. Harald Bergsdorf, Die neue „Linke". Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, S. 15.

3 Vgl. Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen, The Left Party in Contemporary German Politics, New York 2007, S. 49 f.

4 Der Begriff der „innerparteilichen Gruppierung" soll neben formal anerkannten Zusammenschlüssen auch solche organisatorische Untereinheiten in der Linken umfassen, die weniger stark konturiert organisiert sind. Jeder Zusammenschluss ist demnach eine innerparteiliche Gruppierung, aber nicht jede innerparteiliche Gruppierung zugleich ein Zusammenschluss. Zur Begriffsdefinition von innerparteilichen Gruppierungen und Faktionen: Patrick Köllner, Faktionalismus in politischen Parteien. Charakteristika, Funktionen und Ursachen innerparteilicher Gruppen. Arbeitspapier für das Deutsche Überseee-Institut, Forschungsgruppe „Parteien im Spannungsfeld formaler und informeller Politik", Hamburg 2004.

5 Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 31 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zweier ausgewählter Zusammenschlüsse in der Linken mit einer extremismustheoretischen Bewertung eben jener verbindet. Dabei soll zunächst das Profil dieser Zusammenschlüsse innerhalb der Gesamtpartei in Bezug auf Programmatik, Struktur und innerparteilicher Stellung dargestellt (Kapitel 2), nach einer definitorischen Klärung des „Extremismus-“ bzw. „Linksextremismus“-Begriffs (Kapitel 3) das Extremismuspotenzial dieser Gruppierungen untersucht (Kapitel 4) und abschließend ein Fazit gezogen werden (Kapitel 5).

Ihren formalen Ausdruck finden die innerparteilichen Gruppierungen vorrangig in der Organisationsform des „Zusammenschlusses“, die in der Satzung der Linken anerkannt ist.[6] Zusammenschlüsse können durch Parteimitglieder frei gebildet werden (§ 7 Abs. 1), entscheiden selbstständig über ihre innere Struktur (Abs. 4) sowie über den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie innerhalb der Linken leisten (Abs. 3). Sie dürfen Delegierte zu den Parteitagen entsenden und erhalten finanzielle Mittel für ihre Arbeit (Abs. 7). Formal sind sie keine Parteigliederungen, werden aber im Satzungsabschnitt „Die Basis der Partei“ zusammengefasst, sind also grundlegender Bestandteil der Partei. Gerade durch die finanziellen Zuwendungen erhalten die Zusammenschlüsse zwar Raum zur eigenständigen Betätigung, sind aber auch in besonderem Maße abhängig von ihr.[7] Insbesondere § 7 Abs. 8 der Satzung, der festlegt, dass „Zusammenschlüsse, die in ihrem Selbstverständnis, in ihren Beschlüssen oder in ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder der Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, […] durch einen Beschluss des Parteitages oder des Bundesausschusses aufgelöst werden“[8] können, bindet die Zusammenschlüsse. Umgekehrt können deshalb die Zusammenschlüsse inhaltlich der Linken zugerechnet werden, so lange sie diese nicht auflöst.[9] Die Kriterien des Zusammenschlusses haben derzeit 26 Gruppierungen erfüllt.[10]

6 Bundessatzung der Partei DIE LINKE, unter: http://www.die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke/ (24. Januar 2012).

7 Vgl. Matthias Micus, Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/ders./Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 185-238, hier: S. 207. Die finanziellen Zuweisungen an die Zusammenschlüsse stiegen dabei laut den Finanzplänen der Partei kontinuierlich: 2007: 80.000 Euro; 2008: 100.000 Euro; 2009: 120.000 Euro, 2010: geplant 160.000 Euro (Ist: ca. 138.000 Euro), 2011: geplant 160.000 Euro. Quelle für 2010 und 2011: Finanzplan des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE für das Jahr 2011, unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/bundesausschuss/2010/20110903_BA_Beschluss_Finanzplan_PV_2011.pdf (24. Januar 2012).

8 Bundessatzung der Partei DIE LINKE (FN 6).

9 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2008, Düsseldorf 2009, S. 34 f. Gleichzeitig können extreme Positionen etwa dieser Gruppierungen keineswegs zu einer Charakterisierung der Gesamtpartei führen. Vgl. Gero Neugebauer, Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE. Oszillieren zwischen Demokratie und Extremismus?, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 95-122, hier: S. 115.

10 Zeitpunkt: Januar 2012, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/ (24. Januar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die folgende Untersuchung beschränkt sich auf zwei ausgewählte Zusammenschlüsse, die nach Mitgliederzahl und Einfluss mit die relevantesten auf der „Parteilinken" darstellen dürften: die Kommunistische Plattform und die Sozialistische Linke. Die Konzentration auf diese „linken Linken"[11] erfolgt insbesondere in Hinblick auf die extremismustheoretische Kategorisierung der Gruppierungen als zentrales Erkenntnisinteresse dieses Aufsatzes.

2. Kurzdarstellung ausgewählter Zusammenschlüsse innerhalb der Linken

2.1. Kommunistische Plattform (KPF)

Die Gründung der KPF am 30. Dezember 1989, dem 71. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), erfolgte aus „betonte[r] Tradition und war Orientierung und Signal".[12] Inmitten des Umbruchs der SED hin zur SED-PDS und später zur PDS stand sie für die Selbstorganisation, das Selbstverständnis und die Selbstvertretung von Kommunisten in der sich wandelnden Partei. Noch heute ist dies Teil der Identität dieser Gruppierung, die „es als ein wichtiges Anliegen betrachtet, daß die kommunistischen Wurzeln der Partei nicht gekappt werden".[13]

Innerhalb der Linken tritt die KPF für die „Verankerung der eindeutigen gesellschaftlichen Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem"[14] ein. Dabei sei, so ein Bericht des Bundessprecherrats der KPF, die „Vorstellung von einem transformativen Übergang des Kapitalismus in eine ausbeutungsfreie Gesellschaft"[15] eine „nebulöse".[16] Innerhalb der eigenen Partei werden als wichtigste Aufgaben u.a. „die direkte Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie"[17], der Widerstand gegen das Infragestellen antikapitalistischer Opposition[18], die friedenspolitischen Prinzipien der Linken „mittels

11 Andrea Brandt/Markus Deggerich/Simone Kaiser, Lach- und Krachgeschichten, in: Der Spiegel, 10/2009, S. 43.

12 Heinz Marohn, Das erste Jahr der Kommunistischen Plattform, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Februar 2005, unter: http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpf-mitteilungen/view_html?zid=26041&bs=1&n=5 (24. Januar 2012).

13 Erklärung des Sprecherrats der KPF, in: Jürgen Herold, Parteivorstand und bundesweite Zusammenschlüsse berieten, in: Mitteilungen der KPF, Januar 2010; Ausgaben der Mitteilungen der KPF ab Juni 2007 können unter http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteidielinke/mitteilungenderkommunistischenplattform/aktuelleausgabe/ (24. Januar 2012) eingesehen werden. Nachfolgende Zitate aus den Mitteilungen der KPF entstammen dieser Quelle.

14 KPF, Schwerpunktaufgaben der KPF in den nächsten Monaten. Beschluss der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz der KPF, Berlin, 26. April 2008, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Mai 2008.

15 Friedrich Rabe (Berichterstatter), Bericht des Bundessprecherrats der KPF, in: Mitteilungen der KPF, Mai 2008.

16 Ebd.

17 KPF, Schwerpunktaufgabe der KPF in den nächsten Monaten. Beschluss der Bundeskonferenz der KPF am 22. November 2008, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2008.

18 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

abstrakter Menschenrechtsfragen“[19], die Gleichsetzung von „Neofaschisten mit sogenannten Linksextremen“[20] sowie der Umgang mit der Geschichte, „wie es der Zeitgeist diktiert“[21], genannt. Für die KPF sind insbesondere der Umgang mit der Geschichte der DDR sowie die Friedenspolitik für die Positionierung innerhalb der Linken entscheidend und Bestandteil der eigenen Identität.[22]

Allgemein wird ein äußerst positiver Bezug auf die DDR genommen. In den Mitteilungen der KPF heißt es von Einzelautoren unter anderem, sie sei „das Beste, was wir je hatten“[23] und ihre Verfassung sei „die demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland“[24] gegeben habe. Ellen Brombacher beschreibt den Fall der Mauer und die deutsche Einheit („die Ereignisse im Herbst 1989 und in den Folgejahren“[25]) als eine „Restauration der alten Ordnung“[26], die einen „Schritt zurück hinter die bereits überschrittene historische Linie“[27] darstelle. Der gewesene Sozialismus müsse „nicht aus nostalgischen Gründen, sondern um der Zukunft willen“[28] verteidigt werden. „Fehlentwicklungen, wie eingeschränkte individuelle Freiheiten, Tendenzen staatlicher Willkür und Voluntarismus, besonders in wirtschaftlichen Fragen“,[29] finden durchaus Erwähnung, zugleich wird aber betont, es sei „ahistorisch, Systemdefizite der DDR losgelöst von den harten Bedingungen zu benennen, unter denen vierzig Jahre darum gerungen wurde, auf deutschem Boden ohne die Kapitalherrschaft auszukommen, die Deutsch-

19 Ebd.
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Den Stellenwert, den die Friedenspolitik in der Programmatik der KPF einnimmt, verdeutlicht ein Zitat Ellen Brombachers, langjähriges Mitglied des Bundessprecherrates der KPF: „Die Friedenspolitik ist das Herzstück des Wirkens unserer Partei. Was haben wir, und das meint nicht nur die KPF, nicht alles schon geschluckt, in der Überzeugung: Solange unsere Partei in der Friedensfrage gegen den Zeitgeist steht, solange unsere Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion öffentlich machen, dass Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln für uns absolut inakzeptabel ist, solange nehmen wir vieles in Kauf. […] Wir sind, da uns die Friedensfrage die wichtigste ist, in der Partei geblieben“. Ellen Brombacher (Berichterstatterin), Bericht des Sprecherrates an die 2. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2010. Die aktuelle Zusammensetzung des Bundessprecherrates der KPF ist nicht bekannt, da die KPF diese nicht veröffentlicht. Vgl. Gysi greift linke Plattform an, unter: http://www.jungewelt.de/2012/02-10/024.php (15. Februar 2012). Einer Angabe vom April 2010 kann entnommen werden, dass zumindest zum damaligen Zeitpunkt Brombacher dem Bundessprecherrat angehört hat. Vgl. Bundessprecherrat der KPF, Zu Rechtsanwalt Gregor Janik aus Zittau, unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattformderparteidielinke/dokumente/zurechtsanwaltgregorjanikauszittau/ (15. Februar 2012)
23 Armin Stolper, Auskünfte über ein geliebtes Land, in: Mitteilungen der KPF, Oktober 2009.
24 Erich Buchholz, Wir erinnern. Politischer Kalender, in: Mitteilungen der KPF, April 2008.
25 Ellen Brombacher, Überlegungen zu zwanzig Jahren Beitrittserfahrung, in: Mitteilungen der KPF, September 2010.
26 Ebd.
27 Ebd.
28 Ebd.
29 Auf dem Weg zum Erfurter Parteitag. Neun Änderungsanträge zum Leitantrag zum Parteiprogramm, in: Mitteilungen der KPF, Oktober 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

land und Europa zweimal im vergangenen 20. Jahrhundert maßgeblich in verheerende Kriege gestürzt hatte“[30], wie es ein Änderungsantrag zum Entwurf des 2011 verabschiedeten Parteiprogramms der Linken formuliert.

Dieses von einem Bundesparteitag beschlossene und durch einen Mitgliederentscheid hiernach bestätigte Programm unterstützte die KPF vom ersten Entwurf an. Es habe eine „progressive programmatische Grundlinie“[31] und wird als „das Ergebnis einer seit Beginn des Fusionsprozesses 2004/2005 [von PDS und WASG] zunehmend antikapitalistischeren Politik“[32] verstanden. Diese Entwicklung wird insbesondere mit der Person des ehemaligen Linken-Vorsitzenden Oskar Lafontaine identifiziert. So hätten seit dem Fusionsprozess „jene Tendenzen in der Partei neuen Aufwind erhalten, die aus der Notwendigkeit, die Systemfrage zu stellen, keinen Hehl machen und die für eine kompromißlose [!] Friedenspolitik und klare Rahmenbedingungen für Regierungsbeteiligungen stehen“.[33] Diese „Linie“ sei wesentlich von Oskar Lafontaine verkörpert worden und habe die „Partei wieder mehr nach links gerückt“.[34] Als Kontrahenten innerhalb der Linken gegen den „Kurs Lafontaines“[35] und damit gegen die von der KPF selbst begrüßte Entwicklung der Linken, sieht die Plattform das Forum demokratischer Sozialismus (FdS). Dieses betrachte „die Annäherung an die SPD als Wert an sich“[36] und die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene „als wesentliches politisches und für manch einen persönliches Ziel“.[37] Die Auseinandersetzung mit dem FdS wird als Widerspruch zwischen Basis und denen verstanden, „deren hauptsächliches Bestreben darin besteht, vom bürgerlichen Parteienspektrum Politikfähigkeit bescheinigt zu bekommen“[38]. Im Gegensatz hierzu verläuft die Zusammenarbeit mit Gruppierungen auf der Parteilinken konstruktiv, etwa hinsichtlich der gemeinsamen Beratung und Koordinierung der Debatte um das neue Parteiprogramm. Dies schließt u.a. die Sozialistische Linke (SL), das Marxistische Forum (MF), den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD) und die Antikapitalistische Linke (AKL) ein.[39]

30 Ebd.
31 Jürgen Herold (Berichterstatter), Den Glaubwürdigkeitsbonus darf die Partei nicht verspielen. Bericht des Bundessprecherrates an die 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2011.
32 Bundessprecherrat der KPF, Es gilt das Erfurter Programm von 2011. Fünf Überlegungen des KPF-Bundessprecherrates zur Erklärung von Dietmar Bartsch vom 30. November 2011, in: Mitteilungen der KPF, Januar 2012.
33 Felix Rabe (Berichterstatter), Bericht des Bundessprecherrates an die 1. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF, in: Mitteilungen der KPF, April 2010.
34 Ebd.
35 Ebd.
36 Bundessprecherrat der KPF, Sarahs Mitgliedschaft ruht, in: Mitteilungen der KPF, März 2010.
37 Ebd.
38 Bundeskoordinierungsrat der KPF, Kommunistische Identität bewahren – Bündnisse praktizieren, in: Mitteilungen der KPF, September 2007.
39 Brombacher (FN 22).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Seit ihrer Gründung erhält die KPF finanzielle Unterstützung durch die Gesamtpartei; für 2012 war eine Zuweisung in Höhe von 11.000 Euro geplant.[40] Zusätzlich ist die KPF stets bemüht, ein Spendenaufkommen zu generieren (für 2012 sind 20.000 Euro angestrebt[41]), mit dem die „Mitteilungen der KPF" finanziert werden sollen. Diesen kommt eine besondere Bedeutung als Hauptinstrument der politisch-ideologischen Arbeit zu. Sie dienen der Diskussion und der Herausbildung des Selbstverständnisses und inhaltlicher Positionen wie auch des Verhältnisses zur Partei und zu anderen Gruppierungen. Innerhalb der KPF existieren zum Teil Strukturen auf Kreis- und Regionalebene, vor allem aber auf Landes- sowie auf Bundesebene. Dort wird die KPF von einem Bundeskoordinierungsrat geleitet und von einem Bundessprecherrat vertreten.[42] Das höchste Gremium stellt die Bundeskonferenz dar. Der KPF gehören insgesamt 1.250 in der Linken organisierte Mitglieder an[43], darüber hinaus nach eigenen Angaben „viele Parteilose, die in der KPF aktiv sind"[44]; auf Bundesparteitagen der Linken ist sie mit acht eigenen Delegiertenmandaten vertreten.[45]

Die KPF stellt eine beachtliche, quantitativ aber nicht entscheidende Größe innerhalb der Partei dar. Ihre Funktion und Bedeutung als innerparteiliche Gruppierung erschließt sich indes nicht über ihre Mitgliederstärke, sondern über ihr genuines Profil. Durch ihren starken Bezug auf die Geschichte der DDR und des Sozialismus konturiert sich die KPF auch und vor allem als Vertreterin derjenigen Mitglieder in der Linken, die in Fragen der Ideologie, der Identität, der Struktur und des Milieus ihre Heimat in der DDR sehen und sich bewusst als Kommunisten organisieren wollen.

2.2. Sozialistische Linke (SL)

Die Gründung der SL im August 2006 erfolgte auch mit dem Zweck der Herausbildung eines Gegenpols zur damals zunehmenden Fusionskritik innerhalb der Linken.[46] Die

40 Finanzplan des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE für das Jahr 2012, unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/finanzen/finanzplan2012/01_finanzplan2012_anlage1_ausgaben_zusammenschluesse.pdf (16. August 2012).

41 Beschluss der 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF, Die Aufgaben der KPF bis zum Göttinger Parteitag, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2011; vgl. auch als Bestätigung Helmut Müller, Jahresziel 20.000,- Euro, in: Mitteilungen der KPF, Mai 2012.

42 Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE, Satzung, unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/kpf/080426_kpf_satzung.pdf (10. Februar 2012).

43 Vgl. Beschluss der 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF (FN 41).

44 Ebd.

45 Thomas Hecker, Bericht des Bundessprecherrates der KPF an die 3. Tagung der 15. Bundeskonferenz, in: Mitteilungen der KPF, Mai 2011.

46 Vgl. Jürgen P. Lang, Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 161-179, hier: S. 166.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Initiative ging dabei von Mitgliedern der WASG aus, die innerhalb der SL „zunächst die Mehrheit der Mitglieder stellten“[47] und war geografisch auf Westdeutschland bzw. konkret Nordrhein-Westfalen konzentriert.[48] In ihrem Gründungsaufruf formuliert die SL als Selbstverständnis, sowohl an links-sozialdemokratische wie auch reformkommunistische Traditionen anzuknüpfen; als Grundlage der eigenen Positionen dienten dabei „marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion sowie links-keynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik“.[49] Darüber hinaus hat die SL einen überaus starken Gewerkschaftsbezug, der in der Selbstbezeichnung als „die gewerkschaftlich organisierte Strömung“[50] zum Ausdruck kommt. „Dauerhafte soziale Fortschritte und sozialistische Veränderungen“[51] seien „nur mit Unterstützung und Druck der Gewerkschaften durchsetzbar“.[52] Entsprechend gestalten sich auch Programmatik und Zielsetzung der SL: Menschen, ihre Arbeit und Einkommen seien durch „Kampf um die Arbeitsplätze und für eine soziale Antikrisenpolitik und Arbeitszeitverkürzung“[53] zu schützen; in der Krise müsse für einen „sozial-ökologischen Richtungswechsel […] mit Zukunftsinvestitionen, mehr Sozialstaat und öffentlicher Beschäftigung und mehr Verteilungsgerechtigkeit“[54] gestritten, die „Herrschaft des Kapitals […] durch Demokratisierung der Wirtschaft“[55] zurückgedrängt werden. Die SL erhebt damit den Anspruch, „eine linke konstruktive Strömung“[56] bzw. eine „bedeutende Strömung im Zentrum der Partei“[57] zu sein. Zur Durchsetzung ihrer Zielsetzungen sucht die SL „ein Bündnis mit anderen sich innerparteilich links und bewegungsorientiert verstehenden Zusammenhängen“.[58] Eine solche Zusammenarbeit erfolgte etwa in Bezug auf die Programmdebatte mit der KPF oder dem GD/SD. Innerhalb der SL ist das trotzkistische Netzwerk marx 21 aktiv, das 2007 mit neuem Namen (vorher: Linksruck) und ca. 400

47 Heinz Hillebrand/Ralf Krämer/Fabio De Masi/Lucia Schnell (Mitglieder des BundessprecherInnenrates der SL), Fünf Jahre Sozialistische Linke – Fünf Jahre realistisch und radikal, 22. August 2011, unter: http://www.sozialistische-linke.de/politik/debatte/395-fuenf-jahre-sozialistische-linke-fuenf-jahre-realistisch-und-radikal (26. Januar 2012).

48 Vgl. Michael Bruns, Der Kampf um den Kurs der Partei. Politische Strömungen innerhalb der LINKEN, Diskussionsabend der LINKEN Kreisverband Soest, unter: http://www.linksueberholen.de/ linkewasgarchiv20052007/html/neue_linke.html (26. Januar 2012).

49 SL, Gründungserklärung, unter: http://www.sozialistische-linke.de/ueber-uns/gruendungserklaerung (26. Januar 2012).

50 Ebd.

51 SL, Protokoll der Bundesmitgliederversammlung der SL am 20.12.2009, unter: http://www.sozialistische-linke.de/images/dateien/mv09/Protokoll_SL-MV_09.pdf (26. Januar 2012).

52 Ebd.

53 Ebd.

54 Ebd.

55 Ebd.

56 Ebd.

57 BundessprecherInnenrat der SL, Die Partei der 99 Prozent!, unter: http://www.sozialistische-linke.de/politik/beschluesse/450-die-partei-der-99-prozent (26. Januar 2012).

58 SL, Protokoll der Bundesmitgliederversammlung der SL am 20.12. 2009 (FN 51).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitgliedern „entristisch“ in die Linke und die SL hinein wirkte und den Fusionsprozess hin zur neuen Linken unterstützte.[59]

Die formale Konstituierung der SL erfolgte im Dezember 2007, die Anerkennung als innerparteilicher Zusammenschluss im Januar 2008. Die SL hat fast 800 Mitglieder[60] und demnach laut § 16 Abs. 8 der Satzung der Linken[61] Anspruch auf die Entsendung von sechs Delegierten auf Bundesparteitage. Die Planzuschüsse des Parteivorstandes stiegen von 2010 auf 2011 von 6.000 auf 7.000 Euro.[62] Als koordinierendes und leitendes Gremium der SL dient der BundessprecherInnenrat, der die Bundesmitgliederversammlung als höchstes Organ und den Bundesausschuss vorbereitet und für diese einlädt.[63] Darüber hinaus ist die SL in mehreren Landesgruppen organisiert.[64]

Die SL ist eine stark von der ehemaligen WASG und Gewerkschaften beeinflusste Gruppierung, die dieses Erbe bewusst nach außen vertritt. In ihrer Positionierung innerhalb der Linken versucht sie, ein ideelles „Zentrum“ zu besetzen. Angesichts der offensichtlichen Unterschiede etwa zur personellen wie thematischen DDR-Provenienz und dem ideologischen Fundament der KPF oder des GD/SD ist die SL, relativ gesehen, tatsächlich als Mitte zwischen dieser Flankierung und den reformorientierten Kräften innerhalb der Partei zu verstehen. Dies soll aber nicht verdecken, dass die SL in Programmatik und (sozialistischem) Selbstverständnis eindeutig auf der Parteilinken zu verorten ist. Sie vermag es, sowohl für das Protestpotenzial aus der WASG wie auch für sich explizit als Sozialisten verstehende Personenkreise attraktiv zu erscheinen und umfasst so ein breites Personenspektrum von aktiven Gewerkschaftern, ehemaligen Sozialdemokraten und aus den linken westdeutschen Bewegungen stammenden Sozialisten. Insofern stellt die SL durchaus einen relevanten Faktor im innerparteilichen Gefüge und der Willensbildung innerhalb der Linken dar.

3. Politischer (Links-)Extremismus

3.1. Definition: Politischer Extremismus

Der politische Extremismus ist nicht nur wegen seiner Wirkungsgeschichte, sondern auch seiner fortdauernden Existenz für den demokratischen Verfassungsstaat von essenzieller – zugleich bedrohlicher und konstitutiver – Bedeutung. Der Begriff ist hierdurch nicht nur ein schillernder, mit dem sich Schlagzeilen machen lassen, sondern auch ein

59 Vgl. Lang (FN 46), hier: S. 166 f.; Jesse/Lang (FN 5), S. 105; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 160, 178 f.

60 Stand: August 2011; Hillebrand/Krämer/De Masi/Schnell (FN 47).

61 Bundessatzung der Partei DIE LINKE (FN 6).

62 Finanzplan des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE für das Jahr 2011 (FN 7).

63 Satzung der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE, unter: http://www.sozialistische-linke.de/ueber-uns/satzung (27. Januar 2012).

64 SL, Landesgruppen, unter: http://www.sozialistische-linke.de/ueber-uns/landesgruppen (27.Januar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

emotional besetzter. Bei seiner Verwendung übernimmt der Extremismusforscher daher eine besondere Verantwortung: Gerade wenn eine Extremismusetikettierung Sanktionen nach sich zieht, ist der Begriff mit Vorsicht zu gebrauchen.[65] Die Extremismusforschung muss den politisch instrumentalisierbaren Charakter des Extremismusbegriffes reflektieren[66] und sich der Reichweite etwaiger voreiliger Etikettierungen für die untersuchten Objekte bewusst sein. So ist zu unterstreichen: „Ist keine restlose Klarheit über Ziele und Absichten möglich, muß der Rechtsgrundsatz ‚in dubio pro reo' Anwendung finden."[67] Dieser Vorsicht eingedenk, kann die Extremismusforschung auf ein eigenes politikwissenschaftliches Forschungsinteresse verweisen, wenn sie den Begriff des politischen Extremismus sinnvoll eingrenzen und trennscharfe Kriterien zu seiner Messbarkeit entwickeln will.[68] Wird die Etablierung des Extremismusbegriffs nicht von vorneherein abgelehnt[69], erfolgt eine Begriffsbestimmung von Hauptvertretern der Extremismusforschung zweistufig: zum einen darüber, wogegen sich der politische Extremismus richtet bzw. wovon er sich selbst negativ abgrenzt (*definitio ex negativo*) und zum anderen darüber, was den Extremismus aus sich selbst heraus und in seinen Strukturmerkmalen ausmacht (*definitio ex positivo*).[70]

65 Vgl. Wolf-Dieter Narr, Radikalismus/Extremismus, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, Bonn 1980, S. 366-375, hier: S. 367.

66 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 67-86, hier: S. 76.

67 Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 45; vgl. auch: Andreas von Schoeler, Liberalismus und Extremismus, in: Manfred Funke (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Bonn 1978, S. 460-479, hier: S. 466.

68 Vgl. Pfahl-Traughber (FN 66), hier: S. 70 f.

69 Zur unterschiedlichen Kritik am Extremismusbegriff, siehe u.a. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996; Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen, 1991; Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1451-1462; Claus Leggewie/Horst Meier, Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie, Reinbek 1995; Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 13-37.

70 Die Begrifflichkeiten „definitio ex negativo" bzw. „definitio ex positivo" zur Definierung des politischen Extremismus wurden erstmals von Uwe Backes eingeführt: Ders., Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, insbes. S. 87 ff. und S. 103 ff. Armin Pfahl-Traughber verwendet analog die Begriffe „Negativ-Definition" bzw. „Positiv-Definition": Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft – Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus. Bd. 1: Formen und aktuelle Entwicklungen, Frankfurt a.M. 2007, S. 15-35, hier insbesondere: S. 15 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nach Uwe Backes und Eckhard Jesse stellt sich politischer Extremismus *ex negativo* als Sammelbezeichnung für die Ablehnung und Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat dar.[71] Gerade wenn aber Extremismus in Abgrenzung zum demokratischen Verfassungsstaat definiert wird, ist die Klärung dessen, was diesen ausmacht, umso notwendiger. Da in diesem Aufsatz extremistisches innerparteiliches Potenzial in der bundesrepublikanischen Demokratie untersucht wird, ist ein Blick auf den ihr zugrundeliegenden Minimalkonsens sinnvoll: Die im Grundgesetz nicht definierte freiheitliche demokratische Grundordnung ist früh – in der Rechtsprechung zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) gerade in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus – zum Gegenstand einer Begriffsbestimmung des Bundesverfassungsgerichts geworden. Es nennt als die grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung „die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf eine verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“[72] Deutlich wird darin der Zusammenhang zu den in Art. 79 Abs. 3 GG für unabdingbar und unabänderlich erklärten Prinzipien[73], zum einen der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Bindung der staatlichen Gewalt an die Grundrechte und zum anderen der Geltung der Staatsstrukturprinzipien. Dergestalt kann politischer Extremismus *ex negativo* also über die Ablehnung einer grundrechtlichen Garantiekomponente und einer demokratisch-institutionellen Komponente definiert werden.

So sehr sich der demokratische Verfassungsstaat auch als *Tertium comparationis* der Extremismusforschung eignen mag[74], ist eine *definitio ex positivo* der dem politischen Extremismus eigenen Strukturmerkmale erforderlich. Erst bei einer Verbindung der Ablehnung der (Minimal-)Bedingungen demokratischer Verfassungsstaaten mit der Bejahung eines sich äußernden ideologischen Wertes, der als Extremismus zu typisierende Merkmale aufweist, ist politischer Extremismus als Ganzes ausdrücklich qualifizierbar.[75] Extremismus erschöpft sich nicht nur in Gegnerschaft zu den normativen Grundlagen des Verfassungsstaates, sondern konstituiert sich darüber hinaus in genuiner Ideo-

71 Backes/Jesse (FN 67), S. 40 f.

72 BVerfGE 2, 13. Siehe hierzu auch die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) § 4 Abs. 2.

73 Vgl. Friederike Fuchs/Eckhard Jesse, Der Streit um die „streitbare Demokratie“. Zur Kontroverse um die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst, in: Funke (FN 67), S. 389-421, hier: S. 397. Vgl. auch Hans-Gerd Jaschke, Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus, in: Dovermann (FN 9), S. 31-47, hier: S. 31.

74 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 28.

75 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland – Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 205-222, hier: S. 207.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

logie und Methoden, die zwar diametral den Normen des Zusammenlebens in demokratischen Gesellschaften gegenüberstehen, sich aber nicht auf diese beziehen (müssen). Dabei treten bei diesen primären und nicht direkt auf den demokratischen Verfassungsstaat bezogenen Merkmalen Differenzen auf, die sich aus den unterschiedlich begründeten inhaltlich-ideologischen Grundannahmen ergeben[76]; insofern steht eine gemeinsame *definitio ex positivo* des politischen Extremismus vor der Herausforderung, trotz dieser Differenzen eine Aufstellung von gemeinsamen Strukturmerkmalen zu entwickeln. Gleichwohl bereits vor ihm[77] solche gemeinsamen Charakteristika erfasst worden sind, kommt Backes das Verdienst zu, als erster eine umfassende Systematisierung von Strukturmerkmalen extremistischer Doktrinen entwickelt zu haben.[78] Eine Vielzahl von weiteren Versuchen einer *definitio ex positivo* des politischen Extremismus ist hinzugekommen, deren Für und Wider zu erörtern den hier zur Verfügung stehenden Rahmen übersteigen würde.[79] Als Strukturmerkmale einer *definitio ex positivo* des politischen Extremismus wählt der Verfasser in Anlehnung vor allem an Uwe Backes, Steffen Kailitz und Armin Pfahl-Traughber folgende:

1. Ein absoluter Wahrheitsanspruch bildet die Grundlage für extremistische Ideologien. Geschlossene Welterklärungssysteme, die meinen, die Ursachen für politische, ökonomische, kulturelle und andere Missstände zu kennen, den Schlüssel zu ihrer Lösung zu besitzen und darüber hinaus wegen ihrer Allumfassenheit in das Privatleben drängen, kennzeichnen die Grundlagen extremistischer Gruppierungen.
2. Der hohe Grad eines solchen Wahrheitsanspruches wird im Dogmatismus seiner Verteidigung deutlich: Kompromissbereitschaft oder Pragmatik werden als Schwäche und unzulässige Verwässerung der reinen Lehre angesehen.
3. Dies offenbart sich in einem engen Freund-Feind-Denken und Schwarz-Weiß-Mustern: Ideologien extremistischer Gruppierungen zeichnen sich durch das Wissen um einen klar zu benennenden Feind aus, der die Entwicklung und den Erfolg der eigenen Gruppierung verhindert. Folglich kann es mit einem solchen als „Feind" verstandenen Gegner keine Kooperation geben.
4. Gerade in der Gegnerschaft zum bestehenden Feind weisen Extremisten elitäre Alleinstellungsmerkmale auf: Sie allein erheben exklusiven Zugang zur absoluten Wahr-

76 Vgl. ebd., S. 220.

77 Siehe etwa Ossip K. Flechtheim, Extremismus und Radikalismus. Eine Kontrastudie, in: Funke (FN 67), S. 47-61; Manfred Funke, Extremismus und offene Gesellschaft. Anmerkungen zur Gefährdung und Selbstgefährdung des demokratischen Rechtsstaates, in: Ders. (FN 67), S. 15-46.

78 Backes (FN 70), S. 298-311.

79 Beispielhaft erwähnt seien neben Backes (FN 70), Flechtheim und Funke (FN 77) Harald Bergsdorf, Ideologie und Programmatik rechts- und linksextremer Parteien im Vergleich, in: Backes/Jesse (FN 75), S. 179-204; Hans-Gerd Jaschke, Facetten des Extremismus – eine Begriffsklärung, in: Dovermann (FN 9), S. 13-30, hier: S. 17 f.; Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2007, S. 7-24; Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004; Pfahl-Traughber (FN 70), hier: S. 17 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

heit und der alleinigen Interpretationshoheit der gegenwärtigen Bedingungen. Als solche sehen sie in der eigenen Anhängerschaft mehr ein zu führendes Objekt denn ein mündiges Subjekt. Sie wird degradiert zum teleokratischen Instrument.[80]

5. Den Wahrheitsanspruch und Elitarismus ergänzt ein deterministisches Geschichtsbild, das die Geschichte als einen auf ein eindeutig vorhersehbares Ziel zufließenden Strom begreift. Das verleitet allerdings nicht zum gelassenen Abwarten des in jedem Falle eintretenden Geschichtsverlaufs, sondern bestärkt politische Extremisten, den erkannten Wahrheitsanspruch durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund einer *ex-positivo*-Definition kann eine Gesamtdefinition des politischen Extremismus folgendermaßen dargestellt werden:

Politischer Extremismus	
definitio ex negativo	*definitio ex positivo*
Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates	Strukturmerkmale extremistischer Ideologien und Gruppierungen
1. grundrechtliche Komponente: Ablehnung von Leistungs-, Freiheitsrechten und der Menschenwürde 2. demokratisch-institutionelle Komponente: Ablehnung tragender Staatsstrukturprinzipien (Gewaltenteilung, Mehr-Parteien-Prinzip, Rechtsstaatsprinzip, Sozialstaatlichkeit, Volkssouveränität)	1. absoluter Wahrheitsanspruch 2. Dogmatismus 3. Freund-Feind-Denken 4. elitärer Alleindeutungsanspruch 5. deterministisches Geschichtsbild

3.2. Definition: Linksextremismus

Eine Begriffsklärung des Linksextremismus weist *per nominem* durch die Subsumtion unter die höhere Begriffskategorie des Extremismus sowohl auf die Gemeinsamkeit extremistischer Ideologien sowie durch die Typologisierung als *Links*extremismus auf die ihm eigenen Merkmale hin und ließe zwei Arbeitsaufträge offen, um ihn qualifiziert definieren zu können: Erstens: Was eint Linke überhaupt und unterscheidet sie von der Rechten? Zweitens: Wann wird „links“ „linksextremistisch“?

Die Unterscheidung in „links“ und „rechts“, auch die Selbsteinschätzung in eine dieser Richtungen, verfügt nach wie vor über eine hohe Attraktivität und wird intensiv gebraucht.[81] Nur ansatzweise kann an dieser Stelle die Frage nach der Rückführbarkeit dieser Unterscheidung auf sie qualifizierende Grundentscheidungen gewürdigt werden:

80 Vgl. Funke (FN 77), S. 20.

81 Die Partei Die Linke ist hierfür das beste Beispiel.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Doch wenn ein Klassifizierungsmerkmal imstande sein soll, eine alle Schattierungen der Linken einigende Grundlage und damit zugleich eine zentrale Unterscheidbarkeit von der Rechten auszumachen, ist es die Frage nach Gleichheit und Ungleichheit. Die Linke (im weiteren und nicht bloß im gleichnamigen, Partei bezogenen Sinne) betrachtet Ungleichheit zwischen Menschen als künstlich und negativ, die Rechte hingegen als natürlich und positiv[82], das anti-egalitäre Moment qualifiziere die Rechte im Unterschied zur egalitären und universalistischen Linken[83], kurz: links sind „diejenigen, die der Meinung sind, die Menschen seien eher gleich als ungleich“[84], rechts sind „diejenigen, die glauben, daß wir eher ungleich als gleich seien.“[85]

Wenn aber die Anerkennung von Gleichheit als eines der essenziellen Grund- und Menschenrechte „links“ bedeutet und die Propagierung von Ungleichheit „rechts“, müsste dem Grund- und Menschenrechte verteidigenden Demokraten eine extreme Anhängerschaft eines Ideals der Gleichheit tolerierbarer erscheinen als ein extremes Verfechten einer in Richtung Ungleichheit zielenden politischen Orientierung – schließlich wird das gleiche (Gleichheits-)Prinzip geteilt. In der extremen Steigerung eines Gleichheitsbegriffs liegt aber nicht die Gefahr („gleicher“ als gleich sein ist nicht möglich), wohl aber in der Verabsolutierung des Gleichheitsprinzips.[86] Wenn das hehre Gleichheitsprinzip das eigentlich ebenso der Linken inhärente Prinzip der „Erweiterung der Autonomie des Einzelnen“[87], der Emanzipation des Menschen, überlagert oder verdrängt, der egalitäre Anspruch also seinerseits hierarchisiert wird, wird die Linke extrem, also linksextrem.[88] Eine solche Übersteigerung lehnt Bestandteile des grund- und menschenrechtlichen Garantie- und Leistungskatalogs ab, ebenso institutionell-demokratische Prinzipien, wenn sie die auf dem verabsolutierten Gleichheitsprinzip aufbauende Ideologie gefährden, und kann sich so gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten und negativ zu ihm definiert werden.

Angesichts der vielfältigen Zersplitterungen innerhalb der extremistischen Linken ist eine einheitliche Ideologie, die ihr zugrunde liegt, nur abstrakt auszumachen: So ist die Autorität und Quelle der marxistischen Lehre für alle folgenden Strömungen natürlich nicht zu leugnen; die Interpretationen dieses Vermächtnisses aber weisen derart viele

82 Vgl. Cas Mudde, Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/2008, S. 12-19, hier: S. 14.

83 Vgl. Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 9-32, hier: S. 23.

84 Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994, S. 78.

85 Ebd.

86 Vgl. Backes/Jesse (FN 74), S. 115 f.

87 Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, 2. Aufl., Stuttgart 1973, S. 8.

88 Ausgenommen hiervon ist der Anarchismus, der vor allem in seiner individualanarchistischen Variante der Verwirklichung absoluter persönlicher Freiheit Priorität einräumt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schattierungen auf, dass eine Darlegung des reinen Marxismus sicherlich keinen exklusiven Erklärungsanspruch linksextremistischer Doktrinen beanspruchen kann. Dennoch können einzelne konstitutive Grundcharakteristika herausgestellt werden: In bestehenden Gesellschaftsformationen stehen sich demnach klar umreißbare „Klassen", die der „Ausbeutenden" sowie die der „Ausgebeuteten", gegenüber. Diese werden durch ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse bzw. ein Ausbeutungssystem abgebildet, welches die Ausgebeuteten in ein entindividualisiertes Zwangsverhältnis zur „herrschenden" Klasse und in ein entfremdetes Verhältnis zu ihrer Arbeitskraft und Umwelt drängt. Um sich aus diesem unnatürlichen Zustand zu befreien, bedarf es eines bewussten Kampfes der ausgebeuteten gegen die ausbeutende Klasse, also eines Klassenkampfes, mit dem Ziel einer herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft. Dieser Kampf kann nicht durch eine Reform des Systems, sondern nur durch eine Revolution gegen dieses entschieden werden.

Diese Aufstellung von konstituierenden Ideologieelementen gewährt nur einen groben Überblick; diese aber detaillierter auszuführen, würde die Gefahr bergen, einzelne Strömungen auszuklammern.[89] Darüber hinaus weist die Übernahme des oben skizzierten Theoriegerüsts an sich noch nicht Extremismus aus. Hierzu muss die Befürwortung einer ideologischen Basis die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zur Folge haben und sich in der Ausweisung bestimmter Strukturmerkmale positiv bestimmen lassen, die beim Linksextremismus folgendermaßen ausfallen:

1. Absoluter Wahrheitsanspruch: Der Gegensatz ökonomischer Klassen wird in dieser Hinsicht zur alle irdischen Abläufe erklärbaren Konstante. Alle Konflikte lassen sich auf den Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten bzw. von deren Eigentumsverhältnissen erklären. Andere Ansätze erfassen demgegenüber nicht die Universalität dieses Erklärungssystems.
2. Dogmatismus: Da dieses Erklärungssystem sich selbst als Wahrheit erkennt, ist Kritik daran unmöglich. Insbesondere das Zulassen anderer Konflikttheorien oder die Gültigkeit anderer als sozialer und ökonomischer Wechselbeziehungen (etwa kultureller, religiöser) werden abgelehnt und immer wieder auf den alles erklärenden Klassengegensatz zurückgeführt.
3. Freund-Feind-Denken: Dieser Klassengegensatz konstruiert klare Freund-Feind-Muster: Auf der einen Seite die Masse der Ausgebeuteten, auf der anderen Seite eine Schar von Ausbeutern. Dieses dichotome Denken diffamiert jeden Kompromisslösungsversuch als „Reformismus".
4. Elitärer Alleindeutungsanspruch: Aus dem Anspruch, allein die Ausbeutung auslösenden Mechanismen erkannt zu haben, wird ein Führungsanspruch (etwa der

89 So lässt sich der Anarchismus beispielsweise nicht zweifelsfrei unter die Darstellung subsumieren. Allgemein zu ideengeschichtlichen Vorläufern einer linken Extremismus vgl. Jaschke mit gleichnamigem Aufsatztitel (FN 73).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Partei), gegenüber dem Klassenfeind wie gegenüber der eigenen Anhängerschaft, abgeleitet.

5. Deterministisches Geschichtsbild: Der ökonomisch begründete Klassengegensatz spitzt sich nach dieser Auffassung dialektisch unaufhaltsam zu, bevor er in die Herrschaftsausübung durch die Ausgebeuteten und schließlich in die klassenlose Gesellschaft mündet.

Dergestalt könnte Linksextremismus als Unterkategorie des politischen Extremismus folgendermaßen veranschaulicht werden:

Linksextremismus	
definitio ex negativo	*definitio ex positivo*
Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates	Strukturmerkmale linksextremistischer Ideologien und Gruppierungen
1. grundrechtliche Komponente: Verabsolutierung der Gleichheits- zu Lasten der Freiheitsrechte 2. demokratisch-institutionelle Komponente: Ablehnung tragender Staatsstrukturprinzipien (Gewaltenteilung, Mehr-Parteien-Prinzip)	1. absoluter Wahrheitsanspruch 2. Dogmatismus 3. Freund-Feind-Denken und Diffamierung des „Reformismus“ 4. elitärer Alleindeutungsanspruch 5. deterministisches Geschichtsbild

In einer Definition dessen, was Linksextremismus ausmacht, soll ausdrücklich nicht Kritik oder Gegnerschaft zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit einbezogen werden. Marktwirtschaftliche Ordnungssysteme sind zwar in rechtsstaatlichen Demokratien mit mehr oder weniger starker sozialer Flankierung dominant, sollten aber nicht mit einer verfassungsrechtlich sanktionierten Festschreibung verwechselt werden.[90] Auch eine konkrete Maßnahme zu einem alternativen wirtschaftlichen Ordnungssystem hin, z.B. die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ist nicht auf der Ebene „demokratisch/extremistisch“ angesiedelt.[91] Geht die Kapitalismuskritik über das konkrete wirtschaftliche System hinaus und fasst – etwa im klassisch-marxistischen Verständnis – den „bürgerlichen Staat“ mitsamt seinen demokratisch-rechtstaatlichen Institutionen nur als Ausdruck des kapitalistischen Produktionssystems auf, gerät Antikapitalismus zu politischer Systemgegnerschaft und somit zur Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates.

90 Vgl. Fuchs/Jesse (FN 73), hier: S. 400.

91 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismusforschung – ein Stiefkind der Politikwissenschaft, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Neue Politische Literatur, Beiheft 4: Extremismus und streitbare Demokratie, Stuttgart 1987, S. 9-28, hier: S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Folgenden soll Linksextremismus also verstanden werden als die Gegnerschaft zu elementaren Bestandteilen des demokratischen Verfassungsstaates sowohl in seiner konstitutionell-demokratischen als auch in seiner grund- und menschenrechtlichen Komponente, indem das Prinzip der Gleichheit verabsolutiert und hierarchisiert wird. Dabei wird das allumfassende Welterklärungssystem zur Grundlage des Denkens und Handelns und weist Strukturmerkmale des politischen Extremismus auf.

4. Extremismustheoretische Einordnung ausgewählter Zusammenschlüsse innerhalb der Linken

4.1. Kommunistische Plattform (KPF)

Das Verhältnis der KPF gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat ist in weiten Teilen ablehnender, zumindest aber instrumenteller Natur. Eine Instrumentalisierbarkeit individueller Grundrechte kommt in einer in der Programmatik der KPF hervortretenden Hierarchisierung der Menschenrechte zum Ausdruck, etwa wenn es heißt, dass Widerstand immer dann gegeben sei, wenn „die friedenspolitischen Prinzipien der LINKEN mittels abstrakter Menschenrechtsforderungen geopfert werden sollen".[92] Hierdurch werden Menschenrechte an sich als nicht bindend gesetzt, sondern im Hinblick auf einen höheren Zweck, hier die friedenspolitischen Prinzipien einer Partei, relativiert. Wenn weiter erklärt wird, in dem als Ziel gesetzten Sozialismus, habe „die unerlässliche Demokratie ihre Basis in Eigentumsverhältnissen […], die gewährleisten, dass die Profitmaximierung nicht mehr das Maß aller Dinge"[93] sei, werden demokratische Prinzipien nicht als Wert an sich wahrgenommen, sondern in Abhängigkeit zu Eigentumsverhältnissen gesetzt. Ihre Verwirklichung ist so nicht die Verwirklichung normativer Werte des Zusammenlebens um ihrer selbst willen, sondern steht in steter Abhängigkeit von ökonomischen Grundvoraussetzungen. Der Verlust des universellen Status und die Umdeutung der Demokratie zu einem Faktor in einem System voneinander und der ökonomischen Basis abhängigen Variable, kommt auch in der Äußerung des letzten DDR-Staatsratsministers und SED-Generalsekretärs, Egon Krenz, zum Ausdruck, der in den Mitteilungen der KPF publizieren darf: „Wenn demokratische Sozialisten die Einheit von Sozialismus und Demokratie betonen, sollten sie nie vergessen, daß dies immer im

92 KPF, Schwerpunktaufgaben der KPF in den nächsten Monaten (FN 17). An anderer Stelle wird im Zusammenhang mit „imperialistische[m] Kesseltreiben im Nahen Osten" vor „zynischer ‚Menschenrechts'-Demagogie" gewarnt (KPF, Die Aufgaben der KPF bis zum Göttinger Parteitag (FN 41), Dezember 2011).

93 KPF, Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE organisierte Kommunistinnen und Kommunisten. Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der KPF, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zusammenhang mit dem internationalen Kräfteverhältnis, mit dem Charakter des Staates und dem Klassenkampf steht."[94]

Die umfassende Fixierung auf ein solch ökonomistisches Demokratie- und Politikverständnis wiederum hat ihre Wurzel in der teilweise angenommenen Erkenntnis eines absoluten Wahrheitsanspruches. Zwar wird zum einen etwa im Zusammenhang der Programmdebatten der Linken vor „allzu absoluten Formulierungen"[95] gewarnt. Strategisch sei die aus der marxistischen Orientierung abgeleitete Haltung, „wir wüssten schon alles",[96] der „sichere Weg in die Isolation"[97]. Zum anderen verlautbart ein Mitbegründer der KPF in klassisch kommunistischer Diktion in den Mitteilungen der KPF, „die auf der Grundlage von Marx, Engels, Lenin und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erarbeiteten Wesenszüge und objektiven Gesetze des Imperialismus"[98] seien auch im 21. Jahrhundert noch gültig, womit die von jenen erarbeiteten Theoriegebäude zur Grundlage allumfassender Erklärungsansätze ökonomischer und politischer Prozesse erklärt und verbindlich gemacht werden. An anderer Stelle wird der Ausgang gesellschaftlicher und historischer Prozesse auf die Formel „Sozialismus oder Barbarei"[99] reduziert, wobei „nur die sozialistische Alternative die Zivilisation zu bewahren in der Lage"[100] sei. Hierin wird die sozialistisch-kommunistische Ideologie nicht nur zur alleinigen legitimen Grundlage zum Verständnis der menschlichen Entwicklung erhöht, sondern ihre Verwirklichung darüber hinaus zum einzig wählbaren Ausgang erklärt, solle die Gesellschaft nicht in Barbarei verfallen. Die Reduzierung gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten auf die einander gegenüberstehenden Begriffe des die Zivilisation bewahrenden Sozialismus auf der einen und der „Barbarei" auf der anderen Seite führt zu einem dogmatischen Verständnis in der Frage der Umsetzung sozialistisch-kommunistischer Theorie.

Die KPF konzediert, es sei mit „sozialistischen Verhältnissen […] in unseren Breitengraden heute oder morgen doch nicht zu rechnen"[101]. Dem folgt auch das strategische Zugeständnis: „Wenn wir hier und heute abstrakt über Revolutionen redeten, würden wir viele abschrecken".[102] Dies verdeckt jedoch nicht einen prinzipiellen ideologischen Dogmatismus, etwa wenn apodiktisch formuliert wird: „Unter den Bedingungen der Restauration des Kapitalismus gibt es keinen dritten Weg."[103] Den Kapitalismus und die

94 Egon Krenz, Ein anderer 11. September, in: Mitteilungen der KPF, September 2008.
95 Hecker (FN 45).
96 Herold (FN 31).
97 Ebd.
98 Anton Latzo, Ausbeutung und Krieg, in: Mitteilungen der KPF, Juni 2007.
99 Rabe (FN 15).
100 Ebd.
101 Bundessprecherrat der KPF, fds setzt massive Polarisierung auf die Tagesordnung, in: Mitteilungen der KPF, Oktober 2010.
102 Hecker (FN 45).
103 Brombacher (FN 25).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gesellschaft mit einem reformorientierten Ansatz zu verändern, wird von einem inzwischen verstorbenen Autor der Mitteilungen der KPF als „Revisionismus“ bezeichnet und ausgeführt, „der von den Revisionisten eingeschlagene Weg“[104] habe zu Zeiten der Weimarer Republik letztlich „in die Hitlerdiktatur, den verbrecherischen Krieg und schließlich zur bedingungslosen Kapitulation geführt; das wäre wohl Grund genug, keinen neuen Revisionismus aus der Taufe zu heben“.[105] Als eine der Hauptaufgaben der KPF wird verstanden, darauf hinzuwirken, „daß sich die Mitglieder der Partei Versuchen widersetzen, die ideologischen Maßstäbe des Parteienestablishments ohne Einschränkungen durchzusetzen“.[106] Mit der Titulierung des „bürgerlichen Parteienestablishments“ wird als weiteres extremismustheoretisches Strukturmerkmal ein dichotomes Freund-Feind-Denken, das sich vornehmlich in Klassenstrukturen ausdrückt, deutlich.

Die KPF habe „die selbst auferlegte Verantwortung, die Dinge im Rahmen der jeweiligen Klassenkampfsituation zu sehen, einzuschätzen“.[107] Mit der deutschen Wiedervereinigung bzw. der so genannten „Restauration des Kapitalismus, der alten Besitz- und Machtverhältnisse“[108], seien „die Weichen dahin gestellt worden […], daß sich nun in Deutschland die Spaltung der Gesellschaft, der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit enorm verschärfe“.[109] Als Klasse des Kapitals werden dabei die wirtschaftlichen Eliten, sprich: die Kapitalisten, aber auch das „politische Establishment“ sowie der Faschismus gesehen.

Im klassisch kommunistischen Antifaschismusverständnis in Anlehnung an die sogenannte „Dimitroff-Formel“[110] wird in den Mitteilungen der KPF formuliert: „Er [der Nationalsozialismus] diente von Anfang an der Ablenkung vom Wesen dieser extrem reaktionären *bürgerlichen* Partei, die Anfang der 1930er Jahre zur größten und wählerstärksten bürgerlichen Partei wurde, weil sie die Mehrheit der Wähler der anderen bürgerlichen Parteien aufsaugte. Auch heute wird dieser Begriff der Naziideologie von bürgerlichen Politikern und Ideologen favorisiert, weil er das durch und durch bürgerliche Wesen von Politik und Ideologie des deutschen Faschismus vernebelt und im Sinne der Totalitarismusdoktrin eine Nähe von Faschismus und Sozialismus suggeriert.“[111] Konsequent wird die Zusammenarbeit mit dem „Klassengegner“ verneint. Die Linke müsse den „Abwehrkampf gegen das Kapital führ[en], statt verführt zu werden, Hilfs-

104 Walter Ruge, Kurzfassung – sächsisch, in: Mitteilungen der KPF, April 2009.
105 Ebd.
106 Ellen Brombacher (Berichterstatterin), Referat des Bundessprecherrates der KPF auf der Bundeskonferenz am 22. November 2008, in: Mitteilungen der KPF, Dezember 2008.
107 Ebd.
108 Anton Latzo, Gedanken zum Einigungsvertrag und seinen Folgen. Wozu die Einheit missbraucht wird, in: Mitteilungen der KPF, August 2010.
109 Ebd.
110 Siehe hierzu etwa: Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006, insb. S. 26 ff.
111 Heinz Karl, Volksfront gegen Faschismus und Krieg!, in: Mitteilungen der KPF, Juli 2010 (Hervorhebung im Original).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

pfleger am Krankenbett des Kapitalismus zu sein".[112] Dies schließt auch eine Beteiligung an einer (Bundes-)Regierung aus, solange nur in diese komme, „wer die Staatsraison anerkennt".[113]

Grundlage für dogmatisches und Wahrheitsansprüche umfassendes Freund-Feind-Denken kann ein deterministisches Geschichtsbild sein, das in Ansätzen in der Programmatik der KPF erkennbar ist. Die KPF trete, so der Beschluss ihrer 14. Bundeskonferenz, mit „dem historischen und dialektischen Materialismus verpflichteten Positionen"[114] auf. In klassisch marxistischer Begrifflichkeit ist hiermit eine Geschichtsinterpretation zu verstehen, die sich eng an den materiellen Fragen des Eigentums und der Klassengegensätze orientiert. Geschichte wird im Sinne von Marx als objektiv bestimmbarer Ablauf von Gesetzmäßigkeit verstanden, auf deren Grundlage der Entwurf eines „wissenschaftlichen Sozialismus" möglich sei. Ein solch deterministisches Geschichtsbild ist in den Verlautbarungen der KPF indes selten anzutreffen und wird teilweise gar in Frage gestellt, etwa wenn ein Mitglied des Bundessprecherrats der KPF betont, es hätten diejenigen geirrt, „die der felsenfesten Überzeugung waren, das Rad der Geschichte ließe sich nie wieder zurückdrehen"[115] und „dort, wo der Sozialismus einmal zur Macht gekommen sei, würde diese nie mehr aus den Händen gegeben werden".[116]

Die KPF ist eine extremistische Gruppierung innerhalb der Linken. Ihr Verhältnis gegenüber den freiheitlichen Grundrechten wie auch demokratischen Prinzipien ist instrumenteller Natur. Ihre Gewährleistung wird nicht um ihrer selbst willen befürwortet, sondern auf Eigentums- und Kapitalverhältnisse zurückgeführt und so ökonomistisch interpretiert.

In der Programmatik der KPF finden sich Elemente eines absoluten Wahrheitsanspruches. Ein daraus abgeleiteter Dogmatismus und in Klassenkategorien verfangenes Freund-Feind-Denken führen zu einem Beharren auf Grundsätzen kommunistischer Ideologie.

Zwischentöne oder Möglichkeiten des Kompromisses klingen angesichts der dichotomen Formel „Sozialismus oder Barbarei" selten an, die Teilnahme an innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates eingeübten Konfliktlösungsstrategien werden so erschwert oder als „Anerkennung der Staatsraison" abgelehnt.

112 Brombacher (FN 22).

113 Bundessprecherrat der KPF, Sahras Mitgliedschaft ruht, in: Mitteilungen der KPF, März 2010. Als Bestandteil der Staatsraison werden von der KPF selbst die „Bindungen an EU (sprich: zum Lissabon-Vertrag) und NATO" genannt (ebd.). Einen Schwenk hierzu „würden Kommunistinnen und Kommunisten in der LINKEN nicht mit vollziehen" (ebd.).

114 KPF, Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform bis November 2009. Beschluss der 3. Tagung der 14. Bundeskonferenz der KPF, in: Mitteilungen der KPF, Mai 2009.

115 Rabe (FN 33). Rabe wird wie Brombacher noch im April 2010 als Mitglied des Bundessprecherrates genannt. Vgl. FN 22.

116 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4.2. Sozialistische Linke (SL)

Die Kritik an einer marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Wille, diese zu überwinden, stellt – wie oben bereits ausgeführt – kein Strukturmerkmal des politischen Extremismus dar. Erst wenn das abgelehnte Wirtschaftsmodell mit dem demokratischen Verfassungsstaat identifiziert wird, also die Überwindung des Wirtschaftssystems mit der Überwindung des ihm vorgeblich zugrundeliegenden demokratisch-institutionellen Systems verbunden wird, kann von Merkmalen des politischen Extremismus gesprochen werden. Infolgedessen stellt es sich als diffizil dar, das extremismustheoretische Potenzial einer Gruppierung wie der SL zu untersuchen, die ihren Schwerpunkt vornehmlich auf konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Fragen legt. Dieser eng mit der Herkunft der SL aus der WASG und ihrer gewerkschaftlichen Orientierung verbundene Aspekt ist hinsichtlich einer extremismustheoretischen Untersuchung zu beachten, macht diese aber nicht unmöglich.[117]

In der freiheitlichen Dimension des demokratischen Verfassungsstaates betont die SL ihren „Kampf um die umfassende Verwirklichung von Bürgerrechten“[118]; die Linke selbst sei eine „Bürgerrechtspartei“.[119] Gleichwohl verweisen Aussagen wie diese, „die sozialen Grenzen der bürgerlichen Freiheiten“[120] müssten überwunden werden, und die Linke wolle „Freiheit durch Sozialismus“[121] auf ein Verständnis von Freiheitsrechten, das zumindest in Teilen ökonomistischer Natur ist. Durch die vorgeblichen „sozialen Grenzen der bürgerlichen Freiheiten“ und die Formel „Freiheit durch Sozialismus“ werden die freiheitlichen Grundrechte bzw. die freiheitliche Dimension des Grundgesetzes insofern relativiert, als sie zum einen erst durch die Erweiterung der sozialen Dimension als wirkkräftig angesehen werden.[122] Zum anderen wird der Freiheitsbegriff relativiert und erst in der Voraussetzung und durch einen zu erreichenden Sozialismus als erreicht angesehen. Die Vorstellung eines (demokratischen) Sozialismus als einer „bessere[n] Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“[123] bleibt ebenso vage wie die Aussage, nach dem strategischen Ansatz des Parteiprogrammentwurfs, gehe es „*zunächst* um die Veränderung der

117 Prinzipiell lässt sich jede politische Partei, Gruppierung oder anders strukturierte Organisation anhand ihrer Programmatik extremismustheoretisch untersuchen.

118 BundessprecherInnenrat der SL, Stellungnahme der SL zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE, 17. Juli 2010, unter: http://www.sozialistische-linke.de/politik/beschluesse/101-stellungnahme-der-sozialistischen-linken-zum-programmentwurf-der-partei-die-linke (1. Februar 2012).

119 Ebd.

120 Ebd.

121 Ebd.

122 Hierauf verweist auch die Formulierung des Kampfes „um die umfassende Verwirklichung von Bürgerrechten“ (s.o.), die in diesem Zusammenhang nahe legt, dass eine Verwirklichung der Bürgerrechte erst dann umfassend erreicht sei, wenn ihre sozialen Grenzen überwunden worden seien.

123 BundessprecherInnenrat der SL, Erklärung der SL zum Rückzug Lafontaines, 25. Januar 2010, unter: http://www.sozialistische-linke.de/politik/beschluesse/18-sozialistische-linke-zum-rueckzug-lafontaines (1. Februar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kräfteverhältnisse und die Durchsetzung eines Richtungswechsels".[124] Da eine tiefergehende inhaltliche und ideologische Fundierung des „Sozialismus"-Begriffes ausbleibt, sind Formulierungen, die auf einen erkannt geglaubten absoluten Wahrheitsanspruch rückschließen ließen, praktisch nicht in den Verlautbarungen der SL anzutreffen und lassen konsequenterweise keinen Dogmatismus in der Verteidigung eines solchen (ideologisierten) Wahrheitsanspruches zu. Im Gegenteil, argumentiert die SL gar, die Linke müsse „zugleich reformpolitisch orientiert und antikapitalistisch sein".[125] Auch Regierungsbeteiligungen werden nicht ausgeschlossen, „wenn die Lage der Menschen verbessert und eine Abkehr von neoliberaler, prokapitalistischer Politik eingeleitet werden kann"[126]; dabei müssten „dort, wo Grüne, SPD und Linke über Gemeinsamkeiten verfügen, konkrete mobilisierungsfähige Bündnisse angestrebt werden"[127], was „eine weitergehende Perspektive der Zusammenarbeit bzw. eine gemeinsamen Reformperspektive"[128] eröffne.

Der „Klasse"-Begriff wird im Gegensatz zur übrigen klassischen sozialistisch-marxistischen Terminologie auffallend häufig verwendet. So heißt es bereits in der Gründungserklärung der SL, die neue linke Partei müsse „in klassenpolitischen Kategorien"[129] denken und „sich gegen das Kapital und seine neoliberalen Ideologen"[130] positionieren. Auch legt die SL Wert auf eine „Analyse Deutschlands als kapitalistische Klassengesellschaft".[131] Gleichwohl entspricht der „Klasse"-Begriff nicht starren Mustern des Freund-Feind-Denkens als Strukturmerkmal des politischen Extremismus. So existierten innerhalb der „Klassen" „unterschiedliche soziale Bedingungen, Kulturen und Orientierungen zwischen verschiedenen sozialen Schichten, Milieus, Geschlechtern, Generationen, ethnischen oder religiösen Gruppen und regionalen Bevölkerungen".[132] Somit hebt sich der „Klasse"-Begriff der SL deutlich von klassisch-kommunistischen und dogmatischen Interpretationen etwa der KPF ab.

Die SL ist keine extremistische Gruppierung innerhalb der Linken. Zwar bleibt das Verständnis der Freiheitsrechte wie die Sozialismuskonzeption vage. Auch die von ihr gebrauchte Klassenrhetorik mag auf den ersten Blick ein typisches Freund-Feind-Den-

124 BundessprecherInnenrat der SL, Stellungnahme der SL zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE (FN 118) – Hervorhebung durch den Verfasser.
125 SL, Protokoll der Bundesmitgliederversammlung der SL am 20.12. 2009 (FN 51).
126 BundessprecherInnenrat der SL, Stellungnahme der SL zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE (FN 118).
127 SL, DIE LINKE stärken, damit sie wirkt! Beschluss der Bundesmitgliederversammlung der SL am 18.12. 2010, unter: http://www.sozialistische-linke.de/veranstaltungen/mitgliederversammlung/mitgliederversammlung-2010/217-erklaerung-der-mitgliederversammlung-die-linke-staerken-damit-sie-wirkt (1. Februar 2012).
128 Ebd.
129 SL, Gründungserklärung (FN 49).
130 Ebd.
131 BundessprecherInnenrat der SL, Erklärung: Der neue Programmentwurf: Kompromisse für eine starke LINKE, 30.5.2011, unter: http://www.sozialistische-linke.de/politik/beschluesse/324-der-neue-programmentwurf-kompromisse-fuer-eine-starke-linke (14. Februar 2012).
132 SL, Protokoll der Bundesmitgliederversammlung der SL am 20.12. 2009 (FN 51).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ken nahe legen. Da dem Klassenbegriff aber der Verbalradikalismus und die inhaltliche Fundierung einer dogmatischen Sozialismus/Kommunismus-Konzeption fehlt, ist dieser kein Ausweis für einen politischen Extremismus des Zusammenschlusses. Darüber hinaus verzichtet die SL auf allumfassende Wahrheitsansprüche wie auf deterministische Deutungsmuster oder elitäre Führungsansprüche.

Die 2007 aufgenommene Nennung der SL in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist daher fragwürdig: Programmatisch gibt die SL nach Ansicht des Verfassers nicht hinreichend Anlass für eine Bestätigung ihres extremistischen Charakters bzw. von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 4 Abs. 2 BVerfSchG, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nahe legen würden. Gerechtfertigt wäre eine Beobachtung allenfalls unter dem Aspekt der entristischen Bemühungen trotzkistischer Organisationen innerhalb der SL. Dies müsste dann allerdings als alleiniger Beobachtungsgrund eigens hervorgehoben werden.

5. Fazit

Demokratische Parteien sind keine homogenen Gebilde. Ihre programmatisch-inhaltliche wie strategische Ausrichtung wird von innerparteilichen Akteuren bestimmt. In besonderer Weise trifft dies auf die Linke zu, in der sich die innerparteilichen Gruppierungen in Zusammenschlüssen institutionell organisieren. Anders als bei anderen Parteien ist diese Gruppierungslandschaft allerdings derart vielgestaltig, dass die internen Zusammenschlüsse nicht bloß in inhaltlicher Akzentuierung und Tendenz, sondern auch der ideologischen Ausrichtung divergieren. Die Variationsbreite innerparteilicher Gruppierungen reicht von explizit reformorientierten über linkssozialistische bis hin zu offen kommunistischen Zusammenschlüssen und lässt sich auch mit der wechselvollen Geschichte der Linken erklären: Die Kommunistische Plattform entstand noch 1989 und bewusst als Verteidigerin des kommunistischen Erbes der Partei in der Umbruchphase von der SED zur PDS. Die Sozialistische Linke bildete sich während des Fusionsprozesses von WASG und PDS zur Partei Die Linke. Die SL vertrat und vertritt eine vornehmlich aus der WASG entstammende gewerkschaftsorientierte inhaltliche Ausrichtung, die sich mit sozialistischer Programmatik vermengt.

Beide in diesem Aufsatz dargestellten Zusammenschlüsse sind parteiintern als „links“ zu verorten und vertreten teilweise gemeinsame inhaltliche wie strategische Anliegen. Diese sind in unterschiedlicher Ausprägung ein pointiert sozialistisches Profil der Linken und ein ökonomistisches Politikverständnis. Dabei werden allerdings Unterschiede in der Reichweite des im Kern beiden Zusammenschlüssen innewohnenden oppositionellen Verständnisses deutlich: Wird politischer Extremismus als Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat mitsamt seiner ihn tragenden Staatsstrukturprinzipien und seiner freiheitlich-grundrechtlichen Dimension einerseits sowie als Aufweisung spezifischer Strukturmerkmale (absoluter Wahrheitsanspruch, Dogmatismus,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Freund-Feind-Denken, elitärer Alleindeutungsanspruch, deterministisches Geschichtsbild) verstanden, lässt sich die KPF als extremistisch klassifizieren. Sie weist nicht nur im Selbstverständnis und ihrem teilweise dogmatischen Beharren auf sozialistisch-kommunistischer Ideologie Strukturmerkmale des Linksextremismus auf. Darüber hinaus ist ihr Verhältnis etwa den freiheitlichen Grundrechten des demokratischen Verfassungsstaates gegenüber instrumenteller und ihr Demokratieverständnis ökonomistischer Natur. Im Gegensatz hierzu lässt sich die SL aufgrund ihrer Rhetorik und Ausrichtung als ein Zusammenschluss bezeichnen, der im parteiintern linken Spektrum steht, allerdings kaum klare Strukturmerkmale des politischen Extremismus erkennen lässt und dessen Extremismuspotenzial daher zu verneinen ist.

Der Umstand, dass allein innerhalb dessen, was als „links in der LINKEN" bezeichnet werden kann, solch starke Unterschiede in ideologischer Ausrichtung bestehen, zeugt von der Heterogenität dieser Partei. Die Existenz von Zusammenschlüssen wie der KPF verdeutlicht, dass die Linke nach wie vor Heimat extremistischer Tendenzen ist. Wenngleich diese Tendenzen zu schwach sind, um das Profil der Gesamtpartei entscheidend zu beeinflussen, sind sie doch Bestandteil der Partei. Ihre eigene Satzung öffnet der Linken die Möglichkeit, die Unvereinbarkeit solcher Zusammenschlüsse mit den Grundsätzen der Partei anzuerkennen und sie aufzulösen oder sich von ihnen zu trennen. Solange sie dies nicht tut, muss sie sich diese mitsamt ihren Inhalten und Aussagen zurechnen lassen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) im Lichte der Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus

Von Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

In den letzten Jahren konnte man in Stellungnahmen der Sicherheitsbehörden immer wieder lesen, dass in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen erkennbar seien.[1] Im November 2011 stellte sich aber heraus, dass diese Auffassung für eine kontinuierliche Fehleinschätzung stand: Über 13 Jahre lang lebte eine kleine Gruppe von drei Rechtsterroristen im Untergrund (1998-2011) und ermordete in dieser Zeit mindestens zehn Menschen (2000-2007). In einem später aufgefundenen und von ihnen erstellten Film machten sich die Täter in höhnischer und zynischer Weise über ihre Verbrechen lustig. Als Motto kursierte „Taten statt Worte", als Selbstbezeichnung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Handelte es sich hier um eine neue Dimension des Rechtsterrorismus, oder stand die Gruppe für Kontinuität? Eine Antwort auf diese erkenntnisleitende Fragestellung setzt eine vergleichende Betrachtung zu den früheren Entwicklungen im deutschen Rechtsterrorismus voraus.

Die Erörterung geht von folgender Definition aus: „Terrorismus" steht als Sammelbezeichnung für „Formen von politisch motivierter Gewaltanwendung, die von nichtstaatlichen Gruppen gegen eine politische Ordnung in systematisch geplanter Form mit dem Ziel psychologischen Einwirkens auf die Bevölkerung durchgeführt werden".[2] Demnach gelten Anschläge von Einzelpersonen ohne den Auftrag einer Gruppe ebenso wenig als Ausdruck von Terrorismus wie spontane Gewalthandlungen ohne Kontinuität und Planung. Je nach ideologischer Ausrichtung der gemeinten Akteure können eine autonomistische, eine linksextremistische, eine rechtsextremistische und eine religiöse Form idealtypisch unterschieden werden. Demnach wäre „Rechtsterrorismus" eine Sammelbezeichnung für einen Teilbereich des „Terrorismus", der im Rekurs auf Nationalismus oder Rassismus im Namen ethnischer Identität, Reinheit und Überlegenheit einschlägige Gewalt ausübt, die von Anschlägen gegen Einrichtungen bis zu Morden reicht.

1 Vgl. etwa: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 57.

2 Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier S. 33. Vgl. auch ausführlicher ders., The Problem of a Comprehensive Detailed Definition of Terrorism, in: Manfred Oehmichen/Christoph Meissner (Hrsg.), Terrorism – Terrorismus, Lübeck 2006, S. 23-37.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Um die Besonderheiten des NSU gegenüber früheren Formen des Rechtsterrorismus zu erfassen, sollen zunächst folgende vier Gruppen beschrieben und bewertet werden: die Deutschen Aktionsgruppen, die Hepp-Kexel-Gruppe, das Freikorps Havelland und die Schutzgruppe. Dem schließt sich eine Darstellung und Einschätzung des NSU – insbesondere ihrer aus drei Neonationalsozialisten bestehenden Kerngruppe – an, bevor die Morde an neun Menschen mit Migrationshintergrund, der Nagelbomben-Anschlag in Köln, der Polizistenmord in Heilbronn und die „Paulchen Panther"-DVD als nicht öffentlich gemachtes Bekenntnis in den Blick geraten. Erst danach ist eine vergleichende Analyse der „alten" und „neuen" Formen des Rechtsterrorismus möglich und zwar bezogen auf den politischen Hintergrund der Täter, die Auswahl der Opfergruppen, die Gewaltintensität der Handlungen und die öffentliche Botschaft der Taten.

2. Die Entwicklung des deutschen Rechtsterrorismus

Rechtsterroristische Gruppen kamen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erstmals Ende der 1960er Jahre auf.[3] Zwar gab es bereits zuvor rechtsextremistische Organisationen, die zu gewalttätigem Agieren neigten, aber keine rechtsterroristischen Zusammenschlüsse. Zu ihnen gehörte die Europäische Befreiungsfront, die 1970 mit einem Anschlag das seinerzeitige Treffen von Bundeskanzler Willy Brandt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph verhindern wollte. Die Nationale Deutsche Befreiungsbewegung plante anlässlich des 10. Jahrestages des Mauerbaus 1971 Anschläge auf Einrichtungen der DDR und der Sowjetunion. Eine Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland legte umfangreiche Mengen von Sprengstoff und Waffen an und konnte 1972 noch vor Beginn ihrer Aktivitäten zerschlagen werden. Andere Rechtsterroristen wie die Gruppe Otte 1977, die Wehrsportgruppe Rohwer 1977/78 und die Werwolfgruppe Stubbemann 1978 entdeckten die Sicherheitsbehörden ebenfalls relativ schnell.

2.1. Die Anschläge der Deutschen Aktionsgruppen 1980

Lange Zeit galten die frühen 1980er Jahre als die Hochphase des deutschen Rechtsterrorismus. Diese Einschätzung erklärt sich durch die Anschlagsintensivität zweier seinerzeit aktiver Personenzusammenschlüsse: Dazu gehörten die Deutschen Aktionsgruppen[4],

3 Vgl. zur Frühgeschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland: Rainer Fromm, Die „Wehrsportgruppe Hoffmann". Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 98-105; Klaus-Henning Rosen, Rechtsterrorismus. Gruppen – Täter – Hintergründe, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 49-78.

4 Vgl. Uwe Backes, Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991, S. 104 f.; Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 273-288.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die unter der Anleitung des Alt- und Neonationalsozialisten Manfred Roeder[5] standen, ohne dass dieser sich selbst direkt an den Gewalttaten beteiligte. Roeder (Jg. 1929) entstammte einer nationalsozialistisch geprägten Familie und besuchte eine NS-Eliteschule. Nach seinem Jurastudium arbeitete er als Rechtsanwalt und gründete 1971 die Deutsche Bürgerinitiative, die in Rundbriefen rechtsextremistische Propaganda betrieb. Mit der Zeit verschärften sich Roeders Positionen immer mehr zu einem offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Nach einer Verurteilung zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe aufgrund von Propagandadelikten floh er 1978 ins Ausland.

In seinen weiterhin verbreiteten Rundbriefen forderte Roeder nun verstärkt illegale Aktionen, wofür er bei seinen verdeckten Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland einzelne Anhänger gewinnen konnte. Zu ihnen gehörte der Arzt Heinz Colditz und der Werkarbeiter Raimund Hörnle (beide Jg. 1930), die zusammen mit der medizinisch-technischen Assistentin Sibylle Vorderbrügge (Jg. 1956) ab 1980 die Deutschen Aktionsgruppen bildeten und in diesem Jahr zwischen Februar und August zwei Brand- und fünf Sprengstoffanschläge durchführten. Sie richteten sich gegen das Landratsamt Esslingen – motiviert durch eine dort gezeigte Auschwitz-Ausstellung – und das Wohnhaus des Landrats. Gewalttätige Aktionen gegen die Unterkünfte von Asylbewerbern schlossen sich an: etwa gegen das Bundessammellager in Zirndorf, ein so genutztes Hotel in Leinfelden-Echterdingen, eine entsprechende Unterkunft in Lörrach und ein Übergangsheim in Hamburg, wobei zwei Vietnamesen getötet wurden.

Letzteres geschah nicht beabsichtigt und gezielt, gleichwohl kalkulierten die Täter solche Folgen ein. Bereits zuvor war es bei zwei Anschlägen zu Verletzungen von jeweils zwei Asylbewerbern und Krankenschwestern gekommen. Bei diesen Taten hatten die Deutschen Aktionsgruppen Molotow-Cocktails genutzt, zuvor kam Sprengstoff zum Einsatz. Die Auswahl der Anschlagsorte steht für den ideologischen Hintergrund der Handlungen, die durch Fremdenfeindlichkeit wie NS-Verherrlichung motiviert waren. In den Bekennerbriefen zu den beiden erstgenannten Anschlägen bezeichnete die Gruppe die Ausstellung als Bestandteil einer langjährigen „antideutschen Hetze“ im Dienste des „Zionismus“. Nur wenige Tage nach dem letzten Anschlag gelang es der Polizei, die Hauptpersonen der Deutschen Aktionsgruppen und zwölf Unterstützer festzunehmen. Sie erhielten zum Teil langjährige Freiheitsstrafen.[6] Roeder, zu 13 Jahren Haft verurteilt, wurde 1990 vorzeitig aus der Haft entlassen.

2.2. Die Anschläge der Hepp-Kexel-Gruppe 1982

Gut zwei Jahre später machte die Hepp-Kexel-Gruppe[7] mit Anschlägen auf sich aufmerksam. Benannt ist sie nach ihren beiden führenden Aktivisten, dem Ex-Studenten

5 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 96 f.
6 Vgl. Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 28. Juni 1982, 5-1 StE 3/81.
7 Vgl. Backes (FN 4), S. 106-111; Rabert (FN 4), S. 288-304.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Odfried Hepp (Jg. 1958) und dem Elektroinstallateur Walter Kexel (1961-1985), die sich beide zuvor im gewaltgeneigten Neonationalsozialismus betätigt hatten: Hepp kam aus der Wehrsportgruppe Hoffmann, Kexel aus der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands. Als ideologische Brüder im Geiste beabsichtigten die beiden eine illegale Tätigkeit. Zu deren Finanzierung planten sie Banküberfälle, die fortan mit einer gewissen Regelmäßigkeit durchgeführt wurden. Darüber hinaus gewannen Hepp und Kexel weitere Mitstreiter: den Bürokaufmann Helge Blasche (Jg. 1942), den Schlosser Hans-Peter Fraas (Jg. 1960), den Dachdeckergesellen Dieter Sporleder (Jg. 1960) und den Landarbeiter Ulrich Tillmann (Jg. 1962), die alle ebenfalls zuvor in rechtsextremistischen Organisationen aktiv gewesen waren.

Eine Besonderheit der Hepp-Kexel-Gruppe im Unterschied zu den anderen Rechtsterroristen besteht in der Existenz einer programmatischen Grundlage für ihr Wirken. Das von den beiden Gründern unterzeichnete Papier trägt den Titel „Abschied vom Hitlerismus“ und entstand im Sommer 1982. Im Text finden sich ungewöhnliche Auffassungen: Man sieht im „Hitlerismus“ der Jahre von 1933-45 den Weg ins „Verderben“. Repräsentanten des „linken“ Flügels der NSDAP wie die Gebrüder Straßer, aber auch nationalrevolutionäre Theoretiker wie Ernst Niekisch finden demgegenüber positive Erwähnung. Der Hitler-Kult in der Szene unterscheide sich kaum noch vom Kult von Religionen und Sekten. Statt eines „NS- und Uniformfetischismus“ gelte es, einen „antiimperialistischen Befreiungskampf“ gegen den „Amerikanismus“ zu führen und dabei für eine Kooperation mit Repräsentanten der Linken offen zu sein.[8] Eine Begründung für ein unbedingt gewalttätiges Vorgehen in diesem Sinne fand sich im Text aber nicht.

Ganz diesem Feindbild entsprechend, ging die Hepp-Kexel-Gruppe ab Spätsommer 1982 dazu über, Sprengstoffanschläge gegen Fahrzeuge von Angehörigen der US-Armee in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dabei deponierte sie im Dezember des Jahres drei Bomben unter den Fahrersitzen von US-amerikanischen Soldaten. In zwei Fällen kam es zu lebensgefährlichen Verletzungen. Beim konspirativen Vorgehen bediente sich die Gruppe Methoden, die denen der RAF ähnelten. Gleichwohl kam im Februar 1983 die Polizei den Verantwortlichen auf die Spur; sie konnte mit Ausnahme Hepps alle Aktivisten verhaften. Diese erhielten Freiheitsstrafen zwischen fünf und 14 Jahren.[9] Kexel beging nach dem Urteilsspruch 1985 Selbstmord. Hepp tauchte in die DDR ab und stellte sich der Stasi als Informant zur Verfügung. Später in Paris verhaftet und 1987 in die Bundesrepublik ausgefliefert, verbüßte er bis 1993 eine Haftstrafe.

8 Ein Abdruck des Textes in Auszügen findet sich in: Backes (FN 4), S. 107-109.

9 Vgl. Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt a.M. vom 15. März 1985, 4-1 StE 4/84 – 2/84; Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurta.M. vom 27. Oktober 1987, 1 StE 3/87.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2.3. Die Anschläge des Freikorps Havelland 2003 und 2004

Während in den 1990er Jahren keine rechtsextremistische Gruppierung als terroristisch gelten konnte, gab es im Zeitraum 2003 und 2004 gleich zwei Fälle im oben definierten Sinne: Eine sich Freikorps Havelland[10] nennende Vereinigung von Jugendlichen und Heranwachsenden im Brandenburger Raum plante und verübte systematisch mehrere Brandanschläge auf Imbissbuden von Besitzern mit Migrationshintergrund, um diese aus der örtlichen Region zu vertreiben. Die Gruppe entstand aus einem von 2000 an bestehenden informellen Jugendtreffpunkt, der als Ausgangspunkt für Spiele mit militärischem Charakter in den nahe gelegenen Wäldern diente. Im Laufe der Zeit besorgten sich die Jugendlichen Uniformteile und Waffen und führten Kampf- wie Schießübungen durch. In einer weiteren Phase tauchten dann eine „Reichskriegsflagge" und rechtsextremistische Musik auf. Damit deutete sich ein Politisierungsprozess an, der in der Bereitschaft zu gewalttätigen Formen von Fremdenfeindlichkeit und der Entstehung einer einschlägigen Organisationsstruktur mündete.

Mitte 2003 entstand das Freikorps Havelland, das Funktionen wie Anführer, Kassierer und Schriftführer vergab, Mitgliedsbeiträge erhob und darüber ein Protokoll erstellte, das später von den Anwesenden mit Initialen unterzeichnet werden sollte. Geplant waren Anschläge gegen Ausländer. Zur Vorbereitung vereinbarten die Gruppenmitglieder Alibis, machten Fahrübungen und erkundeten Fluchtwege. Außerdem vereinbarten sie, die Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge in der Nacht nach Schließung der Geschäfte durchzuführen, um niemanden zu töten oder zu verletzen. Bei den später verurteilten Angehörigen des Freikorps Havelland handelte es sich um elf männliche Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 15 bis 19 Jahren, also eine außergewöhnlich junge Personengruppe. Als weitere Besonderheit fällt auf, dass offenbar keiner der Beteiligten über einen politischen Vorlauf in einer rechtsextremistischen Organisation verfügte.

Zwischen August 2003 und Mai 2004 verübten Angehörige des Freikorps Havelland neun Brandanschläge und eine Sachbeschädigung gegen Geschäfte und Imbissbuden von asiatisch- und türkischstämmigen Besitzern mit einem Sachschaden von insgesamt mehr als 600.000 Euro. Mit der Zerstörung ihrer Arbeitsplätze gerieten die Inhaber, die ihre Unternehmen häufig als Familienbetrieb führten, zeitweilig in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die Opfer erwogen angesichts der Anschläge und des gesellschaftlichen Klimas die Region zu verlassen. Nach der Verhaftung der Täter verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht elf Personen wegen Gründung und Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu teils mehrjährigen Jugendstrafen.

10 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 46; Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine „Braune Armee Fraktion", in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2006/2007, S. 147-162, hier: S. 153 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Hauptangeklagte, der neunzehnjährige Abiturient Christopher Hartley, erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten.[11]

2.4. Der geplante Anschlag der Schutztruppe 2003

Bei der sogenannten Schutztruppe[12] handelt es sich um einen Zusammenschluss von Personen aus einer neonazistischen Kameradschaft, die für den 9. November 2003 einen Sprengstoffanschlag zur Verhinderung der Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München plante. Sie bestand aus fünf Männern und drei Frauen im Alter von 18 bis 27 Jahren, wovon fünf Personen bereits zuvor durch gemeinschaftlichen Diebstahl, gefährliche Körperverletzung und unterschiedliche Volksverhetzungsdelikte aufgefallen waren. Als wichtigste Figur der Schutztruppe galt der aktive Neonationalsozialist Martin Wiese (Jg. 1976), der in Anklam aufgewachsen und 1998 aus privaten Gründen nach München gezogen war. Schon bei der Gründung schloss er sich um die Jahreswende 2001/2002 der dortigen Kameradschaft Süd an. Nach der Verhaftung des Leiters Norman Bordin gab Wiese ihr nach außen eine andere Ausrichtung, indem fortan aggressive Auftritte und martialische Kleidung vermieden werden sollten.

Aus dem engeren Führungszirkel der Kameradschaft Süd entstand 2002 auf Wieses Initiative eine eigene Schutzgruppe, die – angeblich – nur dem Schutz vor gewaltbereiten Gegnern aus der autonomen Szene dienen sollte. Bei deren Aktivisten, die sich auch gegenüber den anderen Angehörigen der Kameradschaft Süd als Elite definierten, entstanden engere Anbindungen, konspirative Kommunikationsformen und feste Verantwortlichkeiten. Außerdem nahm man innerhalb der Schutzgruppe eine andere Einstellung zur Gewalt als Handlungsstil ein, als dies offiziell die Kameradschaft Süd tat. Bei deren Veranstaltungen distanzierte sich Wiese ostentativ von gewalttätigen Vorgehensweisen, um Sympathien bei der Bevölkerung zu gewinnen. Innerhalb der Schutzgruppe sahen die wichtigsten Aktivisten indes in einer „blutigen Revolution" mit einschlägigen Gewalthandlungen den richtigen Weg zur Erlangung ihrer politischen Ziele. Dazu passten militärische Übungen und die Beschaffung von Sprengstoff und Waffen.

Durch Pressemeldungen wurde im April 2003 bekannt, dass am 9. November 2003 die Grundsteinlegung des jüdischen Kulturzentrums in München erfolgen sollte. Dieses Vorhaben löste in der Neo-NS-Szene im Umfeld der bayerischen Hauptstadt großen Unmut aus. Innerhalb der Schutzgruppe reifte der Plan, diese Veranstaltung durch einen Anschlag zu verhindern. Erst nach der Verhaftung wurde bekannt, dass ein Teil des Sprengstoffes aus einer Gipsmasse bestand und für den funktionsfähigen Teil kein geeigneter Zünder vorhanden war. Ungeachtet dieser technischen Mängel bestand die konkrete Absicht eines Anschlages mit klarem Angriffsziel und festgelegter Tatzeit. Wiese erhielt eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Drei Angehörige wurden unter Einbeziehung früherer Delikte zu Gesamtstrafen zwischen drei Monaten und fünf Jahren sowie

11 Vgl. Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 7. März 2005: 1-5600 OJs 1704 – 1/04.
12 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2004 (FN 10), S. 46; Pfahl-Traughber (FN 10), S. 154 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vier weitere Tatbeteiligte zu Bewährungsstrafen zwischen 16 und 22 Monaten verurteilt.[13]

3. Die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ von 2000 bis 2007

Etwa in dem Zeitraum der Anschlagsplanungen der beiden vorgenannten Gruppen beging eine andere terroristische Zelle mit der Selbstbezeichnung Nationalsozialistischer Untergrund[14] gezielte Morde. Öffentlich bekannt wurden diese Aktivitäten, wie erwähnt, erst im November 2011: Den zwei männlichen Angehörigen des NSU Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos drohte nach einem Banküberfall die Verhaftung. Nach bisherigem Kenntnisstand erschoss in einem als Fluchtwagen genutzten Wohnmobil Mundlos mit oder ohne dessen Einverständnis Böhnhardt, steckte das Fahrzeug in Brand und tötete sich selbst. Zuvor dürften sie mit ihrer Mitstreiterin Beate Zschäpe noch Kontakt aufgenommen haben; diese steckte das gemeinsam genutzte Wohnhaus in Brand. In den Resten des Hauses wie des Wohnmobils fanden sich später eine Bekenner-DVD und einschlägige Waffen, was den Nachweis einer Verantwortung für mindestens zehn Morde ermöglichte: Neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin waren den Rechtsterroristen zum Opfer gefallen.

3.1. Drei Aktivisten als Kerngruppe des NSU

Der NSU bestand aus drei neonationalsozialistischen Aktivisten als Kerngruppe: Uwe Böhnhardt (Jg. 1977), war gelernter Maurer, aber meist arbeitslos. Er gehörte Mitte der 1990er Jahre zu den führenden Aktivisten der neonationalsozialistischen Kameradschaft Jena und neigte schon seinerzeit zu Provokationen und Schlägereien. Im April 1996 hängte Böhnhardt an eine Autobahnbrücke einen Puppentorso, der mit einem gelben „Judenstern“ versehen war. Bei einer Fahrzeugkontrolle im November des gleichen Jahres fanden Polizeibeamte bei ihm Gaskartuschen, Messer und Wurfsterne. Daher gehörte Böhnhardt auch zu den Verdächtigen, als im folgenden Jahr 1997 mehrmals Briefbombenattrappen und eine funktionsfähige Bombe mit Hakenkreuzen in Jena auftauchten. Es ließ sich ihm aber keine Tatbeteiligung nachweisen. Im Oktober 1997 verurteilte ein Gericht Böhnhardt wegen der Puppentorso-Aktion zu einer Jugendstrafe. Er musste die Haft jedoch nicht direkt antreten und tauchte nach einer Hausdurchsuchung im Januar 1998 in den Untergrund ab.[15]

13 Vgl. Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 4. Mai 2005: 6 St 006/04, 3 Bjs 23/04-5 [3], 3 StE 5/04-5 [2].

14 Vgl. Maik Baumgärnter u.a., Letzte Ausfahrt Eisenach, in: Der Spiegel vom 14. November 2011, S. 66-75; David Klaubert, Getrieben vom Hass, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. November 2011, S. 3.

15 Vgl. Claus Peter Müller, Der Abgrund vor dem Untergrund, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November 2011, S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der zweite NSU-Aktivist Uwe Mundlos (Jg. 1973), der als der eigentliche Anführer der Gruppe gilt, entstammte einer Akademikerfamilie. Er brach die Schule ab, konnte keinen Ausbildungsplatz bekommen und war arbeitslos. Anfang der 1990er Jahre gehörte Mundlos so zu den vielen Jugendlichen, die in Jena keine berufliche und persönliche Perspektive sahen. Zunächst „optisch" und dann organisatorisch näherte Mundlos sich der Neo-NS-Szene an. In Jugendclubs erschien Mundlos mit Bomberjacke und Springerstiefeln. Kurze Zeit später bekannte er sich als Holocaust-Leugner und Verehrer von Rudolf Heß. Zusammen mit seinem Freund Böhnhardt zog Mundlos seinerzeit mit braunen Hemden und schwarzen Stiefeln in Anlehnung an die Kleidung der SA durch die Straßen. Nach seiner Bundeswehrzeit besuchte er ab Herbst 1995 das Ilmenau-Kolleg, um dort sein Abitur nachzuholen. Von 1997 an nahm Mundlos regelmäßig an Demonstrationen der Neo-NS-Szene in Jena teil.[16]

Schließlich wäre noch die gelernte Gärtnerin Beate Zschäpe (Jg. 1975) als einzige Überlebende des NSU zu nennen. Bei ihr fand die Polizei im Januar 1998 in einer Garage funktionsfähige Rohrbomben mit 1,4 Kilogramm Sprengstoff, was bei allen drei Personen den Entschluss zum Untertauchen vor der drohenden Verhaftung auslöste. Zschäpe hatte zunächst mit Mundlos und später mit Böhnhardt eine Liebesbeziehung. Sie gehörte bereits früh zur Jenaer Neo-NS-Szene, wenngleich ihr dort mehr die Rolle einer Mitläuferin zukam. Die Sprengmittel in ihrem Haus sind ein deutliches Indiz dafür, dass ihr die gewaltorientierte Dimension der späteren Aktivitäten von Anfang an klar gewesen sein musste. Die fremdenfeindliche und rechtsextremistische Grundhaltung von Böhnhardt und Mundlos teilte Zschäpe ebenfalls.[17] In welchem Maße sie direkt an den Morden des NSU beteiligt war, lässt sich aufgrund ihres Schweigens nach der Verhaftung 2011 bislang nicht sagen. Als sicher gilt indessen die logistische Unterstützung der beiden Rechtsterroristen bei ihren Taten.

3.2. Die Morde an neun Menschen mit Migrationshintergrund

Am 9. September 2000 fielen die Schüsse auf den Blumenhändler Enver Şimşek in Nürnberg, der zwei Tage darauf seinen Verletzungen erlag. Dort töteten die Rechtsterroristen am 13. Juni 2001 auch Abdurrahim Özüdoğru in seiner Änderungsschneiderei. Der Gemüsehändler Süleyman Taşköprü wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg im Laden seines Vaters ermordet, Habil Kiliç, Inhaber eines Gemüsehandels in München, am 29. August 2001 ebenfalls in seinem Geschäft ermordet. Yunus Turgut am 25. Februar 2004 an einem Döner-Imbiss in Rostock erschossen. Am 5. Juni 2005 töteten die NSU-Aktivisten Ismail Yaşar, Inhaber eines Döner-Imbisses, in Nürnberg, zehn Tage später folgte der Anschlag auf den Mitinhaber eines Schlüsseldienstes Theodoros Boulgarides in seinem Münchner Geschäft. Mehmet Kubaşik, Besitzer eines Kiosks in Dortmund, ermordeten die NSU-Aktivisten am 4. April 2006. Und Halit Yozgat, Betrei-

16 Vgl. Christoph Scheuermann, Der braune Virus, in: Der Spiegel vom 17. Dezember 2012, S. 62-66.
17 Vgl. Göran Schattauer, „Ich schlafe jetzt ruhiger", in: Focus vom 23. Januar 2012, S. 22-28.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ber eines Internetcafes in Kassel, fand an seinem Arbeitsplatz am 6. April 2006 den Tod.[18]

Da bei allen neun Morden eine tschechische Pistole des Typs Ceská 83, Kaliber 7,65 mm als Tatwaffe eingesetzt wurde, ergab sich für die Ermittlungsbehörden ein Zusammenhang zwischen den Taten. Darüber hinaus bestanden im Migrationshintergrund der Opfer, deren Tätigkeit als Kleinunternehmer und dem jeweiligen Arbeitsplatz als Tatort Gemeinsamkeiten. Eine Sonderkommission „Bosporus" der Polizei vermutete durchgängig einen kriminellen Hintergrund, ging sie doch von Beziehungen in das Drogen- und Mafiamilieu aus.[19] Gleichwohl konnten weder einschlägige Kontakte der jeweiligen Opfer noch Verbindungen zwischen ihnen selbst ermittelt werden. Die Mörder waren in allen Fällen brutal und schnell vorgegangen: Nach zumeist zwei gezielten Kopfschüssen und der Beseitigung etwaiger Spuren verließen sie den Tatort, ohne ein Bekennerschreiben oder rechtsextremistische Symbole zu hinterlassen.

Bei der Betrachtung der Serien-Morde im zeitlichen Verlauf lässt sich eine gewisse Perfektionierung des Vorgehens ausmachen: Im ersten Fall gaben die Täter acht Schüsse auf das Opfer ab, das zwei Tage später im Krankenhaus verstarb. Dies sprach nicht für die Aktivitäten eines Profi-Killers aus dem Bereich der organisierten Kriminalität. Ab dem vierten Mord beseitigten die Täter die Geschosshülsen am Tatort. Es gab keine direkten Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund, der sich erst mit der späteren Kenntnis der NSU ergab. Dabei verdienen folgende Gesichtspunkte besondere Beachtung: Die aufgefundenen Skizzen und Überlegungen sprechen für einen systematisch vorbereiteten Mord, kundschaftete man doch zuvor den späteren Tatort aus.[20] Und: Das Opfer sollte nicht ein konkretes Individuum, sondern eine Person mit Migrationshintergrund sein. Zwei der Ermordeten hätten sich an dem Tag der Tat üblicherweise nicht an dem Ort aufgehalten.

3.3. Der Nagelbomben-Anschlag in Köln und der Polizistenmord in Heilbronn

Neben diesen neun Morden gehen mindestens zwei andere schwerwiegende Taten auf die Aktivisten des NSU zurück: der Nagelbomben-Anschlag in Köln am 9. Juni 2004 und der Polizistenmord in Heilbronn am 25. April 2007. Im erstgenannten Fall handelt es sich um ein Ereignis in der Keupstraße, wo sich viele Geschäfte und Wohnhäuser von türkischstämmigen Bewohnern Kölns finden. Wie spätere Aufzeichnungen einer Über-

18 Vgl. Klaubert (FN 14); Johannes Radke, Rechtsterrorismus in Deutschland – Der „Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) (1. Dezember 2011), unter: http://www.bpb.de/themen/MU132L.html (23. Dezember 2011), S. 2.

19 Vgl. Matthias Lohre, Die Sache mit dem „Die" und „Wir", in: die Tageszeitung vom 24. November 2011, S. 3; Gregor Quack, Das große Schweigen beim Tee, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11. Dezember 2011, S. 33.

20 Vgl. Peter Carstens, Bundesweiter Fahndungsaufruf zur Aufklärung rechtsextremer Straftaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 2011, S. 1; Wolf Schmidt, Gefährlicher Untergrund, in: die tageszeitung vom 3. und 4. Dezember 2011, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wachungskamera dokumentierten, hatte an jenem Tag eine nicht näher identifizierbare Person ein Fahrrad vor einem Friseurladen abgestellt. Auf dem Gepäckträger befand sich eine Bombe mit langen Nägeln, die bei der Explosion im näheren Umfeld mit großer Wucht verstreut wurden. Vier von 22 betroffenen Menschen erlitten schwere Verletzungen. Im Friseurladen brach Feuer aus, das ihn vollständig zerstörte. Auch hier mutmaßten die Ermittlungsbehörden und Medien, dass die Tat im Kontext der organisierten Kriminalität von Drogenmilieu und Schutzgelderpressung zu sehen sei.[21]

Ein gutes Jahr nach dem letzten Mord an dem Betreiber eines Internetcafés schossen die NSU-Aktivisten auf zwei Bereitschaftspolizisten auf der Heilbronner Theresienwiese. Am 25. April 2007 gegen 14 Uhr näherten sich die Täter dem Streifenwagen von hinten und feuerten den beiden Beamten in den Kopf. Die zweiundzwanzigjährige Michèle Kiesewetter war sofort tot, ihr vierundzwanzigjähriger männlicher Kollege überlebte schwer verletzt. Er konnte sich nach seiner Genesung nicht mehr an die Tat erinnern. Erst nach Auffinden der beiden gestohlenen Dienstwaffen zusammen mit anderen Belegen bei den Unterlagen der NSU-Aktivisten vermochten diese als Täter identifiziert zu werden.[22] Da Kiesewetter ebenso wie sie aus Thüringen stammte, ging man zeitweise von vorherigen Kontakten aus. Die spätere Polizistin war aber viel zu jung, um vor dem Abtauchen der NSU-Aktivisten nähere Verbindungen mit ihnen gehabt zu haben. Offenkundig ging es ihnen allein um die Dienstwaffe.[23]

Während ihres Lebens im Untergrund verübten Böhnhardt und Mundlos mindestens 14 Banküberfälle, wobei sie knapp 600.000 Euro zur Finanzierung ihrer Aktivitäten erbeutet hatten. Dabei fallen in der Gesamtschau zwei Besonderheiten auf: Zwischen 1999 bis 2007 führte die Gruppe in jedem Jahr ein bis zwei Banküberfälle durch, verhielt sich dann in dieser Hinsicht drei Jahre lang ruhig, bevor sie erst im September und November 2011 wieder auf Beutezug ging. Eine weitere Besonderheit ist die regionale Verteilung: Alle Banküberfälle fanden in den neuen Bundesländern statt, davon allein sieben in Chemnitz und drei in Zwickau.[24] Demgegenüber spielten sich alle Morde bis auf eine Ausnahme in den alten Bundesländern ab. Gleiches gilt für den Anschlag vor dem Friseurladen und die Ermordung der Polizistin.

3.4. Die „Paulchen Panther"-DVD als nicht öffentlich gemachtes Bekenntnis

Eine Besonderheit der Mordserie kann im öffentlichen Schweigen über den politischen Hintergrund der Taten gesehen werden: Offenbar beabsichtigte man aber schon früh,

21 Vgl. Wibke Becker/Reiner Burger, Die Nagelbombe, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20. November 2011, S. 4; Pascal Beucker, Bombenanschlag steht vor Aufklärung, in: die tageszeitung vom 14. November 2011, S. 2.

22 Vgl. Baumgärtner (FN 14), S. 74 f.

23 Vgl. Wolf Schmidt, Das Rätsel um den braunen Berggasthof, in: die tageszeitung vom 23. November 2011, S. 2; afp, Getötete Polizistin in Heilbronn. Neonazis mordeten wohl wegen Dienstwaffe, in: ebd. vom 27. Dezember 2011, S. 7.

24 Vgl. Göran Schattauer, Er steuerte die Flucht, in: Focus vom 7. Januar 2012, S. 55-58, hier S. 56.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich in Form einer DVD zu den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Motiven der Taten zu bekennen. Nach den bisherigen Ermittlungen entstanden schon zu Beginn der 2000er Jahre einschlägige Video-Szenen, die als frühere Versionen des späteren „Paulchen Panther"-Films anzusehen sind. Darin benannten die NSU-Aktivisten den „Erhalt der deutschen Nation" als Motiv und Ziel der eigenen Aktivitäten.[25] Auf einer erst später ausgewerteten Festplatte in dem abgebrannten Wohnhaus fand sich ein bereits 2001 gespeicherter Videofilm, der mit Musik von der rechtsextremistischen Band Noie Werte mit martialischem Text unterlegt war. Darüber hinaus enthielt er eine Aufnahme mit 14[26] Kästchen, wovon fünf markiert waren. Womöglich plante der NSU seinerzeit weitere neun Morde an Menschen mit Migrationshintergrund.[27]

Der „Paulchen Panther"-Film muss um das Jahr 2007 entstanden sein. Er enthält in 15 Minuten ausgewählte Szenen aus der gleichnamigen Zeichentrickfilm-Serie, wobei die dort genutzte Original-Stimme in der neu erstellten Handlungskonstellation der DVD die erwähnten Morde in ironischer und zynischer Weise kommentiert. Hierbei präsentierte der Film Fotos der getöteten Opfer an den Tatorten, die offenbar von den NSU-Tätern als Beweis für ihre Aktivitäten aufgenommen worden waren. Die „Paulchen Panther"-Zeichentrickfigur steht in einer anderen Szene lächelnd vor einem Schild mit der Aufschrift „Deutschlandtour. 9. Türke erschossen". Eine Fotocollage mit Bildern von der polizeilichen Untersuchung eines Tatortes und einem Trauermarsch von Polizisten für ihre ermordete Kollegin ist mit dem Titel „Nationalsozialistischer Untergrund. Paul 2000. Paulchen's neue Streiche" versehen. Damit bekannten sich die NSU-Aktivisten direkt zu diesen Morden und kündigten eine Fortsetzung solcher Taten für die Zukunft an.[28]

Eine ausführliche politische Kommentierung fand sich auf der DVD nicht, abgesehen von einer knappen Texttafel: „Der Nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz – Taten statt Worte – Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt."[29] Die DVDs lagerten wohl mehrere Jahre in dem Wohnhaus der NSU-Aktivisten und sollten zu gegebener Zeit an bestimmte Einrichtungen, Medien und Organisationen verschickt werden. Da für die Partei Die Linke ihr vorheriger Par-

25 Vgl. Thomas Holl, Morde zum „Erhalt der Nation", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Dezember 2011, S. 4; Christian Rath, „Erhalt der deutschen Nation", in: die tageszeitung vom 15. Dezember 2011, S. 7.

26 Die „14" steht in der Neo-NS-Szene auch für einen Zahlencode, der sich auf die „14 Wörter" des US-amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane bezieht: „We must secure the existence of our people and a future for White children."

27 Vgl. Thomas Heise/Sven Röbel/Holger Stark, „Sieg oder Tod", in: Der Spiegel vom 16. Januar 2012, S. 34 f.; Andreas Speit, Ein zweites brutales Bekenntnis, in: die tageszeitung vom 16. Januar 2012, S. 3.

28 Vgl. Baumgärtner (FN 14), S. 68; Hans Leyendecker/Christiane Kohl, Staatsaffäre um einen widerlichen Film, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. November 2011, S. 2.

29 Zit. nach: Baumgärtner (FN 14), S. 69.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

teiname PDS genutzt wurde, spricht vieles für ein schon 2007 geplantes Bekenntnis zu den Taten für einen späteren Zeitpunkt.[30] Bislang ist aber weder klar, warum die Mord-Serie 2007 endete und ab wann die DVDs mit den Bekenntnissen verschickt werden sollten. Auch der Bankraub im November 2011 deutet möglicherweise auf eine beabsichtigte Fortsetzung der Taten hin.

4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem" und „neuem" Rechtsterrorismus

4.1. Der politische Hintergrund der Täter

Worin bestehen nun die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem" und „neuem" Rechtsterrorismus? Diese zu beantworten, setzt eine vergleichende Betrachtung anhand bestimmter Kriterien voraus. Hierzu gehört zunächst der politische Hintergrund der Täter, wobei sich diese Formulierung sowohl auf ideologische Ausrichtungen als auch organisatorische Zugehörigkeiten bezieht. Beim ersten Gesichtspunkt gibt es grundlegende Gemeinsamkeiten, einte doch alle erwähnten Gruppen die nationalistische bzw. rassistische Orientierung im Sinne des Rechtsextremismus. Darüber hinaus lässt sich innerhalb dieses politischen Ideologielagers eine Fixierung auf den historischen Nationalsozialismus ausmachen, wobei es mit dem Freikorps Havelland und der Hepp-Kexel-Gruppe allerdings zwei Ausnahmen unterschiedlichen Grades gibt. Die letztgenannte Gruppe entstammte dem neonationalsozialistischen Spektrum, definierte sich aber nicht über Hitler, sondern über den „linken" Nationalsozialismus der Gebrüder Gregor und Otto Straßer. Die jungen Aktivisten des Freikorps Havelland einte eine fremdenfeindliche Einstellung, keine nationalsozialistische Ideologie.

Ohne nähere Kontakte zu Protagonisten des rechtsextremistischen Lagers erfolgte bei den jugendlichen Tätern eine Art „Selbstpolitisierung" in Richtung Fremdenfeindlichkeit und Gewaltorientierung. Insofern war das Freikorps Havelland kein Bestandteil der bekannten rechtsextremistischen Szene, was wohl deren relativ langfristiges Wirken zu erklären hilft. Bei allen anderen Gruppen mit Ausnahme des NSU konnten die Sicherheitsbehörden in der Regel bereits nach einer kurzen Zeit der Anschlagspraxis die jeweiligen Täter ermitteln. Sie entstammten aus den bereits bekannten rechtsextremistischen Strukturen, die ihre Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten mit einer einschlägigen ideologischen Ausrichtung und zumindest latenter Gewaltorientierung deutlich gemacht hatten. Hierzu gehörten in allen sonstigen Fällen langjährige Angehörige der Neo-NS-Szene oder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

30 Vgl. Sebastian Erb/Wolf Schmidt/Andreas Speit, Der unerkannte Terror, in: die tageszeitung vom 14. November 2011, S. 3; Wolf Schmidt, 15 Minuten Menschenhass, in: Ebd. vom 16. November 2011, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Rede vom „Rechtsterrorismus“ ignoriert daher keineswegs diesen Kontext, wie folgende Einschätzung unterstellt: „Der Begriff des ‚Rechtsterrorismus’ ist [...] schon deshalb ungeeignet, weil er suggeriert, die Akteure hätten abgekoppelt von der Dynamik des rechtsextremen Milieus Taten begangen, die dort auf Ablehnung gestoßen seien.“[31] Das genaue Gegenteil will die Bezeichnung verdeutlichen: „Rechtsextremismus“ enthält als Sammelbegriff auch den „Rechtsterrorismus“. Ansonsten würde man den politischen Hintergrund der Täter – bezogen auf ihre persönliche Entwicklung und organisatorischen Zugehörigkeiten – ignorieren. Den ersten rechtsterroristischen Gruppen ab Ende der 1960er Jahre gehörten häufig aktive oder ehemalige NPD-Mitglieder an. Nach dem Scheitern bei den Bundestagswahlen 1969 orientierten sich einige ihrer Aktivisten in einem ersten Schritt in Richtung des entstehenden Neonationalsozialismus und in einem zweiten Schritt in Richtung des terroristischen Vorgehens.

4.2. Die Auswahl der Opfergruppen

Die einschlägige politische Ausrichtung der oben behandelten Gruppen ist auch an einem zweiten Untersuchungskriterium gut aufzuzeigen: der Auswahl der Opfergruppen und Zielobjekte von Anschlägen. Hier lassen sich, bedingt durch die jeweiligen historisch-politischen Gegebenheiten, bestimmte Änderungen in der Schwerpunktsetzung ausmachen: Die rechtsterroristischen Gruppen, die Ende der 1960er Jahre entstanden, richteten ihre Aktivitäten zunächst sehr stark in einem antikommunistischen Sinne aus. Dazu gehörten etwa geplante und umgesetzte Anschläge auf als „links“ geltende Buchhandlungen, Büros von kommunistischen Organisationen oder Einrichtungen der DDR und der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits 1977 plante die Gruppe Otte aber auch einen Anschlag auf eine Synagoge, wofür ebenso eine antisemitische Motivation wie bei dem Vorhaben der Schutzgruppe gegen die Grundsteinlegung eines jüdischen Kulturzentrums 2003 steht.

Hierbei bildete die moralische und politische Rechtfertigung wie Verteidigung des historischen Nationalsozialismus ein herausragendes Motiv; dies erklärt auch die Anschlagsaktionen gegen Einrichtungen und Gedenkstätten zur Erinnerung an dessen Verbrechen. In diesem Kontext können ebenso die Pläne mehrerer Gruppen zur Befreiung des seinerzeit im Militärgefängnis in Berlin-Spandau einsitzenden Rudolf Heß gesehen werden. Die Anschläge der Hepp-Kexel-Gruppe auf Angehörige und Einrichtungen der US-Armee in der Bundesrepublik Deutschland stellen demgegenüber als Zielobjekte eher Ausnahmen dar. Ab Beginn der 1980er Jahre richteten sich die rechtsterroristischen Gruppen stärker gegen Menschen mit Migrationshintergrund, wovon geplante und umgesetzte Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude zeugen. Gerade die Deutschen Aktionsgruppen verfolgten eine fremdenfeindlich motivierte Auswahl der Opfergruppen. Daran sollten die NSU-Aktivisten später anknüpfen.

31 David Begrich, Die Quellen des Hasses, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 57 (2012), S. 43-46, hier S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

In einem Fall richtete sich deren Gewalt auch gegen zwei Polizeibeamte, was in der Gewaltintensität, nicht in der Zielgruppe eine Besonderheit darstellt. Bereits die ersten rechtsterroristischen Gruppen in den 1970er Jahren hatten gelegentlich Polizeibeamte und Soldaten überfallen. Dabei ging es in erster Linie um die Beschaffung von Schusswaffen. Eine besondere ideologische Begründung, etwa im Sinne des Hasses auf Repräsentanten des verachteten Staates, lässt sich dabei nicht belegen. Dies scheint auch nicht der Grund für die Schüsse der NSU-Aktivisten auf die erwähnten Polizisten gewesen zu sein. Es ging wohl primär um die Erlangung der Waffen der beiden Beamten. Gleichwohl haben in den letzten Jahren in der neonationalsozialistischen Szene die Feindschaft und der Hass gegen die Polizei zugenommen. Die Auflösung von Demonstrationen oder Konzerten geht stärker mit spontanen Gewalthandlungen und Provokationen gegen die Beamten einher.

4.3. Die Gewaltintensität der Handlungen

Das dritte Kriterium zur Einschätzung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „altem" und „neuem" Rechtsterrorismus ist die Gewaltintensität der Handlungen, womit primär das Ausmaß und die Bereitschaft zur Schädigung von Menschen bis hin zu deren Tötung gemeint ist. Entsprechenden Analysen und Vergleichen muss die Feststellung vorangestellt werden, dass Terroristen aufgrund ihrer politischen Motivation und Zielsetzung eine Gewalttat als Mittel dosiert und geplant einsetzen. Meist wollen sie damit eine Botschaft in die breite Gesellschaft oder das eigene Umfeld vermitteln, was Reflexionen über mögliche Fehlwahrnehmungen und Folgewirkungen einschließt. So stellte die Gefahr oder Möglichkeit der Tötung von Unbeteiligten bei einem Anschlag häufig auch ein Legitimationsproblem dar. Dieser Gesichtspunkt erklärt zu großen Teilen, warum der Links- wie der Rechtterrorismus in Deutschland – mit Ausnahme von RAF und NSU – nicht auf die gezielte Ermordung von Menschen setzte.

Dies gilt auch für die anderen rechtsterroristischen Gruppen von den 1970er bis zu den 2000er Jahren: Deren Anschläge richteten sich zwar gegen Einrichtungen und nicht gezielt gegen Menschen. Man kalkulierte deren Tötung ein, verzichtete auf Vorsichtsmaßnahmen und spätere Distanzierungen, wie sie in ähnlichen Fällen innerhalb des Linksterrorismus bekannt sind. Dennoch: Eine beabsichtigte und gezielte Ermordung von bestimmten Personen, die logistisch vorbereitet und kaltblütig durchgeführt wurde, konnte man vor dem NSU bei rechtsterroristischen Gruppen nicht ausmachen. Gerade dies ist eine Besonderheit des „neuen" Rechtsterrorismus. Eine ähnliche Gewaltintensität – auch und gerade in Form der Ermordung von Angesicht zu Angesicht – gab es in der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus zuvor nicht.

Innerhalb der neonationalsozialistischen Szene stieg gleichwohl die verbal bekundete Bereitschaft, im Sinne von brutaler Gewalt bis hin zur Tötung von Menschen vorzugehen. Dies belegen die einschlägigen Texte von rechtsextremistischen Rockbands, die sich in der Aufforderung zu und Huldigung von derartigen Handlungen ergehen. So feierte etwa die Band Gigi und die braunen Stadtmusikanten 2010 auf einer CD in einem

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lied mit dem Titel „Döner-Killer“ die Morde an den neun Menschen mit Migrationshintergrund mit Formulierungen wie den folgenden: „Neun mal hat er bisher brutal gekillt, doch die Lust am Töten ist noch nicht gestillt [...] Bei allen Kebabs herrschen Angst und Schrecken. Der Döner bleibt im Halse stecken, denn er kommt gerne spontan zu Besuch, am Dönerstand, denn neun sind nicht genug.“[32] Aus dem mündlichen Bekenntnis zu einer solchen Gewalthandlung ergibt sich nicht automatisch eine direkte Tat. Gleichwohl reduziert die Verbreitung solcher Auffassungen die Hemmschwelle für Gewalthandlungen.

4.4. Die öffentliche Botschaft der Taten

Und schließlich soll als letztes Kriterium für eine vergleichende Betrachtung von „altem“ und „neuem“ Rechtsterrorismus die öffentliche Botschaft der Taten betrachtet werden. Hierbei geht es um ein konstitutives Merkmal des Terrorismus, der nicht nur über eine Form der Gewaltanwendung, sondern auch über die Vermittlung einer Botschaft definiert wird. Man muss nicht die Auffassung teilen, dass „Terrorismus [...] primär eine Kommunikationsstrategie“[33] ist. Gleichwohl bedarf folgender Gesichtspunkt einer gesonderten Beachtung: Bei terroristischen Gruppen handelt es sich meist um kleine und marginale Organisationen, die um ihre eigene politische Schwäche und fehlende gesellschaftliche Akzeptanz wissen. Durch ihren Gewaltakt wollen sie der Mehrheitsgesellschaft oder einer Minderheit eine inhaltliche Botschaft vermitteln: Mit Anschlägen und Attentaten sollen erste Schritte zu einem revolutionären Umsturz der Massen eingeleitet oder minoritären Teilen der Gesellschaft ihre Unerwünschtheit vermittelt werden. Gewalt soll politisch-gesellschaftliche Reaktionen auslösen.

Dies setzt voraus, dass die politischen Absichten der jeweiligen Taten öffentlich erkannt und verstanden werden. Aus diesem Grund hinterlegten linksterroristische Gruppen nach einschlägigen Handlungen ausführliche Bekennerschreiben, die der breiteren Gesellschaft wie dem politischen Umfeld die Absichten der konkreten Tat und die Forderungen für die spätere Zukunft vermitteln sollten. Rechtsterroristische Gruppen hielten sich demgegenüber eher zurück. Es gab Ausnahmen wie folgendes Bekennerschreiben: „Hier Deutsche Aktionsgruppen – um 8.03 Uhr geht im Landratsamt Esslingen eine Bombe aus Protest gegen die Auschwitz-Ausstellung hoch. Wir haben die antideutsche Hetze satt. Wer dem Zionismus dient, bekommt unsere Maßnahmen zu spüren. 35 Jahre anti-deutsche Hetze sind genug.“[34] Meist verzichteten die Rechtsterroristen auf solche Bekenntnisse, sollten die Taten doch „selbsterklärend“ sein. Demnach konnte man vom Anschlagsobjekt direkt auf die politische Motivation schließen.

32 Gigi und die braunen Stadtmusikanten, Adolf Hitler lebt! (CD), PC Records (Chemnitz), 2010 (Gigi = Daniel Giese). Lied „Döner-Killer“. Ob und wieweit die Musiker seinerzeit um die NSU-Morde wussten, lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen.

33 Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 13.

34 Zit. nach Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart (FN 6), S. 91.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dafür ein Beispiel: 1999 verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Saarbrücken. Da Rechtsextremisten darin eine Beleidigung der Wehrmacht sahen, lag die Vermutung eines einschlägigen Hintergrundes für Öffentlichkeit wie Sicherheitsbehörden nahe.[35] Gerade dies war bei den Taten des NSU nicht der Fall: Zwar gehörten nur Menschen mit Migrationshintergrund zu den Opfern der Mordserie. Irrtümlich gingen die Ermittlungsbehörden und die Medien von kriminellen Hintergründen aus. Böhnhardt und Mundlos hatten weder Bekennerschreiben noch Symbole mit fremdenfeindlichem oder rechtsextremistischem Inhalt hinterlassen. Ihre Botschaft, die auf die Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund hinauslief, wurde somit nicht kommuniziert. Die Existenz der erwähnten DVD deutet eine längerfristige Absicht in diesem Sinne an. Zunächst war es ein „Rechtsterrorismus aus dem Verborgenen“ heraus.[36]

5. Fazit

Eine bilanzierende Betrachtung des NSU im Lichte der Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland kommt bezogen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede nach heutigem Kenntnisstand zu folgenden Ergebnissen: Die drei Aktivisten entstammten der ostdeutschen Neo-NS-Szene, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren etwa in Gestalt des Thüringer Heimatschutzes durch zahlreiche jüngere Anhänger besonders mobilisierungsfähig und gut organisiert war. Bereits vor dem Abtauchen in den Untergrund bestanden gute Verbindungen bis in die NPD hinein. Insofern kann es nicht verwundern, dass mit Ralf Wohlleben ein früherer Stellvertretender Landesvorsitzender der Partei zu den aktiven Unterstützern der NSU-Aktivisten zählte.[37] Zwar dürfte er ihnen nicht Munition und Waffen im Auftrag der NPD verschafft haben. In der Partei engagieren sich aber nicht wenige Personen mit Körperverletzungsdelikten auf der Liste ihrer Vorstrafen. Aus diesem politischen Umfeld von Neonationalsozialisten und Partei stammten die NSU-Aktivisten.

Hier besteht also keine Besonderheit gegenüber den früheren Gruppen des deutschen Rechtsterrorismus, engagierten sich deren Angehörige doch meist zuvor ebenfalls in diesen beiden Bereichen des Rechtsextremismus. Bei der Gewaltintensität muss indessen ein grundlegender Unterschied hervorgehoben werden: Die erwähnten Gruppen von

35 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1999, Bonn 2000, S. 24.

36 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der neue Rechtsterrorismus. Versuch einer Antwort auf zwölf Fragen, in: Mut 47 (2012), Nr. 530, S. 58-65; ders., Der Rechtsterrorismus im Verborgenen. Darstellung und Einschätzung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2011, Opladen 2012.

37 Vgl. Sebastian Erb/Wolf Schmidt/Andreas Speit, Führender Neonazi in U-Haft, in: die tageszeitung vom 30. November 2011, S. 2; Schattauer (FN 24).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den 1970er bis in die 2000er Jahre hinein begingen keine Serie-Morde und strebten keine gezielten Tötungen an. Es gab folgende Ausnahmen: Bei dem „Oktoberfestattentat“ von 1980 starben 13 Menschen, wobei es sich um die Aktion eines Einzeltäters handelte.[38] Und die Hepp-Kexel-Gruppe deponierte ihre Bomben unter den Sitzen der Fahrzeuge von US-amerikanischen Soldaten, womit deren Tötung bewusst einkalkuliert war. Hingegen führte man in den anderen Fällen Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude durch, ohne dass deren Folgen für Betroffene bewusst reflektiert wurden. Opfer waren einkalkuliert, nicht unmittelbar beabsichtigt.

Gerade darin besteht die besondere Dimension des „neuen Rechtsterrorismus“ der NSU-Aktivisten: Ein Töten der Opfer von Angesicht zu Angesicht kannte man bisher von Rechtsterroristen nicht. Insofern ist die Einschätzung, wonach es sich bei den Taten des NSU um nichts Neues handele, unzutreffend. Gerade diese neue Praxis der Serien-Morde erklärt – wenn auch nicht allein –, warum die Sicherheitsbehörden den Hintergründen dieser Taten nicht auf die Spur kamen.[39] Zudem fehlten direkte oder indirekte Bekenntnisse zu den Morden, mithin politische Botschaften für eine breitere Öffentlichkeit. Beachtet man die frühen Bemühungen um die Erstellung einschlägiger Videofilme, so hielten die NSU-Aktivisten ihre Erklärungen zu den Taten mehr als zehn Jahre zurück. Für Angehörige einer durch Geschwätzigkeit und Prahlerei geprägten Szene handelt es sich hierbei um eine weitere Besonderheit, wofür bislang eine fundierte Erklärung fehlt.

38 Bis heute ist eine Reihe von bedeutenden Details ungeklärt, was immer wieder auch zu anderslautenden Deutungen führte, vgl. Ulrich Chaussy, Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt-Neuwied 1985; Tobias von Heymann, Die Oktoberfestbombe: München 26. September 1980, Berlin 2008.

39 Hinzu kommen mittlerweile eingeräumte Fehler und Versäumnisse, die einer differenzierten Aufarbeitung der personellen und strukturellen Ursachen bedürfen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ Missverständnisse, Interpretationen, Kritik

Von Katharina Senge

1. Einleitende Bemerkungen

Im Frühjahr 2012 lief eine neue Diskussionswelle über die Integrationsbereitschaft und Radikalisierungstendenzen unter Muslimen durch die deutschen Medien. Angestoßen wurde die Debatte durch einen Beitrag auf *Bild.de* am 29. Februar mit dem Titel: „Nach Schock-Studie – Innenminister warnt radikale Muslime – Junge Muslime verweigern Integration“. Vertreter der islamischen Verbände, der Wissenschaft, der Medien und der Politik reagierten prompt und mit erwarteter Rollenverteilung. Nach den ersten aufgeregten Reaktionen wurde schließlich auch über die komplexen Inhalte und Schlussfolgerungen aus der Studie diskutiert – speziell über die folgenden Fragen:

1. Wie aussagekräftig sind ihre Ergebnisse?
2. Was wird aus den Empfehlungen, die die Forscher aus ihrer Untersuchung ableiten, geschlussfolgert und politisch umgesetzt?
3. Wie kann die Debatte über Integrationsthemen und insbesondere über Muslime versachlicht werden, wie es die Autoren in den Empfehlungen am Ende der Studie fordern?
4. Hat das Ministerium die Studie und ein Zitat des Ministers übermittelt und dadurch die einseitige Deutung der Studie durch *Bild.de* und eine erneute „Muslimdebatte“ befördert?
5. In welchem Verhältnis stehen Integration und Radikalisierung zueinander? Welche Ursachen sind für Radikalisierung ausschlaggebend: soziale, religiöse, ideologische oder doch der Bildungsstand? Und welche Konsequenzen sind daraus für Präventionsansätze zu ziehen?

Dieser Artikel zeichnet die Positionen der Debatte nach und erläutert ausgewählte, zentrale Erkenntnisse der Studie mit Blick auf die Konzepte von „Integration“ und „Radikalisierung“.

2. Integrationsdebatte: Ein Drama mit bekannten Rollen

Der Artikel auf *Bild.de* begann mit der Feststellung: „Gut 20 Prozent aller Muslime in Deutschland lehnen eine Integration ab. Besonders radikal sind junge Muslime ohne deutschen Pass. Das ergibt eine Studie des Bundesinnenministeriums, die *Bild* exklusiv vorliegt.“ Der Artikel listet schließlich Zahlen aus der Studie auf, allerdings ohne darauf hinzuweisen, dass diese Zahlen mangels Repräsentativität nicht auf alle jungen Muslime in Deutschland hochgerechnet werden können. Es geht insbesondere um zwei Teilgruppen der Studie: junge Muslime mit deutscher und junge Muslime mit ausländischer

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Staatsangehörigkeit. Die deutschen Muslime, so *Bild* mit Bezug auf die Studie, bejahten zu 78 Prozent die Integration in Deutschland, 22 Prozent lehnten sie ab. Bei den nichtdeutschen Muslimen befürworteten 52 Prozent die Integration, 48 Prozent zeigten hingegen starke Separationsneigungen. Und zwei weitere Zahlen dominierten nach diesem Beitrag die Medien: „24 Prozent der nicht-deutschen Muslime im Alter zwischen 14 und 32 Jahren gelten als streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz […]. Bei jungen Muslimen mit deutscher Staatsbürgerschaft sind es dagegen 15 Prozent […]".[1]

Bereits am 1. März, dem Tag der offiziellen Veröffentlichung der Studie, wurden – wohl allerdings eher als Reaktion auf den *Bild*-Artikel – Kritiken an der Studie laut. Aydan Özuğuz, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, wies darauf hin, dass „[g]egen die Handlungsempfehlungen der Studie, dass populistische Verkürzungen vermieden werden müssen, […] zunächst nur Teile der Studie publik [wurden], die suggerierten, dass junge Muslime mit Integration nichts am Hut hätten." Sie kritisierte außerdem die Herangehensweise, die Bezugsgruppe über die Religionszugehörigkeit zu definieren, dadurch würde pauschal eine gesamte Religionsgruppe unter Verdacht gestellt.[2] Sevim Dağdelen (Sprecherin Migrations- und Integrationspolitik, Fraktion Die Linke) kritisierte unter dem Eindruck der nur eine Woche zurückliegenden Gedenkveranstaltung für die Opfer der neonationalsozialistischen Mordserie die Tatsache, dass sich das BMI mit der Studie überhaupt dem Thema „Prävention von islamistischem Extremismus" statt dem Kampf gegen Rassismus und Neonationalsozialisten gewidmet hatte. Die Bundesregierung verschweige Studien zur Gewaltakzeptanz unter Deutschen. Die Regierung dürfe „sich nicht wundern, dass diese [die Muslime] nicht mit Aufgeschlossenheit und Sympathie reagieren."[3] Auch die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş reagierte prompt und entsprechend der eigenen Agenda: „'Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.' Insofern wäre der Bundesinnenminister besser beraten, wenn er endlich dafür sorgt, dass Muslime nicht ständig als Gefahrenpotenzial wahrgenommen werden – etwa durch Bezeichnungen wie ‚Islamismus', ‚islamistisch' oder gar ‚islamistischer Terrorismus'."[4] Für den nordrhein-westfälischen Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) „widersprächen die Erkenntnisse dieser Studie den Daten der Vorläuferstudie ‚Muslimisches Leben in Deutschland', die das Bundesinnenministerium im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz zuvor publiziert hatte."[5] Er wolle die „zwei-

1 http://www.bild.de/politik/inland/muslime/schock-studie-muslime-verweigern-integration-22901072.bild.html (13. Juni 2012).

2 Pressemitteilung vom 1. März 2012 unter: http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/Studie_muss_ Innenminister_Friedrich_schwer_zu_denken_geben (13. Juni 2012).

3 Pressemitteilung vom 1. März 2012 unter: http://www.sevimDağdelen.de/de/article/2588.keine_stimmungsmache_ gegen_migranten_und_muslime.html (13. Juni 2012).

4 Presseerklärung vom 1. März 2012 unter: http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/14818.html?L=%2F.html &type=98 (13. Juni 2012).

5 Pressemitteilung vom 1. März 2012 unter: http://www.mags.nrw.de/06_Service/001_Presse/001_ Pressemitteilungen/pm2012/03-Maerz-2012/120301b/index.html (13. Juni 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

felhafte Studie“ und ihre Methodik genau prüfen lassen. Man braucht kein Prophet zu sein, um das Ergebnis der Prüfung vorauszusagen: Die Zahlen der verschiedenen Studien sind augrund methodischer Unterschiede nur schwer überhaupt miteinander zu vergleichen. Aus den Äußerungen des Ministers machte RTL jedoch eine Schlagzeile mit ganz eigenem Dreh und mittlerweile derben Vorwürfen an die beteiligten Wissenschaftler: „Diskussion um Integrationsstudie – Ergebnisse gefälscht?“[6]. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nahm noch am 1. März im *heute journal* des ZDF Stellung. Er wies im Gegensatz zum *Bild*-Artikel auf die Differenziertheit und Komplexität der Studie hin und betonte, dass die große Mehrheit der Muslime sich auch laut der neuen Studie gern integriere und Terrorismus entschieden ablehne. Die Mehrheit der *Bild*-Leser dürfte dieses Interview jedoch nicht mehr zur Kenntnis genommen haben.

Zu den fachlich versierteren Stimmen gehörte der Bezirksbürgermeister von Berlin Neukölln Heinz Buschkowsky. Er erklärte im Bonner *General-Anzeiger*: „Die Studie hat wohl niemanden überrascht, der sich in Stadtlagen mit starken Anteilen muslimischer Einwandererbevölkerung im Thema befindet. Eine zunehmende Hinwendung insbesondere muslimischer junger Männer zur Religion beobachten wir seit einiger Zeit. […] Deshalb sollte aus meiner Sicht dieser nicht zu bestreitenden Entwicklung Aufmerksamkeit geschenkt werden. Insbesondere in Zusammenarbeit mit Kreisen, Kräften und Institutionen des Islam in Deutschland“[7]. Auch Ayman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland entging dem öffentlichen Abwehrreflex. „Die Studie bestätigt unsere Erkenntnisse, dass Ausgrenzung und Diskriminierung von Muslimen zusammen mit religiösen Ideologien zur Radikalisierung führen kann.“ Dagegen müsse gemeinsam vorgegangen werden.[8] Ein Forscherteam um Naika Foroutan an der Humboldt-Universität zu Berlin schließlich hatte sich die Mühe gemacht, sich innerhalb eines Tages einen Überblick über den Wälzer zu verschaffen und eine elfseitige Einordnung der *Lebenswelten*-Studie aus wissenschaftlicher Sicht zu publizieren[9].

Die Debatte wurde noch im März von realen Ereignissen eingeholt. In zahlreichen Innenstädten bundesweit verteilten Salafisten kostenlos den Koran. Die Aktion „Lies!“ erregte einige Aufmerksamkeit durch die Ankündigung ihres Initiators Ibrahim Abu Nagie, bis zu 25 Millionen Koranexemplare verschenken zu wollen. Die Ankündigung verfehlte ihr Ziel nicht: Die genannten Zahlen warfen Fragen nach der finanziellen und organisatorischen Kraft der bisher als lose wahrgenommenen salafistischen Szene auf und bescherten dem Vorhaben erst die nötige mediale Präsenz. Hinzu kam die Bedro-

6 http://www.rtl.de/cms/news/rtl-aktuell/diskussionen-um-integrationsstudie-ergebnisse-gefaelscht-1f990-51ca-23-1045451.html (13. Juni 2012)

7 Starkes Werben der Fundamentalisten, in: General-Anzeiger Bonn vom 3. März 2012.

8 Überraschendes Lob. Ein führender Muslim-Vertreter bestätigt Ergebnisse der umstrittenen Integration-Studie des Innenministeriums, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. März 2012.

9 Vgl. Naika Foroutan, Stellungnahme zur Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“, Forschungsprojekt HEYMAT, Humboldt Universität zu Berlin 2012 unter: http://www.heymat.hu-berlin.de/stellungnahme_jungemuslime2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hung von Journalisten durch Mitglieder der Salafistenszene. Schließlich ereigneten sich Anfang Mai gewalttätige Ausschreitungen, als Anhänger der rechtspopulistischen Pro-NRW-Bewegung im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gegen „den Islam" demonstrierten und mit den dänischen Mohammed-Karrikaturen bewusst provozierten. Wer sich zur Gegendemonstration organisierte, das waren die Salafisten. So standen am 5. Mai bereits geschätzte 500 Salafisten ca. 30 Pro-NRW-Aktivisten gegenüber. Salafisten griffen schließlich Polizisten an und verletzten 29 Beamte, zwei davon schwer. Zahlreiche Personen wurden festgenommen[10]. Diese Eskalation machte die Intoleranz gewisser salafistischer Gruppen deutlich und zeigte, auf welches Gegenüber sich die jeweiligen Feindbilder dieser beiden Randgruppen richten. Mitte Juni sollte eine konzertierte Razzia in salafistischen Einrichungen in sieben Bundesländern erfolgen und ein Verbot gegen den Solinger Verein Millatu Ibrahim verhängt werden.

Forderungen, das Thema Salafismus vor dem Hintergrund dieser Ereignisse kurzfristig auf die Tagesordnung der Deutschen Islamkonferenz am 19. April zu setzen, wies Hans-Peter Friedrich zurück. Dort stellte zwar die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen" ihren Zwischenbericht vor, Hauptthemen der Plenumssitzung waren und blieben jedoch Geschlechtergerechtigkeit und gleiche Chancen für Muslime auf dem Arbeitsmarkt. Kurz nach dem Treffen mit den muslimischen Repräsentanten gab die Bundesregierung in ihrer Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Linken bekannt, dass die *Bild*-Zeitung ein Vorabexemplar der Studie aus der Pressestelle des Ministeriums erhalten habe, und zwar zur Vorbereitung des Interviews mit dem Minister, das am 3. März erschienen war.[11] So richtete sich die Aufmerksamkeit noch einmal auf die Frage nach der Verantwortung für eine anheizende Berichterstattung. Diese Frage muss mit Blick auf die Handlungsempfehlungen der Studie selbst, die vor wenig differenzierten Presseberichten warnen, sehr ernst genommen werden, gerade weil unter den Streitigkeiten über die konkreten Umstände der *Bild*-Publikation die öffentliche und zum Teil auch die fachliche Diskussion gelitten haben. Die Energie hätte stattdessen in eine Diskussion über geeignete Präventionsansätze investiert werden können. Dazu gibt die Studie sehr wertvolle Hinweise, die jedoch auch in andere Richtungen zu ergänzen wären.

3. Die Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland"

3.1. Vielfalt empirischer Methoden

Das Konzept des Konsortiums aus Kommunikations- und Sozialpsychologen sieht eine mehrgliedrige Untersuchung und die Anwendung verschiedener empirischer Methoden

10 http://www.focus.de/politik/deutschland/29-polizisten-zum-teil-schwer-verletzt-salafisten-stechen-in-nrw-auf-polizisten-ein_aid_747917.html (13. Juni 2012)

11 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Nicole Gohlke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Bundestagsdrucksache 17/9346, 20. April 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vor. Das erste Modul enthält Tiefeninterviews mit sechs muslimischen Familien, und zwar jeweils mit einem Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren und je einem Vertreter der Eltern- und der Großelterngeneration. Neben diesen Mehrgenerationeninterviews wurde eine Telefonbefragung durchgeführt. Für die Studie wurden drei Zielgruppen befragt: deutsche Nichtmuslime im Alter von 14 bis 32 Jahren (206 Teilnehmer in der ersten Befragungswelle), deutsche Muslime (200 Teilnehmer) und nicht-deutsche Muslime desselben Alters (517 Teilnehmer)[12]. Von den insgesamt 923 Befragten der ersten Welle (2009) nahmen 439 auch an der zweiten Befragungswelle im Jahr 2010 teil. Anhand der zwei Wellen sollten Entwicklungen und kausale Zusammenhänge deutlich werden. Alle befragten Muslime mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben per defitionem einen Migrationshintergrund. Unter den deutschen Muslimen befindet sich ein – zufällig angetroffener – Konvertit[13]; damit haben 99 Prozent der Muslime deutscher Staatsangehörigkeit in der Studie ebenfalls einen Migrationshintergrund. Für die kontrollierte Einbeziehung von Konvertiten bei der Gruppe deutscher Muslime wären andere Verfahren nötig gewesen. Von den befragten deutschen Nichtmuslimen schließlich verfügen entsprechend dem Bevölkerungsdurchschnitt 19 Prozent über einen Migrationshintergrund. Diese Telefonbefragung führte zu den in *Bild* zitierten Zahlen. Drittes Element der Studie sind verschiedene Medienanalysen. So wurden Postings in islamorientierten Internetforen und die Berichterstattung über das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen in deutschen, türkischen und arabischen TV-Sendern analysiert. Diese umfangreichen Untersuchungen und ihre Ergebnisse können nicht umfassend dargestellt werden. Deshalb beschränke ich mich auf einige besonders interessante Aspekte und die zentralen Konzepte von „Integration“ und „Radikalisierung“. Zunächst gilt es jedoch, sich dem Erklärungsmuster zuzuwenden, das in der Studie aus den Familieninterviews abgeleitet wird.

3.2. Soziale Identität als Muslime nach dem 11. September 2001

Die Mehrgenerationeninterviews werden nach thematischen Kategorien ausgewertet: „Wahrnehmung von Terrorismus und Terroristen“ (starke Distanzierung „in fast allen Interviews“)[14], „Wahrnehmung der Rolle der westlichen Welt“, „Rolle der Medien“, „Wahrnehmung der Deutschen“, „individuelle Religiosität“ und andere. Zentrale Komponente der Auseinandersetzung der muslimischen Familien mit dem Thema Terrorismus sei, dass sich die Befragten durch die Verknüpfung von Islam und Terrorismus in ihrem Selbstverständnis als Muslime bedroht fühlten.[15] Diese und die Aussagen zu anderen Themen wurden vor dem Hintergrund dieses Kernproblems als Ausdruck „sozialer Kreativität“ interpretiert. „Gemeint ist ein Versuch, eine positive soziale Identität zu bewahren,

12 Vgl. Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner, Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Berlin 2011, S. 120.
13 Vgl. ebd., S. 123.
14 Ebd., S. 59.
15 Ebd., S. 100.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

indem man sich von negativen Aspekten der sozialen Identität abgrenzt und positive Aspekte betont."[16] Die soziale Identität, das ist in diesem Fall die Zugehörigkeit zur Gruppe der Muslime. Einen Ausdruck der sozialen Kreativität sehen die Psychologen zum einen in der idealisierten Darstellung von aus dem Islam abgeleiteten ethisch-moralischen Grundsätzen und in einer starken muslimischen Identität. So ist die Vermittlung der Religion an die nachfolgenden Generationen den befragten Familien besonders wichtig. Auf der anderen Seite distanzierten sich die Teilnehmer von islamistisch-extremistischen und terroristischen Personen. Diese gehören für die Teilnehmer gar nicht zur Gruppe der „wahren Muslime"[17]. Die Bedrohung der positiven sozialen Identität naht aus Sicht der Interviewten dabei von zwei Seiten: erstens von den Terroristen, die durch ihr Handeln den Islam in Verruf bringen, und zweitens von „der westlichen Welt, [deren Umgang] mit der islamischen Welt als ungerecht und schädlich empfunden" wird und von einer mangelnden Akzeptanz der Muslime in Deutschland.[18] Die Autoren folgern: „Die Suche, Konstruktion und Wahrung einer muslimischen Identität in einer vorwiegend nichtmuslimisch geprägten Gesellschaft ist der sozialpsychologische Zentralprozess, aus dem sich die (sozialpsychologische) Beschaffenheit (Qualität und Quantität) von Integrations- und/oder Radikalisierungsprozessen bestimmen, erklären und beeinflussen lässt."[19]

3.3. Der Integrationsbegriff in der Lebenswelten-Studie

Die zentrale Frage der Untersuchung lautet: „Welche Kriterien lassen sich empirisch begründen, um junge Muslime in Deutschland auf der Grundlage ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen als integriert beziehungsweise radikalisiert und unter Umständen extrem islamistisch beurteilen zu können?"[20] Die Konzepte von Integration und Radikalisierung bilden die Rahmenmarkierungen des zu erforschenden Themas. Dass Integration und islamistische Radikalisierungstendenzen negativ miteinander korrelieren, dass höhere islamistische Radikalisierungstendenzen mit geringerer Integration einhergehen, wird als erwiesen vorausgesetzt; das Verhältnis zwischen beiden jedoch nicht als einfache Entwicklungsskala mit zwei Polen beschrieben, sondern als ein von komplexen Kausalbeziehungen durchzogenes und durch weitere Bedingungen beeinflusstes Feld.[21] Für ihr Verständnis von Integration beziehen die Autoren sich auf John W. Berrys Konzept der Akkulturation.[22] Unter Akkulturation verstehen sie demnach den Prozess, in

16 Ebd., S. 103.
17 Ebd., S. 102 ff. Die idealisierte Darstellung des Islams bei gleichzeitig dezidierter Abgrenzung von Dschihadisten beschreibt auch die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung: Jugendliche und Islamismus in Deutschland, Sankt Augustin/Berlin 2011.
18 Lebenswelten (FN 12), S. 103.
19 Ebd., S. 640.
20 Ebd., S. 24.
21 Vgl. ebd., S. 20, 24.
22 Vgl. John W. Berry, Immigration, acculturation and adaption, in: Applied Pychology: An International Review 46 (1997) S. 5-68.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem sich infolge des Kontaktes zwischen Zuwanderern und Einheimischen die Kulturen der beiden Gruppen verändern[23]. In diesem Akkulturationsprozess gibt es vier mögliche Einstellungen von Migranten zu ihrer Herkunftskultur und der des neuen Landes: Streben sie es an, ihre Herkunftskultur beizubehalten ohne Elemente der Mehrheitskultur übernehmen zu wollen, spricht Berry und mit ihm die Autoren der *Lebenswelten*-Studie von Separation. Möchten sie die neue Kultur übernehmen ohne die Herkunftskultur zu bewahren, von Assimiliation. Marginalisation nennen die Autoren hingegen das Ergebnis einer negativen Einstellung zu beiden Kulturen. Auf Personen, die sowohl ihre Herkunftskultur bewahren als auch die wesentlichen Elemente der Mehrheitskultur übernehmen wollen, treffe schließlich der Begriff der Integration zu. Integration ist hier eine ganz bestimmte Ausprägung individueller Einstellungen im Akkulturationsprozess. Dementsprechend ermitteln die Forscher in der Telefonumfrage „Integration“ bzw. Integrationsbereitschaft über die folgenden Items:

- Akkulturationsziele (z.B. für Muslime: Wir Menschen aus [Herkunftsland] sollten in Deutschland die Kultur unseres Herkunftslandes bewahren. Und: Wir Menschen aus [Herkunftsland] sollten die deutsche Kultur übernehmen.)
- Akkulturationswahrnehmung (z.B. für Muslime: Die Deutschen wollen, dass wir Menschen aus [Herkunftsland] die Kultur unseres Herkunftslandes bewahren. Und: Die Deutschen wollen, dass wir Menschen aus [Herkunftsland] die deutsche Kultur annehmen.)
- Intergruppale Kontakte: Wie viel privaten Kontakt haben Sie a) mit Deutschen b) mit Muslimen?

Die Ergebnisse haben nicht nur die mediale Diskussion angeregt, sondern auch das Fachpublikum zum Teil irritiert. Zur Integration werden in der Regel verschiedene Dimensionen gezählt, von denen die „Identifikation als emotionale Zuwendung zu dem betreffenden sozialen System“[24] nur eine darstellt. Die Studie verweist durchaus auf die anderen drei Dimensionen des etablierten Konzepts der Integration von Hartmut Esser: neben der emotionalen die kulturelle, strukturelle und die soziale Integration. Alle vier Dimensionen hängen voneinander ab. Ob und wie Integration gelinge, „dürfte letztendlich von der Identifikation mit den entscheidenden Bezugssystemen (der Kultur des Herkunftslandes und der Kultur des Aufnahmelandes) abhängen.“[25] Dies nehmen die Autoren zum Anlass, sich nun auf diese eine Dimension zu konzentrieren, die bei ihnen, wie oben beschrieben, von dem Konzept der Akkulturation ausgefüllt wird. Nun ist aber Integration – wie bereits dargestellt – wiederum einer der vier Unterbegriffe der Akkulturation, während er im Kontext der Sozialintegration nach Esser als ihr Oberbegriff fungierte. Es ist nachvollziehbar, dass in einer durch Psychologen erstellten Studie die emotionale Dimension der Integration im Vordergrund steht. Die begriffliche Ungenauigkeit macht jedoch deut-

23 Vgl. Lebenswelten (FN 12), S. 27.
24 Hartmut Esser, zitiert nach ebd., S. 26.
25 Ebd., S. 26.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lich, dass die Zusammenhänge mit den anderen Dimensionen nicht ausreichend reflektiert worden sind. Beide Konzepte wären jedoch miteinander vereinbar, wodurch man zu einem komplexeren Verständnis von Integration käme: „Die vier verschiedenen Typen der sozialen Integration [gemeint sind die vier Typen nach Berry] können sich, wie das Beispiel der Sprache schon zeigt, inhaltlich auf verschiedene Dimensionen beziehen. Es werden dabei die kulturelle Dimension des Erwerbs von Wissen und Fertigkeiten, die strukturelle Dimension der Platzierung auf Positionen, etwa des Bildungssystems oder des Arbeitsmarktes, die soziale Dimension der Aufnahme von Kontakten und sozialen Beziehungen und die emotionale Dimension der Identifikation unterschieden. Entsprechend gibt es jeweils eine kulturelle, strukturelle, soziale und emotionale Marginalität, Segmentation, Assimilation oder multiple Inklusion."[26] Auch Naika Foroutan hat in ihrer Stellungnahme zur *Lebenswelten*-Studie die „Indikatorenauswahl zu Integration [als] zu eindimensional" beurteilt[27], was in Anbetracht der nachweisbaren Anstiege bei der strukturellen, kulturellen und sozialen Integration von Muslimen einen schiefen Blick auf Integration als Konzept und diejenige der Muslime im Besonderen werfe.[28]

Es muss also bei der Betrachtung der Zahlen über Integrationsbefürwortung oder -ablehnung in dieser Untersuchung mitbedacht werden, dass sie weder die Bildungserfolge noch die Integration in den Arbeitsmarkt oder das gesellschaftliches Engagement abbilden. Die Integrationsneigung der Teilnehmer wurde ausschließlich auf Grundlage der beiden Fragen nach dem Wunsch, die Herkunftskultur zu bewahren oder die deutsche Kultur zu übernehmen, gemessen. Anhand dieser Antworten wurden die Probanden in drei Gruppen bzw. Cluster eingeteilt. Die ersten beiden Cluster werden als „deutsche Muslime mit überwiegenden bzw. mäßigen Integrationsneigungen" beschrieben. Erstgenannte zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl auf die Frage nach dem Bewahren der Herkunftskultur als auch auf die Frage nach der Übernahme der deutschen Kultur hohe Werte zeigen. Die zweite Gruppe stimmte ebenfalls beiden Aussagen zu, hat bei beiden Items insgesamt aber niedrigere Werte. Sie (und nicht die nach der Integrationsdefinition der Studie integrationsorientiertere erste Gruppe) ist beim späteren Abgleich mit Indikatoren für integrationsrelevante Einstellungen wie Kontakte zu Nichtmuslimen, Vorurteile gegenüber dem Westen u.a. die mit den positivsten Werten. Anscheinend stehen diejenigen am besten da, die sich generell gar nicht so viele Gedanken über „Herkunftskultur" und „deutsche Kultur" machen. Der dritte Cluster ist dadurch charakterisiert, dass die Befragten eine hohe Zustimmung zum Kultur-Bewahren-Item und sehr geringe Zustimmung zum Kultur-Übernehmen-Item zeigten. Diese Gruppe bezeichnen die Forscher als „deutsche Muslime mit Separationsneigungen". Sie sind die „Integrationsablehner" in *Bild*. Diese dritte Gruppe umfasst bei den deutschen Musli-

26 Hier steht statt „Integration" (so in der Lebenswelten-Studie) „multiple Inklusion". Siehe Hartmut Esser, Migration, Sprache und Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2006, S. 4.

27 Foroutan (FN 9), S. 2.

28 Vgl. ebd., S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

men 21,7 Prozent. Die größte Gruppe stellt der zweite Cluster mit 47,8 Prozent dar.[29] Bei den Muslimen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist hingegen die Gruppe „mit starken Separationsneigungen“ die größte (48,1 Prozent[30]). Die stärkere Orientierung an der Herkunftskultur könnte unter anderem daran liegen, dass junge Muslime mit ausländischer Staatsangehörigkeit meist nicht in Deutschland geboren worden sind. Die Verbindungen der Familien in die Herkunftsländer sind auf Grund der kürzeren Aufenthaltsdauer noch stärker ausgeprägt.

3.4. Der Radikalisierungsbegriff in der Lebenswelten-Studie

Als radikal können nach der Studie „muslimische Personen oder Organisationen gelten, die sich tiefgehende gesellschaftliche und politische Veränderungen in Deutschland wünschen, die jedoch das gegenwärtige politische und rechtliche System der Bundesrepublik zumindest respektieren und die keine illegalen oder gewalttätigen Maßnahmen ergreifen oder gutheißen“.[31] In diesem letzten Punkt – den nicht ergriffenen Maßnahmen – unterscheide sich die Radikalität vom Extremismus. Radikalisierung wird dann verstanden als „ein gradueller Prozess von Einstellungs- und Verhaltensänderungen. […] wobei wir versuchen, mit den uns zur Verfügung stehenden Methoden Veränderungen dieser individuellen Radikalisierungsgrade abzubilden und zu erklären“.[32] Zur Beziffe-rung von Radikalisierungstendenzen wurden neue Cluster gebildet, in die diesmal nicht nur die Akkulturationsziele sondern auch eine Auswahl an Indikatoren für Radikalisierungstendenzen einflossen: Vorurteile gegenüber Juden; Vorurteile gegenüber dem Westen; religiöser Fundamentalismus; negative Emotionen gegenüber dem Westen; Zustimmung zur Aussage „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“ als Einzelitem für Demokratiedistanz; negative Gefühle gegenüber dem Umgang der westlichen Welt mit dem Islam; Hass gegenüber dem Umgang der westlichen Welt mit dem Islam und Zustimmung zur Aussage „Die Bedrohung der islamischen Welt durch den Westen rechtfertigt, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigen“ als Einzelitem für die Akzeptanz ideologisch fundierter Gruppengewalt.[33] Allerdings wird die Auswahl dieser Indikatoren nicht aus den Erläuterungen zu Radikalismus und Islamismus im ersten Kapitel abgeleitet, sondern erscheint ohne weitere theoretische Begründung zuerst auf Seite 120. Auch die Bildung der Cluster, so die Feststellung von Foroutan, erfolgte „nahezu willkürlich“[34].

Von den fünf so gebildeten Gruppen gibt es eine unter den deutschen Muslimen, die besonders hohe Ausschläge bei den Radikalisierungsindikatoren zeigt und gleichzeitig

29 Lebenswelten (FN 12), S. 189.
30 Ebd., S. 192.
31 Ebd., S. 30.
32 Ebd., S. 119.
33 Ebd., S. 274.
34 Foroutan (FN 9), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mit Separationsneigungen verbunden ist. Diese Gruppe enthält 15,4 Prozent der Stichprobe, das sind 25 Personen. Sie werden als „Streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz" beschrieben[35]. Den größten Cluster bilden mit 40,7 Prozent die „Kritiker des Westens mit stärkerer Integrationstendenz". Unter den nicht-deutschen Muslimen gestalten sich die Cluster etwas anders. Die problematische Gruppe enthält hier 23,8 Prozent (absolut: 112 Personen). Sie ist die größte Gruppe bei jungen Muslimen ohne deutschen Pass, wobei sich die Teilnehmer recht gleichmäßig auf die fünf Cluster verteilen[36].

Der Nutzen dieser Zahlen ist jedoch begrenzt. Nicht nur scheint die Zusammenstellung der Indikatoren für Radikalisierung keineswegs ausreichend begründet, auch sind einzelne Indikatoren lediglich mit einem oder zwei Items abgefragt worden. So wurden Vorurteile gegenüber Juden nur durch die Zustimmung zu folgenden Aussagen ermittelt: „Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden" und „Israel ist allein schuldig an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten". Das kaum überraschende Ergebnis: Muslime stimmten häufiger zu als Nichtmuslime. Und schließlich zeigt sich spätestens an den absoluten Fallzahlen, dass es sich nicht um repräsentative Angaben handelt. In der Studie weisen die Autoren darauf hin, dass ihre Daten nicht auf alle jungen Muslime und schon gar nicht auf alle Muslime in Deutschland hochgerechnet werden können. Aus den beiden problematischen Gruppen (25 Teilnehmer der deutschen Muslime und 112 der nicht-deutschen Muslime) haben die Wissenschaftler jeweils diejenigen herausgesucht, die besonders extreme Radikalisierungstendenzen und Separationsneigungen bei allen Skalen und Items aufweisen, um diese als prototypische Vertreter dieser Gruppe beschreiben zu können[37]. Dies traf auf vier der deutschen und auf zwölf der nicht-deutschen Muslime zu, in Prozent jeweils ca. 2,5. Die Autoren weisen darauf hin, dass diese Ergebnisse auf Grund der geringen Fallzahlen nicht verallgemeinert werden können. Auch sind sie kaum mit denen anderer Studien vergleichbar. Bei aller Vorsicht soll trotzdem an dieser Stelle kurz auf die Ergebnisse der Untersuchung „Muslime in Deutschland" aus dem Jahr 2007 hingewiesen werden:

- junge Muslime mit hoher Demokratiedistanz, hoher politisch-religiöser Gewaltlegitimation und/oder antisemtischen/antichristlichen Einstellungen: 29,2 Prozent
- „islamismusaffine" [38] Jugendliche: 6,4 Prozent

35 Lebenswelten (FN 12), S. 276.
36 Vgl. ebd., S. 281.
37 Vgl. ebd., S. 285.
38 „Die Fragestellungen des Forschungsvorhabens richten sich insoweit auf die Analyse von Einstellungen und Verhaltensbereitschaften im Sinne intoleranter, demokratiedistanter bis demokratiefeindlicher Haltungen. Sofern solche extremistischen Einstellungen mit einer Legitimation unter Berufung auf den Islam kombiniert sind, wird dies von uns als Islamismus bzw. deren Vorfeld als Islamismusaffinität bezeichnet, in extremen Ausprägungen wäre von islamistischem Extremismus zu sprechen." Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Hamburg 2007,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

– „islamismusaffine“ Jugendliche, die Gewalteinsatz rechtfertigen: 1,6 Prozent.[39]

Die Zahlen aus der Lebenswelten-Studie:

– „Streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“ unter den deutschen jungen Muslime: 15,4 Prozent
– „Streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“ unter den nichtdeutschen jungen Muslime: 23,8 Prozent
– Personen mit besonders extremer Zustimmung bei allen Skalen und Items in beiden genannten Gruppen: ca. 2,5 Prozent.

Auch wenn beide Studien gänzlich unterschiedlich aufgebaut sind, so konnten doch die Ergebnisse der jüngeren vor diesem Hintergrund nicht völlig überraschend sein. Es scheinen bei einem Fünftel bis zu einem Viertel der jungen Muslime in Deutschland negative Einstellungen gegenüber dem Westen, demokratischen Grundwerten oder gegenüber religiöser Toleranz vorhanden zu sein. Bei 1,5 bis 2,5 Prozent haben sich diese Einstellungen zu einer Radikalisierungstendenz verdichtet. Das heißt aber auch, dass über 70 Prozent diese Einstellungen nicht teilen. Diese mindestens 70 Prozent sollte die Öffentlichkeit im Bewusstsein behalten und ihnen nicht durch provozierende Schlagzeilen das Gefühl vermitteln, dass sie als Bedrohung angesehen werden.

3.5. Verhältnis von Akkulturationszielen und Radikalisierung

Nun haben sich die Autoren daran gemacht, den Einfluss der Akkulturationsziele und -wahrnehmungen auf die Indikatoren für Radikalisierungstendenzen nachzuweisen, also das Verhältnis von Integration (in ihrem Verständnis) und Radikalisierung zu untersuchen. Ein wirkliches Muster dieser Beziehung wird in dieser Studie nicht deutlich, vielmehr „zeigt sich ein sehr komplexes Muster bidirektionaler Kausalität, in dem Akkulturationsorientierungen sowohl Ursachen als auch Effekte von verschiedenen ‚radikalen’ Einstellungen sein können“.[40] Jedoch wurden etwas mehr kausale Effekte gefunden, die auf einen Einfluss der Radikalisierungsindikatoren auf die Akkulturationsziele und -wahrnehmungen hinweisen als anders herum[41]. Das bedeutet, dass gewisse Radikalisierungstendenzen die Einstellungen zum Bewahren oder Übernehmen von Kultur beeinflussen, ebenso wie die Wahrnehmung der Einstellung der Deutschen gegenüber Zu-

S. 60. – „Als ein Indikator zur Einschätzung eines dementsprechenden Potenzials islamismusaffiner Einstellungen wurde die Gruppe der Personen bestimmt, die neben hoher Demokratiedistanz zugleich auch auf den Islam bezogene, starke Aufwertungen und Überhöhungen vornehmen und damit kombiniert auch ausgeprägte pauschale Abwertungen Anderer formulieren“ (ebd., S. 21 f.).

39 Ebd., S. 25.

40 Lebenswelten (FN 12), S. 331 f.

41 Vgl. ebd., S. 330.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wanderern durch die Muslime. Es reicht also nicht, wie die Autoren später nahelegen, eine offenere und akzeptierende Haltung Muslimen gegenüber zu befördern, um Radikalisierung entgegenzutreten, auch wenn dies ein wichtiger Schritt ist. Denn ob und wie diese akzeptierende Haltung wahrgenommen wird, wird gegebenenfalls bereits durch eben diese Radikalisierungstendenzen beeinflusst. Schließlich setzen die Forscher verschiedene Variablen mit den Indikatoren für Radikalisierung in Beziehung. Ergebnis: „Mögliche Erklärungen bzw. Ursachen für diese potenziellen Radikalisierungstendenzen liegen vor allem im Ausmaß der ‚traditionellen Religiosität', der ‚autoritären Einstellungen', der Orientierung an ‚Macht' und ‚Erfolg' sowie der Wahrnehmung bzw. dem Erleben von ‚gruppenbezogener Diskriminierung'. Eine Präferenz für türkische Fernsehsender (um sich politisch zu informieren) verstärkt manche dieser negativen Einstellungen zusätzlich."[42] Leider kann hier nicht im Detail auf diese Ursachenanalyse für Radikalisierung eingegangen werden, die sich durchaus von Vorgängerstudien unterscheidet. Insbesondere die Definition und die Rolle „traditioneller Religiosität" wäre genauer zu untersuchen. Auch auf den gesamten Komplex der Medienanalysen und auf den interessanten Teil der Studie, in dem die Ergebnisse der Befragung von 2009 und 2010 mit Blick auf die in der Zwischenzeit über Deutschland hinweg gerollte Sarrazin-Debatte verglichen werden, wird nicht im Einzelnen eingegangen.

3.6. Die Empfehlungen der Studie und was zur Prävention dazugehört

Die Handlungsempfehlungen der Studie richten sich vorrangig an die deutsche Mehrheitsgesellschaft und beziehen sich stark auf die Art und Weise der gegenseitigen Wahrnehmung und Kommunikation. Fünf Themen und je einige Beispielforderungen und Thesen der Autoren seien genannt:

1. einen differenzierten Umgang mit Religiosität und Fundamentalismus fördern (u.a.: Religiöse Fundamentalisten nicht „verteufeln", aber auch nicht als Vertreter „des Islams" darstellen; restriktive Maßnahmen wie ein „Kopftuchverbot" oder ein „Minarettverbot" stärken in erster Linie die Extremisten; Aufbau einer positiven, bikulturellen Identität erleichtern).
2. Integration und Radikalisierung von Muslimen hängen auch von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft ab (populistische Verkürzungen vermeiden; die Menschen gegen Populismus immunisieren).
3. Partizipationsmöglichkeiten muslimischer Migranten fördern (die Vermittlung kulturellen Wissens und [inter]kultureller Kompetenzen sowohl für Menschen ohne als auch für Menschen mit Migrationshintergrund stärken; Initiativen und Kulturvereine finanziell unterstützen; Wissen über die deutsche Kultur, Sprache und Religion fördern, politisch-historische Bildung verstärken).

42 Kurzzusammenfassung der Lebenswelten-Studie, unter: www.bmi-bund.de, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen fördern (Kontakt hilft, auch indirekter, „stellvertretender“ Kontakt).
5. Medien und Mediennutzung (den säkularen/moderaten Muslimen eine stärkere Stimme in der Öffentlichkeit geben; Medienkompetenzen stärken).[43]

Als stärkste Ursache von Radikalisierungstendenzen hatten die Autoren autoritäre Einstellungen ausgemacht. Hier hätte man sich von Psychologen mehr erwartet als die Empfehlung, dem in den staatlichen Bildungseinrichtungen durch demokratische Erziehungsstile etwas entgegenzusetzen: „Eine der Ursachen von Autoritarismus liegt in den Familienstrukturen, die zum Beispiel in türkischen Familien oft hierarchisch strukturiert sind. Da sich in Familien aber schlecht eingreifen lässt, sind mögliche Ansatzpunkte für Interventionen eher Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten.“[44] Hat jedoch nicht gerade auch dieses Vorgehen, das Außenvorlassen der Eltern, nicht zur kulturellen Zerrissenheit, dem Gefühl der Unvereinbarkeit zweier Welten bei vielen muslimischen Jugendlichen beigetragen? Hat der mangelnde Austausch über Erziehungsstile nicht schlechte Bildungserfolge mit befördert? Die Empfehlungen greifen deutlich zu kurz und bleiben hinter dem Erkenntnisstand zahlreicher Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Migrantenfamilien zu stärken, zurück.[45]

Die genannten Empfehlungen zielen vor allem auf eine bessere gesellschaftliche Integration im allgemeinen Sinne und auf ein gesellschaftliches Klima, in dem sich Muslime weniger ausgegrenzt und stigmatisiert fühlen. Denn das ist für die Autoren letztlich doch eine Hauptursache für Radikalisierungen. Die wenigsten Teilnehmer hatten eigene Diskriminierungserlebnisse, die meisten beklagten stattdessen eine gruppenbezogene Diskriminierung von Muslimen. Auch zeichnete sich in der Kausalitätsanalyse der Telefonbefragung ab, dass die Vorstellung darüber, welche Integrationserwartungen die Mehrheitsgesellschaft an die Zuwanderer hat, stärker von Radikalisierungstendenzen beeinflusst wird, als andersherum Radikalisierung die Folge von solchen Akkulturationsdiskrepanzen ist. Diese komplexen Zusammenhänge fanden jedoch keine vertiefende Betrachtung, so wie die Rolle religiöser und politischer Akteure aus den Herkunftsregionen nicht näher beleuchtet wurde. Prävention soll ja eine Radikalisierung verhindern, daher ist es nicht falsch, sie in diesem weiten Sinne auf die gesamte Gesellschaft gerichtet zu sehen. Jedoch führt die Quasi-Identität von Integrationsmaßnahmen und Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention zu Missverständnissen. Auch wenn das Erlernen der deutschen Sprache die Gefahr einer Radikalisierung verringert, so hat sie doch ihren ganz eigenen integrativen Zweck.

43 Lebenswelten (FN 12), S. 644-667.
44 Ebd., S. 657.
45 Siehe Ahmet Toprak/Aladin El-Mafaalani, Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland, Sankt Augustin/Berlin 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. Abschließende Bemerkungen

So sehr Integration gewiss die beste Prävention ist, sollte sie nicht unter dieser Prämisse betrieben werden. Nicht nur, weil dies der Zielgruppe suggeriert, dass sie ein Risiko darstellt, sondern weil gelingende Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt ihre eigene Daseinsberechtigung als Ziele politischen Handelns haben. Unterscheidet man hingegen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention, lassen sich die Konzepte, auch im öffentlichen Sprachgebrauch, besser voneinander trennen. Unter Primärprävention fallen dann Maßnahmen, die sich grundsätzlich an alle Personen richten, zu einem toleranten, demokratischen Klima beitragen und die Risikofaktoren für Radikalisierungen im Vorfeld verringern wollen. Hier sind die in der Studie geforderten Ansätze einzuordnen. Man sollte hier jedoch nicht von Prävention in einem engeren Sinne sprechen. Sekundärprävention richtet sich hingegen an Risikogruppen, an Personen, die auf Grund ihrer Lebensumstände einem erhöhten Risiko unterliegen oder bereits in einem Radikalisierungsprozess stehen und alle davon Betroffenen wie Familie, Freunde und Bekannte. Nach Peter Neumann tragen zu einem erhöhten Risiko bei: (1) ein soziales oder individuelles Problem (psychische/familiäre Belastung, schulisches Scheitern, soziale Benachteiligung etc.), (2) Kontakt zur islamistischen Ideologie und (3) Kontakt zu islamistischen Personen bzw. die Gruppendynamik in einem Radikalisierungsprozess.[46] Daher kann der Einfluss von extremistischen Gruppen und Organisationen aus einer Untersuchung von Radikalisierungsfaktoren nicht völlig ausgeschlossen bleiben. Tertiärprävention richtet sich schließlich an radikalisierte Personen und strebt ihre Deradikalisierung an. Ähnlich gliedert auch die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen" der Deutschen Islamkonferenz den Bereich der Prävention auf. Sie empfiehlt für den Bereich der Primärprävention eben nicht „Prävention", sondern Begriffe wie „Förderung" oder „Stärkung" zu verwenden und möchte ihren eigenen Tätigkeitsschwerpunkt auf diese „Maßnahmen mit universell-förderndem Charakter – was auch die Förderung der Teilhabe einschließt – und der Bildung/Aufklärung legen, mit dem Ziel der nachhaltigen Verhinderung" von „Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen und Islamismus im Sinne eines religiös begründeten Extremismus unter Muslimen".[47] Angesichts der übergreifenden Themen und Perspektiven, denen sich die Arbeitsgruppe widmet, ist es nur logisch, dass sie sich auf der Primärebene bewegt. Für die Verwendung des Begriffes Prävention von Radikalisierung im engeren Sinne sollte man sich hingegen im wissenschaftlichen und im politischen Sprachgebrauch auf die Ebene der Sekundärprävention beschränken. So könnten Missverständnisse und emotionale Reaktionen auf vermeintliche Verallgemeinerungen verringert werden, wie sie die Debatten um diese Studie geprägt haben.

46 Vgl. Peter Neumann, Preventing Violent Radicalization in America, National Security Preparedness Group, Washington 2011, S. 15.

47 Deutsche Islamkonferenz: Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen", Vorlage für die Plenarsitzung der DIK, Berlin 2012, S. 1f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Biographisches Porträt: Jürgen Rieger

Von Robert Philippsberg

1. Lebenslauf

Jürgen Hans Paul Rieger wurde am 11. Mai 1946 in Blexen bei Nordenham (Niedersachsen) geboren und war bis zu seinem Tod am 29. Oktober 2009 eine der bedeutendsten Persönlichkeiten im deutschen Rechtsextremismus. Er wuchs in Hamburg auf, in das seine Familie bereits kurz nach seiner Geburt gezogen war. Dort hatte sich sein Vater, Dr. Heinz Rieger, als angesehener Gynäkologe niedergelassen. Jürgen Rieger hatte einen Bruder, der später wie sein Vater Arzt wurde, sich jedoch, wie auch der Rest von Jürgen Riegers Familie, von dessen politischen Ansichten distanzierte.[1] Jürgen Rieger war Vater von vier Kindern (Harald, Hella, Okko, Ragnar), die aus einer Ehe und einer weiteren Beziehung stammen. Als Kind interessierte er sich für Geschichte, Literatur und Musik, wohingegen Sport nicht zu seinen Stärken zählte. Seine Eltern achteten auf eine gesunde Ernährung ihrer beiden Söhne und erzogen sie zur Sparsamkeit.[2] Jürgen Rieger besuchte nach seiner Grundschulzeit das humanistische Gymnasium Christaneum, wobei er nicht gerade als Musterschüler galt.[3] Nachdem er das Abitur bestanden hatte, begann er zunächst ein Medizinstudium, das er jedoch nach wenigen Semestern wieder abbrach, als er nach eigenen Aussagen einen toten Säugling sezieren sollte. Daraufhin wechselte Rieger, der den Wehrdienst verletzungsbedingt nicht ableisten musste,[4] die Fachrichtung und absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaft, das er erfolgreich abschloss.[5]

Riegers politisches Interesse begann etwa im Alter von 15 Jahren im Zeitraum des Mauerbaus 1961 und war, wie seine eigenen Aussagen nahelegten, gebietsrevisionistisch geprägt.[6] Sein Engagement in rechtsextremen Gruppen begann bereits in der Gymnasialzeit, in der er Mitte der sechziger Jahre Mitglied der geschichtsrevisionistischen

1 Vgl. Andrea Röpke, Braune Kanäle, in: Dies./Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008. S. 89-111, hier: S. 91.

2 So beschrieben ihn seine politische Weggefährten in: Thomas Wulff/Detlev Rose (Hrsg.), Jürgen Rieger. Anwalt für Deutschland, Riesa 2010, S. 11.

3 Ebd., S. 9.

4 Da Jürgen Rieger zum Zeitpunkt des vorgesehenen Wehrdienstantritts eine Gehirnerschütterung aufgrund einer Schlägerei hatte, verweigerte er die Einberufung mit dem Argument, dass der Helm zu stark drücken würde und es deshalb zu bleibenden Schäden kommen könnte. Unter Androhung einer Schadensersatzklage gelang es ihm daraufhin, den Wehrdienst nicht antreten zu müssen. Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 15.

5 Vgl. ebd., S. 15.

6 Vgl. ebd., S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vereinigung Aktion Oder-Neisse (AKON) wurde. Die 1962 in Darmstadt gegründete AKON verstand sich als Kampfbund gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens und setzte sich aktiv gegen jeden Verzicht auf die deutschen Ostgebiete ein. In seiner Studentenzeit stieg Rieger, der etwa 1969 zum Thema „Die Rückgewinnung Ostdeutschlands – eine Aufgabe für die Jugend" referierte, in der Organisation kontinuierlich auf. Im Laufe seiner Tätigkeit für die AKON wurde er zum Landesbeauftragten für Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein und bekleidete zuletzt das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Organisation.[7] Während seines Studiums intensivierte Rieger seine Aktivitäten im rechtsextremistischen Spektrum, indem er sich der Gruppierung Republikanischer Studentenbund Deutschland anschloss, deren Vorsitzender er auch wurde. Zusammen mit Henning Eichberg, einem der Begründer der „Neuen Rechten", organisierte er Vorträge und Veranstaltungen an der Universität.[8] Außerdem engagierte er sich für die rechtsextreme Jugendorganisation Bund Heimattreuer Jugend (BHJ). Für deren Hochschulgruppe fungierte er gemeinsam mit Hans Michael-Fiedler als Veranstalter für eine Seminarreihe, die bis in die Mitte der 1970er Jahre fortgeführt wurde.[9] Ebenfalls tätig war er für die neonationalsozialistische Wiking Jugend (WJ), die ideologisch und ihrem Auftreten nach eine Art Wesensverwandtschaft mit der Hitlerjugend (HJ) aufwies. In der Vereinszeitschrift der WJ, dem *Wikinger. Gestalt und Ausdruck heimattreuer Jugend*, übernahm er für einige Zeit das Fachreferat „Studenten und Schule".[10] Die WJ, die manch spätere Führungspersönlichkeiten des deutschen Rechtsextremismus zu ihren Mitgliedern zählte, wurde 1994 vom Bundesinnenminister verboten.[11] Trotz seiner zahlreichen Aktivitäten für die beiden rechtsextremen Jugendorganisationen bestritt Rieger jedoch gegenüber politischen Weggefährten, jemals formell Mitglied des BHJ oder der WJ geworden zu sein.[12]

1970 wurde er Pressesprecher des Hamburger Freundeskreises der CSU. Im gleichen Jahr nahm er an einer gewalttätigen Demonstration der Aktion Widerstand gegen die Ostpolitik Willy Brandts teil, was ihm 1974 eine Verurteilung wegen Körperverletzung einbrachte. Die Aktion Widerstand, an dessen Kundgebung sich Rieger so schlagkräftig beteiligt hatte, war eine von NPD-Funktionären gegründete außerparlamentarische Bewegung, deren Demonstrationen und Veranstaltungen in der kurzen Zeit ihrer Existenz

7 Vgl. Anton Maegerle, Jürgen Rieger – Rechtsanwalt und Neonazi, in: Tribüne 180/2006, S. 178-183, hier: S. 178.

8 Vgl. Manfred Wanke über Jürgen Rieger in: Wulff/Rose (FN 2), S. 183f.

9 Vgl. ebd. (FN 2), S. 22.

10 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 178 f.

11 Rieger referierte in späteren Jahren auch für die Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ), einer Jugendorganisation, die wie die WJ neonationalsozialistisch ausgerichtet war und am 31. März 2009 vom Bundesinnenminister verboten wurde. Vgl. Andrea Röpke, Multiaktivist und Reizfigur, in: Mut gegen Rechte Gewalt, unter: http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/multiaktivist-und-reizfigur (1. Januar 2012).

12 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

beinahe durchweg gewalttätig verliefen.[13] 1971 beteiligte sich Jürgen Rieger an der vorgetäuschten Entführung des Bundesvorsitzenden der AKON, Berthold Rubin, mit der versucht werden sollte, die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zugunsten der CDU zu beeinflussen. Von 1972 bis Mitte der neunziger Jahre war Rieger Vorsitzender des rassistischen Vereins Gesellschaft für Anthropologie, Eugenik, und Verhaltensforschung e.V. (GfbAEV). Der Verein verbreitete mit einer – angeblich – „anthropologischen Forschung" rassistische Thesen, die sich gegen eine „Vermischung der Rassen" wendete und stellte eugenische Forderungen auf.[14]

1972 arbeitete Jürgen Rieger als Referendar beim Oberlandesgericht in Hamburg und war trotz routinemäßiger Überprüfung durch den Verfassungsschutz kurzzeitig sogar „Beamter auf Widerruf". Aufgrund seiner verfassungsfeindlichen Aktivitäten wurde er jedoch nicht in den Staatsdienst übernommen.[15] 1975 eröffnete er stattdessen im noblen Hamburger Stadtviertel Blankenese, wo er auch wohnte, eine Anwaltskanzlei. Im Laufe seiner anwaltlichen Karriere verteidigte er namhafte Persönlichkeiten des Rechtsextremismus, Holocaust-Leugner sowie Alt-Nazis und stand dem Deutschen Rechtsbüro, einem Zusammenschluss rechtsextremer Anwälte, nahe. Zu Riegers Mandanten zählten unter anderem die bekannten Neonationalsozialisten Michael Kühnen, Thomas Wulff, Christian Worch, Meinolf Schönborn, der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD Günter Deckert sowie der Holocaust-Leugner Ernst Zündel. Zudem verteidigte er den ehemaligen Warschauer SS- und Polizeiführer und Hauptsturmführer der Reserve der Waffen-SS Arpad Wigand vor Gericht, war anwaltlich für verschiedene rechtsextreme Skinhead-Bands tätig und vertrat die Interessen der neonationalsozialistischen Nationalistischen Front (NF) auf Wiederzulassung vor dem Bundesverfassungsgericht.[16] Die Gerichtsprozesse, in denen Rieger Rechtsextremisten anwaltlich vertrat, wurden oft medienwirksam begleitet und brachten ihm wegen seiner Prozesstaktik oder seiner inhaltlichen Verteidigung der Mandanten selbst mehrere Anklagen der Staatsanwaltschaft ein. Um die Prozessdauer künstlich in die Länge zu ziehen, verlangte er beispielsweise 1993 bei der Verteidigung von hochrangigen Neonationalsozialisten des Komitees für die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) die Vorladung von 500 Zeugen. Daraufhin wurde er als Pflichtverteidiger abgelöst und mit einem Verfahren wegen Begünstigung und Strafvereitelung bedacht, was jedoch folgenlos für den umstrittenen Rechtsanwalt blieb. Für einen Skandal sorgte Rieger 1981 bei seiner Aussage im Plädoyer für seinen Mandanten Arpad Wigand, als er behauptete, dass kein

13 Nach der Auflösung der Aktion Widerstand bildeten sich aus ihren Reihen kleine militante Vereinigungen und Wehrsportgruppen, die später verboten wurden. Vgl. zur Aktion Widerstand: Christoph Kopke, Die Aktion Widerstand 1970/71. Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a.M./New York 2010, S. 249-262.

14 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 179.

15 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 54.

16 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 182.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jude im Warschauer Ghetto verhungert wäre, wenn die Juden untereinander mehr Solidarität geübt hätten.[17] Obwohl Rieger für diese Aussage zweimal zu hohen Geldstrafen verurteilt wurde, blieb sie für den Rechtsanwalt dennoch folgenlos, da der Bundesgerichtshof die Urteile wieder aufhob.[18] Rechtskräftig verurteilt wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wurde er dagegen in einem anderen Verfahren, das vom BGH erst 2004 letztinstanzlich bestätigt wurde. Rieger hatte 1997 den ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert anwaltlich vertreten und in Beweisanträgen behauptet, die Konzentrationslager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau seien keine Vernichtungslager gewesen, in denen Menschen mit Giftgas umgebracht worden seien.[19] Trotz des Versuches der Mannheimer Staatsanwaltschaft, gegen Rieger 2007 ein Berufsverbot aufgrund seiner Vorstrafen und weiterer mutmaßlicher Volksverhetzungsdelikte während des Zündel-Prozesses zu erwirken, gelang es ihm jedoch stets, seine Zulassung als Anwalt zu behalten.[20]

Von November 1988 bis zu seinem Tod im Oktober 2009 war Jürgen Rieger Leiter der rassistischen Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. sowie „Schriftleiter" ihrer *Nordischen Zeitung*. Die Artgemeinschaft sieht sich selbst als heidnische Religionsgemeinschaft, die sich auf die „Naturgesetze" beruft und daher die universalistischen Religionen des Christen- und Judentums als – angeblich – „leib- und lebensfeindlich" ablehnt. Statt des Lebens betrachten ihre Anhänger den Kampf, die Opferbereitschaft und den Tod als elementare Teile des menschlichen Daseins.[21] Neben dieser „pervertierten Lebensphilosophie"[22] wird in den programmatischen Schriften „Artgemeinschaft" und „Sittengesetz unserer Art" außerdem von einer Ungleichwertigkeit der Rassen ausgegangen, wobei die Germanen als schützenswerte Rasse gelten.[23]

Seit Beginn der neunziger Jahre richtete Rieger seine Agitation vor allem gegen Ausländer und engagierte sich als Redner für die NF. Dort hielt er 1990 einen Vortrag über das Thema „Hintergrund der Ausländerintegration" und referierte im darauf folgenden Jahr zum Thema „Ausländer raus – warum und wie".[24] Bei der NF handelte es sich um eine militante neonationalsozialistische Organisation, die nach dem Kaderprinzip auf-

17 Vgl. ebd.
18 Vgl. Guido Boernsen, Der Rechts-Beistand für rechte Fälle, in: die tageszeitung vom 30. August 1995, S. 22.
19 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 182.
20 Vgl. Jan Adam, Jürgen Rieger wegen Volksverhetzung angeklagt, in: Endstation Rechts, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=2263:j%C3%BCrgen-rieger-wegen-volksverhetzung-angeklagt&Itemid=840 (29. Dezember 2011).
21 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres in Berlin, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Jahresbericht 2004 des Landesamtes für Verfassungsschutz 2004, Berlin 2005, S. 212 f.
22 Ebd., S. 213.
23 Vgl. „Artbekenntnis" und „Sittengesetz unserer Art", vorhanden in: Jürgen Rieger, Unser Wollen, Hamburg 2001, S. 38.
24 Vgl. Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 514. Vgl. ebenfalls Maegerle (FN 7), S. 180.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gebaut war und den „Neun-Punkte-Plan Riegers zur Ausländerrückführung“ verbreitete.[25] Sein Engagement für die NF begrenzte sich jedoch nicht allein auf Vorträge, sondern erstreckte sich auch auf seine Beteiligung am Aufbau des Nationalen Einsatzkommandos (NEK), einer nach dem Vorbild der SA geplanten, paramilitärischen Neo-NS-Organisation unter der Leitung des damaligen NF-Vorsitzenden Meinolf Schönborn.[26] Die NF wurde im Jahr 1992 vom Bundesinnenminister verboten. Rieger war nicht nur bei der NF ein gern gesehener Referent, sondern hielt 1991 auch einen Vortrag für die Gesellschaft für freie Publizistik, der größten rechtsextremen und kulturpolitischen Vereinigung in Deutschland, die von ehemaligen SS- und NSDAP-Funktionären gegründet worden war.[27]

Im selben Jahr wurde Rieger zum Vorsitzenden der Vereine Heide-Heim e.V. in Hamburg, der sogar als gemeinnützig anerkannt war, und Heideheim e.V. in Buchholz. Der satzungsgemäße Zweck des ersten Vereins war, „ein Volksbildungs- und Jugendheim“ zu unterhalten, der des zweiten, ein solches zu fördern.[28] Beide Vereine waren die Träger einer großen Liegenschaft von 15.000 Quadratmetern in Niedersachsen, auf dessen weitläufigem Gelände die so genannten Hetendorfer Tagungswochen und Wehrsportlager stattfanden.[29] Rieger trat als Veranstalter der Tagung auf, bei der regelmäßig zahlreiche namhafte Rechtsextremisten referierten. Den Kauf des berüchtigten Geländes vom Bundesvermögensamt hatte Rieger bereits 1978 über die von ihm dominierten Vereine Freundeskreis Filmkunst e.V. und die Gesellschaft für Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. organisiert und 1979 mit seiner Unterschrift unter den Kaufvertrag vollzogen. Beinahe 20 Jahre sollte das Objekt Hetendorf 13 der rechtsextremen Szene als Treffpunkt für Veranstaltungen dienen.[30] 1998 wurden die Vereine Heide-Heim e.V. und der Heideheim e.V. allerdings verboten und das Grundstück sowie die Vereinskonten beschlagnahmt. Mit den Mitteldeutschen Vortragstagen wollte Jürgen Rieger anschließend einen Ersatz für die verbotene Tagung schaffen, was jedoch scheiterte.[31] Das Hetendorfer Grundstück und die dazugehörigen Häuser bildeten jedoch nur einen Teil von Riegers Immobiliengeschäften. Im Laufe seines Lebens entfaltete er eine beinahe obsessive Immobilientätigkeit und erwarb mehrere Objekte, die er insbesondere für Veranstaltungen der rechtsextremen Szene zur Verfügung stellte oder stellen wollte. Die bekanntesten waren neben Hetendorf 13 sein schwedisches Landgut Sveneby, ein Kinokomplex in Hameln, das Schützenhaus im thüringischen Pößneck sowie der Heisenhof in der niedersächsischen Gemeinde Dörverden. Zahlreiche Versuche, Immobilien zu erwerben,

25 Vgl. ebd. (FN 7), S. 180.
26 Vgl. ConRa e.V., Jürgen Hans Paul Rieger, unter: http://contra-rassismus.de/index.php?article_id=594 (21. November 2011).
27 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 180.
28 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 82.
29 Vgl. Mecklenburg (FN 24) , S. 513.
30 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 80 f.
31 Vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen-Organisationen-Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 301.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lösten regelmäßig ein großes Medienecho aus, scheiterten jedoch am Vorkaufsrecht der verschiedenen Gemeinden oder aus bau- und nutzungsrechtlichen Gründen.[32] Riegers Immobilienkäufe zu verhindern, kostete die betroffenen Gemeinden zuweilen viel Geld, wie das im Falle des Hotels im Park im niedersächsischen Delmenhorst deutlich wurde. Dort hatte die Stadt 2006 nach dem Bekanntwerden von Riegers Kaufabsichten zusammen mit privaten Spendern das marode Hotel zu einem überhöhten Betrag von knapp drei Millionen Euro gekauft, um es wenig später doch abzureißen. Ein ähnliches Beispiel ereignete sich 2009, als Rieger plante, ein Gebäude in Wolfsburg zu erwerben, in dem ein Museum zur Erinnerung an die NS-Organisation Kraft durch Freude eingerichtet werden sollte. Auch hier kaufte letztlich die Stadt die Immobilie, zahlte dabei jedoch zumindest keinen überhöhten Preis.[33] Bei manchen seiner geplanten Immobilienkäufe lag außerdem der Verdacht nahe, dass keine wirkliche Kaufabsicht vorhanden war, sondern lediglich Scheingeschäfte zu Lasten der Kommunen getätigt wurden. Besonders Riegers – angebliches – Kaufinteresse an der leer stehenden Hotelgaststätte Waldlust in Wunsiedel im Jahr 2007, in das neben einem rechtsextremen Schulungszentrum auch ein Rudolf-Heß-Gedächtniszentrum integriert werden sollte, diente wegen der allzu medienwirksamen Inszenierung eher dazu, die Kommune zur Wahrnehmung ihres Vorkaufsrechts zu drängen, was in diesem Fall auch gelang.[34] Die Herkunft von Jürgen Riegers beträchtlichem Vermögen war dabei immer Gegenstand von Spekulationen, stammte jedoch größtenteils aus Erbschaften von „Altnazis“ sowie aus Aktiengewinnen und Immobiliengeschäften. Er war Nachlassverwalter von einst vermögenden „Kameradinnen und Kameraden“, wie beispielsweise der ehemaligen BDM-Führerin Gertrud Herr und dem Lehrer und Aktienmillionär Wilhelm Tietjen.[35] Ihre und die weiteren Erbschaften verwaltete er unter dem Deckmantel der 2001 gegründeten Briefkastenfirma Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation.[36]

Im Jahr 1993 offenbarte Rieger seine militante Gesinnung öffentlich in einem Interview mit dem ARD-Politmagazin *Panorama* und drohte dem Journalisten: „Warten Sie es doch ab. Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen Sie, es geht los. Reporter, Richter, Polizisten, Sie!“[37] Auch in späteren Jahren

32 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 78-102 sowie Röpke (FN 1), S. 90. Beispiele für gescheiterte Immobilienkäufe, die für die rechtsextremen Veranstaltungen genutzt werden sollten, sind das Bahnhofsgebäude in Melle, der Traditionsgasthof Puchtler in der bayerischen Gemeinde Warmensteinach nahe Wunsiedel sowie das Landhaus Gerhus in Faßberg bei Celle.

33 Vgl. Andreas Speit, Keine Kraft durch Freude NAZI-MUSEUM. Wolfsburg kauft eine Immobilie, um das von der NPD geplante „KdF“-Museum zu verhindern, in: die tageszeitung Nord vom 3. Februar 2010, S. 22.

34 Vgl. Elmar Vieregge, Die NPD und die Immobilien – Ausbau rechtsextremistischer Strukturen oder Scheingeschäfte?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 182-198, hier: S. 190-192.

35 Vgl. Röpke (FN 1), S. 90-96.

36 Vgl. Sven Röbel, NPD-Vizechef Rieger ist tot, unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,658206,00.html (3. Januar 2012).

37 ARD-Politmagazin Panorama vom 11. Januar 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

äußerte er sich ähnlich militant, so im Jahre 2004, als er auf einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung vom Hamburger Institut für Sozialforschung sagte, dass diese in den 1950ern „kurz und klein geschlagen" und ihr Initiator Jan Philipp Reemtsma „am nächsten Baum aufgehängt" worden wäre.[38] Dass Rieger zudem zu cholerischem Verhalten tendierte, zeigte seine Reaktion auf die Kündigung eines Campingplatzes, den er bis Anfang der neunziger Jahre gemeinsam mit seinem Vater im schleswig-holsteinischen Kollmar betrieb. Da es dem rechtsextremen Anwalt gelungen war, den Campingplatz zu einem Treffpunkt für Neonationalsozialisten auszubauen, kündigte ihm der Pächter nach dem Tode seines Vaters. Daraufhin zertrümmerte Rieger das gesamte Mobiliar auf dem Zeltplatz mit einer langstieligen Axt.[39]

Seine Vorliebe für historische Militärfahrzeuge brachte Rieger 1993 in die Schlagzeilen, als er im Wehrmachtskampfanzug in einem Kübelwagen aus dem Zweiten Weltkrieg an einer Polizeistreife vorbeifuhr. Da das Nummernschild seines historischen Wagens Abzeichen der zwölften SS-Panzerdivision Hitler Jugend und SS-Runen trug, wurde Rieger daraufhin 1994 vom Amtsgericht Hamburg zu einer Geldstrafe von 14.000 DM verurteilt.[40]

1995 erwarb Rieger für ca. 3,2 Millionen DM das bereits erwähnte Landgut Sveneby bei Mariestad in Schweden, auf dem er ein germanisches Siedlungsprojekt plante, was jedoch mangels Interesse nicht realisiert werden konnte.[41] Auch der ökologische Viehbetrieb auf dem Landgut, für den Rieger trotz Protesten Subventionen von der Europäischen Union erhielt, verlief nicht erfolgreich und brachte ihm wegen Vernachlässigung der Tiere 2001 zunächst ein Verbot der Tierhaltung ein. 2007 wurde er aufgrund dieser Vorwürfe von einem schwedischen Gericht wegen Tierquälerei zu einer Geldstrafe verurteilt.[42]

1996 erntete Rieger auf einer Großkundgebung der Deutschen Volksunion (DVU) in der Passauer Nibelungenhalle „frenetischen Applaus", als er vor ca. 2.300 Personen „als unerschrockener Kämpfer für die Freiheit des Deutschen Volkes" mit dem Freiheitspreis der *Deutschen National-Zeitung* ausgezeichnet wurde.[43] Auch für die rechtsextreme DVU des umstrittenen Verlegers und langjährigen Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Frey hatte Jürgen Rieger nach eigenen Angaben immer wieder Vorträge gehalten.[44] Im Jahr

38 Zitiert nach Jörn Breiholz, Schießstände im Keller. Auf einem alten Bundeswehrgelände in Niedersachsen betreibt der Neonazi-Drahtzieher Jürgen Rieger ein Zentrum für Fertilisation, in: Frankfurter Rundschau vom 14. September 2004, S. 2.

39 Vgl. Röpke (FN 11).

40 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 180.

41 Vgl. Andreas Haglind, Anwalt reinrassiger Schweine, in: taz vom 6. Februar 2001, S. 3.

42 Vgl. NPD-Chef Rieger als Tierquäler verurteilt, in: Die Welt vom 28. März 2007, S. 33; Reinhard Wolff, Weniger Geld für Gutsherr Rieger. Der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger hat wieder Ärger mit den schwedischen Behörden. Für sein Landgut in Schweden sind ihm EU-Gelder gestrichen worden, in: die tageszeitung Nord vom 29. Juni 2008, S. 21.

43 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 181.

44 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1998 trat Rieger dann auf dem 1. Tag des nationalen Widerstands der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf,[45] bei dem rund 6.000 Rechtsextreme anwesend waren.[46]

2001 gelang Rieger ein juristischer Erfolg für die rechtsextreme Szene, indem er es schaffte, erstmals nach zehn Jahren wieder eine zentrale Gedenkveranstaltung für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im bayerischen Wunsiedel zu organisieren.[47] Rudolf Heß, der nach 46 Jahren Haft im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau am 11. August 1987 Selbstmord beging, war die wichtigste Märtyrerfigur der Neo-NS-Szene. Für sie gilt er „als Symbol des Nationalsozialismus – und der Ideologie, an die sie sich anlehnen".[48] Jürgen Rieger meldete die Gedenk-Demonstrationen an, die jährlich zahlreiche Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland anlockten, bis 2010 an, auch wenn die Aufmärsche von 2005 und 2006 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurden.

Im Jahr 2005 kandidierte Rieger bei der Bundestagswahl für die NPD in Hamburg, ohne Mitglied der Partei zu sein. Seine Bereitschaft, für die rechtsextreme Partei anzutreten, zeigte, dass es zu einer Annährung zwischen Rieger und der NPD gekommen war. Punktuelle Kooperationen mit der Partei hatte es Rieger zufolge zwar in den Jahren zuvor bereits gegeben, jedoch stand er der Partei bis zu deren Öffnung für die radikalen Freien Kameradschaften eher distanziert gegenüber.[49] Im Zuge der Annäherung lud ihn die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen 2005 als Experten zu einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses ein. Riegers Engagement für die NPD intensivierte sich dann 2006, als er im August beim Pressefest der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* in Dresden als Referent auftrat und ausländerfeindliche Positionen propagierte[50] Zudem sollte er in jenem Jahr auf Wunsch des damaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt auf der Liste der NPD für die Landtagwahl in Mecklenburg-Vorpommern kandidieren. Die rechtsextreme Partei hoffte, dass Riegers hoher Bekanntheitsgrad ein Medienecho hervorrufen würde, was zu einem Wahlerfolg beitragen könnte. Rieger gelang es jedoch nicht, sich mit dem dortigen Landesvorstand auf die Modalitäten nach einem möglichen Wahlsieg zu einigen, da er für diesen Fall den Posten des Fraktionsvorsitzenden beanspruchte. Diesen forderte jedoch auch der damalige stellvertretende Landesvorsitzende Udo Pastörs. Das führte schließlich dazu, dass Rieger doch nicht kandidierte.[51]

45 Vgl. Grumke/Wagner (FN 31), S. 301.
46 Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 40.
47 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 181.
48 Vgl. Netz-gegen-Nazis, Rudolf Heß, unter: http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/rudolf-hess (1. Dezember 2011).
49 Vgl. Röpke (FN 1), S. 90-93.
50 Vgl. Maegerle (FN 7), S. 181.
51 Robert Scholz, Die NPD-Bankenkrise – Rieger droht offenbar mit Entzug der Darlehen, in: Endstation rechts, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=691:die-npd-bankenkrise-%E2%80%93-rieger-droht-offenbar-mit-entzug-der-darlehen&Itemid=384 (27. Januar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rückblickend begründete Rieger sein Engagement für die NPD mit seinem festen Glauben an ihren Erfolg in zukünftigen Krisenzeiten und prognostizierte: „In dem Moment, wenn das Wasser bis zum Hals steht, dann greifen die [Wähler] zu diesem Rettungsanker."[52] Trotz seiner missglückten Kandidatur bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern entschied er sich für eine formelle Mitgliedschaft. Er trat im September 2006 in den NPD-Kreisverband Hamburg-Altona ein.[53] In der rechtsextremen Partei machte Rieger eine Blitzkarriere. So wurde er bereits im November 2006 in den Bundesvorstand der NPD gewählt. Die Wahl Riegers in den Parteivorstand war erst aufgrund der veränderten strategischen Ausrichtung der NPD unter dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Udo Voigt möglich geworden, unter dessen Führung es zu einer Radikalisierung und Modernisierung der Partei kam.[54] Sie kann als Teil der Volksfront-Strategie gelten, bei der selbst der äußerste rechte Rand, zu dem Rieger zählte, in die Gesamtbewegung eingebunden werden sollte.[55] Im Februar 2007 wurde er zum Landesvorsitzenden der Hamburger NPD gewählt. Seine Vorgängerin, die bis dahin einzige weibliche Landesvorsitzende Anja Zysk, war erst kurz zuvor nach einer parteiinternen Schmutzkampagne gegen sie zusammen mit dem gesamten Landesvorstand zurückgetreten. Bei der erneuten Wahl des Landesvorsitzenden unterlag sie Rieger dann deutlich, der vom Bundesvorstand der Partei unterstützt wurde.[56] Die Hamburger NPD erfuhr unter seiner Führung nach Erkenntnissen des dortigen Verfassungsschutzes eine „eindeutig neonazistische Prägung"[57], was an der Aufnahme von Mitgliedern aus der Kameradschaftsszene in den Landesvorstand deutlich wurde.[58] Rieger war der Überzeugung, seine Popularität künftig für Wahlerfolge nutzen zu können, weshalb er im Rahmen seiner Strategie für den Landesverband Hamburg Parteiplakate aufhängen ließ, die ihn

52 Jürgen Rieger im Interview mit dem Verfasser im Februar 2008. Die so gekennzeichneten Zitate entstammen einem Interview, das der Verfasser anlässlich einer Studie über die Strategie der NPD mit Jürgen Rieger geführt hat. Vgl. Robert Philippsberg, Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden 2009.

53 Vgl. Röpke (FN 1), S. 90.

54 Vgl. Uwe Backes/Hendrik Steglich, Wer ist wer in der NPD?, in: Dies. (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 401-413, hier: S. 413.

55 Vgl. ebd., S. 410.

56 Vgl. Christian Reinke, Ehemalige Landesvorsitzende von Hamburg tritt aus der NPD aus, in: Endstation rechts, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=3031:ehemalige-landesvorsitzende-von-hamburg-tritt-aus-der-npd-aus (7. Dezember 2011).

57 Verfassungsschutz Hamburg, Tod des Neonazis Jürgen Rieger, unter: http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/aktuelles/news-detailansicht/period/1257030000/2591999/archived/artikel/52/tod-des-neonazis-juergen-rieger.html (7. Dezember 2011).

58 Beispielhaft für diese Kooperation war die Tatsache, dass mit Torben Klebe ein Aktivist aus der verbotenen Kameradschaft Hamburger Sturm und dem ebenfalls verbotenen Neo-NS-Netzwerk Blood & Honour stellvertretender Landesvorsitzender in Hamburg war. Vgl. Jan Jetter, Hamburger NPD bleibt in der Hand von vorbestraften Kameradschaftern, in: ZEIT Online vom 3. Juni 2011, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/06/03/hamburger-npd-bleibt-in-hand-von-vorbestraften-kameradschaftern_6481 (7. Dezember 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bewusst großflächig abbildeten und auf denen der Schriftzug „Anwalt für Deutschland" zu lesen war.[59]

2008 sollte er jedoch auch außerhalb seiner rechtsextremen Aktivitäten in die Schlagzeilen kommen, als ihn die Gelegenheitsprostituierte Dagmar W., mit der Rieger zeitweise ein Verhältnis hatte, anzeigte. In der Nacht zum 12. Oktober 2007 soll er sie nach einem Streit körperlich misshandelt haben. Die dann folgende Auseinandersetzung zwischen Rieger und ihr zog sich über einen längeren Zeitraum hin und wurde in der Presse als „bizarrer Rosenkrieg" bezeichnet, der auch in rechtsextremen Kreisen verfolgt wurde und zumindest zeitweise seinem Ruf in der Szene schadete. Erst 2009 endete diese für Rieger eher peinliche Episode aus seinem Privatleben, als er im Gerichtsprozess wegen der vermeintlichen Körperverletzung freigesprochen wurde, da seine ehemalige Lebensgefährtin aufgrund exzessiven Alkoholkonsums nicht einmal mehr den Tatabend zeitlich einordnen konnte.[60]

Sein Aufstieg in der Parteihierarchie war ungeachtet dieser Vorkommnisse mit dem Vorsitz der Hamburger NPD und seiner Aufnahme in den Bundesvorstand noch nicht zu Ende. Es gelang ihm auf dem Bundesparteitag der NPD im Mai 2008 zu einem der Stellvertreter Udo Voigts gewählt zu werden, den er im innerparteilichen Machtkampf massiv unterstützte. Im April 2009 wurde Jürgen Rieger auf einem Sonderparteitag der NPD erneut in seinem Amt bestätigt.[61] In der NPD war er ein wichtiger Fürsprecher Voigts, der zu den Hardlinern in der rechtsextremen Partei zählte und sich um ein radikales Auftreten der Nationaldemokraten in der Öffentlichkeit bemühte. Die kompromisslose Agitation der Partei, die Voigt als „Deutschen Weg" bezeichnete und offen die Systemüberwindung als Ziel formulierte, trug unverkennbar Riegers Handschrift.[62] Die NPD sollte nach seinem Willen eine „Nischenfunktion" ausfüllen, die „Ausländerrückführung" propagieren und dezidiert kommunizieren, „dass jeder Cent, der an Steuern reinkommt, auch nur für Deutsche und deutsche Interessen ausgegeben wird, und nicht für Ausländer und ausländische Interessen", weshalb er sich auch gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr aussprach.[63] Rieger wandte sich jedoch gegen einen Anti-Islam-Kurs, wie er damals bereits von Teilen der NPD und den rechtspopulistischen Pro-Bürgerinitiativen[64] gefordert wurde. Er behauptete, nicht generell gegen den Islam zu sein, sondern

59 Jürgen Rieger im Interview mit dem Verfasser im Februar 2008 (FN 52).

60 Vgl. Hamburger Morgenpost online, Neonazi Rieger: Freispruch im Rosenkrieg, unter: http://www.mopo.de/news/vor-gericht-neonazi-rieger--freispruch-im-rosenkrieg,5066732,5277702.html (4. Dezember 2011).

61 Vgl. Verfassungsschutz Hamburg (FN 57).

62 Vgl. Robert Scholz, Auf dem „sächsischen Weg"? Holger Apfel wird Mitglied der NPD-Strategiekommission, in, Endstation Rechts, unter: http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4068:auf-dem-‘s%C3%A4chsischem-weg‘?-holger-apfel-wird-mitglied-der-npd-strategiekommission&Itemid=384 (15. Dezember 2011).

63 Philippsberg (FN 52).

64 Bei den Pro-Bürgerinitiativen handelt es sich um rechtsextreme Wählervereinigungen, die in verschiedenen Bundesländern und einzelnen Städten zu Wahlen antreten. Sie sind unter der Partei Bürgerbewe-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vertrat mit Blick auf die Muslime in Deutschland die Ansicht: „Die Leute gehören hier nicht her, und wir müssen sie zurückführen, und wenn wir sie zurückführen, dann erübrigt sich das Thema Moscheebau auch." Eine Zusammenarbeit mit den Pro-Initiativen, die für den bekennenden Heiden Rieger „eine dezidiert mit christlichem Hintergrund geschaffene Bewegung" darstellten, lehnte er prinzipiell ab. Seine negative Haltung stützte er auf eine rassistische Argumentation, indem er den Pro-Leuten vorwarf, dass diese das „Ausländerproblem" allein auf den Islam fokussierten und sich nicht dafür interessierten, dass „christliche Neger" ins Land kämen, obwohl diese zahlenmäßig den größten Anteil der dunkelhäutigen Personen aus Afrika darstellten und tendenziell ebenso mit Drogen handeln würden wie „ein muslimischer Neger […] oder Türke".[65]

Nach einem Finanzskandal um den ehemaligen NPD-Schatzmeister Erwin Kemna Anfang 2008 und nach anhaltenden Wahlniederlagen geriet der Bundesvorsitzende Voigt innerparteilich stark unter Druck. Der Vizevorsitzende Rieger setzte sich mehrfach öffentlich für Voigt ein und versorgte die Partei mit erheblichen Geldsummen.[66] Seine Unterstützung trug maßgeblich dazu bei, dass Voigt die Angriffe seiner innerparteilichen Konkurrenten erfolgreich abwehren konnte. Außerdem hatte Riegers Hilfe zur Folge,[67] dass die NPD nicht auf einen nach außen bürgerlicher wirkenden Kurs einschwenkte,[68] wie er von Voigts späterem Nachfolger Holger Apfel im Rahmen eines „sächsischen Weges" gefordert wurde.[69]

Am 24. Oktober 2009 befand sich Jürgen Rieger auf der Bundesvorstandssitzung der NPD in der Berliner Parteizentrale, bei der es um die Zukunft des parteieigenen Deutsche Stimme Verlags ging. In einer Sitzungspause am Nachmittag klagte Rieger plötzlich über Schmerzen und wurde mit dem Verdacht auf Schlaganfall umgehend ins nächstgelegene Krankenhaus gefahren. Riegers Zustand verschlechterte sich indes rapide, er fiel ins Koma und wurde noch am selben Tag für hirntot erklärt. Die lebenserhaltenden Maßnahmen wurden am Mittag des 29. Oktober eingestellt.[70]

Sein Tod sorgte in der rechtsextremen Szene für Fassungslosigkeit. Politische Weggefährten Riegers organisierten am 14. November in Wunsiedel einen „Trauermarsch", dem insgesamt 800 Rechtsextreme folgten.[71] Entgegen der Hoffnung der NPD begün-

gung Pro Deutschland organisatorisch vernetzt. Vgl. Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

65 Jürgen Rieger im Interview mit dem Verfasser im Februar 2008 (FN 52).

66 Vgl. Johannes Korge, Bei der NPD soll ein Kopf rollen, in: Spiegel Online, unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,796872,00.html (15. Dezember 2011).

67 Vgl. ebd.

68 Vgl. Scholz (FN 62).

69 Vgl. Publikative.Org, Sächsische NPD feiert „Erfolg für sächsischen Weg", unter: http://www.publikative.org/2010/01/17/strategie-npd-299/ (15. Dezember 2011).

70 Vgl. Wulff/Rose (FN 2), S. 37.

71 Vgl. Focus Online: NPD geht bei Rieger Erbe leer aus, unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/testament-npd-geht-bei-rieger-erbe-leer-aus_aid_451403.html (29. Dezember 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

stigte der wohlhabende Rieger in seinem Testament jedoch ausschließlich seine Familie, während die Partei, in der er bis zu seinem Ende wirkte, leer ausging. Über Riegers Hinterlassenschaften sollten seine Kinder verfügen, die nicht die politischen Ansichten ihres Vaters teilten und durch eine Bestattung ohne Grab verhinderten, dass dieses in Hamburg zu einem Wallfahrtsort für Rechtsextremisten hätte werden können.[72]

2. Würdigung

Jürgen Rieger war einer der bedeutendsten und prominentesten Persönlichkeiten im deutschen Rechtsextremismus. Diesen Status erlangte er durch seine zahlreichen Aktivitäten in verschiedenen Bereichen des politischen Spektrums. Hierzu zählen insbesondere seine anwaltliche Tätigkeit für Alt- und Neonationalsozialisten, seine hochrangigen Funktionen in rechtsextremen Vereinen, seine Immobiliengeschäfte, die er dank seiner hohen finanziellen Ressourcen zugunsten der Szene tätigen konnte, und nicht zuletzt seine Tätigkeit in der NPD. Seine politischen Wegefährten, aber auch die meisten seiner Gegner gestanden ihm ein rhetorisches Talent zu, das in zahlreichen seiner Gerichtsprozessen zur Geltung kam und ihn in rechtsextremen Kreisen zum gefragten Referenten machte. Rieger neigte, wie zahlreiche Beispiele und die Beschreibungen seines näheren Umfelds zeigten, zeitweise zu cholerischem Verhalten. Von seinen Mitstreitern wurde er als machtbewusst und belesen beschrieben.[73]

Seine Arbeit als Szene-Anwalt wurde in rechtsextremistischen und revisionistischen Kreisen geschätzt und machte ihn bundesweit bekannt. In den Gerichtsprozessen wandte er, wie andere Anwälte von Neonationalsozialisten auch, häufig eine Verschleppungstaktik an, bei der beispielsweise eine immense Anzahl an Zeugen vorgeladen werden sollte oder zahlreiche Befangenheitsanträge gegen den zuständigen Richter gestellt wurden.[74] Zur Verteidigung seiner Mandanten und als Forum für seine eigenen rechtsextremistischen Ansichten nahm er Anklagen wegen Volksverhetzung in Kauf, die teilweise zu seiner Verurteilung führten. Auch außerhalb seiner anwaltlichen Tätigkeit pflegte Rieger Kontakte zu militanten Organisationen, wie sein langjähriges Engagement für später verbotene Vereinigungen zeigte.

Die von ihm geleiteten Vereine ermöglichten es ihm, über Vorträge, Publikationen und andere Veranstaltungsformen sein rassistisches, antisemitisches und revisionistisches Gedankengut einem größeren Kreis zugänglich zu machen und dafür zu werben. Gleichzeitig nutzte sie Rieger, der im eigenen politischen Spektrum als Netzwerker galt,

72 Vgl. Jan-Eric Lindner, Rieger-Testament: Die NPD geht wohl leer aus, in: Hamburger Abendblatt Online, unter: http://www.abendblatt.de/hamburg/article1260293/Rieger-Testament-Die-NPD-geht-wohl-leer-aus.html (4. Januar 2012).

73 Vgl. die Aussagen seiner politischen Weggefährten, in: Wulff/Rose (FN 2).

74 Vgl. zur Verschleppungstaktik von Anwälten der rechtsextremen Szene: Jürgen Dahlkamp/Carsten Holm/Irina Repke, Furchtbare Advokaten, in: Der Spiegel 47/2000, S. 78-80.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

um bessere Verbindungen mit in- und ausländischen Rechtsextremisten zu knüpfen. Mit seinem millionenschweren Vermögen war er in der rechtsextremistischen Szene Deutschlands eine Ausnahmeerscheinung und besaß damit Möglichkeiten und Einflusspotenzial, das ihn deutlich von vergleichbaren Aktivisten seines Ranges unterschied. Durch zahlreiche Immobiliengeschäfte erreichte er, dass er trotz mehrfacher Niederlagen beim Kauf oder der Nutzungsberechtigung eines Objekts, zumindest einige Immobilien erwerben konnte, die teilweise jahrelang für rechtsextremistische Veranstaltungen genutzt wurden. Das erhöhte sein Ansehen in der Szene und machte ihn schwer ersetzbar, da Rechtsextremisten in Deutschland im Regelfall große Schwierigkeiten beim Kauf oder der Anmietung von Immobilien haben, wie die häufig erfolglosen Versuche der NPD bei der Raumüberlassung für einen Parteitag eindrucksvoll zeigen.

Durch Jürgen Riegers Eintritt in die NPD und seinen äußerst schnellen Aufstieg in der rechtsextremen Partei gelang es ihm, deren Kurs maßgeblich mitzugestalten. Von besonderer Relevanz für seinen Einfluss auf die inhaltliche Linie der Partei war dabei, dass er der finanziell schwachen NPD immer wieder Geld lieh und damit einige Wahlkämpfe ermöglichte, die ohne seine finanzielle Hilfe nur in wesentlich geringerem Umfang möglich gewesen wären. Innerparteilich war er der neonationalsozialistischen Strömung zuzuordnen und trat als einer ihrer prominentesten Wortführer „vehement für eine auch verbal [vorgetragene] kompromisslose Fundamentalopposition“[75] ein. Rieger war wegen seines radikalen Kurses, ebenso wegen seines Hangs zur Überheblichkeit in der Partei umstritten, weshalb er bei einigen hochrangigen Funktionären bis zuletzt auf Ablehnung stieß.

Ideologisch ähnelte seine Rassekunde den rassebiologischen Grundsätzen aus Schriften von Hans Friedrich Karl Günther, der einer der führenden Eugeniker der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus war. Dessen Rasseeinteilungen und eugenischen Forderungen finden sich in Riegers Schriften wieder.[76] Insbesondere Menschen schwarzer Hautfarbe widersprachen dabei seinem Rassebild, wie sich in vielen seiner Veröffentlichungen und Äußerungen zeigte. So sagte er beispielsweise über einen ehemaligen muslimischen Mandanten aus Mazedonien, dass dieser ihm tausendmal lieber sei als ein „christlicher Neger aus Kenia“.[77]

Auf religiösem Gebiet orientierte er sich am Heidentum, das in seiner Artgemeinschaft mit rassistischen Elementen verbunden wurde. Zugleich wandte er sich dezidiert gegen das Christentum, wie aus seinen zahlreichen Schriften über die Artgemeinschaft mehrfach hervorging.

75 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 90.

76 Vgl. für Ähnlichkeiten in diesen Bereichen z.B. Hans F.K. Günther, Der nordische Gedanke unter den Deutschen, 2. Aufl., München 1927; ders., Ritter, Tod und Teufel. Der heldische Gedanke, München 1928 und Jürgen Rieger, Rasse – Ein Problem auch für uns!, Hamburg 1969.

77 Jürgen Rieger im Interview mit dem Verfasser im Februar 2008 (FN 52).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Seine Verurteilungen wegen Volksverhetzung, sein kompromissloser Kurs innerhalb der NPD sowie seine rassistische und eugenische Agitation im Rahmen seiner Vereinstätigkeiten unterstrichen, dass er zu den Hardlinern im deutschen Rechtsextremismus zählte und eindeutig dem neonationalsozialistischen Spektrum zuzuordnen war.

Durch seine zahlreichen Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen des deutschen Rechtsextremismus und seine besonderen finanziellen Möglichkeiten, bedeutet sein Tod insgesamt eine Schwächung der Szene.

3. Literatur

Jürgen Rieger publizierte in seinem Leben sowohl unter seinem echten Namen als auch unter den Pseudonymen „Jürgen Riehl" und „Jörg Rieck" Monografien, Artikel und Aufsätze oder verfasste ein Vorwort für einen politischen Gesinnungsgenossen. Die meisten Bücher schrieb Rieger für die Artgemeinschaft, bei der er „Schriftleiter" der vereinseigenen *Nordischen Zeitung* war. Diese umfassten die Themen Geschichte[78], Sinn und Organisation von rituellen Festen[79], Glaubens- und Zielfragen der Artgemeinschaft[80] sowie die „Sittengesetze"[81] der heidnischen Glaubensgemeinschaft. Seine letzte Publikation, die er kurz vor seinem Tod abschloss und die posthum veröffentlicht wurde, widmete sich bezeichnenderweise dem Thema *Ahnenverehrung*.[82] In seinem Werk *Unser Wollen*, in dem die religiösen Grundsätze der Artgemeinschaft beschrieben werden, führte Rieger aus, dass sich seine heidnische Religion ausschließlich an Personen „unserer Menschenart"[83] richtet, denen nach seiner Auffassung Personen der „nordische[n] und fälische[n]"[84] Rasse zuzurechnen sind. Das Christentum sah er dagegen als „wesensfremde Religion", die „die Menschen unserer Rasse zu beeinflussen sucht"[85]. Bereits an diesem Beispiel wird deutlich, welchen zentralen Stellenwert für Rieger die Rassefrage einnahm, die er in den meisten seiner Bücher für die Artgemeinschaft an bestimmten Stellen thematisiert. Mit der Rassenthematik beschäftigte er sich bereits in *Rasse – Ein Problem auch für uns*, das er 1969 unter seinem Pseudonym „Jürgen Riehl" erstmals veröffentlicht hatte und das 1972 indiziert wurde. Ganz im Sinne des Rassismus führt er aus: „Deutschland hat durch Kelten, Römer, Slawen, Hugenotten und Juden sehr viel

78 Jürgen Rieger, Sachsenmord und Sachsenhain in Verden, 2.Aufl., Hamburg 2002.
79 Ders., Über Sinn und Gestaltung artgläubiger Feiern und Feste, Hamburg 2004.
80 Ders., Bekenntnis unserer Art, 3. Aufl., Hamburg 1991; ders., Von der christlichen Moral zu einer biologisch begründeten Ethik, Hamburg 2000; ders., Weg und Ziel der Artgemeinschaft GGG, Hamburg 2000; ders., Unser Wollen, Hamburg 2001.
81 Ders., Sittengesetz unserer Art, Hamburg 2003.
82 Ders., Ahnenverehrung. Weg zu einer irdischen Unsterblichkeit, Hamburg 2010.
83 Ders., Unser Wollen (FN 80), S.14.
84 Ebd., S.13.
85 Ebd., S.14.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fremdes Blut aufgenommen. Jede weitere Mischung wäre nicht mehr Vielfalt, sondern Chaos, nicht Bereicherung, sondern ein ungefügtes, regelloses Durcheinander.“[86] Daher rief Rieger zur „Rassentrennung“ auf und verlangte von der Bundesregierung, „die amerikanische Regierung [zu] bitten, keine farbigen Soldaten in Deutschland mehr einzusetzen, und bei der Vergabe von Stipendien für unsere Universitäten an ausländische Studenten eine sorgfältige Auswahl nach den Heimatländern [zu] treffen“.[87] Sein unverblümter Rassismus gipfelte schließlich in der Beschreibung seiner radikalen Rasseziele für Deutschland, die er sich folgendermaßen vorstellt: „Das Nahziel ist: keine weitere Vermischung; das Fernziel: Hinführung auf einen reinen Typos.“[88] Erreichen wollte Rieger dieses Ziel mit einer ebenso radikalen Vorgehensweise, dem Verbot der Mischehe, da er der Ansicht war, „dass dem Egoismus zweier Eheleute nicht das Gemeinwohl geopfert werden darf“.[89] Das rassistische Denken Riegers wurde an dieser Publikation besonders deutlich und offenbarte sich zusätzlich an seiner Einstellung gegenüber ‚Menschenliebe’ und ‚Gleichheit’“, die er darin als „irrationale Dogmen“[90] bezeichnete.

Unter dem Pseudonym „Jörg Rieck“ publizierte er 1981 in einem Sammelband von Pierre Krebs im rechtsextremen Grabert Verlag einen Aufsatz mit dem Titel „Zur Debatte der Vererblichkeit der Intelligenz“, der.[91] Darin forderte Rieger die Rassentrennung von schwarzen und weißen Kindern im Erziehungs- und Bildungssystem aus rasseerblichen Gründen und sprach sich gegen die Integration von ausländischen Kindern in deutsche Klassen aus. Zudem warnte er davor, dass sich „schwach begabte Gruppen“[92] schneller vermehren würden als intelligentere und forderte aus Gründen der Vererbung eine gleichgeartete Gattenwahl hinsichtlich der Intelligenz.[93] Jürgen Rieger veröffentlichte außerdem mehrere Artikel in der von der GfbAEV herausgegebenen Zeitschrift *Neue Anthropologie*. Darin schrieb er rassistische Beiträge, die insbesondere Menschen dunkler Hautfarbe herabwürdigten und in denen er eugenische Forderungen (z.B. Sterilisation und Ausmerzung) im Umgang mit „Minderwertigen“ aufstellte.[94]

In seiner Funktion als Rechtsanwalt publizierte Jürgen Rieger auch in der rechtsextremen Zeitschrift *Recht und Justiz*, in der seine antisemitische Grundhaltung zur Geltung kommt. So erklärte er in einem Aufsatz von 1982, dass die Glaubwürdigkeit von

86 Rieger (FN 76), S. 48.
87 Ebd., S. 49.
88 Ebd., S. 51.
89 Ebd., S. 30.
90 Ebd., S. 48.
91 Jörg Rieck, Zur Debatte der Vererblichkeit der Intelligenz, in: Pierre Krebs (Hrsg.), Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Tübingen 1981, S. 315-371.
92 Ebd., S. 369. Im Fall der USA zählte Rieger zu diesen Gruppen Schwarze (Afroamerikaner) und Puertoricaner (Hispanics).
93 Ebd., S. 364-371.
94 Vgl. den Aufsatz von Kirsten Knaack über Jürgen Riegers Beiträge in der Zeitschrift „Neue Anthropologie“ in: Kirsten Knaack, Die Hilfsschule im Nationalsozialismus, unter: http://www.hilfsschule-im-nationalsozialismus.de/seite-45.html (23. Dezember 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

jüdischen Zeugen in Prozessen um nationalsozialistische Gewaltverbrechen angezweifelt werden müsse – er führte dies unter anderem auf jüdische Religionsgrundsätze zurück.[95]

Zudem gab er das Buch *Funkenflug. Handbuch für nationale Aktivisten* unter seinem Pseudonym „Jürgen Riehl" heraus. Obwohl die Urheberschaft Riegers an dieser Publikation von seinen politischen Weggefährten bestritten wird,[96] weisen zahlreiche Indizien (insbesondere der Schreibstil sowie Art und Inhalt der Argumentation) auf ihn als Autor hin. Die Publikation ist als Handbuch angelegt und widmet sich politischen Ideologien (z.B. Liberalismus, Demokratie und Marxismus) sowie gesellschaftspolitischen Themen aus nationalistischer Sicht. Das Buch enthält einen praktischen Teil, in dem Szeneangehörigen Hinweise zum richtigen Verhalten bei verschiedenen Themenkomplexen (Gemeinschaft, Information, Planung und Sicherheit) und Tipps zum Umgang mit den Massenmedien gegeben werden. Darüber hinaus gibt es im Schlusskapitel einen Abschnitt, in dem Empfehlungen ausgesprochen werden, was gegen „Spitzel, Spalter und Provokateure"[97] in der eigenen Gruppe helfe.[98] Angemahnt wird in diesem Zusammenhang beispielsweise ein vorsichtiger Umgang von Aktivisten mit Journalisten und eine strenge Kandidatenprüfung potenzieller Bewerber für nationalistische Gruppen.[99] Der Herausgeber wollte neben diesen rein praktischen Aspekten die ideologische Festigung der rechtsextremen Szene bezwecken, indem den „Patrioten geistiges Rüstzeug" vermittelt werden sollte. Was darunter zu verstehen ist, offenbart sich dem Leser in dem Kapitel „Nationalstaat oder ‚bunte Republik'?", wo mit ethnopluralistischen und sozialdarwinistischen Argumenten für eine Trennung von Deutschen und Ausländern plädiert wird. Über den Multikulturalismus heißt es: „Multikulti ist folglich nichts anderes als psychologische Kriegsführung, ein semantischer Schwindel, mit dem ein Programm der Überfremdung und der Auflösung der Nationalstaaten verschleiert werden soll."[100]

Über Jürgen Rieger sind zahlreiche journalistische Beiträge erschienen, die sich insbesondere mit seiner anwaltlichen Tätigkeit und mit seinen Immobiliengeschäften auseinandersetzen. Unmittelbar nach seinem Tod wurden in den Print- und Onlinemedien biographische Texte veröffentlicht.[101] In der Wissenschaft sind über Rieger bislang ausschließlich Aufsätze in Sammelbänden erschienen oder seiner Person wurden Teilabschnitte von Beiträgen über den Rechtsextremismus gewidmet.[102] Meistens werden da-

95 Jürgen Rieger, Wie glaubwürdig sind Zeugen in NSG-Prozessen?, in: Recht und Justiz 3/1982, S. 15-22, hier: S. 20 f.

96 Diese Behauptung wird beispielsweise von Thomas Wulff und Detlev Rose in ihrem Sammelband erhoben, jedoch durch keinerlei Quellenangaben belegt. Vgl. hierzu Wulff/Rose (FN 2), S. 37.

97 Jürgen Riehl (Hrsg.), Funkenflug. Handbuch für Patrioten und Aktivisten, Riesa 2006. S. 202.

98 Vgl. ebd., S. 179-203.

99 Vgl. ebd., S. 197-203.

100 Ebd., S. 133.

101 Vgl. Röpke (FN 11).

102 Mecklenburg (FN 24), S. 513 f.; Maegerle (FN 7); Backes/Steglich (FN 54). S. 401-413, hier: S. 410; Christine Kröger (Red.), Rechtsabbieger. Die unterschätzte Gefahr. Neonazis in Niedersachsen,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bei wie bei den journalistischen Veröffentlichungen vor allem seine Rolle als Anwalt in der rechtsextremen Szene und seine Immobilientätigkeiten thematisiert. Mit seinem parteipolitischen Engagement für die NPD und seinem schnellen innerparteilichen Aufstieg rückte jedoch auch dieser Teilbereich in Riegers rechtsextremer Karriere stärker in das Zentrum der Beiträge über ihn. Ein Jahr nach Jürgen Riegers Tod erschien im Deutsche Stimme Verlag eine umfangreiche Biografie über ihn, die von seinen politischen Weggefährten Thomas Wulff und Detlef Rose herausgegeben wurde.[103] Das Buch ist in zwei Teilabschnitte gegliedert. Im ersten Teil wird Riegers Werdegang rekonstruiert, wobei insbesondere auf seine Rolle als Anwalt, als Organisator der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche, als Vorsitzender oder leitender Funktionär verschiedener Vereine und auf seine Tätigkeit in der NPD eingegangen wird. Der zweite Teil umfasst kurze Beiträge von Familienangehörigen, politischen Weggefährten, Freunden, Kollegen und des NPD-Landesverbandes Hamburg. Die Publikation will, wie die Herausgeber einräumen, keinen objektiven Blick auf das Leben Jürgen Riegers eröffnen, sondern eine Deutung seiner Biographie aus rechtsextremer Sichtweise, bei der seine Straftaten und seine Anklagen vor Gericht ebenso wie sein rassistisches Gedankengut billigend kommentiert werden.

Bremen 2008, S. 74 f.; Stephan Braun/Anton Maegerle, Rechtsanwälte der extremen Rechten, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009. S. 378-403, hier: S. 379-382.

103 Wulff/Rose (FN 2).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Länderporträt: Schweden

Von Jan Freitag und Tom Thieme

1. Darstellung

1.1. Einführung

Wer zeitgenössische Literatur nicht nur zur bloßen Unterhaltung liest, sondern diese zugleich als eine Art Spiegel der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit betrachtet, wird das Königreich Schweden als ein Land der fundamentalen Unterschiede erleben. Einerseits ist da die heile Welt von Pippi Langstrumpf und der Kinder aus Bullerbü in den Büchern Astrid Lindgrens, andererseits ein schaurig-düsteres Land in den Kriminalromanen Henning Mankells und Stieg Larssons. Doch gerade diese Gegensätze des „Schwedenbildes" in der literarischen Fiktion verzerren nicht, sondern spiegeln ziemlich exakt die politische Realität mit Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Extremismus in Schweden wider – ein Land der Weltoffenheit und Toleranz auf der einen, und eines gewaltbereit-militanten Rechtsextremismus sowie einer nicht minder schlagkräftigen linksextrem-antifaschistischen Bewegung auf der anderen Seite.

Die häufig als „Schwedisches Modell"[1] bezeichnete politische Kultur des Königreichs ist von Konsens und Ausgewogenheit geprägt. Statt gesellschaftlicher Polarisierung und Konflikte bestimmen Kompromisse, Integration und Pragmatismus die schwedische Öffentlichkeit. Die jahrzehntelange sozialdemokratische Dominanz im schwedischen Parteiensystem prägte eine soziokulturelle Hegemonie, die sich in einem Vollbeschäftigungskonsens und dem breiten Ausbau des Wohlfahrtsstaates ausdrückt. Die wohlfahrtsstaatliche schwedische Demokratie ruhte auf einer breiten Wählerunterstützung, seit den 1990er Jahren unterliegt dieser Zuspruch gewissen Schwankungen, die von einem abnehmenden Institutionenvertrauen begleitet werden.[2] Vor allem das Problem der Arbeitslosigkeit und die seit den 1970er Jahren bis heute anhaltende Einwanderung führten zur Desintegration bestimmter Bevölkerungsgruppen. Nutzte

1 Siehe zum „Schwedischen Modell" unter anderem Gunilla Rising Hintz (Hrsg.), Das schwedische Modell – Zukunfts- oder Auslaufmodell?, Marburg 1994; Sven Jochem, Konzentrierung und Parteienwettbewerb. Das schwedische Modell im Wandel, in: Ders. (Hrsg.), Konzentrierung, Verhandlungspolitik und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich, Opladen 2003, S. 271-310. Zur Kritik am „Schwedischen Modell" siehe Roland Huntford, Wohlfahrtsdiktatur: Das schwedische Modell, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1974.

2 Vgl. Oscar W. Gabriel, Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Ders./Sabine Kropp (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte, 3. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 181-214, hier: S. 193.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ersteres eher dem linken Flügel, profitierten von letzterem – allerdings weniger stark – die rechtsextremen Kräfte.

Die von Toleranz und Integration geprägte politische Kultur Schwedens fördert und hemmt den politischen Extremismus gleichermaßen. Gegenüber neuen sozialen Bewegungen ist die Gesellschaft aufgeschlossen. Deren demokratische Elemente werden integriert, extremistische dagegen marginalisiert, denn radikale Veränderungen oder gar antidemokratische Positionen sind nicht die Sache der schwedischen Mehrheitsgesellschaft. Umgekehrt schafft dies Gelegenheitsstrukturen, von denen gemäßigt auftretende Extremismen profitieren. Durch die mitunter als zu lasch kritisierte Auseinandersetzung der Volksparteien mit schwierigen Themen wie Einwanderung und Europäisierung entstehen gewisse Etablierungschancen für populistisch agierende und moderat auftretende systemfeindliche Parteien.

Weniger profitierten extremistische Parteien von der in Schweden ohnehin nur gering ausgeprägten Politikverdrossenheit. Die Wahlbeteiligung bei den Riksdagswahlen lag im Durchschnitt von 1970 bis 2010 bei 87,3 Prozent.[3] Die Besonderheiten des Wahlsystems[4] und die relativ vielfältigen politischen Kompetenzen auf lokaler Ebene begünstigen allerdings kleine und damit auch extremistische Parteien. Die Kommunen generieren und verwalten einen Großteil der Einnahmen des schwedischen Sozialstaates. Zugleich sind sie verantwortlich für die Organisation von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Altenpflege und Bildung. Damit besitzen die extremistischen Parteien gewisse Gestaltungsspielräume in ihren Hochburgen.[5] Durch die Berührungspunkte von lokaler und überregionaler Politik führt dies zu einem gestärkten Einfluss ihrer Vertreter auf der nationalstaatlichen Ebene, denn so haben sie die Gelegenheit, ihre regionale Verankerung voranzutreiben.

In Schweden existieren nur schwach ausgeprägte und zudem ungleiche Schutzvorkehrungen gegenüber den politischen Extremismen. Zwar ist es wie in allen EU-Staaten (theoretisch) möglich, die Tätigkeit nichtparteiförmiger Organisationen auf zivil- und strafrechtlicher Basis einzuschränken bzw. zu verbieten.[6] Allerdings stoßen die Gründung und die Betätigung extremistischer Parteien kaum auf staatliche Restriktionen. Ein mit dem deutschen Konzept der streitbaren Demokratie vergleichbares Modell und sei-

3 Vgl. Christian Steffen, Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Oskar Niedermeyer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 67-108, hier: S. 81.

4 Die Schweden wählen aller vier Jahre im September gleichzeitig ihre nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente. Es gilt auf nationaler Ebene eine Sperrklausel von vier Prozent, die allerdings außer Kraft tritt, wenn eine Partei in einem Wahlkreis mehr als zwölf Prozent der Stimmen erhält.

5 Das trifft vor allem auf die rechtsextremistischen Sverigedemokraterna (Schwedischen Demokraten) zu, die in den südschwedischen Regionen Skåne und Blekinge überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielten. Vgl. Ulla Ekström von Essen, Sverigedemokraterna i de svenska kommunerna 2002-2006. En studie av politisk aktivitet, strategi och mobilisering, Integrationsverket, Norrköping 2006, S. 144 f.

6 Vgl. ausführlich Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten im Vergleich, in: Dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 431-482, hier: S. 437-439.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nen wesentlichen Elementen der Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung existiert nicht. Seit dem Zweiten Weltkrieg existieren zwar formale Kriterien, die festlegen, wann eine Organisation verboten werden kann. In der Praxis wurden diese Vorgaben allerdings nie angewendet. Erst eine Reihe von Gewaltverbrechen neonationalsozialistischer Gruppierungen und das Aufkommen rechtsextremer Parteien zu Beginn der 1990er Jahre brachten neuen Schwung in die schwedische Anti-Extremismus-Diskussion.[7]

Da die starke Skepsis gegenüber Parteiverboten überwog, verabschiedete die schwedische Regierung stattdessen ein Gesetz zur Bekämpfung von „Rassenagitation gegen ethnische Gruppen". Danach sind z. B. nationalsozialistische Symbole und das Zeigen des Hitlergrußes strafbar. Jedoch bemängeln Befürworter einer harten Gangart gegenüber dem Rechtsextremismus, die Antidiskriminierungsgesetze kämen in Schweden selbst bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten (auch bei der Involvierung von Parteien) nur in Ausnahmefällen zur Anwendung.[8] Zudem richtet sich die Wehrhaftigkeit der schwedischen Demokratie nicht gegen alle Formen antidemokratischer Parteien, sondern ausschließlich gegen rechtsextreme. Gegenüber dem parteiförmigen Linksextremismus gibt es keine Vorkehrungen.

Ein antiextremistischer Konsens in Form einer lagerübergreifenden Ablehnung und Isolierung jeglicher extremistischer Ideologien und Organisationen existiert in Schweden folglich nicht. Die Sveriges Kommunistiska Parti (SKP) und ihre Nachfolgeorganisationen bilden im schwedischen Parteiensystem als Partner der Sozialdemokraten seit Jahrzehnten einen linken Block, während rechtsextremistische Kräfte gesellschaftlich weitgehend stigmatisiert sowie politisch isoliert sind und eine Zusammenarbeit mit den seit Anfang der 1990er Jahre aufkommenden rechtsextremen Parteien von allen gesellschaftlich relevanten Gruppen abgelehnt wird.

Obwohl sich die parlamentarisch vertretenen rechts- und linksextremistischen Parteien in ihrem Intensitätsgrad als jeweils weiche Extremismusformen kaum unterscheiden, verwehrten die etablierten Kräfte den rechtsextremistischen Parteien Ny Demokrati (Neue Demokratie; NyD) und Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten; SD) bislang jede Zusammenarbeit – auch auf der regionalen bzw. lokalen Ebene.[9] Linksextreme Kräfte gelangten dagegen mehrfach in die von Sozialdemokraten geführten Regierungskoalitionen.[10]

7 Siehe hierzu Silvia Seehafer, Strafrechtliche Reaktionen auf rechtsextremistisch/fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten – Das amerikanische „hate crime" Konzept und seine Übertragbarkeit auf das deutsche Rechtssystem, Dissertation, Berlin 2003, unter: http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/seehafer-silvia-2003-04-28/HTML/index.html (19. Mai 2012).

8 Vgl. Jan Freitag/Tom Thieme, Extremismus in Schweden, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 327-343, hier: S. 327 f.

9 Siehe im Einzelnen Olof Petersson, Svensk politik, Stockholm 2007.

10 Vgl. Anders Widfeldt, Sweden, in: Dieter Nohlen/Philip Stöver (Hrsg.), Elections in Europe. A Data Handbook, Baden-Baden 2010, S. 1841-1878.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1.2. Rechtsextremismus

1.2.1. Parteien

Wegen seiner Stabilität galt das schwedische Parteiensystem bis Ende der 1980er Jahre als „Paradebeispiel eines ‚eingefrorenen Parteiensystems'"[11]. Fünf Parteien dominierten sieben Jahrzehnte das politische Leben in Schweden, darunter die Kommunistische Partei, jedoch keine rechtsextreme Partei. Das änderte sich erstmals 1991. Die kurz zuvor gegründete Neue Demokratie erzielte bei den Wahlen zum Riksdag 6,7 Prozent. Im Wahlkampf hatte die Partei vor allem das Thema Migration besetzt. Zuwanderung wurde in Schweden bis Anfang der 1990er Jahre liberal gehandhabt und kaum öffentlich diskutiert. Doch mit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs" und dem starken Zustrom von Einwanderern aus dem postsowjetischen und postjugoslawischen Raum bekam die Diskussion eine neue Dynamik. Fast zwei Drittel der Schweden sprachen sich 1992 in einer Umfrage für die Reduzierung der Asylbewerberplätze aus und forderten niedrigere Zuwanderungsraten. Die Zustimmung für die NyD lag zwischenzeitlich bei über zehn Prozent.[12] Doch die verschärfte Einwanderungspolitik der sozialdemokratischen Regierung ab 1994 führte nicht nur zu massiver Kritik von Kommunisten, Liberalen und Grünen, sondern auch zum Sinken der Bedeutung des Einwanderungsthemas und damit geringeren Mobilisierungschancen für die Ny Demokrati. Begleitet von innerparteilichen Zerwürfnissen und Abspaltungen konnte die NyD ihren Erfolg drei Jahre später nicht wiederholen.[13] Sie erhielt 1994 nur 1,2 Prozent der Stimmen, 1998 waren es noch 0,2 Prozent (Tabelle 1). Vor den Wahlen 2002 löste sich die Partei auf.

Tabelle 1: Ergebnisse der rechtsextremen Parteien bei den schwedischen Parlamentswahlen seit 1991 (in Prozent)

	1991	1994	1998	2002	2006	2010
NyD	6,7	1,2	0,2	---	---	---
SD	0,0	0,2	0,4	1,4	2,9	5,7
ND	---	---	---	0,2	0,1	0,0
NSF	---	---	---	---	0,0	---

Quelle: Schwedische Wahlbehörde unter: http://www.val.se/ (Stand: 30. Mai 2012).

11 Vgl. Detlef Jahn, Das politische System Schwedens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 107-149, S. 122.

12 Vgl. Anders Widfeldt, The diversified approach. Swedish responses to the extreme right, in: Rodger Eatwell/Cas Mudde (Hrsg.), Western Demcracies and the New Extreme Right Challenge, London/New York 2004, S. 150-171, hier: S. 157.

13 Mit der Verfassungsreform im Zuge der Abschaffung des Zweikammernsystems wurde bei den Wahlen in Schweden 1970 eine dreijährige Legislaturperiode eingeführt. Seit 1994 wählen die Schweden wieder aller vier Jahre. Vgl. Ursula Degener, Die Abschaffung des Zweikammerreichstages in Schweden, in: Gisela Riescher/Sabine Ruß/Christoph M. Haas (Hrsg.), Zweite Kammern, 2. Aufl., München 2010, S. 487-504, hier: S. 499 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Schwedendemokraten waren bis 2002 eine marginale politische Kraft. Sie wurden 1988 aus verschiedenen neonationalsozialistischen und faschistischen Gruppierungen gegründet.[14] Mit dieser „historischen Hypothek" stieß die Partei bis 1998 auf wenig Zustimmung. Bei den drei nationalen Wahlen in den 1990er Jahren erhielt die SD jeweils deutlich unter einem Prozent der Wählerstimmen.[15] Dies änderte sich erst durch die programmatische Mäßigung der Partei und durch ihre Distanzierung vom Nationalsozialismus. Auch bei den Wahlen 2002 blieben die Sverigedemokraterna gesellschaftlich isoliert und mit 1,4 Prozent deutlich hinter ihren Erwartungen. Zwar wurde die Partei damit zur größten außerparlamentarischen Kraft und konnte in den nächsten Jahren weiter an Zuspruch gewinnen. Doch 2006 folgte die nächste Enttäuschung. Mit 2,9 Prozent verdoppelte die Partei ihr Ergebnis gegenüber den Wahlen von vor vier Jahren, verpasste aber erneut den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde. Auf kommunaler Ebene gewann die SD dagegen 277 Sitze in Gemeinderäten gegenüber 49 Mandaten 2002. Das bedeutete vor allem einen wichtigen ökonomischen Erfolg für die Partei, da sie erstmalig von der staatlichen Parteienfinanzierung profitierte, die sich nach der Anzahl der errungenen Sitze richtet.[16] Ihre verbesserte Finanzlage nutzte die SD für eine umfangreiche Kampagne zu den Europa- und Riksdagswahlen 2009 bzw. 2010. Das Ergebnis von 3,3 Prozent reichte für die Partei nicht zum Sprung ins Europaparlament, dafür gelang es ihr aber ein Jahr später, ins schwedische Abgeordnetenhaus einzuziehen. Vor allem mit einem scharfen Anti-Migrations-Kurs und dezidiert euroskeptischen Positionen hatte die SD im Wahlkampf gepunktet.

In Schweden existieren weitere marginale rechtsextreme Parteien, die bei Wahlen aber kaum reüssieren konnten. Die Nationaldemokraterna (Nationaldemokraten; ND) formierten sich im Jahr 2001 als Abspaltung von den Schwedendemokraten, da sie mit dem gemäßigteren Kurs der SD nicht einverstanden waren. 2002 erreichte sie 0,2 Prozent, vier Jahre später waren es weniger als 0,1 Prozent (3.064 Stimmen). 2010 verlor die Partei nochmals zwei Drittel ihrer Anhängerschaft und erzielte gerade 0,02 Prozent (1.141 Stimmen). Ähnlich bescheiden waren die Ergebnisse der Nationalsocialistisk Front (Nationalsozialistische Front; NSF). Sie konnte von ihrer Gründung 1994 an nie einen Sitz auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene gewinnen. Bei den Riksdagswahlen 2006 erzielte die Partei 1.417 Wählerstimmen (0,03 Prozent).[17] Am 22. Novem-

14 Vgl. Jens Rydgren, Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Bonn 2006, S. 165-190, hier: S. 183 f.

15 Siehe die Ergebnisse der extremistischen Parteien in Schweden hier und im Folgenden auf den Internetseiten der Schwedischen Wahlbehörde, unter: http://www.val.se/ (22. Mai 2012).

16 Politische Parteien erhalten vom Staat finanzielle Unterstützung, wenn sie im landesweiten Durchschnitt mehr als 2,5 Prozent der Stimmen bei den Riksdags-, Provinz- und Kommunalwahlen gewinnen. Vgl. Michael Koß, Staatliche Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Die Entwicklung der Finanzierungsregimes in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Frankreich, Wiesbaden 2008, S. 194-202.

17 Vgl. Schwedische Wahlbehörde (FN 15).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ber 2008 wurde die NSF aufgelöst und zugleich ihre Nachfolgeorganisation Folkfronten (Volksfront) gegründet. Folkfronten trat zu den Wahlen 2010 nicht an. Insgesamt und trotz des Parlamentseinzuges der SD hielten sich die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien im Vergleich zu Dänemark und Norwegen in engen Grenzen.

Zur Ideologie und Programmatik: In den meisten länderübergreifenden Untersuchungen zum Rechtsextremismus in Europa wird die Ny Demokrati als rechtsextremistische oder -radikale Partei klassifiziert.[18] Die Anwendung der Kriterien zur Bestimmung antidemokratischer Intensität zeigt allerdings, dass die NyD allenfalls eine weiche Extremismusform darstellte.[19] Zum einen fehlte es ihr an einer „klassisch" antidemokratischen Weltanschauung. Ihre Ideologie war eher als neoliberal denn nationalistisch zu beschreiben. Die beiden prominenten Gründer der Partei, der Industrielle Ian Wachtmeiser und der Freizeitparkbesitzer Bert Karlsson, verstanden sich als Anwälte des Mittelstandes gegenüber dem schwedischen Establishment, kritisierten die hohen Steuer- und Abgabenlasten für selbstständige Unternehmer und verorteten sich an der Seite der kleinen Leute gegen die übermächtigen Eliten im öffentlichen Sektor. Die Neue Demokratie war basisdemokratisch organisiert, was nach internen Streitigkeiten zu ihrem Niedergang führte.[20] Für militante Rechtsextremisten bot die NyD nie eine Heimat, denn die Partei stand in keiner Kontinuität zu den nationalistischen Bewegungen Schwedens der Vor- und Zwischenkriegszeit.

Für eine Klassifizierung der NyD als rechtsextremistische Partei sprechen hingegen manche Äußerungen ihrer Verantwortlichen zu den Themen Einwanderung und Asylrecht. Die Ny Demokrati verband ihre Kritik an der Immigrations- und Flüchtlingspolitik der schwedischen Regierungen mit Vorurteilen zu Ausländerkriminalität und „Sozialstaatsschmarotzern".[21] Zwar waren solche Inhalte nicht im Programm und in offiziellen Dokumenten der Partei zu finden, doch ihre Repräsentanten machten durch öffentliche Provokationen und zynische Äußerungen – zum Beispiel gegenüber politisch verfolgten Asylsuchenden aus Afrika – von sich Reden.[22] Ihre fehlende Glaubwürdigkeit wurde der Partei zum Verhängnis. Und obwohl die bürgerliche Minderheits-

18 Vgl. unter anderem Herbert Kitschelt, The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor 1995; Widfeldt (FN 12); Pippa Norris, Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market, New York 2005; Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, in: Ders. u. a. (FN 3); Gilles Ivaldi, The Populist Radical Right in European Elections 1979-2009, in: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012, S. 15-33.

19 Vgl. zur Typologie „harter" und „weicher" Extremismusformen Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: Dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-33.

20 Vgl. hier und im Folgenden Jens Rydgren, From Tax Populism to Ethnic Nationalism: Radical Right-wing Populism in Sweden, New York 2006.

21 Vgl. Anders Widfeldt, Scandinavia: Mixed success for the populist Right, in: Parliamentary Affairs 53 (2000), S. 468-500, hier: S. 495.

22 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

regierung unter Ministerpräsident Carl Bildt (1991-1994) die NyD nicht generell isolierte, blieb der Ny Demokrati wegen solcher Auftritte im schwedischen Parlament nur die Außenseiterrolle. Nach dem Rückzug des Parteivorsitzenden Ian Wachtmeiser im Februar 1994 brach die Unterstützung für die NyD vollends zusammen. Viele Mitglieder organisierten sich nach ihrem Zerfall bei der damals eindeutig rechtsextremen Partei Sverigedemokraterna (SD).

Während in der schwedischen Gesellschaft lange umstritten blieb, ob die NyD zumindest auf lokaler bzw. regionaler Ebene politisch eingebunden werden sollte, war und ist dies bei den Sverigedemokraterna anders. Als Bündnis- oder Koalitionspartner wird sie von allen Parteien im Riksdag abgelehnt. Lange schloss die Öffentlichkeit die Schwedendemokraten von den zentralen gesellschaftlichen Debatten des Landes aus. Der Partei wurden öffentliche Räume für Veranstaltungen verwehrt und Wahlveranstaltungen an Schulen und Universitäten verboten. Erst im Vorwahlkampf 2006 lockerte sich der Cordon sanitaire gegenüber der SD. Dies dürfte weniger an der zunehmenden Akzeptanz der Partei liegen, als vielmehr auf die Erkenntnis der demokratischen Parteien zurückzuführen sein, dass es am effektivsten sei, der SD in der öffentlichen Auseinandersetzung entgegenzutreten.

Die Sverigedemokraterna gingen als Nachfolger aus der Schwedischen Partei hervor, die wiederum 1986 nach der Fusion mehrerer rechtextremer Gruppierungen entstanden war. Ideologisch und organisatorisch war der Extremismus der SD bis Mitte der 1990er Jahre augenscheinlich. Die Partei bekannte sich offen zu antisemitischem Gedankengut und zur Rassenlehre der Nationalsozialisten. Sie trat für ein ethnisch homogenes Schweden und für die Rückführung aller Zuwanderer in ihre Heimatländer ein. Ihren Ausländerhass begründete die SD sowohl ethnozentrisch (mit der Besonder- und Überlegenheit der schwedischen Nation) als auch sozialdarwinistisch (als Gefahr für das schwedische Volk). „Schwedens Demokraten" waren in ihren 1990er Jahren durchsetzt von neonationalsozialistischen Extremisten.[23]

Mitte der 1990er Jahre begann für die Partei ein erster Mäßigungsprozess. Nach einer internen Finanzkrise kam es zum Wechsel an der SD-Spitze und Mikael Jansson, früher Politiker bei der demokratischen Zentrumspartei, übernahm den Parteivorsitz.[24] Unter seiner Führung wurde der extremistische Kurs der SD deutlich abgemildert, das Parteiprogramm entschärft und ein Uniformierungsverbot für ihre Aktivisten durchgesetzt. 1999 folgte die offizielle Distanzierung vom Nationalsozialismus, was zu großen parteiinternen Auseinandersetzungen führte. Die Gruppe der Hardliner um Anders Steen und Tor Paulsson verließ daraufhin die SD und gründete 2001 die Partei der Nationaldemokraterna.[25]

23 Vgl. Rydgren (FN 14), S. 183 f.

24 Siehe die Eigendarstellung der Parteigeschichte, unter: http://www.sverigedemokraterna.se/ (25. Mai 2012).

25 Vgl. Rydgren (FN 14), S. 184.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Programmatisch bedeutete die Mäßigung der SD nicht gleichermaßen ihre Demokratisierung. Die Partei änderte ihren Ton, nicht ihren Inhalt. Sie blieb ihren rassistischen Grundsätzen in den Parteiprogrammen von 2003 und 2011 treu. Als ihr Hauptziel bezeichnet die SD die Bewahrung der nationalen Identität Schwedens. Darunter verstehen die Schwedendemokraten die Einheit des schwedischen Volkes mit der schwedischen Kultur, welche durch die Zuwanderung fremder Kulturen verloren gehen würde (bzw. bereits verloren ging).[26] Nach Meinung der SD stellen Immigration, von den USA dominierter kultureller Imperialismus und die europäische Integration[27] die größten Gefahren für das so genannte „Schwedentum" dar. Dabei gerät die Partei in Widerspruch zu ihrer selbstverordneten Demokratisierungstaktik. Einerseits lehnt die Partei offiziell Rassismus ab und bekennt sich zur Demokratie sowie seit 2003 zur UN-Menschenrechtserklärung. Andererseits agitiert sie nach wie vor ausländerfeindlich. Im Wahlkampf 2010 veröffentlichte die SD einen Wahlwerbespot, in dem eine schwedische Rentnerin gegen eine Gruppe verhüllt dargestellter Frauen um staatliche Unterstützung ficht. Am Ende des Films heißt es: „Am 19. September (2010) können sie die ‚Einwandererbremse' ziehen und nicht die ‚Rentnerbremse'. Wählen sie die Schwedischen Demokraten."[28] Die SD vertritt – wie viele rechtsextreme Parteien in Europa – das Konzept des Ethnopluralismus.[29] Jedes Volk habe demnach das Recht auf einen souveränen, ethnisch homogenen Nationalstaat. Die schwedische Staatsbürgerschaft sei das Privileg der „richtigen" Schweden. Zwar spricht die Partei nicht mehr von der Rückführung zugewanderter schwedischer Staatsbürger, fordert aber deren vollständige Assimilation und die Aufgabe kultureller Eigenheiten und Traditionen. Im Grundsatzprogramm der SD heißt es: „Wir wollen eine multikulturelle Welt, keine multikulturelle Gesellschaft."[30] Schwedens Demokraten verstehen sich selbst nicht als Feinde, sondern als Behüter der schwedischen Demokratie, die von Asylbewerberströmen und proeuropäischen politischen Eliten bedroht werde.

Das Spannungsverhältnis von Legalitätstaktik und extremistischer Rhetorik setzte sich auch nach der Wahl des aktuellen Parteivorsitzenden Jimmie Åkesson (seit 2005) fort. Unter seiner Führung verstärkten die Schwedischen Demokraten ihre Bemühungen, ein respektableres Image aufzubauen.[31] Ihr 1979 geborener Spitzenpolitiker tritt in

26 Vgl. Sverigedemokraternas Principprogram, unter: http://www.sverigedemokraterna.se/ (8. Mai 2012).

27 Der SD-Vorsitzende Jimmie Åkesson bezeichnete die (überfällige) Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch den tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus am 3. November 2009 als schwärzesten Tag der europäischen Nachkriegsgeschichte. Vgl. http://www.sverigedemokraterna.se/ (8. Mai 2012).

28 Vgl. Wahlwerbefilm der Sverigedemokraterna, unter: http://www.youtube.com/watch?v= UwP-6Wa4On4A (25. Mai 2012).

29 Siehe zum Konzept des Ethnopluralismus Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004.

30 Sverigedemokraternas Principprogram (FN 26).

31 Dafür spricht die Änderung des Parteisymbols der SD im Jahre 2006. Die dem Symbol der französischen Front National nachempfundene brennende Fackel (mit einer schwedischen Fahne) wurde durch eine blaue Anemone ersetzt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

öffentlichen Debatten seriös und staatstragend auf. Außerdem versucht die Partei, Verbündete in der gesellschaftlichen Elite zu gewinnen. Mittlerweile zählen die Schwedischen Demokraten nach eigenen Angaben 3.000 Mitglieder. Allerdings gelingt es (bislang) den parlamentarischen Parteien, die SD effektiv zu isolieren. Die Partei befindet sich dadurch in einem Zwiespalt. Die Mäßigung der SD und ihre Annäherung an die politische Mitte untergraben die eigene Anti-Establishment-Haltung. Zudem werden intern die strategischen Veränderungen nicht von allen Mitgliedern wohlwollend aufgenommen, denn ein großer Teil der Parteibasis lehnt den Mäßigungskurs der Partei ab. Umgekehrt gerät eine Reihe von Führungsfiguren, welche schon in den 1990er Jahren aktiv war, in den Widerspruch zu ihrer eigenen (unaufgearbeiteten) Vergangenheit. Insgesamt spricht der Kurswechsel zwar für den Wandel der SD von einer harten zu einer weichen Extremismusform, doch wegen ihrer unverändert antidemokratischen ideologischen Grundlagen und den rechtsextremistischen Einstellungen an der Basis ist der Parteiname weiterhin ein Etikettenschwindel.

1.2.2. Nichtparteiförmiger Rechtsextremismus

Die im internationalen Vergleich eher schwachen und erfolglosen rechtsextremen Parteien in Schweden stehen im deutlichen Gegensatz zum Organisationsgrad und Aktivismus der nicht-parteiförmigen rechtsextremistischen Akteure. Zwar sind internationale Vergleichsstudien zu Mitgliedschaften in militanten Vereinigungen und zu rassistisch motivierter Gewalt vorsichtig zu interpretieren, denn die jeweils national festgelegten Kriterien, was als extremistisch gilt, variieren stark. Im schwedischen Fall sprechen die Daten jedoch für sich: Seit den 1990er Jahren wurden zahlreiche schwere Gewaltverbrechen mit politischem und rassistischem Hintergrund von Mitgliedern neonationalsozialistischer Vereinigungen verübt,[32] allein sieben Morde im Jahr 1995. Im Herbst 1999 wurde der prominente schwedische Gewerkschaftler Björn Söderberg von drei Neonationalsozialisten getötet.[33] Unter den kleineren EU-Staaten führt Schweden die Statistiken zu rassistischer bzw. ausländerländerfeindlicher Kriminalität mit großem Abstand an. Nach Angaben der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) werden seit 2000 jährlich mehr als 2.300 Straftaten offiziell registriert – ein europäischer Höchstwert hinter den ungleich bevölkerungsreicheren Staaten Deutschland und Großbritannien.[34] 2010 tötete ein Heckenschütze in der südschwedischen Stadt Malmö eine

32 Der schwedische Journalist und Schriftsteller Stieg Larsson erhielt wegen seiner Veröffentlichungen und Recherchen über die schwedische NS-Szene bis zu seinem Tod 2004 Morddrohungen und stand unter dauerhaftem Polizeischutz.

33 Vgl. Widfeldt (FN 12), S. 162 f.

34 Nach der Erhebung lag Schweden 2007 mit 2813 rassistischen Verbrechen deutlich vor den fünf- bzw. viermal so großen Staaten Frankreich (707) und Polen (238). Die Ergebnisse erhärten allerdings methodische Zweifel am komparativen Vorgehen der Studie. Vgl. European Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Annual Report 2009, S. 25, unter: http://fra.europa.eu/fraWebsite/home/home_en.htm (25. Mai 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

junge Frau, die sich in Begleitung eines dunkelhäutigen Mannes befand, und er verübte ein Dutzend weiterer Anschläge auf Personen mit Migrationshintergrund. Bereits in den Jahren 1991/1992 hatte ein von den schwedischen Medien als „Lasermann" bezeichneter Attentäter in Stockholm und Uppsala einen Zuwanderer erschossen und weitere zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Etwa 3.000 bis 5.000 Personen werden in Schweden dem militanten Rechtsextremismus zugerechnet.[35] Für diese relativ hohe Zahl an Aktivisten sprechen die Kundenverzeichnisse von rechtsextremen Versandhäusern und White-Power-Shops, die registrierten Nutzer einschlägiger Internetforen sowie die Besucherzahlen bei Konzerten einschlägiger Bands. Unter der Sammelbezeichnung Nationale Bewegung vereinigen sich Mitglieder verschiedener Gruppierungen, z. B. Folkfronten, die Nordiska Förbundet (Nordische Vereinigung) und die Svenska Motståndsrörelsen (Schwedische Widerstandsbewegung).[36] Die personellen Übergänge zum parteiförmigen Rechtsextremismus sind fließend; allerdings weniger zur Sverigedemokraterna, die in neonationalsozialistischen Kreisen mittlerweile als Systempartei gilt. Bis zur Auflösung der Jugendorganisation der SD 2006, der Nationell Ungdom (Nationalen Jugend) existierten enge Verbindungen zwischen neonationalistischen Kreisen und der SD. Doch die einstigen Mitglieder der Nationalen Jugend organisieren sich heute vor allem in der neonationalsozialistischen Svenska Motståndsrörelsen.[37] Zudem dürften wegen der losen Parteibindungen von NSF und Folkfronten Doppelmitgliedschaften in den Parteien und in regionalen Vereinigungen üblich sein.

Ideologisch unterscheiden sich die Gruppen des militanten schwedischen Rechtsextremismus kaum.[38] Je nach Ausrichtung berufen sie sich entweder stärker auf das Vorbild des deutschen Nationalsozialismus oder eher auf einen schwedischen bzw. skandinavischen Nationalismus mit Ursprüngen in der nordischen Mythologie. Nur wenige Schweden hatten während der NS-Zeit das Dritte Reich unterstützt, und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war der Nationalsozialismus wie überall in Europa diskreditiert. Dennoch finden die ideologischen Grundlagen der Nationalsozialisten im militantrechtsextremistischen Spektrum Schwedens unverändert großen Zuspruch, vor allem die Rassenlehre Hitlers.[39] In den Vorstellungen der meisten Anhänger der Nationalen

35 Vgl. Heléne Lööw, Country Report Sweden, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe, Gütersloh 2009, S. 425-462, hier: S. 436.

36 Bei der Schwedischen Widerstandsbewegung und der Nationalsozialistischen Front handelt es sich um Nachfolgeorganisationen bzw. Abspaltungen des schwedischen Ablegers der in den USA gegründeten White Aryian Resistance (Vitt Ariskt Motstånd). Siehe hierzu Stieg Larsson/Mikael Ekman, Sverigedemokraterna. Den nationella rörelsen, Stockholm 2001.

37 Vgl. Jean-Yves, Neo-Nazism in Europe, in: Backes/Moreau (FN 18), S. 231-241, hier: S. 237.

38 Siehe hier und im Folgenden die Internetseiten der neonationalsozialistischen Vereinigungen Schwedens, unter: http://www.nordiskaforbundet.se/; http://www.kampboden.se/index.html; http://www.folkfronten.nu/ (14. Mai 2012).

39 Organisatorisch sind die militanten rechtsextremistischen Vereinigungen in Schweden eng mit den dänischen, norwegischen und deutschen neonationalsozialistischen Gruppierungen verbunden.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bewegung gibt es für Nicht-Arier bzw. Nicht-Skandinavier keinen Platz in der schwedischen Volksgemeinschaft. Die Ideologie von einer Überlegenheit der arisch-nordischen Rasse wird mit einer gefühlten Bedrohung durch Zuwanderer bzw. mit der Angst vor Überfremdung verbunden und politisch instrumentalisiert. Als Hauptgegner werden überwiegend nicht (mehr) die europäischen Nationen bzw. das jüdische Volk ausgemacht, sondern der Islam gilt – wie bei den rechtsextremen Parteien – heute als größte Bedrohung des Nordens. Überfremdung und Übervölkerung durch die Muslime würden die schwedische Kultur und Rasse auslöschen, so sei der Widerstand gegen die biologische Vernichtung der skandinavischen Völker mit allen verfügbaren Mitteln zu führen. Im Gegensatz zu den eher fragwürdigen Kausalbeziehungen zwischen rechtspopulistischen Flügelparteien und dem Terroristen und Massenmörder Anders Breivik, sind die ideologischen und argumentativen Übereinstimmungen zwischen dessen „Manifest" und den Verlautbarungen der schwedischen Neonationalsozialisten nicht von der Hand zu weisen.

1.3. Linksextremismus

1.3.1. Parteien

Die bedeutendste Partei links der Sozialdemokratie in Schweden ist die Vänsterpartiet (Vereinte Linkspartei; VP). Sie ist die Nachfolgeorganisation der Schwedischen Sveriges Kommunistiska Parti (Kommunistischen Partei; SKP) und gilt heute allenfalls als linksextremistische Partei weichen Typs. Mit der Umbenennung in Vänsterpartiet Kommunisterna (Linkspartei der Kommunisten; VPK) 1967 distanzierte sich die Partei vom Stalinismus und schlug eine eurokommunistische Richtung ein.[40] 1990 wurde eine zweite wichtige innerparteiliche Reform in Angriff genommen. Die Partei beschloss mit überwältigender Mehrheit ein demokratisches Grundsatzprogramm. Forderungen im klassischen marxistisch-leninistischen Duktus nach einer „Revolution und Diktatur des Proletariats" wurden aufgegeben.

Allerdings kam die Namensänderung in Linkspartei nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von drei Stimmen zustande. Vor allem der Verzicht auf den Begriff „Kommunismus" führte in den folgenden Jahren zu langwierigen innerparteilichen Auseinandersetzungen.[41] Die Partei hatte sich von einer kommunistischen Kaderpartei zu einer basisdemokratischen Organisation gewandelt. Seit 1990 verfügt sie über eine konstante Mitgliederbasis von etwa 10.000 Parteigängern.[42]

40 Vgl. Tim Spier/Clemens Wirries, Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Westeuropa, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden 2007, S. 71-116, hier: S. 81.

41 Vgl. ebd.

42 Vgl. zur Mitgliederentwicklung der VP seit 1980 Svante Ersson, Post-Communism and Leftist Parties in two Scandinavian Countries after 1989 – The Cases of Denmark and Sweden, in: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), Communist and Postcommunist Parties in Europe, Göttingen 2008, S. 141-166.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Detlef Jahn bewertet die VP seit dem Abschluss ihrer Transformation als ökologische und linksliberale Partei.[43] Durch die Wahl Gudrun Schymans zur Parteivorsitzenden 1993 erhielten die Modernisierer in der Partei deutlich größere Gestaltungsspielräume. Es kam zur (Wieder-)Annäherung an die Sozialdemokraten. Offiziell proklamiert(e) die Linkspartei eine „sozialistische Marktwirtschaft".[44] Unter Führung der Frauenrechtlerin Schyman versuchte die VP, feministische und ökologische Themen aufzunehmen. Sie verfolgte in den 1990er Jahren einen gemäßigt rot-grünen Kurs mit Schwerpunkten auf sozialpolitischen Themen. Dies habe nach Spier/Wirries zu einer elektoralen Nischenbildung geführt, bei der sich die Grünen rechts und die VP links der Sozialdemokratie eingerichtet hätten.[45] In ihrem aktuellen Parteiprogramm von 2008 bezeichnet sich die Linkspartei selbst als sozialistische und feministische Partei.[46]

Der Namens- und Kurswechsel (besser: die Kurskorrektur) der Partei zahlte sich bei den Wahlen aus. Nachdem die VP bei den nationalen Wahlen 1991 und 1994 mit 4,5 bzw. 6,2 Prozent etwa im Bereich ihrer Ergebnisse nach Kriegsende gelegen hatte, erzielte sie 1998 das Rekordergebnis von 12,0 Prozent. Die VP verdankte ihren Erfolg vor allem der schwedischen Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren und der Popularität ihrer Vorsitzenden. Doch durch die Verwicklung in einen Steuerskandal und den Rücktritt Schymans im Jahr 2003 sanken die Zustimmungsraten für die VP.

Danach vollzog die VP teilweise eine Abkehr von ihrer Mäßigungsstrategie. Der erneute Kurswechsel ging vor allem auf den Vorsitzenden Lars Ohly, einen damals überzeugten Kommunisten, zurück. Seit seinem Amtsantritt sanken nicht nur die Zustimmungsraten für die Linkspartei, auch eine Vielzahl gemäßigter Politiker des sozialdemokratischen Flügels trat aus der VP aus.[47] 2010 zog Ohly sein Bekenntnis zum Kommunismus zurück und versuchte, mit Pragmatismus an die Wahlerfolge der Schyman-Ära anzuknüpfen. Dies misslang und die VP verlor weiter an Zustimmung. Nach 8,3 Prozent 2002 war die Linkspartei bei den Riksdagswahlen 2006 mit 5,8 Prozent (22 Parlamentssitze) auf ihr Nachkriegsniveau zurückgekehrt.[48] Bei der Parlamentswahl 2010 verlor die VP weiter – obgleich geringfügig – an Zustimmung. Sie büßte 0,2 Prozentpunkte gegenüber 2006 ein und erreichte mit 5,6 Prozent 19 Mandate im

43 Vgl. Jahn (FN 11), S. 125.

44 Vgl. David Arter, „Communist we are no longer, Social Democrats we can never be". The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 18 (2002) 3, S. 1-28, hier: S. 17.

45 Vgl. Spier/Wirries (FN 40), S. 85.

46 Vgl. Parteiprogramm der Linkspartei, beschlossen auf dem 37. Kongress vom 6. bis 8. Juni 2008, unter: http://www.vansterpartiet.se (8. Juni 2012).

47 Diesem Trend folgte auch die ehemalige Vorsitzende Gudrun Schyman, die 2004 aus der VP austrat und im Frühjahr 2005 die Partei Feministiskt Initiativ (Feministische Initiative) gründete. Siehe hierzu unter: http://www.feministisktinitiativ.se/ (10. Juni 2012).

48 Vgl. ebd., S. 126.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schwedischen Riksdag.[49] Seit Januar 2012 ist Jonas Sjöstedt, ein gemäßigter Linker, Parteivorsitzender.[50]

Obwohl die Linkspartei einen langwierigen Wandlungsprozess durchlief und ihre einstige Antisystemhaltung aufgegeben hat, lassen sich der VP dennoch antidemokratische Tendenzen nachweisen, die für eine weiche Extremismusform sprechen. Zum einen vertrat die Partei bis zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages 2009 eine harte bzw. eine fundamental euroskeptische Position. Die sicherheitspolitische und ökonomische Konzeption der Europäischen Union sei eine Gefahr für die schwedische Souveränität und ein Risiko für die Entwicklung Europas und der Welt – Schwedens Austritt aus der EU die einzige Alternative.[51] Zum anderen vertreten nicht nur marginale Kräfte in der VP antidemokratische Positionen. Einige Äußerungen des früheren Parteichefs Ohly sind klar als linksextrem zu bewerten. So erklärte er, Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte seien im Interesse der Arbeiterklasse gelegentlich notwendig.[52] Gegen den Verzicht auf den Namenszusatz kommunistisch gab es heftigen innerparteilichen Widerstand. Jenny Lindahl Persson, die Vorsitzende des VP-Jugendverbandes Junge Linke (Ung Vänster), erklärte 2000, dass „die Jugend die intellektuelle Integrität der sich kommunistisch nennenden Parteimitglieder der opportunistischen Anpassung an moderne Trends vorziehe".[53]

Im Gegensatz zur VP stellen die Kommunistiska Partiet (Kommunistische Partei; KP) und die Sveriges Kommunistiska Parti (Schwedische Kommunistische Partei; SKP) eindeutig linksextremistische Organisationen dar. Beide Parteien gingen aus den Vorläufern der heutigen Linkspartei hervor. 1995 wurde die SKP nach mehreren Umformierungen und Abspaltungen wiederbegründet. Die KP entstand 2005 aus der Kommunistischen Partei des Marxismus-Leninismus (KPML), die sich wiederum 1970 von der VPK-Hauptströmung gelöst hatte.[54] KP und SKP stehen im Gegensatz zu vielen (zumindest teilweise) reformierten (post-)kommunistischen Parteien in Europa inhaltlich für ihre Namen – sie sind ideologisch-programmatisch orthodoxe kommunistische Parteien. Die weltpolitische Zäsur 1989/90 scheint an den Kommunisten vorübergegangen zu sein – ihr Weltbild ist nach wie vor von Vorstellungen und Kategorien des Kalten Krieges geprägt. Obwohl die KP eher trotzkistische Wurzeln hat und die SKP dagegen eine stalinistische Partei darstellt, unterscheiden sich die beiden Parteien programmatisch

49 Vgl. Schwedische Wahlbehörde, unter: http://www.val.se (1. Juni 2012).
50 Vgl. die Internetpräsenz der VP, unter: http://www.vansterpartiet.se (1. Juni 2012).
51 Vgl. Nicholas Aylott, Softer but Strong: Euroscepticism and Party Politics in Sweden, in: Aleks Szczerbiak/ Paul Taggart (Hrsg.), Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Band 2: Case Studies and Country Surveys, Oxford/New York 2008, S. 181-200, hier: S. 189.
52 Vgl. Spier/Wirries (FN 40), S. 86.
53 Vgl. Arter (FN 44), S. 17.
54 Vgl. Svante Ersson, Kommunismus und linke Strömungen in Skandinavien nach 1989: Niedergang, Wiederbelebung oder Schwankungen ohne zugrundeliegende Tendenz, in: Patrick Moreau u.a. (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation, Landsberg am Lech 1998, S. 423-452, hier: S. 438.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kaum: Sie fordern die Abschaffung des demokratisch-marktwirtschaftlichen Systems und die Errichtung eines kommunistischen schwedischen Staates unter marxistisch-leninistischen Maßstäben.[55] Beide Parteien propagieren (noch immer) eine sozialistische Gesellschaft nach dem ehemals realexistierenden sowjetischen bzw. ostmitteleuropäischen Vorbild. Sie unterhalten enge Beziehungen zu anderen kommunistisch-linksextremistischen Parteien und Organisationen in Europa, unter anderem zur ebenfalls „hart" linksextremen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).[56] KP und SKP begründen mit der Ablehnung des Kapitalismus auch ihre fundamentale Anti-EU-Haltung. Die Europäische Union gilt ihnen als undemokratisches Werkzeug eines amerikanisch dominierten Imperialismus.[57] Keine der Parteien konnte bisher bei Wahlen reüssieren. 2010 verpassten sie einen Parlamentseinzug deutlich. Die SKP erzielte landesweit 375 Stimmen (0,01 Prozent), die KP erreichte in einer Wahlallianz unter der Bezeichnung Kommunistischer Verbund ganze 26 Stimmen.[58]

Tabelle 2: Ergebnisse der linksextremen Parteien bei den schwedischen Parlamentswahlen seit 1991 (in Prozent)

	1991	1994	1998	2002	2006	2010
VP*	4,5	6,2	12,0	8,4	5,8	5,6
SKP**	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
KP[2]	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

* Seit 1993 nicht mehr als extremistisch einzuschätzen.
** In wechselnden Formationen und Bezeichnungen.

Quelle: Schwedische Wahlbehörde unter: http://www.val.se/ (Stand: 1. Juni 2012).

Summa summarum haben kommunistische, de facto also linksextremistische Einflüsse in der schwedischen Politik und Gesellschaft an Bedeutung verloren. Der Kern der VP ist nicht mehr kommunistisch. Die orthodoxen Hardliner der KP und der SKP sind weitgehend marginalisiert und fristen ein politisches Schattendasein. Die SKP kann sich gegenüber der gemäßigteren linken Sammlungspartei und vor dem Hintergrund eines breiten gesellschaftlichen Konsenses über sozial- und wohlfahrtsstaatliche Leistungen mit ihren radikalen Forderungen kaum profilieren. Das „Neue" an der als „Neue Linke" bezeichneten VP zeigt sich nicht nur in der programmatischen Erweiterung um Themen wie freiheitliche Bürgerrechte, Feminismus und Umweltschutz, sondern auch in der veränderten soziostrukturellen Verankerung der Partei. So spricht die VP nicht mehr nur

55 Vgl. Kommunistiska Partiet, Detta vill kommunisterna. Kommunistiska Partiets program och stadgar, Kongress 2008, unter: http://www.kommunistiskapartiet.org (1. Juni 2012).
56 Vgl. http://www.skp.se/ (1. Juni 2012).
57 Vgl. Partiprogram för Svergies Kommunistiska Parti, unter: http://www.skp.se (1. Juni 2012).
58 Vgl. http://www.val.se (9. Juni 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Arbeiter an, sondern vielmehr den linksliberalen urbanen Mittelstand mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau und höherem Einkommen.[59] Eine grundlegende Systemveränderung erwartet weder das Gros der VP-Mitglieder noch wünscht es die Mehrzahl ihrer Wähler.

1.3.2. Nichtparteiförmiger Linksextremismus

Anfang der 1990er Jahre formierte sich als Reaktion auf die Entstehung gewaltbereiter neonationalsozialistischer Gruppen ein nicht minder militanter autonomer Linksextremismus. Dessen Anhänger organisieren sich in losen Gruppierungen, u.a. in der Antifascistik Aktion (AFA), in der Revolutionära Fronten (RF) sowie in den Jungendorganisationen der linksextremen Parteien, wie der Revolutionär Kommunistisk Ungdom (Revolutionäre Kommunistische Jugend) und den Ungsocialisterna (Jungsozialisten). Auf offizielle Mitgliedschaften verzichten viele dieser Gruppen, bzw. weisen sie nur schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen auf. Der 1993 gegründete schwedische Ableger der AFA ist das bekannteste dieser Netzwerke. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss mehrerer autonomer Gruppen, darunter elf lokale und zwei überregionale Vereinigungen.[60]

Die AFA versteht sich als internationale Bewegung und unterhält Strukturen in einigen Staaten Westeuropas, zum Beispiel in Deutschland und in den Niederlanden. Ihr schwedischer Ableger machte in den vergangenen Jahren immer wieder durch gewaltsame Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Gruppierungen auf sich aufmerksam. Der Aktionismus der Gruppe umfasst sowohl offizielle Gegendemonstrationen als auch Versuche, Treffen von Neonationalsozialisten zu stören bzw. zu zerschlagen. Selbst gezielte Operationen gegen Mitglieder der Skinheadszene sind bekannt. Illegale Aktionen und die Anwendung von Gewalt proklamiert die Antifascistik Aktion als legitime Mittel.[61] Demnach dürften Neonationalsozialisten kein Gewaltmonopol besitzen, sondern die AFA müsse selbst paramilitärische Methoden einsetzen, um sich und ihre Veranstaltungen vor militanten Rechtsextremisten zu schützen.

Der antirechtsextremistische Konsens in Schweden begünstigt die AFA. Zwar wird der Kampf gegen den Rechtsextremismus mit gewalttätigen Mitteln weitgehend abgelehnt, als extremistisch gilt dies für die Mehrheit der schwedischen Gesellschaft jedoch nicht. Den Antifaschismus nutzt das Netzwerk als Deckmantel, um seine eindeutige Antisystemhaltung zu verbergen. Es bekennt sich in seinen Dokumenten zu einer fundamental oppositionellen Haltung gegenüber der „imperialistischen Klassengesellschaft“ und fordert die Zerschlagung des Kapitalismus mit paramilitärischen Mitteln.

59 Vgl. Steffen (FN 3), S. 79.

60 Vgl. zur Organisation und den Aktionen der lokalen AFA-Gruppen, unter: http://www.antifa.se (1. Juni 2012).

61 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die AFA organisierte während des EU-Gipfels 2001 in Göteborg Proteste von über 25.000 Globalisierungsgegnern, welche von heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei überschattet wurden.[62]

Zwischen der AFA und den kleineren linksextremistischen Gruppierungen in Schweden besteht ideologisch-programmatisch ein weitgehender Konsens: Einerseits kämpfen sie gegen den Rechtsextremismus, andererseits gegen das als neoliberal bezeichnete kapitalistische Wirtschaftssystem.[63] Die Unterschiede innerhalb des linksextremen Lagers sind gering. Es lassen sich – grob differenziert – globalisierungsfeindliche, antikapitalistische und antifaschistische Gruppierungen unterscheiden. „Klassische" linksextremistische Forderungen wie die Internationalisierung der Arbeiterbewegung und die Abschaffung der EU finden ebenfalls Eingang. Diese Gruppen sind eng mit der alternativen schwedischen Jugend verbunden und distanzieren sich im Gegensatz zu den orthodoxen kommunistischen Parteien von einem Gesellschaftsmodell nach realsozialistischem Vorbild und dem Stalinismus. Die Revolution des Proletariats dürfe nicht in einer neuerlichen Diktatur enden, sondern müsse einen demokratischen Sozialismus schaffen.

2. Würdigung

Parteiförmiger Extremismus spielt in Schweden seit 1990 keine nennenswerte Rolle. Dieses Ergebnis mag verwundern, da die Gelegenheitsstrukturen zur Etablierung antidemokratischer Politik vor allem in den 1990er Jahren durchaus günstig waren. Schwedens Links- und/oder Rechtsextremisten profitierten jedoch weder von der wachsenden Arbeitslosigkeit und den Einschnitten in die schwedischen Sozialsysteme während der wirtschaftlichen Krisenjahre noch von der im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Einwanderung. Die Frage nach den Ursachen für den Misserfolg extremistischer Parteien lässt sich am ehesten mit den speziellen Ausprägungen der politischen Kultur Schwedens erklären. Durch die bis zum „Schwedischen Schicksalsjahr" 1809 zurückreichende demokratische Tradition zeigt sich die Gesellschaft immunisiert gegenüber den kommunistischen und nationalistischen Großideologien des so genannten „kurzen Jahrhunderts"[64]. Die parlamentarische Demokratie konnte – trotz zweier Weltkriege – weitgehend reibungslos und ohne Rückschläge überleben. Und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich am breiten demokratischen Konsens der schwedischen Gesellschaft nichts verändert. Totalitarismus und Diktatur waren und sind nicht die

62 Vgl. Widfeldt (FN 12), S. 167.

63 Vgl hier und im Folgenden die Internetseiten der linksextremistischen Vereinigungen Schwedens, unter: http://www.antifa.se/; http://www.revfront.org/; http://www.ungsocialisterna.se/ (1. Juni 2012).

64 So Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 9. Aufl., München 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sache der Schweden. Wer im größten skandinavischen Land heute offen die Systemfrage stellt, hat keine Chancen, über marginale Stimmenanteile bei Wahlen hinauszukommen.

Anders sieht es beim Umgang mit so genannten weichen bzw. semiloyalen[65] extremistischen Parteien aus. Hier unterscheiden sich die gesellschaftlichen Strategien gegenüber dem Links- und dem Rechtsextremismus deutlich. Bezüglich der Schwedischen Kommunistischen Partei und ihrer Nachfolgeorganisationen setz(t)en die demokratischen Kräfte Schwedens auf eine Taktik der Mäßigung durch Einbindung. Die wegen ihrer Regierungsbeteiligungen zum Pragmatismus gezwungene SKP hatte sich spätestens durch die Delegitimierung kommunistischer Ideen 1989/90 von eben diesen verabschiedet. Schwedens Linkspartei ist – abgesehen von manch traditionell-folkloristischen Überbleibseln, wie die stets zu Beginn einer Legislaturperiode geforderte Abschaffung der Monarchie – heute als eindeutig demokratische Partei einzuschätzen. Selbst die jahrzehntelange fundamentale EU-Ablehnung der VP ist seit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages einem eher immanent-kritischen Kurs gewichen. Dem Rechtsextremismus wird dagegen mit einer gesamtgesellschaftlichen Ausgrenzungsstrategie begegnet. Weder gelang es seinen „weichen" Vertretern, im politischen System Schwedens Fuß zu fassen, noch konnten diese ihre Themen entscheidend in die gesellschaftlichen Diskurse des Landes integrieren. Obwohl die Schwedischen Demokraten in der Wählergunst seit 1998 konstant zulegen konnten (wenngleich auf niedrigem Niveau), spricht momentan wenig für die dauerhafte Verankerung des Rechtsextremismus im schwedischen Parteiensystem.

Die naheliegende Schlussfolgerung, der größtenteils marginalisierte und überwiegend weiche parteipolitische Extremismus in Schweden bedeute damit eine relativ geringe Gefahr für die schwedische Demokratie, trifft nur teilweise zu. Denn die Kriterien zur Bestimmung extremistischer Intensität sind nicht identisch mit jenen zur Einschätzung antidemokratischer Gefährdungspotenziale. Hinsichtlich solcher Merkmale wie Bündnispolitik, Wahlerfolge, Koalitionspolitik und Akzeptanz bei den Medien[66] mag der Befund zutreffen: Auf allen diesen Feldern kann die isolierte rechtsextreme SD weit weniger Erfolge vorweisen, als sie in ihrer notorischen Selbstüberschätzung glauben machen will. Die Linkspartei musste sich dagegen von ihrem ideologischen Ballast trennen, um weiter eine (gewisse) Rolle bei der politischen Willensbildung zu spielen. Der Erfolg der Doppelstrategie – Ausgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus, Mäßigung durch Integration des Linksextremismus – ist aus normativ demokratietheoretischer Position nicht zu leugnen.

Doch die „erzwungene" Mäßigung der extremistischen Parteien hinterlässt in Schweden – abseits des breiten gesellschaftlichen Konsenses und jenseits der extremistischen

65 Siehe die Differenzierung in loyale, semiloyale und disloyale Kräfte bei Juan J. Linz, The Breakdown of Democratic Regimes: Crises, Breakdown and Reequiliberation, Baltimore 1978.

66 Vgl. Jesse/Thieme (FN 19), S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteien – ein starkes Spektrum militant-gewaltbereiter Gruppierungen. Wer für die Risikoanalyse der schwedischen Demokratie in erster Linie das Kriterium der Gewaltfrage zugrunde legt, wird den Befund vom extremismusfreien Schweden korrigieren müssen. Die Anzahl der Anschläge neonationalsozialistischer Vereinigungen und ihrer Aktivisten ist im europäischen Maßstab überdurchschnittlich hoch. Zahlreiche Gewaltverbrechen mit politischem Hintergrund werden der gut organisierten skandinavischen Skinheadbewegung in Schweden zugerechnet oder auf Einzeltäter zurückgeführt, wobei die Grenzen fließend sind.

Die Gegenreaktion der traditionell starken antifaschistischen Gruppen führt nicht nur zu einer Aufschaukelung der Gewalt, sondern richtet sich auch gegen die Akteure des weichen Rechtsextremismus. Eine Spirale gegenseitiger Vorwürfe von fehlender Distanzierung gegenüber militanten Kreisen des eigenen Lagers reicht somit bis in die parteipolitische Ebene der Auseinandersetzung hinein. Wenngleich der Druck auf die Konsenskultur Schwedens unter derlei Spannungen wächst, wird die Demokratie in ihren Grundfesten davon nicht erschüttert. Im Gegenteil: Die Tragödie um den 77-fachen Mord im Sommer 2011 durch den rechtsextremen Attentäter Anders Breivik hat im historisch und kulturell mit Norwegen eng verbundenen Nachbarland zu einer Solidaritäts- und Unterstützungswelle der weltoffenen politischen Kulturen in Skandinavien geführt. „Ihr bestimmt nicht, wie wir zu leben haben", lautete die einhellige Reaktion der Schweden. Die rechtsextreme SD hat seither deutlich an Zuspruch verloren. Und auch wenn kein direkter Kausalzusammenhang zwischen den latent ausländerfeindlichen Positionen der Sverigedemokraterna und der Bluttat Breiviks existiert, sollten neben den demokratischen Vertretern die Verantwortlichen der Parteien an den Rändern des politischen Spektrums die Gelegenheit nutzen, ihre Demokratiefähigkeit zu beweisen und eine klare Distanzierung von jedweder politisch-motivierten Gewalt zum Ausdruck bringen.

3. Literatur

Schweden ist ein relativ unerschlossenes Feld der vergleichenden Extremismusforschung. Das liegt einerseits an der geringen Bedeutung antidemokratischer Parteien, andererseits an der unterschiedlichen gesellschaftlichen Wahrnehmung der einzelnen Extremismusphänomene. Während der Rechtsextremismus gesellschaftlich stigmatisiert und politisch isoliert ist, gelten linksextremistische Bestrebungen in Schweden nicht als antidemokratisch. Der Unterschied spiegelt sich in der Anzahl an wissenschaftlichen Veröffentlichungen wider. Ähnlich wie beim Übergewicht an Untersuchungen zu rechten[67]

67 Vgl. u.a. Pierre Blaise/Patrick Moreau (Hrsg.), Extrême Droite et National-Populisme en Europe de l'ouest, Brüssel 2004; Piero Ignazi, Extrem Right Parties in Western Europe, Oxford/New York 2003; Cas Mudde, The Ideology of the Extreme Right, Manchester/New York 2000; ders. (Hrsg.), Racist extremism in Central and Eastern Europe, London 2005; Sabrina P. Ramet (Hrsg.), The Radical Right

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gegenüber linken[68] Extremismusformen in Europa liegen zum schwedischen Rechtsextremismus eine Reihe aktueller Studien vor, was nicht in gleichem Maße für den Linksextremismus gilt. Dieser wird – wenn überhaupt – nicht als Spielart des Extremismus, sondern vielmehr im Zusammenhang mit kommunistischen bzw. postkommunistischen Bestrebungen wahrgenommen. Vergleiche sind selten. Während zahlreiche Publikationen das politische System, die Zivilgesellschaft und die Besonderheiten der politischen Kultur Schwedens umfassend beleuchten, spielt die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Extremismen nur eine Nebenrolle.[69] Eine umfassende vergleichende Darstellung zum schwedischen Extremismus existiert nicht.[70]

Schwedische Autoren widmen sich vorrangig den rechtsextremistischen und -populistischen Parteien. Die empirischen Untersuchungen von Ulla Ekström von Essen[71], Jens Rydgren[72] und Anders Widfeldt[73] zeichnen zwar ein detailreiches Bild der Organisation, Wählerschaft und Programmatik der Rechtsaußenparteien, vor allem der Sverigedemokraterna, die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit taucht dabei jedoch allenfalls am Rande auf. Zu den wenigen Studien, die den Rechtsextremismus aus normativer Perspektive betrachten, zählt der Beitrag von Heléne Lööw[74]. Allerdings beschränkt sich ihre Untersuchung auf rechtsextremistische Phänomene. Zum nichtparteiförmigen militanten Rechtsextremismus sind vor allem die Analysen von Widfeldt und Lööw erwähnenswert.[75] Dagegen mangelt es an Arbeiten zum nichtparteiförmigen Linksextremismus und an vergleichenden Studien zu den gewaltbereiten militanten Szenen.

Die Linksaußenparteien, vor allem die VP, werden zwar in den meisten Darstellungen des schwedischen Regierungs- und Parteiensystems behandelt, allerdings entsprechend ihrer politischen Relevanz nur kurz und zudem nicht aus normativer Perspektive betrachtet. David Arter[76] zeigt vornehmlich den Wandel der alten Kommunisten in Richtung demokratische Linkspartei auf, während Svante Ersson[77] die verschiedenen

in Central and Eastern Europe since 1989, Pennsylvania 1999; Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ‚Mitte'?, Baden-Baden 2011.

68 Vgl. Backes/Moreau (FN 42); Joan Botella/Luis Ramiro (Hrsg.), The crisis of Communism and Party Change. The evolution of West European Communist and Post-Communist Parties, Barcelona 2003; András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe, New York 2002; Gerhard Hirscher (Hrsg.), Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa. Ausgewählte Fallstudien, München 2000; Moreau u. a. (FN 54).

69 Sven Jochem, Die Politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012; Jahn (FN 11), S. 107-149; Christian Steffen (FN 3), S. 67-108.

70 Vgl. als Überblick Freitag/Thieme (FN 8).

71 Vgl. Ekström von Essen (FN 5).

72 Vgl. Rydgren (FN 14 und 20).

73 Vgl. Widfeldt (FN 21).

74 Lööw (FN 35) S. 425-462.

75 Vgl. ebd.; Widfeldt (FN 12).

76 Arter (FN 44).

77 Ersson (FN 54).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

linksextremen Strömungen hinsichtlich ihrer Ideologien und Programmatiken untersucht. Daneben existieren weitere, jüngere Studien über die schwedische VP wie die von Henning Süssner[78] aus einem Sammelband der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu linken Parteien in Europa. Tim Spier und Clemens Wirries widmen sich der schwedischen Linkspartei im Rahmen ihrer vergleichenden Untersuchung der Linksparteien in Westeuropa.[79]

78 Henning Süssner, Schweden – Langer Marsch in die Koalition, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildesbrandt (Hrsg.), Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzen, Berlin 2009, S. 66-77.

79 Spier/Wirries (FN 40).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenporträt: RotFuchs

Von Christian Nestler

1. Darstellung

Die Monatsschrift *RotFuchs*[1] (RF) erschien erstmals im Februar 1998 als Kleinzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Im Selbstverständnis ordnete sie sich der DKP-Ortsgruppe Berlin-Nordost zu. Diese wurde auch als Herausgeber benannt. Vorsitzender der Gruppe, Chefredakteur und „Verantwortlicher im Sinne des Presserechts" (V. i. S. d. P.) ist bis heute Dr. Klaus Steiniger (Jg. 1932).[2] Das Aktionsgebiet wurde zunächst mit den Bezirken Pankow, Weißensee, Hohenschönhausen, Wedding, Reinickendorf, Marzahn und Hellersdorf angegeben. Mitarbeiter waren Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der DKP.[3] Die Zeitung wollte über die Gruppe und ihre Aktivitäten berichten. Bereits in der ersten Wortmeldung verwies die Redaktion auf die „beschränkten finanziellen Mittel" und bat um „Spenden, auch in Form von Briefmarken".[4] Die Bitte um weitere Unterstützung wurde am Ende des ersten Jahres mit einem Dank an alle bisherigen „ideellen" und „materiellen" Unterstützer erneuert, vor allem mit Blick auf den gewachsenen Interessentenkreis, der die territoriale Ausdehnung der Gruppe mittlerweile übersteige.[5] Die Appelle an „diejenigen, die vielleicht ein kleines Polster besitzen"[6], finden sich in zahlreichen Ausgaben, häufig in Form von Gesuchen um Solidarität: „Aus Anlaß des 50. Gründungstages der DDR, deren weiterwirkendem Vermächtnis wir unbe-

1 Der Begriff „Rotfuchs" findet sich im Duden zur Bezeichnung des so benannten Tiers. Nachstehend gibt es noch folgenden Hinweis: „ugs. auch für rothaariger Mensch". Die Zeitung schafft die Abgrenzung zu dem Fuchs im Wald und dem „Rotschopf" durch die Verwendung einer Binnenmajuskel: RotFuchs. Zur Bedeutung des Namens gibt es keine dezidierten Erklärungen der Redaktion. Die intendierte Parallele zum Rotfuchs findet sich in dessen Eigenschaften. Er gilt als der größte und am weitesten verbreitete der echten Füchse. Im Unterschied zu anderen Füchsen hat er die Fähigkeit, sich schnell an neue Lebensbedingungen anzupassen; anders als viele seiner Artverwandten gilt er nicht als vom Aussterben bedroht. Der Bezug zu den „positiven", durch den Volksmund zugeschriebenen Eigenschaften findet sich in der Zeitschrift durchaus wieder. Vom „eigenen Kessel" und dem „angestammten Revier" ist zu lesen. Schwierigen Situationen sei mit „Spürsinn und taktischer Klugheit" zu begegnen. Vgl. Klaus Steiniger, Neuer Bau für den „RotFuchs", in: RF-43, S. 1. Eine weitere Möglichkeit wäre die Anlehnung des Namens an die von der DKP eingerichtete Kette von Leihbüchereien für die grundlegende Literatur der Bewegung, die nach der Bibliothekarin und durch die Nationalsozialisten verfolgte KPDlerin Elli Fuchs benannt wurde. Die Farbe Rot bedarf keiner eigenen Erklärung.

2 Impressum, in: RF-1, S. 8.

3 Vgl. Die Redaktion, In eigener Sache, in: RF-4, S. 4.

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. Die Redaktion, „RotFuchs" braucht Nestwärme, in: RF-11, S. 6; Verläßliche „RotFuchs"-Familie, in: RF-11, S. 6.

6 Die Redaktion, Überlebenshilfe, in: RF-19, S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

irrbar verbunden sind, [sei] einmal zusätzlich an den ‚RotFuchs' [zu] denken".[7] Der hohe Anteil an Leserbriefen in den ersten Jahren wurde als Würdigung all jener kleinen und großen Spender, die das Überleben der Zeitung sichern, eingerichtet. Seit der Dezemberausgabe 2002 – RF-59 – befinden diese sich auf den Seiten 29 bis 31. Bei wachsendem Leserkreis lässt dies den Schluss zu, dass sich die finanzielle Situation stabilisiert hat. Ein weiterer Hinweis hierfür ist die Tatsache, dass zwar in regelmäßigen Abständen um eine Spende für die „Solidargemeinschaft" gebeten wird, aber der Ton dieser Bitten weniger eindringlich-emotional anmutet als zuvor.

Der Mitbegründer der Zeitung Klaus Steiniger schrieb, dass ihm die Idee für das Blatt während eines Krankenhausaufenthalts gekommen sei. Die Zeitung sollte „dem gegnerischen Angriff die Stirn bieten, Positives aus der DDR bewahren und in die Zukunft weisen".[8] Neben dem verantwortlichen Redakteur Steiniger bildete sich bereits im Verlauf des ersten Jahres ein Stamm von ständigen Mitarbeitern heraus. Sie besorgten neben den administrativen Aufgaben den größten Teil der Beiträge.[9] Zu den ständigen Autoren gehörten unter anderen Götz Dieckmann, Gerhard Feldbauer, Peter Hacks, Dieter Noll, Horst Schneider, Karl-Eduard von Schnitzler und Bruni Steiniger.

Die vorwiegend theoretische Orientierung des Blattes und die strenge marxistisch-leninistische Ausrichtung bringen der Zeitung von Beginn an viel Lob unter den „revolutionären Kräften" der deutschen Linken ein. Doch entgegen der eigenen Erwartung erfreuten sie sich nicht immer der vollen Unterstützung durch die DKP. Das Parteiorgan *Unsere Zeit* (UZ) nahm den RF kaum zur Kenntnis. Kernproblem war die unterschiedliche Zielstellung bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Ausrichtung der DKP nach der Wiedervereinigung.[10] „Was uns betrifft", das betonte Feldbauer im Namen des *RotFuchs*, "so werden wir die kommunistische Streitkultur im Sinne der Klassiker auch künftig beibehalten. Sie geht davon aus, daß es in ideologischen Fragen keine Kompromisse gibt. Sie können weder durch Abstimmungen noch durch Mehrheiten entschieden werden."[11] Vor diesem Hintergrund lief die tatsächlich steigende Bedeutung des *RotFuchs* konträr zur Parteimeinung der DKP, die sich trotz aller Vorwürfe an politischen Interessen und Mehrheitsfähigkeit – im Sinne einer "Volksfront" – orientiert. Die DKP erwies sich dabei nicht in der Lage, den „Nerv" der alten Genossen aus der DDR zu treffen.[12]

Aus Anlass der Berichterstattung zum 15. Parteitag der DKP im Jahr 2000 schrieb der Parteivorsitzende Heinz Stehr einen Brief an den Vorstand der Gruppe Berlin-Nord-

7 Ebd.
8 Klaus Steiniger, Mit spitzer Schnauze, in: RF-120, S. 1.
9 Vgl. Die Redaktion, Wir über uns, in: RF-14, S. 23.
10 Vgl. Gerhard Feldbauer, Bilanz und Ausblick, in: RF-24, S. 2.
11 Ebd.
12 Vgl. Eckhard Jesse, Die Deutsche Kommunistische Partei und ihr Verhältnis zur PDS, in: Gerhard Hirscher/ Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 82-92, hier: S. 84 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ost. In diesem stellte er fest, dass deren „Art der Berichterstattung über den 15. Parteitag […] keinen erkennbaren Beitrag zur notwendigen weiteren Stärkung der DKP“[13] leiste. Weiterhin wies er darauf hin, dass er bereits Gespräche mit potenziellen Parteimitgliedern führen musste, die den RF als Grund für den Nichteintritt in die DKP angaben. Abschließend fragte er, „ob es nicht sinnvoll ist, daß die Zeitung ‚RotFuchs‘ als eine Zeitung eines Autorenkollektivs herausgegeben wird. Es ist keine DKP-Kleinzeitung. Dies nicht (nur) wegen des überregionalen Charakters der Artikel oder der nicht oder kaum vorhandenen Widerspiegelung von Problemen der Menschen in und um Berlin, sondern auch, weil die Zeitung einen Standpunkt widerspiegelt, der sich kritisch zur beschlossenen Politik der DKP definiert.“[14] Mit der Enttäuschung über die ausbleibende Würdigung der Zeitung rückte die Frage der zukünftigen Herausgeberschaft in den Fokus. Diese stand für die Gruppe Nordost zu diesem Zeitpunkt nicht zur Debatte, da sie nach eigenen Aussagen die „Forderungen des Statuts und der Normen der innerparteilichen Demokratie“[15] wahrten.

Insbesondere durch die „11 Forderungen“ der DKP-Ortsgruppe Berlin-Nordost wurde die Trennung von der Gesamtpartei jedoch forciert. Die Forderungen sind aus „Anregungen“ beim 15. Parteitag[16] der DKP entstanden. Unter anderem hatte der Vorsitzende der Partei zugegeben, dass „die spezifische politische Herausforderung“ in Ostdeutschland bisher unzureichend analysiert und dementsprechend die Politik nicht an den Bedürfnissen dieser Klientel ausgerichtet worden sei.[17] Bereits die Eingangsbemerkung zu den „Forderungen“ machte deutlich, wieso die DKP diese nicht mittragen konnte. „Die am 3. Oktober 1990 von der BRD annektierte DDR ist heute ein durch westdeutsche Sonderbeamte überwachtes halbkoloniales Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit zerstörter Industrie, eingeschränkter Landwirtschaft und geschmähter Kultur.“[18] In der Reflexion auf den Widerhall, den die „11 Forderungen“ in der DKP auslöste, resümierte Bruni Steiniger, die ehemalige Vizevorstandsvorsitzende der DKP, der „Alleingang“ habe die DKP keinesfalls der „Lächerlichkeit“ preisgeben und die Behauptung, „man wolle die DDR wiederhaben“, sei absurd. Hierfür, so Bruni Steiniger, hätte die „Eigentumsfrage“ einbezogen werden müssen. Doch dies sei „in der Tat illusionär und revolutionaristisch“ und bleibe der „Zukunft vorbehalten“.[19]

Schließlich zog die Redaktion die Konsequenz aus diesen Querelen und beschloss, sich auf eigene Füße zu stellen. Am 27. Juli 2001 wurde der *RotFuchs*-Förderverein

13 Heinz Stehr, Eine Meinung zum „RotFuchs“, in: RF-31, S. 20.
14 Ebd.
15 Vorstand der Gruppe Nordost, Stellungnahme, in: RF-31, S. 20.
16 Dieser fand im Juni 2000 statt, die „Forderungen“ wurden erst im November desselben Jahres gedruckt. Daher scheinen die Forderungen zu einem guten Stück auf die Kritik der Parteivorsitzenden am RotFuchs zurückzugehen.
17 Vgl. Wortmeldung nach Duisburg, in: RF-34, S. 2.
18 DKP Berlin Nordost, 11 Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland, in: RF-34, S. 1.
19 Bruni Steiniger, Flugblätter in Frankfurt, in: RF-35, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

e. V. gegründet.[20] Der *RotFuchs* selbst brachte in der ersten Ausgabe nach Gründung des Vereins einen „profilschärfenden" Seite-eins-Artikel. In diesem schreibt Klaus Steiniger über die Zeitung: „Sein scharfes marxistisch-leninistisches Profil wird von Freund und Feind wahrgenommen, stellt doch dieses Blatt in der Presselandschaft des imperialistischen Deutschlands, wo es an wirklich Linken arg mangelt, mehr als eine Seltenheit dar."[21] Damit lieferte der Chefredakteur einen Beleg dafür, dass die Trennung von der DKP seines Erachtens alternativlos war, weil die kommunistische Partei von der „wahren" Lehre abgewichen sei. In einem Rückblick zu Beginn des Jahres 2002 schrieb Steiniger über die Trennung: „Widrige Umstände – nicht zuletzt der mangelnde Durchblick von Funktionären […] – zwangen uns im Juni 2001, die Zeitung von der DKP abzukoppeln und als parteiunabhängig […] erscheinen zu lassen."[22]

Die Strukturveränderung lässt sich am Kopfbogen der Zeitung nachvollziehen. Dort stand bis zur Ausgabe 41 „Zeitung der Gruppe Berlin Nord-Ost der Deutschen Kommunistischen Partei", mit der der Ausgabe 42 wechselte dieser Untertitel zu „Begründet von der Gruppe Berlin Nord-Ost der Deutschen Kommunistischen Partei". Für die Dauer von drei Ausgaben avancierte Klaus Steiniger zum Herausgeber und Chefredakteur. Nach der Etablierung des Fördervereins übernahm dieser die Herausgeberschaft, und der Untertitel wurde zu dem bis heute bestehenden Slogan geändert: „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland".

Die für die Vereinsgründung notwendige Satzung wurde im Gründungsprotokoll mitbeschlossen, die Übergangsversion bis zum 4. November 2001 ausgearbeitet und in der heute aktuellen Form auf der Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2005 verabschiedet.[23] Zu den Zielen heißt es darin (§ 2):[24]

1. Die Tätigkeit des Vereins zielt darauf, seine Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden. Er fördert die Analyse aktueller und historischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse sowie deren Verbreitung. Der Verein unterstützt alle der Völkerverständigung dienenden Bestrebungen. Im Rahmen seiner Bildungsarbeit bekämpft er rassistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und ist dem Antifaschismus verpflichtet. Er pflegt das humanistische Kulturerbe und vertritt die Gleichberechtigung von Mann und Frau.
2. Zur Verbreitung seiner Zielsetzungen gibt der Verein die Monatszeitschrift „RotFuchs" – Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur – heraus und fördert ihr regelmäßiges Erscheinen. Als Foren des Meinungsaustausches führt er außerdem öffentliche Bildungsveranstaltungen wie Seminare, Kolloquien, Konferenzen und

20 Protokoll über die Gründung des „RotFuchs" Fördervereins e. V. unter: http://www.rotfuchs.net/Verein/Dok/Satzung/Protokoll.htm (12. Juli 2011).
21 Klaus Steiniger, Neuer Bau für den „RotFuchs", in: RF-43, S. 1.
22 Ders., Ins fünfte Jahr, in: RF-48, S. 1.
23 Vgl. „RotFuchs"-Förderverein e. V., Satzung, Berlin 2001, S. 7.
24 Ebd., S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

andere Zusammenkünfte durch. Der Verein entfaltet seine gesamte Tätigkeit nach den Prinzipien der Solidarität und gegenseitigen Achtung sowohl zwischen den Vereinsmitgliedern als auch gegenüber Personen und Organisationen mit verwandter Zielsetzung im In- und Ausland.

3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung durch Förderung der politischen Bildung, vor allem auf den Gebieten der Gesellschaftstheorie, der Philosophie, der Ökonomie und der Kultur. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.
4. Der Verein erfüllt seinen Vereinszweck in religiöser, weltanschaulicher und parteipolitischer Unabhängigkeit unter Wahrung des Prinzips der Freiheit von Meinungsäußerung, Information, Wissenschaft und Forschung.

Erweitert wurde der § 2 der Satzung um die auf einer Tagung des Vereinsvorstandes am 1. Juli 2006 in Berlin beschlossenen Leitsätze. Diese legten den Handlungsleitfaden für Mitglieder und die Aktivitäten des Fördervereins fest. Neben dem Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus, zu Antifaschismus, Frieden in der Welt und Internationalismus gibt es zwei weitere Kernaussagen:[25] erstens die Feststellung, der Sozialismus sei ein „Schritt für Schritt zu erkämpfendes" Ziel[26]; zweitens die Verherrlichung der DDR. Sie sei: „die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung", gewesen, „da sie dem Kapital für vier Jahrzehnte die politische Macht und das privatkapitalistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln entzog".[27]

Aufgabe und Ziel gleichermaßen blieb auch nach Neustrukturierung der Herausgeberschaft „die weitere Bündelung aller Linken für die Auseinandersetzung mit Revisionismus und Reformismus und für die Einigung der Kommunisten".[28] Auf dieser Grundlage stehe die Gruppe der „Berufsrevolutionäre" bereit, wenn das „Proletariat", welches durch die Herrschenden ständig in den „Abgrund" der völligen „Verelendung" gestoßen werde, durch die „Prinzipien des Marxismus gefestigt", sich zur „Armee der Arbeiterklasse"[29] vereine. Im Zentrum steht die Information und Agitation für die „treuen" Genossen. Die Zeitung richtete sich also nicht an die „Masse" der Bevölkerung, sondern an die zuverlässigen Parteigänger.[30]

Das Gründungsprotokoll nannte 21 Anwesende, die damit die Gründungsmitglieder des *RotFuchs*-Fördervereins darstellten.[31] Nach der Gründung des Fördervereins brüs-

25 Vgl. „RotFuchs"-Förderverein e. V., Leitsätze unter: http://www.rotfuchs.net/Dok/Standpunkte/Leitsaetze.pdf (13. Juli 2011).
26 Ebd.
27 Ebd.
28 So Dieter Itzerott, Historisches Erfordernis: Eine starke KP, in: RF-42, S. 3.
29 Wladimir Iljitsch Lenin, Werke, Bd. 7, Berlin (Ost) 1967, S. 420.
30 Vgl. hierzu schon Anton Buzek, Die kommunistische Presse, Frauenfeld 1965, S. 46 f.
31 Vgl. Protokoll über die Gründung des „RotFuchs" Fördervereins e. V. unter: http://www.rotfuchs.net/Verein/Dok/Satzung/Protokoll.htm (12. Juli 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tete sich dieser mit einem breiten Spektrum neuer Mitglieder, unter denen sich solch namhafte Schriftsteller wie Dieter Noll und Peter Hacks befinden.[32] Die Mitgliederzahl stieg nach eigenen Angaben seit der Gründung auf 1.300. Diese verortete der Verein nicht nur in Deutschland sondern weltweit.[33] Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Zahl mit 1.439 zur Mitgliederversammlung im Dezember 2009.[34] Die Mitgliedschaft kostete 60 DM, später 30 Euro, inklusive des Zeitschriftenabonnements. Es ist allerdings auch möglich, die Zeitschrift ohne Mitgliedschaft im Förderverein zu beziehen.[35]

Art und Weise der Herstellung des *RotFuchs* zeigt, welch großer persönlicher Einsatz und „Aktivismus" hinter dem Projekt steht.[36] Bis 2001 wurde die Zeitung aus handgeschriebenen oder maschinell getippten Beiträgen von einer „Redaktionssekretärin" am Computer abgeschrieben und ins Layout gebracht, um durch einfaches Kopieren vervielfältigt zu werden. Anschließend wurden die einzelnen Kopien geordnet, von Hand gefalzt und geheftet. Der letzte Schritt war das Versenden per Post in von Hand beschriebenen Umschlägen.[37] Die Qualität der Publikation war in dieser Zeit unterschiedlich. Das wird vor allem an dem wechselnden Kontrast, also dem Schwarz-Weiß-Anteil, über die Ausgaben hinweg deutlich. Seit 2001 entsteht die Zeitschrift in der Offset- und Digitaldruckerei „Bunter Hund"[38], Papier und Druck sind einer professionellen Druckerei entsprechend seitdem gleichbleibend gut.

Der Wechsel von Ausdrucken und Kopien zu einer Offsetdruckerei dürfte neben dem Qualitätsunterschied und der Nachfragesteigerung auch ein Kostenfaktor gewesen sein. Das zweite Druckverfahren ist für größere Auflagen ausgelegt und verbindet sich mit einer starken Kostendegression bei steigender Auflagenhöhe. Bis zu dieser „Professionalisierung" erschien die Zeitschrift ausschließlich in Schwarz-Weiß. Farbe hielt erst mit der Ausgabe 34 im Jahr 2000 Einzug in den RF. Dort wurde die Überschrift der Seite eins „11 Forderungen" in „leuchtendem" Rot gedruckt. Von Ausgabe 36 an wird der Titelkopf mit dem Balken, in dem sich der Herausgeber wiederfindet, in eben jener Färbung gedruckt. Der Umfang der Zeitung stieg über die ersten Ausgaben nahezu monatlich. Während die erste Nummer acht Seiten hatte, besaß die zweite bereits zwölf, die

32 Vgl. Die Redaktion, Fulminanter Start, in: RF-44, S. 5.

33 Vgl. Klaus Steiniger, Mühlefeldts Garten, in: RF-124, S. 1.

34 Vgl. „RotFuchs"-Förderverein e. V., Bericht der 5. Mitgliederversammlung 2009 unter: http://www.rotfuchs.net/ Verein/Dok/Verein.htm (13. Juli 2011).

35 Vgl. Steiniger (FN 33), S. 1.

36 Redaktionsschluss ist beim RotFuchs am zehnten eines jeden Monats. Die Druckerei (seit 2001) erbittet sich anderthalb Wochen Arbeitszeit aus, von Datenabgabe bis Lieferung. Zu Beginn des Folgemonats ist die Zeitung online und bei den Genossen im Briefkasten.

37 Die Redaktion (FN 9), S. 23.

38 „1986 gegründet als ‚Druckerei Paulick' in einem Hinterhof in Berlin-Steglitz wuchs die Firma zu einem mittelständischen Unternehmen mit sieben Festangestellten. 1994 zog sie an ihren heutigen Standort in den Prenzlauer-Berg um und benannte sich 2002 in ‚Druckerei Bunter Hund' um" unter: http://www.druckerei-bunterhund.de/page2/geschichte.html (18. Juli 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vierte sechzehn Seiten, und im September 1998 – RF-10 – waren es zwanzig Seiten. Im November des ersten Jahres waren es dann 24 Seiten. Die nächste Erweiterung, auf 28 Seiten, kam mit der Maiausgabe 2003 und zum Ende des Jahres auf die seitdem konstante Zahl von 32 Seiten. Ab März 2007 – RF-110 – kam ein vierseitiger Einleger dazu.

Zu Beginn des Jahres 2000 schätzte die Redaktion den Kreis der „Bezieher und Mitleser" auf 5.000.[39] Aus dieser Angabe lässt sich keine verbindliche Aussage über die Auflagenhöhe treffen, da als „Mitleser" auch jene gelten müssen, die die Zeitung „herumgereicht" bekamen. Zu dieser Vermutung heißt es im Bericht zur 5. Mitgliederversammlung, dass „[s]eit der Mitgliederversammlung 2007 […] sich die Zahl der Abonnenten um 2.100 erhöht [hat]. Da jedes Exemplar mindestens zwei Leser hat, sind es jetzt wohl bereits über 26.000 Leser."[40] Da die Zeitschrift nicht am Kiosk erhältlich ist und auch keine Werbeannoncen verkauft, kann die Auflagenhöhe nicht verrifiziert werden. Zur Internetnutzung sind ebenso wenig verlässliche Zahlen bekannt. Der *RotFuchs* selbst gibt dazu an: „Monatlich wird unsere homepage etwa 27.000 Mal angeklickt. Das sind vor allem junge Leser."[41] Der Rückschluss von der Benutzung des Internets auf junge Leser scheint nicht abwegig, wird aber nicht belegt. Unter den Lesern der Zeitung befinden sich nach eigenen Angaben vor allem „tausende Mitglieder der DKP, der KPD und der PDS sowie parteilose Mitbürger in ganz Deutschland, aber auch Bezieher in 27 Versandländern".[42] Dabei verfügt die Monatsschrift über keine Internationale Standardseriennummer (ISSN). Die Vergabe der Nummer ist in Deutschland kostenlos, aber nicht obligatorisch.[43] Auch dies ist ein Indiz für das Desinteresse, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Im Mittelpunkt steht mit Lenin, an dem sich der *RotFuchs* orientiert, die Schaffung und Schulung einer revolutionären Avantgarde. Ob mündliche oder schriftliche Agitation, der Agitator müsse über umfangreiche Kenntnisse, Wissen und Sachverstand verfügen.[44] Daher seien für Lenin die tüchtigsten Propagandisten, die geschicktesten Organisatoren und damit die talentiertesten Führer der Partei,[45] also die, für die die Revolution zur „Berufung" werden sollte.[46] Ein weiteres prägendes Erlebnis für Lenin und damit ebenfalls Grundlage für den *RotFuchs*, ist der Umgang mit einer Niederlage. Der erste Versuch der Bolschewiki in Russland die Macht zu ergreifen, war 1905 gescheitert. Die

39 Vgl. Feldbauer, in: RF-24, S. 2.
40 „RotFuchs"-Förderverein e. V., Bericht der 5. Mitgliederversammlung 2009 unter: http://www.rotfuchs.net/ Verein/Dok/Verein.htm (13. Juli 2011).
41 Ebd.
42 Steiniger (FN 22), S. 1.
43 Vgl. Christian Schütz, Häufig gestellte Fragen unter: http://www.d-nb.de/wir/kooperation/issn_faq.htm (18. Juli 2011).
44 Vgl. auch Kurt Fritsch (Hrsg.), Klasse, Demokratie, Aktion. Arbeiterpartei und Organisation in den neunziger Jahren, Düsseldorf 1988.
45 Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 12.
46 Vgl. Michael Voslensky, Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion in Geschichte und Gegenwart, München 1987, S. 60.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Reaktion war eine Krise der Bewegung, doch Lenin verwies darauf, dass man kampfbereit[47] bleiben müsse, da der Zusammenbruch der bisherigen Ordnung nur eine Frage der Zeit sei.[48] Aus der Perspektive des späteren *RotFuchs* war die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 eine Niederlage, von der es sich zu erholen galt. Die Einheit der linken Kräfte in Deutschland wird daher durch die gesamte Publikationsgeschichte der Zeitschrift hinweg beschworen. Dabei trägt die aktuelle „Krise des Kapitalismus" zur Verstärkung dieser Rufe bei. „Folglich stellt sich durch die Krise die Frage der Zusammenführung und Vereinigung aller Marxisten viel schärfer als noch vor fünf Jahren."[49] Doch gerade der Partei Die Linke wird in diesen Bemühungen das Abweichen vom richtigen Weg vorgeworfen. Dies zeigt sich nach Meinung des *RotFuchs* deutlich in den Wahlergebnissen des Jahres 2011.[50]

Die Gruppe, die sich im *RotFuchs* immer in scheinbar großer Einigkeit präsentiert und angeblich ständig wächst, wirft aber nicht nur der Partei Die Linke Opportunismus vor, sondern kämpft selbst gelegentlich mit dem Vorwurf des Opportunismus. Für die marxistisch-leninistische Linke beinhaltet dieser politische Kampfbegriff dabei „eine größere Abweichung von der dominierenden Parteilinie, insb. eine als allzu bereitwillige Anpassung interpretierte Annäherung an Positionen des politischen Gegners."[51]

Der Austritt Gerhard Feldbauers aus dem *RotFuchs*-Förderverein wirft ein bezeichnendes Licht auf die „Einigkeit" hinter den Kulissen. Feldbauer soll den Chefredakteur Steiniger des Opportunismus bezichtigt haben. In seiner Richtigstellung, veröffentlicht in der Online-Zeitschrift *Schattenblick*[52], betont Feldbauer indes, das von ihm abgedruckte Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Er verweist neben seiner

47 Marx (resp. Engels) hat sich zur Problematik des Aufstandes in seinem Frühwerk umfassend geäußert: „Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Werte sich jeden Tag ändern können; die Kräfte des Gegners haben alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. Zweitens, hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handele man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche deinen Gegner, solange seine Kräfte zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch noch so kleine Erfolge; erhalte dir das moralische Übergewicht, das der Anfangserfolg der Erhebung dir verschafft hat; ziehe so die schwankenden Elemente auf deine Seite, die immer dem stärksten Antrieb folgen und sich immer auf die sichere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, noch ehe sie ihre Kräfte gegen dich sammeln können." MEW, Bd. 8, Berlin (Ost) 1960, S. 95.

48 Vgl. Adam B. Ulam, Die Bolschewiki. Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland. Köln/Berlin 1967, S. 285-296; Hermann Weber, Lenin, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 70-88; Dimitri Wolkogonow, Lenin. Utopie und Terror, Düsseldorf 1996, S. 67-71.

49 Götz Dieckmann, Historische Erfahrungen und aktuelle Aufgaben im Kampf um die Einheit der linken Kräfte, in: RF-165 Beilage, S. 3.

50 Vgl. ebd., S. 3 f.

51 Manfred G. Schmidt, Artikel „Opportunismus", in: Ders., Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart 2004, S. 500.

52 http://schattenblick.org/index.html (20. Juli 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Austrittserklärung auf einen Artikel, der 2006 in der Zeitschrift *offen-siv*[53] erschienen ist.[54] Dort unterstellt Feldbauer seinem Kontrahenten ein übergroßes Ego: Steiniger stelle den Erhalt der Zeitschrift über die im Gründungsprotokoll ebenfalls geforderte und übergeordnete Aufgabe, die „Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus zu bilden".[55] Für Feldbauer impliziert diese Aufgabe als Fernziel die Schaffung einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei. „Wenn bei der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus die Frage der Partei ausgeklammert wird, und das besagen alle Aussagen, die Klaus Steiniger dazu bisher getroffen hat, dann wird damit die Tür einen großen Spalt breit dem Eindringen des Revisionismus geöffnet."[56]

Der Förderverein sollte sich keinesfalls zu einer solchen Partei wandeln, wohl aber die organisatorischen Grundlagen dazu legen. Kann eine solche Entwicklung mit den begrenzten Möglichkeiten eines Vereins verwirklicht werden? Vereine werden in der Politikwissenschaft als einer der wichtigsten Bausteine für Stabilität und Langlebigkeit einer Demokratie gesehen.[57] Neben diesen positiven Wirkungen von Vereinen finden sich zahlreiche Beispiele, die den Grundwerten der deutschen Gesellschaft zuwiderlaufen und sich deshalb organisiert haben.[58] Der *RotFuchs*-Förderverein fällt in diese Kategorie. Von dieser Tatsache alleine geht jedoch noch keine Gefahr für die Gesellschaft aus. Nach Sigrid Roßteutscher bildet in einem demokratischen Staat, in dem die positiven Ideale wie Menschenrechte die politische Kultur dominieren, der Großteil der Vereinswelt keinen Nährboden für antidemokratisches Gedankengut. Die Vereine, die jenes der Demokratie widerstreitende Potenzial besitzen und dieses in einem von der Gesellschaft abgeschlossenen Umfeld kultivieren, sollten ihr zufolge aber nicht sich selbst überlassen werden, weil das von ihnen ausgehende Gefährdungspotenzial nicht zu unterschätzen sei.[59]

Gerade die Ablehnung Steinigers, den *RotFuchs* als Vereinszeitschrift den leninistischen Prinzipien des „Pressewesens" anzupassen, stört Feldbauer und behindert aus dessen Sicht die Weiterentwicklung.[60] „Diese Spaltungspraxis hat zu einer ganzen Anzahl von Austritten aus dem Verein geführt, darunter mehrere Gründungsmitglieder. […] Die Regionalgruppe Hamburg des Vereins, aktivste Basisgruppe im Westen, trat geschlossen aus. Die Vereinsmitglieder erfahren von all dem nichts, da der Vorstand ein

53 http://www.offen-siv.com/index.shtml (20. Juli 2011).
54 Gerhard Feldbauer, Der RotFuchs-Disput unter: http://schattenblick.org/infopool/medien/meinung/mmle0001.html (19. Juli 2011).
55 Protokoll (FN 31).
56 Gerhard Feldbauer, Welchen Weg schlägt der „RotFuchs" ein? Zu den Auseinandersetzungen mit dem Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger, in: offen-siv 5 (2006), S. 108-115, hier: S. 115.
57 Vgl. Marc E. Warren, Democracy and Association, Princeton/NJ 2001.
58 Sigrid Roßteutscher, Undemokratische Assoziationen, in: André Brodocz,/Marcus Llanque/Gary S. Schaal (Hrsg.), Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden 2008, S. 61-76, hier: S. 61-65.
59 Vgl. ebd., S. 73 f.
60 Vgl. Feldbauer (FN 56), S. 108-110.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

von der Basis abgeschottetes Dasein führt. […] Damit haben die Mitglieder und Leser keine Möglichkeit, die Arbeit der Vereinsleitung zu verfolgen, Vorschläge zu unterbreiten oder sich kritisch zu äußern."[61]

Chefredakteur Steiniger als großer „Zensor" der Monatsschrift hat das Primat auf die Seite-eins-Artikel. In der Summe der 167 Ausgaben, die bis einschließlich Dezember 2011 erschienen sind, verfasste er 149 davon. Die Dominanz Steinigers, die Altersstruktur des Fördervereins und der Autoren sowie die Finanzierung werfen einen dunklen Schatten auf die Zukunft der Zeitung.

2. Würdigung

„Der Kommunismus ist als System tot, die Kommunisten aber leben immer noch."[62] In dieser einfachen Feststellung von Stéphane Courtois findet sich die Begründung für die Existenz der Zeitschrift zwanzig Jahre nach dem Ende des Systemkonflikts.

Aus der Sicht der Zeitschrift geht es darum, die gesellschaftliche Wirklichkeit kritisch zu analysieren. Dabei ist immer wieder von „Kampfbedingungen" die Rede.[63] Als Themen dominieren „DDR/SED", „BRD", „Internationales" sowie „Philosophie und Weltanschauung". Deren konkrete Ausgestaltung erfolgte an der durch den Chefredakteur vorgegebenen „roten Linie", die sich in der Regel mit den Intentionen der einzelnen Autoren deckt. Zur Arbeiterklasse am Ende des 20. Jahrhunderts stellte Walter Florath beispielsweise fest, dass diese nun mehr als jemals zuvor die Kommunisten und ihre Partei benötige. Argumente liefere ein Blick auf das Scheitern der Novemberrevolution, der es laut Florath an einer tonangebende Partei mangelte. Die führende Rolle der Partei zeige sich indes nicht in allumfassenden Vorgaben derselben, sondern in der Vermittlung der Politik für jedermann, also in ihrer Vorbildfunktion.[64] „Neben vielen anderen Ursachen, die zur Niederlage (nicht zum Scheitern!) des Sozialismus (in Europa) führten, war es vor allem das Verschweigen und Vertuschen der Widersprüche, die sich entwikkelt hatten. Die Menschen verstanden uns nicht mehr. Das Vertrauen ging verloren. So konnten die Genossen die führende Rolle der Partei nicht verwirklichen. Die führende Rolle übernahm die D-Mark."[65]

Ulrich Huar ging 1999 – noch in der Zeit als DKP-Bezirkszeitung – der Frage nach, ob Kommunisten überhaupt an Wahlen teilnehmen sollten. Als „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" hätten nach Huar, mit Engels argumentiert, Wahlen durchaus ihre

61 Ders. (FN 54).
62 Stéphane Courtois, Kommunismus im Zeitalter des Totalitarismus – eine Jahrhundertbilanz, in: Ders./Uwe Backes Uwe (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa". Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln u.a. 2002, S. 17-58, hier: S. 23.
63 Vgl. Dieckmann (FN 49), S. 1-3.
64 Vgl. Walter Florath, Die Klasse braucht die Kommunisten, in: RF-16, S. 13.
65 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Berechtigung. Sie könnten von einem „Fallstrick“ für die Arbeiterklasse zu einer der schärfsten Waffen im Klassenkampf avancieren. Im Sinne der „Volksfront“ sei auch die Wahl PDS, zumindest mit der Zweitstimme, bedenkenswert. Das allgemeine Wahlrecht, sei gleichwohl, wie der Autor unterstrich, kein Ersatz für die „sozialistische Revolution“.[66] Vera Butler sprach in diesem Zusammenhang von einem akzeptablen „Kompromiss“, der nach Lenin erlaubt sei, um „den kleinsten Riss zwischen den Feinden“ zu nutzen und einen Verbündeten unter diesen zu gewinnen. Zunächst ist es hierbei egal, wie langlebig dieses Bündnis ist.[67]

In einem Gespräch mit Egon Krenz im *RotFuchs* äußerte sich dieser zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit und zu der Frage, ob eine „Besserung“ der Situation absehbar sei: „Es wird eher raffinierter werden. Die politischen ‚Eliten‘ brauchen den Haß auf die DDR. Sie hassen uns nicht wegen unserer Fehler. Die sind ihnen ja willkommen, um uns diffamieren zu können. Sie hassen uns, weil die DDR über Jahrzehnte dem Großkapital und den Großgrundbesitzern den Zugriff auf den deutschen Osten verweigert hat. Das war unser ‚Kapitalverbrechen‘, das sie uns niemals verzeihen.“[68]

In den Darstellungen zur DDR gibt es den immer wiederkehrenden Tenor, gute Leistungen und Erfolge grundsätzlich zu loben, Fehler hingegen einzelnen Verantwortlichen oder den Begleitumständen zuzuschreiben. Die Wiedervereinigung entspricht in der Sicht der Monatsschrift einer Konterrevolution. Dort heißt es etwa: „Ein Wort zu jenen, die sich mit Eifer und Geifer an gewissen Novemberdaten berauschen und trunken vom Taumel der Sieger auf Zeit jedermann die Ewigkeit ihrer gerade vom Krisenfieber geschüttelten Ordnung einreden wollen. Vor 20 Jahren ist in Deutschland und Europa – bei der UdSSR etwas zeitversetzt – die neue Welt des lange erfolgreich aufstrebenden, dann aber in arge Turbulenzen geratenen Sozialismus zusammengebrochen. Er fiel im Trommelfeuer eines materiell überlegenen Gegners, der ihn schon in der Wiege hatte erdrosseln wollen, aber auch durch Inkompetenz in der Stunde der Bewährung gelähmter Steuerleute auf der Brücke. Sie gaben die Zukunft kampflos auf. Der Verrat Gorbatschows und seiner Umgebung spielte dabei die ausschlaggebende Rolle.“[69]

Die Aufarbeitung dieser „Konterrevolution“ fängt häufig mit der Person Günter Schabowskis und seiner Rolle am 9. November 1989 an. Davon abgesehen, dass Gerhard Neiber – ehemaliger Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der DDR – Schabowski, „der als erfahrener Journalist mit Sperrfristen bestens vertraut war“, persönlich für die „falsche“ Auslegung des neuen Reisegesetzes verantwortlich machte, zeichnete er die Rolle der bewaffneten Kräfte entlang der Grenze für diese sehr vorteilhaft. Sie wurden, wie er behauptete, zum Schutz der eigenen Bevölkerung verstärkt, ohne dass eine „militärische Variante“ nicht in Erwägung gezogen worden wäre.[70] Die-

66 Vgl. Ulrich Huar, Nur Krakeel?, in: RF-7, S. 2.
67 Vgl. Vera Butler, Lenin gegen „linke“ Kindereien, in: RF-57, S. 8.
68 Frank Mühlefeldt, „RotFuchs“ im Gespräch mit Egon Krenz, in: RF-94, S. 3.
69 Klaus Steiniger, Eifer und Geifer, in: RF-142, S. 1.
70 Vgl. Gerhard Neiber, Zur Rolle G. Schabowskis am 9. November 1989, in: RF-82, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

se „Tatsache“ belege für den *RotFuchs* „unumstößlich“ und einmal mehr die höhere Moral der DDR.[71]

Das Geschichtsbild des *RotFuchs* ist marxistisch-leninistisch geprägt. Die Herausbildung des sozialistischen Bewusstseins spielt in diesen Darstellungen eine wichtige Rolle. Auch wird regelmäßig eine Besinnung auf den Anfang der DDR-Geschichte gefordert, um sich selbst über einen „antifaschistisch-demokratischen“ Anstrich zu legitimieren. Demgegenüber steht der „faschistische“ Widersacher. Die doppelte Rubrik von „Antifaschismus“ und „BRD“ umfasst den „Klassenfeind“, der die DDR „annektiert“ hat, und „enttarnt“ ihn als mindestens protofaschistisch, durch eine Klique des „Finanzkapitals“ beherrscht, die die jeweiligen Regierungen als ihre „Marionetten“ und „Erfüllungsgehilfen“ verwendet.

Die Anreicherung der *RotFuchs*-Artikel mit Schlagwörtern, Metaphern, bedeutungsverstärkenden Bestandteilen sowie pejorativen Ausdrücken führt zu einem polemisch-aggressiven Stil. Hierzu zählt der diffamierende Plural: „Es ist zu befürchten, daß Spitzen der Linkspartei – allen voran die verbliebenen Kaufmanns und Weckessers – perspektivisch eine Vereinigung mit der SPD auf der Basis des Sozialdemokratismus anstreben.“[72] In diesem Beispiel findet sich ein weiterer Kampfbegriff mit Schlagwortcharakter: “Sozialdemokratismus”. Dieser wird als „spezifische Spielart bürgerlich-imperialistischer Ideologie und Politik, die von den rechten sozialdemokratischen Führern praktiziert wird und dem Wechselverhältnis von Imperialismus und Opportunismus entspricht“[73] verstanden.

Indem sich die Autoren auf ihre orthodox-marxistischen Positionen versteifen, entwickeln sie ihre Argumente nicht weiter. Selbst „neuen“ oder „jungen“ Autoren wird durch die leitende Hand des Chefredakteurs diese Sichtweise oktroyiert, die insbesondere bei der Bewertung der DDR-Vergangenheit deutlich wird. Ein besonders krasses Beispiel für die Verdrehung geschichtlicher Fakten bildet der Mauerbau samt der damit verbundenen Fluchtsituation: „Tatsächlich ist es ein unumstößliches historisches Faktum, daß über die Mauer mehr Leute von West nach Ost geflüchtet sind als umgekehrt!“[74]

In Verfassungsschutzberichten taucht die Gruppierung abgesehen von marginalen Erwähnungen nicht auf. In einem Artikel des *RotFuchs* verweist die Redaktion auf eine der wenigen Ausnahmen. Im Bericht des Landes Niedersachsen aus dem Jahr 1999 werde auf eine von der Zeitschrift *offen-siv* und dem *RotFuchs* ausgerichtete Konferenz zum Thema „50 Jahre DDR – Für Frieden und Sozialismus – Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ erwähnt. Auch sei von der stalinistisch zu nennenden DKP-Gruppe Berlin Nordost die Rede.[75]

71 Vgl. Manfred Liebscher, Gut, daß nicht geschossen wurde, in: RF-112, S. 7.
72 Klaus Steiniger, Die Ausnahme und die Regel, in: RF-139, S. 1.
73 Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, S. 757.
74 Doktor Seltsam, Kreuzberger Mauer-Legenden, in: RF-79, S. 4.
75 Vgl. Die Redaktion, in: RF-28, S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Auf Bundesebene findet sich bis 2001 kein Vermerk, da entsprechende Aktivitäten bis dahin unter den revolutionär-marxistischen Tendenzen der DKP oder den „Agitations- und Kommunikationsmedien“ subsumiert[76] worden sind. Eine explizite Nennung gab es in dieser Zeit nicht.[77] Autoren des *RotFuchs* äußerten sich gelegentlich selbst zur Frage ihrer Verfassungstreue: „Wiederholt wurde ich gefragt, wie wir Kommunisten zum Grundgesetz und zur Rechtsordnung der BRD stünden. Meine Antwort war immer kurz: Wir sind weder Abenteurer noch Provokateure, obwohl das unsere Gegner immer wieder von uns behaupten. Im Gegensatz zu den meisten Vertretern der herrschenden Klasse untergraben und negieren wir nicht die verfassungsmäßige Ordnung. Wer Kommunisten Verfassungsfeindlichkeit bescheinigen will, sollte nicht nur ihre Programme lesen, sondern auch einen Blick in die Geschichte werfen.“[78]

Geschichtsfälschung, Verleumdung von Personen und Institutionen sowie der Wunsch nach der Wiederherstellung der DDR – zumindest in ihren wahren „Werten und Erfolgen“ – sind Belege für den gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichteten Tenor, der sich in der Monatsschrift niederschlägt. „Wir können nicht mit unseren Prinzipien schachern, wir können keinen Kompromiß, keinen Vertrag mit dem herrschenden System schließen. Wir müssen mit dem herrschenden System brechen, es auf Leben und Tod bekämpfen.“[79] In dem Bestreben, die reine Lehre zu bewahren, präsentiert sich der *RotFuchs* als Nostalgieverein, als eine Art Lebenshilfe für die alten Genossen, die sich am Lebensabend nicht mehr an ein neues politisches Koordinatensystem gewöhnen müssen, insofern sie sich ideologisch am *RotFuchs* orientieren.

Demokratie, Verfassung und Wirtschaft in der westlichen Ausprägung sind für die Autoren die bekämpfenswerten Elemente der Gegenwart. Rudolf van Hüllens Antwort auf die Frage „Was ist die DKP heute?“ lässt sich auf die Autoren des *RotFuchs* und die Mitglieder des Fördervereins übertragen: „Es handelt sich um einen geschrumpften und mumifizierten Rest aus der großen Systemkonfrontation an der Nahtstelle der Blöcke in Europa, um ein Revolutionsmuseum, dessen eisgraue Wärter man je nach Neigung wegen ihrer Standhaftigkeit bewundern oder auch wegen ihrer Intransigenz und Unbelehrbarkeit verachten mag.“[80]

76 Ein Beleg hierfür findet sich in: Die Redaktion: Noten vom Verfassungsschutz, in: RF-28, S. 8.

77 Einzige Ausnahme ist der Bericht 2006, der einen Verweis auf eine Mitteilung der KPF enthält, in dem der RotFuchs zumindest genannt wird. „Wir intensivieren […] unsere Zusammenarbeit mit dem Marxistischen Forum, dem Geraer Dialog und anderen marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb von Linkspartei. PDS und WASG, insbesondere mit der DKP und dem Rotfuchsverein.“ Hierzu: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 174

78 Bernhard Majorow, Über Verfassungstreue und Verfassungsfeindlichkeit, in: RF-62, S. 15.

79 Dieckmann (FN 49), S. 4.

80 Rudolf van Hüllen, Was war die DKP? Eine analytische Skizze, in: Hirscher/Pfahl-Traughber (FN 12), S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Literatur

Nach 167 Ausgaben im vierzehnten Jahr ihrer Agitations- und Organisationsbemühungen ist der *RotFuchs* als Forschungsgegenstand ein nahezu unbeschriebenes Blatt.[81] Der Verfassungsschutz nimmt trotz der intensivierten Beziehung zu der Partei Die Linke kaum Notiz von der Zeitschrift und dem als Herausgeber fungierendem Förderverein. Dieser Kontakt hat sich seit Ende 2010 in Form einiger Beiträge von führenden Politikern der Linken in der Monatsschrift verstetigt. Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht und Christine Buchholz (Friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag) sind hier zu nennen. So sektiererisch der *RotFuchs* sich darbietet, erscheint doch eine weiterführende Beschäftigung mit ihm wünschenswert, um die linksextremistische Szene breit auszuleuchten in einer Zeit, in der Spannungen zwischen dem Osten und Westen der Republik noch messbar sind und in der – in mehr oder weniger reflektierter Weise – von der „Krise des kapitalistischen Systems" die Rede ist.

81 Einzige Ausnahme ist bisher die unveröffentlichte Magisterarbeit des Autors: Christian Nestler, Die Monatsschrift „RotFuchs": Eine Analyse von 1998-2010, Universität Rostock 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literaturbericht:

Der Bau der Mauer vor 50 Jahren

Von Eckhard Jesse

Frederick Kempe, Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt, München 2011 (*Siedler*), 671 S.

Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011 (*dtv*), 607 S.

Marc-Dietrich Ohse (Red.), Deutschland Archiv: Sonderheft 50 Jahre Mauerbau, Bielefeld 2011 (*W. Bertelsmann Verlag*), 160 S.

Patrik von zur Mühlen, „Der friedliebende Staat aller Werktätigen". Vom Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur, Berlin 2011 (*Frank & Timme – Verlag für wissenschaftliche Literatur*), 331 S.

Jens Schöne, Ende einer Utopie. Der Mauerbau in Berlin 1961, Berlin 2011 (*Berliner Story Verlag*), 139 S.

Melanie Piepenschneider/Klaus Jochen Arnold (Hrsg.), Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen, Sankt Augustin/Berlin (*Konrad-Adenauer-Stiftung*), 79 S.

Hans-Joachim Veen/Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), 50 Jahre Mauerbau. Vorgeschichte und Folgen, Weimar 2011 (*Stiftung Ettersberg/Landeszentrale für politische Bildung Thüringen*), 116 S.

Peter Joachim Lapp, Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland, Erfurt 2011 (*Landeszentrale für politische Bildung Thüringen*), 125 S.

Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011 (*Propyläen*), 506 S.

Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 472 S.

Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarajan u. a. (Hrsg.), Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow, Innsbruck u. a. 2011 (*Studienverlag*), 1056 S.

Heiner Timmermann (Hrsg.), 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, 2. Aufl., Berlin 2011 (*LIT Verlag*), 374 S.

Heinz Keßler/Fritz Streletz, Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich, Berlin 2011 (*edition ost*), 224 S.

Daniela Münkel (Bearbeiterin), Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 320 S.

Jochen Maurer, Dienst an der Mauer. Der Alltag der Grenztruppen rund um Berlin, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 267 S.

Ronny Kern, Siebzehn Kilometer Grenze. Die Berliner Mauer in Treptow 1961-1989, Berlin 2011 (*verlag für berlin-brandenburg*), 240 S.

Manuel Jacob, Endstation Mauerbau. Wie das S-Bahnnetz am 13. August 1961 geteilt wurde, Berlin 2011 (*Verlag Bernd Neddermeyer*), 128 S.

Burkhart Veigel, Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West, Berlin 2011 (*Edition Berliner Unterwelten*), 444 S.

Klaus-M. von Keussler/Peter Schulenburg, Fluchthelfer. Die Gruppe um Wolfgang Fuchs, Berlin 2011 (*Berlin Story Verlag*), 336 S.

Klaus Behling, „Der Letzte macht das Licht aus ...". Zu Lande, zu Wasser und in der Luft – 250 Fluchtgeschichten aus der DDR, Berlin 2011 (*Berlin Story Verlag*), 198 S.

Andreas H. Apelt (Hrsg.), Flucht, Ausreise, Freikauf. (Aus-)Wege aus der DDR, Halle (Saale) 2011 (*Mitteldeutscher Verlag*), 119 S.

Clemens Niedenthal, Nahaufnahme. Fotografierter Alltag in West-Berliner Flüchtlingslagern, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 96 S.

Axel Klausmeier/Günter Schlusche (Hrsg.), Denkmalpflege für die Berliner Mauer. Die Konservierung eines unbequemen Bauwerkes, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 266 S.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

Kai Diekmann (Hrsg.), Die Mauer. Fakten – Bilder – Schicksale, München/Zürich 2011 (*Piper*), 295 S.

Jost-Arend Bösenberg/Johann-Friedrich Hufmann (Hrsg.), Mauerjahre. Leben im geteilten Berlin. Mit Vorworten von Rainer Eppelmann und Klaus Schütz, Hamburg 2011 (*Edel Germany*), 254 S.

Thomas Schwark/Detlef Schmiechen-Ackermann/Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945-1990, Darmstadt 2011 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 264 S.

1. Einleitende Bemerkungen

Die PDS tat sich schwer damit (und die Linke tut es noch heute), den Mauerbau ohne Wenn und Aber zu verurteilen. 2001 – 40 Jahre nach dem Mauerbau – trat eine gewisse Zäsur ein. Der PDS-Parteivorstand lavierte in der Erklärung zwar mehrfach (die Gründe für die Teilung Deutschlands nach 1945 kamen nicht klar zur Sprache), doch stand im Text folgende Kernaussage: „Sozialismus gedeiht eben nicht als Befehlssystem, nicht unter Bajonetten, nicht im Schatten von Panzern, nicht hinter Mauern. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch."[1]

Gewiss, diese Aussage verteidigt den Mauerbau nicht, aber war es nicht umgekehrt? Der reale Sozialismus konnte nur „hinter Mauern" existieren, denn als die Mauer fiel, fiel der „reale Sozialismus". Nach Ansicht des Parteivorstandes der PDS war die DDR folglich nicht „sozialistisch". Nicht der Sozialismus ist demnach gescheitert, sondern seine Pervertierung. Sahra Wagenknecht, die dem Parteivorstand angehörte und seinerzeit als eine Außenseiterin in der Partei fungierte, lehnte diese Resolution ab. Sie war realistischer, sah in den sowjetischen Reformern um Gorbatschow Kräfte, die den „realen Sozialismus" destabilisiert hätten.

Am 13. August 1961 wurde mit dem Bau der Mauer das „Schlupfloch" zum Westen geschlossen, am 9. November 1989 mit dem Fall der Mauer die DDR geöffnet. Freilich ließe sich auch überaus paradox formulieren: Nach dem Fall der Mauer folgt der Bau der Mauer. Was ist damit gemeint? In der Erinnerungskultur setzte das Jahr 2009 Akzente (20 Jahre nach dem Fall der Mauer), an die das Jahr 2011 anknüpfte (50 Jahre nach ihrem Bau).

Die Erinnerung an das vor 50 Jahren errichtete Mauermonstrum, das nicht bloß ein Land und eine Stadt teilte, sondern auch zwei gegensätzliche Systeme voneinander schied, hält an, obwohl es nicht mehr steht. Immer wieder einmal flackert eine Debatte auf – etwa über den „Schießbefehl".[2] Mauerbau und Mauerfall sind tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verwurzelt. Fast jeder Zeitgenosse weiß, wo er sich aufhielt,

1 Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August. Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit, 2. Juli 2001.

2 Vgl. etwa Hans-Hermann Hertle, „Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-34/2011, S. 22-28.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

als ihn die Kunde davon erreicht hat. Beide Vorgänge gehören eng zusammen: Die DDR sollte jeweils stabilisiert werden – sei es durch den Bau, sei es durch den Fall der Mauer.[3] Gleichwohl gibt es nur wenige Publikationen, die auf das Jahr der Trauer und auf das Jahr des Jubels – ebenso bei den meisten – gleichermaßen eingehen.[4]

2011 ist „das" Jahr der Literatur über die Mauer. Wohl in keinem Jahr zuvor kamen derart viele einschlägige Bücher auf den Markt, auch nicht 2001.[5] So hat die Stiftung Berliner Mauer 2011 eine wissenschaftliche Reihe ins Leben gerufen, die schnell mit Publikationen, von denen einige an dieser Stelle auftauchen, aufwarten konnte. Der Literaturbericht gliedert sich folgendermaßen: Nach wissenschaftlichen Gesamtdarstellungen finden für die politische Bildung bestimmte Übersichtsschriften Berücksichtigung. An die Studien zu den eher außenpolitischen Komponenten reihen sich solche ein, bei denen innenpolitische Aspekte im Vordergrund stehen. Es folgen Arbeiten, die unterschiedliche „Wege durch die Mauer" schildern und weitere, die das Bauwerk auf die eine oder andere Weise „historisieren" (vor allem Dokumentationen). Der Beitrag ist so angelegt, dass aus jeder Kategorie anfangs ein Werk herausgegriffen wird, das eine ausführlichere Würdigung erfährt als die Vielzahl der folgenden.

Die Vorgeschichte des Mauerbaus bleibt ebenso weithin außer Betracht[6] wie die Folgen des Mauerfalls.[7] Dem Bemühen um Vollständigkeit sind naturgemäß Grenzen gesetzt.[8] So wurden Erinnerungsberichte nicht einbezogen.[9] Dass aus den zahlreichen Veranstaltungen 2011 weitere Bücher hervorgegangen sind,[10] versteht sich von selbst.

---

3 Die besten Werke hieraus stammen von Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, 2. Aufl., Opladen 1989; Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 11. Aufl., Berlin 2009.

4 Vgl. etwa Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002.

5 Vgl. die Sammelrezension von Eckhard Jesse, Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 243-254.

6 Vgl. etwa Michael Lemke, Vor der Mauer – Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln u. a. 2011.

7 Vgl. Elisabeth Bakke/Ingo Peters (Hrsg.), 20 Years since the Fall of the Berlin Wall. Transitions, State Break-Up and Democratic Politics in Central Europe and Germany, Berlin 2011.

8 So fanden – beispielsweise – folgende Bücher keine Berücksichtigung: Ingeborg Siegelkow/Ulrike Martens (Hrsg.), Der Kalte Krieg und die Berliner Mauer in Karikatur von Karl-Heinz Schoenfeld, Berlin 2011; Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer. Biografie eines Mauerwerkes, Berlin 2011; Gerhard Sälter/Tina Schaller/Anne Kaminsky (Hrsg.), Weltende – Die Ostseite der Berliner Mauer. Mit heimlichen Fotos von Detlef Matthes, Berlin 2011.

9 Vgl. Thorvald Svensson, Mit dem Kopf durch die Mauer. Eine Biografie zum Jubiläum des Mauerfalls, Leipzig 2011; Immer auf der Hut. Ost-Schüler in Westberlin – Als die Mauer dazwischen kam, Berlin 2011.

10 Vgl. u. a. Eckhard Jesse (Hrsg.), Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen, Berlin 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Gesamtdarstellungen

Im Jahre 2009 hatte der britische Historiker Frederick Taylor eine umfassende Geschichte der Mauer vorgelegt – vom Anfang bis zum Ende, detail- und anekdotenreich.[11] Die vier lakonischen Überschriften „Sand", „Blut", „Stacheldraht", „Geld" erinnern an die Gliederung der Monographie Frederick Kempes *Berlin 1961*: „Die Akteure" – „Der Sturm zieht auf" – „Der Showdown". Der Erzählstil des amerikanischen Journalisten mit deutschen Wurzeln ist dem von Taylor ähnlich. Das Buch, ebenso im Siedler Verlag erschienen, berichtet packend über das Mauerjahr 1961. „Ich nahm mir vor, eine gut lesbare, sachkundige Darstellung sowohl für Fachleute als auch für interessierte Laien vorzulegen, die alle bisher erschienenen Untersuchungen berücksichtigen sowie die erst seit kurzem in den Vereinigten Staaten, Deutschland und Russland freigegebenen Quellen auswerten sollte" (S. 595). Dem Verfasser kann bescheinigt werden, dieses Ziel eingelöst zu haben. Insgesamt ist mehr eine Synthese entstanden, weniger eine originelle Studie. Was Kempe ausbreitet, war weithin bekannt.[12]

Allerdings setzt der Autor in einem Punkt die Akzente anders als die Mehrheit der Historiker. Der Vorwurf an Kennedy lautet, durch dessen schlechtes Krisenmanagement habe dieser indirekt Chruschtschows und Ulbrichts Offensivgeist Vorschub geleistet, ihnen freie Hand gegeben und so zum Mauerbau beigetragen. Beim Wiener Gipfeltreffen im Juni 1961 sei Kennedy gegenüber Chruschtschow nachgiebig aufgetreten. Die Überschrift lautet reißerisch: „Wien: Grüner Junge trifft Al Capone". Kennedy wollte um keinen Preis einen Atomkrieg riskieren, aber dazu wäre es nicht gekommen – so Kempe, der ein forscheres Auftreten Kennedys gewünscht hätte. „Der gefährlichste Ort der Welt" – ein Zitat von Chruschtschow – war nach dem Mauerbau, das kann der Autor nicht leugnen, weniger gefährlich geworden.

Erst bei der Kubakrise 1962 habe Kennedy Härte gezeigt und damit Chruschtschow in die Defensive gezwungen. Kempe nennt für Kennedys nunmehriges Verhalten drei Gründe: eine größere Gefahr für die Vereinigten Staaten; höheres innenpolitisches Risiko; stärkere Lernfähigkeit. Und Kennedys Rede vor dem Schöneberger Rathaus am 27. Juni 1963 in ihrem ostentativ antikommunistischen Duktus erfährt großes Lob: „Mit einer einzigen Rede hatte Kennedy dem amerikanischen Kurs in Bezug auf Deutschland und Berlin eine Richtung gegeben, die mit der neuen Entschlossenheit übereinstimmte, die er in Kuba bewiesen hatte. Zum ersten Mal in seiner Präsidentschaft behandelte Kennedy Berlin wirklich als einen Ort, der gewürdigt werden musste, als einen Ort, an dem er sein Vermächtnis hinterlassen sollte, und nicht mehr als eine von anderen übernommene Last mit Menschen, für die er wenig übrig hatte" (S. 590 f.).

11 Vgl. Frederick Taylor, Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989, Berlin 2009 (Taschenbuchausgabe: München 2011).

12 Insofern sind frühere Studien keineswegs überholt. Vgl. etwa Honoré M. Catudal, Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entstehungsfindung in den USA, Berlin 1981; Rolf Steininger, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Was an dem chronologisch angelegten Band, der die außenpolitische Dimension in den Vordergrund rückt, etwas stört, ist die dramatisierende Attitüde des Verfassers. Kempe, der ein Faible für Charakterstudien hegt, erweckt den Eindruck, als sei er bei diesem oder jenem denkwürdigen Treffen dabei gewesen. Es ist vielleicht bezeichnend, dass die beiden großen Darstellungen zum Mauerbau und zur Geschichte der Mauer der Feder anglo-amerikanischer Historiker entstammen.

Der wohl beste – reich bebilderte – Sammelband zur Mauer ist unter der Ägide des Dresdner Historikers Klaus-Dietmar Henke entstanden. Die Vielfalt der Themen ist beeindruckend. Gerne nimmt der Leser in Kauf, dass eine Reihe von Autoren zu Wort kommt, die zu „ihren" Themen bereits umfassende Studien vorgelegt haben. Michael Lemke ordnet die Berlin-Krise von 1958 bis 1963 angemessen ein, indem er den Wechselwirkungen von innen- und außenpolitischen Faktoren nachspürt.[13] Der Autor sieht das Verhalten der Sowjetunion in erster Linie als „expansionistisch" an. Nach Daniela Münkel förderte der Mauerbau den „Allzuständigkeitsanspruch der Staatssicherheit" (S. 82). Deren Aufgaben nahmen immer mehr zu, weil die Unzufriedenheit der Menschen in der DDR wuchs, nachdem sie in den 1980er Jahren den Westen verstärkt besuchen und sich einen eigenen Eindruck verschaffen konnten, wie Thomas Lindenberger zu Recht feststellt.

In dem Band stehen weniger konventionelle Gesichtspunkte im Vordergrund, vielmehr solche, die der Geschichte der Mauer als Bauwerk nachgehen. Um einige Beispiele zu nennen: Gerhard Stälter stellt den „unendlichen Mauerbau" heraus, Konrad H. Jarausch zeigt die symbolische Bedeutung des Checkpoint Charlie auf, Sebastian Richter spürt der Mauer in der deutschen Erinnerungskultur nach, Doris Liebemann analysiert die Mauer im Spielfilm, Anke Kuhlmann in der Malerei und der Grafik, Axel Klausmeier präsentiert die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße. „Die Mauer als politische Metapher" ist das Thema von Marion Detjen. Sie erhellt dabei sehr gut den Wandel der Metapher. Willy Brandt hatte auf dem SPD-Parteitag in Köln 1962 noch die folgenden Sätze gesagt: „Die Mauer ist Terror, der fotografiert werden kann" (S. 430). Als die Entspannungspolitik Brandts (und Bahrs) gewisse Erfolge zu zeitigen begann, blieb denselben Politikern wohl kaum etwas anderes übrig als die Mauer nicht frontal anzugreifen. „Sie galt nicht mehr als Symbol der Unterdrückung, für die man Verantwortliche hätte benennen können, sondern als Symbol der Teilung in einem ‚Kalten Krieg', der alle irgendwie gleichermaßen zu Schuldigen machte" (S. 434). Was für die Mauer galt, traf auf die deutsche Frage insgesamt zu – auch in der Wissenschaft.[14] Durch solche und andere Beiträge wird Henkes Sammelband, der eine vorzügliche Bibliografie aufweist, über das Jubiläumsjahr 2011 wirken.

13 Vgl. ausführlich Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

14 Vgl. Günther R. Mittler, Geschichte im Schatten der Mauer. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche Frage 1961-1989, Paderborn u. a. 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das *Deutschland Archiv* ist das zentrale Organ, das einschlägige Aspekte erörtert. Sein Sonderheft *50 Jahre Mauerbau* ist gut gelungen. Gewiss, manche Beiträge sind in ähnlicher Form schon (in ausführlicherer Form) publiziert worden – etwa von Gerhard Wettig und Hope M. Harrison, die unterschiedliche Positionen in puncto der Rolle der Sowjetunion beim Mauerbau vertreten. Das Sonderheft bezieht sich gleichermaßen auf die Voraussetzungen wie auf die Konsequenzen des Mauerfalls. Stefan Appelius' Artikel über „Das Reisebüro der DDR" ist ebenso informativ wie Anna Kaminskys Beitrag über die Erinnerung an die Berliner Mauer seit 1990.[15] Lutz Rathenow schildert anschaulich das Verdrängen der Mauer aus dem Alltag der Ost-Berliner, und Krijn Thijs geht auf das „verlorene" West-Berlin nach dem Mauerbau ein. Oliver D'Antonio untersucht, wie die Hauptstadtdebatte die Bundesrepublik verändert hat, wobei er diese Debatte mit Blick auf ein neues Deutschland wohl überschätzt.[16] Auch die von Cornelie Jabs gefundenen Dokumente zur Grenzsicherung nach dem Mauerbau sind aufschlussreich.

3. Schriften zur politischen Bildung

Eine besonders geglückte Arbeit stellt die Schrift Patrik von zur Mühlens dar. Sie präsentiert eine konzise Gesamtgeschichte der DDR, wobei der Bau der Mauer ebenso zentral ist wie ihr Fall. Das für einen größeren Leserkreis bestimmte Buch beeindruckt, weil es keine Abstriche an der Wissenschaftlichkeit vornimmt. Der Autor hat Urteilskraft und kann gut schreiben. „Boshafte Anekdoten, bissige Bemerkungen, treffsichere Spitznamen für Personen und Einrichtungen und vor allem eine Fülle von Witzen waren es, die die über 40jährige Unerfreulichkeit erträglicher machten" (S. 8). Der Autor präsentiert anschauliche Beispiele – bisweilen nicht ohne Sarkasmus, jedoch nie mit Zynismus.

Was oft nicht hinreichend bekannt ist: Bis Mitte der 1950er Jahre waren Flüchtlinge im Westen nicht sonderlich gelitten – von „Menschenhandel", so die Terminologie der DDR, konnte keine Rede sein. „Sie waren keineswegs erwünscht und wurden in den Notaufnahmelagern von alliierten und westdeutschen Beamten strengstens befragt. Es kam auch vor, dass ihnen die Aufnahme verweigert wurde. Sie wurden zwar nicht mehr zurückgeschickt, besaßen aber einen illegalen Status, mit dem sie keinerlei Zukunftsperspektiven hatten. Und wenn Flüchtlinge Aufnahme gefunden hatten, waren die ersten Monate und Jahre im Westen für sie recht entbehrungsreich, so dass man ökonomische Fluchtmotive als ziemlich gering veranschlagen muss. Erst in den späten fünfziger Jahren wurden die Flüchtlinge auch als willkommene Arbeitskräfte angesehen" (S. 134).[17]

15 Vgl. ausführlicher Anna Kaminsky (Hrsg.), Die Berliner Mauer in der Welt, Berlin 2009.

16 Siehe hierzu Heike Tuchscheerer, 20 Jahre vereinigtes Deutschland: eine „neue" oder „erweiterte Bundesrepublik"?, Baden-Baden 2009.

17 Vgl. ausführlich Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bei der Schilderung des Falls der Mauer wird die entscheidende Rolle der Medien weithin ausgespart. Zu Recht erwähnt der Autor die Äußerung von Otto Reinhold, dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, aus dem Jahr 1989, wonach eine DDR ohne Sozialismus keine Existenzberechtigung besitze. Von zur Mühlen meint, der Fall der Mauer habe „eine immer schnellere Erosion der MfS-Basis" (S. 283) herbeigeführt. Die SED begann sich von der ungeliebten Staatssicherheit zu distanzieren. Der Autor spricht von einer „zweiten Revolution" (S. 287) im Januar 1990. Das „Doppelspiel" Modrows half freilich nicht, da die Bevölkerung sich nicht mehr „einbinden" ließ.

Auch die Studie von Jens Schöne ist informativ. Sie geht deutlich über den Untertitel hinaus. Der Haupttitel irritiert, denn das „Ende einer Utopie" war längst eingetreten. Warum datiert Schöne dieses „Ende" nicht auf 1953, als die Volkserhebung niedergeschlagen wurde, oder nicht auf 1946, als die KPD die SPD einverleibt hatte? Der politischen Führung musste von Anfang an klar gewesen sein, dass es um die Herrschaft der kommunistischen Partei ging. Schöne zeichnet den Weg zur Mauer gut nach – mit Blick auf den Ost-West-Konflikt und mit Blick auf die desaströse Lage in der DDR. Er überbetont wohl die Rolle der DDR beim Bau der Mauer.

Der Autor schildert den Mauerbau eingängig, ebenso die Folgen. Die Propagandafloskeln der SED fruchteten nicht; allmählich arrangierte sich die Bevölkerung mit den Verhältnissen, auch der Westen, dem es darum ging, menschliche Erleichterungen zu erreichen. Doch die Bürger der DDR fanden sich nicht mit der Mauer ab. Als die außenpolitischen Konstellationen sich änderten, fiel die Mauer, und damit „musste auch das Regime fallen" (S. 131). Die vielen Bilder vermitteln ein anschauungsreiches Porträt der hitzigen Atmosphäre. Aus einer Tabelle über die Wanderung von Ost nach West geht hervor, dass in keinem Jahr mehr Menschen die DDR verließen, als in dem Jahr, in dem die Mauer nicht mehr stand – nämlich 1990 (395.343).

Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Bildern versehene Schrift *Was war die Mauer?* umfasst neben dem Beitrag von Klaus Schroeder, der den „eingemauerten Sozialismus" angemessen charakterisiert, zwei Zeitzeugenberichte: Hartmut Richter schildert seine Erfahrungen als Fluchthelfer und dann als Gefangener des SED-Regimes, Axel Hartmann seine Erfahrungen als Leiter der Konsularabteilung der bundesdeutschen Botschaft in Ungarn. Dagmar Schipanskis abschließender Beitrag ist in die Zukunft gerichtet und optimistisch gehalten. Sie spricht vom „Wunder der Wiedervereinigung" (S. 75). Die Schrift der Stiftung Ettersberg und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen behandelt die Voraussetzungen des Mauerbaus, diesen selber sowie die Folgen. Es darf nicht verwundern, dass bei den Autoren (Hanns Jürgen Küsters, Manfred Wilke, Thomas Lindenberger, Gunnar Peters, Maria Nooke, Doris Liebermann) vieles auftaucht, was sie an anderer Stelle ausführlicher dargelegt haben. Der bekannte Journalist Peter Joachim Lapp, der in der DDR in den 1960er Jahren inhaftiert war und lange für den Deutschlandfunk gearbeitet hat, schildert – auch in einer Schrift der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen – die Geschichte der Mauer vom Bau bis zum Fall. Der Leser erkennt, dass der Autor die Materie beherrscht. Die Fakten stimmen, die Interpretation überzeugt. Das Ziel des Westens war, die Mauer „durchläs-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

siger“ zu machen; das Ziel des Ostens, mit der Mauer das eigene System zu stabilisieren. Die Abschnitte über die Grenzsicherung, die Grenzbevölkerung und die SED-Grenzdirektiven bieten sogar partiell Neues – etwa durch den Hinweis auf die stärkere Rolle des MfS bei der Grenzsicherung.[18]

4. Außenpolitische Dimensionen

Es besteht in der Forschung kein Konsens bei der Frage nach dem Initiator des Mauerbaus. Die amerikanische Historikerin Hope M. Harrison vertritt in der aktualisierten Version ihres bereits 2003 in den USA publizierten Buches *Ulbrichts Mauer* vehement die Auffassung, es sei Walter Ulbricht gewesen, der Chruschtschow so unter Druck gesetzt habe, dass dieser sich dessen Wünschen widerstrebend beugen musste. Die russischen Quellen, die sie als eine der ersten Wissenschaftler herangezogen hatte, sind offenkundig keineswegs nur in Harrisons Sinn zu interpretieren. Ulbricht firmiert als „Arbeiter aus der Stadt“, Chruschtschow als „Bauer vom Lande“ (S. 382). Der Rolle der DDR als „Superverbündeter“ der Sowjetunion müsse mehr Gewicht eingeräumt werden. Diese Position ist nicht Allgemeingut. Andere Forscher sehen in Chruschtschow den Hauptverantwortlichen. Die Interessen der Kommunisten in der Sowjetunion und in der DDR deckten sich weithin. Es galt nach Harrison, die krisenhafte Situation in der DDR zu stabilisieren. Der Mauerbau habe auch im sowjetischen Interesse gelegen. Dem kann schwerlich widersprochen werden.

Gleichwohl ist Harrisons Studie aufschlussreich – etwa durch die oft vernachlässigte Berücksichtigung personeller Faktoren. In der Tat lief die Schwäche der DDR auf ihre Stärke hinaus. Die Autorin untersucht die sowjetisch-ostdeutschen Beziehungen nach Stalins Tod sowie nach Chruschtschows fulminanter Rede auf dem XX. Parteitag 1956, ferner die Berlinkrise 1958-1961 mit Blick auf das sowjetisch-ostdeutsche Verhältnis. Ulbricht erwies sich als Hardliner, der Chruschtschow nicht immer ergeben war. So konnte er 1958 die sowjetische Unterstützung erlangen, um die innerparteilichen Kontrahenten Fred Oelßner, Karl Schirdewan, Ernst Wollweber auszuschalten. Und bereits 1953 hatte Ulbricht, dem der „Neue Kurs“ der Sowjetunion nicht zupass kam, seine Gegner Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser eigenmächtig ausgebootet. Aber widerspricht sich Harrison nicht selbst, wenn sie schildert, wie Breschnew 1971 Ulbricht durch Honecker ersetzen ließ? Schließlich war die DDR Anfang der 1970er Jahre nicht abhängiger von der Sowjetunion geworden als zuvor, im Gegenteil. Die DDR firmiert mehrfach als „Superverbündeter“ (S. 29, S. 378) der Sowjetunion, und ein solcher entfaltet nicht eben eigenständige Positionen. Wie die Beispiele zeigen, ist der Titel

18 Vgl. Peter Joachim Lapp, Die Grenztruppen der DDR (1961-1989), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 225-252.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in gewisser Weise ein Etikettenschwindel. Nur im letzten Drittel geht es um den Mauerbau.

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ (S. 298). Für Harrison ist dieser spektakuläre Satz Walter Ulbrichts auf einer Pressekonferenz vom 15. Juni 1961 nicht geplant gewesen: „Tatsächlich spricht alles dafür, dass die plötzliche Erwähnung der Mauer [...] eine Freud‘sche Fehlleistung war“ (S. 298). „Alles“? Ist eine solche Interpretation überzeugend? Da Ulbricht auf eine Mauer zu sprechen kam, ohne dass in der Frage davon die Rede war, kann Absicht vermutet werden. Freilich ist die mit der Aussage verbundene Intention schwer zu deuten. Bei Harrison selber heißt es, Ulbrichts anschließende Äußerung, die Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR seien auf vertraglichem Wege zu regeln, klang „wie eine Drohung: Sollte es nicht zu einer befriedigenden Vertragslösung kommen, könne die DDR das Problem auch dadurch lösen, dass sie ihre Bauarbeiter eine Mauer bauen lasse, um Westberlin abzuriegeln“ (S. 229).

Die Autorin erwähnt eine weitere versteckte Drohung: Würden die Westmächte zu keinem Friedensvertrag bereit sein, ließen sich die Transitwege zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterbrechen. Nach Harrison richteten sich die Sätze Ulbrichts nicht an die Westmächte, sondern an Chruschtschow. Ulbricht müsse klar gewesen sein, durch seine Erwähnung einer Mauer (wenn auch ex negativo) steige der Flüchtlingsstrom an. Das wiederum könnte den sowjetischen Regierungschef zu einem Plazet für den Mauerbau bewegt haben: Absicht oder keine Absicht? Tertium non datur. Aus der Autorin wird der Leser nicht recht schlau.

Ulbrichts immer wieder zitierte Äußerung hat ein gewisses Pendant in einem berühmten Satz von Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz am 9. November 1989 gefunden. Mit ihm (und seiner schnellen Verbreitung durch die Medien) begann der Fall der Mauer. Ulbricht starb 22 Jahre nach dem Mauerbau uneinsichtig als Kommunist, der gegen die Demokratie giftete; Schabowski wirkte 22 Jahre nach dem Mauerfall einsichtig als Demokrat, der den Kommunismus knallhart kritisiert. Äußerungen Harrisons zum Mauerfall sind kryptisch gehalten. „Ohne diese Politik [den Hardlinerkurs von Ulbricht und Honecker] und ohne die Mauer wäre das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten seit 1990 sicherlich harmonischer verlaufen und hätte keinen derart harten Bruch mit der ostdeutschen Vergangenheit bedeutet. Ulbrichts schädlicher Einfluss auf die Entwicklung in Deutschland reichte weit über seine Herrschaftszeit hinaus“ (S. 387). Aber hätte die DDR das Jahr 1990 dann überhaupt erlebt? Und wäre die Sowjetunion mit einem weicheren Kurs einverstanden gewesen?

Manfred Wilke holt bei seinen *Stationen der Teilungsgeschichte* weit aus – von den alliierten Kriegskonferenzen an. Sein informativer Band besteht aus drei großen Komplexen: Die bipolare Nachkriegsordnung Europas – Der Kampf um Berlin – Das Ende der zweiten Berlin-Krise. Das Jürgen Fuchs, Bärbel Bohley und Helmut Kohl gewidmete Buch klammert kaum einen Komplex aus, soweit er die außenpolitische Dimension betrifft. Aufgrund neuer Quellen wird detailliert der Entscheidungsprozess in puncto Grenzschließung nachgezeichnet. Im Schlussteil macht Wilke klar, dass er – wie etwa

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gerhard Wettig[19] – der These Harrisons nicht zustimmt. Zwar teilt er die Sicht, ohne die Mauer habe die DDR auf Dauer nicht existieren können, doch sei Ulbricht nicht „Herr des Verfahrens“ (S. 442) gewesen. Schließlich habe sich die Sowjetunion immer wieder über die DDR hinweggesetzt.

Die Kontroverse wird von beiden Seiten einigermaßen hochgespielt. Schließlich liegen die Positionen nicht so weit auseinander. Die eine Position leugnet schließlich nicht, dass es Ulbricht war, der auf die Schließung der Grenze drängte, und die andere gibt zu, es sei letzten Endes die Sowjetunion gewesen, die den Mauerbau befehligte. Der Kern des (müßigen) Streits: Der Spielraum der DDR gegenüber der Sowjetunion wird etwas unterschiedlich eingeschätzt.

Anders als Wilke konzentriert sich das von Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Natalja Tomilina und Alexander Tschubarjan herausgegebene Sammelwerk fast ausschließlich auf den *Wiener Gipfel 1961* zwischen Chruschtschow und Kennedy. Der voluminöse Band, aus einem Forschungsprojekt hervorgegangen, an dem Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich, Russland und den USA beteiligt waren, streicht die Bedeutung des Gipfels heraus. Der Bau der Mauer firmiert als eine Folge des Wiener Gipfels und als eine Art Kompromiss. Chruschtschow konnte keinen Friedensvertrag durchsetzen, und Kennedy ließ durchblicken, ihm gehe es um die Wahrung der amerikanischen Interessensphäre. Ob der hohe Aufwand, der in diesem Band betrieben wird, tatsächlich in einem angemessenen Verhältnis zum Ergebnis steht? Die Beiträge, die die Interaktion zwischen der westlichen und der östlichen „Supermacht“ herausstellen, kommen wohl zu kurz. Kein Autor ist mit so vielen – quellengesättigten – Beiträgen vertreten wie Gerhard Wettig (bezogen auf die sowjetische Politik).[20] Das Ende des Einleitungskapitels, das von Günter Bischof, Stefan Karner, Peter Ruggenthaler, Barbara Stelzl-Marx und Gerhard Wettig stammt, verdeutlicht, dass Ulbricht den Mauerbau wollte, Chruschtschow hingegen eher skeptisch war. „Das hieß freilich nicht, dass Ulbricht der Initiator gewesen wäre oder maßgebenden Einfluss auf die Entscheidung ausgeübt hatte.“ Chruschtschow sei der „allein bestimmende Akteur [gewesen]. Er agierte auch nicht unter ostdeutschem Druck“ (S. 69).

Die zweite Auflage des von Heiner Timmermanns herausgegebenen Bandes *1961 – Mauerbau und Außenpolitik* ist mit der Erstauflage identisch – abgesehen von einer knappen Einführung durch Helmut Wagner. Neuere Forschungsergebnisse können so nicht geboten werden. Dem Herausgeber ist zuzustimmen: „Flucht war vermutlich der Auslöser des Mauerbaus im Jahr 1961, und Flucht der DDR-Bewohner war zugleich der

19 Vgl. Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006; siehe die etwas andere Akzentuierung bei Matthias Uhl, Krieg um Berlin? Die Sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der Berlin-Krise 1958-1962, München 2008.

20 Vgl. auch Gerhard Wettig u. a. (Hrsg.), Chruschtschows Westpolitik, 1955 bis 1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, München 2011; ders., Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe. Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Auslöser des Mauerfalls von 1989“ (S. 15). Hier finden sich viele Autoren wieder, die sich anderorts ausführlicher zur Thematik geäußert haben (etwa Matthias Uhl und Gerhard Wettig). Und Wilfriede Otto hatte seinerzeit die Niederschrift des Wiener-Gipfel-Treffens zwischen Kennedy und Chruschtschow in diesem Band erstmals der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Ein Buch eigenen Kalibers ist das von Heinz Keßler, langjähriger Minister für Nationale Verteidigung, und Fritz Streletz, Chef des Hauptstabes der Nationalen Verteidigungsarmee. Die beiden hoch betagten Militärs rechtfertigen den Bau der Mauer mit der These im Titel: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zugleich heißt es, und dies passt im Grunde nicht zusammen, keineswegs die DDR, sondern die Sowjetunion sei für den Mauerbau verantwortlich. Selbstzweifel sind den Autoren fremd. Heftig werden Gorbatschow und Schewardnadse kritisiert, weil sie maßgeblich den Untergang der DDR herbeigeführt hätten. Dieser Sachverhalt stimmt in der Tat. Die Autoren sparen übrigens aus, wie sie 1961 den Mauerbau erlebt und empfunden haben. Der Leser hat den Eindruck, dass der Text jedenfalls teilweise von Frank Schumann stammt, dem Chef des Verlages edition ost, bei dem sich die Autoren für die „allseitige Unterstützung“ bedanken.

5. Innenpolitische Dimensionen

Die geheimen Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit an die SED-Führung stellen für die Forschung eine wahre Fundgrube dar.[21] Die Stasi-Unterlagen-Behörde hatte in einer neuen Editionsreihe 2009 bereits die Berichte für das Jahr 1976 aufbereitet und 2010 für 1988.[22] Eingangs stellt die Bearbeiterin Daniela Münkel die Geschichte des Berichtswesens der Staatssicherheit an die SED vor. Der Band bietet eine Auswahl der 260 Dokumente, die beigelegte CD-ROM enthält alle Meldungen der Staatssicherheit. Das Ergebnis Münkels: „Die Berichte zeigen einen Staat, dessen Stabilität erheblich beeinträchtigt war. Die Lektüre vermittelt den Eindruck, dass in der DDR so gut wie überhaupt nichts mehr funktionierte: Versorgungsprobleme auf allen Gebieten, eine katastrophale Wohnungssituation, eine marode Ökonomie, chaotische Verhältnisse in den neu gegründeten LPG, ein unfähiger und ineffektiver Funktionärsapparat auf allen Ebenen und eine unzufriedene Bevölkerung. Hinzu kam vor dem 13. August die massenhafte Fluchtbewegung Richtung Westen“ (S. 12). In der Tat ist in einigen Dokumenten ungeachtet ideologischer Verbrämungen offen von Missständen die Rede. Die Themen-

21 Vgl. Roger Engelmann, Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 23-55.

22 Vgl. Siegfried Suckut (Bearbeiter), Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009; Frank Joestel (Bearbeiter), Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

felder der Berichte sind weitgespannt. Sie reichen – wie im Zitat erwähnt – von Wohnungsraummangel über Probleme in der Landwirtschaft und Verfehlungen im Staatsapparat bis zur Fluchtbewegung und den Reaktionen auf den Mauerbau.[23]

Ein Bericht informiert über „die staatsfeindliche Tätigkeit einer jugendlichen Gruppe in Strausberg", die am 19. August 1961 festgenommen wurde. Zu der Gruppe gehörte der im September 1961 zu „lebenslänglich" verurteilte Michael Gartenschläger, der später durch „Freikauf" in den Westen gelangte und 1976 beim Versuch, Selbstschussanlagen an der Grenze zu demontieren, von DDR-Soldaten erschossen wurde.[24] Der Bericht über die „Reaktion der Angehörigen der Intelligenz auf die Schutzmaßnahmen der Regierung der DDR" vom 24. August 1961 spricht einerseits zwar davon, eine große Anzahl von Angehörigen der Intelligenz habe die Maßnahmen der Regierung befürwortet, andererseits aber heißt es, die „charakteristische Reaktion der meisten Angehörigen der Intelligenz [sei] jedoch eine seit Bekanntwerden der Maßnahmen festzustellende abwartende Haltung" (S. 231). Die „negativen Äußerungen" werden – nicht nur hier – auf den „Einfluss der feindlichen Hetze" zurückgeführt und detailliert aufgelistet.

Die Autorin arbeitet eine gewisse Zäsur im geheimdienstlichen Vorgehen heraus. Vor dem Mauerbau zeigte die Staatssicherheit eine stärkere Zurückhaltung. „Nach der Grenzsperrung – auch das spiegelt sich deutlich in der MfS-Berichterstattung wider – beginnt eine ein gutes halbes Jahr andauernde, auch für DDR-Verhältnisse ungewöhnliche kompromisslose Phase, die durch harte Repression und umfassende Disziplinierung gekennzeichnet ist" (S. 50). Bei aller Bedeutung der Berichte: Sie lassen zwar erkennen, welche Informationen die Staatssicherheit an die Partei weitergegeben hatte, aber daraus kann nicht umstandslos auf die Haltung der SED geschlossen werden.

Jochen Maurer will den Alltag der Grenztruppen um Berlin schildern. Dabei konzentriert der Autor sich auf ein spezifisches Grenzregiment: das Grenzregiment 33 in Berlin-Treptow. Die Quellenlage ist gut. Die Studie konzentriert sich auf die Zeit von Anfang der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre. Maurer, an der Bundeswehruniversität in Hamburg tätig, geht es u. a. darum, einer Verklärung der DDR entgegenzuwirken. Der Autor erörtert die Organisations- und Gliederungsgeschichte des Grenzkommandos Mitte, den Alltag im Grenzdienst, die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit, die Tätigkeit der Grenzsoldaten, ihr Stimmungsbild und den Auftrag der Grenztruppen, die Macht des realen Sozialismus zu verteidigen. Die Studie, informativ geschrieben, wirft aufschlussreiche Perspektiven für die Forschung auf. So geht es um die Frage, wie die Grenztruppen ihre Rolle wahrgenommen haben. Sahen sie sich als ein Teil der Elite? Wie stark waren bei ihnen oppositionelle Tendenzen?

Ronny Kerns Arbeit konzentriert sich auch auf Treptow, ist allerdings anders angelegt. Das bebilderte Buch betrifft die Zeit von 1961 bis 1989, und der Autor hat Zeitzeu-

23 Siehe die Zusammenfassung von Daniela Münkel, Mauerbau und Staatssicherheit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-34/2011, S. 34-39.

24 Vgl. dazu Freya Klier, Michael Gartenschläger. Kampf gegen Mauer und Stacheldraht, Berlin 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen interviewt – Flüchtlinge ebenso wie Grenzsoldaten. Dadurch gewinnt die Studie an großer Anschaulichkeit. Saufgelage galten als eine Art Ventil für den Frust der Soldaten. „Somit wurde das Schmuggeln von Alkohol zu einem gewissen Alltagsgeschehen für die Grenzsoldaten" (S. 163). Anna Rohr lässt abschließend die „50 Jahre nach dem Mauerbau" Revue passieren. Sie bezieht sich dabei besonders auf das Mauergedenken in Treptow. Die Erinnerungs-, Gedenk- und Forschungsinitiativen zur Berliner Mauer sind dort mittlerweile beträchtlich. Das Museum Treptow leistet mit der Dauerausstellung zur Geschichte der Mauer einen beachtlichen Beitrag.

Der Bau der Mauer bedeutete für den S-Bahn-Betrieb eine Zäsur: Die S-Bahn fuhr nicht mehr zwischen Ost und West. Der Autor, ein S-Bahn-Historiker, schildert anschaulich die Erfahrungen von Eisenbahnern, die seinerzeit die Spaltung des S-Bahnnetzes miterlebt hatten, ferner Lageberichte der West-Berliner Polizei und der DDR-Transportpolizei. So entsteht ein einprägsames Bild von den Ereignissen 1961. Zugleich holt der Autor weit aus – Schikanen vor 1961 kommen zur Sprache. Das Buch, in der Tat hochwertig ausgestattet (die Werbung ist nicht übertrieben), enthält zahlreiche Fotos, graphische Darstellungen und viele Dokumente. Auch wenn es die Rahmenbedingungen[25] nur streift: Die Fallstudie macht die Konsequenzen der Teilung des S-Bahnnetzes für die Berliner deutlich. Der Westen rief zum Boykott der unter östlicher Verwaltung stehenden S-Bahn auf. Vandalismus blieb zunächst nicht aus. Die Fahrgastzahlen gingen beständig nach unten. Betrug die Zahl der West-Berliner Fahrgäste 1960 über 100 Millionen, so ließ sie kontinuierlich nach (1970: 42,5 Millionen; 1980: 11,5 Millionen). 1984 schließlich übernahm die West-Berliner BVG nach Verhandlungen zwischen dem West-Berliner Senat und der DDR-Reichsbahn den S-Bahnbetrieb im Westen der Stadt.

6. Wege durch die Mauer

Durch den Mauerbau war der Osten vom Westen abgeriegelt. Gleichwohl gab es Mittel und Wege, in den Westen zu gelangen – zum Teil auf abenteuerliche Weise. Not machte erfinderisch. „Fluchthilfe" spielte zumal in den 1960er Jahren eine große Rolle. Burkhart Veigel, der Autor des Bandes *Wege durch die Mauer*, fungierte als einer der erfolgreichsten Fluchthelfer. Der 23jährige Medizinstudent entschloss sich 1961, in dieser Funktion aktiv zu werden. Das Buch ist einerseits autobiographisch geprägt, andererseits wissenschaftlich orientiert. Leider werden viele Vorgänge nicht detailliert dokumentiert. Um das Urteil vorwegzunehmen. Es handelt sich um ein authentisches, reichhaltig bebildertes Buch, um eine der besten Studien zur Thematik.[26] Dem Werk liegen

25 Vgl. Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen! Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004.

26 Vgl. hierzu insgesamt: Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989, München 2005; siehe auch Maria Nooke/Lydia Dollmann (Hrsg.), Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau, Berlin 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ca. 100 Interviews mit Fluchthelfern und Flüchtlingen zugrunde. Das Ziel ist es, die Fluchthilfe „von dem Makel des Anrüchigen“ (S. 10) zu befreien. Das ist gelungen. Zugleich wollte der Autor „Ereignisse ohne Tabus beschreiben, auch wenn die Schilderungen mir und meinen Freunden wehtun“ (S. 10). Das ist – verständlicherweise – weniger gut gelungen. Das Buch, den „drei Lehrmeistern“ des Autors gewidmet: Detlef Girrmann, Bodo Köhler, Dieter Thieme, schildert u. a. die Flucht mit Ausweisen und Pässen, die Flucht durch die Kanalisation Berlins, die Flucht über die skandinavischen Länder, die Flucht über die „Doppelgänger-Tour“, die Flucht in Autos. Der Leser wird von den anschaulich präsentierten Vorgängen mitgerissen, etwa von den abenteuerlichen Fluchten in einem umgebauten Cadillac – unter dem Armaturenbrett.

Der Autor begründet sein Verhalten als aktiver Fluchthelfer mit „übergesetzlichem Notstand“. Sein nicht ganz unproblematisches Fazit: „Die Legitimität war uns immer wichtiger als die Legalität“ (S. 43). Die „Nachbetrachtungen“ sind nicht ohne Informationswert, zum Teil überraschend: Die Fluchthelfer waren mehrheitlich Studenten, vor allem solche der Medizin, die politische Orientierung: „praktisch ohne Ausnahme, politisch ziemlich weit links“ (S. 375). Nach dem Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 ging die Politik auf Distanz zu den Fluchthelfern. „Der Senat wollte kleine Verbesserungen für ganz viele Menschen erreichen. Wir verbesserten das Leben von ganz wenigen Menschen, aber dafür grundlegend“ (S. 379 f.). Der Autor spricht offen davon, ab 1962 sei Fluchthilfe nicht mehr unentgeltlich möglich gewesen. „Geld zu nehmen oder nicht, war und ist jedenfalls ein absolut untaugliches Kriterium zur Differenzierung der Fluchthilfe“ (S. 381). Veigel schließt sein Buch mit einem engagierten Plädoyer für die Demokratie. Die Auflistung der eigenen Schulden wegen der Fluchthilfe am Ende der Ausführungen wirkt etwas selbstgerecht.

Veigel erwähnt eigens, er habe zwei Fluchtwege weniger minutiös abgehandelt – die Tunnel[27] und die umgebauten Autos (mit Blick auf die Literaturlage). Das ähnlich angelegte Buch von Klaus-M. von Keussler und Peter Schulenburg gibt einen informativen Einblick in die Gruppe um Wolfgang Fuchs, die eine Vielzahl von Menschen mittels Tunnelbau in den Westen geschleust hat. 57 Menschen gelangten 1964 durch einen Tunnel in der Bernauer Straße in die Freiheit. Die beiden Autoren, die als Jura-Studenten zu der Gruppe gehörten, vermitteln einen guten Eindruck von der damaligen Atmosphäre. Idealismus war ein Hauptmotiv der Fluchthelfer. Das war später, als kommerzielle Interessen eine Rolle spielten, nicht immer so. Zudem ging die öffentliche Meinung auf Distanz.

Beide Bände sind interessant geschrieben, machen neugierig. Dass das Risiko für Fluchthelfer immer riskanter ausfiel, zeigt das Schicksal Peter Schulenburgs: Er wurde bei einer Aktion gefasst, blieb jedoch nur ein Jahr im Gewahrsam der Sicherheitsorgane der DDR, die ihn dann in den Westen abschoben (im Zuge eines „Gefangenen“-Austausches).

27 Vgl. dazu Dietmar Arnold/Sven Felix Kellerhoff, Die Fluchttunnel von Berlin, Berlin 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Klaus Behling, in der DDR Diplomat (Laos, Kambodscha, Rumänien) und bis zur „Wende“ Oberassistent am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam, danach bis zur Pensionierung Journalist beim Springer Verlag, trägt 250 „Fluchtgeschichten“ aus der DDR zusammen – chronologisch geordnet nach den 1960er, 1970er und 1980er Jahren. Der Titel spielt auf den Sarkasmus der DDR-Bevölkerung an. Der Autor erinnert an den „Treppenwitz“ (S. 7), dass Erich Honecker nicht mehr in Deutschland leben wollte. Er setzt sich vom sowjetischen Militärhospital in Beelitz am 13. März 1991 in die Sowjetunion ab. Am 11. Dezember 1991 flüchtet er in die chilenische Botschaft in Russland, und am 29. Juli 1992 kehrt er nach Deutschland zurück, wo das Verfahren am 12. Januar 1993 gegen den todkranken Mann eingestellt wird. Danach nimmt Honecker das Flugzeug nach Chile, wo er am 29. Mai 1994 verstirbt. „So endet die Fluchtgeschichte der DDR mit einem klaren Rekordhalter aller Klassen: Der ehemalige Staatschef persönlich ist es, dem als ältesten Flüchtling die zeitlich längste, geographisch weiteste und politisch spektakulärste Flucht gelang“ (S. 190). Allerdings kann im strengen Sinne des Wortes von „Flucht“ nicht die Rede sein. Immerhin geht Honeckers Verlassen des Landes glimpflicher aus als das mancher Bürger der DDR.[28] Das gilt etwa für Conrad Schumann, der Hauptperson der „ersten Fluchtgeschichte“. Sein Sprung über den Stacheldraht am 15. August 1961 ist das „wohl bekannteste Fluchtfoto aus den Tagen des Mauerbaus“ (S. 9). Schumann, der seine Angst vor Agenten der Staatssicherheit nicht verliert, leidet unter Depressionen und erhängt sich neun Jahre nach dem Fall der Mauer. Behling schildert geglückte und missglückte Fluchten, von denen manche tödlich enden. Das Buch, eingängig geschrieben, verzichtet auf jeden wissenschaftlichen Anspruch. Gleichwohl macht es die Vielfalt der Fluchtmöglichkeiten deutlich, auch die Vielfalt der Motive. Ein Fluchthelfer: „Das Mädchen wollte zu ihrem Freund. Das war schon alles!“ (S. 18).

Flucht, Ausreise, Freikauf – drei Wege, um die DDR zu verlassen. Die Zahl der Ausreisen lag bei über 300.000, die Zahl der Fluchten bei über 200.000, die der Freikäufe bei etwa 33.000. Die Deutsche Gesellschaft präsentierte auf einem Symposium zu jeder Variante einen Vortrag[29] und eine Diskussion. Maria Nooke behandelt erfolgreiche und gescheiterte Fluchten. Hans-Hermann Hertle macht deutlich, dass die westdeutsche Politik weder vor dem 13. August 1961 noch vor dem 9. November 1989 die Menschen in der DDR ermutigt hat, ihr Land zu verlassen. Und Hertle erwähnt, die Mehrheit der Grenzsoldaten habe offenbar bewusst daneben geschossen. Insofern sind Berichte von „schießwütigen“ Grenzpolizisten oft nicht differenziert genug. Klaus Schroeder informiert über Ursachen, Wirkungen und Folgen der Ausreisebewegung. Diese sei „einer der Sargnägel des SED-Staates“ (S. 68) gewesen. Die Genehmigung der Ausreisen war

28 Vgl. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam/Stiftung Berliner Mauer (Hrsg.), Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009; Hans-Hermann Hertle/Gerhard Sälter, Die Todesopfer an Mauer und Grenze, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 667-676.

29 Beim Thema „Freikauf“ beantwortet Ludwig Rehlinger Fragen von Jürgen Engert, ehe die Diskussion folgt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

für die SED ebenso misslich wie ihre Verweigerung. Günter Jeschonnek, 1987 zwangsausgebürgert, hebt in der Diskussion ebenfalls die starke Bedeutung der Ausreisebewegung für den Zusammenbruch der DDR hervor – sie „war viel wirksamer als die kleine Opposition" (S. 83). Ludwig A. Rehlinger erklärt, die Initiative zum „Freikauf" sei vom Osten ausgegangen. „Ich bin auch heute noch der Meinung: Der Freikauf von politischen Häftlingen war aus moralischen und juristischen Gründen richtig. Was wir getan haben, das hat man müssen" (S. 89). In der Diskussion spricht Elke-Ursel Hammer, im Bundesarchiv tätig, einen heiklen Punkt an: die Frage des Agentenaustausches. Akten, die zu den „Verschlusssachen" gehören, lagern zwar im Bundesarchiv, können aber nicht eingesehen werden – auch nicht nach mehr als 30 Jahren. Das ist ein Missstand.

Etwa 1,4 Millionen Flüchtlinge „durchliefen" das Notaufnahmelager Marienfelde.[30] Die Evangelische Flüchtlingsseelsorge ließ seinerzeit etwa 2.000 Bilder anfertigen, z. B. für Spendenwerbung. Aus dem Bildarchiv sind in dem von Clemens Niedenthal gut dokumentierten Bildband 70 meist unbekannte Aufnahmen ausgewählt worden. Niedenthal präsentiert die Geschichte des Fotoarchivs und gibt einen authentischen Einblick in den Alltag im Lager. Die Bilder veranschaulichen das Geschriebene eindrucksvoll. Die Fotos aus der „Kleiderkammer" etwa gehen nahe – zumal demjenigen, der in einem solchen Notaufnahmelager weilte. Was ein wenig stört, ist die bisweilen bärbeißige – und wohlfeile – Kritik Niedenthals am damaligen Zeitgeist.

7. Das „Mauerwerk"

Die Stiftung Berliner Mauer wurde 2008 errichtet. Als Direktor fungiert seit 2009 der Kunsthistoriker Axel Klausmeier. Gemeinsam mit Günter Schlusche hat er in der von der Stiftung herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Geschichte von Mauer und Flucht" ein Buch zur *Denkmalpflege für die Berliner Mauer* vorgelegt.

Es ist paradox: Erst sollten die Überreste der Berliner Mauer verschwinden (sie war über 155 km lang), und jetzt geht es darum, diese zu erhalten. Sie finden sich heute noch an der Stralauer Straße, an der Niederkirchner Straße und – nicht zuletzt – an der Bernauer Straße.[31] Manch ein Besucher fragt: „Wo stand die Mauer in Berlin?"[32] „Das vorliegende Buch", so die Herausgeber, „widmet sich nun erstmalig Aspekten und Methoden der Konservierung dieses nach Norbert Huse ‚unbequemen Baudenkmals' […]. Zugleich handelt es von einer der größten aktuellen denkmalpflegerischen Herausforde-

30 Vgl. Bettina Effner/Helge Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2005; Elke Kimmel, „… war ihm nicht zuzumuten, länger in der SBZ zu bleiben". DDR-Flüchtlinge im Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2009.

31 Vgl. u. a. Gerhard Sälter, Mauerreste in Berlin. Der Abbau der Berliner Mauer und noch sichtbare Reste in der Berliner Innenstadt, 2. Aufl., Berlin 2007.

32 Vgl. Gabriele Camphausen/Christoph Bahr/Günter Schneider, Wo stand die Mauer in Berlin?, 2. Aufl., Berlin 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rungen, ist Stahlbeton doch ein vergleichsweise ‚junges' Material, das – nicht viel älter als 150 Jahre – seine Bedeutung für das Bauwesen erst auf der Grundlage ingenieurwissenschaftlicher Forschung erhielt" (S. 12). Der reich bebilderte Band beruht auf einer Tagung der Stiftung Berliner Mauer im Februar 2010.

Vier – nicht immer ganz trennscharfe – Themenbereiche stehen im Vordergrund. Die „Prinzipien denkmalpflegerischen Handelns" sind von großer Bedeutung. So stellte sich nach Rainer Klemke heraus, dass der Erhaltungszustand der verbliebenen Mauerteile schlechter ist als vermutet. Wie Günter Schlusche zu Recht verdeutlicht, war die Grenzmauer „nur das finale Element eines Komplexes, tief gestaffelten und im Laufe ihrer 28-jährigen Existenz immer perfekter ausgebauten Grenzanlage, deren Hauptzweck nach innen, also gegen die eigene Bevölkerung gerichtet war" (S. 40). Ost-Berliner sahen nur die „Hinterlandmauer". Die „Beispiele aktueller Denkmalpflegekonzeptionen aus dem In- und Ausland" sollten Anregungen für den angemessenen Umgang mit den Mauerresten geben. Gabi Dolff-Bonekämper erörtert die beiden unterschiedlichen Positionen im Umgang mit Baudenkmalen: „Alles soll so bleiben, wie es ist!" versus „Alles soll (wieder) so werden, wie es war". Für Julia Harrap ist es wichtig, dass die Konservierungsmethode einerseits die Erinnerung an das Grauen der Mauer ermöglicht und andererseits die Erinnerung an die Freude über den Fall der Mauer. Die „praktischen Berichte zum restauratorischen Umgang mit Stahlbeton" verdeutlichen, dass es keineswegs einfach sein dürfte, durch die notwendigen Konservierungsmaßnahmen das überlieferte Bild vom „Bauwerk" der Mauer nicht zu beeinträchtigen. Laut Norbert Beuler stellt sich das Problem wie folgt dar: „Nun ist es unsere Aufgabe, zusammen mit den Gutachtern Wege zu finden, wie die Mauerreste so authentisch als möglich, jedoch mit möglichst minimalen Eingriffen erhalten werden können" (S. 124).

„Das Konservierungskonzept für die Reste der Berliner Mauer an der Bernauer Straße" ist umfassend. Zu den wichtigsten Erhaltungsstrategien, über die Konsens bei den Fachleuten aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien erzielt wurde, gehören: eine möglichst vollständige Sicherung der Bausubstanz; Respekt vor dem vorgefundenen Zustand. Schließlich würden die „Schäden" in erster Linie auf die nach dem 9. November 1989 aktiven „Mauerspechte" zurückgehen. „Die Bewahrung dieses Schadensbildes", so Günter Schlusche, „transportiert damit die eminent wichtige politische Aussage, dass die Mauer eben nicht unbegrenzt stehengeblieben ist, sondern infolge des zivilen Widerstandes geöffnet werden musste, immer mehr durchlöchert wurde und schließlich bis auf wenige Reste verschwand" (S. 188). Wer diesen Band studiert, kommt um zwei Feststellungen nicht herum: Erstens ist die hohe Sorgfalt beim denkmalpflegerischen Umgang mit dem Mauerwerk hervorhebenswert; zweitens muss die Frage gestellt werden, ob es nicht angebracht gewesen wäre, sich schon viel früher diesen Aufgaben anzunehmen. Kommende Generationen erhalten so einen authentischen Eindruck vom Mauerwerk, nicht unbedingt von den menschlichen Tragödien durch die Teilung des Landes und der Stadt.

Die nachfolgenden drei Bildbände verdeutlichen dies hingegen. Das von Kai Diekmann, dem Chef der *Bild-Zeitung*, herausgegebene Werk ist repräsentativ gestal-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tet.[33] Es besticht durch oft unbekannte Bilder, Zeitzeugnisse und Dokumente, ebenso durch Texte zu den 15 Kapiteln, die von Ulrich Mählert, Ralf Georg Reuth und Hans-Wilhelm Saure stammen. Das Spektrum der Themen ist breit gespannt: Der Weg zur Mauer – Der 13. August 1961 – Reaktionen – Repressionen und Flucht – Der Grenzausbau 1961-69 – Wiedersehen – Wege in die Freiheit – Die Toten der Grenze – Politische Verfolgung – Leben mit der Mauer – Der Grenzausbau 1970-89 – Der Fall der Mauer – Aufarbeitung – Die Mauer in der Welt. Das Kapitel über den Grenzausbau ist besonders aufschlussreich. Das Sicherungssystem wurde immer stärker perfektioniert (neun von zehn Fluchten misslangen); der Abbau der Splitter- und Bodenminen von 1983 bis 1985 steht dazu in keinem Gegensatz.

Der Band beeindruckt vor allem deshalb, weil er den Schicksalen von Personen nachgeht, die seinerzeit für Schlagzeilen gesorgt hatten. Ein Beispiel: 1962 war der Grenzpolizist Rudi Thurow spektakulär geflohen und später als Fluchthelfer aktiv. Der Versuch der Staatssicherheit, ihn zu entführen oder zu ermorden, scheiterte. Thurow heute: „Ich hatte Glück. Im entscheidenden Moment kam immer etwas dazwischen“ (S. 57). Wie der Band erhellt, brachte die Freiheit allerdings nicht allen Geflüchteten Glück.

Stark dokumentarischen Charakter haben auch die *Mauerjahre*. Die Entwicklung von 1961 bis 1990 wird Jahr für Jahr chronologisch eingefangen. Der Begleitband zu einer Fernsehdokumentation ist thematisch breiter angelegt als Dieckmanns Dokumentation, fällt aber gegenüber diesem etwas ab – vor allem deshalb, weil er zu viel will: Jedes Jahr steht unter einem Schwerpunktthema. Daneben gibt es die beiden Rubriken „Zeitzeugen berichten“ und „Zeitgeschehen“. Was etwa hat die Schleyer-Entführung 1977 mit dem „Leben im geteilten Berlin“ zu tun?

Dem voluminösen Buch *Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen* liegt eine Ausstellung zugrunde, die auf einem umfangreichen Forschungsprojekt basierte, gefördert von der Volkswagenstiftung. Kein Bundesland wies eine so lange innerdeutsche Grenze wie Niedersachsen auf.[34] 28 Stationen werden anschaulich dokumentiert: von Friedland, bekannt als „Grenzdurchgangslager“, bis Vocktey: Menschen aus diesem Sperrgebiet wurden evakuiert, zunächst in der „Aktion Ungeziefer“ (1952), später in der „Aktion Rose“ (1961). Daneben gibt es einführende Beiträge (etwa zur innerdeutschen Grenze als Thema der Zeitgeschichte), systematische Einordnungen (etwa zur Chronologie der deutsch-deutschen Teilung) sowie Forschungsergebnisse zur innerdeutschen Grenze (etwa zu den „Zaun-Gästen“, zur Grenze als „Touristenattraktion“). Auch wenn der von vielen Autoren verfasste Begleitband zur Ausstellung des Historischen Museums Hannover vielleicht etwas unübersichtlich gestaltet ist, so überzeugt er einerseits durch eine gut bebilderte Dokumentation und andererseits durch

33 Siehe auch Kai Diekmann (Hrsg.), Die Mauer – Fotografien 1961-1992, Köln 2009; ders./Ralf Georg Reuth (Hrsg.), Die längste Nacht, der größte Tag. Deutschland am 9. November 1989, München/Zürich 2009.

34 Vgl. auch Roman Grafe, Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990, München 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kurzweilig geschriebene Texte. Den Herausgebern und den Autoren gebührt großer Dank für die Erstellung dieses Mammutwerkes. Der Zufall will es, dass alle drei zuletzt genannten Dokumentationen auf dem Buchrücken den berühmten Satz Ulbrichts vom 15. Juni 1961 an die erste Stelle setzen: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten." 60 Tage später wurde diese Aussage dementiert.

8. Abschließende Bemerkungen

Viele Studien geben (nur) Bekanntes wieder. Das kann angesichts der intensiv ausgeleuchteten Materie schwerlich anders sein.[35] Und: Jubiläumsliteratur ist selten wissenschaftlich weiterführend. Gibt es Forschungslücken? Die Geschichte des Baus wie des Falls der Mauer ist detailliert erörtert worden. Gleiches gilt für die Zeit der „Mauerjahre" wie für die Zeit danach. Hingegen kommt die Zeit vor 1961 zu kurz – etwa mit Blick auf den Alltag in Berlin.[36] Wo liegen Parallelen, wo Unterschiede zwischen den Jahren vor dem Mauerbau und nach dem Mauerfall – bezogen auf Ost und West? Vor allem: Warum ist in den 1970er und 1980er Jahren so wenig im Westen über die Folgen des Mauerbaus berichtet worden?[37]

Auch wenn die Mauer nur „gute" 28 Jahre stand (es waren für die Menschen im Osten überwiegend „schlechte" Jahre), so wirkt diese Zeit bis auf den heutigen Tag nach. Sie konnte zwar das Ende der diktatorischen DDR hinausschieben, aber nicht Kontakte zwischen Ost und West unterbinden. Der Bau der Mauer war nötig, damit sich die SED-Diktatur halten konnte – und möglich, weil die Sowjetunion die DDR vor dem „Ausbluten" retten wollte. Hingegen wurde der Fall der Mauer als nötig angesehen, weil sich die SED-Diktatur halten wollte – und möglich, weil die Sowjetunion die Existenz der DDR nicht mehr um jeden Preis als nötig ansah. Die Existenz der DDR hing von der Existenz der Mauer ab.

Der Linken fällt es, wie eingangs erwähnt, nach wie vor schwer, die Berliner Mauer ohne Vorbehalte abzulehnen. Immer wieder flammen in der Partei Konflikte um ihre Notwendigkeit auf, wie das 2011 in Mecklenburg-Vorpommern der Fall war. 2011 beendete die SPD nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus die Koalition mit der Linken in Berlin freilich nicht wegen dubioser Äußerungen der Linken zum Mauerbau – obwohl es davon genug gab. So heißt es bei Stefan Bollinger, einem Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linken, „angesichts der gezielten Delegitimierung

35 Vgl. etwa Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13. August 1961: Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung, Bremen 2001; Patrick Major, Behind the Berlin Wall. East Germany and the frontiers of power, Oxford 2010.

36 Zu den Ausnahmen zählt der Band von Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003.

37 Vgl. etwa Hans Georg Lehmann, Mit der Mauer leben? Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/1986, S. 19-34.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der DDR und des realen Sozialismus tritt die Untersuchung der historischen Rahmenbedingungen für diese letztlich folgenschwere Entscheidung der politischen Führungen in der Sowjetunion und der DDR zurück.“[38] Bollinger, und nicht nur er, ist einem Äquidistanzdenken zwischen Ost und West verpflichtet – wohlwollend formuliert. Vor allem ist die folgende Analyse irrig: „Der Reformverzicht der 1960er Jahre sorgte 1989 dafür, dass die nun überflüssige Maueröffnung zum Fanal des Untergangs des Staates wurde.“[39] Der Autor glaubt offenkundig daran, es sei möglich gewesen, „in Ruhe und Sicherheit eine neue Ordnung aufzubauen, vor der niemand mehr wegläuft und die als Magnet alle Menschen guten Willens anzieht.“[40] Laut Bollinger „gab die SED-Führung nach und öffnete drei Wochen nach Honeckers Sturz mit einem ‚Versprecher‘ in einem kalten Staatsstreich gegen die Demonstranten auf der Straße die Grenzen“.[41] Wer den Fall der Mauer als „kalten Staatsstreich“ ansieht, hat wenig aus der Geschichte des eingemauerten Landes gelernt.

Es muss daher nicht verwundern, dass sich die Linke nicht für die Wahl Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten erwärmen konnte. Dieser hatte die Menschen in der DDR als „Insassen“[42] bezeichnet – nicht um diese zu diskreditieren, sondern um das diskreditierte System zu delegitimieren.

38 So Stefan Bollinger, Der Sieg, der eine Niederlage war. 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer, in: Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heft 23/2011, S. 1.
39 Ebd., S. 14.
40 Ebd.
41 Ebd.
42 Vgl. Joachim Gauck, Freiheit. Ein Plädoyer, München 2012, S. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sammelrezension:

Islamistischer Extremismus, Dschihad und arabische Umbrüche

Von Kai Hirschmann

Bernd Greiner, 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011 (*C.H. Beck*), 279 S.

Clemens Heni, Schadenfreude. Islamforschung und Antisemitismus in Deutschland nach 9/11, Berlin 2011 (*Edition Critic*) 410 S.

Elmar Theveßen, Nine Eleven. Der Tag, der die Welt veränderte, Berlin 2011 (*Propyläen*), 352 S.

Khaled al-Berry, Ich war ein Gotteskrieger. Mein Leben als Islamist, Freiburg/Brsg. 2011 (*Herder*), 260 S.

Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland (= Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik), Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 321 S.

Thomas Jäger (Hrsg.), Die Welt nach 9/11. Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft (= Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik), Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 1009 S.

Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller (Hrsg.), 9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 144 S.

Helga Reiter/Margit Embacher (Hrsg.), Europa und der 11. September 2001, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 281 S.

Gernot Erler, Das Versagen nach 9/11. Mit besseren Strategien gegen den Terror, Hamburg 2011 (*Edition Körber Stiftung*), 110 S.

Berndt Georg Thamm, Terrorziel Deutschland. Strategien der Angreifer Szenarien der Abwehr, Berlin 2011 (*Rotbuch*), 288 S.

Konrad Freiberg/Karsten Rudolph, Verunsicherte Freiheit. Innere Sicherheit nach 9/11, Berlin 2011 (*Vorwärts Buch*), 120 S.

Thomas Schmid/Frank Nordhausen, Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 216 S.

Michael Lüders, Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt, München 2011 (*C.H. Beck*), 240 S.

Volker Perthes, Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011 (*Pantheon*), 224 S.

Hamed Abdel-Samad, Krieg oder Frieden. Die arabische Revolution und die Zukunft des Westens, München 2011 (*Droemer Knaur*), 240 S.

Jörg Armbruster, Der arabische Frühling. Als die islamische Jugend begann, die Welt zu verändern, Frankfurt a. M. 2011 (*Westend*), 239 S.

Stefan Weidner, Aufbruch in die Vernunft. Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen, Bonn 2011 (*J.H.W. Dietz*), 256 S.

Mathias Bröckers/Christian C. Walther, 11.9. – Zehn Jahre danach. Der Einsturz eines Lügengebäudes, Frankfurt a. M. 2011 (*Westend*), 320 S.

Jesse Ventura/Dick Russel, Die amerikanische Verschwörung. 9/11 und andere Lügen, München 2011 (*Heyne*), 384 S.

Die Kontrolle über das System und politische Prozesse in einem Staat sind die entscheidende Machtquelle. Der Staat sollte in der Lage sein, auf seinem Territorium ein Ordnungsmanagement (Sicherheit und Wohlfahrt) zu gewährleisten, gesellschaftliche Beziehungen zu regulieren, sowie Ressourcen zu mobilisieren und zielgerichtet zu verwen-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den. Ist ein Staat dazu nicht fähig, besteht die Gefahr der Fragmentierung und damit der Herausbildung von Parallelstrukturen. Solche Entwicklungen sind heute politisch bestimmend: Die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung sind nicht mehr starke, sondern schwache Staaten. Die Grenzziehungen von Nationalstaaten insbesondere in Afrika und Asien erfolgten häufig willkürlich nach politischen Interessen Dritter. Beherrschende Mächte waren nicht daran interessiert, Gebiete mit einer eigenen Identität als Staat zu versehen. Ethnisch homogene Siedlungsräume wurden ignoriert und bunt zusammengewürfelte Verwaltungsgebiete geschaffen, die nach ihrer Unabhängigkeit zu Nationalstaaten wurden. Derartige Konstrukte genießen in der Bevölkerung wenig Legitimation. Die Erfahrungen der Geschichte haben gezeigt, dass „unnatürliche" Nationalstaatsgebilde oft durch autoritäre Herrschaftssysteme zusammengehalten werden. Zumeist haben sich Herrschaftscliquen den Staatsapparat angeeignet und finanzieren sich aus den Ressourcen des Landes, wobei die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen bleibt. Durch den Machtmissbrauch der Eliten öffnet sich zusätzlich eine soziale Schere. Autoritäre Regierungen schaffen es nicht, den Unmut über Fehlentwicklungen, größer werdende soziale Ungleichheit und Perspektivlosigkeit in den Griff zu bekommen. In der Folge werden immer mehr Menschen versuchen, sich der Umklammerung des Staates zu entziehen und Bewegungen Gehör schenken, die das System nicht reformieren, sondern beseitigen wollen und dabei die zunehmende Fragilität und Delegitimierung der Staaten ausnutzen.

In diese Kategorie fallen seit ca. 60 Jahren die islamistischen Oppositionsbewegungen. Sie entwickeln ihre Ideen als radikalen Gegenentwurf zur herrschenden Ordnung, die sie beseitigen wollen. Eine ideologische Interpretation von Religion wird dabei häufig als Legitimation herangezogen. In Prozessen des Staatszerfalls werden diese Oppositionsgruppen stets versuchen, politische Macht an sich zu reißen, indem sie die Politik der herrschenden Regime angreifen und das System mit religiösen Begriffen neu definieren. Die Bevölkerungen sind zunehmend geneigt, neuen und radikal anderen politischen Kräften eine Chance zu geben, da die alte Ordnung aus ihrer Sicht nicht in der Lage war, Unterwicklung, Benachteilungen und Fehlentwicklungen zu verhindern. Die Ideologie für eine islamische Weltordnung und gewaltsame „Verteidigungsanstrengungen" (Dschihad) entstammt vor allem den Arbeiten der Gelehrten Maududi, al-Banna und Qutb. Das neue islamistische Denken begann in den 1920er Jahren in Ägypten und Indien/Pakistan. Sayyid Abul Ala Maududi (1903-1979) propagiert als Ziel den islamischen Staat. Wichtigstes Mittel hierzu ist der gewaltsame Dschihad, für den er die Muslime zum Kampf aufruft. Hassan al-Banna (1906-1949), Gründer der ägyptischen Muslimbrüder, lehrte, dass der Tod im „Dschihad des Schwertes" die höchste Form des Martyriums sei. Al-Banna schuf mit einem weit verbreiteten Dschihad-Essay eine der ideologischen Grundlagen der Gewaltanwendung. Der Dschihadismus heutiger Prägung erhielt seine Ausrichtung und Qualität erst durch die grundlegenden Arbeiten des ägyptischen Lehrers und Theologen Sayyid Qutb (1906-1966), der ab den 1950er Jahren eine führende Rolle in der ägyptischen „Muslimbruderschaft" einnahm. Qutb propagierte einen Kampf gegen die eigenen Regierungen in den muslimischen Staaten und den ihre Diktaturen stützen-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den Westen. Seine Schriften gelten als wichtiges geistiges Fundament der Mudschahiddin (Dschihad-Kämpfer) weltweit. Ab den 1970er Jahren wurde Qutbs grundlegende Dschihad-Ideologie durch Weiterentwickler, allen voran der palästinensische Muslimbruder Abdullah Azzam, verfeinert, der der Mentor und Lehrer Osama bin Ladens war.

Die islamistischen Bewegungen wurden zu allen Zeiten von den Regierungen verfolgt, bemühten sich aber mittels sozialen Engagements um die Sympathie der Bevölkerung. Über 60 Jahre nach der ersten Formulierung dieses radikalen Gegenentwurfes zur herrschenden Ordnung gab es erstmals eine Chance auf politische Umsetzung der Ideen. Die konservativen und fundamentalistischen Bewegungen in den arabischen Staaten nutzten sie. Die Umstürze und Revolten in Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien, dem Jemen und anderen seit dem Frühjahr 2011 zeigen, dass sich die Herrschaft autoritärer Machthaber dominoartig dem Ende zuneigt. Die Ursachen der Proteste, nämlich Perspektivlosigkeit der Jugend, soziale Ungerechtigkeit und politische Repression, waren und sind Probleme in nahezu allen muslimischen Staaten. Im Grunde sind die Staaten damit heute wieder dort angekommen, wo sie vor fast 60 Jahren schon einmal waren. Der Aufstieg islamistischer Bewegungen als Systemopposition lieferte den autoritären Machthabern zu unterschiedlichen Zeiten einen Vorwand für die politische Unterdrückung des Volkes. So wurden sie zu Verbündeten des Westens im Kampf gegen eine Gewaltbewegung, die sie durch ihre Politik zum großen Teil selbst verursacht haben. Oder anders formuliert: Die Diktaturen der arabischen Welt haben den fundamentalistischen Islam entscheidend angestoßen und ihm durch ihre Unterdrückung der Bevölkerung die Nahrung zum Wachsen gegeben. Heute geben sich viele islamistische Parteien wie die Muslimbrüder in Ägypten gemäßigt konservativ und gewinnen damit Wahlen. Allerdings erfanden die Ideologen der ägyptischen Muslimbruderschaft den Dschihad einst und exportierten ihn. Heute steht die Bewegung an der Spitze der arabischen Umbrüche. Daher ist es sinnvoll, neben Büchern zum islamistischen Terrorismus und 9/11 Literatur zu den Entwicklungen in der arabischen Welt mit einzubeziehen.

Der Buchmarkt folgt häufig der Nachrichtenlage und dem aktuellen öffentlichen Interesse. Als Aufhänger für Bücher werden daher oft „runde" Jahrestage oder der Beginn fundamentaler (politischer) Transformationsprozesse genutzt. So zog die Buchbranche 2011 intensiv Bilanz zu den Themen „Zehn Jahre 9/11", „Bin Ladens Tod und die Zukunft des Dschihad" und „Umbrüche in Arabien". Leider wurden die Zusammenhänge dieser Ereignisse bisher eher marginal berücksichtigt, aber dennoch sind einige sehr lesenswerte Bücher erschienen, die dem Kanon von Extremismusliteratur neue Facetten hinzufügen.

Die neue Literatur zum Komplex „Islamistischer Terrorismus" orientiert sich erwartungsgemäß am zehnten Jahrestag des 11. September 2001 und den Entwicklungen, die seit diesem Datum eingetreten sind. Grundsätzlich sind drei Gruppen zu unterscheiden:

(1) Bücher, die die unmittelbaren Auswirkungen des Anschlages auf verschiedenen Ebenen und die Entwicklungen in den zehn Jahren danach thematisieren. Hierzu zählen die Werke von Bernd Greiner, Clemens Heni, Thomas Jäger (Hrsg.), Elmar

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Theveßen, Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller (Hrsg.) sowie in einem breiter gefassten Verständnis der Bedrohung durch extremistische Gewalt Khaled Al-Berry und Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.).

(2) Werke, die die Bedrohungslage und die Bekämpfung des islamistischen Extremismus auf nationaler und internationaler Ebene zum Inhalt haben. Hierzu gehören die Bücher von Gernot Erler, Konrad Freiberg und Karsten Rudolph sowie Berndt Georg Thamm.

(3) Druckerzeugnisse, die die durch Fakten belegte und öffentlich für korrekt gehaltene Geschichte anzweifeln. Sie versuchen, – vermeintliche – Widersprüche aufzudecken und unbeantwortete Fragen in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken, ohne dabei ihre willkürliche und selektive Auswahl scheinbar passender Fakten und Ereignisse zu verbergen. Kurzum: Bücher mit Verschwörungstheorien.

Der 11. September 2001 rückte eine Gewaltideologie in das öffentliche Bewusstsein, die bereits seit Jahrzehnten existiert. Entsprechende Dschihad-Anschläge hatte es von 1993 an in steigender Zahl gegeben. Insofern machte 9/11 eine Lage sichtbar, die bereits in allen Facetten vorhanden war. Dennoch bedeutete der Tag eine historische Zäsur, der eine außenpolitische Transitionsphase beschleunigte und der internationalen Politik ein neues Gesicht gab. Zahlreiche Bücher gehören dazu:

Der Gewaltforscher Bernd Greiner vom Hamburger Institut für Sozialforschung nimmt den Tag des 11. September zum Anlass, um insbesondere politische Entscheidungen zu untersuchen, die sich in den Jahren danach auf das Ereignis als „triggering factor“ zurückführen lassen. In seinem Buch zeigt er die Folgen für Werte wie Demokratie und Menschenrechte, die mit Hinweis auf die Entsetzlichkeit der Tat danach plötzlich zweitrangig zu werden schienen. Hierbei berücksichtigt Greiner z. B. die Auseinandersetzungen in Afghanistan, den Krieg im Irak und die Folter in amerikanischen Gefängnissen. Dieser Teil, nach Greiners Bezeichnung „die Folgen“, nimmt zwei Drittel des Buchs ein. Sehr lesenswert ist auch der Teil über den Tag selbst. Gestützt auf die neuesten Fakten und Erkenntnisse benennt Greiner Täter, Hintermänner und Drahtzieher, schildert die Ereignisse und untersucht die Folgen. Manch einem „Verschwörungstheoretiker“ würde die Lektüre dieses Buchteils zwecks „Faktencheck“ gut tun. Denn die Stärke des Buches ist, dass Greiner kaum Wertungen vornimmt, sondern die Fakten in den Vordergrund seiner Betrachtung rückt. Gerade deshalb ist das Buch lesenswert, obwohl es nicht mit neuen Darbietungsideen oder innovativer Strukturierung angereichert ist. Insgesamt handelt es sich um ein sehr gut geschriebenes Sachbuch, das durch seine „Nüchternheit“ überzeugt. Wie den Äußerungen des Autors zum Erscheinen des Werkes zu entnehmen ist, war genau das seine Absicht: „Mir war wichtig zu zeigen, wie fragil, wie anfällig Demokratien in Zeiten des Terrors, des Ausnahmezustandes sind, und wie wenig es im Grunde bedarf, um sie aus ihrer inneren Balance zu bringen“.[1]

1 Bernd Greiner zitiert nach Bastian Wierzioch, unter: http://www.ndr.de/kultur/literatur/buchtipps/ greiner103.html (28. Februar 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Es macht besondere Freude, Bücher zu lesen, die wissenschaftlich intelligent polarisieren und das Bedürfnis wecken, auf der Stelle mit dem Autor zu diskutieren. In diese Kategorie fällt Clemens Henis Buch. Heni ist Politikwissenschaftler mit besonderen Verdiensten um die Erforschung rechter und antisemitischer Tendenzen. 2011 gründete er das Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA). Heni stellt durchaus kritische Thesen auf. Nach dem 11. September 2001, so konstatiert er, gebe es die Tendenz, Kritik am Islamismus und Dschihad zu relativieren und mit der Schaffung des diffusen Begriffes „Islamophobie" eine gründliche Analyse des gewaltbereiten politischen Islam sowie eines Antisemitismus in muslimischen Gesellschaften zu unterdrücken. Dagegen wendet sich sein Buch in sieben Kapiteln, die zur Auseinandersetzung mit Islamismus und Antisemitismus führen sollen. Clemens Henis Analysen sind zwar a priori nicht völlig unbegründet, aber er differenziert kaum nach der Intensität der Auseinandersetzung auf einzelnen Themengebieten. Die Kritik an Teilen der Islamwissenschaft in Deutschland mag aus anderen Gründen berechtigt sein, aber gerade die wissenschaftliche Community in Deutschland (Islam-, Politik- und Sozialwissenschaftler) hat sich des Ereignisses 9/11 und seiner Hintergründe durchaus intensiv angenommen. Eine Fülle von Essays und Büchern deutscher Wissenschaftler setzt sich mit der Gewaltideologie des Dschihad sowie deren Verbreitung und Gefahren auseinander. Heni beklagt auch, religiöser Fanatismus und Geschlechterverhältnisse im Islam würden in der Wissenschaft zu wenig analysiert. Aber die Gender-Forschung ist in Deutschland ein Bereich, dem sich zunehmend mehr Wissenschaftler widmen, darunter z. B. die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer. Bei den bisher genannten Punkten läuft Henis Analyse mithin teilweise ins Leere. Dies ist anders bei den folgenden Themenfeldern. Zwei der zentralen Fragen von Heni lauten: „Werden Selbstmordattentäter, Antizionismus, Antisemitismus und Islamismus in ihrer Beziehung zueinander analysiert?" und „Wird Antisemitismus als spezifisches historisches und gegenwärtiges Phänomen wahrgenommen?" Hier besteht in der Tat erheblicher Forschungsbedarf. In diesen Bereichen schließt das Buch eine Lücke, und hier liegen die Stärken des Werkes. Das Buch erzeugt den starken Wunsch des wissenschaftlichen Diskurses.

Die Öffentlichkeit kennt ihn als Terrorismusexperten des ZDF und erhält von ihm hochwertige Terrorismusanalysen, denn er gehört zu den „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen". Er kann komplexe Sachverhalte auf den Punkt bringen und für ein breites Publikum verständlich machen. Diese Qualitäten zeichnen den Journalisten Elmar Theveßen auch als Buchautor aus. Sein Werk ist ein Cross-Media-Produkt und lehnt sich an die zweiteilige ZDF-Dokumentation von Theveßen und Souad Mekhennet vom September 2011 an. Theveßen erörtert, wie aus seiner Sicht in den letzten zehn Jahren Angst und Schuldgefühle zu Antriebsrädern der Politik wurden. Die Folgen der Anschläge seien zwei regionale Kriege in Afghanistan und Irak sowie ein globaler Kampf gegen den Terrorismus, der bis heute andauert. Der Autor zeigt anschaulich auf, wie die Beschneidung von Menschen- und Bürgerrechten mit dem Bedürfnis nach Sicherheit gerechtfertigt wurde. Durch ein Gebäude von kreativer Interpretation, Halbwahrheiten und Lügen hätten sich die USA ins Unrecht gesetzt und nicht wie Demokraten verhalten.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hierbei hätten sie weltweit neue Negativmaßstäbe gesetzt. Diese ebenso zutreffende wie bekannte Schilderung wird durch Meinungsäußerungen führender Politiker, Elitesoldaten, Hassprediger und Dschihad-Fundamentalisten abgerundet. Theveßen sieht in dieser Entwicklung anders als das von Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller herausgegebene Werk 9/11 eben doch als einen Tag, der die Welt veränderte. Dabei ist es wenig überraschend, dass zwischen beiden Werken kaum inhaltliche Differenzen bestehen, die über die Benennung des Tages hinausgehen. Theveßen schildert die Vorgeschichte und den Ablauf des Tages auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse. Dabei rechnet er erfrischend deutlich und detailliert mit dem Unfug zahlreicher Verschwörungstheoretiker ab. Insgesamt ist Theveßens Buch zwar nicht besonders innovativ, und die Inhalte entsprechen dem Mainstream, aber es ist auf höchstem Niveau geschrieben.

Häufig vervollständigt sich ein Bild erst, wenn es Zeitzeugen gibt, die von ihren Erfahrungen berichten. Dies ist auch bei der Gewaltideologie des Dschihad der Fall, denn es ist interessant, wie potentielle Aktivisten in den Bann sektenartiger Strukturen geraten. Aus diesem Grund stellt die Autobiografie von Khaled al-Berry eine willkommene Ergänzung zur wissenschaftlichen Dschihadanalyse dar. Hier spricht ein Betroffener; ein ägyptischer Islamist erzählt sein Leben. Khaled al-Berry wurde 1972 in Sohag, Ägypten, geboren. In Kairo studierte er Medizin. Als Jugendlicher wird Khaled al-Berry in den Bannkreis des extremistischen Islam gezogen. Es ist die erste Hochphase der Dschihad-Bewegung Dschama'a Islamiyya, fest verwurzelt in den Lehren von Sayyid Qutb, beeinflusst von Abdullah Azzam und indoktriniert vom geistigen Führer der ägyptischen Dschihad-Szene, Scheich Omar Abdul Rahman. Die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat durch die Dschama'a Islamiyya ist noch nicht lange her, und die Fanatiker schicken sich an, die Ideologie radikaler Ideologen mit Wurzeln in der Muslimbruderschaft in die Tat umzusetzen. Khaled Al-Berry gewährt dem Leser einen einzigartigen Einblick in die Welt radikalisierter islamistischer Gruppen und klärt dabei auf, was sie so attraktiv macht. Solche Gruppen generieren sich als Sammelbecken für diejenigen, die unter der herrschenden Ordnung keine Perspektive mehr sehen und nach einer Alternative suchen. Der radikale Gegenentwurf der Islamisten verheißt eine – vermeintliche – soziale Perspektive, gepaart mit einer scheinbaren Gläubigkeit. Wie wenig das mit der Religion zu tun hat und wie sehr sie pervertiert wird, fällt nur den Wenigsten auf, die sich dann angewidert und desillusioniert abwenden. Insofern ist die „Einmal-Dschihad-und-zurück"-Geschichte von Khaled al-Berry eine Bereicherung. Der Autor selbst schaffte den Absprung: Seit 1999 arbeitet er als Journalist und Schriftsteller in London.

Mit sehr guten Einzelbeiträgen, aber ohne roten Faden präsentiert sich der Sammelband von Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich. Leser, die einen Überblick über Terrorismusforschung in Deutschland erwarten, sind hier falsch. Die Herausgeber stellen zunächst zu Recht fest: „Auch im deutschsprachigen Raum existiert eine zunehmende Anzahl von Beiträgen zum Thema ‚Terrorismus', die sowohl traditionell positivistische als auch kritische, konstruktivistische und interdisziplinäre Ansätze verfolgen". Nur werden solche wissenschaftlichen Beiträge in dem Sammelband zu wenig

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

aufgegriffen. Bei den Autoren handelt es sich zwar um exzellente Wissenschaftler und Analysten, von denen sich aber viele zu sehr auf englischsprachige Arbeiten beziehen. So findet sich in einigen Literaturverzeichnissen kaum ein deutsches Werk, obwohl qualitativ hochwertige wissenschaftliche Literatur im Überfluss existiert. Erinnert sei u. a. an die Arbeiten deutscher Forschungsinstitute oder Universitäten. Bei einer kurzen Internet-Recherche finden sich Dutzende von hochwertigen Dissertationen zum Thema, unzählige wissenschaftliche Essays deutscher Forscher bis hin zu ganzen Forschungsinstituten. Dies alles findet im Buch nicht statt. Thematisch wird eine Amalgamisierung aller möglichen Facetten der Terrorismusforschung geboten, die von Völkerrecht, Spieltheorie, Weimarer Republik über Al-Qaida und UN-Sicherheitsrat bis hin zum Bundestrojaner reicht. Jeder Beitrag ist für sich genommen sehr lesenswert und hätte jedes wissenschaftliche Periodikum geschmückt, nur fehlt ein schlüssiges Konzept, um die Beiträge zu einem Buch mit rotem Faden zu verbinden. Das Konzept „Deutsche Wissenschaftler zeigen, woran sie gerade arbeiten" ist zu schwach, um das Buch als Ganzes zu tragen.

Wie ein Sammelband zur Extremismusforschung sehr viel besser gemacht wird, zeigt der ebenfalls als Sonderheft der *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* (ZFAS) erschienene Band des Kölner Hochschullehrers Thomas Jäger. Die Universität Köln ist seit vielen Jahren zum Thema ausgesprochen aktiv und hat einen exzellenten Ruf auf dem Gebiet der Terrorismusanalyse und benachbarter Disziplinen. Auch hier schreiben deutsche Wissenschaftler in hervorragender Qualität, aber das Buch hat einen „roten Faden" und eine stimmige Struktur, die die ausgetretenen Pfade verlässt und dabei ausgesprochen interessante Aspekte berücksichtigt. Zehn Jahre nach dem 11. September 2011 wird dargestellt, welche Wirkungen vom bisher größten islamistischen Dschihad-Anschlag ausgingen. Analysiert werden Entwicklungen in verschiedenen Staaten, Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und Veränderungen im gesellschaftlichen Leben. Insbesondere der letztgenannte Aspekt hebt das Buch deutlich aus der „Literaturmasse" heraus, denn die Autoren widmen sich auch den unterschiedlichen Wirkungen des Ereignisses auf Öffentlichkeit, Medien, Religion und Kultur. Der Sammelband zeigt sowohl, auf welchen Gebieten sich bereits vorhandene Entwicklungen verändert haben, als auch, welche neuen politischen und gesellschaftlichen Tendenzen hierin begründet sind. Trotz der Vielfalt gibt es eine klare Struktur, die aus fünf Teilen besteht: Akteure (z. B. die USA, Al-Qaida, der Nahe und Mittlere Osten, die EU, Lateinamerika und Afrika), Internationale Beziehungen (z. B. internationale System und die internationale Sicherheitskooperation nach 9/11, das Ende amerikanischer Vorherrschaft, Terrorismusbekämpfung und -prävention, die Legitimierung des Irakkrieges und das „Afghanistan-Dilemma"), Transformationen (z. B. der Aufstieg privater Militärfirmen, die Rolle der Nachrichtendienste, der Schutz der Grundrechte, Finanzmärkte, Kommunikationsmanagement und Bevölkerungsschutz), Imaginationen (z. B. Terrorismus im Film, mediale Reaktionen, Verarbeitung in Kunst und Literatur) sowie Spannungen (z. B. das Verhältnis von Religion und Politik, Verschwörungstheorien, Terrorismus im digitalen Zeitalter und Krisenjournalismus). Der Band fügt der Terrorismusliteratur

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zahlreiche neue Aspekte hinzu, lädt ausdrücklich zum Diskurs ein und bereichert selbst Menschen, die glauben, bereits alles zum Thema gelesen zu haben.

Literatur zur Extremismusforschung wird immer dann besonders interessant, wenn sich hinter einem provokanten Titel ein ungewöhnlicher und unerwarteter Inhalt verbirgt. Dies ist der Fall bei dem Sammelband von Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller. Viele Werke widmen sich vermeintlichen Paradigmenwechseln und Veränderungen in der (internationalen) Politik nach dem 11. September 2001, doch dieses Werk behauptet in seinem Titel das Gegenteil. Das Werk zeigt in zehn Kapiteln mit den Themen Weltmacht, Recht, Umwelt, Wirtschaft, Religion, Patriotismus, Verschwörung, Männer, Kunst und Anti-Amerikanismus ein Bild der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten nach 9/11. Jedes Kapitel legt plausibel (und streitbar) dar, warum sich aus Autorensicht an diesem Tag nichts grundlegend verändert hat, sondern bereits vorherige Entwicklungen verstärkt und sichtbar gemacht wurden. Eine gute Idee ist das Intro zu jedem Beitrag: Es wird jeweils eine thematisch prägende Fotografie voran gestellt. Lesenswert sind Kapitelthemen, die die Leser in einem solchen Buch nicht erwarten – wie z. B. das Thema „Männer". Nach dem Foto des früheren US-Präsidenten George W. Bush in vollem Militäroutfit folgt eine sehr gute Analyse der „Inszenierung von Hyper-Maskulinität" und „Männlichkeitsmythen" nach 9/11 z. B. durch Bush, Rumsfeld und Guiliani. Sie sollten medial und öffentlich eine maskuline Stärke und problemlösende Entschlossenheit suggerieren. Das Fazit der Autorin: „Das Spektakel des siegreichen Kriegers kann schnell den nüchternen und kritisch hinterfragenden Blick auf die politische Lage versperren und darüber hinaus die Entscheidungsträger selbst Glauben machen, sie seien unfehlbar und unbesiegbar. Die Beschwörung männlichen Heldentums kann so zu unüberlegten, emotionsgeleiteten Entscheidungen und einer Spirale von Aggression führen" (S. 105). In die Kategorie „ungewöhnlich, aber diskussionsanregend" fallen z. B. auch die Beiträge über Umwelt, Religion, Patriotismus und Kunst. Fazit: Es gibt herausragende Bücher mit neuen Ideen jenseits des Mainstreams.

Der Band von Margit Reiter und Helga Embacher untersucht die Wirkungen der Anschläge auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen. Obwohl der Titel „Europa" als Sammelbegriff verwendet, stellen die einzelnen Beiträge doch heraus, dass es in den europäischen Staaten jenseits der Verurteilung terroristischer Gewalt unterschiedliche und länderspezifische Reaktionen auf die Politik der US-Administration gab. Berücksichtigt werden Reaktionen und Kontroversen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Polen und Österreich. Inhaltlich stehen insbesondere die Debatten in den genannten Ländern um den Irakkrieg, das zunehmend angespannte Verhältnis zwischen Europa und den USA, 9/11 als Medienereignis sowie Amerikakritik und Antiamerikanismus, im Vordergrund. Aus deutscher Sicht ist besonders die Reaktion der deutschen Politik und Öffentlichkeit von Interesse. Ausgehend von einer eher allgemeinen Solidarität nach 9/11 vollzog sich der öffentliche Perzeptionswechsel „vom Opfer zum Schuldigen" relativ zügig. Die ursprüngliche Solidarität wich schnell einer kritischen Haltung. Zur geschichtlichen Einordnung der Amerikakritik wurden auch „Sündenfälle" der ameri-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kanischen Geschichte von der Indianerverfolgung über die Rassenunruhen bis hin zum Materialismus herangezogen und damit oberflächliche, dennoch fest verwurzelte Stereotype bedient. Befeuert wurde ein Neo-Antiamerikanismus, für den die politisch handelnden Personen der Bush-Administration mit ihrem Auftreten und Benehmen sowie ihrer Wortwahl eine ideale Angriffsfläche boten. Insgesamt handelt es sich um ein facettenreiches, gut strukturiertes Buch, das eine Lücke schließt.

Die Terroranschläge des 11. September 2001 beeinflussten auch die Politik der inneren Sicherheit in allen Ländern der Welt maßgeblich. Daher verwundert es kaum, dass die Thematik „Bedrohungslage und Bekämpfung" 2011 ebenfalls ein Publikationsschwerpunkt war. Die Hauptthese des langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten und früheren Staatsministers im Auswärtigen Amt Gernot Erler lautet, dass sich die „politische Welt" nach 9/11 in die falsche Richtung verändert habe, nämlich mittels einer von den USA dominierten Anti-Terror-Politik. Damit sei eine verhängnisvolle „Reduktion von Komplexität" einhergegangen, da verschiedene sicherheitspolitische Herausforderungen wie Internationaler Terrorismus, Schurkenstaaten und Proliferation mangelnde Differenzierungen erkennen lassen. Es wurden Zusammenhänge behauptet (und bekämpft), die so nicht existierten. Denn anstatt sich mit Motiven, Entstehungsformen und gesellschaftlichen Ursachen des islamistischen Terrorismus auseinanderzusetzen, sind klassische (und hierfür ungeeignete) Machtinstrumente gewählt worden. Dabei hätte aus der Geschichte längst bekannt sein müssen, dass sich Ideen in den Köpfen nicht mit Streitkräften bekämpfen lassen. Erler bedauert, die notwendige Idee einer „globalen Prävention" mit dem Ziel einer faireren Weltordnung habe sich nie wirklich durchsetzen können. Der Autor liefert mithin eine zutreffende Beschreibung und Bewertung der Anti-Terror-Politik nach 9/11, die die meisten Wissenschaftler teilen. Als zukünftig bessere Alternative bringt Erler eine „europäische Lösung" mit der EU als zentralen politischen Akteur ins Gespräch. So nachvollziehbar diese Idee auch sein mag: Erler kommt nicht umhin zu konstatieren, dass die Geschichte der Außenpolitik der EU eine Geschichte voller Unzulänglichkeiten und Absichtserklärungen ohne praktische globale Relevanz ist. Zwar ist er sehr vorsichtig in seinem Urteil, kommt aber dennoch zu dem Ergebnis, dass sich die Europäische Union bisher nicht die nötige Geltung habe verschaffen können, was in mangelhaften Entscheidungs- und Führungsstrukturen sowie nationalen Eitelkeiten begründet liegt. Erler legt aber kaum Therapien dar. Hier wäre Raum für eine ausformulierte und machbare EU-Strategie gewesen, die dem zutreffend analysierten Status quo entgegenzusetzen ist. Welche besseren Strategien gibt es konkret? Hier bleibt Erler vage. Dennoch kann das Buch als kurze Zusammenfassung wesentlicher politischer Problembereiche punkten.

Am Anfang jeglicher Maßnahmen zur Inneren Sicherheit sollte immer eine realistische Bedrohungsanalyse stehen. Dabei ist es stets gewinnbringend, wenn diese von einem Kenner der Materie geliefert wird. Insofern trägt das Buch Berndt Georg Thamms zur korrekten und nüchternen Einschätzung der Lage in Deutschland bei. Thamm stellt zutreffend heraus, dass Deutschland immer mehr ins Fadenkreuz islamistischer Terroristen rückt. Er zeigt anhand von Beispielen wie der Sauerland-Gruppe und weiterer

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Anschlagsvorbereitungen, dass die Gewaltideologie des Dschihad seit Jahren auch Deutschland erreicht hat. Viele Konvertiten mit Sinnkrisen und Biografiebrüchen lassen sich für diese sektenartige Radikalideologie anwerben. Die Bedrohungslage hat inzwischen ein Stadium erreicht, in dem ein größerer Anschlag in Deutschland nicht mehr eine Frage des „Ob", sondern des „Wann" ist. Zudem weist Thamm zu Recht detailliert auf die Bedeutung des Internet und sozialer Netzwerke für die Konsolidierung und Verbreitung der Dschihad-Idee, aber auch konkreter Aktionspläne hin. Sein eindringlicher Appell, in Deutschland endlich eine Neubewertung der Bedrohungslage vorzunehmen, sollte nicht ungehört verhallen. Das sehr gut strukturierte und geschriebene Buch enthält unbequeme, aber notwendige Wahrheiten. Es ist eine Pflichtlektüre für jeden, der die Bedrohung durch Dschihad-Aktivisten verstehen möchte.

Wenn die Bedrohungslage korrekt eingeschätzt wurde, stellt sich die Frage, wie dieser adäquat begegnet werden kann? Hierauf versucht das Buch von Konrad Freiberg und Karsten Rudolph Analysen und Antworten zu finden. Eine ungewöhnliche, aber gute Idee ist die Struktur des Buches: Nach einer Einleitung der Autoren widmen sich beide in getrennten Teilen der gleichen Thematik „Sicherheit und Freiheit heute": zum einen aus der Sicht des politisch Handelnden (Rudolph, früherer innenpolitischer Sprecher der NRW-SPD-Fraktion), zum anderen aus der Sicht des langjährigen Praktikers (Freiberg, früher Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei). Beide Teile sind sehr gut. Rudolph berücksichtigt u. a. die „Risiken und Nebenwirkungen" der Anti-Terror-Gesetzgebung und das „Spiel mit dem Ausnahmezustand". Freiberg widmet sich u. a. der Neigung, mit Terrorangst Politik zu machen, der deutschen Sicherheitsarchitektur und der Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte. Beide stimmen in ihren Analysen der Inneren Sicherheit nach 9/11 darin überein, dass mit polizeilichen und militärischen Mitteln der Kampf gegen den islamistischen Dschihad-Extremismus nicht zu gewinnen ist. Dass manche Meinungen und Thesen zur Diskussion geradezu herausfordern, ist eine der Stärken des Werkes.

Die dritte Gruppe von Büchern beschäftigt sich mit den Umbrüchen in der arabischen Welt. Die Lage in den meisten arabischen Ländern sah bis Ende 2010 so aus: Es herrschten diktatorische und korrupte Regime, die die eigene Bevölkerung nicht nur ausplünderten, sondern auch blutig unterdrückten. Die Anteile der unter 30-Jährigen an den Bevölkerungen beträgt bis zu 50 Prozent; es herrscht für sie hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Als im Dezember 2010 eine Welle des Protests in der arabischen Welt losbricht, in deren Folge zahlreiche Staaten von ihren Staatschefs befreit werden, beginnt eine Zeitenwende. Die politisch-sozialen Verhältnisse in der Region sind wegen der schlechten Regierungsführung, der Verletzung von Menschenrechten, der Korruption, der Benachteiligung von Frauen und jungen Menschen veränderungsreif: Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi setzt eine Protestwelle in Gang, die in den Sturz der alten Systeme mündet oder münden wird. Kommunikationsformen wie das Internet mit sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook, auch die neutrale Präsenz der arabischen Nachrichtenkanäle Al-Dschasira und Al-Arabiya spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die sozialen Netzwerke helfen, die Protest-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

welle voranzutreiben. Die Jugend ist gut ausgebildet und global vernetzt. Aber 90 Prozent der Arbeitslosen kommen aus dieser Altersgruppe. Die jungen Araber sehen sich um ihre Zukunft betrogen, sie lassen sich nicht von der Propaganda überzeugen, an die die vorige Generation noch geglaubt hatte.

Zum Thema „Umbrüche in arabischen Staaten" sind 2011 zahlreiche Bücher auf hohem Niveau erschienen. Sie unterscheiden sich zumeist hinsichtlich der betrachteten Zeitspanne: In einigen Werken werden die aktuellen Entwicklungen geschildert und vorsichtige Prognosen für die Zukunft gewagt. Andere wiederum beziehen die Vorgeschichte und die politisch-sozialen Hintergründe der Proteste mit ein. Dabei können bei dynamischen Lagen wie in der arabischen Welt die Bücher hinsichtlich der aktuellen Ereignisse nur Momentaufnahmen sein.

Einen guten Überblick über die Entwicklungen und Herausforderungen der gesamten Region anhand einzelner Länderanalysen liefert der von Thomas Schmid und Frank Nordhausen herausgegebene Sammelband. Das Buch gibt in elf Artikeln einen Überblick über die unterschiedliche Lage in verschiedenen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Zehn Journalisten und Wissenschaftler, alle Kenner der Region, beschreiben die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen sowie die jeweiligen Akteure. Das Spektrum reicht von strukturkonservativen Regimen bis zu erfolgreichen Umstürzen. Als Staaten werden Tunesien, Libyen, Ägypten, Algerien, Marokko, Syrien, Libanon, Jordanien, Jemen, Saudi-Arabien und die Golfstaaten betrachtet. Der Band eignet sich sehr gut als kompakter Überblick über die Entwicklungen in der arabischen Welt, der das Spektrum breiter auffächert eine Reihe vieler anderer Bücher, die sich zumeist nur auf die „Protest- und Umsturzländer" beziehen. Der Stand der Dinge in der arabischen Welt wird kompetent zusammengefasst. Das Werk eignet sich indes nur als Einstieg, da das Konzept und die Struktur eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Ländern nicht zuließ. Die Leser sollten sich mit diesem empfehlenswerten Buch der Problematik und den Herausforderungen in der arabischen Welt nähern, um ihr Wissen bei Interesse mit den folgenden Büchern zu vertiefen.

Michael Lüders, Islamwissenschaftler, Publizist und ehemaliger Nahostkorrespondent für *Die ZEIT*, schlägt mit seinem Werk einen weiten Bogen. In 15 Kapiteln beschreibt er die Ursachen der Proteste sowie die verschiedenen Akteure. Er skizziert mögliche Zukunftsszenarien und arbeitet politische Risiken heraus. Lüders stellt die Verhältnisse in der Region gut strukturiert dar und vermittelt dem Leser ein Gefühl für die Empfindungen und Nöte der Menschen. Zudem zeigt er deutlich auf, dass diese Entwicklung keineswegs aus dem Nichts kam, sondern im Grunde längst überfällig war. Dabei stellt er auch die Bedeutung der Veränderungen für Europa heraus. Nur in einem Punkt mögen manche Leser den Ausführungen des Autors nicht vollständig folgen: Lüders meint, dass Religion für die „Generation Facebook" lediglich eine untergeordnete Rolle spielt, da der Islam für viele nicht Ideologie, sondern vielmehr Lifestyle sei. Dies mag für die Demonstranten vom Tahrir-Platz durchaus zutreffen, nur sind dies offensichtlich nicht die Menschen, die zukünftig politisch führen werden. Gewonnen haben die Wahlen rückwärts gewandte Parteien aus dem islamistischen Spektrum. Daher kann

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Blütezeit islamistischer Ideologien nicht als beendet angesehen werden, solange diejenigen Strömungen, aus deren Reihen die Dschihad-Ideologie ursprünglich stammt, heute in arabischen Staaten reüssieren.

Ein weiteres Werk zum Thema stammt von dem Wissenschaftler Volker Perthes, der die Region aus langjähriger Erfahrung vor Ort kennt und heute Direktor des führenden deutschen Politikberatungs-Think-Tank Stiftung Wissenschaft und Politik ist. Perthes beschreibt die Entwicklungen in der arabischen Welt als „historisches Großereignis" von der Dimension der Systemtransformation in Ostmittel- und Osteuropa. Er stellt heraus, dass nicht Armut und sozioökonomische Lagen der Menschen allein auslösende Faktoren der Proteste waren, sondern insbesondere auch Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Alle Regime hätten zunächst gedacht, dass es hauptsächlich um „Brotrevolten" handele, in deren Verlauf es genüge, Lebensmittel und Energie zu subventionieren. Doch darum ging es den Menschen nur zu einem gewissen Teil, sondern mehr um Würde und Freiheit. Mit klarem Blick für das Wesentliche analysiert Perthes die politische Ausgangslage in den jeweiligen Ländern und die zwangsläufigen Folgen: einen „Aufstand der Jugend". Hier schreibt ein sehr Kundiger ein lesenswertes Buch, das ebenfalls die Implikationen der „arabischen Herausforderung" für Europa nicht ausspart. Die halbherzige Unterstützung des Westens wird sich ändern müssen, so bilanziert Perthes. Auch die Islamisten befänden sich durch ihre gewachsene Legitimität und Verantwortung derzeit in einem Realitätstest, der sie verändern wird. Wenn Weltanschauung auf Wirklichkeit trifft, wird mittel- und langfristig die letztgenannte gewinnen.

Im Gegensatz zu den bisherigen Büchern stammen die folgenden von Autoren, die sich während der Umbrüche vor Ort aufgehalten haben und ihre Eindrücke der Situation (teilweise chronologisch) schildern. Der Ägypter Hamed Abdel-Samad kam mit 23 Jahren nach Deutschland und arbeitete als Wissenschaftler. Heute ist er Publizist, war von Beginn der Proteste an dabei. Im ersten Drittel seines Werkes berichtet er in einer Art Tagebuch von den Demonstrationen und Ausschreitungen auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Er schildert die Straßenkämpfe, das teilweise brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte sowie die Beharrlichkeit seiner Landsleute. Abdel-Samad stellt zudem die Veränderungen der arabischen Medien, die Strukturen des Bildungswesens, die Rolle der Frauen und den Einfluss der islamistischen Muslimbruderschaft dar. Auch für ihn können die Religiösen einem harten Realitätstest nicht standhalten. Doch das Buch hat neben der Chronologie der Ereignisse eine weitere lesenswerte Facette: Für Abdel-Samad steht die arabische Welt an einem Scheideweg, der entweder dazu führt, dass sich die demokratischen Kräfte durchsetzen oder im Chaos, religiösem Fundamentalismus und Gewalt in der ganzen Region endet. Der erste Teil seines Buchtitels „Krieg oder Frieden" wird mithin anschaulich beleuchtet und auch der zweite Teil des Buchtitels „Zukunft des Westens" wird problemorientiert analysiert. Abdel-Samad stellt zwei Szenarien gegenüber: In ersten Szenario können die europäischen Länder wirtschaftlich von der Situation profitieren, im zweiten drohen dem „Verlierer Europa" neue sicherheitspolitische und strukturelle Herausforderungen in der Region. Eines scheint für ihn so oder so gewiss: Es muss politisch gehandelt werden. Abdel-Samad erfüllt die Erwartungen, die mit

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem Titel seines Buches geweckt werden, in vorzüglicher Art. Es handelt sich um das Werk eines Insiders, der dem Leser Gegenwart und Zukunft der Region transparent macht und die Leser für die fragile Situation in besonderer Weise sensibilisiert.

Ein weiteres „Vor-Ort-Buch" veröffentlichte der Journalist Jörg Armbruster mit seinem Werk. Er berichtet als ARD-Korrespondent schon seit vielen Jahren aus der Region. Für das Buch interviewte er Organisatoren des Aufstandes, ehemalige politische Gefangene und Politiker, die im neuen Arabien eine Zukunft haben. Armbruster macht die Veränderungen häufig an Einzelbeispielen und -schicksalen verständlich wie z. B. am Tod eines Künstlers, der durch Scharfschützen erschossen wurde. Das Buch vermittelt den positiven Eindruck der Sachlichkeit trotz der großen Nähe zum Geschehen. Zudem präsentiert es in aller Kürze Eindrücke über die politischen, religiösen und sozialen Hintergründe des Arabischen Frühlings. Auch Armbruster wagt einen profunden Blick in die Zukunft, die ähnlich ausfällt wie bei den Autoren zuvor. Die Stärken seines Buches liegen in der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen und der „Personalisierung der Geschehnisse". Seine Schilderungen wirken als authentische Chronologie historischer Umbrüche.

Das Buch von Stefan Weidner stellt nicht die Geschehnisse während der Umbrüche in der arabischen Welt in den Mittelpunkt, sondern beschreibt den Arabischen Frühling als eine Art Zäsur für den Islam. Weidner ist ein geschätzter Islamwissenschaftler, Publizist und Übersetzer. Sein Buch ist eine Zusammenstellung von Essays, Reportagen und Analysen aus den Jahren 1999 bis 2011. Weidner sieht die Zäsur, die der Arabische Frühling bewirkt hat, im Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Nach 9/11 wurde in der öffentlichen Meinung kaum differenziert zwischen dem Islam als friedlicher Weltreligion und einer kleiner Minderheit sektenartiger Fanatiker, die die Lehren des Islam zur Rechtfertigung von Gewalt (Dschihad) missbrauchten. Plötzlich galt der Islam selbst in manchen Kreisen als gewaltbereit und demokratieunfähig. Gegen diese oberflächliche und falsche Perzeption wendet sich der Autor ebenso wie gegen die Meinung mancher muslimischer Kreise, der Westen wolle dem Islam nur schaden und habe sich gegen Muslime verschworen. Der Arabische Frühling als jüngstes historisches Datum habe hingegen gezeigt, dass auch gläubige Muslime für Werte wie Demokratie und Meinungsfreiheit einstehen können. Das innovative Buch verknüpft als eine der ganz wenigen Schriften 9/11 mit den arabischen Umbrüchen und hilft somit, eine Lücke zu schließen.

Elvis lebt, die Mondlandung fand im Fernsehstudio statt, Osama bin Laden war CIA-Agent, und die Welt ist eine Scheibe. Wenn die geneigten Leser bei dieser Aufzählung eher schmunzeln und sofort an Verschwörungstheorien denken, sind sie bei der folgenden Buchgruppe genau richtig. Verschwörungstheorien haben ihre Wurzeln in einer grundsätzlichen Annahme: Regierungen oder andere Machtgruppen verschleiern die Wahrheit. Ob konkrete Thesen und Fakten diese Annahme stützen oder ihr widersprechen, ist zweitrangig, solange sie zur Grundannahme passen. Es fällt schwer, solche Werke ernst zu nehmen. Die Fakten- und Detailtreue ist praktisch immer umgekehrt proportional zum Entertainment-Faktor: Es werden zwar kaum wissenschaftlich nach-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vollziehbare Argumente geboten, aber der Unterhaltungswert ist wenigstens hoch. In diese Kategorie fallen zwei neue Bücher, die sich mit 9/11 beschäftigen.

Direkt nach den Anschlägen des 11. September hatte Mathias Bröckers schon einmal ein Buch mit – angeblich – ungeklärten Fragen und Vertuschungen vorgestellt. Jetzt legt er mit seinem Co-Autor Christian C. Walther nach. Die Leser, die eine lange ersehnte Korrektur bisheriger Thesen der Autoren erwarten, liegen leider falsch. Es geht noch einmal um die Niederungen amerikanischer „Vertuschungspraxis". Die Kommission zur Klärung der 9/11-Anschläge habe einen Abschlussbericht vorgelegt, der in keinem Punkt einer gewissenhaften Prüfung standhalte. Die Autoren meinen zu erkennen, dass es sich bei besagtem „Commission Report" um eine Hypothese ohne stichhaltige und eindeutige Beweise handelt. Zudem zeigen sie nach eigener Ansicht viele Ungereimtheiten, Widersprüche und Vertuschungen auf. Im besten Fall ist das Buch inkonsistent und selektiv, mithin genau das, was die Autoren den öffentlichen Verlautbarungen vorwerfen.

Warum sollten Autoren sich mit 9/11 beschäftigen, wenn viele weltpolitische Ereignisse zeitgleich dem Verschwörungstest unterzogen werden können? So ähnlich dachten wohl Jesse Ventura und Dick Russel. Ventura ist ehemaliger Navy Seal, professioneller Wrestler und war von 1999-2003 Gouverneur von Minnesota. Er moderiert im amerikanischen Fernsehen die TV-Show „Conspiracy Theory". In diesem Fall spricht der Buch-Werbetext für sich: „Ein US-Gouverneur weckt massive Zweifel an den Verlautbarungen der amerikanischen Regierung: Was stimmt überhaupt noch an der offiziellen Version geschichtsträchtiger Ereignisse in den USA? Venturas Recherchen werfen ein neues Licht auf die Ermordung von JFK und Martin Luther King, er hinterfragt Watergate, den internationalen Drogenhandel, 9/11 und die jüngste Finanzkrise und erhebt dabei schwere Vorwürfe gegen die US-Regierung. Wie lange wollen die amerikanischen Verantwortlichen uns noch mit Lügen manipulieren?" Das Fazit nach der Lektüre des Buches lautet: Für ernsthaft Informationssuchende ist es ungeeignet. Solche Bücher haben jedoch einen Markt und bedienen die Zweifel einer gewissen Käuferschicht.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Kontrovers besprochen«:

„Warum die Deutschen?“

Von Hans Fenske (1)

Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933, Frankfurt a. M. 2011 (*S. Fischer Verlag*), 352 S.

Das große Thema, mit dem sich Götz Aly immer wieder befasst, ist das nationalsozialistische Deutschland, insbesondere dessen Rassenpolitik und der Mord an den europäischen Juden. In seinem jüngsten Buch stellt Aly, Mitbegründer und Mitherausgeber der umfangreichen Quellenedition *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945*, die Frage, wie ein kulturell so vielschichtiges und produktives Volk wie das deutsche derart verbrecherische Energien freisetzen konnte. Die Antwort darauf ist seines Erachtens nur möglich, wenn die Sichtblenden beiseitegeschoben werden, die die Vorgeschichte des Holocaust derart verengen, dass der Nationalsozialismus zum Fremdkörper und zu einem im Grunde unbegreiflichen Fehltritt in der deutschen Geschichte wird. Seine Darstellung umspannt das gesamte 19. und das erste Drittel des 20. Jahrhunderts. Sie verdankt den Überlegungen der führenden Zionisten Heinrich York-Steiner (1859-1934 oder 1935) und Kurt Blumenfeld (1864-1963) sehr viel. Ein häufig benannter Zeuge ist des weiteren Siegfried Lichtenstaedter (1865-1942), ein höherer Beamter des bayerischen Finanzministeriums und eifriger Schriftsteller, dies allerdings zumeist unter Pseudonym. Nach Lichtenstaedter, der im Konzentrationslager Theresienstadt starb, bezog der aggressive Antisemitismus seine Dynamik vor allem aus Neidgefühlen.

Aly skizziert zunächst die Judenemanzipation in den deutschen Staaten und stellt dann etliche bekannte Befürworter und Gegner dieses Prozesses vor. In wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Hinsicht sind ihm die beiden ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland eine Zeit des christlichen Immobilismus oder doch ängstlicher Langsamkeit bei der Modernisierung. Damit kontrastierten die ausgeprägte Bildungsbereitschaft, der Unternehmungsgeist und der wirtschaftliche Erfolg der deutschen Juden; daraus ergab sich nach Aly, dass der Judenhass in den breiten Massen volkstümlich wurde. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Sozialneid. Um 1870 setzte der nachholende Aufschwung in Deutschland ein, er nahm ab etwa 1890 ein atemberaubendes Tempo an. Aus Industrialisierung und Urbanisierung erwuchs ein enormer gesellschaftlicher Druck. Die damit verbundenen Ängste breiter Kreise nährten den Antisemitismus, und manche Äußerung von katholischer Seite im Kulturkampf tat das ebenso. Es entstanden Parteien mit antisemitischer Programmatik, die freilich nicht, wie Aly einräumt, zu einer einheitlichen und starken Kraft wurden. Selbst in der Sozialdemokratie gab es unterströ-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mig antisemitische Stimmungen. Für das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts konstatiert Aly einen stetigen Bodengewinn des nationalen und sozialen Kollektivismus. Die Gedankenwelt des Liberalismus, nach Ansicht des Autors in Deutschland ohnehin nie sonderlich stark ausgeprägt, verlor an Kraft. Den mangelnden Mut der Deutschen zur individuellen Freiheit führt Aly auf Besonderheiten der deutschen Geschichte zurück, auf die territoriale Zersplitterung sowie auf die geographische Mittellage und den daraus sich ergebenden Druck von außen, der im Dreißigjährigen Krieg und in der napoleonischen Ära besonders lastend wurde und eine ausgeprägte Neigung zur Fremdenfeindlichkeit entstehen ließ. Das Deutschland des Ersten Weltkriegs, gleichsam eine belagerte Festung, wurde nach Aly unter Mitwirkung der SPD zur Vorform eines totalen Staates. Die Niederlage 1918 wurde nur unzulänglich verarbeitet, auch deshalb, weil das Selbstbewusstsein der Deutschen im Grunde zu schwach entwickelt war. Den Friedensschluss nennt Aly ein Diktat der Sieger, das die Besiegten in verhängnisvoller Weise demütigte. Bei Erörterung der Folgen des Versailler Vertrags orientiert er sich namentlich an John Maynard Keynes und unterstreicht besonders die psychologischen Folgen der hohen Reparationslasten. Er erörtert die Anerkennung der Rassenkunde und Eugenik als etablierte Wissenschaft und befasst sich mit der sehr fortschrittlichen Bildungspolitik in der Weimarer Zeit. Endlich wurde der so lange währende bildungspolitische Immobilismus überwunden. Das hatte zur Folge, dass Ende der 1920er Jahre eine große Zahl gut ausgebildeter junger Leute zur Verfügung stand, die sich angesichts der Weltwirtschaftskrise vor dem Nichts sahen. Ihrer Sorgen nahm sich die NSDAP, mit deren Soziologie und Wählerresonanz sich Aly eingehend beschäftigt, besonders an. So erreichten Nationalsozialisten bei studentischen Wahlen deutlich bessere Resultate als bei denen zu den Parlamenten. Den Durchbruch zur Massenbewegung schaffte die Partei 1930. Aly unterstreicht, dass vor allem die Propaganda gegen „den Schandfrieden“ ihr die Wähler in Scharen zutrieb.

Das Buch ist sehr gut lesbar und enthält manche bedenkenswerte Beobachtung. Nicht wenige Bemerkungen sind freilich recht apodiktisch. Dass Preußen und die mit ihm verbündeten Staaten „zwischen 1864 und 1870 ohne plausible Gründe in Dänemark, Österreich und Frankreich“ einmarschierten, „um den Anschein nationaler Selbstgewissheit zu erlangen“, ist eine extreme Verkürzung der Reichsgründungsproblematik. Es gibt eine deutliche Tendenz zur scharfen Kontrastierung und damit auch zur Verkürzung von Informationen. Über Gabriel Riesser, einen Hamburger Juden, der entschieden für die Emanzipation eintrat, erfährt man, dass er wegen seiner Religionszugehörigkeit in seiner Vaterstadt „weder Rechtsanwalt noch Nachtwächter werden“ konnte. Dass er dort von 1840 an öffentlicher Notar war, an hervorragender Stelle in der Frankfurter Nationalversammlung und in deren Verfassungsausschuss wirkte, 1859 zum Rat am Hamburger Obergericht gewählt wurde und auch in der Bürgerschaft saß, wäre erwähnenswert gewesen. Von Widersprüchen ist das Buch nicht frei. Ein Beleg von Gewicht: Aly sagt, es habe in Deutschland und Österreich in den 1920er Jahren einen verbreiteten Volksantisemitismus gegeben, der die Ingredienzien der nach 1933 getriebenen Staatspolitik in sich trug, und die NSDAP habe die Aggressionen der in der Krise Verzweifel-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten auf die Juden gelenkt. An anderer Stelle heißt es, dass nicht alle Wähler den betont aggressiven Antisemitismus der NSDAP teilten, sondern nur eine dezente Aversion gegen die Juden hatten. An wieder anderer Stelle liest man, dass Hitler in den Mittelpunkt seiner Reden die „Schmach von 1918", das Friedensdiktat, die Reparationen, die zweitausendjährige Geschichte der Deutschen und die Volksnot stellte. „Das Thema Juden klingt vergleichsweise selten in knappen Nebensätzen an", der Antisemitismus bildete, so heißt es weiter, in den Reden Hitlers eher den gefühlsmäßigen Unterton, der Parteiführer zupfte die Rassensaite eher beiläufig an.

Wie stark der Antisemitismus in der Bevölkerung verbreitet war, lässt sich schwerlich quantifizieren. Einen gewissen Anhaltspunkt geben Wahlresultate, auf deren Mitteilung Aly lange verzichtet. Ihr bestes Ergebnis erzielten die Antisemitenparteien im Kaiserreich bei der Reichstagswahl 1898 mit 3,7 Prozent der Stimmen. In der Weimarer Zeit überschritten die rechtsextremen Parteien diesen Wert bis 1930 nur einmal. Unter dem Eindruck der französisch-belgischen Ruhrinvasion 1923 brachten sie es im Mai 1924 auf 7,7 Prozent, wofür besonders das hohe Ergebnis in Bayern ursächlich war. Vier Jahre später blieben sie wieder bei 3,5 Prozent stecken. Bis Ende 1929 war die NSDAP mit ihren 1928 nur 2,6 Prozent der Stimmen nicht mehr als eine Splitterpartei. Dann begann wegen ihres entschiedenen Kampfes gegen den Young-Plan der steile Aufstieg. Ohne das Haager Abkommen mit den darin festgelegten hohen Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches über 58 Jahre hin wäre die NSDAP nie zu einer starken Kraft geworden. Das gab eine von Goebbels verfasste, von dem Abgeordneten Stöhr am 10. Februar 1931 im Reichstag verlesene Erklärung unumwunden zu. Die 6 ½ Millionen Wähler des 14. September haben, so hieß es hier, der NSDAP ihre Stimme gegeben in dem Vertrauen, dass die Fraktion im Reichstag den aktiven Kampf eröffne „gegen den Tributwahnsinn und die damit verbundene Verelendung des deutschen Volkes."

Die Sicht Alys auf die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts enthält viele Ungenauigkeiten und manche kühne Konstruktion. Die Kronzeugen York-Steiner, Blumenfeld und Lichtenstaedter waren keine Historiker. Was sie über das Selbstverständnis der Deutschen seit dem Mittelalter und das darin mitschwingende Minderwertigkeitsgefühl sagten, entspricht nicht der Wirklichkeit. Die Reduzierung des Antisemitismus auf Sozialneid könnte man das Aufstellen neuer Sichtblenden nennen, gab es doch gewichtige andere Faktoren. Es ist auf jeden Fall eine Blickverengung. Die Frage „Warum die Deutschen?" macht es unerlässlich, beim Versuch der Beantwortung auch über die Grenzen des Reiches hinaus zu blicken, denn der Antisemitismus war ja keine nur deutsche Erscheinung. Im neuentstandenen Polen etwa gab es in den 1930er Jahren Überlegungen, ob man nicht die jüdische Minderheit expatriieren könne. Und rassenhygienische Entwürfe sind auch andernorts zu sehen. Darüber liest man kein Wort, die Bücher von Magnus Brechtken und Hedwig Conrad-Martius sucht der Leser im Literaturverzeichnis vergeblich. Der Nachweis, dass der Weg zum Judenmord ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaftsgeschichte bereits des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts war, ist Aly nicht gelungen und konnte angesichts der Realitäten nicht gelingen. Über die nationalsozialistische Judenpolitik ab 1933 macht der Autor abschließend nur knappe

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und sehr kursorische Bemerkungen. Er verweist darauf, dass es vom 30. Januar 1933 bis zum Mordentschluss noch gut acht Jahre dauerte und dass der Weg dorthin keineswegs zwingend war. Warum es zu dieser fatalen Entscheidung kam, erfährt der Leser nicht. Insgesamt also: ein partienweise durchaus anregendes Buch – die im Titel stehende Frage lässt es jedoch unbeantwortet.

Von Jens Reich (2)

Der Umschlag des Buches ist gestaltet wie ein grelles Plakat. Hintergrund ist ein hartes Gelb, frei von Goldtönen, eine Signalfarbe, die für Gier und Verrat stehen kann, für Ketzerei, für die Auslieferung Jesu durch Judas, auch für Gift und Pest, als Warnfarbe vor drohender Gefahr, schließlich als Etikettfarbe zur Kennzeichnung des Juden mit allen negativen Konnotationen, nicht erst im Dritten Reich mit dem Judenstern, sondern bereits seit Jahrhunderten zuvor. Gleichzeitig steht die Farbe für den Neid, im Buch für den Neid der christlichen Deutschen gegen die Juden wegen „ihrer Weltläufigkeit, Urbanität und Auffassungsgabe, ihres kaufmännischen Geschickes und ihrer Bildung." Die Buchstaben auf dem Umschlagstext alternieren zwischen Schwarz und Rot, und auch das wirkt als Signal: Schwarz war die Textfarbe auf dem Judenstern ebenso wie das Hakenkreuz auf der Nationalflagge, dieses düstere Zeichen auf blutrotem Hintergrund, als revolutionäres Symbol usurpiert vom Rot auf der Flagge der Märzrevolution von 1848, der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, der kommunistischen Bewegung.

Nicht allein der Umschlag, sondern der ganze Text des Buches changiert assoziativ zwischen den zahlreichen Facetten der deutschen politischen, sozialen und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts. Der Hauptstrang der Erzählung ist die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zur Machtübernahme Hitlers. Es wird ausführlich aus zeitgenössischen politischen Pamphleten, bevölkerungs- und wirtschaftsstatistischen Abhandlungen, literarischen Darstellungen, soziologischen Analysen zitiert, aus Repliken von weniger oder gar nicht antisemitischen Liberalen und auch von Juden selbst auf den in diesen Jahrzehnten verbreiteten Judenhass. Einigen, die als Antisemiten verschrien sind, wird eine kleine Ehrenrettung zuteil, indem ihre Äußerungen in einen nachvollziehbaren Zusammenhang gestellt werden, etwa als realistische literarische Genremalerei (Gustav Freytag, Wilhelm Raabe).

Das Buch von Götz Aly ist flüssig geschrieben, ohne ausgedehnten Fußnotenapparat und ohne ein langatmiges historiographisches Theoriengebäude. Besonderes Augenmerk legt der Autor zum Beispiel auf die antisemitischen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie als Teil eines sozialrevolutionär getönten Antisemitismus des Proletariers bei noch geringem Klassenbewusstsein. Der ältere christlich motivierte Judenhass vor Beginn des 19. Jahrhunderts und sein Einfluss auf den neuen areligiös (sozial, national, rassisch) begründeten Antisemitismus werden nicht näher dargestellt, Gewaltphantasien gegen Juden zunächst eher am Rande. Da gab es offenbar Hemmungen bei den

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schreibenden. „Die Juden sind unser Unglück“ (Treitschke) – aber wir werden dem Pöbel nicht die Straße lassen. Es geht Aly um den „gemäßigten“ deutschen Antisemitismus der Mittelklasse, der Reichen, der Gebildeten und der Kleinbürger. Bei dieser Engführung wird der erhebliche Einfluss vernachlässigt, den die „jüdisch-bolschewistische“ Revolution und ihre angestrebte (und gescheiterte) Ausdehnung nach Deutschland auf die militante Aufrüstung des Antisemitismus in der Weimarer Republik ausgeübt hat. Es entfällt auch die in jenen Jahren ständig präsente soziale Spannung zwischen „Ostjuden“ und „Westjuden“, deren hitzige Auseinandersetzungen den Antisemiten als Steinbruch für ihre Propaganda dienten.

Götz Aly stellt nun das sechste der sieben Hauptlaster, invidia, den Neid, in den Mittelpunkt seiner Analyse des deutschen Antisemitismus. Er sieht ihn als den Affekt der Zukurzgekommenen, die an der Befreiung der Lebenswelt und der Wirtschaft aus den absolutistischen Fesseln nicht teilhatten und ihr Ressentiment gegen die von der Entwicklung Begünstigten nährten. Für die späteren Jahrzehnte zeichnet er den Neid auch als Affekt von mit harter Ellbogenmentalität aus kleinen Verhältnissen Aufstrebenden, die ihre Minderwertigkeitskomplexe in den Hass gegen erfolgreiche Konkurrenten projizieren. All dieser Neid mündete in den modernen Antisemitismus, in den Hass gegen „den Juden“, der erfolgreich das Ghetto verlassen hatte, nachdem ihm zu Anfang des 19. Jahrhunderts die antifeudale bürgerliche Bewegung mit ihren staats- und bürgerrechtlichen Reformen diesen Weg ermöglicht hatte. Aus dem Schutzjuden des Herrschers war der Stadtbürger mosaischer Konfession, später vielleicht auch liberalen Freisinns, geworden. Der materielle Neid wird nach Götz Aly zu einem machtvollen politischen Handlungsmotiv, als Forderung nach Enteignung oder nach Ausschluss der Beneideten aus bestimmten Berufen. Er sublimiert sich zu den ebenfalls mächtigen Bestrebungen nach Gemeinschaft, „Kollektivismus“ als Gegenpol zu egoistischer Liberalität, nach dem Ideal von Gleichheit anstelle von in Schutzlosigkeit ausufernder Freiheit.

Der Neid als individueller Affekt, der zur ideologischen Chiffre abstrahiert wird, zeigt sich in zwei Formen, nämlich als Konkurrenzneid (behinderter sozialer Aufstieg) und Sozialneid (Angst des Verlierers vor dem drohenden Abstieg). Der Affekt ist nachvollziehbar, wenn ein Individuum sich direkt „unterhalb“ der Beneideten befindet und diskriminiert wird, wie es einer vom Lande stammenden Hausangestellten in einer reichen jüdischen Familie ergehen konnte. Solche unmittelbare Kränkung muss jedoch eher die Ausnahme gewesen sein, wenn man berücksichtigt, dass der Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung bei ein bis zwei Prozent lag und zudem noch auf bestimmte Großstädte konzentriert war. Der Affekt des aus kleinen Verhältnissen Emporgekommenen gegen Juden, wenn sie aussichtsreiche Positionen blockierten, ist schon eher plausibel. Mir scheint allerdings, dass man Neid als Affekt gegen konkrete Personen unterscheiden müsste von Ärger und Wut über die eigene prekäre soziale Situation. Im Antisemitismus werden die letztgenannten Affekte nur dann transformiert, wenn abstrakt auf „den Juden“ als Hassobjekt aufmerksam gemacht wird. Hinzu kommt noch, dass zumindest in Orten wie dem proletarischen Berlin die Menschen den Juden nicht als überlegen talentiert oder reichlich finanziert wahrgenommen haben können, sondern,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wenn überhaupt, eher als „armseligen Bettler“ oder „sittenlosen Strolch“. So redete man noch in den fünfziger Jahren, als ich in meinem Studentenzimmer in der Nähe des Alexanderplatzes im Milieu des alten Berlin lebte. Da war keineswegs die Rede davon, der Jude sei intelligenter und bessere Examensnoten hätten ihn privilegiert. Nur auf einen abstrakten, rassisch konstruierten „Gesamtjuden“ kann man gleichzeitig neidisch hinauf und verächtlich hinab sehen, wie es die zeitgenössischen Pamphlete rund um *Mein Kampf* fertig brachten. In der Realität vermochte die Legierung nur zu funktionieren, wenn der konkrete Jude so selten auftrat, dass das ideologische Konstrukt nicht empirisch auseinanderfallen konnte.

Als Leser kommt mir also der Sprung von individueller Kränkung zum massenhaft wirksamen Vorurteil recht groß vor. Der Affekt konnte in der Regel nur vom Hörensagen und durch Lektüre genährt werden, er musste deshalb weithin abstrakt ideologisch bleiben, weniger ein Neidaffekt als ein erlerntes Vorurteil. Dann fragt sich aber, wie die „Sublimierung“ funktioniert haben soll. Nicht jede Hetzpropaganda greift, warum gerade diese? In Sowjetrussland z. B. trat der Judenhass gegenüber dem Hass auf den „Burzhuj“ (Bourgeois) und den „Kulaken“ in den Hintergrund. Die Frage „Warum gerade die Deutschen?“ müsste die Transformation von konkreter Frustration in allgemeinen Hass plausibel erklären und die Frage „Warum nicht auch die Anderen?“, nämlich die Nachbarnationen, beantworten. Eine analoge Frage wäre auch, den Buchtitel umwendend, „Warum nicht die Deutschen?“: Warum gab es keine wütenden Pogrome wie in Russisch-Polen oder wie die zahlreichen Hep-Hep- und anderen antijüdischen Krawalle vor der Reichsgründung von 1871? War es der preußische Obrigkeitsstaat, der zwar ideologische Hetze zuließ, aber öffentliche Gewalt unterband? Oder war die deutsche Bevölkerung nicht mehr (wie einst) oder noch nicht (wie später) geneigt, ihren Hass in Gewalt umzusetzen?

Das Buch von Götz Aly steht zwischen den Genres allgemeinverständlicher Aufklärung und historiographischer Monographie. Die Beschreibungen des deutschen Antisemitismus sind sorgfältig mit Referenzen belegt. Umso auffälliger ist, dass er sich kaum mit der Literatur beschäftigt, die seit dem Zweiten Weltkrieg das gleiche Thema behandelt und empirische Daten dokumentiert sowie theoretische Erklärungen entwickelt hat. Namen wie Klemens Felden, Eleonore Sterling, Detlev Claussen, Werner Jochmann, Ludger Heid aus der deutschen Diskussion oder international wie z. B. Jacob Katz, David Sorkin, Uriel Tal, Léon Poliakov, Alfred Low, Paul Lawrence Rose, Peter Pulzer tauchen nur am Rande oder allenfalls im Literaturverzeichnis oder gar nicht auf. Damit will ich nicht eine dickleibige Literaturübersicht mit aufgeblähtem Fußnotenapparat einklagen. Aber es hätte mich schon interessiert, wie Aly mit seinen pointierten Positionen über die verschiedenen Konzepte zur Erklärung des deutschen Antisemitismus denkt. Die Abwesenheit von Daniel Goldhagen (außer der Erwähnung im Literaturverzeichnis) fällt besonders auf, weil dieser ähnlich wie Aly dem hasserfüllten Antisemitismus eine tiefe Verwurzelung in der deutschen Kultur zugeschrieben hat. Gerade weil die Thesen beider Autoren bei oberflächlicher Kenntnis von Details so ähnlich sind, wäre eine Klarstellung der Differenzen nützlich gewesen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Götz Alys Buch endet 1933. Er verzichtet auf nachträgliches Besserwissen und bemüht sich, die Wahrnehmung der Zeitgenossen zu vermitteln, die entweder hasserfüllt gewünscht oder besorgt vorausgeahnt haben, wie schlimm es kommen würde. Es ist ein interessantes Buch geworden, und es stimuliert zum Nachdenken darüber, wie Sozialneid den ideologischen Antisemitismus befeuern konnte und wie die Antwort der Gesellschaft hätte aussehen müssen, um das Verhängnis nach 1933 zu verhindern.

Von Samuel Salzborn (3)

Es gehört zu den großen Ungerechtigkeiten des deutschen Wissenschaftsbetriebes, dass Götz Aly nicht schon lange eine der renommierten Professuren für Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik bekleidet – denn kaum jemand hat die Forschung über den Nationalsozialismus so nachhaltig geprägt und mit zahlenreichen Impulsen bereichert wie er. Mit seinen großen Studien[1] hat Aly nicht nur immer wieder Forschungsfelder für die weitere Bearbeitung aufgeschlossen, sondern auch nachhaltig den Blick auf die nationalsozialistische Vergangenheit geprägt, was den Ausgangspunkt für zahlreiche weitere Studien für ganze Historikergenerationen bildete und bildet.

Es liegt in der Natur der Sache, dass der Blick aufs große Ganze, den Aly immer wieder – als Vorreiter und Impulsgeber – riskiert hat, auch Ungenauigkeiten im Detail produziert, die später korrigiert werden müssen. Ohne einen Großentwurf zur Interpretation von Vergangenheit sind alle Detailstudien nicht nur kontextlos, sondern wären in vielen Fällen überhaupt gar nicht erst durchgeführt worden, da weder Breite noch Tiefe des Themenfeldes bekannt gewesen wäre. Die Treffsicherheit von Aly generiert den Neid von zahlreichen Kollegen, die ihm offenbar die Tore in die heiligen Hallen der Zunft der Geschichtswissenschaft nicht in Gänze öffnen wollen. Womit wir beim Thema wären: Dem Neid, der – greift man Alys Grundgedanken des neuen Buches auf – auch ein stückweit auf die deutsche Historikerzunft angewendet werden muss: Denn gerade zahlreiche prominente Historiker haben viele Jahrzehnte die Verbrechen ihrer akademischen Väter und Großväter beschwiegen und tun sich – in dieser personalisierten Hinsicht – bis heute schwer mit *ihrem* nationalsozialistischen Erbe. Aly legt den Finger in

1 Vgl. Götz Aly/Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1990; Götz Aly, Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995; ders., Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Frankfurt a. M. 1997; ders., Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Frankfurt a. M. 2003; ders., Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005; ders. (Hrsg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2006. Siehe auch die von ihm mitbegründete Großdokumentation „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945“.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Wunde, selbst wenn es um die eigene familiäre Vergangenheit geht (in seinem neuen Buch ist auch kurz von dem Altphilologen und Reserveleutnant Wolfgang Aly, dem Großvater von Götz Aly, die Rede, aus dessen privaten Erinnerungen zitiert wird [S. 148, Fn. 209], der allerdings aus unersichtlichen Gründen im Literaturverzeichnis selbst nicht mehr aufscheint) – einer Wunde, die deshalb besonders schmerzt, weil sie mit dem Eigenen deutlich mehr zu tun hat als mit dem Anderen.

Götz Aly bringt in seiner neuen Darstellung die Dynamik des Antisemitismus in Deutschland in einem Interaktionsverhältnis zwischen deutschen Tätern und jüdischen Opfern in Beziehung und setzt dabei den Schwerpunkt auf rassistische Kollektivierungsprozesse und die mit diesen im Zusammenhang stehenden Gleichheitsvorstellungen – die, von einem universalistischen Standpunkt aus betrachtet, Ungleichheitsvorstellungen sind, aber freilich im historischen Zusammenhang eine Form von Gleichmacherei zum Ziel sich setzten, die unter exklusiven und ethnischen Vorstellungen formuliert wurde. Ausgehend von einer historischen Rekontextualisierung der Vorgeschichte des modernen Antisemitismus im Kontext der jüdischen Emanzipationsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa entwickelt Aly ein Panorama, in dem er einen Prozess schleichender Radikalisierung beschreibt, dessen Grundlage im Neid auf die Juden bestand und dessen Kern antisemitische Projektionen bildeten.

Alys Überlegungen dazu sind nicht nur sozialwissenschaftlich anregend, sondern verknüpfen auch Erkenntnisse der Psychologie mit denen aus der Geschichtswissenschaft – obgleich Aly diese Bezugnahme nicht dergestalt stark macht, wie sie faktisch aus seinem Material spricht. In der Langzeitperspektive über gut anderthalb Jahrhunderte skizziert Aly dabei einen Prozess wechselseitiger Desintegration zwischen Deutschen und Juden, bei denen gerade die projektiven Fantasien der Deutschen, deren omnipotenter Wahn, einen narzisstischen Neid generierte, der in Verbindung mit den Rasseideen des 19. Jahrhunderts einerseits zu einer Kollektivierung der Projektionsobjekte führte, andererseits sich so sehr in die individuellen Psychen der Deutschen einbrannte, dass ihr ethnisch-narzisstischer Gleichheitswahn gerade deshalb nicht befriedigt werden konnte, weil kollektiver Neid letztendlich ins Grenzenlose oszilliert.

Eine der großen Stärken von Aly, die sich in vielen seiner anderen Studien finden, ist allerdings in dieser Arbeit eine Schwäche: Denn warum er sich geradezu apodiktisch gegen die Erkenntnisse der – wie er sie nennt – „Theoretikerzunft“ (S. 9) wehrt und sich in seinem gesamten Buch kein einziger Verweis auf die großen Arbeiten der theoretischen Antisemitismusforschung finden (selbst Shulamit Volkov und Hannah Arendt werden nicht mit ihren theoretischen Studien zitiert), erschließt sich nur über eine Logik, gegen die Aly mit seinen früheren Büchern eigentlich immer selbst angeschrieben hatte: Denn Aly öffnet hier mitnichten ein neues Forschungsfeld, sondern er reichert Erkenntnisse der theoretischen Antisemitismusforschung mit einer – ohne Zweifel inspirierenden und gelungenen – historischen Kontextualisierung an. Dass es Unkenntnis ist, aus der Aly die zahlreichen großen Studien der theoretischen Antisemitismusforschung nicht rezipiert, muss bezweifelt werden – es scheint eher so zu sein, dass die Erkenntnisse von Aly auf unbewusster Ebene weiterwirken, dass selbst er die Größe

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

anderer, die bereits vor ihm zentrale Erkenntnisse seiner Arbeit vorweg genommen haben, unberücksichtigt lässt, um den eigenen Stern heller erstrahlen zu lassen: Der bissige Seitenhieb gegen die „Theoretikerzunft" erscheint in diesem Licht selbst als Mischung aus Kränkung, Neid und Abwehr.

Denn es ist völlig unerklärlich, warum Hannah Arendts Antisemitismustheorie unerwähnt bleibt, die den von Aly beschriebenen Radikalisierungsprozess im deutsch-jüdischen Verhältnis minutiös beschrieben hat; oder warum Jean-Paul Sartre keine Erwähnung findet, der die Kollektivierung im Antisemitismus ebenso theoretisch gefasst hat wie den Prozess der antisemitischen Dichotomisierung; auch warum das Grundmotiv des Neides im jüdisch-christlichen Verhältnis nicht auf die Studie von Sigmund Freud[2] zurückgeführt wird, bleibt unklar, wie die Verbindung von Antiliberalismus in der deutschen Ideologie mit dem rassistischen Gleichmachungsideal, die bereits Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* ausführlich gewürdigt haben; und auch der psychologische Zusammenhang, aus dem heraus die Schwäche des Gegners als Gefährdung der eigenen Identität wahrgenommen wird, die von Béla Grunberger[3] reflektiert worden war, bleibt bei Aly unrezipiert.

Insofern ist es durchaus traurig, dass ein so großer Denker wie Götz Aly selbst den subtilen Mechanismen auf den Leim geht, die er zugleich so brillant analysiert und kritisiert. Aber vielleicht liegt darin eine Dialektik der Dialektik der deutschen Historikerzunft? Auch als kritischer Querdenker die Größe von anderen nicht ertragen zu können, wenn sie die eigene erreicht oder übersteigt. Aly ist einer der (wenigen) ganz Großen deutschen Historiker, und sein neues Werk ist erneut ein Meilenstein, der die historische Forschung abermals inspirieren und nachhaltig beeinflussen wird – anzuerkennen, dass es bedeutendere Denker/innen gibt, wäre vielleicht einer der wichtigsten Schritte für eine Disziplin, die schon lange die richtigen Fragen stellt, sich aber immer noch vor vielen Antworten fürchtet.

Von Thilo Sarrazin (4)

Über die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust gibt es eine unabsehbare Literatur, und sie wächst immer noch. Das, was geschehen ist, ist geschehen, und nichts auf der Welt geschieht ohne Grund. Selbst das, was wir Zufall nennen, fügt sich regelmäßig ein in einen Begründungszusammenhang: Gewiss wäre die Weltgeschichte anders verlaufen, hätte zufällig ein Schrapnell an der Westfront einen anderen Kurs genommen und den Gefreiten Hitler beim Meldegang tödlich getroffen. Nur gilt eben auch: In gefestigten Demokratien wie England und Frankreich wäre ein Hitler nicht an die Macht gekommen, und in einem Balkanstaat hätte ihm nich die Kapazität des Deut-

2 Vgl. Sigmund Freud, Der Mann Moses und die monotheistische Religion, Amsterdam 1939.
3 Vgl. Béla Grunenberger, Der Antisemit und der Ödipuskomplex, in: Psyche 5/1962, S. 255-272.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Reiches zur Verfügung gestanden, um Europa zu erobern und so die militärischen Voraussetzungen für den Judenmord zu schaffen.

Deshalb gilt: Der Lauf der Weltgeschichte wird von Zufällen bestimmt, aber kein Zufall ist es, dass das gleiche zufällige Ereignis in dem einen Falle so eine schreckliche Wirkung entfaltet und in dem anderen Falle wirkungslos verpufft. Nach vorne ist der Lauf der Geschichte zu jeder Zeit offen, erst in der Rückschau sehen wir die Bedingungsketten, die zu diesem oder jenem Ereignis führten. Darum ist die Aussage richtig, dass es keine im deutschen Volkscharakter oder in der deutschen Geschichte liegende Mechanik gab, die folgerichtig und zwingend zum Holocaust führte. Es ist aber auch richtig, dass der Holocaust ohne die speziellen Quellen und Bedingungen des deutschen Antisemitismus nicht möglich gewesen wäre. Hier hat mir das Werk von Götz Aly neue und wichtige Einsichten verschafft.

Er erklärt den Weg zum Massenmord an den Juden Europas durch das Zusammenwirken folgender Elemente:

- den durch den erfolgreichen wirtschaftlichen Aufstieg der Juden in Deutschland und Mitteleuropa ausgelösten Sozial- und Konkurrenzneid;
- die Sublimierung dieses Neides in rassistische Vorbehalte, die durch die Entwicklung von Rassentheorien rationalisiert wurden;
- die verspätete nationale Identitätssuche der Deutschen, die zu romantischen Ideen einer Volksgemeinschaft mit entsprechenden Abgrenzungsversuchen gegenüber dem „Fremdvölkischen“ führte;
- eine mit der Idee der Volksgemeinschaft verbundene Ideologie von Gleichheit und Gerechtigkeit, die dem Leistungswettbewerb feindlich gegenüberstand und sich an dieser Stelle mit dem Neidmotiv traf – letztlich ein Affekt gegen die liberale Wettbewerbswelt der angelsächsischen Ökonomen und die Gesetzmäßigkeiten einer kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft überhaupt;
- das Zusammentreffen der Vorbehalte der katholischen Soziallehre gegen „Gewinnsucht“ und „übersteigerten Erwerbstrieb“ mit den antikapitalistischen Vorbehalten der Kommunisten und Sozialdemokraten – was beide Richtungen verabscheuten, wurde personifiziert in den erfolgreichen Kapitalisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die eben zu einem großen Teil Juden waren. Antisemitismus und Kapitalismuskritik flossen so ineinander;
- die Verstärkung dieser Trends durch den verlorenen Weltkrieg und das Diktat von Versailles mit seiner wirtschaftlich nicht leistbaren Reparationslast;
- die Vereinigung der Ideen von Gleichheit und Volksgemeinschaft mit Antikapitalismus und Antisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie.

Die Nationalsozialisten kamen an die Macht, weil sie sehr breite Strömungen der ideengeschichtlichen Entwicklung Deutschlands seit Beginn des 19. Jahrhunderts in sich aufnahmen. Dazu gehörten die Romantik, die katholische Soziallehre, der Sozialismus und der Antisemitismus. Die über viele Jahrzehnte währende antisemitische Propaganda fand immer wieder neue Nahrung im Neid- und Konkurrenzmotiv und machte die

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mehrheit der Deutschen nach der Machtergreifung gegenüber dem Schicksal der Juden gleichgültig bzw. hartherzig, zumal deren unverzügliche Entfernung aus dem Staatsdienst und allmähliche Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben aufstiegsorientierten Deutschen neue Möglichkeiten gab. Der Weg in den Holocaust war auch nach 1933 nicht von Anfang an vorgezeichnet. Als es dann soweit kam, retteten die meisten Deutschen sich gern in die vom Staat angebotene Möglichkeit des Wegschauens und Nichtwissens.

So ist die Kette von Götz Alys Argumentation, und sie erscheint mir schlüssig. Erklären kann man nur im Nachhinein, und für keine Erklärung eines komplexen historischen Prozesses lässt sich ein endgültiger Beweis führen, denn wir wissen ja nicht, wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn ein Element gefehlt oder ein anderes Gewicht gehabt hätte. Mir erscheinen zwei Elemente aus Alys Erklärungskette besonders bedeutsam, weil sie in dieser Zuspitzung ungewohnt sind und jedenfalls in meinem Deutungsmuster des Holocaust bisher keine herausgehobene Rolle gespielt haben:

- der Konkurrenzneid als wichtigste Quelle des deutschen Antisemitismus seit Beginn des 19. Jahrhunderts und – damit zusammenhängend –
- die deutsche Gemeinschafts- und Gleichheitsideologie als Feindin liberalen Gedankenguts – als Boden des Ressentiments gegen den beweglicheren, tüchtigeren und am Ende eben auch reicheren Zeitgenossen, der z. B. im Berlin und Wien der Jahrhundertwende oft ein Jude war.

Der überkommene Antisemitismus des Mittelalters und der frühen Neuzeit war ein gesamteuropäisches Phänomen gewesen. Die weitgehende Vertreibung der Juden aus West- und Mitteleuropa im Mittelalter hatte dazu geführt, dass das Gros der europäischen Juden Anfang des 19. Jahrhunderts in Polen und im Russischen Reich lebte. Dort waren sie einer besonders gewalttätigen Form von Antisemitismus mit wiederkehrenden Pogromen ausgesetzt und zudem in den rückständigen, vormodernen Strukturen ihrer Gastländer gefangen.

Die Französische Revolution und die Kriege Napoleons führten die deutschen Länder um die Wende zum 19. Jahrhundert in einen Modernisierungsschub, der Zunftzwänge abschaffte und für alle Bürger unabhängig von Stand, Geburt oder Religion Gewerbefreiheit herstellte. Dies bedeutete auch die Abschaffung überkommener Ränge und traditioneller Sicherheiten und wurde von vielen Deutschen eher als bedrohlich empfunden. Dagegen nutzten die vorher in ihren Rechten besonders eingeschränkten Juden die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr dynamisch, wobei ihnen ihre traditionell große Bildungsorientierung Vorteile brachte. Juden Osteuropas und aus den östlichen Gebieten Preußens und Österreichs wanderten in großer Zahl zu, vor allem nach Berlin, Wien und Budapest. Sie hatten überdurchschnittliche Erfolge im Bildungswesen, in Wirtschaft und Gewerbe. Dies wurde dadurch verstärkt, dass ihnen Karrieren in Verwaltung und Militär weitgehend verschlossen blieben, so richtete sich ihre Kraft vorwiegend auf gewerbliche Aktivitäten. Eine wesentliche Rolle für die Zuwanderung aus Osteuropa spielte die vergleichsweise hohe Rechtssicherheit in den deutschen Staaten

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Österreich-Ungarn, die damit erhöhten persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und der Schutz vor Pogromen. In der Revolution 1848 beschützten preußische Soldaten die Juden der Provinz Posen vor der Mordlust der polnischen Revolutionäre.

Götz Aly beschreibt den Prozess des Aufstiegs der Juden sehr anschaulich, auch die früh geäußerten Vorbehalte. Solche Vorbehalte einten Dichter der Romantik (von Arnim), Nationalrevolutionäre der Napoleonzeit (Arndt), konservative Historiker (Treitschke) und evangelische Pfarrer (der Berliner Hofprediger Stoecker). Allgemein anerkannt wurden der Fleiß, die Bildung, der Ehrgeiz und die schnelle Intelligenz der Juden. Aber eben diese Überlegenheit wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, weil „die Juden allen Handel und alle Gewerbe ihrer christlichen Mitbürger ersticken" (S. 84) – so zitiert Götz Aly den kämpferischen Demokraten Hartwig von Hund-Radowski aus dem Jahre 1819.

Das Ausmaß des wirtschaftlichen Erfolgs der Juden wird an den Einkommen- und Steuerstatistiken deutlich: Im frühen 20. Jahrhundert zahlten die Juden in Frankfurt a. M. durchschnittlich viermal so viel Steuern wie ein protestantischer Staatsbürger und achtmal so viel wie ein Katholik. In Berlin betrug der Anteil der jüdischen Bevölkerung fünf Prozent, aber auf die Juden entfielen 30 Prozent des städtischen Steueraufkommens. Ähnlich waren die Verhältnisse in anderen preußischen Städten, in Österreich, Ungarn, Dänemark oder Italien. Ein sehr großer Teil der Bankiers und Unternehmer im 19. und frühen 20. Jahrhundert war jüdisch, und damit unter den Stichworten „Gleichheit" und „Gerechtigkeit" auch Gegenstand eines antikapitalistischen Vorurteils.

Daraus speisten sich Neid und Hass. Götz Aly zitiert den Soziologen Max Scheler, der bereits 1903 schrieb: „Der ohnmächtige Neid ist zugleich der furchtbarste Neid. Der Neid, der die stärkste Ressentimentbildung auslöst, ist daher derjenige Neid, der sich auf das individuelle Wesen und Sein einer fremden Person richtet. Dieser Neid flüstert gleichsam fortwährend: ‚Alles kann ich dir verzeihen; nur nicht, dass du bist und das Wesen bist, das du bist; nur nicht, dass ich nicht bin, was du bist'" (S. 298 f.). Er zitiert weiter zustimmend den NS-Gegner und Wirtschaftsliberalen Wilhelm Röpke, nicht der Kapitalismus und das Großbürgertum, sondern die breiten Massen des deutschen Volkes hätten den Nationalsozialismus an die Macht gebracht und an der Macht gehalten. Röpke: „Man kann den Nationalsozialismus nicht ärger verkennen, als wenn man seinen Massencharakter leugnet" (S. 288).

Zum Beleg, dass das Gedankengut der wirtschaftsliberalen Wettbewerbsgesellschaft in Deutschland nie richtig Fuß fasste, zitiert Götz Aly ausführlich aus dem „nationalsozialen Katechismus" Friedrich Naumanns, dem späteren Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei, einem Weimarer Vorläufer der heutigen FDP. Der als „linksliberal" geltende Friedrich Naumann verabscheute Antisemitismus, aber in seinem Buch *Mitteleuropa* (1915) sprach Naumann von der „Volksmaschine", die ihren Gang geht „ob der Einzelmensch lebt oder stirbt" und er begrüßte, dass im Krieg „von allen Seiten der Staats- und Nationalsozialismus" wächst. Götz Aly folgert: „Zentrale Gedanken hatte sich Hitler bei Naumann abgeschaut" (S. 142).

Sozialistische und kollektivistische Ideen einerseits, der speziell gegen Juden gerichtete Sozial- und Konkurrenzneid andererseits gingen in Deutschland eine unheilvolle

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verbindung ein. Sie halfen so dem Nationalsozialismus zur Macht und ebneten dem Holocaust die Bahn, das ist wohl die Kernthese Götz Alys. Es gab auch viele andere Einflussfaktoren, und zu keinem Zeitpunkt gab es eine zwingende Entwicklung in eine bestimmte Richtung. Wer das im Auge behält, kann der Analyse von Götz Aly durchaus zustimmen.

Von Brigitte Seebacher (5)

Es ist ein Jammer. Da führt ein deutscher Historiker endlich einmal eine flotte Feder, da geht er flott über alle Fakten hinweg, die dem ebenso eingängigen wie einseitigen Urteil entgegenstehen. Aber vielleicht hat Götz Aly sich des nicht immer nur flotten, sondern oft fallbeilartigen Stils bedient, um halbe Wirklichkeiten für die ganze Wahrheit verkaufen zu können. Vielleicht hat er den Finger, mit dem er auf „die" Deutschen zeigt, auch nur deshalb so hoch erhoben, weil er zuvor „die nationalgeschichtlichen Parallelen zwischen den Dreiunddreißigern und Achtundsechzigern" gezogen und sich selbst als langjährigen Ideologen und Aktivisten der studentischen Bewegung geoutet hatte.[1] Nimmt er für sich in Anspruch, was er allen Landsleuten unterschiedslos verwehrt, die Lossprechung von Irrtum, Schwäche und Mitläufertum? Einst hat der Autor das Kapitalinteresse der Großen für das NS-Reich verantwortlich gemacht, jetzt muss der Sozialneid der Kleinen herhalten. Aly malt grundsätzlich in Schwarz und Weiß, graue Töne leidet er nicht. Jedenfalls meint er, nun die ganz große Keule schwingen zu sollen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Es ist der Versuch, sich unangreifbar zu machen; je härter und allgemeiner das Urteil über die Deutschen, desto undankbarer die Auseinandersetzung. Es ist auch der Versuch, den Mangel an systematischem, auch differenzierendem Denken zu vertuschen. In der Breitseite gegen die 68er macht er sich lustig über deren bürgerliche Karrieren. Aber diese sagenhafte Beweglichkeit und Ich-Bezogenheit sind doch gerade das Markenzeichen gewesen, auch Aly trägt es vor sich her. Warum sonst die Angeberei erst mit der eigenen ultralinken, jetzt mit der familiären Nazi-Vergangenheit? Wofür soll Familie das Muster sein? Für das „Nazigen" der Deutschen?

In seinem neuen Buch hat Aly den *Volksstaat* fortgeführt und zugespitzt. Erst ist der Sozialismus der Arbeiterbewegung erledigt worden – durch Gleichsetzung mit Hitlers „nationalem Sozialismus", dem der „Rassenkrieg" innegewohnt habe.[2] Jetzt gibt es den Nachweis, dass seit 1800 „die Geschichte des deutschen Antisemitismus" (S. 278) den Judenmord aus sich heraustreiben musste. Es wurde eben kein „Fehltritt" (S. 9) begangen, die Deutschen sind sich einfach nur treu geblieben. Das Buch handelt von dem Antisemitismus vor 1933. Von Wille und Kraft der Juden aufzusteigen, seit sie die Möglichkeiten dazu hatten. Von der Unfähigkeit der Deutschen mitzuhalten und ihrer Demü-

1 Vgl. Götz Aly, Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a. M. 2008, S. 185.
2 Vgl. ders., Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tigung. Von dem Neid, der daraus erwuchs und groß und größer wurde. Alys Schwarz-Weiß-Schema entspricht die Linienführung. Einmal neidisch, immer neidisch. Auch mordlustig? Endlösungswillig? Ist der deutsche Antisemitismus in den Vernichtungsfeldzug gemündet? Diese einzige Schlüsselfrage handelt Aly auf der letzten Seite des Buches ab, als ob ihm gerade noch eingefallen wäre, dass da was war. Die Deutschen seien sich „der niederen Beweggründe ihrer Judenfeindschaft bewusst" gewesen, sie hätten sich geschämt und darüber ihre „aus Minderwertigkeitsgefühlen herrührenden Aggressionen an den Staat" delegiert. Und dem wurde nun der Freibrief ausgestellt, „individuelle Bosheit in die überpersönliche Notwendigkeit zur ‚Endlösung der Judenfrage'" (S. 301) zu verwandeln. Tatsächlich deutet auf den 300 Seiten zuvor nichts auf diese Transformation hin. Oder gerade doch?

Aly hütet sich, die Ausrottung der Juden zwingend zu nennen. Er schildert den deutschen Antisemitismus aber als „parteiübergreifend von rechts bis links"[3] und der deutschen Geschichte eingewoben. Er führt schweres Geschütz auf, um die Deutschen als ein einig Volk von Vorarbeitern auf dem Weg nach Auschwitz zu charakterisieren. Solche Linien sind auch früher schon gezogen, nur nicht mit einem so dicken Strich; alle kleinen und großen Unterschiede und Verantwortlichkeiten werden eingeebnet. Um selbst die Sozialdemokratie in Haft nehmen zu können, hält er ihr vor, nicht die Freiheit zu lieben und nicht das Individuum zu achten und dem typisch deutschen „Kollektivismus"[4] zu frönen. Das ist nun wirklich infam. Er will die Assoziation mit den Zwangsmaßnahmen regierender Kommunisten. Er will aber nicht wissen und schon gar nicht würdigen, was der Daseinszweck der Arbeiterbewegung war. Das Fabrikwesen, überhaupt die Industriegesellschaft, gründete im Kollektiv. Der einzelne Arbeiter konnte seine Menschenwürde nie allein, immer nur gemeinsam mit anderen, in Solidarität und im Namen der Gleichheit, erkämpfen. Ohne diesen Zusammenhalt hätte Otto Wels, für den Fall der Fälle mit Zyankali in der Jackentasche, 1933 nicht „im Namen der Freiheit und des Sozialismus" reden und schwören können: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht."[5] Anti-Nationalsozialisten existieren in Alys Weltbild sowieso nicht, auch nicht nach dem Krieg, als gerade sie zwischen den Verbrechern und der großen Masse der Mitläufer scharf geschieden und insoweit für Nachsicht plädiert haben. Man kann das ja falsch finden und mit Schumacher, Ollenhauer, Brandt abrechnen, aber muss man ihre Haltung nicht wenigstens zur Kenntnis nehmen? Bei einem solchen Thema? Ein einziges Mal scheinen Aly selbst Bedenken zu kommen und er macht eine lakonische Klausel: SPD und Gewerkschaften hätten „das Gute" gewollt, aber „zum Bösen" beigetragen (S. 133).

3 Ders., Wehler in der Sackgasse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. Dezember 2011.
4 Ebd.
5 Rede von Otto Wels anlässlich der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 vor dem Reichstag, in: Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, 2. Bd., Bonn 1975, S. 304 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Antisemitische Regungen gab es auch in der SPD, wie anders. Wie repräsentativ waren sie? 1884 war es im Zweiten Berliner Wahlkreis zu einer Stichwahl zwischen Virchow und Stöcker gekommen; als sich die örtliche SPD für Neutralität aussprach, erschien Bebel auf dem Plan und machte Druck. Eine hinreichend große Zahl ging zur Wahl und verhalf Virchow zum Sieg, mitten im Sozialistengesetz und ohne dass die Liberalen sich auf die Seite der verfolgten Genossen gestellt hätten. Als in den Reichstagswahlen 1893 die SPD zwar weiter zulegte, die organisierten Antisemiten aber einen unerwarteten Erfolg landeten, erweiterte Bebel die Tagesordnung des Kölner Parteitages sofort und sprach selbst über „Sozialdemokratie und Antisemitismus." Auf Rede und Resolution kommt Aly mehrfach zurück, das Buch ist eben nicht durchgearbeitet. Bebel und die SPD glaubten fest daran, dass mit Überwindung des Kapitalismus jede soziale Not und damit jeder Antisemitismus verschwunden sein würden. Diese antikapitalistische Überzeugung ist umso weniger gegen die Partei zu verwenden, als Bebel unmissverständlich von „Demagogen gemeinster Art"[6] sprach und die Rede so ernst genommen wurde wie kaum eine sonst. Sie erschien im Druck, Bebel überarbeitete sie immer wieder und verfasste 1906, im Angesicht der Ereignisse im Osten, ein neues Nachwort: Die Pogrome hätten „das Entsetzen der ganzen Kulturwelt" hervorgerufen. Er zog aus den „bestialischen Vorkommnissen" und den Schandtaten des „Raub- und Mordgesindels" in Russland und Russisch-Polen zwei Folgerungen. Erstens: „Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen nur auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, repräsentiert die moralische Versumpfung der ihnen anhängenden Schichten." Und zweitens: „Tröstlich ist, dass er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluss auf das staatliche und soziale Leben auszuüben."[7] Aly registriert nicht, dass Bebel dem Juden den Christen gegenüberstellt, nicht den Deutschen. Und ihm entgeht der Witz der Rede von 1893. Bebel schildert, bisweilen unter dem beifälligen Lachen der Delegierten, wie die Juden vielfach die Christen überrundet hätten! Aly könnte sich wunderbar bestätigt fühlen, machte sich Bebel nicht lustig über den christlichen Kleinhandwerker, der einen mehrstündigen Frühschoppen zu sich nehme. Das falle dem fleißigen Juden gar nicht erst ein, er trinke nicht mal Alkohol. Das Nachwort von 1906, das Bebel, immerhin Vorsitzender einer deutschen Massenpartei, verfasst hat, kennt Aly nicht einmal, oder er will es nicht kennen, weil es nicht in den Gang seiner Erzählung passt.

Dem Gleichheits- und Kollektivismuswahn der Deutschen stellt Aly „die Idee der persönlichen Freiheit" (S. 137) gegenüber. Diese Idee sieht er in England und Frankreich, „liberal organisierten westlichen Demokratien" und „selbstsicheren, in sich ruhenden Völkern" (S. 155). Er rühmt sogar die Italiener für die Art, in der sie ihre staat-

6 August Bebel, Antisemitismus und Sozialdemokratie, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD. Abgehalten zu Köln 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 223-240, hier: S. 231.

7 Ders., Sozialdemokratie und Antisemitismus. Rede vom 27. Oktober 1893 auf dem IV. Parteitag in Köln. Nebst einem Nachtrag, Berlin 1894, 2. durchgesehene Auflage mit 2 Nachträgen, Stuttgart 1906, zitiert nach Brigitte Seebacher-Brandt, Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich, Bonn 1988, S. 271.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

liche Einheit zustande gebracht hätten. Wenn die deutsche „Lokalität“ schon herhalten muss, um den Holocaust zu erklären, warum dann noch die Überhöhung der anderen? Die persönliche Freiheit haben Engländer und Franzosen allenfalls dem weißen Mann zugebilligt. 1830, als sich die Wege laut Aly trennten, die Deutschen ins Dunkel und die Nachbarn ins Licht strebten, verleibten sich die Franzosen gerade Algerien ein; Haiti hatten sie zu dieser Zeit schon so zugerichtet, dass es sich bis heute davon nicht erholen konnte. Manches sonst wäre über Licht und Dunkel und die ewigen Vergleiche mitzuteilen. Der Absturz des eigenen Volkes bleibt beispiellos und ohne die eine Formel, die alles erklärt. Dass Aly einen in die Versuchung bringt, mit dem Finger auf die englisch-französischen Kolonialverbrechen zu zeigen, ist so unverzeihlich wie die grobgestrickte Masche des ganzen Buches.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rezensionsessay:

Steigende Erwartungen, stabiles Vertrauen, alles easy?

Von Sebastian Liebold

Pippa Norris, Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited, Cambridge 2011 (*Cambridge University Press*), 350 S.

Die aufkommende Spezies des westlichen „Wutbürgers" steht für Pippa Norris in keinem Widerspruch zu „robustem" Rückhalt für demokratische Prinzipien in den Ländern liberaler Ordnung. Solange Vertrauen in Regierung und Verwaltung besteht, eine grundsätzliche Systemzufriedenheit herrscht und die Unterstützung demokratischer Werte und Normen vorliegt, erscheint die Zukunft der Demokratie nicht düster. Wenn die vor uns liegende Zeit keinem gleißenden Stern ähnelt, muss Sand im Getriebe sein – *Democratic Deficit* ist mehr als eine Ansammlung winziger Körnchen und weniger als eine unwirtliche Wüste: Die Diagnose weist auf gestiegene Ansprüche an Demokratien hin, auf eine größere Zahl immer schneller transportierter „negative news" über politische Institutionen und auf eine nicht immer zufrieden stellende „policy performance" (S. 7).

Da Unzulänglichkeiten der Demokratie den Kern jeder demokratiewissenschaftlichen Untersuchung ausmachen, verspricht die Autorin Neues für die mannigfaltigen Teilgebiete der Politikwissenschaft (Comparative Politics, Public Opinion, Political Culture, Political Behavior, Democratic Governance, Political Psychology, Political Communications, Public Policymaking, Comparative Sociology, Cross-National Survey Analysis, Dynamic of the Democratization Process). Wer möchte nicht Erforscher eines dieser illustren Themen sein? Nur an wenigen Stellen dieser Erde ist das in toto möglich. Der Posten des McGuire Lecturers in Comparative Politics an der Kennedy School of Government der Harvard University zählt dazu. Norris hat neben dem Bezugswerk *Critical Citizens* u. a. einen Band über *Cosmopolitan Communications*, ferner Bücher zur Informationsarmut im Zeitalter des Internet, zum Verhältnis von *Sacred and Secular* publiziert.[1] Sie gewann mehrere Auszeichnungen.

Doch selbst manches wissenschaftliche Großwerk braucht einige Zeit, um in das fruchtbare Mahlwerk der globalen Zitiermaschine zu geraten. Es geht Norris nicht an-

1 Pippa Norris (Hrsg.), Critical Citizens: Global Support For Democratic Governance, Oxford 1998; Digital Divide? Civic Engagement, Information Poverty and the Internet Worldwide, Cambridge 2001; dies./Ronald Inglehart, Sacred and Secular: Politics and Religion Worldwide, New York 2004; Pippa Norris/Ronald Inglehart, Cosmopolitan Communications: Cultural diversity in a Globalized World, New York 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ders als seinerzeit Gabriel Almond und Sydney Verba, und es geht ihr um dieselbe Sache – die politische Kultur der (demokratischen) Welt, um den Zusammenhang von (aufgeklärtem und kritischen) Regimevertrauen und Systemstabilität. Dabei kommt es nicht auf einige Jahre an: „After Critical Citizens, Pippa Norris once again has planted her flag in the middle of the academic debate. It is going to stay there for a long time", so der Politologe Jacques Thomassen von der University of Twente (auf dem Einband). Konferenzen, auf denen sie ihre Thesen vor der Veröffentlichung vorgestellt hat, etwa in Santiago de Chile, Berlin, Potsdam, Berkeley und Washington D. C., helfen die Räder dieser Mechanik zu ölen.

Das Buch atmet daher nicht nur die Luft des World Values Survey (WVS) und des European Values Survey (EVS) und verarbeitet keineswegs bloß eine unglaubliche Datenflut, sondern ist auch von Weltgewandtheit und wachem Sinn für politische Realität geprägt – Norris besitzt jenseits der empirischen Analyse eine unbestechliche Urteilskraft. Während sie einige deutsche Autoren (Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Wolfgang Merkel, Christian Welzel) für die Begründung ihrer Thesen heranzieht, macht sie ausweislich ihres Literaturverzeichnisses einen Bogen um die lateinische Welt, die sich heute aus begründeter Sorge ebenso um die Demokratisierung bemüht wie die in sich ruhenden angelsächsisch geprägte. Jene liegt näher an den seismographisch kaum erfassten „sozialen Vulkanen" – beispielsweise am „arabischen Halbmond" oder den autoritären Mafiastaaten Mittelamerikas.

Pariser Vorort-Krawalle oder Moskauer Oppositionszüge lassen Pippa Norris ebenso wenig kalt wie die amerikanische „Occupy"-Bewegung. „The tensions between unwavering support for democratic principles but skeptical evaluations about democratic practices was interpreted in the study as the rise of critical citizens" (S. 236). Norris hat mit „Critical Citizens" ein wirkmächtiges Konzept geschaffen. Darin schwingen existenzielle Fragen mit, die das Leben eines jeden Bürgers betreffen: Welche Rechte sind in der formalen Demokratie für den Bürger noch nicht praktisch nutzbar? In welcher Form ist Kritik am Staatshandeln und an der Verwaltungstätigkeit legitim und angebracht?[2] Norris' Antwort überrascht kaum: Wähler oder Abstimmende zeigen höheres Engagement (und auf diese Weise höhere Zufriedenheit mit dem System), wenn sie eine deutlich erkennbare Wahl zwischen konträren politischen Konzepten haben. Stabilität politischer Regime braucht hingegen nicht zwangsläufig „Aktivismus" – niedrige Wahlbeteiligung etwa in den USA wird eher als Ausdruck von grundsätzlicher Zufriedenheit gewertet. „Aktivismus" kann danach sogar schädlich und Anzeichen für matte Politik sein. Norris warnt vor eiligen Kausalschlüssen: Verhalten der Massen und Stabilität können weithin unverbundene Faktoren darstellen. Für die politische Kultur heißt das:

2 Dies. (Hrsg.), Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford 1999. Der Band versammelt Beiträge zur Messung der tatsächlichen Unterstützung demokratischer Normen und Verfahren in westlichen Demokratien.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Erst wenn politisches Handeln unabsehbare Folgen zeitigt, muss das System an sich auf den Prüfstand.[3]

Wer Kritik innerhalb des Systems übt und dafür bürgerliche Freiheitsrechte in Anspruch nimmt, stärkt die politische Ordnung. Demokratie lebt vom Mitmachen – wie dies in „trägen" (weil oft satten) Gesellschaften befördert werden kann, lehrt die französische Theorie. Weil die Integration der immer inhomogeneren Bevölkerung gerade in Frankreich kaum mehr gelingt, ersannen Pierre Rosanvallon und Catherine Colliot-Thélène Schlupflöcher für die verfahrene Situation.[4] Rosanvallon diagnostiziert eine „negative Allgemeinheit" (eine Summe von Minderheitsinteressen), die durch einen höheren Grad an „Reflexivität und Nähe" zwischen Bürgern und öffentlichen Institutionen in eine vollständige Ausübungsgemeinschaft demokratischer Rechte transformiert werden soll, in der zugleich Verwaltung bestmöglich funktioniert. Colliot-Thélène kritisiert das überkommene Modell des Nationalstaats, fordert Subsidiarität, um Bürgern in ihrer Ortschaft wirkliche Entscheidungsmöglichkeiten zu geben (wie in vielen Föderalstaaten Praxis), und will zugleich inter- und supranationale „Schauplätze" schaffen, die damit nicht mehr allein den eigenbrötlerischen Bürokraten überlassen bleiben (ein Wink mit dem Zaunspfahl in Richtung Brüssel). Nicht ohne Grund sieht Rosanvallon im amerikanischen Modell von Governance Perspektiven für die restliche Welt.

Es sind Unterschiede in den Kulturen, die Kritik an Norris' Herangehen rechtfertigen: Die Franzosen Rosanvallon und Colliot-Thélène entstammen beileibe keiner staatsvergessenen Nation. Und doch ist in Europa der Glaube abhandengekommen, die Identifizierung des Bürgers mit der Nation könne das Ende der Fahnenstange sein. Norris hingegen leitet ihre Fragen genau von diesem (höchsten) Punkt ab und sucht nachgeordnete Aussagen zur Unterstützung von demokratischen Prinzipien, von praktischer Regierungstätigkeit sowie zum Vertrauen in Institutionen und in einzelne Amtsträger (Schema auf S. 24). Einleuchtend erscheint hingegen der Verzicht auf die Bereiche „partisan identification and membership" und „consequences of citizen orientations for political behavior". Obwohl Norris Robert D. Putnam Recht gibt („civic associations [...] promote interpersonal trust, fostering the capacity to work together in the future, creating the bonds of social life that are the basis for civil society and democracy", S. 36), ist für sie die Frage nach der Systemunterstützung nicht abhängig von einem lebhaften Vereinswesen. Ihr reicht die Zustimmung zu einem – in Amerika nicht formalisierten – Konsens über die demokratische Ordnung.[5] Sie beharrt auf dem Befund aus ihrem

3 Vgl. dies., Political Activism, in: Paul Heywood (Hrsg.), Developments in European Politics, Basingstoke 2011, S. 100-119. Heywood edierte ferner ein Sonderheft zum Thema „Political Corruption" der Zeitschrift Political Studies 45 (1997), Heft 3. Siehe auch Pippa Norris, Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism, New York 2002.

4 Siehe Pierre Rosanvallon, Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg 2010; Catherine Colliot-Thélène, Demokratie ohne Volk, Hamburg 2011.

5 In gewissem Sinn erfüllt der Pledge of Allegiance die Funktion eines (eher emotionalen) „kleinsten gemeinsamen Nenners". Hier bietet sich die Forschungsperspektive, Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands in demokratischen Verfassungen dieser Welt vergleichend

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aufsatz „Political Activism“, nachdem aus einer Grundhaltung nicht auf das konkrete politische Handeln geschlossen werden kann.[6]

Auf Norris’ Road Map von Nationalstolz und Wertekonsens bis zu Vertrauen in Institutionen und Politiker liegen einige größere Pflastersteine. Im Kapitel „Trends in Democratic Deficits“ nutzt sie Erkenntnisse aus Umfragen der *Third Wave Era*, um wachsende Systemunterstützung in Ländern wie Argentinien, Korea, Spanien oder Südafrika zu konstatieren. Im gleichen Zeitraum 1981-2007 stellt sie ein fallendes Vertrauen in Institutionen dieser Länder (abgesehen von Südafrika) fest. Hier fehlen Argumente für den generell stärkeren Zuspruch zur freiheitlichen Ordnung und zur kritischeren Haltung vieler Bürger gegenüber konkreten Behörden oder Aktivitäten – viel drastischer im Vergleich zu den Schwellenländern sind übrigens Zahlen für die USA, wo der Zuspruch zur Demokratie laut WVS stets 100 Prozent beträgt, das Vertrauen in das Parlament von 1981 bis 2007 aber merklich gefallen ist. Gründe für eine selbstbewusstere Rolle in der Welt findet Norris paradoxerweise im schwach ausgeprägten Nationalismus Deutschlands und Japans, da dieser andere Länder in der Zeit der Globalisierung behindere – und Nationen bevorteilte, die ihre Macht vor allem ökonomisch definieren.[7]

Norris’ Stärke ist die offene Debatte. In ihrer Argumentation haben gegenteilige Befunde Platz und können so weitere Forschung anregen (etwa zum Einfluss neuer Medien aus Sicht der Rational-Choice-Theorie). Sicher belegt finden sich die drei diagnostizierten Defizite: Eine Tabelle aus Daten des WVS legt das wachsende Defizit aus gestiegenem Anspruch an die Demokratie relativ zur Systemzufriedenheit offen. Besonders hoch sind die Erwartungen, das nimmt nicht wunder, bei den Befragten mit Universitätsabschluss – zumal bei solchen mit stark post-materialistischen Werten (vermutlich können deswegen andere Gruppen manche Kritik kaum nachvollziehen). Eine gewisse Schwäche sind Norris‘ deduktive Ableitungen, denn der Zusammenhang von gut verdienenden Haushalten und hoher Systemzufriedenheit ist zwingend (gemäß ihrer Prämisse folgt aber: „values are not related to contemporary levels of human development“, S. 140). Dass eher ältere Menschen höhere Erwartungen an die Demokratie haben, widerlegten die aufständischen „jungen“ Gesellschaften Nordafrikas.[8] Auf der Hand liegen

zu analysieren und zu fragen, inwieweit ein solcher Konsens die Systemunterstützung hinreichend begründet.

6 Anders sieht dies derzeit etwa Dominik Allenspach, Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien, Wiesbaden 2012. Er vertritt die These starker Beteiligung von dezidierten Befürwortern und von Gegnern des jeweiligen Systems – und beklagt die Indifferenz der „Mitte“.

7 Die Frage wirtschaftlicher Schwäche als Indikator für schwaches Regimevertrauen behandelt Norris (anders als Allenspach, der seine Analyse auf tendenziell „reiche“ Staaten beschränkte) mit nachvollziehbaren Ergebnissen – so kommen unter den „alten“ Demokratien Italien, unter den „neuen“ Bulgarien und die Ukraine besonders schlecht weg. Warum Moldawien deutlich vor der Türkei rangiert (S. 111), erschließt sich dem Rezensenten nicht.

8 Da im Maghreb Kritik an patriarchalischen Traditionen mit antimodernen Strömungen einher geht (und damit die Suche nach einem „Dritten Weg“ erkennbar ist), wäre zu untersuchen, inwieweit „konservative Revolutionen“ weltweit Mehrheiten finden könnten – dies legt Julius Kirchenbauer nahe:

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schlüsse aus Wissensfragen des WVS zur Demokratie: Ein aufgeklärtes und möglichst historisch gewachsenes Demokratieverständnis fördert positive Sichtweisen auf freiheitliche Systeme. Dies vorausgesetzt, bleiben Pressemeldungen über tatsächliche Defizite (wie Korruptionsfälle) ein gutes Regulativ. Norris wertet dazu vor allem amerikanische und britische Medienanalysen aus – Erhebungen aus Entwicklungsländern hätten hier wohl andere Ergebnisse geliefert.[9] Nur wo die Bürger das Gefühl haben, durch öffentlichen Druck Veränderungen erreichen zu können, besteht die wünschenswerte hohe Korrelation von Good Governance und Systemzufriedenheit.

Der Studie ist eine deutsche Ausgabe zu wünschen, weil Norris' Prognosen optimistisch sind. Gelassenheit ist in Deutschland ein entwicklungsfähiges Gut. Wie kann eine aktive Bürgergemeinschaft aussehen? In Demokratien ist erstaunlich viel von dem umgesetzt, was Norris vorschlägt. Bei Vertrauen unterlassen die Bürger manchen illegalen Akt: „[They tend not to] sustain a black market economy, to cheat on their taxes, or to use bribery and corruption – and thus to undermine the rule of law" (S. 226). So bleibt die Frage, wie es mit den democracies-to-come steht.

Demokratisierung ist für Norris jederzeit möglich – die Bürger müssen lediglich anpacken. „A series of multivariate regression models showed that democracy aspirations were stronger predictors of electoral reform than levels of economic or human development." Hoffnungsvoll stimmt ihre Schlussfolgerung: „The fact that public aspirations are followed by subsequent institutional changes even in many non-democratic regimes, suggests that ‚reform from below' is an important strategy that can succeed, even against elite interests" (S. 235). Nach der friedlichen Revolution in der DDR, dem Ende der Apartheid und der Arabellion muss die Wissenschaft sich stärker der „Kraft der Straße" widmen – den Ursachen, den spontanen Anlässen und den meist weitreichenden Folgen. Norris' Studie bildet dafür eine gute Grundlage.

Wahlen als Sackgasse? Islamistische Ambitionen und autoritäre Eindämmung in Marokko und Jordanien, in: Holger Albrecht/Kevin Köhler (Hrsg.), Politischer Islam im Vorderen Orient zwischen Sozialbewegung, Opposition und Widerstand, Baden-Baden 2008, S. 121-141.

9 Wie etwa in Namibia die politische Bildungsarbeit die Rolle der Presse allen Teilen der Bevölkerung als bürgerschaftliches Instrument kundzutun versucht, erläutern anhand von Umfragedaten Christiaan Keulder/Antonie Nord/Christoph Emminghaus, Namibia's Emerging Political Culture, in: Christiaan Keulder (Hrsg.), State, Society and Democracy. A Reader in Namibian Politics, Windhoek 2000, S. 237-263.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Wieder gelesen«:

Eine deutsche Theorie der Diktatur

Von Hans J. Lietzmann

Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur (unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski), Stuttgart 1957 (*Verlag W. Kohlhammer*), 316 S.

Es ist durchaus reizvoll, das berühmte Buch über die *Totalitäre Diktatur* von Carl J. Friedrich in der Rubrik *Wieder gelesen* zu behandeln. Handelt es sich doch um einen Text, der das politische Klima der 1950er Jahre in Westdeutschland, das Denken der politischen Klasse, die Texte des politischen Feuilletons und sogar die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in seinem KPD-Verbotsurteil nachhaltig mitbestimmt und inhaltlich geprägt zu haben scheint. Gleichzeitig aber lässt sich mit einem gewissen Sarkasmus fragen, ob dieses Buch denn seinerzeit überhaupt je wirklich und gründlich gelesen worden ist. Oder ob wir es bei der beispiellosen öffentlichen Wirkung dieser wissenschaftlichen Abhandlung nicht mit einer reflexhaften Amalgamierung von Zeitgeist und Politikwissenschaft zu tun haben. Einer Amalgamierung, die beide Seiten – den Zeitgeist wie die politikwissenschaftliche Charakteristik dieses Textes – seiner zentralen Inhalte und präzisen Aussagen beraubte.

Der Reihe nach: Wie kein anderer Text hat die deutsche Version des amerikanischen Buches *Totalitäre Diktatur* die Metaphern und die Inhalte, die Argumente und die Standards dessen geprägt, was in Deutschland unter „Totalitarismus" in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt diskutiert worden ist. Dabei geht es im Einzelnen um die Kategorisierungen einer „totalitären Ideologie" (S. 24-54), einer monopolistischen „Partei" (S. 55-102), einer zentralistischen politischen „Propaganda" (S. 103-130) und einer das Gewaltmonopol okkupierenden Geheimpolizei (S. 130-160); schließlich richtet sich die kritische Beschreibung dieser „Totalitären Diktaturen" gegen die zentralstaatliche und planwirtschaftliche Bürokratisierung der Volkswirtschaften (S. 161-213). Schon aus diesem ersten Rückblick in der Distanz von mehr als fünfzig Jahren zeigt sich der herausragende Charakter einer „antimonopolistischen" oder „antizentralistischen" Argumentation in der Kritik der – im weitesten Sinne – zeitgenössischen Diktaturen jener Zeit. Sie wurde (und wird meist) verstanden als eine mit Verve vorgetragene Philippika gegen die Aufhebung von Pluralität und Vielfalt in den Bereichen der Politik, der Kommunikation, der politischen Macht und vor allem der Wirtschaft. All diese Krisenerscheinungen fasst Friedrich dann allerdings wie das Krankheitsbild eines gesellschaftlichen Organismus zusammen (so ist in der amerikanischen Ausgabe von einem „Syndrom" die Rede).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Carl J. Friedrich, als junger Heidelberger Politikwissenschaftler in die USA ausgewandert und dort in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts an der Harvard-Universität avanciert, war als Offizier der amerikanischen Besatzung nach Deutschland zurückgekehrt. Als Analyse seiner Zeitgenossenschaft legte er gemeinsam mit dem polnischstämmigen, damals noch jungen Harvard-Doktoranden Zbigniew Brzezinski die englische Fassung des Buches 1956 vor. Friedrich beschreibt ihre politikwissenschaftliche Absicht als die einer „allgemeine(n), beschreibende(n) Theorie einer neuen Staatsform", – als die „Konstruktion" eines „verallgemeinerten Modell(s)" dessen, was er die „totalitären Diktaturen" (S. 7) nannte. Der Anspruch dieses Textes gibt sich also ganz vorrangig induktiv und phänomenologisch aus; die Form dieser Analyse verzichtet in ihrer induktiven, beschreibenden Terminologie auf fast jede theoretische Basierung der Entwicklung, auf jede deduktive Ableitung der totalitären Strukturen aus einer theoretisch reflektierten Entwicklung der Moderne oder der Dynamik in einzelnen Ländern.

Ja – die induktive Struktur der Argumentation wird deutlich verstärkt durch die explizite Zurückweisung einer analytische Durchdringung totalitärer Herrschaft. Wichtig ist daher der Seitenhieb, dass einige „geistreiche Versuche" der analytischen Durchdringung auf dem blassen Niveau der „strittige Spekulationen" stehen geblieben seien; eine Polemik, die man umstandslos auf die Friedrich ja bekannten Ansätze z. B. Hannah Arendts oder Franz L. Neumanns beziehen darf.

Eindeutig ist allerdings – das springt in der Rückschau deutlich ins Auge – die erkennbare, mehr narrative als theoretische Zuordnung dieser totalitären „Pervertierung" der Politik zu den Parametern der modernen „Massendemokratie" und der Welt der „modernen Technik": „Totalitäre Diktaturen" erscheinen deshalb als die „durchaus logische, organisatorisch-politische Übertreibung des […] technisierten Zustandes der Gesellschaft" (S. 21); die wesentlichen Strukturelemente ihrer systematischen „Pervertierung" der Politik „stammen aus dem demokratischen Milieu, in dessen Bereich die totalitären Bewegungen entstanden sind" (S. 22). Mit dieser Kritik an der technisierten Entwicklung und der Nähe zur liberal-konservativen Zivilisationskritik der Weimarer Republik wird zugleich Friedrichs akademische Prägung durch die Heidelberger Schule der Politik- und Sozialwissenschaft der 1920er und 1930er Jahre um Alfred Weber kenntlich.[1]

Was wir in der neuerlichen Lektüre also deutlich erkennen, ist der unmittelbare und programmatisch gemeinte Schulterschluss zwischen der zeitgenössischen politischen Diskussion und dem Bemühen, ihr eine politikwissenschaftliche Gestalt zu geben. Das ist ein durchaus legitimes und nicht unübliches Phänomen. Aber hierin liegt auch ein Manko politikwissenschaftlicher Debatte: Denn die Beschränkung der Analyse auf die in ihrer Zeit, also der Hochphase des Kalten Krieges, „allgemein anerkannten Tatsachen" (S. 7) beschränkt deutlich die Reichweite der analytischen Kraft und auch die

1 Vgl. Hans J. Lietzmann, Integration und Verfassung. Gibt es eine Heidelberger Schule der Politikwissenschaft?, in: Wilhelm Bleek/Hans J. Lietzmann (Hrsg.), Schulen in der Politikwissenschaft, Opladen 1999, S. 245-267.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

intellektuelle Schärfe des gesamten Vorhabens. Und da zugleich auch die gesellschaftliche Debatte selbst die Theorie „totalitärer Diktaturen" nur aus ihrer Zeit und ihren Turbulenzen heraus versteht, überliest die zeitgenössische Lektüre Wichtiges. Und es gehen der Interpretation des berühmten Buches über die *Totalitäre Diktatur* zentrale Einsichten verloren, die nun – in dem wesentlich freieren, weil distanzierteren, Blick einer „re-lecture" nach über fünfzig Jahren – offen zutage treten:

Zeitgenössisch wurde das Werk als eine Darstellung diktatorischer Herrschaft in ihrer Differenz zur westlichen Demokratie gelesen. Die Perzeption oszillierte automatisch und historisch-nachvollziehbar zwischen den beiden Polen „Diktatur" und „Demokratie"; ein Drittes gab es nicht: tertium non datur. Tatsächlich aber verdankt das Buch über die *Totalitäre Diktatur* seine Ursprungsidee einem reinen Diktaturvergleich. Für den politikwissenschaftlichen Berater der amerikanischen Besatzungsmacht, Carl J. Friedrich, stellte sich die Frage nach Differenz zwischen den beiden Polen einer amerikanischen und einer sowjetischen Besatzungsdiktatur im besiegten Deutschland. Im Kontext einer Rechtfertigung der amerikanischen „verfassungsmäßigen" Diktatur im Unterschied zu der „totalitären" Diktatur der sowjetischen Besatzung entstand zum ersten Mal das begriffliche Instrumentarium, das dann 1956/1957 in dem Totalitarismus-Buch umfassend ausgearbeitet wurde.[2]

Wenn die totalitäre Diktatur kritisiert wurde, so war der Vergleichsmaßstab gerade nicht die im Kalten Krieg des Jahres 1957 für sakrosankt gehaltene westliche Nachkriegsdemokratie; so aber verstand es die gesamte Debatte um die „Totalitarismustheorie" bis weit in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Friedrichs tatsächlicher Vergleichsmaßstab für die „totalitäre" Diktatur war eine verfassungsmäßige, quasi „benevolente" Diktatur oder Despotie, die die Gesellschaft durchaus unpluralistisch und durchaus mit harter, zentraler Hand auf den tugendhaften Pfad der demokratischen Politikpraxis zurückführen sollte. Dagegen wurde in der öffentlichen Debatte das politikwissenschaftliche ebenso wie das bis heute erhaltene politische Tabu, über die amerikanische Besatzungsmacht als einer Form der „Diktatur" zu sprechen, ungerührt aufrechterhalten.

Es spricht freilich für die sehr aufmerksame, redliche und auch professionelle Perspektive Friedrichs, aus seiner sehr traditionell und institutionell geprägten politikwissenschaftlichen Sicht einen unbeirrten Blick auf die politische Realität der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu werfen. Da aber das Publikum des Kalten Krieges in Westdeutschland die Totalitarismustheorie überhaupt nicht als „Diktaturtheorie", sondern als eine „Negative Demokratietheorie" verstand – als eine narrative Theorie der Kriterien westlicher Demokratie und ihres östlichen Gegenteils –, blieben die wichtigen Traditionen, in denen Friedrich mit seiner Gegenüberstellung einer benevolenten und einer totalitären Diktatur stand, unerkannt. Tatsächlich und biographisch real bezog sich

2 Vgl. Carl J. Friedrich, Military Government and Dictatorship, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 267 (1950), H. 1, S. 1-7. Zum Nachweis und zur Debatte vgl. Hans J. Lietzmann, Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen". Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Opladen 1999, S. 267 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Friedrich dabei nämlich unmittelbar auf die Differenzierung, die Carl Schmitt bereits 1920 in seiner Studie über *Die Diktatur* zwischen der „kommissarischen" und der „souveränen" Diktatur vorgenommen hatte. Er stand mit Schmitt von den 1920er Jahren an in freundschaftlichem akademischen Kontakt. Ideengeschichtlich steht also – und das ist dann die paradoxe Pointe dieses politikwissenschaftlichen Transfers der Zwischenkriegszeit – die „Totalitarismustheorie" der deutschen Nachkriegsära unmittelbar auf den Schultern der Theorie der „souveränen" Diktatur Carl Schmitts. Ja, sie ist – bei unterschiedlicher Terminologie – in ihren subkutanen theoretischen Grundannahmen mit dieser identisch. Auf dem theoretischen Grundkonzept der Schmittschen Theorie der Diktatur erhebt sich demnach das umfassende Narrativ dieser äußerlich sehr phänomenologisch daher schreitenden Kritik sowjetischer und anderer politischer Regime.

Tatsächlich hat die bei Carl Schmitt und auch bei Carl J. Friedrich eine wesentliche Rolle spielende positive Beurteilung der „kommissarischen" (Schmitt) bzw. „verfassungsmäßigen" (Friedrich) Diktatur in dem politikwissenschaftlichen Diskurs nach 1950 kaum noch eine Rolle gespielt. Gleichwohl hatte auch Friedrich über lange Jahre und bis weit in die Zeit des Nationalsozialismus hinein eine ausgesprochen positive Meinung zu „funktionellen" und „verfassungsmäßigen" Diktaturen – ein Theorem, das er auf die Notverordnungsregime der Weimarer Republik ebenso legitimatorisch anwandte wie auf die Besatzungspolitik der Amerikaner in Deutschland, Korea oder Puerto Rico.[3]

In einer „re-lecture" des Buches über die *Totalitäre Diktatur* muss deshalb die Frage gestellt werden, inwieweit die inkludenten Argumentationen der Totalitarismustheorie nicht (auch) deshalb so erfolgreich waren, weil sie in einem zwar verborgenen und unerkannten, subkutanen Diskurs, aber eben doch in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Mentalhaushalt des frühesten Nachkriegsdeutschlands standen. Die „Denke" jener Zeit orientierte sich durchaus jenseits einer ritualisierten „re-education" an den traditionellen Denkmustern der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus; es erscheint nur plausibel, dass die Zwischentöne der „Demokratiekritik", der „Technikkritik" und der „Zivilisationskritik", die als essentielle Bestandteile in Friedrichs „Totalitarismustheorie" immer mitklingen, deren Akzeptanz und unhinterfragte Wirksamkeit in den 1950er Jahren und der Zeit des Kalten Krieges populär gemacht und wirksam abgestützt haben.

Vielleicht lässt sich ja auch so der nachgerade groteske Sachverhalt erklären, dass vor allem und fast ausschließlich das Friedrichsche Paradigma einer „totalitären Diktatur" das Denken, Sprechen und Handeln im Kontext der Debatte um „Totalitarismus" in der Nachkriegszeit bis zur deutschen Wende bestimmt haben; grotesk ist dies, weil so wenige seiner Bücher verkauft werden konnten, dass sie selbst antiquarisch und in manchen Bibliotheken kaum auffindbar sind. Von einer verbreiteten „Lektüre" dieser Theorie ist daher kaum zu sprechen!

3 Vgl. Lietzmann (FN 2), S. 231 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im krassen Gegensatz dazu stehen Tausende und Abertausende verkaufter Exemplare von Hannah Arendts *Origins of Totalitarianism/Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951/1955) in mehreren Verlagen und dutzenden von Auflagen, gesponsert von mehreren Stiftungen und Gewerkschaften, heimlich gefördert von der CIA, offiziell vertrieben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Allerdings blieben im Kontrast zu den Umsatzzahlen deren radikal aristotelisch und demokratietheoretisch begründete Maximen des „Totalitarismus" in der deutschen Öffentlichkeit völlig bedeutungslos und sind in weiten Bereichen der Wissenschaft ohne jedes Echo verklungen.

Immerhin hat Hannah Arendt in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, also nach dem XX. Parteikongress und der harschen Kritik Chruschtschows am Stalinismus, eine gewisse Revision ihrer rein negativen Perspektive auf die Reformfähigkeit sowjetischer Herrschaft und die unangreifbare Macht sowjetischer politischer Herrschaft in das Vorwort ihres Textes eingefügt. In dieser Perspektive stimmte sie mit Friedrichs Co-Autor für die amerikanische Erstausgabe (*Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Harvard 1956), dem Russlandforscher und späteren Politikberater der US-Regierungen unter Kennedy, Johnson und Carter, überein. Beide sahen nun nach 1956 – aus demokratiepolitischer Perspektive (!) – neue Spielräume für die antitotalitäre Opposition. Friedrich nannte dies „wishfull-thinking" (S. 9); und man darf annehmen, dass in diesem „Disagreement" der wesentliche Grund für die alleinige Autorschaft Friedrichs der deutschen Buchausgabe und der zweiten amerikanischen Auflage (1966) liegt.

Die „re-lecture" zeigt: Es ist das Glück der Gesellschaften, dass die als Kassandra auftretende und fundamentalistisch gestimmte, politikwissenschaftliche Institutionenlehre Carl J. Friedrichs in der Tradition der staatsrechtlich-konservativen Diktaturlehre hier irrte. Ihr fehlte eine politische Theorie der Demokratie und der Dynamik der Moderne. Ob die Politikwissenschaft und die Theorie der demokratischen Moderne ohne eine Theorie der Diktatur – ein schwarzes Loch und ein Tabu der gegenwärtigen Politikwissenschaft – auskommen, das muss sich erst noch erweisen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur aus der „Szene“:

Hoffmanns Erzählungen

Von Ulrich Chaussy

Karl Heinz Hoffmann, Die Oktoberfestlegende. Gezielte Verdächtigungen als politisches Kampfmittel im „demokratischen Rechtsstaat“, Riesa 2011 (*Deutsche Stimme Verlag*), 317 S.

„Der Terroranschlag auf der Münchner Festwiese im Herbst 1980 richtete sich gegen mich persönlich, um mich als eine vermeintliche politische Gefahr für das bundesdeutsche Establishment und die dahinter stehenden, global agierenden Mächte ein für alle Mal unschädlich zu machen“ (S. 9). – Mit diesem Satz beginnt das Buch über die „Oktoberfestlegende“, das im NPD-eigenen Verlag Deutsche Stimme erschienen ist. Der Autor, der sich hier an erster Stelle, ohne Erwähnung der damals Getöteten und Verletzten, als Hauptziel und eigentliches Opfer des Anschlages vorstellt, ist der ehemalige Gründer und Leiter der paramilitärischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG), Karl Heinz Hoffmann. Er war an jenem Abend nicht in München und demnach auch nicht unter den Verletzten. Dieser Auftakt gibt Aufschluss über ein großes Ego und dessen Unfähigkeit zur Empathie.

Zur Erinnerung: Am 26. September 1980 explodierte um 22.19 Uhr am Haupteingang des Oktoberfests eine Bombe – mitten im Getümmel tausender Festbesucher, die zu diesem Zeitpunkt auf dem Heimweg waren. 13 Menschen starben, 211 wurden verletzt, 68 davon schwer. Unter den Toten waren drei Kinder, zwei Jugendliche – und ein mutmaßlicher Tatbeteiligter, der 21jährige Student der Geologie Gundolf Köhler. Das Oktoberfestattentat ist bis heute der schwerste, einzelne Terroranschlag in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Zwei Jahre und einen Monat ermittelte die beim Landeskriminalamt Bayern eingerichtete Sonderkommission „Theresienwiese“ unter der Federführung des damaligen Generalbundesanwalts Kurt Rebmann, bis dieser das Ermittlungsverfahren gegen „1. Karl Heinz Hoffmann aus Ermreuth u. a., 2. gegen Unbekannt wegen Mordes, Vergehen nach § 129 a StGB und anderer Straftaten“ im November 1982 einstellte. Nach den behördlich-offiziellen Feststellungen ist das Oktoberfestattentat vollständig aufgeklärt worden. Zur Anklageerhebung und einem Gerichtsverfahren kam es nur deshalb nicht, weil nach Auffassung der amtlichen Ermittler Gundolf Köhler den Anschlag alleine geplant, vorbereitet und durchgeführt hat – und dabei selbst zu Tode gekommen war.

Dieses Ergebnis überraschte und befremdete schon damals. Es stand im klaren Gegensatz zu den Erkenntnissen am Beginn der Ermittlungen, weswegen sie auch – wegen des Verdachts einer terroristischen Gruppentat – von Rebmann übernommen worden waren. Denn mit der Person und Biographie des Attentäters – und durch Zeugenaussa-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen über den Ablauf der Ereignisse war am Morgen nach der Tat ein Anfangsverdacht gegen Karl Heinz Hoffmann und die WSG aufgekommen: Durch die Schwere und Art der Verletzungen war erstens erkennbar, dass Köhler im Augenblick der Explosion beide Hände an der in einen Abfallkorb deponierten Bombe hatte. Zweitens war durch eine präzise Zeugenaussage über die letzten Minuten vor der Explosion belegt, dass er die Bombe zum Detonationsort transportierte. Aus der gleichen Zeugenaussage war drittens auch bekannt geworden, dass sich Köhler, der die Bombe schon bei sich trug, etwa eine Dreiviertelstunde vor dem Anschlag in unmittelbarer Nähe des Tatorts in Begleitung zweier junger Männer befand. Als zu diesen tatbezogenen Informationen viertens hinzukam, was in der Datenbank der Verfassungsschutzämter (NADIS) über Köhler vorlag, war die Einbeziehung von Hoffmann und der WSG in die Ermittlungen dringend geboten: Köhler hatte mit Hoffmann korrespondiert und an mindestens zwei Übungen der WSG teilgenommen. Als diese Fakten über die Verbindungen Köhlers mit dem WSG-Chef am Morgen des 27. September bekannt wurden, zog Rebmann die Ermittlungen an sich und eröffnete das Verfahren, dessen Einstellung später aufgrund mangelnden Tatverdachts und mangels der Ermittlung weiterer Täter erfolgte. Dieses Ermittlungsergebnis ist seither immer wieder kritisiert worden. Zwei Wiederaufnahmeanträge des Opferanwaltes Werner Dietrich, 1983 und erneut 2009, wurden abgelehnt. Publizistische Kritik an der mangelnden Stichhaltigkeit der Einzeltäterthese und der lückenhaften Beweis- und Indizienkette gegen Köhler ließ die Bundesanwaltschaft immer wieder an sich abperlen: Es gäbe keine neuen Ansatzpunkte, die eine Wiederaufnahme der Ermittlungen rechtfertigten. Wobei zuletzt die Bundesanwaltschaft im Jahr 2009 einräumen musste, sämtliche Asservate des Oktoberfestattentats in der Obhut der Behörde vernichtet zu haben.

Nun holt Hoffmann in seinem Buch über 31 Jahre nach dem Münchner Terroranschlag zu einem Rundumschlag aus. Er versucht nicht nur, die gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat als völlig gegenstandslos zu entkräften. Hoffmann bemüht sich, zum Gegenangriff überzugehen. Dafür macht er umfänglich von Verschwörungstheorien Gebrauch. „Alles deutet auf eine geheimdienstliche Inszenierung hin“ (S. 14). Demnach hat der israelische Mossad mit Unterstützung deutscher Geheimdienstmitarbeiter Köhler zur Oktoberfestwiese gelockt und dort in die Luft gesprengt, um auf diese Weise den Patrioten Hoffmann als skrupellosen Rechtsterroristen ein für alle Mal zu desavouieren. „Meine Theorie ist: Im Apparat unseres demokratischen Geheimdienstes agieren unerkannt Personen im Interesse und Auftrag fremder Mächte. […] Jeder Geheimdienst arbeitet mit schmutzigen Methoden, vielleicht gibt es graduelle Unterschiede, aber im Prinzip bleibt ein Geheimdienst ein unappetitliches Instrument zur Erhaltung der Staatsgewalt. […] Welche Verbindungen sind im Laufe der Zeit zwischen Mossad und dem BND gewachsen“ (S. 275)? – An dieser wie auch zahlreichen anderen Stellen bleibt Hoffmann jeglichen Beleg für seine Behauptungen schuldig. Ein allgemeines Zitat des ehemalige Mossad-Agenten Viktor Ostrovsky aus dessen Buch *Geheimakte Mossad* genügt ihm, demnach der israelische Geheimdienst erfolgreiche Rekrutierungen durchgeführt habe, „die dem Mossad Hunderte,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wenn nicht Tausende von Staatsdienern aus den Vereinigten Staaten […] oder aus den Geheimdiensten Dänemarks, Schwedens und vieler anderer Länder Europas einbrachten“ (S. 275). Den Lesern soll also genügen, sich die ganze Welt der westlichen Geheimdienste als vom Mossad unterwandert vorzustellen. Es gibt solche Leser. Ohne je den Terminus zu gebrauchen, variiert Hoffmann damit geschickt den antisemitischen Topos der *jüdischen Weltverschwörung.*

Am konkreten Terrorfall interessierte Leser jedoch werden beständig auf ein weiteres Theorem im Hoffmannschen Verschwörungskosmos rück-, vor- oder querverwiesen. Etwa bei der Frage, warum sich eine internationale Geheimdienstverschwörung im September 1980 zu einem so aberwitzig grausamen Verbrechen wie dem Münchner Attentat verstiegen haben soll, nur um Hoffmann damit schuldhaft zu belasten. Dessen Antwort: Weil ein paar Monate zuvor ein direkter Versuch gescheitert sei, ihn zu beseitigen: „Der Versuch, mich am Morgen des 30. Januar 1980 im Bett von Sondereinsatzkräften der Polizei erschießen zu lassen, scheiterte damals an meiner Geistesgegenwärtigkeit – in München hat mich König Zufall gerettet“ (S. 9). En passant erhebt Hoffmann den Vorwurf, der Staat habe seine Ermordung geplant, als neun Monate vor dem Münchner Anschlag Polizeieinheiten bei ihm aufmarschierten, um das durch den damaligen FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum angeordnete Vereinsverbot gegen die WSG zu vollziehen. Warum kam es überhaupt zum Vereinsverbot? Die WSG hatte in Bayern bis Ende der 1970er Jahre auf mindestens 400 Mitglieder anwachsen können, weil sich die bayerischen Innenminister jahrelang auf den Standpunkt stellten: „Wehrsport an sich ist nicht strafbar“. An diese angeblich präzise Trennung von reinem Wehrsport und Politik glaubte dann aber Anfang 1980 weder Gerhart Baum, noch, wie er nun durchblicken lässt, der WSG-Chef selbst: „Die Wehrsportgruppe war absichtlich strikt unpolitisch organisiert und in keiner Weise indoktriniert, aber, soviel räume ich ein, sie war auf jeden Fall ein Apparat, mit dem ich disponieren konnte, und sie war mit der Zeit für das Establishment zum nicht mehr hinnehmbaren Politikum geworden. Das war die eine Seite, die andere Seite waren die von mir entworfenen gesellschaftspolitischen Programme zur Bewältigung der Zukunftsproblematik. Es waren Schubladenprogramme, aber sie waren bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt und somit dem Establishment bekannt geworden. Diese Programmpunkte unterstellte man später der WSG als Organisationsprogramm, als man das Verbot endlich durchsetzte“ (S. 272).

Gemeint ist damit Hoffmanns Programm zur Errichtung einer „rational-pragmatischen Sozialhierarchie“, auf das er auch heute noch große Stücke hält. Darauf lässt die Ausführlichkeit schließen, mit der er sich dem über 30 Jahre alten Konzept in seinem Buch widmet. „Offensichtlich haben meine futuristischen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Visionen bedeutende Ängste ausgelöst. Ich kann das sogar verstehen, denn meine Analysen waren, wie sich inzwischen erwiesen hat, klar und treffsicher“ (S. 272 f.). – Offenbar überhaupt nicht verstehen kann oder will der Autor des Manifests, dass dessen programmatische Konturen nicht als Visionen, sondern – zu Recht – als demokratiefeindliche Horrorvisionen wahrgenommen worden sind. Hoffmann propagierte darin verfassungswidrige Inhalte wie etwa: „Das Wahlsystem als Methode, geeig-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nete Führungskräfte für den Regierungsapparat zu finden, wird durch ein Selektionsverfahren nach den Grundsätzen des Leistungsprinzips und des Leistungsnachweises ersetzt.“ Oder: „Die Regierungsgewalt geht von einer in der obersten Führung zusammengefassten Gruppe aus“, über die es dann heißt: „Die Mitglieder der Regierung sind anonym. Öffentlichkeitsarbeit und Personenkult sind ausgeschlossen“ (S. 59). Mit der Abschaffung allgemeiner, freier, gleicher und geheimen Wahlen aber werden aus Bürgern Beherrschte. Die Herrschaft gar eines für die Beherrschten anonymen, unbekannten und nicht kontrollierbaren Gremiums hat Orwellsche Qualität. Die Strukturen der „Rational pragmatischen Sozialhierarchie“ Hoffmannscher Prägung kämen wohl am ehesten der Herrschaft einer Militärdiktatur nahe, in der es keine politisch-diskursive Öffentlichkeit und keine Kontrolle einmal erworbener Macht von unten gibt.

Das Motiv für Hoffmann, hier seine bizarre politische Programmatik mit all ihrer Demokratiefeindlichkeit zu erläutern, ist offenkundig: Er möchte vor allem nicht als NS-Fetischist oder Neonationalsozialist wahrgenommen und dargestellt werden. Tatsächlich kam sein Manifest ohne NS-Ideologie und -Nostalgie sowie ausgeprägt völkisch-rassistische Elemente aus. Hoffmann nimmt vielmehr für sich in Anspruch, die WSG als eine Art Jugenderziehungsprojekt ohne politischen Hintergedanken ins Leben gerufen zu haben: „So sah ich täglich, wie sich die Jugend auf eine Art und Weise entwickelte, die ich für unerträglich hielt. Im Wesentlichen gab ich die Schuld an dieser Entwicklung den herrschenden Erziehungsprinzipien und -methoden. Ich erinnerte mich an meine Kindheit und Jugend und war der Ansicht, dass beispielsweise aus mir, mit einer völlig anderen Erziehungsmethode, ein brauchbarer Mensch geworden war, so kam ich auf die Idee, eine Wehrsportgruppe zu gründen, in der ich zunächst eine Art sozialpädagogisches Experiment sah“ (S. 211). Gleichwohl hat Hoffmann gewusst und geduldet, dass die WSG für die neonationalsozialistische Szene eine große Sogwirkung besaß. „Ich bestreite jedoch nicht, dass in den Jahren der WSG-Zeit ich auch Leute aufgenommen hätte, die, um es deutlich zu sagen, nationalsozialistische Gesichtspunkte vertraten. Ich hielt dies und halte das auch noch heute für die Privatsache eines jeden einzelnen. Für mich war nur entscheidend, dass es sich um eine Person handelte, die nicht in der Absicht kam, von diesen Ideen innerhalb der Gruppe propagandistisch Gebrauch zu machen“ (S. 214). Umgekehrt galt allerdings, dass die Wehrsportausbildung bei Hoffmann von zahlreichen neonationalsozialistischen Kadern als Training für potentielle gewaltsame Auseinandersetzungen im Rahmen ihres politischen Kampfes mit ihren Gegnern verstanden worden ist. Der Rezensent hat dies 1978 zum Beispiel von Mitgliedern der „Jungen Front“ erfahren, der Jugendgruppe von Friedhelm Busses Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands.[1] Gerade für die Militanten in der rechtsextremen Szene war die WSG deshalb als Drehscheibe und Vernetzungsort

1 Siehe Ulrich Chaussy, „Speerspitze der neuen Bewegung“. Wie Jugendliche zu Neonazis werden. Ein Bericht über die „Junge Front“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1990, S. 113 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wichtig,[2] was im Übrigen nicht zwingend bedeutet, dass jeder dieser Kontakte über den WSG-Chef gelaufen oder ihm bekannt war.

Hatte dies auch im Fall von Köhler gegolten, der an zwei WSG-Übungen teilgenommen hatte? Von dieser Fragestellung gingen die Ermittler am Tag nach dem Attentat aus, als sie auf Grund der NADIS-Informationen Hoffmann und seine WSG-Unterführer vernahmen. Angeblich konnte sich kein einziger an Köhlers Auftreten in der Wehrsportgruppe erinnern – mit Ausnahme von Hoffmann selbst, dem die Karteikarteneinträge über Köhlers Übungsteilnahme und der Schriftwechsel mit ihm vorgehalten werden konnten. Mit dieser ersten Untersuchung erlahmte dann das Interesse der Ermittler an der Spur nach „rechts“ fast völlig. Bereits Anfang November 1980 hatten sie sich darauf festgelegt, Köhler habe als Alleintäter gehandelt. Im Sommer 1981 kehrten allmählich jene Anhänger Hoffmanns aus dem Libanon zurück, mit denen er die „WSG-Ausland“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen Wehrsportgruppe gegründet hatte. Einige der von ihrem Chef desillusionierten Wehrsportler konnten sich nun detailliert an Köhler erinnern – insbesondere an dessen Auftritt mit einer selbstgebauten Handgranate, die er bei der Übung gezündet hatte. Die bisherigen Ermittlungen im WSG-Umfeld hätten wiederaufgerollt werden müssen. Doch die Ermittler unternahmen nichts.

Die offiziellen Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft haben über den Ablauf des Oktoberfestattentats weit mehr Leerstellen hinterlassen als gesicherte Erkenntnisse – über das Motiv, die Planung, Vorbereitung, Durchführung und den weiteren Täterkreis dieses Terroranschlages. Kritiker der Ermittlungen, die wie der Rezensent[3] bemängeln, dass den Verbindungen des – angeblichen – Einzeltäters Köhler ins rechtsextreme Milieu nicht genug nachgegangen worden ist, können immer nur anmahnen, dieses Versäumnis endlich zu beheben – durch eine Wiederaufnahme und Weiterführung der Ermittlungen. Köhler kann aus verschiedenen Gründen nicht alleine gehandelt haben. Davon geht – als einzige Gemeinsamkeit – auch Hoffmann aus. Er verfolgt in seinem Buch allerdings völlig unverrückbar seine Verschwörungstheorie, und füllt dafür das von den Ermittlungen hinterlassene Vakuum nach eigenem Belieben. Der Anschlag auf der Oktoberfestwiese sei von deutschen und israelischen Geheimdienstkräften geplant und so inszeniert worden, um ihn Hoffmann und seiner WSG anzulasten. Neu ist diese These nicht. Bezeichnenderweise verschweigt Hoffmann, wann er sie mit welcher fatalen Wirkung erstmals in Umlauf gebracht hat: Bereits in den Tagen und Wochen nach dem Münchner Anschlag verfasste er ein Papier für den internen Kreis der ehemaligen WSG-Mitglieder. Zu den Getreuen, die Hoffmann in dieser Zeit umgaben, gehörte Uwe Behrendt. Am Abend des 19. Dezember 1980 verschaffte sich Behrendt eine Beretta-Pistole aus Hoffmanns Besitz, eine Perücke und eine Sonnenbrille von Hoffmanns Freundin Franziska Birkmann. Er ermordete daraufhin den jüdischen Verleger und ehemaligen

2 Siehe Rainer Fromm, Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung, Frankfurt a. M. 1998.

3 Ulrich Chaussy, Oktoberfest. Ein Attentat, Darmstadt/Neuwied 1985.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nürnberger Gemeindevorsitzenden Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke. Behrendt soll dem vorab nicht eingeweihten und ahnungslosen Hoffmann gegenüber die Morde sinngemäß so gestanden haben: Dies sei ein Racheakt für die von jüdischer Seite inszenierten Verdächtigungen gegen Hoffmann im Fall Oktoberfestattentat, und wörtlich: „Chef, ich habe es auch für Sie getan!“ Hoffmann wiederum gab dem Doppelmörder Geld, um sich in den Libanon abzusetzen. Dort beging er im September 1981 Selbstmord. Auch diese Geschichte kann man also nur so entgegennehmen wie alle Geschichten in *Die Oktoberfestlegende* – als Hoffmanns Erzählungen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen

Eine solide Einführung in den Linksextremismus mit Schwächen

Von Tom Mannewitz

Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 200 S.

Wohl kaum ein Thema hat jüngst in der deutschen Innenpolitik so hohe Wellen geschlagen wie der Linksextremismus: erst die Debatte um mehr Gelder für dessen Prävention, dann die Extremismus- bzw. Demokratieklausel, Bahnanschläge und brennende Autos, zuletzt der (tatsächliche oder vermeintliche) Justizskandal in Sachsen um die Abhörung von Handydaten bei den Demonstrationen am 19. Februar 2011. Die mediale Aufmerksamkeit gegenüber dem Linksextremismus wurde in jüngerer Vergangenheit zwar abgelöst – und übertroffen aufgrund der Gefahr für Leib und Leben – durch die Befassung mit dem Rechtsextremismus und -terrorismus; der Brisanz des erstgenannten Themas nimmt dies aber nichts.

Wer die Wahl hat, hat die Qual: Dies gilt für die Literaturrecherche zum Thema Rechts-, nicht aber zum Linksextremismus. Während nach wie vor die erste Hürde für den am Rechtsextremismus Interessierten im Herausfiltern der geeigneten Einführung aus dem Wust an Literatur besteht, stellte sich dieses Problem im Bereich Linksextremismus bislang nicht. Es mangelte an einer allgemeinen, verständlichen und zusammenhängenden Darstellung jenes Themenkomplexes.

Wer als Nicht-Wissenschaftler eine gute Einführung suchte, gab sich vergebenen Liebesmühen hin. Rudolf van Hüllen und Harald Bergsdorf, die beide die deutsche Extremismusforschung maßgeblich mitgeprägt haben, geben „junge[n] Menschen und Eltern, aber auch […] Pädagogen und andere[n] Multiplikatoren“ (S. 7) nun ein solches Kompendium in die Hand. Erklärtes Ziel der Autoren ist es, aufzuklären und der Zielgruppe Instrumente zur Erkennung von Linksextremismus und Argumentationshilfen zu reichen. Wer den Wert des 200 Seiten starken Buches ermitteln will, muss es an diesen Ansprüchen messen.

Der Titel ähnelt dem Einführungswerk von Patrick Moreau und Jürgen P. Lang[1] und ist treffend gewählt: Er präjudiziert das Ergebnis der Analyse nicht. Weil das Buch mit einer Bedeutungserörterung und der Erläuterung des normativen Extremismuskonzeptes (ex positivo und ex negativo) einleitet, dürfte es in linksextremen Kreisen beträchtliche Resonanz erfahren, um nicht zu sagen: Es wird in ein Hornissennest stoßen.

1 Vgl. Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Einführung in „Denkstrukturen und Befindlichkeiten im Linksextremismus“ (Kapitel 2), in der die historischen wie philosophischen Traditionen und Strömungen vorgestellt werden, überzeugt ebenso wie die Skizzierung von in Deutschland bedeutsamen Organisationen der Szene (Kapitel 3). Die jahrzehntelange berufsmäßige Beschäftigung beider Autoren mit dem Thema spiegelt sich in zum Verständnis des Linksextremismus notwendigen Fakten zur deutschen Parteien-, Vereins- und Autonomenszene wider. Hintergrundinformationen und Kenntnisse über informelle Zusammenhänge, die viele politikwissenschaftliche Werke vermissen lassen, zeichnen ein präzises Bild. So deuten die Autoren mehrfach charakterliche Prädispositionen „des“ Linksextremisten an (z. B. S. 26, 28, 30), womit sie einem gesellschaftlichen Phantom nach und nach die Maske abnehmen. Ein Hinweis, dass diese Kenntnis weniger wissenschaftlichen Analysen, sondern der eigenen – wenngleich langjährigen und intensiven – Erfahrung entspringt, hätte dem Buch dennoch gut getan, denn die Linksextremismusforschung kann, wie Bergsdorf und van Hüllen zu Recht betonen, auf derartige Analysen (noch) nicht bauen. Vor diesem Hintergrund überrascht die schlafwandlerische Sicherheit, mit der verschiedene Typen von Linksextremisten vorgestellt werden: der rebellisch-jugendliche Autonome, der autoritätshörige Parteisoldat, der selbstverliebte Parteivorsitzende. Mit dem Abschnitt über „Milieus und politische Ästhetik“ klären die Autoren über formelle und informelle Riten, über Beziehungen und Symbole der Szene auf – ein längst überfälliger Schritt. Derartige gesellschaftliche Wissensdefizite wurden im Bereich des Rechtsextremismus schon vor langem angegangen. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung zählen derartige, pädagogisch wertvolle Darstellungen seit Jahren zu ihrem Standardrepertoire. Warum es an dieser Stelle des Bandes von Bergsdorf und van Hüllen an Illustrationen mangelt, ist unklar.

Der weitaus größte Part des Buchs (rund ein Drittel) ist der Partei Die Linke und ihren Vorgängern, der SED, der SED-PDS, der PDS und der Linkspartei, gewidmet (Kapitel 4). Er ist die Achillesferse des Kompendiums: Die Analyse der Erfolgsfaktoren der Partei Die Linke entbehrt wissenschaftlicher Erkenntnisse, wenn beispielsweise die „starke Medienpräsenz ihrer Leitfiguren“ (S. 106) angeführt wird. Es handelt sich um gefühlte, nicht um tatsächliche Erfolgsbedingungen. Dass den Parteiführern (vor allem Lafontaine und Gysi) ihre Auftritte in den Medien vorgehalten werden, wirkt befremdlich, denn bei dieser Eigenschaft könnten sich viele demokratische Parlamentarier angesichts des vielfach beklagten Kommunikationsdefizits der Politiker ein Vorbild an den Linke-Politikern nehmen. Der Eindruck von „Linke“-Bashing kommt auf. Er verfestigt sich, wenn gegen populistische Forderungen der Partei polemisiert wird, die allenfalls als realitätsfern bezeichnet werden können, mit Extremismus aber nichts zu tun haben. Kaum ein Wort über die tieferen Ursachen des Erfolgs derartiger Strategien, über die Passung zwischen linkspopulistischem Angebot und gesellschaftlicher Nachfrage. In diesem Kapitel scheinen die Autoren über das Ziel hinausgeschossen zu sein.

Deutlich mehr Daseinsberechtigung kann die Darstellung der „Argumentations- und Agitationstechniken von Linksextremisten“ (Kapitel 5) sowie der Abschnitt über „Argumente gegen linksextreme ‚Stammtischparolen‘“ (Kapitel 6) für sich in Anspruch

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nehmen. Wer als Lehrer, Sozialarbeiter oder engagierter Demokrat nach praxisnahen Hilfen zur Durchbrechung linksextremer Argumentationsketten, wer Mittel zur Desillusionierung oder einfach nur Streit mit jugendlichen Autonomen und überzeugten Antifa-Leuten sucht: Hier wird er fündig. Was er nicht findet, sind Angebote an Linksextremisten, mit denen sie ins Lager der Demokraten (zurück)geholt werden können. So weit sind die Autoren, so weit ist die Wissenschaft leider noch nicht. Interessant und brisant schließt das Buch mit einem Ausblick, wohin das Land steuert, wenn der Linksextremismus das Heft der Regierung in die Hand nimmt.

Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen überzeugen mit gewohnter Informationsdichte und Hintergrundwissen. Vor der Zielgruppe außerhalb des Wissenschaftsbetriebs wird die linksextreme Szene in Deutschland seziert. Anstatt mit abstrakten Formulierungen den Leser zu verschrecken, begeben sich die Autoren zu Recht in die Niederungen des politischen Alltags, die auch der (werdende) Politikwissenschaftler kennen sollte. Das Buch hält am Ende zudem eine kommentierte und gut sortierte Literaturauswahl bereit. Einen unangenehmen Nachgeschmack hinterlässt bisweilen das Engagement gegen die Partei Die Linke. Wichtige Aspekte des Linksextremismus, die auch in einer Einführung nicht fehlen sollten, lässt das Buch außerdem vermissen: kein Wort über die „Neue Linke“, über Euro- und Reformkommunismus, über harte und weiche Formen des Linksextremismus oder jüngere Entwicklungen in der Szene (brennende Autos in deutschen Großstädten, die Veröffentlichung des „kommenden Aufstandes“). Feindbilder werden en passant abgehandelt. Am schwersten wiegt jedoch der Mangel einer dezidierten Ursachen- und Gefahrenanalyse des Linksextremismus in Deutschland. Die Frage des Buchtitels („Deutschlands unterschätzte Gefahr?“) verhallt ungehört im Raum, die Beantwortung deutet sich nicht einmal an.

Das Buch ist eine gute Einführung für Interessierte – nicht mehr, nicht weniger. Die ausführliche Beleuchtung der Szene in Deutschland und ihrer Grundlagen gleicht die fehlende Feindbild-, Ursachen- und Gefahrenanalyse sowie das ambitionierte Kapitel über Die Linke aus. Insofern werden die Autoren ihrem Anspruch, über ein gesellschaftliches Phänomen aufzuklären und ratlosen Eltern wie Pädagogen zu helfen, en gros gerecht.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Linksextremismus als Thema der politischen Bildung

Von Bettina Blank

Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011 (*Bundeszentrale für politische Bildung*), 319 S.

Linksextremismus ist in der Wissenschaft und der öffentlichen Wahrnehmung der Bundesrepublik lange vernachlässigt worden. Immerhin ein Signal für einen gewissen Wandel ging von der Mitte 2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angekündigten Erweiterung von Präventionsprogrammen auch auf diesen Extremismusbereich aus. Jetzt hat die Bundeszentrale für politische Bildung dankenswerter Weise diesem Thema eine Publikation gewidmet. 11 Autoren, überwiegend aus dem universitären Bereich, darunter bekannte Namen aus der Extremismusforschung, setzen sich mit insgesamt 13 Beiträgen und in einem Streitgespräch mit dem Phänomen des Linksextremismus auseinander. Ziel des Buches sei es, so Ulrich Dovermann, „einen exemplarischen und repräsentativen Überblick über das vorhandene Fachwissen und die Forschungsstände [zu] vermitteln sowie zur Diskussion an[zu]regen“ (S. 10). Dabei sollen „keine abschließenden Erkenntnisse“ vermittelt werden, sondern „in einem ersten Versuch die Breite des Themas und seine Defizite“ dargestellt sowie aufgezeigt werden, „wie in den Sozialwissenschaften und in der Bildungslandschaft über Linksextremismus diskutiert wird“ (ebd.).

Den angekündigten Überblick über den Forschungsstand hätte man sich anders vorgestellt. Stattdessen ist vor allem der Umgang mit Begrifflichkeiten besonders für einen nicht oder wenig vorgebildeten Leser eher verwirrend. Hans-Gerd Jaschke beginnt mit einer Erläuterung der Termini „Extremismus“, „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“, „Totalitarismus“ und des Zusammenhangs von Extremismus und Gewaltbereitschaft, wobei er neben den „offiziellen“ Deutungen eigene Definitionen einbringt. In einem zweiten, anschließenden Beitrag widmet er sich den ideengeschichtlichen „Vorläufer[n] eines linken Extremismus“. Steigend unübersichtlich wird es mit Hubert Kleinerts „Geschichte des linken Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1990“. Kleinert seinerseits meidet den Begriff Linksextremismus überhaupt und bewusst, operiert stattdessen mit dem „linken Radikalismus“, der erklärtermaßen ein deutlich breiteres Spektrum umfasst, das bis in demokratische Parteien hineinreicht. Wieder andere, eigene Definitionen von „extrem“ und „Linksextremismus“ bietet Rainer Erb an in seinem überlangen Beitrag über die „linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung“. Die von ihm vorgenommene Abgrenzung zwischen einer „linken Gesellschaftskritik, die ihre Kapitalismuskritik auf der Grundlage eines emanzipatorischen und antirassistischen Selbstverständnisses“ formuliert, und einem auf „antidemokratische Tendenzen“ (S. 205) abhebenden Begriff des Linksextremismus

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Erstaunt liest man, dass die „Analyse und Kritik der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland als kapitalistisch [...] noch keinen Extremismusverdacht begründen“ könne. Konservative Autoren versuchten demgegenüber mit ihrer engen Interpretation, „machtgestützt das Spektrum legitimer Gesellschaftskritik zu verengen“ (ebd.). Er selbst unterscheidet zwischen der „Linken“ und der „linksextremen Szene“ und spricht von „aktionsorientierten Linksradikalen“ (S. 207).

Extremismustheoretische Betrachtungsweisen lehnt auch der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer ab. Gleichwohl benutzt er den Begriff, wenn er in seinem Aufsatz der Frage des „Oszillieren[s] zwischen Demokratie und Extremismus“ bei der Partei Die Linke nachgeht. Neugebauer geht von der Grundthese aus, dass „der Eindruck des Oszillierens durch die Wahrnehmung der Pluralität unterschiedlicher Positionen entsteht, deren Basis die differenzierte innerparteiliche Struktur der Partei“ (S. 96 f.) sei. Der „Ausschlag des Pendels zwischen Demokratie und Extremismus“ erschließe sich aus „Auseinandersetzungen um kontrovers verhandelte Begriffe und Themen“ (S. 97). Für die Partei als Ganze vermag Neugebauer offenbar wenig Extremistisches zu entdecken. Dabei wäre die Frage durchaus berechtigt, ob es sich bei dem innerparteilichen Disput nicht doch lediglich um einen Methodenstreit auf dem Weg zum letztlich von allen politischen Kräften geteilten Ziel der Systemüberwindung handelt.

Mit Eckhard Jesse kommt schließlich ein Exponent der Extremismusforschung zu Wort – auch wenn seine Unterscheidung eines „harten“ und eines „weichen“ Extremismus wiederum nicht jedem gefallen muss. Jesse lässt dankenswerter Weise keinen Zweifel an seiner Einschätzung der Partei Die Linke als verfassungsfeindlich. Er zeichnet den kontinuierlichen, inzwischen gebrochenen Aufwärtstrend der Partei anhand ihrer Wahlergebnisse im Bund, im Europaparlament und in den Bundesländern nach. Die bisherige Einbindung der Linken in die Regierungsverantwortung sieht Jesse unter „extremismustheoretischen Gesichtspunkten“ kritisch, unter „funktionalen Aspekten“ dagegen eher positiv (S. 135), da die Partei mit ihrer Einbindung in politische Verantwortung stets an Stimmen verloren habe. Dies führt zu der alten Streitfrage, ob Extremismus besser durch Einbindung oder durch Isolierung zu bekämpfen ist. Das Ausscheiden aus der Berliner Landesregierung hat den Reformerflügel in der Partei geschwächt, die andere Strömung hingegen gestärkt und insgesamt, wie das neue Parteiprogramm zeigt, zu einer Radikalisierung der Partei geführt. Ob allerdings das Konzept einer Einbindung im Falle dieser Partei risikolos möglich ist? Eine solche „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen extremistischen und nichtextremistischen Parteien aber wäre das Ende des ohnehin schwindenden antitotalitären Konsenses in Deutschland.

Konkreten thematischen Aspekten widmet sich in zwei Beiträgen Armin Pfahl-Traughber. Im ersten Beitrag zur „Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus“ beleuchtet er nach vorangestellten Begriffsdefinitionen die historische Entwicklung in dieser Frage. Bei der Untersuchung der einzelnen Facetten des deutschen Linksextremismus kommt er zu dem Ergebnis, eine „eindeutig israelfeindliche Grundhaltung“ (S. 155) sei belegbar. Die „Kommentierung Israels“ gehe „inhaltlich über eine

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kritik, die sich berechtigt oder überspitzt aus menschenrechtlicher Sicht auf die Politik gegenüber den Palästinensern bezieht, hinaus“ (ebd.). Allerdings handele es sich bei dieser Judenfeindschaft um eine Auffassung, die antiimperialistischer Motivation entspringe, nicht einem Antisemitismus als „Feindschaft gegen Juden als Juden“ (S. 156). Antisemitismus im Linksextremismus unterscheide sich somit grundsätzlich von der inhaltlichen Ausrichtung des Antisemitismus im Rechtsextremismus und auch im Islamismus, der dort „zu den konstitutiven Bestandteilen der jeweiligen Ideologie“ (ebd.) gehöre. Übrig bleibe gleichwohl eine potentielle Kompatibilität mit antisemitischen Einstellungen.

Im Aufbau ähnlich geht Pfahl-Traughber in einem zweiten Beitrag „‚Antifaschismus’, ‚Antiglobalisierung’ und ‚Antirepression’: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland“ vor. Der jeweiligen Definition des Handlungsfeldes nach allgemein demokratischer Auffassung in Abgrenzung zum linksextremistischen Verständnis des Phänomens schließt er in jeweils drei Abschnitten eine knappe Beschreibung der Akteure und der typischen Aktivitäten auf diesem Gebiet sowie der jeweils handlungsfeldspezifischen Gewalt an. In der Zusammenschau verdeutlicht der Autor, dass die Agitation von Linksextremisten in den genannten Themenfeldern eine Reihe von Funktionen erfüllt, so die Akzeptanz-, die Bündnis-, die Erosions-, die Integrations-, die Mobilisierungs- und die Verschiebefunktion, allesamt ausgerichtet auf eine fortgesetzte „Erosion der Abgrenzung“ (Wolfgang Rudzio) zwischen Demokraten und Extremisten einerseits und auf eine Sammlung des linken Lagers andererseits. Dem Autor ist dafür zu danken, dass er zum Abschluss einen deutlichen Akzent setzt mit der Problematisierung der immer wieder zu beobachtenden mangelnden Distanzierung von Demokraten gegenüber Linksextremisten. Eine klare Abgrenzung würde diesen Verfassungsfeinden manche der ihnen noch verbliebenen Wirkungsmöglichkeiten nehmen.

Carsten Koschmieder trägt einen flüssig formulierten Aufsatz über die „Antideutschen“ bei, der trotz der relativen Kürze das zu beschreibende Phänomen kompakt und differenziert zugleich behandelt. Es drängt sich hier die Frage auf, warum dieser Beitrag nicht unmittelbar an die zuvor behandelte Antisemitismusfrage anschließt. Udo Baron liefert einen ähnlich kompakten, gut lesbaren Beitrag zur „linksautonomen Szene“, der in begrüßenswerter Klarheit einen überaus brauchbaren Überblick bietet. Eine sinnvolle Ergänzung zu dieser Thematik stellt der Aufsatz von Marie-Isabel Kane zum „Politikverständnis in linksautonomen Publikationsorganen“ dar.

Uwe Backes widmet sich einer „Bilanz zur aktuellen Situation des Linksextremismus auf europäischer Ebene“. Man hätte nur zu gerne gewusst, wo der Autor in der von ihm vorgenommenen Systematisierung kommunistischer Parteien die deutsche „kommunistische Nachfolgepartei“ Die Linke (die nur kurz als Ausnahmefall [S. 276] erwähnt wird) einsortiert. Backes kommt zu dem Fazit, dass weder von den kommunistischen Parteien noch von Linksterrorismus (Griechenland, Spanien, Italien) noch von der unterhalb dieser Schwelle liegenden – allerdings quantitativ wie qualitativ tendenziell steigenden – linksextremistischen Gewalt eine ernsthafte Bedrohung für die jeweilige politische Ordnung ausgeht. In dem Beitrag von Astrid Böttcher und Hans-Jürgen Lange

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zur „wehrhaften Demokratie“ wäre es eventuell ratsamer gewesen, neben der Entstehungsgeschichte die Erläuterung des Begriffs der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ voranzustellen. Denn nur dieser Kernbestand der Verfassung ist geschützt, während einzelne Bestimmungen des Grundgesetzes durchaus veränderbar sind.

Das abschließende „Streitgespräch zum Thema Linksextremismus“ zwischen Stöss und Backes, moderiert von Jaschke, lässt vor allem zwei Kernpunkte der aktuellen Debatte deutlich werden: die Umstrittenheit des „Extremismus-Konzeptes“ und des „Rechts-Links-Schemas“ und die divergierende Einschätzung der Partei Die Linke, aber auch die strittige Beurteilung der autonomen Szene. Weitgehend Einigkeit besteht immerhin darin, dass der Linksextremismus derzeit keine ernsthafte Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist.

Gewünscht hätte man sich insgesamt eine stärkere Koordinierung der Beiträge, die inhaltlich kaum aufeinander abgestimmt scheinen. Insgesamt betrachtet ist der Band eine etwas unrunde Sache, was umso bedauerlicher ist, als er einen der noch immer wenigen Beiträge zu einem weithin vernachlässigten Thema darstellt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kritik an der „bürgerlichen Mitte“

Von Thomas Grumke

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 376 S.

Das seit 2005 bestehende Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) sieht sich als Schnittstelle für die wissenschaftliche und praktische Arbeit im Themenfeld Neonationalsozialismus und Rassismus. Als zentral wird hierbei die Auseinandersetzung mit dem Begriff und der Deutung des Begriffs Rechtsextremismus angesehen. Die hauptsächlich aus Leipzig und Frankfurt stammenden Akteure des Forums haben mit *Ordnung. Macht. Extremismus* eine Zusammenstellung von Beiträgen eines Workshops vorgelegt, die in drei Teilen 15 Texte auf 376 Seiten umfasst. Um es vorweg zu nehmen: Das physische Gewicht des sehr heterogenen Bandes übersteigt das (sozial)wissenschaftliche Gewicht. Oder wie es ein befreundeter Professor für Politikwissenschaft ausdrückte: „Das sind Gehversuche des wissenschaftlichen Nachwuchses“.

Aber der Reihe nach: In ihrer 25-seitigen (!) Einleitung machen Anne Dölemeyer und Anne Mehrer, beide Gründungsmitglieder des FKR, deutlich, dass für sie der Extremismusbegriff ein „Kampfbegriff“ ist, wobei „sozialwissenschaftliche Textproduktion, staatliches Handeln und gesellschaftliche Diskurse um ‚politischen Extremismus’“ (vgl. S. 9, 11) ineinander greifen und sich gegenseitig verstärken. Beklagt wird eine „Dominanz der Problemrahmung“ (S. 12), die tatsächliche Folgen hat, z. B. bei der Bewilligung staatlicher Förderung für Initiativen gegen Rechtsextremismus, die „ausschließlich an jeweils politisch genehme“ Projektträger erfolge und politisch unbequeme Initiativen ausgrenze. Als Beleg wird die von Familienministerin Schröder als Fördervoraussetzung eingeführte und (rechtlich) umstrittene Extremismusklausel bzw. Demokratieerklärung angeführt. Erst einmal ist es falsch – und auch unverschämt – allen Empfängern von Mitteln aus den Bundesprogrammen indirekt zu unterstellen, sie seien politisch genehm und bequem und würden womöglich nur deshalb gefördert. Die unterstellte „Dominanz der Problemrahmung“ besteht hier allenfalls nur teilweise. So haben alle Oppositionsparteien im Bundestag die zu unterzeichnende Erklärung scharf kritisiert. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in einem Entschließungsantrag vom 23. Februar 2011 mehrheitlich die Erklärung abgelehnt und schloss sich damit einer Initiative des Landes Berlin an. Ferner erklärte das Verwaltungsgericht Dresden am 25. April 2012 die Erklärung in Teilen für rechtswidrig. Das „eigentliche Problem“ der Autorinnen liegt in der „Konzeption des Gesellschaftlichen und des Politischen“ (S. 19). So wolle man dies „nicht den Dynamiken von Parteipolitik, Medien und Verfassungsschutz überlassen, und genauso wenig dem konservativen Flügel der Sozialwissenschaften“ (S. 20). Eine aufeinander bezogene Trias von (gesellschaftlicher) Ordnung, (politischer) Macht und Extremismus führt hiernach erst zu dem Kausalzusammenhang

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Ordnung macht Extremismus“ (S. 21). Die Lage ist also ernst, die Duftmarken sind gesetzt.

Im ersten Kapitel „Kritiken“ verliert Holger Oppenhäuser keine Zeit, den Extremismusbegriff frontal anzugreifen und im folgenden nur noch vom „E-Konzept“ und vom „E-Wort“ zu sprechen, um sich so weit wie möglich von dieser Begrifflichkeit zu distanzieren. Kritisiert wird einmal mehr die Bildung einer politisch – angeblich – „normalen“ Mitte und „abnormalen“ Extremen mit dem Ziel der Herstellung politischer Normalität mithilfe vor allem staatlicher Institutionen. Zur Reproduktion dieses „Normalitätsdispositivs“ tragen laut Oppenhäuser Sozialwissenschaftler wie Eckhard Jesse, Uwe Backes und Armin Pfahl-Traughber bei, die er in Anlehnung an Wippermann verächtlich als „IM des Verfassungsschutzes“ (S. 45 f.) bezeichnet. Insgesamt ist das Abarbeiten an den Personen Backes und Jesse ein Hauptmotiv des ersten Kapitels, und während der Lektüre verspürt man den Drang laut aufzuschreien: „Ja doch, ich habe es verstanden!“. Die schon in der Einleitung beschriebene Achse des Bösen aus sozialwissenschaftlicher Textproduktion, staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Diskursen nimmt hier Gestalt an und wird mit Namen versehen. Also im Klartext: Sozialwissenschaft im Dienste von (Staats-)Macht und (rigider) Ordnung, als Helferlein zur (pseudo)wissenschaftlichen Begründung und Rettung einer „normalen“ – aber in Wirklichkeit latent rassistischen und problematischen – gesellschaftlichen Mitte. Das hat man alles schon oft gehört.

In die gleiche Kerbe schlägt Frank Schubert, macht dies aber wesentlich ansprechender unter Einbeziehung des französischen Philosophen Jacques Rancière. Dieser vertritt eine Praxis des Streits, in dem der gesellschaftliche Anteil der Anteillosen („la part des sans-part“) für seine Rechte aktiv eintritt, woraus dann erst Politik entsteht. Demgegenüber steht das etwas unglücklich als „Polizei“ bezeichnete System, das die Ungleichheit festschreibt und auf Konsens aus ist. Demokratie ist also demnach keine möglichst stabile Regierungsform, die sich gegen ihre Feinde (Extremisten) wehren muss, sondern erst der permanente Streit mit der jeweiligen staatlichen Macht. Obwohl Schubert einräumt, dass sich dem Ideal der Demokratie verpflichtete Menschen selbstverständlich gegenüber „totalitären und autoritären, antiegalitären, rassistischen und in anderer Weise diskriminierenden Positionen“ (S. 114) abgrenzen müssen, wirft er den Vertretern der Extremismustheorie vor, Kritik an nach Rancière „hegemonialer, polizeilicher Position“ generell als linksextremistisch zu diffamieren und so die Staatsform Demokratie vor den Zumutungen der (wahrhaft) demokratischen Gesellschaft schützen zu wollen.

Auch im Beitrag von Robert Feustel wird die Behauptung wiederholt, Kritiker des Extremismuskonzepts würden automatisch selbst als Extremisten klassifiziert. Mit dem „leeren Signifikanten“ Extremismus werde ein hegemoniales (neoliberales, kapitalistisches) Projekt zusammengebunden und unter Androhung des Ausschlusses aus der bürgerlichen Mitte verteidigt. Vollkommen undifferenziert greift Feustel „den Liberalismus“ als „diskursiven Deckmantel“ an, „der unter der Hand das Ideal einer durchregulierten und steuerbaren Gesellschaft anderen Typs einschleust“ (S. 128). Er versteigt sich unter Berufung auf das französische Autorenkollektiv Tiqqun in die Beschimpfung

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„des Liberalismus“ als „Alibi des alltäglichen Verbrechens“ (ebd.). Das hätte Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt gefallen. Ähnlich absurd erscheint die Kritik an Wahlbeteiligung als reines „Feedback“ und Stabilisator im streng kybernetischen Sinne. Nur noch ärgerlich ist die Darstellung des Souveräns als dumme, tumbe Masse, die ihre Degradierung zur „nebulösen Entität“ nicht merkt und – anders als Feustel – nicht begreift, wie fremdbestimmt sie im „Konsensspiel der Post-Demokratie“ (S. 137) eigentlich sind: Eine Bevölkerung, die in ständiger Angst davor, als Extremisten gebrandmarkt zu werden, eine radikal emanzipatorische Politik verweigert.

Im zweiten Teil „Praktiken“ setzt sich Susanne Feustel mit der polizeilichen Erfassung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) auseinander; sie stellt diese in den Kontext der „Produktion und Verwertung von Kriminalitätsdiskursen durch den Staat als Methode des Regierens“ (S. 144). Auch hier hängt natürlich alles mit allem zusammen, und alles ist im Zweifelsfall ein Herrschaftsinstrument. Es ist eine Sache, dass auch Feustel leider nicht ohne die Belehrung von Polizisten und Journalisten (ihnen fehlt als Nachrichtenproduzenten die Sensibilität und Kritikfähigkeit, die PMK-Zahlen zu hinterfragen, vor allem die PMK-links) auskommt. Eine andere Sache ist es jedoch, wenn ohne Belege behauptet wird: „Etliche PolizeibeamtInnen ignorieren und tolerieren bzw. sympathisieren mit der rechten Szene oder sind schlicht ihren Aufgaben und dem komplexen Erfassungssystem nicht gewachsen“ (S. 157). Wie viele sind denn „etliche“? Hier sind die Grenzen der Wissenschaftlichkeit und der Diffamierung überschritten zu Gunsten der Pflege persönlicher Feindbilder im dünnen Mäntelchen der Gesellschaftskritik.

Obwohl es Matthias Rodatz und Jana Scheuring hoch anzurechnen ist, dass sie sich als Einzige in diesem Band mit dem komplexen Phänomen Islamismus beschäftigen, so unterkomplex ist doch ihre Argumentation. Der Vorwurf lautet, dass ebenso wie beim Rechtsextremismus bei der Identifikation des Islamismus (durch den Staat) eine Bereinigung der Mitte vom Verdacht antidemokratischer Tendenzen vorgenommen wird. Des Weiteren werde so das Muslimisch-sein per se zum „rassistischen Ausschlusskriterium“ (S. 166). Als Belege werden Veröffentlichungen von Verfassungsschutzbehörden angeführt, deren Versicherung, dass es ihnen nur um den kleinen extremistischen Teil der Muslime geht und ausdrücklich nicht um den weit überwiegenden Teil der deutschen Muslime, ohne Beleg als unglaubwürdig zurück gewiesen wird. Vollkommen unbehindert von Sachkenntnis wird übersehen, dass die Bearbeitung des Sachgebiets Islamismus in den Verfassungsschutzbehörden auch von Muslimen erfolgt. Die oben genannte Hypothese löste bei meinen muslimischen Kolleginnen und Kollegen im Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nur Kopfschütteln aus. Auch der Umstand, dass gerade der dynamische Bereich der Salafisten aus einem hohen Anteil von Konvertiten besteht, wird komplett ignoriert. Wie funktioniert das „rassistische Ausschlusskriterium“ hier?

Wesentlich reflektierter sind die folgenden Beiträge von Daniel Schmidt u. a. mit einer komparativen Untersuchung zu (staatlichen) Interventionen gegen Rechtsextremismus in Schweden, Ungarn und Deutschland sowie von Rebecca Pates mit einer empirisch geleiteten Studie zu Rechtsextremismustrainings. Im erst genannten Text ist

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vor allem die Einführung des Begriffs der „moral panics“ (S. 206 ff.) erhellend. Im zweiten Text wird die relevante Frage gestellt, warum nach vielen Jahren der Schulungen „gegen rechts“ keine messbare Besserung im Bereich der rechtsextremistischen Einstellungen wie der Handlungen zu verzeichnen ist. Pates weist nach, dass viele Schulungen auch immer versuchen, in die soziale Ordnung einzugreifen, wobei „die Aushandlungen um die eigenen Platzierungen der Teilnehmer innerhalb der moralischen Ordnungen der Trainer von letzteren unverstanden bleiben“ (S. 236). Differenziert ist ebenso der Beitrag von Johannes Kiess zum Rechtsextremismusbegriff in der Einstellungsforschung. Er macht mit Druwe elf verschiedene Begriffe mit insgesamt 42 Definitionen aus, bezieht aber leider relevante internationale Studien wie die von Cas Mudde[1] nicht ein. Sehr wohl weist Kiess in Anlehnung an Stöss darauf hin, dass es mindestens zwei Extremismusbegriffe gibt: einen sozialwissenschaftlichen und einen juristisch-verwaltungstechnischen. Er schließt, dass es auch Gründe für die Verwendung des Rechtsextremismusbegriffs gebe.

Das dritte Kapitel „Alternativen“ wartet mit wenig Neuem auf, bringt aber Kurioses hervor wie z. B.: die „Selbstbeschreibung als aufgeklärte Gesellschaft mobilisiert Stolz, der andere ausschließt“ (Elena Buck, S. 281). Stefan Kausch und Gregor Wiedemann schlagen vor dem Hintergrund eines für die Stadt Leipzig erstellten Handlungskonzepts den Begriff des „Neonazismus“ vor, räumen jedoch selbst ein, dass dieser nur regional anwendbar ist. So würden zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen die selbst ernannten Bürgerbewegungen „pro Köln“ und „Pro NRW“ nicht vom Begriff Neonazismus erfasst, vom Rechtsextremismusbegriff des Verfassungsschutzes aber sehr wohl! Eine gewinnbringende Lektüre bieten die Beiträge von Jens Zimmermann (Fallstudie zur *Deutschen Stimme* mithilfe der kritischen Diskursanalyse) und Jörn Hüttmann (noch einmal zu Begriffsalternativen), ohne jedoch wirklich eigene Akzente setzen zu können. So wird sich der von Zimmermann vorgeschlagene Begriff des völkisch-nationalen Korporatismus nicht durchsetzen. Wohltuend ist abschließend Hüttmanns Erkenntnis, dass es sich bei den Debatten um den politischen Extremismus nicht „um neutrale, ‚objektive’ wissenschaftliche Debatten, sondern immer auch um politische Auseinandersetzungen, die mit den jeweiligen Perspektiven der Autor_innen auf die Gesellschaft verbunden sind“ (S. 330), handelt. Auf diesen Sammelband trifft das voll zu. Dem Appell an einen „steten Prozess der Reflexion“ (S. 343) möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

Der Band lässt auch den geneigten Leser deprimiert zurück: Entweder folgt man den Grundthesen (vor allem des ersten Kapitels) und ist umzingelt von dummen und/oder ahnungslosen Lakaien eines übermächtigen, höchst unfreien und latent rassistischen Systems. Oder man akzeptiert die Grundthesen nicht und reiht sich im besten Fall in die unendlich große Riege der Dummköpfe ein, die es einfach nicht merkt (oder ist im schlechtesten Fall selbst ein Rassist). Wie andere Publikationen ist der Sammelband eine Selbstvergewisserung, eine Predigt zur Gemeinde der Überzeugten, ein Akt der

1 Vgl. Cas Mudde, The Ideology of the Extreme Right, Manchester 2000.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Selbstbestätigung. Das ist legitim, aber über die eigenen Kreise hinaus praktisch wirkungslos. Die Veröffentlichung im zu Springer-Fachmedien gehörenden VS Verlag für Sozialwissenschaften reißt es dann nicht raus. Dazu kommt, dass die Autorinnen und Autoren als (heutige oder zukünftige) Angehörige einer Gruppe, die man früher „BAT IIa-Schickeria“ nannte, selbstverständlich selbst zur viel problematisierten (soziologischen) Mitte der Gesellschaft gehören – zumal einige an *staatlichen* Universitäten arbeiten und vielleicht sogar Beamte sind. Ein Migrationshintergrund in der Autorenschaft ist übrigens weitgehend Fehlanzeige.

Kein ernst zu nehmender Wissenschaftler wird leugnen, dass es in Deutschland ein erhebliches Problem mit rassistischen Einstellungsmustern in der Bevölkerung gibt. Zugleich zeigt ein Blick auf die gegenwärtige Bundesregierung ein Stück deutsche Realität: eine ostdeutsche Protestantin als Kanzlerin, ein in Vietnam geborener Vizekanzler und Wirtschaftminister, ein offen schwuler Mann als Außenminister, ein schwerbehinderter Finanzminister usw. Und das ist die konservativ-liberale Regierung!

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die große Niederlage und wenig Einsicht

Von Wolfgang Schuller

Uwe-Jens Heuer, Glanz, Elend und Wiederkehr des Staatsrechtlers Carl Schmitt, Berlin 2011 (*Verlag am Park*), 196 S.

Die These des Buches wird in einer Vorbemerkung des Verlages (kein Klappentext, das Buch ist broschiert) knapp so wiedergegeben: „Heuer [...] weist nach, dass es eine Kontinuität reaktionären staatsrechtlichen Denkens in Deutschland gibt. Mehr noch: Dass es auch auf diesem Felde einen dramatischen Rückfall zu geben scheint." Das erste Kapitel „Der Abstieg in die Barbarei" skizziert kurz die Stellung von Hobbes, Marx und Engels sowie Rosa Luxemburg zu Staat und Erstem Weltkrieg. Die Einleitung des zweiten Kapitels „Carl Schmitt sucht seinen Platz im rechten Spektrum der Weimarer Republik" gibt biographische Hinweise, fasst einige frühe und späte Thesen Schmitts zusammen und bringt einige Betrachtungen zu den Schmitt-Biographien von Mehring und Noack (in dieser Reihenfolge), anschließend geht es um „Bewunderung des Staates und die Missachtung des Einzelnen" sowie um Schmitts Stellung zur Romantik und zur katholischen Kirche.

Das dritte Kapitel sieht ihn als „Vorkämpfer der Diktatur des Präsidenten" mit Notizen über die Gegnerschaft zum Parlamentarismus, das Verhältnis zu Marxismus und Faschismus, die Unterscheidung von Freund und Feind, Einheit des Volkes, das Verhältnis zwischen Schmitt und Kelsen sowie Legalität und Legitimität. Das vierte Kapitel spricht von „Schmitt als Nationalsozialist" und vom „Weg in den Krieg" mit etlichen biographischen Einzelheiten und das fünfte von „Martin Heidegger und Hannah Arendt", vornehmlich Biographisches ohne Beziehungen zu Schmitt. Das sechste Kapitel „Die große Niederlage und keine Einsicht" spricht von Schmitts Nachkriegsbiographie, das letzte schließlich über „Die Wiederkehr des Schmittschen Geistes im vereinten Deutschland" – Schmittianer oder Schmittisten müssten hier erfreuliche Aufschlüsse erwarten können.

Diese summarische Übersicht ist deshalb irreführend, weil sie suggeriert, Heuer befasse sich seriös mit den genannten Gegenständen. Das ist jedoch zunächst deshalb nicht der Fall, weil das Buch zu etwa zwei Dritteln aus einer Sammlung wörtlicher Zitate besteht, teils „reaktionär", teils nicht, teils aus Werken Schmitts, teils aus der Sekundärliteratur exzerpiert; die meisten Angaben über Schmitts Leben stammen aus Mehrings, die über Heideggers aus Safranskis Biographie, beide über viele Seiten einfach wörtlich zitiert. Es kommt hinzu, dass diese Lesefrüchte oftmals wenig sortiert hintereinander aufgeführt sind und, genau wie die Themen und Unterthemen, nicht zügig, sondern einigermaßen erratisch abgehandelt werden. Da zudem nicht wenige grammatikalische und sonstige Schnitzer zu verzeichnen sind, besteht die starke Vermutung, dass das Buch in einem unfertigen Zustand publiziert wurde. Zwar schreibt der Verlag in einer biographi-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Skizze, Heuer habe das Buch vor seinem Tode noch redigieren können, jedoch kann es sich nicht um eine wirkliche Bearbeitung gehandelt haben. Andere Publikationen des Verfassers, wie etwa seine Autobiographie, weisen diese Mängel nicht auf.

Das letzte Kapitel ist zunächst das wichtigste, weil es die Behauptung explizieren will, der „Schmittsche Geist" sei im vereinten Deutschland zurückgekehrt, und daher lohnt sich eine genauere Betrachtung, auch unter dem Gesichtspunkt der Stichhaltigkeit von Heuers Gedankengängen. Als erstes stellt Heuer Georg Lukács' 1955 in „Berlin (DDR)" erschienenes Buch *Die Zerstörung der Vernunft* vor. Auf zwei Seiten werden negative Bemerkungen über Schmitt teils mit wörtlichen Zitaten, teils in indirekter Rede wiedergegeben, eine These oder Behauptung Heuers, die durch diese Zitate hätte belegt werden sollen, fehlt. Stattdessen wird sofort zu Bernd Rüthers' 1988 erschienenem Buch *Entartetes Recht* übergegangen. Nun kann Rüthers darüber unbesorgt sein, dass er mit seiner Schmitt-Kritik zusammen mit Kommunisten genannt wird; diese Kritik missfällt Heuer nämlich, weil sie, man lese und staune, eine „diffizile" Form der Rechtfertigung sei. Gleich im Anschluss spricht Heuer auf einer knappen Seite über das Buch von Leonard Felix Landois über den Links-Schmittismus, hebt vielsagend hervor, es sei von der „der CSU nahestehenden Hanns-Seidel-Stiftung" finanziell gefördert worden und bemängelt vor allem, es beziehe sich „auf rein ideologische Ähnlichkeiten" und vernachlässige die „dahinterstehenden sozialen und politischen Kräfte"; darauf wird noch zurückgekommen.

Ohne weiteren bibliographischen Nachweis wird anschließend über ein Buch von Christian Linder wegen – angeblicher – Verharmlosung Schmitts tadelnd gesprochen (es dürfte sich um das Buch *Der Bahnhof von Finnentrop* handeln), insbesondere werden zwei Rezensionen in der Tagespresse erwähnt, die anscheinend ebenfalls den richtigen Tadel vermissen lassen. Darauf wird auf den 11. September 2001 hingewiesen, der einen Umschwung (wohl in Richtung Schmitt) gebracht habe, es folgen weitere Literaturangaben und Artikel in der Presse, die eine Zunahme staatlicher Repression in Deutschland behaupten, bestreiten oder rechtfertigen. Der damalige Bundesinnenminister Schäuble wird schwer getadelt, ebenso der Staatsrechtler Josef Isensee – „dieser Isensee" heißt es einmal voller Abscheu. Es folgen Urteile des Bundesverfassungsgerichts und deren Aufnahme in der Öffentlichkeit, und einen Höhepunkt stellt der Bericht über eine Bundestagsdebatte vom 6. September 1995 dar, mit ausführlich wiedergegebenen Redebeiträgen des Verfassers, von S. 180 bis S. 184. Endlich ist er auf S. 186 „beim Gegenstand dieses Buches", und zwar bei dem Buch *Selbstbehauptung des Rechtsstaates* von Otto Depenheuer. Es „atmet Schmittschen Geist", Schäuble ließe sich davon anregen, und dann folgen bis S. 189 wörtliche Zitate. Danach schließlich sollen der Afghanistan-Krieg und einige Zwischenfälle einschließlich Zeitungskommentaren („lässt Wefing die Katze aus dem Sack") wohl die Behauptung belegen, Deutschland bereite wie angeblich Schmitt einen Krieg zum „Griff nach der Weltherrschaft" (S. 113) vor. Abrupt ist das Ende des Buches: „Wir sind damit auf dem von Depenheuer als Schüler Schmitts eingeschlagenen Weg – wenn auch tastend – schon ein Stück weiter." Das ist der ganze Beleg. Schmittisten oder Schmittianer dürften enttäuscht sein.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Über der Fülle der aneinandergereihten wörtlichen Zitate – mit gelegentlichen Zwischenrufen wie „Das sind wenigstens klare Worte“ (S. 25), „Mit diesem Satz ist alles gesagt“ (S. 56), „Das ist der Zynismus von Carl Schmitt in Reinkultur“ (S. 57) – seien nur als Beispiele einige Fehler oder mindestens Schiefheiten Heuers selbst genannt: „Kronjurist der letzten Kanzler der Weimarer Republik und dann auch Hitlers“ (S. 7), „Vertreter des deutschen Imperialismus waren die Reichskanzler Stresemann, von Schleicher und Hitler gleichermaßen“ (S. 51), bei der Schilderung der „Verfassungsdurchbrechung“ der Weimarer Republik wird nicht erwähnt, dass diese Verfassungsverletzungen immer mit verfassungsändernder Mehrheit geschehen mussten (S. 55, und das von einem Staatsrechtler), die Berliner Universität hieß nicht „Kaiser-Wilhelm-Universität“ (S. 99; und das von einem Professor der Nachfolgeinstitution), Schmitt arbeitete nicht „gleich nach“ dem Ermächtigungsgesetz am Reichsstatthaltergesetz (vgl. S. 96), usw.

Wenn man von den äußeren Unzulänglichkeiten absieht, was nicht einfach ist, ist das Buch zunächst nichts als eine der vielen Schriften, die sich negativ über Carl Schmitt äußern. Einigermaßen interessant ist sie aber dadurch, dass es von jemandem stammt, der Sprecher des Marxistischen Forums innerhalb der PDS war und deshalb sogar Schwierigkeiten mit seiner PDS-Fraktion im Bundestag hatte. Immerhin wirft er Carl Schmitt vor, „letztlich findet er doch immer wieder die antisozialistische, antimarxistische Frontstellung im Klassenkampf“ (S. 37), und an einem jüngst erschienenen Buch bemängelt er, dass es die hinter Ideologien stehenden politischen und sozialen Kräfte nicht berücksichtige (s. o.). Selbst aber verzichtet er über dem Wust von Zitaten auf eine solche Berücksichtigung und überhaupt auf jede marxistische Analyse, geschweige denn auf eine Frontstellung im Klassenkampf. Kaum ein Ersatz sind die DDR-Reminiszenzen. Er zitiert einen schon längst der konspirativen Arbeit für das MfS überführten DDR-Rechtswissenschaftler als Hobbes-Experten (S. 8), Carl Schmitts prononcierter Antisemitismus findet höchstens en passant Erwähnung, er versagt sich bei Verfassungsfragen den Blick auf das, was in der DDR so hieß, aber nur mittelbar über die Partei Geltung haben durfte.

Allerdings handelt es sich um ein Buch, das gewiss nicht in der DDR vor der Niederlage des Staatsmarxismus hätte publiziert werden können. Dort hätte Heuer weder Texte von Carl Schmitt noch solche über ihn so ausgiebig lesen und seine Exzerpte daraus drucken können, die nichts mit der kommunistischen Ideologie zu tun haben, ihr sogar widersprechen. Nie hätte er statt Faschismus Nationalsozialismus sagen dürfen, und nie hätte er Zufallstreffer drucken lassen können wie folgende Einsicht: Über Schmitts Verhalten in der Röhm-Affäre, über die Schmitt den Artikel mit der folgenreichen Überschrift „Der Führer schützt das Recht“ schrieb, gießt er nicht wie sonst alle seinen gerechten Zorn aus, sondern meint, Schmitt, sei „wohl auch von Angst“ bestimmt gewesen und davon, dass „die Ermordung seines Gönners von Schleicher [...] wohl auch ein Menetekel für ihn“ gewesen sei. Diese klare Sicht auf die Sachverhalte wäre Heuer insgesamt sonst zu wünschen gewesen. Stattdessen überschreibt er das sechste Kapitel ahnungslos „Die große Niederlage und keine Einsicht“ und meint noch viel ahnungsloser von Schmitts Verhalten in der NS-Zeit, „dass ihm nicht einmal im Traum der Gedanke kommt, es könnte von ihm selbst die Rede sein“ (S. 156).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Demokratischer Rechtsstaat und terroristische Herausforderung

Von Roland Höhne

Tobias Hof, Staat und Terrorismus in Italien 1969-1982, München 2011 (*Oldenbourg Verlag*), 419 S.

Während der „bleiernen Jahre" 1969-1982 wurden die freiheitliche Staats- und pluralistische Gesellschaftsordnung Italiens durch einen aggressiven Rechts- und Linksterrorismus bedroht: 8.865 terroristische Anschläge wurden verübt (351 Tote, 768 Verletzte). Über den italienischen Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre ist bereits umfangreich geforscht worden, über die Reaktion des italienischen Staates auf diesen jedoch kaum. Die Dissertation von Tobias Hof schließt daher eine zentrale Forschungslücke. Die Arbeit beruht auf dem normativen Postulat, dass die Bekämpfung des Terrorismus in einer westlichen Demokratie nach rechtsstaatlichem Verständnis innerhalb der konstitutionellen Ordnung erfolgen muss, der Staat zugleich aufgrund der Verfassungsprinzipien verpflichtet ist, die Sicherheit und Unversehrtheit seiner Bürger zu gewährleisten. Beide Ziele seien nur schwer miteinander vereinbar, wie die generelle Erfahrung mit Terrorismus zeige. Deshalb müsse der Staat bestrebt sein, einen optimalen Kompromiss zwischen effizienter Terrorismusbekämpfung und Wahrung des freiheitlichen Verfassungsstaates zu finden. Hof untersucht, ob dies dem italienischen Staat gelungen ist.

Zu Beginn seiner Analyse betrachtet der Autor kurz das politische System Italiens, die staatlichen Sicherheitsapparate, die politische Ereignisgeschichte, die sozialen Protestbewegungen und den Rechts- und Linksterrorismus der Jahre 1958 bis 1982. Die Ursachen der strukturellen Dreiteilung des politischen Systems sowie die der organisatorischen Zersplitterung der Sicherheitsorgane werden allerdings nicht untersucht. So fragt sich der Leser, weshalb sich die Verfassungsparteien einschließlich der Kommunisten nicht bereits vor 1976 zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammenschlossen und weshalb der staatliche Sicherheitsapparat 1969 nicht sofort zentralisiert wurde. Der Autor beschäftigt sich ebenfalls nicht mit der politischen Kultur Italiens, die die Entstehung des Terrorismus wie dessen Bekämpfung im hohen Maße beeinflusste. Nur vereinzelt finden sich Hinweise auf sie im Text. Die hohe Bereitschaft zur gewalttätigen Konfliktaustragung und die Härte der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus in den Jahren 1976-1979 bleiben daher unverständlich. Soziale Faktoren können nicht allein die Ursache gewesen sein. Stattdessen beschäftigt sich Hof ausführlich mit der Perzeption des Terrorismus durch die politischen Parteien. Allerdings erklärt der Autor den Wandel der öffentlichen Äußerungen über den Terrorismus allein durch die sich wandelnden Interessen bzw. Intentionen der Akteure, nicht auch aus den Veränderungen ihres Selbstverständnisses und Lernprozessen. Die Terrorismusdeutungen erscheinen so als interessenbasierte Konstruktionen, als „Feindbilder", nicht als das Ergebnis von Informationen und Reflexionen, Emotionen und Sachzwängen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Hauptteil beschäftigt sich Hof auf breiter Quellengrundlage mit der Anti-Terrorismus-Politik. Er unterscheidet dabei vier Phasen: In der ersten Phase (1969-1975) erfolgte die Terrorismusbekämpfung im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung. Die Regierung passte weder die Sicherheits- und Justizbehörden noch das Strafrecht den neuen Herausforderungen an. Wohl aber bildete sie innerhalb der Polizei Sondereinheiten und brachte 1972 erste Anti-Terror-Gesetze ein, die vom Parlament verabschiedet wurden. Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus brachten jedoch nicht die neuen Gesetze, sondern die polizeilichen Sondereinheiten. Erst als der Linksterrorismus sich 1976/77 verschärfte und nun auch gegen Politiker vorging, entwickelten die Regierungen in einer zweiten Phase eine wirkliche Anti-Terrorismus-Strategie. Diese kombinierte konzeptionell Repression mit Ursachenbeseitigung. Durch eine Reorganisation und einen Ausbau der Sicherheitsapparate sollte die Terrorismusbekämpfung effektiver, durch die Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus diesem die Basis entzogen werden. Verwirklicht wurde die Strategie allerdings nur in Ansätzen. Nach der Entführung Aldo Moros am 16. März 1978 konzentrierte die Regierung in einer dritten Phase ihre Anstrengungen auf den unmittelbaren Kampf gegen den Terrorismus. Sie erließ neue Gesetze, erleichterte die Telefonüberwachung, führte die Meldepflicht für Vermieter ein und erlaubte der Polizei, Verdächtige ohne Anwesenheit von Verteidigern bis zu 24 Stunden zu verhören. Außerdem schuf sie eine neue Spezialeinheit unter Leitung des Carabinieri-Generals Dalla Chiesa, der bereits in der ersten Phase den Terrorismus erfolgreich bekämpft hatte. Schließlich setzte sie auch Armeeeinheiten zur Unterstützung der Polizei ein, etwa bei Straßenblockaden, Suchaktionen oder Objektschutz. Sie erklärte jedoch nicht den Notstand, sondern agierte weiterhin innerhalb der Verfassungsordnung. Nach dem Abflauen des Terrorismus bemühte sie sich in einer vierten Phase vor allem um die Demilitarisierung der Polizei sowie um die gesellschaftliche Reintegration von reuigen Ex-Terroristen.

Hof zieht eine kritische Bilanz der staatlichen Terrorismusbekämpfung anhand der Kriterien Wirksamkeit, Rechtsstaatlichkeit, Parlamentarismus und Reaktion der außer- bzw. antiparlamentarischen Gruppen. Ein formaler Indikator für die Effizienz staatlicher Repression bildet die quantitative Entwicklung terroristischer Gewalttaten. Von 1969 bis 1974 nahm ihre Anzahl zu, von 1975 an wieder ab. Innerhalb des Terrorismus dominierte bis 1975 der Rechts-, danach der Linksterrorismus. Seinen Höhepunkt erreichte dieser 1978. Danach war er rückläufig, verschwand aber nicht vollständig. Die staatliche Repression hat zu diesem Rückgang beigetragen. Entscheidend für ihn war die Delegitimierung, Isolation und Marginalisierung der Terroristen durch politische und gesellschaftliche Kräfte. Die staatlichen Anti-Terrorismus-Maßnahmen haben diesen Prozess beeinflusst, aber nicht gestaltet. Verantwortlich für die beschränkte Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen macht Hof die inadäquate Perzeption des Terrorismus, die Desorganisation der Strafverfolgungsbehörden, die Reaktion der Terroristen auf diese, die Langsamkeit der Rechtsprechung und die zu geringe Ursachenbekämpfung.

Die Regierungen bemühten sich, den Terrorismus innerhalb der Verfassungsordnung zu bekämpfen. Eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob ihnen dies gelang, erscheint

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem Autor unmöglich. Die Ende der 1960er Jahre eingeleitete Liberalisierung des Strafrechts wurde Mitte der 1970er Jahre wieder rückgängig gemacht. Seinen Niederschlag fand dies in der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung. Die meisten Verschärfungen des Strafrechts sind seit 1982 wieder zurückgenommen worden, der Strafvollzug ab 1984 erneut liberalisiert. Die Anti-Terrorismus-Gesetze und -maßnahmen beeinträchtigten den Rechtsstaat nur vorübergehend.

Das Parlament wahrte formal seine verfassungsrechtlichen Funktionen. So billigte es nicht einfach die Gesetzesverordnungen oder die Gesetzesanträge der Regierung, sondern stimmte diesen erst nach ausführlichen Debatten zu. In einigen Fällen lehnte es Gesetzesinitiativen ab. Allerdings wurde die parlamentarische Gesetzgebungsfunktion weitgehend ausgehöhlt, da sich die Regierung bereits vorher mit den Führungen der Verfassungsparteien über den Inhalt der Gesetze einigte. Hingegen konnte das Parlament seine Kontrollfunktion nicht nur wahren, sondern sogar ausbauen. Die Regierung musste ihm über die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden Auskunft geben, und ein parlamentarischer Ausschuss überwachte die Geheimdienste. Das Parlament konnte jedoch aufgrund des herrschenden politischen Ausnahmezustandes die staatliche Anti-Terrorismus-Politik nicht öffentlich kritisieren oder diese gar mit Hilfe seiner zentralen Kampfmittel – Misstrauensantrag und Vertrauensvotum – zu Fall bringen. Darüber hinaus erfüllte das Parlament zwar formal seine regierungstragende und alternative Funktion, inhaltlich nahm es sie jedoch nur eingeschränkt wahr. Infolge des breiten Anti-Terrorismus-Konsensus der Verfassungsparteien unterstützte es mehrheitlich die staatliche Anti-Terrorismus-Politik. Allerdings geschah dies nur durch Ad hoc-Mehrheiten. Die Regierung war daher von dem Partei-Gremium abhängig, das sie unterstützte. Da sich an diesen 1976-1979 auch die Kommunisten beteiligten, wurde die alternative Funktion der parlamentarischen Opposition in der Terrorismusfrage lediglich durch linke und rechte Randparteien wahrgenommen.

Die Bevölkerung stand der staatlichen Anti-Terrorismus-Politik zunächst mehrheitlich kritisch gegenüber. Erst nach der Entführung und Ermordung Moros März/Juni 1976 solidarisierte sie sich mit dieser. Von da ab wurde es möglich, die Linksterroristen zu isolieren und schließlich ihre Organisationen zu zerschlagen. Die negative Wahrnehmung der staatlichen Institutionen behindere bis heute eine sachliche Analyse der Konflikte zwischen Staat und Terrorismus. Die historischen und kulturellen Gründe dafür analysiert der Autor nicht. Hof schlussfolgert, dass es dem italienischen Staat trotz mancher Gesetzesüberschreitungen oder Überdehnung seiner Kompetenzen gelang, eine Balance zwischen effizienter Terrorismusbekämpfung und Wahrung des Rechtsstaates zu finden. Dies war eine große Leistung, die Anerkennung verdient. Der Kompromiss schränkte zwar vorübergehend die bürgerlichen Freiheiten ein, agierte jedoch weiterhin innerhalb der Verfassungsordnung. Entscheidend für sein verfassungskonformes Verhalten war außer dem Rechtsstaatsbewusstsein seiner führenden Akteure die Zusammenarbeit mit den Verfassungsparteien einschließlich der Kommunisten. Diese zwang ihn, seine Maßnahmen stets aufs Neue zu rechtfertigen oder neue Maßnahmen auszuhandeln. Diese Zusammenarbeit höhlte auch die verfassungsmäßige Ordnung aus, da sie

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

innerhalb eines informellen Gremiums der Parteispitzen erfolgte, das niemanden Rechenschaft schuldig war. An die Stelle der Parlamentshoheit trat die Parteienhoheit. Nach dem Abflauen des Terrorismus wurden jedoch die Sondergesetzte wieder annulliert, die Sondereinheiten aufgelöst und die Polizeibehörden entmilitarisiert. Ein dauerhafter Schaden am demokratischen Rechtsstaat entstand so nicht. Lediglich das Parteiensystem vermochte sich nicht zu regenerieren und brach Anfang der 1990er Jahre zusammen. Diesem Fazit kann weitgehend zugestimmt werden.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hamburgs „Rote Flora“

Von Lars Normann

Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 402 S.

Vermeintlich paradox, aber auch der linksextreme Phänomenbereich der „Autonomen“ kommt ohne Institutionen nicht aus. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Teil des extremistischen Politikbereichs muss als blinder Fleck auf der antiextremistischen Forschungslandschaft bezeichnet werden. Es liegen über linksextreme institutionelle Räume keine seriösen, wissenschaftlichen Monographien vor. Als Rückzugs-, Organisations- und Aktionsraum hat sich seit den 1980er Jahren ein Netzwerk von Jugendzentren, Bücherläden und Kulturstätten[1] in der Bundesrepublik etabliert, das überwiegend in Hochschulstädten[2] zu verorten ist. In der „linksautonomen“ Szene existieren mindestens zwei überregional bedeutende Zentren in Berlin und Hamburg, die weit über ihre jeweiligen Stadtgrenzen bekannt und inzwischen „mythenbeladen“ sind.

In dem von der Hausbesetzer-Szene der 1970er Jahre gegründeten, in Berlin-Kreuzberg angesiedelten „Mehringhof“[3] sind auf ungefähr 5.000 qm wenigstens 23 unterschiedliche „Projekte“ der „linksautonomen“ Szene untergebracht. Auf dem ehemaligen Fabrikgelände finden sich neben mehreren Zeitschriftenprojekten (u. a. das *Antifaschistische Infoblatt*), einem Buchverlag (Verbrecher Verlag), zwei Buchläden (Schwarze Risse), einem Theater und mehreren anderen „kollektiven“ Unternehmen unterschiedliche Räume für Gruppierungen sowie ein Briefkasten der bundesweit einflussreichsten Zeitschrift *Interim*, über den ausschließlich Kontakt mit dem Redaktionskollektiv aufgenommen werden kann. Auch *Indymedia*, das wichtigste linksextreme Internetportal, wird maßgeblich über den Finanzierungsverein des „Mehringhofs“, Netzwerk Selbsthilfe e. V., getragen.[4] In der Vergangenheit gab der „Mehringhof“ regelmäßig

1 Eine Übersicht von 96 überwiegend niedrigstufigeren „linken Zentren“ findet sich unter: http://www.antifa.de/cms/component/option,com_bookmarks/Itemid,35/mode,0/catid,22/navstart,0/search,*/ (23. November 2011).

2 Im Vergleich hierzu organisieren sich „Rechtsautonome“ im ländlichen Raum auf ehemaligen Bauernhöfen oder in Kleinstädten. Im europäischen Ausland besteht lediglich mit dem „Casa Pound“ in Rom ein städtisches Zentrum. Ein niedrigstufigeres, nicht miteinander vernetztes Angebot lässt sich mit Aktionsbüros, Szenenkneipen und Bekleidungsläden im rechtsextremen Phänomenbereich beobachten.

3 Mit der „Köpi“ existiert im Berliner Ortsteil Mitte auf einem 1.904 qm großen Grundstück ein weiteres, seit 1990 besetztes „autonomes“ Zentrum.

4 Vgl. die Selbstdarstellung des Unterstützervereins Netzwerk Selbsthilfe e. V., unter: http://www.mehringhof.de/projekte/netzwerk.htm (21. November 2011) und das angegebene Spendenkonto mit Berliner Bankleitzahl auf dem Unterstützungsaufruf von Indymedia, unter: http://de.indymedia.org/static/support.shtml (21. November 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Anlass für polizeiliche Durchsuchungen. Als die bislang spektakulärste Aktion gilt die im Anschluss einer Festnahme von drei vermutlichen Terroristen der Revolutionären Zellen/Rote Zora (RZ) im Dezember 1999 von 1.000 Beamten unterschiedlicher Sicherheitsbehörden durchgeführte, letztlich erfolglose Sprengstoffsuche im „Mehringhof".

Der Autor der Dissertationsschrift hat das zweite, bundesweit bekannte „linksautonome" Zentrum, die Hamburger „Rote Flora", als Untersuchungsgegenstand ausgewählt und damit eine „Pionierstudie" (Uwe Backes/Eckhard Jesse, S. 7) vorgelegt. Der ehemalige Bereitschaftspolizist, mit Einsatzerfahrung im Hamburger Schanzenviertel, möchte mit seiner politikwissenschaftlichen Untersuchung klären, welche politischen Funktionen die „Rote Flora" erfüllt (vgl. S. 23). Hierzu unterscheidet er zum einen die „Rote Flora" als politisches Mittel sowie als kollektiven Akteur und differenziert sein Forschungsinteresse in Ziele, Mittel und Wirkungen des „autonomen" Zentrums. Hoffmann analysiert die regionalen Archivquellenfunde anhand fünf chronologischer Abschnitte[5] mit einem sich wiederholenden Analyseraster, sodass jede Untersuchungsphase durch die Darstellung von Rahmenbedingungen, Zielen, Mitteln und Wirkungen strukturiert, detailliert und mit reichem Lokalkolorit im Zeitraum 1987-2010 untersucht wird.

Der Mittelteil der Untersuchung liest sich trotz seiner minutiösen Darstellung sehr flüssig. Hier arbeitet Hoffmann überzeugend heraus, dass sich durch fehlende politische Handlungsbereitschaft des Hamburger Senats sowie des Bezirksamts eine Verstetigung und Radikalisierung des Zentrums mit einer Steigerung der Gewaltspirale erst entfalten konnte, worüber der Autor seine Enttäuschung deutlich ausdrückt. Die detaillierte Darstellung informiert über die „autonome" Flora-Szene, die Hoffmann nicht als einen monolithischen Block interpretiert. So erläutert er ausführlich Konfliktlinien zwischen den einzelnen Lagern, wie Diskussionen über „Sexismus", Alkoholismus- und Drogenkonsum, die Auseinandersetzungen zwischen „Antideutschen" und „Antiimperialisten" oder die Etablierung der Flora als kommerzieller Vergnügungsbetrieb. Dadurch treten die nach außen gerichteten Aktionen der „Floristen" in den Hintergrund. Dies betrifft besonders gewalttätige Aktionen, die erst in den Abschnitten VII und VIII der Arbeit wieder breiter dargestellt werden. Zu den Strukturen der einzelnen Gruppen und Projekte erfährt der Leser hingegen weniger.

Der Autor nutzte für seine Arbeit auch das „Archiv der Sozialen Bewegungen in der ‚Roten Flora'" (S. 317), dessen politische Rolle und Wirkung er unterschätzt, wenn er dem Archiv lediglich eine Unterstützungsfunktion bei Publikationstätigkeiten zugesteht (vgl. S. 139, S. 277). Denn Archive sind immanente Bestandteile linksextremer Zentren und wichtig für ihre „Antifaschismusarbeit". Linksextreme Gruppierungen sammeln

5 Entstehung (1987-1989), Aufbau des „Autonomen" Zentrums (1989-1993), Etablierung als Kulturzentrums (1993-1997), Distanzierung von der Bevölkerung (1997-2005) und Mythologisierung (2005-2010).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Informationen über Personen und Einrichtungen für die mediale Stigmatisierung oder zur Vorbereitung militanter Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie andere Gegner des bekämpften „Systems“, die einheitlich als „Faschisten“ oder „Faschos“ firmieren. Diese Tätigkeit wird begrifflich als „Fahndungs- und Kommandoantifaschismus“ verschleiert.[6]

Einleitend präsentiert Hoffmann in den dem Hauptteil vorangehenden Abschnitten eine deduktive tour d‘horizon durch die Geschichte, Strategien und Untergruppierungen der „linksautonomen“ Szene. Ähnlich wie in Berlin, lässt sich rund um die „Flora“ eine Reihe von niedrigstufigeren linksextremen Zentren ausmachen. Diese werden von Hoffmann kurz erwähnt und im Anhang in Übersichtskarten verzeichnet. Eine finanzielle Unterstützung dieser Gruppierungen durch die „Rote Flora“ wird im Vergleichskapitel zwar angedeutet (vgl. S. 281, S. 307), aber nicht konkret benannt. Sinnvoll wäre es gewesen, bereits an dieser Stelle Hinweise auf personelle Verflechtungen zwischen den identifizierten Zentren, für das lokale, organisatorische Zusammenwirken der einzelnen Institutionen zu geben. Diese Netzwerke reichen bis in den parlamentarisch-bürgerlichen Raum hinein und stellen damit fließende Übergänge zum Linksextremismus dar. Diese Kooperation wird von Hoffmann an neun Stellen seines Hauptteils angedeutet[7] und im vergleichenden Abschnitt zusammenfassend gewürdigt.

Eine Aufklärung über die nur vermeintlich „autonome“ Bewegung, es handelt sich um eine Begriffsverwirrung, wirkt entmythologisierend, denn ohne die staatliche und gesellschaftliche Unterstützung ist diese „Szene“ nicht überlebensfähig.[8] Ein Indikator ist die Gründung von Projekten und Gruppen, die mitunter als eingetragene Vereine in das Vereinsregister aufgenommen werden, um in den Genuss von staatlicher Alimentierung beziehungsweise steuerlicher Vergünstigungen zu kommen. Ein anderer Grund stellt die Legalisierung von Demonstrationen und Großveranstaltungen über polizeiliche Anmeldungen dar. Weitere Motive sind in der medialen Unterstützung und dem kommerziellen Kulturbetrieb zu sehen. Gut gelungen sind deshalb die Interpretationen zu den unzutreffenden Legenden über die „Rote Flora“ in den abschließenden Kapiteln der Untersuchung (vgl. S. 293, S. 304 und S. 308), die eine Entzauberung des untersuchten zoon politikon bewirken. Die Problematiken einer Einzelfallstudie benennt Hoff-

6 Rechtsextreme kopieren diese Gegnerbeobachtung in „Anti-Antifa-Projekten“.

7 S. 73 (Christiane Schneider/Die Linke), S. 84 (GAL), S. 104 (GAL/DKP), S. 171 (GAL), S. 182 f. (GAL), S. 202 (Regenbogen – für eine neue Linke), S. 221 (Pastor Christian Arndt), S. 241 (GAL/Die Linke) und S. 260 (Christiane Schneider/Die Linke).

8 Siehe: S. 108, FN 417: „Um die Unabhängigkeit des Zentrums zu garantieren, forderten die Aktivisten den Senat auf, die ‚einmaligen Kosten‘ von ‚1 bis 2 Millionen DM’ zu tragen.“ Zum Finanzierungskomplex auch: S. 117 (30.000,- DM Steuergelder für Renovierungsarbeiten), S. 176 (Sanierungsgeld von der Feuerkasse/steuerliche Absetzbarkeit von Spenden), S. 181, FN 830 (Bereitstellung von 450.000 DM aus der Feuerkasse), S. 199 f. (staatliche Gelder, keine Miete, keine Schankgebühren, verschiedene Steuersubventionen), S. 206 f. (Übernahme durch einen privaten Investor/Darstellung als besetztes Zentrum) und besonders: S. 310 (staatliche Gelder in sechsstelliger Höhe, Steuererstattungen für Flora e.V. und Zeitpunkte e.V.).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mann am Schluss selbst. Für seine Schlussfolgerungen wäre eine grobe Einordnung der „Flora“ in die Landschaft der linksextremen Zentren notwendig gewesen. Auch wer nicht mit den überaus pragmatischen Vorschlägen des Autors zum Vorgehen beim „Komplex Flora“ übereinstimmt, sieht die Schrift als eine gelungene und mutige Kärrnerarbeit über eine zu wenig behandelte Thematik an, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist. Im Anhang des Buches finden sich zehn dokumentierte Gespräche mit Protagonisten, Karten und Bildmaterial zum Thema sowie ein unbeantwortetes Interviewersuchen des Autors an das Plenum der „Roten Flora“.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Politische Verstrickungen eines Weltkonzerns

Von Bernd Jürgen Wendt

Diarmuid Jeffreys, Weltkonzern und Kriegskartell. Das zerstörerische Werk der IG Farben, München 2011 (*Karl Blessing Verlag),* 687 S.

Am 27. August 1947 eröffnete der US-Chefankläger Telford Taylor im Nürnberger Justizpalast den Kriegsverbrecherprozess gegen die IG Farben. 23 Managern des Konzerns wurden u. a. Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen, Ausplünderung besetzter Länder sowie Versklavung von Zwangarbeitern und Kriegsgefangenen und Beihilfe zum Massenmord an den Juden vorgeworfen. „Die Zauberkünstler" – so Taylor hoch emotional über die Angeklagten – hätten nicht nur „die Fantasien von *Mein Kampf* wahr" (S. 295) gemacht oder auch geholfen, „die Flammen der Freiheit auszulöschen und das deutsche Volk der ungeheuerlichen, zermürbenden Tyrannei des Dritten Reiches zu unterwerfen, dessen höllische Absicht die Brutalisierung der gesamten Nation und seine Durchtränkung mit Hass war. Sie mobilisierten die Hilfsquellen des Reiches und richteten ihre gewaltigen Geistesgaben auf den einen Punkt, nämlich die Waffen und Werkzeuge der Eroberung, die den deutschen Terror verbreiteten, zu schmieden. Sie waren die Fäden in dem dunklen Todesmantel, der sich über Europa senkte" (S. 20).

Seltsamerweise sind die entscheidende Rolle der IG Farben im Dritten Reich und der einjährige Prozess 1947/48 im allgemeinen Bewusstsein heute kaum präsent, obwohl dieser Abschnitt der deutschen Geschichte inzwischen intensiv ausgeleuchtet worden ist. Nun legt der britische Journalist Diarmuid Jeffreys, mehrfach ausgewiesen durch zeitgeschichtliche Dokumentationen u. a. für die BBC sowie durch Sachbücher über das FBI und die Geschichte des Aspirins, eine ebenso umfassende und sorgfältig dokumentierte wie spannend zu lesende Geschichte der IG Farben und der chemischen Industrie in Deutschland seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert vor. Nach Ansicht des Autors lehrt uns die Geschichte der IG Farben „viel über die Schwächen und Fehler der Menschheit und darüber, wie ein Volk seine Seele aufgab. Vor allem jedoch enthält sie eine deutliche Warnung vor den Risiken jeder engen Beziehung zwischen Staat und Industrie, und sie zeigt, was schiefgehen kann, wenn politische Motive und Gewinnstreben auf gefährliche Weise miteinander verknüpft werden" (S. 25).

Durch den geschickten kompositorischen Kunstgriff, bereits im Prolog einen knappen Abriss des Prozesses zu geben, erscheint die Darstellung der von 1933 an immer engeren Symbiose zwischen Konzern und Regime leitmotivisch stark auf die Anklagepunkte ausgerichtet. Dadurch liegt die Gefahr einer etwas eindimensionalen und deterministischen Sicht nicht fern. So war der bahnbrechende Benzinvertrag mit Göring über umfangreiche Lieferungen von synthetischem Treibstoff aus Leuna vom 14. Dezember 1933 „von wahrhaft faustischen Dimensionen" (S. 265) für seinen Unterzeichner Carl Bosch „weit mehr als die Erfüllung seines alten Traumes. Er war das entscheidende

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Glied in einer Kette von Ereignissen, die unerbittlich zum Blitzkrieg, nach Stalingrad und zu den Gaskammern von Auschwitz führten“ (S. 295).

Mag auch der emotionale und anklägerische Sprachduktus angesichts der Tatsache, dass die tiefe Verstrickung des Konzerns in die Verbrechen des Regimes für sich selbst sprechen sollte, bisweilen störend wirken, so bietet das Buch doch einen hohen zeit- und industriegeschichtlichen Informationswert. Sein Autor verklammert mehrere Untersuchungsebenen: eine politische, eine firmengeschichtliche, eine personelle, eine produktspezifische sowie eine jeweils entscheidungsrelevante Ebene. Sorgfältig verfolgt er Entstehung und Entwicklung der breiten synthetischen Produktpalette der späteren IG Farben von den Kohlenteerfarbstoffen über Arzneimittel (Aspirin), Sprengstoffe, Stickstoffdünger, Giftgase (im Ersten Weltkrieg) bis hin zum Synthesekautschuk (Buna) und zur synthetischen Treibstoffproduktion in Leuna mit starker finanzieller Unterstützung des Staates ab 1933. Er zeichnet dabei in den Einleitungskapiteln auch die Beiträge der chemischen Vorläufergesellschaften nach, die am 2. Dezember 1925 unter maßgeblicher Initiative von Carl Duisberg und Carl Bosch zur „Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie A.G.“, kurz: IG Farben, einem der größten Weltkonzerne, fusionierten: vor allem die BASF, Bayer/Leverkusen, Hoechst, Agfa.

Beeindruckend sind die Bemühungen von Jeffreys, die komplexe und verschachtelte Struktur des gigantischen Konzerns transparent zu machen. Sie resultierte aus dem schwierigen Zusammenwachsen der Gründungsfirmen mit je eigenen Traditionen und besonderem Fachwissen. Enorme bürokratische Reibungsverluste und Probleme in der „labyrinthischen Verwaltungsstruktur der IG“ (S. 269) und ihren Entscheidungsprozessen, multipliziert durch diverse Eifersüchteleien im Management, waren somit programmiert. Es war „ein Wunder, dass die Planungs- und Koordinationsabteilungen unter dem Druck [d. h. der Rüstungsanforderungen der Wehrmacht] nicht komplett zusammenbrachen“ (S. 333). Dabei ist stets im Auge zu behalten, dass es sich hier um einen Weltkonzern handelte mit einer globalen Vernetzung vor allem bis 1941 auch in den USA mit der Standard Oil, die erhebliches Misstrauen der Antitrustabteilung des US-Justizministeriums erregte. „Die IG Farben war sehr viel mehr als ein auf ganz normale Art erfolgreiches und profitables Unternehmen; sie war außerdem die Summe eines riesigen komplizierten Netzwerkes von Partnerschaften, Tochterunternehmen, Syndikaten, Kartellen und Produktionsabkommen, über die der Gesamtkonzern im In- und Ausland enorme Macht und Einfluss ausübte – oft mehr als einzelne Regierungen“ (S. 563). Zu Veranschaulichung präsentierte die Anklage im Gerichtssaal riesige Überblicktafeln und Diagramme. Diese Struktur stellte die Anklage bei der Erschließung und Auswertung von Beweismaterial vor oft unüberwindliche Schwierigkeiten.

Der schrittweisen und immer intensiveren Indienstnahme der IG Farben durch das Regime für die Wiederaufrüstung, mit dem Vierjahrsplan von 1936 für die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und dann für die Kriegsführung, widmet der Autor naturgemäß seine zentrale Aufmerksamkeit. Es war ein Prozess von williger Anpassung und Kollaboration im Interesse enormer Gewinne, die die Zusammenarbeit für den Konzern abwarf. Politische Distanz zum Regime wahrte als einer der wenigen bis zu seinem Tode

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1940 der Vorsitzende des Aufsichts- und Verwaltungsrates von 1935 an und ab 1937 Präsident der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, der Nobelpreisträger Carl Bosch. Die leitenden jüdischen Mitarbeiter wurden widerstandslos ab 1933 fallengelassen. Eine Identifikation des Weltkonzerns mit dem nationalsozialistischen Autarkieprogramm bot sich wegen lukrativer staatlicher Abnahmegarantien für Synthesebenzin und Buna an, selbst wenn wichtige Exportprodukte wie Farben und Arzneimittel traditionell vom Welthandel profitiert hatten.

Schon im Ersten Weltkrieg, dem „Krieg der Chemiker", waren durch die Produktion von kriegswichtigen synthetische Nitraten und Giftgas „die deutsche Chemieindustrie und der deutsche Staat […] in ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis" geraten (S. 115), und „es bildete sich ein Muster der Zusammenarbeit heraus, das viele Jahre später wieder aufgegriffen werden sollte" (S. 116). „Die deutsche Chemieindustrie war damit in ein höchst gefährliches Fahrwasser geraten" (S. 116). Wie weit und wann die IG Farben-Manager im Sinne der Anklage konkret in die Vorbereitung eines Angriffskrieges eingeweiht waren, dürfte sich schwer im Einzelnen nachweisen lassen, so dass dieser Anklagepunkt in den Urteilsbegründungen auch fallengelassen wurde. Aufhorchen lassen allerdings schon die im September 1935 vom Konzern eingerichtete „Vermittlungsstelle Wehrmacht" und kurz danach die – auch defensiv zu interpretierende – Erstellung eines Mob-Kalenders für die ausreichende Versorgung mit Energie, Transportmitteln und Arbeitskräften sowie über die Organisation des Luftschutzes im Kriegsfall.

Einen breiten Raum nimmt in dem Buch verständlicherweise der „Komplex Auschwitz" ein oder konkreter: der Bau einer Buna-Fabrik dort mit jüdischen Auschwitzhäftlingen, anderen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen unter mörderischen Arbeitsbedingungen, subsumiert unter dem Anklagepunkt 3 „Versklavung und Massenmord". Nach vorsichtiger Schätzung hat der Bau der – am Ende niemals fertig gestellten – Fabrik etwa 35.000 Menschenleben gefordert. „Nach vier Jahren hatte die IG Farben lediglich ihren Ruf für immer mit dem Blut der im Holocaust Ermordeten befleckt" (S. 512). Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die IG Farben über ihre Verantwortung für Auschwitz in die „Endlösung" eingebunden war, so etwa über die „Vernichtung durch Arbeit". Der Massenmord an den Juden in Birkenau mit Hilfe des von der Tochterfirma DEGESCH in Dessau hergestellten Zyklon B war in Auschwitz ein offenes Geheimnis und nicht nur hier, sondern auch in der Konzernzentrale in Frankfurt. Erschütternde Augenzeugenberichte von Überlebenden, die der Autor abdruckt, belegen die Gleichgültigkeit der IG Farben als Arbeitgeber gegenüber den Arbeitsbedingungen ihrer Arbeitssklaven. IG-Manager vor Ort haben sogar an den Selektionsvorgängen unter den ankommenden Häftlingen teilgenommen, „um sicherzustellen, dass sie bei jedem eintreffenden Transport die für ihre Zwecke am besten geeigneten Häftlinge erhielten" (S. 478), geeignet nach beruflicher Qualifikation wie körperlicher Kraft.

Im Prozess und danach stellten sich bei den Angeklagten die bekannten Verhaltensmuster der Nachkriegszeit ein: Zum einen beharrten sie darauf, als unpolitische Patrioten ihren beruflichen Pflichten nachgekommen zu sein oder nur auf Druck von oben

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gehandelt zu haben; zum anderen machten mehrere von ihnen nach vorzeitiger Entlassung bis Anfang 1951 noch mehr oder weniger glanzvolle Wirtschaftskarrieren, teilweise ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz. – Kleine Korrekturen vermögen das positive Gesamtbild des Buches nicht zu trüben: Die unmittelbare Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1914 erscheint verkürzt; die Gedächtnisniederschrift von Oberst Hoßbach über die Konferenz mit Hitler am 5. November 1937 sollte nicht missverständlich als „Hoßbach-Protokoll“ (S. 354) bezeichnet werden, und hinter Emma Göring versteckt sich wohl Emmy Göring.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wahlen in totalitären Diktaturen

Von Max Kaase

Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.), Voting for Stalin and Hitler. Elections under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M. 2011 (*Campus*), 349 S.

Die Beiträge dieses in englischer Sprache veröffentlichten Sammelbandes entstammen in der Mehrzahl einer Konferenz, die 2009 an der Universität zu Köln unter dem Titel „Elections under 20th Century Dictatorships" stattgefunden hat. Die 14 Kapitel behandeln neben einer Einführung Abstimmungen in den totalitären Systemen der Sowjetunion, des Dritten Reiches, des faschistischen Italiens, der DDR und der Tschechoslowakischen Republik sowie Abstimmungen in fünf postsowjetischen Republiken in Zentralasien. Aus diesem länderzentrierten Rahmen fällt das Kapitel von Werner J. Patzelt heraus, das sich um einen analytischen Rahmen für die wissenschaftliche Behandlung von Abstimmungen in modernen Diktaturen bemüht.

Ihm ist zuzustimmen, dass die Abhaltung von Wahlen im Sinne von bevölkerungsweiten Abstimmungen über einzelne politische Sach- und Personenfragen (Plebiszite) oder über Positionen in Parlamenten nicht als alleiniges stringentes Unterscheidungsmerkmal zwischen pluralistisch verfassten und autoritär oder totalitär verfassten Staaten ausreicht. Denn um als Demokratien im politikwissenschaftlichen Verständnis figurieren zu können, sind zusätzlich u. a. eine rechtsstaatliche Fundierung, Gewaltenteilung, ein pluralistisch verfasstes System der politischen und sozialen Interessenvertretung sowie der Einrichtungen der Massenkommunikation und eine sich nach freiheitlichen Prinzipien selbstorganisierende Zivilgesellschaft unabdingbar. Mit Blick auf die Analyse von Patzelt sind zwei Aspekte von Interesse. Zum einen figuriert sein Beitrag in der Zuordnung der Herausgeber unter dem ersten der drei Hauptthemen „Legitimacy", obgleich diese Problematik bei ihm kaum eine Rolle spielt. Wichtiger erscheint der folgende Umstand: Dieses Kapitel ist das einzige in dem Band, das überwiegend theoretisch gefasst ist, ohne dass dies jedoch, wie man hätte vermuten und hoffen können, den anderen, ausschließlich empirisch-historiographisch orientierten Kapiteln eine Art Strukturierung und Argumentationshintergrund vermittelt hätte (diese Kritik gilt auch für die Einführung der Herausgeber).

Von den in diesem Sammelband untersuchten Regimen sind die Wahlen und Plebiszite unter dem Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1938 am ehesten einer systematischen empirischen Analyse zugänglich, wie das vor allem der Beitrag von Frank Omland „Germany Totally National Socialist" für Schleswig-Holstein, ebenso das Kapitel von Markus Urban „The Self-Staging of a Plebiscitary Dictatorship" belegen. Für diese Einschätzung kann man eine Reihe von Gründen ins Feld führen. Zum einen ist die Datenlage angesichts der sehr guten Verfassung der deutschen Statistik selbst unter totalitären Einschränkungen angesichts der kurzen Dauer dieser „Episode" als positiv

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zu bewerten (siehe dazu zum Beispiel die an anderer Stelle publizierten Analysen von Jürgen W. Falter). Zudem ließ Hitler, so Urban, die Weimarer Reichsverfassung insbesondere mit Blick auf Wahlen und Volksentscheide im Wesentlichen untangiert.

Insgesamt waren die Reichstagswahlen nach der Machtergreifung 1933 für Hitler angesichts eines zunächst noch teilweise funktionsfähigen Parteiensystems nicht ohne Risiko. Vor diesem Hintergrund war es die selbstverordnete Ideologie der Volksgemeinschaft, die das Regime zwang, eine Vielzahl von legitimitätsbeschaffenden und -sichernden Institutionen und Aktionen neben Wahlen und Plebisziten zu inszenieren (z. B. die Reichsparteitage in Nürnberg), vor allem aber auch zu kontrollieren (z. B. durch die Gleichschaltung der Presse). Gerade bei Abstimmungen ging es eben nicht (mehr) um zu treffende Entscheidungen über politische Alternativen, sondern um Akklamationsinstrumente, deren Ergebnisse Hitler und Mussolini nicht zuletzt im internationalen Diskurs nutzten, um die umfassende Unterstützung ihrer Politik durch die Bevölkerung zu signalisieren (diesen Punkt hebt Paul Corner in seinem Beitrag über Italien hervor). Wie Omlund in seiner Analyse für Schleswig-Holstein zeigt, war das Regime von Anfang an entschlossen, bei den Abstimmungen nicht nur ein hohes Maß an Zustimmung, sondern auch an Beteiligung zu erreichen. Die Wahlen von 1933/1934 und die Volksabstimmung vom 19. August 1934 waren noch nicht in dem Maße unter Kontrolle der Nationalsozialisten wie die späteren Abstimmungen, so dass sich „Inseln des Widerstands" empirisch ausmachen lassen. Bei den folgenden Abstimmungen zeigte sich, dass das „System" zunehmend harte und illegale Kontrollmechanismen institutionalisierte, um die „magische" Zahl von fast hundertprozentiger Zustimmung zu erreichen. Dies gilt übrigens ungeachtet der Tatsache, dass auch lange Zeit ohne solche Interventionen von einer überwiegenden Zustimmung der Volksgemeinschaft auszugehen gewesen wäre (siehe dazu auch das spannende Kapitel über Italien von Enzo Fimiani, der von einer Mischung von Gewalt und Konsensus spricht und im Übrigen Abstimmungen wie Mobilisierungsprozesse im faschistischen Italien und Deutschland systematisch vergleicht). Besonders aufschlussreich ist die Analyse von Urban insofern, als er eine zunehmende Abkehr Hitlers vom Instrument der Abstimmungen als Dokumentation des gemeinsamen Willens der Volksgemeinschaft im Sinne einer symbiotischen Verbindung von Führer und Geführten und den Übergang zur Sakralisierung von Unterstützungsaktionen für das Herrschaftssystem zum Beispiel durch die Art der Abhaltung der Reichsparteitage feststellt (siehe in diesem Zusammenhang etwa den Film „Triumph des Willens" von Leni Riefenstahl über den Nürnberger Reichsparteitag 1934). Die zwei Autoren, die einerseits den deutschen und andererseits den italienischen „Fall" analysieren, weisen auf die eigentümliche Ambiguität hin, dass in beiden Systemen Abstimmungen eine symbolisch-legitimatorische mobilisierende Funktion besaßen, andererseits jedoch über die Unterstellung eines homogenen Volkswillens Abstimmungen eben nicht als Herrschaftsgrundlage akzeptiert wurden.

Besonderes Interesse verdient das Kapitel von Donnacha Ó Beacháin über Wahlen und Plebiszite in fünf postsowjetischen Republiken Zentralasiens (Uzbekistan, Turkmenistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tajikistan) im Kontext ihrer politischen Entwicklung

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nach 1990. Der Autor charakterisiert diese Staaten als eine Mischung von altkommunistischen und postkommunistischen Strukturelementen unter dem Einfluss von asiatischen Werten wie Konsens, Folgebereitschaft und Hierarchieakzeptanz. Die relativ zahlreichen Abstimmungen, so wird argumentiert, dienen im Wesentlichen der Legitimitätsbeschaffung, werden von staatlichen Bürokratien gesteuert und kontrolliert, sind damit keine Entscheidungsverfahren für politische Alternativen, sodass der Autor zusammenfassend von „facade electoral regimes" spricht.

Die fünf Kapitel des Buches zu Wahlen im totalitären System der Sowjetunion unterscheiden sich nicht darin, dass sie diese durchgängig als Akklamationsverfahren ohne politische Alternativen begreifen. Zwar hatte Stalin mit der Verfassung von 1936 auch das Konzept von allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahlen institutionalisiert. Wie Stephan Merl in seinem Beitrag ausführt, war diese Entscheidung unter den kommunistischen Eliten nicht unumstritten, weil sie sich in ihrer Machtbasis bedroht fühlten. Am deutlichsten wird dies vielleicht in dem Befund, dass vor 1936 nicht wahlberechtigte Gruppen, darunter vor allem Priester, Kulaken und gesellschaftlich Marginalisierte (z. B. Prostituierte), nun das Wahlrecht erhielten, Stalin aber vor der Wahl 1937 zum Obersten Sowjet anordnete, in einer Geheimdienstaktion Angehörige dieser Gruppen zu arrestieren und in großer Zahl zu exekutieren (ca. 4.000.000). Das war, wie Wendy Z. Goldman beschreibt, nicht die einzige Entwicklung nach 1937, bei der Wahlen und Terror eine unheilige Allianz eingingen.

Die Wahlen fanden zwar auf allen Ebenen des politischen Systems der UdSSR statt, ohne dass es dabei um Entscheidungen zwischen personellen oder sachlichen Alternativen gegangen wäre. Sie stellten sich aber als ein ideales Instrument der Parteiführungen heraus, Parteifunktionäre zu kontrollieren. Diese Kontrolle erfolgte über die Analyse der differentiellen Beteiligung an Wahlen und damit über die Aufdeckung von Funktionären zugerechneten Mobilisierungsdefiziten. Wie der inzwischen mögliche Aktenzugang belegt, benutzen die Wähler solche Gelegenheiten nicht, um Systemopposition zum Ausdruck zu bringen – das wäre viel zu riskant gewesen –, wohl aber, um systemimmanent Unzufriedenheiten mit der persönlichen Lebenssituation auf dem Stimmzettel zu notieren und so Fehlverhalten oder Leistungsschwächen der jeweils für sie zuständigen Eliten in der Hoffnung auf Besserung zuzurechnen (das zeigt eindrucksvoll der Beitrag von Thomas B. Bohn über die Wahl 1968 zum Obersten Sowjet in Minsk).

Insgesamt eröffnet dieses Buch einen instruktiven Einblick in die unterschiedlichen Funktionen von Wahlen in nicht demokratisch verfassten politischen Systemen. Dies gilt vor allem für die Analyse von Abstimmungen in der UdSSR, der DDR und der Tschechoslowakei vor der „samtenen Revolution" und in fünf neosowjetischen Republiken in Zentralasien nach 1990. Zu bedauern ist der Umstand, dass es den Herausgebern nicht gelungen ist, aus den für sich genommen jeweils sehr interessanten Einzelkapiteln theoriegeleitete generalisierte Aussagen über Funktion und Wirkungsweise von Wahlen und Plebisziten in nichtdemokratisch verfassten Politien herauszukristallisieren.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kissingers China-Bild

Von Sebastian Bersick

Henry Kissinger, China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München 2011 (*C. Bertelsmann*), 608 S.

Mit seinem Buch *On China* oder *China. Zwischen Tradition und Herausforderung*, wie es in der deutschen Übersetzung heißt, spannt Henry Kissinger einen Bogen zwischen Chinas Jahrtausende währender Geschichte und Zukunft. Die Attraktivität des Buches liegt jedoch nicht in Kissingers Betrachtungen über Chinas Geschichte und Kultur. Zahlreiche Sinologen haben bereits auf die darin enthaltenen Versäumnisse hingewiesen. Die Stärke des Buches liegt vielmehr in der Person des Autors. Als Politikwissenschaftler und Staatsmann vereint Henry Kissinger den analytischen Blick des Akademikers mit der pragmatischen Einsicht in die normative Kraft des Faktischen wohl auf einzigartige Weise. Sein Kenntnisreichtum und Erfahrungsschatz machen neugierig auf seine Sicht auf China und die Begründung für zukünftiges sowie die Interpretation vergangenen politischen Handelns.

Für Kissingers Verständnis des Wesens der internationalen Beziehungen ist es von entscheidender Bedeutung, ob ein gegebener Staat eine Status quo-Macht oder revisionistische Macht ist. Geschichte wiederholt sich in dem Sinn eines Auf und Ab von nach Macht bzw. Sicherheit strebenden Staaten. Dabei ist die Diplomatie der „Schlüssel zur Stabilität". Im besten Fall kann das kluge Handeln von Staatsführern ein Kräftegleichgewicht so strukturieren, dass zwischenstaatliche kriegerische Konflikte ausbleiben. Nach Kissingers Ansicht vermag Staatskunst dann, auf einem Konzept der nationalen Interessen basierend, eine „friedlichere internationale Ordnung" zu errichten. Es ist daher nur folgerichtig, dass Kissinger die Frage der zukünftigen Entwicklung der sino-amerikanischen Beziehungen unter Zuhilfenahme eines historischen Vergleichs und der Analyse der deutsch-britischen Rivalität am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts diskutiert. Entscheidend für das chinesisch-amerikanische Verhältnis ist es demnach, ob China eine Hegemonie im regionalen oder sogar globalen Rahmen anstrebt. Kissinger lässt seiner kursorischen empirischen Betrachtung der innerchinesischen sicherheitspolitischen Diskurse und des außenpolitischen Verhaltens Chinas keine direkte Antwort hinsichtlich der Intentionen Chinas folgen. Seiner Einschätzung nach ist das zukünftige sino-amerikanische Verhältnis jedoch nicht durch Partnerschaft, sondern durch „Ko-Evolution" geprägt.

Kissinger sieht in der Gefahr, dass sich China und die USA „einander als konkurrierende Blöcke zu beiden Seiten des Pazifiks betrachten", die wohl größte Herausforderung für das sino-amerikanische Verhältnis. Um den dann drohenden „Weg in die Katastrophe" zu verhindern, schlägt er den Aufbau einer „Pazifischen Gemeinschaft" vor, „einer Region, zu der die Vereinigten Staaten, China und andere Staaten gehören und an

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deren friedlicher Entwicklung sie alle teilhaben“. Kissingers Eintreten für den Aufbau einer „Pazifischen Gemeinschaft“ greift Überlegungen und Entwicklungen auf, die seit dem Ende der systemischen Bipolarität nationales und regionales Denken und Handeln in Asien beeinflussen – der APEC-Prozess ist hierfür ebenso ein Beispiel wie etwa der ASEAN+3-Mechanismus. Angesichts der in dem Buch beschriebenen „Singularität“ Chinas, des Anspruchs Chinas und der USA auf „verschiedene Versionen von Exzeptionalismus“ und den generellen „kulturellen, historischen und strategischen Wahrnehmungsunterschieden“, die Kissingers Blick auf China und auf das Verhältnis zu den USA definieren, bleibt es jedoch unverständlich, wie eine Transformation des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses hin zu einer Gemeinschaft realistisch möglich sein soll. Die Unterschiedlichkeit Chinas und der USA hat zur Folge, dass sich beide Staaten mit Angst begegnen.

Legt man die Ergebnisse seiner Betrachtungen über China zugrunde, so erscheint die Umsetzung des Konzepts als höchst unwahrscheinlich oder sogar unmöglich. Um die von Kissinger bilanzierte Angst Chinas vor einer Eindämmung durch die USA in Asien-Pazifik zu nehmen, müsste die USA wohl ihr Selbstverständnis einer globalen Führungsmacht ablegen. Um die bilanzierte Angst auszuräumen, „dass China versuchen könnte, die Vereinigten Staaten aus dem asiatischen Raum zu verdrängen“, müsste Gewissheit über Chinas zukünftige Interessen bestehen. So betrachtet vereint beide Staaten die Angst vor Hegemonie, und es zählt zu den Stärken und spannenden Teilen des Buches, wenn Kissinger die Hinter- und Beweggründe des Prozesses darlegt, der schließlich zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und der USA führte.

In dem auch von Kissinger 1971 ausgehandelten Shanghai-Kommuniqué heißt es mit Blick auf die Sowjetunion: „Keine der beiden (Seiten) sollte Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum anstreben, und jeder der beiden (Seiten) ist gegen die Bestrebung eines anderen Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie herzustellen“. Während jedoch vor nunmehr 50 Jahren die Angst vor sowjetischer Hegemonie unter den Bedingungen der systemischen Bipolarität die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen China und der USA erst ermöglichte, stellt die Angst vor einer amerikanischen Hegemonie oder chinesischen Hegemonie in Asien-Pazifik in der gegenwärtigen post-bipolaren Phase der Beziehungen ein Kernhindernis für die Weiterentwicklung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses dar. In diesem Sinne heißt Kissingers eigentliche „Herausforderung“ nicht China, sondern Asien und wird bestimmt durch ein Amalgam von wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen, technischen und geographischen Faktoren, die ein Zusammenwachsen dieser heterogenen Nicht-Identität auf regionaler und sub-regionaler Ebene fördern.

Am Ende des Buches steht die Erkenntnis, dass mangelndes Vertrauen zwischen China und den USA ein Element der strukturellen Unsicherheit in das bilaterale Verhältnis induziert. Dieses strukturelle Vertrauensdefizit speist sich nicht nur aus der Unsicherheit über die mit einem steigenden chinesischen Rüstungsetat verbundenen wachsenden militärischen Kapazitäten Chinas und über die Frage nach den strategischen Zielen chinesischer Außenpolitik, die sich etwa mit den Begriffen eines „friedlichen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aufstiegs“ oder der „friedlichen Entwicklung“ Chinas verbinden. Folgt man Kissingers Analyse der Geschichte und Kultur Chinas, dann ist es gleichsam die Natur beider Staaten, die ein vertrauensvolles Verhältnis unmöglich erscheinen lässt.

Kissingers Buch bietet einzigartige Einblicke aus der Sicht eines teilnehmenden Beobachters in die Entwicklung der sino-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und insbesondere der frühen 1970er Jahre. Seine auf geopolitischen Erwägungen beruhenden Analysen und Beschreibungen der Treffen mit zeithistorischen Persönlichkeiten wie Zhou Enlai und Mao Zedong machen das Politikverständnis des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters und dann Außenministers der Regierung Nixon aus erster Hand nachvollziehbar. Der Autor gewährt profunde Einblicke in die Handlungslogiken der Beteiligten und die sich daraus ergebenden strategischen Erfordernisse.

Dabei zeigen Kissingers Ausführungen auch die Grenzen eines geopolitischen Politikverständnisses zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Die wachsende Bedeutung Chinas im Bereich globaler Problemlösung, sei es in der Wirtschafts-, Finanz-, Klima- oder Umweltpolitik, ist mittels Geopolitik weder theoretisch plausibel erklärbar noch praktisch gestaltbar. Dies macht sich insbesondere an der Angst vor Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum fest, die China und die USA gleichzeitig eint und trennt und als Folge den Handlungsspielraum für bilaterale oder gar multilaterale Problemlösung einengt.

Die Einsicht in die notwendige Einbettung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses in eine zukünftige gemeinschafts- und somit identitätsstiftende regionale Ordnung ist der vielleicht wichtigste Beitrag des Buches zur aktuellen und zukünftigen Ausgestaltung des beidseitigen Verhältnisses. Zugleich zeigt sich hier die vielleicht größte Schwäche seiner Analyse: Dem Realpolitiker Kissinger bleibt nur der Verweis auf das Ideal eines von Immanuel Kant entworfenen „Ewigen Friedens“, um die Überwindung der von ihm attestierten Unvereinbarkeit des chinesischen und US-amerikanischen Machtanspruchs und der daraus resultierenden Unsicherheit theoretisch zu verankern.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mehrdeutige Geschichtsreportagen

Von Wilfried von Bredow

Claus Leggewie mit **Anne Lang**, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011 (*C.H. Beck*), 224 S.

In den letzten Jahren ist hierzulande die Zahl von Studien über kollektive Erinnerungen, Erinnerungsorte und Geschichtsmythen permanent angewachsen, ebenso die der Geschichtsmuseen, sowohl für die lokale Vergangenheit als auch für die Vergangenheit der großen Politik. Man kann das für ein Zeichen dafür halten, dass der gesellschaftliche Bedarf an historisch-politischer Selbstreflexivität größer geworden ist – oder an Stützen und Krücken, um im Gewusel der ohne Unterlass eintreffenden Krisenmeldungen über den Zustand von Staat, Gesellschaft, Finanzmärkten, der Klimaentwicklung und der europäischen Integration nicht völlig die Orientierung zu verlieren. Der Vergangenheit, genauer: der Vergangenheit, an die sich Individuen und Kollektive erinnern, spricht man gemeinhin eine solche potentielle Orientierungsfunktion zu. Dass man diese Krücken und Stützen nicht über Gebühr belasten darf, dass historisch-politische Selbstreflexivität auch verwirren kann, steht auf einem anderen Blatt.

Warum das so ist, liegt auf der Hand: Offizielle, gruppen- und gesellschaftsweite kollektive Erinnerung ergibt sich ja nicht von selbst, sondern muss hergestellt oder, um einen derzeit prominenteren Begriff zu verwenden, muss konstruiert werden. Dabei kann im Prinzip jeder mitmachen. Die Vergangenheit liefert eine Reihe mehr oder (öfter als man denkt) minder empirisch gesicherter Sachverhalte. Es kommt aber darauf an, wie diese Sachverhalte in der Erinnerung miteinander verknüpft werden, welcher Sinn ihnen gegeben wird. Verknüpfung und Sinngebung bilden den Kern dessen, was man Erinnerungsarbeit, Erinnerungspolitik oder Erinnerungsmanagement nennt. Es geht dabei um die kollektive Anerkennung solcher Verknüpfungen und Sinngebungen. Um diese kollektive Anerkennung konkurrieren unterschiedliche, oft sogar gegensätzliche Erinnerungsprogramme, die hier gewissermaßen dieselbe Aufgabe erfüllen wie die Wahlprogramme von Parteien in Wahlkämpfen. In den letzten Jahrzehnten hat es in Deutschland zuweilen heftigste Auseinandersetzungen um unterschiedliche Erinnerungsprogramme gegeben, etwa im sogenannten Historikerstreit in den 1980er Jahren. Wenn Historiker in solchen Auseinandersetzungen beteiligt waren, was ihr gutes Recht ist, dann allerdings nicht in ihrer Rolle als Historiker, sondern in der von Erinnerungsprogramm-Unternehmern.

Dies sei vorausgeschickt, um deutlich zu machen, dass die Studie von Leggewie und Lang mit ihrem martialischen Titel einen hoch-interessanten, aber nicht unproblematischen Versuch darstellt, ein – ganz bestimmtes – Erinnerungsprogramm für Europa zu entwerfen und zu propagieren. Wie üblich und kaum zu vermeiden, changiert dabei das

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bild von Europa, dem virtuellen Subjekt der kollektiven „europäischen Erinnerung", denn es kann nicht eindeutig angegeben werden, wer dazugehört und wer nicht. Im Allgemeinen beschränken sich Leggewie und Lang auf die Europäische Union, aber immerhin zwei von insgesamt sechs ihrer Geschichtsreportagen befassen sich mit Ländern außerhalb der Europäischen Union, mit der Türkei und der Ukraine. Ausgangspunkt der Studie ist die Überlegung, dass ein „supranationales Europa" wünschbar sei, dass es jedoch nur dazu kommen werde, wenn dieses neu entstehende politische Gebilde oberhalb der Nationalstaaten eine tragfähige politische Identität erlangt. Da nun die Vergangenheit Europas zu großen Teilen von zwischenstaatlichen Konflikten und Kriegen geprägt ist, im 20. Jahrhundert sogar von zwei Weltkriegen, die aus einem „europäischen Bürgerkrieg" hervorgingen, kann das europäische Erinnerungsprogramm nur eines sein, dass die Konflikte der Vergangenheit nicht verdrängen will (das wäre aussichtslos), sondern „in zivilen Formen bearbeitet und genau darüber eine Gemeinsamkeit wachsen lässt, die die Europäische Union nach innen und außen handlungsfähig macht" (S. 7).

Das ist ein ambitioniertes und nicht unsympathisches Programm. Es hat aber seine Tücken, und zwar beträchtliche. Sie ergeben sich vor allem aus der Konzentration der Autoren auf nur einen Teil der Vergangenheit Europas. Diese Selbstbeschränkung wird auch nicht mittels der kalkulierten, manchmal etwas zu ausgebufften Unbefangenheit des Textes gegenüber den Frontlinien zwischen sozusagen verfeindeten Diskursen überspielt, in mancher Hinsicht das intellektuelle Markenzeichen von Leggewie und in vielen Fällen überaus anregend.

Europa müsse, so wird in der Einleitung „Warum es so schwer ist, Europäer zu sein" festgehalten, „in historischer Tiefendimension", was immer das ist, an die Katastrophen des 20. Jahrhunderts erinnern, denn ohne diesen Akt geteilter Erinnerung würden weder Demokratie noch internationale Kooperation auf Dauer funktionieren können. Für diese These spricht zwar einiges, und zu ihrer Illustration sind die im zweiten Kapitel aufgeführten und modisch-pathetisch „Erinnerungsorte" genannten Fallbeispiele für mögliche Kristallisationspunkte europäischer Erinnerung geschickt und politisch bewusst ausgewählt. Aber ist es wirklich immer und überall so schwer, Europäer zu sein? Behindert man die Ausbildung einer europäischen politischen Identität qua gemeinsamer Erinnerung nicht auch, wenn in den Mittelpunkt des Erinnerungsprogramms (mit einer Ausnahme) allein Untaten der letzten drei, vier Generationen gestellt werden? Die Scheußlichkeiten des 20. Jahrhunderts und die schon vorher begonnenen und bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts fortgesetzten Unterdrückungs- und Vernichtungsmaßnahmen europäischer Kolonialmächte dürfen gewiss nicht verdrängt, verharmlost oder gar geleugnet, auch nicht als Mittel wechselseitiger Schuldzuweisungen instrumentalisiert werden. Doch welches Selbstbild haben die Europäer von sich selbst, wenn sie ihre kollektive Erinnerung um nichts anderes als diese Scheußlichkeiten kreisen lassen, wobei mit ironischer Bitterkeit die Prämie für die scheußlichste darunter den Deutschen zufällt.

Denn für Leggewie und Lang bildet die Erinnerung an den Mord und die Vertreibung der europäischen Juden den programmatischen Kern des europäischen Geschichtsbewusstseins. Um diesen Kern lagern sich an: die Erinnerung an den GULag, an die Ver-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

treibungen als ein gesamteuropäisches Trauma, an die Weltkriege, an die Kolonialverbrechen, an innereuropäische Migrationen und Immigration von außerhalb und zuletzt an die positiv konnotierte Rahmenerzählung von der bis jetzt erfolgreichen Integration Europas. Dass sich in diesen sieben Kreisen europäischer Erinnerung das gemeinsame europäische Geschichtsbewusstsein erschöpfen soll, ist ganz und gar nicht einleuchtend, schon allein deshalb, weil Europa weiter zurückreicht als bis ins 19. Jahrhundert. Immerhin versteht man jetzt das Motiv für den martialischen Buchtitel. Er hätte auch „Schlachthaus Europa" heißen können. Die kollektive Erinnerung aller anderen Kontinente würde mit einem solchen geschichtspolitischen Programm allerdings ebenfalls auf diese Metapher zusammenschnurren.

Wer diese Rezension bis hierher gelesen hat, ist geneigt anzunehmen, die beiden Autoren würden die im deutschen Selbstverständnis der Nachkriegsjahrzehnte entwickelte und gepflegte Selbstbezichtigungs-Pose auf ganz Europa übertragen. Das wäre jedoch in der Hauptsache ein Fehlschluss, obwohl bestimmte sprachliche und gedankliche Anpassungen an den büßerisch-protestantischen mea culpa-Zeitgeist nicht fehlen. Sie fallen nicht weiter auf. Denn nach der etwas kursorischen, mit etlichen geschichtstheoretischen Abbreviaturen gespickten Vorstellung der „sieben Kreise europäischer Erinnerung" im ersten Kapitel, den sieben Brücken sozusagen, über die Europa gehen muss, werden im ausführlichen zweiten Kapitel mittels jeweils einer „Geschichtsreportage" (S. 54) diese historischen Sachverhalte anhand der Beschreibung von „Erinnerungsorten" veranschaulicht und auf ihre „Europaizität" hin untersucht. Auch wenn man mit der „Sieben Kreise"-Symbolik seine Schwierigkeiten hat, muss man vor der intellektuellen Eleganz, mit der diese Veranschaulichungen ausgewählt und vorgestellt werden, den Hut ziehen. Dass der Erinnerungsort für die innerste der kollektiven Erinnerung Europas, den Judenmord, ausgespart und mit dem Hinweis auf Auschwitz nur angetippt wird, ist eine kluge Entscheidung, eine Art Wittgenstein'sche Zurückhaltung sozusagen. Die sechs anderen Erinnerungsorte sind keineswegs immer territorial, sondern in Einzelfällen eher medial bestimmt: die umgestellte Bronzeskulptur eines gefallenen Soldaten der Roten Armee in Tallin (Ausgangspunkt für die Erinnerung an den GULag), ein YouTube-Video aus dem Den Haager Prozess gegen Radovan Karadžić (ethnische Säuberungen), der Artikel 301 im türkischen Strafgesetzbuch (der die Leugnung des Völkermords an den Armeniern 1915-1917 zum Gesetz erhebt), die Holodomor-Wanderausstellung über den Genozid der sowjetischen Führung an den Kulaken in der Ukraine in den 1930er Jahren, das Zentralafrika-Museum in Tervuren als Erinnerungsort für nicht nur belgische Kolonialverbrechen in Afrika, der Tiefbahnhof in Köln-Deutz als Ankunftsort von Gastarbeitern im Deutschland der 1950er und 1960er Jahre und schließlich das sich in der Planungsphase befindende Haus der europäischen Geschichte in Brüssel. Für jeden dieser „Orte" wird ein bestimmter Streitfall identifiziert, der dann in einen übergreifenden Konflikt eingeordnet und in drei „Arenen" projiziert wird, die Binnenarena, die Außenarena (derselbe Konflikt aus der großregionalen Umgebung her betrachtet) und die Diaspora-Arena, in der Exil- und Diasporagruppen betroffen sind. Schließlich wird gefragt: Was bedeutet das für Europa als Ganzes?

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

In diesen Geschichtsreportagen liegt die Stärke des Buches, nicht zuletzt deshalb, weil hier Leggewies oben angesprochene kalkulierte Transgressionslust mit Blick auf die Spurrillen intellektueller Diskurse in Deutschland voll ausgespielt wird. So vermischen sich bei der Lektüre des Buches gewichtige Bedenken gegen das Grundkonzept mit oft überraschenden Erkenntnisgewinnen bei den Fallstudien.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Glanzstück zum Gründungsprozess der Grünen

Von Lothar Probst

Silke Mende, „Nicht links, nicht rechts, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011 (*Oldenbourg Verlag*), 541 S.

Die Grünen gelten in den Sozialwissenschaften gemeinhin als eine der am besten untersuchten Parteien. Zahlreiche Studien geben Aufschluss über Entstehung, Programm, Mitgliedschaft, Wähler und Entwicklung der Grünen. Gibt es also überhaupt etwas Neues über die Grünen zu sagen? Wenn man das Buch von Silke Mende gelesen hat, lautet die Antwort eindeutig: ja! Es gibt keine Publikation, die in einer vergleichbaren Präzision und Originalität die Gründungsgeschichte der Grünen aufrollt und durch eine akribische Quellenarbeit in eine analytische Tiefendimension vorstößt, die bei anderen Untersuchungen über die Geschichte der Grünen fehlt. Dabei erweist sich als Vorteil, dass Silke Mende sich als kultur- und ideengeschichtlich orientierte Historikerin auf ihren Untersuchungsgegenstand einlässt und sich auf die Ebene der Wahrnehmungen, Deutungen und Wertvorstellungen sowie der politischen Sprache und Symbole begibt. Ihre Studie zielt „auf den zeithistorischen Kontext der Parteigründung und bewegt sich auf der Ebene der Ideen und Ordnungsvorstellungen, der Prägekräfte und Erfahrungszusammenhänge ihrer Gründer“ (S. 6). Sie leistet dabei, weit über eine Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte der Grünen hinaus, zugleich eine zeitdiagnostische Rekonstruktion der 1970er Jahre in der Bundesrepublik und schließt damit eine Lücke in der geschichtswissenschaftlichen Forschung über dieses Jahrzehnt.

Durch ihre kulturhistorische Vorgehensweise vermeidet die Autorin den in den meisten politikwissenschaftlichen Studien über die Grünen vorfindbaren Kurzschluss, dass die Grünen in erster Linie ein Produkt der neuen sozialen Bewegungen waren. Ohne die Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen als Resonanzboden und Rekrutierungspotenzial der Grünen zu vernachlässigen, arbeitet sie heraus, in welchem Maße der Gründungsprozess durch die Interaktion eines heterogenen Spektrums von Gruppen, Organisationen und Einzelpersönlichkeiten geprägt war, die, trotz zum Teil äußerst divergierender gesellschaftspolitischer Vorstellungen und ideologischer Versatzstücke, sich auf bestimmte Paradigmen und Begriffe einigen konnten und dadurch der Partei den notwendigen Schub für ihre Etablierung als neue politische Formation im Parteiensystem der Bundesrepublik verschafften.

Im ersten Teil ihrer Studie entfaltet Silke Mende das Panorama der heterogenen grünen Gründungsnetzwerke, die sie, im Anschluss an den polnischen Wissenschaftstheoretiker Ludwik Fleck, als interagierende Denkkollektive versteht. Denkkollektive konstituieren sich über Sprache und Begriffe, mit deren Hilfe sie sich verständigen, aber auch voneinander abgrenzen können. Die Autorin identifiziert fünf solcher Denkkollek-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tive im grünen Gründungskontext: die ökologisch-konservativen „Bewahrer“ um Herbert Gruhl, die „Gemeinschaftsdenker“ eines Nationalneutralismus und Dritten Weges, organisiert in der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die „antiautoritären Anthroposophen“ um den sogenannten Achberger Kreis, die „undogmatische Linke“ mit dem Sozialistischen Büro und den Frankfurter Spontis als Zentrum sowie verschiedene K-Gruppen, die als Splittergruppen aus der Studentenbewegung hervorgegangen waren und deren Erosion sich durch das Einlassen auf die grün-alternative Bewegung beschleunigt. Silke Mende macht eine weitere Gruppe aus, die sie als „Drehpunktpersonen“ (S. 241) bezeichnet. Es handelt sich bei diesen Personen im strengen Sinne nicht um eines der vorher beschriebenen Denkkollektive, sondern um Einzelpersönlichkeiten, die durch ihre herausgehobene Position als „Charismatiker, Medienlieblinge und Bewegungsintellektuelle“ (S. 241) entscheidenden Einfluss auf den Gründungsprozess der Grünen hatten. Zu diesem Personenkreis zählten u. a. Petra Kelly, Rudi Dutschke, Rudolf Bahro und Carl Amery.

Die quellengesättigte Beschreibung dieser verschiedenen Strömungen vermittelt im Hinblick auf ideologische und habituelle Prägungen sowie gesellschaftspolitische Vorstellungen auf den ersten Blick das Bild unvereinbarer Gegensätze. Auf einem einfachen politischen Rechts-Links-Schema müsste man sie zum Teil auf entgegengesetzten Polen anordnen. Aus heutiger Sicht ist es schwer nachzuvollziehen, wie die kulturkritischen, „rückwärtsgewandten und teilweise autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen“ (S. 76) von Herbert Gruhl oder die völkischen Ansichten des schleswig-holsteinischen Öko-Bauern Baldur Springmann in Einklang gebracht werden konnten mit den linkslibertären Vorstellungen der Frankfurter Spontis, zu denen Joschka Fischer gehörte, oder den sozialistischen Gesellschaftsutopien der K-Gruppen-Vertreter.

Die großartige Leistung von Silke Mende besteht darin, dass sie im zweiten Teil ihrer Studie zeigt, über welche Begriffe, Diskurse und Netzwerke inhaltliche Brücken zwischen diesen heterogenen Denkkollektiven gebaut werden konnten. Die ökologische Kritik an der Konsumgesellschaft, die über die Auseinandersetzung mit dem Atomstaat sich vermittelnde Kritik an den staatlichen Institutionen und parlamentarischen Entscheidungsabläufen, den Rekurs auf eine ökologische Krisendiagnose und die Infragestellung eines linearen Fortschrittbegriffs sowie die Lossagung von der klassischen Rechts-Links-Orientierung im politischen Koordinatensystem („Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“) bündelte, bildeten die diskursive Klammer, auf der sich alle Denkkollektive in einem mühsamen und nicht immer konfliktfreien Lern- und Aushandlungsprozess einigen konnten. Dass der über solche Begriffe und Diskurse vermittelte Konsens nur für ein bestimmtes, aber für den Gründungsprozess der Grünen entscheidendes politisches Momentum Einheit stiften konnte, zeigt die folgende Tatsache: Bereits kurz nach der Gründung verließ ein Teil der wertkonservativen Strömung wieder das grüne Schiff.

Mende ist mit ihrer Studie ein Glanzstück nicht nur der Geschichtsschreibung der Gründungsgrünen, sondern auch der 1970er Jahre gelungen. Dazu trägt wesentlich bei, dass sie in vorbildlicher Gründlichkeit auf verschiedene Quellengattungen zurückgegrif-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fen hat. Sie hat nicht nur die archivalische Überlieferung zum Gründungsprozess der Grünen und zu den verschiedenen Denkkollektiven genutzt (u. a. persönliche Nachlässe und Deposita, Akten der grünen Bundespartei und Bundestagsfraktion sowie einzelner Landesverbände), sondern auch Zeitschriften aus dem Umfeld der Gründungsnetzwerke und Pressesammlungen sowie eine Fülle gedruckter und ungedruckter Quellen. Gerade diese systematische Aufarbeitung von Quellen, die bisher allenfalls vereinzelt zur Kenntnis genommen wurden, erlaubt der Autorin, ihr selbstgestecktes Ziel einer diskursanalytischen Rekonstruktion der Gründungsphase der Grünen einzulösen. Es versteht sich angesichts solch gründlicher Vorgehensweise fast von selbst, dass Mende darüber hinaus die reichhaltige Sekundärliteratur über die Grünen bestens kennt und diese, wo es geboten erscheint, in ihre Untersuchung einbezieht. Mit Hilfe der Durchdringung des umfangreichen Quellenmaterials entsteht eine beeindruckende analytische Dichte, die die Argumentation der Autorin hinsichtlich der Beschreibung und Bedeutung der jeweiligen Denkkollektive jederzeit nachvollziehbar macht. Wie akribisch die Autorin das Quellenmaterial ausgewertet hat, zeigt die Tatsache, dass selbst Briefe von und an Petra Kelly im Kontext ihrer diskursanalytischen Vorgehensweise eine Bedeutung bekommen.

Es bleibt zu wünschen, dass der von Silke Mende gewählte kultur- und ideengeschichtliche Zugang zur Gründungsgeschichte der Grünen eine Fortsetzung in weiteren Studien findet, die sich mit der Entwicklung der Ökopartei ab den 1980er Jahren auseinandersetzen. Mehr als Andeutungen dazu konnte Silke Mende in ihrer mit über 500 Seiten bereits umfangreichen Studie nicht geben. Ihr Fazit lädt zu einer solchen Weiterführung geradezu ein, etwa wenn sie schreibt, dass die Grünen „für Wandlungsprozesse [stehen], die in der Zeit nach 1970 einsetzten und auch noch das politische Ideengefüge der Gegenwart prägen“ (S. 13). Welche der ideengeschichtlichen Ursprünge die weitere Entwicklung der Grünen beeinflussten und das „Einlassen auf bestehende Mechanismen und Regeln der Parteiendemokratie“ (S. 13) ermöglichten, ist ein noch zu bearbeitendes Feld gerade der kulturhistorischen Forschung.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Universaltheorie mit begrenzter Trefferquote

Von Rudolf van Hüllen

Manus I. Midlarsky, Origins of Political Extremism. Mass Violence in the Twentieth Century and Beyond, Cambridge 2011 (*Cambridge University Press*), 429 S.

Die menschliche Bereitschaft zum massenhaften Töten beschäftigt den Autor seit langem, zuletzt 2005 mit seinem Buch *The Killing Trap – Genocide in the Twentieth Century*. Seine jüngste Arbeit hat keinen geringeren Anspruch, als den Schlüssel für die Entstehung von politischem Extremismus und den aus ihm resultierenden Massenverbrechen zu liefern. In der Untersuchung stoßen Historiographie und Politikwissenschaft aufeinander, letzte unter kräftiger Beimischung sozialpsychologischer Forschungsansätze.

Midlarsky verwendet ein ebenso originelles wie anspruchsvolles Forschungsdesign. Er untersucht Einzelfälle darauf, ob es identifizierbare gemeinsame Ursachen für Extremismus gibt. Und er fragt nach den Verläufen vom Extremismus zum Massenmord. Extremismus definiert er als Beschneidung individueller Freiheitsrechte zugunsten kollektiver Interessen, verbunden mit der Bereitschaft zum massenhaften Töten. Als seine Phänomene benennt er „communism, fascism, radical Islam and extreme nationalism", letzten unter Einschluss eines ausufernden Militarismus wie z. B. im Falle Japans zwischen 1937 und 1945. Ihre Ursprünge, so Midlarsky, lägen in erster Linie in einer Verminderung des Handlungsspielraums („authority space") von Nationen. Sie trete vor allem im Falle eines territorialen Verlusts auf und verursache eher emotionale als rationale Inlaufsetzungen von Extremismus. Demnach neigen Kriegsverlierer stärker zu exterministischem Handeln als Sieger. Das Forschungsdesign enthält weitere Bedingungen, bei deren Vorliegen Midlarsky Regelmäßigkeiten bei der Entstehung von Massenmorden glaubt feststellen zu können. Der Verlust müsse demnach einem vorübergehenden, flüchtigen Zugewinn („ephemeral gain") folgen, dem eine Phase des Aufstiegs und davor einer längeren Unterordnung vorausgegangen seien. Vom vorübergehenden Zugewinn zum extremistisch induzierten Massenmord gebe es im Wesentlichen drei Wege: Angst und Furcht vor einem Zurückgeworfensein in den früheren Zustand der Unterordnung, Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit, Zorn und Schuld, schließlich Erniedrigung und Scham. Midlarsky räumt ein, dass es Massenmorde und auch Begründungen extremistischen Handels außerhalb solcher Konstellationen gebe. Und umgekehrt kann er Fälle von genozidalem Staatshandeln nachweisen, die nicht unmittelbar mit ausgeprägtem politischen Extremismus in Zusammenghang stehen, wohl aber auf sein Untersuchungsschema passen: den türkischen Völkermord an Armeniern zum Beispiel. Seine Hauptthesen, die ein wenig an eine Mischung aus Psychologie und Geschichtsphilosophie erinnern, überprüft er im Hauptteil an historischen Einzelfällen. Und der Leser ist

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zunächst überrascht, bei welcher Vielzahl von bis in die jüngste Zeit reichenden Fällen die Thesen sich zu bestätigen scheinen. Das Modell des Autors trägt mindestens zu einer Erklärung von Massenmordsystemen nach dem Ersten Weltkrieg gewichtige Bausteine bei.

Das ist z. B. recht deutlich im Falle des deutschen Nationalsozialismus, der ohne die Verluste der unverarbeiteten Niederlage im Ersten Weltkrieg, also des Revisionssyndroms gegen „Versailles", kaum erklärbar ist. Auch für Gewaltexzesse auf dem Balkan, den indisch-pakistanischen Konflikt, die Politik Japans 1937-45 scheinen sich die Hypothesen Midlarskys in erheblichem Umfang zu bestätigen und bescheren dem Leser bereichernde Erkenntnisse. Das gilt nicht zuletzt für die weniger emblematischen, „vergessenen" Konflikte. Für die verworrenen Verhältnisse auf dem Balkan der Zwischenkriegsjahre bewährt sich Midlarskys Modell augenscheinlich auch empirisch, wo er nach seinen Kriterien beispielweise die Anfälligkeit bestimmter rumänischer Provinzen für extrem-nationalistische Parteien rechtsextremer Prägung nachweist. Bei anderen Beispielen zweifelt der Leser eher: Ist der japanische Militarismus mit den für seinen Großmachtanspruch einschränkenden Ergebnissen des Washingtoner Flottenabkommens von 1920 und den ihm folgenden Londoner Verträgen von 1930 zu erklären? Da sind Zweifel erlaubt, weil der Verdacht besteht, dass sich die Beweisführung auf eher nebensächliche Faktoren stützt.

Dennoch scheitert er mit seinem amibitionierten Versuch, eine Vielzahl individueller historischer Einzelfälle bruchlos mit seiner Theorie kompatibel zu machen. Und man muss sich nicht auf den wissenschaftstheoretisch strengen Standpunkt stellen, nach dem ein einziges Gegenbeispiel genügte, die gesamte Theorie zu falsifizieren. Anfechtbar sind die Ergebnisse vielmehr schon auf einer Ebene handwerklicher Mängel. Sie beginnen mit der ziemlich unbrauchbaren amerikanischen Zitierweise. Nicht nur gelegentlich wird der Leser beim Beleg weitreichender Aussagen und Bewertungen mit dem pauschalen Hinweis auf irgendein Buch abgefunden. Der schlichte Verweis auf „Miller 2004" lässt eben nicht erkennen, wie Midlarsky mit dem Problem der Quellenkritik umgeht. Wissenschaftliche Kontroversen scheint es ebenfalls nicht zu geben. Und im Literaturverzeichnis wird deutlich, dass sich der Verfasser praktisch ausschließlich auf angelsächsische Werke stützt. Die bekanntermaßen erheblichen Forschungen deutscher Historiker zum Nationalsozialismus beispielsweise kommen schlichtweg nicht vor, und ähnlich ergeht es der einheimischen Forschung zu anderen, nicht-deutschen Gewaltexzessen. Quellen scheint Midlarsky nicht beigezogen zu haben; wo er sie zitiert, erfolgt das aus der angelsächsischen Literatur heraus. Kann man derartig schwergewichtige Fragen wie die Motive für massenhaftes staatliches Töten abschließend klären, ohne ad fontes zu gehen? Hier sträubt sich im Zwiespalt zwischen politikwissenschaftlicher Theorie und den geschichtlichen Fakten das Gewissen des Historikers. Und so drängt sich der Verdacht auf, dass der Autor im Bemühen, seine Thesen zu stützen, bevorzugt ihm genehme Fundstellen aus der Literatur ins Feld führt.

Dies für die Vielzahl der behandelten politisch-historischen Sachverhalte im Einzelnen nachzuweisen, wäre eine schwer zu leistende Aufgabe. Und so mag es mit einem

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Beispiel sein Bewenden haben: Die Antriebsmomente der Stalinschen Massenverbrechen wittert Midlarsky in zwei Fakten, die er auf Stalin persönlich bezieht. Das eine betrifft die Verletzung der Seele des Diktators durch die Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1905, die Midlarsky ausschließlich auf eine Passage aus der Begründung des Parteichefs für die Kriegserklärung an Japan 1945 stützt. Ein ähnliches Verlusttrauma habe Stalin dazu motiviert, 1939 auf den deutschen Vorschlag einer Aufteilung Polens einzugehen. Gewiss hatte Stalin als Politkommissar der sowjetischen Südarmee eigenen Anteil daran, dass Polen 1920 durch das „Wunder an der Weichsel" gerettet wurde. Auf solche außenpolitischen Verlustgefühle aber die kommunistischen Massenverbrechen zurückzuführen, erscheint nicht nur reichlich gewagt, sondern widerspricht auch dem Forschungsstand. Wer sich durch einen äußeren Aggressor ernsthaft bedroht wähnt, wird nicht ausgerechnet die eigene Armee enthaupten, wie in den 1930er Jahre geschehen. Formen der Irrationalität wie die große Säuberung lassen sich eben eher mit internen Mechanismen des Leninismus/Stalinismus erklären. Die Forschung bleibt unerwähnt; und so deckt sich Midlarskys Erklärung für die Stalinschen Gewaltexzesse mit der zeitgenössischen sowjetischen Agitation über die „imperialistische Umkreisung" und die im Inneren allgegenwärtigen „Agenten".

Diese Mängel kann ein Abschlusskapitel mit optimistischen Ausblicken auf Faktoren, die Extremismus hemmen, nicht heilen. Sie beziehen sich übrigens auf eine veränderte, klügere Politik gegenüber besiegten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Wäre es nicht so gekommen, hätte Deutschland nach Midlarskys Theorie einen sicheren Aspiranten für eine weitere Kombination aus Extremismus und Massenmord abgegeben. Insgesamt ist dem Autor keine alles erklärende Theorie gelungen. Das liegt hauptsächlich daran, dass sich historisch singuläre Fälle wahrscheinlich nie in ein allgemeines, alles erklärendes Schema pressen lassen. Es gibt gute Gründe, weiterhin davon auszugehen, dass solche Bemühungen keinen Universalschlüssel liefern, sondern nur Theorien begrenzter Reichweite. Ihre reduzierten Trefferquoten sprechen gleichwohl nicht grundsätzlich gegen sie: Zum Verständnis des Zusammenhanges von außenpolitischer Demütigung, extremistischer Radikalisierung und der Bereitschaft zu mörderischen Exzessen trägt Midlarskys engagiertes Werk mehr als nur Details bei.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autoritärer Kriegsherr – schwerlich Diktator

Von Peter März

Manfred Nebelin, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2011 (*Siedler*), 752 S.

Nach der Biografie von Wolfram Pyta über den dritten Generalstabschef auf deutscher Seite während des Ersten Weltkrieges wie zweiten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg[1] liegt nunmehr eine durchaus adäquate Biografie über den eigentlichen Macher, militärisch wie politisch, neben und hinter Hindenburg vor, über Erich Ludendorff. Konzeptionell unterscheiden sich die beiden umfangreichen und mit großer Akribie gefertigten Arbeiten gravierend, aber das muss kein Schaden sein.

Pytas Arbeit gründet auf der Zentralthese vom „Charisma" Hindenburgs, von seinem selbstdefinierten Anspruch, als militärisch-politische Überfigur wesentlich zur Integration der deutschen Gesellschaft in einem nationalistisch-preußischen Sinne beigetragen zu haben, nach dem Abdanken der Hohenzollern als national integrierende Dynastie spätestens im Verlauf des Ersten Weltkrieges und damit schon lange vor der Flucht Kaiser Wilhelms II. ins niederländischen Exil. Das bedeutet zugleich in der Konsequenz, dass bei Pyta der Hindenburg der späteren 1920er wie der frühen 1930er Jahre eine essentielle Rolle spielt. Nebelin orientiert sich chronologisch ganz anders: Er konzentriert sich auf den Ludendorff der Kriegszeit, namentlich auf die gut zwei Jahre an der politisch-militärischen Schaltstelle als Erster Generalquartiermeister in der dritten Obersten Heeresleitung von August 1916 bis zum Ausscheiden nach dem Eingeständnis der Niederlage an der Westfront im Oktober 1918. Der Nachkriegs-Ludendorff kommt somit gar nicht vor, der Publizist und Essayist, der stetig mehr auf die Formel vom totalen Krieg abhebt und der nach seinen – subjektiven – Erfahrungen während des Ersten Weltkrieges den Primat der militärischen über die politische Führung einfordert, der immer ausgeprägtere Antisemit wie Putschist an der Seite Adolf Hitlers am 9. November 1923 in München, schließlich der pseudoreligiöse Sektierer. Die gewählte Schwerpunktbildung muss freilich nicht zum Nachteil sein, denn gerade der Ludendorff der Kriegs- wie auch der Vorkriegszeit war ja in jüngerer Zeit viel eher als der ab 1919 von den Radarschirmen der historischen Aufmerksamkeit verschwunden. Probleme sieht der Rezensent eher in dem Prädikat Ludendorffs als „Diktator". Dass der erste Generalquartiermeister sich in die Politik einmischte, Politik machte, die Reichskanzler, mit unterschiedlichem Erfolg, in die Rolle von Gehilfen der militärischen Führung zu versetzen versuchte, mit Parteien und Fraktionen kommunizierte wie vor allem intrigierte – das

1 Vgl. Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, 2. Aufl., München 2009.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

alles ist seit vielen Jahrzehnten Konsens, und Ludendorff selbst hat dazu mit Hinweisen ja auch gar nicht gespart.

Die Kritik entzündet sich vielmehr daran, dass von einer tatsächlichen Diktatur im Sinne der Innehabung und Ausübung unlimitierter politischer und militärischer Gesamtkompetenz schwerlich die Rede sein kann. Wie sonst hätte Ludendorff selbst immer wieder registrieren müssen, dass die im Kaiserreich ja so komplexen politischen und administrativen Apparate seinen Wüschen und vielfachen Interventionen durchaus nicht willfährig waren? Das Hilfsdienst-Gesetz vom 5. Dezember 1916, Ausgangspunkt waren Forderungen der Obersten Heeresleitung nach innerer Mobilisierung gewesen, brachte nach vielfachen Interventionen und Modifikationen in den politischen Apparaten vor allem eine Stärkung der Gewerkschaften. Die Kanzlerkrise vom Juli 1917, bei der es nicht zuletzt Ludendorff gelang, den ungeliebten Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg zu stürzen, war im Ergebnis eine wichtige Etappe auf dem Weg der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Kanzler und Staatssekretäre konnten fortan, machtpolitisch abweichend vom Wortlaut der bismarckschen Reichsverfassung, ohne die de facto-Zustimmung der Reichstagsmehrheit kaum mehr bestellt werden. In dem neuen interparlamentarischen Ausschuss des Reichstages fanden, über ideologische Gräben hinweg, mit Sozialdemokratie, Linksliberalen und katholischem Zentrum jene Kräfte und Parteien zusammen, die dann hinter den beiden demokratischen Staatsgründungen in Deutschland stehen sollten, 1919 hinter der Weimarer Reichsverfassung und 1949 hinter dem Grundgesetz.

Die Diktaturthese mit Blick auf Ludendorff ist somit zwar auf spezifische Weise reizvoll-provokativ, aber im Kern trägt sie nicht. Adäquater wäre es wohl, Ludendorff primär als nationalistischen Technokraten in Uniform zu zeichnen, dezidiert bürgerlich, nicht aristokratisch – auch das ist kennzeichnend für gesellschaftlichen Wandel in der Spätphase des Kaiserreiches –, unfähig, Komplexität wie Offenheit politischer Prozesse nachzuvollziehen wie zu akzeptieren: So erklären sich auch Ludendorffs bei Nebelin profund nachgezeichnete Kriegszielvorstellungen aus der uferlos-bellizistischen Erwartung, dass ein Friedensschluss immer nur ein vorläufiger sein könne und werde; beim angestrebten „Siegfrieden“ ging es somit wesentlich nicht um Prestigegewinn oder um so etwas wie Beute-Kompensationen für die über Jahre mit Härten und Verlusten konfrontierte eigene Bevölkerung, insbesondere durch Reparationen; Frieden sollte vielmehr möglichst optimale Voraussetzungen für den nächsten Krieg schaffen, der ohnehin, gewissermaßen mit naturgesetzlicher Gewissheit, kommen werde. Insofern unterschied sich ein Typus wie Ludendorff gravierend von jenen wirklich friedensfähigen Diplomaten wie Metternich, Talleyrand und Castlereagh, die, auch im Sinne eines realistischen Menschen- und Politikbildes, zugleich auf bestimmte Weise zivil und unter steter Würdigung der Interessen der Partner wie Gegner, auf dem Wiener Kongress 1814/15 eine europäische Friedensordnung für nahezu ein Jahrhundert zu schaffen vermochten, jedenfalls was die Grundlagen der Mächtebeziehungen anbelangt. Spinnt man den Faden freilich nicht ganz unpolemisch weiter, dann sieht man, dass die entscheidenden Akteure bei der Versailler Friedenskonferenz von 1919 Ludendorff mental in gewis-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ser Weise näher standen als ihre Vorfahren von 1814/15: Denn in Versailles wurde den unterlegenen Deutschen keinerlei Gelegenheit zum partnerschaftlichen Gespräch gegeben, und die Führungen der Alliierten orientierten sich de facto in hohem Maße daran, für einen nächsten Konflikt günstige Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Nebelin gelingt es in beachtlichem Maße, auf einem breiten Quellenfundus die Komplexität der Ludendorffschen Operationsführungen wie auch der Konflikte zwischen den Hauptquartieren in der ersten Hälfte des Ersten Weltkrieges zu schildern. Hier stehen die Auseinandersetzungen mit Hindenburgs Vorgänger als Generalstabschef Erich von Falkenhayn im Vordergrund. Dabei ging es freilich nicht nur um Konflikte über militärisch-operative Schwerpunktsetzungen, etwa was Ludendorffs wohl unrealistische und überspannte Erwartung anbelangte, durch eine Art Super-Cannae im Jahre 1915 die Armeen des Zarenreiches weitestgehend ausschalten und damit dem Krieg eine entscheidende Wendung geben zu können. Man muss auch sehen, dass Ludendorff Mitarbeiter, Schüler und in gewisser Weise wohl auch Freund des nach dem Fiasko der Schlacht an der Marne Anfang September 1914 in den Hintergrund verbannten Generalstabschefs Helmuth von Moltke gewesen war. Insofern prägten auch Eifersüchteleien und Phobien in der militärischen Führungskaste des Kaiserreiches das Bild. Daher kommt auch der Zusammenarbeit Moltkes und Ludendorffs schon Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine ganz wichtige Rolle zu. Die zentrale Quelle für dieses enge dienstliche Miteinander ist die wesentlich auf Ludendorffs Handschrift zurückgehende Denkschrift des Generalstabs vom 21. Dezember 1912. In ihr wurde – insbesondere im Blick auf die französischen und russischen Rüstungen – die vollständige militärische Ausschöpfung des deutschen Bevölkerungspotenzials gefordert; in der Konsequenz hätte dies die Erhöhung des Friedensumfangs des Landheeres schlagartig um 300.000 Mann, ca. 50 Prozent, zur Folge gehabt. Am Ende stand dann 1913 die sogenannte „Große Wehrvorlage“. Sie realisierte etwa die Hälfte dieser Forderung. Während im preußischen Kriegsministerium und in den herkömmlichen feudal-aristokratischen Kreisen des Offizierskorps eine Vermassung der Armee befürchtet und auf qualitative Faktoren gesetzt wurde, präsentierte sich damit schon vor dem Ersten Weltkrieg in Gestalt Ludendorffs ein quantitativ orientierter, bürgerlicher Technokratentypus. Dieser hier angelegte gesellschaftspolitische Konflikt war von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland.

In jedem Fall ist die Lektüre von Nebelins Studie über Ludendorff mit großem Gewinn verbunden. Wenn der Rezensent auch im engeren militärisch-operativen Bereich den einen oder anderen Akzent anders setzen würde, so ändert das nichts am positiven Gesamturteil: So erscheinen die Ausführungen zu den Operationsführungen Ludendorffs nach den gewonnenen Schlachten in Ostpreußen von Ende August und Anfang September 1914 (Tannenberg und Masurische Seen) auf polnischem Gebiet zur Entlastung des österreichisch-ungarischen Verbündeten und zur Verhinderung einer russischen Invasion in Schlesien deutlich unterdimensioniert: Denn gerade in diesen Monaten, im letzten Quartal des Jahres 1914, gelang es Ludendorff mit unzureichenden militärischen Mitteln und gestützt auf eine geschickte Strategie der Aushilfen und der Rochaden,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

manches von dem zu kompensieren, was der Fehlschlag des Schlieffen-Planes nach Kriegsausbruch im Westen militärisch und politisch für das Reich eigentlich bedeutete: Denn weil es den Armeen des Kaiserreiches ja nicht gelungen war, binnen sechs Wochen den französischen Gegner aus dem Feld zu schlagen, sah man sich mit einer Situation konfrontiert, die in den Überlegungen und Planungen der Vorkriegszeit eigentlich als aussichtslos gegolten hatte und die daher unbedingt vermieden werden sollte, nämlich mit der vollen Wucht eines Zwei-Fronten-Krieges über längere Zeit. Es war nicht zuletzt Ludendorffs Operationsführung im Herbst 1914 auf dem Gebiet des sogenannten Kongress-Polen zu verdanken, dass das Kaiserreich nicht schon wenige Monate nach Kriegsausbruch in die Knie ging und der Erste Weltkrieg bereits zu Weihnachten 1914 an sein Ende gelangte – mit einer eindeutigen deutschen Niederlage.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Neue Gestalt einer verdrängten Interpretation

Von Ernst Nolte

Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011 (*C.H. Beck*), 523 S.

Timothy Snyder, Jahrgang 1969, als Nachfolger von Piotr Wandycz Geschichtsprofessor in Yale, unternimmt es in diesem Buch, die „Massengewalt in beispiellosem Ausmaß" am Exempel der osteuropäischen Gegenden von Zentralpolen, der Ukraine, Weißrusslands und der baltischen Staaten darzustellen, innerhalb deren das „stalinistische" und das „Nazi"-Regime im Zeitraum von nur zwölf Jahren von 1933 bis 1945 jenseits der militärischen Ereignisse vierzehn Millionen von Zivilpersonen dieser Regionen einschließlich zahlreicher Frauen und Kinder ermordeten. Die Erzählung beginnt jedoch nicht etwa mit der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933, sondern faktisch mit der Errichtung des „stalinistischen" Systems in der Sowjetunion nach dem Tode Lenins, und eine eigenartige Nicht-Entsprechung wird schon in dem „Vorwort" formuliert: „In den sechseinhalb Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ermordete das NS-Regime nicht mehr als etwa 10.000 Menschen. Stalins Regime hatte 1939 bereits Millionen verhungern lassen und fast eine Million Menschen erschossen. Zwischen 1939 und 1941 näherten sich die deutschen Massenmorde den sowjetischen an" (S. 12). Erst während des deutsch-sowjetischen Krieges übertrafen die deutschen Mordaktionen, zu denen auch das millionenfache Sterben sowjetischer Kriegsgefangener und die Opfer der Aushungerung belagerter sowjetischer Städte wie Leningrads gerechnet werden, die sowjetischen erheblich. Auch in der Einleitung „Hitler und Stalin" werden die allbekannten Vorgänge sehr knapp umrissen. Aber die eigentliche Erzählung beginnt erst auf S. 43 mit dem ersten Kapitel „Die sowjetischen Hungersnöte", und sie handelt bis zum Beginn des Kapitels „Molotow-Ribbentrop-Europa" (S. 135) so gut wie ausschließlich nicht wirklich von „Hungersnöten" und in den folgenden Kapiteln nicht von „Klassenterror" und „Nationalitätenterror", sondern von den schrecklichen Folgen der „Hungerpolitik" Stalins gegenüber der Ukraine und von dem „Großen Terror" der Jahre 1937 und 1938, in denen Stalin nahezu eine Million von präsumtiven Feinden töten ließ. Hier liest man von Erstaunlichem, nie Dagewesenem: ein hungernder ukrainischer Bauer „konnte erschossen werden, wenn er eine Kartoffelschale von einem Stück Land aufhob, das vor kurzem ihm noch gehört hatte" (S. 59), „zahllose Eltern töteten und aßen ihre Kinder und verhungerten später doch" (S. 70), der Besitz eines Rosenkranzes konnte „durch zehn Jahre Gulag" (S. 113) bestraft werden. Als Ursache für so unfassbare Vorgänge konnte allenfalls die Vorbereitung auf einen bevorstehenden Defensivkrieg um die nackte Existenz des Staates gelten, und nur wenn Stalin in dem 1930 noch fast unbekannten Hitler den künftigen Todfeind sah, war dieser ein geheimer Mitwirkender an den gigantischen Morden in den „Blutländern" und anderswo in der Sowjetunion.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aber es konnte auch eine tieferliegende Ursache angeführt werden. Im Jahre 1917 hatte ja nicht eine bloße Partei, sondern eine ausgeprägte Ideologie in Russland die Macht ergriffen, die sich auf uralte Vorstellungen vom „Klassenkampf" der Armen gegen die Reichen und auf die künftige Vernichtung der herrschenden Schichten gründete, welche der Wiedergewinnung der ursprünglichen, der „Arbeitsteilung" nicht unterworfenen Ganzheit der individuellen Existenz sowie der Beseitigung der erst in der Geschichte entstandenen „Habgier" dienen würden. Diese Ideologie war schon in ihren einfachsten Formen ein „großer Glaube", der zahllose Menschen mit Enthusiasmus erfüllen konnte, und hier und da ging sie über die Erwartung eines nach der „Weltrevolution" bald eintretenden „Paradieses" hinaus, indem sie angesichts der praktischen Schwierigkeiten und Enttäuschungen zu der Überzeugung gelangte, es sei unumgänglich, alle Leiden und Grausamkeiten der Geschichte in eine kurze Periode zusammenzupressen, denn erst dadurch könne die dauerhafte und gleichheitliche Existenz der harmonischen Menschenfamilie zur Wirklichkeit werden. Wer Stalin für einen bloßen Despoten und Machtpolitiker hielt, konnte sich nicht erklären, wo die Glaubenskraft herrührte, die zahlreiche Menschen überzeugte Kommunisten bleiben ließ, auch wenn sie in den Gulag eingeliefert wurden, um dort über kurz oder lang zugrunde zu gehen.

Wenn dem so war, dann musste die entschiedenste Gegenbewegung in ihrem Kern defensiv sein, auch wenn sie mit lauten Tönen aggressiv auftrat. In der Tat ist diese Defensivität leicht in einem der erhellendsten Texte zu erkennen, die Hitler geschrieben hat, nämlich in seiner geheimen Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans von 1936. Hier sticht ins Auge, wie sehr Hitler von den Aufrüstungserfolgen Stalins beeindruckt war, die schon um diese Zeit der noch immer armen Sowjetunion die größte und bestgerüstete Armee der Welt verschafft hatten. Nur auf diese Drohung ist die Aussage am Schluss bezogen, die deutsche Wehrmacht müsse in vier Jahren kriegsbereit sein.

Auch Hitler kann also, wie Stalin, als ein Staatsmann verstanden werden, der sein Land unter größten, denjenigen Stalins allerdings nicht gleichkommenden, Anstrengungen auf einen unvermeidbare Krieg vorbereiten wollte. Aber als der große Krieg im Juni 1941 mit dem Angriff des nationalsozialistischen Dritten Reiches gegen die bolschewistische (oder „stalinistische") Sowjetunion ausgebrochen war, näherte sich Hitler vornehmlich durch den Versuch einer „Endlösung der Judenfrage" als der nach Zielsetzungen und Entschiedenheit am meisten „bolschewistische Antibolschewist", der er sein wollte, den millionenfachen Massenmorden Stalins, zumal in den „Bloodlands" immer mehr an, ja er übertraf sie in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Snyder sagt zu den bekannten Schrecknissen kaum etwas Neues, es sei denn durch eine gewisse Herabstufung von „Auschwitz" gegenüber den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt" wie Treblinka und Sobibor, denn in Auschwitz ging nach seiner Auffassung „nur" ein Fünftel der getöteten Juden zugrunde, nämlich eine knappe Million. Doch auch hier weicht Snyder, wie schon gegenüber Stalin, der eigentlichen Frage nicht aus: Waren die „Feinde", die Opfer der großen Massenmorde, wirklich Feinde oder bloße Zivilpersonen, die nur mit „Schafen, die zur Schlachtbank getrieben wur-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den“, vergleichbar waren? Freilich antwortet er nicht direkt, sondern durch die Nennung von Zahlen, die nicht nur auf die häufig erwähnten Proportionen zwischen Russen und Juden in den führenden Gremien der frühen bolschewistischen Partei, sondern auf die Tatsache hinweisen, dass noch in der Mitte der 1930er Jahre der NKWD, also die ehemalige Tscheka, als eine in ihren höheren Rängen überwiegend jüdische Institution bezeichnet werden durfte. Dass deshalb nicht alle Juden, zumal nicht die west- und mitteleuropäischen Bildungsbürger, als entschlossene Feinde des nationalsozialistischen Regimes bezeichnet werden dürfen, versteht sich von selbst. Aber es bedeutet eine schwerverständliche Herabsetzung des Judentums, wenn „Feindschaft gegen Hitler“ ihm nicht als hervorstechender und beinahe allgemeiner, sehr leicht verständlicher Charakterzug zugeschrieben werden dürfte.

Der „europäische Bürgerkrieg“ der Epoche von 1917 bis 1945 kann dann nicht ausschließlich als Erzählung von grauenvollen Massakern dargestellt werden, sondern die „Sachen“ müssen berücksichtigt werden, für die nicht erst Stalin, sondern Lenin und dann auf seine, schroff entgegengesetzte Weise auch Hitler eintrat. Erst werden die moralischen und wissenschaftlichen Prinzipien eingehalten, für die Snyder am Ende seines Buches mit bemerkenswerter Unbeirrtheit eintritt, Prinzipien, die von ihm folgendermaßen formuliert werden: „Der Versuchung nachzugeben, andere Menschen als nicht menschlich anzusehen, bedeutet einen Schritt auf die NS-Position hin, nicht weg von ihr“ (S. 402). Ja, er wagt es, „Verstehen“ auch für die Täter zu fordern und jenen „Nexus“ zu unterstreichen, der von (meist gutgesinnten) Propagandisten gern in Abrede gestellt wird: „Der österreichische Polizist, der in Mogilew Babies erschoss, stellte sich vor, was die Sowjets seinen Kindern antun würden“ (S. 401).

Gewiss könnte man auf einige Wendungen hinweisen, mit denen Snyder allzu sehr konventionellen Einschätzungen folgt, etwa die häufig vorkommende Reihenfolge „Hitler […] Stalin“ oder die Vernachlässigung einer Realität wie des frühen „Roten Terrors“. Aber niemand, der dieses wichtige Buch aufmerksam liest, kann daran zweifeln, dass der Kommunismus oder der Gewaltsozialismus nicht nur in zeitlicher Perspektive das „Prius“ des Nationalsozialismus war, sondern dass es zwischen der älteren und der jüngeren der großen ideologischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts sogar einen „Nexus“ gab, der überraschende „Sachen“ erkennbar machen sollte, denen sie sich auf welthistorische, einander nicht notwendigerweise apodiktisch ausschließende Weise, verpflichtet fühlten: dem politischen Globalismus auf der einen Seite und den geschichtlich bedingten Strukturen auf der anderen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Messung der Demokratiequalität

Von Manfred G. Schmidt

Michael Stoiber, Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch-vergleichenden Demokratietheorie, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 393 S.

Michael Stoiber hat sich mit seiner Habilitationsschrift über die Qualität von Demokratien ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Er will „mit Hilfe eines neuen konzeptionellen Zugangs die Diskussion um die Messung demokratischer Qualität insbesondere demokratischer Staaten […] bereichern" (S. 364). Eine Grundlage des Werkes ist eine von großer Belesenheit zeugende ideengeschichtlich-demokratietheoretisch fundierte Erläuterung eines individualistisch-liberalen Demokratieverständnisses. Ihm zufolge liegt der prozedurale Kern der Demokratie im Streben nach Freiheit und Gleichheit und in einem Prozess kollektiv verbindlicher Entscheidungen, in dem die effektive Beteiligung der Individuen möglich sein muss. Die Qualität von Demokratie wird in einem von Kontext-Konditionalität geprägten Modell bestimmt: Demokratiequalität offenbart sich „in der effektiven Umsetzung der individuellen Beteiligung an den kollektiven Entscheidungsprozessen" (S. 364). Kontext-Konditionalität bedeutet, dass die gleichen institutionellen Arrangements – etwa identische Prozeduren der Demokratie – in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten eine unterschiedliche Wirkung auf die Effektivität der individuellen politischen Beteiligung haben. Das gelte es gebührend zu berücksichtigen.

Diesem Gebot kommt Stoiber durch ein vierstufiges Vorgehen nach. Zunächst werden die wichtigsten Kontext-Variablen ermittelt. Diese sind nach Stoiber: gesellschaftliche Heterogenität, Dominanzstrukturen, institutionelle Komplexität und Informalisierung des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses. Aus den Kontext-Variablen leitet Stoiber im zweiten Schritt den – nach seiner Sicht funktional erforderlichen – Bedarf an Partizipationsformen und Partizipationsintensität ab. Im dritten Schritt wird die Effektivität der gegebenen Partizipationsstrukturen anhand von neu konstruierten Wirksamkeitsindizes für repräsentativ- und direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten geschätzt. Von dort aus ermittelt Stoiber den Gesamtindex der Demokratiequalität und gewichtet ihn mit den Chancen für Nichtstaatsbürger, das Staatsbürgerrecht zu erwerben. Die Anwendung des Modells – der vierte Schritt – erfolgt anhand eines Pretests in zehn Ländern: USA, Schweiz, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Österreich, die Niederlande und Schweden. Mit diesem Test wird Land für Land geprüft, ob – und wenn ja: inwieweit – der zuvor vom Autor geschätzte Partizipationsbedarf mit dem Partizipationsangebot übereinstimmt.

Dem Pretest zufolge variiert die Qualität der Demokratie. Offen bleiben müsse im Einzelnen noch der Effekt von Expertenurteilen über einzelne Bewertungsdimensionen. Doch der Trend ist eindeutig: Die qualitativ hochwertigsten Demokratien sind nach

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Stoiber Großbritannien an erster und die USA an zweiter Stelle. Die Bundesrepublik Deutschland liegt im günstigsten Fall in der Mitte der Verteilung und im ungünstigsten Fall in der unteren Hälfte – zusammen mit anderen komplex gegliederten Demokratien und insbesondere mit Ländern, die eine ähnlich hohe Informalisierung aufwiesen. (Letztgenannte wird gemessen durch die Delegation von Entscheidungsfindungen an informelle Gremien, die Einbindung privater Akteure in Netzwerksteuerungssysteme und den Neokorporatismus.) Weil Informalisierung kompensatorische Partizipationsgelegenheiten erfordere – insbesondere direktdemokratische Arrangements – und weil Länder wie Deutschland und Österreich bei direktdemokratischen Messlatten auf bundesstaatlicher Ebene schwach abschneiden, ergibt sich allein hieraus ein ungünstigeres Abschneiden bei den Demokratiequalitätsmessungen. Demokratiequalitätsmindernd wirkt nach Stoiber auch der deutsche Bundesrat, der nicht aus gewählten Vertretern besteht, sondern aus von der Länderexekutive bestimmten Repräsentanten. Hinzu kommen, Stoibers Messlatten zufolge, in Deutschland (wie in den Nachbarstaaten Schweiz und Österreich) Restriktionen bei der Öffnung des Staatsbürgerrechts für Migranten. Der Demokratiequalität förderlich ist, so Stoibers Messlatten, ein Staatsbürgerrecht umso mehr, je weniger Restriktionen es für Antragsteller vorsieht.

Das sind nur einige Befunde einer konzeptionell dichten, empirisch reichhaltigen, anregenden, aber auch zum Widerspruch reizenden Abhandlung. Ihr Verfasser demonstriert souveräne Kenntnis der Literatur zur Demokratietheorie und zum Demokratievergleich sowie Sicherheit in der Anwendung der Begriffe, der Theorien und der Methoden, die sein Vorhaben einer kontextsensiblen vergleichenden Demokratieforschung erfordert.

Dass Stoibers Ansatz in wichtigen Teilen – konzeptionell, methodologisch und empirisch – Neues bringt, verdient besondere Anerkennung. Für sein Werk spricht zudem die vorbildliche Nachprüfbarkeit. Zugute kommt ihm ferner, dass sein Verfasser nicht bei der konzeptionellen Erörterung von Demokratie und Demokratiequalität stehenbleibt, sondern sein Modell einem harten Pretest aussetzt. Dass Stoiber diesen Test abschließend selbstkritisch auf Schwächen, Verbesserungsbedarf und Weiterentwicklungschancen abklopft, spricht für die wissenschaftliche Redlichkeit und Offenheit des Autors. Die Weiterentwicklung seines Ansatzes ist zu empfehlen, insbesondere auch seine Anwendung auf bislang nicht etablierte, neue Demokratien. All dies zeigt, dass Stoibers Studie ein wichtiges Werk der Demokratieforschung ist, das die hohen Hürden einer Habilitation zu Recht gemeistert und seinen Autor im Kreis der Demokratieforscher etabliert hat.

Vieles an diesem Werk ist gelungen. Manches bedarf der Überprüfung und der Korrektur – über die selbstkritischen Anmerkungen des Verfassers hinaus. Mit plausiblen Gründen argumentiert Michael Stoiber – im Anschluss insbesondere an Heidrun Abromeit – mit Kontext-Konditionalität. Im Unterschied zum Rational Choice-Institutionalismus, der die Kontext-Konditionalität erst neuerdings registriert, insbesondere in neueren Analysen Politischer Konjunkturzyklen, spielt der Kontext in der Demokratieforschung, in der der Historische Institutionalismus viel stärker verankert ist, schon seit

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

langem eine große Rolle. Stoiber selbst nennt Robert Dahl, Dieter Nohlens Wahlsystemforschung und Arend Lijpharts Analysen über majoritäre und nichtmajoritäre Demokratien und ihre unterschiedliche Passung je nach länderspezifischen Kontexten. Im weiteren Sinne zählen zur kontextsensiblen Demokratieforschung die Beiträge zu den sozioökonomischen und sozialkulturellen Funktionsvoraussetzungen der Demokratie – und der Demokratiequalität.

Stoiber radikalisiert allerdings die Kontext-Konditionalität. Vom Kontext hänge ab, so deutet er den „offensichtliche(n) Gewinn des kontextualisierten Modells" (S. 207), „welches die geeigneten Institutionalisierungsformen sind, um das Ziel der individuellen Selbstbestimmung in Form einer effektiven Beteiligung am kollektiven Entscheidungsprozess zu erreichen" (S. 207). Nicht nur ein Realmodell der Demokratie wird als „Vergleichsfolie" (S. 207) bemüht; vielmehr wird für jedes Land ein eigenes institutionelles *Setting* an Partizipationserfordernissen bestimmt. Zudem „erhält jedes Land auf Basis des gesellschaftlichen und institutionellen Kontextes einen eigenen Idealtypus" (S. 207). Gemessen an den rund 80 Demokratien, bei großzügiger Messung, hätte man es mit rund 80 Idealtypen zu tun. Ginge man in der Geschichte der Demokratie weiter zurück, würde die Zahl der Idealtypen noch viel größer. Ist das der Sinn und Zweck der Idealtypisierung und der Vergleichenden Demokratieforschung? Ist es nicht vielmehr die Aufgabe der Komparatistik, anstelle einer radikalisierten historiographischen, jeden Fall als Sonderfall behandelnden Vorgehensweise nach übergreifenden Mustern zu suchen – nach *Patterns of Democracy*, so der Buchtitel von Lijpharts Demokratieformenvergleich von 1999?

Radikal geht Stoiber auch bei den Dominanzstrukturen vor. Dominanzstrukturen gehören zum Kontext. Sie markieren „Bindungsphänomene" und „Abhängigkeitsverhältnisse", „die dazu führen, dass Individuen in ihrer Präferenzbildung nicht mehr frei sind" (S. 201). Mehr noch: „Gesellschaftliche Dominanz liegt dann vor, wenn es einer gesellschaftlichen oder politischen Elite gelingt, den Präferenzbildungsprozess der Individuen zu kontrollieren oder zumindest zu beeinflussen" (S. 201). Rousseau, den Stoiber ansonsten kritisch beäugt, scheint hier grüßen zu lassen – einst war der Mensch frei, jetzt liegt er in Ketten. Die Textstelle zeugt von einem radikalen individualistisch-atomistischen Verständnis von effektiver Beteiligung. Nur ein atomisierter Bürger – allein auf weiter Flur stehend, ohne Präferenzbeeinflussung durch Parteien, Verbände, Medien, Kirchen, Wissenschaft, Wirtschaft und deren Führungspersonal – wäre demnach bei der Präferenzbildung der ideale Bürger. Das scheint mir eine genauso gesellschaftsfremde Sicht der Dinge zu sein wie Rousseaus Annahme, nur unter solchen Bedingungen könne der Gemeinwille, die volonté générale, entstehen.

Als radikaler Demokratieingenieur erweist sich Stoiber sodann bei der – mitunter apodiktisch wirkenden – Festlegung des je nach Kontext variierenden „notwendigen" Partizipationsbedarfs. Bei Delegation der Entscheidungsfindung und bei Neokorporatismus sei u. a. die Referendumsinitiative die notwendige Partizipationsform. Und das erforderliche Mischungsverhältnis von Repräsentativ- und Direktdemokratie werde von der Informalisierung des Entscheidungssystems „determiniert" (S. 254)! Je mehr Infor-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

malisierung, desto mehr Direktdemokratie. Die reine Westminster-Demokratie hingegen sei mit einfachen repräsentativdemokratischen Beteiligungsformen hinreichend bedient.

Michael Stoiber hat die Ergebnisse des 10-Länder-Pretests nicht mit alternativen Schätzungen der Demokratiequalität abgeglichen und auf mögliche Unschärfen hin untersucht. Diese Weichenstellung sollte rückgängig gemacht werden. Dass ausgerechnet ein Land wie die USA, in dem die Wahlbeteiligung notorisch niedrig ist und in dem die Rassenspaltungen scharf sind, nach Stoibers Messungen zu den allerbesten Demokratien zählen soll, ist befremdlich. Doch die hohe Einstufung der Demokratiequalität in Amerika – und in Großbritannien – spiegelt eine in der Konstruktion der Messlatten angelegte implizite Schieflage zu Lasten von komplexen konsensus- oder konkordanzdemokratischen Strukturen mit enger kontrollierter Staatsbürgerrechtsvergabe wider. Noch gewichtiger für Stoibers Studie ist dies: Amerikas niedrige Wahlbeteiligung und seine in mancherlei Hinsicht defizitäre Partizipationsperformanz – etwa die ausgeprägte Kommerzialisierung von Präsidentschaftswahlen oder von Volksabstimmungen in Kalifornien – passen nicht zur Demokratiequalität im Sinne von Stoiber. Die Demokratiequalität im Sinne effektiver politischer Beteiligung der Individuen wird man ohne Daten zu den Individuen, einschließlich ihrer Wahlbeteiligung oder Nichtwahl, nicht hinreichend erfassen können. Spätestens hier zeigt sich ein Mangel der Demokratiequalitätsmessung, den Stoibers Werk mit etlichen anderen Messungen teilt, beispielsweise des Demokratiebarometers: Sie wollen Demokratiequalität mit Indikatoren hochaggregierter Institutionen und Kontexte erfassen – doch sie ignorieren die Kompetenzen und die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger, aber auch ihre Kompetenzlücken und mangelhafte Partizipationsneigungen. Das Ergebnis ist erstaunlich – und korrekturbedürftig: Die Qualität des Demos spielt bei dieser Erfassung der Demokratiequalität keine Rolle!

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Extremismus in Daten und Trends

Von Jürgen P. Lang

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011 (*Bezugsadresse: http://www.verfassungsschutz.de*), 456 S.

Die gravierenden Pannen bei den Ermittlungen gegen eine im Nachhinein als rechtsterroristisch eingestufte neonationalsozialistische Gruppe aus Thüringen haben im Herbst 2011 eine breite Diskussion über Befugnisse, Struktur, Arbeitsweise, Kompetenzverteilung und Schwerpunktsetzung des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz ausgelöst. Der wohlfeile Vorwurf, die Behörden seien auf dem rechten Auge blind gewesen, verfängt indes nicht. Die Verbote zahlreicher militanter rechtsextremistischer Gruppierungen in den 1990er Jahren waren nicht zuletzt Ergebnis der guten Vorarbeit des Geheimdienstes. Damals hatte man sich allerdings in den Verfassungsschutzberichten schon vorher über die einschlägigen Organisationen informieren können. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) wird jedoch erst im Bericht für 2011 auftauchen. Der Fall offenbart eine Geschichte augenscheinlichen jahrelangen Versagens.[1] Er stellt nicht nur den Einsatz von V-Leuten in Frage, sondern hat auch der Glaubwürdigkeit des Verfassungsschutzes und damit der Berichte massiven Schaden zugefügt. Die Frage „Was fehlt?“ wird die Lektüre mehr denn je begleiten; peinlich berührt den Leser nun der Satz: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar“ (S. 57).

Der Skandal spielt denjenigen in die Hände, die wie Die Linke allsommerlich, anlässlich der Vorstellung der Berichte, gegen eine „Instrumentalisierung“ des Verfassungsschutzes „für parteipolitische Zwecke“ wettern. Dessen Befugnisse müssten eingeschränkt, seine Abschaffung dürfe „kein Tabu sein“.[2] Doch Die Linke argumentiert doppelzüngig, beruft sie sich doch immer dann auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, wenn es um den politischen Gegner auf der anderen Seite des Spektrums geht, namentlich rechtsextremistische Parteien. Der heuchlerische Vorwurf, die Berichte seien ein politisches Instrument, fällt insofern auf Die Linke zurück. Die Partei arbeitet hart daran, den (normativen) antiextremistischen Konsens in Deutschland weiter zu unterminieren und durch einen (politischen) „antifaschistischen“ Konsens zu ersetzen. Dabei geht es ihr offensichtlich nicht um die Bewahrung der Normen und Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates. Die Linke liefert unfreiwillig die Rechtfertigung für ihre Erwähnung in den Berichten, der sie eigentlich den Boden entziehen will.

1 Vgl. den scharfzügigen Artikel von Nils Minkmar, Hauptsache, es macht peng!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 20. November 2011.

2 Katja Kipping, Schluss mit Beobachtung der LINKEN durch Verfassungsschutz, Pressemitteilung v. 1. Juli 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Bericht für 2010 hält an der bewährten Struktur mit den zentralen Kapiteln zu Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus fest. Vorgeschaltet ist ein Abschnitt mit kommentierten Statistiken zur „politisch motivierten Kriminalität". Gesondert werden Ausländer-Extremismus, Spionage und die Scientology-Organisation behandelt. Im Bereich des Rechtsextremismus verzeichnet der Geheimdienst ein Erstarken der „Neonazi-Szene". Dies gilt auch innerhalb der NPD, die organisatorischer Fixpunkt des gesamten Spektrums bleibt. Deren „völkische" und „rassistische" Ideologie liegt nahe am historischen Nationalsozialismus, wenngleich die Funktionäre mehr schlecht als recht bemüht sind, offensichtliche Parallelen zu vermeiden. So tritt der Antisemitismus der NPD zumeist als Antizionismus zu Tage. Den Strategiestreit zwischen Anhängern knallharter Fundamentalopposition und denjenigen, die der Partei mehr Politikfähigkeit abverlangten, konnte die NPD 2010 nicht lösen. Der damalige Parteichef Udo Voigt richtete die NPD ideologisch strikt als Weltanschauungspartei und strategisch als Sammlungsbewegung aus. Der reibungslose Zusammenschluss mit der ohnehin im Zerfall begriffenen DVU scheiterte nicht an der NPD, sondern vor allem am Unvermögen des DVU-Vorsitzenden Matthias Faust. Das „zentrale Gewicht" der NPD „im rechtsextremistischen Lager" (S. 83) stützt die Argumente derer, die nach der Aufdeckung der NSU-Mordserie für ein Verbot der NPD, mithin die Zerschlagung ihrer Strukturen plädieren. Doch der Einwand der Skeptiker, eine solche Maßnahme treibe Rechtsextremisten erst recht in den Untergrund, ist nicht von der Hand zu weisen. Schließlich haben die Vereinsverbote in den 1990er Jahren dazu geführt, dass die – nur schwer zu kontrollierenden – „neonazistischen" Kameradschaften entstanden.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums kann Die Linke als Zentrum des Linksextremismus gelten: Sie „sammelt unter dem Begriff ‚Pluralismus' u. a. solche ‚linken' Kräfte, welche das Ziel einer grundlegenden Veränderung der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung verfolgen" (S. 127). Doch zu einem eindeutigen Befund hinsichtlich des extremistischen Charakters der Linken insgesamt ringt sich der Bericht nicht durch. Erneut ist lediglich von „Anhaltspunkte[n] für linksextremistische Bestrebungen in der Partei" (ebd.) die Rede. Die Zurückhaltung erstaunt insofern, als der Bericht zahlreiche Indizien dafür liefert, dass diese „Bestrebungen" keine Randerscheinungen darstellen. Daneben wird durchaus deutlich: Die Forderung nach einem fundamentalen Umbau des demokratischen Verfassungsstaates erheben nicht nur Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke oder Kommunistische Plattform. Jedoch berücksichtigt auch der Bericht für 2010 nur diese – wie es heißt – „offen extremistischen" Zusammenschlüsse, während andere Strömungen unberücksichtigt bleiben. Außerhalb der Linken befindet sich der „harte" Linksextremismus – wie ihn etwa die heftig um ideologische Aufweichungen streitende DKP verkörpert – seit Jahren im Niedergang. Vielleicht sollte man auch aus diesem Grund das Augenmerk auf „weiche", aber deshalb nicht weniger extremistische Varianten richten. Überhaupt kommen in dem Kapitel zum Linksextremismus die Ideologien zu kurz, zumindest im Vergleich zum Rechtsextremismus und Islamismus. Mit Blick auf Autonome und andere radikale Linke verzeichnet der Bericht – anders als beim Rechtsextremismus – eine steigende Gewaltbereitschaft bei sinkender

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hemmschwelle, Menschen zu verletzen.

Das Kapitel zum Islamismus ist instruktiver und erhellt ein innerhalb der Extremismusforschung noch immer vernachlässigtes Terrain. Dies mag mit der größeren Ex- und Intensität zusammenhängen, in der sich die Verfassungsschutzämter diesem Bereich widmen. Zwei Abschnitte unterscheiden zwischen „internationalem islamischem Terrorismus" und nicht-terroristischem „Islamismus". Von diesem scheint allerdings eine größere Bedrohung der Demokratie auszugehen als von jenem. In Deutschland selbst sei das „islamistisch-terroristische Spektrum" recht „komplex". Gemeinsam sei allen Gruppen und Einzeltätern „die Ausrichtung im Sinne der panislamischen ‚al-Qaida'-Ideologie" (S. 201), ohne dass es organisatorische Anbindungen gebe. Ausführlich widmet sich der Bericht dem terroristischen Netzwerk al-Qaida sowie jihadistischen und salafistischen Gruppierungen. Vor allem das Erstarken des Salafismus birgt offensichtlich eine Gefahr für die freie Gesellschaft. Seine auch hierzulande umtriebigen Anhänger propagieren einen ursprünglichen Islam und „setzen den organisatorischen und personell-strukturellen Rahmen, aus dem die Befürwortung und Ausübung von Gewalt zur Durchsetzung eigener Ziele hervorgehen kann" (S. 231). Im nicht-terroristischen Bereich legt vor allem die von der ägyptischen Muslimbruderschaft kontrollierte Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) großen antidemokratischen Eifer an den Tag. Die Strategie der IGD ziele darauf, „im gesellschaftlichen Umfeld Deutschlands […] eine auch intellektuell-ideologisch führende und im Sinne islamistischer Zielvorstellungen relevante Einflussgröße zu werden" (S. 255). Ideologische Standfestigkeit ist ebenfalls das Credo der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) türkischen Ursprungs. Eine radikale, feindschaftliche Abgrenzung zu Nicht-Muslimen ist ebenso ihr Kennzeichen wie der interne Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Reformer.

Wie so vieles im Leben entfalten Verfassungsschutzberichte erst dann den größten Nutzen, wenn man sich der Grenzen bewusst ist. Die Berichte kommen nicht über die Deskription von Einzelphänomenen hinaus; ihr begrenzter Umfang lässt stets nur ein kursorisches Panoptikum verschiedener Extremismen zu. Querbezüge fehlen völlig. Eine „identitäre Gesellschaft" (S. 65) beispielsweise streben nicht nur Rechts-, sondern auch Linksextremisten und Islamisten an, was bei den beiden Letztgenannten aber nicht erwähnt wird. Notorisch warnt der jeweils diensthabende Innenminister bei der Präsentation vor Gefahren für die Demokratie; doch welche Bedrohungen von den einzelnen Beobachtungsobjekten – so sie denn erwähnt werden – tatsächlich ausgehen, ist in Ermangelung schlüssiger Kriterien Jahr für Jahr ein Rätsel. Auch wird man die interessante Frage, ob und inwieweit der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel die gewonnenen Erkenntnisse beeinflusst hat, von einem Geheimdienst nicht beantwortet bekommen. Fakten sind eine Sache, ihre Bewertungen eine andere, zumal politische Opportunität im Spiel ist: Die Einordnung der Linken etwa differiert zwischen den Verfassungsschutzbehörden zum Teil erheblich. Aller Defizite zum Trotz waren die Berichte jedoch für die Wissenschaft von Wert: Ihr zumindest in letzter Zeit standardisierter Aufbau ermöglichte Vergleiche. Die Verfassungsschutzberichte konnten – ihre „Vollständigkeit" vorausgesetzt – als Seismograph für Entwicklungen über die Jahre hinweg fungieren.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jungsozialisten in der Weimarer Republik

Von Klaus Schönhoven

Franz Walter, „Republik, das ist nicht viel". Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011 (*transcript*), 453 S.

Im Vorwort zu dieser Monographie rechtfertigt der Autor, weshalb er nach rund einem Vierteljahrhundert seine mittlerweile recht bejahrte Göttinger Dissertation und einige in ihrem Umfeld entstandene, in Zeitschriften und Sammelbänden publizierte Beiträge unter einem neuen griffigen Obertitel wiederaufbereitet. Walter erinnert an die mühselige Archivarbeit, die er als Doktorand damals geleistet habe, beklagt sich über das geringe Echo, das seine Kärrnerarbeit in der Fachpresse gefunden hat, und rechtfertigt sein Recyclingprojekt damit, dass unter den heute bei ihm Studierenden die Zahl derjenigen größer geworden sei, die „gern einmal kompakt lesen würden, was der Dozent zum jungen, linken Sozialismus früher erforscht hatte, und was er noch im Jahr 2011 dazu zu sagen habe" (S. 10). Da Franz Walter sich seit einer Reihe von Jahren nicht mehr über eine zu geringe Medienresonanz beklagen kann und die permanente Präsenz in Presse, Funk und Fernsehen zu seinem Markenzeichen als Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung geworden ist, fragt sich der Rezensent seiner alten, mit neueren Lesefrüchten angereicherten Studien zur sozialdemokratischen Parteijugend in der Weimarer Republik, welche seiner Forschungsbefunde aus den 1980er Jahren eine Neuauflage verdienen und wo er selbst nun andere Akzente setzen will.

Der Eindruck, den man bei der Lektüre dieses Buches gewinnt, ist zwiespältig. Nach wie vor dominiert in der Analyse des Weimarer Jungsozialismus bei Walter eine theoriebezogene Perspektive. Akribisch werden die ideologischen Kontroversen, verbandsinternen Konflikte und Richtungskämpfe, die diversen Flügelbildungen und das aggressive Binnenklima in der Nachwuchsorganisation der SPD während der Weimarer Republik behandelt. Und die intellektuellen, mehr oder weniger jungen Vordenker dieser Fehden werden mit spitzer Feder porträtiert. Walters Buch behandelt jedoch nicht, wie der Untertitel behauptet, *Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus*, sondern es konzentriert sich auf die „Parteijugend" der Sozialdemokratie, wie im Vorwort exakt betont wird. Die Jugend außerhalb der SPD bleibt weitgehend ausgeklammert. Auch geht der Autor nicht systematisch auf die programmatischen und politischen Kontroversen der Sozialdemokratie in den Jahren der Weimarer Republik ein, die sich in den internen Auseinandersetzungen der Jungsozialisten vielfach widerspiegelten. Und er verzahnt die Geschichte des Jungsozialismus nur punktuell mit der Geschichte der SPD als Gründungs- und Staatspartei der Weimarer Republik. Der griffige Titel des Buches *Republik, das ist nicht viel* lenkt zudem das Augenmerk recht einseitig auf das jugendliche Unbehagen an der Republik und auf die revolutionäre Ungeduld des linken Flügels der Jungsozialisten. Den zweiten Teil dieses Mottos („Sozialismus heißt das

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ziel“) erwähnt Walter lediglich beiläufig im Text seiner Darstellung, obwohl mit dem vollständigen Zitat nicht nur eine revolutionäre, sondern auch eine reformistische Perspektive begründet werden konnte und auch begründet wurde. So zielte die zähe Alltagsarbeit der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) auf eine soziale Ausgestaltung der Republik und nicht auf den revolutionären Sprung in eine klassenlose Zukunftsgesellschaft. Dass für die SAJ-Führung um Erich Ollenhauer die republikanische Staatsform „einen konstitutiven Bestandteil des Sozialismus“ (S. 169) darstellte, betont der Autor zu Recht in seinem diesem Teil der Proletarierjugend gewidmeten Kapitel.

Ob es während der gesamten Weimarer Periode eine über alle Fraktionsgrenzen hinweg reichende „gemeinsame Grundmentalität“ (S. 339) der Jungsozialisten gab, wie Walter am Ende seiner Analyse als Fazit feststellt, ist anzuzweifeln, rückt man das Konglomerat von ideologischen Strömungen in den verschiedenen sich heftig bekriegenden linken Kleingruppen in das Blickfeld. Genau diese Unterschiede hat der Autor in seinen pointilistischen Nachzeichnungen der diversen Richtungskämpfe immer wieder ausführlich dokumentiert, wenn er etwa das Schisma zwischen dem republikanisch-national eingestellten Hofgeismarer Flügel der Jungsozialisten mit einem „Stamm dreißig dezidierter Linkssozialisten“ (S. 152) aus Hannover minutiös rekonstruiert, den ethisch-sozialistischen Rigorismus der elitären Nelsonianer beleuchtet oder die Radikalisierung des Weimarer Jungsozialismus während der Weltwirtschaftskrise behandelt.

Walter will, wie er einleitend betont, das in der neueren zeithistorischen Forschung eine Hochkonjunktur erlebende Generationsparadigma auf seine Anwendbarkeit testen, wobei sich sein Blick – dies hebt er ebenfalls hervor – jedoch so gut wie ausschließlich auf das Milieu der sozialistischen Jugendorganisationen und damit auf den minoritären Typus einer politischen Peergroup von jungen Erwachsenen richtet. In den aus seinen Analysen abgeleiteten Befunden unterscheidet er zwei Jugendkohorten voneinander: zum einen die noch in den 1890er Jahren und unmittelbar nach der Jahrhundertwende geborenen Front- und Nachkriegsjugendlichen, zum anderen die zwischen 1905 und 1912 geborenen Jugendlichen, die den Ersten Weltkrieg als Kinder erlebt hatten und dann ab der Mitte der 1920er Jahre als Jugendliche politisch aktiv wurden. Ob man zwischen diesen beiden Jugendkohorten einen „tiefgreifenden Generationswechsel“ (S. 155) und gravierende lebensweltliche Unterschiede feststellen kann, ist eine diskussionswürdige These. Doch sie lässt sich aus der Binnenbetrachtung der jungsozialistischen Kleingruppen nur unzureichend untermauern.

Eigentlich hätte der Autor bei einer Bearbeitung seiner alten Publikationen wenigstens hier ein grundsätzliches Kapitel hinzufügen müssen, um die zahlreichen neueren Forschungsbefunde der mit dem Erklärungsansatz Generation argumentierenden Historiker in seine Spezialuntersuchung einzubeziehen. Mittlerweile sind nämlich viele Publikationen über die vor und nach der Jahrhundertwende geborenen Jugendkohorten der Weimarer Republik erschienen. Sie erörtern ausführlich einerseits deren gemeinsame soziale und intellektuelle Prägungen im wilhelminischen Deutschland und andererseits ihren recht unterschiedlichen Umgang mit ebenfalls gemeinsam erlebten Schlüsselereignissen, zu denen beispielsweise die Kriegskatastrophe des Kaiserreichs, das revolu-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tionäre Chaos der Republikgründung oder die Massenarbeitslosigkeit in den frühen 1930er Jahren gehörten. Dass diese beiden Jugendkohorten trotz ihrer besonderen altersspezifischen Konturen keine im Gleichschritt marschierende Schicksalsgemeinschaft waren, sondern politisch sehr unterschiedlich optierten, hätte ein Blick auf die prinzipiellen weltanschaulichen Gegensätze zwischen jungen Kommunisten, jungen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, deren Führungskorps sich nicht zufällig weitgehend aus den Jahrgängen der nach 1890 Geborenen rekrutierte, anschaulich machen können. Die Erfahrungsräume einer Generation spiegelten sich nämlich in ihren fundamentalen Binnendifferenzen wider, die ein ausschließlich auf den jugendlichen Sozialismus zentrierter Blick nicht angemessen erfassen kann, selbst wenn ihr Autor einleitend behauptet, er werde in seiner Studie das „Generations-Prägungs-Paradigma auf seine analytische Brauchbarkeit“ (S. 14) testen.

Blickt man auf die Pioniergenerationen der Arbeiterbewegung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, so waren sie von ihrer Milieuzugehörigkeit und ihrer Jugendlichkeit gleichermaßen geprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg vollzog sich offenkundig ein von Walter kaum thematisierter Wandel: Die SPD und die Gewerkschaften büßten ihre Jugendlichkeit mehr und mehr ein. Zugleich öffnete sich eine mentale Kluft zwischen den Generationen. Den zumeist in der Reichsgründungszeit geborenen Partei- und Gewerkschaftsführern, die oft bis 1933 an der Spitze der Organisationen standen, fehlte es vielfach an Verständnis für die besonderen Probleme der Krisenjugend der Weimarer Republik. Es entstand ein zwischen generationellen und sozialen Erfahrungen zu verortender Antagonismus in der Arbeiterbewegung, dessen organisatorische, politische und ideologische Dimensionen diese Monographie leider nicht systematisch in das Blickfeld rückt: Der Generationenkonflikt und seine unterschiedlichen Ausdrucksformen in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist kein zentrales Thema. In welch unterschiedlichen Varianten der Immobilismus der gealterten Sozialdemokraten und der Aktivismus ihrer jungen Parteigenossen in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren aufeinander prallten, könnte man paradigmatisch an den Biographien der drei ersten Vorsitzenden der SPD nach 1945 belegen: Kurt Schumacher (geb. 1895) war am Ende der Weimarer Republik ein militanter sozialdemokratischer Republikaner im Reichstag; Erich Ollenhauer (geb. 1901) kämpfte bis 1933 als parteiloyaler Vorsitzender der SAJ für eine stärkere Hinwendung der SPD zur Jugend; Willy Brandt (geb. 1913) wandte sich 1931 von der aus seiner Sicht erlahmten Sozialdemokratie enttäuscht ab und trat zur linkssozialistischen SAP über. Derartige vergleichende Beobachtungen vermisst der Leser ebenfalls in diesem Buch, in dem Walter zu wenig Neues bietet, um eine Wiederaufbereitung seiner alten Schriften zu rechtfertigen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vordenker der Neuen Rechten

Von Michael Ploenus

Karlheinz Weißmann, Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011 (*Edition Antaios*), 312 S.

Der 1920 in Basel geborene und 2003 in München verstorbene Publizist Armin Mohler gehörte zu den wichtigsten und einflussreichsten, aber auch eigenwilligsten und streitbarsten rechtsintellektuellen Köpfen der alten Bundesrepublik. Als der 75jährige Mohler in einem Interview freimütig, wiewohl typisch provozierend bekannte, ein Faschist zu sein (im Sinne von José Antonio Primo de Rivera)[1], durften sich scheinbar all jene bestätigt fühlen, die in ihm schon immer einen NS-Apologeten gesehen hatten – einen rechten Querkopf, der schließlich bei verfassungsfeindlichen Positionen angelangt war.[2] Andere dagegen würdigten ihn als einen anregenden Essayisten oder, wie Alfred Andersch, schlicht als den „besten Schreiber der Rechten" (S. 7). Man müsse sich ihn als „streitlustigen Kobold" vorstellen, meinte Alexander Kissler gar im Nachruf der *Süddeutschen Zeitung*, „der, furiengleich, die Aufklärung vor sich her trieb".[3]

Wenn nun mit Karlheinz Weißmann ausgerechnet der wichtigste und bekannteste Mohler-Schüler eine Biographie seines geistigen Ziehvaters vorgelegt hat, darf das zumindest in einem ersten Reflex misstrauisch machen. Denn Weißmann ist im doppelten Sinne Nachlassverwalter. Zum einen gilt er als spiritus rector[4] einer politisch zwar marginalisierten, publizistisch aber äußerst vitalen Neuen Rechten, die Mohler als einen ihrer Vordenker und Gründerväter in kritischen Ehren hält. Zum anderen ist er ein intimer Kenner des umfangreichen Mohlerschen Nachlasses, den er als Vertrauter der Familie für das Marbacher Literaturarchiv vorgeordnet und zu dem er einen mehr oder minder privilegierten Zugang hat.[5]

Um das Fazit vorwegzunehmen: Weißmann ist eine vorzügliche und gut belegte Einführung in die Lebens- und Denkwege Armin Mohlers gelungen. Das Buch ist wohltuend eingängig geschrieben, von erkennbarer, aber doch zurückhaltender Sympathie getragen und dabei keineswegs unkritisch. Die Biographie profitiert vom stupenden Kenntnisreichtum seines Autors. Das gilt nicht allein mit Blick auf Mohlers Existenz

1 Vgl. „Ich bin ein Faschist", in: Leipziger Volkszeitung v. 25./26. November 1995.
2 Vgl. Thomas Willms, Armin Mohler. Von der CSU zum Neofaschismus, Köln 2004.
3 Alexander Kissler, Die Ordnung des Lebens. Armin Mohler, der „konservative Revolutionär", ist gestorben, in: Süddeutsche Zeitung v. 10. Juli 2003.
4 Vgl. Karlheinz Weißmann, Unsere Zeit kommt. Im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2006, S. 13.
5 Das betrifft zumindest den ausführlich zitierten Briefwechsel mit Mohlers Schweizer Jugendfreund Hans Fleig, der, laut persönlicher Auskunft Weißmanns, vorerst für die Öffentlichkeit gesperrt bleibt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„zwischen Büchern und Bildern, persönlichen Kontakten und Auseinandersetzungen um theoretische Fragen“ (S. 10), sondern vor allem hinsichtlich der weit verzweigten (Ideen-, Rezeptions- und Organisations-)Geschichte des modernen europäischen Konservativismus. Als politische Biographie annonciert, konzentriert sich der Text konsequent auf den geistigen Werdegang und das publizistische Werk Mohlers und hält sich ansonsten vornehm zurück, was angesichts Mohlers notorischer Streitlust und seiner Kompromisslosigkeit in politischen und theoretischen Fragen, die zu einigen Zerwürfnissen führten, fast schon bedauerlich ist. Die „Kammerdienerperspektive“ ist Weißmanns Sache aber nicht.

Die entscheidenden Stationen des Mohlerschen Lebensweges sind nicht ganz unbekannt. Nicht zuletzt hat Mohler selbst quer durch sein Werk immer wieder nachwirkende Erlebnisse und prägende Begegnungen ausführlich geschildert. Weißmann folgt in den 14 Kapiteln seiner konventionell, sprich: überwiegend chronologisch angelegten, Biographie diesen Stationen. Am Anfang stehen die beschaulichen und behüteten Baseler Jahre, in denen der junge Beamtensohn linke Zirkel frequentiert und „sich rasch Jargon und Attitüden der linken Intelligenz“ (S. 20) aneignet, gleichsam in einer jugendbewegten „Wendung gegen die bürgerliche Sattheit und Selbstzufriedenheit“ (S. 20). Allerdings ist der junge Mohler auch von einer diffusen Sehnsucht nach Monumentalität erfüllt, nach Größe, die ihm die kleine Schweiz nicht bieten kann. Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 bewegt den 21-Jährigen in einem von ihm nie ganz aufgeklärten Affekt, die Grenze illegal zu überschreiten, um sich der Waffen-SS anzudienen. Das Unterfangen scheitert. Der nachhaltige Eindruck aber, den die zeitgleiche Lektüre Ernst Jüngers, Ernst Niekischs, Thomas Manns oder Oswald Spenglers auf ihn macht und damit verbunden das Interesse an „konservativ-revolutionärem“, also nichtnationalsozialistischem Denken der Weimarer Zeit, münden nach der Rückkehr in die Schweiz in die legendäre Dissertation über *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932*, die bis heute als Standardwerk gilt.[6] Mohler bleibt für viele Jahrzehnte ein „Gefangener“ seiner Doktorarbeit. Zwischen 1949 und 1953 ist Mohler persönlicher Sekretär bei seinem erklärten Idol Ernst Jünger. Prägend für ihn wird außerdem der bedeutende, wiewohl nationalsozialistisch „kontaminierte“ Staatsrechtler Carl Schmitt, zu dem der Nichtjurist Mohler viele Jahre engen persönlichen Kontakt hält und als dessen Schüler er sich begreift.[7]

Diese wie andere Verbindungen bleiben allerdings intellektuell wie persönlich nie spannungs- und bruchfrei, wie Weißmann eindrücklich schildert. Mohlers brillante, wiewohl spitze Feder wird dennoch goutiert und umworben – Ausdruck einer pluralistischen deutschen Diskussionskultur in den 1950er Jahren. Zwischen 1953 und 1961 arbeitet Mohler für die Schweizer Zeitung *Die Tat* und die Hamburger *Die Zeit* als Korre-

6 Vgl. zuletzt Armin Mohler/Karlheinz Weißmann, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 6. völlig überarb. u. erw. Aufl., Graz 2005.

7 Vgl. Carl Schmitt – Briefwechsel mit einem seiner Schüler, hrsg. von Armin Mohler, Berlin 1995.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

spondent in Paris. Er ist angetan von Charles de Gaulle und dem Gaullismus, als dessen leidenschaftlicher, wenngleich kritischer Verfechter er in Deutschland bekannt wird.[8] Ebenso fasziniert ihn die französische Rechte, die er eingehend studiert und über die er publiziert.[9] Nach seiner Rückkehr findet er ein neues Betätigungsfeld zunächst als Sekretär, dann als Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München, für die er, bis zu seiner Pensionierung 1985, prominent besetzte und weithin respektierte Vortragsreihen organisierte. Nebenher ist er als Briefeschreiber, Journalist, Publizist, Rezensent, Buchautor und Netzwerker aktiv. Mohler ist eigensinnig bis zur Sturheit, alles andere als ein diplomatischer Charakter. Im Alter verschärfte sich dieser Wesenszug noch und führte ihn in der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheitsfixierung „bis an die Grenze ‚negationistischer' Thesen" (S. 221). Seine zahllosen Aufsätze, Artikel, Rezensionen und Vorträge zeugen immer wieder von recht eigenwilligen politischen und theoretischen Überlegungen, die ihn auch im konservativen Lager bisweilen zu einem Einzelgänger machen. Alle Ausflüge in die Politik, alle Versuche, die konservative bzw. neue rechte Intelligenz der Bundesrepublik auf irgendeine Weise einflussreich zu organisieren, scheitern meist schon im Ansatz. So gelingt es ihm auch nicht, Franz Josef Strauß, für den er zeitweilig Reden schreibt, auf seine „gaullistische" Linie zu bringen. Letztlich bleibt es bei einem vorwiegend literarischen Kampf gegen die „liberale Dekadenz", gegen den „Nasenring" der deutschen Vergangenheitsbewältigung[10] und den kompromisslerischen „Gärtnerkonservatismus" im eigenen weltanschaulichen Lager, bleibt es bei publizistisch losen Zusammenhängen, von Caspar von Schrenck-Notzings *Criticón* über die von Hans-Dietrich Sander herausgegebenen *Staatsbriefe* bis hin zur *Jungen Freiheit*; Zusammenhängen, in denen er als „kluge Spinne im neurechten Netz" (S. 215) agiert, so Peter Glotz.

Breiten Raum räumt Weißmann Mohlers unermüdlichen Überlegungen ein, wie eine konservative oder rechte Position in einer modernen, vom technologischen Wandel erfassten Welt überhaupt noch zu formulieren und zu bestimmen sei. Grundsätzlich neuem Denken und Ansätzen aufgeschlossen, mied Mohler „die Gäste im ‚Grandhotel Abgrund' und bewahrte sich die Hoffnung, dass es unter allen Umständen möglich sei, auf die Substanz zurückzugreifen. Das war der rote Faden seiner Beschäftigung mit Kunst und Literatur, Politik und Geschichte. Das war die Hoffnung, die er immer in eine ‚Konservative Revolution' gesetzt hatte. Das erklärt, warum seine Bücher und Essays bis heute Leser haben" (S. 232).

Weißmann ist eine, wie angemerkt, überaus lesenswerte und anregende Einführung in das Mohlersche Leben und Denken gelungen, auch wenn sie eine distanzierte wissenschaftliche Biographie, die zugleich die komplexe Geschichte konservativen bzw.

8 Vgl. Armin Mohler, Die Fünfte Republik. Was steht hinter de Gaulle?, München 1963.
9 Vgl. ders., Die französische Rechte. Vom Kampf um Frankreichs Ideologiepanzer, München 1958.
10 Vgl. ders., Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer, korrig. Neuaufl., München 1996.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

neurechten Denkens nach 1945 problematisiert und ebenso ausführlich wie kritisch mit erzählt, nicht ersetzt. Zu oft bleibt etwa die substantielle Kritik an Mohlers vielen provokanten Einlassungen nur angedeutet und wird nicht ausführlich gewürdigt, wie es angemessen gewesen wäre. Hier zeigt sich Weißmann dann eben doch als ein Parteigänger Mohlers, wiewohl keineswegs als unkritischer.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Veteranen der Waffen-SS in der HIAG

Von Hajo Funke

Karsten Wilke, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) 1950-1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 464 S.

Die von Karsten Wilke 2010 an der Universität Bielefeld eingereichte historische Dissertationsschrift ist eine Fundgrube für Politik und Mentalität der Veteranen der Waffen-SS. Der Autor konnte auf den Aktenbestand des ehemaligen Bundesvorstands des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V.", die verschiedenen Zeitschriften wie *Der Ausweg* zu Beginn der 1950er Jahre, den *Wiking-Ruf* (1951 bis 1958) und das bis ins neue Jahrhundert reichende Periodikum *Der Freiwillige* zurückgreifen sowie auf die Fotosammlung Kurt Meyers, des sogenannten „Panzermeyers", der für die frühe Formierung der „Hilfsgemeinschaft" von besonderer Bedeutung war.

Karsten Wilke sieht die Gefahr, mit der Auswahl der Akten die (Binnen)Perspektive der Klientel zu reproduzieren – dies auch deshalb, weil der benutzte Aktenbestand erhebliche Lücken aufweist, Wilke aber auf einer solchen Binnenperspektive in seiner Dissertation besteht und untersucht, wie „Hilfsgemeinschaft" und gesellschaftliche sowie politische Prozesse interagiert haben. Er fragt, welche Auswirkungen die Debatten zum Nationalsozialismus für die gesellschaftliche Einordnung der „Hilfsgemeinschaft" hatten und welche internen Diskussions- und Entscheidungsprozesse angesichts einer Sozialisation erfolgten, die Mitglieder bis 1945 in der SS durchlaufen hatten. Und: Gelang es der „Hilfsgemeinschaft", nationalsozialistische Deutungsmuster in den demokratischen Staat zu überführen? – Dies ist eine gewiss zugespitzte, ja paradox anmutende Untersuchungsperspektive nach dem Nationalsozialismus eines beträchtlichen Teils der „Hilfsgemeinschaft" *und* demokratischer Integration.

Die im ersten Kapitel nachgezeichnete Phase der Auseinandersetzung bis zur Gründung der „Hilfsgemeinschaft" Ende der 1950er Jahre rekonstruiert Radikalität und Spannungen der Veteranen der Waffen-SS. Der Autor zeigt, wie in Hamburg, in Südniedersachsen, im Osnabrück-Nordrheinwestfälischen oder in bayrischen Regionen Gruppen sich in der ideologischen und rituellen Tradition der Waffen-SS zu organisieren versuchten – mit jeweils einiger demokratischer Camouflage. So hatte sich unter der Leitung des früheren Kommandeurs der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen" und der 1.-SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler", Otto Kumm, in Hamburg schon 1948/49 ein erster regionaler Landesverband der „Hilfsgemeinschaft" mit – angeblich – 500 Mitgliedern gegründet. Ähnliche Zusammenschlüsse in Nordniedersachsen, Schleswig-Holstein und in Südniedersachsen folgten. Während der Hamburger Verband einen Nationalsozialismus auf europäischer Grundlage wollte, votierten andere für eine dezidiert antikommunistische Ausrichtung – beide mit abendländisch-europäi-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schem Anspruch und der Vorstellung der Waffen-SS als Avantgarde der europäischen Einigung.

Die Nachzeichnung dieser 1950er Jahre liest sich wie ein Versuch der Veteranen-Formationen der Waffen-SS einschließlich vieler aus den Konzentrationslager-Wachmannschaften aus den SS-Totenkopfverbänden, in taktischen Spielen so wenig wie möglich von der alten Identifizierung mit ihrer Ideologie und ihren Vergemeinschaftungsritualen aufzugeben – um als durchaus politisch interessierter Verband zu überleben, zugleich die Rentenansprüche zu verbessern und die Strafverfolgung zu diskreditieren. Ja, es gelang ihnen, mit Vertretern der beiden großen Parteien, der Union wie der SPD, sich im Austausch zu halten und eine informelle Große Koalition der Zurückhaltung zu erreichen. Noch blieben Konflikte weitgehend intern, so der Konflikt um die SS-Totenkopfverbände, als nämlich ein ehemaliger Angehöriger der 13. SS-Totenkopfstandarte, Hans Stange aus dem Landesverband Hamburg, das Amt eines dritten Bundessprechers übernommen hatte und mit Max Simon ein ehemaliger Kommandeur der 16. SS-Panzerdivision „Reichsführer-SS“ und Vertrauter des für die Konzentrationslager zuständigen Theodor Eicke für eine Denkschrift als Experte für die Belange der Totenkopfverbände vorgeschlagen worden war.

Öffentlich wird diese mentale Verankerung erst im Zuge der internationalen Debatte um den Antisemitismus während der „Schmierwelle“ Ende der 1950er Jahre. Da erschien es dem damaligen Repräsentanten der „Hilfsgemeinschaft“, Kurt Meyer, nötig, sich nach außen vom NS-Antisemitismus und der Ermordung der Juden zu distanzieren, zumal bekannt wurde, dass eine Reihe von Mitgliedern der „Hilfsgemeinschaft“ sich in die damals tonangebende rechtsextreme Partei, die Deutsche Reichspartei, eingegliedert hatten. Diese Tendenzen verweisen auf das Konzept der „Hilfsgemeinschaft“, sich den neu geschaffenen Institutionen anzupassen und zugleich ein Optimum der eigenen Vorstellungen in Gesellschaft und Politik unterzubringen – gewissermaßen ein Ritual- und Ideologieverein von Veteranen mit erheblichem gesellschaftlichen Anspruch.

Wie stark dieser Anspruch auch innen verankert war, belegt der Autor in seinem umfangreichen zweiten Kapitel zur Vergemeinschaftung unter den Veteranen der Waffen-SS, ihrer Symbolik, ihrer sprachlichen Codes und ihrer Ritualpraxis. Er klärt den Leser eindrucksvoll darüber auf, wie sich die Veteranen der Waffen-SS als Opfergruppe inszenierten und zugleich im Bild eines Wikinger-Schiffs ein breites Spektrum ehemaliger nationalsozialistischer SS-Verbände symbolisch zu rehabilitieren versuchten.

Bis in die 1970er Jahre hinein gelang dies, ehe die „Hilfsgemeinschaft“ in die Defensive zu geraten begann – und *in der Defensive* blieb. Erst jetzt – mit der Ostpolitik wie mit der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ und schließlich der umkämpften Ehrung von SS-Symbolen am 5. Mai 1985 durch Helmut Kohl und den US-Präsidenten Ronald Reagan kam es – dies zeichnet der Autor minutiös nach – zu einer solchen öffentlichen Debattenwucht, dass in diesem Kontext sich in der „Hilfsgemeinschaft“ Auflösungserscheinungen zeigten. Von zentraler Bedeutung hierfür war das Ende jener informellen Großen Koalition einer gewissen Hinnahme der „Hilfsgemeinschaft“ in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, aber auch die Weiterentwicklung der Geschichtswissen-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schaft, die nun etwa mit Bernd Wegners Buch *Hitlers politische Soldaten* den Kern der Identifizierung mit der nationalsozialistischen Politik bei einem beträchtlichen Teil der „Hilfsgemeinschafts"-Mitglieder freilegte.

Karsten Wilke weist nach, wie sehr eine solche nach innen nahezu hermetisch erscheinende Ideologie- und Ritualgemeinschaft sich zunächst halten konnte, aber angesichts der Intensität der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik immer mehr unter Druck geriet. (Ein Vergleich mit der österreichischen politischen Kultur der Traditionsverbände würde den Unterschied in der Interaktion zwischen Traditionsverbänden und gesellschaftlich-politischen Diskursen noch schärfer profilieren können.) „Defensive" und „Niederlage" zeichnen sich ab, nachdem die entscheidende Phase der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen Ende der 1970er Jahre die Bundesrepublik erfasste – zunächst mit der Ausstrahlung des Films „Holocaust" und der unvergleichlich intensiven Debatte hierüber, sodann mit dem Ereignis von Bitburg und der faktischen Aufkündigung der Integration (partiell) „revisionistischer" oder nationalsozialistischer Argumentationsfiguren durch die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985. Wenig später (Anfang der 1990er Jahre) hatte sich der Verband aufgelöst.

Karsten Wilkes Dissertation ist eine abgründige Fundgrube für Grad und Ausmaß an SS-Traditionen der HIAG. Ihre bundesrepublikanische Verlaufsgeschichte ist in einem gewissen Sinne ein Indikator für Intensität und Erfolg der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in 40 Jahren der alten Bundesrepublik. Allerdings: Der Autor hat sich auch immer wieder, wie er in seiner Einleitung befürchtete, in der Binnenperspektive verfangen. So, wenn er dem ehemaligen Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS, Karl Wolff, seine – angeblichen – Verdienste als Moderator, die er sich schon im Umfeld Himmlers erworben hätte, kommentarlos mit-attestiert und ihm deswegen (aus der Binnenperspektive) als einen geeigneten Schlichter für die Etablierung des Verbands in Hessen beschreibt. Ebenso sind Zweifel angebracht, die 1950er Jahre als Erfolgsgeschichte in Sachen Integration zu begreifen. Denn letztlich zeigt die Präsentation der Ergebnisse mit aller Wucht, dass die Integration von nationalsozialistischer Ideologie und westdeutscher Nachkriegsdemokratie in diesem Fall (glücklicherweise) gänzlich misslungen ist.

Wenn der Autor von gelungener demokratischer Integration der Hilfsgemeinschaft am Ende der 1950er Jahre spricht und Norbert Freis Diktum verwirft – die Abgrenzung gegenüber nationalsozialistischen Kerngruppen habe eine zentrale Voraussetzung für den Aufbau der Demokratie gebildet –, dann fragt sich eben doch, ob bei dem Autor *demokratische Integration* sehr viel mehr ist als das jeweilige opportunistische Arrangement mit der neuen Ordnung, nicht zuletzt zwecks Sicherung der Renten und vor Strafverfolgung. Mit Demokratie, wie sie durch den Parlamentarischen Rat mit dem Grundgesetz verabschiedet worden ist, hat der so profund beschriebene Verein in seinem radikalen Antisemitismus, seinen vielfältigen rechtsextremen Verbindungen und seiner SS-Traditionspflege das Allerwenigste zu tun. Die Schwäche dieser Veröffentlichung liegt darin, den Demokratiebegriff theoretisch und analytisch nicht angemessen zu fassen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aufbruch in die Stagnation

Von Marc-Dietrich Ohse

Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 440 S.

„Selten war so viel Aufbruch und so wenig Ankunft" (S. 419). So resümiert der Berliner Historiker Stefan Wolle das zweite Jahrzehnt der DDR zwischen dem Mauerbau und der Entmachtung von Staats- und Parteichef Walter Ulbricht. Diese Periode sei „die reformreichste Zeit in der Geschichte der DDR" gewesen, urteilt der Autor, an ihrem Ende habe Ulbricht trotz des Scheiterns seiner Reformvorhaben „auf dem Höhepunkt seiner Macht" gestanden (S. 398). Wolles farbenprächtige, facettenreiche Darstellung dieses vergeblichen „Aufbruchs nach Utopia" ist der zweite Band seiner Trilogie über „Alltag und Herrschaft in der DDR". Bereits 1998 erschien unter dem Titel *Die heile Welt der Diktatur* der Band über die Ära Honecker, der über das erste Jahrzehnt des SED-Staates steht noch aus.

Anders als in *Die heile Welt der Diktatur* vertieft Wolle nicht erneut grundsätzliche Fragen des Herrschaftssystems und der Herrschaftsmechanismen, von DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft im Allgemeinen. Vielmehr beschreibt er die ostdeutsche Entwicklung der kommunistischen Utopie einer „sozialistischen Menschengemeinschaft" – so der Ulbricht-Terminus. Diese Darstellung bettet der Autor in den internationalen Kontext ein, wobei er insbesondere innerdeutsche Bezüge berücksichtigt, seinen Blick aber auch auf die sozialistischen Nachbarn, speziell auf die ČSSR wirft, die zur selben Zeit ebenfalls einen tiefgreifenden Reformprozess durchlebte.

Der sozialistische Alltag im Allgemeinen erschließt sich vor allem über kräftige Stimmungsbilder. Diese findet Wolle in einschlägigen Akten, in Anekdoten und Witzen wie auch und vor allem in der Literatur, in Theater und im Film, also in Werken der zeitgenössischen Kunst, der die Kommunisten für die Formulierung ihrer Utopie wie für die Entfaltung der „sozialistischen Menschengemeinschaft" einen besonderen Stellenwert zuschrieben. Dadurch bleibt allerdings der Alltag in der Arbeitswelt wie in der Freizeit weitgehend verschlossen. Als Milieu rückt die „sozialistische Intelligenz" in den Mittelpunkt der Darstellung, während die Arbeiterschaft wie die Residualbereiche des Bildungsbürgertums und insbesondere die der Kirchen kaum Beachtung finden. Dabei hätten sich an einzelnen Stellen durchaus verallgemeinernde Parallelisierungen angeboten, etwa wenn Wolle die politische Stimmung an den Universitäten im Kontext der 3. Hochschulreform anhand eines Berichtes über Theologiestudenten wiedergibt. Die darin niedergelegte Einschätzung der SED, dass nur eine Minderheit der Studierenden zu ihrer Gefolgschaft zu rechnen und eine ebenso kleine Minderheit als Dissidenten

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zu betrachten seien, während den Großteil „politisch Desinteressierte, Indifferente“ (S. 310) bildeten, trifft auch für den Rest der DDR-Bevölkerung zu.

Dessen ungeachtet gelingt es Wolle, den Rahmen für den Wandel in der geschlossenen Gesellschaft, welche die DDR vom 13. August 1961 an bildete, sehr anschaulich darzustellen. Der Handlungsdruck, der auf der SED wegen der krisenhaften Entwicklung ihres Staates Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre lastete, wird ebenso deutlich wie die „spezifische Gefühlslage“ (S. 110) eines ungebremsten Fortschrittsoptimismus, der nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasste. Dieser „Hybris der totalen Veränderbarkeit der Welt“ (S. 111) waren damals wohl alle industrialisierten Gesellschaften der östlichen wie der westlichen Hemisphäre erlegen. Die SED jedoch bezog diesen Gestaltungswahn immer auch auf den Menschen, er führte in der DDR zu einer „umfassenden volkspädagogischen Bevormundung nicht nur der Jugendlichen“ (S. 45).

Auf dieser Grundlage entfaltet Wolle sein mit Empathie für die Betroffenen grundiertes Panorama des breit angelegten gesellschaftlichen Reformversuchs, den Ulbricht zwei Jahre nach dem Mauerbau begann, der aber bereits 1965 mit dem sogenannten „Kahlschlag-Plenum“ des SED-Zentralkomitees scheiterte. Wenngleich die DDR in einigen Bereichen, etwa in der Technik und im Konsum, durchaus Fortschritte verzeichnen und in anderen, wie dem Städtebau, gar den „Anschluss an die internationale Moderne“ (S. 157) finden konnte, so litten doch alle Reformvorhaben an dem prinzipiellen Mangel, dass „die von Stalin geschaffenen Machtstrukturen […] im Kern bis zum Ende der kommunistischen Diktaturen, auch in der DDR“ (S. 130) erhalten geblieben sind.

Den Reform- und Wandlungsprozessen in der DDR-Gesellschaft wendet Wolle sich nach zwei Kapiteln über den Mauerbau und dessen Vorgeschichte in zehn Abschnitten zu. Im dritten Kapitel skizziert der Autor unter der Überschrift „Unsere Welt von morgen“ die Grundlagen für die Reform- und gleichzeitigen Abgrenzungsversuche der SED in den 1960er Jahren. Bereits hier deutet er an, dass es der Partei kaum gelang, die Menschen für sich zu gewinnen. In den beiden folgenden Kapiteln zeichnet Wolle die Wirtschaftsreform des „Neuen Ökonomischen Systems“, den kulturellen Aufbruch zwischen 1963 und 1965 sowie den – nur zum Teil von oben gesteuerten – gesellschaftlichen Wandel in der DDR nach. Folgte dieser in einigen Bereichen, wie der Entwicklung des Konsums und der Jugendkultur, internationalen, vor allem westlichen Trends, so war die Wirtschaftsreform der Notwendigkeit geschuldet, die krisenanfällige DDR-Ökonomie zu stabilisieren.

Aus Angst vor grundlegenden Eingriffen in ihr Herrschaftssystem verpasste die SED jedoch die Chance, die Schwächen sozialistischen wie kapitalistischen Wirtschaftens zu korrigieren, weil dies Freiheit und Mitbestimmung erfordert hätte: „Dieser Mut zur realen Utopie aber fehlte damals“ (S. 154) – anders als in der Tschechoslowakei, wo wenig später genau dies versucht wurde. Stattdessen lief die SED in die Falle ihrer eigenen Utopie, die Ware wurde fortan zum „Fetisch im Sinne der marxistischen Theorie, eine Projektionsfläche für die Leistungsfähigkeit des sozialistischen Sys-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tems“ (S. 189). Der Slogan „Überholen ohne einzuholen“ holte am Ende die SED selbst ein.

Auch in der Kultur- und Jugendpolitik ruderte die Partei bald wieder zurück. Dem kulturellen „Kahlschlag“ des 11. ZK-Plenums im Dezember 1965 entsprach das rigorose Vorgehen gegen jede Form jugendlichen Nonkonformismus, wobei „allgemeine Kriminalität und staatsfeindliche Handlungen in einen Topf geworfen“ (S. 208) und mit „vagen Moralbegriffen“ (S. 211) abstrakte sozialistische Normen konstruiert wurden. An dieser Stelle fehlt leider der Hinweis darauf, dass die jugendpolitischen Restriktionen bereits im Vorfeld des „Kahlschlag-Plenums“ begannen. Ebenso unterbleibt ein Ausblick auf die Strafrechtsreform von 1968, der gezeigt hätte, dass nicht allein das Ministerium für Staatssicherheit politisch abweichendes Verhalten im SED-Staat sanktionierte. Überhaupt klammert Wolle die Justiz aus, obwohl diese ebenfalls ein Jahrzehnt zahlreicher Reformen mit fortschrittlichen Regelungen im Familienrecht einerseits und einem verschärften politischen Strafrecht andererseits durchlebte.

Nach einem knappen Ausflug in die stagnierenden innerdeutschen Beziehungen, bei dem Wolle die Notwendigkeit und Verdienste der Bonner Neuen Ostpolitik herausstreicht, widmet der Autor sich in den nächsten drei Kapiteln Kunst, Kultur und Wissenschaft. Hier gelingt es ihm am besten aufzuzeigen, auf welch schmalem Grat zwischen Anpassung und Aufbegehren die Ostdeutschen im Alltag wanderten. Dabei verdeutlicht der Autor, dass jedem Zurückstecken gegenüber der SED „ein gutes Stück verständlicher Opportunismus und viel taktisches Kalkül“ (S. 299) innewohnten. Zudem sei die Anpassung vieler Intellektueller deren anhaltender Illusion geschuldet gewesen, trotz aller Fehler stelle die DDR „das bessere Deutschland“ und der Sozialismus „das bessere System“ (ebd.) dar. Wie weit die breite Mehrheit der DDR-Bevölkerung solchen Vorstellungen nachhing, fragt Wolle leider nicht. Allerdings unterstreicht er hier wie später im Kontext der Niederschlagung des Prager Frühlings, welchen Wert jede einzelne Verweigerungshandlung im SED-Staat gehabt habe: „Für die Diktatur ist der Widerspruch einer Minderheit, selbst eines Einzelnen unerträglich“ (S. 383). Indem die SED stets nur nach Zustimmung heischte und dadurch jede Gegenstimme „unangemessen“ (ebd.) aufwertete, lief die Partei hier ebenfalls in die Falle ihrer Utopie einer – auch in Meinungsfragen – nivellierten Gesellschaft.

Mit den Prager Reformversuchen und anderen linken Ansätzen gesellschaftlichen Wandels (auch im Westen) befasst Wolle sich ausgiebig in den letzten drei Kapiteln, die „1968“ gewidmet sind. Im Osten wurde damals mit der Niederschlagung des Prager Frühlings die kommunistische Utopie erledigt, erwies sich das sozialistische System als reformunfähig, begann der „Aufbruch in die Stagnation“ (S. 381). Obwohl die Reformvorhaben in Prag wie – wenngleich ganz anders gelagert – in Ost-Berlin scheiterten, erschienen die 1960er Jahre „im Vergleich zu dem ideenlosen Fortwursteln“ unter Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker „als eine Zeit des Aufbruchs zu neuen Ufern“ (S. 396 f.), lautet Wolles Fazit.

Einzelne Aspekte, etwa die Gründe für das Scheitern der Wirtschaftsreformen oder den Wandel von der offenen zur schleichenden Repression, zur „Zersetzung“, hätte der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autor vertiefen sollen, andere Facetten des Wandels durch Tabellen, wie in seinem Band über *Die heile Welt der Diktatur*, oder durch Grafiken illustrieren können. Auch eine Auswahlbibliografie und eine Chronik wären vor allem für jene Leserinnen und Leser hilfreich gewesen, die mit der DDR-Geschichte nicht näher vertraut sind. Gerade ihnen vermag Stefan Wolle durch seine eingängige Sprache und lebendige Darstellung den Wandel der DDR-Gesellschaft im Jahrzehnt nach dem Mauerbau zu erschließen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kurzbesprechungen

Gabriele Abels (Hrsg.), Deutschland im Jubiläumsjahr 2009. Blick zurück nach vorn, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 276 S.
Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 454 S.

20 Jahre nach dem Mauerfall wurde vielfach Bilanz gezogen. Während sich der von Kollmorgen, Koch und Dienel herausgegebene Band mit den Reflexionen und Standpunkten über Ostdeutschland seit der deutschen Einheit auseinandersetzt, geht der von Abels herausgegebene Band auf zentrale Jubiläen ein. Die Autoren berücksichtigen „[n]icht nur rühmliche, sondern auch unrühmliche Gedenktage" (S. 9). Anhand von historischen Wegmarken wie 90 Jahre Einführung des Frauenwahlrechts, 70 Jahre Überfall auf Polen, 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik, 40 Jahre nach dem Ende der ersten Großen Koalition 1969 und 20 Jahre nach dem Mauerfall analysieren die Beiträge die Entwicklung der deutschen Geschichte aus zeitgeschichtlicher, juristischer, soziologischer und politologischer Sicht. Parallel dazu werden die drei Themen Europäisierung, Globalisierung, gesellschaftliche Modernisierung erörtert und als wesentliche Einflussfaktoren für Kontinuität sowie Wandel der Bundesrepublik hervorgehoben: „Es ging darum, den Blick dafür zu nutzen, den Blick nach vorne zu öffnen" (S. 10). Dies ist den Autoren alles in allem gelungen, wenngleich lediglich ein Ausschnitt aus zahlreichen Entwicklungen gegeben wird, der belegt, dass die Bundesrepublik in die Jahre gekommen ist.

Innerhalb der Verfassung, Europapolitik und Sozialstaatlichkeit wird auf eine ausgeprägte Beständigkeit verwiesen. Neuakzentuierungen betonen die Autoren beim Demokratieverständnis „von einer repräsentativen Parteiendemokratie zu einer zivilgesellschaftlich verfassten politischen Gemeinschaft" (S. 162), beim Parteiensystem, in dem neue koalitionspolitische Strategien beobachtbar seien sowie bei der Außenpolitik in Form eines „‚selbstbewussteren' und stärker machtpolitisch agierenden Deutschland" (S. 115). Wesentliche Impulse auf diese Veränderungen übte neben der Europäisierung, Globalisierung und gesellschaftlichen Modernisierung die Wiedervereinigung aus, deren Zwischenbilanz laut Manfred Görtemaker differenziert ausfällt: Besonders die politische Kultur zeichne sich noch immer durch eine „‚fortdauernde gegenseitige Fremdheit'" (S. 157) zwischen Ost und West aus. Dennoch seien die bisherigen Leistungen „beachtlich, ja in vieler Hinsicht – gerade auch im Vergleich mit anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks – erstaunlich" (S. 157).

Der von Kollmorgen, Koch und Dienel herausgegebene Band stellt anhand aktueller Diskurse in der Wissenschaft, der Politik, den Massenmedien und der Literatur einen Perspektivenwechsel mit Blick auf die Einschätzung des Vereinigungsprozesses fest. Tenor sei, dass die Vollendung der Einheit deutlich länger dauert als 1990 erwartet. Hierbei werde nicht mehr von einer vollständigen Angleichung der Lebensverhältnisse

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zwischen Ost und West ausgegangen, sondern vielmehr rückten regionale Unterschiede in den Vordergrund. Ostdeutschland gelte nach wie vor als etwas „Besonderes". Die Autoren üben Kritik an den dominierenden Erklärungs- und Interpretationsansätzen innerhalb der Vereinigungsforschung und regen „alternative Ansätze zum Vereinigungsprozess und seiner Kommunikation" (S. 17) an. Rolf Reißig sieht die Notwendigkeit einer Wende vom Angleichungs- zum Neugestaltungsdiskurs, fordert einen „grundlegenden Wandel der alten Bundesrepublik und die gemeinsame Gestaltung des vereinten Deutschlands zu einem neuen Deutschland" (S. 436). Allerdings: Eine weitere Orientierung Ostdeutschlands an Westdeutschland ist wünschenswert, denn mit einer Abkehr entsteht nicht nur eine Distanz zu den politischen Traditionen und Werten der „alten, Bonner Republik", sondern auch ein erfolgreicher Abschnitt der demokratischen bundesrepublikanischen Entwicklung wird diskreditiert.
Heike Tuchscheerer

Hannah Arendt/Joachim Fest, Eichmann war von empörender Dummheit. Gespräche und Briefe, hrsg. von Ursula Ludz und Tomas Wild, München 2011 (*Piper*), 350 S.
Bettina Stangneth, Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Zürich/Hamburg 2011 (*Arche-Literatur-Verlag*), 656 S.

„Die Banalität des Bösen" – die Formulierung ist untrennbar mit Hannah Arendt verbunden. Die jüdische Philosophin analysierte im Auftrag der Zeitschrift *The New Yorker* den Prozess gegen Adolf Eichmann, legte 1963 mit *Eichmann in Jerusalem* einen Bericht vor, der Aufruhr auslöste, vor allem bei den Judenräten. 50 Jahre danach publizieren die Herausgeber einen bemerkenswerten Band, der den Briefwechsel mit Joachim Fest enthält; neben dem Interview im Südwestrundfunk am 9. November 1964. Vier, die Kontroverse widerspiegelnde Dokumente ergänzen den Band. Der Text Golo Manns zeigt, wie gründlich Arendt von ihren Gegnern missverstanden wurde; befremdend wirkt der diskreditierende Duktus. Das informative Vorwort sensibilisiert für Arendts Thesen sowie für die heftigen Reaktionen.

1963, mitten in der Diskussion um Arendts Ansichten über den Schreibtischtäter, über ihre Äußerungen zur israelischen Prozessführung sowie zur Rolle der „Judenräte", begann der Auschwitz-Prozess. Die deutsche Übersetzung war zur Buchmesse 1964 geplant. Joachim Fest nahm im August 1964 mit Arendt Kontakt auf. Angesichts der zu erwartenden Reaktionen ging er ohne Zögern auf ihren Wunsch ein, die Fragen des geplanten Interviews im Vorfeld zu übermitteln. Er sah eine Gelegenheit, „zu erwartende Einwände abzuwehren" (S. 65). Arendt reagierte ebenso freundlich wie energisch: „ich hatte *niemals* die Absicht, mich zu verteidigen – was ich natürlicherweise tun würde, wenn ich auf Ihre Fragen in dieser Form eingehen würde" (S. 73 f., Hervorhebung im Original). Sie stellte sich ein Gespräch vor, kein Interview. Nicht die Einwände gegen ihr Buch sollten im Zentrum der Unterhaltung stehen, sondern die Probleme, „zu denen wir *beide* etwas zu sagen haben" (S. 77, Hervorhebung im Original). Arendts

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Empörung – über die Grausamkeit wie die Dummheit der Nationalsozialisten gleichermaßen – durchzieht Briefe und das Interview. Eichmann war für die scharfsichtige Beobachterin ein Mitläufer, ein (neuer) „Verbrechertypus“, sie spricht vom „Verwaltungsmassenmord“ (S. 77). Fest, das verraten die Dokumente, stimmt ihren Thesen zu. Sie habe, bekennt er im Dezember 1969, den Anstoß zu seiner Hitler-Biografie gegeben. Arendt und Fest beeinflussten die Sicht auf die Täter des Dritten Reiches gleichermaßen.

Bettina Stangneths fulminante Studie bietet einen neuen Blick auf *Eichmann vor Jerusalem*. Das Bild vom Schreibtischtäter überzeugt sie nicht. Sie nutzt umfangreiches Material: Tonbandaufnahmen, eine Fülle von Aufzeichnungen, die der ehemalige Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt hinterließ. Im Mittelpunkt stehen die Sassen-Protokolle sowie Eichmanns Prozessaussagen. Es geht um sein Leben vor dem Prozess: die Flucht, sein gesellschaftliches Umfeld und Wirken im argentinischen Exil. Auf den mit Herzblut geschriebenen, zuweilen wiederholungsreichen Seiten bearbeitet sie detailkundig mehrere Themen. Zum einen schildert sie einen reuelosen Antisemiten, der, ohne jegliches Unrechtsbewusstsein, noch in Buenos Aires auf seinen „Verdiensten“ im Dritten Reich beharrte, der sich aber vor dem israelischen Gericht zum unscheinbaren Befehlsempfänger wandelte. Zum anderen beschreibt die Historikerin das Netzwerk der „alten Kameraden“, ohne das die Flucht des prominenten Holocaust-Organisators unmöglich gewesen wäre, sowie die fragwürdige Rolle der deutschen Botschaft in Argentinien.

Wie ernsthaft waren BND und Verfassungsschutz um das Aufspüren Eichmanns bemüht? Die Autorin bezweifelt die Entschlossenheit der Behörden; nicht nur, weil einstige Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes in ihrem Berufsalltag bei der Polizei, dem BKA und BND unbehelligt blieben. Die Entführung durch den Mossad schreckte viele auf: „Eichmann war wieder da und mit ihm mehr als ein Schatten der Vergangenheit“ (S. 451). Die Exilanten gingen auf Tauchstation, besorgt, was Eichmanns Aussagen über ihre Vergangenheit zutage bringen würden.

Dorit Seichter

Olaf Baale, Links in Deutschland. Der unaufhörliche Niedergang einer von Herzen kommenden Bewegung, Berlin 2011 (*Das Neue Berlin*), 222 S.
Christoph Ruf, Was ist links? Reportagen aus einem politischen Milieu, München 2011 (*C.H. Beck*), 253 S.
Tobias Haberl, Wie ich mal Rot wurde. Mein Jahr in der Linkspartei, München 2011 (*Luchterhand*), 253 S.

Am Ausgangspunkt der drei Bücher steht ein Paradoxon. Obwohl die sozialen Ungleichheiten in unseren Gesellschaften stetig zunehmen und im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise die Zweifel an der Krisenfestigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems größer werden, hat dies nicht zu einem Erstarken der politischen Linken geführt. In der Bundesrepublik verfügen die linken Parteien zusammengenommen heute zwar über eine Mehrheit; regiert wird das Land aber von einer CDU-Kanzlerin, und

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass das auch nach der nächsten Bundestagswahl so bleibt.

Wie lässt sich das erklären? Die Antworten, die die drei Autoren geben, könnten kaum unterschiedlicher sein. Für den ostdeutschen Journalisten Olaf Baale stellt die Machtlosigkeit der Linken ein historisches Kontinuum dar. Die Strategie, mit der „Angst vor den Roten" Politik zu machen, durchzieht für ihn die gesamte Geschichte der Bundesrepublik und Westeuropas in der Nachkriegszeit. In verschwörungstheoretischer Manier wird dabei die im Verborgenen der Geheimdienste operierende US-amerikanische Politik als hauptverantwortlicher Drahtzieher ausgemacht. Vom Sprengstoffanschlag auf das Münchener Oktoberfest über die RAF-Morde der dritten Generation bis hin zum Messerattentat auf SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine reiht der Autor Episode an Episode, um seiner Spekulation Nahrung zu geben. Das ganze kulminiert in der Feststellung, dass die westliche Demokratie „von allen Gesellschaftsentwürfen […] der unaufrichtigste" (S. 208) sei. Was wohl die – vermeintlich – aufrichtigeren Gesellschaftsentwürfe im 20. Jahrhundert angerichtet haben, denkt der irritierte Leser da unweigerlich.

Christoph Ruf, auch er Journalist und aus der alten Bundesrepublik stammend, argumentiert, Gott sei Dank, ein paar Nummern kleiner. Ihn treibt vor allem die Frage um, warum das linke Lager, obwohl es meistens über die Mehrheit verfügt, seine koalitionspolitische Segmentierung nicht überwinden kann. Der Autor ist voller Optimismus, dass sich das 2013 ändert und die von ihm herbeigesehnte, bislang am Widerstand der SPD gescheiterte rot-rot-grüne Koalition endlich die Wende nach links ermöglichen wird – eine Hoffnung, die fast schon rührend wirkt. Dass die SPD in ihren politischen Vorstellungen tatsächlich näher bei Angela Merkel liegen könnte als bei Oskar Lafontaine, Gregor Gysi oder François Hollande, kommt ihm nicht in den Sinn. Die durchaus glaubhaften Impressionen des Autors von der Parteibasis zeigen immerhin, dass er mit diesem Denken nicht alleine steht.

Tobias Haberl, Redakteur des Magazins der *Süddeutschen Zeitung*, steht der Linken politisch und von der Mentalität her am fernsten. Aus journalistischer Neugier trat er 2009 in die Partei Die Linke ein, um sich als aktiver Mitstreiter von deren Innenleben selbst ein Bild zu machen. Herausgekommen ist dabei nicht nur ein einfühlsames, nachdenkliches Buch mit vielen komischen und traurigen Passagen. Dem Autor gelingt es auch zu zeigen, woran es der Linken wirklich fehlt. Die Partei stelle die richtigen Fragen, prangere soziale Ungerechtigkeiten zu Recht an und vertrete Positionen, die ansonsten im parlamentarischen System keine Stimme hätten. Sie gebe aber die falschen Antworten. An die Lernfähigkeit der Linken glaubt Tobias Haberl nicht. Vielmehr liege es in der Hand der anderen Parteien, sie überflüssig zu machen: durch eine Politik, die notwendige Einschnitte besser erklärt und die Belastungen nicht einseitig auf die sozial Schwächeren konzentriert.

Frank Decker

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wolfgang Benz, Antisemitismus und „Islamkritik". Bilanz und Perspektive, Berlin 2011 (*Metropol*), 203 S.
Wolfgang Benz (Hrsg.) Jahrbuch für Antisemitismusforschung 20, Berlin 2011 (*Metropol*), 335 S.
Helmut Fünfsinn/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, Brühl 2011 (*Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung*), 202 S.

Aktuelle Umfragen ergaben, dass antisemitische Haltungen und Vorurteile zugenommen haben. Die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen bestimmen den Grundtenor der drei Bücher.

Wolfgang Benz, der langjährige Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung, veröffentlichte aus diesem Grund erneut die überarbeiteten Fassungen bereits publizierter Beiträge und zieht in einem neuen Text eine Art Bilanz aus der Sarrazin-Debatte und den Islam-Konferenzen. Er kommt zu dem in der Öffentlichkeit nicht unumstrittenen, aber gut belegten Schluss, dass sich antisemitische und islamfeindliche Vorurteile ähneln und gleiche Argumentationsmuster nutzen. Der Behauptung, der Islam sei nicht kompatibel mit dem jüdisch-christlichen Wertesystem Europas, entgegnet er mit dem Hinweis, dass man noch vor Jahrzehnten bestrebt war, die europäischen Juden zu vernichten und ihre Spuren aus der Geschichte zu tilgen. Angesichts des Auftretens vor allem sächsischer NPD-Funktionäre und diverser Geschichtsrevisionisten sind seine aktualisierten Aufsätze über die Holocaustleugnung und die Genozidforschung Plädoyers gegen die nationalistisch-völkische Uminterpretation der Geschichte.

In dem von ihm herausgegebenen Jahrbuch geht es folgerichtig um die Bekämpfung des Antisemitismus und der daraus erwachsenden Anforderung an die Pädagogik. Von besonderem Interesse ist ein Aufsatz über das organisierte jüdische Verbrechen in den USA, das sich stark gegen Nationalsozialismus und Faschismus engagierte und von den US-amerikanischen Diensten in diesem Sinne auch genutzt wurde. Antisemitische Kreise gaben diesen jüdischen Rakets in Anlehnung an die Mafia den Namen „Kosher Nostra". Ein weiterer Aufsatz berücksichtigt den Antisemitismus in den türkischen Medien, was vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels in der türkischen Israel-Politik, aber auch mit Blick auf die türkischen Juden von aktueller Bedeutung ist. Obwohl es die Türkei offiziell ablehnt, von Antisemitismus in ihrem Land zu sprechen, votierten bei neueren Umfragen zwischen 60 und 70 Prozent der Probanden gegen Juden als Nachbarn oder im öffentlichen Dienst. Besonders nach dem Zwischenfall mit der von den Israelis aufgebrachten Gaza-Flottille im Jahre 2010 heizten sowohl Regierung als auch Medien die antisemitische Stimmung weiter an. Von aktueller Relevanz im Kontext eines möglichen israelischen Präventivschlags gegen das iranische Atomprogramm ist der Aufsatz „Der Iran und die Juden".

Der von Fünfsinn und Pfahl-Traughber herausgegebene Band versammelt Referate und Aufsätze, die für die von der Deutschen Richterakademie veranstalteten Extremismus-Tagungen und als Entscheidungshilfen für Richter und Staatsanwälte bestimmt waren. Es geht um die Klärung der Begriffe „Extremismus", „Fundamentalismus" und „Terrorismus", Begriffe also, die oft vorschnell und undifferenziert gebraucht werden und deshalb einer exakten inhaltlichen Bestimmung bedürfen. Das Buch sollte deshalb nicht

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nur von Juristen, sondern auch von Journalisten und Politikern zur Kenntnis genommen werden. Eine besondere Rolle in dieser Debatte spielt der Antisemitismus als einer der fundamentalen Bestandteile von Rechtsextremismus und Islamismus. Obwohl es substantielle Unterschiede gibt, das arbeitet Pfahl-Traughber heraus, ist auch die sich selbst so verstehende radikale Linke nicht frei von Antisemitismus, der über die Vehikel Antikapitalismus, Antiamerikanismus, Antizionismus und Kritik an Israel in Erscheinung tritt. Von besonderem Interesse und aktuell ist die Feststellung des ehemaligen Generalstaatsanwalt des Landes Hessen Hans Ch. Schaefer, dass die deutsche Justiz nicht mehr wie in den frühen Jahren der Bundesrepublik „blind auf dem rechten Auge" ist.
Werner Abel

Heinrich Berger/Melanie Dejnega/Regina Fritz/Alexander Prenninger (Hrsg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Zeitgeschichte, Zeitgeschehen und Kontroversen. Festschrift für Gerhard Botz, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 773 S.

Christian Gerlach, Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert, München 2011 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 575 S.

Die Bücher eint, dass sie den Themenkreis der politischen Gewalt im 20. Jahrhundert aus Perspektive der Historischen Sozialwissenschaften angehen. Die Beiträge in dem ersten Band, mit dem der österreichische Historiker Gerhard Botz geehrt wird, legen den spezifischen Schwerpunkt auf die Herrschaft des Nationalsozialismus selbst sowie auf seine Nachwirkungen in der österreichischen und europäischen Gesellschaft nach 1945, „den Umgang mit ihm und die Reflexion über ihn" (Josef Ehmer, S. 63). Die fast 50 Beiträge von Weggefährten, Kollegen und Schülern des zu Ehrenden beleuchten u. a. Beispiele von Staatsgewalt und staatlicher Gewalt im 20. Jahrhundert, betrachten den Nationalsozialismus als Bewegung und als Regime, debattieren zeitgeschichtliche Leitbegriffe wie „Gedächtnis" und „Erinnerung" und bieten Bedenkenswertes zur Stellung und Rolle des Historikers in der Öffentlichkeit. „Der zentrale Fokus", so die Herausgeber, „liegt in der österreichischen Zeitgeschichte, wobei durch einzelne Beiträge zu autoritären Regimen ein innereuropäischer Vergleich der Formen von und der Auseinandersetzung mit politischer Gewalt möglich gemacht wird" (S. 19). Komparativ sind nur wenige Beiträge, so Peter H. Merkels kurze Abhandlung zu Bürgerkriegsgewalt und ihren Folgen oder António Costa Pintos höchst interessante Analyse von Herrschaftseliten, politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen in faschistischen Diktaturen.

Die deutsche Ausgabe der Untersuchung von Christian Gerlach hingegen ist ausgesprochen komparativ ausgelegt. Das nationalsozialistische Deutschland erscheint in Gerlachs Studie aufgrund eines „besonders radikale[n] Rassismus im Inland" und der geplanten „Massenmord[e] gegen Gruppen innerhalb der Nation" (S. 373) als Ausnahmefall. Im Zentrum der Schrift steht das Konzept der „extrem gewalttätigen Gesellschaft" (EGG). Für Gerlach sind „Formationen, in denen verschiedene Bevölkerungsgruppen Opfer massiver physischer Gewalt werden, an der sich, im Zusammenwirken mit Staats-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

organen, unterschiedliche soziale Gruppen aus einer Vielzahl von Gründen beteiligen" (S. 7). Die EGG ist als Gegenentwurf zum Genozid-Konzept angelegt, das Gerlach u. a. aufgrund seiner Fixierung auf den Staat für ungeeignet hält. Die EGG konzentriert sich auf Prozesse der Massenbeteiligung in von extremer Gewalt betroffenen Gesellschaften, die aus seiner Sicht der heutigen Massengewalt erst „ihre entsetzliche Geschwindigkeit und Durchschlagskraft verleiht und dazu beiträgt, dass Vernichtungsprogramme tatsächlich umgesetzt werden" (S. 9). Gerlach untersucht den partizipatorischen Charakter der massenmörderischen Gewalt in Gesellschaften wie Indonesien, Ostpakistan/Bangladesch, dem Osmanischen Reich und der Türkei, im NS-Deutschland und in Griechenland. Dabei erweist sich die breite Kontextualisierung von extremer Gewalt und ihre Einordnung in gesellschaftliche Entwicklungen als äußerst gewinnbringend für die Herausarbeitung der Gewaltkoalitionen aus staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, ihrer Interessen und ihrem gewaltförmigen Handeln, das sich in variierenden Formen und in unterschiedliche Richtungen gegen verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Art ausbreitet und wirkt. Weniger überzeugend sind die Kausalerklärungen. Sicherlich – extreme Gewalt ist ein multikausales Ergebnis; die Vielfalt der Gewaltkoalitionen geht mit der Vielschichtigkeit der Motive der Akteure einher. Die untersuchten Prozesse sind nur unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen staatlichem Handeln und nicht-staatlichen Akteuren, der Eigendynamik der Entwicklung und dem Ineinandergreifen von planvollem und spontanem Handeln zu ergründen. Die Annahme, es sei nicht möglich, zwischen Ursachen und Folgen zu unterscheiden, und der weitgehende Verzicht auf theoretische Schlussfolgerungen sind ein wenig enttäuschend. Dennoch: Gerlach hat ein beeindruckendes Werk vorgelegt, das die Forschung in Geschichts- und in den Sozialwissenschaften nachhaltig beeinflussen wird.
Aurel Croissant

Ursula Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011 (*Barbara Budrich*), 337 S.
Andrea Röpke/Andreas Speit, Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 237 S.
Ronny Blaschke, Angriff von rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, Göttingen 2011 (*Die Werkstatt*), 223 S.

Sammelbänden gegenüber ist oft Skepsis angebracht, weil sie Bekanntes wiederholen und wenig Neues bringen. Nicht so in dem von Ursula Birsl herausgegebenen Band über Rechtsextremismus und Gender mit 17 Beiträgen. Obwohl seit der Entstehung des Nationalsozialismus nach dem Ersten Weltkrieg und Klaus Theweleits bahnbrechender Studie *Männerphantasien* aus dem Jahr 1977 die Kategorie Geschlecht in der Forschung eine wichtige Rolle spielt, besser gesagt: spielen sollte, mangelt es an Forschungstraditionen und kontinuierlichen Debatten. Insofern sind Sammelbände mit Ideen und Konzeptionen auf diesem Feld gefragt. Birsl legt in ihrem einleitenden Beitrag den Schwerpunkt auf den systematischen Geschlechtervergleich und den Komplex Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die nachfolgenden, teils sehr unterschiedlichen Beiträge lassen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich um diese beiden Ansatzpunkte gruppieren. Hervorzuheben sind Fallstudien über die Konstruktionen von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus, Studentenverbindungen als Männerbünde und Weiblichkeitskonstruktionen in Publikationen extrem rechter Frauen. Die stärksten Beiträge sind die vergleichenden Analysen. Hier geht es um rechtsextrem orientierte Frauen und Männer und deren Sozialisationserfahrungen, um rechtsextreme Einstellungen der Geschlechter, um Fragen der geschlechtsspezifischen rechten Gewaltbereitschaft und unterschiedliche Bedingungen von Ausstiegsprozessen aus der rechtsextremen Szene.

Unbeeindruckt von sozialwissenschaftlichen Diskussionen widmen sich Röpke und Speit unmittelbar den Frauen in der Neo-NS-Szene aus einer journalistischen Perspektive. Schwerpunkte liegen bei der NPD-Frauengruppe Ring Nationaler Frauen, bei der Gemeinschaft Deutscher Frauen und Frauengruppen im Umfeld der Autonomen Nationalisten und der Freien Kräfte. Hier zeigt sich, dass sowohl traditionelle konservativ-rechtsextreme Frauenbilder der älteren Generationen weiterhin gepflegt werden als auch aktionsorientierte der jüngeren Generation. Sie werden hineingetragen in die Gesellschaft, etwa in Kindergärten, Vereine und Schulen, in denen hier und da rechtsextreme Frauen Überzeugungsarbeit zu leisten versuchen. Die Gesellschaft ist gefragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Über weite Strecken ist dieser Band sehr informativ, problem- und fallorientiert, nach der Lektüre ergeben sich mehr Fragen als Antworten.

Rassistische Übergriffe und Vorfälle im Umfeld von Fußballspielen gehören fast schon zum Alltag. Akteure des organisierten Rechtsextremismus benutzen am Wochenende die öffentliche Bühne des Fußballs, um ihre Botschaften zu propagieren, sie unterwandern aber auch die Vereine. Im Mittelpunkt stehen weniger die Vereine der ersten und zweiten Fußball-Bundesliga als die unterklassigen Vereine, bei denen rechtsextreme Aktivisten leichter Zugang haben. Auch nicht organisierte rechtsextrem Eingestellte fühlen sich bisweilen in einem Klima des Rassismus ermutigt, ihre Hassparolen loszuwerden. Blaschkes Band besteht aus Vor-Ort-Reportagen, etwa der Fan-Szene von Lok Leipzig oder eines NPD-Fanklubs in Lübeck. Hinzu kommen Fallstudien wie zum Anti-Islamismus oder der Bedeutung des Internets für die rechte Fan-Szene. Abgerundet wird der Band durch eine Reihe von Interviews mit Wissenschaftlern, Fußball-Profis und Funktionären. Alles in allem: eine informative, auch analytisch bemerkenswerte Momentaufnahme zum Komplex Fußball und Rechtsextremismus.
Hans-Gerd Jaschke

Stephan Blancke, Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 306 S.

Staatliche Aufgaben aus unterschiedlichen Bereichen werden zunehmend privatisiert. Die so genannte „Stability Industry" wurde bereits im Jahr 2008 mit dem von 17 Staaten unterzeichneten „Montreux Document" an eine Verpflichtung von völkerrechtlichen Standards gebunden. Die Unternehmen sollen sich, so die Intention des internationalen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Regimes, im asymmetrischen Krieg nicht asymmetrischer Mittel bedienen. Bislang unterzeichneten 211 Unternehmen aus 46 Staaten einen freiwilligen International Code of Conduct (ICoC). Auf nationaler Ebene hat im Herbst 2011 die Beauftragung einer privaten Softwarefirma, die den so genannten „Staatstrojaner" programmiert hat, für Diskussionsstoff zu diesem Themenkomplex gesorgt.

In Abgrenzung zu den privaten Militärdienstleistern gibt es nach Meinung des Autors der Dissertationsschrift keine oder nur sehr wenige klare und verbindliche rechtliche Standards für private Geheimdienste (PIS = private intelligence structure). Die PIS werden von ihm definiert als „in erster Linie betriebswirtschaftlich orientierte Strukturen, die für ihre Auftraggeber Informationen beschaffen, diese analysieren und bei Bedarf Handlungsempfehlungen formulieren" (S. 2). Der Abgrenzungsproblematik zwischen privaten Militärdienstleistern, privaten Sicherheitsdienstleistern, privaten und staatlichen Geheimdienststrukturen widmet sich der Autor in der sehr ausführlichen Einleitung mehrmals. Viel wichtiger als die Begriffs- und Abgrenzungsfrage, in der sich der Autor streckenweise verliert, ist die Frage, wie der Autor es geschafft hat, belastbare Quellen aus dieser „definitorischen, juristischen und gesellschaftlichen Grauzone" (S. 7) zu identifizieren und diese wissenschaftlich auszuwerten. Obwohl sich Blancke bei der Suche nach Quellen große Mühe gegeben und hierzu angrenzende Bereiche zu seinem Forschungsthema ausgeleuchtet hat, fällt das Ergebnis dünn aus. Unter dem Strich werden überwiegend (private) Sammlungen von schwarmintelligenten, darunter auch fragwürdigen Internetdokumenten pseudonymer Autoren und journalistischen Erzeugnissen verwendet. Daneben werden der gescheiterte Versuch einer strukturierten Befragung und eine Reihe Interviews mit (anonymen) Gesprächspartnern aufgeführt.

Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick präsentiert der Autor sein Œuvre anhand von vier Fallbeispielen. Als methodische Vorgehensweise wählte Blancke das „Power Structure Research" (PSR). Wie sich bereits ansatzweise in der Einleitung und der geschichtlichen Überblicksdarstellung ankündigte, handelt es sich bei dem zentralen Abschnitt der Arbeit mehrheitlich um eine deskriptive, überwiegend journalistische Darstellung zum Thema. Blancke stellt innerhalb seiner vier Entwicklungsstränge jeweils ein Fallbeispiel vor: den Kollaps des Ostblocks (Litvinenko), Liberalisierung/Outsourcing (Narus), IuK-Technologie weltweit (Satellitentechnologie) und den privatwirtschaftlichen Bedarf an Informationen (Schlickenrieder).

Das Gesamtergebnis der Studie fällt ernüchternd aus: Der Autor hat lediglich gezeigt, dass es sich bei seinem Forschungsthema weiterhin um ein theoretisch und empirisch unübersichtliches handelt, wenn es denn überhaupt als (Forschungs-)Gegenstand existiert. An dieser Einschätzung wirkt Blancke maßgeblich selber mit, weil er wiederholt staatliches und privates Handeln von PR-Unternehmen, Nachrichtendiensten und politischen sowie religiösen Organisationen in einer „Typologie" vermengt und dadurch Verschwörungstheorien eine offene Flanke bietet. – Der Studie sind ein englischsprachiger Aufsatz sowie eine Auswahlbibliographie des Autors beigefügt.

Lars Normann

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.), Uranbergbau im Kalten Krieg, 2 Bde., Berlin 2011 (*Ch. Links*), 699 + 386 S.

Neben der Militärindustrie der DDR war der Uranerzbergbau in Ostdeutschland bis 1990 ein streng geheim gehaltener Wirtschaftszweig. Da die Wismut AG zum sowjetischen Atomkomplex gehörte, wurde sie strikt abgeschottet. Um der dadurch entstandenen Forschungslücke abzuhelfen, startete Mitte 2008 ein u. a. vom Bundeswirtschaftsministerium und mehreren Stiftungen gefördertes Projekt unter Leitung von Rudolf Boch, das bisher wenig bekannte Aspekte aus der Geschichte der Wismut AG beleuchtete und das mit der Herausgabe dieses zweibändigen Werkes endete. Den Forschern standen neben den deutschen russische Quellen aus den Archiven des Atomministeriums, des Staatsarchivs, des Militärarchivs, des Archivs für ökonomische Geschichte und des Archivs der sozialpolitischen Geschichte zur Verfügung.

In 14 Einzelbeiträgen werden u. a. die Einbindung der Wismut AG bzw. ab 1954 der sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) in den militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion, der Alltag der sowjetischen und deutschen Beschäftigten, das Sicherheitsregime, der Strahlenschutz, die Sozialpolitik bei der Wismut AG und die Wismut-Arbeiterinnen behandelt. Untersucht werden auch der Uranbergbau in anderen Ländern des Ostblocks und schließlich noch die Geschichte der Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus seit 1990.

Die Wismut AG, zwischen 1952 und 1957 das größte Uranbergbauunternehmen der Welt, ermöglichte den Aufstieg der UdSSR zur nuklearen Supermacht. Um den strategischen Rohstoff Uran zu gewinnen, entstand in der DDR ein „Staat im Staate". Nirgends sonst auf der Welt wurde Uran mit einem derart immensen Aufwand gewonnen wie in Sachsen und Thüringen. Die Autoren, unter denen sich auch der russische Historiker Wladimir W. Sacharow befindet, fanden interessante Details zur Gründungsgeschichte der Wismut AG heraus. Heftige Auseinandersetzungen zwischen der sächsischen Bergverwaltung des Volkskommissariats für Inneres (NKWD), der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der für das sowjetische Atomprojekt zuständigen Ersten Hauptverwaltung beim Ministerrat der UdSSR über die dramatischen Zustände in den sächsischen Bergbaukreisen führten sehr zeitig zu Korrekturen des Betriebsregimes. Die besonders aus der stalinistischen Sowjetunion und aus Uranbergbaubetrieben in anderen Ostblockländern bekannten Zwangspraktiken zur Arbeitskräftegewinnung wurden bald eingeschränkt und abgeschafft. Allerdings verschärfte sich das Regime zur Bewachung der Objekte und Überwachung der Belegschaft Anfang der 1950er Jahre. Hunderte Bergleute erhielten wegen kleinerer Vergehen drakonische Strafen. Mindestens 70 Wismut-Mitarbeiter wurden allein in den Jahren 1951 bis 1953 als „Spione" in die Sowjetunion verschleppt und dort hingerichtet.

Der Umgang der sowjetischen Direktion mit den Strahlenrisiken in den ersten Jahren des Uranbergbaus kann nur als verheerend bezeichnet werden. Aus Geheimbefehlen von Generalmajor Michail Malzew, dem ersten Generaldirektor der Wismut AG, ist zu entnehmen, dass den russischen Funktionären die erhöhten Risiken bei einer Arbeit in den

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„gesundheitsschädlichen Zechen“ durchaus bekannt waren. Die Gefahren, an Kehlkopfkrebs infolge von Jodmangel zu erkranken, waren keineswegs fremd. Dafür erhielt das Personal in besonders gefährdeten Objekten Zulagen. Im Kapitel „Strahlenschutz“ heißt es: „Der Aufbau eines dosimetrischen Dienstes bei der Wismut AG erfolgte erst Ende 1954“ (S. 285). Die international üblichen Grenzwerte waren offenbar dem DDR-Institut für Arbeits- und Sozialhygiene nicht bekannt. Dessen Direktor antwortete 1958 auf eine entsprechende Anfrage, dass die Wismut AG die ungefährliche Dosis anhand einer statistischen Auswertung selbst feststellen solle. Das war „letztlich die Aufforderung zum Humanexperiment im großen Maßstab“ (S. 286). – Mit ihrer Arbeit dokumentieren die Autoren ein verhängnisvolles Kapitel ostdeutscher Nachkriegsgeschichte, dessen Nachwirkungen uns lange beschäftigen werden.
Martin Böttger

Bärbel Bohley, Englisches Tagebuch, 1988. Aus dem Nachlass herausgegeben von Irena Kukutz. Mit einem Nachbericht von Klaus Wolfram, Berlin 2011 (*BasisDruck*), 168 S.

Während ihres „Studienaufenthaltes“ in England führte die spätere Mitbegründerin des Neuen Forums, Bärbel Bohley, ein nunmehr posthum veröffentlichtes Tagebuch. Der ganze Vorgang um Bohleys Aufenthalt in England und auch ihre Aufzeichnungen zeigen das Paradoxe an der DDR in ihren letzten Jahren. Bohley war „direkt aus dem Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen in die Bundesrepublik und nach England“ (S. 7) abgeschoben worden – mit einem Reisepass der DDR. Eine ihrer Sorgen war, ihr werde die Rückkehr in die DDR verweigert, d. h. in jenen Staat, der sie durch die Verhaftung erst in die beschriebene Situation gebracht hatte. Hinter den Kulissen hatten die Behörden lange an diesem Kompromiss gearbeitet. Denn Bohley wollte keinen Ausreiseantrag stellen, die DDR hingegen keinen offiziellen Prozess führen. Bei der Rekonstruktion dieser Ereignisse tauchen verschiedene Personen der jüngeren Zeitgeschichte auf; das wirft zugleich interessante Schlaglichter auf die Geschichte der DDR und der Bundesrepublik sowie die Beziehung der beiden deutschen Staaten. So versuchten zum Beispiel die westdeutschen Vertreter der evangelischen Kirche, die zusammen mit den ostdeutschen Vertretern der EKD den Kompromiss für den Umgang mit Bohley ausgehandelt hatten, deren Aufenthalt in der Bundesrepublik abzukürzen und sie möglichst schnell nach England zu bringen. Bohley hat während ihrer Zeit in der Bundesrepublik, England und Italien Notizen angefertigt, die sie in zwei Schritten überarbeitete – zuerst 1989 nach ihrer im August 1988 erfolgten Rückkehr in die DDR, dann ab 2006 zusammen mit Irena Kukutz. Das kleine Buch erregte in der Öffentlichkeit einige Aufmerksamkeit, u. a. im *Spiegel*.

Bohleys Tagebuch ist ein Blick in die Absurditäten des DDR-Staates. Es zeigt die verzweifelten Versuche der Mitglieder der späteren Bürgerbewegung auf, dieses System zu reformieren. Die Lektüre der sehr privaten Notizen kann keine wissenschaftlichen Theoriebildungen und Analysen ersetzen. Aber Bohleys schriftliche Selbsterklärungs-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

versuche geben einen Einblick in die Motivation des wahrscheinlich größten Denkfehlers der DDR-Opposition: Sie dachte zumeist nur systemimmanent, nie systemtranszendierend. Rebellierend und reformierend ja, von Grund auf revolutionierend wollten die Oppositionellen wie Bohley nie wirken. Irena Kukutz schrieb: „Dafür bewunderten sie viele, andere hielten das für naiv" (S. 11). Von Robert Havemann und Wolf Biermann über Rudolf Bahro bis hin zu Bohley oder Rolf Henrich taucht dieser Denkansatz immer wieder auf: Ein bisschen mehr Demokratie, etwas andere Eliten, mehr Bewegungsspielräume oder die oft gebrauchten Schlüsselwörter der Demokratisierung und Entbürokratisierung von „unten" sollten eine neue DDR, einen anderen und besseren, da „menschlicheren" Sozialismus erbringen. Dabei stand vielen der Oppositionellen vor allem der Prager Frühling von 1968 vor Augen, auch die damals aktuellen Protestbewegungen in Polen und der ČSSR sowie die Perestroika in der Sowjetunion. Über ihre Begegnung mit Ruth Tossek formulierte Bohley: „Denn alle sind froh, dass es in Prag einen Havel und die Charta 77 gibt. Sie sind ja nicht nur eine Hoffnung für die Tschechoslowakei. […] Das gibt doch Hoffnung. Obwohl Robert Havemann immer an Veränderungen in der SU glaubte, hätte doch niemand vor drei Jahren gedacht, dass Gorbatschow möglich wäre. Wo werden die nächsten Aufbrüche sein? Vielleicht doch einmal in der DDR" (S. 122)? Die Frage, ob die DDR reformierbar war, ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Bohleys Tagebuch zeigt auf, wie und unter welchen Umständen Oppositionelle und Vertreter der Führungseliten sowie der kirchlichen Kreise dazu kamen, eben dies zu glauben. Es ist das bis zum jetzigen Zeitpunkt beeindruckendste Zeugnis dieses Irrtums, der nie darauf angelegt war, die SED vollständig zu stürzen, an dessen historischem Schlusspunkt aber genau dieses Ergebnis stand: das Ende der DDR.
Andreas Heyer

Heiner Bröckermann, Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker 1971-1989, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 952 S.
Bernd Eisenfeld/Peter Schicketanz, Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte" in der NVA, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 626 S.

Wer sich in Zukunft mit der Militärgeschichte der DDR und ihrer „sehr anderen Armee" befassen will oder muss, wird an dem opulenten, materialgesättigten Werk des Berufsoffiziers und Historikers Heiner Bröckermann, geboren 1966 in Bremerhaven, nicht vorbei kommen: Was der heutige Oberstleutnant der Bundeswehr als Dissertation an der Potsdamer Universität ablieferte, darf mit Fug und Recht als Standardwerk zum Thema bezeichnet werden. Bröckermann unterteilt seine Arbeit im Wesentlichen in vier große Kapitel, die die Zeit vom Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker bis zum Umbruch ab Mitte der 1980er Jahre abdecken. Die Studie verfolgt organisationsgeschichtliche und inhaltliche Aspekte der DDR-Militär- und Sicherheitspolitik, ermöglicht zugleich durch Betrachtungen des Autors zur internationalen Bündnis- und Sicherheitspolitik und zum innerdeutschen Verhältnis, im Zusammenhang von Landesverteidigung und Mili-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tarisierung, eine Gesamtschau der Ära Honecker. Den Begriff „Militarisierung“ will Bröckermann im Sinne von Heribert Seubert verstanden wissen, der bei der DDR von einem „militarisierten Sozialismus“ sprach, was etwas anderes meint als die klassische Form der Militärherrschaft, nämlich „die Herrschaft mit Mitteln des Militärs.“ Wer wollte bestreiten, dass dieses der Realität entsprach (man denke nur an die praktizierte militärähnliche Disziplin in der SED). Der Autor kommt nicht umhin, die „Sicherheitsarchitektur“ der DDR vorzustellen.

Der Leser erfährt auch hier Neues, etwa bei politischen „Gewichtungen“ des SED-Politbüros und des Nationalen Verteidigungsrates. Zitiert wird vom Autor eine erfrischend deutliche Aussage des langjährigen DDR-Verteidigungsministers (und Politbüromitglieds) Heinz Hoffmann aus dem Jahr 1971 gegenüber dem damals neu berufenen Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz, woran sich dieser, später Chef des NVA-Hauptstabes, 1999 erinnerte: „Vor allem müsse ich mir eines merken. Es gebe in der DDR nur ein höchstes Organ, und das sei das Politbüro, und das habe das Sagen. Alle anderen Organe seien dem nachgeordnet, auch der Nationale Verteidigungsrat.“

Bröckermann zieht das Resümee, dass die SED unter Erich Honecker an den sozial kontrollierenden Effekten der Militarisierung festhalten wollte, zugleich die Qualität der Landesverteidigung zugunsten ökonomischer Zwänge vernachlässigen musste – zugunsten einer Kontrolle der Bürger durch das sozialpolitische Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das sich als langlebiger und einflussreicher erweisen sollte als die von der SED angestrebte umfassende, sozial disziplinierende Militarisierung von Staat und Gesellschaft. Von Mitte der 1960er Jahre an bis 1989/90 konnten 15.000 junge Männer als „Bausoldaten“ auf Bitten der Kirchen und der Ost-CDU einen „waffenlosen Wehrdienst“ von 18 Monaten in der NVA leisten; Anfang 1962 hatte die DDR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Dabei war schon der Entschluss, Bausoldat zu werden, eine „Entscheidung zum Anderssein in einer Gesellschaft der Gleichgeschalteten“, wie es von Joachim Gauck in seinem Vorwort zum Buch der beiden Autoren Bernd Eisenfeld und Peter Schicketanz heißt.

Beide Verfasser dieser fundierten Geschichte der DDR-Bausoldaten verbindet eine enge Beziehung zum Thema: Eisenfeld war selbst 1966/67 Bausoldat, der evangelische Geistliche Schicketanz u. a. tätig in der Beratung und Begleitung von Wehr- und Waffendienstverweigerern. Dass das MfS in den Bausoldaten und in den rund 7.500 Totalverweigerern (Bürger, die auch den Dienst bei den „Spatensoldaten“ ablehnten), „feindlich-negative Kräfte“ sah, kann nicht verwundern, handelte es sich doch überwiegend um junge Menschen, die sich der realen Militarisierung im Alltag konsequent entzogen – und die sich, im Gegensatz zu einer Reihe von Kirchenleuten, kaum vom MfS als Spitzel anwerben ließen. Das Buch ist allen zu empfehlen, die etwas vom aufrechten Gang in Diktaturen erfahren wollen.

Peter Joachim Lapp

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Matthias Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972-1975, München 2011 (*Oldenbourg*), 462 S.

Mit Hilfe eines Stuhls überwanden am frühen Morgen des 5. Septembers 1972 arabische Terroristen den Zaun zum Olympischen Dorf in München. Bei der anschließenden Geiselnahme der israelischen Olympia-Mannschaft trafen sie auf keinerlei behördliche Sicherheitsvorkehrungen und den Widerstand jener jüdischen Athleten, die sich ihnen in den Weg stellten, brachen sie mit Waffengewalt. Das desaströse Versagen der Behörden setzte sich im Zuge einer polizeilichen „Geiselbefreiung" auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck fort. Es wurde dadurch unterstrichen, dass nach dem Tod aller 13 israelischen Geiseln, eines Polizisten und fünf (von insgesamt acht) Terroristen (für Dahlke ein „trauriges Ende" [S. 9]) der Sprecher der Bundesregierung die Nachricht in die Welt setzte, die Befreiung sei geglückt. Dieses Bild der Unbeholfenheit wurde zusätzlich durch die Tatsache ergänzt, dass die drei überlebenden Terroristen einige Wochen später, am 29. Oktober mittels der Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Zagreb, freigepresst werden konnten.

Matthias Dahlke beginnt den empirischen Teil seiner Dissertation mit der Analyse dieser Geiselnahmen. Er untersucht darüber hinaus weitere Fälle des zuweilen von den staatlichen Akteuren miserabel gehandhabten transnationalen Terrorismus, die sich in der Bundesrepublik (die Entführung Peter Lorenz im Februar 1975), in Österreich (Anschlag auf einen Reisezug mit „Transitjuden" 1973 sowie der OPEC-Terroranschlag von Carlos in Wien 1975) und in den Niederlanden abgespielt haben. Was das letztgenannte Land angeht, so beschäftigt sich Dahlke einerseits mit der Besetzung der französischen Botschaft in Den Haag durch japanische Terroristen 1974. Andererseits geht er mit der Analyse der „Molukkeranschläge" von 1975 und 1977 über seinen Zeitrahmen hinaus, weil die Entführung eines Intercity-Zuges bei De Punt in Drenthe im Juni 1977 eine Art Fortsetzung des ähnlichen Terrorakts vom Dezember 1975 darstellte. Es kommt hinzu, dass die Geiselbefreiung, bei der zwei Geiseln und sechs der neun molukkischen Geiselnehmer umkamen (für Dahlke ein „schockierendes Resultat" [S. 430]), in Erinnerung der holländischen Öffentlichkeit geblieben ist. All den untersuchten Fällen war es eigen, dass sie eigentlich für alle unüberhörbar die Ära des transnationalen Terrorismus einläuteten.

Der Autor zeichnet nach, dass auf dem Weg zur Strategie der staatlichen Unnachgiebigkeit gegenüber den Terroristen nur in den Niederlanden über den Tellerrand hinaus gesehen wurde. Dort wurde besonders das Münchener Olympia-Desaster aufgearbeitet. Dahlke stellt darüber hinaus eine in allen untersuchten Ländern erkennbare Tendenz zur Zentralisierung der Kompetenzen in derartigen Entscheidungskrisen fest. Er weist nüchtern auf das dieser Tendenz entgegen wirkende politische Profitstreben hin, das jene Akteure, die in die jeweilige Krisenlösung involviert waren, häufig kennzeichnete. Und er setzt sich mit dem diplomatischen Schwerpunkt der offiziellen österreichischen Reaktionen auf die Anschläge auseinander. Im – vermeintlich – liberalen „Duch approach" wiederum erkennt er das zähe Ringen von Strategien der Nachgiebigkeit und Unnachgiebigkeit.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Autor gibt zu, dass einige seiner früheren Veröffentlichungen in das Buch mit eingeflossen und die Fallanalysen „ungleich strukturiert“ (S. 10) sind. Es setzt sich folglich aus drei Länderstudien zusammen, die sich zu einer vergleichenden Studie selbst „auf abstrakter Ebene“ (ebd.) leider nicht zusammenfügen. Im Laufe der Untersuchung greift Dahlke zudem auf die anfangs noch ausgiebig referierten „Deutungsebenen“ des Terrorismus kaum zurück. Gleiches muss über die Überlegungen zu der „Krise“, den „Internationalen Beziehungen“, dem „Transnationalen“ und dem „Internationalen“ sowie dem „gesellschaftlichen Wandel“ gesagt werden. – Die solide Recherche überzeugt. Da die theoretischen und methodischen Grundlagen in der Luft hängen, hinterlässt die Lektüre des Bandes einen zwiespältigen Eindruck: empirisch stark, aber unsystematisch.

Jerzy Maćków

Jutta Ditfurth, Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin 2011 (*Rotbuch*), 288 S.

Seit dem Parteitag in Neumünster 1991, „bei dem Jutta Ditfurth und ihre Ökosozialisten den Weg aus der Partei hinaus mit Wasserpistolen freischossen“ (Deutschlandradio vom 16. Januar 2010), sind ihr die Grünen Hassobjekt und verschmähte Jugendliebe zugleich. „Verrat ist eine Kunst, die die Grünen meisterlich beherrschen“ (S. 134), ob bei der Bekämpfung der Atomenergie, beim Umbau des Sozialstaats, bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder in jedem anderen Bereich. Auch wenn es „das grüne Publikum einfach nicht wissen will“ (S. 190), Jutta Ditfurth ficht das nicht an. Die letzte Mohikanerin der Bewegungen Westdeutschlands hat das Gutmenschentum gepachtet. Mit Reflexion oder gar Selbstkritik hält sie sich nicht auf. Dafür teilt sie gerne aus, mit deutlichen Worten, bis zur Beleidigung: „opportunistischer Kriegshetzer“ (S. 143) über Daniel Cohn-Bendit, „Rassismus des verrohenden Bürgertums“ (S. 251), „vom ersten Moment an hinterließ er eine breite Schleimspur“ (S. 159) über Joschka Fischer.

Bizarr ist die gleichzeitige Über- und Unterschätzung der rot-grünen Regierung. So walze seit der Auflösung der Sowjetunion und der „Wiedervereinigung“ ein Rollback durchs Land. Der Jugoslawien-Krieg, die Fortsetzung des Atomprogramms, die Zerschlagung des Sozialstaats oder die Bereicherung der Vermögenden, „für das alles war und ist rot-grün verantwortlich“ (S. 252), obwohl die Grünen ab 1998 zwar mitregieren durften, „aber nicht an der Macht waren“. „Weder Koch (Schröder) noch Kellner (Fischer) waren Eigentümer der Kneipe“ (S. 149). Nun könnte man meinen, in einer Demokratie gehört diese Kneipe dem Volk. Bleibt die Frage, wer hat die Macht? Die „Kapitalseite“ (S. 217), „die herrschenden Kreise“ (S. 160), „Kapital, Banken und Militär“ (S. 235), der „Filz aus Staat, Militär und Kapital“ (S. 236) oder schlicht „die Herrschenden“ (S. 142)? Dann war es wieder Rot-Grün, das ab 1998 „den Weg in den Polizeistaat asphaltiert“ (S. 39) hat, obwohl doch Ende der 1970er Jahre „Bürgerkrieg gegen oppositionelle BürgerInnen und gegen Linke“ (S. 56) geführt wurde, „der Poli-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zeistaat längst nicht mehr abstrakt war“ (S. 57). Jutta Ditfurth meint Westdeutschland, nicht die DDR!

Ganz kann sie ihre feudale Herkunft nicht verleugnen. Ein ominöses „wir“ (von Gottes Gnaden?, wie man zunächst meint) durchzieht das Werk. Es soll wohl der Verstärkung der schwachen Argumente dienen und entpuppt sich als diffuse Mischung. Gemeint sind „Leute aus verschiedenen linken Strömungen, Antiautoritäre, Undogmatische, KommunistInnen, SozialistInnen, Gewaltfreie, Militante aller Schattierungen“ und als „stärkste organisierte Gruppe“ (S. 50) der KB, die sie mit diesem Pluralis Majestatis für sich vereinnahmt. Sicher, die Anti-AKW-Bewegung hat die frühere Bundesrepublik verändert. Sie hat dazu beigetragen, dass die Grünen in die Parlamente gewählt wurden. Die Forderung nach Atomausstieg stand immer auf der Agenda von Bündnis 90/Die Grünen. Trotzdem kam der Beschluss zum Ausstieg hierzulande erst nach der Atomkatastrophe von Fukushima zustande. Jutta Ditfurth ist die einzige Kämpferin gegen Verrat, Intrige und Verschwörung. Und zeigt sich unbescheiden – anders als „manche grüne FunktionärInnen, die sich bereichern“ (S. 234), zudem gänzlich unbestechlich: „Ich schlug mich so gut, dass einige Politik- und Medienkreise überlegten, ob sie versuchen sollten, mich kleinzukriegen oder einzukaufen. Ich ließ ihnen keine Wahl“ (S. 143 f.). Aufrecht oder selbstgerecht?

Angesichts der Polemik, der verletzten Eitelkeiten, des Neides und der Besserwisserei ist eine sachliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Fehlern der bündnisgrünen Regierungspolitik unmöglich, zumal vieles, wie der schwierige Prozess des Zusammengehens zwischen Bündnis 90 und den Grünen, für Jutta Ditfurth gar nicht existiert. Ein überflüssiges Buch, auch deshalb, weil die Autorin vieles nur wiederholt und wenig Neues dazu gekommen ist.

Werner Schulz

Lars P. Feld/Peter M. Huber/Otmar Jung/Christian Welzel/Fabian Wittreck (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2010, 2. Bde., Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 429 S.

Eike-Christian Hornig, Die Parteiendominanz direkter Demokratie in Westeuropa, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 344 S.

Das Jahrbuch für direkte Demokratie erweist sich auch im zweiten Band erneut als Fundgrube vielfältiger Informationen und Reflexionen. Der interdisziplinäre Charakter tritt mit mehreren politikwissenschaftlichen Aufsätzen zu möglichen Verfahrensgestaltungen direkter Demokratie auf Bundesebene deutlich hervor. Gegenüber Frank Decker mit seiner Priorität für ein volksinitiiertes Gesetzesreferendum zeigt sich Werner Patzelt institutionell offener und schließt mit guten Gründen auch die Initiative für neue Gesetzesvorschläge ein. Eine Umfrage von Lars P. Feld u. a. bestätigt die Unterstützung für die Einrichtung direkter Demokratie. Zahlreiche Beiträge informieren über politische Entwicklungsprozesse direkter Demokratie, so über die Neuregelung des Volksentscheids in Bremen im September 2009 (Dian Schefold) und über die Entstehungsge-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schichte der Europäischen Bürgerinitiative im Lissabon-Vertrag samt Ausführungsregelungen (Bruno Kaufmann). Direkte Demokratie und Sprachminderheiten in Südtirol und der Schweiz vergleicht Thomas Benedikter, für Frankreich berichten Sabine Kuhlmann und Philipp Richter über das faktische Scheitern der neueren Referendumsinstrumente auf lokaler Ebene. Den dramatischen Zusammenbruch von Finanzwirtschaft und Staatslegitimation in Island und die Zuflucht zu direkter Demokratie untersucht Meike Sommer. Der Verlaufsbericht zum Volksentscheid zum Nichtraucherschutz in Bayern (Bärbel M. Weixner) wird ergänzt von Harald Schoen u. a. mit einer empirischen Analyse über Informationsvermittlung und ihre begrenzten Wirkungen für das Abstimmungsverhalten. Im Übrigen bietet das Jahrbuch wieder ein attraktives dokumentarisches Angebot, u. a. das Gutachten von Georg Hermes und Joachim Wieland zum Ausstieg aus Stuttgart 21 durch Volksentscheid.

Eike-Christian Hornig untersucht den Einfluss der Parteien in Verfahren direkter Demokratie und zweifelt an deren Potential, Parteienherrschaft und repräsentative Mechanismen zu relativieren oder zu „stören". Er differenziert Parteiendominanz bei der inhaltlichen Urheberschaft und der Auslösung der verschiedenen Verfahren, beim Abstimmungsergebnis und bei der Umsetzung der Volksentscheide. Ein Punktesystem von null bis drei Punkten für jede Subdimension bildet den Index der „Partyness" direkter Demokratie. Untersucht werden die neun Länder Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Italien, Schweden, Schweiz, Österreich und Norwegen. Vier der Staaten kennen keine institutionalisierten Verfahren, sondern haben nach 1945 durch Ad-hoc-Entscheidung wenige Volksentscheide angesetzt. Die hohe „Partyness" bei Urheberschaft und Auslösung überrascht nicht, denn in sieben der Länder gibt es nur Verfahren oder Praxis der Auslösung „von oben" oder obligatorische Referenden. Interessanter ist die Frage nach der „Partyness" beim Abstimmungsverhalten. Hornig beschränkt den Anspruch darauf, ob die Stimmenpotentiale (Ergebnisse der letzten Wahl) der jeweiligen Befürworter- oder Gegner-Parteien mit der Menge abgegebener Stimmen Pro und Contra im Volksentscheid „übereinstimmen" oder abweichen. Das erscheint zwar methodisch elegant und deskriptiv eindrucksvoll, doch muss offen bleiben, ob die relativ häufigen „Übereinstimmungen" von den jeweiligen Parteien „bewirkt" werden und insoweit „Partyness" kausal erklären, oder ob auch andere Gruppen und Faktoren im Spiel sind. Als Ausgangspunkt für vertiefte Analysen sind diese „Zwischenergebnisse" dennoch gut brauchbar.

Die informativen Beschreibungen jedes einzelnen Verfahrensablaufes machen den Band zu einem hilfreichen Kompendium. Die Schlussfolgerungen sind freilich pauschal, und die politische Empfehlung für „geschlossene Verfahren" – und damit gegen Initiativverfahren – kann sich auf keinerlei normative Begründungen stützen. Unverständlich bleibt, warum Studien wie die von Ian Budge (1996) und von Hanspeter Kriesi (2005) sowie der Klassiker von David Butler/Austin Ranney (1994) fehlen, um einige Beispiele zu nennen.

Theo Schiller

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Orlando Figes, Krimkrieg. Der letzte Kreuzzug, Berlin 2011 (*Berlin Verlag*), 747 S.

Dadurch, dass weder Preußen noch andere deutsche Staaten sich direkt an der militärischen Intervention auf der zum Russischen Reich gehörenden Halbinsel Krim beteiligten, ist die Dimension des Krieges, der hier um die Mitte des 19. Jahrhunderts tobte, im deutschen Sprachraum bis heute eher unbekannt. Und doch ist die Bedeutung für die gesamteuropäische Ordnung und die globale Mächtekonstellation kaum zu unterschätzen, denn anders, als von der offiziellen Zählung festgeschrieben, könnte man bereits diese – nur auf den ersten Blick lokal begrenzte – Auseinandersetzung einen Weltkrieg nennen. Denn neben der maritimen Vorherrschaft, die die Hohe Pforte auf dem Schwarzen Meer anstrebte, kämpften Napoleon III. um die Reputation Frankreichs und die Engländer gegen die Ambitionen ihres schärfsten Konkurrenten rund um Asien. Als Bindeglied zwischen den Koalitionskriegen alter Ordnung und dem Massengemetzel des 20. Jahrhunderts ist der Krimkrieg für den Autor so der erste totale Krieg und zugleich der letzte, in dem ritterliche Tugenden praktiziert wurden. Nicht nur, dass sich die Kriegsparteien für Monate verschanzten und ein Grabensystem von gigantischen Ausmaßen schufen, erreichten auch die Verluste nie gekannte Größen, etwa in der Schlacht von Inkerman, die vergleichbar war mit der Schlacht an der Somme 1916. Und während der zweite Beschuss von Sewastopol Maßstäbe in puncto Feuerkraft setzte, der russische Arzt Nikolai Pirogow die Feldchirurgie durch den Einsatz von Äther revolutionierte und sich in den Gräben die noch nicht näher bestimmbaren psychischen Krankheiten häuften, sollte es in den Waffenpausen – wie zu Weihnachten 1914 – auch hier Verbrüderungsszenen zwischen den Soldaten beider Seiten geben. Am Ende stand mit dem Sieg der Alliierten eine nie gekannte Demütigung Russlands, die bis zur französischen Niederlage 1870/71 vertraglich fixiert blieb.

Das Neue dieses Krieges fand sich letztlich darin, dass die christlichen Mächte England und Frankreich an der Seite der muslimischen Osmanen gegen das orthodoxe Russland kämpften. Die religiösen Motive des Krieges, deren Auswirkungen sich bis heute nachzeichnen lassen, ziehen sich durch das gesamte Werk. Bevor Figes zur Beschreibung des näheren Kriegsgeschehens gelangt, beginnt er seine in 12 Kapitel unterteilten Ausführungen mit den Religionskriegen, der Orientalischen Frage und der Problematik in Jerusalem, das sich im 19. Jahrhundert zunehmend zum Wallfahrtsort für russische Pilger entwickelte, sich jedoch im Machtbereich des Sultans und darüber hinaus in einer Region befand, in der die Interessen der Großmächte miteinander kollidierten. Den Einflüsterungen der Panslawisten ausgesetzt, die ihn an seine Rolle als Protektor der Rechtgläubigkeit erinnerten, ließ es Zar Nikolai I. gegenüber den nichtrussischen Gläubigen nicht an Entschlossenheit fehlen, was Russland zu den Osmanen und schließlich zu Frankreich und England in Konflikte brachte, die durch den Aufruhr der öffentlichen Meinung katalysiert wurden. Auf beiden Seiten des Kanals bestimmten Ängste und Phantasien das Bild von den Russen, das durch die Konflikte in Nahost, auf dem Balkan und nicht zuletzt in dem zum Zarenreich gehörenden Polen, in dem es 1830 blutig unterdrückte Aufstände gegeben hatte, in den dunkelsten Farben gezeichnet wurde. Niko-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lai I. wäre Attila recht ähnlich, hatte es geheißen, und an dieser Stelle verweist der Autor auf ein Problem, das zwar hinter die religiöse Frage zurücktritt, das aber von nicht geringerer Bedeutung ist, weil es über den eigentlichen Forschungsgegenstand hinausweist. Denn diese pejorativen Projektionen erschufen aus Russland – wie später aus Preußen/Deutschland – eine Monstrosität, die die Geschichtswissenschaft bis heute vor die Aufgabe stellt, aus den Zeitumständen ein nuancierteres Bild von den Geschehnissen und Stimmungen zu zeichnen. In seinem mit großer Sach- und Quellenkenntnis geschriebenen Buch hat Figes dazu einen wertvollen Beitrag geleistet.
Michael Vollmer

Bernd Florath (Hrsg.), Das Revolutionsjahr 1989. Die Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 250 S.
Clemens Vollnhals (Hrsg.), Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 406 S.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Ende des „kurzen Jahrhunderts" 1989/90 erfreut sich auch nach über 20 Jahren ungebrochener Beliebtheit. Erschien zu den „Jubiläen" der Friedlichen Revolution in der DDR und der Deutschen Einheit eine regelrechte Flut an Veröffentlichungen, steht nun mit Zeitverzögerung die ost(mittel) europäische Perspektive stärker im Mittelpunkt des Interesses. Zwei Sammelbände, herausgeben von Bernd Florath (BStU) und Clemens Vollnhals (HAIT), tragen dem Rechnung, wenngleich beide die Lücke einer nach wie vor fehlenden systematisch-komparativen Untersuchung der Systemwechsel im (post-)sozialistischen Raum nicht zu schließen vermögen.

Beide Editionen beeindrucken wegen der thematischen Vielfalt ihrer Beiträge und mit Blick auf die versammelten Autorenkollektive. Fast ausschließlich Länderexperten behandeln die zentralen Facetten der jeweiligen Systemwechsel (Ursachen, Akteure, Runde Tische), ebenso bislang kaum beleuchtete Aspekte, z. B. bei Florath über die Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine (Svitlana Hurkina). Die räumliche Differenzierung ist bei Florath größer, das inhaltliche Spektrum der Texte breiter bei Vollnhals. Während die Texte bei letztgenanntem nur vereinzelt, z. B. bei Steffen Kailitz und seiner Analyse der Regimeentwicklung in den postkommunistischen Staaten, über die vier Fälle DDR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn hinausgehen, umfassen die vergleichenden Beiträge und Einzelfallstudien bei Florath auch den Balkan (vor allem Rumänien) sowie den postsowjetischen Raum. Allerdings geht die Bandbreite der Länderstudien zulasten der inhaltlichen Homogenität. Wer sich eine Verzahnung der einzelnen Beiträge bzw. vergleichende Ausführungen zu den Themenkomplexen Staatsicherheit, Kunst und Kultur oder Vergangenheitsbewältigung erhofft hat, kommt wie bei der Mehrzahl zeithistorischer Darstellungen der Systemwechsel in Ost(mittel)europa nicht auf seine Kosten.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Vollnhals-Band überzeugt dagegen gerade wegen seiner Strukturierung. Die 22 Aufsätze sind entlang der in der Transformationsforschung anerkannten Phaseneinteilung (Ende des alten Systems, Institutionalisierung und Etablierung des neuen) gegliedert. Jedem Zeitabschnitt sind Einzelfallstudien über die vier Länder sowie vergleichende Analysen zugeordnet. Vor allem der Beitrag von Friedbert Rüb überzeugt durch die Verbindung von theoretischer Fundierung und empirischer Darstellung der osteuropäischen Transformationsprozesse. Obwohl sich über die allgemeine Charakterisierung der Systemwechsel als koordinierte Transformation, Reform, Revolution oder Staatsstreich trefflich streiten lässt, setzt Rübs Typologie Maßstäbe. In seiner anschließenden Einordnung der nicht-sowjetischen postkommunistischen Staaten kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Systemwechseln 1989/90 nicht um Revolutionen, sondern um „koordinierte Transformationen" handelte. Keine revolutionären Verläufe, sondern „radikale Kontinuität" (S. 263) seien der Wesenskern der Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa gewesen. Ob diese allgemeine Einschätzung so zutreffend ist, darf wegen der von Rüb vernachlässigten Differenzierungen innerhalb Osteuropas bezweifelt werden. Ein Sammelband, dem es gelänge, mit Hilfe einer theoretisch-vergleichenden Konzeption die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Systemwechsel systematisch darzustellen, wäre eine wünschenswerte Innovation.
Tom Thieme

Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991, München 2011 (*Oldenbourg*), 640 S.

Das Buch ist eine wertvolle Dokumentensammlung für all diejenigen, die sich intensiv mit der Deutschlandpolitik der Sowjetunion in der Ära Gorbatschow und mit der Geschichte der deutschen Vereinigung beschäftigen. Es stellt die vollständige deutsche Übersetzung des russischsprachigen Originals von 2006 dar. Die beiden Herausgeber sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Gorbatschow-Stiftung und können als Spezialisten ersten Ranges gelten. Tschernjajew gehörte zu den engsten außenpolitischen Beratern Gorbatschows. Das Buch ist eine editorische Meisterleistung. Dies zeigt sich u. a. in der Übersetzung von Joachim Glaubitz, in den zusätzlichen Erläuterungen zu den Dokumenten sowie in einem kommentierten Personen- und einem kombinierten Orts- und Schlagwortregister. Ein knappes Vorwort ergänzt dasjenige der russischen Herausgeber und gibt einen Überblick über das Wesen der Gorbatschowschen Konzepte und deren Folgen für die Entwicklung innerhalb der UdSSR und für die sowjetische Außenpolitik, besonders für die Politik gegenüber den beiden deutschen Staaten.

Bei den 138 (oft gekürzten) Dokumenten, sämtliche aus dem Gorbatschow-Archiv, handelt es sich mehrheitlich um Protokolle und Aufzeichnungen über Begegnungen und Telefongespräche Gorbatschows mit ausländischen Politikern und Spitzenbeamten, meist mit solchen aus West- und Ostdeutschland. Zu den prominentesten Gesprächspartnern gehören Mitterrand, Bush, Thatcher, Andreotti, Dubček, Jaruzelski, Dumas, Baker,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kohl, Brandt, Genscher, Bahr, Strauß, Rau, Weizsäcker, Teltschik, Honecker, Krenz, de Maizière und Modrow. Es gibt auch Notizen zu Sitzungen des Politbüros der KPdSU und zu Besprechungen im engsten Kreis der sowjetischen Führung. Außerdem finden sich Exzerpte aus amtlichen Schriftstücken, Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und Tagebuchvermerken. Die Dokumente bestätigen im Großen und Ganzen das, was wir über die Genese von Gorbatschows Deutschlandpolitik wissen. Nicht selten unterfüttern sie unsere Kenntnisse mit Hintergrundinformationen, die die Willlensbildungs- und Entscheidungsprozesse durchsichtiger machen. Dies trifft nicht unbedingt auf die bedeutsame Frage zu, welche Faktoren es im Einzelnen waren, die Gorbatschow dazu veranlassten, sich mit der Idee einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten anzufreunden oder doch zumindest abzufinden und wann dies geschah. Immerhin lässt sich dem Protokoll einer Diskussion Gorbatschows mit seinem Beraterstab vom 26. Januar 1990 entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt der Kurswechsel bereits vollzogen war. Gorbatschow sagte nämlich: „Allmählich muss man beginnen, unser Volk an eine Wiedervereinigung Deutschlands zu gewöhnen“ (S. 288). In der Richtigkeit des neuen Kurses konnte er sich durch ein Gespräch mit Modrow am 12. Februar bestätigt fühlen, in dem dieser feststellte: „Die Stimmung in der DDR für eine Vereinigung mit der BRD ist stark.“ Und: „Die Wirtschaftslage der DDR ist schwierig.“

In einigen Bereichen kann das Buch klaffende Lücken nicht schließen. Als ein Beispiel sei die Frage genannt, wie die sowjetische Führung auf den Fall der Mauer reagierte. Wir wissen aus anderen Quellen, dass am 10. November 1989 hierüber in Moskau heftige Auseinandersetzungen stattfanden. Im Buch erscheint unter diesem Datum ein einziges, dazu nichtoffizielles Dokument, ein kurzer Auszug aus Tschernjajews Tagebuch, in dem der liberale Autor freudig erregt feststellt, eine ganze Epoche in der Geschichte des „sozialistischen Systems“ sei nunmehr zu Ende gegangen (vgl. S. 228). Das nächste abgedruckte Dokument ist das Protokoll eines Telefongesprächs von Gorbatschow mit Kohl am 11. Februar. Form und Inhalt der Diskussionen in der sowjetischen Führungsspitze am 10. November dürften derartig brisant gewesen sein (man denke an Falins Forderung nach Schließung der Mauer mit militärischer Gewalt), dass sich die Herausgeber bemüßigt fühlten, auf eine Dokumentierung zu verzichten.
Dieter Heinzig

Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011 (*Metropol*), 270 S.
Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hrsg.), Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968-1989), Berlin 2011 (*Ch. Links*), 253 S.

Was war die SED? Mit dieser lapidaren Frage leiten Jens Gieseke und Hermann Wentker ihren Sammelband zur Geschichte der DDR-Staatspartei ein. Zu ihren besten Zeiten vereinte die SED in ihren Reihen immerhin rund ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung ihres Herrschaftsbereichs. In neun Beiträgen werden Aufstieg und Vergehen der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

SED skizziert und zudem Forschungsdefizite aufgezeigt, die wissenschaftlich aufzuarbeiten dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und dem Zentrum für Zeithistorische Studien Potsdam unter Mitwirkung von Partnern an den Universitäten Chemnitz, Leipzig und Jena von der Stiftung Aufarbeitung in einem gemeinsamen Forschungsprojekt übertragen worden ist. Der Sammelband ist das Produkt einer Ringvorlesung, in der das anvisierte Forschungsfeld thematisch eingegrenzt wird. In den einzelnen Beiträgen spannt sich der Bogen von der Einordnung der Partei in der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR bis zu ihrer Mutation zur PDS und zur Linken. Acht Autoren und eine Autorin entwerfen ein Bild der SED aus historischer Perspektive. Sie setzen sich zugleich mit speziellen Aspekten ihrer Ideologie sowie mit dem hierarchischen Aufbau und der Sozialstruktur der SED auseinander. Warum erwies sich die Partei in den 1970er und 1980er als reformunfähig? Wie entwickelte sich ihr Verhältnis zur KPdSU und zur UdSSR unter Walter Ulbricht, Erich Honecker und Egon Krenz? Wodurch wurde das Verhältnis der SED zum MfS bestimmt? Was hieß „Schild und Schwert der Partei"? Wie gestaltete sich der Alltag der hauptamtlichen Funktionäre, der so genannten Parteiarbeiter? Was bedeutete Parteiarbeit im Betrieb? Die hier aufgeworfenen, nicht immer neuen Fragen umreißen Konzeption, Inhalt und Umfang des auf mehrere Jahre kalkulierten Forschungsprojekts, das in der historischen Gesamtschau auf die SED durchaus Neues verheißt. Der Sammelband ist ein Ausblick auf ein ambitioniertes zeitgeschichtliches Vorhaben, auf dessen Realisierung man gespannt sein darf.

Ein weißes Feld in der DDR-Forschung bis heute bildeten die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa. Ihrer Analyse ist der Sammelband von Arnd Bauerkämper und Francesco Di Palma gewidmet. Die Herausgeber edieren 15 Aufsätze von Experten aus fünf Ländern, in denen die alles andere als krisenfreien Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien in Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland im Zeitraum von 1968 bis 1989 untersucht und beschrieben werden. Der Mythos vom „proletarischen Internationalismus", ein unverzichtbares Element der SED-Propaganda, wird gründlich zerstört. Spätestens nach der martialischen Unterdrückung des „Prager Frühlings" durch die Armeen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten, die von den Moskau-hörigen DDR-Kommunisten billigend hingenommen und politisch gerechtfertigt wurde, provozierte die SED Aversionen bei den West-Genossen. Unter dem Einfluss des „Eurokommunismus" belasteten ideologische Differenzen zusätzlich das Verhältnis der SED zu den „Bruderparteien" im „nichtsozialistischen Ausland".

Es ist an dieser Stelle unmöglich, auf die einzelnen, durchweg informativen und historisch fundierten Beiträge einzugehen. In ihnen wird nicht nur eine Fülle von Daten und Fakten mitgeteilt, sondern es kommen auch wissenschaftlich interessante Forschungsfragen zur Sprache – wie zum Beispiel, „inwieweit man bei den Beziehungen der SED nach Westeuropa von transnationalen Beziehungen sprechen kann" (S. 29). Im Sinne seiner Begriffsdefinition wird diese Frage von Hermann Wentker eindeutig mit Nein beantwortet.

Karl Wilhelm Fricke

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Christoph Giesa, Bürger-Macht-Politik, Frankfurt a. M./New York 2011 (*Campus*), 255 S.
Kurt Beck/Jan Ziekow (Hrsg.), Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Weg zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 214 S.

Beide anzuzeigenden Bücher befassen sich mit Bürgerbeteiligung – dem Ist, dem Soll und dem Kann. Beck/Ziekow ist ein gut 200 Seiten umfassender, typischer Sammelband mit Beiträgen von Wissenschaftlern und einigen Praktikern, hervorgegangen aus einer im Jahr 2010 durchgeführten Fachtagung der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei in Verbindung mit dem Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung in Speyer. Der Band von Giesa ist eine ebenfalls gut 200 Seiten umfassende, engagierte staatsbürgerliche Selbstverständigungs- und Werbeschrift, vorgelegt von einem (vergleichsweise) jungen (ehemaligen) FDP-Politiker und geehrt durch ein Vorwort des jetzigen Bundespräsidenten, dessen – damals nicht erfolgreiche – Kandidatur der Verfasser 2010 tatkräftig unterstützte.

Giesa beschreibt im ersten Teil – „Am Anfang steht die Katastrophe" – Defekte unserer praktizierten Demokratie. Sie reichen von Hysterie bei der politischen Diskussion über die Lust am Dagegensein und politische Meinungslotterien bis hin zu vielerlei Schwächen im Kapillargeflecht zwischen Parteienstaat und Bürgergesellschaft. Das alles wird exemplarisch aufgespießt, gut beschrieben und eingängig gedeutet. Im zweiten Teil geht es um die – schwere – „Kunst, für etwas zu sein". Hier wird die Luft schon dünner. Die Kernthese ist klar und einleuchtend: „Dafür ist das neue Dagegen" – und es braucht die „Wiederauferstehung des Citoyens", der dann sowohl „klassische Instrumente neu entdeckt" als auch neue Medien zu nutzen lernt. In den kurzen Kapiteln dieses Teils werden vielerlei Beobachtungen zu Sprachstörungen, vertanen Chancen und grundsätzlichen Verbesserungsmöglichkeiten zusammengetragen. Widerspruch fordert kaum etwas davon heraus; doch man merkt sehr, dass das Blickfeld des Verfassers enger ist als die Ausdehnung der angerissenen Probleme. Der dritte Teil ist verheißungsvoll überschrieben: „Was jetzt zu tun ist". Hier gerät der Verfasser klar an die Grenzen seines Wissens und seiner Argumentationskraft. Schwung hat noch das erste Kapitel, bei dem es ums Fordern und Fördern der Politik überhaupt geht, ja auch noch das zweite Kapitel, wo – am Fall einzelner Formen von Bürgerbeteiligung – das Erkennen und Nutzen weiterer Möglichkeiten abgehandelt wird. Doch der „Blick über die Grenzen" auf Formen der Direktwahl öffentlicher Amtsinhaber sowie die Nutzung plebiszitärer Instrumente in anderen Staaten sowie auf die deutsche Kommunalebene mit ihren besonderen Wahlmöglichkeiten und Formen direkter Bürgerbeteiligung bleibt recht unergiebig, weil die präsentierte Materialsammlung nicht von typologischem Wissen um die Funktionslogik der erzählend aneinandergereihten Instrumente getragen wird. Damit aber fehlt sowohl dem „Blick in die Parteiprogramme" als auch den abschließenden Erwägungen über eine „Politik 2.0" der kritische Biss. Es bleibt vielmehr beim Charme der zu „mehr Demokratie" einladenden Attitüde. Die freilich ist zu loben.

Ohne sonderlichen Charme, dafür überwiegend mit solidem politikanalytischen Handwerk, wartet hingegen der Sammelband von Beck und Ziekow auf. Zwei ohne

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

großen Verlust zu überschlagende, weil nur die einschlägigen Gemeinplätze zusammenstellenden Lobreden über „Mehr direkte Demokratie wagen!“ (Ute Kumpf) und „Bürgerengagement“ (Kurt Beck) eröffnen ihn. Es folgen 13 Abrisse zu Einzelformen (realisierter) „Engagementpolitik“. Sie werden sowohl in einen größeren systematischen Rahmen gestellt (Teil I: „Moderne Demokratie und Bürgerbeteiligung“) als auch an kurzen Fallstudien durchdekliniert (Teile II und III: „Engagementpolitik in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa“ sowie „Bürgerbeteiligung bei Kommunalreformen“). In diesen Kapiteln werden, sorgsam dokumentiert und besprochen, viele konkrete Verbesserungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen dem Bürger und seiner res publica sichtbar. Knappe Bilanzen von Warnfried Dettling und Ulrich von Alemann versuchen – erfolgreich – am Ende eine Zusammenschau und bundesdeutsch-geschichtliche Einordnung der Befunde.

Je nach konkretem Erkenntnisinteresse wird man viele Beiträge dieses Bandes mit Gewinn heranziehen und für diese „Zwischenbilanz“ dankbar sein. In einem Zug lesen wird aber kaum einer dieses Buch. Und beide Bände vergleichend, erkennt der Leser einmal mehr, woran es im deutschen politischen Schrifttum so oft fehlt: an empirisch und analytisch verlässlichen und trotzdem gut formulierten Zusammenschauen des bereits Gewussten, Bedachten, Erprobten in popularisierender und „engagementpolitischer“ Absicht. Aber kann man Schwarzbrot oder Appetizern wirklich vorwerfen, was sie nun einmal sind?

Werner J. Patzelt

Claudia Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 317 S.
Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.), Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin 2011 (*Friedrich-Ebert-Stiftung*), 359 S.

In vielen europäischen Ländern konnten in den letzten Jahren „Rechtsaußenparteien“ Wahlerfolge verbuchen. Diesem Phänomen widmet sich der Sammelband von Claudia Globisch, Agnieszka Pufelska und Volker Weiß. Er entstand in der Folge einer Tagung des Villigster Forschungsforums zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus zum Thema „Ressentiment und Erinnerung: Europas radikale Rechte und der Zweite Weltkrieg“ und enthält fünf Kapitel mit 17 Beiträgen: Darin geht es um ideengeschichtliche Aspekte der Entwicklung von Faschismus und Nationalismus in Europa, um Ideologien und Strukturen der „Rechtsaußenparteien“ in Ost- und Westeuropa (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Russland, Schweiz, Ungarn), um Antiamerikanismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie um die aktuelle wissenschaftliche Debatte zu einen neuen Faschismusbegriff.

Die Herausgeber bemerken bereits im Vorwort: „Trotz seiner thematischen Binnengliederung ist der Sammelband letztlich pragmatisch auf die Beschreibung von beobachtbaren Einzelfällen und Entwicklungen ausgerichtet. Die Autorinnen und Autoren

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nähern sich diesen aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven. Hierbei wurde keine stilistische Homogenität angestrebt“ (S. 15). In der Tat unterscheiden sich die Beiträge nicht nur thematisch, sondern auch methodisch. Manchmal wurde der Redetext offenbar nur um einige Literaturhinweise ergänzt, manchmal liegt ein wissenschaftlicher Aufsatz vor. Dabei geht es thematisch ebenso durcheinander. Viele Beiträge können noch nicht einmal dem allgemein gehaltenen Konferenzthema zugeordnet werden. Insofern fällt das Urteil über den Sammelband eher ambivalent aus: Einige Beiträge formulieren lediglich das, was man an anderen Orten meist schon besser lesen konnte. Andere Texte wie etwa die zum Ländervergleich oder zu Osteuropa verdienen dagegen näheres Interesse.

Ebenfalls auf eine Tagung geht das von Nora Langenbacher und Britta Schellenberg herausgegebene Werk zurück. Der Band enthält die überarbeiteten Texte der Vorträge bei verschiedenen Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. In sechs Kapitel eingeteilt finden sich insgesamt 18 Beiträge: Einleitend bzw. abschließend geht es um die allgemeine Entwicklung in Europa in diesem Politikfeld bzw. um die Strategien gegen die „radikale Rechte“ sowie für ein plurales und zukunftsfähiges Europa. Im Zentrum stehen allerdings Länderstudien zu Westeuropa (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande), Südeuropa (Italien, Schweiz, Spanien), Osteuropa (Bulgarien, Polen, Ungarn) und Nordeuropa (Dänemark, Norwegen, Schweden). Meist äußern sich Experten aus den jeweiligen Ländern, wobei sie sich mit den Parteien wie mit den militanten und subkulturellen Bestrebungen aus diesem politischen Lager intensiv auseinandersetzen.

Der höhere Informationsgehalt und die stärkere Systematik der Beiträge lassen diesen Sammelband als den besseren der beiden Werke erscheinen. Der Leser findet empirisches Material und vielfältige Informationen zu der Entwicklung in den jeweiligen Ländern. Eine vergleichende Betrachtung zu bestimmten Regionen Europas oder in einem allgemeinen Sinne fehlt allerdings. Bezogen auf die Analysekategorien bedienen sich die Autoren hier wie im vorher genannten Sammelband unterschiedlicher Kategorien. Die Ausführungen von Michael Minkenberg stoßen auf besonderes Interesse, plädiert er doch gegen den Extremismus- und für den Radikalismusbegriff, um so auch Parteien mit in die Analyse aufzunehmen, welche „nicht notwendigerweise aktuell direkt und explizit – gegen die liberale Demokratie“ (S. 40) gerichtet sind. Aus demokratietheoretischer Sicht geht dabei ein bedeutendes Unterscheidungskriterium verloren, aus forschungstheoretischer Sicht macht hier die Kategorie „Rechtsaußenparteien“ begrifflich mehr Sinn.

Armin Pfahl-Traughber

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Christoph Goos, Innere Freiheit. Eine Rekonstruktion des grundgesetzlichen Würdebegriffs, Göttingen 2011 (*V&R unipress*), 245 S.

Christoph Hofinger/Gerlinde Manz-Christ (Hrsg.), Emotions in Politics and Campaigning: How Neuroscience, Linguistics, and Social Psychology Change the Political Profession, Sydney 2011 (*Prestige Books International*), 205 S.

Der Begriff „Menschenwürde", der oberste Verfassungsgrundsatz, leidet nach Auffassung von Christoph Goos in seinem Buch *Innere Freiheit* unter einem hausgemachten „Konkretisierungsdilemma". Der erste Satz von Artikel Eins des Grundgesetzes vereine „absolute Unbestimmtheit und absoluten Anspruch" (S. 14). Der Ausgangspunkt von Goos' Analyse ist die Feststellung, in der Literatur und Rechtsprechung herrsche bis zur Gegenwart eine objektiv-geltungszeitliche Interpretation des Würdebegriffs, die Würde beziehe sich auf das Wesen des Menschen und seine Beziehung zum Göttlichen. Der rechtliche Inhalt des Satzes kann in diesem Fall nur durch eine Kasuistik klarer Verletzungstatbestände gesichert werden. Goos kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis: Die Akten und Protokolle des Parlamentarischen Rates 1948-1949 deuten darauf hin, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes die „Würde des Menschen" als ein Gut interpretiert haben, welches während der NS-Zeit auf brutale Weise verletzt wurde. Sie waren im Kern einig, der Würdebegriff beziehe sich auf die „innere geistige Freiheit des Menschen". Im Rahmen einer Bestandsaufnahme geht Goos auf „Spurensuche". Er zeigt die Entwicklung des Begriffs Würde, wertet die Materialien aus, erläutert die „innere Freiheit" und differenziert sie von der äußeren Freiheit. Im Anschluss an seine „Spurensuche" und unter Zugrundelegung des entstehungsgeschichtlichen Befundes versucht Goos, das Schutzgut und die Normgehalte des Art. 1 Abs. 1 GG und dessen Verhältnis zu den nachfolgenden Grundrechten näher zu bestimmen.

Mit dem Begriff „innere Freiheit" bringt der Autor neue Aspekte in die rechtswissenschaftliche Diskussion. In der öffentlichen Meinung bleibt der Begriff dennoch vage, solange kein allgemeiner Konsens darüber gefunden wird. Goos kommt das Verdienst zu, Gesichtspunkte in die Rechtwissenschaft übertragen zu haben, die bislang als emotional und zugleich irrational galten und keine wissenschaftliche Relevanz besaßen. „Angetastet wird die Würde des Menschen durch die Ausübung von Überzeugungszwang, durch Indoktrination und suggestive Beeinflussung, die Traumatisierung von Menschen und das Unterschieben von Gedanken, Handlungen oder Äußerungen" (S. 270). Mit Blick auf den „Emotional Turn" und die neuen Errungenschaften der Hirnforschung füllt diese Arbeit eine Lücke in den Debatten um die Grundrechte.

Wo liegen die Grenzen der professionalisierten Wahlkampagnen? Ist die suggestive Beeinflussung der Wähler nicht eine Verletzung ihrer Würde? Die Wahlkampfstrategen würden den Menschen am liebsten in den Kopf schauen, um zu verstehen, wie sie ihre Wahlentscheidung treffen. Dieser Wunsch wird durch die neuen Erkenntnisse der Hirnforschung bald Realität. Der Sammelband unter dem Titel *Emotions in Politics and Campaigning* versucht die Befunde der Hirnforschung für die Wahlwerbung nützlich zu machen. Die Emotionen seien Schlüsselbegriffe, um Politik zu verstehen und Wahlen zu gewinnen. Um diese Achse drehen sich die Beiträge des Bandes. Was sind die Ur-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sprünge und die Konsequenzen der politischen Emotionen? Wie kann die Neurobiologie helfen, die Wahlen zu gewinnen? Wie kann Neuromarketing zum Erfolg des Wahlkampfes und der Wahlprognose beitragen?

Mit Blick auf Goos' neue Interpretation der Menschenwürde scheint das Übertragen der Befunde der Neurobiologie auf den Wahlkampf ein zweischneidiges Schwert zu sein. Die Emotionen spielen in der Politikvermittlung eine wichtige Rolle. Angesichts der Komplexität der politischen Entscheidungen, wie die Analyse von Barack Obamas Wahlkampf und seiner Politik zeigt, werden die nicht erfüllten Versprechen Politik- und Parteienverdrossenheit weiter verschärfen.

Farah Dustdar

Maciej Górny, „Die Wahrheit ist auf unserer Seite". Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 440 S.

Jan Peters, Menschen und Möglichkeiten. Ein Historikerleben in der DDR und anderen Traumländern, Stuttgart 2011 (*Franz Steiner*), 559 S.

Ulrich Mählert u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, Berlin 2011 (*Aufbau Verlag*), 441 S.

Górnys historiographiegeschichtliches Werk, aus einer Warschauer Dissertation hervorgegangen, bearbeitet ein wichtiges Desiderat der Geschichtsschreibung in den Ländern Ostmitteleuropas nach 1945. Es untersucht eingehend und materialreich die Historiographie in der Formierungs- und Blütezeit des Stalinismus in Polen, in der Tschechoslowakei und in der DDR bis etwa Mitte der 1960er Jahre. Der einleitende Abschnitt analysiert die Grundlagen bis zum Jahre 1949: Dazu zählen die vorgegebenen (marxistisch-leninistischen) Prämissen, die Ziele, so vor allem die Neuinterpretationen der jeweiligen Nationalgeschichten, Fragen der Methoden sowie die Folgen der Entstalinisierung seit 1956. Der zweite Hauptabschnitt, der zugleich den umfangreichsten Teil darstellt, widmet sich der Analyse der historiographischen Traditionen in den genannten Ländern aus marxistischer Sicht. Sinnvollerweise bleibt dieser Ansatz weit gefasst, der Autor behandelt die Historiker, die sich selbst als marxistisch verstehen und entgeht der Versuchung, „richtige" marxistische Positionen definieren zu wollen. Im Mittelpunkt steht die Rezeption der jeweiligen Nationalgeschichten seit dem Zeitalter der Aufklärung. Der Abschnitt zu Polen beansprucht den größten Raum. Dass die Analyse der DDR-Historiographie über das Erbe der deutschen Geschichtsschreibung (einschließlich des Historismus und der Behandlung des Dritten Reiches) dagegen eher kursorisch ausfällt, ist angesichts des Forschungsstandes zu verschmerzen. Das dritte große Kapitel nimmt zentrale Probleme der Nationalgeschichten in vergleichender Dimension auf, so etwa den Feudalismus, die Französische Revolution oder den Einfluss der Oktoberrevolution auf die Länder Ostmitteleuropas. Eine Zusammenfassung greift zentrale Kategorien des marxistischen Geschichtsbildes auf. Insgesamt: ein Werk, das Handbuchcharakter besitzt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine ganz andere Art marxistischer Historiographie verkörpern die Erinnerungen von Jan Peters, Nordeuropa-, Agrar- und Landesgeschichtler der DDR. Die Memoiren verweben Familiengeschichte mit Innenansichten der Wissenschaftsgeschichte der DDR. Die Stationen seines Lebens sind vielfältig: als Kind Emigration mit seinen Eltern in die Sowjetunion, auf dem Höhepunkt des Stalinschen Terrors 1938 Exil in Schweden, Rückkehr 1945 in die sowjetische Besatzungszone. Seine wissenschaftliche Karriere in Greifswald geriet fast zum Fehlstart, es folgten Jahre als Journalist und (bürokratische) Tätigkeiten in der Akademie der Wissenschaften. Den rund 20 Jahren Arbeit am Institut für Wirtschaftsgeschichte unter Jürgen Kuczynski ging ein dreijähriges Intermezzo als Leiter des DDR-Kulturinstituts in Stockholm voraus. Im Berliner Institut fand er dann seine langjährig gepflegten Forschungsfelder. Einen recht breiten Raum nimmt seine Darstellung der „Abwicklung" des Instituts nach dem Zusammenbruch der DDR ein. Immerhin konnte er danach noch rund ein Jahrzehnt als Leiter einer Arbeitsgruppe der Max-Planck-Gesellschaft weiter forschen. In der Tat ist die „Innenansicht" dieser Wissenschafts-Neuorganisation faszinierend und informativ. Peters verteilt wiederholt Seitenhiebe auf die DDR-Politoberen; die westdeutsche Demokratie hingegen verfällt einem grundsätzlichen Verdikt. Sichtbar wird ein marxistischer Intellektueller, der sich seine „Traumländer" (wie im Untertitel genannt) noch suchen muss.

Das bestens eingeführte *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* greift für 2011 das Schwerpunktthema „Antikommunismus" auf. Bernd Faulenbach widmet sich einleitend dessen Erscheinungsformen, vorwiegend für die „alte" Bundesrepublik. Leider widmet sich der Großteil der Beiträge eher marginalen Themen, wenn man etwa von der gelungenen Analyse der Haltung polnischer Linksintellektueller (Kacper Szulecki) oder zum Antikommunismus in Griechenland absieht (Andreas Stergiou). Antikommunismus als Propaganda-Thema in der Sowjetunion oder in der DDR wird gar nicht behandelt. Allerdings sind einige ergiebige Aufsätze zur Erinnerungskultur, etwa in Russland, in Polen und im Baltikum, enthalten.

Werner Müller

Bernd Greiner/Tim B. Müller/Claudia Weber (Hrsg.), Macht und Geist im Kalten Krieg, Hamburg 2011 (*Hamburger Edition*), 544 S.

Die Forschergruppe um Bernd Greiner am Hamburger Institut für Sozialforschung stellt nach Sammelbänden zu Heißen Kriegen, Krisen, Angst und Ökonomie im Kalten Krieg die Konstellationen von „Macht und Geist" in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die 25 Beiträge – deren Autorinnen und Autoren zu zwei Dritteln in den USA lehren und forschen – thematisieren vor allem Bereiche und Projekte, die unmittelbar mit der Führung des Kalten Krieges auf amerikanischer oder sowjetischer Seite verbunden waren, von naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung für die atomare Bewaffnung bis zu sozialwissenschaftlich informierten modernisierungstheoretischen Konzeptionen zur Ge-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

winnung der „Dritten Welt“; politisch-ideologische Strömungen und kulturelle Konflikte kommen eher am Rande ins Bild.

Im ersten von vier Schwerpunkten („Mobilisierung und Selbstmobilisierung“) weist Rebecca Lowen zu Recht darauf hin, dass die Intellectual history der Systemauseinandersetzung nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt nicht ohne die Traditionen und Beziehungsgeflechte der Wissenschaftskultur seit der Zwischenkriegszeit zu verstehen sei, während David C. Engerman die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg und deren spätere Funktionalisierung für den Kalten Krieg beschreibt. Ein Beitrag zur „Mobilmachung der sowjetischen Wissenschaft“ bekräftigt die zentrale Bedeutung der 1920er und 1930er Jahre. Konstitutiv war für das sowjetische System bei aller materiellen Privilegierung das tiefe – und nicht nur unbegründete – Misstrauen etwa gegen die eigenen „Westexperten“. Während fast alle Beiträge – nicht nur in diesem Schwerpunkt – nationalgeschichtlich begrenzt argumentieren, thematisiert John Krige am Beispiel der Nuklearforschung die Führungsrolle der USA in der transnationalen Koproduktion von Wissen.

Der zweite Schwerpunkt („Zwischen Modernisierung und Weltuntergang“) umspannt Themen wie „Die Moderne in der amerikanischen Sozialwissenschaft“ (Hunter Heyck), die „Transformation der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft“ (Michael A. Bernstein), das „Petroknowledge“ (Rüdiger Graf) und „Bildung als Wettbewerbsstrategie“ (Andreas Wirsching) im Kalten Krieg oder Flechtheims „Futurologie“ (Mario Keßler). Auch in diesen Beiträgen scheint die Notwendigkeit durch, zum einen den Kalten Krieg als überwölbenden Schirm aller Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Experten und staatlichen oder halbstaatlichen Funktionären auf allen Ebenen in Rechnung zu stellen und zugleich einen weiteren Horizont der Moderne des 20. Jahrhunderts zu umspannen. In diesem Sinne ist es natürlich zutreffend, dass modernisierungstheoretische Ansätze nicht allein ein Produkt des Kalten Krieges sind.

Im dritten Schwerpunkt geht es um die Produktion und Anwendung von Wissen u. a. in der amerikanischen Propaganda und psychologischen Kriegsführung (Kenneth Osgood), der US-Entwicklungshilfe für Nigeria (Sönke Kunkel) oder der sowjetischen Bildungsförderung für afrikanische und asiatische Länder (Constantin Katsakioris). Quintessenz aller Beiträge über die operative Ebene ist die Enttäuschung der in die wissenschaftlichen Bemühungen gesetzten Hoffnungen. Der letzte Abschnitt „Wege aus der Gefahr“ versammelt ein weites Spektrum kluger Ausführungen, das von den theoretischen Grundlagen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik (Holger Nehring) bis zur Rolle der sowjetischen Dissidenten in der letzten Phase des Kalten Krieges (Stephen V. Bittner) und der ästhetischen Dimensionen der Systemauseinandersetzung am Beispiel der Expo 70 (Fred Turner) reicht. Der anregende Band behandelt eine Fülle von wichtigen Themen, informiert vor allem sehr gut über den amerikanischen Forschungsstand und ist als Schritt zu einer transnationalen Geschichte des Kalten Krieges zu begrüßen.

Axel Schildt

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Christoph Gusy, Grundrechte und Verfassungsschutz, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 137 S.
Christoph Hönnige/Sascha Kneip/Astrid Lorenz (Hrsg.), Verfassungswandel im Mehrebenensystem, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 414 S.

Die Schrift von Christoph Gusy fasst fünf Beiträge zusammen, die aus den letzten zehn Jahren stammen und zum Teil – weil Rechtsgutachten (für wen?) – noch nicht veröffentlicht worden sind. Das übergreifende Thema wird unter unterschiedlichen Fragestellungen behandelt. Im ersten Kapitel geht es um „Geheimdienstliche Aufklärung und Grundrechtsschutz", das zweite Kapitel behandelt „Inhalt und Umfang der Kontrollrechte der G-10-Komission am Beispiel des Landesrechts NRW". Das dritte Kapitel ist „Umfang und Grenzen der Kontrollbefugnisse der G-10-Kommission, namentlich im Hinblick auf gesperrte Daten" gewidmet, während im vierten Kapitel die „Richterliche Kontrolle des Verfassungsschutzes" behandelt wird. Das letzte Kapitel ist überschrieben „Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat". Das erste Kapitel, das einen 2002 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung gehaltenen Vortrag wiedergibt, steht ersichtlich unter dem Zeichen der Ereignisse des 11. Septembers 2001 und thematisiert den Zwiespalt zwischen Freiheit und Sicherheit. Gusy fordert eine „mittel- bis langfristige Freiheitspolitik", die bei den Ursachen des Terrorismus anzusetzen hat. Derartige Strategien erscheinen ihm nicht als aussichtlos, wobei auch zehn Jahre später zweifelhaft sein dürfte, ob es sich wirklich um eine „günstigere Alternative" oder nicht vielmehr um eine Ergänzung der Sicherheitspolitik handelt. Gegenüber dem großen Bogen, der im ersten Kapitel geschlagen wird, handelt es sich in den beiden folgenden Rechtsgutachten um konkrete Anwendungsfragen des nordrhein-westfälischen Rechts. Von allgemeinem Interesse ist das vierte Kapitel, speziell die dort aufgeworfene Rechtsschutzproblematik. Nicht behandelt wird, wer über die – offenbar verbreitete – Observation entscheidet und welche Personenkreise – etwa Parlamentsabgeordnete – hiervon schon verfassungsrechtlich ausgenommen sein müssen. Die Behandlung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste im letzten Kapitel gipfelt in der Forderung nach größerer Effizienz.

Der zweite Band *Verfassungswandel im Mehrebenensystem* hätte eine eingehendere Besprechung verdient. Als für die Politikwissenschaft neues Forschungsfeld wird der Verfassungswandel vorgestellt, bei dem zwischen „explizitem" – nämlich durch Verfassungsänderung erfolgenden – und „impliziten" – etwa durch Verfassungsrechtsprechung herbeigeführten – Wandel differenziert wird. Hierzu wird eine Reihe von Studien vorgelegt, für die überwiegend Vertreter der Politikwissenschaft verantwortlich zeichnen – etwa die Herausgeber des Bandes –, aber auch einzelne Rechtswissenschaftler (Rudolf Streinz, Franz C. Mayer) zu Wort kommen. Vorangestellt werden „theoretisch konzeptionelle Überlegungen" (Christoph Hönnige/Sascha Kneip/Astrid Lorenz, Arthur Benz, Bettina Petersohn/Rainer-Olaf Schulze), dem eine Reihe von Studien über den „expliziten" (Astrid Lorenz, Florian Grotz, Rudolf Streinz, Dorothee Lauter/Arne Niemann/Sabine Heister, Peter Becker/Andreas Maurer, Martin Große Hüttmann) und über den „impliziten Wandel des Grundgesetzes" (Sascha Kneip/Christoph Hönnige, Franz C.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mayer, Andreas Busch/Tobias Jakobi, Peer Pasternack) folgen. In einem vierten Abschnitt kommen „Neue Problemstellungen und vorläufige Befunde der erweiterten Analyse des Verfassungswandels in modernen Demokratien" (Gunnar Folke Schuppert, Roland Lhotta/Sabrina Zucca-Soest, Sascha Kneip/Astrid Lorenz) zur Sprache. Der Reiz des Bandes besteht in dem differenzierten Zugriff unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen auf den gleichen Gegenstand. Für die Rechtswissenschaft sind Verfassung und Verfassungswandel im Mehrebenensystem naturgemäß *kein* Neuland, sondern werden seit jeher kontrovers erörtert. In politikwissenschaftlicher Perspektive erscheint der Forschungsgegenstand allerdings in eigener Begrifflichkeit und einer unübersehbaren Neigung, Forschungsergebnisse durch Tabellen oder gar Diagramme zu veranschaulichen. Auch insofern enthält der lesenswerte Band eine Fülle von Anregungen.
Jörn Ipsen

Angela Hermann, Der Weg in den Krieg 1938/39. Quellenkritische Studien zu den Tagebüchern von Joseph Goebbels, München 2011 (*Oldenbourg*), 574 S.

Quellenkritische Untersuchungen führen in der Zeitgeschichte eher eine Randexistenz. So greift man mit Spannung zu der Münchener Dissertation von Angela Hermann. Die langjährige Mitarbeiterin an der wissenschaftlichen Edition der Tagebücher von Joseph Goebbels kann als Kennerin ihres Sujets gelten. Hermann versteht ihre Studie „als Beitrag zur quellenkritischen Grundlagenforschung" mit zweifacher Zielsetzung: Zum einen möchte sie „Fragen der Authentizität, der Tektonik und der Aussagekraft der Goebbels-Tagebücher so präzise und differenziert wie möglich" klären, zum anderen durch deren Auswertung „neues Licht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges" (S. 17) werfen.

Die Echtheit der Goebbelsschen Aufzeichnungen unterliegt keinem ernsthaften Zweifel, und die inhaltliche Verlässlichkeit und sachliche Richtigkeit der bis Juli 1941 handschriftlichen Notate des nationalsozialistischen Politikers wird der Leserschaft in extenso vorgeführt. Die Methode, diplomatische Akten, Vertragstexte und andere, längst veröffentlichte Aufzeichnungen seitenlang zu paraphrasieren und zu zitieren, um dann festzustellen, Goebbels habe sie richtig zusammengefasst, ist auf die Dauer ermüdend und zumeist wenig ergiebig: „Das Tagebuch von Joseph Goebbels liefert für die erste Begegnung zwischen Hitler und Chamberlain also keine neuen Erkenntnisse, aber es bestätigt eindrucksvoll die bisher bekannten Quellen" (S. 229; auch S. 293). Und wenn Hermann versichert, Goebbels' Eintrag, der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938 habe um „½ 6^{h} morgens" begonnen, sei „den Tatsachen entsprechend" (S. 107), dann verbietet sich jeder Einwand. Mitunter vertraut die Verfasserin ihrer Referenzquelle ohne weitere Recherchen zu sehr: Wenn der Zivilist Goebbels zum 23. September 1938 im Zuge der Krise um die Tschechoslowakei von „unsere[r] Mobilmachung" schreibt, schließt Hermann daraus auf eine tatsächlich vollzogene deutsche

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mobilmachung, die aber damals nicht stattfand – hier muss sogar Hitler, der gegenüber Chamberlain eine Mobilmachung bestritt, vor dem Vorwurf der Lüge verteidigt werden (S. 258 und S. 309).

Das führt direkt zu Hermanns zweitem Anliegen, eine „präzisierte Darstellung der politischen Ereignisgeschichte der Vorkriegsphase 1938/39" im Lichte neuer, durch die Goebbels-Tagebücher zu gewinnender Erkenntnisse zu erstellen, mittels derer „der historiographische Wissensstand über den Weg in den Krieg ergänzt oder modifiziert, bestätigt oder präzisiert wird" (S. 17 f.). Hermann liefert dazu fünf Fallstudien über die Blomberg-Fritsch-Krise, den Anschluss Österreichs, die Sudetenkrise, die Pogrome vom November 1938 und die politisch-diplomatische Entwicklung rund um die Auflösung der Tschecho-Slowakei im Frühjahr 1939. Zumeist handelt es sich um konventionelle Ereignisgeschichte mit der einzigen Fragestellung, was wir durch die Aufzeichnungen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an Neuem erfahren. Hermann würdigt ihre Ergebnisse mit den Worten, ihre Studie habe „zahlreiche neue Erkenntnisse [...] zutage gefördert" (S. 529). Es handelt sich fast durchgehend um Quisquilien. Selbst Hermann gibt mitunter zu, „die zahlreichen Tagebucheinträge zum weltpolitischen Geschehen" etwa um die Jahreswende 1938/39 „zeugen von geringer Informationsdichte und enthalten oftmals kaum mehr, als ein aufmerksamer Zeitungsleser zu notieren vermocht hätte" (S. 483). Sie muss es schon als „eine noch größere Sensation für die Forschung" verkaufen, wenn Hitler „allem Anschein nach" (!) am 23. September 1938 vor Beginn seiner letzten Besprechung mit Chamberlain in Bad Godesberg von der tschechoslowakischen Mobilisierung wusste (S. 259). Dabei gehen einige – auch nicht neue – Einsichten in die hitlerzentrierte Struktur der nationalsozialistischen Außen- und Judenpolitik beinahe unter. Das Hauptergebnis der Lektüre: Die Geschichte muss aufgrund der Goebbels-Tagebücher nicht umgeschrieben werden.
Rainer Behring

Ian Johnson, Die vierte Moschee. Nazis, CIA und der islamische Fundamentalismus, Stuttgart 2011 (*Klett-Cotta*), 360 S.

Stefan Meining, Eine Moschee in Deutschland. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Westens, München 2011 (*C.H. Beck*), 316 S.

Die reißerische Aufmachung und Spionageprosa könnte abschrecken. Doch wird in beiden Büchern fundiert und akribisch dargelegt, wie sich die 1973 feierlich in München-Freimann eröffnete Moschee von einem Mittel westlicher Geheimdienste gegen die Sowjetunion zum Stützpunkt des Islamismus mitten in Europa entwickelte. Insbesondere zur Vorgeschichte des Bauprojekts recherchieren beide Autoren Zusammenhänge, die bisher kaum bekannt waren. Sie dokumentieren, wie eine operativ beachtenswerte Gruppe von ca. 2.000 in Deutschland, davon ca. 1.000 in München lebenden Muslimen aus Zentralasien und dem Kaukasus, welche im Zweiten Weltkrieg als Frontkameraden

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

in den Reihen der deutschen Wehrmacht gedient hatten, „gelenkt“ in einer Gemeinde zusammengefasst und auf diese Weise nachrichtendienstlich gegen die Sowjetunion genutzt werden sollten. Dabei ging es den deutschen Sicherheitsbehörden nach 1949 darum, die nachrichtendienstliche Kontrolle über die islamische Szene in München gegenüber den Amerikanern wiederzugewinnen.

Dieses Ziel wurde mit sehr großem Erfolg vorangetrieben von einem Netzwerk aus Spitzenvertretern des neugegründeten Staates unter der Führung des Vertriebenenministers Theodor Oberländer sowie hochrangigen Mitgliedern der deutschen Sicherheitsbehörden, die im engen Kontakt standen zum Turkologen Gerhard von Mende, einem schillernden und polyglotten Professor und Antibolschewisten, der als NS-Reichsabteilungsleiter „Fremde Völker“ im sogenannten „Ost-Ministerium“ gearbeitet hatte, bevor er nach 1945 auf eigene Rechnung für britische und deutsche Sicherheitsbehörden tätig wurde.

Mit dem Rücktritt Oberländers 1960 vom Ministeramt und dem frühen Tod von Mendes 1963 nahm das Projekt eine neue Wendung. Den Händen der deutschen Behörden entglitten und von den Amerikanern nur teilweise wieder unter Kontrolle gebracht, verselbständigte es sich zusehends: In den Reihen der 1960 in München gegründeten „Moscheebau-Kommission“ setzte sich eine jüngere Generation von arabischen Studenten durch, die dem Lager des gegen Nasser gerichteten Islamismus angehörte. Die vielen türkischen Migranten der 1960er und 1970er Jahre wurden aus der Organisationsebene herausgehalten. Die neue, von diversen und wechselnden nah- und mittelöstlichen Quellen finanzierte Gruppe arabischer Exilanten sprach Ende der 1950er Jahre für inzwischen ca. 3.000 Studenten in Deutschland und wurde geführt vom 1958 in Köln promovierten ägyptischen Muslimbruder Said Ramadan, Schwiegersohn des Gründers der Muslimbrüderschaft Hassan Al-Banna. Dessen Nachfolger Ali Ghaleb Himmat forcierte nach 1973 die Verbindungen zur Muslimbrüderschaft. Die Moschee entwickelte sich zu einem Rückzugsort und einer Drehscheibe der Organisation mitten in Europa. Ob die weitverzweigten Netzwerke und Strukturen für den terroristischen Islamismus nach 1990 mitverantwortlich sind, wird in beiden Büchern gefragt und vermutet. Die Autoren bringen tatsächlich einige brisante Kontakte zur Sprache, können jedoch nicht beweisen, dass es sich um mehr als lose und zufällige Verbindungen gehandelt hat oder gar dass die Fäden vor allen Dingen finanziell in München zusammen liefen, wie z. T. suggeriert wird.

Trotz dieser Schwäche liefern beide Bücher ein unverzichtbares Kaleidoskop bisher wenig beachteter Ereignisse und Grundlinien bei der Entstehung einer Art „europäischen Muslimbruderschaft“ nach 1945, wobei das Buch von Meining ein ganzes Stück nüchterner, systematischer und übersichtlicher ausfällt als das Johnsons. Eine theoretische Einbettung (was ist eigentlich der „politische Islam“?) sollte der Leser jedoch in beiden Fällen nicht erwarten.

Lazaros Miliopoulos

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Johannes Kandel, Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität, Freiburg/Brsg. 2011 (*Herder*), 224 S.
Hendrik Meyer/Klaus Schubert (Hrsg.), Politik und Islam, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 313 S.
ISPK (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2010, Opladen 2011 (*Barbara Budrich*), 392 S.

Der Islamismus sowie der internationale islamistische Terrorismus standen im Jahr 2011 unverändert im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Am 11. September jährten sich zum zehnten Mal die Anschläge eines bis dahin nicht gekannten Ausmaßes auf US-amerikanische Ziele. Den USA war es gelungen, den Al-Qaida-Anführer Osama Bin-Laden in Pakistan aufzuspüren und zu töten. Entwicklungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet bereiteten Sicherheitsexperten erneut Kopfzerbrechen, während die westlichen Staaten sich für einen Friedensdialog der afghanischen Regierung mit den islamistischen Taliban einsetzten. Auch in Deutschland bleibt das Thema des Islamismus virulent; dafür sorgt die Salafistenszene, die von Sicherheitsdiensten – mitunter pauschal – als Radikalisierungsinfrastruktur gewertet und mit wachsender Besorgnis beobachtet wird.

Die drei Werke widmen sich je nach Schwerpunkt den angedeuteten aktuellen und brisanten Entwicklungen in islamistischen Milieus. Johannes Kandel analysiert das Islamismusphänomen in Deutschland und stellt ein Radikalisierungspotenzial von ca. zehn Prozent der muslimischen Gesamtbevölkerung fest. Zwar sind die von ihm beschriebenen Gruppen wie die IGMG oder Hizb ut-Tahrir u. a. bereits hinlänglich analysiert worden. Das gilt ebenfalls im Hinblick auf die islamistische Trägerideologie der Organisationen. Doch Kandel rückt einen gefahrenorientierten Ansatz in den Vordergrund. Deutsche Islamisten agierten oft verdeckt und praktizierten „double talk", sie seien bestens international vernetzt, wobei über ihren tatsächlichen Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft nur wenig bekannt sei. Islamistische Akteure nutzten gezielt rechtliche Einschränkungen aus, um in privaten Räumen ihren Plänen nachzugehen, und sie hätten es verstanden, das Medium Internet, das sich bislang schärferer Kontrolle entzieht, für ihre Zwecke zu nutzen. Abschließend betont der Autor zu Recht, dass der Kampf gegen den verfassungsfeindlichen Islamismus nur mit deutschen Muslimen, die sich mehrheitlich gegen den Extremismus wenden, und nicht gegen sie, gewonnen werden kann. Johannes Kandel hat ein kompaktes Überblickswerk vorgelegt.

Den Zusammenhang zwischen Islam und Politik reflektiert ein Autorenkollektiv in dem von Meyer und Schubert herausgegebenen Band. Dass eine analytische Auseinandersetzung mit verschiedenen Arten, Muslim in Deutschland zu sein, längst überfällig ist, zeigen überhitzte Diskussionen über die umstrittenen Thesen von Thilo Sarrazin sowie die einseitige und alarmistische Rezeption der BMI-Studie *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Leser, die mehr über die Pluralität von Islam und Politik in der Bundesrepublik abseits des islamistischen Fundamentalismus erfahren möchten, seien auf den Sammelband verwiesen. Die Autoren stellen unaufgeregt und fundiert relevante Akteure, Inhalte und Implikationen aus dem Verhältnis von Politik und Islam in Deutschland dar.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel herausgegebene *Jahrbuch Terrorismus* unter der Ägide von Joachim Krause erscheint erst seit 2006. Gleichwohl avancierte es in kurzer Zeit zu einer der führenden sicherheitspolitischen Publikationen mit Terrorismusschwerpunkt. Der Jahrgang 2010 bestätigte dies erneut. Vorteilhaft erscheint vor allem die ausbalancierte Mischung aus profunder Kenntnis terroristischer Akteure, von Netzwerken und Regionalexpertise. Von Jahr zu Jahr analysieren die Mitarbeiter des ISPK sowie fachkundige externe Autoren Entwicklungen in den Epizentren des internationalen islamistischen Terrorismus (Afghanistan, Pakistan, Somalia, Jemen u. a.). Daraus entsteht eine Perspektive, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten des modernen Terrorismus umfasst und stichhaltige Schlussfolgerungen wie Prognosen ermöglicht. Über die qualitativen Forschungen hinaus werden zahlreiche Daten zu Terroranschlägen, ihrer Intensität und ihren Verlaufsformen weltweit ausgewertet.
Michail Logvinov

Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45, München 2011 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 704 S.

Ian Kershaw hat sie als die noch offene Frage seiner Hitler-Biografie bezeichnet: Was treibt ein Volk dazu, im Angesicht einer unausweichlichen Niederlage und unter Billigung der totalen Verwüstung des eigenen Landes den Krieg bis zum letzten Tag fortzusetzen? Wie konnte das nationalsozialistische System bis zum Schluss funktionieren?

Der Autor darf die Frage beantwortet wissen. Kershaws voluminöse Analyse der Herrschaftsstrukturen und Mentalitäten gehört zum Besten, was je über das Dritte Reich geschrieben wurde. Ausgehend vom gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 zeichnet Kershaw das Bild einer Anatomie der Selbstzerstörung: an der Spitze ein kompromissloser Hitler und ein bis zum Schluss um die Gunst des Führers konkurrierendes Quadrumvirat um Martin Bormann, Joseph Goebbels, Heinrich Himmler und Albert Speer, fanatische NS-Funktionäre, die in blindem Glauben an Führer und Endsieg die eigene Bevölkerung terrorisierten, eine nach dem Stauffenberg-Attentat gesäuberte, von einer „tief sitzenden, völlig verquere[n] Pflichtauffassung“ (S. 534) geleitete Generalität, eine von „gedankenlose[r] Loyalität“ (S. 532) beherrschte Beamtenschaft, eine demoralisierte deutsche Bevölkerung, die das Kriegsende zwar herbeisehnte, aus Angst vor russischer Besatzung und vor dem Terror der NS-Schergen aber weiterkämpfte.

Kershaw widerlegt dabei so manch verbreitete These, wie die der intakten Volksgemeinschaft oder die der bis zum Kriegsende ungebrochenen Beliebtheit Hitlers. Die Volksgemeinschaft entlarvt Kershaw als Propagandafassade, Hitlers Popularität sei vom Winter 1941 an kontinuierlich und ab 1945 rapide gesunken. Auch die Mär, Hitler habe in den letzten Kriegsmonaten, speziell nach dem Stauffenberg-Attentat, zunehmend den Bezug zur Realität und die Kontrolle über das Regime verloren, widerlegt Kershaw an zahlreichen Beispielen. Hitler war die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage be-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wusst. Getrieben vom „Trauma der Novemberereignisse“, galt für ihn gleichwohl die Prämisse, ein zweites 1918 zu verhindern. Nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip kam für ihn mit der Erkenntnis, den Krieg nicht gewinnen zu können, nur die totale Niederlage in Frage: unter Aberkennung der Existenzberechtigung des deutschen Volkes und unter Zerstörung der Lebensgrundlagen des Landes (Nero-Befehl). Letztlich, so Kershaws Fazit, verhinderten die Unwilligkeit und Unfähigkeit der zerstrittenen Machteliten, dem Selbstvernichtungswahn Hitlers Einhalt zu gebieten.

Das Ende ist eine große Narration: Eingebettet in den historischen Kontext und nie den Blick für das große Ganze verlierend, schildert sie sprachgewaltig das Schicksal eines dem Kriegsende entgegentaumelnden Volkes. Nebensächlichkeiten, wie Fragen nach den militärischen Fehlern der Alliierten oder Spekulationen nach alternativen Kriegsverläufen bei einem früheren Ableben oder einer vorzeitigen Ablösung Hitlers, stellt der Autor zurecht zurück, ohne sie jedoch auszublenden oder gar unbeantwortet zu lassen. Es ist das Verdienst Kershaws, aus der Komplexität und Vielfalt der Ereignisse und Entwicklungen eine Gesamtanalyse entstehen zu lassen, die Unbegreifliches begreiflich macht: ohne zu vereinfachen, ohne zu belehren, dafür zu überzeugen.

Lars Flemming

Klaus Kinner (Hrsg.), Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011 (*Karl Dietz Verlag*), 219 S.

Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers (Hrsg.), Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2011 (*Droste Verlag*), 264 S.

Was linke Positionen sind, ist angesichts ihrer Vielfalt umstritten. Einigkeit besteht darin, dass es keine homogene linke Richtung gibt. Zum Teil gibt es beträchtliche Differenzen. Nicht nur für Bernard-Henri Lévy war und ist es ein gravierender Fehler, von einer „großen Familie“ zu reden und damit eine Art Einheitsfront zwischen demokratischen und antidemokratischen Prinzipien zu propagieren.

Im Jahre 2010 wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein aus einer Konferenz hervorgegangenes zweiteiliges Werk *Die Linke. Erbe und Tradition* publiziert, in dem kommunistische, linkssozialistische und sozialdemokratische Wurzeln zur Sprache gekommen waren. Nun finden sich unter dem – verräterischen – Titel *Linke zwischen den Orthodoxien* weitere Positionen wieder – zum einen linke Traditionen in der DDR, zum anderen linke Traditionen in der Bundesrepublik. Im ersten Teil geht es etwa um die Konzeptionen von Robert Havemann und Rudolf Bahro. Andreas Heyer arbeitet zu Recht heraus, dass die partiell antidemokratischen Elemente bei Bahro und Havemann im Marxismus bereits angelegt waren. Der zweite – heterogene – Teil betrifft u. a. die Neue Linke sowie den Wandel von Maoisten zu Grünen. Obwohl die Aufsätze zum Teil auf die besagte Konferenz zurückgingen, konnte sich der Herausgeber nicht entscheiden, diese Aufsätze als dritten Band (*Erbe und Tradition*) der Reihe aufzunehmen. Stattdessen soll ein solcher Band später erscheinen – mit Abhandlungen zu kommunistischen Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland und zur Geschichte der DDR. Der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lavierende Einleitungsbeitrag von Lothar Bisky lässt ahnen, dass es bei dem Projekt nicht nur Beifall in der Partei Die Linke gegeben hat.

In Kinners Band taucht ein Beitrag von Edelbert Richter zum linken Flügel der DDR-Bürgerbewegung auf. Er selber – früher SPD-Abgeordneter, später Abgeordneter der Linken – rechnet sich mit seinen Plädoyers für einen dritten Weg zu Recht dazu. In dem vorzüglich edierten Band *Opposition und SED in der Friedlichen Revolution*, hervorgegangen aus einer von der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, von dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen sowie von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veranstalteten Tagung, ist mehrfach – und relativ unkritisch – von Edelbert Richter die Rede, der als einer der führenden Köpfe der Dissidenten fungiert hatte und früh für die deutsche Einheit eingetreten war, freilich unter neutralen Vorzeichen.

Das Sammelwerk mit bekannten Vertretern der Forschung zur DDR-Opposition (u. a. Rainer Eckart, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolfgang Schuller) und führenden politischen Akteuren (u. a. Heiko Lietz, Markus Meckel, Gerd und Ulrike Poppe, Richard Schröder, Reinhard Schult und Werner Schulz) ist nach sechs Phasen chronologisch geordnet – von der Formierung der Opposition in der DDR bis zur Herstellung der deutschen Einheit. Zu jedem Kapitel finden sich Referate und der Abdruck der meist aufschlussreichen Diskussionen. Besonders ergiebig ist der Aufsatz von Martin Gutzeit, Gründungsmitglied der SDP: Er hält die Ablehnung der sofortigen Aufnahme führender SED-Politiker wie Wolfgang Berghofer in die SDP für richtig, den Eintritt der SDP in die Modrow-Regierung dagegen für falsch. Michael Koß erklärt die Rolle der SED/PDS „zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang“ (S. 181). Für ihn war die PDS eine ostdeutsche Regionalpartei, die in der Tat „faktisch nicht ausschließlich die Einheitsverlierer repräsentierte“ (S. 190) – jedenfalls nicht in materieller Hinsicht. „Gegen den Charakter der PDS als extremistische Partei sprechen vor allem ihre Regierungsbeteiligung und ihre pragmatische Politik, vor allem in Berlin“ (S. 190). Das ist als Begründung für den nichtextremistischen Charakter der PDS wohl doch zu wenig.
Eckhard Jesse

Isabel Kneisler, Das italienische Parteiensystem im Wandel, Wiesbaden 2011 (*Verlag für Sozialwissenschaften*), 289 S.
Stefan Köppl, Politik in Italien. Vom Kartell zum Wettbewerb? Parteien – Parlament – Regierung, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 387 S.

Seit dem Zusammenbruch der „ersten italienischen Republik“ Anfang der 1990er Jahre hat sich das Parteiensystem Italiens so grundlegend transformiert wie in keiner anderen etablierten Demokratie in der Nachkriegszeit. Sollte das Muster von Instabilität und Reformunfähigkeit diese Transformation überlebt haben? Dieser Frage gehen mit etwas unterschiedlichem Zugriff die Dissertationen von Isabel Kneisler und Stefan Köppl nach.

Beide Autoren kommen bei der Frage nach dem Wandel des Parteiensystems zu sehr ähnlichen Ergebnissen; ebenso bei der Frage, inwieweit das Parteiensystem der „zweiten

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Republik“ bipolar genannt zu werden verdient (zumindest bis zur Parlamentswahl 2008). In der Tat ist es seit 1992 zu einer Transformation des Parteiensystems im Sinne Gordon Smiths gekommen. Sie konstatieren zudem, dass der Bipolarismus aus der Wahlarena auf der parlamentarischen Ebene sofort wieder verschwindet, sich die Wahlbündnisse auflösen und die Vielzahl der Parteien zum Tragen kommt. Für die Phase nach der Parlamentswahl 2008, bei der die Zahl der Parteien im Parlament radikal sank, erkennt Kneisler eine neue Phase der Stabilität mit zwei großen Parteien, die um die Mehrheit konkurrieren und weniger stark als bislang von Kleinstparteien erpresst werden können. Die Befunde von Köppl lassen indes Zweifel aufkommen, ob es überhaupt einen Unterschied für die italienische Regierungspolitik macht, wie sich das Parteiensystem entwickelt. Jedenfalls scheint sich die Transformation des Parteiensystems bis 2008 nur in einer begrenzten Anzahl von Aspekten auch auf den politischen Prozess ausgewirkt zu haben, „[d]ie Hauptprobleme des Regierens in Italien bestehen also grosso modo weiter“ (S. 339). Dafür ist Köppl zufolge (und die Ergebnisse von Kneisler unterstützen dies) die Tatsache verantwortlich, dass die Bipolarisierung des Parteiensystems eben (bislang) auf die Wahlarena beschränkt geblieben ist und daher im „Normalfall“ die politische Auseinandersetzung kaum zwischen Regierungsmehrheit und Opposition verläuft, die kleineren Parteien überproportionale Zugeständnisse für ihre Zustimmung verlangen.

Insgesamt bietet der Band von Köppl dem Interessierten einen kompetenten Überblick über die Entwicklung des italienischen Parteien- und politischen Systems seit dem Beginn der 1990er Jahre, der für das Verständnis der aktuellen italienischen Politik von großem Wert sein dürfte. Dass bei der Breite der Darstellung kleine Lücken verbleiben, ist ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, dass in erheblichem Umfang auf die (italienischsprachige) Fachliteratur zurückgegriffen werden musste und eine umfassende theoretische Fundierung nicht möglich war. Die Schrift überzeugt durch einen klaren roten Faden, exzellente Kenntnis und ein ausgewogenes Urteil, das sämtliche Einschätzungen gut nachvollziehbar und plausibel erscheinen lässt.

Kneislers Werk hat ebenso einen hohen Informationswert für an italienischer Politik Interessierte. Ihr Anliegen ist einerseits enger gefasst, wegen ihrer Konzentration auf die Entwicklung des Parteiensystems, andererseits umfassender angelegt, betrachtet sie doch eine deutlich größere Anzahl von Faktoren, die die Entwicklung des Parteiensystems erklären können, wie etwa die Europäische Integration oder das Mediensystem. Ihre These, dass die mittlerweile obsolete Konfliktlinie zwischen Kommunisten und Antikommunisten gewissermaßen durch den ebenfalls kulturell überhöhten Konflikt um Berlusconi ersetzt wurde, ist aufschlussreich. Wenn diese These zutrifft, könnte dem Parteiensystem Italiens nach seinem Ausscheiden eine weitere Transformation bevorstehen. Verschiedene Szenarien wären denkbar; welches Szenario wahrscheinlicher ist und welche Auswirkungen weitere Veränderungen des Parteiensystems auf die Regierbarkeit Italiens haben, darüber lassen sich allerdings auch nach der Lektüre beider Schriften keine verlässlichen Prognosen aufstellen.

Reimut Zohlnhöfer

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Otto Köhler, Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin 2011 (*Das Neue Berlin*), 349 S.
Ulla Plener (Hrsg.), Die Treuhand – Der Widerstand in Betrieben der DDR – Die Gewerkschaften (1990-1994). Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente, Berlin 2011 (*Nora*), 271 S.

Die Herstellung der staatlichen Einheit 1990 und die Folgen für Ostdeutschland werden noch lange Anlass für Debatten und wissenschaftliche Untersuchungen bieten. Im Zentrum wird dabei immer wieder die Treuhand stehen. Das besondere Problem lag 1989/90 darin, dass keine realistische Analyse über den tatsächlichen Zustand der DDR-Volkswirtschaft vorlag und dass zugleich der „Druck der Straße" auf den nationalen und internationalen politischen Akteuren immens groß war. Das ist ebenso bekannt wie der Umstand, dass die Politik der Treuhand nicht unumstritten blieb und dass es zu Hunderten Verfahren wegen Wirtschaftskriminalität im Zuge der Privatisierungen der ostdeutschen Wirtschaft kam. Wer einen verlässlichen, abwägenden, empirisch gut belegten, schlichtweg sachlichen Bericht über die Treuhand lesen möchte, dem sei ausdrücklich abgeraten, das Buch Otto Köhlers auch nur zur Hand zu nehmen. Das Buch – erstmals 1994 erschienen und nunmehr um ein Kapitel ergänzt neu aufgelegt – verfolgt drei Linien: Erstens bescheinigt es der bundesdeutschen Politik eine hohe Kontinuität zur NS-Politik. Das durchzieht das gesamte Werk und wird in Kapitel vier besonders deutlich. Hier stellt Köhler die Treuhand von 1991 in eine direkte Linie zur 1939 gegründeten, nationalsozialistischen „Haupttreuhandstelle Ost". Zweitens will Köhler zeigen, dass die Wiedervereinigung keine war, sondern einem imperialen Anschluss gleichkam. Drittens ist es erstaunlich, dass Köhler es in seiner Tendenzstudie schafft, jeden historischen Kontext des Wirkens der Treuhand auszublenden, die ostdeutsche Gesellschaft praktisch nicht vorkommt, die ostdeutsche Wirtschaft nicht einmal ansatzweise analysiert wird. Es ist eine langweilige Polemik mit Fußnoten. Köhler bietet implizit eine Lösung an, wie alles hätte anders kommen können. Die Milliarden hätte man Russland zur Verfügung stellen sollen, das dann seinerseits die ostdeutsche Wirtschaft aufgekauft und am Leben erhalten hätte. Ein Blick in die russischen Wirtschaftsstrukturen oder nach Ungarn, Bulgarien, Rumänien hätte genügt, um diese Überlegung als besonders abwegig zu erachten.

Es ist bezeichnend, dass Köhler die Wiedervereinigung allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sieht und weder die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen noch die besonderen sozialpolitischen Herausforderungen, die es zu bewältigen gab, ernsthaft anspricht. Die Währungs- und Wirtschaftsunion stellte das Werk gewissenloser Vertreter des Finanzkapitals dar, die Sozialunion scheint es wiederum nicht gegeben zu haben. Im Prinzip haben wir ein Buch in der Hand, in dem uns ein profilierter Vertreter der altbundesdeutschen dogmatischen Linken sein Geschichts- und Gegenwartsbild präsentiert, das sich genauso charakterisieren lässt, wie er es eigentlich den von ihm Kritisierten unterstellt: arrogant, paternalistisch, patriarchalisch, reaktionär – imperialistisch in seiner linken Spielart.

Der von Ulla Plener herausgegebene Tagungsband führt Argumentationslinien und Erinnerungen zusammen, wie sie im Umfeld der SED/PDS/Linkspartei/Linken und Ro-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sa-Luxemburg-Stiftung üblich sind. Diese Einseitigkeit macht den Band zwar wenig attraktiv. Aber da er eine Reihe von konkreten Erinnerungsberichten enthält, wie Gewerkschaftsvertreter oder Betriebsräte das Wirken der Treuhand ganz konkret wahrnahmen, wie sie die Schließung ihrer Betrieben miterleben mussten, ist er als Quellenband für künftige Arbeiten zur ostdeutschen Transformationsgeschichte durchaus von Nutzen. Die Geschichte der Treuhand und ihres Wirkens freilich wartet weiterhin auf eine aktuelle, wissenschaftlich seriöse Untersuchung.
Ilko-Sascha Kowalczuk

Gerd König, Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau, Berlin 2011 (*edition ost*), 464 S.
György Dalos, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011 (*C.H. Beck*), 288 S.

Gerd König war in einer dramatischen Phase für die DDR als Nachfolger von Egon Winkelmann Botschafter in Moskau. Im Januar 1987 begann seine Aufgabe, als sein Land noch scheinbar stabil schien. Botschafter blieb er während des Herbstes 1989, als erst die Regierung von Erich Honecker, dann die von Egon Krenz und Hans Modrow verschwand, und schließlich auch dann noch, als die demokratisch-legitimierte Regierung von Lothar de Maiziere kaum länger als sechs Monate bestand, bis die DDR der Bundesrepublik beitrat. Gerd König schrieb, sichtbar um Präzision bemüht, allerdings aus stabiler marxistisch-leninistischer Grundhaltung, in seinen letzten Lebensjahren anhand seiner Erinnerungen und zahlreicher, teils von ihm neu recherchierter Unterlagen die Rolle der Sowjetunion beim Untergang seines Staates. Als er im November 2009 verstarb, hinterließ er ein 800seitiges Manuskript, das teils ausformuliert war, teils Entwurfscharakter hatte. Karl-Heinz Feldberg und Manfred Schünemann strafften das Manuskript, um Wiederholungen zu vermeiden. Mit wenigen Strichen beschreibt König, gänzlich auf Wortbarock verzichtend, seinen Werdegang vom Hilfsarbeiter 1945 zu seiner Arbeit in der Abteilung Internationale Verbindung im ZK der SED, dann im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, als Botschafter in Prag und zuletzt eben in Moskau. Als einen „Bruderbund", dürften die Beziehungen, wie sie Gerd König zwischen der Sowjetunion und der DDR sieht, kaum zu werten sein. Was er ausgesprochen nüchtern beschreibt, steht seinem Verständnis entgegen: Er betont das Anwachsen der Meinungsverschiedenheiten zur DDR, den Autoritätsverlust der KPdSU, die Verschiebung der internationalen Rahmenbedingungen und den Zerfall des sozialistischen Systems, womit die DDR ihre Existenzgrundlage verlor. Intensiv tastet Gerd König nach dem Punkt, in dem das Treuebekenntnis zur DDR zu einem Freigeben für die deutsche Einheit kippt. Für Gerd König ist das die Jahreswende 1989/90. Sympathie für Michail Gorbatschow wird man Gerd König nicht unterstellen können.

Das liegt anders im Fall des Schriftstellers György Dalos, der auf leicht zugängliche Art eine Auseinandersetzung mit dem Lebensweg von Michail Gorbatschow sucht. Dabei stützt er sich überwiegend auf russische, im minderen auf deutsche und ungarische

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur. Sein Gespür für sozialistische Lebensverhältnisse vereinfacht ihm Zugang und Verständnis für die Alltagsrealitäten in der Sowjetunion. Dalos ist Übersetzer des Lebenswerkes von Gorbatschow für ein breites Publikum; Überzeugungsarbeit für ein Fachpublikum will er nicht leisten. Es überzeugt seine plastische Darstellung, auch dann, wenn es unterschiedliche Berichte gibt, wie etwa bei der Beschreibung des Putsches im August 1991 und die Festsetzung der Gorbatschows in Kap Foros auf der Krim. Schwerpunkt der Biographie bilden die Moskauer Jahre in der Führung, Lebensweg, „Liebe und Ehe" (S. 31 f.) zeigen ihn als Asketen, dem der Zufall gute Kontakte nach oben in die Hände spielt. Im Vergleich mit seinem Vorgänger an der Parteispitze beschreibt Dalos Gorbatschow als jugendlich, frisch und experimentierfreudig: „Die Antialkoholismuskampagne: eine vergeigte Overtüre" (S. 63). Dalos bleibt biographisch nah dran an Gorbatschow, vom wirklichen Aufstieg bis hin zum Tiefpunkt. Er hat sich erfolgreich vorgenommen, „die Handlungen und Gedanken eines Staatsmannes im Rahmen seiner Zeit zu interpretieren" (S. 275). Zugleich registriert er: „Der moderne Held hat bisher keine Absolution seitens seiner Landsleute erhalten und muss nun auf das Urteil der Geschichte hoffen. Die postsowjetische Welt ist von einem eindeutig positiven Bild weit entfernt" (S. 275).
Helmut Müller-Enbergs

Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 465 S.
Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 357 S.

Das deutsche Parteiensystem verändert sich rasch und grundlegend. Die Krise und/oder das Ende der Volksparteien, der wahlpolitische Auf- und Abstieg von Parteien, die Verhärtung oder Auflösung der politischen Lager, eine Politik jenseits von rechts und links, neue Koalitionsformationen, das Ende oder das Fehlen politischer Projekte, der Wähler als Politikkonsument oder doch als politischer Aktivist und der wachsende Abstand von politischer Klasse und Bürger – der Themenvielfalt, mit der sich die Politikwissenschaft der Parteiendemokratie widmet, fehlt zunehmend ein „roter Faden". Dieser ließe sich nicht zuletzt in einer ernsthaften und inzwischen auch gesellschaftlich überfälligen Debatte zu Fragen der Parteiendemokratie finden.

Die beiden Sammelbände sind hilfreich, weil sie Material für eine solche Debatte liefern. Sie ignorieren die genannten grundlegenden Fragestellungen nicht, stellen sie aber in ein anderes Umfeld. Volker Kronenbergs und Christoph Weckenbrocks Reader dokumentiert die Debatte um „Schwarz-Grün" als Koalitionsalternative in der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Er versammelt (meist kurze) Aufsätze und Wortbeiträge von Wissenschaftlern, Journalisten, Politikberatern und Politikern. Damit wird der Debattencharakter gewahrt und die Lesbarkeit des Buches für Nichtpolitologen erhöht. Alle Positionen kommen zu Wort: von den Verfechtern schwarz-grüner Zukunftsmodel-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

le bis zu den Skeptikern, die Angela Merkels Diktum („Hirngespinst“) teilen. Schwarz-Grün kann verstanden werden als Ausdruck gesellschaftlicher Konvergenz (Stichwort: Verbürgerlichung der grünen Sozialmilieus und Modernisierung des Konservatismus), als Ausdruck politisch-inhaltlicher Konvergenz (Stichworte: u. a. Familienpolitik, Ausstieg aus der Atomenergie) oder als machtpolitisch-taktische Entscheidung der Union, um mit einem neuen Koalitionspartner regieren zu können, sowie der Grünen, um der Juniorrolle in SPD-Bündnissen zu entkommen. Diese Überlegungen gliedern den Band. Für die meisten Autoren ist die Schlussfolgerung Hubert Kleinerts, des früheren Bundestagsabgeordneten der Grünen und heutigen Gießener Politikwissenschaftlers, wohl Konsens: „Ob Schwarz-Grün demnächst wieder neue Chancen haben wird, entscheidet sich allein an Wähleranteilen, Mehrheitskonstellationen, programmatischen Schnittmengen und handelnden Personen. Die Machterwerbs- und Einflusschance wird dabei im Vordergrund stehen. Auf beiden Seiten“ (S. 190).

Oskar Niedermayers Sammelband gibt in bewährter Weise über die Situation der deutschen Parteien Auskunft. Die systematische Bedeutung der Bundestagswahl ist – anders als es der Titel nahe legt – nur ein Aspekt der Betrachtung, die sich zudem nicht auf die Parteien beschränkt. Der Band erörtert ferner die Themen Zukunft der Volksparteien, Nominierung von Kandidaten bei Bundestagswahlen, Organisation von Bundestagswahlkämpfen und Verständlichkeit politischer Kommunikation, Regierungsbildung sowie Bundespolitik und Landtagswahlen. Zu den Parteien erfahren wir Solides, aber wenig Überraschendes: Die CDU ist liberaler und wohlfahrtsstaatlicher geworden; die Aussichten der SPD sind (auch angesichts der Konkurrenten in ihrem Lager) nicht rosig; die CSU befindet sich auf dem Weg zu einer „normalen Partei“ mit einem scheiternden Vorsitzenden; die FDP ist am Ende und muss sich neu erfinden; die Grünen sind auf der Erfolgsspur, wenn die Öffnung gegenüber neuen Wählerschichten gelingt; die Linke bleibt für die Wähler unattraktiv. Sie beschäftigt sich erfolglos mit sich selbst. Die kleinen Parteien sind auch in Zukunft chancenlos – so die Autoren des Bandes.
Roland Sturm

Ulrich Lappenküper, Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011 (*Oldenbourg*), 385 S.

François Mitterrand, französischer Staatspräsident von 1981 bis 1995, gilt als einer der am schwersten zu durchschauenden und zwiespältigsten französischen Politiker der Nachkriegszeit. Ulrich Lappenküper, Kenner der jüngsten Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, hat es unternommen, Mitterrands Verhältnis zu Deutschland und seine Deutschlandpolitik zu untersuchen. Er tut dies sehr umfassend auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis. Der Verzicht auf manche Einzelheit wäre freilich der Klarheit und Stringenz der Argumentation zugute gekommen. Der Autor beschränkt sich nicht auf die Jahre der Präsidentschaft, sondern setzt mit Mitterrands Kindheit und

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jugend ein. Das Elternhaus und das ihn prägende konservativ-katholische Milieu vermittelten ein Deutschlandbild vom „Erbfeind“. Mitterrand bekannte später offen, dass seine Vorstellung vom deutsch-französischen Verhältnis „mit Vorurteilen gespickt“ war. Seine erste Begegnung mit Deutschland als Kriegsgefangener (1940) war nicht dazu angetan, sein Deutschlandbild aufzuhellen.

Als Minister in elf Regierungen der IV. Republik hatte er in den verschiedenen Ressorts, die er innehatte, mit den deutsch-französischen Beziehungen nicht direkt zu tun. Der Nachbar jenseits des Rheins war für ihn von zweitrangiger Bedeutung. Seine seltenen Stellungnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit waren widersprüchlich. Seine Ablehnung des im Januar 1963 abgeschlossenen Elysée-Vertrages wollte er nicht als Ablehnung einer deutsch-französischen Verständigung verstanden wissen. Er wandte sich gegen die Exklusivität der „Achse“. Die wirtschaftlich aufstrebende Bundesrepublik beunruhigte ihn, denn er fürchtete, sie könne Frankreich seine führende Rolle in Europa streitig machen. Auch nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der neu gegründeten sozialistischen Partei intensivierte sich seine Beziehung zum Nachbarn und Bündnispartner zunächst nicht.

Nach Mitterrands Wahl zum Staatspräsidenten 1981 mussten die deutsch-französischen Beziehungen allerdings einen zentralen Platz in der von ihm bestimmten Außen- und Europapolitik einnehmen. Dabei kam es ihm vor allem darauf an, dass die Bundesrepublik fest in die Europäischen Gemeinschaften eingebunden blieb, um eventuellen sowjetischen Verlockungen einer Neutralität zu widerstehen. Folglich zeigte sich Mitterrand sehr besorgt über die deutsche Friedensbewegung und plädierte, mitten im deutschen Wahlkampf in einer aufsehenerregenden Rede im Bundestag am 20. Januar 1983, für die Nachrüstung. Zu Helmut Kohl fand er ein besseres Verhältnis als zu dessen Amtsvorgänger Helmut Schmidt.

Als sich die Sowjetunion rascher, als er erwartet hatte, auflöste und die Wiederherstellung der deutschen Einheit aktuell wurde, begann eine besonders heikle Phase der deutsch-französischen Beziehungen. Mitterrands Politik wird bis heute kontrovers beurteilt. Hat er sich gemäß früheren Äußerungen verhalten, der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung sei legitim, und hat er dieses Bestreben unterstützt? Oder hat er sie zu verzögern oder gar zu verhindern versucht, gar – so der Eindruck Helmut Kohls – ein Doppelspiel getrieben? Lappenküpers Urteil ist eindeutig: Mitterrand wünschte, der Einigungsprozess solle sich über Jahre hinziehen. Aber schließlich akzeptierte er nach dem überraschenden Ausgang der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 das Unvermeidliche. Inzwischen war auch die in seinen Augen wichtigste Bedingung (neben der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) erfüllt, nämlich die Vertiefung der Europäischen Integration durch die vom Bundeskanzler zugestandene Beschleunigung beim Aufbau der Währungsunion. – Ist die Sphinx wenigstens hinsichtlich ihrer Einstellung zu Deutschland nun enträtselt, wie der Untertitel des Buches nahelegt? Das dort fehlende Fragezeichen muss wohl doch gesetzt werden.

Adolf Kimmel

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Katriina Lehto-Bleckert, Ulrike Meinhof 1934-1976. Ihr Weg zur Terroristin, Marburg 2011 (*Tectum*), 720 S.

Nun also eine weitere Biografie aus weiblicher Sicht. Katriina Lehto-Bleckert beklagt gleich am Anfang ein „maskulines Bild" über Ulrike Meinhof und behauptet, das Bild der RAF-Terroristin sei „hauptsächlich von Männern gestaltet und von deren Interpretationen geprägt worden" (S. 23). Zu dieser Erkenntnis kann kommen, wer nicht nach dem ganz frischen Forschungsstand gegriffen hat: Allein in den vergangenen fünf Jahren sind drei dicke Werke von Frauen über Meinhof erschienen. Überhaupt haben sich in den vergangenen 30 Jahren weit mehr Frauen mit ihr auseinandergesetzt als Männer. Vor allem Klaus Rainer Röhls *Fünf Finger sind keine Faust* versteht die Autorin, die mit ihrem Buch den Doktortitel erworben hat, nicht mehr als „Standardwerk" (S. 23). Röhl, als „Hallodri" und ewiges Kind charakterisiert, das nie erwachsen wurde und daher Meinhof als „Ersatzmutter" (S. 166) brauchte, habe eine klischeehafte Sichtweise in Umlauf gebracht. Röhl war mit Meinhof verheiratet, ist der Vater ihrer Zwillinge und hat mit ihr (unterstützt von der illegalen KPD) die Zeitschrift *konkret* gemacht. Und auch diese wissenschaftliche Erkenntnis soll nicht unterschlagen werden: „Der Kosename ‚Mausebär' beweist eindeutig das Vorhandensein einer Liebesbeziehung" (S. 164). Die Scheidung folgte 1968. Meinhof war die Ziehtochter von Renate Riemeck, vor 1945 NSDAP-Mitglied und danach scharf links gewendet, um in der KPD-nahen Deutschen Friedensunion eine Heimat zu finden. Meinhof wurde früh politisiert, war gebildet und pflegte trotz allen Engagements dieses Ideal des Bürgertums gewissenhaft, wie ihre Briefe an die Familie zeigen, die im Archiv der Sozialdemokratie lagern und die bislang nur die Finnin Lehto-Bleckert hat einsehen dürfen. Gemeinsam mit jenen – im Buch nicht erwähnten – Briefen, die Meinhof während des Studiums an ihren Kommilitonen Jürgen Seifert geschrieben hat, ergibt sich das Bild einer Frau, die zu jeder Zeit genau wusste, was sie tat.

Lehto-Bleckert schreitet den Lebensweg Meinhofs weitgehend chronologisch ab. Doch viele prägende Personen und Umstände – ob Riemeck, Mauerbau oder die Wahl Willy Brandts zum Kanzler – lässt sie links oder rechts liegen. So findet sich kein Hinweis auf den inneren Kampf der jungen Meinhof mit dem Staat. Selbst ihre „spätere Teilnahme an der illegalen RAF" werde in Finnland „nicht als so spektakulär angesehen" wie in Deutschland, schreibt Lehto-Bleckert und erkennt darin Raum „insbesondere für neuartige unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten" (S. 34).

Tatsächlich hatte Meinhof nicht erst bei *konkret* mehr Freiraum als andere Journalisten, ihre Meinung zu verkünden. Und Lehto-Bleckert würdigt, dass Meinhof das Blatt als Chefredakteurin geprägt hatte und ihm nach dem Bruch mit der KPD und trotz der Hinwendung zu, nun ja, Nackedeis und sexistischen Aufmachern vorerst treu geblieben war. Immerhin war Meinhof zweifache Mutter und hatte eine schwere Operation überstanden. Nur gut, dass es sich bei den Röhls um Doppelverdiener handelte, die sich Hilfe für Haus und Kinder leisten konnten. Die Briefe an die Frauen der Familie zeigen, wie sehr Meinhof ihr Leben genoss. So liebevoll schreibt sie über die Töchter, dass man nicht versteht, wie schnell sie sich später, nach dem Fenstersprung der Baader-Befreiung

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(1970), von ihnen trennte. Dass Meinhof früh die Mittel und Methoden von Illegalität kennengelernt und nicht nur bei Brecht davon gelesen hat, will die Autorin nicht gelten lassen. Vielmehr stellt sie Momente heraus, die zeigen sollen, dass Meinhof nicht getrieben war von ihrem Umfeld, sondern eigenständig agierte, auch beim Sprung in den Untergrund. So hält man ein Buch in den Händen, das wenig Neues bringt – der weibliche Blick auf Meinhof ist vielleicht doch nicht so ergiebig. Stilistisch stört, dass Lehto-Bleckert oft in die Ich- oder Wir-Form übergeht. Wissenschaftlich stört, dass sie mit ihrer Bewunderung für Meinhof („starke Frau", „unnachgiebige Verteidigerin von Gerechtigkeit und Legalität", S. 21) nicht zurückhaltender umgeht.
Kristin Wesemann

Bernadette Linder, Terror in der Medienberichterstattung, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 374 S.
Jürgen Gerhards/Mike S. Schäfer/Ishtar Al-Jabiri/Juliana Seifert, Terrorismus im Fernsehen. Formate, Inhalte und Emotionen in westlichen und arabischen Ländern, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 260 S.

Die mediale Inszenierung terroristischer Gewaltakte ist in den Sozialwissenschaften, vor allem in der Medien- und Kommunikationswissenschaft, seit dem 11. September 2001 zu einem Trending Topic geworden. Linder untersucht in ihrer Dissertation die Berichterstattung über Terrorismus der Nachrichtensender Al-Jazeera English, CNN und BBC; Jürgen Gerhards, Mike S. Schäfer, Ishtar Al-Jabiri und Juliane Seifert analysieren ebenfalls CNN und BBC, außerdem den arabischen Dienst von Al Jazeera sowie ARD und RTL. Eine weitere Gemeinsamkeit ist neben der Wahl der Medien die Zentrierung der Fragestellung: Es werden quotenstarke TV-Sender aus verschiedenen Weltregionen analysiert, um ihre kulturell-politischen Lesarten des Terrorismus zu entschlüsseln. In beiden Bänden geht es um „Besonderheiten massenmedialer Terrorismuskonstruktionen" (Gerhards u. a., S. 218) im Fernsehen. Das Augenmerk liegt im Nachweis möglicher Konfliktlinien unterschiedlicher Kulturkreise, die sich in den massenmedialen Darstellungen widerspiegeln sowie den daraus resultierenden Implikationen für die jeweiligen Medienbetriebe. Diese „Besonderheiten" werden in beiden Untersuchungen inhaltsanalytisch herausgearbeitet – bei Gerhards und Kollegen aus einer soziologischen, bei Linder aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive. Bei Linder findet sich zudem eine fundierte Auseinandersetzung über die These einer – vermeintlichen – Symbiose von Medien und Terrorismus.

Beide Bücher fördern – trotz des annähernd gleichen Untersuchungsgegenstands und der Methode – teils unterschiedliche Erkenntnisse zutage. Trotz verschiedener Verbreitungsgebiete weisen die Sender bei Gerhards u. a. z. B. keine länder- oder kulturspezifischen Merkmale auf, sie sind sich also weitgehend ähnlich in ihrer Berichterstattung über Terrorismus – ob in den Formaten, den ausgewählten Inhalten und ihren Interpretationen oder auch bei den dargestellten Emotionen. Das mag kaum überraschen, stützen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sich die Nachrichten doch auf ein inzwischen gängiges angloamerikanisches Präsentationskonzept, das weltweit – auch bei Al Jazeera Katar – umgesetzt wird, zumal dort überwiegend Redakteure des ehemaligen arabischen Dienstes der BBC World zu den Redaktionsmitgliedern der ersten Stunde zählten und Sender wie CNN, ABC, Fox und das ZDF nach wie vor zu den ständigen Kooperationspartnern für den Bild- und Nachrichtenaustausch gehören. Auch die Erkenntnis, dass die „Sender in ähnlicher Weise ihrer Chronistenpflicht nachkommen" (S. 224) oder Terrorismus „unisono als illegitim dargestellt" (S. 225) wird, würde bei Medienpraktikern wohl allenfalls Stirnrunzeln hervorrufen. Linder hingegen kommt in ihrer theoretisch ausgewogenen Studie zu einem etwas anderen Schluss: Die Autorin stellt fest, dass Al Jazeera English zwar häufiger, regionalisierter und opferzentrierter über Terroranschläge berichtet, dabei aber nicht weniger sachorientiert als CNN International und BBC World. Diese Differenzen in der Terrorismusberichterstattung sind nicht gravierend, doch insofern bemerkenswert, als der häufig gemachte Vorwurf gegenüber Al Jazeera English, ein „Sprachrohr des Terrorismus" zu sein, somit guten Gewissens verworfen werden kann.

Beide Studien liefern verdienstvolle Datensätze, die nun in einer komparativen Systematik lückenlos verfügbar sind. Gefragt nach den realen Konsequenzen für die mit Krisen und Terrorismus befasste Berufspraxis, erschließt sich der Erkenntnisgewinn aber nur im Detail. Auch wenn an manchen Stellen die intellektuelle Verschränkung mit dem makrotheoretischen Gesamtbild gesucht wird, bleiben diese breit angelegten Analysen im Kern auf argumentative Verschlingungen vieler Einzelinterpretationen beschränkt. Es fehlt an einer holistischen Herangehensweise, die die Wechselwirkung des Terrorismus und seine Inszenierungen im Fernsehen auf intelligente Weise zueinander in Beziehung setzt.

Stephan Weichert

Alf Lüdtke/Herbert Reinke/Michael Sturm (Hrsg.), Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Studien zur Inneren Sicherheit, Bd. 14, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 353 S.
Michael Jürgs, BKA, Europol, Scotland Yard. Die Jäger des Bösen, München 2011 (*C. Bertelsmann*), 351 S.

Der von Lüdtke/Reinke/Sturm herausgegebene Sammelband gibt in 15 Beiträgen einen Überblick über das Potential handlungs- und akteursbezogener Analysen, die durch die Zusammenarbeit des Arbeitskreises Polizeigeschichte mit dem Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS) entstanden. Die Beiträge sind in vier Kapitel untergliedert. Das erste führt in die Perspektiven von Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert (Alf Lüdtke/Michael Sturm) ein. Das zweite befasst sich mit dem staatlichen Gewaltmonopol, das die Polizei in besonderer Weise repräsentiert, und arbeitet heraus, wie differenziert sich polizeiliche Autorität und ein entsprechendes Durchsetzungsvermögen im Einzelfall darstellten. Die vier Beiträge setzen sich mit „prekärer Polizeiautorität" im Österreich des 19. und 20. Jahrhunderts (Helmut Gebhardt), „Volksbewaffnung" im frühen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

19. Jahrhundert (Ralf Pröve), „Männlichkeit“ bei Gewalt auf der Straße im Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts (Belinda Davis) und mit dem Schmittschen „Freund-Feind-System“ in der Volksrepublik China seit 1949 (Michael Dutton) auseinander. Die Beiträge des dritten Kapitels behandeln die Polizei einerseits als Gewaltakteur, indem die „Praxis der Deeskalation“ aus der Sicht von Akteuren im Streifendienst (Anne Mangold) sowie „Feindbilder“ aus Sicht des MfS (Karin Hartewig) dargestellt werden, andererseits als Gewaltopfer, wenn es um „Alltägliche Gewalt“ gegen Polizisten im frühen Nachkriegsdeutschland (Gerhard Fürmetz) und in den Jahren 1985-2000 (Thomas Ohlemacher) geht. Die Aufsätze des vierten Kapitels analysieren den Zusammenhang zwischen Polizeigewalt und gewalttätiger Gesellschaft: „Polizeiliche Gewaltpraktiken“ in Deutschland zu Beginn und am Ende des 20. Jahrhunderts (Thomas Lindenberger) und im Ruhrgebiet 1929-1933 (Daniel Schmidt), die „nichtrationalen Aspekte“ in der Organisationskultur der Sicherheitspolizei im Nationalsozialismus (Melanie Becker), die „Zermürbungstaktik“ als strukturelle Gewalt bei Verhören des MfS in den 1950er Jahren (Gerhard Sälter), die „Bedeutung von Selbstbildern und Gruppenidentitäten“ bei Polizeieinsätzen gegen Jugend- und Studentenproteste in der Bundesrepublik der 1960er Jahre (Klaus Weinhauer) und die „Entwicklung polizeilicher Hiebwaffen als Angstinstrument“ (Michael Sturm). Der Band ist erhellend.

Das Sachbuch des Journalisten Michael Jürgs, der über einen längeren Zeitraum Interviews im Bundeskriminalamt führen durfte, stellt Funktion, Struktur und Arbeitsweise des BKA vor. Unkritisch schlägt sich Jürgs auf die Seite der Mitarbeiter, „die täglich vor Ort im Einsatz sind“, und fordert schärfere Strafen und eine Erweiterung des Maßnahmekatalogs. Das aus den Gesprächen erwachsene „Insiderwissen“, das Jürgs hartnäckig erstritten hatte, erschöpft sich in einer Lobeshymne auf das Personal und einer detailreichen Darstellung aller Abteilungen des BKA, die sich inhaltlich von der unkritischen, 1991 von Hans-Ludwig Zachert herausgegebenen Festschrift *40 Jahre Bundeskriminalamt* nur insofern unterscheidet, als das polizeiliche Netzwerk inzwischen wohl enger und die eingesetzte Technik wohl neuer ist. Der Autor schwankt zwischen einem moralisierenden Belehrungsbuch, wenn er z. B. beklagt, der Gesetzgeber beschränke die BKA-Beamten in ihren Maßnahmen, so dass dies „Auswirkungen auf die Motivation der Beamten“ hat („Sie dürfen nicht alles, was sie können“ [S. 67]), einer Ansammlung unglaublicher Banalitäten wie „Erst im Laufe der Jahre haben sie gelernt, dass es auf Erden nur selten gerecht zugeht“ (S. 20), und theatralischer Unterhaltung, etwa zur Geschichte der verschwundenen Maddie McCann und einer stets brennenden Kerze auf ihrer leeren Schulbank: „Sie nur darf die Kerze ausblasen. Nur sie“ (S. 338). Von der ohnehin äußerst dünnen Literaturliste (22 Titel) beschäftigt sich die Hälfte mit Gewalt gegen Kinder, nicht mit dem BKA, nicht mit Europol, nicht mit Scotland Yard. Das Buch ist enttäuschend.

Martin H. W. Möllers

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Thomas Meyer, Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 164 S.

Der Band basiert ausweislich der editorischen Notiz auf früheren Arbeiten des Autors zu den Themen Fundamentalismus, Identitätspolitik, Politische Identität und Populismus, beansprucht jedoch zugleich, eine „Einführung" in die ebenso wichtige wie komplizierte Materie zu sein und zu bieten. Dies ist umso vielversprechender, als definitorische Präzisierung und wissenschaftliche Einbettung gerade bei einem Begriff angezeigt scheint, der sich wie kaum ein anderer für populistische Instrumentalisierung und Stigmatisierung – insbesondere beim „islamischen Fundamentalismus" – eignet.

Thomas Meyer wehrt bereits einleitend die stigmatisierende und schlicht unzutreffende Auffassung ab, die insbesondere dem Islam eine gleichsam naturgegebene Anfälligkeit für fundamentalistische Auslegungen zuschreibt: „Fundamentalismus" ist nicht das Wesen einzelner Religionen, sondern eine Krisenerscheinung aller Kulturreligionen in Reaktion auf die Unübersichtlichkeit der Moderne; an anderer Stelle weist er ausdrücklich darauf hin, dass der Generalverdacht, „der Islam" sei nicht modernisierungs- und demokratiefähig, weder wissenschaftlich und historisch begründbar noch zielführend im Sinne der Abwehr „fundamentalistischer" Verzerrungen ist. In diesen Kontext gehört, dass sich der Autor kritisch mit Huntingtons Thesen vom Zusammenprall der Kulturen auseinandersetzt.

In der Einleitung wird „Fundamentalismus" als „radikale Kampfansage" an die moderne Kultur bezeichnet, als „politische Ideologie, die auf Rechtfertigung eigener Macht und Herrschaft im öffentlichen Raum gerichtet ist", als „Geist und Motivation rücksichtsloser Kollektive, die im Namen ihrer selbsterkorenen Gewissheiten strafen, unterwerfen, herrschen und töten". Insofern zählt Meyer zu den „Fundamentalismen" den protestantischen Fundamentalismus in den USA, den jüdischen Siedler-Fundamentalismus, den römisch-katholischen Fundamentalismus in Europa (Piusbruderschaft?), den konfuzianischen Fundamentalismus in Südostasien, auch den „islamischen Fundamentalismus" in Iran oder Algerien (die Auswahl bleibt unbegründet) oder den Hindu-Fundamentalismus in Indien. Diese Aufzählung ist plausibel, insofern das Kennzeichen aller Fundamentalismen die Ablehnung einer historisch-kritischen Interpretation der religiösen Überlieferung ist. Allerdings erweitert Meyer „Fundamentalismus" auf die neorassistische Doktrin des „Ethno-Pluralismus" (S. 63 ff.), den „fundamentalistisch zugespitzten leninistischen Marxismus" (S. 66) oder den auf dem wissenschaftlichen Sozialismus gründenden „säkularen Gemeinschafts-Fundamentalismus" (S. 66). Auch der Nationalsozialismus rangiert als fundamentalistische Bewegung, als Beleg für die politischen, kulturellen und sozio-ökonomischen Entstehungsbedingungen fundamentalistischer Bewegungen im krisenbehafteten Wandel von Gesellschaften. Der analytische Nutzen einer Erweiterung des „Fundamentalismus"-Begriffs auf säkulare Weltdeutungen ist fraglich, vor allem die Überschreibung totalitärer Ideologien wie des Marxismus-Leninismus als „fundamentalistisch". Im Zusammenhang mit der Darstellung von Scientology als Spielart des Fundamentalismus verwendet der Autor den Begriff synonym

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mit „politischem Extremismus“ (S. 57), an anderer Stelle setzt er „fundamentalistische Organisationen“ in Deutschland gleich mit extremistischen Vereinigungen nach der Kategorisierung des Verfassungsschutzes, also mit „Islamismus“. Insofern scheint „Fundamentalismus“ Ideologie und politische Bestrebung zu umfassen. Es bleibt unklar, in welchem Verhältnis der „Fundamentalismus“-Begriff zu Extremismus und Totalitarismus steht und welchen Mehrwert er diesen gegenüber hat.

Bei dem Band handelt es sich weniger um eine grundlegende, orientierende Einführung in eine wichtige Thematik als um eine mehr oder weniger aufeinander bezogene Sammlung essayistischer Ausführungen. Was „Fundamentalismus“ ist und wozu der Begriff taugt, bleibt unklar.

Tânia Puschnerat

Klaus Mües-Baron, Heinrich Himmler – Aufstieg des Reichsführers SS (1900-1933), Göttingen 2011 (*V&R unipress*), 561 S.
Robert Gerwarth, Reinhard Heydrich. Biographie, München 2011 (*Siedler*), 480 S.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist infolge der Konjunktur der „neuen Täterforschung“ eine große Zahl von NS-Biografien entstanden. Diese Flut erfreut sich anhaltenden Publikumsinteresses, droht aber auch Überdruss hervorzurufen. Die zwei Bücher lassen erkennen, dass beide Reaktionen ihre Berechtigung haben können.

Klaus Mües-Baron begibt sich mit seiner Dissertation zum *Aufstieg des Reichsführers SS* auf ein gut beackertes Feld. Eine Teilbiografie zu Heinrich Himmlers politischer Sozialisation bis 1926 hat Bradley Smith schon 1979 vorgelegt. Spätestens seit Peter Longerichs großer Studie von 2008 schien der Reichsführer-SS „abgeforscht“. Um es klar zu sagen: Mües-Baron gelingt es nicht, diesen Eindruck zu widerlegen. In seiner nur dreiseitigen Einleitung ignoriert er den Forschungsstand komplett und begründet weder sein Thema noch seinen methodischen Zugang. Als Motiv seines Buchs nennt er lediglich den Wunsch, sich mit einem der „schlimmsten Massenmörder des 20. Jahrhundert“ auseinanderzusetzen und dabei „ideologisch-extrem radikalisierte Begriffs- und Erklärungsansätze, deren Kernaussagen immer wieder zur Definition und Analyse der oftmals komplexesten sozialen Zusammenhänge und Veränderungen dienten“ (S. 9 f.), zu untersuchen. Auf gut 500 Seiten bietet er anschließend eine fleißig kompilierte Mischung aus Details zur Karriere Himmlers und allgemeinen, meist bereits bekannten Bausteinen zur Geschichte der NSDAP während der „Kampfzeit“. Dabei verliert er sowohl seinen Protagonisten als auch dessen eigentliches Lebenswerk, die Schutzstaffel, zum Teil aus den Augen. Die vielen sprachlichen Fehler und stilistischen Mängel erschweren die Lektüre. Wer sich über Heinrich Himmler und die SS informieren will, ist bei Smith, Longerich oder – in Sachen Ideologiekritik – Josef Ackermann weit besser aufgehoben.

Ganz anders verhält es sich mit dem Werk von Robert Gerwarth. Zurecht konstatiert der junge Dubliner Professor, dass eine „wissenschaftlichen Ansprüchen genügende,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

empirisch gesättigte Studie“ (S. 9) zu Reinhard Heydrich bislang fehlte, obwohl dieser als Chef des SD, der Gestapo, des Reichssicherheitshauptamts und wohl wichtigster Organisator des Holocaust wie Himmler zu den großen Schurken des 20. Jahrhunderts gehörte. Diese Lücke mit „kalter Empathie“ (S. 15) zu schließen, gelingt Gerwarth auf den folgenden knapp 350 Seiten hervorragend. Stets klar im Urteil und elegant schreibend, entwirft er ein „Gesamtpanorama“ (S. 15) des Terrors, den Heydrich bis zu seiner Ermordung durch tschechische Widerstandskämpfer im Sommer 1942 organisierte. Dabei weiß er geschickt eine „biografische Glättung“ zu vermeiden, die gerade bei der Beschäftigung mit verbrecherischen Figuren droht. Statt, wie es z. B. Mües-Baron tut, penetrant im Rückblick darauf hinzuweisen, was man zu diesem oder jenen Zeitpunkt schon alles habe erkennen können, gelingt es Gerwarth überzeugend darzulegen, wie Heydrich mehr oder weniger zufällig zum Anhänger der NS-Ideologie wurde, indem er sich mit Lina von Osten auf die falsche Frau einließ. Auch dass der Massenmord an den Juden nicht von langer Hand geplant war, sondern aus einer komplexen „Mischung aus kriegsbedingter Brutalisierung, Enttäuschung über fehlgeschlagene Vertreibungspläne, Druck von lokalen deutschen Zivilbehörden im besetzten Osten und der weltanschaulich motivierten Entschlossenheit, das ‚Judenproblem’ endgültig zu lösen“ (S. 353), heraus entstand, wird so plausibel. Sehr viel wirklich Neues findet der Experte in Gerwarths „Panorama“ zwar nicht, jedoch wird sich eine gründlicher recherchierte und durch den personalisierten Zugang besser lesbare Synopse über den nationalsozialistischen Terrorapparat kaum finden lassen.
Bastian Hein

Anna Kaminsky/Dietmar Müller/Stefan Troebst (Hrsg.), Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer, Göttingen 2011 (*Wallstein Verlag*), 566 S.
Rolf-Dieter Müller, Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 294 S.
Stefan Scheil, Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs von 1940 bis zum Unternehmen Barbarossa 1941, 2. durchges. u. erg. Aufl., Berlin 2011 (*Duncker & Humblot*), 478 S.
Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941, erw. Neuaufl., Frankfurt a. M. 2011 (*Fischer Taschenbuch Verlag*), 429 S.

Entfesselung und Eskalation des Zweiten Weltkrieges bilden nach wie vor zentrale Forschungsfelder der Zeitgeschichte. In besonderer Weise gilt dies für jenes überraschende Bündnis, das den Weg in den Weltkrieg ebnete – den Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Für die Herausgeber des gleichnamigen Sammelbandes, Anna Kaminsky, Dietmar Müller und Stefan Troebst, markiert der Pakt infolge seiner unmittelbaren Wirkungen für Europa bzw. Ostmitteleuropa eines der weitreichendsten „historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts“, zudem die „endgültige Spaltung der Arbeiterbewegung“ (S. 11) und die historische Basis für die sich jetzt formierende Totalitarismustheorie. Bei der multiperspektivischen Beleuchtung werden die Motive der Signatarstaaten, verschiedene europäische Sichten sowie belletristische Reflexionen und das Ende Ostmitteleuropas als

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

multiethnischer Raum berücksichtigt. Die Gesamtschau ist zumeist erhellend und weit von einer deutsch-russischen Nabelschau entfernt. Dass sich Polen und die baltischen Staaten fast einhellig als „Opfer der Verschwörung zweier totalitärer Staaten" (S. 338) betrachten, überrascht nicht. Aufschlussreich erscheint der heutige „geschichtspolitische Machtkampf" (S. 155) in Russland, in dem vor allem militärische Spitzenkader Stalins Verantwortlichkeiten zu relativieren versuchen.

Auf das historische Vorfeld des Paktes zielt Rolf-Dieter Müller mit seinem Band über die deutschen Planungen für einen Angriff auf die Sowjetunion. Er möchte das bislang vorherrschende Bild von Hitlers „Stufenprogramm" revidieren: Dass Hitlers frühes Credo, Raum und Ressourcen in der „jüdisch-bolschewistisch" beherrschten Sowjetunion zu erobern, die Leitlinie für den späteren, über taktische Umwege erzwungenen rasseideologischen Vernichtungskrieg abgegeben habe, lässt er nur bedingt gelten. Hitlers Denken müsse in größere, auch militärische Zusammenhänge eingebettet werden: So thematisiert der Militärhistoriker den deutschen Interventionskrieg gegen Russland 1918 als Folie, nennt Teile der alten deutschen Elite und Militärs als durchaus eigenständige Protagonisten eines neuen Ostfeldzuges und macht zudem klar, dass Hitlers Coup von 1934, Polen als Bündnispartner zu gewinnen, keineswegs einer bloßen taktischen Finesse geschuldet war, sondern der mittelfristigen Vorstellung, gemeinsam mit der polnischen Obristen-Diktatur die Sowjetunion anzugreifen. Die Aussicht auf einen solchen Ostfeldzug habe – entgegen der bisher vorherrschenden Meinung – bei Hitler bereits 1939 bestanden. Nur sei dieser mit Blick auf Polen Ende März 1939 gescheitert, da sich der Nachbarstaat nicht zum Juniorpartner degradieren und mit Teilen der Ukraine abspeisen lassen wollte. Erst danach sei der deutsche Diktator das taktische Bündnis mit Stalin eingegangen, um so das territoriale Vorfeld (Polen) für einen späteren Ostkrieg planieren zu können; der Eingriff der Westmächte in den Krieg müsse dagegen als von Hitler eigentlich unbedingt zu vermeidendes Ereignis betrachtet werden. Müllers Thesen erscheinen innovativ.

Doch werden die polnischen Quellen, die „noch weitgehend im Dunkeln" (S. 254) liegen, seine Ansichten bestätigen? Gegen Stefan Scheils (wiederholter) These, wonach Hitler 1941 nur einen Präventivkrieg gegen die UdSSR begonnen habe, fährt Müller scharfes Geschütz auf („unsinnig", S. 8, mit indirektem Bezug zu Scheil); er führt auch das triftige Argument an, dass Hitler schon im Sommer und nicht erst im Herbst 1940 (nach Molotovs Berlin-Besuch), wie Scheil meint, den Entschluss zum Angriff gefasst habe.

Ganz in diesem Sinne argumentiert der – 1984 zuerst erschienene – „Klassiker" von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette, der Vorgeschichte, Ablauf und Wirkung des „Unternehmens Barbarossa" ausführlich thematisiert und dokumentiert. Gegenüber den Thesen des dort integrierten Aufsatzes von Andreas Hillgruber hebt Müller hervor, dass Hitlers Lebensraumvorstellungen keineswegs so geradlinig die politische Planung durchzogen hätten.

Mike Schmeitzner

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

André M. Malick, Al-Qa'idas Interpunktion von Ereignisfolgen. Eine Konfliktanalyse unter kommunikationstheoretischen Gesichtspunkten nach Watzlawick, Frankfurt a. M. 2011 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 147 S.
Sebastian Scheerer, Agonaler Autismus und diskrepante Interpunktion. Zwei Restriktionen im Umgang mit terroristischer Gewalt, Hamburg 2011 (*IKS Working Paper Series*), 19 S.

Die Kenntnis über den islamischen Extremismus ist infolge der Anschläge des 11. September 2001 stark angewachsen. Die Hamburger Kriminologen Sebastian Scheerer und André M. Malick beklagen jedoch einen Mangel an kommunikationsanalytischen Ansätzen und messen diesen ein hohes Potential zur Entschärfung von Konflikten bei. Malick wendet den Ansatz Paul Watzlawicks auf die Interaktion der Terrororganisation Al-Qaida und ihrer westlichen Gegner an. Dafür nimmt er einen Perspektivenwechsel vor und betrachtet die Entwicklungen, die zu den Anschlägen auf das Word-Trade-Center führten, aus Sicht der Terrorgruppe. Er analysiert eine Reihe von Originaltexten Osama bin Ladens, seines Mentors Abdullah Azzams und seines Stellvertreters Ayman Al-Zawahiris sowie die Reaktionen des Westens. Dabei macht der Verfasser gravierende Mängel in der Kommunikation zwischen den Parteiungen aus: Während die USA die Drohungen bin Ladens ignorierten, habe der Al-Qaida-Führer die Nicht-Reaktion der Amerikaner als Provokation verstanden. Über das grundlegende Problem – die Präsenz der US-Streitkräfte auf muslimischem Territorium – kommunizierten die Konfliktparteien dagegen nicht. Dieser Zustand halte an. Die Militäroperationen des Westens begünstigten einen homegrown terrorism, wie ihn die US-amerikanischen Konservativen um Patrick Buchanan befürchten

Auch Sebastian Scheerer wendet sich gegen die prinzipielle Weigerung, mit Terroristen zu verhandeln. Stattdessen könnten mit Verhandlungen – dies zeige die Empirie – Konflikte entschärft oder gar beigelegt werden. Obwohl Staaten die Maxime ausgeben, nicht mit Terroristen zu sprechen, ließen sie sich in der Praxis oftmals darauf ein – wie etwa im Fall von Geiselnahmen im Nahen Osten. Ob kommunikative Strategien im Fall von Terrorkonflikten möglich und wünschenswert sind, müsse jedoch im Einzelfall geprüft werden. Das Fazit Scheerers geht über die Forderung nach Verhandlungsbereitschaft hinaus. Der Kriminologe bezeichnet den Begriff Terrorismus als „askriptives Merkmal". Er ließe sich dazu benutzen, diejenigen zu kennzeichnen, mit denen ein Staat aus strategischen Gründen nicht zu Verhandlungen bereit sei – eine Einschätzung, die Malick ansatzweise teilt: „Wenn man Terroristen nicht zuhören will, führt genau diese Etikettierung dazu, dass der Terrorist noch lauter werden muss – bis man ihn nicht mehr überhören kann" (S. 70). Die Argumentation erinnert an die der Gegner des Extremismuskonzepts, die ebenfalls auf die Gefahr des Missbrauchs von Begriffen abstellen. Kein wissenschaftliches Konzept ist vor Missbrauch gefeit.

Malick und Scheerer verstehen ihre Arbeiten als Anregung, kommunikationstheoretische Erkenntnisse stärker als bisher zu berücksichtigen. Beide favorisieren die Methode Watzlawicks. Dessen drittes Axiom beschreibt die „Interpunktion von Ereignisfolgen", nach der sich die Kommunikationspartner durch das Verhalten des jeweils anderen zu einer Aktion veranlasst fühlen, die ihrerseits den Konflikt weiter vorantreibt. Terroristen sähen sich durch die Gesprächsverweigerung von Staaten zu noch drastischerem

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Handeln gezwungen. Insgesamt liefern Malick und Scheerer stichhaltige Argumente für ihren Ansatz, Kommunikationsanalysen können der Deeskalation von Konflikten dienlich sein. Die Anschläge auf das World Trade Center kamen nicht aus heiterem Himmel. Ob sie allerdings durch die Anwendung kommunikationsanalytischer Methoden zu verhindern gewesen wären? Und: Wann ist der richtige Zeitpunkt, um das Gespräch mit einer (potentiellen) Terrorgruppe zu suchen? Muss ein Staat auf alle zugehen, die mit Terror drohen? Wie viele Menschen müssen getötet werden, bis ein Staat sich auf Verhandlungen einlassen sollte?

Karsten Dustin Hoffmann

Gerald Praschl, Roland Jahn: Ein Rebell als Behördenchef, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 240 S.

Auch über 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist die biografische Literatur zu ehemaligen DDR-Oppositionellen recht überschaubar. Ausgerechnet über die Wegbereiter und Protagonisten der historischen Umwälzung von 1989 wissen wir immer noch erstaunlich wenig. Über die Gründe kann spekuliert werden: Viele ehemalige DDR-Oppositionelle sehen sich – trotz ihrer Verdienste als Wegbereiter der Friedlichen Revolution – bis heute nur ungern im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Diese Bescheidenheit ist nicht immer gut, führt sie doch dazu, dass sie in den öffentlichen Debatten um die Vergangenheitsaufarbeitung kaum als treibende Kraft erkennbar werden. Dabei wären gerade sie durch ihre Biografien dazu berufen, die moralische Autorität des Widerstandes gegen die SED-Diktatur zu artikulieren. Roland Jahn hat mit seiner Forderung nach Versetzung der BStU-Mitarbeiter mit Stasi-Vergangenheit konsequent Position bezogen. Die Diskussion über die damit verbundenen Fragen der DDR-Aufarbeitung wird andauern und verleiht der ersten Jahn-Biografie einen aktuellen Bezug.

Praschls Thema ist die Frage nach der Zivilcourage in einer Diktatur. Er zeichnet anhand einer beeindruckenden Faktenfülle minutiös auf, wie aus dem ganz normalen Jugendlichen Roland Jahn einer der hartnäckigsten Oppositionellen der DDR wurde. Anfangs glaubt Jahn noch, innerhalb der sozialistischen Strukturen etwas bewirken zu können. Als er 1976 jedoch wegen seiner Kritik an der Biermann-Ausbürgerung exmatrikuliert wird, startet er die ersten spektakulären Protestaktionen und entwickelt sich in der Folge zu einem der schärfsten Kritiker der SED-Herrschaft. Verhaftungen folgen. Man bietet ihm die Ausreise in den Westen an, um den unbequemen Kritiker loszuwerden – Jahn lehnt ab, will den Widerstand in der DDR fortsetzen. Schließlich wird er in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gewaltsam abgeschoben. Doch Jahn bleibt beharrlich. Von West-Berlin aus unterstützt er die oppositionellen Freunde in der DDR mit Westliteratur, Kopiertechnik, Videokameras und nicht zuletzt seinen Medienkontakten. Ohne Jahns Engagement hätte es die ersten heimlich gefilmten Videobänder von der Montagsdemonstration in Leipzig nicht gegeben.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gerald Praschl erinnert an die zahlreichen Widerstände, die den abgeschobenen Dissidenten im Westen erwarteten. Viele Politiker meiden Kontakte zur DDR-Opposition, um ihre offiziellen Gesprächspartner im Osten nicht zu verärgern. Als die Stadtoberen von Erlangen mit ihren aus Jena angereisten Amtskollegen im März 1987 eine Städtepartnerschaft besiegeln, wird der auf Einladung der grünen Stadtratsfraktion angereiste Jenenser Roland Jahn von der Veranstaltung ausgeschlossen. Die DDR-Vertreter hatten für den Fall einer Teilnahme Jahns mit sofortiger Abreise gedroht und die Erlanger Entspannungspolitiker mit „Augenmaß für das Machbare" waren vor den Forderungen der SED-Funktionäre eingeknickt.

Über persönliche Dinge hat Roland Jahn bislang kaum öffentlich gesprochen. Auch hier bietet die Biografie viel Neues. Dem Autor gelingt es mühelos und unaufgeregt, schwierige Phasen und Brüche zur Sprache zu bringen. Als Jahns Lebensgefährtin Petra Falkenberg im Mai 1983 mit der gemeinsamen Tochter Lina zur Ausreise in den Westen genötigt wurde – sie hatte während einer Verhaftung einen Ausreiseantrag gestellt –, bleibt er in der DDR zurück, um den politischen Widerstand fortzusetzen. Im Gespräch mit Praschl erinnert sich Jahn schmerzvoll: „Meine Tochter war vier Jahre alt. Ich wusste nicht, wann ich sie wiedersehe [...] 20 Jahre später fragte [sie] mich: ‚Sag mal, dass Du damals nicht mitgekommen bist, das war doch eigentlich eine Entscheidung gegen mich, oder?' Da rollten mir nur noch die Tränen. Da meint einer, er muss die Welt retten, aber ist nicht für seine Tochter da." Die Biografie über Roland Jahn gibt uns einen bislang einzigartigen Einblick in das Leben des BStU-Chefs und den Alltag des Widerstandes in der DDR der 1970er und 1980er Jahre. Ein wichtiges und durch und durch lesenswertes Buch.

Benn Roolf

Birger P. Priddat/Michael Schmid (Hrsg.), Korruption als Ordnung zweiter Art, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 238 S.

Lukas Achathaler/Domenica Hofmann/Matthias Pázmándy (Hrsg.), Korruptionsbekämpfung als globale Herausforderung, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 243 S.

Bis Ende der 1990er Jahre waren in Deutschland Bestechungsgelder steuerlich absetzbar. Das betrifft zwar nur einen kleinen Ausschnitt des Themas, wirft aber ein Schlaglicht auf den kulturellen Wandel, den das Thema in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, bis es heutzutage zu einem multidisziplinären Forschungsfeld erwachsen ist, dessen Ausdruck die beiden Werke sind.

Dabei ist der Titel des ersten der beiden Bücher ausgesprochen glücklich gewählt. Es setzt sich nämlich vom weit verbreiteten moralfundierten Zugriff wohltuend ab, (ver-) urteilt es jedoch nicht. Es analysiert, forscht nach Ursachen und bietet Erklärungen für das Phänomen – stets entschieden theoriegeleitet, in den ersten Beiträgen (Peter Graeff, Marco Schmitt) hochgradiger als in den folgenden. Vielfach liefert Niklas Luhmann

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mehr oder weniger gewichtige Bezugsrahmenelemente (Schmitt, Isabel Kusche, Christina Stenner, Theresa Kaleja). Ein weites Feld wird bestellt, von extremen Auswüchsen (Michael Schmid, Margit Weihrich, auch Birger P. Priddat) wie Mafia, Warlords und Terror bis hin zu sozial akzeptierten Formen wie Lobby (Priddat), konkretisiert in zwei Länderstudien (Stenner, Kaleja) zu Japan und Kenia. Die zentrale Aussage dieses Bandes findet sich bei Priddat: Die Verbreitung der Korruption „kann nicht allein durch moralische Defekte der Akteure erklärt werden" (S. 62). Die Quintessenz: Korruption folgt regelmäßig rationalem Kalkül und ist auf defizitäre staatliche Strukturen angewiesen, namentlich rechtsstaatlicher oder demokratischer Natur. Sie etabliert sich kompensatorisch als soziale ordnungsstiftende Substruktur. Damit ist sie keinesfalls auf prämoderne politische Systeme beschränkt. Sie äußert sich nur jeweils arttypisch, in den modernen etwa als Antwort auf sozial inakzeptable quasi-rechtsstaatliche Systemfehlleistungen, so beispielsweise, wenn in Japan, selbst bei Vertragsbrüchen, Mietern praktisch nicht mehr gekündigt werden kann. Insofern wäre der Band als Pflichtlektüre für rechtskulturabgehobene Europa- und Ministerialbürokraten und Politiker bestens geeignet.

Der zweite Band – im Wesentlichen von Nachwuchswissenschaftlern verantwortet, inhaltlich formal zweigeteilt, in Beiträge aus der Praxis und der Wissenschaft – ist auf Korruptionsbekämpfung angelegt. Die kommt jedoch auch nicht ohne solide Analyse aus. Wo sie vorgelegt wird (Gernot Stimmer), ähneln die Resultate und Schlussfolgerungen prompt denen des ersten Bandes. Im Kontext zweier weiterer (europabezogener) Regionalstudien werden methodische Probleme des weit gespannten und wenig eindeutigen sowie schwer messbaren Korruptionsbegriffes identifiziert (Tina Olteanu, Matthias Pázmándy), zumal es sich weitestgehend um ein Dunkelfelddelikt handelt. Dass selbst in einem engen kulturellen Rahmen Korruptionstatbestände von unterschiedlichen sozialen Gruppen relativ weit differierend als solche bzw. als sanktionswürdig erachtet werden, zeigt beeindruckend Lucas Grafl unter Bezug auf eine einschlägige empirische Studie. Alexander Böckmann zeichnet die Karriere des Begriffes der Korruption nach.

Dorothée De Nève dreht die Perspektive des erstgenannten Bandes um und untersucht die Auswirkungen auf demokratische Systeme. Erwartungsgemäß bewertet sie diese negativ – in dieser Pauschalität ist dies allerdings nicht unbedingt überzeugend. Aleksandra Djokic beleuchtet das Whistleblowing, am Ende speziell im UN-Sekretariat. Damit ist die Brücke geschlagen zum Komplex der Beiträge aus der Praxis – von der UNO (Erik N. Larson) über die GRECO-Staaten (Wolfgang Rau) und die Entwicklungszusammenarbeit (Georg Huber-Grabenwarter) bis zu österreichischen Unternehmen (Gerhard R. Donner). Der Beitrag Wolfgang Hetzers (Financial Crisis) ist ein Fremdkörper.

Hans-Jörg Bücking

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Max Reinhardt, Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 628 S.
Daniela Forkmann, Das „Netzwerk junger Abgeordneter Berlin", Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 381 S.

Vor dem Hintergrund der Erosion der politischen Milieus in der Bundesrepublik widmet sich Max Reinhardt in seiner Dissertation den Strömungen und Richtungskämpfen in der Volkspartei SPD seit 1945. Ausgehend von der Hypothese, dass „die heutige SPD […] das Ergebnis eines Wandels in Folge von innerparteilichen Machtkämpfen und oftmals autoritär geführten Ausgrenzungshandlungen ist" (S. 33), interpretiert er die „Krise der Volksparteien" als „Krise der politischen Repräsentation" (S. 7 f.). Entlang der ursprünglich von Bourdieu entwickelten Milieu- und Habitustheorie analysiert er die Biografien von 13 SPD-Spitzenpolitikern der Nachkriegsgeneration und der sogenannten Enkel-Generation Willy Brandts. Seiner Meinung nach hat sich die Repräsentation der SPD mittlerweile auf zwei Typen verengt: den „dominante[n] kleinbürgerlichen, leistungsorientiert-ständisch denkende[n] neuen Managertypus", zu denen er u. a. den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und den Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier zählt, und die kleine Minderheit des „modernisierte[n] gewerkschaftsnahe[n] Arbeitnehmertypus" (S. 559), personifiziert durch die Generalsekretärin Andrea Nahles.

Wie so viele Sozialdemokraten, sieht Reinhardt die Ursache für die SPD-Krise vor allem in einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik: in der Agenda 2010. Zwangsläufig führte die „Verengung der SPD-Politik auf wirtschaftsliberal eingestellte Wähler" (S. 562) zum Niedergang der SPD: Repräsentanten anderer sozialer Milieus wurden ausgegrenzt; viele kehrten der Partei den Rücken, weil ihre Interessen keine ausreichende Berücksichtigung mehr fanden. Die daraus resultierende „ernsthafte Glaubwürdigkeitskrise" kann die SPD nach Meinung Reinhardts nur überwinden, wenn „sie sich der Mehrheit ihrer Wähler wieder öffnet und ihre Funktion als Partei des Sozialstaates, der Emanzipation und Partizipation wieder gerecht wird" (ebd.). Ob die SPD allerdings mit einem Konzept nach dem Motto „Zurück in die Zukunft" tatsächlich wieder zum Wählermagneten werden kann? Oder läuft sie dadurch nicht erst recht Gefahr, den Status einer Volkspartei zu verlieren?

Über Jahrzehnte gehörten die innerparteilichen Strömungen der Parteilinken und des konservativen Seeheimer Kreises zu den Prägekräften der SPD. Nach dem Regierungswechsel 1998 formierte sich in der SPD-Bundestagsfraktion mit dem „Netzwerk junger Abgeordneter Berlin" eine dritte innerparteiliche Gruppierung, die sich als eine flügelübergreifende Strömung jüngerer Politiker jenseits des alten Rechts-Links-Schemas der 68er-Generation versteht. Ihr widmet sich Daniela Forkmann in ihrer Dissertation. Sie hat die Genese dieses Netzwerks dargestellt, seine personelle Zusammensetzung aus einer biografisch-sozialisatorischen Perspektive herausgearbeitet und die inhaltlichen Ziele dieser Gruppierung analysiert. Dafür hat sie die Karriereverläufe ihrer führenden Protagonisten wie Hans-Peter Bartels oder Hubertus Heil ausgewertet und den Versuch unternommen, das Netzwerk im Spektrum der SPD einzuordnen. Im Ergebnis verkörperten die Netzwerker aufgrund ihrer „postmateriellen Werte" (S. 322) und ihrer Kritik

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

an der „rückwärtsgewandte[n] Themenwahl“ (ebd.) innerhalb der SPD zunächst den Geist einer jungen, hoffnungsvollen Politikergeneration. Ihrem dadurch beflügelten schnellen Aufstieg folgten nach der Bundestagswahl 2009 jedoch Rückschläge, was zu einer Annäherung an den rechten Parteiflügel und zu einer stärkeren Konfrontation gegenüber der Parlamentarischen Linken führte. Resümierend heißt es, der Anspruch, „eine selbstständige, unabhängige und flügelübergreifende reformistische Kraft innerhalb der Partei zu etablieren“ (S. 338), sei nicht realisierbar gewesen.
Udo Baron

Matthias Sachs, Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 381 S.

Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand: Perspektiven sozialdemokratischer Parteien in Europa, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 320 S.

Mit der Wandlung der westlichen Industrieländer hin zu den modernen Dienstleistungsgesellschaften unserer Tage, dem Durchbruch der Globalisierung und dem Ende der keynsianischen Wirtschaftspolitik in den 1980er Jahren ist die sozialdemokratische Bewegung vor existentielle Herausforderungen gestellt worden. Darin stimmen die beiden Bücher im Wesentlichen überein. Die Sozialdemokraten brauchen neue Inhalte und neue Mehrheiten. Den daraus folgenden programmatischen Neuausrichtungsversuchen geht Matthias Sachs auf den Grund, während eine Aufsatzsammlung um den Politologen Franz Walter sich eher der sozialdemokratischen Suche nach diesen neuen Mehrheiten widmet. Sachs beschäftigt sich ausschließlich mit der Sozialdemokratie in Holland, Großbritannien und Deutschland, die Aufsatzsammlung hingegen mit einer Fülle von Fallbeispielen aus der ganzen Welt, wobei das Schwergewicht auf Europa liegt. Einig sind sich beide Bücher mit den sozialdemokratischen, bisher nicht überwundenen Krisensymptomen. Gleichwohl konstatieren sie, das Ende der Sozialdemokratie sei noch lange nicht eingetreten. Dauerhafte, tragfähige Grundsatzlösungen für die modernen Gesellschaften unserer Tage hätte die sozialdemokratische Bewegung noch nicht gefunden.

Sachs beschreibt insbesondere die Veränderungen, denen der sozialdemokratische Begriff der Gerechtigkeit unterworfen wurde, um zu einer neuen Sozialpolitik des Förderns und Forderns zu kommen – weg von den alten Umverteilungsvorstellungen, ohne die moderne Sozialpolitik im Grunde nicht mehr zu bewerkstelligen ist. Das hat zwar Wähler gekostet, aber die Sozialdemokratie wieder handlungsfähig gemacht, ohne die Grundwerte aufzugeben. Die Aufsatzsammlung stellt interessanterweise fest, dass die Sozialdemokratie, wenn sie neue sozialdemokratische Erzählungen kreiert und Visionen entwickelt, Mehrheiten für eine gestaltungsfähige Politik auch weiterhin finden kann. Sachs' Empathie für sein Objekt ist offenkundig, wohl nicht nur, weil das Buch ein Auftragswerk der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Der innere Abstand bei einigen Autoren der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aufsätze hingegen wirkt gelegentlich abgehoben. Die sozialdemokratischen Parteien erscheinen als demokratische Player ohne eigene, unverzichtbare und spezifische Identität. Doch so sind diese Parteien nicht. Man kann sie nur verstehen im Zusammenhang mit ihren Grundwerten. Die eigentliche sozialdemokratische Herausforderung unserer Tage ist ja gerade eine „Findung" neuer Mehrheiten, die im Selbstverständnis ein solidarisches Gefühl füreinander entwickeln können. Auch ist der soziologische Instrumentenkasten dieses Buches unzulänglich. Das wird bei der formalen Gleichbehandlung einiger osteuropäischer, sozialdemokratischer Parteien deutlich, die bis 1989 kommunistisch waren. Denn nur ein Blick auf die Grundwerte, die hier eben nicht sozialdemokratisch sind, hätte eine Erklärung für deren heutigen Probleme geliefert. Sachs bleibt von dieser Gefahr verschont. Seine Schilderung der programmatischen Entwicklung ist strikt werteorientiert. Das gibt seinem Buch Substanz. Doch Sachs ist im Grunde ein Chronist, der Leser bleibt Zuschauer. Ansatzpunkte dafür, wohin die weitere programmatische Entwicklung der Sozialdemokratie führen könnte, liefert der Autor nicht.
Stephan Hilsberg

Ursula Saekel, Der US-Film in der Weimarer Republik – ein Medium der „Amerikanisierung"? Deutsche Filmwirtschaft, Kulturpolitik und mediale Globalisierung im Fokus transatlantischer Interessen, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 420 S.

Die siebente Kunst scheint ein janusköpfiges Reflexionsmedium der Moderne zu sein. Das Kino spiegelt zum ersten die Auswirkungen politisch-propagandistischer Restriktion, zum zweiten die Bedürfnisse und Dispositionen eines Massenpublikums im Zusammenspiel mit künstlerischer Ambition, zum dritten die Möglichkeiten des technischen Fortschritts und viertens die ökonomischen Imperative einer globalisierten Gesellschaft. Ursula Saekel betrachtet in ihrer geschichtswissenschaftlichen Studie dieses „Dispositiv" (Foucault) „als ein Medium kultureller Globalisierung" (S. 9). Sie untersucht die Entstehung der Ufa, den Konzentrationsprozess in der US-Filmindustrie, die Entwicklung des Tonfilms, schließlich die Weltwirtschaftskrise und Umstrukturierung der Kinoindustrie unter einem originellen Blickwinkel: Der Topos „Amerikanisierung", welcher pejorative wie euphemistische Deutungsmuster aktiviert, fungiert als archimedischer Punkt der Untersuchung. Hollywood stellt etwa in der Weimarer Zeit „das amerikanische Selbstverständnis aufreizend zur Diskussion: die amerikanische Auffassung von Demokratie, Freiheit, Gleichheit und vom pursuit of happiness, vom gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Fortschritt, von Massenkultur und Modernisierung. Der amerikanische Film wurde daher als Medium eines aggressiven hegemonialen Dominanzanspruchs der aufsteigenden Großmacht interpretiert" (S. 223). Saekel erläutert die Faktoren, welche den weltweiten Erfolg des Hollywoodkinos begünstigten. Dazu zählen ein effizient arbeitendes, vertikal gegliedertes Studiosystem mit geschlossenem Verwertungskreislauf, ein Starsystem, in dem die Verehrung des Schauspielers religiöse Züge annimmt, schließ-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lich stark konventionalisierte Genres. Einen großen Beitrag zum Erfolg Hollywoods lieferten die USA: Film „könne in der Art eines Modeprospekts Eindrücke von der Qualität der US-amerikanischen Markenproduktion vermitteln“ (S. 205).

Die Studie glänzt nicht allein durch die präzise und quellengesättigte Analyse des Globalisierungsprozesses mit Blick auf das Kino, sondern auch durch interessante Exkurse, etwa zur Rolle des ausländischen Films im Nationalsozialismus: Entgegen „der verbreiteten Annahme, während der NS-Diktatur habe man in Deutschland kaum ausländische, geschweige denn amerikanische Filme sehen können und der deutsche Filmmarkt sei ‚ideologisch abgeschottet‘ gewesen, war das NS-Regime dem Import von ausländischen Filmen durchaus nicht abgeneigt, wohl wissend, dass der Bedarf an Filmen (quantitativ wie qualitativ) von der heimischen Produktion nicht gesättigt werden konnte“ (S. 166). „So betrug der durchschnittliche Anteil des deutschen Films auf dem Filmmarkt bis 1939 etwa 60 Prozent gegenüber 40 Prozent ausländischen Produktionen. […] Das war im Vergleich zur Weimarer Republik, in der das Verhältnis bei etwa 50 zu 50 lag, keine maßgebliche Veränderung“ (S. 167). Tendenziell erwiesen sich „Großfilme“, die bereits in den USA reüssierten, ebenso in Deutschland als erfolgreich – beispielsweise „Es geschah in einer Nacht“ (1934), „Zum Tanzen geboren“ (1936), „Gehn wir bummeln“ (1937), „Die Kameliendame“ (1936). Filme wie „Broadway Melodie 1938“ (1937) mischten ein romantisch-heiteres Narrativ mit brillanten Stars (Robert Taylor, Eleanor Powell) und eingängigen Ohrwürmern („I’ve Got a Feelin’ You’re Foolin“). Nicht anders agierten deutsche publikumsträchtige Revuefilme (z. B. „Die Frau meiner Träume“, „Hallo Janine“, „Wir machen Musik“). Goebbels wollte eine nationalsozialistische Traumfabrik erschaffen. Der unpolitische und moralisch tugendhafte US-amerikanische Genrefilm, gefertigt unter effizienten Produktionsbedingungen, diente als Vorbild. Die Nationalsozialisten trugen in diesem Sinne den Wünschen eines in der Weimarer Zeit entstandenen Massenpublikums Rechnung, welches den Film vorwiegend als zerstreuendes Konsumprodukt betrachtete, das die jeweilige kleinbürgerliche Lebenswelt thematisiert und transzendiert.
Marcus Lange

Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 328 S.

Die Autonomen Nationalisten, seit etwa einem Jahrzehnt aktiv, sind ein vergleichsweises junges Phänomen. Sie orientieren sich zum Teil an den linken Autonomen (etwa in ihrem Outfit, mit ihren militanten Aktionen) und sind doch deren Gegner. Zuweilen ist bei Demonstrationen nicht erkennbar, ob sie oder „antiimperialistische“ Linke die Palästinensertücher tragen. Antifa und Anti-Antifa erscheinen in ihrem äußeren Habitus bisweilen zum Verwechseln ähnlich.

Es gab bisher nur eine Reihe von Aufsätzen zu den Autonomen Nationalisten, aber kein größeres Werk. Der Band von Jan Schedler, Sozialwissenschaftler an der Univer-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sität Bochum, und Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, ist keine geschlossene Monographie, doch fängt er eine Reihe wichtiger einschlägiger Aspekte ein, allerdings nicht den eingangs genannten Aspekt zu den Parallelen der politischen Antipoden. Hierzu gibt es im Kern lediglich einen einzigen Artikel – und auch dieser setzt sich mit der Thematik nur indirekt über die Kritik an der Extremismusforschung auseinander. Unter dem Titel „Nähe zum Gegner" und „Brüder im Geiste?" attackiert Häusler den Verfassungsschutz und die Extremismusforschung. Der Autor geht mit der einschlägigen Forschung u. a. deshalb scharf ins Gericht, weil „unsachliche Gleichsetzungen" (S. 167) zwischen linken Autonomen und Autonomen Nationalisten erfolgten. Dabei verzeichnet er die Gegenposition krass, baut er einen Popanz auf. Gilt für die Extremismusforschung die „Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln" als Kennzeichen des Extremismus, so macht Häusler daraus, dass „jegliche grundsätzliche Kritik und Infragestellung der vorherrschenden politischen Machtverhältnisse gleichermaßen zu einer Bedrohung der wehrhaften Demokratie hochstilisiert" (S. 172) wird. Das ist ein Meisterstück der Verdrehung.

Der Band umfasst neben einer knappen Einleitung und einem ausführlichen Fazit der Herausgeber Kapitel zu den folgenden Themen: „Genese" (mit drei Beiträgen zur Entwicklung der Neo-NS-Szene), „Analyse" (mit sieben Beiträgen – u. a. zum Verhältnis der Autonomen Nationalisten zur NPD, das Tomas Saper zu Recht als widersprüchlich bezeichnet), „Regionale Entwicklungen" (mit sieben höchst heterogenen Beiträgen, u. a. zum „Neonazismus im ländlichen Raum Ostwestfalen-Lippe", zu den „Autonomen Nationalisten in Ostdeutschland" und zu den „Autonomen Nationalisten in Tschechien"), „Historische Bezüge" (mit drei Beiträgen zum Nationalsozialismus bzw. italienischen Faschismus). Wie diese Auflistung deutlich macht, ist ein roter Faden nicht recht erkennbar, fällt vielmehr Buntscheckigkeit auf. Die Frage, wie Linksautonome – das politische Pendant – auf die Autonomen Nationalisten reagieren, bleibt ausgespart, ebenso die Frage nach deren politischer Relevanz. Immerhin geben die Herausgeber in ihrem Abschlussbeitrag eine Einordnung des Phänomens, wobei dieses zu Recht als soziale Bewegung gilt. Die lebensweltliche Ebene mit dem betont antibürgerlichen Habitus und der individuellen Attitüde der Autonomen Nationalisten steht dabei in einem Gegensatz zu ihrem ideologischen Programm, das auf Unterordnung zielt. Die Herausgeber sehen daher eine gewisse Stagnation dieser Bewegung, die schnell an ihre Grenzen stößt. Dem ist nicht zu widersprechen.

Die Autoren, vorwiegend Nachwuchswissenschaftler (Karin Priesters Beitrag zur „Ästhetik und Propaganda im italienischen Faschismus" hat mit der Thematik so gut wie nichts zu tun), kommen nicht immer zu weiterführenden Ergebnissen – wohl deshalb, weil sie sich wegen ihrer „gesellschafts- und staatskritisch ausgerichteten sozialwissenschaftlichen Analyse extrem rechter Bewegungen" (S. 13) ideologisch selber im Wege stehen.

Eckhard Jesse

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Thomas Schölderle, Utopia und Utopie. Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff, Baden-Baden 2011 (*Nomos)*, 540 S.

Treibende Kraft dieser wohlinformierten, umfangreichen Münchener Dissertation sind zwei – aus der Sicht von Schöderle – Defizite der Utopieforschung. Erstens gebe es im Chaos unterschiedlicher Deutungen spätestens seit Bloch keinen abgrenzbaren Utopie-Begriff mehr. Zweitens habe es die Forschung versäumt, die konstitutive Rolle von Morus' *Utopia* im Auge zu behalten. Eine Konzeption der Gattung literarische Utopie und des utopischen Denkens, die mit Intention und Textrealität der *Utopia* in Widerspruch gerate, sei nicht akzeptabel. Hier will Schöderle Ordnung schaffen, indem er erstens eine ausführliche, die Forschungsliteratur synthetisierende Analyse der *Utopia* liefert, zweitens einen Abriss der Geschichte der Utopie, und drittens eine Rekonstruktion des „sozialwissenschaftlichen Utopie-Diskurses", während Kapitel vier ein Fazit zieht.

Das alles geschieht sehr umsichtig und abwägend, wobei Schöderle auf eine beeindruckend gute Kenntnis der klassischen Texte und der Forschungsliteratur zurückgreifen kann. Sehr überzeugend ist z. B., wie der Autor unter Zuhilfenahme der einschlägigen Forschung die schillernde Bedeutungsvielfalt und die ironischen Ambivalenzen des Morusschen Textes herausarbeitet. Das Fazit bestätigt allerdings in ernüchternder Weise das, was man ohnehin schon weiß und was seit langem konsensfähig ist. In Verbindung mit der „kritische[n] Intention" (S. 481) erlaubt das Kriterium der rationalen Konstruktion die Abgrenzung der Utopie von Mythen (z. B. Goldenes Zeitalter), Religion und Märchen. Zu diesem Ergebnis hätte es keines Vorlaufs von 480 Seiten bedurft. Wenn Utopien „meist literarisch" (S. 481) sind, verwundert es allerdings, dass Schöderle eine Seite zuvor vom „Spezialfall literarischer Utopien" spricht. Sein ganzes Vorgehen läuft doch, wie das von Richard Saage, darauf hinaus, die klassische Utopietradition zu rehabilitieren. Unfreiwillig zeigt dies auch die Verwendung des Adjektivs „fiktional" (S. 481), das bei ihm wohl auf „Modell", „Gedankenexperiment", „Entwurf" und „Konstruktion" verweist („kontrafaktische Fiktion", S. 480), in der Literaturwissenschaft sich aber auf Techniken bezieht, erfundenen Personen und Geschehnissen die Illusion von Wirklichkeit zu verleihen (was z. B. Winstanleys Programmschrift nicht anstrebt). Schöderle versäumt es, seinen Fiktionsbegriff zu klären, der neben der literarischen eine philosophische (Hans Vaihinger u. a.) Bedeutung hat. Auch die Polemik gegen Autoren, die noch mit dem Begriff des Idealstaats operieren, scheint mir unnötig. Schöderle übersieht, dass die Intention eines Autors für die Konstitution einer Gattungstradition und ihrer Differenzmerkmale nicht entscheidend ist. So ist zwar wohlbekannt, dass der katholische Christ Morus mit seinem Entwurf eines (ironisch dementierten) rationalen Heidenstaates (der zur Methode der satirischen Gegenbildtechnik gehört), höchstwahrscheinlich nicht sein eigenes Ideal verkündet, aber in der Rezeption der *Utopia* wurde bis zum 19. Jahrhundert Morus' ironische Distanz gar nicht wahrgenommen und das Thema des besten Staates als auszeichnendes Merkmal begriffen. Heute herrscht Konsens darüber, dass erst das Konzept der anderen Gesellschaft Utopie konstituiert, positiv

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

oder negativ (Dystopie), ideal oder nicht. Schade, dass Schöderle nicht die angelsächsische Diskussion zur Kenntnis genommen hat. Hier werden schon seit geraumer Zeit drei Aspekte von Utopie unterschieden, um den Begriff nicht auf Literatur begrenzen zu müssen: erstens die klassische Gattung, zweitens jede Art von Ideen, Bildern, Vorstellungen eines besseren Lebens, die in der Kulturgeschichte anzutreffen sind, drittens utopische Praxis (Kommunen). Das ganze Feld dessen, was seit Bloch mit dem Begriff Utopie verbunden sein kann, wird – im Gegensatz zu „utopia" – unter den Begriff „utopianism" (Lyman Tower Sargent) subsumiert.

Hans Ulrich Seeber

Jürgen Schwab, Die Manipulation des Völkerrechts, Mengerskirchen 2011 (*Kyffhäuser-Faksimile-Verlag*), 197 S.

So gering die Machtmittel der rechtsextremistischen Szene auch sind, so ausufernd sind häufig die Machtphantasien ihrer Angehörigen. Das trifft auch auf den seit den 1990er Jahren publizistisch tätigen Jürgen Schwab zu. Dieser gibt sich als Vordenker seiner Gesinnungsgenossen und präsentiert in dem neuen Buch seine Vision eines nationalistischen Großreiches. Als Ansatz dient ihm das 2009 erschienene Buch *Schlimmer als Krieg* des US-Amerikaners Daniel Jonah Goldhagen. Darin thematisierte der Politologe unter dem Begriff „Eliminationismus" Völkermorde sowie andere politische Massentötungen. Als Bedrohungen benannte er Diktaturen sowie den „Politischen Islam" und forderte zur Verhinderung weiterer Genozide Interventionen von demokratischen Mächten, insbesondere der USA.

Diesen Auffassungen setzt Schwab seine Veröffentlichung entgegen, die nicht nur eine Replik, sondern eine Agitationsplattform ist. So nutzt er Goldhagens unklare Definition des Begriffs Völkermord, der auch die erzwungene Veränderung einer Bevölkerung umfasst, um die Existenz einer das deutsche Volk in seinem Bestand bedrohenden „Einwanderungswaffe" zu behaupten, die „faktisch wie ein Völkermord" (S. 143) wirke. Der Ideologe wendet dabei die Methode an, Goldhagen zunächst zu kritisieren, um in einem zweiten Schritt seine Vorstellungen zu verbreiten. So wirft er dem US-Amerikaner zunächst eine Konzentration auf den Holocaust vor, um diesen dann durch den Verweis auf „ethnische Säuberungen der Israelis an den Palästinensern" (S. 13 f.) zu relativieren. Auf die gleiche Weise beklagt Schwab eine willkürliche Auswahl der untersuchten Genozide, um dann den bekannten Holocaust-Leugner Horst Mahler zu verharmlosen.

Als Hauptgegner macht Schwab die USA aus, sieht in deren von Goldhagen geforderten Rolle als Menschenrechtsinterventionsmacht die Gefahr der Rechtfertigung imperialistischer Aktivitäten. Er wirft der Weltmacht vor, dem deutschen Volk nach dem Zweiten Weltkrieg eine Geschichtssicht bezüglich der Kriegsschuld und des Holocaust aufgezwungen sowie ein Vasallensystem errichtet zu haben (vgl. S. 131-134). Folgerichtig lehnt er die Bundesrepublik Deutschland ab und verachtet gegenwärtige demo-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kratische Politiker als in schwierigen Lagen um Ausflüchte bemühte „Jammerlappen", während sich nach seiner Auffassung „Hitler, Himmler, Göring usw. mannhaft hinstellten, sich zu ihren grausamen Befehlen bekannten" (S. 108 f.).

Vor diesem Hintergrund legt der rechtsextremistische Theoretiker seine Gegenposition dar. Diese ist mehr als eine Replik; sie ist der Generalentwurf seines politischen Strebens. Unter Berufung auf Carl Schmitt fordert er unter Einschluss Russlands eine europäische „Großraumordnung" als Staatenbund, der sich gegen die USA richtet. Bei der Wirtschaftsordnung zeigt er sich antikapitalistisch mit der Forderung nach einer „Überwindung […] des […] privaten Großkapitals" zur Errichtung einer „sozialistische(n) Marktwirtschaft" (S. 179). Er bewertet in seiner antiamerikanischen Haltung sogar kommunistische Diktaturen wie Nordkorea und Kuba sowie das linksautoritäre Regime Venezuelas positiv als Beispiele eines auch für Deutschland erhofften „Befreiungsnationalismus" (S. 174 f.).

Schwab strebt als Nationalrevolutionär die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines ethnisch homogenen, nationalistischen Staates an. Sein Buch enthält mit Fremdenfeindlichkeit, Antiamerikanismus, nationalistisch begründetem Antikapitalismus, Ablehnung der Bundesrepublik, Beschönigung des Dritten Reiches und Utopismus eine Ansammlung von Grundhaltungen der rechtsextremistischen Szene. Dabei verhehlt er seine Zugehörigkeit zum „Nationalen Widerstand" nicht. Das Buch ist offenbar als Richtschnur für seine Gesinnungsgenossen gedacht.

Elmar Vieregge

Volker Sellin, Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen, München 2011 (*Oldenbourg*), 345 S.

Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 368 S.

Detlef Lehnert (Hrsg.), Demokratiekultur in Europa. Politische Repräsentation im 19. und 20. Jahrhundert, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 204 S.

Wie entsteht und wann zerfällt Legitimität? Der Heidelberger Historiker Sellin hat sich diese Frage vorgelegt und sie in einem synchronen wie diachronen Vergleich bearbeitet. Auch wenn der Schwerpunkt der Beispiele auf der Zeit zwischen der Französischen Revolution und dem Ende des Ersten Weltkrieges liegt, reicht der Blick doch gelegentlich bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die Beispiele, die für Legitimitätsverfall herangezogen werden, stammen allesamt aus Europa und konzentrieren sich auf die fünf Großmächte England, Frankreich, Russland, Österreich-Ungarn und Preußen bzw. Deutschland, also die Pentarchie des Mächtekonzerts, sowie Spanien und Italien. Nicht Kriegsniederlagen haben, so Sellin, den Legitimitätsglauben der Bevölkerung entscheidend geschwächt, sondern politische Fehler der jeweiligen Monarchen – Zögerlichkeit, Uneinsichtigkeit (Beratungsresistenz) und Unkenntnis der Lage – haben dazu geführt, dass durch die Abdankung des je an der Macht befindlichen Herrschers die Dynastie

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht gerettet werden konnte. Am gefährlichsten für die Legitimität eines Monarchen war, wenn er das Militär gegen die Bevölkerung vorgehen ließ und es zu Blutvergießen kam. Er konnte der Verwandlung in einen Tyrannen dann nur entgehen, wenn er die Verantwortung für das Massaker der Generalität zuweisen konnte und sich selbst beim Volk entschuldigte.

Der von Heidenreich und Neitzel herausgegebene Band versammelt Aufsätze jüngerer Historiker zur politischen Kultur des Kaiserreichs unter Wilhelm II. sowie zur Wahrnehmung des Reichs durch seine Nachbarn, namentlich Briten, Franzosen und Österreicher. Dass die Vorherrschaft der These vom deutschen Sonderweg gebrochen ist, zeigen alle Beiträge, bei denen es sich durchweg um Resümees jüngerer, innovativer Forschungen handelt. Die Politik des Deutschen Reichs unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Politik der anderen europäischen Staaten, und das nervöse bis hysterische Agieren, das lange als typisch für das wilhelminische Deutschland gegolten hat, lässt sich in ähnlicher Form bei Briten und Franzosen beobachten. Ein halbes Jahrhundert nach ihrer Ausformulierung hat die damals aufsehenerregende These Fritz Fischers, wonach Deutschland den Ersten Weltkrieg vom Zaun gebrochen habe, viel von ihrer Überzeugungskraft verloren. Hätte Fischer vergleichend gearbeitet, wie das inzwischen üblich ist, wären seine Thesen mit Sicherheit sehr viel vorsichtiger ausgefallen.

Auch der von dem Berliner Politikwissenschaftler Lehnert herausgegebene Band zur Demokratiekultur ist europäisch vergleichend angelegt. Er knüpft an die vor zwei, drei Jahrzehnten in der politikwissenschaftlichen Forschung kurzzeitig prominente qualitative Politische-Kultur-Forschung an und geht in Absetzung gegenüber dem Konzept der Verfassungskultur der Frage nach, wie Demokratien ihre eigenen Repräsentationstraditionen ausbilden und wie viel „Eigenzeit" sie dazu bedürfen. Ob die von Lehnert ins Spiel gebrachte Unterscheidung eines agrar- und eines handelsdemokratischen Typus, dazu eines gewerblich-industriellen Demokratietypus mit je eigenen Repräsentationskulturen tragfähig ist, wird in weiteren Untersuchungen zu klären sein. Der Sammelband ist eine erste Erkundung in einem Themenfeld, das Aufschluss über die Stabilität oder Fragilität von Demokratien zu geben verspricht.

Herfried Münkler

Jochen Staadt (Hrsg.), „Die Eroberung der Kultur beginnt!". Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR (1951-1953) und die Kulturpolitik der SED, Frankfurt a. M. 2011 (*Peter Lang*), 453 S.

Dietrich Löffler, Buch und Lesen in der DDR: Ein literatursoziologischer Rückblick, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 450 S.

„Trotz eifrigen Nachdenkens / konnten sie sich nicht bestimmter Fehler erinnern, jedoch / Bestanden sie heftig darauf / Fehler gemacht zu haben – wie es der Brauch ist." — Mit diesen Worten beendet Bertolt Brecht sein Gedicht, das er 1953 der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR widmete. Von 1951 an war die sogenannte

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Stakuko“ mit ihren Hauptabteilungen (Darstellende Kunst und Musik, Bildende Kunst, Künstlerischer Nachwuchs und Lehranstalten, Laienkunst, Kulturelle Verbindungen) das administrative Machtorgan der SED zur Durchsetzung ihrer Kulturpolitik, bevor das Ministerium für Kultur sie in ihrer Funktion ablöste. Die vier Beiträge des Sammelbandes von Jochen Staadt betrachten diese Kulturbehörde „neuen Typus“ aus verschiedenen Blickwinkeln; sie verbindet die Frage, wie „die politische Unterwerfung und Kontrolle der kulturellen Sphäre auf administrativer Ebene bewerkstelligt worden ist“ (S. 5). Dagmar Buchbinder informiert in ihrem akribisch recherchierten und detaillierten Beitrag über die Arbeit, Struktur und Akteure dieser Institution. Ihre Untersuchung ist eine wertvolle Ergänzung des Forschungsstandes. Die wenig raffinierte Einbindung des neuen Quellenmaterials mindert allerdings die sprachliche Qualität ihres Textes, der mehr als die Hälfte des Bandes umfasst. Drei weitere Essays ergänzen das Bild von der Kunstkommission: Daniel zur Weihens Aufsatz über die Hauptabteilung Musik der Stakuko und deren Einfluss auf die Komposition zeitgenössischer Musik beruht auf Abschnitten seines Buches *Komponieren in der DDR* (1999). Der Herausgeber blickt auf die Zusammenarbeit von Brecht und Helene Weigel mit der staatlichen Kunstbehörde und bietet dem Leser ein kurzweiliges Lesevergnügen. Abschließend referiert Horst Laude über den Auftakt zur Formalismus-Kampagne in den Jahren 1950/51, mit der die „Eroberung der Kultur“ laut Otto Grotewohl begann und die der Gründung der Kunstkommission unmittelbar vorauseilte.

Ergänzend zu Staadts Sammelband empfiehlt sich die Lektüre von Dietrich Löfflers Monographie. Der Germanist und Philosoph wirft einen „literatursoziologischen“ Blick auf 40 Jahre DDR-Kulturpolitik. Löffler beschreibt zunächst die Anfänge der Literaturplanung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetischen Besatzungszone und gibt einen Überblick über die das Literatursystem steuernden Institutionen von Partei und Staat. Anschließend stellt er die ideologischen Konzeptionen und Maßnahmen zur Verbreitung der Literatur vor. Bevor Löffler einen erhellenden Einblick in das Kauf- und Lektüreverhalten der Leser sowie die Rezeption der Werke in der Tagespresse und den Fachzeitschriften liefert, untersucht er die literarische Infrastruktur (das Verlagswesen, den Buchhandel, das öffentliche Bibliothekswesen). Löffler erörtert anschaulich, wie parallel zur offiziellen Literaturpolitik die Desillusionierung der Schriftsteller voranschritt und sich die Leserschaft den von der SED ungeliebten Autoren zuwandte. Es gelingt ihm unter Zuhilfenahme umfangreichen statistischen Materials und instruktiver Beispiele, komplizierte und widersprüchliche Entwicklungen komprimiert darzustellen. Neue Erkenntnisse sucht der kundige Leser allerdings vergebens; nicht zuletzt deshalb, weil sich Löffler in seiner Argumentation weitgehend auf einschlägige Forschungsarbeiten stützt und nur auf wenige Quellen aus den Aktenbeständen zurückgreift. Gleichwohl ist eine lesenswerte Schrift entstanden, die leichtverständlich über das paradoxe Verhältnis von Buchproduktion und -nutzung in der DDR informiert und bestens zum Einstieg in die Thematik geeignet ist.

Madeleine Petschke

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Caroline Y. Robertson-von-Trotha (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts „Mitte"?, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 188 S.
Astrid Geisler/Christoph Schultheis, Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland, München 2011 (*Hanser*), 224 S.

Der von Caroline Y. Robertson-von-Trotha herausgegebene Sammelband basiert auf den 13. Karlsruher Gesprächen des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft des Karlsruher Instituts für Technologie. Er beinhaltet 14 höchst disparate, keine neuen theoretischen, empirischen oder methodischen Einsichten vermittelnde Beiträge zu den Grundstrukturen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Obwohl die Herausgeberin und einige der versammelten Autoren fordern, Rechtsextremismus nicht als „Randphänomen", sondern als eines der „Mitte", in der breiten Bevölkerung anzutreffendes Phänomen, zu betrachten, orientieren sich die meisten der versammelten Beiträge doch an Ersterem. Tatsächlich findet sich in dem Sammelband nicht eine Analyse über die Struktur und Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik und den europäischen Nachbarländern. Den Einstellungen in der Bevölkerung gehen allein Birgit Rommelspacher über das Verhältnis der „Mitte" zum rechten „Rand" und Wilhelm Heitmeyer in einem zusammenfassenden Beitrag zum Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" nach. Wie die Darstellung von Heitmeyer zeigt, bezieht sich das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" ausschließlich auf Ausgrenzungsformen und umfasst somit nur Dimensionen fremdenfeindlicher Orientierungen, die in unterschiedlichen Schattierungen im organisierten Rechtsextremismus der Gegenwart eine überaus wichtige Rolle spielen. Die auch in dem Einleitungsbeitrag der Herausgeberin benannten weiteren Dimensionen des sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismussyndroms werden weder hier noch andernorts in dem Band angesprochen.

Die Reportage der beiden Journalisten Astrid Geisler und Christopher Schultheis über die rechtsextreme Subkultur in der Bundesrepublik Deutschland liefert eine sehr leicht lesbare Alltagsbeschreibung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Bürger. Sie stützt sich auf Reisen unter anderem nach Vorpommern und Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland. Ohne auch nur einen Beleg anzuführen und die zentralen Begriffe zu definieren, behaupten sie, dass man mittlerweile überall in Deutschland rechtsextreme Parallelwelten anträfe. Ihre These lautet, dass sich in ganz Deutschland unbemerkt eine rechtsextreme Subkultur herausgebildet habe, die die Demokratie der Bundesrepublik vielfältig bedrohe. Die beiden Autoren haben insofern Recht, als Springerstiefel und kahl rasierte Schädel völlig ungeeignete Messlatten des Rechtsextremismuspotenzials darstellen. Wer Rechtsextremismus vornehmlich an derartigen äußeren Größen sowie an fremdenfeindlich motivierten Gewalthandlungen festmacht, vermag die tatsächliche Verankerung des Rechtsextremismus in der Bevölkerung nicht zu erkennen. Die empirische Rechtsextremismusforschung versucht daher seit vielen Jahren mittels eines geeigneten Inventars im Rahmen repräsentativer Bevölkerungsumfragen, die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der breiten Bevölkerung zu bestimmen. Die Befunde der sozialwissenschaftlichen Forschung sprechen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

allerdings gegen die von den Autoren propagierte These. Lässt man die wissenschaftlichen Standards außen vor, bietet die mit vielen Details gespickte, den Leser manchmal sogar fesselnde Lektüre dennoch einige Einblicke in die Ansichten und Argumente fremdenfeindlicher Bürger vor Ort.
Jürgen R. Winkler

Christina Ullrich, „Ich fühl' mich nicht als Mörder". Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft, Darmstadt 2011 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 354 S.

Georg Heuser, einst Leiter der Gestapo in Minsk, wurde später Chef des Landeskriminalamts von Rheinland-Pfalz. 1944 war er an der Niederschlagung des Aufstandes in der Slowakei beteiligt, als Leiter eines Einsatzkommandos verantwortete er die Ermordung von mehr als 2800 Menschen. 1959 verhaftet, erhielt er 1963 eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren. Nach vier Jahren wurde er auf Bewährung entlassen. Für die Ermordung slowakischer Juden wurde er nicht angeklagt.

Christina Ullrich, seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Marburg, hat Heusers Leben und 18 weitere Täterbiografien rekonstruiert. Ihr Ziel war, die Integration von ehemaligen, in staatlichem Auftrag agierenden Massenmördern in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft zu untersuchen. Die Darstellung ist akribisch, wirkt aber auf Grund großer Zurückhaltung wenig anschaulich. Nur gelegentlich greift Ullrich zum kennzeichnenden Zitat, etwa bei der Skizze zu Heusers Sekretärin. Diese sagte nichts über ihren ehemaligen Chef, schließlich sei sie keine Denunziantin, und ohnehin werde bald wieder eine „nationale Diktatur" herrschen. Warum durfte die Sekretärin die Aussage verweigern? Zwar sagt ein solches Zitat vieles über Netzwerke, Abhängigkeiten und mentale Prägungen, aber hier wäre eine genauere Darstellung der gesetzlichen und verfahrensrechtlichen Vorgaben hilfreich gewesen.

Es seien aber auch die objektiven Hindernisse genannt, die einer besseren Darstellung im Weg standen. Mit Hochachtung verfolgt der Außenstehende die Anstrengungen, die Ullrich unternahm, um überhaupt an Material zu gelangen. Es bedürfte nicht des Bettelns und Mahnens, wenn Behörden sich an Abgabeordnungen und Archivgesetze hielten. Warum sind die abgeschlossenen Archivalien von BND, Staatsanwaltschaften und Gerichten nicht schon längst in Staatsarchive überführt? Wenn sich an dieser unbefriedigenden Situation nichts ändert, kann die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht kompetent geschrieben werden.

Dass die Autorin sich von – vermeintlichen – personenschutzrechtlichen Bestimmungen einschüchtern ließ, ist ärgerlich. Sie hat die Massenmörder fast durchweg anonymisiert. Absurd erscheint das Procedere bei Tätern, die schon einmal als Person der Zeitgeschichte benannt wurden. Fritz Zietlow etwa wurde 1969 wegen der Beihilfe zum Mord an mindestens 30 Menschen zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Nachkriegszeit überstand er als Agent in britischen Diensten, wie Ullrich vermutet. Der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Spiegel nahm die Tätigkeit für einen deutschen Nachrichtendienst an und nannte 1968 auch den Klarnamen. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Stasi-Akten entschied das Bundesverfassungsgericht, die Verbreitung wahrer personenbezogener Informationen von Betroffenen hingenommen werden. Historiker sollten sich also ermutigt fühlen, Klarnamen zu nennen und Klartext zu schreiben. Ullrich hat das nicht getan.

Obwohl ihr Buch Redundanzen enthält, ist der Text trotzdem ein Meilenstein. So genau wie Ullrich hat sich noch niemand mit den Tätern der zweiten oder dritten Hierarchiestufe befasst. Sie hat neues Material erschlossen und Wege eröffnet, wie künftig Geschichte geschrieben werden kann. Allerdings war sie, ganz Historikerin, überwiegend an den gesellschaftlichen Prozessen orientiert, die sie kompetent beschreibt. Die juristischen Aspekte sind jedoch nicht vollständig ausgeleuchtet. So hätte sich der Leser mehr über die Verantwortlichen im demokratischen Rechtsstaat gewünscht. Welcher Richter entließ Georg Heuser auf Bewährung? Hat der Mann eine Personalakte? Warum hat Ullrich sie nicht eingesehen? Das Netzwerk „alter Kameraden" hat sie kompetent beschrieben. Gescheitert ist sie an der ungenügenden Abgabe von Akten an die Archive.
Henrik Eberle

Rüdiger Wenzke, Ab nach Schwedt! Die Geschichte des DDR-Militärstrafvollzugs (*Ch. Links*), Berlin 2011, 492 S.

Unter den Gefängnissen der SED-Diktatur nahm das Haftarbeitslager Schwedt eine Sonderrolle ein, da dieser Haftort von 1982 an als einziger dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstand. Denn hier wurden ausschließlich nach Militärstrafrecht (zu Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren) Verurteilte sowie disziplinarisch (mit bis zu sechs Monaten Haft) bestrafte NVA-Angehörige inhaftiert. Nur hier wurden die Insassen zur Arbeit eingesetzt und zugleich militärisch ausgebildet bzw. schikaniert. Diesen besonderen Haftort hat jetzt mit Rüdiger Wenzke ein Militärhistoriker erstmals eindrücklich beleuchtet, trotz unbefriedigender Quellenlage.

Wie der Autor betont, waren maximal 25 Prozent der Insassen Schwedts politische Gefangene. Meist begingen NVA-Angehörige gewöhnliche Eigentumsdelikte, Straftaten gegen die Persönlichkeit sowie Verkehrsdelikte. Teilweise bot der Militärdienst erst die Gelegenheit zum Diebstahl aus den Spinden oder zur Prügelei mit Kameraden. Nur jeder dritte beging Militärstraftaten im engeren Sinne – was gnadenlos verfolgt wurde, weil dadurch – angeblich – die Gefechtsbereitschaft litt. Dies gilt insbesondere für die über 900 Fahnenfluchten (zwischen 1963 bis 1989), verübt u. a. als Reaktion auf willkürlich versagten Ausgang oder die völlige Vereinnahmung der Wehrdienstleistenden durch die „totale Institution" (S. 35) Armee. Hinzu kamen mehr als 500 Verfahren wegen Spionage. Schlimm ist die Verurteilung von über 3.000 Wehrdienstverweigerern (wie etwa Rainer Eppelmann) nach Militärstrafrecht.

So mussten (nach den Vorläufern Berndshof und Nitzow) im 1968 eröffneten Haftarbeitslager Schwedt insgesamt etwa 3.000 Personen eine Freiheitsstrafe verbüßen und

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rund 2.500 Armeeangehörige ihre Disziplinarstrafen absitzen. Ab 1982 konnten Divisionskommandeure aus eigenem Gutdünken maximal drei Monate Disziplinararrest verhängen, ohne dass es einer Gerichtsverhandlung bedurfte. Offene Repression war besonders in den Anfangsjahren gewollt, als etwa für – vermeintliche – Sabotage Sündenböcke benötigt wurden, selbst wenn es sich in Wirklichkeit um Unfälle handelte. Zur Abschreckung wurden dann viele Prozesse im Beisein von Kameraden durchgeführt. Über den Haftort Schwedt selbst hingegen erfuhren NVA-Angehörige offiziell kaum etwas – was die Gerüchte über die Haftbedingungen und somit die Abschreckung verschärfte.

Tatsächlich waren die Insassen dort besonders formbar, waren sie doch überwiegend 19 bis 21 Jahre alt, erstmals straffällig und in der FDJ sozialisiert worden. Sie unterlagen „unerbittlicher Disziplinierung […], die auf die Brechung der Persönlichkeit des Gefangenen ausgerichtet war" (S. 271). Tagsüber mussten sie im Zweischichtbetrieb im nahegelegenen Betonwerk schuften oder auf dem Gelände der Haftanstalt Leuchten bauen – wie im Strafvollzug üblich. Nach bzw. vor getaner Arbeit unterlagen sie zusätzlich militärischem Drill auf Exerzierplätzen und Sturmbahnen bis zur Erschöpfung. Angetrieben wurden sie anfänglich durch Gummiknüppel und Dunkelarrest, später durch Drohungen mit Verlängerung der Haft oder willkürlicher Einschränkung der Korrespondenz. Der Autor benennt die drakonischen Strafmaße und den menschenverachtenden Schliff, erklärt Berichte über hohe Suizidraten und physische Folter jedoch zu „wahren Schauermärchen" (S. 386).

Nicht das Haftarbeitslager Schwedt und seine Haftbedingungen machen den größeren Teil des Buches aus, sondern die rechtlichen Normen sowie die Strukturgeschichte der DDR-Militärjustiz, die Wenzke sogar international einordnet. Wenngleich der Autor zu den Straftaten von NVA-Angehörigen bereits publizierte, wären in dieser Studie die Schicksale der Insassen und ihre Haftbedingungen stärker in den Mittelpunkt zu rücken gewesen. Einige Einzelbiographien hätten das erbarmungslose Räderwerk der Militärjustiz vielleicht auch plastischer werden lassen als der an sich lobenswerte Bild- und Dokumententeil.

Tobias Wunschik

Gerhard Wettig, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011 (*Oldenbourg*), 190 S.
Gerhard Wettig (Hrsg.), Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, München 2011 (*Oldenbourg*), 656 S.

Das Jahrzehnt der Ära Chruschtschows (1953-1964) war von großer Bedeutung in der sowjetischen West- und damit auch Deutschland-Politik. Es sind die Jahre massiver Versuche der Sowjetunion, die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herauszubrechen, die DDR als selbständigen deutschen Staat zu stabilisieren und die Alliierten zur Aufgabe ihrer Präsenz in Berlin zu bewegen. Alle diese Versuche scheiterten. Chruschtschow sah sich gezwungen, dem Drängen des SED-Chefs Walter Ulbricht nachzugeben,

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

das 1961 zur Errichtung der Berliner Mauer geführt hat. Gerhard Wettig zeichnet die Entwicklung bis 1958 minutiös nach. Er stützt sich dabei auf eine überaus breite Quellenbasis aus den einschlägigen Archiven Russlands, der DDR, der Bundesrepublik, Ungarns und Polens.

Wettig behandelt zunächst die Kursänderungen der Deutschland-Politik Moskaus nach Stalins Tod, analysiert die politischen Weichenstellungen zwischen 1955 und 1957, zu denen wesentlich Chruschtschows geheime Abrechnung mit Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU gehört. Er geht dann den verschiedenen Bemühungen der Sowjetunion nach, die Öffentlichkeit und die Opposition in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Im vierten Kapitel bietet der Verfasser eine gründliche Darstellung und Analyse der Entwicklungen der sowjetischen Berlin-Politik bis November 1958. Wie ein roter Faden durchzieht die Analyse sowjetischer Deutschland-Politik Chruschtschows mannigfaltige Fehleinschätzung der Stimmungslage in der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Festigkeit des Westens in der Berlin-Frage. Hinzu kommt sein alle wirtschaftlichen Realitäten ignorierender Glaube an die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Ulbricht drang von 1952 bis 1958 in Moskau immer wieder erfolglos auf Schließung des Schlupflochs Berlin, das jahrelang von Zigtausenden zur Flucht aus der DDR genutzt wurde. Chruschtschow war lange Zeit nicht bereit, sich Ulbrichts Ansicht zueigen zu machen, die Probleme in der DDR seien auf die offene Grenze zurückzuführen. Eine wirksame Unterbindung der innerdeutschen Kontakte, die nach Ulbrichts Sicht der Dinge erforderlich gewesen wäre, widersprach Chruschtschows Vorstellung von einem Systemwettbewerb ohne Zwang. Erst im Frühjahr 1958 begann der sowjetische Parteichef seine Meinung zu ändern.

Die Versuche des Kreml, das Viermächte-Abkommen über Berlin als überholt darzustellen, die Rechte der Alliierten in Berlin zu negieren, den freien Zugang zur Stadt durch Schikanen zu behindern und schließlich mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR und der Schaffung einer „Freien Stadt" den Alliierten den Rückzug aus der Stadt schmackhaft zu machen, all dies behandelt Wettig mit der ihm eigenen Detailkenntnis. Es ist eine hervorragende zeitgeschichtliche Arbeit entstanden. Die Dokumente, die Gerhard Wettig parallel zu der obigen Darstellung der sowjetischen Deutschland-Politik herausgegeben hat, umfassen praktisch die gesamte Zeit des politischen Wirkens Chruschtschows und öffnen den Blick auf die Westpolitik als Ganzes. Erstmals sind hier geheime Gespräche, Beratungen und Notizen des Politikers veröffentlicht. Es entsteht ein lebendiges Bild des impulsiven, bildreich formulierenden Sowjetführers. Die dramatische Zuspitzung der Berlin-Frage wird ausführlich dokumentiert. Den neu gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy versucht Chruschtschow 1961 in Wien mit der unverhohlenen Drohung einer direkten Konfrontation einzuschüchtern und zur Preisgabe Berlins zu drängen. Die Dokumente vermitteln ein eindrucksvolles Bild sowjetischer Machtpolitik und bilden eine wertvolle zeitgeschichtliche Quelle.

Joachim Glaubitz

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Barbara Zehnpfennig, Adolf Hitler: Mein Kampf, München 2011 (*UTB*), 280 S.

Adolf Hitlers *Mein Kampf*, dem ideologiepolitischen Schlüsseltext des Dritten Reiches, haftet auch heute noch immer der Nimbus des Mythisch-Dämonischen und damit für viele auch des Interessanten an: Das Buch ist weiterhin nicht für die Öffentlichkeit freigegeben, in politikwissenschaftlichen und historischen Universitätsbibliotheken wird es in „Giftschränken" aufbewahrt und – etwas suggestiv formuliert – ganze Erbstreitigkeiten in Familien entzünden sich daran, wer eines der tradierten Exemplare von den Großeltern erben darf.

Parallel zu dergleichen Mythisierungsprozessen bemühten sich Historiker jahrzehntelang darum, *Mein Kampf* als langweiliges und nichtssagendes Pamphlet abzutun. Dies passte in das erwünschte Bild, Hitler als einen prinzipienlosen Opportunisten darzustellen, der aus reiner Machtgier gehandelt habe. Es ist das große Verdienst von Barbara Zehnpfennig, mit diesem einfachen Bild in ihrer mittlerweile schon zum dritten Mal aufgelegten Habilitationsschrift aufgeräumt zu haben. Zehnpfennigs Ansatz besteht darin, den Massenmord an den europäischen Juden dezidiert nicht aus der politischen Praxis, sondern aus dem Denken des Diktators heraus zu verstehen. Ihr gelingt der eindrucksvolle Nachweis, dass der Gedankenbildung Hitlers mehr Stringenz innewohnte, als oftmals in der Literatur behauptet wird.

Nun sind Zehnpfennigs Forschungen in einem handlichen und gebrauchsorientierten Studienkommentar erschienen. Es handelt sich jedoch nicht um eine gekürzte Fassung der Vorpublikationen, sondern es ist etwas Eigenständiges entstanden. Zehnpfennig konturiert stärker die ideologisch relevanten Passagen und verzichtet auf eine Vertiefung politisch-praktischer Einzelheiten. Auch die Reihenfolge der Kapitel aus dem Originaltext wurde leicht umgestellt, so dass das weltanschauliche Gedankensystem plastischer vor Augen tritt. In einer Synopse im Anhang kann sich der Leser einen Überblick über die Kapitelkonkordanz verschaffen. Zehnpfennig akzentuiert vor allem den Zusammenhang zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus. Dieses komplexe Zuordnungsgefüge stand ja im Zentrum des „Historikerstreits" der 1980er Jahre. Den Kern von Hitlers Weltanschauung sieht sie in dessen dezidiertem Anti-Marxismus (vgl. das hervorragende Schaubild auf S. 247).

Es wird deutlich, wie stark sich der Nationalsozialismus gedanklich an seinem weltanschaulichen Gegenüber orientieren musste, durch Parallelitäten wie durch Entgegensetzungen. In dieser Perspektive lässt sich Zehnpfennigs Studienkommentar als ideenhistorisches Komplementärwerk zu Timothy Snyders Studie *Bloodlands* lesen, in der die Massenmorde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus politikpraktischer Perspektive in einen Zusammenhang gestellt werden.

Zehnpfennig ist eine ebenso konzise und prägnante wie übersichtliche und vollständige Darstellung von Hitlers Weltanschauung gelungen, die vor allem durch ihren flüssigen Duktus überzeugt. Das Buch empfiehlt sich daher gerade für Studierende und die interessierte Öffentlichkeit zur Lektüre. Am 1. Januar 2016 werden die Rechte erlöschen, die der Freistaat Bayern an *Mein Kampf* hält. Am Münchener Institut für Zeitge-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schichte wird derzeit eine historisch-kritische Edition vorbereitet. Im Grunde hat Barbara Zehnpfennig den Münchener Historikern einen großen Teil der Arbeit bereits abgenommen. Mit ihrem Studienkommentar hat sie sowohl dumpfen Vereinnahmungen von extremistischer Seite als auch politisch-korrekten Abgrenzungsmechanismen vorgebeugt.
Manuel Becker

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kommentierte Bibliographie

Albrecht, Holger/Rolf Frankenberger/Siegfried Frech (Hrsg.), Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel, Schwalbach/Ts. 2011 (*Wochenschau Verlag*), 333 S. – Der Band versammelt u. a. Texte zu autoritären Regimen im postsowjetischen Raum, Asien, dem Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika. Die Beiträge von Maria Josua zum Vorderen Orient und von Thomas Demmelhuber zu Ägypten entsprechen nach der „Arabellion" des Jahres 2011 nicht mehr dem Stand der Dinge. Der „Herbst der Patriarchen" (Amr Hamzawy) kam, und keiner sah ihn kommen – auch dieser Band nicht.

Amadeo Antonio Stiftung, Zwischen Propaganda und Mimikry. Neonazi-Strategien in Sozialen Netzwerken, Berlin 2011 (*Bezugsadresse: www.netz-gegen-nazis.de*), 33 S. – Der vom Bundesministerium der Justiz geförderte Leitfaden informiert über „demokratiefeindliche Strategien" und Anspracheformen eines breiten Spektrums rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Gruppierungen im Internet.

Amos, Heike, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989, München 2011 (*Oldenbourg*), 322 S. – Die Autorin zeichnet detailliert die Machenschaften der Staatssicherheit bei der Bekämpfung der Vertriebenenverbände nach. Die Studie ist aus den Akten gearbeitet.

Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE (Hrsg.), Europa in der „Zwischenkriegszeit" des 20. Jahrhunderts. Festschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Reiner Zilkenat, Berlin 2011 (*Media Service*), 150 S. – Diese Festschrift enthält die Vorträge vornehmlich zum Themenkreis „Faschismus/Antifaschismus" auf einem Kolloquium zu Ehren von Reiner Zilkenat, seit 2001 verantwortlicher Redakteur für den Rundbrief „Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Vorstand der Partei DIE LINKE". Obwohl Westberliner, wurde Zilkenat – langjähriges SED-Mitglied – 1989 an der Ostberliner Akademie für Gesellschaftswissenschaften promoviert.

Assmann, Wolfgang R./Albrecht Graf von Kalnein (Hrsg.), Erinnerung und Gesellschaft. Formen der Aufarbeitung von Diktaturen in Europa, Berlin 2011 (*Metropol*), 263 S. – Der facettenreiche Band ist nicht nur für die politische Bildungsarbeit überaus geeignet. Das Spektrum der Themen ist weit gespannt. So wirft Eduard Beaucamp einen Blick zurück auf den „deutschen Bilderstreit" in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.

Avanti – Projekt undogmatische Linke (Hrsg.), Extrem wichtig: Linke Politik. Beiträge zur Kritik der Extremismusdoktrin und der Inlandsgeheimdienste, Lübeck 2011 (*Bezugsadresse: http://www.avanti-projekt.de*), 43 S. – „Wir halten die Gleichsetzung von emanzipatorischer und faschistischer Politik unter dem Begriff ‚Extremismus' aus ideengeschichtlicher, historischer und aktueller Perspektive für nicht haltbar. Sie ist kein politisches Analyseinstrument, sondern der Versuch reaktionärer gesellschaftlicher Kräfte, zwei Ideologien, die aus ihrer Perspektive bekämpfenswert erscheinen, unter einem Begriff zu vereinen." Diese Sichtweise wird im Band mit Beiträgen von Avanti Hamburg, Christoph Butterwegge, Melanie Groß, Alex Demirović, Paulina Bader, Florian Back, Avanti Berlin, LAG Antifaschismus Die Linke.Berlin, Grüne Jugend Hamburg und Wolfgang Wippermann untermauert.

Backes, Uwe, Les Extrêmes Politiques. Un historique du terme et du concept de l'Antiquité à nos jours, Paris 2011 (*Les Éditions du Cerf*), 465 S. – Die französische Ausgabe ist in der von Stéphane Courtois betreuten Schriftenreihe „Démocratie et totalitarisme" erschienen, ermöglicht durch die großzügige Förderung des Centre national du livre.

Backes, Uwe, Political Extremes. A Conceptual History from Antiquity to the Present, Paperback-Ausgabe, London/New York 2011 (*Routledge*), 297 S. – Die englische Ausgabe der Begriffsgeschichte politischer Extreme liegt nun auch in einer preisgünstigen Paperback-Ausgabe vor.

Backes, Uwe/Pascal Hintermeyer/Patrick Moreau (Hrsg.), Mobilisation électorale d'extrême droite et violences politiques en Allemagne, Themenheft der Zeitschrift Revue des sciences sociales, Nr. 46, Straßburg 2011 (*Bezugsadresse: http://www.revue-des-sciences-sociales.com/*), 256 S. – Die Beiträge gehen auf eine internationale Straßburger Vortragsreihe an der Maison des Sciences de l'Homme d'Alsace zurück, ermöglicht durch die Förderung des Cercle Gutenberg und in Kooperation mit dem Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe (Universität Straßburg/CNRS). Im Zentrum steht das Wechselverhältnis zwischen rechtsextremer Wahlmobilisierung und politisch motivierter Gewalt (Vergleichsstaaten u. a. Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich, Schweden, Tschechien).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bartuschka, Marc, Unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken. Die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring" (REIMAHG) und der Zwangsarbeitereinsatz 1944/1945, Göttingen 2011 (*Wallstein Verlag*), 783 S. – Die in Jena entstandene Dissertation untersucht den Massenarbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Zivildeportierten in den NS-Betriebsgruppen am Fallbeispiel der REIMAHG. Im Mittelpunkt steht die Identifikation von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Zwangsarbeit anhand zentraler Bereiche wie Erfassung, Deportation, Behandlung, Unterbringung, Arbeitseinsatz, Verpflegung, medizinische Versorgung und Repressionen.

Baumann, Cordia/Sebastian Gehrig/ Nicolas Büchse (Hrsg.), Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2011 (*Universitätsverlag Winter*), 325 S. – Der Band ist breit angelegt – das gilt insbesondere für die Milieus (u. a. Frauenbewegung, Kirchenbewegung, Geschlechterbewegung). Die Folgen von „1968" sollen eingefangen werden.

Becker, Manuel/Stephanie Bongartz (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen, Berlin 2011 (*LIT Verlag*), 237 S. – Der Tagungsband enthält Beiträge zu den Wurzeln, den ideologischen Grundmustern, den Gegenentwürfen und den Nachwirkungen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der Leser gewinnt zwar einen guten Einblick, erfährt aber wenig Neues.

Becker, Michael, Grundstrukturen der Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen/Farmington Hills 2011 (*Barbara Budrich*), 301 S. – Das Buch präsentiert einen stark institutionell ausgerichteten Überblick zum politischen System, ohne den Extremismus näher zu berücksichtigen.

Becker, Winfried, Frederic von Rosenberg (1874-1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 362 S. – Die Biographie über einen der wichtigsten deutschen Außenpolitiker beleuchtet dessen Karriere vor dem Hintergrund der Systemwechsel 1918/19 und 1933 sowie die Frage nach Kontinuität und Wandel in der deutschen Diplomatie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Beevor, Antony, D-Day. Die Schlacht um die Normandie, München 2011 (*Pantheon*), 639 S. – Am 6. Juni 1944 (dem „D-Day") waren die alliierten Truppen in der Normandie gelandet. Der weltbekannte Autor, der u. a. über „Stalingrad", „Berlin 1945" und den „Spanischen Bürgerkrieg" Bücher verfasst hat, schildert minutiös – historisch zuverlässig und sehr anschaulich – die Folgen der Landungsaktion.

Behrendt, Hermann, Die mandative Demokratie. Eine Realutopie, Düsseldorf 2011 (*Hermann Behrendt*), 405 S. – Intransparenz, eigennützige Politiker und fehlende Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger kennzeichnen laut Behrendt die parlamentarische Demokratie. Eine Alternative dazu liefert er in Form des Modells der mandativen Demokratie.

Berg, Nicolas/Omar Kamil/Markus Kirchhoff/Susanne Zepp (Hrsg.), Konstellationen. Über Geschichte, Erfahrung und Erkenntnis, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 447 S. – Die Festschrift anlässlich des 65. Geburtstages des Historikers Dan Diner versammelt 22 interdisziplinäre Beiträge vornehmlich zur jüdischen Geschichte.

Berger, Dan, Kampf im Herzen der Bestie. Militanter Widerstand in den USA, Hamburg 2011 (*Laika Verlag*), 384 S. – Der Tenor des bereits 2006 in den USA erschienenen Bandes: „Der Weather Underground hat eine Hinterlassenschaft, die noch heute zu merken ist; sein militanter Antirassismus und Internationalismus bleiben eine wirksame Kampfansage an den Status quo."

Berwick, Andrew (Anders Behring Breivik), A Declaration of Independence. De Laude Novae Militae Pauperes commilitones Christi Templique Salomonici, London 2011 (*Selbstverlag*), 1518 S. – Kurz vor dem Massaker in Oslo und auf der Insel Utøya stellte der rechtsextremistische Massenmörder sein Manifest ins Internet. Es enthält einen Aufruf zum Kreuzzug gegen die „islamische Invasion" Norwegens und Europas und dokumentiert minutiös die jahrelangen Attentatsvorbereitungen.

Bipartisan Policy Center/National Security Preparedness Group (Hrsg.), Preventing Violent Radicalization in America, Washington D.C. 2011 (*Bezugsadresse: www.bipartisanpolicy.org*), 51 S. – Das von Peter Neumann, dem Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am Londoner King's College, verfasste Papier sondiert präventive wie repressive Maßnahmen zur Verhinderung von extremistischer Radikalisierung vor allem mit Blick auf dschihadistische Minderheiten in Amerika und Großbritannien.

Bisky, Jens, Unser König. Friedrich der Große und seine Zeit – ein Lesebuch, Berlin 2011 (*Rowohlt*), 399 S. – „Weil es so viel über ihn zu sagen gibt, weil er immer wieder Kontroversen auslöst, ist er ‚unser König': der umstrittenste Monarch der deutschen Geschichte, Vorbild und Schreckbild." Anhand der Themen „Jugend", „Glanz", „Krieg" und „Alter" hat der Feuilletonredakteur bei der „Süddeutschen Zeitung" Jens Bisky ein lesens-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wertes Lesebuch zu dieser schillernd-ambivalenten Figur der deutschen und europäischen Geschichte zusammengestellt – mit sinnvoll ausgewählten Texten und klugen Kommentaren.

Bismarck, Otto von, Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe, Abt. III: 1871-1898, Bd. 6: 1884-1885, hrsg. von Holger Afflerbach/Konrad Canis/Lothar Gall/Klaus Hildebrand/Eberhard Kolb, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 855 S. – Von 3.100 Dokumenten wurden 563 für den Druck ausgewählt, viele von ihnen erstmals in dieser Ausgabe publiziert. Verbesserungen zur alten Ausgabe: hilfreiche Einleitung, viele erklärende Fußnoten. Der Band gestattet einen Blick auf Bismarcks Arbeitsstil, den wachsenden Aufgabenbereich und vor allem die Kolonialpolitik. Eine Fundgrube für jeden, der sich über den trotz häufiger Abwesenheit in der Regierungszentrale die Zügel fest in der Hand haltenden Bismarck ein Bild verschaffen will.

Bliesemann de Guevara, Berit/Tatjana Reiber (Hrsg.), Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik, Frankfurt a. M. 2011 (*Campus*), 250 S. – Barack Obama ist nicht leicht neben Jörg Haider und Helmut Schmidt zu verkraften. Charisma entsteht heute vor allem in den Medien – durch „Personal Branding" und „Storytelling". Charisma kann auch verblassen, wie am Beispiel Kubas deutlich wird.

Bloxham, Donald/Robert Gerwarth (Hrsg.), Political Violence in Twentieth-Century Europe, Cambridge 2011 (*Cambridge University Press*), 258 S. – Die Gewaltforschung boomt schon seit einigen Jahren innerhalb der Geschichtswissenschaft. Die Zahl der Publikationen ist inzwischen so sehr gewachsen, dass eine bilanzierende Bestandsaufnahme Not tut. Diesem Anliegen begegnet dieser Band, der den Stand der Forschung (und Perspektiven darüber hinaus) zu Systemen, Ausprägungen und Kulturen der Gewalt im 20. Jahrhundert in konziser wie weiterführender Form präsentiert. Dabei gerät die erste Hälfte des Saekulums naturgemäß stärker in den Blick als die zweite.

Bluhm, Harald/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hrsg.), Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin 2011 (*Akademie Verlag*), 640 S. – Die Herfried Münkler zum 60. Geburtstag gewidmete Festschrift hat zwei Schwerpunkte: die geschichtlichen Konstellationen und die Herausforderungen der Demokratie. Nach Friedhelm Neidhardt kann kein Staat terroristische Anschläge verhindern.

Bodenheimer, Alfred/Barbara Breysach (Hrsg.), Abschied von Europa. Jüdisches Schreiben zwischen 1930 und 1950, München 2011 (*Edition Text + Kritik*), 235 S. – Der dritte Band der Reihe reflektiert die Auswirkungen des NS-Regimes auf die jüdischen Autoren. Die Judenentrechtung und -verfolgung zwangen jüdische Literaten ins Exil und führten in deren Schaffen zu zwei dominierenden Themenfeldern: Holocaust und Exil. Der Zivilisationsbruch verlagerte die Zentren jüdischer Literatur vom Deutschen, Jiddischen, Polnischen und Russischen in das Hebräische (Palästina/Israel) sowie ins Englische (USA). Der Band erschließt den Blick auf Sehnsüchte, viele Abschiede, auf alte und neue Orte jüdischer Identität.

Bohlken, **Eike**, Die Verantwortung der Eliten. Eine Theorie der Gemeinwohlpflichten, Frankfurt a. M. 2011 (*Campus*), 445 S. – Der Autor der lesenswerten Arbeit nimmt die allgemeine Kritik am Elitenbegriff auf, um mit Hilfe der Kategorien Verantwortung und Gemeinwohl darzulegen, welchen Aufgaben und Anforderungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur eine so verstandene Elite in modernen Gesellschaften charakterisiert.

Breier, Zsuzsa/Adolf Muschg (Hrsg.), Freiheit, ach Freiheit… Vereintes Europa – Geteiltes Gedächtnis, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 248 S. – Die meisten Autoren liefern ein leidenschaftliches Plädoyer für Freiheit ab, vor allem die aus dem einstigen Ostblock stammenden.

Brodkorb, Mathias (Hrsg.), Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011 (*Adebor Verlag*), 100 S. – Das Büchlein versammelt zehn (größtenteils zuvor auf der Internetplattform „Endstation Rechts" veröffentlichte) Beiträge und Interviews rund um die bewusst oder unbewusst „missverstandene" Extremismus-Theorie. Anhänger wie Kritiker kommen zu Wort.

Brodkorb, Mathias (Hrsg.), Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre „Historikerstreit", Banzkow 2011 (*Adebor Verlag*), 179 S. – Ein Interview des Herausgebers mit Ernst Nolte, eines mit Wolfgang Wippermann und keines mit Jürgen Habermas, der sich Brodkorbs Ansinnen verweigerte, nach 25 Jahren die „damaligen intellektuellen Kombattanten" des Historikerstreits „an einen Tisch zu bringen", stehen sieben kurzen, zum Teil kontrovers gehaltenen Aufsätzen zum Thema vor. Nicht zuletzt zeigt der Band, wie eine wissenschaftliche Streitfrage in eine politische, von persönlicher Feindschaft und ideologischer Verbrämung gezeichnete Debatte münden kann.

Brunner, Detlev/Mario Niemann (Hrsg.), Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 476 S. – Zu Ehren des Rostocker Zeithistorikers Werner Müller versammelt der Band entlang der Abschnitte „Fundamente", „Politik und Gesellschaft" und „Grenzen und Verflechtungen" zahlreiche Beiträge seiner Kollegen und „Schüler" auf Grundlage neuester Forschungsergebnisse etwa zu Fra-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen der Periodisierung der DDR-Geschichte, Betrachtungen zu kommunistischen Traditionslinien, Revolutionsvorstellungen und Verfassungsdiskussionen bis hin zu biografischen und regionalgeschichtlichen Detailstudien.

Buchstein, Hubertus, Demokratiepolitik. Theoriebiographische Studien zu deutschen Nachkriegspolitologen, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 263 S. – Der Ideenhistoriker legt eine Sammlung von Aufsätzen über die vielfältigen Konzeptionen zur „Demokratiewissenschaft" vor, die in der Mehrzahl auf Emigrationserfahrungen gründen. Neopluralismus und Kritische Theorie rangieren bei Buchstein vor Empirie (Peter C. Ludz) und Totalitarismustheorie (Martin Drath).

Buckley-Zistel, Susanne/Thomas Kater (Hrsg.), Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 253 S. – Der Band versammelt zwölf Beiträge zu dem Thema, wie Gesellschaften mit dem Erbe systematischer Gewaltverbrechen umgehen. Die Allgemeinheit der Problemstellung spiegelt sich in der räumlichen wie inhaltlichen Breite der Beiträge. Diese reicht von der Frage nach einem Denkmal für gefallene Bundeswehrsoldaten über die Vergangenheitsbewältigung in Nordirland und (Post-)Jugoslawien bis zu einem Aufsatz über Gender in der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission.

Bücking, Hans-Jörg/Günther Heydemann, Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2011 (*Duncker & Humblot*), 193 S. – Die Bundeswehr kann auf eine gewachsene Akzeptanz in der Bevölkerung blicken, die der Nationalen Volksarmee nie zuteil wurde. Hingegen steigt die Berufsunzufriedenheit innerhalb der Streitkräfte. Ein Beitrag zur Seesicherheit (Terrorabwehr) sticht heraus, hier ist auch die Bundespolizei gefragt.

Bührer, Tanja, Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885-1918, München 2011 (*Oldenbourg*), 532 S. – Die ebenso umfangreiche wie detaillierte Studie in zehn Kapiteln ist durch ihre Mehrperspektivität eine Bereicherung in der Kolonialforschung. Die breit angelegte Untersuchung bespricht z. B. die Stellung der Schutztruppe, die Konflikte zwischen militärischen und zivilen Behörden, die Kolonialkriege, die Gewalthandlungen und die Rolle der afrikanischen Söldner. Karten und Fotos illustrieren den Band.

Bundesministerium für Inneres/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Wien 2011 (*Bezugsadresse: http://www.bmi.gv.at*), 117 S. – Der Bericht konzentriert sich auf gewaltorientierte extremistische und terroristische Vorgänge im Jahr 2011. Eigene Kapitel sind der Konfrontationsgewalt und radikalen Tierschützern gewidmet.

Burgdorf, Wolfgang, Friedrich der Große. Ein biografisches Porträt, Freiburg/Brsg. 2011 (*Herder*), 224 S. – Wer nach einer ebenso solide-nüchternen wie knappen und gut lesbaren biografischen Skizze über Friedrich den Großen sucht, der wird bei Burgdorf fündig.

Canis, Konrad, Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 719 S. – Acht Kapitel analysieren den deutschen Weg in den Ersten Weltkrieg: von der missglückten Freihandpolitik bis zu den Krisen im Osten, die sich ab 1913 zuspitzten. Ein Kapitel über die Julikrise beschließt den Band. Von Fritz Fischers Position, das Deutsche Reich habe, dem Streben nach europäischer Hegemonie sowie weltpolitischen Ambitionen folgend, den Weltkrieg gesucht, weicht Canis ab. Eine informative Arbeit beschreibt die deutsche Gesellschaft, die politischen Stimmungen wie die Haltung der Entscheidungsträger, die Angst vor Einkreisung, den Einfluss staatsmännischer Eliten wie die des schwer zu lenkenden Kaisers.

Cau, Maurizio (Hrsg.), L'Europa di De Gasperi e Adenauer. La sfida della ricostruzione (1945-1951), Bologna 2011 (*Il Mulino*), 498 S. – Der Band enthält u. a. lesenswerte Beiträge zur Rolle der historischen Aufarbeitung der faschistischen/nationalsozialistischen Vergangenheit der frühen Nachkriegsjahre in Deutschland und Italien.

Collins, Randall, Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie, Hamburg 2011 (*Hamburger Edition*), 736 S. – Der amerikanische Soziologe Randall Collins legt eine der umfassendsten Studien und Theorien zum Thema „Gewalt" der letzten Jahre vor. Er widmet sich brutalen Kampfsituationen, Kriegsgräueln und terroristischen Akten ebenso wie subtileren oder wenigstens unbemerkteren Formen der häuslichen Gewalt. Auch kommt Gewalt als „Vergnügen und Zeitvertreib" oder im Sport zur Sprache. Collins analysiert Voraussetzungen und Ursachen von Gewalt, richtet sein Augenmerk aber insbesondere in sehr konkreter Weise auf die situative Dynamik einzelner Aktionen und Szenarien.

Colliot-Thélène, Catherine, Demokratie ohne Volk, Hamburg 2011 (*Hamburger Edition*), 251 S. – Aus formaler Rechtsgleichheit, abgeleitet von Ideen großer Denker wie Kant oder Marx, entsteht erst durch eine „Demokratisierung der Demokratie" subjektive Teilhabe am Staatsleben, in das auch Ausländer integriert werden müssen. In Zeiten der Globalisierung ist bürgerschaftliches Engagement jenseits des Nationalstaats gefragt.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

Čolović, Ivan, The Balkans: The Terror of Culture, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 195 S. – Mit der Fokussierung auf die populistische und nationalistische Beeinflussung der politischen Kultur – insbesondere im postkommunistischen Serbien – gelingt es dem Autor einen Einblick in die gezielte Manipulation dieser durch die Machthaber und einflussreiche Interessengruppen zu geben, eine wesentliche Ursache für die ständig schwelenden Konflikte in der Region.

Croissant, Aurel/David Kühn, Militär und zivile Politik. München 2011 (*Oldenbourg*) 302 S. – Das Lehrbuch gibt neben den theoretischen und methodischen Grundlagen zu dem Thema einen globalen Überblick zum Verhältnis von Militär, Politik und Gesellschaft in etablierten Demokratien, Autokratien sowie in den Transformationsstaaten Süd- und Osteuropas, Südostasiens und Lateinamerikas.

Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 400 S. – Erstmals liegen dem aktuellen Forschungsstands entsprechend die wichtigsten Informationen über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in lexikaler Form vor. Fundiert und allgemeinverständlich behandelt das Nachschlagewerk die Strukturen, Arbeitsweisen und Methoden des MfS, entscheidende Schlüsselbegriffe wie die bedeutendsten Akteure.

Demirović, Alex/Heike Walk (Hrsg.), Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Münster 2011 (*Westfälisches Dampfboot*), 305 S. – Nicht alle Beiträge beeindrucken durch Urteilskraft. Das Thema ist gleichwohl wichtig.

Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7700: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin 2011 (*Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft*), 202 S. – Der Bericht bietet eine umfassende Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland in allen seinen Erscheinungsformen (Einstellungen, Ideologien, Organisationen, Aktionen, internationale Verbindungen).

Deutsch-Französisches Institut, Frankreichs Geschichte: Vom (politischen) Nutzen der Vergangenheit. Frankreich Jahrbuch 2010, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 296 S. – Facettenreich wird die inzwischen kritische Aufarbeitung der französischen Geschichte dargestellt, auch die teils bitteren Erfahrungen der „Grande Nation" als Kolonialmacht. Ein Vergleich mit Deutschland und mit dem übrigen Europa weist auf Entkrampfung hin; Zahlen zu Politik und Gesellschaft runden den Band ab.

Dingwerth, Klaus/Michael Blauberger/Christian Schneider, Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 236 S. – In einer Zeit in der Nationalstaaten über immer geringere Entscheidungsgewalt in drängenden Fragen verfügen, möchte dieses Werk eine Überblicksdarstellung der drei maßgeblichen internationalen Organisationen bieten. Übersichtlich aufgebaut, eignet es sich hervorragend als Einstieg in die Welt von EU, WTO und UNO, sowohl hinsichtlich deren Entstehung und Entwicklung als auch mit Blick auf ihre unterschiedlichen rechtlichen und theoretischen Grundlagen.

Dülffer, Jost/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters, Essen 2011 (*Klartext Verlag*), 300 S. – Dieser Band dokumentiert eine Tagung des „Arbeitskreises Historische Friedensforschung". Der Terminus des „demokratischen Friedens" wird aus verschiedener Sicht erörtert.

Düring, Michael/Norbert Nübler/Ludwig Steindorff/Alexander Trunk (Hrsg.), 1989 – Jahr der Wende im östlichen Europa, Köln 2011 (*Josef Eul Verlag*), 206 S. – Der erste Band einer neuen Schriftreihe des Zentrums für Osteuropa-Studien an der Universität Kiel umfasst neun Texte der gleichnamigen Ringvorlesung aus dem Wintersemester 2008/2009. Dem Anspruch, Parallelen und Unterschiede der politischen Entwicklungen zu verdeutlichen, wird die Herausgeberschaft wegen der fehlenden Verzahnung der Texte und in Ermangelung eines vergleichenden Beitrages allerdings nicht gerecht.

Eberl, Oliver (Hrsg.), Transnationalisierung der Volkssouveränität. Radikale Demokratie diesseits und jenseits des Staates, Stuttgart 2011 (*Franz Steiner Verlag*), 354 S. – Anlässlich des 70. Geburtstages der Politikwissenschaftlerin Ingeborg Maus werden in 14 Beiträgen die Chancen radikaler Demokratie und die Bedeutung von Volkssouveränität im 21. Jahrhundert untersucht. Können die Ideale der Französischen Revolution in Zeiten der Globalisierung und Transnationalisierung noch erhalten bleiben?

Eckert, Rainer, SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland: Auswahlbibliografie zu Widerstand und politischer Repression, Berlin 2011 (*Metropol*), 400 S. – Das wichtige Kompendium listet mehr als 5.000 deutsche und internationale Monografien und Aufsätze zu den Bereichen Widerstand, Opposition, Bürgerbewegung, Friedliche Revolution, Flucht, Politische Verfolgung oder Zensur in der DDR auf. Besonders hilfreich ist die regionenspezifische Untergliederung einiger Kapitel.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Endler, Tobias, After 9/11. Leading Political Thinkers about the World, the U.S. and Themselves. 17 Conversations, Opladen 2011 (*Barbara Budrich*), 219 S. – In der amerikanischen Innensicht erscheint der 11. September 2001 eher unwichtig, viele Herausforderungen resultieren aus langfristigem Wandel der Gesellschaft wie der internationalen Ordnung. Francis Fukuyama spricht über „American exceptionalism", vom „Ende der Geschichte" ist keine Rede mehr.

Engel, Gerhard, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011 (*Karl Dietz Verlag*), 457 S. – Die Rosa-Luxemburg-Stiftung empfiehlt diese Biografie, die das Leben und politische Wirken des Bremer Linksradikalen würdigt. Engel, in den 1960er Jahren einer der Mitautoren der achtbändigen „Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung", beschreibt Kniefs Rolle im Spaltungsprozess der Sozialdemokratie, seine Positionen ab November 1918. Die Aktivitäten in der von der Revolution aufgewühlten Hansestadt gingen über die eines revolutionären Zeitungsredakteurs hinaus.

European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Fundamental Rights: Challenges and Achievements in 2010, Wien 2011 (*Bezugsadresse: http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Report-racism-sport_EN.pdf*), 194 S. – Ein Kapitel des Jahresberichts behandelt u. a. kriminelle Übergriffe mit rassistischen und ethnisch-diskriminierenden Motiven.

Europol (Hrsg.), TE-SAT 2011. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2011 (*Bezugsadresse: http://www.europol.europa.eu*), 44 S. – Auf der Grundlage von Polizeidaten vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr 2011. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: islamist terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.

Faulenbach, Bernd, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformtheorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982, Bonn 2011 (*J.H.W. Dietz*), 819 S. – Der voluminöse Band schildert mit sympathisierender Tendenz instruktiv die siebziger Jahre der sozial-liberalen Regierung in Deutschland. Der Extremistenbeschluss kommt ebenso eher kurz vor wie der Terrorismus der RAF.

Feise-Mahnkopp, Patricia, Die Ästhetik des Heiligen. Kunst, Kult und Geschlecht in der Matrix-Filmtrilogie, Köln u. a. (*Böhlau*), 312 S. – Die (unübersichtlich gegliederte) germanistische Dissertationsschrift reflektiert u. a. anhand semiotischer, narratologischer oder diskursanalytischer Verfahren verschiedene Aspekte der Matrix-Filme. Im Vordergrund stehen Religions- und Genderfragen. Wer die populäre Filmtriologie jenseits kapitalismuskritischer und demokratietheoretischer Interpretationen verstehen will, dem hilft dieses Buch.

Fraenkel, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien, 9. Aufl., Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 379 S. – Das Standardwerk hat Alexander von Brünneck mit einer instruktiven Einleitung und einem Literaturverzeichnis zur Rezeption versehen. Stichworte wie „Parlamentsverdrossenheit" und „Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger" bleiben aktuell.

Franzen, Christoph Johannes/Karl-Heinz Kohl/Marie-Luise Recker (Hrsg.), Der Kaiser und sein Forscher. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Leo Frobenius (1924-1938), Stuttgart 2011 (*Kohlhammer*), 664 S. – Der Kaiser, der im Exil sitzt und alles verloren hatte, bindet den Afrika-Forscher 14 Jahre in einer Korrespondenz, die beiden etwas bringt: jedem die Schmeichelei des anderen und Frobenius Geld für seine hohe Summen verschlingenden Expeditionen. Während Wilhelm II. mit Hilfe der bizarren Geschichtsthese des verehrten Forschers, Deutschland gehöre zum Morgenland, an seinem Comeback bastelt, zeigt sich der Sammler des größten Felsmalerei-Archivs politisch anpassungsfähig, schwenkt auf Hitler und die NS-Ideologie ein.

Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2011. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties, New York/Washington D.C. 2011 (*Rowman & Littlefield*), 855 S. – Der Jahresbericht vermittelt ein umfassendes Bild zum Stand politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten auf fünf Kontinenten.

Fuchs, Simon Wolfgang/Stephanie Garling (Hrsg.), Religion in Diktatur und Demokratie. Zur Bedeutung religiöser Werte, Praktiken und Institutionen in politischen Transformationsprozessen, Berlin 2011 (*LIT Verlag*), 138 S. – Dem Sammelband ist ein aufklärendes Vorwort vorangestellt: über die Veränderungsprozesse im Verhältnis von Religion und Politik. Neben regionalen Einzelfallstudien stehen konzeptionelle Perspektivanalysen. Es geht um ein angemessenes Demokratieverständnis, Funktion und Einfluss von Religion, die Möglichkeiten und Grenzen der Säkularisierung. Ein islamischer Staat muss nicht auf demokratische Prinzipien verzichten, obgleich er sich an einem konservativen Wertekanon orientieren wird.

Füller, Christian, Sündenfall. Wie die Reformschule ihre Ideale missbrauchte, Köln 2011 (*Dumont Verlag*), 256 S. – Ein Buch, das neue Einsichten bietet und die Frage nach der Möglichkeit eines Zusammenhangs zwischen Reformpädagogik und Pädokriminalität stellt, ist für Betroffene unter der Leserschaft eine Gratwanderung: zwischen Offenlegung und Retraumatisierung.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gailus, Manfred/Armin Nolzen (Hrsg.), Zerstrittene „Volksgemeinschaft". Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 325 S. – Woran glaubten die Deutschen im Dritten Reich? Dieser Leitfrage folgend untersuchen die Autoren die Rolle des religiösen Glaubens, konfessioneller Orientierung und der „Volksgemeinschaft" während der Zeit des Nationalsozialismus.

Gailus, Manfred/Daniel Siemens (Hrsg.), „Hass und Begeisterung bilden Spalier". Die politische Autobiographie von Horst Wessel, Berlin 2011 (*be.bra Verlag*), 200 S. – Der 1930 ermordete SA-Sturmbandführer Horst Wessel galt im Dritten Reich als Held. Seine autobiographischen Aufzeichnungen, hier erstmals vorgelegt, sind jedoch seinerzeit nur ausschnittsweise veröffentlicht worden.

Geiselberger, Heinrich, Wikileaks und die Folgen, Berlin 2011 (*Suhrkamp*) 239 S. – Aus unterschiedlichen Blickwinkeln und mit verschiedenen Themenschwerpunkten bringen Autoren aus Medien, Politik und Forschung ihre Ansichten zum Diskussionsthema Wikileaks zum Ausdruck. Die unterhaltsame Sammlung bietet überzeugende Argumente für wie gegen die „totale Transparenz".

General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2010, Den Haag 2011 (*Bezugsadresse: https://www.aivd.nl*), 68 S. – Der englische Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert u. a. über verschiedene Formen des Terrorismus (Schwerpunkt: Jihadismus), Radikalisierungsprozesse (insbesondere zum Islamismus), Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie Tierrechtsextremismus.

Geneva Declaration on Armed Violence and Development (Hrsg.), Global Burden of Armed Violence 2011, Genf 2011 (*Bezugsadresse: www.genevadeclaration.org*), 150 S. – Der zweite Bericht (nach 2008) erfasst aus der Opferperspektive die weltweite Beeinträchtigung der Bevölkerung durch bewaffnete Gewalteinflüsse aller Art. Die höchste Belastung tragen die Menschen in El Salvador.

Gervais-Francelle, Céline (Hrsg.), Jan Karski. Mein Bericht an die Welt. Geschichte eines Staates im Untergrund, München 2011 (*Kunstmann Verlag*), 620 S. – Die deutsche Übersetzung der Autobiographie des Kuriers im polnischen Widerstand ließ 67 Jahre auf sich warten. Sie beschreibt die ungeheuerlichen Erlebnisse voller Intensität. Der junge polnische Offizier riskiert unzählige Male sein Leben. 1942 führt ihn seine Mission zu Eden und Roosevelt. Ein erschütternder Report über das, was die Welt später „Holocaust" nennen wird. Ein wertvolles Zeitdokument über einen und von einem außergewöhnlichen Zeitzeugen.

Geyken, Frauke/Freya von Moltke, Ein Jahrhundertleben 1911-2010, München 2011 (*C.H. Beck*), 287 S. – Die Frau Helmut James von Moltkes, dem „Chef" des Kreisauer Kreises, wird einfühlsam porträtiert.

Gieseke, Jens, Die Stasi. 1945-1990, erw. Neuaufl., München 2011 (*Pantheon*), 368 S. – Gieseke analysiert sachlich die Geschichte des Schilds und Schwerts der Partei von ihren Anfängen bis zu ihrer Auflösung. Zudem wirft der Autor in dieser Neuauflage seines Standardwerkes *Der Mielke-Konzern* einen kritischen Blick auf die Aufarbeitung der Geschichte der Staatssicherheit.

Glantz, Alexander, Wahlentscheidungen auf der Spur. Der Einfluss individueller und situativer Faktoren auf Entscheidungsstrategien, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 259 S. – Die politische Psychologie des Wählens steht im Mittelpunkt der Dissertationsarbeit. Unter welchen Bedingungen bestimmt welche Entscheidungsstrategie das Verhalten der Wähler? Die deutsche Wahlverhaltensforschung ausblendend, kommt der Verfasser mittels einer Process-Tracing-Analyse und auf Basis zweier kleiner Untersuchungsstichproben u. a. zu dem Schluss, „dass situative Einflussfaktoren in Zukunft einen viel größeren Anteil bei der Erklärung von Wahlentscheidungen haben sollten".

Goeller, Tom, Der Alte Fritz. Mensch, Monarch, Mythos, Hamburg 2011 (*Hoffmann und Campe*), 352 S. – Dieser Band über Friedrich Zwo kommt ganz schön locker daher. Der lässige journalistische Plauderton überwiegt, Neuigkeiten oder neuartige Interpretationen bringt er nicht. Dies ist ein Buch zum Gedenkjahr, das offenbar durch den verlegerischen Rhythmus rasch auf den Markt musste. Das Kapitel zur Mythologisierung Friedrichs ist das Beste in Goellers Buch. Darin lässt er Politiker der Gegenwart zu Wort kommen, die er zu Friedrich interviewen konnte. Am bemerkenswertesten ist eine Stellungnahme Gregor Gysis: nicht deswegen, weil er darin den Preußenkönig eine überaus widersprüchliche Person nennt, sondern weil er in dem Statement dem Grundgedanken determinierter Geschichtsverläufe abschwört.

Göktürk, Deniz/David Gramling/Anton Kaes/Andreas Langenohl (Hrsg.), Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration. Eine Dokumentation, München 2011 (*Wilhelm Fink*), 878 S. – Der Band dokumentiert die öffentliche Diskussion um die Migration in Deutschland seit 1955. Die Zusammenstellung der rund 250 Texte versammelt prominente Journalisten (Michael Naumann, Hajo Schuhmacher), Politiker (Angela Merkel, Cem Özdemir), Künstler (Udo Lindenberg, Faith Akin), Schriftsteller (Elfriede Jelinek, Wladimir Kaminer) und Wissenschaftler (Jürgen Habermas, Hans-Ulrich Wehler).

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Götz, Irene, Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 386 S. – Breit angelegte Studie zu verschiedenen Facetten des Nationalen in Deutschland. Die originelle Habilitationsschrift lässt es etwas an einem roten Faden missen.

Grimm, Dieter/Fulvio Longato/Carlo Mongardini/Gregor Vogt-Spira (Hrsg.), Verfassung in Vergangenheit und Zukunft: Sechs Jahrzehnte Erfahrung in Deutschland und Italien, Stuttgart 2011 (*Franz Steiner Verlag*), 188 S. – Band 1 der Reihe „Impulse", die auf ein deutsch-italienischen Forum in der Villa Vigoni zurückgeht, erörtert die Komplexe „Verfassung, Menschenrechte, Demokratie", „Verfassung in Italien und Deutschland" sowie „Verfassung in europäischer Perspektive". Leider kommen die vergleichenden Analysen zu kurz.

Großbölting, Thomas (Hrsg.), Der Tod des Diktators. Ereignis und Erinnerung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 320 S. – In 15 Fallbeispielen wird der Umgang autoritärer Machtapparate mit dem Tod ihres Herrschers untersucht. Die Beiträge zeigen, dass das Ableben des Diktators stets von hoher macht- und gesellschaftspolitischer Bedeutung für das politische System ist. Unklar bleibt, welche Kriterien die Herausgeber bei der Auswahl der Diktatoren anwandten. Eine fehlende Systematisierung der einzelnen Studien schmälert den Nutzen des Werkes.

Grosser, Alfred, Die Freude und der Tod. Eine Lebensbilanz, Reinbek bei Hamburg 2011 (*Rowohlt*), 288 S. – Wenn alte Meister ihr Leben bilanzieren, können junge Schüler für ihr Leben lernen. Grosser schreibt sehr persönlich von Glück, Freude und Tod, von Politik, Kultur und Religion, von Erreichtem und Unerreichtem. Es ist das lebensgeschichtliche und intellektuelle Resümee des französischen Deutschlandkenners.

Günther, Stephanie, Unpolitische Kommunikation? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik, Marburg 2011 (*Tectum*), 313 S. – Die Dissertation fragt nach der Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung, den Rahmenbedingungen und der parteipolitischen Arbeit für die Kommunalpolitik in der Weimarer Zeit am Beispiel der (rechts-)liberalen Deutschen Volkspartei.

Guez, Olivier, Heimkehr der Unerwünschten. Eine Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945, München 2011 (*Piper*), 410 S. – Der französische Journalist zeichnet den überaus wechselhaften Prozess, der zur Normalisierung des jüdisch-deutschen Verhältnisses führte – und die nach seiner Überzeugung erst in den 1980er Jahren begann. Mit journalistischer Neugier befragt er prominente und weniger bekannte Juden nach den Gründen ihrer Rückkehr nach Deutschland bzw. nach ihren „Befindlichkeiten". Erfrischend, wie offen er – und zuweilen mit spitzer Feder – 65 Jahre deutsch-jüdische Geschichte analysiert, die Spannungsfelder beim Namen nennt, gleichwohl im Ganzen hoffnungsvoll in die Zukunft blickt.

Gutberlet, Bernd Ingmar, Friedrich der Große. Eine Reise zu den Orten seines Lebens, Darmstadt 2011 (*Primus*), 144 S. – Vom Berliner Schloss über Rheinsberg, Sanssouci und Kunersdorf bis zum Neuen Palais wie zu vielen weiteren Orten, die mit dem Namen Friedrichs des Großen verbunden sind, führt uns der Historiker und Publizist Bernd Ingmar Gutberlet in diesem reich und opulent bebilderten Band. Es sind zugleich Erinnerungsorte, die einen Wandel der Interpretationen erlebt haben und weiter erleben: „Denn jedes Zeitalter schafft sich seinen Friedrich."

Habermann, Gerd, Freiheit oder Knechtschaft? Ein Handlexikon für liberale Streiter, München 2011 (*Olzog*), 256 S. – Wie der Titel andeutet, ist Habermann ein Anhänger Friedrich August von Hayeks. Die etwa 400 Artikel sind höchst unterschiedlich informativ.

Handro, Saskia/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Diskurs, Schwalbach/Ts. 2011 (*Wochenschau Verlag*), 207 S. – Die Aufarbeitung der SED-Diktatur wird unterschiedlich bewertet, wie auch dieser Sammelband, der sich stark auf die politische Bildung bezieht, nachhaltig zeigt.

Hartleb, Katja, Flucht und Vertreibung. Ein Tabuthema in der DDR-Literatur?, Marburg 2011 (*Tectum*), 138 S. – Die Autorin untersucht in einem knappen Vergleich den inhaltlichen und sprachlichen Umgang der Schriftsteller Günter de Bryn, Erik Neutsch, Helga Schütz und Ursula Hötsch mit den Schicksalen der nach dem Kriegsende 1945 von Flucht und Vertreibung Betroffenen. Hartleb beschränkt sich in ihrer Textauswahl auf Werke ab 1970 und vernachlässigt damit die weitgehende Tabuisierung dieser Thematik in der Ära Ulbricht.

Hartmann, Jürgen/Udo Kempf, Staatsoberhäupter der Demokratie, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 329 S. – Das Lehrbuch gibt einen kompakten Überblick über die gesamte Bandbreite demokratischer Staatsoberhäupter; von Präsidenten mit fast nur repräsentativen Aufgaben in parlamentarischen Demokratien über Europas Monarchen bis zum „mächtigsten Mann der Welt" in Washington.

Hartmann, Martin/Claus Offe, Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch, München 2011 (*C.H. Beck*), 348 S. – 120 zentrale philosophische und sozialwissenschaftliche Begriffe werden von diversen

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autoren und geordnet nach vier Kategorien erläutert. Finden Totalitarismus (Alfons Söllner), Populismus (Florian Hartleb) oder Terrorismus (Christopher Daase) Erwähnung, spart das Handwörterbuch den Extremismusbegriff aus.

Hatzius, Martin, Dietmar Dath. Alles fragen, nichts fürchten, Berlin 2011 (*Das Neue Berlin*), 240 S. – Dieser Interviewband sei allen Interessierten empfohlen, die mehr über den Autoren und Journalisten Dietmar Dath erfahren möchten als sie seinen zahlreichen Romanen und Artikeln bereits entnehmen konnten. Im Dialog mit dem Feuilleton-Redakteur des „Neuen Deutschlands", Martin Hatzius, berichtet der Kommunist Dath erstmals entlang biografischer Meilensteine über sein literarisches wie politisches Werden.

Haumann, Heiko, Hermann Diamanski (1910-1976): Überleben in der Katastrophe. Eine deutsche Geschichte zwischen Auschwitz und Staatssicherheit, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 443 S. – Die Biografie erzählt detailreich das Leben eines „einfachen" Mannes, der als Kommunist im Spanischen Bürgerkrieg und in Deutschland im Widerstand gegen das NS-Regime kämpft. Er überlebt Auschwitz und den Todesmarsch nach Buchenwald. Nach 1945 gerät er in Ostdeutschland in den Blick der Staatssicherheit und flüchtet in den Westen. Auch hier bleibt sein Leben von den weltpolitischen Ereignissen nicht unberührt.

Heidenreich, Bernd/Gerhard Göhler (Hrsg.), Politische Theorien des 17. und 18. Jahrhunderts. Staat und Politik in Deutschland, Darmstadt/Mainz 2011 (*Verlag Philipp von Zabern*), 303 S. – Zu den politischen Staatstheoretikern des 17. und 18. Jahrhunderts, die im Band vorgestellt werden, gehören u. a. Samuel von Pufendorf, Gottfried Wilhelm Leibnitz, Immanuel Kant und Johann Gottlieb Fichte.

Heil, Reinhard/Andreas Hetzel/Dirk Hommrich (Hrsg.), Unbedingte Demokratie. Fragen an die Klassiker neuzeitlichen politischen Denkens, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 245 S. – Postmoderne Autoren – wie Rancière, Laclau, Mouffe, Balibar – denken die Krise der Demokratie als radikale Neuformulierung der Agonie von Politik und dem Politischen. Der Sammelband untersucht ihre Rezeptionen der neuzeitlichen Klassiker von Machiavelli bis Kant.

Heinemann, Winfried, Die DDR und ihr Militär, München 2011 (*Oldenbourg*), 224 S. – Der langjährige Leiter des Forschungsbereichs Militärgeschichte der DDR am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam gibt einen kompakten, jedoch vielseitigen und abwechslungsreichen Einblick u. a. in die Militarisierung des DDR-Alltags, die Organisation der Streitkräfte oder die Rolle der NVA im Gefilde des Warschauer Pakts.

Henseler, Thomas/Susanne Buddenberg, Grenzfall. Ostberlin 1982: Ein Schüler rebelliert gegen die herrschende Politik, Berlin 2011 (*Avant Verlag*), 101 S. – Ein tolles Buch, um Jugendliche für historische Themen zu sensibilisieren. Die gründlich recherchierte Geschichte des damals 17jährigen Peter Grimm bildet den Rahmen für den gelungenen Comic. Die Zeichnungen erzählen die Vorgeschichte des Mauerfalls: über oppositionelle Aktionen, mutige Menschen, den Alltag in der Diktatur und über Vorbilder bis zum Massenprotest. Eine originelle Idee, um Jugendliche an jüngste Geschichte heranzuführen.

Hildebrand, Daniel, Rationalisierung durch Kollektivierung. Die Überwindung des Gefangenendilemmas als Code moderner Staatlichkeit, Berlin 2011 (*Duncker & Humblot*), 579 S. – Die politikwissenschaftliche Münchner Habilitationsschrift spürt der Rolle des Staates im Wandel der Zeiten nach.

HM Government, Prevent Strategy, presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty, London 2011 (*Bezugsadresse: www.homeoffice.gov.uk*), 111 S. – Der Bericht entwickelt Präventionsstrategien insbesondere im Bereich gewaltsamer Radikalisierung in rechtsextremistischen, islamistischen und Nordirland betreffenden terroristischen Milieus.

Hofmann, Gunter, Polen und Deutsche. Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90, Berlin 2011 (*Suhrkamp*), 503 S. – Der frühere Chefkorrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit" legt ein beeindruckendes zeithistorisches Dokument zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 1969 und 1989 vor, das durch zahlreiche Gespräche mit prominenten Zeitzeugen beider Seiten (Egon Bahr, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Wojciech Jaruzelski, Adam Michnik, Tadeusz Mazowiecki) illustriert wird.

Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2011, New York 2011 (*Bezugsadresse: http://www.hrw.org*), 650 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2010).

Imhoff, Maximilian Elias, Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung, Frankfurt a. M. 2011 (*Peter Lang Verlag*), 161 S. – Nach einer (nicht repräsentativen) Erhebung des Autors sind 17 Prozent der Linken antisemitisch eingestellt.

Independent Monitoring Commission, Twenty-sixth and Final Report, 2004-2011: Changes, Impact and Lessons, presented to Parliament pursuant to the Norther Ireland Act 2003, London 2011 (*Bezugsadresse: www.nio.gov.uk*), 119 S. – Abschließender Tätigkeitsbericht der 2003 eingerichteten Kommission zur Beobachtung paramilitärischer Aktivitäten „loyalistischer" wie „republikanischer" Ausrichtung in Nordirland.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jensen, Uffa/Habbo Knoch/Daniel Morat/Miriam Rürup (Hrsg.), Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen, Göttingen 2011 (*Wallstein*), 424 S. – Gewalt ist häufig etwas überaus Konkretes und Materielles, spätestens aber dann, wenn Waffen zu ihrer Ausübung ins Spiel geraten, das dann ganz ernst zu werden droht. Gewalt wird heute von Historikern gerne in ihrer situativen Dynamik dicht beschrieben. Darüber drohen der Gewaltdiskurs und die weichenstellende Funktion von Ideologien in den Hintergrund zu geraten. Der Band zu Ehren des Göttinger Historikers Bernd Weisbrod widmet sich einer „intellectual history" der Gewalt in zum Teil vorzüglichen Lektüre-Studien, die linke wie rechte Vordenker und Kritiker der Gewalt vom späten 18. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts aufgreifen und würdigen.

Jesse, Eckhard/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 505 S. – Der Band liefert erstmals einen breiten Überblick über alle Arten des parteiförmigen und des subkulturellen Extremismus in den EU-Staaten.

Jun, Uwe/Sven Leunig (Hrsg.), 60 Jahre Bundesrat, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 227 S. – Der Tagungsband versammelt eine Reihe interessanter Beiträge über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen „Länderkammer". Etwas unterbelichtet werden die Europäisierung der deutschen Politik und die föderalen Reformnotwendigkeiten.

Junginger, Horst, Die Verwissenschaftlichung der „Judenfrage" im Nationalsozialismus, Darmstadt 2011 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 480 S. – Ein umfangreiches Buch über ein schwieriges Thema. Nach dem Scheitern der naturwissenschaftlichen Legitimationsversuche zur „Rassenfrage" suchten Religionstheoretiker im NS-Staat nach schlüssigen Beweisen. Wissenschaftler der Universität Tübingen stellten ihr Wissen in den Dienst der NS-Propaganda und betrieben „Judenforschung". Ihr Problem: Für die (geisteswissenschaftliche) Rechtfertigung des Antisemitismus der NS-Ideologie war die Religionszugehörigkeit ein unverzichtbares Kriterium. Die These des Autors: Der Antisemitismus der Nationalsozialisten beruhte auf der traditionell-christlichen Judenfeindlichkeit.

Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 599 S. – Im Thüringen der Weimarer Republik war die SPD „links" orientiert, die KPD eher „rechts" ausgerichtet. Es gab also Zusammenarbeit zwischen beiden Richtungen. Der Autor relativiert in seiner instruktiven Studie etwas den Durchsetzungswillen der KPD.

Kahl, Martin (Hrsg.), The Transnationalisation of Risks of Violence, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 153 S. – Spätestens seit dem 11. September 2001 steht das Thema transnationaler Gewalt und ihrer Bekämpfung auf der Tagesordnung. Aus politikwissenschaftlicher Sicht bilanziert dieser Band des Hamburger „Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik" aktuelle Herausforderungen für die „Global Security", transnationale terroristische Netzwerke und übernationale Reaktionsweisen – ob in der UNO, EU oder OSZE.

Kellermann, Gero, Verfassungsinterpretation. Das Grundgesetz als normative Ressource im gesellschaftlichen Wandel, Schwalbach/Ts. 2011 (*Wochenschau Verlag*), 109 S. – Gero Kellermann analysiert u. a. den Begriff Menschenwürde, ebenso das damit zusammenhängende Verhältnis von Freiheit und Sicherheit.

Klatt, Johanna/Robert Lorenz (Hrsg.), Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011 (*transcript*), 445 S. – Schüler des Göttinger Politikwissenschaftlers Franz Walter analysieren politische Manifeste mit großer Wirkung. Darunter sind mit dem „Krefelder Appell" (1990), dem „Heidelberger Manifest" (1981) und „Erfurter Erklärung" (1997) auch solche Appelle, die extremismustheoretisch von besonderem Interesse sind.

Klevesath, Lino/Holger Zapf (Hrsg.), Demokratie – Kultur – Moderne. Perspektiven der Politischen Theorie, München 2011 (*Oldenbourg*), 337 S. – Die Festschrift für Walter Reese-Schäfer ist ein heterogener Sammelband, der – ganz nach dem Jubilar – um aktuelle Themenfelder der politischen Theorie kreist – von der „Bedeutung der Demokratie für die weltanschauliche Neutralität des Staates" bis hin zu „maskulinem Republikanismus bei Alexis de Tocqueville".

Koch, Josef, Die „Wolfgang-Rosenthal-Klinik" Thallwitz 1943-1944. Ein unbequemes Kapitel der Geschichte der Universität Leipzig, Leipzig 2011 (*Leipziger Universitätsverlag*), 285 S. – Die von einem Mediziner geschriebene Chronik einer sächsischen Klinik beleuchtet an einem Fallbeispiel den Entwicklungsgang zuerst im Nationalsozialismus, dann in der DDR – leider ohne historiografischen Hintergrund, systematische Einordnung der Geschehnisse und aus Sicht eines Involvierten.

Köhler, Astrid, Klaus Schlesinger. Die Biographie, Berlin 2011 (*Aufbau Verlag*), 394 S. – Erstmals wird die Lebensgeschichte des prominenten Schriftstellers und DDR-Dissidenten erzählt – packend und informativ. Die Autorin lässt den Nachfahren Alfred Döblins dabei unter Einbeziehung seiner Erinnerungen und literarischen Texte auch selbst zu Wort kommen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kohlmayr, Christine, Das geflügelte Wort von der Banalität des Bösen. Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem" in der deutschsprachigen Presse – eine Diskursanalyse, Marburg 2011 (*Tectum*), 169 S. – Wen der Blick auf die monströse Gliederung nicht entmutigt, der findet eine Analyse des Diskurses über Arendts Buch sowie darüber, wie „die Banalität des Bösen" zum geflügelten Wort avancierte. Leider vermisst der Leser Bezüge, Verbindungen und Vergleiche zwischen den Kapiteln. Ob die gewählten Pressetexte repräsentativ für solch eine Analyse sind? Das Resultat erscheint dürftig. Der Diskurs hält an, die „Wortkonstruktion Hannah Arendts hat sich verselbständigt" (S. 164), ist in der Aufarbeitung des Holocaust präsent.

Krämer, Gudrun, Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt, München 2011 (*C.H. Beck*), 219 S. – Anlässlich der arabischen Rebellionen geht die Autorin der Frage nach einer möglichen rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung innerhalb der sich wandelnden arabischen Staaten nach. Nicht nur ihre (wenig kritischen) Ausführungen zum islamischen Staat oder zur ebenso dominanten wie rigiden Rolle des Islam im täglichen Leben der Muslime stimmen den kritischen Leser skeptisch.

Kreiser, Klaus, Atatürk. Eine Biographie, München 2011 (*C.H. Beck*), 336 S. – Kreiser erfreut den Leser mit gründlich recherchierten, umfänglichen Informationen und mit einem Exkurs in die moderne türkische Geschichte: über ihren Staatsgründer und ein Land im Aufbruch. Das Buch beschreibt Karriere und Leben des bedeutenden Mannes facettenreich – und in einer lebendigen Sprache.

Kunisch, Johannes, Friedrich der Große. Der König und seine Zeit, Sonderausgabe, München 2011 (*C.H. Beck*), 624 S. – Der Kölner Emeritus beginnt mit der Frage: „Ist das Leben eine Geschichte?" In diesem Falle, so möchte man antworten, unbedingt – und dazu eine grandios erzählte. Johannes Kunischs Biografie bleibt das zentrale Referenzwerk zu Friedrich dem Großen und seinem Zeitalter.

Kuropka, Joachim (Hrsg.), Gewalt und Krieg, Extremismus und Terror. Beiträge zu immerwährenden Problemen menschlichen Zusammenlebens, Berlin 2001 (*LIT Verlag*), 361 S. – Die aus Ringvorlesungen an der Universität Vechta hervorgegangenen Beiträge handeln die Thematik nicht immer systematisch ab.

Lampert, Heinz/Albrecht Bossert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union, 17. Aufl., München 2011 (*Olzog Verlag*), 509 S. – Diese Einführung hat sich bewährt – wie auch die soziale Marktwirtschaft. Die 17. Auflage ist grundlegend überarbeitet – vor allem mit Blick auf die europäische Integration.

Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.), Schwarz Blöcke rechts und links. Autonome Extremisten auf Gewaltkurs. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes am 24. Juni 2010 in Potsdam, Potsdam 2011 (*Bezugsadresse: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de*), 93 S. – Im Mittelpunkt des Tagungsbandes stehen die vielfältigen Anleihen „Autonomer Nationalisten" bei Linksautonomen – in Brandenburg und darüber hinaus.

Langenohl, Andreas/ Jürgen Schraten (Hrsg.), (Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert, Marburg 2011 (*Metropolis Verlag*), 307 S. – Der Helmut Dubiel gewidmete Band äußert sich zu Kernfragen der Demokratie, am Rande auch zu Fragen des Rechtsextremismus.

Leggewie, Claus, Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg 2011 (*Edition Körber-Stiftung*), 202 S. – In zehn kurzen, von einer lebendigen Sprache und wertbezogenen Argumentation gezeichneten Kapiteln hinterfragt der Autor, seit 2008 Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen", wie sich „wütender, oft brennender Protest für eine nachhaltige Demokratie zivilisieren lässt". Wie wird in der Bundesrepublik Deutschland des beginnenden 21. Jahrhundert aus Wut Mut? Zwei (nicht ganz neue) Tipps Leggewies: „mehr ökologische und soziale Verantwortung" sowie „mehr und neue Möglichkeiten zur Mitgestaltung, Mitwirkung und Mitentscheidung".

Lehnert, Detlef, Hugo Preuss 1860-1925. Genealogie eines modernen Preußen, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*), 364 S. – Der „Vater" der Weimarer Verfassung wird vielfältig porträtiert – nicht zuletzt mit Blick auf die Rolle eines modernen Preußen, die Preuss am Herzen lag.

Lengsfeld, Vera, Ich wollte frei sein. Die Mauer, die Stasi, die Revolution, München 2011 (*F.A. Herbig*), 334 S. – Politisch gereift, legt Vera Lengsfeld eine politische und persönliche Biographie ihres Lebens vor. Es geht um sie als Tochter eines Offiziers der DDR-Auslandsaufklärung, die sozialistisch geprägt Philosophie studiert, dann der langsame Bruch und ihre Rolle als Kritikerin, Ausbürgerung und Teilnahme am Herbst 1989 sowie die Rolle als grüne, dann christliche Politikerin. Die Publizistin schreibt eigenes Erleben aus Distanz.

Lohse, Eckart/Markus Wehner, Guttenberg. Biographie, 3. Aufl., München 2011 (*Droemer & Knaur*), 403 S. – Die Biographie erschien, kurz bevor die Plagiatsaffäre Guttenberg zum Rückzug zwang. In der 3. Auflage ist Guttenbergs Absturz berücksichtigt. Die exzellente Biographie geht den Gründen für den schnellen politischen Aufstieg Guttenbergs nach.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Luh, Jürgen, Der Große. Friedrich II. von Preußen, München 2011 (*Siedler*), 288 S. – Jürgen Luh widmet sich Ruhmsucht, Hartnäckigkeit, Eigensinn und Einsicht als den zentralen Leitthemen in Friedrichs Leben. Der Preußenkenner fasst sich dabei kurz und argumentiert klar. Dieser vielleicht originellste Beitrag zum dreihundertsten Geburtstag Friedrichs zeigt vor allem, wie erpicht der Preußenkönig darauf war, an seinem Bild für die Nachwelt kräftig mitzuzimmern.

Maier, Hans, Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff., München 2011 (*C.H. Beck*), 420 S. – Der Politiker und Politikwissenschaftler legt zu seinem 80. Geburtstag eine gut geschriebene Autobiographie vor. Am Rande spielt auch die Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksextremisten eine Rolle.

Martini, Magda/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Riflessioni sulla DDR. Prospettive internazionali e interdisciplinari vent'anni dopo, Bologna 2011 (*Il Mulino*), 515 S. – Der Band gliedert sich in fünf Teile: 1989 als historische Zäsur (Teil 1), die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR (Teil 2), Forschungsergebnisse zur DDR-Geschichte (Teil 3), die Erbschaft der DDR (Teil 4), Zeitzeugenberichte von Vittorio Ferraris und David Childs (Teil 5).

Marxsen, Christian, Geltung und Macht. Jürgen Habermas' Theorie von Recht, Staat und Demokratie, München 2011 (*Wilhelm Fink*), 280 S. – Jürgen Habermas formuliert eine politische Theorie des diskurstheoretisch legitimierten demokratischen Rechtsstaates. Marxsen stellt Habermas' kommunikationstheoretische Prämissen den machtanalytischen im sozialen Raum gegenüber.

Matusckek, Ingo/Uwe Krähnke/Frank Kleemann/Frank Ernst, Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 270 S. – Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte soziologische Studie geht der (vorgeblichen) „Ambivalenz" zwischen der „kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus" und der „Persistenz linker Positionen und Denkmuster" nach. Dazu lotet sie das „Potenzial der im weitesten Sinne Linken in der Gesellschaft" aus. Welche Engagements, welche Wertorientierungen und welche sozialen Muster „Linksaffiner" existieren in Deutschland? Dass es nicht nur bei der Milieuerfassung keinen Linksextremismus gibt und linke Gewalt als spontanes „Reagieren" oder als „Beteiligung an einer konkreten Aktion" verharmlost wird, überrascht angesichts des politischen Habitus und Duktus des Buches kaum. Nicht nur deshalb wäre der passendere Titel: „Links sein!"

Metaxas, Eric, Bonhoeffer. Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet, Holzgerlingen 2011 (*SCM Hänssler Verlag*), 748 S. – Nicht nur das Buch, von einem Journalisten der „New York Times" verfasst, gleicht einem Thriller, sondern in der Tat auch Bonhoeffers Leben. Für diesen war die Verbindung von Kirche und Demokratie wichtig: Er suchte dafür nach 1933 international Verbündete. Im Umkreis des 20. Juli wurde er „vom Bekenner zum Verschwörer".

Ministry of the Interior of the Czech Republic (Hrsg.), Report on Extremism 2010, Prag 2011 (*Bezugsadresse: www.mvcr.cz*), 137 S. – Der Bericht vermittelt eine Lageanalyse zur Situation des politischen Extremismus im Lande und informiert ausführlich über die Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden.

Möllers, Martin H.W./Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit, Frankfurt a. M. 2011 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 235 S. – In elf Beiträgen setzen sich die Autoren des Sonderbandes des Jahrbuchs Öffentliche Sicherheit mit der Arbeit des Bundesverfassungsgerichts vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses von öffentlicher Sicherheit und bürgerlichen Freiheitsrechten auseinander.

Morris, Ian, Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden, Frankfurt a. M. 2011 (*Campus*), 656 S. – Das Mammutwerk über die „Geschichte der Menschheit im Ganzen" ist gut lesbar und leicht verdaulich. Im Jahr 2010 unter dem treffenderen Titel „Why the West Rules – For Now" das erste Mal erschienen, bietet es hierfür einen ebenso umfänglichen und detailreichen wie gewagten Erklärungsansatz – das Maß an gesellschaftlicher Entwicklung. Morris analysiert anhand biologischer, soziologischer und geografischer Faktoren die mehr als zehntausendjährige Parallelgenese des Westens und des Ostens.

Müller, Judith Maria, Politische Inszenierung in Landtagswahlkämpfen. Ein akteursorientierter Vergleich der Kampagnenkommunikation zur sächsischen Landtagswahl 2004, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 500 S. – Die gründliche Querschnittanalyse der Kampagnengestaltung von CDU, PDS, SPD, NPD, FDP und Grünen im turbulenten sächsischen Landtagswahlkampf des Jahres 2004 verbindet eine politikwissenschaftliche mit einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive.

Müller, Reinhard, Staat und Recht. 100 Beiträge aus der FAZ-Rubrik „Staat und Recht", München 2011 (*C.H. Beck*), 405 S. – Über den „Umgang mit Radikalen" liest man in dem Band „zwei Ansichten", die nicht unbedingt konträr sein müssen: Eckhard Jesse wendet sich gegen das Ausspielen von Legitimität und Legalität bei der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtfertigung von Rechtsverletzungen aus „guten" antifaschistischen Gründen, und Peter M. Huber zeigt Wege auf, wie rechtsextremistischen Parteien der Geldhahn zugedreht werden kann.

National Counterterrorism Center (Hrsg.), 2010 Report on Terrorism, Washington D.C. 2011 (*Bezugsadresse: http://www.nctc.gov*), 57 S. – Der Bericht versorgt die US-Regierung mit statistischen Zahlen zu terroristischen Anschlägen weltweit.

Neu, Viola, Jugendliche und Islamismus in Deutschland. Auswertung einer qualitativen Studie, Sankt Augustin/Berlin 2011 (*Bezugsadresse: www.kas.de*), 60 S. – Im Rahmen eines Pretest zur Vorbereitung einer repräsentativen Umfrage wurden 38 Interviews mit muslimischen Jugendlichen geführt, um Radikalisierungspotentiale zu erkunden.

Neu, Viola, Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei DIE LINKE/PDS von 1990 bis 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe „Zukunftsforum Politik", Nr. 110, Sankt Augustin/Berlin 2011 (*Bezugsadresse: www.kas.de*), 46 S. – Die Autorin zeichnet die Programmentwicklung der Partei seit 1990 nach und vergleicht systematisch die fünf Grundsatzprogramme. Ihr Fazit: Kontinuität überwiegt; die „plurale Gesellschaft ist der Partei nach wie vor suspekt" (S. 42).

Nowak, Carsten, Europarecht nach Lissabon, Baden Baden 2011 (*Nomos*), 275 S. – Das als dröge geltende Thema wird immer wichtiger. Ein Teil des Populismus bzw. des Extremismus speist sich aus den Ressentiments gegenüber Europa.

Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München 2011 (*Olzog*), 416 S. – Rund um die Bundestagswahl 2009 versammelt das Buch Analysen zum Wahlkampf, dem Wahlergebnis und dem Parteiensystem. Bemerkenswert sind die Beiträge der Praktiker Matthias Machnig und Peter Radunski.

Ooyen, Robert Chr. van/Frank Schale (Hrsg.), Kritische Verfassungspolitologie. Das Staatsverständnis von Otto Kirchheimer, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 251 S. – Der sehr aufschlussreiche Band versammelt ein thematisches Potpourri über den Bonner Doktoranden und späteren Analytiker des amerikanischen Geheimdienstes sowie sozialistischen Staatsrechtslehrer und Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer.

OSCE/ODIHR (Hrsg.), Hate Crimes in the OSCE Region – Incidents and Responses. Annual Report for 2010, Warschau 2011 (*Bezugsadresse: http://www.osce.org/odihr*), 179 S. – Der Bericht dokumentiert und analysiert umfassend die in den OSZE-Mitgliedstaaten erfassten Fälle von Hassverbrechen, insbesondere gegen Angehörige ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten. Die Validität der Daten steht und fällt mit der Berichtspraxis der Staaten. Sie ist zu unterschiedlich, um eine für alle Staaten verlässliche Vergleichsbasis zu erhalten.

Oster, Uwe A., Preußen. Geschichte eines Königreiches, München 2011 (*Piper*), 184 S. – Das Buch ist keineswegs nur eines über eine Herrscherdynastie, sondern über die Menschen, die dem Staat das Profil gaben: Architekten, Beamte, Diplomaten, Künstler, Reformer, Schriftsteller, Wissenschaftler und eingewanderte Hugenotten, Juden und Katholiken. Quellenreich und differenzierend stellt der Autor eine Preußengeschichte vor, deren Lektüre zu empfehlen ist.

Perels, Joachim/Wolfram Wette (Hrsg.), Mit reinem Gewissen. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik, Berlin 2011 (*Aufbau Verlag*), 473 S. – Der Band umfasst 23 Beiträge, die sich mit der personellen Kontinuität im deutschen Justizwesen nach 1945 und den daraus resultierenden Folgen für die demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen.

Pergande, Frank, Friedrich der Große. Die 50 wichtigsten Fragen, München 2011 (*Bucher*), 142 S. – Zum Friedrich-Jahr 2012 haben sich die Verlage ins Zeug gelegt und dem Preußenkönig zahlreiche Druckwerke gewidmet. Der „FAZ"-Redakteur Frank Pergande wirft die seines Erachtens fünfzig wichtigsten Fragen auf und beantwortet sie in gut lesbaren Essays. Mit der Frage, wie Preußen zu seinem Namen kam, beginnt der Band, mit der danach, in welcher Weise Friedrich noch heute präsent ist, endet er. Überhaupt ist es lobenswert, dass Pergande auch das Nachleben Friedrichs ausleuchtet und dabei zeigt, wie der „Alte Fritz" nicht zuletzt im Dritten Reich und der DDR für politische Zwecke instrumentalisiert werden sollte.

Polexe, Laura, Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2011 (*V&R unipress*), 263 S. – Die Studie, die zahlreiche Korrespondenzen enthält, geht über die politische Betrachtung der internationalen Arbeiterbewegung hinaus, offenbart Netzwerke, Freundschaften und zwischenmenschliche Verbindungen. Sie zeigt die Synthese zwischen Persönlichem und Politischem, belegt einen Zusammenhang zwischen persönlichen Bindungen und politischen Entscheidungen.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ponso, Marzia, Una storia particolare. „Sonderweg" Tedesco e identità europea, Bologna 2011 (*Il Mulino*), 600 S. – „Sonderweg" wird in dieser historischen Untersuchung weit gefasst im Sinne von Belastungsfaktoren der deutschen Geschichte, die zur Erklärung der genozidalen Exzesse unter nationalsozialistischer Herrschaft beitragen können.

Quoirin, Marianne, Töchter des Terrors. Die Frauen der IRA, Berlin 2011 (*Rotbuch*), 256 S. – Die frühere „FAZ"-Journalisten Quoirin beleuchtet auf Grundlage persönlicher Interviews einen blinden Fleck der Forschung zur IRA: die Rolle der Frauen und ihre Motive. Es handelt sich um eine Sammlung authentischer Kurzbiografien, geschrieben mit journalistischer, zum Teil exkulpatorischer Feder.

Rehlinger, Ludwig A., Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963-1989, Halle/Saale 2011 (*Mitteldeutscher Verlag*), 279 S. – Der Freikauf von 31.775 politischen DDR-Häftlingen durch die Bundesrepublik Deutschland offenbart neben der Widerwärtigkeit des SED-Regimes die ökonomische Ohnmacht einer nach Devisen lechzenden (insgesamt beliefen sich die „Einnahmen" der DDR aus den Freikäufen auf rund 3,4 Milliarden DM) ruinösen Zentralverwaltungswirtschaft. Ludwig Rehlingers politischer wie subjektiver „Erinnerungsbericht" ist nach 20 Jahren in Neuauflage erschienen.

Reichardt, Sven/ Wolfgang Seibel (Hrsg.), Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2011 (*Campus*), 300 S. – Die überwiegend empirisch gehaltenen Beiträge zeigen, dass der NS-Staat zum Teil durch netzwerkartige Strukturen eine hohe Leistungsfähigkeit bewies. Die polykratischen Strukturen schließen den totalitären Charakter des Systems keineswegs aus.

Richter, Ilka, SS-Elite vor Gericht. Die Todesurteile gegen Oswald Pohl und Otto Ohlendorf, Marburg 2011 (*Tectum*), 157 S. – Richter vergleicht die Prozesse gegen die beiden Männer, die zur NS-Elite gehörten. Sowohl der „Direkttäter", Leiter einer Einsatzgruppe, als auch der „Schreibtischtäter", in der SS-Wirtschaftsverwaltung tätig, war als Funktionsträger notwendiges Rädchen im Vernichtungsmechanismus – ohne Gewissen, ohne Verantwortungsgefühl.

Ritzi, Matthias/Erich Schmidt-Eenboom, Im Schatten des Dritten Reiches: Der BND und sein Agent Richard Christmann, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 248 S. – Richard Christmann (1905-1989) gilt als Beispiel für die personelle Kontinuität in den Nachrichtendiensten des Dritten Reiches und der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Autoren schildern aufgrund von Dokumenten chronologisch das abenteuerliche Leben des BND-Mannes (bis 1961).

Roessing, Thomas, Schweigespirale, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 111 S. – Der Begriff der „Schweigespirale" ist mit dem Namen Elisabeth Noelle-Neumanns verbunden: Die Menschen, die soziale Isolation fürchten, passen sich bei moralisch aufgeladenen Themen jener Seite an, die auf mehr öffentliche Anerkennung stößt. Die Schrift systematisiert gut die jeweiligen Positionen.

Rosenfeld, Jean E. (Hrsg.), Terrorism, Identity and Legitimacy. The Four Waves theory and political violence, London/New York 2011 (*Routledge*), 262 S. – Die Beiträge des Bandes knüpfen an David Rapoports These von den vier Wellen des Terrorismus kritisch an.

Roth, Joseph/Stefan Zweig, „Jede Freundschaft mit mir ist verderblich". Briefwechsel 1927-1938, hrsg. von Madeleine Rietra und Rainer Joachim Siegel, Göttingen 2011 (*Wallstein Verlag*), 624 S. – Ganz neu sind die Roth-Briefe an Zweig zwar nicht, aber in diesem Band erstmalig präzise datiert. Ein ergreifender Briefwechsel zwischen zwei Exilanten: Roth in zerstörerischen Selbstzweifeln gefangen, voll Traurigkeit und Unruhe; Zweig ein Bestsellerautor ohne finanzielle Sorgen. Die Briefe dokumentieren die zeitweise tiefe, wenngleich nicht konfliktfreie Freundschaft der beiden ebenso wie die politischen Verhältnisse, Katastrophen und Umbrüche, die beide ins Exil zwangen. Die unterschiedlichen Briefpartner diskutieren ihr Verhalten gegenüber NS-Deutschland, was zu den aufschlussreichsten Passagen der Korrespondenz gehört. Zweigs Bemühungen, Roth dem Alkoholismus zu entreißen, bleiben erfolglos. Beide sterben früh: Roth 1939, Zweig 1942. Er nahm sich in Brasilien das Leben.

Sadat, Jehan, Meine Hoffnung auf Frieden, Hamburg 2011 (*Wilhelm Heyne*), 223 S. – Hoffnungsvoll und um Verständigung mit der westlichen Welt bemüht, versucht die Witwe des ehemaligen ägyptischen Präsidenten auf emotionale Art mit Vorurteilen gegen den Islam und die muslimische Welt aufzuräumen. Packend geschrieben, wird dem Buch lediglich die Geschwindigkeit der politischen Umwälzungen in der arabischen Welt zum Nachteil, welche den Text aus dem Jahre 2009 zum Teil etwas überholt wirken lassen.

Säkerhetspolisen (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2010, Stockholm 2011 (*Bezugsadresse: www.sakerhetspolisen.se*), 57 S. – Für die breite Öffentlichkeit bestimmte Broschüre, die über alle wesentlichen Felder der nachrichtendienstlichen Arbeit in Schweden informiert.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sand, Shlomo, Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, Berlin 2011 (*List Verlag*), 506 S. – Ein provozierendes Buch, das in Israel eine Sensation war, stellt es doch den sorgsam gepflegten Gründungsmythos auf den Prüfstand, räumt Legenden aus – und gelangt zu dem Schluss: Die Israelis müssten sich als politische Nation verstehen. 560 Belege, eine stattliche Zahl, sollen die „Erfindung" des jüdischen Volkes als ethnische Einheit widerlegen. Kontroversen nicht scheuend, setzt sich der Autor detailliert, radikal mit den Argumenten (und Erfindungen) der Zionisten des 19. Jahrhunderts auseinander.

Sawczuk, Janusz, Turbulentes 1989. Genese der deutschen Einheit, Bern 2011 (*Peter Lang*), 313 S. – Die deutsche Übersetzung des 2005 an der Universität Oppeln erschienenen Buches bietet an Fakten wenig neues, dafür eine erkenntnisreiche Außenperspektive auf den Systemwechsel in (Ost-)Deutschland 1989/90.

Schäuble, Martin, Black Box Dschihad. Daniel und Sa'ed auf ihrem Weg ins Paradies, München 2011 (*Hanser*), 218 S. – Eine parallele Erzählung zweier Jugendlicher, eines Saarländers und eines Palästinensers, kann nur bruchstückhaft Aufklärung geben zur Frage: Warum wollten beide „Gotteskrieger" werden? Die unterschiedlichen Gründe werden nüchtern vorgestellt.

Schäuble, Martin, Dschihadisten – Feldforschung in den Milieus. Die Analyse zu Black Box Dshihad, Berlin/Tübingen 2011 (*Verlag Hans Schiller*), 365 S. – Zwei Biographien – ein deutscher Konvertit und ein palästinensischer Muslim – werden porträtiert. Der Autor plädiert für die Methode der Feldforschung und wendet sie an.

Schlipphak, Bernd, Farming Idology. Die Kommunikation ideologischer Positionierungen zwischen Parteien, Wählern und Medien, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 301 S. – In der Dissertation wird untersucht, welchen Einfluss Medien und Parteien auf die Wahrnehmung ideologischer Positionen der Bevölkerung und damit auf das Wahlverhalten haben.

Schlüter, Kai (Hrsg.), Günter Grass auf Tour für Willy Brandt. Die legendäre Wahlkampfreise 1969, Berlin 2011 (*Ch. Links*), 237 S. – Der Band handelt von einem, der auszog, Wahlkampf für die SPD zu machen. Er setzt ein großartiges Stück Geschichte aus einer ebenso politischen wie politisierten Zeit frei. Die zum Zweck einer ursprünglich für das Jahr 1970 geplanten Publikation über die „Sozialdemokratische Wählerinitiative" angefertigten, danach für 40 Jahre in Schubladen verschwundenen Manuskripte (u. a. von Eberhard Jäckel) erscheinen nun „erstmals vollständig, zusammenhängend und annotiert". Zahlreiche Bilder und eine CD mit Grass' Cloppenburger Wahlkampfrede vom 14. September 1965 machen das Buch lebendig.

Schmeitzner, Mike, Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha/Markkleeberg 2011 (*Sax Verlag*), 177 S. – Der am Hannah-Arendt-Institut wirkende Dresdner Historiker rekonstruiert auf breiter Quellengrundlage und unter Auswertung neu erschlossener Archivdokumente (u. a. aus russischen Sammlungen) den Lebensweg und das gewaltsame Ende einer Schlüsselfigur des sächsischen Nationalsozialismus.

Schmid, Hans Bernhard, Moralische Integrität. Kritik eines Konstrukts, Berlin 2011 (*Suhrkamp*), 307 S. – Das Verhältnis von Moral und Gehorsam untersucht das Milgram-Experiment am handelnden Subjekt. Schmid entwickelt einen kommunikativen Rahmen des Experiments, der moralisches Urteilen in ein diskursives Gemeinschaftshandeln einbettet.

Schmidt, Katja, Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit" im Arbeiter- und Bauernstaat, Hildesheim 2011 (*Georg Olms*), 529 S. – Die Autorin schlussfolgert in ihrer Dissertation, dass der Einsatz krimineller wie politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR zur sogenannten „gesellschaftlich nützlichen Arbeit" mit Blick auf die aufgezeigten Fallgruppen eine Form von Zwangsarbeit darstellte. Gegenstand ihrer Untersuchung ist die Frage nach dem Rechts- und Unrechtscharakter der DDR sowie der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Arbeitseinsätze. Schmidts umfassende Analyse überzeugt – trotz kleinerer Schwächen in Forschungsstand und Systematik.

Scholl-Latour, Peter, Arabiens Stunde der Wahrheit. Aufruhr an der Schwelle Europas, Berlin 2011 (*Propyläen*), 380 S. – Der Mann – Jahrgang 1924 – ist ein Phänomen. Jahr für Jahr erscheint ein populär geschriebenes Buch. Dieses basiert, nicht verwunderlich bei ihm, auf zahlreichen Reisen. Der neueste Scholl-Latour – kein deutscher Sachbuch-Autor hat so viele Auflagen nach 1945 erreicht – ist beides: aktuell und historisch weitausholend.

Scholzen, Reinhard, Die Infanterie der Bundeswehr, Stuttgart 2011 (*Motorbuch Verlag*), 191 S. – Das Buch gibt Einblicke in Geschichte und Gegenwart der Infanterie, Reglements aus alter Zeit sind ebenso abgebildet wie Häuserkämpfe in der heutigen Ausbildung. Welche Zielgruppe aber soll sich über die Feinjustierung von Mörsergranaten informieren?

Schrenck-Notzing, Caspar von, Konservative Publizistik. Texte aus den Jahren 1961 bis 2008. Ausgewählt und herausgegeben von Patrick Neuhaus. Mit einer Einleitung von Karlheinz Weißmann, Berlin 2011 (*Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung*), 480 S. – Der Band enthält zahlreiche Artikel des Begründers der

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

konservativen Zeitschrift „Criticón“ (1927-2009) aus fast fünf Jahrzehnten. Es überwiegen Porträts – von Subhas Chandra Bose (1961) bis zu Edward Bernays (2008).

Schubert, Thomas, Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 455 S. – Die Längsschnittstudie der sächsischen Landtagswahlkämpfe von CDU, SPD und PDS durchleuchtet nicht nur detailliert die Parteikampagnen, sondern betrachtet u. a. auch die politischen Rahmenbedingungen oder die Entwicklung der Parteien im Freistaat Sachsen.

Schütt, Hans-Dieter, Friedrich Schorlemmer. Zorn und Zuwendung, Berlin 2011 (*Das Neue Berlin*), 239 S. – Der Kulturredakteur des „Neuen Deutschland“ im Gespräch mit dem Mann, der als Pfarrer im Widerstand zum SED-Staat ständigen Repressalien ausgesetzt war. Das Interview, in sechs Kapitel unterteilt, lässt den, der etwas zu erzählen hätte, nicht so recht zu Wort kommen. Und dabei weiß Schorlemmer viel zu berichten: über die dunklen Seiten der DDR, über die Staatssicherheit, über ihre Zersetzungsmaßnahmen innerhalb der Kirche. Den Zusammenbruch der SED-Regierung begrüßte er, die schnelle deutsche Einheit nicht. Wer auf eine ergiebige Diskussion hofft, den enttäuscht das Buch.

Schweitzer, Eva Johanna/Steffen Albrecht, Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 319 S. – Die vornehmlich jungen Autoren des Bandes erörtern den Online-Wahlkampf 2009 unter verschiedenen (instrumentellen) Gesichtspunkten – YouTube-Videos, Weblogs, Twitter, Social Networks oder Wikipedia. Wer wichtige Wirkungsanalysen oder einen Beitrag zur Onlineavantgarde Piratenpartei sucht, wird leider nicht fündig.

Senoo, Tetsuji, Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975, Frankfurt a. M. 2011 (*Peter Lang*), 415 S. – Der japanische Verfasser einer politikwissenschaftlichen Dissertation untersucht die Konzeption Egon Bahrs. Nach Senoo ist durch die Ostpolitik entgegen der Annahme Bahrs kein größerer Wandel eingetreten. Anspruch und Wirklichkeit würden bei Bahr auseinanderklaffen. Zugleich sieht der Autor Vorteile der Entspannungspolitik im Zuge der Überwindung der deutschen Teilung.

Silke, Andrew (Hrsg.), The Psychology of Counter-Terrorism, London/New York 2011 (*Routledge*), 202 S. – Der in der Reihe „Cass series on political violence“ (Herausgeber: Paul Wilkinson und David Rapoport) erschienene Band geht über das Titelthema insofern hinaus, als die Psychologie terroristischer Gruppen den Ausgangspunkt für die Entwicklung von Gegenstrategien bildet.

Sommer, Theo, Unser Schmidt. Der Staatsmann und der Publizist, München 2011 (*dtv*), 416 S. – Das Buch eines Freundes wahrt wenig Distanz. Etwas mehr hätte die (auch publizistischen) Leistungen Schmidts besser verdeutlichen können.

Sorensen, Oystein/Bernt Hagtvet/Bjorn Arne Steine (Hrsg.), Ideologi og Terror. Totalitaere Ideer og Regimer, Oslo 2011 (*Dreyers Forlag*), 247 S. – Der Konferenzband des Osloer Instituts für Totalitarismusforschung (unter der Leitung von Bernt Hagtvet) bietet einen breiten Überblick zur historischen Entwicklung und aktuellen Relevanz totalitärer Strömungen unter Einschluss des Islamismus/Salafismus.

Sösemann, Bernd, in Zusammenarbeit mit **Marius Lange**, Propaganda. Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur, 2 Bde., Stuttgart 2011 (*Franz Steiner Verlag*), 1638 S. – Diese kommunikationswissenschaftliche Quellenedition ist beeindruckend. Die beiden hochwertigen, gut strukturierten Bände haben unterschiedliche Schwerpunkte. Band 1 versammelt Gesetzestexte, Anordnungen, Erlässe, Befehle, Berichte, Meinungsbilder, Programme und Parolen, die die alltägliche staatliche und gesellschaftliche Propagandakommunikation im Nationalsozialismus prägten. Band 2 umfasst u. a. zentrale Kommunikationstypen, die verschiedenen Medien sowie die konkrete NS-Propaganda in Bildung und Forschung, ergänzt durch zahlreiche Bilder, Statistiken, Organigramme und eine umfängliche Bibliografie. Für das „völkische Führerreich“ war Propaganda essentiell, wie Joseph Goebbels 1935 bemerkte: „Sie ist nötig wie das tägliche Brot, denn sie erhält den Staat und sie ist jene Kraft, die immerdar mit dem Staate das Volk verbindet.“ Sie sei „die Bahnbrecherin der Realpolitik“.

Spier, Tim/Markus Klein/Ulrich von Alemann/Hanna Hoffmann (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 213 S. – Die von der DFG geförderte „Deutsche Parteimitgliederstudie 2009“ präsentiert auf Basis einer umfangreichen Befragung aller im Bundestag vertretenen Parteien neueste Strukturdaten, ebenso profunde Analysen zu den Motiven oder der Zufriedenheit der Mitglieder.

Steinbach, Matthias (Hrsg.), Kartoffeln mit Flöte. Friedrich der Große. Stimmen, Gegenstimmen, Anekdotisches, Stuttgart 2011 (*Reclam*), 257 S. – Diese vom Braunschweiger Historiker Matthias Steinbach verantwortete Anthologie ist eine kluge Auswahl wichtiger, mal beschwingter, mal ernsthafter Texte zu Friedrich II. und seiner

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Würdigung durch die Nachwelt. Bemerkenswert ist, wie sehr Politiker und Publizisten jeglicher Couleur, ob extremistisch oder demokratisch, in ganz unterschiedlicher Weise von Erbe und Ausstrahlung des alten Preußenkönigs zu profitieren suchten. Angesichts der verschiedenen Vereinnahmungen und Repräsentationen mag man an die Schlusszeilen eines Gedichts von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1922 erinnern: „Dreh dich im Grabe, verbirg dein Gesicht: / Sie haben deinen Krückstock. / Deinen Kopf haben sie nicht."

Steinbacher, Sybille, Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik, München 2011 (*Siedler*), 576 S. – Die ausgezeichnete geschichtswissenschaftliche Habilitationsschrift behandelt die gesellschaftlichen und politischen Debatten über Sexualität „zwischen der Besatzungszeit und den frühen siebziger Jahren in der Bundesrepublik". Ob mit Blick auf das „Dirnenunwesen", den „Sexualismus" der kapitalistischen Gesellschaft oder das Flensburger „Fachgeschäft für Ehehygiene", stets mischten sich im bundesdeutschen Sittlichkeitskampf politische, juristische, wissenschaftliche, religiöse und gesellschaftliche Verbohrtheit, Eiferei und Bigotterie mit großer Besonnen- und Aufgeschlossenheit. Die wichtige Frage der Homosexualität (und der hier weitaus niedrigeren Toleranzschwelle) kommt zu kurz.

Steininger, Rolf, Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, München 2011 (*Olzog*), 173 S. – Der Innsbrucker Rolf Steininger kann höchst anschaulich schreiben. Dabei ruhen seine Studien auf zum Teil unveröffentlichten Dokumenten.

Steinweg, Reiner/Ulrike Laubenthal (Hrsg.), Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen, Frankfurt a. M. 2011 (*Brandes & Apsel*), 287 S. – In dem Sammelband erläutern 25 Autoren Grundsätze, Methoden und Relevanz von gewaltfreiem Handeln. Ein gelungener Abriss über die theoretischen Grundlagen, die Geschichte und die aktuellen Bezüge von Gewaltfreiheit.

Stokłosa, Katarzyna, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 606 S. – Die Autorin der im Jahr 2010 an der Universität Potsdam eingereichten Habilitationsschrift untersucht das schwierige deutsch-polnische Verhältnis vor dem Spannungsverhältnis von Vorurteilen und Aussöhnung.

Strobel, Christian, Attac – ein Beispiel für die Globalisierung Sozialer Bewegungen?, Hamburg 2011 (*Verlag Dr. Kovač*), 368 S. – Ist Attac ein multinationaler Akteur? Entsprechend dieser Leitfrage analysiert der Autor in seiner Dissertation die Struktur und das Handlungsrepertoire der 1998 in Frankreich gegründeten Organisation. Strobel kommt entgegen der allgemeinen Auffassung zu dem Schluss, Attac sei alles andere als das Paradebeispiel globalisierungskritischer Bewegungen.

Taylor, Frederick, Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-1946, Berlin 2011 (*Berlin Verlag*), 560 S. – Nach Büchern über die Bombardierung Dresdens und die Berliner Mauer ist dies nun das dritte Werk des britischen Historikers über eine prägende Zeitspanne deutscher Geschichte. Taylor zeichnet leserfreundlich große Bilder über die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Siegermächte, vernachlässigt jedoch wesentliche Details.

Ther, Philip, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa, Göttingen 2011 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 304 S. – Der Autor, Professor der Geschichte Ostmitteleuropas in Wien, hat eine beeindruckende Gesamtdarstellung zu dem Thema vorgelegt. Neben den (theoretischen) Voraussetzungen für ethnische Säuberungen ist der Band entlang von vier Perioden – Erster Weltkrieg und Folgen, Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung nach 1945 sowie Postsozialismus (Jugoslawien und Kaukasus) – strukturiert.

Thiel, **Jens** (Hrsg.), Ja-Sager oder Nein-Sager. Das Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West 1961, Berlin 2011 (*Aurora Verlag*), 448 S. – Auf Einladung der „Zeit" versammelten sich wenige Monate vor dem Mauerbau 1961 zahlreiche prominente Autoren aus der Bundesrepublik (z. B. Hans Magnus Enzensberger, Siegfried Lenz, Marcel Reich-Ranicki, Martin Walser) und der DDR (z. B. Peter Hacks, Stephan Hermlin, Hans Mayer, Arnold Zweig) in der Hamburger Universität zu einem zweitägigen Symposium. Anlässlich des 50. Jubiläums dokumentiert und kommentiert Thiel in diesem Band anschaulich und ausführlich die komplexen Hintergründe, den Verlauf und die Nachwirkung dieses Streitgespräches.

Trutowski, Dominik, Der geteilte Ostblock. Die Grenzen der SBZ/DDR zu Polen und der Tschechoslowakei, Köln u. a. 2011 (*Böhlau*) 205 S. – Der Autor analysiert ausführlich die Bedeutung der Ostgrenzen der SBZ bzw. der DDR chronologisch vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der SED-Diktatur im Herbst 1989.

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2010, Washington D.C. 2011 (*Bezugsadresse: http://www.state.gov*), 253 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vanberg, Viktor J. (Hrsg.), Hayek Lesebuch, Tübingen 2011 (*Mohr Siebeck*), 340 S. – Der Herausgeber wendet sich insbesondere den wissenschaftstheoretischen Schriften Friedrich A. Hayeks zu und präsentiert den österreichischen Nationalökonomen als „allgemeinen Sozialtheoretiker". So finden sich Aufsätze und Buchkapitel Hayeks über das gesellschaftliche Leben und Handeln, über Grundfragen sozialer Ordnung oder die Grenzen des menschlichen Wissens. Die Textsammlung gehört in jeden politikwissenschaftlichen Handapparat.

Voss, Rüdiger von, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Politische Rezeption und Traditionsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2001 (*Lukas Verlag*), 159 S. – Der Autor untersucht den Umgang mit dem Erbe des deutschen Widerstandes um Graf Stauffenberg. Dem Bemühen von Angehörigen und Überlebenden des „20. Juli 1944" dieses Vermächtnis zu erhalten, wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Walter, Franz/Christian Werwath/Oliver D'Antonio, Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 261 S. – Die Autoren des Göttinger Instituts für Demokratieforschung untersuchen u. a. anhand der Organisation, der innerparteilichen Willensbildung, der Wählerpotenziale und der strategischen Optionen „die Volkspartei CDU zu Beginn des 21. Jahrhunderts". Sie zeigen Hintergründe und Ursachen für den stetigen Kraftverlust der Christdemokraten auf.

Wangler, Julian, Roland Koch: Vom Hardliner zum Softie. Das Medien-Image eines Wendehalses in den Landtagswahlkämpfen 2008/2009, Marburg 2011 (*Tectum*), 384 S. – Die Schrift untersucht die Frage, ob der Imagewechsel von Roland Koch 2008/09 von der Presse akzeptiert oder als Taktik durchschaut wurde.

Weber, Thomas, Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, Berlin 2011 (*Propyläen*), 585 S. – Die Studie versucht nachzuweisen, dass Hitler nicht durch Fronterlebnisse im Ersten Weltkrieg geprägt wurde, vielmehr erst durch die revolutionären Umbrüche 1918/19.

Weiß, Volker, Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten von Spengler bis Sarrazin, Paderborn 2011 (*Schöningh*), 141 S. – Entgegen des Titels steht nicht Deutschlands Neue Rechte im Mittelpunkt von Weiß' Analyse, sondern Thilo Sarrazin und dessen Werk „Deutschland schafft sich ab". Der Autor untersucht das Bedürfnis nach Abgrenzung einer Elite in Deutschlands jüngerer Vergangenheit. Ein gut lesbares, aber analytisch zu kurz greifendes Werk.

Welzer, Harald/Sönke Neitzel/Christian Gudehus (Hrsg.), „Der Führer war wieder viel zu human, viel zu gefühlvoll". Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht deutscher und italienischer Soldaten, Frankfurt a. M. 2011 (*Fischer Taschenbuch Verlag*), 464 S. – Auf Basis zahlloser alliierter Abhör- und Verhörprotokolle und weiterer Quellen aus dem Fundus der britischen und amerikanischen Geheimdienste rekonstruieren die Beiträge Meinungen, Wahrnehmungen, Deutungen und Debatten unter deutschen und italienischen Kriegsgefangenen. Das „Nicht-wissen-Wollen" über die von Deutschen verübten Gräueltaten, so eine gerechtfertigte Interpretation, setzte bei vielen Soldaten erst nach ihrer Gefangenschaft ein.

Welzk, Stefan, Leipzig 1968. Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen, Leipzig 2011 (*Evangelische Verlagsanstalt*), 225 S. – In der sorgfältig edierten Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen berichtet diese Arbeit aus der Feder eines Beteiligten anschaulich von dem Protest gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1969. Leider sind einige der seinerzeit Beteiligten heillos zerstritten.

Wengst, Udo (Hrsg.), Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968, München 2011 (*Oldenbourg*), 123 S. – Der Sammelband erörtert die Frage, ob die „68er" Ausdruck einer neuen Entwicklung waren oder die Folge einer solchen. Die meisten Autoren neigen der letzten Position zu.

Wielenga, Friso/Florian Hartleb (Hrsg.), Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster u. a. 2011 (*Waxmann Verlag*), 244 S. – Der Band verspricht mehr als er halten kann. So fehlt es etwa an einem Vergleich der rechtspopulistischen Phänomene in Deutschland und den Niederlanden, an einer systematischen Gegenüberstellung des medialen Umgangs mit Populismus oder an einer vergleichenden Analyse des historischen und politisch-kulturellen Umfelds in beiden Ländern. Das politisch-ideologische Porträt zu Geert Wilders ist aufschlussreich.

Wille, Heinrich, Ein Mord, der keiner sein durfte. Der Fall Uwe Barschel und die Grenzen des Rechtsstaates, Zürich 2011 (*Rotpunktverlag*), 382 S. – Der ehemalige Leiter der Lübecker Staatsanwaltschaft, der seinerzeit mit dem „Fall" befasst war, neigt zur These von Mord. Er zeigt zwar Schlampereien auf, aber keine überzeugenden Belege, die die Version von Selbstmord entkräften. Gleichwohl: Das Buch ist investigativer Natur.

Wohlgethan, Achim, Schwarzbuch Bundeswehr. Überfordert, demoralisiert, im Stich gelassen, München 2011 (*Bertelsmann*), 286 S. – Die Bundeswehr sei schlecht geführt, ungenügend ausgestattet, Probleme würden nicht

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

beseitigt, sondern vertuscht. Unter den zahllosen Büchern zur Lage der Bundeswehr ist dieses (nach „Endstation Kabul“) ein schwarzmalendes Buch, dem Dokumente zum Angriff auf Tanklastzüge Brandgeruch verleihen.

Wolters, Christine, Tuberkulose und Menschenversuche im Nationalsozialismus. Das Netzwerk hinter den Tbc-Experimenten im Konzentrationslager Sachsenhausen, Stuttgart 2011 (*Franz Steiner Verlag*), 287 S. – Die Autorin berichtet in ihrer Studie über die menschenverachtenden Experimente mit an Lungentuberkulose erkrankten KZ-Häftlingen. Wolters verbindet Lebensläufe von Beteiligten, schildert deren Machenschaften und erörtert die Kommerzialisierung der ungeeigneten Präparate.

Wuchterl, Kurt, Kontingenz und das Andere der Vernunft. Zum Verhältnis von Philosophie, Naturwissenschaft und Religion, Stuttgart 2011 (*Franz Steiner Verlag*), 300 S. – Das anspruchsvolle Buch will die Lösungsansätze zeigen, die Kontingenz bieten kann: in naturwissenschaftlichen, philosophischen und religiösen Problemfeldern. Der Begriff der Vernunft kann dabei an seine Grenzen stoßen – Kontingenzbewältigung steht neben Kontingenzanerkennung.

Xiaobo, Lui, Ich habe keine Feinde, ich kenne keinen Hass. Ausgewählte Schriften und Gedichte, Frankfurt a. M. 2011 (*S. Fischer Verlag*), 410 S. – Der mit einem Vorwort des Ende 2011 verstorbenen Václav Havel eingeleitete Band umfasst 46 Texte des bekanntesten chinesischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträgers, die größtenteils erstmals in deutscher Sprache zugänglich sind.

Zenker, Tibor, Faschismus/Antifaschismus. Ausgewählte Texte, Wien 2011 (*Der Drehbuchverlag*), 160 S. – Die 21 Texte aus der Zeit von 2003 bis 2010 sind wissenschaftlich weithin wertlos. Es überrascht, dass diese Schrift mit Unterstützung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur in Österreich publiziert wurde.

Zick, Andreas/Beate Küpper/Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2011 (*Bezugsadresse: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de*), 221 S. – Die Studie wendet das in Bielefeld entwickelte Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ auf acht europäische Vergleichsstaaten an (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal, Polen, Ungarn). Methodik: jeweils 1000 Telefonumfragen pro Land.

Zilla, Claudia, „Demokratie“ im Diskurs politischer Parteien. Argentinien und Chile im Vergleich, Baden-Baden 2011 (*Nomos*), 303 S. – Die im Jahr 2009 an der Universität Heidelberg eingereichte Dissertation fragt vergleichend nach Kontinuität und Wandel des Demokratieverständnisses politischer Parteien in Argentinien und Chile seit Mitte des 20. Jahrhunderts.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenauslese

Backes, Uwe, Mobilisations électorales d'extrême droite et violences politiques en Allemagne, in: Revue des Sciences Sociales, Nr. 46/2011, S. 44-53. – Der Beitrag präsentiert Ergebnisse einer Studie, die in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt am Dresdener Hannah-Arendt-Institut entstanden ist. Im Zentrum stehen die Wechselbeziehungen zwischen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien und der Dynamik politisch motivierter Gewalt – rechts wie links. Folgende Fragen werden näher untersucht: In welchem Maße ermutigt ein Wahlerfolg politisch motivierte Gewalt? Kommt NS-affinen Kameradschaften dabei eine entscheidende Bedeutung zu? Oder rekrutieren sich die wichtigsten Gewaltakteure aus xenophoben Subkulturen? Fungiert die antifaschistische Militanz als zentrales Bindeglied in der politisch motivierten Gewaltdynamik?

Kahl, Martin/Johann Schmid/Partricia Schneider, Strategien zur Bekämpfung von Terrorakteuren und Aufständischen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/2011, S. 14-24. – Der Aufsatz zerfällt in zwei Teile, wovon den ersten Johann Schmid und Patricia Schneider unter der Überschrift „Terrorismus: Eine Herausforderung für Strategie und Legitimität" verfasst haben, während der zweite, von Martin Kahl verantwortete, der Thematik „Die Militärstrategie der USA nach dem 11. September" gewidmet ist. Die Autoren, die allesamt am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg tätig sind, weisen darauf hin, wie wichtig es sei, bei der Auseinandersetzung mit Terrorakteuren zu deren Delegitimierung beizutragen. Dabei gelte es, die Gefahr einer möglichen Selbstdelegitimierung durch staatliches Handeln im Blick zu behalten und Aufstandsbekämpfung von der Bekämpfung terroristischer Gruppen klar zu trennen.

Lammert, Markus, Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat" in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), Heft 4, S. 533-560. – Während Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing den Kurs der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt in der Terrorbekämpfung guthieß, überzog insbesondere die französische Linke das staatliche Handeln der Bundesrepublik mit scharfer Kritik. Sie zeichnete das Bild eines repressiven Polizeistaates, der offenbar weiterhin in der diktatorischen Tradition Deutschlands aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand. François Mitterrand trieb damals – nicht zuletzt auch angespornt durch den „Extremistenbeschluss" – sogar die Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland" voran. Markus Lammert stellt die französische Haltung detailliert dar und legt deren Motive offen, die wesentlich aktuellen innenpolitischen Problemlagen in Frankreich während der 1970er entsprangen.

Mletzko, Matthias, Les actes de violence des militances d'extrême gauche et d'extrême droite en Allemagne, in: Revue des Sciences Sociales, Nr. 46/2011, S. 116-125. – „In Deutschland wird schon länger öffentlich darüber gestritten, ob die rechte oder linke militante Szene die gefährlichere sei. Systematische Untersuchungen der Intensität politisch motivierter Gewalt sind allerdings rar. Auf der Basis einer bundesweiten Stichprobe aus polizeilichen Daten werden Leib und Leben bedrohende Gewaltdelikte rechter und linker militanter Szenen miteinander verglichen und Aussagen über Besonderheiten des personenbezogenen Gewalthandelns gewonnen. Rechte Gewalt lässt deutlich mehr Tötungsbereitschaft erkennen – im linken Phänomenbereich sind solche aber auch vorhanden."

Porsche-Ludwig, Markus, Der Staat im Osten. Zu Martin Draths Charakteristik eines totalitären Regimes, in: Deutschland Archiv 44 (2011), Heft 2, S. 255-260. – Markus Porsche-Ludwig wendet den von dem Rechtswissenschaftler, zeitweiligen Bundesverfassungsrichter und aktiven SPD-Mitglied Martin Drath entwickelten Totalitarismusansatz – auch in Gegenüberstellung zu alternativen Überlegungen Hannah Arendts und Carl J. Friedrichs – auf Länder im Einflussbereich der Sowjetunion und insbesondere die DDR an. Das Ergebnis lautet: „Nach den von Drath entwickelten Kriterien sind die realsozialistischen Ostblockstaaten inklusive des SED-Regimes als totalitär einzustufen. Es bestand einerseits eine parteienstaatliche Kontrolle und geheimpolizeiliche Durchdringung aller Lebensbereiche. Andererseits bestand eine Monopolisierung der Entscheidungsmacht, ebenso eine prinzipiell unbegrenzte Sanktionenintensität."

Prinz, Sebastian, Das Verhältnis der Linkspartei zu den Kirchen und die kirchenpolitischen Positionen der Partei, in: Deutschland Archiv 44 (2011), Heft 2, S. 286-294. – Die Rolle der Kirchen spielte in den Programmen der PDS bzw. der Linkspartei sowie in dem der LINKEN eine eher untergeordnete Rolle. Die Haltung der Partei gegenüber den Kirchen ist widersprüchlich. Sie reicht von Positionen, die diese als Partner betrachten bis zu solchen, die einen Konfrontationskurs zu den Kirchen einschlagen. Ungeklärt ist daher die Position der Partei

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zum Verhältnis von Staat und Kirchen. „Wer […] Fundamente der hergebrachten und bewährten Beziehungen zwischen dem Staat und den Kirchen abschaffen und die Kirchen aus der Öffentlichkeit verdrängen will, muss mit kirchlicher Gegenwehr rechnen. Eine Partei, die künftig noch breitere Bevölkerungskreise ansprechen will, würde sich ‚sektiererisch' verhalten, wenn sie die Kirchenbindung der Bevölkerungsmehrheit – zumindest im Westen – ignorieren würde."

Rohe, Mathias, Islam und säkularer Rechtsstaat: Grundlagen und gesellschaftlicher Diskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13-14/2011, S. 21-27 – Der Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht setzt sich kritisch mit der These auseinander, der Islam sei ein ernstzunehmender Bedrohungsfaktor für säkulare Rechtsstaaten. Rohe untersucht das Spannungsverhältnis von religiösen und Rechtsnormen und benennt deutlich die Gefahren, die von einem islamistischen Extremismus ausgehen. Andererseits betont er die innerislamische Meinungsvielfalt. Schon deswegen sei es verfehlt, „den Islam" per se in Stellung gegen den Rechtsstaat und speziell den demokratischen Verfassungsstaat des Grundgesetzes zu bringen. Gegen einen strukturellen Gegensatz spreche auch die hohe Zustimmung zu den Grundlagen des deutschen Staats- und Rechtssystems unter Muslimen.

Salzborn, Samuel, Extremismus und Geschichtspolitik, in: Jahrbuch Politik und Geschichte 2 (2011), S. 13-25. – „Der Beitrag geht der Bedeutung von Geschichtspolitik für den Extremismus nach und konzeptualisiert drei Dimensionen, die für eine extremistische Geschichtspolitik zentral sind: Phantasie-, Kollektiv- und Identitätsgeschichte. Für die Auseinandersetzung mit Geschichtspolitik wird dabei ein dynamischer Extremismusbegriff vorgeschlagen, der soziale Wandlungsprozesse ebenso berücksichtigt wie die Bedeutung von antipluralen und monistischen Überzeugungen in der Mitte der Gesellschaft."

U.B./A.G./E.J.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Abdel-Samad, Hamed, Krieg oder Frieden – 285
Abels, Gabriele (Hrsg.), Deutschland im Jubiläumsjahr 2009 – 402
Achathaler, Lukas/Domenica Hofmann/Matthias Pázmándy (Hrsg.), Korruptionsbekämpfung als globale Herausforderung – 455
al-Berry, Khaled, Ich war ein Gotteskrieger – 285
Albrecht, Holger/Rolf Frankenberger/Siegfried Frech (Hrsg.), Autoritäre Regime – 474
Aly, Götz, Warum die Deutschen? Warum die Juden? – 299
Amadeo Antonio Stiftung, Zwischen Propaganda und Mimikry – 474
Amos, Heike, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz – 474
Apelt, Andreas H. (Hrsg.), Flucht, Ausreise, Freikauf – 265
Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE (Hrsg.), Europa in der „Zwischenkriegszeit" des 20. Jahrhunderts – 474
Arendt, Hannah/Joachim Fest, Eichmann war von empörender Dummheit – 403
Armbruster, Jörg, Der arabische Frühling – 285
Assmann, Wolfgang R./Albrecht Graf von Kalnein (Hrsg.), Erinnerung und Gesellschaft – 474
Avanti – Projekt undogmatische Linke (Hrsg.), Extrem wichtig – 474

Baale, Olaf, Links in Deutschland – 404
Backes, Uwe, Les Extrêmes Politiques. Un historique du terme et du concept de l'Antiquité à nos jours – 474
Backes, Uwe, Political Extremes – 474
Backes, Uwe/Pascal Hintermeyer/Patrick Moreau (Hrsg.), Mobilisation électorale d'extrême droite et violences politiques en Allemagne – 474
Bartuschka, Marc, Unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken – 475
Bauerkämper, Arnd/Francesco Di Palma (Hrsg.), Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs – 422
Baumann, Cordia/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.), Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren – 475
Beck, Kurt/Jan Ziekow (Hrsg.), Mehr Bürgerbeteiligung wagen – 424
Becker, Manuel/Stephanie Bongartz (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes – 475
Becker, Michael, Grundstrukturen der Politik in der Bundesrepublik Deutschland – 475
Becker, Winfried, Frederic von Rosenberg – 475
Beevor, Antony, D-Day – 475
Behling, Klaus, „Der Letzte macht das Licht aus ..." – 265
Behrendt, Hermann, Die mandative Demokratie – 475
Benz, Wolfgang (Hrsg.) Jahrbuch für Antisemitismusforschung – 406
Benz, Wolfgang, Antisemitismus und „Islamkritik" – 406
Berg, Nicolas/Omar Kamil/Markus Kirchhoff/Susanne Zepp (Hrsg.), Konstellationen – 475
Berger, Dan, Kampf im Herzen der Bestie – 475
Berger, Heinrich/Melanie Dejnega/Regina Fritz/Alexander Prenninger (Hrsg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert – 407
Bergsdorf, Harald/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – 331
Berwick, Andrew (Anders Behring Breivik), A Declaration of Independence – 475
Bipartisan Policy Center/National Security Preparedness Group (Hrsg.), Preventing Violent Radicalization in America – 475
Birsl, Ursula (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender – 408
Bisky, Jens, Unser König – 475
Bismarck, Otto von, Gesammelte Werke – 476

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

Blancke, Stephan, Private Intelligence – 409
Blaschke, Ronny, Angriff von rechtsaußen – 408
Bliesemann de Guevara, Berit/Tatjana Reiber (Hrsg.), Charisma und Herrschaft – 476
Bloxham, Donald/Robert Gerwarth (Hrsg.), Political Violence in Twentieth-Century Europe – 476
Bluhm, Harald/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hrsg.), Ideenpolitik – 476
Boch, Rudolf/Rainer Karlsch (Hrsg.), Uranbergbau im Kalten Krieg – 411
Bodenheimer, Alfred/Barbara Breysach (Hrsg.), Abschied von Europa – 476
Bohley, Bärbel, Englisches Tagebuch, 1988 – 412
Bohlken, Eike Die Verantwortung der Eliten – 476
Bösenberg, Jost-Arend/Johann-Friedrich Hufmann, Mauerjahre – 266
Breier, Zsuzsa/Adolf Muschg (Hrsg.), Freiheit, ach Freiheit… – 476
Bröckermann, Heiner, Landesverteidigung und Militarisierung – 413
Bröckers, Mathias/Christian C. Walther, 11.9. – 285
Brodkorb, Mathias (Hrsg.), Extremistenjäger!? – 476
Brodkorb, Mathias (Hrsg.), Singuläres Auschwitz? – 476
Brunner, Detlev/Mario Niemann (Hrsg.), Die DDR – 476
Buchstein, Hubertus, Demokratiepolitik – 477
Buckley-Zistel, Susanne/Thomas Kater (Hrsg.), Nach Krieg, Gewalt und Repression – 477
Bücking, Hans-Jörg/Günther Heydemann, Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland – 477
Bührer, Tanja, Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika – 477
Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010 – 385
Bundesministerium für Inneres/Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011 – 477
Burgdorf, Wolfgang, Friedrich der Große. Ein biografisches Porträt – 477
Butter, Michael/Birte Christ/Patrick Keller (Hrsg.), 9/11 – 285
Butzlaff, Felix/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), Genossen in der Krise? – 458

Canis, Konrad, Der Weg in den Abgrund – 477
Cau, Maurizio (Hrsg.), L'Europa di De Gasperi e Adenauer – 477
Collins, Randall, Dynamik der Gewalt – 477
Colliot-Thélène, Catherine, Demokratie ohne Volk – 477
Čolović, Ivan, The Balkans – 478
Croissant, Aurel/David Kühn, Militär und zivile Politik – 478

Dahlke, Matthias, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus – 415
Dalos, György, Gorbatschow – 441
Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR – 478
Demirović, Alex/Heike Walk (Hrsg.), Demokratie und Governance – 478
Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7700 – 478
Deutsch-Französisches Institut, Frankreichs Geschichte – 478
Diekmann, Kai (Hrsg.), Die Mauer – 266
Dingwerth, Klaus/Michael Blauberger/Christian Schneider, Postnationale Demokratie – 478
Ditfurth, Jutta, Krieg, Atom, Armut – 416
Dovermann, Ulrich (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – 334
Dülffer, Jost/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Frieden durch Demokratie? – 478
Düring, Michael/Norbert Nübler/Ludwig Steindorff/Alexander Trunk (Hrsg.), 1989 – 478

Eberl, Oliver (Hrsg.), Transnationalisierung der Volkssouveränität – 478
Eckert, Rainer, SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland – 478

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Eisenfeld, Bernd/Peter Schicketanz, Bausoldaten in der DDR – 413
Endler, Tobias, After 9/11 – 479
Engel, Gerhard, Johann Knief – 479
Erler, Gernot, Das Versagen nach 9/11 – 285
European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.), Fundamental Rights – 479
Europol (Hrsg.), TE-SAT 2011 – 479

Faulenbach, Bernd, Das sozialdemokratische Jahrzehnt – 479
Feise-Mahnkopp, Patricia, Die Ästhetik des Heiligen – 479
Feld, Lars P./Peter M. Huber/Otmar Jung/Christian Welzel/Fabian Wittreck (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2010 – 417
Figes, Orlando, Krimkrieg – 419
Florath, Bernd (Hrsg.), Das Revolutionsjahr 1989 – 420
Forkmann, Daniela, Das „Netzwerk junger Abgeordneter Berlin" – 457
Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), Ordnung. Macht. Extremismus – 338
Fraenkel, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien – 479
Franzen, Christoph Johannes/Karl-Heinz Kohl/Marie-Luise Recker (Hrsg.), Der Kaiser und sein Forscher – 479
Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2011 – 479
Freiberg, Konrad/Karsten Rudolph, Verunsicherte Freiheit – 285
Friedrich, Carl J., Totalitäre Diktatur – 320
Fuchs, Simon Wolfgang/Stephanie Garling (Hrsg.), Religion in Diktatur und Demokratie – 479
Füller, Christian, Sündenfall – 479
Fünfsinn, Helmut/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz – 406

Gailus, Manfred/Armin Nolzen (Hrsg.), Zerstrittene „Volksgemeinschaft" – 480
Gailus, Manfred/Daniel Siemens (Hrsg.), „Hass und Begeisterung bilden Spalier" – 480
Galkin, Aleksandr/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage – 421
Geiselberger, Heinrich, Wikileaks und die Folgen – 480
Geisler, Astrid/Christoph Schultheis, Heile Welten – 467
General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2010 – 480
Geneva Declaration on Armed Violence and Development (Hrsg.), Global Burden of Armed Violence 2011 – 480
Gerhards, Jürgen/Mike S. Schäfer/Ishtar Al-Jabiri/Juliana Seifert, Terrorismus im Fernsehen – 446
Gerlach, Christian, Extrem gewalttätige Gesellschaften – 407
Gervais-Francelle, Céline (Hrsg.), Jan Karski – 480
Gerwarth, Robert, Reinhard Heydrich – 450
Geyken, Frauke/Freya von Moltke, Ein Jahrhundertleben 1911-2010 – 480
Giesa, Christoph, Bürger-Macht-Politik – 424
Gieseke, Jens, Die Stasi – 480
Gieseke, Jens/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED – 422
Glantz, Alexander, Wahlentscheidungen auf der Spur – 480
Globisch, Claudia/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten – 425
Goeller, Tom, Der Alte Fritz – 480
Göktürk, Deniz/David Gramling/Anton Kaes/Andreas Langenohl (Hrsg.), Transit Deutschland – 480
Goos, Christoph, Innere Freiheit – 427
Górny, Maciej, „Die Wahrheit ist auf unserer Seite" – 428
Götz, Irene, Deutsche Identitäten – 481
Greiner, Bernd, 9/11 – 285
Greiner, Bernd/Tim B. Müller/Claudia Weber (Hrsg.), Macht und Geist im Kalten Krieg – 429

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Grimm, Dieter/Fulvio Longato/Carlo Mongardini/Gregor Vogt-Spira (Hrsg.), Verfassung in Vergangenheit und Zukunft – 481
Großbölting, Thomas (Hrsg.), Der Tod des Diktators – 481
Grosser, Alfred, Die Freude und der Tod – 481
Günther, Stephanie, Unpolitische Kommunikation? – 481
Guez, Olivier, Heimkehr der Unerwünschten – 481
Gusy, Christoph, Grundrechte und Verfassungsschutz – 431
Gutberlet, Bernd Ingmar, Friedrich der Große – 481
Gutzeit, Martin/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers (Hrsg.), Opposition und SED in der Friedlichen Revolution – 437

Haberl, Tobias, Wie ich mal Rot wurde – 404
Habermann, Gerd, Freiheit oder Knechtschaft? – 481
Handro, Saska/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Aufarbeitung der Aufarbeitung – 481
Harrison, Hope M., Ulbrichts Mauer – 265
Hartleb, Katja, Flucht und Vertreibung – 481
Hartmann, Jürgen/Udo Kempf, Staatsoberhäupter der Demokratie – 481
Hartmann, Martin/Claus Offe, Politische Theorie und Politische Philosophie – 481
Hatzius, Martin, Dietmar Dath – 482
Haumann, Heiko, Hermann Diamanski – 482
Heidenreich, Bernd/Gerhard Göhler (Hrsg.), Politische Theorien des 17. und 18. Jahrhunderts – 482
Heidenreich, Bernd/Sönke Neitzel (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich – 464
Heil, Reinhard/Andreas Hetzel/Dirk Hommrich (Hrsg.), Unbedingte Demokratie – 482
Heinemann, Winfried, Die DDR und ihr Militär – 482
Heni, Clemens, Schadenfreude – 285
Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Die Mauer – 265
Henseler, Thomas/Susanne Buddenberg, Grenzfall – 482
Hermann, Angela, Der Weg in den Krieg 1938/39 – 432
Heuer, Uwe-Jens, Glanz, Elend und Wiederkehr des Staatsrechtlers Carl Schmitt – 343
Hildebrand, Daniel, Rationalisierung durch Kollektivierung – 482
HM Government, Prevent Strategy – 482
Hof, Tobias, Staat und Terrorismus in Italien 1969-1982 – 346
Hoffmann, Karl Heinz, Die Oktoberfestlegende – 325
Hoffmann, Karsten Dustin, „Rote Flora“ – 350
Hofinger, Christoph /Gerlinde Manz-Christ (Hrsg.), Emotions in Politics and Campaigning – 427
Hofmann, Gunter, Polen und Deutsche – 482
Hönnige, Christoph/Sascha Kneip/Astrid Lorenz (Hrsg.), Verfassungswandel im Mehrebenensystem – 431
Hornig, Eike-Christian, Die Parteiendominanz direkter Demokratie in Westeuropa – 417
Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2011 – 482

Imhoff, Maximilian Elias, Antisemitismus in der Linken – 482
Independent Monitoring Commission, Twenty-sixth and Final Report – 482
ISPK (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2010 – 435

Jacob, Manuel, Endstation Mauerbau – 265
Jäger, Thomas (Hrsg.), Die Welt nach 9/11 – 285
Jeffreys, Diarmuid, Weltkonzern und Kriegskartell – 354
Jensen, Uffa/Habbo Knoch/Daniel Morat/Miriam Rürup (Hrsg.), Gewalt und Gesellschaft – 483
Jesse, Eckhard/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten – 483

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Jessen, Ralph/Hedwig Richter (Hrsg.), Voting for Stalin and Hitler – 358
Johnson, Ian, Die vierte Moschee – 433
Jürgs, Michael, BKA, Europol, Scotland Yard – 447
Jun, Uwe/Sven Leunig (Hrsg.), 60 Jahre Bundesrat – 483
Junginger, Horst, Die Verwissenschaftlichung der „Judenfrage“ im Nationalsozialismus – 483

Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? – 483
Kahl, Martin (Hrsg.), The Transnationalisation of Risks of Violence – 483
Kaminsky, Anna/Dietmar Müller/Stefan Troebst (Hrsg.), Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer – 451
Kandel, Johannes, Islamismus in Deutschland – 435
Karner, Stefan/Barbara Stelzl-Marx/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarajan u. a. (Hrsg.), Der Wiener Gipfel 1961 – 265
Kellermann, Gero, Verfassungsinterpretation – 483
Kempe, Frederick, Berlin 1961 – 265
Kern, Ronny, Siebzehn Kilometer Grenze – 265
Kershaw, Ian, Das Ende – 436
Keßler, Heinz/Fritz Streletz, Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben – 265
Keussler, Klaus-M. von/Peter Schulenburg, Fluchthelfer – 265
Kinner, Klaus (Hrsg.), Linke zwischen den Orthodoxien – 437
Kissinger, Henry, China. Zwischen Tradition und Herausforderung – 361
Klatt, Johanna/Robert Lorenz (Hrsg.), Manifeste – 483
Klausmeier, Axel/Günter Schlusche (Hrsg.), Denkmalpflege für die Berliner Mauer – 265
Klevesath, Lino/Holger Zapf (Hrsg.), Demokratie – Kultur – Moderne – 483
Kneisler, Isabel, Das italienische Parteiensystem im Wandel – 438
Koch, Josef, Die „Wolfgang-Rosenthal-Klinik“ Thallwitz 1943-1944 – 483
Köhler, Astrid, Klaus Schlesinger – 483
Köhler, Otto, Die große Enteignung – 440
Kohlmayr, Christine, Das geflügelte Wort von der Banalität des Bösen – 484
Kollmorgen, Raj/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit – 402
König, Gerd, Fiasko eines Bruderbundes – 441
Köppl, Stefan, Politik in Italien – 438
Krämer, Gudrun, Demokratie im Islam – 484
Kreiser, Klaus, Atatürk – 484
Kronenberg, Volker/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün – 442
Kunisch, Johannes, Friedrich der Große – 484
Kuropka, Joachim (Hrsg.), Gewalt und Krieg, Extremismus und Terror – 484

Lampert, Heinz/Albrecht Bossert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union – 484
Land Brandenburg/Ministerium des Innern (Hrsg.), Schwarz Blöcke rechts und links – 484
Langenbacher, Nora/Britta Schellenberg (Hrsg.), Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? – 425
Langenohl, Andreas/ Jürgen Schraten (Hrsg.), (Un-)Gleichzeitigkeiten – 484
Lapp, Peter Joachim, Die Mauer – 265
Lappenküper, Ulrich, Mitterrand und Deutschland – 443
Leggewie, Claus mit Anne Lang, Der Kampf um die europäische Erinnerung – 364
Leggewie, Claus, Mut statt Wut – 484
Lehnert, Detlef (Hrsg.), Demokratiekultur in Europa – 484
Lehnert, Detlef, Hugo Preuss 1860-1925 – 464

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lehto-Bleckert, Katriina, Ulrike Meinhof 1934-1976 – 445
Lengsfeld, Vera, Ich wollte frei sein – 484
Linder, Bernadette, Terror in der Medienberichterstattung – 446
Löffler, Dietrich, Buch und Lesen in der DDR – 465
Lohse, Eckart/Markus Wehner, Guttenberg – 484
Lüders, Michael, Tage des Zorns – 285
Lüdtke, Alf/Herbert Reinke/Michael Sturm (Hrsg.), Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert – 447
Luh, Jürgen, Der Große – 485

Mählert, Ulrich u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011 – 428
Maier, Hans, Böse Jahre, gute Jahre – 485
Malick, André M., Al-Qa'idas Interpunktion von Ereignisfolgen – 453
Martini, Magda/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Riflessioni sulla DDR – 485
Marxsen, Christian, Geltung und Macht – 485
Matusckek, Ingo/Uwe Krähnke/Frank Kleemann/Frank Ernst, Links sein – 485
Maurer, Jochen, Dienst an der Mauer – 265
Meining, Stefan, Eine Moschee in Deutschland – 433
Mende, Silke, „Nicht links, nicht rechts, sondern vorn" – 368
Metaxas, Eric, Bonhoeffer – 485
Meyer, Hendrik/Klaus Schubert (Hrsg.), Politik und Islam – 435
Meyer, Thomas, Was ist Fundamentalismus? – 449
Midlarsky, Manus I., Origins of Political Extremism – 371
Ministry of the Interior of the Czech Republic (Hrsg.), Report on Extremism 2010 – 485
Möllers, Martin H.W./Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit – 485
Morris, Ian, Wer regiert die Welt? – 485
Mües-Baron, Klaus, Heinrich Himmler – 450
Mühlen, Patrik von zur, „Der friedliebende Staat aller Werktätigen" – 265
Müller, Judith Maria, Politische Inszenierung in Landtagswahlkämpfen – 485
Müller, Reinhard, Staat und Recht – 485
Müller, Rolf-Dieter, Der Feind steht im Osten – 451
Münkel, Daniela (Bearbeiterin), Die DDR im Blick der Stasi 1961 – 265

National Counterterrorism Center (Hrsg.), 2010 Report on Terrorism – 486
Nebelin, Manfred, Ludendorff – 374
Neu, Viola, Jugendliche und Islamismus in Deutschland – 486
Neu, Viola, Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt – 486
Niedenthal, Clemens, Nahaufnahme – 265
Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009 – 442
Norris, Pippa, Democratic Deficit – 315
Nowak, Carsten, Europarecht nach Lissabon – 486

Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten – 486
Ohse, Marc-Dietrich (Red.), Deutschland Archiv: Sonderheft 50 Jahre Mauerbau – 265
Ooyen, Robert Chr. van/Frank Schale (Hrsg.), Kritische Verfassungspolitologie – 486
OSCE/ODIHR (Hrsg.), Hate Crimes in the OSCE Region – 486
Oster, Uwe A., Preußen – 486

Perels, Joachim/Wolfram Wette (Hrsg.), Mit reinem Gewissen – 486
Pergande, Frank, Friedrich der Große – 486

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Perthes, Volker, Der Aufstand – 285
Peters, Jan, Menschen und Möglichkeiten – 428
Piepenschneider, Melanie/Klaus Jochen Arnold (Hrsg.), Was war die Mauer? – 265
Plener, Ulla (Hrsg.), Die Treuhand – 440
Polexe, Laura, Netzwerke und Freundschaft – 486
Ponso, Marzia, Una storia particolare. „Sonderweg" Tedesco e identità europea – 487
Praschl, Gerald, Roland Jahn – 454
Priddat, Birger P./Michael Schmid (Hrsg.), Korruption als Ordnung zweiter Art – 455

Quoirin, Marianne, Töchter des Terrors – 487

Rehlinger, Ludwig A., Freikauf – 487
Reichardt, Sven/ Wolfgang Seibel (Hrsg.), Der prekäre Staat – 487
Reinhardt, Max, Aufstieg und Krise der SPD – 457
Reiter, Helga/Margit Embacher (Hrsg.), Europa und der 11. September 2001 – 285
Richter, Ilka, SS-Elite vor Gericht – 487
Ritzi, Matthias/Erich Schmidt-Eenboom, Im Schatten des Dritten Reiches – 487
Robertson-von-Trotha, Caroline Y. (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa – 467
Roessing, Thomas, Schweigespirale – 487
Röpke, Andrea/Andreas Speit, Mädelsache! – 408
Rosenfeld, Jean E. (Hrsg.), Terrorism, Identity and Legitimacy – 487
Roth, Joseph/Stefan Zweig, „Jede Freundschaft mit mir ist verderblich" – 487
Ruf, Christoph, Was ist links? – 404

Sachs, Matthias, Sozialdemokratie im Wandel – 458
Sadat, Jehan, Meine Hoffnung auf Frieden – 487
Saekel, Ursula, Der US-Film in der Weimarer Republik – 459
Säkerhetspolisen (Hrsg.), Säkerhetspolisen 2010 – 487
Sand, Shlomo, Die Erfindung des jüdischen Volkes – 488
Sawczuk, Janusz, Turbulentes 1989 – 488
Schäuble, Martin, Black Box Dschihad – 488
Schäuble, Martin, Dschihadisten – 488
Schedler, Jan/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten – 460
Scheerer, Sebastian, Agonaler Autismus und diskrepante Interpunktion – 453
Scheil, Stefan, Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs von 1940 bis zum Unternehmen Barbarossa 1941 – 451
Schlipphak, Bernd, Farming Idology – 488
Schlüter, Kai (Hrsg.), Günter Grass auf Tour für Willy Brandt – 488
Schmeitzner, Mike, Der Fall Mutschmann – 488
Schmid, Hans Bernhard, Moralische Integrität – 488
Schmid, Thomas/Frank Nordhausen, Die arabische Revolution – 285
Schmidt, Katja, Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR – 488
Schölderle, Thomas, Utopia und Utopie – 462
Scholl-Latour, Peter, Arabiens Stunde der Wahrheit – 488
Scholzen, Reinhard, Die Infanterie der Bundeswehr – 488
Schöne, Jens, Ende einer Utopie – 265
Schrenck-Notzing, Caspar von, Konservative Publizistik – 488
Schubert, Thomas, Wahlkampf in Sachsen – 489
Schütt, Hans-Dieter, Friedrich Schorlemmer – 489
Schwab, Jürgen, Die Manipulation des Völkerrechts – 463

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schwark, Thomas/Detlef Schmiechen-Ackermann/Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen – 266
Schweitzer, Eva Johanna/Steffen Albrecht, Das Internet im Wahlkampf – 489
Sellin, Volker, Gewalt und Legitimität – 464
Senoo, Tetsuji, Ein Irrweg zur deutschen Einheit? – 489
Silke, Andrew (Hrsg.), The Psychology of Counter-Terrorism – 489
Snyder, Timothy, Bloodlands – 378
Sommer, Theo, Unser Schmidt – 489
Sorensen, Oystein/Bernt Hagtvet/Bjorn Arne Steine (Hrsg.), Ideologi og Terror – 489
Sösemann, Bernd, in Zusammenarbeit mit Marius Lange, Propaganda – 489
Spencer, Alexander/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland – 285
Spier, Tim/Markus Klein/Ulrich von Alemann/Hanna Hoffmann (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland – 489
Staadt, Jochen (Hrsg.), „Die Eroberung der Kultur beginnt!“ – 465
Stangneth, Bettina, Eichmann vor Jerusalem – 403
Steinbach, Matthias (Hrsg.), Kartoffeln mit Flöte – 489
Steinbacher, Sybille, Wie der Sex nach Deutschland kam – 490
Steininger, Rolf, Die Kubakrise 1962 – 490
Steinweg, Reiner/Ulrike Laubenthal (Hrsg.), Gewaltfreie Aktion – 490
Stoiber, Michael, Die Qualität von Demokratien im Vergleich – 381
Stokłosa, Katarzyna, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990 – 490
Strobel, Christian, Attac – 490

Taylor, Frederick, Zwischen Krieg und Frieden – 490
Thamm, Berndt Georg, Terrorziel Deutschland – 285
Ther, Philip, Die dunkle Seite der Nationalstaaten – 490
Theveßen, Elmar, Nine Eleven – 285
Thiel, Jens (Hrsg.), Ja-Sager oder Nein-Sager – 490
Timmermann, Heiner (Hrsg.), 1961 – 265
Trutowski, Dominik, Der geteilte Ostblock – 490

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2010 – 490
Ueberschär, Gerd R./Wolfram Wette (Hrsg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion – 451
Ullrich, Christina, „Ich fühl‘ mich nicht als Mörder“ – 468

Vanberg, Viktor J. (Hrsg.), Hayek Lesebuch – 490
Veen, Hans-Joachim/Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), 50 Jahre Mauerbau – 265
Veigel, Burkhart, Wege durch die Mauer – 265
Ventura, Jesse/Dick Russel, Die amerikanische Verschwörung – 285
Vollnhals, Clemens (Hrsg.), Jahre des Umbruchs – 420
Voss, Rüdiger von, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 – 491

Walter, Franz, „Republik, das ist nicht viel“ – 388
Walter, Franz/Christian Werwath/Oliver D‘Antonio, Die CDU – 491
Wangler, Julian, Roland Koch: Vom Hardliner zum Softie – 491
Weber, Thomas, Hitlers erster Krieg – 491
Weidner, Stefan, Aufbruch in die Vernunft – 285
Weiß, Volker, Deutschlands Neue Rechte – 491
Weißmann, Karlheinz, Armin Mohler – 391

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Welzer, Harald/Sönke Neitzel/Christian Gudehus (Hrsg.), „Der Führer war wieder viel zu human, viel zu gefühlvoll“ – 491
Welzk, Stefan, Leipzig 1968 – 491
Wengst, Udo (Hrsg.), Reform und Revolte – 491
Wenzke, Rüdiger, Ab nach Schwedt! – 469
Wettig, Gerhard (Hrsg.), Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964 – 470
Wettig, Gerhard, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958 – 470
Wielenga, Friso/Florian Hartleb (Hrsg.), Populismus in der modernen Demokratie – 491
Wilke, Karsten, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ – 395
Wilke, Manfred, Der Weg zur Mauer – 265
Wille, Heinrich, Ein Mord, der keiner sein durfte – 491
Wohlgethan, Achim, Schwarzbuch Bundeswehr – 491
Wolle, Stefan, Aufbruch nach Utopia – 398
Wolters, Christine, Tuberkulose und Menschenversuche im Nationalsozialismus – 492
Wuchterl, Kurt, Kontingenz und das Andere der Vernunft – 492

Xiaobo, Lui, Ich habe keine Feinde, ich kenne keinen Hass – 492

Zehnpfennig, Barbara, Adolf Hitler – 472
Zenker, Tibor, Faschismus/Antifaschismus – 492
Zick, Andreas/Beate Küpper/Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen – 492
Zilla, Claudia, „Demokratie“ im Diskurs politischer Parteien – 492

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitteilungen und Hinweise

Jahrbuch für Politik und Geschichte

Politik (ge-)braucht Geschichte – zur Rechtfertigung und Legitimation, Selbstdarstellung und argumentativen Auseinandersetzung sowie zur eigenen temporalen Orientierung. Geschichte ist nicht nur Nährboden von öffentlichen Erinnerungskulturen, sondern auch eine herausragende Ressource politischer Akteure. So ist mit dem von Max Weber geprägten Begriff der „politischen Erinnerung" der Themenkomplex umschrieben, der diesem neuen Jahrbuch sein Profil gibt.

Das *Jahrbuch für Politik und Geschichte* (JPG) ist das erste wissenschaftliche Periodikum, das sich den vielfältigen, oft disziplinübergreifenden Untersuchungen rund um die Forschungsfelder Geschichtspolitik und Erinnerungskultur widmet. Es versteht sich als ein wissenschaftliches Forum für die weitverzweigte und oft spezialisierte Forschung zum politischen Umgang mit Geschichte – von rechtshistorischen Studien zu strafrechtlicher „Vergangenheitsbewältigung" und politikwissenschaftlich-zeithistorischen Arbeiten zur Geschichts- und Vergangenheitspolitik über vom cultural turn geprägte kulturwissenschaftliche Beiträge zum Komplex des Erinnerns bis hin zu Untersuchungen der Bedeutung von Geschichte in Prozessen der transition to democracy. Das JPG bündelt die interdisziplinären Perspektiven und rückt methodische, theoretische und empirische Schwerpunkte der jüngsten geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Forschung in den Mittelpunkt.

Im Zentrum jedes Bandes steht ein Thema. Die Auftaktausgabe des Jahres 2010 thematisierte „Historische Gerechtigkeit. Geschichtspolitik im Vergleich", in Band 2 wurden Beiträge zum Schwerpunkt „Extremismus und Geschichtspolitik" veröffentlicht und der im Herbst 2012 erscheinende dritte Band wird sich mit der Frage „Brauchen Demokratien Geschichte?" auseinandersetzen. Im *Aktuellen Forum* werden darüber hinaus politisch-publizistische Diskussionen des laufenden Jahres aufgegriffen oder wissenschaftliche Kontroversen ausgetragen. Zudem präsentiert jede Ausgabe des Jahrbuchs ein *Fundstück*. Um den Leserinnen und Lesern abseitig publizierte respektive „vergessene" oder „übersehene" wichtige Beiträge nahezubringen, werden hier Artikel aus der internationalen Forschung aus dem Feld von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik oder eine wichtige Quelle (Text oder Bild) abgedruckt. Band 2 erinnerte an die erstmals 1885/86 gehaltenen Vorlesungen des englischen Historikers John Robert Seeley über den Zusammenhang von Geschichte und Politik. Das Fundstück der dritten Ausgabe des JPG präsentiert mit der Analyse des Bildes „Das Mädchen vom Amselfelde" von Uroš Predić eine gegenwärtig in Serbien wichtige visuelle geschichtspolitische Quelle. In der Abteilung *Atelier & Galerie* bietet das JPG ab Band 3 eine Plattform für die Präsentation neuerer Forschungsergebnisse der Themenfelder Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sowie für Diskussionsbeiträge zu aktuellen theoretischen und me-

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

thodischen Fragen. Abgeschlossen wird jeder Band von einem *Forschungsbericht*, in dem wichtige neue wissenschaftliche Arbeiten zum thematischen Horizont des JPG vorgestellt werden.

Alle eingereichten Manuskripte durchlaufen ein zweifaches Begutachtungsverfahren. Neben dem Board Review, der Begutachtung durch das Herausgebergremium, werden die Texte mittels des etablierten Double Blind Peer Review extern anonym begutachtet. Die Beiträgerinnen und Beiträger erhalten dadurch eine so breite wie kritische Rückmeldung. Interessierte Autorinnen und Autoren sind herzlich eingeladen, ihre Manuskripte einzureichen.

Die Idee zur Gründung des JPG entstand im Arbeitskreis „Politik und Geschichte" in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Herausgegeben wird das Jahrbuch von zwei SprecherInnen des Arbeitskreises, Dr. Claudia Fröhlich (Leibniz Universität Hannover) und Dr. Harald Schmid (Christian-Albrechts-Universität Kiel) sowie – ab Bd. 3 – von Dr. habil. Birgit Schwelling (Universität Konstanz). Die drei HerausgeberInnen werden unterstützt von einem namhaft besetzten Wissenschaftlichen Beirat: Prof. Dr. Aleida Assmann (Konstanz), Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich (Passau), Prof. Dr. Helmut König (Aachen), Prof. Dr. Bill Niven (Nottingham), Prof. Dr. Peter Reichel (Berlin), Prof. Dr. Peter Steinbach (Mannheim), Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Heidelberg).

Redaktionsanschrift: Dr. Claudia Fröhlich, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar, Im Moore 11, 30167 Hannover, E-Mail: claudia.froehlich@hist.uni-hannover.de.

Stiftung Topographie des Terrors

Die Stiftung betrachtet das Gesamtgelände der „Topographie des Terrors" als erstes Exponat seiner Dokumentation. Das Gelände ist ein authentischer Ort, ein Ort der Täter. Hier befanden sich von 1933 bis 1945 die wichtigsten Einrichtungen des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Terrorapparates. Die Zentrale der Geheimen Staatspolizei war in der Prinz-Albrecht-Straße 8 untergebracht, ab 1939 auch das Reichssicherheitshauptamt. Während das benachbarte Hotel Prinz Albrecht als Sitz der Reichsführung-SS diente, zog der Sicherheitsdienst der SS in das Prinz-Albrecht-Palais in der Wilhelmstraße 102. Damit war auf engem Raum das eigentliche Regierungsviertel des nationalsozialistischen SS- und Polizeistaates entstanden.

Für lange Zeit war das etwa 4,5 ha große Gelände in Vergessenheit geraten. Das Robinienwäldchen auf dem Südteil des Areals stand als Sinnbild dafür, dass Gras über die Geschichte wuchs. Die „Wiederentdeckung" des Geländes im Vorfeld der 750-Jahr-Feier Berlins ist engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken. Im Rahmen der kulturhistorischen Ausstellung „Berlin, Berlin" wurde 1987 in einem provisorischen Pavillon die erste Ausstellung „Topographie des Terrors" präsentiert. Was als temporäre Ausstellung gedacht war, entwickelte sich zu einem Besuchermagneten. Sie wurde deshalb zu Recht auf unbestimmte Zeit verlängert.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Jahr 2012 kann die „Topographie des Terrors“ auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Sie vermittelt die historische Erfahrung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen an die nachwachsenden Generationen und trägt zu einer aktiven Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, einschließlich ihrer Nachwirkungen nach 1945 bei. Der Geländerundgang mit 15 Ausstellungsstationen führt die Besucher am unmittelbaren Ort in die Geschichte des Areals ein. Zu sehen sind u. a. das Bodendenkmal mit den Fundamentresten des ehemaligen Gestapo-Hausgefängnisses und das Baudenkmal Berliner Mauer. Im Ausstellungsgraben unterhalb der Berliner Mauer informiert von April bis Oktober die Ausstellung „Berlin 1933-1945. Zwischen Propaganda und Terror“ über die Folgen der nationalsozialistischen Politik für die Stadt Berlin und seine Bevölkerung. Eine entsprechend umfassende Studie gab es bislang noch nicht. Grund dafür war die Teilung der Stadt Berlin und die damit verbundene Zersplitterung wesentlicher Aktenbestände.

Im Dokumentationszentrum informiert die Dauerausstellung „Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße“ auf 800 qm über die zwischen 1933 und 1945 an diesem Ort angesiedelten Zentralen von SS und Gestapo sowie über die von diesen Institutionen und ihrem Personal ausgehenden Verbrechen. Auf einer 220 qm großen Fläche zeigt die Stiftung zudem temporäre Ausstellungen: Bis zum 20. Mai 2012 war eine Ausstellung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin zu sehen. Der Titel lautete: „Im Gedenken der Kinder. Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit“. Die Ausstellung gedachte der mehr als 10.000 Kinder und Jugendlichen, die bis 1945 den Programmen zur Vernichtung sogenannten „lebensunwerten Lebens“ zum Opfer fielen. Die Ausstellung informierte auch über die Rolle der Kinderärzte in Bezug auf diese Taten. Mitte Juni 2012 wurde die Ausstellung „Die Wilhelmstraße 1933-1945 – Aufstieg und Untergang des NS-Regierungsviertels“ eröffnet. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bezogen die Nationalsozialisten das Regierungsviertel. Sie prägten es auf mehrfache Weise: durch die Ansiedlung neuer Behörden, die Umstrukturierung bestehender Behörden, umfangreiche Neu- und Umbauten und die Nutzung der Wilhelmstraße selbst als politische Bühne.

Darüber hinaus bietet das Dokumentationszentrum mit seinem Auditorium und Seminarräumen hervorragende Bedingungen für zahlreiche Veranstaltungen und Seminare. Das umfangreiche Bildungsprogramm nutzen u. a. Schülergruppen, Konfirmanden, Auszubildende der Polizei und Wehrdienstleistende. In der ca. 30.000 Medieneinheiten umfassenden Bibliothek besteht zusätzlich die Möglichkeit, sich in einzelne Themenbereiche zu vertiefen und zu recherchieren. Demokratie muss jeden Tag neu erkämpft werden. Das ist die Botschaft, die die Besucher heute von diesem Ort mitnehmen.

Kontakt: Gabriele Jonelat-Krüschet, Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin, Telefon: 030/25450954, Fax: 030/25450999, E-Mail: info@topographie.de, Internet: www.topographie.de; Führungen: Kulturprojekte Berlin, Telefon: 030/25450970, Fax: 030/25450977; Seminare, Telefon: 030/25450920.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitteilungen und Hinweise

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (ThürAZ)

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ ging 1991 direkt aus der Bürgerbewegung hervor und wollte zur Versachlichung der Stasi-Diskussion beitragen. Nach der Veröffentlichung der ersten Publikation zur Verstrickung der Thüringer Evangelischen Kirche mit der Staatssicherheit begann ein Erkenntnis- und Suchprozess, in dessen Folge begonnen wurde, die eigenen Erinnerungen der ehemaligen Opposition zu sammeln. Deren Gedächtnis ist weder in den staatlichen Archiven, geschweige denn dem der Staatssicherheit festgehalten. Die archiveigene Forschung zeigte, dass es auf die Qualität der Fragen ankommt, will man individuelles Gedächtnis und historische Vernunft in Übereinstimmung bringen. Die im Laufe der Jahre übergebenen Sammlungen mit Fotos, Briefen, Tagebüchern, Gedächtnisprotokollen, Arbeitsnotizen, Veranstaltungsmitschnitten, Kalendern, Samisdat, Undergroundmusik, Filmen, Plakaten u. a. m. offenbarten den grundlegenden Unterschied zwischen staatlicher und subjektiver Wahrnehmung der Widerständigen. Sie mussten häufig existentielle Konsequenzen, verbunden mit Migration, ertragen, was sich bis in den heutigen Alltag hinein abzeichnet.

Mit dem ThürAZ wurde deshalb ein Historiker-Archiv aufgebaut, welches der Aufklärung und historischen Bildung verpflichtet ist. Es besteht aus Archiv-, Forschungs- und Bildungsbereich: diese drei Säulen beziehen sich aufeinander und hängen voneinander ab. Derzeit befinden sich Sammlungen von über einhundert Personen und Gruppen insbesondere aus den 1970er und 1980er, doch auch den 1950er und 1960er Jahren im ThürAZ. Der geographische Schwerpunkt liegt in Thüringen, reicht jedoch durch Umzug, Flucht und Ausreise darüber hinaus. Zur Bestandsergänzung werden biographische Interviews mit den Sammlungsgeber/innen geführt, die von ihnen in den meisten Fällen für die Forschung freigegeben werden. Zur nachhaltigen Sicherung dieser Interviews wurde vom ThürAZ ebenfalls ein Forschungsprojekt durchgeführt (vgl. Stiftung Aufarbeitung: Plattformunabhängige Bereitstellung von Zeitzeugeninterviews).

Der Bestand wird laufend und systematisch aufgebaut und ermöglicht somit eine komplexe Rezeption und Analyse von Opposition und Widerstand. Das ThürAZ ist in Thüringen das einzige und bundesweit eins von nur drei Archiven zu Opposition und Zivilcourage in der ehemaligen DDR. Es wirkt damit in einem Bereich gedächtnis- und traditionsbildend, der in der Aufarbeitung deutlich unterrepräsentiert ist. Das Archiv ist unter den UNESCO-archives gelistet, es wird sowohl von regional ansässigen Studierenden wie internationalen Forscher/innen, Zeitzeug/innen und Interessierten genutzt. Die institutionelle Ausstattung ist deutlich unter den Standards angesiedelt, etwa die Hälfte der professionellen Tätigkeiten wird ehrenamtlich geleistet.

Für seine herausragende Archiv- und Bildungsarbeit erhielt das ThürAZ im Jahr 2011 nicht nur das positive Votum der Thüringer Historikerkommission, sondern ist Erster Preisträger des im Jahr 2011 erstmals verliehenen Thüringer Archivpreises.

Kontakt: Katharina Lenski, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte (ThürAZ), Camsdorfer Ufer 17, 07749 Jena, Telefon: 03641/228605, Fax: 03641/229743, E-Mail: archiv@thueraz.de, Internet: www.thueraz.de, Öffnungszeiten: Die und Do 9-18 Uhr sowie nach Absprache.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Personenverzeichnis

Abdel-Samad, Hamed 285, 296, 495
Abel, Werner 407
Abels, Gabriele 402, 495
Abendroth, Wolfgang 72
Abromeit, Heidrun 382
Ackermann, Josef 450
Adam, Jan 214
Adenauer, Konrad 48, 68 f., 76, 78, 82-84, 86 f., 89 f., 92-94, 96-100, 202, 265, 268, 271, 477, 486, 496
Adorno, Theodor W. 307
Afflerbach, Holger 476
Ahlhaus, Christoph 106
Åkesson, Jimmie 235
Akin, Faith 480
Al-Awlaki, Anwar 146
Al-Banna, Hassan 286, 434
Al-Berry, Khaled 285, 288, 290, 495
Albrecht, Holger 318, 474, 495
Albrecht, Steffen 489, 502
Alemann, Ulrich von 425, 489, 502
Alisch, Steffen 277
Al-Jabiri, Ishtar 446, 497
Allenspach, Dominik 318
Almond, Gabriel 316
Al-Sheba, Abdul Rahman 148
Altenbockum, Jasper von 152
Alvarez, Michael E. 33
Aly, Götz 5, 299-314, 495
Aly, Wolfgang 306
Amelung, Lars 74
Amery, Carl 369
Amin, Idi 58
Amos, Heike 474, 495
Andersch, Alfred 391
Anderson, Christopher J. 40
Andreotti, Giulio 421
Anglada, Josep i Ruis 156
Ansari, Humayun 153
Aparicio, Marta 112
Apelt, Andreas H. 265, 495
Apfel, Holger 123, 139, 144, 150, 220 f.
Appelius, Stefan 270
Arendt, Hannah 306 f., 321, 324, 343, 403 f., 484, 488, 493, 495
Armbruster, Jörg 285, 297, 495
Armstroff, Dörte 110
Arndt, Adolf 94-96, 99 f., 310
Arndt, Christian 352
Arnold, Dietmar 278
Arnold, Klaus-Jochen 265, 501
Arter, David 239 f., 246
Assad, Baschar 148
Assem, Shaker 149
Assmann, Aleida 505
Assmann, Wolfgang R. 474, 495
Aust, Björn 34
Aust, Stefan 14, 57
Aylott, Nicholas 240
Azzam, Abdullah 146, 287, 290, 453

Baader, Andreas 13 f., 25, 28, 55, 57, 181, 445
Baale, Olaf 404 f., 495
Bachmann, Josef 53 f.
Bachmann, Kurt 58
Bachmann, Walter 63
Back, Florian 474
Backes, Uwe 5, 9, 14, 26, 28, 61, 66, 69, 76, 105 f., 120, 127, 151, 162, 165-167, 169, 171, 181-183, 216, 219, 226, 233, 237 f., 246, 257, 267, 336 f., 339, 351, 474, 493
Bader, Paulina 474
Baeck, Jean-Philipp 114
Bahr, Christoph 280
Bahr, Egon 269, 422, 482, 489
Bahro, Rudolf 369, 413, 437
Baker, James 421
Bakke, Elisabeth 267
Bangel, Christian 116 f.
Baron, Udo 60 f., 66, 336, 458
Bartels, Hans-Peter 457
Bartsch, Dietmar 161
Bartsch, Günter 56, 72-75, 101
Bartuschka, Marc 475, 495
Bastian, Gert 61
Bauer, Alfred 28
Bauerkämper, Arnd 422 f., 495
Baum, Gerhart 327
Baumann, Cordia 475, 495
Baumgarten, Klaus-Dieter 64
Baumgärtner, Maik 189 f.
Beacháin, Donnacha Ó 359

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Beaucamp, Eduard 474
Bebel, August 313
Beck, Kurt 109, 424 f., 495
Beck, Ulrich 34
Becker, Manuel 473, 475, 495
Becker, Melanie 448
Becker, Michael 475, 495
Becker, Peter 431
Becker, Wibke 189
Becker, Winfried 475, 495
Beckert, Jens 39
Beckurts, Karl-Heinz 57
Beer, Angelika 64
Beer-Grunov, Friedrich 74
Beevor, Antony 475, 495
Begrich, David 192
Behling, Klaus 265, 279, 495
Behrendt, Hermann 475, 495
Behrendt, Uwe 329 f.
Behring, Rainer 433
Beisicht, Markus 140, 151, 156
Belliveau, J.E. 97
Benedikter, Thomas 418
Benz, Arthur 431
Benz, Wolfgang 328, 406, 495
Berg, Nicolas 475, 495
Berger, Dan 475, 495
Berger, Heinrich 407, 495
Bergien, Rüdiger 28
Bergsdorf, Harald 6, 157, 167, 331-333, 495
Bernays, Edward 489
Bernhagen, Patrick 33
Bernstein, Michael A. 430
Berry, John W. 202-204
Bersick, Sebastian 6, 361
Berwick, Andrew 475, 495
Bethmann-Hollweg, Theobald von 375
Beucker, Pascal 154, 189
Beuler, Norbert 281
Beust, Ole von 106
Biermann, Wolf 413, 454
Bildt, Carl 234
Bin Laden, Osama 145 f., 148, 287, 297, 435, 453
Bingener, Reinhard 151
Birkmann, Franziska 329
Birsl, Ursula 408, 495
Bischof, Günter 274
Bisky, Lothar 131, 438, 475, 495
Bismarck, Otto von 476, 495
Bittner, Stephen V. 430
Bittrich, Achim 130
Blais, André 40
Blaise, Pierre 245
Blancke, Stephan 409 f., 496
Blank, Bettina 6, 334
Blankenhorn, Herbert 73
Blasche, Helge 183
Blaschke, Ronny 408 f., 496
Blauberger, Michael 478, 496
Bleek, Wilhelm 321
Bliesemann de Guevara, Berit 476, 496
Blomberg, Werner von 433
Bloxham, Donald 476, 496
Bluhm, Harald 476, 496
Blumenfeld, Kurt 299, 301
Bobbio, Norberto 169
Boch, Rudolf 411, 496
Bockhahn, Steffen 119
Böckmann, Alexander 456
Bodenheimer, Alfred 476, 496
Boehnke, Klaus 201
Boernsen, Guido 214
Bohley, Bärbel 273, 412 f., 496
Böhmer, Wolfgang 116
Bohn, Thomas B. 360
Böhnhardt, Uwe 141 f., 186 f., 189, 195
Böhrnsen, Jens 113
Bolchini, Adriana 156
Bollinger, Stefan 283 f.
Bongartz, Stephanie 475, 495
Bordin, Norman 185
Bormann, Martin 436
Bosch, Carl 354-356
Bose, Sublas Chandra 489
Bösenberg, Jost-Arend 266, 496
Bossert, Albrecht 484, 499
Botella, Joan 246
Botsch, Gideon 48, 55, 60
Böttger, Martin 412
Bötticher, Astrid 336
Botz, Gerhard 407
Bouazizi, Mohammed 294
Boulgarides, Theodoros 187
Bowler, Shaun 40
Bozóki, András 246
Brabant, Marion 44, 61
Brandstetter, Marc 139
Brandt, Andrea 159

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Brandt, Willy 55, 69, 181, 212, 269, 312 f., 390, 422, 445, 457, 488, 501
Braun, Stephan 227
Braunmühl, Gerold von 57
Brechtken, Magnus 301
Bredow, Wilfried von 6, 364
Breier, Zsuzsa 476, 496
Breiholz, Jörn 217
Breivik, Anders Behring 7, 9, 238, 245, 475, 495
Bressan, Susanne 13 f.
Brettfeld, Katrin 206
Breuer, Rita 289
Breysach, Barbara 476, 496
Brie, André 131
Brinkmann, Patrik 141, 156
Bröckermann, Heiner 413 f., 496
Bröckers, Mathias 285, 298, 496
Brodkorb, Mathias 476, 496
Brodocz, André 30, 256
Brombacher, Ellen 133, 160 f., 173-175
Brössler, Daniel 131
Bruck, Arthur Moeller van den 340
Brünneck, Alexander von 479
Brunner, Detlev 476, 496
Bruns, Michael 163
Brzezinski, Zbigniew 5, 9, 320 f.
Buback, Siegfried 57
Buchholz, Christine 129, 261
Buchholz, Erich 160
Büchse, Nicolas 475, 495
Buchstein, Hubertus 30, 477, 496
Buck, Elena 341
Bücking, Hans-Jörg 456, 477, 496
Buckley-Zitsel, Susanne 477, 496
Buddenberg, Susanne 482, 498
Budge, Ian 418
Bührer, Tanja 477, 496
Burgdorf, Wolfgang 477, 496
Burger, Reiner 189
Busch, Andreas 432
Büsch, Otto 76
Buschfort, Wolfgang 76 f.
Buschkowsky, Heinz 199
Bush, George H. W. 421
Bush, George W. 292 f.
Busse, Friedhelm 56, 59 f.
Butler, David 418
Butler, Vera 258
Butter, Michael 285, 288, 290, 292, 496
Butterwegge, Christoph 165, 474
Butzlaff, Felix 158, 458, 496
Buzek, Anton 252

Camphausen, Gabriele 280
Camus, Jean-Yves 141, 237
Canis, Konrad 476 f., 496
Carstens, Peter 142, 188
Carter, Jimmy 324
Caspar, Hannah 31
Castlereagh, Robert Stewart 375
Castro, Fidel 131
Catudal, Honoré M. 268
Cau, Maurizio 477, 496
Chaussy, Ulrich 5, 196, 325, 328 f.
Cheibub, José Antonio 33
Chiesa, Dalla 347
Child, David 485
Christ, Birte 285, 288, 290, 292, 496
Christmann, Richard 487
Christoffers, Ralf 130
Christophersen, Thies 56
Chruschtschow, Nikita 265, 268, 272-275, 324, 470 f., 503
Cippitelli, Claudia 66
Clarke, Paul Barry 30
Claussen, Detlev 304
Clay, Lucius D. 77
Cohn-Bendit, Daniel 60, 416
Colditz, Heinz 182
Collins, Randall 477, 496
Colliot-Thélène, Chatherine 317, 477, 496
Čolović, Ivan 478, 496
Conrad-Martius, Hedwig 301
Cordonnier, Jacques 140, 156
Corner, Paul 359
Courtois, Stéphane 257, 474
Creyelmann, Frank 156
Croissant, Aurel 35 f., 408, 478, 496
Crouch, Colin 31, 37
Crozier, Michael J. 37
Czolbe, Ingrid 27

D'Arc, Jeanne 128
D'Antonio, Oliver 270, 491, 502
Daase, Christopher 482
Dağdelen, Sevim 198, 200
Dahl, Robert 32, 383
Dahlkamp, Jürgen 222

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dahlke, Matthias 415 f., 496
Daiber, Birgit 247
Dalos, György 441 f., 498
Dalton, Russell J. 31
Davis, Belinda 448
De Bryn, Günter 481
De Gaulle, Charles 77, 97, 393
De Maizière, Lothar 422, 441
De Masi, Fabio 163 f.
De Nève, Dorothée 456
Decker, Frank 10, 169, 232, 405, 417
Deckert, Günter 63, 213 f.
Degener, Ursula 231
Deggerich, Markus 159
Dejnega, Melanie 407, 495
Delobel, Hilde 156
Demirović, Alex 474, 478, 496
Demmelhuber, Thomas 474
Denkler, Thorsten 128
Depenheuer, Otto 344
Detjen, Marion 269, 277
Dettling, Warnfried 425
Dewinter, Filip 140, 155 f.
Di Palma, Francesco 422 f., 495
Diamond, Larry 30
Dieckmann, Götz 249, 255, 257, 260, 282
Diedrich, Torsten 272
Diekmann, Kai 266, 281 f., 496
Dienel, Hans-Liudger 402, 499
Dietrich, Werner 326
Dietz, Werner 77, 95 f., 98, 100
Diner, Dan 475
Dingwerth, Klaus 478, 496
Ditfurth, Jutta 64, 416 f., 496
Djokic, Aleksandra 456
Döblins, Alfred 483
Dobrilovic, Konstantin 156
Dohse, Rainer 75, 79, 99, 101
Dölemeyer, Anne 338
Dolff-Bonekämper, Gabi 281
Dollmann, Lydia 277
Domaschk, Matthias 10, 507
Donner, Gerhard R. 456
Donovan, Todd 40
Dorls, Fritz 47, 76, 79, 96
Dovermann, Ulrich 6, 43, 158, 166 f., 334, 496
Drath, Martin 477, 493
Drenkmann, Günther von 57
Drumm, Robert 110
Dubček, Alexander 421
Dubiel, Helmut 484
Dudek, Peter 46, 76
Duisberg, Carl 355
Dülffer, Jost 478, 496
Dupeux, Louis 72
Düring, Michael 478, 496
Dustdar, Farah 428
Dutschke, Rudi 52-54, 369, 437
Dutton, Michael 448

Eatwell, Rodger 231
Eberl, Oliver 478, 496
Eberle, Henrik 469
Ebermann, Thomas 64
Ebert, Friedrich 17, 426 f., 431, 458, 492
Eckert, Rainer 478, 496
Eden Lane, David 190
Effner, Bettina 280
Ehlert, Hans 272
Ehmer, Josef 407
Eichberg, Henning 56, 212
Eichmann, Adolf 403 f., 484, 495, 502
Eicke, Theodor 396
Eisel, Stefan 52
Eisenfeld, Bernd 283, 413 f., 497
Eiserbeck, Werner 53
Ekman, Mikael 237
Ekström von Essen, Ulla 229, 246
El-K., Abdeladim 146
El-Mafaalani, Aladin 209
Elsässer, Jürgen 64
Elzer, Herbert 5, 8, 72 f., 98
Embacher, Margit 285, 292, 501
Emminghaus, Christoph 319
Endler, Tobias 479, 497
Engel, Gerhard 479, 497
Engelmann, Roger 275, 283
Engels, Friedrich 30, 173, 255, 257, 343
Engerman, David C. 430
Engert, Jürgen 279
Ensslin, Felix 24, 29
Ensslin, Gudrun 5, 8, 13 f., 19-22, 24 f., 28 f., 57
Enzensberger, Hans Magnus 490
Eppelmann, Rainer 266, 469
Erb, Rainer 334
Erb, Sebastian 120, 191, 195
Erbakan, Necmettin 147
Erler, Gernot 285, 288, 293, 497

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ernst, Frank 485, 500
Ernst, Klaus 106, 127, 129, 131
Ersson, Svante 238, 240, 246
Esser, Hartmut 203 f.
Eubel, Cordula 129
Euchner, Walter 30

Fahrun, Joachim 128
Fair, Christine 145
Falkenhayn, Erich von 376
Falkner, Thomas 130
Falter, Jürgen W. 31, 359
Faulenbach, Bernd 429, 479, 497
Faust, Matthias 115, 139, 386
Feise-Mahnkopp, Particia 479, 497
Feld, Lars P. 417, 497
Feldbauer, Gerhard 249, 254-256
Feldberg, Karl-Heinz 441
Felden, Klemens 304
Fels, Gerhard 19
Fenske, Hans 5, 299
Ferraris, Vittorio 485
Fest, Joachim 403 f., 495
Fetscher, Iring 40
Feuchtner, Theo Otto 80-83, 86-88, 90-93, 100
Feustel, Robert 339 f.
Feustel, Susanne 340
Fichte, Johann Gottlieb 482
Fichter, Tilman P. 52
Field, Noel 43
Figes, Orlando 419 f., 497
Fimiani, Enzo 359
Fischer, Fritz 465, 477
Fischer, Joschka 60, 64, 369, 416
Fischer, Karsten 476, 496
Flechtheim, Ossip K. 167, 430
Fleig, Hans 391
Flemming, Lars 437
Florath, Bernd 420, 497
Florath, Walter 257
Forkmann, Daniela 457, 497
Foroutan, Naika 199, 204 f.
Forst, Andreas 120
Foweraker, Joe 30
Fraas, Hans-Peter 183
Fraenkel, Ernst 479, 497
Frankenberger, Rolf 474, 524
Franzen, Christoph Johannes 479, 497
Frech, Siegfried 474, 495
Frei, Norbert 76, 397
Freiberg, Konrad 285, 288, 294, 497
Freiberger, Herbert 50
Freitag, Jan 5, 9, 228, 230, 246
Freud, Sigmund 273, 307
Frey, Gerhard 55, 61, 217
Freytag, Gustav 302
Fricke, Bruno 73, 78-86, 95, 100
Fricke, Karl Wilhelmn 44, 423
Friedeburg, Ludwig von 31
Friedrich II. (der Große) 475, 477, 480 f., 484-486, 489, 496, 498-500
Friedrich, Carl J. 5, 9, 320-324, 493
Friedrich, Hans-Peter 199 f.
Frindte, Wolfgang 201
Fritsch, Kurt 254
Fritsch, Werner von 433
Fritz, Regina 407, 495
Fröhlich, Claudia 505
Fromm, Rainer 181, 329
Frommhold, Heinz 47
Fuchs, Dieter 316
Fuchs, Elli 248
Fuchs, Friederike 166, 171
Fuchs, Jürgen 273
Fuchs, Simon Wolfgang 479, 497
Fuchs, Wolfgang 265, 278
Fuhrer, Armin 53
Fukuyama, Francis 479
Füller, Christian 479, 497
Fünfsinn, Helmut 406, 497
Funke, Hajo 6, 395
Funke, Manfred 165-168
Fürmetz, Daniel 448
Furth, Peter 76

Gabriel, Oscar W. 112, 228
Gabriel, Sigmar 457
Gailus, Manfred 480, 497
Galinski, Heinz 63
Galkin, Aleksandr 421, 497
Gall, Lothar 476
Gallert, Wulf 116
Gallus, Alexander 5, 8 f., 13, 26, 75, 79, 105, 151, 162
Garling, Stephanie 479, 497
Gartenschläger, Michael 276
Gärtner, Johann 156
Gathmann, Florian 117
Gauck, Joachim 64, 284, 414

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gebhardt, Helmut 447
Gehrig, Sebastian 475, 495
Geis, Anna 34
Geiselberger, Heinrich 480, 497
Geisler, Alexander 227
Geisler, Astrid 467, 497
Gelpke, Alhard 82
Genscher, Hans-Dietrich 422, 482
Gereke, Günther 76, 79 f., 85 f.
Gerhards, Jürgen 446, 497
Gerlach, Christian 407 f., 497
Gerstenmaier, Eugen 45
Gerster, Martin 227
Gervais-Francelle, Céline 480, 497
Gerwarth, Robert 450 f., 476, 496 f.
Gessenharter, Wolfgang 235
Geyken, Frauke 480, 497
Giesa, Christoph 424, 497
Giese, Daniel 194
Gieseke, Jens 422, 480, 497
Giessen, Hans 80
Gietinger, Klaus 92
Girrmann, Detlef 278
Glaesser, Wolfgang 75
Glantz, Alexander 480, 497
Glaubitz, Joachim 421, 471
Globisch, Claudia 425, 497
Globke, Hans 79, 90
Glotz, Peter 393
Goebbels, Joseph 301, 432 f., 436, 460, 489
Goeller, Tom 480, 497
Göhler, Gerhard 482, 498
Gohlke, Nicole 200
Göktürk, Deniz 480, 497
Goldhagen, Daniel Jonah 304, 463
Goldman, Wendy Z. 360
Goos, Christoph 427 f., 497
Göring, Emma 357
Göring, Hermann 354, 464, 475
Górny, Maciej 428, 497
Görtemaker, Manfred 402
Gossweiler, Kurt 72-74
Gothe, Heiko 109 f.
Gotto, Klaus 83
Götz, Irene 481, 497
Graeff, Peter 455
Graf, Rüdiger 430
Grafe, Roman 282
Gramling, David 480, 497
Grams, Wolfgang 58
Grass, Günter 488, 501
Graumann, Dieter 129
Grebing, Helga 169
Greiffenhagen, Martin 165
Greiner, Bernd 285, 287 f., 429, 497
Greven, Michael Th. 31
Grimm, Dieter 481, 498
Grimm, Peter 482
Grimme, Heinz 116
Groß, Melanie 474
Großbölting, Thomas 481, 498
Große Hüttmann, Martin 431
Grosser, Alfred 481, 498
Grotewohl, Otto 466
Groth, Annette 200
Grotz, Eugen 82-85, 90, 97
Grotz, Florian 431
Gruhl, Herbert 369
Grumke, Thomas 6, 215, 218, 338
Grunberger, Béla 307
Grünke, Ralf 62
Gudehus, Christian 491, 503
Gudenus, Johann 156
Guez, Olivier 481, 498
Guiliani, Rudolph 292
Günther, Hans Friedrich Karl 223
Günther, Stephanie 481, 498
Gurr, Ted Robert 33
Gusy, Christoph 431, 498
Gutberlet, Bernd Ingmar 481, 498
Gutjahr, Manfred 83
Gutzeit, Martin 437 f., 498
Gysi, Gregor 66, 129, 133, 160, 332, 405, 480, 486, 500

Haas, Christoph M. 231
Haas, Melanie 229
Haberl, Tobias 404 f., 498
Habermann, Gerd 481, 498
Habermas, Jürgen 31, 476, 480, 485
Hacha, Emil 78
Hacks, Peter 249, 253, 490
Haerpfer, Christian W. 33
Haerten, Heinz 27
Haese, Katja 130
Hafez, Farid 153
Hager, Nina 133
Haglind, Andreas 217

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hagtvet, Berndt 489, 502
Haider, Jörg 476
Haig, Alexander 58
Halperin, Morton 31, 34
Hamm, Roland 112
Hammer, Elke-Ursel 280
Hamzawy, Amr 474
Handlos, Franz 62
Handro, Saskia 481, 498
Hanija, Ismail 148
Hansen, Henning 47 f., 76
Harbrich, Kai 285, 288, 290, 502
Harmsen, Caroline 29
Harrap, Julia 281
Harrison, Hope M. 265, 270, 272-274, 498
Hartewig, Karin 448
Hartleb, Florian 482, 491, 503
Hartleb, Katja, 481, 498
Hartley, Christopher 185
Hartmann, Axel 271
Hartmann, Jürgen 481, 498
Hartmann, Martin 481, 498
Haselberger, Stephan 129
Haseloff, Reiner 116
Hatzius, Martin 482, 498
Haumann, Heiko 482, 498
Haupt, Heinz-Gerhard 14
Hauptmeyer, Carl-Hans 266, 501
Hausenstein, Wilhelm 97
Häusler, Alexander 65, 152, 221, 460 f., 501
Haußleiter, August 45, 50, 76
Havemann, Robert 413, 437
Hayek, Friedrich August von 481, 491, 502
Hecker, Thomas 162, 173
Hector, Edgar 97
Heid, Ludger 304
Heidegger, Martin 343
Heidemeyer, Helge 270, 280, 437, 498
Heidenreich, Bernd 464 f., 482, 498
Heil, Hubertus 457
Heil, Reinhard 482, 498
Heim, Susanne 305
Hein, Bastian 451
Hein, Jan-Philipp 128
Heine, Fritz 77-79, 81-84, 87, 89-91, 93-100
Heinemann, Winfried 482, 498
Heinitz, Ernst 24 f.
Heinrich, Horst-Alfred 505
Heinsohn, Gunnar 114
Heinz, Friedrich Wilhelm 87 f.
Heinzig, Dieter 422
Heise, Thomas 190
Heister, Sabine 431
Heitmann, Steffen 66
Heitmeyer, Wilhelm 467
Heitzer, Horstwalter 76
Hengst, Björn 128
Heni, Clemens 285, 287, 289, 498
Henke, Klaus-Diemtar 265, 269, 275, 498
Hennig, Eike 30
Henrich, Rolf 413
Henseler, Thomas 482, 498
Hentig, Hans von 95
Hepp, Odfried 7, 60, 70 f., 181-183, 191 f., 196
Herman, Eva 66
Hermann, Angela 432, 498
Hermes, Georg 418
Hermlin, Stephan 490
Herold, Jürgen 133, 159, 161, 173
Herr, Gertrud 216
Herrhausen, Alfred 58
Herrnstadt, Rudolf 272
Hertle, Hans-Hermann 266 f., 279
Herzog, Johann 156
Hess, Otto 50
Heß, Rudolf 187, 192, 216, 218, 227
Hetzel, Andreas 482, 498
Hetzer, Wolfgang 456
Heuer, Jens-Uwe 6, 343-345, 498
Heuser, Georg 468 f.
Heuss, Theodor 90 f., 95
Heyck, Hunter 430
Heydemann, Günther 477, 496
Heyder, Matthias 117
Heydrich, Rainer 450 f., 497
Heyenn, Dora 107
Heyer, Andreas 413, 437
Heymann, Tobias von 196
Hildebrand, Daniel 482, 498
Hildebrandt, Klaus 476
Hildesbrandt, Cornelia 247
Hillebrand, Heinz 163 f.
Hillgruber, Andreas 452
Hilsberg, Stephan 459
Himmler, Heinrich 397, 436, 450 f., 464, 500
Hindenburg, Paul von 374, 376
Hintermeyer, Pascal 474, 495
Hirscher, Gerhard 58, 246, 249, 260

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hirschmann, Kai 5, 8, 285
Hitler, Adolf 6, 45, 71-75, 77, 84, 96, 99, 101, 174, 181, 183, 191, 194, 212 f., 217 f., 230, 237, 301 f., 305, 307, 310 f., 345, 357-359, 374, 378-380, 395, 397, 404, 432 f., 436 f., 451 f., 464, 472, 479, 491, 499, 502 f., 506
Hobbes, Thomas 40, 343, 345
Hobsbawm, Eric J. 243
Hodos, Georg Hermann 43
Hof, Tobias 6, 346-348, 498
Höffe, Otfried 34 f.
Hoffmann, Dierk 283
Hoffmann, Hanna 489, 502
Hoffmann, Heinz 414
Hoffmann, Karl Heinz 5, 59, 181, 183, 325-330, 498
Hoffmann, Karsten Dustin 6, 350-352, 454, 498
Hoffmann, Uwe 52
Hofinger, Christoph 427, 498
Hofmann, Domenica 455, 495
Hofmann, Gunter 482, 498
Hogefeld, Birgit 58
Höger, Inge 129
Hohmann, Martin 66
Höhne, Roland 6, 346
Holl, Thomas 190
Hollande, François 405
Hollmann, Michael 74
Hollstein, Miriam 119
Holm, Carsten 222
Holter, Helmut 119
Holtmann, Everhard 116 f.
Hommrich, Dirk 482, 498
Honecker, Erich 64, 272 f., 279, 284, 398, 400, 413 f., 422 f., 441
Honecker, Margot 64
Hönnige, Christoph 431, 498
Honnigfort, Bernhard 131
Horkheimer, Max 307
Hornauer, Erwin K. 80, 86, 89, 91-93
Hornig, Eike-Christian 417 f., 498
Hörnle, Raimund 182
Horst, Patrick 106
Hörster-Philipps, Ulrike 82, 92
Hoßbach, Friedrich 357
Hötsch, Ursula 481
Hough, Dan 157
Hövermann, Andreas 492, 503
Huar, Ulrich 257 f.
Huber, Peter M. 417, 486, 497
Huber-Grabenwarter, Georg 456
Hufmann, Johann-Friedrich 266, 496
Hüllen, Rudolf van 6, 58, 260, 331-333, 371, 495
Hundhammer, Alois 45
Hund-Radowski, Hartwig 310
Hunko, Andrej 129
Huntford, Roland 228
Huntington, Samuel P. 31, 37, 449
Hurkina, Svitlana 420
Hürter, Johannes 28
Huse, Norbert 280
Hüttmann, Jörn 341

Ignazi, Piero 245
Imbusch, Heinrich 73
Imhoff, Maximilian Elias 482, 498
Immermann, Karl 99
Inglehart, Ronald 33, 315
Ipsen, Jörn 432
Isensee, Josef 344
Ishiyama, John T. 246
Ismayr, Wolfgang 231
Itzerott, Dieter 252
Ivaldi, Gilles 233

Jabs, Cornelie 270
Jachtenfuchs, Markus 30, 39
Jacob, Manuel 265, 498
Jaeger, Hans 73
Jäger, Herbert 28
Jäger, Ralf 151
Jäger, Thomas 285, 287, 291, 498
Jaggers, Keith 33
Jahn, Detlef 231, 239
Jahn, Hans Edgar 93, 246
Jahn, Roland 454 f., 501
Jakob, Christian 115
Jaksch, Wenzel 73
Jander, Martin 13 f.
Janik, Gregor 160
Jansson, Mikael 234
Jarausch, Konrad H. 267, 269
Jaruzelski, Wojciech 421, 482
Jaschke, Hans-Gerd 46, 76, 165-167, 170, 334, 337, 409
Jeffreys, Diarmuld 6, 354 f., 498
Jelinek, Elfriede 480
Jelpke, Ulla 64, 128
Jenewein, Hans-Jörg 156
Jenke, Manfred 75 f., 101

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jens, Walter 22
Jensen, Uffa 483, 498
Jeschonnek, Günter 280
Jesse, Eckhard 5, 9, 14, 26, 61 f., 66, 70 f., 76, 105, 120, 124, 128, 132, 138, 157, 162, 164-167, 169, 171, 216 , 229 f., 233, 244, 249, 265, 267, 335, 339, 351, 438, 461, 483, 485
Jessen, Ralph 6, 358, 499
Jetter, Jan 219
Jochem, Sven 228, 246
Jochmann, Werner 304
Joestel, Frank 275
John, Otto 79, 86, 91 f.
Johnson, Ian 433 f., 499
Johnson, Lyndon B. 324
Jonelat-Krüschet, Gabriele 506
Josua, Maria 474
Jun, Uwe 483, 499
Jung, Otmar 417, 497
Jung, Wolfgang 140, 156
Jünger, Ernst 392
Junginger, Horst 483, 499
Jürgensen, Bettina 128
Jürgs, Michael 447 f., 499

Kaase, Max 6, 30, 53, 357
Kaase, Max 30, 53, 358
Kachel, Steffen 483, 499
Kaes, Anton 480, 497
Kahl, Martin, 483, 493, 499
Kailitz, Steffen 31, 66, 167, 218, 420
Kaiser, André 30
Kaiser, Kerstin 130
Kaiser, Simone 159
Kaleja, Theresa 456
Kallinich, Daniela 125
Kalnein, Albrecht Graf von
Kamil, Omar 475, 495
Kaminer, Wladimir 480
Kaminsky, Anna 267, 270, 451, 499
Kandel, Johannes 435, 499
Kane, Marie-Isabel 336
Kant, Immanuel 477, 482
Kapellen, Michael 13
Karadžić, Radovan 366
Karl, Heinz 174
Karlsch, Rainer 411, 496
Karlsson, Bert 233
Karner, Stefan 265, 274, 499
Karski, Jan, 480, 497
Kater, Thomas 477, 496
Katsakioris, Constantin 430
Katz, Jakob 304
Katz, Ottmar 77
Kaufmann, Bruno 418
Kausch, Stefan 341
Keller, Gabriela M. 148
Keller, Patrick 285, 288, 290, 292, 496
Kellerhoff, Sven Felix 52, 278
Kellermann, Gero 483, 499
Kelly, Petra 61, 369
Kelsen, Hans 343
Kemna, Erwin 221
Kempe, Frederick 265, 268 f., 499
Kennedy, John F. 25, 265, 268, 274 f., 315, 324, 471
Kern, Ronny 265, 276, 499
Kershaw, Ian 436 f., 499
Kessler, Hans 23
Keßler, Heinz 265, 275, 499
Keßler, Mario 430
Keulder, Christiaan 319
Keussler, Klaus-M. von 265, 278, 499
Kexel, Walther 7, 60, 70 f., 181-183, 191 f., 196
Keynes, John Maynard 300
Kielmansegg, Peter Graf 30, 39
Kiesewetter, Michèle 189
Kiess, Johannes 341
Kiliç, Habil 187
Kimmel, Adolf 444
Kimmel, Elke 280
Kinner, Klaus 437 f., 499
Kipping, Katja 385
Kirchenbauer, Julius 318
Kirchheimer, Otto 486
Kirchhoff, Markus 475, 495
Kissenkötter, Udo 73
Kissinger, Henry 6, 361-363, 499
Kissler, Alexander 391
Kitschelt, Herbert 233
Kittel, Manfred 76
Klaiber, Manfred 91
Klar, Christian 57
Klare, Heiko 141
Klatt, Johanna 483, 499
Klaubert, David 186, 188
Klaus, Vaclav 235
Klausmeier, Axel 265, 269, 280, 499
Klebe, Torben 108, 219

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kleberg, Ernst-August 90
Kleemann, Frank 485, 500
Klein, Angelika 130
Klein, Markus 489, 502
Kleinert, Hubert 43, 54, 58, 334, 443
Kleinmann, Hans-Otto 83
Kleßmann, Christoph 267
Klevesath, Lino 483, 499
Klier, Freya 276
Klingemann, Hans-Dieter 30, 316
Klingspor, Hermann 47
Kluth, Hans 44
Knaack, Kirsten 225
Knabe, Hubertus 43 f., 48, 52, 57, 61, 76, 131
Kneip, Sascha 431 f., 498
Kneisler, Isabel 438 f., 499
Knief, Johann 479, 497
Knoch, Habbo 483, 498
Knoeringen, Waldemar von 93
Knütter, Hans-Helmuth 47, 76
Koch, Frank Thomas 402, 499
Koch, Josef 483, 499
Koch, Roland 491, 502
Kocks, Alexander 285, 288, 290, 502
Koenen, Gerd 8, 13 f., 22, 24, 28 f., 58
Kohl, Christiane 117, 190
Kohl, Helmut 62, 273, 396, 422, 444
Kohl, Karl-Heinz 479, 497
Köhler, Astrid 483, 499
Köhler, Bodo 278
Köhler, Gundolf 59, 325 f., 329
Köhler, Kevin 319
Köhler, Otto 440, 449
Kohler-Koch, Beate 39
Kohlmayr, Christine 484, 499
Kohrs, Klaus Heinrich 28
Kolb, Eberhard 476
Kollmorgen, Raj 402, 499
Köllner, Patrick 31, 157
Kondylis, Panajotis 69
König, Gerd 441, 499
König, Helmut 505
Kopke, Christoph 165, 213
Kopp, Magdalena 57
Köppl, Stefan 438 f., 499
Korge, Johannes 221
Kornelius, Bernhard 112
Koschkar, Martin 118, 120
Koschmieder, Carsten 336
Koß, Michael 157, 232, 438
Kössler, Till 43
Köster, Stefan 119 f.
Kraft, Hannelore 105
Krähnke, Uwe 485, 500
Krämer, Gudrun 484, 499
Krämer, Ralf 163 f.
Krause, Peter 38
Kraushaar, Wolfgang 13 f.
Krauth, Tanja 110
Krebs, Pierre 225
Kreikenbom, Henry 201
Kreiser, Klaus 484, 499
Krenz, Egon 64, 172 f., 258, 422 f., 441
Kretschmann, Wilfried 112
Krieger, Wolfgang 87
Kriesi, Hanspeter 418
Krige, John 430
Kroesen, Frederick 58
Kröger, Christine 226
Kronenberg, Volker 105, 442, 499
Kropp, Sabine 228
Krüger, Dieter 87
Krüger, Gerhard 47, 76
Kubaşik, Mehmet 187
Kuczynski, Jürgen 429
Kuhlmann, Anke 269
Kuhlmann, Sabine 418
Kühn, Andreas 58
Kühn, David, 487, 496
Kühnen, Michael 56, 60, 213
Kühnl, Reinhard 72, 75
Kukutz, Irena 412 f.
Kumm, Otto 395
Kumpf, Ute 425
Kunisch, Johannes 484, 499
Kunkel, Sönke 430
Kunstmann, Heinrich 50
Kunze, Rolf-Ulrich 15
Kunzelmann, Dieter 52, 57
Kupitz, Lutz 130
Küpper, Beate 492, 503
Kuropka, Joachim 484, 499
Kurras, Karl-Heinz 53, 70
Kusche, Isabel 456
Küsters, Hanns Jürgen 271
Kutsch, Matthias 52 f.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lafontaine, Oskar 67, 106, 125, 130, 161, 176, 261, 332, 405, 486, 500
Lake, David A. 34
Lammert, Markus 493
Lampert, Heinz 484, 499
Landois, Leonard Felix 344
Lang, Anne 364 f., 499
Lang, Jürgen P. 6, 157, 162, 331, 385
Lange, Hans-Jürgen 336
Lange, Marcus 460
Lange, Torsten 156
Langenbacher, Nora 425 f., 499
Langenohl, Andreas, 480, 484, 497, 499
Langguth, Gerd 52 f., 60
Langhans, Rainer 52
Lapp, Peter Joachim 265, 271 f., 414, 499
Lappenküper, Ulrich 443, 499
Larson, Erik N. 456
Larsson, Stieg 228, 236 f.
Latzo, Anton 173 f.
Laubenthal, Ulrike 490, 502
Lauter, Dorothee 431
Laval, Pierre 96
Leggewie, Claus 6, 165, 364 f., 367, 484, 499
Lehmann, Hans Georg 283
Lehnert, Detlef 464 f., 484, 499
Lehr, Robert 75, 82
Leibnitz, Gottfried Wilhelm 482
Leidhold, Wolfgang 30
Lembke, Heinz 60
Lemke, Michael 267, 269
Lengsfeld, Vera 484, 500
Lenin, Wladimir Iljitsch 173, 252, 254 f., 258, 378, 380
Lenski, Katharina 507
Lenz, Otto 74, 80-83, 86-93, 99-101
Lenz, Siegfried 490
Letho-Bleckert, Katriina 445, 500
Leuchtgens, Heinrich 46
Levin, Shlomo 330
Levitsky, Steven 36
Lévy, Bernard-Henri 437
Leyendecker, Hans 190
Libera, Kurt 130
Lichtenstaedter, Siegfried 299, 301
Liebermann, Doris 271
Liebig, Stefan 130
Liebknecht, Karl 92, 127
Liebold, Sebastian 5, 315
Liebscher, Manfred 259
Lieres, Marianne von 26
Lietz, Heiko 438
Lietzmann, Hans J. 5, 9, 320-323
Lijphart, Arend 30, 37, 383
Limongi, Fernando 33
Lindenberg, Udo 480
Lindenberger, Thomas 269, 271, 448
Linder, Bernadette 446, 500
Lindgren, Astrid 228
Lindner, Jan-Eric 222
Linse, Walter 44
Linz, Juan J. 244
Lipset, Seymour Martin 30, 33
List, Ola 40
Livi, Massimiliano 213
Llanque, Marcus 30, 256, 476, 496
Loerbroks, Otto 77, 80, 83, 90, 96
Löffler, Dietrich 465 f., 500
Logvinov, Michail 436
Lohre, Matthias 188
Lohse, Eckart 484, 500
Longato, Fulvio 481, 498
Longerich, Peter, 450
Lönnendonker, Siegward 52
Lööw, Heléne 237, 246
Lorenz, Astrid 431 f., 498
Lorenz, Peter 57, 415
Lorenz, Robert 483, 499
Loritz, Alfred 46, 49
Lötzsch, Gesine 106, 108, 127 f., 131, 133, 135
Low, Alfred 304
Lowen, Rebecca 430
Löwenthal, Richard 48
Lübke, Heinrich 45, 53
Lucius, Robert von 151
Ludendorff, Erich 6, 374-377, 500
Lüders, Michael 285, 295, 500
Lüdtke, Alf 447, 500
Ludz, Peter C. 477
Ludz, Ursula 403
Luh, Jürgen 485, 500
Luhmann, Niklas 30, 455
Lui Xiaobo 492, 503
Lukács, Georg 344
Lux, Stefan 124
Luxemburg, Rosa 92, 127, 343

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mackow, Jerzy 416
Maegerle, Anton 212-215, 217 f., 227
Mahler, Horst 5, 8, 13 f., 17-19, 27-29, 52, 57, 463
Mählert, Ulrich 282, 428, 500
Maier, Hans 485, 500
Majorow, Bernhard 260
Malick, André M. 453 f., 500
Malzew, Michail 411
Mangold, Anne 448
Mankell, Henning 228
Mann, Golo 403
Mann, Thomas 392
Mannewitz, Tom 6, 331
Manz-Christ, Gerlinde 427, 498
Mappus, Stefan 112
Markov, Helmuth 130
Marohn, Heinz 159
Marshall, Monty G. 33
Martens, Ulrike 267
Martini, Magda 485, 500
Maruhn, Jürgen 61
Marx, Karl 30, 173, 175, 343, 477
Marxsen, Christian 485, 500
März, Peter 6, 374
Masloh, Aloys 83, 97, 100
Matusckek, Ingo 485, 500
Maududi, Sayyid Abul Ala 286
Maurer, Andreas 431
Maurer, Jochen 265, 276, 500
Mayer, Franz C. 431 f.
Mayer, Hans 490
Mayer, Herbert 43
Mazowiecki, Tadeusz 482
Mazyek, Ayman 199
McCann, Maddie 448
Mechtersheimer, Alfred 156
Meckel, Markus 438
Mecklenburg, Jens 79, 101, 214
Meenen, Uwe 124
Mehrer, Anne 338
Mehring, Reinhard 343
Meier, Horst 165
Meinberg,Wilhelm 50
Meinhof, Ulrike 5, 8, 13-17, 19, 25-29, 55, 57, 181, 445 f.
Meining, Stefan 433 f., 500
Meinl, Susanne 87
Meisner, Matthias 112, 114, 116
Meißner, Gustav 89
Meissner, Christoph 180
Mekhennet, Souad 289
Mende, Silke 6, 368-370, 500
Mercker, Reinhold 92
Merkel, Angela 105, 130, 405, 443, 480
Merkel, Peter H. 407
Merkel, Wolfgang 33, 36, 316
Merl, Stephan 360
Merseburger, Peter 94
Merz, Rudolf 98
Metaxas, Eric 485, 500
Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 375
Meyer, Hendrik 435, 500
Meyer, Kurt 97, 396
Meyer, Thomas 449, 500
Meyer, Till 57
Michael-Fiedler, Hans 212
Michaelis, Alfred 77
Michalka, Wolfgang 171
Michnik, Adam 482
Micus, Matthias 158, 458, 496
Midlarsky, Manus I. 6, 371-373, 500
Mies, Herbert 58
Miessner, Herwart 47
Milborn, Corinna 149
Miliopoulos, Lazaros 7, 42, 434
Minkenberg, Michael 426
Minkmar, Niels 385
Mitterrand, Francois 421, 443 f., 493, 499
Mittler, Günther R. 269
Mletzko, Matthias 493
Modrow, Hans 271, 422, 438, 441
Mohler, Armin 6, 391-394, 502
Mohnhaupt, Brigitte 57
Molau, Andreas 151
Möller, Barbara 108
Möllers, Martin H.W. 165, 184, 448, 485, 500
Moltke, Freya von 480, 497
Moltke, Helmut James von 376, 480
Moltke, Helmuth von 376
Mölzer, Andreas 156
Moneta, Jacob 64
Mongardini, Carlo 481, 498
Morat, Daniel 483, 498
Moreau, Patrick 72 f., 75, 233, 237 f., 240, 245 f., 331, 474, 495
Moros, Aldo 347 f.
Morricone, Ennio 62
Morris, Ian 485, 500

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Moulay Mohamed, Ghembaza 148
Mudde, Cas 169, 231, 245, 341
Mües-Baron, Klaus 450, 500
Mugabe, Robert 58
Mühlefeldt, Frank 253, 258
Mühlen, Patrik von zur 73, 265, 270 f., 500
Müller, Claus Peter 186
Müller, Dietmar 451, 499
Müller, Hans-Peter 44, 61
Müller, Harald 34
Müller, Helmut 162
Müller, Josef 83
Müller, Judith Maria 485, 500
Müller, Kurt 43
Müller, Michael 87
Müller, Peter F. 87
Müller, Reinhard 485, 500
Müller, Rolf-Dieter 451 f., 500
Müller, Tim B. 429, 497
Müller, Werner 429, 476
Müller-Enbergs, Helmut 442
Müller-Hansens, Beatrice 24
Mundlos, Uwe 141 f., 186 f., 189, 195
Münkel, Daniela 265, 269, 275 f., 500
Münkler, Herfried 10, 465, 476
Muschel, Roland 112
Muschg, Adolf 476, 496
Mußgnug, Martin 55, 62
Mussolini, Benito 359

Nagie, Ibrahim Agi 199
Nahles, Andreas 457
Napoleon III. 419
Narr, Wolf-Dieter 165
Nasrallah, Hassan 148
Naumann, Friedrich 310
Naumann, Michael 480
Naumann, Werner 49
Nebelin, Manfred 6, 374-376, 500
Nehring, Holger 430
Neiber, Gerhard 258
Neidhardt, Friedhelm 30, 52, 476
Neitzel, Sönke 464 f., 491, 498, 503
Nestler, Christian 5, 9, 248, 261
Neu, Viola 486, 500
Neubauer, Harald 62
Neubauer, Werner 156
Neugebauer, Gero 158, 165, 335
Neumann, Franz L. 321
Neumann, Peter 210
Neumann, Peter 210, 475
Neutsch, Erik 481
Niedenthal, Clemens 265, 280, 500
Niedermayer, Oskar 121, 442 f., 500
Niedermeier, Hans-Peter 62
Niedhart, Gottfried 478, 496
Niekisch, Ernst 183, 392
Niemann, Arne 431
Niemann, Mario 476, 496
Nitz, Inga 114
Nitzsche, Henry 156
Niven, Bill 505
Nixon, Richard 363
Noelle-Neumann, Elisabeth 487
Nohlen, Dieter 230, 383
Noll, Dieter 249, 253
Nolte, Ernst 6, 378, 476
Nolzen, Armin 480, 497
Nooke, Maria 271, 277, 279
Nord, Antonie 319
Nordhausen, Frank 285, 295, 501
Normann, Lars 6, 65, 350, 410
Norris, Pippa 5, 30 f., 233, 315-319
Nowak, Carsten 486, 500
Nübler, Nobert 478, 496

Obama, Barack 130, 428, 476
Oberhof, Mathis 130
Oberreuter, Heinrich 486, 500
Oehler, Christoph 31
Oehmichen, Manfred 180
Oelßner, Fred 272
Offe, Claus 30, 481, 498
Ohlemacher, Thomas 448
Ohly, Lars 239 f.
Ohnesorg, Benno 25, 53 f.
Ohse, Marc-Dietrich 6, 265, 398, 500
Ollenhauer, Erich 92, 312, 389 f.
Olsen, Jonathan 157
Olteanu, Tina 456
Omland, Frank 358
Ooyen, Robert Chr. van 165, 184, 485 f., 500
Opitz, Reinhard 79
Oppenhäuser, Holger 339
Osgood, Kenneth 430
Oster, Uwe A. 486, 500
Ostner, Ilona 38
Ostrovsky, Viktor 326

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Otte, Paul 181
Otto, Wilfriede 275
Özdemir, Cem 480
Özüdoğru, Abdurrahim 187
Özuğuz, Aydan 198

Pabst, Waldemar 92
Paetel, Karl O. 72, 75
Pastörs, Udo 119 f., 139, 144, 218
Pateman, Carole 31
Pates, Rebecca 340 f.
Patzelt, Werner J. 358, 417, 425
Paul, Gerhard 181
Paulsson, Tor 234
Pázmándy, Matthias 456
Perels, Joachim 486, 500
Peres, Schimon 129
Pergande, Frank 486, 500
Personenverzeichnis
Persson, Jenny Lindahl 240
Perthes, Volker 285, 296, 501
Peters, Butz 57
Peters, Gunnar 271
Peters, Ingo 267
Peters, Jan 428 f., 501
Peters, Tim 174
Petersohn, Bettina 431
Petersson, Olof 230
Petschke, Madeleine 466
Pfafferott, Martin, 5, 9, 157
Pfahl-Traughber, Armin 5, 7, 58, 165-167, 180, 182, 184 f., 195, 249, 260, 335 f., 339, 406 f., 426
Pfeiffer, Thomas 235
Pfizer, Theodor 23
Philippsberg, Robert 5, 9, 211, 219 f.
Piening, Knud 74
Piepenschneider, Melanie 265, 501
Pingel-Schliemann, Sandra 120
Pirogow, Nikolai 419
Platon 30
Plener, Ulla 440, 501
Ploenus, Michael 6, 391
Poeschke, Frieda 330
Pöhlmann, Siegfried 55
Pol Pot 58
Polexe, Laura 486, 501
Poliakov, Léon 304
Ponso, Marzia 487, 501
Ponto, Jürgen 57
Popp, Maximilian 117
Poppe, Gerd 438
Poppe, Ulrike 438
Porsche-Ludwig, Markus 493
Posener, Alain 128
Praschl, Gerald 454 f., 501
Predić, Uroš 504
Preiselbauer, Josef A. 128
Prenninger, Alexander 407, 495
Preuss, Hugo 483, 499
Priddat, Birger P. 455 f., 501
Priemer, Rolf 133
Prieß, Bodo 45
Prinz, Sebastian 493
Probst, Lothar 6, 114, 368
Pröve, Ralf 28
Pröve, Ralf 28, 448
Przeworski, Adam 33
Pufelska, Agnieszka 425, 497
Pufendorf, Samuel von 482
Pühse, Jens 115
Pulzer, Peter 304
Püschel, Hans 117
Puschnerat, Tânia 450
Putnam, Robert D. 317
Pyta, Wolfram 374

Quack, Gregor 188
Quisling, Vidkun 78
Quoirin, Marianne 487, 501
Qutb, Sayyid 286 f., 290

Raabe, Wilhelm 302
Rabe, Felix 161, 175
Rabe, Friedrich 159
Rabehl, Bernd 52
Rabert, Bernhard 71, 181 f.
Radke, Albert 79, 86, 90, 95
Radke, Johannes 188
Rahn, Hartmut 26 f.
Ramet, Sabrina P. 245
Ramezani, Reza 148
Ramiro, Luis 246
Rancière, Jacques 339, 482
Ranney, Austin 418
Rapoports, David 487 f.
Raspe, Jan-Carl 57
Rath, Christian 190
Rathenow, Lutz 270

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rau, Johannes 422
Rau, Wolfgang 456
Rauball, Reinhard 25
Reagan, Ronald 396
Rebaschus, Matthias 108
Rebmann, Kurt 325 f.
Recker, Marie-Luise 479, 497
Redler, Lucy 134 f.
Reed, Douglas 73, 75, 77, 99
Reemtsma, Jan Philipp 217
Reents, Jürgen 64
Reese-Schäfer, Walter 483
Rehlinger, Ludwig A. 279 f., 487, 501
Reiber, Tatjana 476, 496
Reich, Jens 5, 302
Reichardt, Sven 487, 501
Reichel, Peter 505
Reich-Ranicki, Marcel 490
Reimann, Max 43
Reinecke, Stefan 119
Reinhardt, Max 457, 501
Reinhold, Otto 271
Reinke, Christian 219
Reinke, Herbert 447, 500
Reißig, Rolf 403
Reiter, Helga 285, 501
Reiter, Margit 292
Remer, Otto Ernst 47, 76, 79, 91
Renger, Annemarie 90
Rensmann, Lars 165
Repke, Irina 222
Requate, Jörg 14
Reuter, Ernst 44
Reuth, Ralf Georg 282
Richelieu, Armand-Jean du Plessis Duc de 97
Richter, Edelbert 438
Richter, Franz (siehe Rößler, Fritz)
Richter, Hartmut 271
Richter, Hedwig 6, 358, 499
Richter, Ilka 487, 501
Richter, Karl 139
Richter, Philipp 418
Richter, Sebastian 269
Richter, Wera 133
Rieck, Jörg (siehe Rieger, Jürgen)
Rieck, Jörg 224 f.
Riefenstahl, Leni 359
Rieger, Harald 211
Rieger, Heinz 211
Rieger, Hella 211
Rieger, Jürgen 5, 9, 211-227
Rieger, Okko 211
Rieger, Ragnar 211
Riehl, Jürgen (siehe Rieger, Jürgen)
Riemeck, Renate 445
Riescher, Gisela 231
Riesser, Gabriel 300
Rietra, Madeleine 487
Riexinger, Bernd 112
Rising Hintz, Gunilla 228
Ritscher, Bodo 45
Ritter, Karlheinz 75
Ritzi, Matthias 487, 501
Rivera, José Antonio Primo de 391
Röbel, Sven 190, 216
Robertson von Trotha, Caroline Y. 246, 467, 501
Rodatz, Matthias 340
Röder, Werner 73 f.
Roeder, Manfred 56, 59, 182
Roessing, Thomas 487, 501
Roewer, Helmut 76, 98
Rohe, Mathias 494
Röhl, Bettina 14
Röhl, Klaus Rainer 14, 52
Röhl, Klaus Rainer 14, 52, 445
Röhm, Ernst 73, 345
Rohr, Anna 277
Rohwedder, Detlev-Karsten 58
Rohwer, Uwe 181
Roik, Michael 58, 61
Roller, Edeltraud 37 f.
Rommelspacher, Birgit 467
Roolf, Benn 455
Röpke, Andrea 151, 211 f., 216-219, 226, 408 f., 501
Röpke, Wilhelm 310
Rosanvallon, Pierre 317
Rose, Detlev 211-213, 215-217, 221 f., 226 f.
Rose, Paul Lawrence 304
Rosen, Klaus-Henning 181
Rosenberg, Ludwig 92
Rosenfeld, Jean E. 487, 501
Rößler, Fritz 47 f.
Roßteutscher, Sigrid 256
Roth, Gerhard 13
Roth, Joseph 487, 501
Roth, Karl Heinz 305
Rouhs, Manfred 123, 141, 151, 156
Rousseau, Jean-Jacques 383

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rüb, Friedbert 421
Rubin, Berthold 213
Rucht, Dieter 52
Rudolph, Karsten 285, 288, 294, 497
Rudzio, Wolfgang 65, 336
Ruf, Christoph 404 f., 501
Ruge, Walter 174
Ruggenthaler, Petra 274
Rumsfeld, Donald 292
Rupp, Klaus-Rainer 114
Rürup, Miriam 483, 498
Ruß, Sabine 231
Russel, Dick 285, 298, 502
Rüthers, Bernd 344
Rydgren, Jens 232-234, 246

Saage, Richard 30, 462
Sacharow, Wladimir W. 411
Sachs, Matthias 458, 501
Sadat, Jehan 487, 501
Saekel, Ursula 459, 501
Salomon, Ernst von 45
Sälter, Gerhard 267, 279 f., 448
Salzborn, Samuel 5, 128, 305, 494
Sand, Shlomo 488, 501
Sander, Hans-Dietrich 393
Sänger, Fritz 91
Sanve, Hans-Wilhelm 282
Saper, Thomas 461
Sarkozy, Nicolas 130
Sarrazin, Thilo 5, 114, 124, 152, 208, 307, 406, 435, 491
Sartre, Jean-Paul 307
Sauberzweig, Dieter 17, 22
Sauer, Karl 79
Sawczuk, Janusz 488, 501
Schaal, Gary S. 30, 256
Schaarschmidt, Thomas 481, 484, 498, 500
Schabowski, Günter 64, 258, 273
Schaefer, Hans Ch. 407
Schäfer, Armin 37 f.
Schäfer, Michael 73
Schäfer, Mike S. 446
Schäfer, Stefan 76, 98
Schaffarczyk, Herbert 97
Schäfstoß, Nicolas 112
Schale, Frank 486, 500
Schaller, Tina 267
Schattauer, Göran 187, 189, 195
Schäuble, Martin 488, 501
Schäuble, Wolfgang 344
Schedler, Andreas 35
Schedler, Jan 65, 460
Scheerer, Sebastian 453 f, 501
Schefold, Dian 417
Scheil, Stefan 451 f., 502
Scheler, Max 310
Schellenberg, Britta 425 f., 499
Schenke, Wolf 79
Scheuch, Erwin K. 48
Scheuermann, Christoph 187
Scheuring, Jana 340
Schicketanz, Peter 413 f., 497
Schildt, Axel 430
Schiller, Theo 418
Schilmar, Boris 72
Schily, Otto 24
Schipanski, Dagmar 271
Schirdewan, Karl 272
Schirrmeister, Benno 115
Schleicher, Kurt von 345
Schlesinger, Andreas 141
Schleyer, Hanns Martin 57, 282
Schlichting, Franz-Josef 265, 502
Schlierer, Rolf 140, 154, 156
Schlipphak, Bernd 488, 501
Schlotter, Peter 34
Schlusche, Günter 265, 280 f., 499
Schlüter, Kai 488, 501
Schlüter, Leonhard 47
Schmeisser, Hans-Konrad 73
Schmeitzner, Mike 452, 488, 501
Schmid, Günther 30, 53
Schmid, Hans Bernhard 488, 501
Schmid, Harald 505
Schmid, Michael 455 f., 501
Schmid, Thomas 285, 295, 501
Schmidt, Daniel 213, 340, 448
Schmidt, Helmut 52, 444, 476, 482, 489, 493
Schmidt, Manfred G. 5 f., 8, 10, 30 f., 36, 255, 381
Schmidt, Wolf 146, 188 f., 191, 195
Schmidtchen, Gerhard 28
Schmidt-Eenboom, Erich 87, 487, 501
Schmiechen-Ackermann, Detlef 266, 501
Schmitt, Carl 6, 323, 340, 343-345, 392, 448, 456, 464, 498, 502
Schmitt, Marco 455
Schmitter, Philippe C. 30

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schmollinger, Horst W. 45, 47, 76
Schneider, Christian 478, 496
Schneider, Christiane 352
Schneider, Günter 280
Schneider, Guntram 198
Schneider, Horst 249
Schneider, Patricia 493
Schnell, Lucia 163 f.
Schnippenkötter, Swidbert 86, 88, 90, 92
Schnitzler, Karl-Eduard von 249
Schoeler, Andreas von 165
Schoen, Harald 31, 418
Schoenenburg, Arnold 131
Schoenfeld, Karl-Heinz 267
Schölderle, Thomas 462, 501
Scholl-Latour, Peter 488, 501
Scholz, Olaf 106
Scholz, Robert 218, 220 f.
Scholzen, Reinhard 488, 501
Schönaich-Carolath, Paul Freiherr zu 81
Schönball, Ralf 152
Schönbohm,Wulf 53
Schönborn, Meinolf 213, 215
Schöne, Jens 265, 271, 501
Schönfeldt, Rolf 51
Schönhoven, Klaus 6, 388
Schönhuber, Franz 62
Schoon, Steffen 118, 120
Schopenhauer, Arthur 21
Schorlemmer, Friedrich 489, 501
Schraten, Jürgen 484, 499
Schreiner, Reinhard 83
Schrenck-Notzing, Caspar von 393, 488, 501
Schrenk, Klemens H. 35
Schirrmeister, Benno 115
Schröder, Gerhard 67, 416
Schröder, Kristina 338
Schröder, Richard 438
Schroeder, Klaus 271, 279
Schubarth, Wilfried 165
Schubert, Frank 59, 339
Schubert, Ingrid 57
Schubert, Klaus 435, 500
Schubert, Thomas 489, 501
Schüddekopf, Otto-Ernst 72
Schuhmacher, Hajo 480
Schulenburg, Peter 265, 278, 499
Schuller, Wolfgang 6, 343, 438
Schult, Reinhard 438
Schultheis, Christoph 467, 497
Schulz, Frauke 125
Schulz, Werner 417, 438
Schulze, Rainer-Olaf 431
Schumacher, Kurt 43, 89-91, 93-96, 98-100, 312, 390
Schuman, Robert 97
Schumann, Conrad 279
Schumann, Frank 275
Schumpeter, Joseph A. 32 f.
Schünemann, Manfred 441
Schütt, Hans-Dieter 489, 501
Schütz, Christian 254
Schütz, Helga 481
Schütz, Klaus 266
Schütz, Waldemar 50
Schwab, Jürgen 463 f., 501
Schwanebeck, Axel 66
Schwark, Thomas 266, 502
Schwartz, Michael 283
Schwarz, Hans-Peter 48, 93
Schweitzer, Carl-Christoph 76
Schweitzer, Christine 34
Schweitzer, Eva Johanna 489, 502
Schweling, Birgit 505
Schymans, Gudrun 239
Seebacher, Brigitte 5, 311, 313
Seeber, Hans Ulrich 463
Seehafer, Silvia 230
Seibel, Wolfgang 487, 501
Seichter, Dorit 404
Seifert, Jürgen 14, 445
Seifert, Jürgen 14, 446
Sellering, Erwin 118
Sellin, Volker 464, 502
Senge, Katharina 5, 9, 197
Senoo, Tetsuji 489, 502
Seubert, Heribert 414
Seyer, Ulrike 29
Siegel, Rainer Joachim 487
Siegele, Joe 31, 34
Siegelkow, Ingeborg 267
Siegfried, Detlef 26
Siemens, Carl Friedrich von 393
Siemens, Daniel 480, 497
Sievers, Max 73
Silke, Andrew 489, 502
Simon, Max 396
Şimşek, Enver 187
Sjöstedt, Jonas 240

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Slánský, Rudolf 43
Smith, Bradley 450
Snyder, Timothy 6, 378-380, 472, 502
Söderberg, Björn 236
Soldner, Markus 35
Sollmann, Wilhelm 73
Söllner, Alfons 482
Sommer, Meike 418
Sommer, Theo 489, 502
Sorensen, Oystein 489, 502
Sorkin, David 304
Sösemann, Bernd 489, 502
Sowinski, Oliver 76
Speer, Albert 436
Speit, Andreas 151, 190 f., 195, 211, 216, 408 f., 501
Spencer, Alexander 285, 288, 290, 502
Spengler, Oswald 392
Spieler, Robert 156
Spier, Tim 158, 238-240, 247, 489, 502
Sporleder, Dieter 183
Sprengel, Kurt 78-80, 85, 93, 98
Springmann, Baldur 369
Staadt, Jochen 465 f., 502
Stachura, Peter D. 73
Stadtkewitz, René 123 f.
Stalin, Josef 6, 58, 75, 78, 134, 272, 274, 358, 360, 373, 378-380, 399, 451 f., 470 f., 488, 499
Stange, Hans 396
Stangneth, Bettina 403 f., 502
Stark, Holger 190
Steen, Anders 234
Steffen, Christian 229, 242, 246
Steffen, Tilman 116
Steglich, Hendrik 219, 226
Stehr, Heinz 249 f.
Steinbach, Matthias 489, 502
Steinbach, Peter 505
Steinbacher, Sybille 490, 502
Steindorff, Ludwig, 478, 496
Steine, Bjorn Arne 489, 502
Steiniger, Bruni 249 f.
Steiniger, Klaus 9, 248 f., 251, 253, 255-259
Steininger, Rolf 268, 490, 502
Steinke, Bernhard 141
Steinweg, Reiner 490, 502
Stelzl-Marx, Barbara 265, 274, 499
Stenner, Christina 456
Stergiou, Andreas 429
Sterling, Eleonore 304
Stimmer, Gernot 456
Stobbe, Dietrich 17
Stoiber, Michael 6, 381-384, 502
Stokłosa, Katarzyna 490, 502
Stolper, Armin 160
Stolz, Otto 77
Stoph, Willy 181
Stöss, Richard 45, 47-51, 61, 75 f., 165, 229, 233, 337, 341
Stöver, Bernd 75
Stöver, Philip 230
Strache, Heinz-Christian 155 f.
Straßer, Gregor 72 f., 75
Straßer, Otto 5, 8, 49, 72-101, 183, 191
Strassner, Alexander 71
Strauß, Franz Josef 62, 393
Strauss, Herbert A. 74
Streeck, Wolfgang 39
Streinz, Rudolf 431
Streletz, Fritz 265, 275, 414, 499
Stresemann, Gustav 345
Stritter, Stephan 156
Strobel, Christian 490, 502
Stubbemann, Frank 181
Sturm, Michael 141, 213, 447 f., 500
Sturm, Roland 10, 105, 124, 132, 443
Suckut, Siegfried 275
Süllwold, Lieselotte 28
Süssner, Henning 247
Svensson, Thorvald 267
Szczerbiak, Aleks 240
Szulecki, Kacper 429

Taggart, Paul 240
Tal, Uriel 304
Talleyrand, Charles-Maurice de 375
Taşköprü, Süleyman 187
Tauber, Kurt P. 47 f., 73, 75 f.
Taylor, Frederick 268, 490, 502
Taylor, Robert 460
Taylor, Telford 354
Teltschik, Horst 422
Teufel, Fritz 52
Teufel, Gerhard 13
Thadden, Adolf von 47, 50, 52, 54 f., 69
Thamm, Berndt Georg 285, 288, 293 f., 502
Thatcher, Margret 421
Ther, Philip 490, 502
Theveßen, Elmar 285, 288-290, 502

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Thiel, Jens 490, 502
Thielen, Friedrich 52, 54
Thieme, Dieter 278
Thieme, Tom 5, 9, 228-230, 233, 244, 246, 421, 483, 498
Thieme, Willy 94 f.
Thijs, Krin 270
Thoma, Peter 72
Thomassen, Jacques 316
Thurow, Rudi 282
Tiemann, Karl-Albrecht 44 f.
Tietjen, Wilhelm 216
Tietmeyer, Hans 58
Tillmann, Ulrich 183
Timmermann, Heiner 265, 274, 502
Tipke, Jan 115
Tittmann, Siegfried 115
Tocqueville, Alexis de 483
Tomilina, Natalja 265, 274, 499
Toprak, Ahmet 209
Tossek, Ruth 413
Trampert, Rainer 64
Treue, Wolfgang 43
Trittin, Jürgen 64
Troebst, Stefan 451, 499
Trunk, Alexander 478, 496
Trutowski, Dominik 490, 502
Tschernjajew, Anatolij 421 f., 497
Tschubarajan, Alexander 265, 499
Tse-tung, Mao 58, 134, 363
Tuchscheerer, Heike 270, 403
Tüffers, Bettina 437, 498
Turgut, Yunus 187
Turner, Fred 430

Uckermann, Jörg 156
Ueberschär, Gerd R. 451 f., 502
Uhl, Matthias 76, 98, 274 f.
Uka, Arid 146
Ulam, Adam B. 255
Ulbricht, Walter 43, 78, 265, 268, 272-274, 283, 398-400, 413, 423, 470 f., 481, 498
Ullmaier, Johannes 29
Ullrich, Christina 468 f., 502
Urban, Markus 358 f.

Vanberg, Viktor J. 491, 502
Veen, Hans-Joachim 265, 502
Veiel, Andres 28
Veigel, Burkhart 265, 277 f., 502
Ventura, Jesse 285, 298, 502
Verba, Sydney 316
Vesper, Bernward 6, 8, 13 f., 20, 22-25, 28 f.
Vesper, Will 22 f.
Vieregge, Elmar 216, 464
Viett, Inge 57, 128
Vilimsky, Harald 156
Vogel, Bernhard 52 f.
Vogt, Kristian 114
Vogt-Spira, Gregor 481, 498
Voigt, Ekkehard 62
Voigt, Sebastian 128
Voigt, Udo 63, 123, 139, 218-221, 386
Völkl, Kerstin 116 f.
Volkov, Shulamit 306
Vollmer, Antje 64
Vollmer, Michael 420
Vollnhals, Clemens 75, 420 f., 502
Vorderbrügge, Sibylle 182
Voslensky, Michael 254
Voss, Henner 13 f.
Voss, Rüdiger von 491, 502

Wachtmeiser, Ian 233 f.
Wadsack, Waldemar 79-96, 98-100
Wagenknecht, Sahra 261, 266
Wagner, Bernd 215, 218
Wagner, Helmut 274
Wagner, Richard 152
Wagner, Wolfgang 34, 201
Waldmann, Peter 28, 194
Walk, Heike, 478, 496
Walser, Martin 66, 490
Walter, Franz 6, 158, 388-390, 458, 483, 491, 496, 502
Walther, Christian C. 285, 298, 496
Wandycz, Piotr 378
Wangler, Julian 491, 502
Wanke, Manfred 212
Warren, Marc E. 256
Watanuki, Joji 37
Way, Lucan A. 36
Weber, Alfred 321
Weber, Claudia 429, 497
Weber, Hermann 255
Weber, Jürgen 87
Weber, Max 504
Weber, Thomas 491, 502
Weckenbrock, Christoph 105, 442, 499

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wegner, Bernd 397
Wehler, Hans-Ulrich 480
Wehner, Markus 484, 500
Weichert, Stephan 447
Weidner, Stefan 285, 297, 502
Weihrich, Margit 456
Weinhauer, Klaus 14, 448
Weinrich, Johannes 57
Weinstein, Michael 31, 34
Weischenberg, Siegfried 66
Weiß, Volker 425, 491, 497, 502
Weißmann, Karlheinz 6, 391-394, 488, 502
Weixner, Bärbel M. 418
Weizsäcker, Richard von 397, 422
Wejnert, Barbara 34
Wels, Otto 312
Weltz, Friedrich 31
Welzel, Christian 33, 316, 417, 497
Welzer, Harald 491, 503
Welzk, Stefan 491, 503
Wendt, Bernd Jürgen 6, 354
Wengst, Udo 491, 503
Wentker, Hermann 283, 422 f.,497
Wenzke, Rüdiger 272, 469 f., 503
Werwath, Christian 491, 502
Wesemann, Kristin 14, 446
Wessel, Horst 480
Westarp, Graf Wolf 79
Westergaard, Kurt 152
Wette, Wolfram 451 f., 486, 500, 502
Wettig, Gerhard 270, 274 f., 470 f., 503
Wetzels, Peter 206
Widfeldt, Anders 230 f., 233, 236, 243, 246
Widmann, Marc 110
Wiedemann, Gregor 341
Wieland, Joachim 418
Wielenga, Friso 491, 503
Wiener, Markus 151, 153, 156
Wierzioch, Bastian 288
Wiese, Martin 185
Wigand, Arpad 213
Wild, Tomas 403
Wilhelm II. 345, 356, 374, 479
Wilhelmi, Hermann 99
Wilke, Karsten 6, 395, 397, 503
Wilke, Manfred 44, 61, 66, 265, 271, 273 f., 503
Wilkinson, Paul 489
Wille, Heinrich 491, 503
Willms, Thomas 391
Winkelsett, Ursula 140
Winkler, Jürgen R. 31, 468
Winter, Susanne 140
Winterberg, Yury 60
Winterhager, Friedrich 76
Wippermann, Wolfgang 339, 474, 476
Wirries, Clemens 238-240, 247
Wirsching, Andreas 430
Wirth, Joseph 82
Wisotzki, Simone 34
Witt, Otto 96
Wittreck, Fabian 417, 497
Wohlgethan, Achim 491, 503
Wohlleben, Ralf 142, 195
Wolf, Markus 64, 76
Wolf, Winfried 64
Wolff, Jonas 34
Wolff, Karl 397
Wolff, Reinhard 217
Wolfram, Klaus 412
Wolfrum, Edgar 505
Wolfssohn, Michael 48
Wolkogonow, Dimitri 255
Wolle, Stefan 6, 398-401, 503
Woller, Hans 49
Wollweber, Ernst 272
Wolter, Judith 151, 156
Wolters, Christine 492, 503
Worch, Christian 56, 213
Wowereit, Klaus 121
Wuchterl, Kurt 492, 503
Wulff, Thomas 211-213, 215-217, 221 f., 226 f.
Wurster, Stefan 31

Yaşar, Ismail 187
York-Steiner, Heinrich 299, 301
Yozgat, Halit 187

Zaisser, Wilhelm 272
Zapf, Holger 483, 499
Zauner, Stefan 77
Zehnpfennig, Barbara 472 f.
Zenker, Tibor 492, 503
Zenker-Oertel, Claudia 74
Zepp, Susanne 475, 495
Zhou Enlai 363
Zick, Andreas 492, 503
Ziekow, Jan 424, 495
Zier, Jan 114

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zietlow, Fritz 468
Zikenat, Reiner 474
Zilla, Claudia 492, 503
Zimmermann, Horst 92
Zimmermann, Jens 341
Zitelmann, Rainer 66
Zohlnhöfer, Reimut 439
Zschäpe, Beate 142, 186 f.
Zündel, Ernst 213 f.
Zuppke, Uta 23-25
Zürn, Michael 37, 39
Zweig, Arnold 490
Zweig, Stefan 487, 501
Zysk, Anja 219

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. Werner Abel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter i. R., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Udo Baron, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Lavesallee 6, 30169 Hannover.

Manuel Becker, M. A., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.

Dr. Rainer Behring, Universität Köln, Geschichtswissenschaft, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln.

Dr. Sebastian Bersick, Prof., School of International Relations and Public Affairs (SIRPA), Fudan University, Shanghai, China.

Dr. Bettina Blank, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85 a, 70372 Stuttgart.

Dr. Martin Böttger, Vorsitzender des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V., Stadtgutstraße 23, 08412 Werdau.

Dr. Wilfried von Bredow, Prof. i. R., Universität Marburg, Politikwissenschaft, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.

Dr. Hans-Jörg Bücking, Prof. i. R., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abt. Bielefeld, Kurt-Schumacher-Straße 6, 33615 Bielefeld.

Ulrich Chaussy, Publizist, Bernauer Straße 34, 81669 München.

Dr. Aurel Croissant, Prof., Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg.

Dr. Frank Decker, Prof., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.

Dr. Farah Dustdar, Publizistin, 59, Bd. Prince Felix, 1513 Luxemburg-Kirchberg, Luxemburg.

Dr. Henrik Eberle, Universität Halle, Geschichtswissenschaft, 06099 Halle.

Dr. Herbert Elzer, Historiker, Güntherstraße 23, 56626 Andernach.

Dr. Hans Fenske, Prof. i. R., Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiburg im Breisgau.

Dr. Lars Flemming, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lasallestr. 1, 08058 Zwickau.

Jan Freitag, B. A., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Karl Wilhelm Fricke, Publizist, Dransdorfer Straße 32, 50968 Köln.

Dr. Hajo Funke, Prof. i. R., FU Berlin, Politikwissenschaft, Ihnestraße 22, 14195 Berlin.

Dr. Alexander Gallus, Prof., z. Z. TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Joachim Glaubitz, Prof. i. R., Eibenring 20, 09128 Euba.

Dr. Thomas Grumke, Prof., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Hauert 9, 44227 Dortmund.

Dr. Bastian Hein, PD, Universität Regensburg, Geschichte, Baumerstraße 36, 83071 Stephanskirchen.

Dr. Dieter Heinzig, i. R., Stellv. Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Stettiner Straße 42, 50374 Erftstadt.

Dr. Andreas Heyer, Publizist, Gliesmaroder Straße 1, 38106 Braunschweig.

Stephan Hilsberg, Publizist, ehemaliges MdB der SPD, Albrechtstrasse 14 E, 10117 Berlin.

Dr. Kai Hirschmann, Stellv. Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik, Girardetstraße 1-5, 45131 Essen.

Dr. Karsten Dustin Hoffmann, Krähenweg 1, 04509 Krostitz.

Dr. Roland Höhne, Prof. i. R., Universität Kassel, Geschichte und Politik Westeuropas, Am Vogelsang 3, 34305 Niedenstein.

Dr. Rudolf van Hüllen, Lehrbeauftragter, Universität Passau, Politikwissenschaft, 94030 Passau.

Dr. Jörn Ipsen, Prof., Direktor des Instituts für Kommunalrecht, Universität Osnabrück, Martinistraße 12, 49078 Osnabrück.

Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., Hochschule für Wirtschaft und Recht, Polizei und Sicherheitsmanagement, Politikwissenschaft, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.

Dr. Eckhard Jesse, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. h.c.mult. Max Kaase, Prof., Jacobs Center on Lifelong Learning and Institutional Development, Jacobs University Bremen, Postfach 750561, 28725 Bremen.

Dr. Adolf Kimmel, Prof. i. R., Universität Trier, Politikwissenschaft, Gerhart-Hauptmann-Str.7, 66386 St. Ingbert.

Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk, Projektleiter, Abt. Bildung und Forschung, BStU, Postfach 218, 10106 Berlin.

Dr. Jürgen P. Lang, Bayerischer Rundfunk, Kolumbusstraße 1, 81543 München.

Dr. Marcus Lange, Rudolfstraße 33, 09126 Chemnitz.

Dr. Peter Joachim Lapp, DLF-Redakteur i. R., Hauptstraße 3, 57612 Ölsen.

Dr. Sebastian Liebold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Hans J. Lietzmann, Prof., Universität Wuppertal, Politikwissenschaft, Gaußstraße 20, 42119 Wuppertal.

Dr. Michail Logvinov, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Jerzy Maćków, Prof., Universität Regensburg, Politikwissenschaft, 93040 Regensburg.

Dr. Tom Mannewitz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Peter März, Historiker, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München.

Dr. Lazaros Miliopoulos, Habilitationsstipendiat der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaften e. V., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.

Dr. Martin H. W. Möllers, Prof., Fachhochschule des Bundes, Staats- und Gesellschaftswissenschaften, Ratzeburger Landstraße 4, 23652 Lübeck.

Dr. Werner Müller, Prof. i. R., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, 18051 Rostock.

Dr. Helmut Müller-Enbergs, Wissenschaftlicher Referent, Abt. Bildung und Forschung, BStU, Postfach 218, 10106 Berlin.

Dr. Herfried Münkler, Prof., Humboldt-Universität zu Berlin, Politikwissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Christian Nestler, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Rostock, Politikwissenschaft, 18051 Rostock.

Dr. Ernst Nolte, Prof. em., Freie Universität Berlin, Geschichtswissenschaft, Bamberger Straße 32, 10799 Berlin.

Dr. Lars Normann, Schleidener Straße 19, 53121 Bonn.

Dr. Marc-Dietrich Ohse, Leitender Redakteur, Deutschland Archiv, Misburger Straße 81 d, 30625 Hannover.

Dr. Werner J. Patzelt, Prof., TU Dresden, Politikwissenschaft, 01062 Dresden.

Madeleine Petschke, M. A., Doktorandin, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Martin Pfafferott, M. A., Doktorand und Lehrbeauftragter, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes, Außenstelle BMI-Schule 1, Gabrielweg 4, 53913 Swisstal.

Robert Philippsberg, M. A., Universität München, Politikwissenschaft, Oettingenstraße 67, 80538 München.

Dr. Michael Ploenus, TU Braunschweig, Geschichtswissenschaft, Karlstraße 9, 38106 Braunschweig.

Dr. Lothar Probst, Prof., Politikwissenschaft, Universität Bremen, Bibliotheksstraße 1, 28359 Bremen.

Dr. Tânia Puschnerat, PD, Referatsgruppenleiterin in der Abteilung Islamismus/Islamistischer Terrorismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Merianstraße 100, 50765 Köln.

Dr. Jens Reich, Prof., Max Delbrück Center, Robert-Rössle-Straße 10, 13092 Berlin.

Benn Roolf, Redakteur von Horch und Guck, Winsstraße 60, 10405 Berlin.

Dr. Samuel Salzborn, PD, Universität Gießen, Politikwissenschaft, Karl-Glöckner-Straße 21 E, 35394 Gießen.

Dr. Thilo Sarrazin, Finanzsenator a. D., c/o Deutsche Verlags-Anstalt, Neumarkter Str. 28, 81673 München.

Dr. Axel Schildt, Prof., Direktor, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg.

Dr. Theo Schiller, Prof. i. R., Universität Marburg, Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6 G, 35032 Marburg.

Dr. Mike Schmeitzner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Manfred G. Schmidt, Prof., Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg.

Dr. Klaus Schönhoven, Prof. em., Universität Mannheim, Politikwissenschaft, Sonnenrain 19, 97234 Reichenberg.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. Wolfgang Schuller, Prof. em., Universität Konstanz, Fachbereich Geschichte und Soziologie, 78457 Konstanz.

Werner Schulz, Europaabgeordneter, Bündnis 90/Die Grünen, Europäisches Parlament, ASP 08H259, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel.

Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.

Dr. Hans Ulrich Seeber, Prof. em., Wieselweg 18, 74321 Bietigheim-Bissingen.

Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lasallestraße 1, 08058 Zwickau.

Katharina Senge, Koordinatorin für Zuwanderung und Integration, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin.

Dr. Roland Sturm, Prof., Universität Erlangen-Nürnberg, Politische Wissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.

Dr. Tom Thieme, Habilitationsstipendiat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Heike Tuchscheerer, Deutsche Gesellschaft e. V., Voßstraße 22, 10117 Berlin.

Elmar Vieregge, M. A., Riehler Straße 29, 50668 Köln.

Dr. Stephan Weichert, Prof., Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, Gertrudenstraße 3, 20095 Hamburg.

Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Beim-Andreas-Brunnen 8, 20249 Hamburg.

Dr. Kristin Wesemann, Adviser to the Odessa Regional Academy of Public Administration of the President of Ukraine, Ul. Genueska 22, 65009 Odessa, Ukraine.

Dr. Jürgen R. Winkler, Universität Mainz, Politikwissenschaft, Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz.

Michael Vollmer, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, 09107 Chemnitz.

Dr. Tobias Wunschik, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, BStU, Postfach 218, 10106 Berlin.

Dr. Reimut Zohlnhöfer, Prof., Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg.

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 23/2011

Editorial
Analysen
Eckhard Jesse, Feindbilder im Extremismus
Wilhelm Mensing, Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten
Birgit Enzmann, Der Neue Mensch – ein totalitäres Projekt?
Gransow/Partmann/Strohmeier, Politischer Rechts- und Linksextremismus
Forum
Der Streit um die „Extremismusklausel"
Fragen
Antworten: Dorothee Bär, Florian Bernschneider, Ulla Jelpke, Monika Lazar, Sönke Rix
Antworten zu den Antworten
Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2010
Uwe Backes, Organisationen 2010
Alexander Gallus, Dokumentation 2010
Lars Normann, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der DVU
Andreas M. Vollmer, Das Erbe der WAS G für die Partei „Die Linke"
Michail Logvinov, Deutschland im Visier des islamistischen Terrorismus
Marc Brandstetter, Biographisches Porträt: Matthias Faust
Thomas Schubert, Länderporträt: Dänemark
Marie-Isabel Kane, Zeitschriftenporträt: Interim
Literatur
Literaturbericht: Lazaros Miliopoulos, Islamdebatte und Nah-/Mittelostpolitik
Sammelrezension: Werner Müller, Zwanzig Jahre deutsche Einheit
»Kontrovers besprochen«: Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab (Al-Wazir, Dustdar, Horn, Kramer)
Rezensionsessay: Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit (Hans Fenske)
»Wieder gelesen«: Seymor M. Lipset, Demokratie der Soziologie (Thomas Schubert)
Literatur aus der „Szene": Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand (Patrick Moreau)
Hauptbesprechungen:
Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), Autoritarismus Reloaded (Marianne Kneuer)
Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime (Ernst Nolte)
Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus (Uwe Ullrich)
Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland (Stephan Hilsberg)
George W. Bush, Decision Points (Ulrike Esther Franke)
Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus (Rudolf van Hüllen)
Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die Mitte in der Krise (Max Kaase)
Feld/Huber/Jung/Welzel (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009 (Frank Decker)
Sonja Grimm, Erzwungene Demokratie (Erhard Forndran)
Peter Longerich, Goebbels (Bernd Jürgen Wendt)
Peter März, Mythen, Bilder, Fakten (Jens Reich)
Hans Mommsen, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Felix Dirsch)
Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte (Alfons Söllner)
Herfried Münkler, Mitte und Maß (Barbara Zehnpfennig)
Heinrich Oberreuter, Wendezeiten (Wilfried von Bredow)
Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments (Tom Mannewitz)
Tim Spier, Modernisierungsverlierer? (Kai Arzheimer)
Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland (Jürgen R. Winkler)
Peer Steinbrück, Unterm Strich (Matthias Rößler)
Verfassungsschutzbericht 2009 (Madeleine Petschke)
Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 22/2010

Editorial

Analysen
Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik
Mathias Brodkorb, Vom Verstehen zum Entlarven
Jürgen Plöhn, Extremismus im Reichstag der Weimarer Republik
Tom Mannewitz, Sonderfall Ostdeutschland?

Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2009
Uwe Backes, Organisationen 2009
Alexander Gallus, Dokumentation 2009
Matthias Mletzko, „Sturm 34"
Bettina Blank, Die VVN-BdA und das Grundgesetz
Dirk Baehr, Charakteristika salafistischer Strömungen in Deutschland
Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Sahra Wagenknecht
Thorsten Winkelmann, Länderporträt: Südafrika
Mathias Brodkorb/Stefan Bruhn, Zeitschriftenporträt: Hier & Jetzt

Literatur
Literaturbericht: Stefan Wolle, Die friedliche Revolution und der Mauerfall 1989
Sammelrezension: Jürgen R. Winkler, Der Rechtsextremismus der Gegenwart und seine Bekämpfung
»Kontrovers besprochen«: Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus (Kimmel, Kraushaar, Moreau)
Rezensionsessay: Ernst Nolte, Die dritte radikale Widerstandsbewegung (Mathias Brodkorb)
»Wieder gelesen«: Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre (Frank Schale)
Literatur aus der „Szene": André Busch, Blutzeugen (Elmar Vieregge)
Hauptbesprechungen:
Margaret Lavinia Anderson, Lehrjahre der Demokratie (Hans Fenske)
Hans Herbert von Arnim, Volksparteien ohne Volk (Peter Lösche)
Archie Brown, Aufstieg und Fall des Kommunismus (Ernst Nolte)
Martin van Creveld, Gesichter des Krieges (Wilfried von Bredow)
Lothar Fritze, Legitimer Widerstand? (Wulf Kellerwessel)
Robert Gellately, Lenin, Stalin und Hitler (Iring Fetscher)
Geyer/Fitzpatrick (Hrsg.), Beyond Totalitarianism (Uwe Backes)
Kamiński/Persak/Gieseke (Hrsg.), Handbuch der kommunistischen Geheimdienste (Gerhard Wettig)
Gilles Kepel, Die Spirale des Terrors (Hendrik Hansen)
Ben Kiernan, Erde und Blut (Imanuel Geiss)
Hubertus Knabe, Honeckers Erben (Jürgen P. Lang)
Tilmann Lahme, Golo Mann (Helmut Wagner)
Reinhard Mehring, Carl Schmitt (Alfons Söllner)
Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen (Rudolf van Hüllen)
Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (Hans-Gerd Jaschke)
Müller/Hartmann, Vorwärts und vergessen (Dorit Seichter)
Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen (Arnulf Baring)
Verfassungsschutzbericht 2008 (Tom Thieme)
Evelyn Völkel, Der totalitäre Staat (Birgit Enzmann)
Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich (Armin Pfahl-Traughber)

Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Inhalt Band 21/2009

Editorial

Analysen
Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke
Lazaros Miliopoulos, Totalitarismus-Ansatz nach 1990
Roland Sturm, Nordirland-Konflikt
Frank Decker, Plebiszitäre Demokratie

Daten, Dokumente, Dossiers
Eckhard Jesse, Wahlen 2008
Uwe Backes, Organisationen 2008
Alexander Gallus, Dokumentation 2008
Mathias Brodkorb, Rechtsextremismus und Neue Rechte
Jürgen P. Lang, Die Linke
Mikhail Logvinov, Islamismus
Elmar Vieregge, Biographisches Porträt: Andreas Molau
Marianne Kneuer, Länderporträt: Spanien
Karsten Dustin Hoffmann, Zeitschriftenporträt: Zeck

Literatur
Literaturbericht: Kristin Wesemann, Im Westen nichts Neues: Die 1968er-Forschung entdeckt Osteuropa
Sammelrezension: Alexander Straßner, Terrorismus und Verfassungsstaat
»Kontrovers besprochen«: Neubert, Unsere Revolution (Böttger, Hilsberg, Rüddenklau)
Rezensionsessay: Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt (Ernst Nolte)
»Wieder gelesen«: Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (Iring Fetscher)
Literatur aus der „Szene": Jürgen Schwab, Angriff der neuen Linken (Armin Pfahl-Traughber)
Hauptbesprechungen:
Michael Burleigh, Irdische Mächte, göttliches Heil (Hans Fenske)
Deutz-Schroeder/Schroeder, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? (Hubertus Knabe)
Orlando Figes, Die Flüsterer (Hannelore Horn)
Georg Fülberth, Die Linke (Viola Neu)
Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände (Matthias Micus)
Robert Kagan, Die Demokratie und ihre Feinde (Wilfried von Bredow)
Andreas Klärner, Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit (Mathias Brodkorb)
Bogdan Musial, Kampfplatz Deutschland (Wilfried Loth)
Maria Nooke, Für Umweltverantwortung und Demokratisierung (Eckhard Jesse)
Emanuel Richter, Die Wurzeln der Demokratie (Alfons Söllner)
Wolfgang Schieder, Faschistische Diktaturen (Rainer Behring)
Stephan Schlak, Wilhelm Hennis (Nikolaus Werz)
Gunnar Folke Schuppert, Politische Kultur (Frank Decker)
Sebastian Schwark, Zur Genealogie des modernen Antiamerikanismus in Deutschland (Sandra Fischer)
Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland (Brigitte Seebacher)
James Sheehan, Kontinent der Gewalt (Hendrik Thoß)
Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.), Opposing Europe? (Florian Hartleb)
Verfassungsschutzbericht 2007 (Thomas Schubert)

Kurzbesprechungen
Kommentierte Bibliographie
Zeitschriftenauslese
Verzeichnis der besprochenen Bücher
Mitteilungen und Hinweise
Personenverzeichnis
Autorenverzeichnis

https://doi.org/10.5771/9783845244372 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 19.01.2026, 00:11:49. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.